Bundesgesetzblatt

Teil II

1954 | Ausgegeben zu Bonn am 29. März 1954 | Nr. 3

Tag	Inhalt:	Seite
28. 3. 54	Gesetz betreffend den Vertrag vom 26. Mai 1952 über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten mit Zusatzverträgen	57
28. 3. 54	Gesetz betreffend das Abkommen vom 26. Mai 1952 über die steuerliche Behandlung der Streitkräfte und ihrer Mitglieder und betreffend das Protokoll vom 26. Juli 1952, durch das die Zuständigkeit des Schiedsgerichts auf Streitigkeiten aus dem vorbezeichneten Abkommen erstreckt wird	333
28. 3. 54	Gesetz betreffend den Vertrag vom 27. Mai 1952 über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und betreffend den Vertrag vom 27. Mai 1952 zwischen dem Vereinigten Königreich und den Mitgliedstaaten der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft	342
28. 3. 54	Gesetz betreffend das Abkommen vom 27. Mai 1952 über die Rechtsstellung der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte und über das Zoll- und Steuerwesen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft	424

Gesetz betreffend den Vertrag vom 26. Mai 1952 über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten mit Zusatzverträgen.

Vom 28. März 1954.

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel I

Dem am 26. Mai 1952 in Bonn unterzeichneten Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten einschließlich des Vertrages über die Rechte und Pflichten ausländischer Streitkräfte und ihrer Mitglieder in der Bundesrepublik Deutschland, des Finanzvertrages und des Vertrages zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen sowie der den Verträgen beigefügten Anhänge und der zugehörigen Briefe und Briefwechsel wird zugestimmt.

Artikel II

Der Vertrag und die in Artikel I genannten Zusatzverträge, Anhänge, Briefe und Briefwechsel werden nachstehend mit Gesetzeskraft veröffentlicht.

Der Tag, an dem sie in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Artikel III

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage nach der Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 28. März 1954.

Der Bundespräsident
Theodor Heuss

Der Bundeskanzler
und Bundesminister des Auswärtigen
Adenauer

Der Bundesminister des Innern
Dr. Schröder

Der Bundesminister der Justiz
Neumayer

Der Bundesminister der Finanzen
Schäffer

Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten

mit Zusatzverträgen

Convention on Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Germany

and Related Conventions

Convention sur les Relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale d'Allemagne

et les Conventions Rattachées

INHALT *)

*) Dieses Inhaltsverzeichnis ist nicht Bestandteil der am 26. Mai 1952 unterzeichneten Verträge.

Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten

Convention on Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Germany

Convention sur les relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale d'Allemagne

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
einerseits und
DIE VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA,
DAS VEREINIGTE KÖNIGREICH VON GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND
und
DIE FRANZÖSISCHE REPUBLIK
andererseits

HABEN in der Erwägung,

DASS eine friedliche und blühende europäische Völkergemeinschaft, die durch ihr Bekenntnis zu den Grundsätzen der Satzung der Vereinten Nationen mit den anderen freien Völkern der Welt fest verbunden ist, nur durch vereinte Förderung und Verteidigung der gemeinsamen Freiheit und des gemeinsamen Erbes verwirklicht werden kann;

DASS es das gemeinsame Ziel der Unterzeichnerstaaten ist, die Bundesrepublik Deutschland auf der Grundlage der Gleichberechtigung in die europäische Gemeinschaft zu integrieren, die selbst in die sich entwickelnde atlantische Gemeinschaft eingefügt ist;

DASS die Wiederherstellung eines völlig freien und vereinigten Deutschlands auf friedlichem Wege und die Herbeiführung einer frei vereinbarten friedensvertraglichen Regelung — mögen auch gegenwärtig außerhalb ihrer Macht liegende Maßnahmen entgegenstehen — ein grundlegendes und gemeinsames Ziel der Unterzeichnerstaaten bleibt;

DASS die Aufrechterhaltung des Besatzungsstatuts mit den darin vorgesehenen Eingriffsbefugnissen in die eigenen Angelegenheiten der Bundesrepublik mit dem Zweck der Integration der Bundesrepublik in die europäische Gemeinschaft unvereinbar ist;

DASS die Vereinigten Staaten von Amerika, das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland und die Französische Republik (im folgenden als »die Drei Mächte« bezeichnet) daher entschlossen sind, nur

THE UNITED STATES OF AMERICA,
THE UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN AND NORTHERN IRELAND
and
THE FRENCH REPUBLIC,
of the one part, and
THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY,
of the other part;

WHEREAS a peaceful and prosperous European community of nations firmly bound to the other free nations of the world through dedication to the principles of the Charter of the United Nations can be attained only through united support and defence of the common freedom and the common heritage;

WHEREAS it is the common aim of the Signatory States to integrate the Federal Republic on a basis of equality within the European Community itself included in a developing Atlantic Community;

WHEREAS the achievement of a fully free and unified Germany through peaceful means and of a freely negotiated peace settlement, though prevented for the present by measures beyond their control, remains a fundamental and common goal of the Signatory States;

WHEREAS the retention of the Occupation Statute with its powers of intervention in the domestic affairs of the Federal Republic is inconsistent with the purpose of integrating the Federal Republic within the European Community;

WHEREAS the United States of America, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the French Republic (hereinafter referred to as "the Three Powers") are therefore determined to retain only those special

LA RÉPUBLIQUE FRANÇAISE,
LES ÉTATS-UNIS D'AMÉRIQUE
et
LE ROYAUME-UNI DE GRANDE-BRETAGNE ET D'IRLANDE DU NORD
d'une part, et
LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE
d'autre part.

CONSIDÉRANT qu'une communauté européenne pacifique et prospère, étroitement liée aux autres nations libres du monde par un attachement commun aux principes de la Charte des Nations-Unies, ne peut être réalisée que par l'union des efforts des nations d'Europe en vue de défendre leur liberté et leur patrimoine communs;

CONSIDÉRANT que les États Signataires ont pour objectif commun d'intégrer la République Fédérale sur une base d'égalité dans la Communauté Européenne, elle-même incluse dans une communauté atlantique en développement;

CONSIDÉRANT que l'établissement par des moyens pacifiques d'une Allemagne pleinement libre et unifiée et la conclusion d'un règlement de paix librement négocié, bien qu'ils soient actuellement empêchés par des mesures qui échappent à leur action, demeurent pour les États Signataires des objectifs communs essentiels;

CONSIDÉRANT que le maintien du Statut d'Occupation qui comporte le pouvoir d'intervenir dans les affaires domestiques de la République Fédérale est incompatible avec l'objectif que constitue l'intégration de la République Fédérale dans la Communauté Européenne;

CONSIDÉRANT que la République Française, les États-Unis d'Amérique et le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord (ci-après dénommés «les Trois Puissances») sont décidés en conséquence à se réserver

die besonderen Rechte aufrechtzuerhalten, deren Beibehaltung im Hinblick auf die Besonderheiten der internationalen Lage Deutschlands im gemeinsamen Interesse der Unterzeichnerstaaten erforderlich ist;

DASS die Bundesrepublik auf Freiheit und Verantwortlichkeit gegründete politische Einrichtungen geschaffen hat und entschlossen ist, die in ihrem Grundgesetz verankerte freiheitlich-demokratische und bundesstaatliche Verfassung aufrechtzuerhalten, welche die Menschenrechte gewährleistet;

DASS die Bundesrepublik und die Drei Mächte sowohl die neuen Beziehungen, die durch diesen Vertrag und seine Zusatzverträge geschaffen werden, als auch die Verträge zur Bildung einer integrierten europäischen Gemeinschaft, insbesondere den Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und den Vertrag über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft als wesentliche Schritte zur Verwirklichung ihres gemeinsamen Strebens nach einem wiedervereinigten Deutschland anerkennen, das in die europäische Gemeinschaft integriert ist;

ZUR Festlegung der Grundlagen ihres neuen Verhältnisses den folgenden Vertrag geschlossen:

Artikel 1

(1) Die Bundesrepublik hat volle Macht über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten, vorbehaltlich der Bestimmungen dieses Vertrages.

(2) Mit dem Inkrafttreten dieses Vertrages und der in Artikel 8 aufgeführten Verträge (in diesem Vertrag als „Zusatzverträge" bezeichnet) werden die Drei Mächte das Besatzungsstatut aufheben und die Alliierte Hohe Kommission sowie die Dienststellen der Landeskommissare auflösen.

(3) Die Drei Mächte werden künftig ihre Beziehungen mit der Bundesrepublik durch Botschafter unterhalten, die in Angelegenheiten gemeinsam tätig werden, welche die Drei Mächte nach diesem Vertrage und den Zusatzverträgen als sie gemeinsam betreffend ansehen.

Artikel 2

(1) Die Drei Mächte behalten im Hinblick auf die internationale Lage die bisher von ihnen ausgeübten oder innegehabten Rechte in bezug auf (a) die Stationierung von Streitkräften in Deutschland und den Schutz von deren Sicherheit, (b) Berlin und (c) Deutschland als Ganzes einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands und einer friedensvertraglichen Regelung.

(2) Die Bundesrepublik wird sich ihrerseits jeder Maßnahme enthalten, welche diese Rechte beeinträchtigt, und wird mit den Drei Mächten zusammenwirken, um ihnen die Ausübung dieser Rechte zu erleichtern.

rights of which the retention is necessary, in the common interest of the Signatory States, having regard to the special international situation in Germany;

WHEREAS the Federal Republic has developed free and responsible political institutions and is determined to maintain the liberal-democratic federal constitution which guarantees human rights and is enshrined in its Basic Law;

WHEREAS the Three Powers and the Federal Republic recognize that both the new relationship to be established between them by the present Convention and its related Conventions and the Treaties for the creation of an integrated European community, in particular the Treaty on the Establishment of the European Community for Coal and Steel and the Treaty on the Establishment of the European Defence Community, are essential steps to the achievement of their common aim for a unified Germany integrated within the European Community;

HAVE entered into the following Convention setting forth the basis for their new relationship:

Article 1

1. The Federal Republic shall have full authority over its internal and external affairs, except as provided in the present Convention.

2. The Three Powers will revoke the Occupation Statute and abolish the Allied High Commission and the Offices of the Land Commissioners upon the entry into force of the present Convention and the Conventions listed in Article 8 (hereinafter referred to as "the related Conventions").

3. The Three Powers will thenceforth conduct their relations with the Federal Republic through Ambassadors who will act jointly in matters the Three Powers consider of common concern under the present Convention and the related Conventions.

Article 2

1. The Three Powers retain, in view of the international situation, the rights, heretofore exercised or held by them, relating to (a) the stationing of armed forces in Germany and the protection of their security, (b) Berlin, and (c) Germany as a whole, including the unification of Germany and a peace settlement.

2. The Federal Republic, on its part, will refrain from any action prejudicial to these rights and will cooperate with the Three Powers to facilitate their exercise.

seulement les droits spéciaux dont le maintien est nécessaire dans l'intérêt commun des États Signataires eu égard à la situation internationale particulière de l'Allemagne;

CONSIDÉRANT que la République Fédérale s'est donné des institutions politiques libres et fondées sur le principe de la responsabilité et qu'elle est décidée à maintenir la constitution libérale, démocratique et fédérale, garantissant les droits de l'homme, qui a trouvé sa consécration dans sa Loi Fondamentale;

CONSIDÉRANT que les Trois Puissances et la République Fédérale, reconnaissant que les nouvelles relations qui vont être établies entre elles par la présente Convention et les Conventions qui lui sont rattachées ainsi que les traités relatifs à la création d'une communauté européenne intégrée, notamment le Traité instituant la Communauté Européenne du Charbon et de l'Acier et le Traité instituant la Communauté Européenne de Défense, constituent des étapes essentielles sur la voie qui conduit à leur but commun: une Allemagne unifiée, intégrée dans la Communauté Européenne;

ONT conclu la Convention suivante qui définit les bases de leurs nouvelles relations:

Article 1

1. — La République Fédérale a pleine autorité sur ses affaires intérieures et extérieures, sous réserve des exceptions figurant dans la présente Convention.

2. — Les Trois Puissances abrogeront le Statut d'Occupation et aboliront la Haute Commission Alliée et les Comisariats de Land dès l'entrée en vigueur de la présente Convention et des Conventions énumérées à l'Article 8 (ci-après dénommées « Conventions rattachées »).

3. — Les Trois Puissances conduiront dorénavant leurs relations avec la République Fédérale par l'intermédiaire d'Ambassadeurs, qui agiront conjointement dans les domaines que les Trois Puissances considéreront comme étant d'intérêt commun aux termes de la présente Convention et des Conventions rattachées.

Article 2

1. — Les Trois Puissances se réservent, en raison de la situation internationale, les droits antérieurement exercés ou détenus par elles en ce qui concerne (a) le stationnement des forces armées en Allemagne et la protection de leur sécurité, (b) Berlin et (c) l'Allemagne dans son ensemble, y compris l'unification de l'Allemagne et un règlement de paix.

2. — La République Fédérale, pour sa part, s'abstiendra de toute action préjudiciable à ces droits et coopérera avec les Trois Puissances en vue d'en faciliter l'exercice.

Artikel 3

(1) Die Bundesrepublik wird ihre Politik in Einklang mit den Prinzipien der Satzung der Vereinten Nationen und mit den im Statut des Europarates aufgestellten Zielen halten.

(2) Die Bundesrepublik bekräftigt ihre Absicht, sich durch ihre Mitgliedschaft in internationalen Organisationen, die zur Erreichung der gemeinsamen Ziele der freien Welt beitragen, mit der Gemeinschaft der freien Nationen völlig zu verbinden. Die Drei Mächte werden zu gegebener Zeit Anträge der Bundesrepublik unterstützen, die Mitgliedschaft in solchen Organisationen zu erlangen.

(3) Bei Verhandlungen mit Staaten, mit denen die Bundesrepublik keine Beziehungen unterhält, werden die Drei Mächte die Bundesrepublik in Fragen konsultieren, die deren politische Interessen unmittelbar berühren.

(4) Auf Ersuchen der Bundesregierung werden die Drei Mächte die erforderlichen Vorkehrungen treffen, die Interessen der Bundesrepublik in ihren Beziehungen zu anderen Staaten und in gewissen internationalen Organisationen oder Konferenzen zu vertreten, soweit die Bundesrepublik dazu nicht selbst in der Lage ist.

Artikel 4

(1) Die Aufgabe der von den Drei Mächten im Bundesgebiet stationierten Streitkräfte wird die Verteidigung der freien Welt sein, zu der die Bundesrepublik und Berlin gehören.

(2) In bezug auf die Stationierung dieser Streitkräfte im Bundesgebiet werden die Drei Mächte die Bundesrepublik konsultieren, soweit es die militärische Lage erlaubt. Die Bundesrepublik wird, nach Maßgabe dieses Vertrages und der Zusatzverträge, in vollem Umfang mitwirken, um diesen Streitkräften ihre Aufgabe zu erleichtern.

(3) Die Drei Mächte werden nur nach vorheriger Einwilligung der Bundesrepublik Truppen eines Staates, der zur Zeit keine Kontingente stellt, als Teil ihrer Streitkräfte im Bundesgebiet stationieren. Jedoch dürfen solche Kontingente im Falle eines Angriffs oder unmittelbar drohenden Angriffs ohne Einwilligung der Bundesrepublik in das Bundesgebiet gebracht werden, dürfen dagegen nach Beseitigung der Gefahr nur mit Einwilligung der Bundesrepublik dort verbleiben.

(4) Die Bundesrepublik wird sich an der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft beteiligen, um zur gemeinsamen Verteidigung der freien Welt beizutragen.

Artikel 5

(1) Die Drei Mächte werden bei der Ausübung ihres Rechtes, die Sicherheit der in dem Bundesgebiet statio-

Article 3

1. The Federal Republic agrees to conduct its policy in accordance with the principles set forth in the Charter of the United Nations and with the aims defined in the Statute of the Council of Europe.

2. The Federal Republic affirms its intention to associate itself fully with the community of free nations through membership in international organizations contributing to the common aims of the free world. The Three Powers will support applications for such membership by the Federal Republic at appropriate times.

3. In their negotiations with States with which the Federal Republic maintains no relations, the Three Powers will consult with the Federal Republic in respect of matters directly involving its political interests.

4. At the request of the Federal Government, the Three Powers will arrange to represent the interests of the Federal Republic in relations with other States and in certain international organizations or conferences, whenever the Federal Republic is not in a position to do so itself.

Article 4

1. The mission of the armed forces stationed by the Three Powers in the Federal territory will be the defence of the free world, of which the Federal Republic and Berlin form part.

2. The Three Powers will consult with the Federal Republic, insofar as the military situation permits, regarding the stationing of such armed forces in the Federal territory. The Federal Republic will cooperate fully, in accordance with the present Convention and the related Conventions, in facilitating the tasks of such armed forces.

3. The Three Powers will obtain the consent of the Federal Republic before bringing into the Federal territory, as part of their forces, contingents of the armed forces of any nation not now providing such contingents. Such contingents may nevertheless be brought into the Federal territory without the consent of the Federal Republic in the event of external attack or imminent threat of such attack but, after the elimination of the danger, may only remain there with its consent.

4. The Federal Republic will participate in the European Defence Community in order to contribute to the common defence of the free world.

Article 5

1. In the exercise of their right to protect the security of the armed forces stationed in the Federal terri-

Article 3

1. — La République Fédérale convient qu'elle se conformera dans la conduite de sa politique aux principes inscrits dans la Charte des Nations-Unies et aux buts définis dans le Statut du Conseil de l'Europe.

2. — La République Fédérale affirme son intention de s'associer pleinement à la communauté des Nations libres en devenant membre des organisations internationales destinées à promouvoir les objectifs communs du monde libre. Les Trois Puissances soutiendront aux moments appropriés la candidature de la République Fédérale à de telles organisations.

3. — Lorsque les Puissances mèneront des négociations avec des États avec lesquels la République Fédérale n'entretient pas de relations, elles consulteront la République Fédérale au sujet des questions mettant directement en cause ses intérêts politiques.

4. — A la demande du Gouvernement Fédéral, et dans tous les cas où celui-ci ne sera pas en mesure de le faire lui-même, les Trois Puissances prendront les dispositions nécessaires pour représenter les intérêts de la République Fédérale dans ses rapports avec d'autres États et dans certaines organisations ou conférences internationales.

Article 4

1. — La mission des forces armées stationnées par les Trois Puissances sur le territoire fédéral sera la défense du monde libre, dont la République Fédérale et Berlin font partie.

2. — Les Trois Puissances consulteront la République Fédérale dans la mesure où la situation militaire le permettra, en ce qui concerne le stationnement de ces forces armées sur le territoire fédéral. La République Fédérale apportera sa pleine coopération conformément à la présente Convention et aux Conventions rattachées, en facilitant à ces forces armées l'exécution de leurs tâches.

3. — Les Trois Puissances devront obtenir le consentement de la République Fédérale avant de faire venir sur le territoire fédéral, pour faire partie de leurs propres forces, des contingents appartenant aux forces armées de toute nation qui ne fournit pas actuellement de tels contingents. Toutefois, ces contingents pourront être amenés sur le territoire fédéral sans le consentement de la République Fédérale en cas d'attaque extérieure ou de menace extérieure d'une telle attaque, mais ne pourront être maintenus après disparition du danger qu'avec son consentement.

4. — La République Fédérale participera à la Communauté Européenne de Défense en vue de contribuer à la défense commune du monde libre.

Article 5

1. — Dans l'exercice de leur droit de protéger la sécurité des forces armées stationnées sur le territoire fédéral, les

nierten Streitkräfte zu schützen, die Bestimmungen der folgenden Absätze dieses Artikels einhalten.

(2) Wenn die Bundesrepublik und die Europäische Verteidigungsgemeinschaft außerstande sind, einer Lage Herr zu werden, die entstanden ist

durch einen Angriff auf die Bundesrepublik oder Berlin,

durch eine umstürzlerische Störung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung,

durch eine schwere Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung oder

durch den ernstlich drohenden Eintritt eines dieser Ereignisse,

und die nach der Auffassung der Drei Mächte die Sicherheit ihrer Streitkräfte gefährdet, können die Drei Mächte, nachdem sie die Bundesregierung im weitestmöglichen Ausmaß konsultiert haben, in der gesamten Bundesrepublik oder in einem Teil der Bundesrepublik einen Notstand erklären.

(3) Nach Erklärung des Notstandes können die Drei Mächte diejenigen Maßnahmen ergreifen, die erforderlich sind, um die Ordnung aufrechtzuerhalten oder wiederherzustellen und die Sicherheit der Streitkräfte zu gewährleisten.

(4) Die Erklärung wird ihr Anwendungsgebiet genau bezeichnen. Die Erklärung des Notstandes darf nicht länger aufrechterhalten werden, als zur Behebung der Notlage erforderlich ist.

(5) Während der Dauer eines Notstandes werden die Drei Mächte die Bundesregierung im weitestmöglichen Ausmaß konsultieren. Sie werden sich im gleichen Ausmaß der Unterstützung der Bundesregierung und der zuständigen deutschen Behörden bedienen.

(6) Heben die Drei Mächte die Erklärung des Notstandes nicht innerhalb von dreißig Tagen auf, nachdem die Bundesregierung darum ersucht hat, so kann die Bundesregierung den Rat der Nordatlantikpakt-Organisation ersuchen, die Lage zu überprüfen und zu erwägen, ob der Notstand beendet werden soll. Gelangt der Rat zu dem Ergebnis, daß die Aufrechterhaltung des Notstandes nicht länger gerechtfertigt ist, so werden die Drei Mächte den Normalzustand so schnell wie möglich wiederherstellen.

(7) Abgesehen vom Falle eines Notstandes ist jeder Militärbefehlshaber berechtigt, im Falle einer unmittelbaren Bedrohung seiner Streitkräfte die angemessenen Schutzmaßnahmen (einschließlich des Gebrauchs von Waffengewalt) unmittelbar zu ergreifen, die erforderlich sind, um die Gefahr zu beseitigen.

(8) In jeder anderen Hinsicht bestimmt sich der Schutz der Sicherheit dieser Streitkräfte nach den Vorschriften des in Artikel 8 genannten Ver-

tory, the Three Powers will conform to the provisions of the following paragraphs of this Article.

2. In case the Federal Republic and the European Defence Community are unable to deal with a situation which is created by

an attack on the Federal Republic or Berlin,

subversion of the liberal democratic basic order,

a serious disturbance of public order or

a grave threat of any of these events,

and which in the opinion of the Three Powers endangers the security of their forces, the Three Powers may, after consultation to the fullest extent possible with the Federal Government, proclaim a state of emergency in the whole or any part of the Federal Republic.

3. Upon the proclamation of a state of emergency, the Three Powers may take such measures as are necessary to maintain or restore order and to ensure the security of the forces.

4. The proclamation will specify the area to which it applies. The state of emergency will not be maintained any longer than necessary to deal with the emergency.

5. The Three Powers shall consult the Federal Government to the fullest extent possible while the state of emergency continues. They will utilize to the greatest possible extent the assistance of the Federal Government and the competent German authorities.

6. If the Three Powers do not terminate a state of emergency within thirty days after a request by the Federal Government to do so, the Federal Government may submit a request to the Council of the North Atlantic Treaty Organization to examine the situation and consider whether the state of emergency should be terminated. If the Council concludes that continuance of the state of emergency is no longer justified, the Three Powers will restore the normal situation as promptly as possible.

7. Independently of a state of emergency, any military commander may, if his forces are imminently menaced, take such immediate action appropriate for their protection (including the use of armed force) as is requisite to remove the danger.

8. In all other respects, the protection of the security of these forces is governed by the provisions of the Convention on the Rights and Obli-

Trois Puissances se conformeront aux dispositions des paragraphes suivants du présent Article.

2. — Au cas où la République Fédérale et la Communauté Européenne de Défense ne seraient pas à même de faire face à une situation qui serait créée par

une attaque contre la République Fédérale ou Berlin,

un renversement de l'ordre libéral et démocratique fondamental,

une atteinte grave portée à l'ordre public, ou,

une menace sérieuse de l'un de ces événements,

et qui, de l'avis des Trois Puissances, mettrait en danger la sécurité de leurs forces, les Trois Puissances pourront, après avoir consulté le Gouvernement Fédéral dans la plus large mesure possible, déclarer l'état de crise sur tout ou partie du territoire fédéral.

3. — Dès la déclaration de l'état de crise, les Trois Puissances pourront prendre toute mesure nécessaire en vue de maintenir ou rétablir l'ordre et d'assurer la sécurité de leurs forces.

4. — La déclaration précisera le territoire auquel elle s'applique. L'état de crise ne sera pas maintenu plus longtemps qu'il n'est nécessaire pour faire face à la crise.

5. — Les Trois Puissances consulteront le Gouvernement Fédéral dans la plus large mesure possible, tant que durera l'état de crise. Elles feront appel dans la plus large mesure possible au concours du Gouvernement Fédéral et des autorités allemandes compétentes.

6. — Si les Trois Puissances ne mettent pas fin à l'état de crise dans un délai de trente jours après une demande du Gouvernement Fédéral à cet effet, le Gouvernement Fédéral peut saisir le Conseil de l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord d'une requête tendant à ce qu'il examine la situation et émette un avis sur le point de savoir s'il devrait être mis fin à l'état de crise. Si le Conseil aboutit à la conclusion que la prolongation de l'état de crise n'est plus justifiée, les Trois Puissances rétabliront la situation normale aussi rapidement que possible.

7. — Indépendamment de l'état de crise, tout chef militaire peut, si ses forces sont sous le coup d'une menace imminente, prendre, pour leur protection, toutes les mesures immédiates appropriées (y compris le recours à la force armée) qui sont nécessaires pour écarter le danger.

8. — Sous tous ses autres aspects, la protection de la sécurité de ces forces est régie par les dispositions de la Convention relative aux Droits

trages über die Rechte und Pflichten ausländischer Streitkräfte und ihrer Mitglieder in der Bundesrepublik Deutschland.

Artikel 6

(1) Die Drei Mächte werden die Bundesrepublik hinsichtlich der Ausübung ihrer Rechte in bezug auf Berlin konsultieren.

(2) Die Bundesrepublik ihrerseits wird mit den Drei Mächten zusammenwirken, um es ihnen zu erleichtern, ihren Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin zu genügen. Die Bundesrepublik wird ihre Hilfeleistung für den politischen, kulturellen, wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufbau von Berlin fortsetzen; sie wird Berlin insbesondere die Unterstützung gewähren, die in der anliegenden Erklärung der Bundesrepublik (Anhang A dieses Vertrages) umschrieben ist.

Artikel 7

(1) Die Bundesrepublik und die Drei Mächte sind darüber einig, daß ein wesentliches Ziel ihrer gemeinsamen Politik eine zwischen Deutschland und seinen ehemaligen Gegnern frei vereinbarte friedensvertragliche Regelung für ganz Deutschland ist, welche die Grundlage für einen dauerhaften Frieden bilden soll. Sie sind weiterhin darüber einig, daß die endgültige Festlegung der Grenzen Deutschlands bis zu dieser Regelung aufgeschoben werden muß.

(2) Bis zum Abschluß der friedensvertraglichen Regelung werden die Bundesrepublik und die Drei Mächte zusammenwirken, um mit friedlichen Mitteln ihr gemeinsames Ziel zu verwirklichen: ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung ähnlich wie die Bundesrepublik besitzt und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist.

(3) Im Falle der Wiedervereinigung Deutschlands werden die Drei Mächte — vorbehaltlich einer zu vereinbarenden Anpassung — die Rechte, welche der Bundesrepublik auf Grund dieses Vertrages und der Zusatzverträge zustehen, auf ein wiedervereinigtes Deutschland erstrecken und werden ihrerseits darin einwilligen, daß die Rechte auf Grund der Verträge über die Bildung einer integrierten europäischen Gemeinschaft in gleicher Weise erstreckt werden, wenn ein wiedervereinigtes Deutschland die Verpflichtungen der Bundesrepublik gegenüber den Drei Mächten oder einer von ihnen auf Grund der genannten Verträge übernimmt. Soweit nicht alle Unterzeichnerstaaten ihre gemeinsame Zustimmung erteilen, wird die Bundesrepublik kein Abkommen abschließen noch eine Abmachung eingehen, welche die Rechte der Drei Mächte auf Grund der genannten Verträge beeinträchtigen oder die Verpflichtungen der Bundesrepublik auf Grund dieser Verträge mindern würde.

gations of Foreign Forces and their Members in the Federal Republic of Germany referred to in Article 8 of the present Convention.

Article 6

1. The Three Powers will consult with the Federal Republic in regard to the exercise of their rights relating to Berlin.

2. The Federal Republic, on its part, will cooperate with the Three Powers in order to facilitate the discharge of their responsibilities with regard to Berlin. The Federal Republic will continue its aid to the political, cultural, economic and financial reconstruction of Berlin and, in particular, will grant it such aid as is set out in the annexed Declaration of the Federal Republic (Annex A to the present Convention).

Article 7

1. The Three Powers and the Federal Republic are agreed that an essential aim of their common policy is a peace settlement for the whole of Germany, freely negotiated between Germany and her former enemies, which should lay the foundation for a lasting peace. They further agree that the final determination of the boundaries of Germany must await such a settlement.

2. Pending the peace settlement, the Three Powers and the Federal Republic will cooperate to achieve, by peaceful means, their common aim of a unified Germany enjoying a liberal-democratic constitution, like that of the Federal Republic, and integrated within the European Community.

3. In the event of the unification of Germany the Three Powers will, subject to such adjustments as may be agreed, extend to a unified Germany the rigths which the Federal Republic has under the present Convention and the related Conventions and will for their part agree that the rights under the Treaties for the formation of an integrated European community should be similarly extended, upon the assumption by such a unified Germany of the obligations of the Federal Republic toward the Three Powers or to any of them under those Conventions and Treaties. Except by common consent of all the Signatory States the Federal Republic will not conclude any agreement or enter into any arrangement which would impair the rights of the Three Powers under those Conventions and Treaties or lessen the obligations of the Federal Republic thereunder.

et Obligations des Forces étrangères et de leurs membres sur le territoire de la République Fédérale d'Allemagne, visée à l'Article 8 de la présente Convention.

Article 6

1. — Les Trois Puissances consulteront la Réoublique Fédérale au sujet de l'exercice de leurs droits en ce qui concerne Berlin.

2. — La République Fédérale, pour sa part, coopérera avec les Trois Puissances en vue d'aider celles-ci à s'acquitter de leurs responsabilités à l'égard de Berlin. La République Fédérale continuera à apporter son concours à la reconstruction politique, culturelle, économique et financière de Berlin. Elle lui accordera, notamment, son aide dans les conditions définies par la Déclaration de la République Fédérale ci-annexée (Annexe « A » à la présente Convention).

Article 7

1. — Les Trois Puissances et la République Fédérale conviennent qu'un but essentiel de leur politique commune est un règlement de paix pour l'ensemble de l'Allemagne, librement négocié entre l'Allemagne et ses anciens ennemis et qui devrait poser les bases d'une paix durable. Elles conviennent aussi que la fixation définitive des frontières de l'Allemagne doit attendre ce règlement.

2. — En attendant le règlement de paix, les Trois Puissances et la République Fédérale coopéreront en vue d'atteindre, par des moyens pacifiques, leur but commun: une Allemagne unifiée, dotée d'une constitution libérale et démocratique, telle que celle de la République Fédérale, et intégrée dans la Communauté Européenne.

3. — Dans l'éventualité d'une unification de l'Allemagne, les Trois Puissances étendront à une Allemagne unifiée, sous réserve des modifications sur lesquelles un accord serait intervenu, les droits de la République Fédérale résultant de la présente Convention et des Conventions rattachées, et donneront leur accord à ce que les droits résultant des Traités instituant une communauté européenne intégrée, lui soient également étendus, étant admis que cette Allemagne unifiée assumera les obligations de la République Fédérale envers les Trois Puissances ou l'une d'entre elles, résultant des ces Conventions et Traités. Sauf avec le consentement commun de toutes les parties à la présente Convention, la République Fédérale ne conclura aucun accord et n'entrera dans aucun arrangement qui porterait préjudice aux droits des Trois Puissances résultant de ces Conventions et Traités, ou qui diminuerait les obligations en résultant pour la République Fédérale.

(4) Die Drei Mächte werden die Bundesrepublik in allen anderen Angelegenheiten konsultieren, welche die Ausübung ihrer Rechte in bezug auf Deutschland als Ganzes berühren.

4. The Three Powers will consult with the Federal Republic on all other matters involving the exercise of their rights relating to Germany as a whole.

4. — Les Trois Puissances consulteront la République Fédérale sur toutes les autres questions mettant en cause l'exercice de leurs droits en ce qui concerne l'Allemagne dans son ensemble.

Artikel 8

(1) Die Bundesrepublik und die Drei Mächte haben die folgenden Zusatzverträge geschlossen, die gleichzeitig mit diesem Vertrag in Kraft treten:

Vertrag über die Rechte und Pflichten ausländischer Streitkräfte und ihrer Mitglieder in der Bundesrepublik Deutschland;

Finanzvertrag;

Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen.

(2) Während der in Absatz (4) des Artikels 6 des Ersten Teiles des Vertrages zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen vorgesehenen Übergangszeit gelten die in jenem Absatz bezeichneten Befugnisse der Drei Mächte als in den Vorbehalt einbezogen, der in Absatz (1) des Artikels 1 dieses Vertrages ausgesprochen ist.

Article 8

1. The Three Powers and the Federal Republic have concluded the following related Conventions which will enter into force simultaneously with the present Convention:

Convention on the Rights and Obligations of Foreign Forces and their Members in the Federal Republic of Germany;

Finance Convention;

Convention on the Settlement of Matters Arising out of the War and the Occupation.

2. During the transitional period provided for in paragraph 4 of Article 6 of Chapter One of the Convention on the Settlement of Matters Arising out of the War and the Occupation, the rights of the Three Powers referred to in that paragraph shall be deemed to be included within the exception set forth in paragraph 1 of Article 1 of the present Convention.

Article 8

1. — Les Trois Puissances et la République Fédérale ont conclu les Conventions rattachées suivantes qui entreront en vigueur en même temps que la présente Convention:

— Convention relative aux Droits et Obligations des Forces Etrangères et de leurs membres sur le territoire de la République Fédérale d'Allemagne;

— Convention financière;

— Convention sur le Règlement de Questions issues de la Guerre et de l'Occupation.

2. — Pendant la période transitoire prévue au paragraphe 4 de l'Article 6 du Chapitre Premier de la Convention sur le Règlement de Questions issues de la Guerre et de l'Occupation, les droits des Trois Puissances visés dans ce paragraphe seront considérés comme inclus dans les exceptions mentionnées au paragraphe 1 de l'Article 1 de la présente Convention.

Artikel 9

(1) Hiermit wird ein Schiedsgericht errichtet, das gemäß den Bestimmungen der beigefügten Satzung (Anhang B dieses Vertrages) tätig werden wird.

(2) Das Schiedsgericht ist ausschließlich zuständig für alle Streitigkeiten, die sich zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten aus den Bestimmungen dieses Vertrages, der Satzung des Schiedsgerichts oder eines der Zusatzverträge ergeben, und welche die Parteien nicht durch Verhandlungen beizulegen vermögen, soweit sich nicht aus Absatz (3) dieses Artikels, der Satzung des Schiedsgerichts oder den Zusatzverträgen etwas anderes ergibt.

(3) Streitigkeiten, welche die in Artikel 2 angeführten Rechte der Drei Mächte oder Maßnahmen auf Grund dieser Rechte oder die Bestimmungen der Absätze (1) bis (7) des Artikels 5 berühren, unterliegen nicht der Gerichtsbarkeit des Schiedsgerichts oder eines anderen Gerichts.

Article 9

1. There is hereby established an Arbitration Tribunal which shall function in accordance with the provisions of the annexed Charter (Annex B to the present Convention).

2. The Arbitration Tribunal shall have exclusive jurisdiction over all disputes arising between the Three Powers and the Federal Republic under the provisions of the present Convention or the annexed Charter or any of the related Conventions which the parties are not able to settle by negotiation, except as otherwise provided by paragraph 3 of this Article or in the annexed Charter or in the related Conventions.

3. Any dispute involving the rights of the Three Powers referred to in Article 2, or action taken thereunder, or involving the provisions of paragraphs 1 to 7 inclusive of Article 5, shall not be subject to the jurisdiction of the Arbitration Tribunal or of any other tribunal or court.

Article 9

1. — Il est institué un Tribunal d'Arbitrage dont le fonctionnement sera régi par les dispositions de la Charte ci-annexée (Annexe «B» à la présente Convention).

2. — Sous réserve des exceptions prévues au paragraphe 3 du présent Article, dans la Charte ci-annexée ou dans les Conventions rattachées, le Tribunal d'Arbitrage est seul compétent pour régler tous les litiges entre les Trois Puissances et la République Fédérale, résultant de l'application de la présente Convention, de la Charte ci-annexée ou des Conventions rattachées, que les parties ne parviennent pas à régler par des négociations.

3. — Aucun litige mettant en cause les droits des Trois Puissances visés à l'Article 2 ou des mesures prises en application de ces droits, ou mettant en cause les dispositions des paragraphes 1 à 7 inclus de l'Article 5 ne relève de la compétence du Tribunal d'Arbitrage ou de tout autre Tribunal ou instance judiciaire.

Artikel 10

Die Bundesrepublik und die Drei Mächte werden die Bestimmungen dieses Vertrages und der Zusatzverträge überprüfen:

(a) auf Ersuchen eines der Unterzeichnerstaaten im Falle der Wiedervereinigung Deutschlands oder der Bildung einer europäischen Föderation; oder

(b) bei Eintritt irgendeines anderen Ereignisses, das nach Auffassung aller Unterzeichnerstaaten von ähnlich grundlegendem Charakter ist.

Article 10

The Three Powers and the Federal Republic will review the terms of the present Convention and the related Conventions

(a) upon the request of any one of them, in the event of the unification of Germany or the creation of a European federation; or

(b) upon the occurrence of any other event which all of the Signatory States recognize to be of a similarly fundamental character.

Article 10

Les Trois Puissances et la République Fédérale reconsidéreront les termes de la présente Convention et des Conventions rattachées:

(a) — à la demande de l'une d'entre elles, en cas de rétablissement de l'unité de l'Allemagne ou en cas de création d'une fédération européenne, ou

(b) — dès que se produira tout autre événement auquel les États Signataires de la présente Convention seront unanimes à reconnaître un caractère fondamental similaire.

Hierauf werden sie in gegenseitigem Einvernehmen diesen Vertrag und die Zusatzverträge in dem Umfang ändern, der durch die grundlegende Änderung der Lage erforderlich oder ratsam geworden ist.

Artikel 11

(1) Dieser Vertrag und die Zusatzverträge sind von den Unterzeichnerstaaten in Übereinstimmung mit ihren verfassungsmäßigen Verfahren zu ratifizieren oder zu genehmigen. Die Ratifikationsurkunden sind von den Unterzeichnerstaaten bei der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zu hinterlegen.

(2) Dieser Vertrag tritt unmittelbar in Kraft, sobald

(a) alle Unterzeichnerstaaten die Ratifikationsurkunden dieses Vertrages und der in Artikel 8 angeführten Verträge hinterlegt haben; und

(b) der Vertrag über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft in Kraft tritt.

(3) Dieser Vertrag und die Zusatzverträge werden in den Archiven der Regierung der Bundesrepublik Deutschland hinterlegt; diese wird jedem Unterzeichnerstaat beglaubigte Ausfertigungen übermitteln und jeden Unterzeichnerstaat vom Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Vertrages und der Zusatzverträge in Kenntnis setzen.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten von ihren Regierungen gehörig beglaubigten Vertreter diesen Vertrag unterschrieben.

Geschehen zu BONN am sechsundzwanzigsten Tage des Monats Mai 1952 in deutscher, englischer und französischer Sprache, wobei alle drei Fassungen gleichermaßen authentisch sind.

Für die Bundesrepublik Deutschland
gezeichnet:
Adenauer

Für das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland
gezeichnet:
Anthony Eden

Für die Vereinigten Staaten von Amerika
gezeichnet:
Dean Acheson

Für die Französische Republik
gezeichnet:
Robert Schuman

Thereupon, they will, by mutual agreement, modify the present Convention and the related Conventions to the extent made necessary or advisable by the fundamental change in the situation.

Article 11

1. The present Convention and the related Conventions shall be ratified or approved by the Signatory States in accordance with their respective constitutional procedures. The instruments of ratification shall be deposited by the Signatory States with the Government of the Federal Republic of Germany.

2. The present Convention shall enter into force immediately upon

(a) the deposit by all the Signatory States of instruments of ratification of the present Convention and of all the Conventions listed in Article 8; and

(b) the entry into force of the Treaty on the Establishment of the European Defence Community.

3. The present Convention and the related Conventions shall be deposited in the Archives of the Government of the Federal Republic of Germany, which will furnish each Signatory State with certified copies thereof and notify each such State of the date of the entry into force of the present Convention and the related Conventions.

IN FAITH WHEREOF the undersigned representatives duly authorized thereto by their respective Governments have signed the present Convention.

Done at BONN this twenty-sixth day of May, 1952, in three texts, in the English, French and German languages, all being equally authentic.

For the United States of America
signed:
Dean Acheson

For the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland
signed:
Anthony Eden

For the French Republic
signed:
Robert Schuman

For the Federal Republic of Germany
signed:
Adenauer

Elles modifieront, alors, d'un commun accord, la présente Convention et les Conventions rattachées, dans la mesure où cette modification sera rendue nécessaire ou appropriée par le changement fondamental intervenu dans la situation.

Article 11

1. — La présente Convention et les Conventions rattachées seront ratifiées ou approuvées par les États Signataires conformément à leurs procédures constitutionnelles respectives. Les instruments de ratification seront déposés par les États Signataires auprès du Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne.

2. — La présente Convention entrera en vigueur dès que:

(a) — les instruments de sa ratification et de la ratification de toutes les Conventions énumérées à l'Article 8 auront été déposés par tous les États Signataires;

(b) — le Traité instituant la Communauté Européenne de Défense sera entré en vigueur.

3. — La présente Convention et les Conventions rattachées seront déposées dans les archives du Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne qui en remettra des copies certifiées conformes à chacun des États Signataires et qui notifiera à chacun de ces États la date d'entrée en vigueur de la Convention et des Conventions rattachées.

EN FOI DE QUOI, les Plénipotentiaires soussignés, dûment autorisés à cet effet par leurs Gouvernements, ont apposé leurs signatures au bas de la présente Convention.

Fait à BONN, le vingt sixième jour du mois de Mai 1952, en trois textes, en langues française, anglaise et allemande, les trois versions faisant également foi.

Pour la République Française
signé:
Robert Schuman

Pour les États-Unis d'Amérique
signé:
Dean Acheson

Pour le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord
signé:
Anthony Eden

Pour la République Fédérale d'Allemagne
signé:
Adenauer

ANHANG A

zu dem Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten

Erklärung der Bundesrepublik betreffend Hilfeleistungen für Berlin

Im Hinblick auf die besondere Rolle, die Berlin für die Selbstbehauptung der freien Welt gespielt hat und fernerhin zu spielen berufen ist,

Im Bewußtsein der Verbundenheit der Bundesrepublik mit Berlin

Und in dem Bestreben, die Stellung Berlins auf allen Gebieten zu festigen und zu stärken und insbesondere soweit möglich, eine Verbesserung in der wirtschaftlichen und finanziellen Lage Berlins herbeizuführen, einschließlich seiner Produktionskapazität und seines Beschäftigungsstandes,

erklärt die Bundesrepublik:

(a) daß sie das ihrerseits Erforderliche tun wird, um durch geeignete Unterstützungsmaßnahmen die Aufrechterhaltung eines ausgeglichenen Haushalts in Berlin zu gewährleisten;

(b) daß sie die geeigneten Maßnahmen für eine angemessene und gerechte Behandlung Berlins bei der Kontrolle und Zuteilung von knappen Rohstoffen und Bedarfsgegenständen treffen wird;

(c) daß sie die geeigneten Maßnahmen treffen wird, um die der Bundesrepublik aus auswärtigen Quellen zufließende Hilfe in einem angemessenen Verhältnis zu den in Berlin vorhandenen unausgenützten Industriekapazitäten auch Berlin zugute kommen zu lassen;

(d) daß sie die Entwicklung des Berliner Außenhandels fördern und Berlin in allen handelspolitischen Fragen so günstig behandeln wird, wie es die Umstände gestatten, und daß sie Berlin im Rahmen des Möglichen und in Anbetracht der Einbeziehung Berlins in die Devisenbewirtschaftung der Bundesrepublik mit den erforderlichen Devisen ausstatten wird;

(e) daß sie die ihrerseits erforderlichen Maßnahmen ergreifen wird, um zu gewährleisten, daß Berlin im Währungsgebiet der Deutschen Mark (West) bleibt, und daß eine angemessene Geldversorgung in der Stadt aufrechterhalten wird;

(f) daß sie an der Aufrechterhaltung einer ausreichenden Bevorratung Berlins für Notfälle mithelfen wird;

(g) daß sie sich nach besten Kräften bemühen wird, die Handelsverbindungen sowie die Verkehrsverbindungen und -einrichtungen zwischen Berlin und dem Gebiet der Bundesrepublik aufrechtzuerhalten und zu verbessern und an dem Schutz oder der Wiederherstellung dieser Verbindungen und Einrichtungen nach Maßgabe der ihr zur Verfügung stehenden Mittel mitzuwirken;

(Agreed Translation)

ANNEX A

to the Convention on Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Germany

Declaration of the Federal Republic on Aid to Berlin

In view of the special role which Berlin has played and is destined to play in the future for the self-preservation of the free world,

aware of the ties connecting the Federal Republic with Berlin,

and motivated by the desire to strengthen and to reinforce the position of Berlin in all fields, and in particular to bring about insofar as possible an improvement in the economy and the financial situation in Berlin including its productive capacity and level of employment,

the Federal Republic undertakes

(a) to take all necessary measures on its part in order to ensure the maintenance of a balanced budget in Berlin through appropriate assistance;

(b) to take adequate measures for the equitable treatment of Berlin in the control and allocation of materials in short supply;

(c) to take adequate measures for the inclusion of Berlin in assistance received by the Federal Republic from outside sources in reasonable proportion to the unutilized industrial resources existing in Berlin;

(d) to promote the development of Berlin's external trade, to accord Berlin such favoured treatment in all matters of trade policy as circumstances warrant and to provide Berlin within the limit of possibility and in consideration of the participation of Berlin in the foreign currency control by the Federal Republic, with the necessary foreign currency;

(e) to take all necessary measures on its part to ensure that the city remains in the currency area of the Deutsche Mark West, and that an adequate money supply is maintained in the city;

(f) to assist in the maintaining in Berlin of adequate stockpiles of supplies for emergencies;

(g) to use its best efforts for the maintenance and improvement of trade and of communications and transportation facilities between Berlin and the Federal territory, and to cooperate in accordance with the means at its disposal in their protection or their reestablishment;

(Traduction agréée)

ANNEXE A

à la Convention sur les Relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale d'Allemagne

Déclaration de la République Fédérale sur l'aide à Berlin

En considération du rôle spécial que Berlin a joué en faveur du monde libre et est appelé à jouer dans l'avenir,

Consciente des liens étroits de la République Fédérale avec Berlin,

Et dans le but de consolider et de renforcer la position de Berlin dans tous les domaines, et notamment d'assurer, dans toute la mesure du possible, une amélioration de la situation économique et financière à Berlin, y compris la capacité de production de la ville et le marché du travail,

La République Fédérale déclare:

(a) qu'elle fera, de son côté, le nécessaire pour garantir l'équilibre budgétaire de Berlin par des mesures de secours appropriées;

(b) qu'elle prendra les mesures appropriées pour assurer à Berlin un traitement équitable dans le contrôle et la répartition des produits en quantité insuffisante;

(c) qu'elle prendra les mesures appropriées pour faire bénéficier Berlin de l'aide extérieure reçue par la République Fédérale d'une façon raisonnablement proportionnelle aux ressources industrielles non utilisées existant à Berlin;

(d) qu'elle encouragera le développement du commerce extérieur de Berlin, fera bénéficier Berlin de toutes mesures de faveur en toute matière de politique commerciale que les circonstances pourraient justifier et fournira à Berlin, dans la mesure du possible et compte tenu de la participation de Berlin au contrôle de devises étrangères établi par la République Fédérale, les devises étrangères nécessaires;

(e) qu'elle prendra, de son côté, toutes les dispositions nécessaires pour faire en sorte que la ville reste dans la zone monétaire du Deutsche Mark occidental et que des disponibilités monétaires appropriées soient maintenues dans la ville;

(f) qu'elle contribuera au maintien dans la ville d'approvisionnements suffisants pour faire face à toute éventualité;

(g) qu'elle s'efforcera, par tous les moyens dont elle dispose, d'assurer l'entretien et l'amélioration du commerce, des communications et des moyens de transport entre Berlin et le territoire de la République Fédérale et qu'elle coopérera, selon les moyens à sa disposition, à leur protection ou à leur rétablissement;

(h) daß sie die Einbeziehung Berlins in die von der Bundesrepublik abgeschlossenen internationalen Abkommen erleichtern wird, soweit dies nicht nach der Natur der betreffenden Abkommen ausgeschlossen ist.

gez. Adenauer

(h) to facilitate the inclusion of Berlin in the international agreements concluded by the Federal Republic, provided that this is not precluded by the nature of the agreements concerned.

(h) qu'elle facilitera l'inclusion de Berlin dans les accords internationaux conclus par la République Fédérale, sauf si cela n'est pas exclu par la nature des accords en question.

ANHANG B
zu dem Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten

Satzung des Schiedsgerichtes

ABSCHNITT I
Zusammensetzung, Organisation und Sitz des Schiedsgerichtes

Artikel 1

(1) Das Schiedsgericht besteht aus neun Mitgliedern, welche die erforderlichen Voraussetzungen für die Ausübung der obersten richterlichen Ämter in ihrem Lande erfüllen oder Rechtsgelehrte von anerkannter Sachkenntnis auf dem Gebiet des internationalen Rechts sind.

(2) Die neun Mitglieder des Gerichtes werden folgendermaßen bestellt:

(a) drei Mitglieder werden von der Bundesregierung ernannt;

(b) drei Mitglieder werden von den Regierungen der Drei Mächte ernannt, und zwar von jeder der Drei Mächte ein Mitglied;

(c) drei Mitglieder (im folgenden als „neutrale Mitglieder" bezeichnet), die weder deutsche Staatsangehörige noch Staatsangehörige einer der Drei Mächte sein dürfen, werden durch Übereinkunft zwischen der Bundesregierung und den Regierungen der Drei Mächte ernannt.

(3) Die Bundesregierung und die Regierungen der Drei Mächte werden einander spätestens sechzig Tage nach Inkrafttreten dieser Satzung die Namen der Mitglieder mitteilen, die sie erstmalig zu ernennen haben. Innerhalb derselben Frist werden sich die Bundesregierung und die Regierungen der Drei Mächte über die Namen der drei neutralen Mitglieder einigen. Sind bei Ablauf dieser Frist ein oder mehrere neutrale Mitglieder noch nicht ernannt, so können die Bundesregierung oder die Regierungen der Drei Mächte den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes um ihre Ernennung ersuchen.

(4) Die Ernennung der Mitglieder für freiwerdende Sitze erfolgt nach demselben Verfahren, das für die Ernennung der zu ersetzenden Mitglieder maßgeblich ist. Bleibt jedoch ein Sitz, dessen Inhaber von der Bundesregierung oder einer der Regierungen der Drei Mächte zu ernennen ist,

ANNEX B
to the Convention on Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Germany

Charter of the Arbitration Tribunal

PART I
Composition, Organisation and Seat of the Tribunal

Article 1

1. The Tribunal shall be composed of nine members who shall have the qualifications required in their respective countries for appointment to the highest judicial offices or shall be lawyers of recognized competence in international law.

2. The nine members of the Tribunal shall be appointed as follows:

(a) Three members appointed by the Governments of the Three Powers, one by each Government;

(b) Three members appointed by the Federal Government;

(c) Three members (hereinafter referred to as "the neutral members") appointed by agreement between the Governments of the Three Powers and the Federal Government, none of whom shall be a national of any one of the Three Powers or a German national.

3. The Governments of the Three Powers and the Federal Government shall make known their first appointments not later than sixty days after the entry into force of the present Charter. Within the same period the Governments of the Three Powers and the Federal Government shall agree upon the three neutral members. If, after the expiry of such period, one or more of the neutral members shall not have been appointed, either the Governments of the Three Powers or the Federal Government may request the President of the International Court of Justice to appoint such neutral member or members.

4. Appointments to fill vacancies shall be made in the same manner as the appointment of the member to be replaced. However, if a vacancy to be filled by the Government of one of the Three Powers or the Federal Government is not so filled within one month of its occurring, either the

ANNEXE B
à la Convention sur les Relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale d'Allemagne

Charte du Tribunal d'Arbitrage

TITRE I
Composition, organisation et siège du Tribunal

Article 1

1. — Le Tribunal se compose de neuf membres qui doivent réunir les conditions requises pour être nommés dans leurs pays respectifs aux plus hautes fonctions judiciaires, ou être des jurisconsultes possédant une compétence notoire en droit international.

2. — Les neuf membres du Tribunal sont ainsi désignés:

(a) trois membres sont nommés par les Gouvernements des Trois Puissances à raison d'un membre par chacun d'entre eux;

(b) trois membres sont nommés par le Gouvernement Fédéral;

(c) trois membres (ci-après dénommés les membres neutres), dont aucun ne doit être ressortissant de l'une des Trois Puissances ou ressortissant allemand, sont nommés par accord entre les Gouvernements des Trois Puissances et le Gouvernement Fédéral.

3. — Les Gouvernements des Trois Puissances et le Gouvernement Fédéral notifieront, au plus tard soixante jours après la date d'entrée en vigueur de la présente Charte, les noms des premiers membres qu'il leur appartient de nommer. Dans ce même délai, les Gouvernements des Trois Puissances et le Gouvernement Fédéral se mettront d'accord sur les noms des trois membres neutres. Si, après l'expiration de cette période, un ou plusieurs membres neutres n'ont pas été nommés, les Gouvernements des Trois Puissances ou le Gouvernement Fédéral pourront demander au Président de la Cour Internationale de Justice de procéder à leur nomination.

4. — La nomination aux sièges devenus vacants se fait selon la même méthode que celle qui a été suivie pour la nomination des membres à remplacer. Toutefois, si un siège dont le titulaire doit être nommé par l'un des Gouvernements des Trois Puissances ou par le Gouvernement Fédéral

länger als einen Monat unbesetzt, so können die Bundesregierung oder die Regierungen der Drei Mächte den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes ersuchen, für diesen Sitz vorläufig eine Persönlichkeit zu ernennen, die weder die deutsche noch die Staatsangehörigkeit einer der Drei Mächte besitzt und die für eine Zeit von sechs Monaten oder bis zur Ernennung eines endgültigen Mitgliedes im gewöhnlichen Verfahren im Amte bleibt, falls diese Ernennung nicht innerhalb der genannten Frist erfolgt. Ist das zu ersetzende Mitglied ein neutrales Mitglied, so können die Bundesregierung oder die Regierungen der Drei Mächte den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes um seine Ernennung ersuchen, wenn die in Unterabsatz (c) des Absatzes (2) dieses Artikels vorgesehene Übereinkunft nicht innerhalb eines Monats nach dem Zeitpunkt, in dem der Sitz frei wurde, erzielt werden kann.

(5) Das Gericht kann durch Mehrheitsbeschluß einen Sitz für frei geworden erklären, wenn nach seiner Auffassung ein Mitglied ohne hinreichenden Grund in einer Angelegenheit, an der es mitzuwirken hatte, den Sitzungen ferngeblieben ist oder sich geweigert hat, an ihnen teilzunehmen.

Artikel 2

(1) Die Mitglieder des Gerichtes werden für vier Jahre ernannt. Nach Ablauf ihrer Amtszeit können sie wieder ernannt werden.

(2) Ein Mitglied, dessen Amtszeit abgelaufen ist, hat dennoch sein Amt weiterzuführen, bis sein Nachfolger ernannt ist. Auch nach dieser Ernennung hat es, sofern der Präsident nicht anders entscheidet, seine Tätigkeit in den anhängigen Angelegenheiten, mit denen es befaßt war, fortzusetzen, bis eine endgültige Entscheidung in diesen Angelegenheiten ergangen ist.

(3) Die Mitglieder des Gerichtes dürfen keine Tätigkeit ausüben, die mit der normalen Wahrnehmung ihres Amtes unvereinbar ist; sie dürfen an der Erledigung einer bestimmten Angelegenheit nicht mitwirken, mit der sie in anderer Eigenschaft bereits befaßt waren oder an der sie unmittelbar interessiert sind. Bei Meinungsverschiedenheiten über die Anwendung dieses Absatzes entscheidet das Gericht.

(4) (a) Die Mitglieder des Gerichtes genießen während ihrer Amtsdauer und nach deren Ablauf Immunität gegen gerichtliche Verfolgung wegen Handlungen, die sie in Ausübung ihres Amtes vorgenommen haben.

(b) Die Mitglieder des Gerichtes, die nicht deutscher Staatsangehörigkeit sind, genießen im Bundesgebiet außerdem die Vorrechte und Immunitäten, die den Leitern diplomatischer Missionen zustehen. Werden im Gebiet einer der Drei Mächte Sitzungen abgehalten oder Amtshandlungen vorgenommen, so ge-

Governments of the Three Powers or the Federal Government may request the President of the International Court of Justice to make an interim appointment to the vacancy of a person who shall not be a national of any one of the Three Powers or a German national and who shall serve for a period of six months or until the vacancy is filled in the normal manner, whichever is longer. If the member to be replaced is a neutral member, the Governments of the Three Powers or the Federal Government may request the President of the International Court of Justice to make such appointment, if the agreement envisaged by sub-paragraph (c) of paragraph 2 of this Article has not been reached within one month of the vacancy occurring.

5. The Tribunal may, by majority vote, declare a vacancy if, in its opinion, a member has, without reasonable excuse, failed or refused to participate in the hearing or decision of a case to which he has been assigned.

Article 2

1. The members of the Tribunal shall be appointed for four years. They may be reappointed after the expiration of their terms of office.

2. A member whose term of office has expired shall nevertheless continue to discharge his duties until his successor is appointed. After such appointment he shall, unless the President of the Tribunal directs otherwise, continue to discharge his duties respecting pending cases in which he has participated until such cases have been finally decided.

3. Members of the Tribunal shall not engage in any activity incompatible with the proper exercise of their duties, nor shall they participate in the adjudication of any case with which they have previously been concerned in another capacity or in which they have a direct interest. Differences of opinion regarding the applicability of this paragraph shall be resolved by the Tribunal.

4. (a) During and after their terms of office, the members of the Tribunal shall enjoy immunity from suit in respect of acts performed in the exercise of their official duties.

(b) The members of the Tribunal who are not of German nationality shall, moreover, enjoy in the Federal territory the same privileges and immunities as are accorded chiefs of diplomatic missions. If sittings or official acts take place in the territory of one of the Three Powers, the members of the Tribu-

reste vacant pendant plus d'un mois, les Gouvernements des Trois Puissances ou le Gouvernement Fédéral peuvent demander au Président de la Cour Internationale de Justice de nommer à titre intérimaire un remplaçant qui ne soit ni ressortissant allemand, ni ressortissant de l'une des Trois Puissances, et qui restera en fonction pendant un délai de six mois, ou jusqu'à la nomination d'un titulaire définitif par le procédé normal, au cas où cette nomination n'interviendrait qu'après l'expiration de ce délai. Lorsque le membre à remplacer est un membre neutre, les Gouvernements des Trois Puissances ou le Gouvernement Fédéral peuvent demander au Président de la Cour Internationale de Justice de procéder à la nomination, si l'accord prévu à l'alinéa (c) du paragraphe 2 du présent Article n'a pas été réalisé dans le délai d'un mois après le début de la vacance.

5. — Le Tribunal peut, par vote majoritaire, déclarer une vacance lorsque, à son avis, l'un des membres s'est abstenu ou a refusé, sans excuse valable, de siéger dans une affaire pour laquelle il a été désigné.

Article 2

1. — Les membres du Tribunal sont nommés pour quatre ans. Ils peuvent faire l'objet d'une nouvelle nomination à l'expiration de leur mandat.

2. — Un membre dont le mandat est expiré doit cependant continuer à exercer ses fonctions jusqu'à ce que son successeur ait été nommé. Après cette nomination, à moins que le Président n'en décide autrement, il doit encore continuer à exercer ses fonctions dans les affaires en instance dont il avait à s'occuper, jusqu'à ce que ces affaires aient été définitivement réglées.

3. — Les membres du Tribunal ne peuvent se livrer à aucune activité incompatible avec l'exercice normal de leurs fonctions, ni participer au règlement d'aucune affaire dont ils ont eu antérieurement à s'occuper à un autre titre, ou dans laquelle ils ont un intérêt direct. En cas de contestation sur l'application du présent paragraphe, le Tribunal statue.

4. — (a) Pendant la durée de leur mandat et après l'expiration de celui-ci, les membres du Tribunal jouissent de l'immunité de juridiction à raison des actes accomplis dans l'exercice de leurs fonctions.

(b) Les membres du Tribunal qui ne sont pas de nationalité allemande jouissent, en outre, sur le territoire fédéral des mêmes privilèges et immunités que ceux qui sont prévus pour les chefs des missions diplomatiques. Si des séances ont lieu sur le territoire de l'une des Trois Puissances ou si des actes

nießen die Mitglieder des Gerichtes, die nicht dem Staate angehören, in dem die Sitzung stattfindet oder die Amtshandlung vorgenommen wird, in diesem Lande die diplomatischen Immunitäten und Vorrechte.

(5) Die Mitglieder des Gerichtes haben sich vor Aufnahme ihrer Tätigkeit in öffentlicher Sitzung zu verpflichten, ihr Amt unparteiisch und gewissenhaft auszuüben.

(6) Unbeschadet der Bestimmungen des Absatzes (5) des Artikels 1 dieser Satzung kann ein Mitglied vor Ablauf seiner Amtszeit oder vor Beendigung seiner Amtspflichten gemäß Absatz (2) dieses Artikels nur durch Übereinkunft der Bundesregierung und der Regierungen der Drei Mächte oder, falls es sich um ein von dem Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes ernanntes Mitglied handelt, nur durch Übereinkunft der Bundesregierung und der Regierungen der Drei Mächte und mit Zustimmung des Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes abberufen werden.

Artikel 3

Das Gericht wählt aus dem Kreise seiner neutralen Mitglieder für zwei Jahre einen Präsidenten und zwei Vizepräsidenten.

Artikel 4

(1) Das Gericht tagt unter dem Vorsitz des Präsidenten oder eines Vizepräsidenten entweder in Plenarsitzung oder in Kammern von drei Mitgliedern.

(2) Die Plenarsitzung umfaßt grundsätzlich alle Mitglieder des Gerichtes; ein Quorum von fünf Mitgliedern genügt zur Bildung des Plenums; es kann nur bei Anwesenheit einer ungeraden Zahl von Mitgliedern beraten und entscheiden; auf jeden Fall muß die Zahl der von der Bundesregierung ernannten Mitglieder und die Zahl der von den Drei Mächten ernannten Mitglieder gleich sein; ferner muß ihm stets mindestens ein neutrales Mitglied angehören.

(3) Die Kammern bestehen aus je einem von der Bundesregierung ernannten, einem von den Regierungen der Drei Mächte ernannten und einem neutralen Mitglied.

(4) Das Gericht entscheidet in Plenarsitzung über die Verteilung der Mitglieder auf die Kammern, bestimmt die Arten von Angelegenheiten, die von den einzelnen Kammern zu entscheiden sind, oder weist eine bestimmte Angelegenheit einer Kammer zu.

(5) Jede Entscheidung, die eine Kammer in einer ihr zugewiesenen Angelegenheit gefällt hat, gilt als Entscheidung des Gerichtes.

(6) Die endgültige Entscheidung über eine einer Kammer zugewiesene Angelegenheit muß von dem Gericht

nal who are not of the nationality of the country in which the sitting or act takes place shall enjoy diplomatic privileges and immunities in such country.

5. Every member of the Tribunal shall, before taking office, make a declaration at a public session that he will exercise his duties impartially and conscientiously.

6. Subject to the provisions of paragraph 5 of Article 1 of the present Charter, no member may be dismissed before the expiry of his term of office, or before the termination of his duties in accordance with paragraph 2 of this Article, except by agreement between the Governments of the Three Powers and the Federal Government; or, in the case of a member appointed by the President of the International Court of Justice, by agreement between the Governments of the Three Powers and the Federal Government, with the consent of the President of the International Court of Justice.

Article 3

The Tribunal shall elect from the neutral members a President and two Vice-Presidents to serve as such for two years.

Article 4

1. The Tribunal, presided over by the President or one of the Vice-Presidents, shall sit either in plenary session or in Chambers of three members.

2. A plenary session shall, in principle, include all the members of the Tribunal. A quorum of five members shall suffice to constitute a plenary session; it shall be composed of an uneven number of members and in any case shall consist of an equal number of the members appointed by the Governments of the Three Powers and of those appointed by the Federal Government, and at least one neutral member.

3. Chambers shall be composed of one of the members appointed by the Governments of the Three Powers, one of the members appointed by the Federal Government and one neutral member.

4. The Tribunal in plenary session shall nominate the members of such Chambers, define the categories of cases with which a Chamber will be concerned or assign a particular case to a Chamber.

5. Any decision of a Chamber, on a case assigned to it, shall be deemed to be a decision of the Tribunal.

6. The final decision on a case assigned to a Chamber must be taken by the Tribunal in plenary session, if

officiels y sont accomplis, les membres du Tribunal qui ne sont pas ressortissants du pays dans lequel la séance a lieu ou l'acte est accompli, jouissent dans ce pays des privilèges et immunités diplomatiques.

5. — Tout membre du Tribunal doit, avant d'entrer en fonctions, prendre en séance publique, l'engagement d'exercer ses attributions en pleine impartialité et en toute conscience.

6. — Sous réserve des dispositions du paragraphe 5 de l'Article 1 de la présente Charte, aucun membre du Tribunal ne peut être révoqué avant l'expiration de son mandat ou avant la cessation de ses fonctions dans les conditions prévues par le paragraphe 2 du présent Article, si ce n'est par accord entre les Gouvernements des Trois Puissances et le Gouvernement Fédéral ou, s'il s'agit d'un membre qui a été nommé par le Président de la Cour Internationale de Justice, par accord entre les Gouvernements des Trois Puissances et le Gouvernement Fédéral, avec le consentement du Président de la Cour Internationale de Justice.

Article 3

Le Tribunal élit pour deux ans parmi les membres neutres un Président et deux Vice-Présidents.

Article 4

1. — Le Tribunal siège sous la présidence du Président ou de l'un des Vice-Présidents, soit en assemblée plénière, soit en Chambre de trois membres.

2. — L'assemblée plénière comprend, en principe, tous les membres du Tribunal. Le quorum de cinq est suffisant pour la constituer; elle ne peut délibérer qu'en nombre impair; elle doit en tout cas comprendre un nombre égal de membres nommés par les Gouvernements des Trois Puissances et de membres nommés par le Gouvernement Fédéral, et au moins un membre neutre.

3. — Les Chambres sont composées d'un des membres nommés par les Gouvernements des Trois Puissances, d'un des membres nommés par le Gouvernement Fédéral et d'un membre neutre.

4. — Le Tribunal, en assemblée plénière, répartit les membres entre les Chambres, détermine les catégories d'affaires dont les Chambres connaissent ou attribue à une Chambre une affaire déterminée.

5. — Toute décision rendue par une Chambre sur une affaire qui lui a été dévolue sera considérée comme rendue par le Tribunal.

6. — La décision définitive sur une affaire dévolue à une Chambre doit être rendue par le Tribunal en

in Plenarsitzung gefällt werden, wenn eine der Parteien es beantragt, bevor die Kammer eine endgültige Entscheidung gefällt hat.

Artikel 5

Die Verhandlungen sind öffentlich, sofern das Gericht nicht anders beschließt. Die Beratungen des Gerichtes sind und bleiben geheim. Das gleiche gilt für Tatsachen, von denen das Gericht in nicht-öffentlicher Sitzung Kenntnis erhalten hat.

Artikel 6

(1) Die Verwaltungsangelegenheiten des Gerichtes werden einem Sekretär übertragen, dem das erforderliche Personal beigegeben ist. Der Sekretär vermittelt den Schriftverkehr; er führt das Register der bei Gericht eingehenden Anträge und ist für das Archiv und die Rechnungsführung verantwortlich.

(2) Der Sekretär wird erstmalig durch Übereinkunft zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten bestellt. Der Sekretär ist auf Dauer im Amt und kann nur durch das Gericht entlassen und durch einen Nachfolger ersetzt werden.

Artikel 7

Das Gericht hat seinen Sitz an einem Ort des Bundesgebietes, der durch ein ergänzendes Verwaltungsabkommen zwischen der Bundesregierung und den Regierungen der Drei Mächte festgelegt wird. Es kann, wenn es dies für angebracht hält, auch an anderen Orten Sitzungen abhalten und Amtsgeschäfte wahrnehmen.

Artikel 8

Die Bestimmungen über die Kosten für die Unterhaltung des Gerichtes, einschließlich der Bezüge seiner Mitglieder, sowie die notwendigen Maßnahmen, um die Unverletzlichkeit der Räume des Gerichtes sicherzustellen, werden durch das in Artikel 7 dieser Satzung genannte Verwaltungsabkommen getroffen.

ABSCHNITT II

Zuständigkeit und Befugnisse des Schiedsgerichtes

Artikel 9

(1) Das Gericht ist für alle Streitigkeiten zuständig, die sich zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten aus den Bestimmungen des Vertrages über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten (nachstehend als „der Vertrag" bezeichnet), dieser Satzung oder der in Artikel 8 des Vertrages aufgeführten Zusatzverträge ergeben und deren Beilegung durch Verhandlungen den Parteien nicht gelingt, soweit nicht in dem Vertrag, dieser Satzung oder den Zusatzverträgen bestimmte Streitigkeiten ausdrücklich von der Zuständigkeit des Gerichtes ausgenommen sind.

one of the parties so requests before the Chamber itself has pronounced a final decision.

Article 5

The Tribunal shall sit in public unless it decides otherwise. The deliberations of the Tribunal shall be and shall remain secret as shall all facts brought to its attention in closed session.

Article 6

1. A Registrar shall be responsible for the administration of the Tribunal; he shall have the necessary staff at his disposal. The Registrar shall handle the transmission of documents, keep a record of petitions submitted to the Tribunal and be responsible for the archives and accounts of the Tribunal.

2. The first Registrar shall be appointed by agreement between the Three Powers and the Federal Republic. The Registrar shall be a permanent official subject to dismissal and replacement only by the Tribunal.

Article 7

The seat of the Tribunal shall be located within the Federal territory at such place as shall be determined by a subsidiary administrative agreement between the Governments of the Three Powers and the Federal Government. The Tribunal may, however, sit and exercise its functions elsewhere, when it deems it desirable to do so.

Article 8

Questions pertaining to the operating costs of the Tribunal, including the official emoluments for members, as well as arrangements for securing the inviolability of the premises of the Tribunal, shall be regulated by the subsidiary administrative agreement referred to in Article 7 of the present Charter.

PART II

Competence and Powers of the Tribunal

Article 9

1. The Tribunal shall have jurisdiction over all disputes arising between the Three Powers and the Federal Republic under the provisions of the Convention on Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Germany (hereinafter referred to as "the Convention") or the present Charter or any of the related Conventions, listed in Article 8 of the Convention, which the parties are not able to settle by negotiation, except disputes expressly excluded from its jurisdiction by the provisions of the Convention or the present Charter or any of the related Conventions.

assemblée plénière, si l'une des parties le demande avant que la Chambre n'ait elle-même rendu une décision définitive.

Article 5

Les audiences sont publiques, à moins que le Tribunal n'en décide autrement. Les délibérations du Tribunal sont et demeurent secrètes. Il en est de même pour les faits dont il a eu connaissance à huis-clos.

Article 6

1. — La charge de l'administration du Tribunal est confiée à un Greffier qui a sous ses ordres, à cet effet, le personnel nécessaire. Le Greffier assure la communication des pièces; il tient le rôle des requêtes soumises au Tribunal; il est responsable des archives et de la comptabilité du Tribunal.

2. — Le Greffier est initialement désigné par accord entre les Trois Puissances et la République Fédérale. Il est fonctionnaire permanent et ne peut être révoqué et remplacé que par le Tribunal.

Article 7

Le siège du Tribunal sera situé sur le territoire de la République Fédérale et sera déterminé par un accord administratif subsidiaire entre les Gouvernements des Trois Puissances et le Gouvernement Fédéral. Le Tribunal peut, toutefois, siéger et exercer ses fonctions ailleurs lorsqu'il le juge désirable.

Article 8

Les questions relatives aux frais de fonctionnement du Tribunal, y compris les traitements des membres, ainsi que les dispositions nécessaires pour assurer l'inviolabilité des locaux du Tribunal seront réglées par l'accord administratif subsidiaire visé à l'Article 7 de la présente Charte.

TITRE II

Compétence et pouvoirs du Tribunal

Article 9

1. — Le Tribunal est compétent pour statuer sur tous les litiges entre les Trois Puissances et la République Fédérale, résultant de l'application de la Convention sur les Relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale d'Allemagne (ci-après dénommée «la Convention»), ou de la présente Charte ou de l'une quelconque des Conventions rattachées énumérées dans l'Article 8 de ladite Convention, que les parties ne parviennent pas à régler par des négociations, à l'exception des litiges expressément exclus de sa compétence par les dispositions de la Convention, de la présente Charte ou de l'une quelconque des Conventions rattachées.

(2) (a) Das Gericht ist ferner zuständig für die Entscheidung über Fragen der Zuständigkeit folgender Instanzen:

Der im Zweiten Teil des Vertrages zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen bezeichnete Prüfungsausschuß;

das im Dritten Teil desselben Vertrages bezeichnete Oberste Rückerstattungsgericht;

die im Fünften und Zehnten Teil desselben Vertrages bezeichnete Schiedskommission für Güter, Rechte und Interessen in Deutschland.

(b) Die Frage der Zuständigkeit dieser Instanzen kann von der Rechtshängigkeit an jederzeit, auch nach dem Erlaß einer endgültigen Entscheidung, erhoben werden.

(c) In den vorstehenden Fragen sind die Entscheidungen des Gerichtes für die Instanzen, deren Zuständigkeit bestritten war, bindend.

(3) Die Entscheidungen der in Unterabsatz (a) des Absatzes (2) dieses Artikels erwähnten Instanzen unterliegen der Zuständigkeit des Gerichtes und den Bestimmungen des Unterabsatzes (a) des Absatzes (5) des Artikels 11 dieser Satzung nur insoweit, als dies in Unterabsatz (a) des Absatzes (2) dieses Artikels bestimmt ist, falls in einem der Zusatzverträge nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist.

(4) Die Zuständigkeits- und Sachentscheidungen der in den Zusatzverträgen vorgesehenen oder bezeichneten Instanzen, die nicht in Unterabsatz (a) des Absatzes (2) dieses Artikels erwähnt sind, unterliegen der Zuständigkeit des Gerichtes nur, soweit dies in Absatz (1) dieses Artikels bestimmt ist, falls in einem der Zusatzverträge nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist.

(5) Vor dem Gericht können nur die Bundesregierung einerseits und eine oder mehrere der Regierungen der Drei Mächte andererseits Parteien sein. Erhebt die Bundesregierung eine Klage gegen eine oder zwei Regierungen der Drei Mächte oder erheben eine oder zwei der Regierungen der Drei Mächte eine Klage gegen die Bundesregierung, so können die anderen Regierungen der Drei Mächte das Gericht um Zulassung als Streitgenossen ersuchen.

Artikel 10

Das Gericht fällt seine Entscheidungen in der Form von Urteilen oder Verfügungen, die für die Parteien verbindlich sind.

Artikel 11

(1) Die Unterzeichnerstaaten verpflichten sich, den Entscheidungen des Gerichtes nachzukommen und die Maßnahmen zu treffen, die ihnen durch diese Entscheidungen auferlegt werden.

2. (a) The Tribunal shall, moreover, have jurisdiction in respect of any question as to the extent of the competence of the following authorities:

The Board of Review referred to in Chapter Two of the Convention on the Settlement of Matters Arising out of the War and the Occupation;

The Supreme Restitution Court referred to in Chapter Three of that Convention;

The Arbitral Commission on Property, Rights and Interests in Germany referred to in Chapters Five and Ten of that Convention.

(b) A question as to the extent of the competence of these authorities may be raised at any time after the institution of proceedings before them and also after a final decision.

(c) The decisions of the Tribunal on these questions shall be binding on the authorities whose competence has been questioned.

3. The decisions of the authorities specified in subparagraph (a) of paragraph 2 of this Article shall be subject to the jurisdiction of the Tribunal and to the provisions of subparagraph (a) of paragraph 5 of Article 11 of the present Charter only to the extent contemplated in subparagraph (a) of paragraph 2 of this Article, unless the contrary is expressly provided in one of the related Conventions.

4. Decisions of the authorities provided for or referred to in the related Conventions, other than those specified in subparagraph (a) of paragraph 2 of this Article, shall be subject to review by the Tribunal, whether on questions as to the extent of competence or on the merits, only to the extent contemplated by paragraph 1 of this Article, unless the contrary is expressly provided in one of the related Conventions.

5. Only the Governments of one or more of the Three Powers, on the one hand, and the Federal Government, on the other, may be parties before the Tribunal. If the Federal Government brings a complaint against one or two of the Governments of the Three Powers, or if one or two of the Governments of the Three Powers brings a complaint against the Federal Government, the other Government or Governments of the Three Powers may apply to the Tribunal to be joined as parties.

Article 10

The Tribunal shall render its decisions in the form of judgments or directives which shall be binding on the parties.

Article 11

1. The Signatory States undertake to comply with the decisions of the Tribunal and to take the action required of them by such decisions.

2. — (a) Le Tribunal est en outre compétent pour statuer sur les questions relatives à la compétence des autorités suivantes:

— La Commission de Révision visée au Chapitre Deuxième de la Convention sur le Règlement de Questions issues de la Guerre et de l'Occupation;

— La Cour Suprême des Restitutions visée au Chapitre Troisième de ladite Convention;

— La Commission Arbitrale sur les Biens, Droits et Intérêts en Allemagne visée aux Chapitres Cinquième et Dixième de cette même Convention.

(b) Toute question relative à l'étendue de la compétence de ces autorités peut être soulevée à tout moment après l'introduction de l'instance auprès de l'une de ces autorités et même postérieurement à une décision définitive.

(c) Les décisions du Tribunal dans les questions indiquées ci-dessus sont obligatoires pour les autorités dont la compétence a été contestée.

3. — Les décisions des autorités énumérées à l'alinéa (a) du paragraphe 2 du présent Article ne relèveront de la compétence du Tribunal et ne seront soumises aux dispositions de l'alinéa (a) du paragraphe 5 de l'Article 11 de la présente Charte que dans la mesure envisagée à l'alinéa (a) du paragraphe 2 du présent Article, sauf dispositions contraires expresses figurant dans l'une des Conventions rattachées.

4. — Les décisions des autorités prévues ou visées dans les Conventions rattachées, autres que celles qui sont énumérées à l'alinéa (a) du paragraphe 2 du présent Article, ne relèveront de la compétence du Tribunal, quant à l'étendue de la compétence, ou quant au fond, que dans la mesure envisagée au paragraphe 1 du présent Article, sauf dispositions contraires expresses figurant dans l'une des Conventions rattachées.

5. — Seuls peuvent agir devant le Tribunal le Gouvernement Fédéral, d'une part, un ou plusieurs des Gouvernements des Trois Puissances, d'autre part. Si le Gouvernement Fédéral engage une action contre un ou deux des Gouvernements des Trois Puissances, ou si un ou deux Gouvernements des Trois Puissances engagent une action contre le Gouvernement Fédéral, les autres Gouvernements des Trois Puissances peuvent demander au Tribunal l'autorisation d'être parties jointes.

Article 10

Le Tribunal rend ses décisions sous forme d'arrêts ou d'ordonnances qui sont obligatoires pour les parties.

Article 11

1. — Les États Signataires s'engagent à se conformer aux décisions du Tribunal et à prendre les mesures qui leur sont imposées par ces décisions.

(2) Das Gericht kann für die Durchführung seiner Entscheidungen eine Frist festsetzen.

(3) Hat das Urteil des Gerichtes festgestellt, daß die Bestimmungen eines Gesetzes oder einer Verordnung, die im Bundesgebiet anwendbar sind, im Widerspruch zu dem Vertrag, dieser Satzung oder den Zusatzverträgen stehen, so kann es der Partei, die diese Bestimmungen erlassen hat, auferlegen, sie für das Bundesgebiet ganz oder teilweise außer Kraft zu setzen. Kommt die Partei dem Urteil des Gerichtes nicht nach, so kann das Gericht auf Antrag der obsiegenden Partei die ganze oder teilweise Nichtigkeit der Bestimmungen für das Bundesgebiet mit verbindlicher Kraft aussprechen.

(4) Hat das Urteil des Gerichtes festgestellt, daß eine im Bundesgebiet anwendbare Verwaltungsmaßnahme im Widerspruch zu dem Vertrag, dieser Satzung oder den Zusatzverträgen steht, so kann es der Partei, welche die Maßnahme getroffen hat, auferlegen, die Maßnahme für das Bundesgebiet ganz oder teilweise für nichtig zu erklären. Kommt die Partei dem Urteil des Gerichtes nicht nach, so kann das Gericht auf Antrag der obsiegenden Partei die ganze oder teilweise Nichtigkeit der Verwaltungsmaßnahme für das Bundesgebiet mit verbindlicher Kraft aussprechen.

(5) (a) Hat das Urteil des Gerichtes festgestellt, daß eine im Bundesgebiet verbindliche gerichtliche Entscheidung im Widerspruch zu den grundlegenden Prinzipien des Vertrages, dieser Satzung oder der Zusatzverträge steht, so kann es die ganze oder teilweise Nichtigkeit dieser Entscheidung für das Bundesgebiet aussprechen. In diesem Falle wird der Rechtsstreit in den Stand zurückversetzt, in dem er sich vor der gerichtlichen Entscheidung befand; für das weitere Verfahren haben die tatsächlichen und rechtlichen Feststellungen des Gerichtes im Bundesgebiet bindende Kraft.

(b) Die Bestimmungen des Unterabsatzes (a) dieses Absatzes finden auf die Entscheidungen der Militärgerichte keine Anwendung.

(6) Hat das Urteil des Gerichtes festgestellt, daß eine Partei es unterlassen hat, Maßnahmen zu ergreifen, zu denen sie nach dem Vertrag, dieser Satzung oder den Zusatzverträgen verpflichtet war, so kann das Gericht in seinem Urteil oder auf Antrag einer Partei in einem zweiten Urteil die besonderen Maßnahmen bezeichnen, welche die unterliegende Partei ergreifen muß, um die dem Urteil entsprechende Lage herzustellen. Trifft diese Partei die Maßnahmen nicht innerhalb der vom Gericht festgesetzten Frist, so kann das Gericht auf Antrag der anderen Partei diese ermächtigen, die entsprechenden Maßnahmen zur Herstellung der dem Urteil entsprechenden Lage zu ergreifen. Bestehen jedoch die Maßnahmen, deren Durchführung die unterliegende Partei unterläßt, in dem Erlaß von

2. The Tribunal may set a period of time for the execution of its decisions.

3. If a judgment of the Tribunal establishes that the provisions of a law or ordinance, applicable in the Federal territory, are in conflict with the provisions of the Convention or the present Charter or the related Conventions, it may order the party which has enacted such provisions to deprive them of effect, in whole or in part, in the Federal territory. Should this party fail to comply with the judgment of the Tribunal, the Tribunal may, at the request of the successful party, declare the provisions null, in whole or in part, in the Federal territory, with binding effect.

4. If a judgment of the Tribunal establishes that an administrative measure applicable in the Federal territory, is in conflict with the provisions of the Convention or the present Charter or the related Conventions, it may order the party which has taken such measure to annul it, in whole or in part, in the Federal territory. Should this party fail to comply with the judgment of the Tribunal, the Tribunal may, at the request of the successful party, declare the measure null, in whole or in part, in the Federal territory, with binding effect.

5. (a) If a judgment of the Tribunal establishes that a judicial decision, enforceable in the Federal territory, is in conflict with the basic principles of the Convention or the present Charter or the related Conventions, it may annul such decision, in whole or in part, in the Federal territory. In such case the judicial proceedings shall be restored to the position in which they were before the judicial decision was given; in further proceedings the Tribunal's findings of fact and law shall be binding in the Federal territory.

(b) The provisions of subparagraph (a) of this paragraph shall not apply to decisions of Service Tribunals.

6. If a judgment of the Tribunal establishes that a party has failed to take action which it is obliged to take by the Convention or the present Charter or the related Conventions, the Tribunal may, in its judgment or, on the application of a party, in a second judgment, specify special measures which must be taken by the unsuccessful party in order to remedy the situation in compliance with the judgment. Should this party fail to take such special measures within the time specified by the Tribunal, the Tribunal may, on the application of the other party, authorize the latter to take appropriate measures to remedy the situation in compliance with the judgment. If, however, the measures which the unsuccessful party fails to take consist in the issue of legal provisions, the Tribunal may embody in

2. — Le Tribunal peut fixer un délai pour l'exécution de ses décisions.

3. — Lorsqu'un arrêt du Tribunal a établi que les dispositions d'une loi ou d'une ordonnance qui sont applicables sur le territoire fédéral contreviennent aux dispositions de la Convention, de la présente Charte ou des Conventions rattachées, il peut ordonner à la partie qui a pris ces dispositions de les priver d'effet en totalité ou en partie sur le territoire fédéral. Si cette partie ne se conforme pas à l'arrêt du Tribunal, celui-ci peut, à la demande de la partie gagnante, prononcer avec effet obligatoire la nullité totale ou partielle de ces dispositions sur le territoire fédéral.

4. — Lorsqu'un arrêt du Tribunal a établi qu'une mesure administrative qui est applicable sur le territoire fédéral contrevient aux dispositions de la Convention, de la présente Charte ou des Conventions rattachées, il peut ordonner à la partie qui l'a prise de l'annuler en totalité ou en partie sur le territoire fédéral. Si cette partie ne se conforme pas à l'arrêt du Tribunal, celui-ci peut, à la demande de la partie gagnante, prononcer avec effet obligatoire la nullité totale ou partielle de cette mesure sur le territoire fédéral.

5. — (a) Lorsqu'un arrêt du Tribunal a établi qu'une décision judiciaire exécutoire sur le territoire fédéral contrevient aux principes fondamentaux de la Convention, de la présente Charte ou des Conventions rattachées, il peut annuler cette décision en totalité ou en partie sur le territoire fédéral. Dans ce cas, la procédure judiciaire est remise dans l'état où elle se trouvait avant la décision judiciaire dans la suite de la procédure, les constatations de fait et de droit du Tribunal ont force obligatoire sur le territoire fédéral.

(b) Les dipositions de l'alinéa (a) du présent paragraphe ne s'appliquent pas aux décisions des Tribunaux Militaires.

6. — Lorsqu'un arrêt du Tribunal a établi qu'une partie s'est abstenue de prendre des mesures qu'elle était tenue de prendre en vertu de la Convention, de la présente Charte ou des Conventions rattachées, le Tribunal peut, dans son arrêt ou, sur demande d'une partie, dans un second arrêt, indiquer les mesures spéciales que la partie perdante doit prendre pour rétablir la situation conformément à l'arrêt. Si cependant cette partie ne prend pas les mesures dans le délai fixé par le Tribunal, celui-ci peut, sur demande de l'autre partie, autoriser cette dernière à prendre les mesures correspondantes de nature à rétablir la situation conformément à l'arrêt. Si toutefois les mesures que la partie perdante s'est abstenue de prendre consistent en règles juridiques à édicter, le Tribunal peut inclure dans

Rechtsnormen, so kann das Gericht in sein Urteil Bestimmungen aufnehmen, die Rechte und Verpflichtungen für alle Personen und Behörden im Bundesgebiet begründen, soweit sie nicht im Widerspruch zum Grundgesetz stehen.

its judgment provisions, not inconsistent with the Basic Law of the Federal Republic, creating rights and obligations for all persons and authorities in the Federal territory.

son arrêt des dispositions créatrices de droits et d'obligations pour toutes les personnes et autorités sur le territoire fédéral, dans la mesure où ces dispositions ne sont pas contraires à la Loi Fondamentale de la République Fédérale.

Artikel 12

(1) Das Gericht, oder in dringenden Fällen der Präsident, kann durch Verfügung die einstweiligen Maßnahmen anordnen, die zur Sicherung der Rechte der Parteien bis zum Erlaß des Urteils des Gerichtes erforderlich sind. Die von dem Präsidenten auf Grund dieses Artikels erlassene Verfügung kann von dem Gericht innerhalb von zweiundsiebzig Stunden nach ihrer Zustellung an die Parteien bestätigt, geändert oder aufgehoben werden.

(2) Bevor das Gericht oder der Präsident auf Grund dieses Artikels eine Verfügung erläßt, ist den Parteien Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

(3) Bei Abwesenheit des Präsidenten werden die ihm durch diesen Artikel übertragenen Aufgaben durch einen der Vizepräsidenten wahrgenommen, der von ihm dazu bestimmt ist.

Artikel 12

1. The Tribunal or, in a case of urgency, the President shall have the power, by the issue of directives, to take such measures as may be necessary to conserve the respective rights of the parties pending the judgment of the Tribunal. Any directive issued by the President under this Article may be confirmed, amended or annulled by the Tribunal within seventy-two hours after the notification thereof to the parties.

2. The parties shall be afforded an opportunity to be heard prior to the issue of any directive by the Tribunal or by the President under this Article.

3. In the absence of the President, his powers under this Article shall be exercised by one of the Vice-Presidents to be designated by the President for this purpose.

Article 12

1. — Le Tribunal ou, en cas d'urgence, le Président a le pouvoir de décider, par voie d'ordonnance, les mesures conservatoires du droit de chaque partie qui peuvent être nécessaires en attendant l'arrêt du Tribunal. Toute ordonnance rendue par le Président en application du présent Article peut être confirmée, amendée ou annulée par le Tribunal dans un délai de 72 heures après sa notification aux parties.

2. — Avant que toute ordonnance ne soit rendue par le Tribunal ou par le Président en application de présent Article, la possibilité doit être donnée aux parties de se faire entendre.

3. — En cas d'absence du Président, les fonctions que lui confère le présent Article seront exercées par l'un des Vice-Présidents désigné par lui à cet effet.

ABSCHNITT III

Verfahren

Artikel 13

Die Gerichtssprachen sind deutsch, französisch und englisch.

Artikel 14

Das Verfahren wird eingeleitet durch Einreichung eines Schriftsatzes, der eine Darlegung der Tatsachen, die dem Streite zugrunde liegen, die Bezeichnung der Bestimmungen des Vertrages, dieser Satzung oder der Zusatzverträge, auf welche die Partei sich beruft, Rechtsausführungen sowie die Anträge enthält.

Artikel 15

(1) Die Parteien werden durch Prozeßbevollmächtigte vertreten. Sie können Rechtsberater hinzuziehen.

(2) Die Prozeßbevollmächtigten und die Rechtsberater genießen Immunität gegen gerichtliche Verfolgung wegen der in Ausübung ihrer Tätigkeit vorgenommenen Handlungen.

Artikel 16

(1) Der Vorsitzende kann die Prozeßbevollmächtigten einladen, um ihre Wünsche über die Fristen und den Gang des Verfahrens entgegenzunehmen.

(2) Der Vorsitzende setzt die Fristen für die Einreichung der Prozeßschriften fest und verfügt alle Maßnahmen, die für den Gang des Verfahrens erforderlich sind.

(3) Jedes Schriftstück, das von einer der Parteien eingereicht wird, ist von dem Sekretär unverzüglich der anderen Partei in beglaubigter Abschrift zu übermitteln.

PART III

Proceedings

Article 13

The official languages of the Tribunal shall be French, English, and German.

Article 14

Proceedings before the Tribunal shall be instituted by a written petition filed with the Tribunal which shall contain a statement of the facts giving rise to the dispute, reference to the provisions of the Convention or the present Charter or the related Conventions which are invoked, legal argument, and conclusions.

Article 15

1. The parties shall be represented by agents. They may be assisted by counsel.

2. Such agents and counsel shall enjoy immunity from suit in respect of acts performed in the exercise of their duties.

Article 16

1. The presiding member may summon the agents in order to be informed of their wishes concerning the time limits and conduct of the proceedings.

2. The presiding member shall set the time limits for the submission of pleadings and shall prescribe all the measures necessary for the conduct of the proceedings.

3. Certified copies of all documents submitted by either party shall be immediately forwarded to the other party through the Registrar.

TITRE III

Procédure

Article 13

Les langues officielles du Tribunal sont le français, l'anglais et l'allemand.

Article 14

La procédure est introduite par le dépôt d'une requête écrite, qui contient l'exposé des faits qui donnent lieu au litige, l'indication des dispositions invoquées de la Convention, de la présente Charte ou des Conventions rattachées, l'argumentation juridique et les conclusions.

Article 15

1. — Les parties sont représentées par des agents. Elles peuvent se faire assister par des conseils.

2. — Les agents et les conseils bénéficient de l'immunité de juridiction à raison des actes accomplis dans l'exercice de leurs fonctions.

Article 16

1. — Le Président peut convoquer les agents pour connaître leurs désirs sur les délais et sur la marche de la procédure.

2. — Le Président fixe les délais de remise des pièces de procédure et prescrit toutes les mesures nécessaires pour la marche de la procédure.

3. — Toute pièce produite par l'une des parties doit être aussitôt communiquée à l'autre par le Greffier en copie certifiée conforme.

Artikel 17

Das Verfahren besteht aus einem schriftlichen und einem mündlichen Teil. Auf Antrag beider Parteien kann von dem mündlichen Teil abgesehen werden.

Article 17

The proceedings shall consist of two parts; written and oral. Oral proceedings may be dispensed with if both parties so request.

Article 17

La procédure comprend une phase écrite et une phase orale. La procédure orale peut être supprimée sur demande des deux parties.

Artikel 18

(1) Das schriftliche Verfahren besteht aus Klageschrift, Klagebeantwortung und, sofern das Gericht nicht anders entscheidet, aus einer Replik und einer Duplik.

(2) Widerklage ist zulässig.

Article 18

1. Written proceedings shall consist of a statement of the complainant's case, the defendant's answer and, unless the Tribunal directs otherwise, a reply and a rejoinder.

2. Counterclaims shall be permissible.

Article 18

1. — La procédure écrite comprend un mémoire du demandeur, un contre-mémoire du défendeur et, sauf décision contraire du Tribunal, une réplique et une duplique.

2. — L'action reconventionnelle est admise.

Artikel 19

(1) Das mündliche Verfahren besteht aus den Ausführungen des Klägers, der Beantwortung des Beklagten und, sofern das Gericht nicht anders entscheidet, einer Replik und einer Duplik sowie der Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen.

(2) Das Gericht kann die Vorlegung von Urkunden und sonstigen Beweismitteln verlangen; es kann Zeugen vorladen und anordnen, daß Gutachten erstattet und Ermittlungen angestellt werden.

(3) Bringt eine Partei ein Beweismittel nicht bei, über das sie verfügt oder das sie beschaffen kann und das nach Ansicht des Gerichtes auf die Sache Bezug hat, so entscheidet das Gericht trotz des Fehlens dieses Beweismittels.

(4) Der Vorsitzende und jedes andere Mitglied des Gerichtes können an die Parteien, Zeugen und Sachverständigen Fragen stellen.

(5) Über die mündliche Verhandlung wird ein Protokoll aufgenommen, das von dem Vorsitzenden und dem Sekretär unterzeichnet wird.

Article 19

1. Oral proceedings shall consist of the complainant's argument, the defendant's argument and, unless the Tribunal directs otherwise, a reply and a rejoinder, as well as hearings of witnesses and experts.

2. The Tribunal shall have power to demand the production of evidence, documentary or other, to require the attendance of witnesses to testify, to request expert opinion, and to direct inquiries to be made.

3. In the event that a party does not produce evidence which in the opinion of the Tribunal is relevant to the issues before it and which such party possesses or is in a position to procure, the Tribunal shall proceed to give its decision notwithstanding the absence of such evidence.

4. The presiding member or any other member of the Tribunal may put questions to the parties, witnesses and experts.

5. A written record of the oral proceedings shall be kept and shall be signed by the presiding member and the Registrar.

Article 19

1. — La procédure orale comprend l'argumentation du demandeur, la réponse du défendeur et, sauf décision contraire du Tribunal, une réplique et une duplique, ainsi que l'audition des témoins et des experts.

2. — Le Tribunal peut exiger la production de documents et de toutes preuves; il peut faire comparaître des témoins et ordonner des expertises et des enquêtes.

3. — Si l'une des parties ne fournit pas des preuves qui, de l'avis du Tribunal, ont trait à une affaire en instance et que cette partie détient ou pourrait obtenir, le Tribunal rend sa décision malgré l'absence de ces preuves.

4. — Le Président et tout autre membre du Tribunal peuvent poser des questions aux parties, aux témoins et aux experts.

5. — Les débats oraux font l'objet d'un procès-verbal qui est signé par le Président et par le Greffier.

Artikel 20

Das Gericht fällt seine Entscheidungen auf Grund des Vertrages, dieser Satzung und der Zusatzverträge. Bei der Auslegung dieser Verträge legt das Gericht die im internationalen Recht allgemein angewandten Auslegungsregeln für Verträge zu Grunde.

Article 20

All decisions of the Tribunal shall be based on the Convention, the present Charter and the related Conventions. The Tribunal shall, in the interpretation of such Conventions, apply the generally accepted rules of international law governing the interpretation of treaties

Article 20

Le Tribunal statue sur la base de la Convention, de la présente Charte et des Conventions rattachées. Pour l'interprétation de ces Conventions, le Tribunal applique les règles d'interprétation des Traités généralement acceptées en droit international.

Artikel 21

(1) Das Gericht entscheidet mit Stimmenmehrheit.

(2) Die Urteile sind mit Gründen zu versehen.

(3) Die Urteile werden von dem Vorsitzenden und dem Sekretär unterzeichnet.

(4) Die Urteile sind rechtskräftig und unterliegen keinem Rechtsmittel.

(5) Entstehen Meinungsverschiedenheiten über Sinn und Tragweite eines Urteils, so kann das Gericht auf Antrag einer Partei und nach Anhören beider Parteien die strittigen Punkte durch Urteil auslegen.

Article 21

1. The Tribunal shall decide by majority vote.

2. Judgments shall state the reasons on which they are based.

3. Judgments shall be signed by the presiding member and by the Registrar.

4. Judgments shall be final and not subject to appeal.

5. In the case of a difference of opinion as to the meaning or scope of a judgment, the Tribunal may construe it by an interpretative judgment, on the application of either party and after having heard both parties.

Article 21

1. — Le Tribunal statue à la majorité.

2. — Les arrêts sont motivés.

3. — Les arrêts sont signés par le Président et par le Greffier.

4. — Les arrêts sont définitifs et sans recours.

5. — En cas de contestation sur le sens et la portée d'un arrêt le Tribunal peut, par arrêt rendu sur demande d'une partie et après avoir entendu les deux parties, interpréter les points litigieux.

Artikel 22

Eine Revision des Urteils kann bei dem Gericht nur auf Grund der Entdeckung einer Tatsache beantragt werden, die geeignet ist, einen entscheidenden Einfluß auf das Urteil auszuüben, und die vor Erlaß des Urteils sowohl dem Gericht wie auch der Partei, welche die Revision beantragt, unbekannt war, ohne daß die Partei wegen der Unkenntnis ein Verschulden trifft.

Artikel 23

(1) Die Parteien tragen ihre Prozeßkosten, sofern das Gericht nicht anders entscheidet.

(2) Das Gericht trägt die Kosten für das Erscheinen der auf sein Verlangen geladenen Zeugen und für die von ihm angeordneten Gutachten und Ermittlungen.

Artikel 24

Das Gericht gibt sich im Rahmen der Bestimmungen dieser Satzung seine Verfahrensordnung.

ABSCHNITT IV

Rechtsgutachten

Artikel 25

(1) Auf gemeinsames Ersuchen der Bundesregierung und der Regierungen der Drei Mächte kann das Gericht Rechtsgutachten erstatten über alle Fragen über die Anwendung des Vertrages, dieser Satzung und der Zusatzverträge mit Ausnahme der Fragen, für deren Entscheidung das Gericht keine Zuständigkeit besitzt, wenn sie ihm im streitigen Verfahren vorgelegt würden.

(2) Das Gericht kann auch auf Ersuchen einer der in Absatz (2) des Artikels 9 dieser Satzung genannten Instanzen oder ihres Präsidenten Rechtsgutachten über die Zuständigkeit dieser Instanz erstatten.

(3) Die Rechtsgutachten haben keine bindende Wirkung.

Article 22

The revision of a judgment may not be requested of the Tribunal except upon the grounds of the discovery of a fact which is of such a nature as to exercise a decisive influence, and of which the Tribunal and the party requesting revision had been unaware before the pronouncement of the judgment, always provided that such ignorance was not due to negligence on the part of the party requesting the revision.

Article 23

1. Unless the Tribunal directs otherwise, each party to proceedings before the Tribunal shall pay its own costs.

2. The Tribunal shall bear the costs in respect of witnesses whose attendance it has required and expert opinions and inquiries which it has ordered.

Article 24

The Tribunal shall determine its own rules of procedure consistent with the present Charter.

PART IV

Advisory Opinions

Article 25

1. The Tribunal may, at the joint request of the Governments of the Three Powers and of the Federal Government, give an advisory opinion on any matter arising out of the Convention or the present Charter or the related Conventions, with the exception of those questions with which it would not have been competent to deal if they had been referred to it in the form of a dispute.

2. The Tribunal may, at the request of an authority referred to in paragraph 2 of Article 9 of the present Charter or at the request of the presiding member of such an authority, give an advisory opinion on the competence of such authority.

3. Advisory opinions shall not be binding.

Article 22

La révision d'un arrêt ne peut être demandée au Tribunal qu'en raison de la découverte d'un fait de nature à exercer une influence décisive et qui, avant le prononcé de l'arrêt, était inconnu du Tribunal et de la partie qui demande la révision, sans qu'il y ait eu de sa part faute à l'ignorer.

Article 23

1. — Sauf décision contraire du Tribunal, chaque partie supporte ses frais de procédure.

2. — Le Tribunal supporte les frais résultant de la comparution des témoins convoqués sur sa demande et des expertises et enquêtes ordonnées par lui.

Article 24

Le Tribunal arrête son règlement intérieur de procédure dans le cadre des dispositions de la présente Charte.

TITRE IV

Avis consultatifs

Article 25

1. — A la demande conjointe des Gouvernements de la République Fédérale et des Trois Puissances, le Tribunal peut donner un avis consultatif sur toute question relative à l'application de la Convention, de la présente Charte et des Conventions rattachées, à l'exception des questions qu'il n'aurait pas compétence pour trancher s'il en était saisi par la voie contentieuse.

2. — Le Tribunal peut aussi, à la requête de l'une des autorités visées au paragraphe 2 de l'Article 9 de la présente Charte ou du Président de cette autorité, donner un avis consultatif sur la compétence de cette autorité.

3. — Les avis consultatifs n'ont pas force obligatoire.

Vertrag über die Rechte und Pflichten ausländischer Streitkräfte und ihrer Mitglieder in der Bundesrepublik Deutschland

Convention on the Rights and Obligations of Foreign Forces and their Members in the Federal Republic of Germany

Convention relative aux Droits et Obligations des Forces Étrangères et de leurs Membres sur le Territoire de la République Fédérale d'Allemagne

INHALT | CONTENTS | SOMMAIRE

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

einerseits und

DIE VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA,

DAS VEREINIGTE KÖNIGREICH VON GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND

und

DIE FRANZÖSISCHE REPUBLIK

andererseits

sind wie folgt übereingekommen:

ERSTER TEIL

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

In diesem Vertrag und seinen Anhängen werden die folgenden Ausdrücke in dem nachstehend umschriebenen Sinne gebraucht:

1. Das Bundesgebiet:
   Das Gebiet, in dem die Bundesrepublik die Staatsgewalt ausübt, einschließlich seiner Gewässer und des Luftraumes über diesem Gebiet und den Gewässern.
2. Die Drei Mächte:
   Die Vereinigten Staaten von Amerika, das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland und die Französische Republik.
3. Anderer Entsendestaat:
   Jede Macht, mit Ausnahme einer der Drei Mächte, die auf Grund einer Vereinbarung mit den Drei Mächten oder mit einer von ihnen bei Inkrafttreten dieses Vertrages Streitkräfte im Bundesgebiet stationiert hat, sowie jede andere Macht, die dort künftig auf Grund einer solchen Vereinbarung Streitkräfte stationiert, sofern diese andere Macht nicht mit Zustimmung der Drei Mächte ein besonderes Abkommen mit der Bundesrepublik über die Rechtsstellung ihrer Streitkräfte abschließt.
4. Die beteiligte Macht:
   Diejenige Macht, deren Rechte und Verpflichtungen im konkreten Fall betroffen sind, und zwar
   (a) im Falle einer der Drei Mächte — diese Macht;
   (b) im Falle eines anderen Entsendestaates —
      (i) diejenige der Drei Mächte, die auf Grund einer der Bundesregierung mitzuteilenden Vereinbarung zwischen dem Entsendestaat und den Drei Mächten oder einer von ihnen als beteiligte Macht benannt worden ist, oder
      (ii) der Entsendestaat selbst in dem Umfang, in dem er durch eine nach Konsultierung der Bundesregierung geschlossene Vereinbarung mit den Drei Mächten oder einer von ihnen

THE UNITED STATES OF AMERICA,

THE UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN AND NORTHERN IRELAND

and

THE FRENCH REPUBLIC,

of the one part, and

THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY,

of the other part,

Agree as follows:

PART ONE

General

Article 1

Definitions

In the present Convention and the Annexes hereto the following terms shall be given the meanings hereinafter indicated:

1. The Federal territory:
   The territory in which the Federal Republic exercises jurisdiction, including its waters and the air space over such territory and waters.
2. The Three Powers:
   The United States of America, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the French Republic.
3. Other Sending State:
   Any Power, other than one of the Three Powers, which, by agreement with the Three Powers or any one of them, has Forces stationed in the Federal territory on the entry into force of the present Convention; and any other Power which may in future by such agreement have forces stationed in the Federal territory, so far as such Power does not, with the consent of the Three Powers, conclude a separate Convention with the Federal Republic concerning the status of its Forces.
4. The Power concerned:
   That Power whose rights and obligations are concerned in the particular case, namely:
   (a) in the case of one of the Three Powers, that Power;
   (b) in the case auf another Sending State,
      (i) that one of the Three Powers which has been named as the Power concerned on the basis of an agreement, to be notified to the Federal Government, between the Sending State and the Three Powers or any one of them; or
      (ii) the Sending State itself to the extent to which it assumes vis-a-vis the Federal Republic, by an agreement concluded with the Three Powers or any one of them,

LA RÉPUBLIQUE FRANÇAISE,

LES ÉTATS-UNIS D'AMÉRIQUE,

et

LE ROYAUME-UNI DE GRANDE-BRETAGNE ET D'IRLANDE DU NORD

d'une part, et

LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE

d'autre part,

Conviennent des dispositions suivantes:

TITRE PREMIER

Dispositions générales

Article 1

Définitions

Dans la présente Convention et les Annexes qui y sont jointes, les expressions suivantes ont la signification indiquée ci-dessous:

1. — «Le territoire fédéral»:
   le territoire sur lequel la République Fédérale exerce son autorité, y compris les eaux qui en dépendent et l'espace aérien au dessus de ce territoire et de ces eaux.
2. — «Les Trois Puissances»:
   la République Française, les États-Unis d'Amérique et le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord.
3. — «Autre État fournissant des Forces»:
   toute Puissance, autre que l'une des Trois Puissances, dont des Forces sont stationnées sur le territoire fédéral, à la date de l'entrée en vigueur de la présente Convention, en vertu d'un accord avec les Trois Puissances ou l'une d'entre elles et toute autre Puissance dont des Forces seront stationnées à l'avenir sur le territoire fédéral en vertu d'un accord analogue, dans la mesure où cette Puissance ne conclut pas une convention séparée avec la République Fédérale concernant le statut de ces Forces et ce, avec le consentement des Trois Puissances.
4. — «La Puissance intéressée»:
   la Puissance dont les droits et obligations sont en cause dans le cas particulier, à savoir:
   (a) — dans le cas de l'une des Trois Puissances, cette Puissance;
   (b) — dans le cas d'un autre État fournissant des Forces:
      (i) — celle des Trois Puissances qui a été désignée comme Puissance intéressée, sur la base d'un accord à notifier au Gouvernement Fédéral et conclu entre l'État fournissant des Forces et les Trois Puissances ou l'une d'entre elles;
      (ii) — l'État fournissant des Forces lui-même, dans la mesure où il assume à l'égard de la République Fédérale, en vertu d'un accord conclu avec les Trois Puissances ou l'une

gegenüber der Bundesrepublik alle oder einzelne sich aus diesem Vertrage ergebenden Rechte oder Verpflichtungen übernimmt und der Bundesregierung förmlich davon Mitteilung macht; für die übrigen Rechte und Verpflichtungen, eine der Drei Mächte, die der Bundesrepublik gemäß Unterabsatz (i) mitzuteilen ist.

5. Die Streitkräfte:
Die im Bundesgebiet stationierten Truppen der Drei Mächte und anderer Entsendestaaten.

6. Behörden der Streitkräfte:
Die Behörden der Streitkräfte der beteiligten Macht.

7. Mitglieder der Streitkräfte:
(a) Personen, die auf Grund ihres militärischen Dienstverhältnisses im Dienste der Truppen der Drei Mächte oder anderer Entsendestaaten stehen und sich im Bundesgebiet befinden (militärisches Personal);
(b) andere Personen, die im Dienst dieser Truppen stehen oder ihnen dienstlich zugeteilt sind, mit Ausnahme von Personen, die weder die Staatsangehörigkeit einer der Drei Mächte noch die eines anderen Entsendestaates haben und im Bundesgebiet angeworben sind; ferner mit der Maßgabe, daß solche anderen Personen, die außerhalb des Bundesgebietes oder Berlins stationiert sind, nur dann als Mitglieder der Streitkräfte gelten, wenn sie sich dienstlich im Bundesgebiet befinden (Gefolge).

Als „Mitglieder der Streitkräfte" gelten: Angehörige, worunter Ehegatten und Kinder von Personen im Sinne der Unterabsätze (a) und (b) oder nahe Verwandte, die von solchen Personen unterhalten werden und für die ihnen materielle Unterstützung seitens der Streitkräfte zusteht, zu verstehen sind. Der Begriff „Mitglieder der Streitkräfte" umfaßt Deutsche nur dann, wenn sie im Staatsgebiet der beteiligten Macht in deren Truppen eingetreten oder von ihnen eingezogen oder angestellt worden sind und dort zu diesem Zeitpunkt entweder ihren ständigen Wohnsitz gehabt oder sich dort seit mindestens einem Jahr aufgehalten haben.

8. Deutsche:
Deutsche im Sinne des deutschen Rechts.

9. Liegenschaften:
Grundstücke samt allen ständig damit verbundenen Sachen und alle Nutzungsrechte an Grundstücken samt allen ständig damit verbundenen Sachen, soweit diese Grundstücke und Rechte von den Streitkräften im Bundesgebiet benutzt werden oder benutzt werden sollen.

after ascertaining the views of the Federal Government, all or certain of the rights and obligations arising out of the present Convention, and gives the Federal Government formal notification thereof; for the remaining rights and obligations, one of the Three Powers to be notified to the Federal Republic in accordance with item (i) of this subparagraph.

5. The Forces:
The armed Forces of the Three Powers and of other Sending States stationed in the Federal territory.

6. The authorities of the Forces:
The authorities of the Forces of the Power concerned.

7. Members of the Forces:
(a) Persons who, by reason of their military service relationship, are serving with the armed Forces of the Three Powers or other Sending State and are present in the Federal territory (military personnel);
(b) Other persons who are in the service of such armed Forces or attached to them, with the exception of persons who are nationals neither of one of the Three Powers nor of another Sending State and have been engaged in the Federal territory; provided that any such other persons who are stationed outside the Federal territory or Berlin shall be deemed to be members of the Forces only if they are present in the Federal territory on duty (followers).

The following are considered "members of the Forces": dependants who are the spouses and children of persons defined in subparagraphs (a) and (b) of this paragraph or close relatives who are supported by such persons and for whom such persons are entitled to receive material assistance from the Forces. The definition "members of the Forces" shall include Germans only if they enlisted or were inducted into, or were employed by, the armed Forces of the Power concerned in the territory of that Power and at that time either had their permanent place of residence there or had been resident there for at least a year.

8. Germans:
Germans within the meaning of German law.

9. Accommodation:
Land, including all property permanently attached thereto, and all rights of use related to land, including such property, used or to be used by the Forces within the Federal territory.

d'entre elles, après avoir pris l'avis du Gouvernement Fédéral, tout ou partie des droits et obligations résultant de la présente Convention et avoir donné au Gouvernement Fédéral notification officielle de ce fait; celle des Trois Puissances dont le nom sera notifié à la République Fédérale, conformément à l'alinéa (i) du présent paragraphe, pour les autres droits et obligations.

5. — «Les Forces» :
les Forces armées des Trois Puissances et celles d'autres États fournissant des Forces stationnées sur le territoire fédéral.

6. — «Les autorités des Forces» :
les autorités des Forces de la Puissance intéressée.

7. — «Les membres des Forces» :
(a) — les personnes qui, en raison de leurs fonctions militaires, servent dans les Forces armées des Trois Puissances ou d'autres États fournissant des Forces et qui se trouvent sur le territoire fédéral (personnel militaire);
(b) — les autres personnes servant dans les Forces ou attachées à celles-ci, à l'exception des personnes qui ne sont ressortissantes ni de l'une des Trois Puissances ni d'un autre État fournissant des Forces et qui ont été engagées sur le territoire fédéral; étant entendu que toutes autres personnes de cette catégorie stationnées hors du territoire fédéral ou de Berlin ne seront considérées comme membres des Forces que si elles se trouvent en mission sur le territoire fédéral (personnel à la suite).

Sont considérés comme « membres des Forces»: les membres des familles, à savoir le conjoint et les enfants des personnes visées aux alinéas (a) et (b) du présent paragraphe, ainsi que les proches parents à la charge de ces personnes et pour lesquels ces dernières ont le droit de recevoir une aide matérielle de la part des Forces. L'expression « membres des Forces » s'applique aux Allemands dans les seuls cas où ils ont été, sur le territoire de la Puissance intéressée, engagés dans les Forces armées de cette Puissance, ou incorporés à celles-ci, ou employés par celles-ci et si, à ce moment, ils avaient leur résidence permanente sur ce territoire ou s'ils ont résidé sur ce territoire pendant au moins un an.

8. — « Les Allemands » :
les Allemands au sens du droit allemand.

9. — « Les immeubles » :
les terrains et tous les biens qui y sont attachés de façon permanente, ainsi que tous les droits d'usage relatifs aux terrains et à ces biens, utilisés ou destinés à être utilisés par les Forces sur le territoire fédéral.

10. Anlagen:

Grundstücke, Gebäude oder Teile davon und alle ständig damit verbundenen Sachen, die gemäß den Bestimmungen dieses Vertrages im ausschließlichen Besitz der Streitkräfte stehen. Diese Begriffsbestimmung gilt nicht für Artikel 20 dieses Vertrages.

10. Installations:

Land, buildings or part thereof, and all property permanently attached thereto, which, pursuant to the provisions of the present Convention, are allotted for the exclusive use or occupancy (im ausschließlichen Besitz) of the Forces. This definition shall not apply to Article 20 of the present Convention.

10. — « Les installations » :

les terrains, les constructions, ou partie de ceux-ci, et tous les biens qui y sont attachés de façon permanente et qui, en vertu des dispositions de la présente Convention, sont destinés à l'occupation ou à l'usage exclusif (im ausschließlichen Besitz) des Forces. Cette définition n'est pas applicable à l'Article 20 de la présente Convention.

Artikel 2

Beachtung des deutschen Rechts. Politische Betätigung

(1) Soweit in diesem Vertrage oder in anderen einschlägigen Verträgen oder Abkommen nichts anderes bestimmt ist, beachten die Mitglieder der Streitkräfte das deutsche Recht, und die Behörden der Streitkräfte übernehmen die Verpflichtung und Verantwortung für die Durchsetzung dieses Rechts gegenüber den Mitgliedern der Streitkräfte.

(2) Die Mitglieder der Streitkräfte enthalten sich jeder Betätigung, die mit dem Geist dieses Vertrages unvereinbar ist, insbesondere jeder politischen Betätigung.

Article 2

Observance of German Law. Political Activity

1. The members of the Forces shall observe German law, and the authorities of the Forces shall untertake and be responsible for the enforcement of German law against them, except as otherwise provided in the present or in any other applicable Convention or agreement.

2. The members of the Forces shall abstain from any activity inconsistent with the spirit of the present Convention and shall in particular refrain from any political activity.

Article 2

Observation de la Loi allemande. Activité politique

1. — Les membres des Forces observeront le droit allemand et les autorités des Forces se chargeront de l'application du droit allemand à l'égard des membres des Forces et en seront responsables, sauf lorsqu'il en est autrement disposé dans la présente Convention ou dans toute autre Convention ou accord applicables.

2. — Les membres des Forces s'abstiendront de toute activité incompatible avec l'esprit de la présente Convention et, en particulier, de toute activité d'ordre politique.

Artikel 3

Allgemeine Verpflichtungen

(1) Die Streitkräfte nehmen bei der Geltendmachung der ihnen in diesem Vertrage eingeräumten Rechte und Immunitäten auf die deutschen öffentlichen und privaten Interessen gebührend Rücksicht, indem sie insbesondere der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft sowie dem wesentlichen innerdeutschen und Ausfuhrbedarf der Bundesrepublik und West-Berlins Rechnung tragen.

(2) Die deutschen Behörden üben die ihnen nach dem Grundgesetz auf dem Gebiet der Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung zustehenden Befugnisse in einer Weise aus, die den Schutz und die Sicherheit der Streitkräfte und ihrer Mitglieder sowie des Eigentums der Streitkräfte und ihrer Mitglieder und ferner nach Maßgabe dieses Vertrages die Befriedigung des Bedarfs der Streitkräfte und die Erfüllung der Verpflichtungen der Bundesrepublik gewährleistet.

(3) Die Vorschriften des Anhangs A zu diesem Vertrag treten gleichzeitig mit diesem Vertrag in Kraft. Sie finden auch Anwendung auf strafbare Handlungen, die im Bundesgebiet gegen die in Berlin stationierten Truppen der Drei Mächte begangen werden. Die Bundesrepublik wird den durch diesen Anhang gewährleisteten Rechtsschutz nicht vermindern.

(4) Die deutschen Behörden unterwerfen die Streitkräfte und ihre Mitglieder oder das Eigentum der Streitkräfte und ihrer Mitglieder keiner anderen benachteiligenden oder weniger günstigen Behandlung, als für Ausländer, die im Bundesgebiet ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben, in Übereinstimmung mit dem Völker-

Article 3

General Obligations

1. In asserting the rights and immunities accorded to them under the present Convention, the Forces shall give due consideration to German interests, public and private, particularly by taking into account the capacity of the German economy and the essential domestic and export requirements of the Federal Republic and West Berlin.

2. The German authorities shall exercise the powers which they have under the Basic Law in the fields of legislation, administration and judicial action so as to ensure the protection and security of the Forces and their members and of the property of the Forces and their members, and to ensure the satisfaction of the requirements of the Forces and the performance of the obligations of the Federal Republic as provided in the present Convention.

3. The provisions of Annex A to the present Convention shall enter into force simultaneously with the present Convention. They shall apply also to offences committed in the Federal territory against the armed Forces of the Three Powers stationed in Berlin. The Federal Republic shall not reduce the legal protection afforded by the provisions of this Annex.

4. The German authorities shall not subject or, within the scope of their powers, permit the subjection of the Forces and their members, or the property of the Forces and their members, to prejudiced or less favourable treatment, other than that which is, in accordance with international law and practice, established by law

Article 3

Obligations générales

1. — Lorsqu'elles se prévaudront des droits et immunités qui leur sont accordées en vertu de la présente Convention, les Forces tiendront dûment compte des intérêts allemands, tant publics que privés, en particulier, en prenant en considération la capacité de l'économie allemande, les besoins intérieurs et les besoins dans le domaine de l'exportation qui sont essentiels à la République Fédérale et à Berlin (Ouest).

2. — Les autorités allemandes exerceront les pouvoirs qu'elles détiennent en vertu de la Loi Fondamentale en matière législative, administrative et judiciaire, de manière à assurer la protection et la sécurité des Forces et de leurs membres, ainsi que des biens des Forces et de leurs membres, la satisfaction des besoins des Forces et l'exécution des obligations assumées par la République Fédérale en vertu de la présente Convention.

3. — Les dispositions de l'Annexe « A » à la présente Convention entrent en vigueur en même temps que la présente Convention. Elles s'appliquent également aux infractions commises sur le territoire fédéral et dirigées contre les Forces armées des Trois Puissances stationnées à Berlin. La République Fédérale ne diminuera pas la protection juridique accordée aux termes des dispositions de cette annexe.

4. — Les autorités allemandes n'imposeront, ni ne laisseront imposer dans le cadre de leurs pouvoirs, aux Forces, à leurs membres, aux biens des Forces et de leurs membres, aucun traitement préjudiciable ou moins favorable que celui établi par la Loi, en conformité avec le Droit des Gens et la coutume internationale, à l'égard

recht und der internationalen Praxis gesetzlich festgelegt ist, noch lassen sie im Rahmen ihrer Befugnisse eine derartige Behandlung zu.

Artikel 4
Gegenseitige Unterstützung und Sicherheit

(1) Die deutschen Behörden und die Behörden der Streitkräfte arbeiten in vollem Umfang zusammen und unterstützen sich gegenseitig bei der Förderung und Wahrung der Sicherheit der Bundesrepublik und der beteiligten Mächte sowie der Sicherheit der im Bundesgebiet stationierten Streitkräfte und deren Mitglieder sowie des Eigentums der Streitkräfte und deren Mitglieder.

(2) Diese Zusammenarbeit und Unterstützung erstrecken sich, in Übereinstimmung mit einem zwischen den zuständigen Behörden zu treffenden Einvernehmen, auf die Sammlung und den Austausch sowie auf den Schutz der Sicherheit aller einschlägigen Nachrichten.

Artikel 5
Verbindung

Die deutschen Behörden und die Behörden der Streitkräfte ergreifen geeignete Maßnahmen, um eine enge gegenseitige Verbindung zu gewährleisten.

ZWEITER TEIL
Gerichtsbarkeit und Verfahren

ABSCHNITT I
Strafverfahren

Artikel 6
Strafbare Handlungen: Gerichtsbarkeit und anwendbares Recht

(1) In Strafsachen üben die Behörden der Streitkräfte die ausschließliche Gerichtsbarkeit über Mitglieder der Streitkräfte aus, soweit in diesem Vertrage nichts anderes bestimmt ist. Die Behörden der Streitkräfte vollstrecken im Bundesgebiet kein Todesurteil, solange das deutsche Recht die Todesstrafe nicht vorsieht.

(2) Soweit die Militärgerichte nach dem Recht der beteiligten Macht zur Ausübung der Strafgerichtsbarkeit über ein Mitglied der Streitkräfte nicht zuständig sind, können die deutschen Gerichte und Behörden die Strafgerichtsbarkeit hinsichtlich einer nach deutschem Recht strafbaren Handlung, die sich gegen deutsche Interessen richtet, nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen ausüben:

(a) Die Strafverfolgung, mit Ausnahme der in Artikel 7 dieses Vertrages vorgesehenen oder von dringenden, möglichst nach Konsultation mit den Behörden der Streitkräfte vorzunehmenden Ermittlungen, wird durch die deutschen Gerichte oder Behörden erst dann eingeleitet, wenn die zuständige deutsche Behörde die

with respect to aliens ordinarily resident in the Federal territory.

Article 4
Reciprocal Assistance and Security

1. The authorities of the Forces and the German authorities shall extend full co-operation and assistance to each other to further and safeguard the security of any Power concerned and of the Federal Republic and that of the Forces stationed in the Federal territory, and their members, and of the property of the Forces and their members.

2. Such co-operation and assistance shall extend, in accordance with an understanding to be reached between the appropriate authorities, to the collection, exchange and protection of the security of all pertinent information.

Article 5
Liaison

The authorities of the Forces and the German authorities shall take appropriate measures to ensure close and reciprocal liaison.

PART TWO
Jurisdiction

SECTION I
Criminal Proceedings

Article 6
Criminal Offences: Jurisdiction and Applicable Law

1. Except as otherwise provided in the present Convention, the authorities of the Forces shall exercise exclusive criminal jurisdiction over members of the Forces. A death sentence shall not be carried out in the Federal territory by the authorities of the Forces as long as German law does not provide for such penalty.

2. Where, under the law of the Power concerned, the service tribunals are not competent to exercise criminal jurisdiction over a member of the Forces, the German courts and authorities may exercise criminal jurisdiction over him in respect of an offence under German law committed against German interests, in accordance with the following provisions:

(a) No criminal proceedings, other than those provided for in Article 7 of the present Convention, or urgent preliminary investigations, after consultation, as far as practicable, with the authorities of the Forces, shall be instituted by the German courts or authorities until the authorities of the Forces have

des étrangers résidant de manière habituelle sur le territoire fédéral.

Article 4
Assistance réciproque et sécurité

1. — Les autorités des Forces et les autorités allemandes se prêteront assistance et concours mutuels et entiers en vue de promouvoir et de sauvegarder la sécurité de toute Puissance intéressée et la République Fédérale, des Forces stationnées sur le territoire fédéral et de leurs biens, des membres des Forces et des biens de ces derniers.

2. — Cette assistance et ce concours s'étendront, conformément à une entente qui devra intervenir entre les autorités compétentes, au rassemblement et à l'échange de tous renseignements pertinents et à la protection de la sécurité de ceux-ci.

Article 5
Liaison

Les autorités des Forces et les autorités allemandes prendront des mesures appropriées pour assurer une liaison étroite et réciproque.

TITRE DEUXIÈME
Juridiction

PREMIÈRE PARTIE
Affaires pénales

Article 6
Infractions d'ordre pénal: Compétence et droit applicable

1. — Sauf dispositions contraires de la présente Convention, les autorités des Forces sont seules compétentes pour exercer la juridiction pénale sur les membres des Forces. Les autorités des Forces n'exécuteront pas un arrêt de mort sur le territoire fédéral aussi longtemps que le droit allemand ne prévoira une telle peine.

2. — Lorsque, en vertu du droit de la Puissance intéressée, les tribunaux militaires n'ont pas compétence pour exercer une juridiction pénale sur un membre des Forces, les tribunaux allemands et les autorités allemandes peuvent exercer à l'égard de ce dernier, conformément aux dispositions ci-dessous, leur juridiction pénale en ce qui concerne une infraction punissable en droit allemand et commise à l'encontre des intérêts allemands:

(a) Aucune procédure pénale autre que celles prévues à l'Article 7 de la présente Convention ou autre que des enquêtes préliminaires urgentes après consultation, dans toute la mesure du possible, des autorités des Forces, n'est engagée par les tribunaux allemands ou les autorités allemandes avant que les

Behörden der Streitkräfte konsultiert hat und diesen Gelegenheit gegeben worden ist, innerhalb von einundzwanzig Tagen nach dem Empfang der Mitteilung über den Sachverhalt Vorstellungen zu erheben oder Empfehlungen abzugeben über die Auswirkung der Strafverfolgung auf die Sicherheit der Streitkräfte; die deutschen Gerichte oder Behörden legen jeder derartigen Vorstellung oder Empfehlung angemessenes Gewicht bei. Eine solche Konsultation ist jedoch nicht erforderlich, wenn die zur Last gelegte strafbare Handlung nach deutschem Recht nur mit Haft bis zu sechs Wochen oder mit Geldstrafe bis zu 150 DM (Übertretung) bedroht ist, es sei denn, die deutschen Behörden sind der Ansicht, daß in dem betreffenden Fall die Sicherheit der Streitkräfte berührt ist oder sein könnte.

(b) Die deutschen Gerichte und Behörden sehen im Rahmen der ihnen nach deutschem Recht gewährten Ermessensfreiheit von der Strafverfolgung in allen Fällen ab, in denen

(i) dies nach deutschem Recht zulässig ist; oder

(ii) der Täter durch Disziplinarmaßnahmen der Behörden der Streitkräfte angemessen bestraft worden ist.

(c) Die deutschen Gerichte und Behörden entscheiden nach deutschem Recht hinsichtlich Festnahme, Haft sowie Strafvollzug. Die Behörden der Streitkräfte werden jede Anordnung auf Festnahme oder Haft vollziehen. Ein Beschuldigter, der dementsprechend von den Behörden der Streitkräfte in Gewahrsam genommen worden ist, verbleibt in deren Gewahrsam, bis er durch rechtskräftige richterliche Entscheidung freigelassen oder verurteilt ist. Die Behörden der Streitkräfte ergreifen die geeigneten Maßnahmen, um jede Verdunkelungsgefahr zu unterbinden. Sie halten den so in Gewahrsam genommenen Beschuldigten zur Verfügung der deutschen Gerichte und Behörden, gewähren deren Beauftragten jederzeit Zutritt zu ihm und führen ihn auf Antrag den deutschen Gerichten oder Behörden zur Durchführung von Untersuchungshandlungen, der Hauptverhandlung und der Verbüßung einer Freiheitsstrafe, auf die erkannt worden ist, vor. Ist der Beschuldigte nicht in Gewahrsam genommen, so treffen die Behörden der Streitkräfte Maßnahmen, um sicherzustellen, daß er den deutschen Gerichten und Behörden für die genannten Zwecke zur Verfügung steht.

been consulted by the appropriate German authorities and been given the opportunity, within twenty-one days from the receipt of information as to the facts involved, to make representations and recommendations in regard to the effect upon the security of the Forces of any such criminal proceedings; any such representations and recommendations shall be given due weight by the German courts or authorities. Such consultation shall, however, not be required where the alleged offence is one the penalty for which, under German law, is merely detention for not more than six weeks or a fine not exceeding DM 150 (Übertretung), unless the German authorities consider that the security of the Forces is or might be involved in the case in question;

(b) The German courts and authorities shall, within the discretionary powers conferred on them by German law, abstain from prosecution in any case in which

(i) such abstention is permitted by German law; or

(ii) the offender has been suitably punished by disciplinary action of the authorities of the Forces;

(c) The German courts and authorities shall decide upon questions of arrest, detention and execution of punishment in accordance with the provisions of German law. The authorities of the Forces shall execute any warrants of arrest and detention. An accused person so taken into custody by the authorities of the Forces shall remain in their custody until, by virtue of a final (rechtskräftig) judicial decision, he is released or sentenced. The authorities of the Forces will take appropriate measures to prevent any prejudice to the course of justice (Verdunkelungsgefahr). They will hold an accused person so taken into custody at the disposal of the German courts and authorities, will grant access to him at any time by the German courts and authorities and on request present him to the German courts and authorities for the purposes of investigatory proceedings, trial and the serving of any sentence which may be imposed. Where an accused person is not taken into custody, the authorities of the Forces will take measures to ensure that he is at the disposal of the German courts or authorities for the purposes aforesaid;

autorités des Forces n'aient été consultées par les autorités allemandes compétentes et n'aient eu la possibilité, dans un délai de vingt et un jours à compter de la réception des informations relatives aux faits en cause, de faire des représentations et des recommandations quant aux répercussions de cette procédure pénale sur la sécurité des Forces; les tribunaux allemands et les autorités allemandes devront tenir dûment compte de ces représentations et recommandations. Une telle consultation, toutefois, n'est pas nécessaire lorsque l'infraction présumée appartient à une catégorie qui, en vertu du droit allemand, n'est sanctionnée que par un simple emprisonnement ne dépassant pas six semaines ou une amende ne dépassant pas 150 DM. (Übertretung), à moins que les autorités allemandes ne considèrent que la sécurité des Forces est ou peut être impliquée dans l'affaire en cause.

(b) Les tribunaux allemands et les autorités allemandes, dans le cadre des pouvoirs discrétionnaires qui leur sont dévolus en droit allemand, devront s'abstenir de poursuivre dans tous les cas où:

(i) une telle abstention est autorisée en vertu du droit allemand;

(ii) le délinquant a fait l'objet d'une mesure disciplinaire appropriée de la part des autorités des Forces.

(c) Les tribunaux allemands et les autorités allemandes prennent des décisions en ce qui concerne l'arrestation, l'emprisonnement et l'exécution des peines, conformément aux dispositions du droit allemand. Les autorités des Forces exécutent tout ordre d'arrestation et tout ordre d'emprisonnement. Un prévenu incarcéré dans ces conditions par les autorités des Forces reste sous leur garde jusqu'à ce que, en vertu d'une décision judiciaire définitive (rechtskräftig), il soit ou mis en liberté ou condamné. Les autorités des Forces prennent toutes mesures appropriées pour éviter que soit entravée la manifestation de la vérité (Verdunkelungsgefahr). Elles mettent à la disposition des tribunaux allemands et des autorités allemandes le prévenu incarcéré dans ces conditions et permettent à tout moment aux tribunaux allemands et aux autorités allemandes d'accéder auprès de lui, le présentent sur demande à ces tribunaux ou à ces autorités pour l'instruction, l'audience ou l'exécution de toute peine privative de liberté qui pourrait être prononcée contre lui. Lorsque le prévenu n'est pas incarcéré, les autorités des Forces prennent toutes mesures pour garantir qu'il soit mis à la disposition des tribunaux allemands ou des autorités allemandes aux fins ci-dessus visées.

(d) Jede Freiheitsstrafe wird in einer deutschen Strafvollzugsanstalt verbüßt.

Für die Zwecke dieses Absatzes bedeutet der Ausdruck „nach deutschem Recht strafbare Handlung, die sich gegen deutsche Interessen richtet" jede nach deutschem Recht strafbare Handlung, soweit sie sich nicht gegen die Streitkräfte, deren Mitglieder oder das Eigentum der Streitkräfte oder deren Mitglieder richtet.

(3) Die ausschließliche Gerichtsbarkeit der deutschen Behörden über Personen, die der deutschen Strafgerichtsbarkeit unterliegen, umfaßt auch die Fälle, in denen sich die strafbare Handlung gegen die Streitkräfte, deren Mitglieder oder das Eigentum der Streitkräfte oder deren Mitglieder richtet.

(4) Die Behörden der Streitkräfte können mit Zustimmung der deutschen Behörden Gruppen von Strafsachen oder einzelne Strafsachen, für die sie nach Absatz (1) dieses Artikels ausschließlich zuständig sind, den deutschen Gerichten oder Behörden zur Untersuchung, Verhandlung und Entscheidung abgeben.

(5) Die deutschen Behörden können mit Zustimmung der Behörden der Streitkräfte einzelne Strafsachen der in Absatz (3) dieses Artikels bezeichneten Art an die Behörden der Streitkräfte zur Untersuchung, Verhandlung und Entscheidung abgeben, sofern der Täter nicht Deutscher ist.

(6) In den Strafsachen, die unter die Absätze (1) oder (5) dieses Artikels fallen, wenden die Behörden der Streitkräfte ihr eigenes Recht an. Soweit es sich um strafbare Handlungen handelt, die zwar nach deutschem Recht, nicht aber nach dem Recht der beteiligten Macht strafbar sind, ist das deutsche Recht anzuwenden.

(7) In den Fällen der Absätze (3) und (4) dieses Artikels ist deutsches Recht anzuwenden.

Artikel 7

Festnahme, Durchsuchung und Beschlagnahme

(1) Mitglieder der Streitkräfte, die sich durch einen gemäß Artikel 24 dieses Vertrags ausgestellten Personalausweis ordnungsgemäß ausweisen, unterliegen nicht der Festnahme durch deutsche Behörden.

(2) Deutsche Behörden dürfen jedoch ein Mitglied der Streitkräfte, ohne es dem gewöhnlichen Haftverfahren zu unterwerfen, in Gewahrsam nehmen, um es unverzüglich, zusammen mit etwa ihm abgenommenen Waffen oder Gegenständen, den nächstgelegenen zuständigen Behörden der Streitkräfte zu übergeben,

(a) auf Ansuchen der Behörden der Streitkräfte;

(d) Any sentence of imprisonment shall be served in a German penal institution.

For the purposes of this paragraph, the expression "offence under German law committed against German interests" shall mean any offence under German law other than an offence directed against the Forces, their members, or the property of the Forces or their members.

3. The exclusive jurisdiction of the German authorities over persons who are subject to German criminal jurisdiction shall include those cases in which the criminal offence is directed against the Forces, their members, or the property of the Forces or their members.

4. With the consent of the German authorities the authorities of the Forces may transfer to German courts or authorities, for investigation, trial and decision, groups of, or particular, cases for which they are exclusively competent under paragraph 1 of this Article.

5. With the consent of the authorities of the Forces, the German authorities may transfer to the authorities of the Forces, for investigation, trial and decision, particular cases of the nature described in paragraph 3 of this Article in which the alleged offender is not a German.

6. In cases under paragraphs 1 and 5 of this Article, the authorities of the Forces will apply their own law. If such cases involve acts which are punishable under German law, but not under the law of the Power concerned, German law shall apply.

7. In cases under paragraphs 3 and 4 of this Article, German law shall apply.

Article 7

Arrest, Search and Seizure

1. Members of the Forces who properly identify themselves by means of an identity document issued under Article 24 of the present Convention shall not be subject to arrest by German authorities.

2. German authorities may, however, take into custody a member of the Forces, without subjecting him to the ordinary routine of arrest, in order immediately to deliver him, together with any weapons or items seized, to the nearest appropriate authorities of the Forces

(a) when so requested by the authorities of the Forces;

(d) Toute peine privative de liberté sera purgée dans un établissement pénitentiaire allemand.

Au sens du présent paragraphe, l'expression «infraction punissable en droit allemand et commise à l'encontre des intérêts allemands» s'applique à toute infraction punissable en droit allemand autre qu'une infraction dirigée contre les Forces ou leurs membres ou contre les biens des Forces ou de leurs membres.

3. — La compétence exclusive des autorités allemandes à l'égard des personnes soumises à la juridiction pénale allemande comprend les cas dans lesquels l'infraction est dirigée contre les Forces, leurs membres, ou les biens des Forces et de leurs membres.

4. — Avec le consentement des autorités allemandes, les autorités des Forces peuvent renvoyer à des tribunaux allemands ou à des autorités allemandes, aux fins d'instruction, d'examen à l'audience et de décision, des catégories d'affaires, ou des affaires déterminées pour lesquelles elles sont exclusivement compétentes en vertu du paragraphe 1 du présent Article.

5. — Avec le consentement des autorités des Forces, les autorités allemandes peuvent renvoyer aux autorités des Forces, aux fins d'instruction, d'examen à l'audience et de décision, certaines des affaires visées au paragraphe 3 du présent Article lorsque l'auteur présumé n'est pas allemand.

6. — Dans les affaires visées aux paragraphes 1 et 5 du présent Article, les autorités des Forces appliqueront leur propre droit. Si ces affaires mettent en cause des actes punissables selon le droit allemand, mais qui ne le sont pas selon le droit de la Puissance intéressée, il sera fait application du droit allemand.

7. — Dans les affaires visées aux paragraphes 3 et 4 du présent Article, il sera fait application du droit allemand.

Article 7

Arrestation, Fouille et Saisie

1. — Les membres des Forces, qui justifient dûment de leur identidé par la production d'un document d'identité délivré conformément à l'Article 24 de la présente Convention, ne peuvent pas être arrêtés par les autorités allemandes.

2. — Les autorités allemandes peuvent toutefois mettre en état d'arrestation un membre des Forces, sans le soumettre aux formalités ordinaires de l'arrestation, en vue de le remettre sans retard, en même temps que toutes armes ou objets saisis, aux autorités compétentes des Forces les plus proches:

(a) à la demande des autorités des Forces;

(b) in folgenden Fällen, in denen ein rechtzeitiges Eingreifen der Behörden der Streitkräfte nicht möglich ist:

(i) bei Ergreifung auf frischer Tat,

1. wenn eine strafbare Handlung begangen oder versucht worden ist, die ernstliche Schäden an Personen oder Vermögen oder eine ernstliche Beeinträchtigung an anderen Rechtsgütern zur Folge hat oder hätte haben können;

oder

2. soweit es zur Beseitigung einer bereits eingetretenen schweren Störung der öffentlichen Ordnung erforderlich erscheint;

(ii) bei Fluchtverdacht, in Fällen der Begehung oder versuchten Begehung von Landesverrat oder Spionage zum Nachteil der Bundesrepublik.

3) (a) Die deutschen Behörden dürfen ein Mitglied der Streitkräfte oder die von ihm mitgeführten Sachen durchsuchen

(i) auf Ansuchen der Behörden der Streitkräfte;

(ii) wenn es gemäß Absatz (2) dieses Artikels in Gewahrsam genommen worden ist, und soweit dies erforderlich ist, um es zu entwaffnen oder ihm Beweismittel für die strafbare Handlung abzunehmen, derentwegen es in Gewahrsam genommen worden ist.

(b) Die Vorschrift in Satz 4 des Absatzes (5) des Artikels 35 dieses Vertrages bleibt unberührt.

(c) Die dienstliche Unterkunft eines Mitgliedes der Streitkräfte oder, in Ermangelung einer solchen, die Wohnung, die er mit Genehmigung der Behörden der Streitkräfte innehat, darf von deutschen Behörden nur auf Ansuchen der Behörden der Streitkräfte durchsucht werden. Ist eine derartige Wohnung eines Mitglieds der Streitkräfte keine Anlage, so genügt für die Durchsuchung seine Zustimmung oder die der Behörden der Streitkräfte.

(4) Die deutschen Behörden machen zuständigen Behörden der Streitkräfte von der Festnahme einer im Dienste der Streitkräfte arbeitenden Person Mitteilung.

(5) Die zuständigen Behörden der Streitkräfte dürfen

(a) Mitglieder der Streitkräfte festnehmen;

(b) eine der deutschen Strafgerichtsbarkeit unterliegende Person, ohne sie dem gewöhnlichen Haftverfahren zu unterwerfen, in Gewahr-

(b) in the following cases in which the authorities of the Forces are unable to act with the necessary promptness:

(i) when apprehended *in flagrante delicto*

(1) for the commission or attempted commission of a criminal offence which results or might result in serious injury to persons or property, or serious impairment of other legally protected rights (Rechtsgüter);

or

(2) insofor as this appears necessary to abate an already existing serious disturbance of public order;

(ii) if there is danger of flight, for the commission or attempted commission of espionage to the prejudice of the Federal Republic.

3. (a) The German authorities may search a member of the Forces or the property in his immediate possession

(i) when so requested by the authorities of the Forces;

(ii) if he is taken into custody under paragraph 2 of this Article, to the extent necessary to disarm him or to seize any item constituting proof of the criminal offence for which he is taken into custody.

(b) The provisions of the fourth sentence of paragraph 5 of Article 35 of the present Convention shall not be affected.

(c) The official quarters of a member of the Forces, or where there are none the residence occupied by him with permission of the authorities of the Forces, may not be searched by German authorities, except at the request of the authorities of the Forces. If such residence of the member of the Forces is not an installation, either his consent or that of the authorities of the Forces to the search shall be sufficient.

4. The German authorities shall notify the appropriate authorities of the Forces of the arrest of any person working in the service of the Forces.

5. The appropriate authorities of the Forces may

(a) arrest members of the Forces;

(b) take into custody a person who is subject to German criminal jurisdiction, without subjecting him to the ordinary routine of arrest, in

(b) dans les cas suivants, dans lesquels les autorités des Forces ne sont pas en mesure d'agir avec toute la célérité nécessaire:

(i) à condition que ce membre des Forces soit pris en flagrant délit:

1) s'il commet ou tente de commettre une infraction entraînant ou pouvant entraîner des dommages graves aux personnes, aux biens ou à d'autres intérêts juridiquement protégés (Rechtsgüter);

2) dans la mesure où l'arrestation apparaît nécessaire pour mettre fin à un trouble grave, déja commencé, à l'ordre public;

(ii) en cas de danger de fuite, si ce membre des Forces commet ou tente de commettre un acte d'espionage au détriment de la République Fédérale.

3. — (a) Les autorités allemandes peuvent fouiller un membre des Forces ou les objets dont il est porteur:

(i) à la demande des autorités des Forces;

(ii) si ce membre des Forces est arrêté en vertu du paragraphe 2 du présent Article, dans la mesure nécessaire pour le désarmer ou pour saisir tout objet constituant une preuve de l'infraction en raison de laquelle il a été mis en état d'arrestation.

(b) Les dispositions du présent Article n'affectent pas celles de la quatrième phrase du paragraphe 5 de l'Article 35 de la présente Convention.

(c) Le logement officiel d'un membre des Forces ou, à défaut, l'habitation qu'il occupe avec l'autorisation des autorités des Forces, ne peuvent pas être fouillés par les autorités allemandes, sauf à la demande des autorités des Forces. Si cette habitation ne constitue pas une installation, il suffit du consentement du membre des Forces qui l'occupe ou du consentement des autorités des Forces pour qu'il soit possible de procéder à la fouille.

4. — Les autorités allemandes avertiront les autorités compétentes des Forces de l'arrestation de toute personne au service de ces dernières.

5. — Les autorités compétentes des Forces peuvent:

(a) arrêter les membres des Forces;

(b) incarcérer une personne soumise à la juridiction pénale allemande, sans la soumettre aux formalités ordinaires de l'arrestation, en vue

sam nehmen, um sie unverzüglich, zusammen mit etwa ihr abgenommenen Waffen oder Gegenständen, den nächstgelegenen zuständigen deutschen Behörden zu übergeben

(i) auf Ansuchen der deutschen Behörden;

(ii) in folgenden Fällen, in denen ein rechtzeitiges Eingreifen der deutschen Behörden nicht möglich ist:

1. bei Ergreifung auf frischer Tat, wenn eine strafbare Handlung begangen oder versucht worden ist, die sich gegen die Streitkräfte, ihre Mitglieder oder gegen die Sicherheit, das Eigentum oder andere Rechtsgüter derselben richtet; oder

2. bei Fluchtverdacht, in Fällen der Begehung oder versuchten Begehung einer strafbaren Handlung im Sinne der §§ 1 bis 9 von Anhang A zu diesem Vertrage;

(iii) innerhalb einer Anlage, wenn der dringende Verdacht besteht, daß sie sich dort unbefugt aufgehalten hat oder daß sie eine strafbare Handlung innerhalb der Anlage begangen hat.

(6) Sind die Behörden der Streitkräfte der Auffassung, daß sich eine der deutschen Gerichtsbarkeit unterliegende Person einer strafbaren Handlung im Sinne der §§ 1 bis 11 des Anhanges A zu diesem Vertrag schuldig gemacht hat, so kommen die folgenden besonderen Bestimmungen zur Anwendung:

(a) Wenn der Verdächtige von den deutschen Behörden festgenommen werden soll, so wird dies den Behörden der Streitkräfte, soweit durchführbar, rechtzeitig mitgeteilt, und sie können Untersuchungsführer benennen, um bei der Festnahme des Verdächtigen anwesend zu sein. Diese können auch bei Durchsuchungen und Beschlagnahmen anwesend sein, die im Zusammenhang mit der Untersuchung vorgenommen werden. Die Behörden der Streitkräfte haben das ausschließliche Recht, bis spätestens einundzwanzig Tage nach der Festnahme den Verdächtigen über die ihm zur Last gelegten strafbaren Handlungen und die damit zusammenhängenden Fragen zu vernehmen. Zu diesem Zweck haben ihre Untersuchungsführer jederzeit Zutritt zu dem Verdächtigen. Ein von der deutschen Untersuchungsbehörde benannter Beamter kann bei der Vernehmung anwesend sein, deren Abhaltung den deutschen Untersuchungsbehörden rechtzeitig mitzuteilen ist. Die deutsche Untersuchungsbehörde ergreift die geeigneten Maßnahmen, um jede Verdunkelungsgefahr zu unterbinden und enthält sich jeder eigenen Ermittlungstätigkeit, falls nicht die Untersuchungsführer der Streit-

order immediately to deliver him, together with any weapons or items seized, to the nearest appropriate German authorities

(i) when so requested by the German authorities;

(ii) in the following cases in which the German authorities are unable to act with the necessary promptness:

(1) when apprehended *in flagrante delicto* for the commission or attempted commission of a criminal offence against the Forces, their members, or the security, property or other legally protected rights (Rechtsgüter) of the Forces or their members; or

(2) if there is danger of flight, for the commission, or attempted commission, of a criminal offence under Sections 1 to 9 inclusive of Annex A to the present Convention;

(iii) within an installation, when there are reasonable grounds to believe (dringender Verdacht) that his presence is unauthorized or that he has committed a criminal offence within the installation.

6. Where the authorities of the Forces believe that a person subject to German jurisdiction has been guilty of a criminal offence under Sections 1 to 11 inclusive of Annex A to the present Convention, the following special provisions shall apply:

(a) If the suspect ist to be arrested by the German authorities, the authorities of the Forces shall, if practicable, be given timely notification and may designate investigators to be present at the arrest. The latter may also be present at any searches or seizures undertaken in connection with the investigation. The authorities of the Forces shall have the exclusive right, for a period not to exceed twenty-one days following the arrest, to conduct interrogations of the suspect concerning any offences of which he is suspected and related matters. For this purpose their investigators shall have access to the suspect at any time. An official designated by the German investigating authority may be present at the interrogation, of the conduct of which such authority shall be given timely notification. The German investigating authority shall take appropriate measures to prevent any prejudice to the course of justice (Verdunkelungsgefahr) and shall refrain from any investigation activity of its own unless the investigators of the Forces request such investigation. During the interrogation by the investigators of the Forces, it shall, at their request, make the applications pro-

de la remettre immédiatement, en même temps que toutes armes ou objets saisis, aux autorités compétentes allemandes les plus proches:

(i) à la demande des autorités allemandes;

(ii) dans les cas suivants où les autorités allemandes ne sont pas en mesure d'agir avec toute la célérité nécessaire:

1) lorsque cette personne est prise en flagrant délit de commission ou de tentative de commission d'une infraction contre les Forces ou leurs membres, la sécurité, les biens ou tout autre intérêt des Forces ou de leurs membres juridiquement protégé (Rechtsgüter);

2) en cas de danger de fuite, si cette personne commet ou tente de commettre une infraction visée aux paragraphes 1 à 9 inclus de l'Annexe «A» à la présente Convention;

(iii) à l'intérieur d'une installation, lorsqu'il y a de bonnes raisons de croire (dringender Verdacht) que la présence de cette personne n'est pas autorisée ou qu'elle a commis une infraction à l'intérieur de l'installation.

6. — Lorsque les autorités des Forces estiment qu'une personne soumise à la juridiction allemande est coupable d'une infraction visée aux paragraphes 1 à 11 inclus de l'Annexe «A» à la présente Convention, les dispositions spéciales suivantes s'appliquent:

(a) Si un suspect doit être arrêté par les autorités allemandes, les autorités des Forces seront, si possible, averties à temps et pourront désigner des personnes chargées de l'instruction afin d'assister à l'arrestation. Ces dernières peuvent aussi assister à toutes fouilles ou saisies entreprises du fait de l'instruction. Les autorités des Forces ont le droit exclusif, pendant une période qui ne peut dépasser les vingt et un jours qui suivent l'arrestation, de mener les interrogatoires du suspect au sujet des infractions dont il est soupçonné et de toutes questions connexes. A cette fin, ces personnes chargées de l'instruction peuvent accéder au suspect à tout moment. Une personnalité officielle, désignée par l'autorité allemande chargée de l'instruction, peut assister à l'interrogatoire, ce dont cette autorité sera avertie en temps utile. L'autorité allemande chargée de l'instruction prend toutes mesures appropriées pour éviter que soit entravée la manifestation de la vérité (Verdunkelungsgefahr), et s'abstient de toutes enquêtes de son propre chef, à moins que les personnes chargées de l'instruction par les Forces ne demandent de telles enquêtes. Pendant l'inter-

kräfte darum ansuchen. Sie wird während der Vernehmungstätigkeit der Untersuchungsführer der Streitkräfte auf deren Ansuchen die in der deutschen Strafprozeßordnung vorgesehenen Anträge stellen und darauf hin wirken, daß die zur Förderung des Ermittlungsverfahrens geeigneten richterlichen Entscheidungen erlassen und die darin angeordneten Maßnahmen durchgeführt werden. Nach Abschluß der Ermittlungen durch die Untersuchungsführer der Streitkräfte, jedoch spätestens einundzwanzig Tage nach der Festnahme, werden die Vernehmungen und das sonstige Ermittlungsverfahren von der deutschen Untersuchungsbehörde fortgeführt. Die Untersuchungsführer der Streitkräfte händigen der deutschen Untersuchungsbehörde alles während der Ermittlungen angefallene Beweismaterial aus, soweit nicht Sicherheitserwägungen dem entgegenstehen.

(b) Wenn der Verdächtige nicht Deutscher ist, so gelten die Bestimmungen von Unterabsatz (a) dieses Absatzes mit folgender Maßgabe:

Die zuständigen Behörden der Streitkräfte dürfen den Verdächtigen für die Dauer von einundzwanzig Tagen in eigenen Gewahrsam nehmen und selbst alle Vernehmungen und sonstigen Ermittlungen führen. Für die während dieser Zeit erforderlichen richterlichen Maßnahmen wird den zuständigen deutschen Gerichten ein zur Ausübung richterlicher Funktionen ermächtigtes Mitglied der Streitkräfte als nicht stimmberechtigter Beisitzer zugeteilt.

(7) Die Behörden der Streitkräfte dürfen eine der deutschen Gerichtsbarkeit unterliegende Person oder die von ihr mitgeführten Sachen durchsuchen

(a) auf Ansuchen der deutschen Behörden;

(b) wenn sie gemäß Unterabsatz (b) des Absatzes (5) dieses Artikels in Gewahrsam genommen worden ist, und soweit dies erforderlich ist, um sie zu entwaffnen oder ihr Beweismittel für die strafbare Handlung abzunehmen, derentwegen sie in Gewahrsam genommen worden ist.

(8) Die verfassungsmäßig festgelegten Immunitätsrechte des Bundespräsidenten und der Mitglieder der deutschen gesetzgebenden Körperschaften des Bundes und der Länder werden durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

Artikel 8
Verfahren und Zusammenarbeit in strafrechtlichen Angelegenheiten

(1) Die Behörden der Streitkräfte werden gegen Mitglieder der Streitkräfte, die eine strafbare Handlung gegen deutsche Interessen begangen haben, die gleichen Maßnahmen ergreifen, wie wenn die strafbare Hand-

vided for in the German Code of Criminal Procedure and shall see to it that the judicial decisions suited to promote the investigation proceedings are issued and that the measures ordered in such decisions are carried out. At the conclusion of the investigation by the investigators of the Forces, in any event not later than twenty-one days after the arrest, the interrogations and the other investigation proceedings shall be continued by the German investigating authority. The investigators of the Forces shall deliver to the German investigating authority all evidence collected in the course of the investigation, unless security considerations require otherwise;

(b) If the suspect is not a German, the provisions of subparagraph (a) of this paragraph shall apply, subject to the following proviso:

The appropriate authorities of the Forces may take the suspect into their own custody for a period of twenty-one days and may themselves conduct all interrogations and other investigations. For the judicial measures required for this period, a member of the Forces authorized to exercise judicial functions shall be assigned to the competent German courts as an assessor not entitled to vote.

7. The authorities of the Forces may search a person who is subject to German jurisdiction or the property in his immediate possession

(a) when so requested by the German authorities;

(b) if he is taken into custody under subparagraph (b) of paragraph 5 of this Article, to the extent necessary to disarm him or to seize any item constituting proof of the criminal offence for which he is taken into custody.

8. The constitutional immunities of the Federal President and the members of the German Federal and Land legislative bodies shall not be impaired by the provisions of this Article.

Article 8
Procedure and Co-operation in Criminal Proceedings

1. The authorities of the Forces shall take such measures against members of the Forces who have committed criminal offences against German interests as they would take if such offences had been committed

rogatoire par les Forces et à leur demande elle exécute toute formalité et prend toute mesure prévue par le Code allemand de Procédure Criminelle et veille à ce que les décisions judiciaires nécessaires pour faire progresser la procédure d'enquêtes et à ce que les mesures prévues par ces décisions soient prises. A la fin de l'enquête menée par les personnes chargées de l'instruction par les Forces et, dans tous les cas, au plus tard vingt et un jours après l'arrestation, l'autorité allemande chargée de l'instruction poursuit les interrogatoires et les autres procédures d'enquêtes. Les personnes chargées de l'instruction par les Forces remettent à l'autorité allemande chargée de l'instruction tous les éléments de preuves réunis au cours de l'enquête à moins que des considérations de sécurité ne nécessitent une autre procédure;

(b) lorsque le suspect n'est pas allemand, les dispositions de l'alinéa (a) du présent paragraphe s'appliquent sous réserve de la clause suivante:

« Les autorités compétentes des Forces peuvent incarcérer elles-mêmes le suspect pendant une période de vingt et un jours et peuvent procéder elles-mêmes à tous les interrogatoires et aux autres enquêtes. En ce qui concerne les mesures judiciaires nécessaires pendant cette période, un membre des Forces, autorisé à exercer des fonctions judiciaires, sera délégué auprès des tribunaux allemands compétents en qualité d'assesseur ne disposant pas du droit de vote ».

7. — Les autorités des Forces peuvent fouiller une personne soumise à la juridiction allemande ou les objets dont elle est porteur:

(a) si les autorités allemandes le demandent;

(b) si cette personne est incarcérée en vertu des dispositions de l'alinéa (b) du paragraphe 5 du présent Article et s'il est nécessaire de la désarmer ou de saisir tout objet de nature à prouver l'infraction en raison de laquelle elle est incarcérée.

8. — Il ne sera pas porté atteinte aux immunités constitutionelles du Président Fédéral, des membres des organismes législatifs allemands, fédéraux et des Länder, du fait des dispositions du présent Article.

Article 8
Procédure et coopération dans les affaires pénales

1. — Les autorités des Forces prendront contre les membres des Forces qui auront commis des infractions à l'encontre des intérêts allemands les mesures qu'elles prendraient si ces infractions avaient été commises à

lung gegen die beteiligte Macht, die Streitkräfte, ihre Mitglieder oder gegen das Eigentum derselben begangen wäre.

(2) Die deutschen Behörden werden gegen Personen, die ihrer Strafgerichtsbarkeit unterliegen, wegen strafbarer Handlungen gegen die Streitkräfte und ihre Mitglieder sowie gegen das Eigentum derselben die gleichen Maßnahmen ergreifen, wie wenn die strafbare Handlung gegen die Bundesrepublik, deren Länder, ihre Staatsangehörigen sowie das Eigentum derselben begangen wäre.

(3) (a) Die Behörden der Streitkräfte werden den deutschen Behörden auf deren Ansuchen die Festnahme einer Person wegen einer strafbaren Handlung im Sinne von Absatz (1) dieses Artikels mitteilen.

(b) Die deutschen Behörden werden den Behörden der Streitkräfte auf deren Ansuchen die Festnahme einer Person wegen einer strafbaren Handlung im Sinne von Absatz (2) dieses Artikels mitteilen.

(4) Die Verhandlung gegen ein Mitglied der Streitkräfte wegen einer im Bundesgebiet begangenen strafbaren Handlung im Sinne von Absatz (1) dieses Artikels findet innerhalb dieses Gebietes statt, soweit nicht militärische Erfordernisse dem entgegenstehen. Wenn militärische Erfordernisse es gebieten, daß die Verhandlung wegen einer solchen strafbaren Handlung außerhalb des Bundesgebietes stattfindet, so werden die Behörden der Streitkräfte den deutschen Behörden dies unter Angabe von Ort und Termin der Hauptverhandlung mitteilen. Die deutschen Behörden sind berechtigt, sich durch Beobachter vertreten zu lassen, soweit nicht Sicherheitserwägungen dem entgegenstehen, und werden von dem Ergebnis der Verhandlung in Kenntnis gesetzt.

(5) Die deutschen Behörden und die Behörden der Streitkräfte werden sich bei der Verfolgung von strafbaren Handlungen der in Absatz (1) und (2) dieses Artikels genannten Art gegenseitig unterstützen. Sie werden, soweit nicht Sicherheitserwägungen dem entgegenstehen, den Vertretern der zuständigen Behörden gestatten, der Hauptverhandlung beizuwohnen, und diesen dabei Gelegenheit geben, im Rahmen der anwendbaren Bestimmungen tatsächliche und rechtliche Ausführungen zu machen. Außer in den sonst im deutschen Strafverfahrensrecht vorgesehenen Fällen können die Streitkräfte oder ihre Mitglieder auch als Nebenkläger vor deutschen Gerichten auftreten, soweit es sich um strafbare Handlungen handelt, die in dem Anhang A zu diesem Vertrage aufgeführt sind, oder die sich gegen die Sicherheit oder das Eigentum der Streitkräfte oder ihrer Mitglieder richten. Auf Ansuchen werden die Behörden der Streitkräfte und die deutschen Behörden sich gegenseitig von

against the Power concerned, the Forces or their members, or their property.

2. The German authorities shall take such measures against persons subject to their criminal jurisdiction for criminal offences against the Forces, their members, or the property of the Forces or members as they would take if such offences had been committed against the Federal Republic, its Laender or its nationals, or their property.

3. (a) The authorities of the Forces shall at the request of the German authorities notify the latter of the arrest of any person for a criminal offence described in paragraph 1 of this Article.

(b) The German authorities shall at the request of the authorities of the Forces notify the latter of the arrest of any person for a criminal offence described in paragraph 2 of this Article.

4. Trial of a member of the Forces for a criminal offence described in paragraph 1 of this Article, committed within the Federal territory, shall be held within that territory except in cases of military exigency. When military exigency requires that the trial of such an offence be held outside the Federal territory, the authorities of the Forces shall so inform the German authorities, with particulars of the time and place of trial. The German authorities shall be entitled to have observers present unless security considerations require otherwise and shall be informed of the result of the trial.

5. The German authorities and the authorities of the Forces shall extend mutual cooperation in the prosecution of criminal offences under paragraphs 1 and 2 of this Article. Unless security considerations require otherwise, they shall permit representatives of the appropriate authorities to attend the trial and, within the applicable regulations, grant them the opportunity to present their views on questions of law and fact. In addition to the cases provided under German criminal procedure, the Forces or their members shall also have the right to appear as co-prosecutors (Nebenkläger) before German courts, to the extent that the criminal offence is directed against the security or the property of the Forces or their members or is one of the offences listed in Annex A to the present Convention. On request the German authorities and the authorities of the Forces shall inform each other of an intent to initiate, to refrain from initiating, or to discontinue a prosecution or

l'encontre de la Puissance intéressée, des Forces ou de leurs membres ou à l'encontre des biens de cette Puissance, des Forces ou de leurs membres.

2. — Les autorités allemandes prendront contre les personnes soumises à leur juridiction pénale pour des infractions à l'encontre des Forces ou de leurs membres ou des biens des Forces ou de leurs membres les mesures qu'elles prendraient si ces infractions avaient été commises à l'encontre de la République Fédérale, de ses Länder, de ses ressortissants ou à l'encontre des biens de la République Fédérale, de ses Länder ou de ses ressortissants.

3. — (a) Les autorités des Forces, à la demande des autorités allemandes, avertissent ces dernières de l'arrestation de toute personne en raison d'une infraction visée au paragraphe 1 du présent Article;

(b) les autorités allemandes, à la demande des autorités des Forces, avertissent ces dernières de l'arrestation de toute personne en raison d'une infraction visée au paragraphe 2 du présent Article.

4. — Le procès d'un membre des Forces en raison d'une infraction visée au paragraphe 1 du présent Article et commise sur le territoire fédéral aura lieu sur ce territoire, sauf en cas de nécessité militaire. Lorsque la nécessité militaire exige qu'une telle infraction soit jugée hors du territoire fédéral, les autorités des Forces en informent les autorités allemandes et leur indiquent la date et le lieu de l'audience. Les autorités allemandes ont le droit d'y envoyer des observateurs, à moins que des considérations de sécurité ne nécessitent une autre procédure, et elles sont informées du résultat du jugement.

5. — Les autorités allemandes et les autorités des Forces se prêtent une assistance réciproque dans la poursuite des infractions visées aux paragraphes 1 et 2 du présent Article. A moins que des considérations de sécurité ne nécessitent une autre procédure, elles autorisent les représentants des autorités compétentes à assister au procès et leur donnent la possibilité, dans le cadre des règlements applicables, de présenter leur point de vue en fait et en droit. En dehors des cas prévus par la procédure pénale allemande, les Forces ou leurs membres ont aussi le droit de comparaître, en qualité de co-poursuivants (Nebenkläger) devant les tribunaux allemands, dans la mesure où l'infraction est dirigée contre la sécurité ou les biens des Forces et de leurs membres ou s'il s'agit de l'une des infractions visées à l'Annexe «A» de la présente Convention. Sur demande, les autorités allemandes et les autorités des Forces se feront part réciproquement de leur intention

ihrer Absicht, ein Straf- oder Disziplinarverfahren in die Wege zu leiten, davon Abstand zu nehmen oder es einzustellen, sowie von der Entscheidung unterrichten.

ABSCHNITT II

Nicht-strafrechtliche Verfahren

Artikel 9

Gerichtsbarkeit und Verfahren in nicht-strafrechtlichen Angelegenheiten

(1) Die deutschen Gerichte und Behörden üben in nicht-strafrechtlichen Angelegenheiten die Gerichtsbarkeit oder ihre sonstigen Befugnisse über die Mitglieder der Streitkräfte unter Berücksichtigung dieses Vertrages und anderer anwendbarer Abkommen aus.

(2) In nicht-strafrechtlichen Verfahren stellen die deutschen Gerichte und Behörden dem beteiligten Mitglied der Streitkräfte, sofern dieses nicht selbst die Einleitung des Verfahrens beantragt hat, den einleitenden Schriftsatz oder die einleitende Verfügung auch dann zu, wenn dies nach Vorschriften des deutschen Rechts nicht erforderlich ist.

(3) Die deutschen Gerichte und Behörden werden den Mitgliedern der Streitkräfte ausreichend Gelegenheit zur Wahrnehmung ihrer Rechte einräumen. Ist ein Mitglied der Streitkräfte durch dienstliche Obliegenheiten oder eine rechtmäßige Abwesenheit verhindert, in einem nicht-strafrechtlichen Verfahren, an dem es beteiligt ist, seine Interessen zu wahren, so setzt das deutsche Gericht oder die deutsche Behörde auf seinen Antrag das Verfahren bis zur Beseitigung der Verhinderung, jedoch höchstens auf 6 Monate aus. Das Bestehen der Verhinderung ist von dem Mitglied der Streitkräfte glaubhaft zu machen. Eine von den zuständigen Behörden der beteiligten Macht ausgestellte Bescheinigung über den Grund und die Dauer der Verhinderung wird hierbei vom Gericht oder der Behörde angemessen berücksichtigt. Das Verfahren braucht nicht ausgesetzt zu werden, wenn die Interessen des Mitglieds der Streitkräfte durch einen Prozeßbevollmächtigten oder durch einen sonstigen zur Wahrnehmung seiner Rechte berufenen Vertreter hinreichend wahrgenommen werden können.

(4) Die Mitglieder der Streitkräfte genießen hinsichtlich des Armenrechts die gleiche Behandlung wie Deutsche. Sie sind nicht verpflichtet, Sicherheit für Kosten irgendwelcher Art in denjenigen Fällen zu leisten, in denen ein Deutscher davon befreit ist. Die für die Bewilligung des Armenrechts erforderlichen Bescheinigungen werden von der zuständigen konsularischen Behörde nach Vornahme der erforderlichen Feststellungen ausgestellt.

Artikel 10

Vollstreckung

(1) Die Behörden der Streitkräfte treffen, soweit es die dienstlichen Vorschriften zulassen, alle geeigneten

disciplinary proceeding and of the decision.

SECTION II

Non-Criminal Proceedings

Article 9

Jurisdiction and Procedure in Non-Criminal Proceedings

1. Subject to the provisions of the present Convention and any other applicable agreement, German courts and authorities shall exercise jurisdiction over members of the Forces in non-criminal proceedings.

2. Unless proceedings in non-criminal matters are commenced on the application of a member of the Forces, the German courts and authorities will serve upon the member concerned the written documents or court order whereby the proceedings are commenced even if such service is not required by German law and regulations.

3. The German courts and authorities shall grant members of the Forces sufficient opportunity to safeguard their rights. If a member of the Forces is unable because of official duties or authorized absence to protect his interests in a non-criminal proceeding in which he is a participant, the German court or authority shall at his request suspend the proceeding until the elimination of the disability, but for not more than six months. The existence of the disability shall be established (glaubhaft machen) by the member of the Forces. A certificate of the ground and duration of the disability issued by the appropriate authorities of the Power concerned shall be given due weight by the court or authority. The proceeding need not be suspended if the interests of the member of the Forces can adequately be protected by a person authorized to represent him before a court or other representative entitled to safeguard his rights.

4. The members of the Forces shall enjoy the same rights as Germans in respect to the right to free judicial assistance (Armenrecht). They shall not be obligated to post security for costs of any kind in cases where Germans are free from such obligation. Certificates required to establish the right to free judicial assistance shall be issued by the appropriate consular authorities after they have made the necessary investigations.

Article 10

Enforcement of Judgments, Decisions and Orders

1. The authorities of the Forces shall, insofar as service regulations permit, take all appropriate measures to aid

d'entamer, de ne pas entamer ou de faire cesser une poursuite ou une procédure disciplinaire; elle se communiqueront également les décisions prises.

DEUXIÈME PARTIE

Affaires autres que pénales

Article 9

Compétence et procédure dans les affaires autres que pénales

1. — Les tribunaux allemands et les autorités allemandes sont compétents en ce qui concerne les membres des Forces dans les affaires autres que pénales, sous réserve des dispositions de la présente Convention et de tout autre accord applicable.

2. — Dans les procédures autres que pénales, et sauf si le membre intéressé des Forces a lui-même engagé la procédure, les tribunaux allemands et les autorités allemandes lui signifieront le mémoire ou la disposition introduisant l'instance, même si une telle signification n'est pas requise par les prescriptions du droit allemand et les règlements allemands.

3. — Les tribunaux allemands et les autorités allemandes accorderont aux membres des Forces des possibilités suffisantes de sauvegarder leurs droits. Si un membre des Forces n'est pas en mesure, en raison de ses fonctions officielles ou d'une absence régulière, de protéger ses intérêts dans une procédure autre que pénale à laquelle il est partie, le tribunal allemand ou l'autorité allemande suspendront, à sa demande, la procédure jusqu'à la fin de l'indisponibilité, mais pour une période n'excédant pas six mois. Le membre des Forces établira la vraisemblance (glaubhaft machen) de son indisponibilité. Le tribunal ou l'autorité tiendront dûment compte d'un certificat délivré par les autorités compétentes de la Puissance intéressée et indiquant les motifs et la durée de l'indisponibilité. Il n'y a pas lieu de suspendre la procédure si les intérêts du membre des Forces peuvent être protégés d'une manière appropriée par un mandataire judiciaire ou par toute autre personne habilitée à sauvegarder ses droits.

4. — Les membres des Forces jouissent des mêmes droits que les Allemands en matière d'assistance judiciaire (Armenrecht). Ils ne sont pas tenus de fournir une caution pour les frais de toute sorte, dans les cas où les Allemands en sont dispensés. Les certificats nécessaires pour attester le droit à assistance judiciaire sont délivrés par les autorités consulaires compétentes lorsqu'elles auront procédé aux enquêtes nécessaires.

Article 10

Exécution des titres exécutoires

1. — Les autorités des Forces prendront, dans la mesure où les règlements de service le permettent, toutes

Maßnahmen, um bei Vollstreckungen vollstreckbarer Titel deutscher Gerichte und Behörden in nicht-strafrechtlichen Angelegenheiten Hilfe zu leisten.

(2) Soll die Vollstreckung eines vollstreckbaren Titels deutscher Gerichte und Behörden in nicht-strafrechtlichen Angelegenheiten innerhalb einer Anlage der Streitkräfte erfolgen, so beantragen die deutschen Gerichte oder Behörden bei der für die Verwaltung der Anlage zuständigen Behörde der Streitkräfte, den Titel zu vollstrecken oder die Vollstreckung zu gestatten. Die Behörden der Streitkräfte entsprechen nach Möglichkeit dem Antrag. Die Behörden der Streitkräfte übergeben die von ihnen zur Vollstreckung des vollstreckbaren Titels in Besitz genommenen Gegenstände der zuständigen deutschen Behörde.

(3) Gegenstände, die einem Mitglied der Streitkräfte gehören und von ihm gemäß einer Bescheinigung der zuständigen Behörde der Streitkräfte zur Erfüllung seiner dienstlichen Obliegenheiten benötigt werden, sowie andere Sachen und Rechte, die nach deutschem Recht nicht gepfändet werden können, sind nicht der Pfändung auf Grund eines vollstreckbaren Titels unterworfen.

(4) In nicht-strafrechtlichen Verfahren kann eine Haft gegenüber Mitgliedern der Streitkräfte zur Durchführung einer Zwangsvollstreckung oder zur Erzwingung des Offenbarungseides oder aus anderen Gründen von deutschen Gerichten und Behörden nicht angeordnet werden.

(5) Bezüge, die einem Mitglied der Streitkräfte seitens seiner Regierung zustehen, unterliegen der Pfändung, dem Zahlungsverbot oder einer anderen Form der Zwangsvollstreckung auf Anordnung eines deutschen Gerichts oder einer deutschen Behörde nur insoweit, als die Vorschriften der beteiligten Macht die Zwangsvollstreckung gestatten.

ABSCHNITT III

Gemeinsame Bestimmungen für strafrechtliche und nicht-strafrechtliche Verfahren

Artikel 11

Erscheinen vor Gericht. Zeugen, Zustellungen

(1) Die Behörden der Streitkräfte tragen, sofern nicht militärische Erfordernisse dem entgegenstehen, dafür Sorge, daß Mitglieder der Streitkräfte, die von deutschen Gerichten oder Behörden geladen werden, der Ladung Folge leisten, soweit dies nach deutschem Recht erforderlich ist. Falls militärische Erfordernisse dem Erscheinen entgegenstehen, erteilen die Behörden der Streitkräfte eine Bescheinigung, in der Grund und Dauer der Behinderung anzugeben sind.

in the enforcement of judgments, decisions and orders (vollstreckbare Titel) of German courts and authorities in non-criminal proceedings.

2. If the enforcement of such judgment, decision or order is to be effected within an installation of the Forces, the German court or authority shall request the authority of the Forces responsible for the administration of the installation to enforce or permit the enforcement of the judgment, decision or order. The authorities of the Forces shall, if possible, comply with the request. The authorities of the Forces shall deliver to the appropriate German authority property taken by themselves for satisfaction of the judgment, decision or order.

3. Property of a member of the Forces which is certified by the appropriate authority of the Forces to be needed by him for the fulfilment of his official duties shall be free from seizure for the satisfaction of a judgment, decision or order, together with other property, tangible and intangible, which under German law is not subject thereto.

4. The personal liberty of a member of the Forces shall not be restricted by a German court or authority in a non-criminal proceeding, whether to enforce a judgment, decision or order, to compel an oath of disclosure, or for any other reason.

5. No payment due to a member of the Forces from his Government shall, except to the extent permitted by the laws and regulations of the Power concerned, be subject to any attachment, garnishment or other form of execution ordered by a German court or authority.

SECTION III

Provisions Common to Criminal and Non-criminal Proceedings

Article 11

Presence in Court. Witness. Service of Process

1. The authorities of the Forces shall, unless military exigency requires otherwise, secure the attendance of members of the Forces whose presence is required by a German court or authority, provided that such appearance is compulsory under German law. If military exigency prevents such attendance, the authorities of the Forces shall furnish a certificate stating the basis and duration of such disability.

les mesures appropriées pour aider à l'exécution des titres exécutoires émis par les tribunaux allemands et les autorités allemandes dans les affaires autres que pénales.

2. — Lorsqu'il devra être procédé à l'exécution d'un titre exécutoire à l'intérieur d'une installation des Forces, le tribunal allemand ou l'autorité allemande demande à l'autorité des Forces chargée de l'administration de cette installation d'exécuter ou d'autoriser l'exécution du titre exécutoire. Les autorités des Forces feront droit à cette requête dans la mesure du possible. Elles remettront à l'autorité allemande compétente les biens qu'elles auront saisis en exécution des titres exécutoires.

3. — Les biens d'un membre des Forces ne seront pas saisis si l'autorité compétente des Forces certifie qu'ils lui sont nécessaires pour l'exercice de ses fonctions officielles et il en est de même des autres biens, corporels ou incorporels, qui ne peuvent être saisis d'après le droit allemand.

4. — La liberté individuelle d'un membre des Forces ne pourra faire l'objet d'aucune restriction de la part d'un tribunal allemand ou d'une autorité allemande, à l'occasion d'une affaire autre que pénale, que ce soit pour exécuter un titre exécutoire, pour obliger à faire une révélation sous la foi du serment ou pour toute autre raison.

5. — Aucune somme due à un membre des Forces par son Gouvernement ne peut faire l'objet d'une saisie, d'une saisie-arrêt ou de toute autre mesure d'exécution ordonnée par un tribunal allemand ou une autorité allemande, sauf dans la mesure autorisée par les lois et règlements de la Puissance intéressée.

TROISIÈME PARTIE

Dispositions communes aux affaires pénales et non pénales

Article 11

Comparution devant un tribunal, témoins et assignation en justice

1. — Les autorités des Forces assureront, à moins que les nécessités militaires n'imposent une autre procédure, la comparution des membres des Forces, dont la présence est requise par un tribunal allemand ou une autorité allemande, pour autant que le droit allemand exige cette comparution. Si les nécessités militaires s'opposent à cette comparution, les autorités des Forces fournissent un certificat indiquant les motifs et la durée de l'indisponibilité.

(2) Die deutschen Gerichte und Behörden tragen im Einklang mit den Vorschriften des deutschen Rechts dafür Sorge, daß Personen, die von einem Militärgericht oder einer anderen Behörde der Streitkräfte als Zeugen oder Sachverständige geladen werden, der Ladung Folge leisten.

(3) Die Vorschriften der Absätze (1) und (2) dieses Artikels gelten entsprechend für alle Verfahren, in denen Beweismittel vorzulegen sind.

(4) Sofern nicht in diesem Vertrag oder einem anderen anwendbaren Abkommen etwas anderes bestimmt ist, genießen Zeugen und Sachverständige vor deutschen Gerichten oder Behörden und vor Militärgerichten oder Behörden der Streitkräfte diejenigen Rechte und Vorrechte, die ihnen nach dem Recht zustehen, das vor dem betreffenden Gericht oder der betreffenden Behörde gilt. Dabei werden auch die Rechte und Vorrechte angemessen berücksichtigt, welche Zeugen und Sachverständigen, wenn sie nicht Mitglieder der Streitkräfte sind, vor einem deutschen Gericht, und wenn sie Mitglieder der Streitkräfte sind, vor einem Militärgericht der beteiligten Macht haben würden.

(5) Die Behörden der Streitkräfte werden Zustellungen an Personen innerhalb der Anlagen und an Mitglieder der Streitkräfte entweder zulassen oder selbst durchführen. In allen anderen Fällen werden Zustellungen von den zuständigen deutschen Gerichten oder Behörden entweder durchgeführt oder zugelassen.

(6) Die deutschen Gerichte oder Behörden können Zustellungen an Mitglieder der Streitkräfte nicht durch öffentliche Zustellung bewirken.

Artikel 12
Mißachtung des Gerichtes

Der Meineid, der Versuch der Behinderung der Rechtspflege, andere strafbare Handlungen oder Ordnungsverstöße vor oder gegenüber deutschen Gerichten oder deutschen Behörden oder Militärgerichten oder Behörden der Streitkräfte, sowie die Nichtbefolgung von Vorladungen oder sonstigen gemäß Artikel 11 dieses Vertrages ordnungsgemäß zugestellten Prozeßanordnungen werden von dem Gericht oder der Behörde geahndet, dessen oder deren Straf- oder Disziplinargewalt der Täter unterliegt; die Gerichte oder Behörden behandeln die Tat nach ihrem Recht so, wie wenn die Tat vor oder gegenüber eigenen Gerichten oder Behörden begangen worden wäre.

Artikel 13
Rechtsanwälte

(1) Staatsangehörige einer beteiligten Macht und deutsche Rechtsanwälte dürfen nicht behindert werden,

2. German courts and authorities shall, in accordance with the provisions of German law, secure the attendance of persons whose presence as witnesses or experts is required by a service tribunal or other authority of the Forces.

3. The provisions of paragraphs 1 and 2 of this Article shall apply *mutatis mutandis* to all proceedings requiring the production of evidence.

4. Subject to the provisions of the present Convention or any other applicable agreement, the privileges and immunities of witnesses and experts before German courts or authorities, and service tribunals or authorities of the Forces, shall be those accorded by the law of the court, tribunal or authority concerned. Appropriate consideration shall also be given to the privileges and immunities which the witness or expert would have before a German court if he is not a member of the Forces, or, if he is a member of the Forces, before a service tribunal of the Power concerned.

5. The authorities of the Forces shall permit, or themselves effect, the service of process upon any person inside an installation, and upon members of the Forces. In all other cases service shall be made or permitted by the appropriate German courts or authorities.

6. Service by German courts and authorities on members of the Forces shall not be effected by publication or advertisement.

Article 12
Obstruction of Justice

Perjury, attempts to obstruct justice, any other criminal offences and contempts committed before or against a German court or authority or a service tribunal or authority of the Forces, and failure to comply with process duly served in accordance with Article 11 of the present Convention shall be dealt with by the court or authority having criminal jurisdiction or disciplinary authority over the person concerned, according to its own law, as if the act had been committed before or against its own courts or authorities.

Article 13
Attorneys

1. Nationals of any Power concerned and German attorneys shall not be hindered from acting as defence counsel

2. — Les tribunaux allemands et les autorités allemandes assureront, en accord avec les prescriptions du droit allemand, la comparution des personnes dont la présence en qualité de témoins ou d'experts est requise par un tribunal militaire ou par toute autre autorité des Forces.

3. — Les dispositions des paragraphes 1 et 2 du présent Article s'appliquent *mutatis mutandis* à toutes les procédures nécessitant la production de preuves.

4. — Sous réserve des dispositions de la présente Convention ou de tout autre accord applicable, les privilèges et dispenses dont peuvent se prévaloir les témoins et les experts comparaissant devant les tribunaux allemands ou les autorités allemandes ou devant les tribunaux militaires ou les autorités des Forces, sont ceux accordés par la loi dont relève le tribunal ou l'autorité. Il sera également tenu dûment compte des privilèges et dispenses dont bénéficierait le témoin ou l'expert devant un tribunal allemand, s'il n'est pas membre des Forces, ou, s'il est membre des Forces, devant un tribunal militaire de la Puissance intéressée.

5. — Les autorités des Forces autoriseront ou transmettront elles-mêmes les significations destinées à toutes personnes se trouvant à l'intérieur d'une installation et à tout membre des Forces. Dans tous les autres cas, les tribunaux allemands compétents ou les autorités allemandes compétentes transmettront les significations ou en autoriseront la transmission.

6. — Les tribunaux allemands et les autorités allemandes n'adresseront pas de signification aux membres des Forces par voie de publication ou d'annonce.

Article 12
Obstruction au cours de la justice

Les faux témoignages, les tentatives d'entraver le fonctionnement de la justice, toutes autres infractions et outrages commis devant ou à l'encontre d'un tribunal allemand ou d'une autorité allemande, d'un tribunal militaire ou d'une autorité des Forces, le fait de ne pas donner suite aux citations et ordonnances judiciaires régulièrement signifiées en application de l'Article 11 de la présente Convention, relèveront de la juridiction du tribunal ayant compétence pénale ou de l'autorité ayant compétence disciplinaire, à l'égard de l'auteur; ce tribunal ou cette autorité appliqueront à ces faits ou omissions leur propre droit, comme s'ils avaient été commis devant ou à l'encontre des tribunaux ou des autorités de leur propre pays.

Article 13
Avocats

1. — Les ressortissants d'une Puissance intéressée et les avocats allemands ne pourront se voir interdire

als Verteidiger vor den Gerichten der Streitkräfte gemäß den für diese Gerichte geltenden Regeln und Bestimmungen aufzutreten.

(2) Wer im Staat einer der beteiligten Mächte als Rechtsanwalt zugelassen ist, darf vor deutschen Gerichten in Verfahren, an denen ein Mitglied der Streitkräfte beteiligt ist, neben einem zur Vertretung des Mitglieds der Streitkräfte in diesem Verfahren bevollmächtigten deutschen Rechtsanwalt auftreten, um Ausführungen zu machen.

(3) Soweit in den Absätzen (1) und (2) dieses Artikels nichts anderes bestimmt ist, dürfen ausländische Staatsangehörige im Bundesgebiet nur nach Maßgabe der Vorschriften des deutschen Rechts eine rechtsberatende Tätigkeit ausüben oder vor deutschen Gerichten auftreten.

Artikel 14

Ausschluß der Öffentlichkeit. Übertragung von Verfahren

Die Vorschriften des deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes (§ 172) über den Ausschluß der Öffentlichkeit von Verhandlungen in strafrechtlichen und nicht-strafrechtlichen Verfahren und die Vorschriften der deutschen Strafprozeßordnung (§ 15) über die Möglichkeit der Übertragung von Strafverfahren an das Gericht eines anderen Bezirks finden in Verfahren vor deutschen Gerichten und Behörden, in denen eine Gefährdung der Sicherheit der Streitkräfte oder ihrer Mitglieder zu besorgen ist, entsprechende Anwendung.

Artikel 15

Aussagegenehmigung

(1) Vorbehaltlich der Bestimmungen des Absatzes (3) dieses Artikels dürfen

(a) deutsche Gerichte oder Behörden in Verfahren, die bei ihnen anhängig sind, keine Person über Informationen, deren Preisgabe die Sicherheit der Streitkräfte oder der beteiligten Macht gefährden würde oder könnte, vernehmen oder eine Aussage darüber zulassen, es sei denn, daß eine Genehmigung der zuständigen Behörde der Streitkräfte oder der beteiligten Macht vorliegt;

(b) Gerichte oder Behörden der Streitkräfte in Verfahren, die bei ihnen anhängig sind, keine Person über deutsche Staats- oder Amtsgeheimnisse vernehmen oder eine Aussage darüber zulassen, es sei denn, daß eine Genehmigung der zuständigen deutschen Behörde vorliegt.

(2) Ergibt sich in einem Verfahren, daß die Preisgabe derartiger Informationen oder Geheimnisse eintreten könnte, so holt das Gericht oder die Behörde, falls nicht auf die Preisgabe verzichtet wird, vor einer Anhörung oder Verhandlung über die Information oder das Geheimnis eine schrift-

before service tribunals in accordance with the rules and regulations prescribed for such service tribunals.

2. A person admitted to practice as an attorney in the country of one of the Powers concerned may, in proceedings in which a member of the Forces is involved, in association with a German attorney who is authorized to represent the member of the Forces in such proceedings, appear before German courts to make statements (Ausführungen).

3. Except as provided in paragraphs 1 and 2 of this Article, foreign nationals may act as legal consultants, and appear before German courts, in the Federal territory only in accordance with the provisions of German law.

Article 14

Exclusion of Public. Transfer of Proceedings

The provisions of Section 172 of the German Judicature Act on the exclusion of the public from hearings of criminal and non-criminal proceedings, and of Section 15 of the German Code of Criminal Procedure on the transfer of criminal proceedings to a court of a different district, shall be applied *mutatis mutandis* in cases before German courts or authorities where there is a threat to the security of the Forces or their members.

Article 15

Disclosure of Information

1. Subject to the provisions of paragraph 3 of this Article,

(a) no German court or authority shall, in any proceeding before it, require or allow any person to disclose information which would or might prejudice the security of the Forces or the Power concerned, except with the consent of the appropriate authority of the Forces or the Power concerned;

(b) no court or authority of the Forces shall, in any proceeding before it, require or allow any person to disclose any German state or official secret, except with the consent of the appropriate German authority.

2. If during proceedings it appears that the disclosure of such information or secret might result, the court or the authority, unless it is decided to dispense with the disclosure, shall, before hearing or dealing with such information or secret, request a written decision of the appropriate

d'exercer en qualité de conseils pour la défense devant les tribunaux militaires, conformément aux règles et règlements applicables à ces tribunaux militaires.

2. — Une personne admise comme avocat dans le pays de l'une des Puissances intéressées peut paraître devant les tribunaux allemands pour faire des déclarations (Ausführungen), au cours d'une procédure où est impliqué un membre des Forces et ce, en collaboration avec un avocat allemand qui aura été chargé de représenter le membre des Forces au cours de la procédure.

3. — Sous réserve des dispositions des paragraphes 1 et 2 du présent Article, les ressortissants étrangers ne peuvent agir en tant que conseils juridiques et comparaître devant les tribunaux allemands du territoire fédéral que conformément aux dispositions du droit allemand.

Article 14

Huis clos, renvoi des procédures

Les dispositions du paragraphe 172 de la loi allemande sur l'organisation judiciaire, relatives au huis clos lors des audiences en matière pénale ou non pénale, ainsi que celles du paragraphe 15 du Code allemand de Procédure Criminelle relatives au renvoi des procédures pénales à un tribunal d'un autre district, s'appliquent *mutatis mutandis* aux affaires en instance devant les tribunaux allemands ou devant les autorités allemandes, lorsque la sécurité des Forces ou de leurs membres est menacée.

Article 15

Divulgation de renseignements

1. — Sous réserve des dispositions du paragraphe 3 du présent Article:

(a) les tribunaux allemands et les autorités allemandes, dans les affaires pendantes devant eux, ne peuvent, si ce n'est avec le consentement des autorités compétentes des Forces ou de la Puissance intéressée, inviter ou autoriser une personne à divulguer un renseignement qui porterait atteinte ou pourrait porter atteinte à la sécurité des Forces ou de la Puissance intéressée;

(b) les tribunaux et les autorités des Forces, dans les affaires pendantes devant eux, ne peuvent, si ce n'est avec le consentement des autorités allemandes compétentes, inviter ou autoriser une personne à divulguer un secret d'État allemand ou un secret officiel.

2. — Si, au cours de l'affaire, il apparaît que la divulgation de tels renseignements ou secrets pourrait se produire, le tribunal ou l'autorité, à moins qu'il ne soit décidé de renoncer à la divulgation, demandera avant d'entendre ou traiter, de tels renseignements ou secrets à l'autorité

liche Entscheidung der zuständigen Behörde darüber ein, ob die nach Absatz (1) dieses Artikels erforderliche Genehmigung erteilt wird. Die Genehmigung wird nicht versagt, wenn nach den Bestimmungen dieses Vertrages oder eines anderen zwischen den Parteien abgeschlossenen Abkommens eine Auskunftspflicht gegenüber den zuständigen Gerichten oder Behörden besteht.

(3) Die Bestimmungen dieses Artikels finden insoweit keine Anwendung, als sie eine an einem Verfahren beteiligte Partei in ihren verfassungsmäßigen Rechten, tatsächliche oder rechtliche Ausführungen zu machen, beschränken würden.

Artikel 16
Amtshandlungen

(1) Wenn in einem strafrechtlichen oder nicht-strafrechtlichen Verfahren vor einem deutschen Gericht oder einer deutschen Behörde über die Frage zu entscheiden ist, ob die Handlung oder Unterlassung, die den Gegenstand des Verfahrens bildet, von der betreffenden Person in Ausübung ihrer Dienstpflichten gegenüber den Streitkräften begangen wurde, so ist das Verfahren auszusetzen und der zuständigen Behörde der Streitkräfte unter Darlegung des Sachverhalts unverzüglich Mitteilung zu machen. Die zuständige Behörde der Streitkräfte wird den Fall untersuchen und innerhalb von einundzwanzig Tagen nach Zugang der Mitteilung dem deutschen Gericht oder der deutschen Behörde eine Bescheinigung über den Umfang des dienstlichen Auftrages zuleiten, den die betreffende Person an dem in Frage stehenden Zeitpunkt und Ort wahrzunehmen hatte. Die Bescheinigung wird von dem rangältesten Vertreter der Streitkräfte, der persönlich Kenntnis von der Angelegenheit hat, unterzeichnet. Die Behörden der Streitkräfte werden alle in Betracht kommenden Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, daß die Bescheinigung in Form und Inhalt gewissenhaft ausgestellt wird. Nach Zugang der Bescheinigung, spätestens jedoch nach Ablauf von einundzwanzig Tagen, nachdem die Mitteilung bei den Behörden der Streitkräfte eingegangen ist, wird das Verfahren fortgesetzt.

(2) Die Behörden der Streitkräfte können die genannte Bescheinigung den deutschen Gerichten oder Behörden auch zuleiten, ohne eine Mitteilung erhalten zu haben.

(3) Die Bescheinigung gilt nur als Beweismittel für den Umfang des dienstlichen Auftrages der betreffenden Person und ist insoweit endgültig. Jedoch darf der Aussteller der Bescheinigung als Zeuge geladen werden, um ihren Inhalt zu erläutern oder zu ergänzen; auch finden die Bestimmungen dieses Absatzes insoweit keine Anwendung, als sie eine an einem Verfahren beteiligte Partei in ihren verfassungsmäßigen Rechten, tatsächliche oder rechtliche Ausführungen zu machen, beschränken würden.

authority as to whether the consent required by paragraph 1 of this Article will be given. The consent will not be refused if, under the terms of the present Convention or any other agreement between the parties, the giving of information to the appropriate courts or authorities is required.

3. The provisions of this Article shall not be applied in such a manner as to limit the constitutional rights of a party to a proceeding to testify or make a factual or legal statement on his own behalf.

Article 16
Official Acts

1. Whenever, in a criminal or non-criminal proceeding before a German court or authority, it becomes necessary to determine whether the act or omission which is the subject of the proceeding occurred in the performance by the person concerned of official duty for the Forces, the German court or authority shall suspend the proceeding and shall promptly notify the authorities of the Forces, stating the facts of the case. The appropriate authority of the Forces shall investigate the case and within twenty-one days after receipt of the notification transmit to the German court or authority a certificate describing the scope of the official duties of the person concerned at the relevant time and place. The certificate shall be signed by the highest ranking representative of the Forces having personal knowledge of the matter. The authorities of the Forces shall take appropriate measures to ensure that the certificate is compiled conscientiously as to form and content. After receipt of the certificate, but no later than twenty-one days after receipt by the authorities of the Forces of the notification, the proceeding shall be continued.

2. The authorities of the Forces may also submit such certificate to a German court or authority without having received a notification from such court or authority.

3. Such certificate shall be evidence only on the scope of official duties of the person concerned and shall be conclusive to this extent. The person who issued such certificate may, however, be called as a witness to explain or amplify its contents; and further, the provisions of this paragraph shall not be applied in such manner as to limit the constitutional rights of a party to a proceeding to testify or make a factual or legal statement on his own behalf. The German court or authority shall give to the fact that the act or

compétente de décider par écrit si l'autorisation, requise au paragraphe 1 du présent Article, sera ou non accordée. Cette autorisation ne sera pas refusée si la présente Convention ou tout autre accord conclu entre les parties exige la divulgation de renseignements aux tribunaux compétents ou aux autorités compétentes.

3. — Les dispositions du présent Article ne peuvent s'appliquer de façon à limiter les droits constitutionnels d'une partie à témoigner ou à présenter une déclaration en fait ou en droit pour sa propre défense dans une affaire.

Article 16
Faits commis dans l'exercice des fonctions

1. — Lorsque, au cours d'une affaire pénale ou autre que pénale, pendante devant un tribunal allemand ou une autorité allemande, il devient nécessaire de déterminer si un acte ou une omission qui fait l'objet de la procédure, a été accompli par la personne en cause dans l'exercice d'une fonction officielle au service des Forces, le tribunal allemand ou l'autorité allemande suspend le cours de l'affaire et en avertit sans délai les autorités des Forces en exposant les faits de la cause. L'autorité compétente des Forces instruira la cause et, dans les vingt et un jours qui suivront la réception de la notification, transmettra au tribunal allemand ou à l'autorité allemande un certificat indiquant l'étendue des fonctions officielles que la personne en question devait remplir à l'époque et au lieu dont il s'agissait. Le certificat sera signé par le plus haut représentant des Forces connaissant personnellement la matière. Les autorités des Forces prendront les mesures nécessaires pour assurer la rédaction consciencieuse du certificat en la forme et quant à la teneur. Après réception du certificat et, au plus tard vingt et un jours après réception de la notification par les autorités des Forces, l'affaire suivra son cours à nouveau.

2. — Les autorités des Forces peuvent également soumettre un tel certificat au tribunal allemand ou à l'autorité allemande sans avoir reçu de notification de ce tribunal ou de cette autorité.

3. — Ce certificat doit fournir seulement la preuve de l'étendue des fonctions officielles de la personne en cause et sera décisif à cet égard. La personne qui a délivré le certificat peut, toutefois, être convoquée en qualité de témoin en vue de fournir des explications ou des précisions complémentaires; en outre, les dispositions du présent paragraphe ne peuvent s'appliquer de façon à limiter les droits constitutionnels d'une partie à présenter une déclaration en fait ou en droit pour sa propre défense dans une

Deutsche Gerichte oder deutsche Behörden erkennen der Tatsache, daß die Handlung oder Unterlassung in Ausübung eines dienstlichen Auftrages erfolgt ist, insoweit rechtliches Gewicht und rechtliche Wirkung zu, als sie hierzu nach deutschem Recht berechtigt sind.

(4) Die Bestimmungen dieses Artikels finden in den in Artikel 8 des Finanzvertrages geregelten Fällen keine Anwendung.

omission constituted the performance of official duty such legal weight and effect as it is entitled to under German law.

4. The provisions of this Article shall not apply to cases under Article 8 of the Finance Convention.

affaire. Le tribunal allemand ou l'autorité allemande donnera au fait que l'acte ou l'omission constitue l'exercice d'une fonction officielle, tous effets et valeur juridique qui lui sont accordés par le droit allemand.

4. — Les dispositions du présent Article ne s'appliquent pas aux cas prévus à l'Article 7 de la Convention Financière.

DRITTER TEIL
Verwaltung und Versorgung

ABSCHNITT I
Einzelne Verwaltungsgebiete

Artikel 17
Verkehr

(1) Die Streitkräfte und ihre Mitglieder sind berechtigt, mit Kraftfahrzeugen, Schiffen und Luftfahrzeugen, deren Eigentümer sie sind oder die von ihnen oder in ihrem Namen betrieben werden, in das Bundesgebiet einzufahren und einzufliegen, sich darin oder darüber zu bewegen und es zu verlassen, ohne anderen als den in diesem Vertrage enthaltenen Beschränkungen unterworfen zu sein. Die Bundesrepublik sichert den Streitkräften und ihren Mitgliedern die Benutzung aller deutschen öffentlichen Verkehrswege und Wasserstraßen und das Recht zu, das Bundesgebiet zu überfliegen und von den den Streitkräften zur Verfügung stehenden Flugplätzen zu starten, auf ihnen zu landen und sie zu benutzen. Die Streitkräfte haben, soweit es für die Sicherheit der Streitkräfte oder zu Übungszwecken erforderlich ist, Anspruch auf Benutzung des Luftraumes und der Flugplätze im Bundesgebiet mit der Maßgabe, daß die Benutzung ziviler Flugplätze zu Übungszwecken bei den deutschen Behörden zu beantragen ist; dieser Antrag bedarf der vorherigen Genehmigung der obersten Luftkommandostelle der beteiligten Streitkräfte.

(2) Die Betriebsrechte der deutschen Eisenbahnen bleiben unberührt. Rollendes Material, das Eigentum der Streitkräfte ist oder von ihnen gemietet oder ausschließlich benutzt wird, kann in das Bundesgebiet herein- und aus ihm hinausgebracht werden. Es ist zur Beförderung durch die deutschen Eisenbahnen zugelassen, wenn es im allgemeinen mit deren Betriebsmethoden vereinbar ist.

(3) Soweit in diesem Vertrage oder in anderen einschlägigen Abkommen nichts anderes bestimmt ist, gelten die deutschen Verkehrsgesetze, -verordnungen und -vorschriften für die Streitkräfte und ihre Mitglieder. Abweichungen von deutschen Verkehrsvorschriften sind den Streitkräften in Fällen dringender militärischer Erfordernisse unter gebührender Berücksichtigung

PART THREE
Administration and Support

SECTION I
Rights and Obligations

Article 17
Movement

1. The Forces and their members shall be entitled to enter, move within and over and depart from the Federal territory with vehicles, vessels and aircraft owned or operated by them or on their behalf without restriction except as contained in the present Convention. The Federal Republic shall ensure to the Forces and their members the use of all German public highways and waterways, and the right to fly in the air space of the Federal territory and to depart from land on and use the airfields at the disposal of the Forces. The Forces shall be entitled to such use of the air space and airfields in the Federal territory as may be necessary for the security of the Forces or for their training, provided that the use of civil airfields for training purposes shall be requested from the German authorities, such request having been approved by the highest Air Headquarters of the Forces concerned.

2. The operating rights of the German railways shall remain unaffected. Rolling stock owned, rented, or exclusively used by the Forces may be brought into, and taken out of, the Federal territory. It shall be accepted for movement by the German railways if it can be operated in general conformity with the traffic operating methods of the latter.

3. Unless otherwise provided in this Convention or in any other applicable agreement, German traffic laws, ordinances and regulations shall apply to the Forces and their members. Deviations from German traffic regulations shall be permissible to the Forces in cases of military exigency, with due regard to public safety and order. For railway traffic such deviations shall

TITRE TROISIÈME
Administration et Aide matérielle

PREMIÈRE PARTIE
Droits et Obligations

Article 17
Mouvements

1. — Les Forces et leurs membres ont le droit d'entrer, de se déplacer sur le territoire fédéral, de le survoler et de le quitter avec les véhicules, les navires, les aéronefs dont ils sont propriétaires, qu'ils dirigent ou qui sont dirigés pour leur propre compte, sans autres restictions que celles qui sont contenues dans la présente Convention. La République Fédérale garantit aux Forces et à leurs membres l'usage de toutes voies de communications publiques et voies navigables allemandes ainsi que le droit de survoler le territoire fédéral, d'utiliser les aérodromes à la disposition des Forces d'y atterrir et d'en décoller. Les Forces sont habilitées à faire usage de l'espace aérien et des aérodromes du territoire fédéral qui s'avéreraient nécessaires pour la sécurité des Forces et leur entraînement, pourvu que l'utilisation des aérodromes civils à des fins d'entraînement soit demandée aux autorités allemandes et que cette demande ait reçu l'approbation de l'Etat-Major de l'Air le plus important des Forces intéressées.

2. — Il ne sera pas porté atteinte aux droits d'exploitation des chemins de fer allemands. Le matériel roulant appartenant aux Forces, loué ou utilisé exclusivement par elles, sera autorisé à circuler par les chemins de fer allemands, si dans l'ensemble il peut être exploité conformément aux méthodes allemandes d'exploitation.

3. — Sous réserve d'autres dipositions figurant dans la présente Convention ou dans tout autre accord applicable, les lois, les ordonnances et les prescriptions allemandes en matière de circulation s'appliquent aux Forces et à leurs membres. Des dérogations en faveur des Forces sont autorisées en cas de nécessité militaire en tenant dûment compte de la

der öffentlichen Sicherheit und Ordnung gestattet. Derartige Abweichungen sind jedoch für den Eisenbahnverkehr nur im Einvernehmen zwischen den Streitkräften und der zuständigen Eisenbahnverwaltung statthaft.

(4) Kraftfahrzeuge, Seeschiffe und Luftfahrzeuge der Streitkräfte oder ihrer Mitglieder können von den Behörden der Streitkräfte zugelassen oder registriert werden und sind von ihnen mit Nummernschildern oder anderen geeigneten Erkennungszeichen zu versehen. Vorbehaltlich der jeweils anwendbaren internationalen Vorschriften gelten dieselben Bestimmungen für Binnenschiffe der Streitkräfte oder ihrer Mitglieder, jedoch unter Ausschluß von Schiffen mit fünfzehn oder mehr Tonnen Tragfähigkeit, die Eigentum von Mitgliedern der Streitkräfte sind. Im Falle einer Zulassung durch die deutschen Behörden dürfen diese die übliche Zulassungsgebühr erheben, die keine Form der Besteuerung einschließt. Die Behörden der beteiligten Macht treffen die angemessenen Sicherheitsmaßnahmen, gewährleisten die technische Überwachung der von ihnen zugelassenen Kraftfahrzeuge, Schiffe und Luftfahrzeuge und teilen erforderlichenfalls auf Ansuchen der deutschen Behörde Namen und Anschrift des Eigentümers eines von ihnen zugelassenen Kraftfahrzeuges, Schiffes oder Luftfahrzeuges mit.

(5) Die Streitkräfte sind in bezug auf ihre Kraftfahrzeuge von allen deutschen Vorschriften befreit, welche die Achslast oder das Gesamtgewicht der Kraftfahrzeuge beschränken. Kraftfahrzeuge, die Eigentum der Streitkräfte oder ihrer Mitglieder sind oder von ihnen betrieben werden, sind von deutschen Gesetzen, Vorschriften oder polizeilichen Maßnahmen befreit, die Änderungen oder Ergänzungen in dem Bau, der Ausführung oder Ausrüstung der Fahrzeuge erfordern würden, wie z. B. bei Erkennungszeichen, Warnsignalen, Bremsen, Beleuchtung und Richtungsanzeigern.

(6) Von den zuständigen Behörden der beteiligten Macht ausgestellte Urkunden, die Mitglieder der Streitkräfte zum Führen von Kraftfahrzeugen, Seeschiffen oder Luftfahrzeugen berechtigen, sind im Bundesgebiet gültig. Die Berechtigung zum Führen von Binnenschiffen, die durch die Streitkräfte zugelassen sind, richtet sich nach den Vorschriften der Streitkräfte, in denen die deutschen und, soweit anwendbar, die internationalen Binnenschiffahrtsvorschriften gebührend berücksichtigt werden.

(7) Die Mitglieder der Streitkräfte dürfen ihnen gehörende private Kraftfahrzeuge und Luftfahrzeuge im Bundesgebiet nur benutzen oder ihre Benutzung gestatten, wenn sie gegen die Haftung aus dieser Benutzung versichert sind. Art und Höhe des erforderlichen Versicherungsschutzes bestimmen sich nach deutschem Recht. Die Versicherung kann auch bei Versicherungsunternehmen abgeschlossen werden, die zur Ausübung dieser

be permitted only by agreement between the Forces and the competent railway administration.

4. The vehicles, sea-going vessels and aircraft of the Forces or their members may be licensed or registered, and shall be provided with licence plates or other identification as appropriate, by the authorities of the Forces. Subject to the international regulations applicable in each case, the same provisions shall apply to inland water craft of the Forces or their members, excluding craft owned by members of the Forces of 15 tons carrying capacity or over. In the case of licensing by German authorities, these authorities may collect the normal licence fee, which shall not include any form of taxation. The authorities of the Power concerned shall take adequate safety measures for, and shall ensure the technical supervision of, the vehicles, vessels and aircraft licensed by them and shall, where necessary, and at the request of the German authority, furnish the name and address of the owner of a vehicle, aircraft or vessel licensed by them.

5. The Forces shall with regard to their vehicles be exempt from all German regulations limiting axle loads or the total weights of vehicles. Vehicles owned or operated by the Forces or by their members shall be exempt from German laws, regulations or police measures requiring changes or additions in the construction, design or equipment of vehicles, such as markings, warning signals, brakes, lighting and direction indicators.

6. Documents isued by the appropriate authorities of the Power concerned to a member of the Forces which authorize him to operate vehicles, sea-going vessels or aircraft shall be valid in the Federal territory. Authorization to operate inland water vessels licensed by the Forces shall be governed by regulations of the Forces, which shall take due account of German and, where applicable, international waterway regulations.

7. Members of the Forces shall use or permit to be used in the Federal territory private vehicles and aircraft belonging to them only if such vehicles or aircraft are insured against liability arising out of such use. The required insurance coverage, both in type and amount, shall be determined in accordance with German law. This insurance may, however, be effected with any insurance enterprise entitled to carry on such activity in the

sécurité et de l'ordre publics. Pour la circulation ferroviaire, ces dérogations ne sont autorisées que par accord entre les Forces et l'administration ferroviaire compétente.

4. — Les véhicules, les navires de mer et les aéronefs des Forces ou de leurs membres peuvent être autorisés et enregistrés par les autorités des Forces qui les doteront de plaques d'immatriculation ou de toutes autres marques d'identification appropriées. Sous réserve des règlements internationaux applicables dans chaque cas, les mêmes dispositions s'appliqueront aux bâtiments fluviaux des Forces ou de leurs membres, à l'exclusion des bâtiments appartenant à des membres des Forces et dont la capacité de chargement atteint ou dépasse 15 tonnes. Lorsque l'autorisation est donnée par les autorités allemandes, ces autorités peuvent percevoir le droit d'immatriculation habituel qui ne doit comprendre aucun impôt. Les autorités de la Puissance intéressée doivent prendre les mesures de sécurité appropriées à l'égard des véhicules, des navires et des aéronefs autorisés par elles, assurer leur surveillance technique et fournir, le cas échéant, à la demande des autorités allemandes, les noms et adresses des propriétaires de ces véhicules, navires ou aéronefs.

5. — Les Forces ne sont assujetties, en ce qui concerne leurs véhicules, à aucun des règlements allemands qui limitent la charge par essieu ou le poids total en charge des véhicules. Les véhicules possédés ou dirigés par les Forces ou par leurs membres ne sont pas soumis aux lois allemandes, aux règlements allemands ou aux mesures de police qui pourraient prescrire de modifier ou de compléter la construction, les caractéristiques ou l'équipement des véhicules tel que plaque d'immatriculation, appareils avertisseurs, freins, système d'éclairage et indicateurs de changement de direction.

6. — Les documents établis par les autorités compétentes de la Puissance intéressée en faveur d'un membre des Forces et l'autorisant à piloter un véhicule, un navire de mer ou un aéronef, sont valables sur le territoire fédéral. Les autorisations de piloter des bâtiments fluviaux fournis par les Forces sont régies par les règlements des Forces qui tiendront dûment compte des règlements fluviaux allemands et, le cas échéant, internationaux dans la mesure où ces derniers sont applicables.

7. — Les membres des Forces n'utilisent ou ne sont autorisés à utiliser, sur le territoire fédérale, des véhicules et aéronefs privés leur appartenant que s'ils sont assurés contre les responsabilités résultant de leur utilisation. Le type et le montant de garantie des polices d'assurances nécessaires seront fixés conformément aux dispositions du droit allemand. L'assurance peut toutefois être contractée auprès de toute compagnie

Tätigkeit im Gebiet der beteiligten Macht berechtigt und im Rahmen der Bestimmungen über Devisenkontrolle nach Erklärung der beteiligten Macht in der Lage sind, Schadenersatzansprüche im Bundesgebiet und in der Währung der Bundesrepublik zu befriedigen.

(8) Es wird ein Ständiger Ausschuß errichtet, bestehend aus Vertretern der Behörden der Bundesrepublik und Vertretern der zuständigen Behörden derjenigen der Drei Mächte, auf welche die Bestimmungen dieses Artikels Anwendung finden. Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft kann Vertreter in diesen Ausschuß entsenden. Der Ausschuß hat die Aufgabe, eine wirksame Koordinierung zwischen der zivilen und militärischen Luftfahrt sicherzustellen.

(9) Alle von den Bundesbehörden und den Streitkräften errichteten und betriebenen Kontrollsysteme für Luftverkehr und die dazu gehörigen Fernmeldesysteme werden technisch und verwaltungsmäßig koordiniert, soweit es erforderlich ist, um die Sicherheit des Luftverkehrs und die gemeinsame Verteidigung zu gewährleisten.

(10) Die Genehmigung zu Luftaufnahmen durch Privatpersonen oder zivile Stellen und zur Herstellung und Verteilung von Abzügen und Negativen hiervon erteilen die deutschen Behörden vorbehaltlich der Sicherheitsüberprüfung durch die Behörden der Streitkräfte. Der Ständige Ausschuß bestimmt das Verfahren für die Sicherheitsüberprüfung.

Artikel 18
Post- und Fernmeldewesen

(1) Die Streitkräfte haben das Recht, Militärpostämter zur Behandlung der Postsachen und Telegramme der Streitkräfte und ihrer Mitglieder untereinander, mit Militärpostämtern in anderen Ländern und mit ihren Heimatstaaten einzurichten und zu betreiben. Austauschämter zwischen den Militärpostämtern und den Bundespostämtern können eingerichtet werden. Der Ort dieser Ämter wird im Einvernehmen zwischen den zuständigen Behörden der Bundesrepublik und der Streitkräfte festgelegt.

(2) Die Streitkräfte haben ferner das Recht, innerhalb ihrer Anlagen und in ihren militärischen Land-, Luft- und Wasserfahrzeugen ihre eigenen Fernmeldeanlagen, einschließlich Rundfunksender, für Mitglieder der Streitkräfte zu errichten, zu betreiben und zu unterhalten, soweit diese für militärische Zwecke erforderlich sind.

(3) Außerhalb ihrer Anlagen benutzen die Streitkräfte im Regelfall die deutschen öffentlichen Fernmeldeeinrichtungen. Die Streitkräfte können jedoch eigene Fernmeldeeinrichtungen außerhalb ihrer Anlagen errichten, betreiben und unterhalten,

territory of the Power concerned and able under the exchange control regulations, according to a declaration of the Power concerned, to pay claims in the Federal territory and in the currency of the Federal Republic.

8. A Standing Commission shall be established to be composed of representatives of the appropriate authorities of those of the Three Powers to which the provisions of this Article apply and of representatives of the authorities of the Federal Republic. The European Defence Community may be represented on this Commission. The duty of this Commission shall be to guarantee effective coordination between civil and military air activities.

9. All air traffic control and related communications systems developed and carried on by the Federal authorities and by the Forces shall be technically and administratively coordinated to the extent necessary to ensure air traffic safety and the common defence.

10. Permission for aerial photography by private individuals or civilian agencies, and the production and distribution of prints and negatives therefrom, shall be given by the German authorities, subject to security clearance by the authorities of the Forces. The methods of security clearance shall be determined by the Standing Commission.

Article 18
Communications

1. The Forces shall have the right to establish and operate military post offices for the purpose of handling postal and telegraphic matter of the Forces and their members between themselves, with military post offices in other countries and with their home countries. Exchange offices between the military post offices and the Federal Post offices may be established. The location of these offices will be fixed in agreement between the competent authorities of the Federal Republic and of the Forces.

2. Furthermore, the Forces shall have the right to establish, operate and maintain their own communications (which include telecommunications and radio facilities), and broadcasting for the members of the Forces, within their installations and in their military vehicles, vessels and aircraft, insofar as they are required for military purposes.

3. Outside their installations the Forces shall normally use the German public telecommunications facilities. The Forces may, however, erect, operate and maintain communications facilities of their own outside their installations

d'assurance qui a le droit d'exercer son activité sur le territoire de la Puissance intéressée et qui est en mesure, en vertu des règlements applicables en matière de contrôle des changes et conformément à une déclaration de la Puissance intéressée, d'indemniser les sinistres sur le territoire fédéral et en monnaie de la République Fédérale.

8. — Il sera établi une Commission Permanente qui sera composée de représentants des autorités compétentes de celles des Trois Puissances auxquelles les dispositions du présent Article s'appliquent et de représentants des autorités de la République Fédérale. La Communauté Européenne de Défense pourra être représentée au sein de cette Commission. Les fonctions de cette Commission seront de garantir une coordination efficace entre les activités aériennes militaires et les activités aériennes civiles.

9. — L'ensemble du contrôle de la navigation aérienne et les systèmes de transmissions connexes établis et exploités par les autorités fédérales et par les Forces seront coordonnés sur le plan technique et administratif dans la mesure nécessaire pour assurer la sécurité de la navigation aérienne et la défense commune.

10. — Sous réserve d'un contrôle de sécurité par les autorités des Forces, les autorités allemandes permettront à des personnes privées ou à des organismes civils de prendre des photographies aériennes, d'en produire et d'en distribuer des épreuves et des clichés. Les méthodes relatives au contrôle de la sécurité seront fixées par la Commission Permanente.

Article 18
Transmissions

1. — Les Forces ont le droit d'établir et de faire fonctionner des bureaux de poste militaire chargés d'assurer les opérations postales et télégraphiques des Forces et de leurs membres entre eux, avec les bureaux de poste militaire sis dans d'autres pays et avec leur métropole. Des bureaux d'échange entre les bureaux militaires et ceux de la Bundespost peuvent être établis. L'emplacement de ces bureaux est fixé par accord entre les autorités compétentes de la République Fédérale et celles des Forces.

2. — Les Forces ont, en outre, le droit d'établir, de faire fonctionner et d'entretenir, à l'intérieur de leurs installations et sur leurs véhicules militaires, leurs aéronefs et leurs navires, dans la mesure requise pour atteindre les buts militaires, leurs propres moyens de transmissions, y compris les systèmes de télécommunication et de radio, ainsi que la radiodiffusion pour les membres des Forces.

3. — A l'extérieur de leurs installations les Forces utilisent, en règle générale, les moyens publics allemands de transmission. Les Forces peuvent, toutefois, établir, faire fonctionner et entretenir leurs propres moyens de transmissions, à l'extérieur de leurs installations:

(a) soweit es Gründe der militärischen Sicherheit zwingend erfordern;

(b) soweit und solange die deutschen Behörden nicht in der Lage sind, oder im Einvernehmen mit den Streitkräften darauf verzichten, die erforderlichen Einrichtungen zu errichten;

(c) zeitweilig für militärische Übungen.

Die Behörden der Streitkräfte werden von den ihnen nach Satz 2 dieses Absatzes zustehenden Rechten in den Fällen von (a) nur nach angemessener Konsultation, in den Fällen von (b) nur im Einvernehmen mit den deutschen Behörden Gebrauch machen.

(4) Die von den Streitkräften selbst errichteten und betriebenen Einrichtungen können an das öffentliche Fernmeldenetz der Bundesrepublik angeschlossen werden, wenn sie mit diesem technisch und betrieblich vereinbar sind. Die Übergangsstellen werden jeweils im gegenseitigen Einvernehmen festgelegt.

(5) Die im Anhang B zu diesem Vertrag enthaltenen Bestimmungen gelten für Funkfrequenzen, die von Funkstationen benutzt werden, die durch die Streitkräfte betrieben oder benutzt werden. Diese Bestimmungen treten gleichzeitig mit diesem Vertrag in Kraft.

(6) Die Mitglieder der Streitkräfte können gebührenfrei und ohne Einzelgenehmigung Rundfunkempfangsgeräte aufstellen und benutzen.

(7) Die Behörden der beteiligten Macht üben die vollständige Kontrolle über die im Bundesgebiet liegenden, als FK 12 und FK 41 bezeichneten Kabel einschließlich der zugehörigen Ausrüstung aus.

Artikel 19

Manöver und Übungen

(1) Die Streitkräfte sind berechtigt, im Bundesgebiet Manöver und sonstige Übungen abzuhalten. Werden solche Manöver oder andere Übungen außerhalb ihrer Anlagen durchgeführt, so benachrichtigen die Streitkräfte die zuständigen deutschen Behörden rechtzeitig vor Beginn derartiger Manöver oder Übungen davon. Die für die zufriedenstellende Durchführung dieser Manöver oder Übungen erforderlichen Verwaltungsmaßnahmen werden auf Antrag der Streitkräfte von den deutschen Behörden nach angemessener vorheriger Konsultation getroffen; dies gilt jedoch mit der Maßgabe, daß die Streitkräfte an der Durchführung dieser Maßnahmen mitwirken können.

(2) Die von den deutschen Behörden getroffenen Verwaltungsmaßnahmen werden genügend weit gehalten sein, daß sie den Streitkräften selbst gestatten, die Einzelmaßnahmen zu treffen, die gegebenenfalls zur Erreichung des militärischen Zweckes des Manövers oder der Übung erforderlich sind.

(a) so far as compellingly necessary on the basis of military security;

(b) so far and so long as the German authorities are not in a position to erect, or in understanding with the Forces forego the erection of, the necessary facilities;

(c) temporarily for military exercises.

The authorities of the Forces shall make use of the rights given them under the second sentence of this paragraph, in cases under subparagraph (a) only after appropriate consultation, and in cases under subparagraph (b) only in agreement, with the German authorities.

4. The facilities erected and operated by the Forces themselves may be interconnected with the public network of the Federal Republic if they are technically and operationally compatible with it. The places of interconnection shall be as mutually agreed.

5. The provisions contained in Annex B to the present Convention shall apply with respect to radio frequencies used by radio stations which are operated or used by the Forces. These provisions shall enter into force at the same time as the present Convention.

6. The members of the Forces may, whithout payment of a fee and without individual authorization, erect and use wireless receiving apparatus.

7. Complete control of the cables identified as FK-12 and FK-41 lying within the Federal territory, including the associated equipment, shall be exercised by the authorities of the Power concerned.

Article 19

Manoeuvres and Training Exercises

1. The Forces shall have the right to conduct manoeuvres and other training exercises throughout the Federal territory. When such manoeuvres or other exercises are carried out outside their installations, the Forces shall inform the competent German authorities in good time before the commencement of such manoeuvres and exercises. Any administrative measures required for the satisfactory execution of such manoeuvres or exercises shall, upon request of the Forces, be taken by the German authorities after reasonable previous consultation; provided that the Forces may co-operate in the carrying out of such measures.

2. The administrative measures taken by the German authorities shall be sufficiently broad to permit the Forces themselves to take such particular measures as may be necessary to the achievement of the military aim of the manoeuvres or exercises.

(a) dans la mesure où la sécurité militaire l'exige de façon impérative;

(b) dans la mesure où et aussi longtemps que les autorités allemandes ne sont pas à même d'établir les moyens nécessaires, ou renoncent, en accord avec les Forces, à les établir;

(c) d'une façon temporaire, aux fins d'exercices militaires.

Les autorités des Forces ne feront usage des droits mentionnés à la deuxième phrase du présent paragraphe, dans le cas de l'alinéa (a) qu'après consultation appropriée et dans le cas de l'alinéa (b) qu'en accord avec les autorités allemandes.

4. — Les moyens établis et exploités par les Forces elles-mêmes peuvent être reliés au réseau public de la République Fédérale s'ils sont, sur le plan technique et sur le plan du fonctionnement, compatibles avec les services de transmissions publics. Les lieux d'interconnexion sont fixés en accord.

5. — Les dispositions figurant à l'Annexe «B» de la présente Convention s'appliquent aux fréquences radio utilisées par les stations radio exploitées ou utilisées par les Forces. Ces dispositions entrent en vigueur en même temps que la présente Convention.

6. — Les membres des Forces peuvent, sans acquitter de taxe et sans autorisation individuelle, établir et utiliser des appareils récepteurs sans fil.

7. — Les autorités de la Puissance intéressée exercent un contrôle complet sur les câbles situés sur le territoire de la République Fédérale et connus sous le nom FK 12 et FK 41, ainsi que sur leurs installations connexes.

Article 19

Manœuvres et exercices d'entraînement

1. — Les Forces ont le droit de se livrer à des manœuvres et à d'autres exercices d'entraînement sur l'ensemble du territoire fédéral. Lorsque ces manœuvres ou autres exercices se déroulent en dehors de leurs installations, les Forces informent en temps utile les autorités allemandes compétentes du commencement de ces manœuvres et exercices. Les mesures administratives nécessaires pour l'exécution satisfaisante de ces manœuvres ou exercices seront prises, à la demande des Forces, par les autorités allemandes après les consultations préalables adéquates, étant entendu que les Forces pourront coopérer à l'exécution de ces mesures.

2. — Les mesures administratives prises par les autorités allemandes seront suffisamment générales pour permettre aux Forces elles-mêmes de prendre telles mesures particulières qui pourraient s'avérer nécessaires pour atteindre le but militaire de ces manœuvres ou exercices.

Artikel 20

Verteidigungsanlagen und Schutzmaßnahmen

(1) Unmittelbar der Verteidigung dienende Anlagen und Werke sowie Sicherheitsvorrichtungen errichtet und ändert die Bundesrepublik in dem Ausmaße, den Gegenden und der Ausführungsart, wie sie für die gemeinsame Verteidigung erforderlich sind. Sofern ein besonderes Geheimhaltungs- oder Sicherheitserfordernis vorliegt, können die Streitkräfte nach vorheriger Konsultation der Bundesregierung derartige Anlagen und Werke selbst errichten oder ändern.

(2) Die Bundesregierung arbeitet mit den Streitkräften zusammen, um zu gewährleisten, daß die aus besonderen Sicherheitsgründen erforderlichen militärischen und zivilen Schutzmaßnahmen von den deutschen Behörden und den Streitkräften unverzüglich wirksam durchgeführt werden können. Sie wird dafür Sorge tragen, daß die zur Durchführung dieser Schutzmaßnahmen erforderlichen Vorbereitungen rechtzeitig und in ausreichendem Maße getroffen werden.

(3) Maßnahmen auf Grund dieses Artikels unterliegen der Zuständigkeit des in Artikel 9 des Vertrages über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten angeführten Schiedsgerichts, falls im öffentlichen oder privaten Eigentum stehende Vermögenswerte ernstlich dadurch geschädigt worden sind oder geschädigt werden können. Artikel 12 der Satzung des Schiedsgerichts findet auf derartige Maßnahmen Anwendung, falls dadurch wesentlichen Werten nicht wiedergutzumachender Schaden zugefügt werden würde.

Article 20

Defensive Works and Measures

1. Installations and works directly serving the purpose of defence, as well as safety installations, shall be erected or adapted by the Federal Republic in such amounts, areas and types as are needed for the common defence. Where there is a special need for secrecy or security, the Forces themselves may erect or adapt such installations or works, provided that there is prior consultation with the Federal Government.

2. The Federal Government shall cooperate with the Forces in order to ensure that military and civil measures of protection necessary to meet special security requirements can be implemented by the Forces and the German authorities efficiently and without delay. It shall provide that the preparations necessary for the implementation of such measures of protection will be done in time and in a sufficient amount.

3. Measures taken under this Article shall be subject to the jurisdiction of the Arbitration Tribunal referred to in Article 9 of the Convention on Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Germany, provided that publicly or privately owned property has been or will be seriously damaged thereby. Article 12 of the Charter of the Arbitration Tribunal shall apply to such measures provided that irremediable damage may be caused thereby to substantial values.

Article 20

Ouvrages et mesures de défense

1. — Les installations et les ouvrages destinés directement à la défense, ainsi que les installations de sécurité, seront érigés ou adaptés par la République Fédérale dans la mesure, aux emplacements et d'après les types qui seront nécessaires pour la défense commune. Lorsque des besoins spéciaux de secret ou de sécurité l'exigeront, les Forces pourront ériger ou adapter elles-mêmes ces installations ou ces ouvrages, sous réserve qu'une consultation préalable ait lieu avec la République Fédérale.

2. — Le Gouvernement Fédéral coopérera avec les Forces en vue d'assurer que les mesures militaires et civiles de protection, nécessaires pour faire face aux exigences spéciales de sécurité, soient appliquées par les Forces et les autorités allemandes d'une manière efficace et sans retard. Il fera en sorte que les préparatifs nécessaires à l'application de ces mesures de protection soient effectués en temps utile et dans une mesure suffisante.

3. — Les mesures prises en vertu du présent Article relèveront de la compétence du Tribunal d'Arbitrage, visé à l'Article 9 de la Convention sur les Relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale d'Allemagne, pour autant que des dommages sérieux à des biens publics ou privés en sont résultés ou en résultent. L'Article 12 de la Charte du Tribunal d'Arbitrage s'appliquera à ces mesures pour autant que des dommages irrémédiables à des biens d'une valeur considérable puissent en résulter.

Artikel 21

Rechte der Streitkräfte in bezug auf Anlagen

(1) Innerhalb ihrer Anlagen und über ihnen können die Behörden der Streitkräfte alle im Interesse der Durchführung ihrer Aufgabe notwendigen Maßnahmen unter der Voraussetzung treffen, daß sie die deutschen Vorschriften auf den Gebieten der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit befolgen, soweit nicht ihre eigenen Vorschriften auf diesen Gebieten gleichwertige oder höhere Anforderungen stellen. Soweit ihre eigenen Vorschriften auf den Gebieten der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit solche Anforderungen nicht stellen, sowie auf anderen Gebieten, sofern nicht in diesem Vertrage oder in einem anderen einschlägigen Abkommen eine besondere Regelung getroffen worden ist, können die Behörden der Streitkräfte ihre eigenen Vorschriften unter der Voraussetzung anwenden, daß sie hierdurch nicht die öffentliche Gesundheit, Sicherheit und Ordnung außerhalb der Anlagen gefährden. Sie teilen den deutschen Behörden rechtzeitig mit, in welchem Umfange sie von den deutschen Vorschriften auf den Gebieten der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit abzuweichen beabsichtigen.

Article 21

Rights of the Forces respecting Installations

1. Within and over their installations, the authorities of the Forces may take all the measures necessary for the accomplishment of their mission, provided that they shall observe German regulations in the fields of public health and safety unless their own regulations in such fields prescribe equal or higher standards. Insofar as their own regulations in the fields of public health and safety do not prescribe such standards, and also in other fields, the authorities of the Forces may, except as otherwise provided in this Convention or in any other applicable agreement, apply their own regulations, provided that in so doing they do not endanger public health, safety and order outside the installations. They shall notify the German authorities in good time of the extent to which they are departing from German regulations in the fields of public health and safety.

Article 21

Droits des Forces en ce qui concerne les installations

1. — A l'intérieur et au-dessus de leurs installations, les autorités des Forces pourront prendre toutes les mesures nécessaires à l'exercice de leurs fonctions, pourvu qu'elles observent les règlements allemands dans le domaine de l'hygiène et de la sécurité publique, à moins que leurs propres règlements n'établissent des normes similaires ou plus sévères dans ces domaines. Dans la mesure où leurs règlements, dans les domaines de l'hygiène et de la sécurité publique et dans d'autres domaines ne prévoient pas de telles normes et à moins qu'il n'en soit disposé autrement dans la présente Convention ou dans tout autre accord applicable, les autorités des Forces pourront appliquer leurs propres règlements sous réserve que, ce faisant, elles ne menacent pas l'hygiène, la sécurité et l'ordre publics hors de leurs installations. Elles tiendront informées, en temps utile, les autorités allemandes compétentes de la mesure dans laquelle elles s'écartent de la réglementation allemande en matière d'hygiène, de sécurité et d'ordre publics.

(2) Soweit die Behörden der Streitkräfte die einschlägigen deutschen Vorschriften innerhalb ihrer Anlagen nicht selbst zu vollziehen beabsichtigen, treffen sie mit den zuständigen deutschen Behörden entsprechende Vereinbarungen, welche die militärischen Erfordernisse und die Erfordernisse der deutschen Verwaltung gleichmäßig berücksichtigen.

(3) Soweit Gebäude sich nur teilweise im Besitz der Streitkräfte befinden, gelten diese Teile für die Zwecke dieses Artikels nicht als Anlagen, wenn sie Mitgliedern der Streitkräfte als Wohnungen dienen.

(4) Auf Antrag der Streitkräfte überwachen oder beschränken die deutschen Behörden in der Umgebung von Anlagen die Bautätigkeit sowie den Verkehr von Personen, Tieren, Land-, Wasser- und Luftfahrzeugen und Ballonen in dem Ausmaß, das im Interesse der gemeinsamen Verteidigung zum wirksamen Betrieb und zur Sicherung der Anlagen erforderlich ist.

Artikel 22

Anlagen, Archive, Dokumente, Eigentum und Postsendungen

Anlagen, Archive, Dokumente und, unbeschadet der Bestimmungen der Absätze (2) und (3) des Artikels 7 dieses Vertrages, Eigentum der Streitkräfte sowie als solche erkennbare Postsendungen der Streitkräfte und durch die Postdienste der Streitkräfte beförderte Postsendungen von Mitgliedern der Streitkräfte unterliegen nicht dem Zutritt, der Durchsuchung, der Beschlagnahme oder der Zensur durch deutsche Behörden; diese Bestimmung findet keine Anwendung, soweit die Behörden der Streitkräfte im Einzelfall oder für bestimmte Gruppen von Fällen auf diese Immunität verzichten.

Artikel 23

Polizei der Streitkräfte

(1) Die zuständigen Dienststellen der Streitkräfte haben das Recht, innerhalb des Bundesgebietes auf öffentlichen Straßen, in öffentlichen Lokalen und öffentlichen Verkehrsmitteln Streife zu gehen und gegenüber Mitgliedern der Streitkräfte tätig zu werden, um Ordnung und Manneszucht aufrechtzuerhalten.

(2) Ihre Befugnisse gegenüber Personen, die der deutschen Gerichtsbarkeit unterliegen, bestimmen sich nach Artikel 7 dieses Vertrages.

Artikel 24

Identifizierung von Mitgliedern der Streitkräfte

(1) Die Mitglieder der Streitkräfte sind durch die zuständigen Behörden der beteiligten Macht mit Personalausweisen auszustatten, die Namen, Geburtsdatum und Dienstgrad des Inhabers und eine Nummer enthalten

2. Where the authorities of the Forces do not themselves intend to implement within their installations applicable German regulations, they shall reach agreements with the competent German authorities which take into account equally military requirements and the requirements of the German administration.

3. Where buildings are partly occupied by (im Besitz) the Forces, the parts so occupied shall not be regarded as installations for the purposes of this Article if they are used as dwellings for members of the Forces.

4. The German authorities shall, upon request of the Forces, supervise or restrict in the vicinity of installations building activities and the movement of persons, animals, all types of vehicles, vessels, aircraft and balloons to the extent necessary, in the interest of common defence, for the effective operation of such installations and their security.

Article 22

Installations, Archives, Documents, Property and Mail

Installations, archives, documents and, subject to the provisions of paragraphs 2 and 3 of Article 7 of the present Convention, property of the Forces and also mail of the Forces recognizable as such, and mail of members of the Forces which is sent through the postal systems of the Forces shall be immune from entry, search, seizure and censorship by the German authorities unless in any case or category of cases such immunity is waived by the authorities of the Forces.

Article 23

Police of the Forces

1. The competent agencies of the Forces shall have the right to patrol on public ways, in places of public resort and on public transport in the Federal territory and to take action with respect to members of the Forces, in order to maintain order and discipline.

2. Their powers with respect to persons subject to German jurisdiction shall be determined in accordance with Article 7 of the present Convention.

Article 24

Identification of Members of the Forces

1. The members of the Forces shall be provided by the appropriate authorities of the Power concerned with identity documents which shall indicate the name, date of birth and rank of the holder and shall bear a serial

2. — Lorsque les autorités des Forces n'auront pas l'intention d'assurer elles-mêmes l'exécution des lois allemandes au sein de leurs installations, elles devront se mettre d'accord avec les autorités allemandes compétentes qui prendront en considération de manière égale les besoins militaires et les besoins de l'administration allemande.

3. — Lorsque des immeubles sont partiellement occupés (im Besitz) par les Forces, les parties ainsi occupées ne devront pas, au sens du présent Article, être considérées comme installations si elles sont utilisées comme logement par les membres des Forces.

4. — Les autorités allemandes, à la demande des Forces, surveilleront ou restreindront les constructions et le mouvement des personnes, des animaux, des véhicules de tous types, des navires, des aéronefs et des ballons dans le voisinage des installations, dans la mesure nécessaire à la sauvegarde des intérêts de la défense commune et en vue d'assurer le fonctionnement efficace et la sécurité de ces installations.

Article 22

Installations, Archives, Documents, Biens et Courrier

Les installations, les archives, les documents et, sous réserve des dispositions des paragraphes 2 et 3 de l'Article 7 de la présente Convention, les biens des Forces, ainsi que le courrier des Forces identifiable comme tel, le courrier des membres des Forces adressé par l'intermédiaire des services postaux des Forces, bénéficient de l'immunité en ce qui concerne le droit d'accès, de perquisition, de saisie ou de censure par les autorités allemandes; cette disposition n'est pas applicable si les autorités des Forces renoncent à l'immunité dans un cas particulier ou dans une catégorie de cas.

Article 23

Police des Forces

1. — Les services compétents des Forces ont le droit de patrouiller sur la voie publique, dans les lieux publics et dans les moyens de transports publics en territoire fédéral, ainsi que de prendre des mesures à l'égard des membres des Forces en vue de maintenir l'ordre et la discipline.

2. — Leurs pouvoirs à l'égard des personnes relevant de la juridiction allemande sont fixés conformément à l'Article 7 de la présente Convention.

Article 24

Identification des membres des Forces

1. — Les membres des Forces doivent être munis par les autorités compétentes de la Puissance intéressée de pièces d'identité indiquant le nom, la date de naissance et le grade du titulaire, portant un numéro

und, falls der Inhaber keine Uniform trägt, mit einem Lichtbild versehen sind.

(2) Angehörige sind in ihren Personalausweisen als solche zu bezeichnen.

(3) Mitglieder der Streitkräfte haben sich auf Ansuchen der zuständigen deutschen Behörden über ihre Person auszuweisen.

(4) Soweit nicht in Artikel 25 dieses Vertrages etwas anderes bestimmt ist, gelten die gemäß Absatz (1) dieses Artikels ausgestellten Personalausweise als endgültiger Identitätsnachweis.

(5) Mitglieder der Streitkräfte, die auf Grund eines Marschbefehls in Gruppen unter militärischer Führung reisen, werden durch ihre Uniform endgültig ausgewiesen.

(6) Soweit erforderlich, gilt eine Bescheinigung der zuständigen Behörden der beteiligten Macht, daß eine Person ein Mitglied der Streitkräfte im Sinne des Artikels 1 dieses Vertrages ist, als endgültiger Beweis dieser Tatsache.

Artikel 25
Grenz- und Ausländerkontrolle

(1) Mitglieder der Streitkräfte, außer Angehörigen, die sich gemäß Artikel 24 dieses Vertrages ordnungsgemäß ausweisen, sind zur unbeschränkten Einreise in das Bundesgebiet und Ausreise aus ihm berechtigt. Angehörige sind hierzu bei Vorlage eines gültigen Passes berechtigt, aus dem ihre Eigenschaft als Angehörige hervorgeht.

(2) Die Behörden der beteiligten Macht können an von ihnen besonders bezeichneten Grenzstellen an der Kontrolle der Reiseausweise von Mitgliedern der Streitkräfte mitwirken.

(3) Mitglieder der Streitkräfte unterliegen nicht den Bestimmungen des deutschen Rechts über die Registrierung und Kontrolle von Ausländern.

(4) Mitglieder der Streitkräfte erwerben kein Recht auf ständigen Aufenthalt oder Wohnsitz im Bundesgebiet. Verliert ein Mitglied der Streitkräfte diese seine Eigenschaft im Sinne des Artikels 1 dieses Vertrages, verbleibt es aber im Bundesgebiet, so haben die zuständigen Behörden der Streitkräfte dies den deutschen Behörden unverzüglich mitzuteilen. Auf eine solche Person sind die allgemeinen ausländerpolizeilichen Vorschriften anzuwenden.

Artikel 26
Ein- und Ausreise

Die deutschen Behörden arbeiten im Rahmen der Bestimmungen des Grundgesetzes und im Rahmen der internationalen Abkommen über den Reiseverkehr mit den Behörden der Drei

number and, unless the holder is in uniform, a photograph.

2. Dependants shall be designated as such in their identity documents.

3. Members of the Forces shall give proof of their identity upon the request of the competent German authorities.

4. Subject to the provisons of Article 25 of the present Convention, identity documents furnished in accordance with paragraph 1 of this Article shall constitute conclusive proof of identity.

5. When members of the Forces are travelling in groups under orders and military command, their uniforms shall be conclusive proof of identity.

6. When necessary, certification by the appropriate authorities of the Power concerned that a person is a member of the Forces within the definition of Article 1 of the present Convention shall be conclusive proof thereof.

Article 25
Frontier and Alien Control

1. Members of the Forces, other than dependants, who properly identify themselves in accordance with Article 24 of the present Convention, shall be entitled to unrestricted entry into, and exit from, the Federal territory. Dependants shall be entitled to such entry and exit upon producing a valid passport indicating their status as such.

2. The authorities of the Power concerned may, at frontier points specified by them, participate in the control of travel documents of members of the Forces.

3. Members of the Forces shall not be subject to German legislation concerning the registration and control of aliens.

4. Members of the Forces shall not acquire the right to permanent residence or domicile in the Federal territory. If a person ceases to be a member of the Forces but remains in the Federal territory, the appropriate authorities of the Forces shall notify the German authorities as soon as possible. The general police provisions concerning aliens shall apply to such persons.

Article 26
Entry and Exit

The German authorities shall cooperate with the authorities of the Three Powers, within the scope of the Basic Law and international agreements on travel, in preventing the

d'ordre et comportant, à moins que le titulaire ne soit en uniforme, une photographie.

2. — Les membres des familles sont désignés comme tels sur leurs pièces d'identité.

3. — Les membres des Forces justifieront de leur identité à la demande des autorités allemandes compétentes.

4. — Sous réserve des dispositions de l'Article 25 de la présente Convention, les pièces d'identité délivrées conformément au paragraphe 1 du présent Article constituent une preuve décisive de l'identité.

5. — Lorsque les membres des Forces voyagent en groupe sur ordre et sous commandement militaire, l'uniforme qu'ils portent constitue la preuve décisive de leur identité.

6. — En cas de nécessité, un certificat, délivré par les autorités compétentes de la Puissance intéressée et attestant qu'une personne a la qualité de membre des Forces au sens de la définition de l'Article 1 de la présente Convention, constitue une preuve décisive de cette qualité.

Article 25
Contrôle des Frontières et des Étrangers

1. — Les membres des Forces, autres que les membres des familles, qui justifient régulièrement de leur identité, conformément aux dispositions de l'Article 24 de la présente Convention ont le droit d'entrer librement sur le territoire fédéral et d'en sortir de même. Les membres des familles ont le droit d'entrer sur le territoire fédéral et d'en sortir en produisant un passeport valable indiquant leur qualité de membres des familles.

2. — Les autorités de la Puissance intéressée peuvent participer, aux postes frontaliers déterminés par elles, au contrôle des titres de circulation des membres des Forces.

3. — Les membres des Forces ne sont pas soumis à la législation allemande relative à l'enregistrement et au contrôle des étrangers.

4. — Les membres des Forces n'acquièrent pas le droit de résider de façon permanente ou d'être domiciliés sur le territoire fédéral. Si une personne cesse d'être membre des Forces, mais continue à résider sur le territoire fédéral, les autorités compétentes des Forces en avertissent aussitôt que possible les autorités allemandes. Les dispositions générales en matière de police concernant les étrangers s'appliquent à ces personnes.

Article 26
Entrée et Sortie

Les autorités allemandes coopèrent avec les autorités des Trois Puissances, dans le cadre de la Loi Fondamentale et des accords internationaux en matière de circulation, en vue

Mächte zusammen, um zu verhindern, daß Personen in das Bundesgebiet einreisen oder von dort ausreisen, deren Einreise oder Ausreise von den Behörden einer oder mehrerer der Drei Mächte als der Sicherheit der Streitkräfte abträglich erachtet wird. Unter der Sicherheit der Bundesrepublik im Sinne der deutschen Bestimmungen über Einreise in das Bundesgebiet und Ausreise aus demselben ist auch die Sicherheit der Streitkräfte zu verstehen.

Artikel 27
Auslieferung

(1) Über Ersuchen um Auslieferung von Mitgliedern der Streitkräfte entscheidet die beteiligte Macht.

(2) Die deutschen Behörden teilen den zuständigen Behörden der Drei Mächte schriftlich mit, wenn sie ein Auslieferungsersuchen von einer anderen Regierung als derjenigen einer der Drei Mächte erhalten, es sei denn, daß eine solche Auslieferung nach deutschem Recht unzulässig ist.

(3) Innerhalb von einundzwanzig Tagen nach dem Eingang der Mitteilung gemäß Absatz (2) dieses Artikels können die Behörden einer oder mehrerer der Drei Mächte den deutschen Behörden mitteilen, daß sie aus Sicherheitsgründen Einwendungen gegen die Auslieferung erheben.

(4) Beabsichtigen die deutschen Behörden dennoch, die Auslieferung zu bewilligen, so wird die Sache zur Entscheidung über die Berechtigung der auf Grund von Absatz (3) dieses Artikels erhobenen Einwendungen einem Schiedsrichter unterbreitet, der nicht die Staatsangehörigkeit einer der Parteien des Streitfalles oder des ersuchenden Staates besitzt und von dem Präsidenten oder einem Vizepräsidenten des im Artikel 9 des Vertrages über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten bezeichneten Schiedsgerichts ernannt wird. Seine Entscheidung ist für alle Parteien verbindlich und unanfechtbar.

(5) Bis zum Ablauf der in Absatz (3) dieses Artikels genannten Frist von einundzwanzig Tagen und bis zur Entscheidung des Streitfalles durch den Schiedsrichter führen die deutschen Behörden ohne Zustimmung der Behörden der die Einwendungen erhebenden Macht oder Mächte die Auslieferung nicht durch.

Artikel 28
Aufenthaltsrecht im Bundesgebiet

(1) Die beteiligte Macht hat das alleinige Recht, Mitglieder der Streitkräfte aus dem Bundesgebiet zu entfernen.

(2) Sind die Behörden der Drei Mächte der Auffassung, daß der Aufenthalt einer Person im Bundesgebiet ihre Sicherheit gefährdet, so können sie den deutschen Behörden die nach dem Grundgesetz zulässigen Maßnahmen hinsichtlich des Aufenthaltes dieser Person empfehlen.

entry into, or the exit from, the Federal territory of persons whose entry or departure is regarded by the authorities of any one or more of the Three Powers as prejudicial to the security of the Forces. For the purposes of German laws and regulations respecting entry into, and exit from, the Federal territory, the security of the Federal Republic shall be deemed to include the security of the Forces.

Article 27
Extradition

1. The Power concerned shall decide on requests for extradition of members of the Forces.

2. The German authorities shall give written notification to the appropriate authorities of the Three Powers when they receive a request for extradition from a Government other than that of one of the Three Powers, unless such extradition is prohibited by German law.

3. Within twenty-one days after receipt of notification under paragraph 2 of this Article, the authorities of any one or more of the Three Powers may notify the German authorities of their objection to such extradition on grounds of security.

4. If the German authorities nevertheless intend to grant such extradition, the matter shall be submitted for decision concerning the justification for the objections made under paragraph 3 of this Article to an arbitrator, who shall not be of the nationality of any of the parties to the disagreement or the extradition request and shall be appointed by the President or a Vice-President of the Arbitration Tribunal referred to in Article 9 of the Convention on Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Germany. His decision shall be binding on all parties and shall not be subject to review.

5. Until the period of twenty-one days under paragraph 3 of this Article has expired and until the disagreement has been decided by the arbitrator, the German authorities shall not carry out the extradition without the consent of the authorities of the objecting Power or Powers.

Article 28
Right of Presence in the Federal Territory

1. The Power concerned shall have the exclusive right to remove members of the Forces from the Federal territory.

2. If the authorities of the Three Powers are of the opinion that the presence of a person in the Federal territory endangers their security, they may recommend that the German authorities take in respect of his presence such measures as are permitted by the Basic Law.

d'empêcher l'entrée sur le territoire fédéral ou la sortie de ce territoire, des personnes dont l'entrée ou le départ sont considérés par les autorités de l'une ou de plus d'une des Trois Puissances comme étant de nature à porter atteinte à la sécurité des Forces. Au sens des lois et des règlements allemands concernant le contrôle de l'entrée et de la sortie du territoire fédéral, la sécurité de la République Fédérale sera interprétée comme comprenant la sécurité des Forces.

Article 27
Extradition

1. — La Puissance intéressée statue sur toute demande d'extradition de membres des Forces.

2. — Les autorités allemandes avertissent par écrit les autorités compétentes des Trois Puissances de la réception d'une demande d'extradition émanant d'un Gouvernement autre que celui de l'une des Trois Puissances, à moins que l'extradition ne soit interdite par le droit allemand.

3. — Dans les vingt et un jours qui suivront la réception de la notification visée au paragraphe 2 du présent Article, les autorités de l'une ou de plus d'une des Trois Puissances peuvent faire part aux autorités allemandes de leurs objections à l'extradition pour des raisons de sécurité.

4. — Si les autorités allemandes désirent néanmoins accorder cette extradition, le cas est soumis à un arbitre qui décide de la valeur des objections présentées en application du paragraphe 3 du présent Article. L'arbitre ne doit être de la nationalité ni de l'une des parties en cause ni de l'État qui demande l'extradition et il est désigné par le Président ou l'un des Vice-Présidents du Tribunal d'Arbitrage visé à l'Article 9 de la Convention sur les Relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale d'Allemagne. Cette décision liera toutes les parties et ne pourra faire l'objet d'aucun recours.

5. — En attendant l'expiration du délai de vingt et un jours, prévu au paragraphe 3 du présent Article, et jusqu'à ce que l'arbitre ait statué en la cause, les autorités allemandes n'opéreront pas l'extradition sans le consentement des autorités de la Puissance ou des Puissances qui ont présenté des objections.

Article 28
Droit de séjour sur le territoire fédéral

1. — La Puissance intéressée a le droit exclusif d'éloigner des membres des Forces du territoire fédéral.

2. — Si les autorités des Trois Puissances estiment que la présence d'une personne sur le territoire fédéral porte atteinte à leur sécurité, elles peuvent recommander aux autorités allemandes de prendre toutes mesures autorisées par la Loi Fondamentale en ce qui concerne sa présence sur ce territoire.

Artikel 29
Tragen von Waffen

(1) Die Behörden der Streitkräfte haben das Recht, die Voraussetzungen zu regeln, unter denen Personen, die bei den Streitkräften beschäftigt sind, innerhalb von Anlagen oder soweit ihr Dienst das Tragen von Waffen erfordert, Waffen besitzen und gebrauchen dürfen. Die Bestimmungen über den Waffengebrauch werden sich im Rahmen des deutschen Notwehrrechts halten.

(2) Die in Absatz (1) dieses Artikels bezeichneten Personen müssen im Besitz eines von den Behörden der Streitkräfte ausgestellten Waffenscheins sein. Waffenscheine dürfen nur für Personen ausgestellt werden, gegen deren Zuverlässigkeit keine begründeten Bedenken bestehen. Als Waffenschein gilt auch ein Dienstausweis, der mit einer entsprechenden Eintragung versehen ist.

Artikel 30
Gesundheitswesen

(1) Die deutschen Behörden und die Behörden der Streitkräfte arbeiten in Fragen des Gesundheitswesens und der sanitären Maßnahmen in vollem Umfange zusammen, insbesondere im Hinblick auf die Kontrolle ansteckender Krankheiten; die Zusammenarbeit erstreckt sich auch auf den Austausch von Informationen und statistischem Material.

(2) Auf Antrag der Behörden der Streitkräfte treffen die deutschen Behörden in der Umgebung von Anlagen der Streitkräfte diejenigen gesundheitlichen und sanitären Maßnahmen, die zum Schutz der Gesundheit der Streitkräfte erforderlich sind. Sind die deutschen Behörden nicht in der Lage, hinsichtlich der Müllabfuhr, der Ungezieferbekämpfung oder der Wasserreinigung in Gebieten außerhalb von Städten angemessene Maßnahmen zur Erfüllung der militärischen Erfordernisse zu treffen, so können die Streitkräfte selbst diese Maßnahmen ergreifen. In Städten, in denen Streitkräfte stationiert sind, treffen die städtischen Behörden und die Behörden der Streitkräfte Vereinbarungen über die Normen für die Wasserreinigung, um eine von Ansteckungskeimen freie Wasserversorgung der Streitkräfte sicherzustellen.

Artikel 31
Todesfälle und Bestattungswesen

(1) Vorbehaltlich der Bestimmungen eines besonderen Abkommens sind die Behörden der Streitkräfte berechtigt, Friedhöfe anzulegen und zu unterhalten sowie unter Beachtung angemessener, von ihnen selbst zu bestimmender hygienischer Vorschriften Maßnahmen für die Bestattung, Exhumierung und Überführung von Leichen von Mitgliedern der Streitkräfte zu treffen.

Article 29
Bearing of Arms

1. The authorities of the Forces shall have the right to prescribe the conditions under which persons employed in the service of the Forces may bear and use arms within an installation or so far as their duties necessitate the bearing of arms. The regulations about the use of arms shall conform to the German law on "self-defence" (Notwehr).

2. The persons referred to in paragraph 1 of this Article must be in possession of a firearms certificate issued by the authorities of the Forces. Firearms certificates may be issued only to persons against whose reliability there are no valid objections. A suitably endorsed identity card shall also be considered a firearms certificate.

Article 30
Health and Sanitation

1. The authorities of the Forces and the German authorities shall extend to each other the fullest co-operation in matters concerning health and sanitation, particularly with respect to the control of communicable diseases; such co-operation shall extend to the exchange of information and statistics.

2. In the vicinity of installations of the Forces the German authorities shall, at the request of the authorities of the Forces, take such health and sanitation measures as are necessary to protect the health of the Forces. When the German authorities are not in a position to take action adequate to meet military requirements with respect to the disposal of waste, insect and rodent control, or water purification in areas outside cities, the Forces may themselves take such measures. Standards for the purification of water in cities where Forces are stationed will be agreed upon by the authorities of the Forces and the municipal authorities to guarantee a water supply free from contamination to the Forces.

Article 31
Deaths and Burials

1. Subject to the provisions of any special agreement, the authorities of the Forces shall have the right to establish and maintain cemeteries and to arrange for burial, disinterment and movement of the bodies of members of the Forces in compliance with adequate hygienic regulations to be determined by themselves.

Article 29
Port d'armes

1. — Les autorités des Forces ont le droit de déterminer les conditions en vertu desquelles les personnes employées par les Forces peuvent porter ou utiliser des armes à l'intérieur d'une installation ainsi que la mesure dans laquelle les fonctions desdites personnes nécessitent le port d'arme. Les règlements concernant l'usage des armes doivent être conformes au droit allemand en matière de légitime défense (Notwehr).

2. — Les personnes visées au paragraphe 1 du présent Article doivent être munies d'un permis de port d'armes à feu, délivré par les autorités des Forces. Les permis de port d'armes à feu ne peuvent être délivrés qu'aux personnes dont l'honorabilité ne saurait être sérieusement mise en doute. Une carte d'identité annotée d'une manière appropriée peut tenir également lieu de permis de port d'armes à feu.

Article 30
Santé et hygiène

1. — Les autorités des Forces et les autorités allemandes se prêtent une assistance mutuelle totale en matière d'hygiène et de santé, particulièrement en ce qui concerne la lutte contre les maladies contagieuses, y compris l'échange de renseignements et de statistiques.

2. — Dans le voisinage des installations des Forces, des autorités allemandes prendront, à la demande des autorités des Forces, toutes mesures d'ordre hygiénique et sanitaire nécessaires à la protection de la santé des Forces. Lorsque les autorités allemandes ne sont pas à même de prendre les mesures adéquates pour faire face aux besoins militaires en ce qui concerne l'enlèvement des ordures, la lutte contre les insectes et les rongeurs, la désinfection des eaux dans les secteurs situés en dehors des villes, les Forces peuvent prendre elles-mêmes de telles mesures. Les normes pour la désinfection des eaux dans les villes où sont stationnés les membres des Forces seront fixées par accord entre les autorités municipales et les autorités des Forces en vue de garantir aux Forces un ravitaillement en eau ne présentant aucun danger de contamination.

Article 31
Décès et inhumation des membres des Forces

1. — Les autorités de la Puissance intéressée peuvent prendre en charge le corps d'un membre de Forces, décédé sur le territoire fédéral, et en disposer; elles peuvent également disposer des effets personnels de celui-ci, après extinction de ses dettes nées en territoire fédéral et dues à des personnes non membres des Forces. Ces dispositions ne s'appliquent pas lorsque la personne décédée résidait habituellement sur le territoire fédéral.

(2) Die Behörden der beteiligten Macht können den Leichnam eines im Bundesgebiet verstorbenen Mitglieds der Streitkräfte in ihre Obhut nehmen und darüber verfügen; sie können ferner über seine persönliche Habe verfügen, nachdem die im Bundesgebiet entstandenen Schulden des Verstorbenen gegenüber Personen, die nicht Mitglieder der Streitkräfte sind, geregelt worden sind. Dies gilt nicht, wenn der Verstorbene seinen gewöhnlichen Aufenthalt in dem Bundesgebiet hatte.

2. The authorities of the Power concerned may take charge and dispose of the body of a member of the Forces who dies in the Federal territory, and may dispose of his personal property after the debts of the deceased person incurred in the Federal territory and owing to persons not members of the Forces have been settled. This provision shall not apply if the deceased person was ordinarily resident in the Federal territory.

2. — Sous réserve des dispositions de tout accord particulier, les autorités des Forces ont le droit d'établir et d'entretenir des cimetières et de prendre des dispositions pour l'inhumation, l'exhumation et le déplacement des corps des membres des Forces, conformément aux règlements appropriés d'hygiène qu'elles édicteront.

Artikel 32

Devisenverkehr

(1) Die Behörden der beteiligten Macht sind berechtigt, Zahlungsmittel nicht-deutscher Währung sowie Zahlungsanweisungen oder Militärgutscheine, die auf die Währung einer beteiligten Macht lauten, einzuführen, auszuführen, zu besitzen und unter Beachtung der Bestimmungen von Absatz (2) dieses Artikels an die Mitglieder der Streitkräfte auszugeben.

(2) Die Behörden der beteiligten Macht können ihre Mitglieder mit Zahlungsanweisungen und Militärgutscheinen, die auf die Währung der beteiligten Macht lauten, oder in deutscher Währung oder in der Währung ihres Landes bezahlen; sie führen jedoch ein System der Bezahlung in der Währung ihres Landes nur im Benehmen mit der Bundesregierung ein.

(3) Um eine Gefährdung der deutschen devisenwirtschaftlichen Interessen zu vermeiden, treffen die Behörden der beteiligten Macht im Zusammenwirken mit der Bundesregierung geeignete Maßnahmen gegen einen Mißbrauch der Bestimmungen von Absatz (1) und (2) dieses Artikels.

(4) Die Mitglieder der Streitkräfte unterliegen so lange nicht der deutschen Devisengesetzgebung, als die Behörden der Streitkräfte im Zusammenwirken mit den deutschen Behörden und in Anlehnung an das jeweils geltende deutsche Devisenrecht geeignete Maßnahmen zur Wahrung der deutschen devisenwirtschaftlichen Interessen ergreifen.

Article 32

Foreign Currency

1. The authorities of the Power concerned shall have the right to import, export, possess and, subject to the provisions of paragraph 2 of this Article, distribute to the members of the Forces any non-German currency or instruments or scrip expressed in the currency of the Power concerned.

2. The authorities of the Power concerned may pay their members in instruments or scrip expressed in the currencies of the Power concerned, or in German currency, or in their own national currency; provided that they shall introduce a system of payment in their own national currency only after consultation with the Federal Government.

3. In order to avoid endangering German foreign exchange interests, the authorities of the Power concerned, in co-operation with the Federal Government, shall take appropriate measures against any abuse of the provisions of paragraphs 1 and 2 of this Article.

4. The members of the Forces shall not be subject to German foreign exchange legislation, provided that the authorities of the Forces in cooperation with the German authorities take appropriate measures, on the basis of the German foreign exchange legislation currently in force, to safeguard German foreign exchange interests.

Article 32

Monnaies étrangères

1. — Les autorités de la Puissance intéressée ont le droit d'importer, d'exporter, de posséder et, sous réserve des dispositions du paragraphe 2 du présent Article, de distribuer aux membres des Forces toutes monnaies non allemandes ou tous instruments ou monnaies militaires exprimés dans la monnaie de l'une des Trois Puissances.

2. — Les autorités de la Puissance intéressée peuvent payer leurs membres à l'aide d'ordres de paiement ou de bons militaires libellés dans la monnaie de la Puissance intéressée ou en monnaie allemande ou dans leur propre monnaie nationale; un tel système de paiement en monnaie nationale ne peut cependant être introduit qu'après consultation du Gouvernement Fédéral.

3. — En vue de sauvegarder les intérêts allemands en matière de contrôle des changes, les autorités de la Puissance intéressée prennent, en collaboration avec le Gouvernement Fédéral, les mesures nécessaires pour éviter tout abus dans l'application des dispositions du présent Article.

4. — Les membres des Forces ne sont pas soumis à la législation allemande en matière de changes, pour autant que les autorités des Forces prennent, en coopération avec les autorités allemandes et en se basant sur la législation allemande en matière de changes en vigueur à l'époque, les mesures nécessaires pour sauvegarder les intérêts allemands en matière de changes.

Artikel 33

Steuern

(1) (a) Waren, die einer Verbrauchsteuer unterliegen, sind von der Verbrauchsteuer befreit, wenn sie von den Streitkräften unmittelbar aus einem inländischen Herstellungsbetrieb bezogen werden. Das gilt nicht für die Verbrauchsteuern auf Tabak, Kaffee, Tee, Zucker, Branntwein, Schaumwein und Benzin sowie für die zur Förderung des Bergarbeiterwohnungsbaues erhobene Abgabe von der Kohle. Die Steuerbefreiung gilt nur für Einkäufe durch die amtlichen Beschaffungsstellen der Streitkräfte zum Gebrauch oder Verbrauch durch die Streitkräfte oder ihre Mitglieder.

Article 33

Taxation

1. (a) Goods which are subject to excise tax shall be exempt from the tax if they are procured by the Forces directly from a German manufacturer. This shall not apply to the excise taxes on tobacco, coffee, tea, sugar, alcohol, sparkling wines and gasoline, nor to the levy imposed on coal to subsidize coal miners' housing. The exemption shall apply only if the goods are procured by the official procurement agencies of the Forces for the use of, or consumption by, the Forces or their members.

Article 33

Impôts

1. — (a) Les marchandises soumises à l'impôt de consommation sont exemptées de cet impôt lorsqu'elles sont acquises par les Forces directement d'une entreprise productrice allemande. Cette disposition n'est pas applicable aux impôts de consommation sur le tabac, le café, le thé, le sucre, les eaux-de-vie, les vins mousseux et l'essence, ni à la taxe prélevée sur le charbon pour subventionner la construction de logements de mineurs. L'exemption fiscale ne s'applique qu'aux marchandises acquises par les services d'achat officiels des Forces, pour être utilisées ou consommées par les Forces ou leurs membres.

(b) Die Streitkräfte stellen bei jedem Bezug verbrauchsteuerbarer Waren, für die Steuerbefreiung gemäß Unterabsatz (a) dieses Absatzes beansprucht wird, eine Bescheinigung aus, in der bestätigt wird, daß die Waren, die nach Gattung und Menge genau zu bezeichnen sind, ausschließlich für den Gebrauch oder Verbrauch durch die Streitkräfte oder ihre Mitglieder bestimmt sind.

(c) Die Regelung der Verbrauchsteuer auf Bier bleibt einem besonderen Abkommen vorbehalten.

(2) (a) Lieferungen und sonstige Leistungen an die Streitkräfte, die von einer amtlichen Beschaffungsstelle der Streitkräfte in Auftrag gegeben worden sind, sind von der Umsatzsteuer befreit, vorausgesetzt, daß sich die Lieferung oder die sonstige Leistung auf Gegenstände bezieht, die für den Gebrauch oder den Verbrauch durch die Streitkräfte oder ihre Mitglieder bestimmt sind. Der Unternehmer ist verpflichtet, bei Berechnung des Entgelts für die Lieferung oder sonstige Leistung die Umsatzsteuer außer Ansatz zu lassen.

(b) Wird bei Lieferungen der in Unterabsatz (a) dieses Absatzes genannten Art das Entgelt in der Währung der beteiligten Macht entrichtet, so hat der Lieferer neben der Befreiung nach Unterabsatz (a) dieses Absatzes auf Antrag Anspruch auf Vergütung der Umsatzsteuervorbelastung in Höhe der Ausfuhrvergütung nach § 16 Absatz (2) des Umsatzsteuergesetzes in der Fassung vom 1. September 1951. Die Vergütung ist vom Entgelt für die Lieferungen abzusetzen.

(c) Wird die Befreiung von der Steuer gemäß Unterabsatz (a) oder die Vergütung gemäß Unterabsatz (b) dieses Absatzes in Anspruch genommen, so bescheinigt die amtliche Beschaffungsstelle der Streitkräfte dem Lieferer, daß der Gegenstand der Lieferung oder sonstigen Leistung ausschließlich für den Gebrauch oder Verbrauch der Streitkräfte oder ihrer Mitglieder bestimmt ist.

(d) Lieferungen an die Streitkräfte gelten als Lieferungen im Großhandel.

(3) (a) Die steuerliche Behandlung der Streitkräfte und ihrer Mitglieder bleibt, soweit eine Regelung in diesem Vertrage nicht getroffen wird, einem besonderen Abkommen vorbehalten.

(b) Die Bundesregierung übernimmt es, alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, um sicherzustellen, daß bis zum Inkrafttreten des in Unterabsatz (a) dieses Absatzes vorgesehenen besonderen Abkommens die Streitkräfte und ihre Mitglieder

(b) When procuring excisable goods on which exemption is claimed in accordance with subparagraph (a) of this paragraph, the Forces shall certify that the goods, which shall be described exactly as to type and quantity, are intended for the exclusive use of, or consumption by, the Forces or their members.

(c) The treatment of the excise tax on beer shall be dealt with in a Special Agreement.

2. (a) Goods delivered to, and services for, the Forces which are procured by official procurement agencies of the Forces shall be exempt from the turnover tax, provided that such goods or services are for the use of, or consumption by, the Forces or their members. Suppliers shall exclude the turnover tax in the calculation of the price of such goods or services.

(b) Where, in the case auf goods and services referred to in subparagraph (a) of this paragraph, payment is made in the currency of the Power concerned, the supplier shall, on application, be entitled to a refund of the turnover tax already paid on the goods to the extent of the export refund under paragraph 16 (2) of the Turnover Tax Law, in the version of 1 September 1951, as well as to the exemption accorded in subparagraph (a). Such refund shall be deducted from the price of the goods or services.

(c) Where the exemption from, or refund of, the turnover tax is claimed under subparagraph (a) or (b) of this paragraph, the official procurement agency of the Forces shall certify to the seller that the goods or the service is for the exclusive use of, or consumption by, the Forces or their members.

(d) Deliveries to the Forces shall be deemed to be wholesale deliveries.

3. (a) The tax treatment of the Forces and their members shall be dealt with in a Special Agreement to the extent that provision is not made in the present Convention.

(b) The Federal Government undertakes to take all necessary measures to ensure that, until the Special Agreement referred to in subparagraph (a) of this paragraph enters into force, the Forces and their members shall be protected

(b) Lors de chaque achat de marchandises assujetties à l'impôt de consommation, dont l'exemption fiscale est demandée conformément à l'alinéa (a) du présent paragraphe, les Forces délivreront une attestation certifiant que ces marchandises, dont la nature et la quantité devront être spécifiées exactement, sont exclusivement destinées à être utilisées ou consommées par les Forces ou leurs membres.

(c) La réglementation relative à l'impôt de consommation sur la bière reste réservée à un accord particulier.

2. — (a) Toutes fournitures et autres prestations au profit des Forces, commandées par un service d'achat officiel des Forces, sont exemptées de l'impôt sur le chiffre d'affaires, à condition que ces fournitures ou autres prestations concernent des objets destinés à être utilisés ou consommés par les Forces ou leurs membres. L'entrepreneur est tenu de ne pas inclure l'impôt sur le chiffre d'affaires dans le calcul du prix de la fourniture ou prestation.

(b) Si, pour les fournitures prévues à l'alinéa (a) du présent paragraphe le prix est acquitté dans la monnaie de la Puissance intéressée, le fournisseur a le droit de demander, en plus de l'exonération prévue à l'alinéa (a) du présent paragraphe, le remboursement des sommes antérieurement prélevées au titre de l'impôt sur le chiffre d'affaires et ce, à concurrence de l'indemnité d'exportation prévue à l'alinéa 2 de l'Article 16 de la Loi relative à l'impôt sur le chiffre d'affaires dans la teneur du 1er septembre 1951. Les sommes remboursées sont à défalquer du prix de la fourniture ou prestation.

(c) Lorsque l'exemption ou le remboursement de l'impôt sur le chiffre d'affaires est demandé en vertu des alinéas (a) du présent paragraphe pour l'exemption ou de l'alinéa (b) pour le remboursement, le service d'achat officiel des Forces est tenu de certifier au fournisseur que la fourniture ou autre prestation est destinée à l'usage exclusif ou à la consommation des Forces et de leurs membres.

(d) Toute fourniture effectuée au profit des Forces est à considérer comme fourniture du commerce en gros.

3. — (a) Dans la mesure où la présente Convention ne prévoit pas de réglementation à cet effet, le régime fiscal des Forces et de leurs membres demeure réservé à un accord particulier.

(b) Le Gouvernement Fédéral s'engage à prendre toutes mesures nécessaires en vue de garantir que jusqu'à l'entrée en vigueur de l'accord visé à l'alinéa (a) du présent paragraphe, les Forces et leurs membres ne soient pas exposés à

davor bewahrt werden, diejenigen Steuern zu tragen, für die in dem Abkommen, falls es in Kraft treten würde, Befreiung vorgesehen wäre.

Artikel 34

Zollrechtliche Behandlung der Streitkräfte

(1) Nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Vertrages und jedes anderen Abkommens zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten oder einer von ihnen sind die Streitkräfte grundsätzlich von der deutschen Zollgesetzgebung und -kontrolle und von den deutschen Bestimmungen befreit, die für das Verbringen von Sachen in das oder aus dem Bundesgebiet gelten.

(2) Die Streitkräfte dürfen die in ihrem Eigentum stehenden oder für ihren eigenen Gebrauch oder den ihrer Mitglieder bestimmten Sachen frei von Zöllen und sonstigen Bundesabgaben und von Beschränkungen und Verboten in das oder aus dem Bundesgebiet verbringen. Die von den Streitkräften im Bundesgebiet gegen Zahlung in der Währung ihres Heimatlandes erworbenen Waren werden im Sinne dieses Artikels als aus dem Bundesgebiet ausgeführt und durch die Streitkräfte eingeführt behandelt. Die Streitkräfte befolgen die deutschen Bestimmungen zum Schutze der Gesundheit von Menschen, Tieren und Pflanzen.

(3) Die Streitkräfte erteilen amtliche Bescheinigungen für ihre Ein- und Ausfuhren. Die Form dieser Bescheinigungen wird im Benehmen mit der Bundesregierung festgelegt.

(4) Sendungen der Streitkräfte, die mit ihren dienstlichen Transportmitteln befördert werden, unterliegen der Zollkontrolle durch die Behörden der Streitkräfte. Diese stellen die Durchführung und die Wirksamkeit dieser Kontrolle sicher und gewährleisten die sichere Ankunft dieser Sendungen bei der Bestimmungsstelle. Die Behörden der Streitkräfte unterrichten die deutschen Zollbehörden über die zur Durchführung der Bestimmungen dieses Absatzes getroffenen Maßnahmen.

(5) Sendungen der Streitkräfte, die auf andere Weise als mit ihren dienstlichen Transportmitteln befördert werden, unterliegen der normalen deutschen Zollabfertigung, sollen jedoch hierdurch nicht verzögert werden. Sendungen, die von den Behörden der Streitkräfte oder einer Zollverwaltung versiegelt worden sind, unterliegen jedoch nicht der inneren Beschau, wohl aber können die deutschen Zollbediensteten diese Verschlüsse prüfen und erforderlichenfalls durch deutsche Zollverschlüsse ergänzen. Unstimmigkeiten, die bei diesen Kontrollen festgestellt werden, werden den Behörden der Streitkräfte mitgeteilt.

from suffering taxes for which exemption would be provided in that Agreement if it were to enter into force.

Article 34

Customs Treatment of the Forces

1. Subject to the provisions of the present Convention and of any other agreement between the Federal Republic and the Three Powers or any one of them, the Forces shall in principle be exempt from German customs legislation and control and German regulations governing the movement of property into or out of the Federal territory.

2. The Forces may bring into, and take out of, the Federal territory their property and property intended for their use or that of their members, without payment of any duties or other Federal taxes, and without restrictions or prohibitions. Goods purchased in the Federal territory by the forces against payment in the currency of their country shall, for the purposes of this Article, be treated as exported from the Federal territory and imported by the Forces. The Forces shall observe German regulations designed to preserve the health of humans, animals and plants.

3. The Forces shall issue official certificates of authorization in respect of their imports and exports. The form of these certificates shall be established in consultation with the Federal Government.

4. Consignments of the Forces carried in their official transport shall be subject to customs control by the authorities of the Forces. The latter shall ensure the enforcement and adequacy of such control and the safe arrival of these consignments at destination. The authorities of the Forces shall inform the German customs authorities of the measures taken to implement the provisions of this paragraph.

5. Consignments of the Forces carried in transport other than their official transport shall be subject to normal German customs control but shall not be delayed thereby. However, consignments sealed by the authorities of the Forces or a customs administration shall be exempt from internal examination; this provision shall not be deemed to prevent German customs officials from examining the seals and, if necessary, adding German seals. Discrepancies discovered as a result of these controls shall be notified to the authorities of the Forces.

supporter les impôts dont l'exonération serait prévue dans cet accord s'il entrait en vigueur.

Article 34

Traitement douanier des Forces

1. — Sous réserve des dispositions de la présente Convention et de tout accord entre la République Fédérale et les Trois Puissances ou l'une d'entre elles les Forces ne sont pas soumises, en principe, à la législation et au contrôle douaniers allemands, ni aux règlements allemands régissant les mouvements de biens à l'entrée sur le territoire fédéral ou à la sortie de celui-ci.

2. — Les Forces peuvent faire entrer sur le territoire fédéral ou en faire sortir leurs biens et les biens destinés à leur usage et à celui de leurs membres sans paiement de droits ou autres taxes fédérales et sans restrictions ou interdictions. Les biens achetés sur le territoire fédéral par les Forces contre paiement dans leur monnaie nationale sont traités, au sens du présent Article, comme s'ils étaient exportés du territoire fédéral et importés par les Forces. Elles observeront les règlements allemands pour la protection sanitaire, humaine, animale et végétale.

3. — Les Forces émettent des certificats officiels d'autorisation pour ces importations et exportations. La forme de ces certificats sera établie en consultation avec le Gouvernement Fédéral.

4. — Les expéditions des Forces effectuées par leurs moyens de transports officiels sont soumises au contrôle douanier des autorités des Forces. Ces dernières assurent l'exercice régulier de ce contrôle, l'efficacité des mesures prises pour ce contrôle et garantissent l'arrivée régulière de ces expéditions à destination. Les autorités des Forces informent l'administration douanière allemande des mesures prises pour l'application des dispositions du présent paragraphe.

5. — Les expéditions pour les Forces, faites par d'autres voies que leurs moyens de transports officiels, sont soumises aux contrôles normaux allemands en matière de douane, mais ne doivent subir aucun retard de ce fait. Cependant, les chargements scellés par les Forces ou par une administration douanière sont exemptés de visite intérieure, étant entendu que cette disposition ne s'oppose pas à ce que les douaniers allemands examinent les scellements et les complètent par des scellements allemands si cela s'avère nécessaire. Toutes les irrégularités découvertes à l'occasion de ces contrôles sont portées à la connaissance des autorités des Forces.

(6) Zusätzlich zu den in Artikel 35 dieses Vertrages enthaltenen Befreiungen sind amtliche Kuriere der Streitkräfte hinsichtlich ihres Kuriergepäcks von der Kontrolle durch die deutschen Zollbehörden befreit. Es wird ihnen eine bevorzugte Behandlung gewährt, um sicherzustellen, daß sie nicht aufgehalten werden.

(7) Militärische Einheiten, die dienstlich auf Grund eines Befehls die Grenzen des Bundesgebietes überschreiten, sind von der Kontrolle durch die deutschen Zollbehörden befreit, wenn der verantwortliche Führer schriftlich erklärt, daß alle praktisch möglichen Maßnahmen getroffen sind, um sicherzustellen, daß weder die Einheit noch deren Mitglieder Waren im Widerspruch zu den Bestimmungen dieses Artikels oder des Artikels 35 dieses Vertrages mit sich führen. Soweit es durchführbar ist, werden Truppenbewegungen den deutschen Zollbehörden von den Behörden der Streitkräfte vorher mitgeteilt. Diese Bestimmungen gelten nicht für Grenzüberschreitungen während militärischer Übungen oder Manöver.

(8) Ein- und Ausfuhren von Waren in Luftfahrzeugen, die den Streitkräften gehören oder von ihnen oder in ihrem Namen betrieben werden und auf einem Militärflugplatz landen oder starten, unterliegen der Zollkontrolle durch die Behörden der Streitkräfte. Falls ein solches Flugzeug auf einem Zivilflugplatz landet, unterliegt es der Zollkontrolle durch die Behörden der Streitkräfte; die deutschen Zollbehörden benachrichtigen unverzüglich die Behörden der Streitkräfte. Falls ein Handelsluftfahrzeug auf einem Militärflugplatz landen sollte, so wird die deutsche Zollverwaltung durch die Behörden der Streitkräfte benachrichtigt, die alle notwendigen Maßnahmen treffen, um sicherzustellen, daß die mit dem Luftfahrzeug beförderten Waren nicht in die deutsche Wirtschaft gelangen, bevor die deutschen Zollbehörden Gelegenheit zur Zollabfertigung hatten.

(9) Mit Ausnahme der in Absatz (11) des Artikels 39 dieses Vertrages angeführten Sachen können die Behörden der Streitkräfte im Bundesgebiet bewegliche Sachen der Streitkräfte veräußern. Sachen, die an einen nicht im Bundesgebiet ansässigen Erwerber zur Ausfuhr veräußert werden, unterliegen nicht den deutschen Ausfuhrbeschränkungen oder Ausfuhrabgaben. Die Bedingungen, unter denen die Veräußerung der in diesem Absatz genannten Sachen durchgeführt wird, werden zwischen den zuständigen deutschen Behörden und den zuständigen Behörden der Streitkräfte gegenseitig vereinbart.

Artikel 35

Zollrechtliche Behandlung der Mitglieder der Streitkräfte

(1) Nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Vertrages und jedes anderen einschlägigen Abkommens zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten oder einer von ihnen

6. Additionally to the exemptions contained in Article 35 official couriers of the Forces shall be exempt from control by German customs authorities with regard to their courier luggage. They shall be accorded preferential treatment to ensure that they are not delayed.

7. Military units moving operationally under orders across the frontiers of the Federal territory shall be exempt from control by German customs authorities; provided that the officer in charge declares in writing that all practicable measures have been taken to ensure that neither the unit nor the members thereof carry goods in contravention of the provisions of this Article or of Article 35 of the present Convention. If practicable, prior notification of troop movements shall be given to the appropriate German customs authorities by the authorities of the Forces. These provisions shall not apply to frontier crossings made during military exercises or manoeuvres.

8. Imports and exports of goods in aircraft owned or operated by the Forces or on their behalf which land at, or take off from, a military airfield shall be subject to customs control by the authorities of the Forces. If such aircraft land at a civil airfield, they shall be subject to customs control by the authorities of the Forces; the German customs authorities shall notify the authorities of the Forces without delay. If commercial aircraft land at a military airfield, the German customs administration shall be notified by the authorities of the Forces, which shall take all necessary measures to ensure that any goods carried shall not enter the German economy before the German customs authorities have had the opportunity to clear them.

9. With the exception of the property referred to in paragraph 11 of Article 39 of the present Convention, the authorities of the Forces may dispose of movable property of the Forces in the Federal territory. Property disposed of for export to a purchaser not resident in the Federal territory shall not be subject to German export restrictions or export duties. The conditions under which the property referred to in this paragraph is disposed of shall be the subject of mutual agreement between the appropriate authorities of the Forces and the appropriate German authorities.

Article 35

Customs Treatment of Members of the Forces

1. Subject to the provisions of the present Convention and of any other applicable agreement between the Federal Republic and the Three Powers or any one of them, members of the

6. — Outre les exemptions prévues à l'Article 35, les courriers officiels des Forces ne sont pas soumis au contrôle des autorités douanières allemandes en ce qui concerne leurs sacs de courrier. Ils bénéficieront d'un traitement préférentiel de manière à ce qu'ils ne subissent aucun retard.

7. — Les unités militaires se déplaçant sur ordre et traversant les frontières du territoire fédéral ne sont pas soumises au contrôle des autorités allemandes, si l'officier responsable déclare par écrit que toutes mesures utiles ont été prises pour s'assurer que ni l'unité, ni ses membres ne transportent des biens en violation des dipositions du présent Article ou de l'Article 35 de la présente Convention. Notification préalable des mouvements de troupes est donnée si possible aux autorités douanières allemandes par les autorités des Forces. Ces dispositions ne sont pas applicables aux franchissements de la frontière dans le cadre d'exercices militaires ou de manoeuvres.

8. — Les importations et exportations de biens par des aéronefs appartenant aux Forces ou dirigés par elles ou pour leur compte qui atterrissent sur un aérodrome militaire ou en décollent, sont soumises au contrôle douanier des autorités des Forces. Les aéronefs militaires atterrissant sur un aérodrome civil sont soumis au contrôle douanier des Forces et, dans ces cas d'atterrissage, les autorités douanières allemandes avertiront sans délai les autorités des Forces. Dans le cas d'atterrissage d'un aéronef commercial sur un aérodrome militaire, les autorités des Forces avertiront l'administration des douanes allemandes qui prendra toutes mesures utiles pour que les marchandises faisant partie du chargement ne puissent être versées dans l'économie allemande avant que les autorités douanières allemandes n'aient eu la possibilité de les contrôler.

9. — A l'exception des biens désignés au paragraphe 11 de l'Article 39 de la présente Convention, les autorités des Forces peuvent disposer, sur le territoire fédéral, des biens meubles appartenant aux Forces.

Les biens dont il est disposé pour l'exportation en faveur d'un acheteur qui ne réside pas sur le territoire fédéral ne sont pas soumis aux restrictions d'exportation ou droits d'exportation allemands.

Les conditions dans lesquelles la disposition des biens est réalisée feront l'objet d'un accord mutuel entre les autorités allemandes et les autorités des Forces.

Article 35

Traitement douanier des membres des Forces

1. — Sous réserve des dispositions de la présente Convention ou de tout autre accord entre la République Fédérale et les Trois Puissances ou l'une d'entre elles, les membres des

unterliegen die Mitglieder der Streitkräfte grundsätzlich der deutschen Zollgesetzgebung.

(2) Die Strafverfolgung von Zollzuwiderhandlungen einschließlich des Rechts zur Einziehung von Waren unterliegt ausschließlich der Strafgerichtsbarkeit der Behörden der Streitkräfte. Das deutsche Verwaltungsstrafverfahren in Zollsachen findet auf die Mitglieder der Streitkräfte keine Anwendung. Die deutschen Zollbehörden haben auf Waren, die von den Streitkräften als Folge einer Zollzuwiderhandlung ihrer Mitglieder eingezogen worden sind, Anspruch, soweit dies erforderlich ist, um die auf den Waren ruhenden Abgaben im Steuerverfahren einzuziehen.

(3) Gegenüber Mitgliedern der Streitkräfte sind die deutschen Bestimmungen über den Gebrauch von Schußwaffen durch Zollbeamte nicht anwendbar.

(4) Die Mitglieder der Streitkräfte sind von den deutschen Ein- und Ausfuhrbeschränkungen und -verboten und von der Entrichtung von Zöllen und anderen Bundesabgaben für Waren befreit, die von ihnen für ihren persönlichen oder häuslichen Ge- oder Verbrauch in das oder aus dem Bundesgebiet verbracht werden, mit folgender Maßgabe:

(a) Das Recht der Mitglieder der Streitkräfte zur Einfuhr von Waren im Wege der Versendung gilt nicht für solche rationierten Waren, wie sie von den Streitkräften an ihre Mitglieder verkauft oder verteilt werden.

(b) Die Behörden der Streitkräfte beschränken die Einfuhr solcher rationierter Waren, wie sie von ihnen an ihre Mitglieder verkauft oder verteilt werden, in dem von ihren Mitgliedern mitgeführten Gepäck mengenmäßig.

(c) Die Einfuhr von nichtrationierten Waren im mitgeführten Gepäck und im Wege der Versendung wird von den Behörden der Streitkräfte mengenmäßig beschränkt, wenn sie nach Erwägung der Empfehlungen der deutschen Behörden zu dem Ergebnis kommen, daß derartige Waren in besonderem Maße den Gegenstand von Zollzuwiderhandlungen bilden.

(d) Zum Nachweis gegenüber den deutschen Zollbehörden, daß von den Mitgliedern der Streitkräfte auf dem Handelswege oder durch die deutsche Post oder in ihrem mitgeführten Gepäck eingeführte, nicht rationierte Waren für ihren persönlichen oder häuslichen Ge- oder Verbrauch bestimmt sind, können die Mitglieder der Streitkräfte von den Behörden der Streitkräfte Bescheinigungen erhalten, die als Genehmigung zur Einfuhr nach den Bestimmungen dieses Artikels anerkannt werden.

Forces shall in principle be subject to German customs legislation.

2. The prosecution of customs violations, including the right of confiscation of goods, shall be solely within the criminal jurisdiction of the authorities of the Forces. The German procedure for administrative fines in respect of customs violations shall not apply to members of the Forces. German customs authorities shall have a right to goods confiscated by the Forces, as a result of customs violations by their members, to the extent necessary to recover tax debts on such goods due as the result of a civil action.

3. Members of the Forces shall be exempt from the provisions of German legislation covering the use of firearms by German customs officials.

4. Subject to the following provisions, members of the Forces shall be exempt from German import and export restrictions or prohibitions on imports and exports and from the payment of customs duties and other Federal taxes on goods moved by them for their personal or domestic use or consumption into, or out of, the Federal territory:

(a) The right of unaccompanied import by members of the Forces shall not apply to those rationed goods which the Forces sell or distribute to their members;

(b) The authorities of the Forces shall quantitatively restrict the import by their members in accompanied bagage of those rationed goods which they sell or distribute to their members;

(c) Accompanied and unaccompanied import of non-rationed goods shall be quantitatively restricted by the autorities of the Forces when they find, after considering the recommendations of the German authorities, that such goods are peculiarly the subject of customs violations;

(d) In order to certify to German customs authorities that non-rationed goods imported by members of the Forces through commercial channels, the German postal system, or in their accompanied baggage are for their personal or domestic use or consumption, the members of the Forces may obtain certificates from the authorities of the Forces, which shall be accepted as authorization to import in accordance with the terms of this Article;

Forces sont, en principe, assujettis à la législation douanière allemande.

2. — La poursuite des infractions de douane, y compris le droit de confisquer les biens, relève exclusivement de la compétence, en matière pénale, des autorités des Forces intéressées. La procédure administrative allemande des amendes en matière de douane ne s'applique pas aux membres des Forces. Les autorités douanières allemandes ont un droit sur les biens confisqués par les Forces à la suite d'infractions douanières commises par leurs membres, dans la mesure nécessaire à la garantie du recouvrement des taxes exigibles au titre de l'action civile.

3. — Les membres des Forces ne tombent pas sous l'application des dispositions de la législation allemande réglant les conditions d'usage des armes à feu par les fonctionnaires des douanes allemandes.

4. — Les membres des Forces ne sont pas soumis aux restrictions et interdictions allemandes en matière d'importation et d'exportation, ni au paiement des droits de douane et autres taxes fédérales sur les biens qu'ils apportent dans le territoire de la République Fédérale ou qu'ils sortent de celui-ci pour leur usage ou leur consommation personnelle ou familiale, sous la réserve que:

(a) le droit, pour les membres des Forces, d'effectuer des importations non accompagnées, ne s'applique pas aux denrées rationnées que les Forces vendent ou distribuent à leurs membres;

(b) les autorités des Forces limiteront quantitativement l'importation par leurs membres, dans des bagages accompagnés des denrées rationnées que les Forces vendent ou distribuent à leurs membres;

(c) l'importation en bagages accompagnés ou non accompagnés d'une quelconque denrée non rationnée sera restreinte en quantité par les autorités des Forces, lorsque celles-ci estimeront, après examen des recommandations soumises par les autorités allemandes, que cette denrée fait particulièrement l'objet d'infractions douanières;

(d) pour justifier, à l'égard des autorités douanières allemandes, que les biens non rationnés importés par des voies commerciales, par la poste allemande ou en bagages accompagnés, sont pour leur usage ou leur consommation personnelle ou familiale, les membres des Forces peuvent obtenir des autorités des Forces des certificats qui sont à considérer selon les dispositions du présent Article comme des autorisations d'importation;

(e) Die deutschen Bestimmungen zum Schutze der Gesundheit von Menschen, Tieren und Pflanzen sind von den Mitgliedern der Streitkräfte zu befolgen.

(5) Für die Zollkontrolle über die Mitglieder der Streitkräfte können die Behörden der Streitkräfte Bedienstete bei solchen Grenzübergängen einsetzen, über die eine erhebliche Anzahl von Mitgliedern der Streitkräfte verkehrt. Die Behörden der Streitkräfte legen diese Übergänge im Benehmen mit der Bundesregierung fest: An diesen Übergängen führen die Bediensteten der Streitkräfte in Zusammenarbeit mit den deutschen Zollbehörden die Zollabfertigung der Mitglieder der Streitkräfte und ihrer Waren durch. An allen anderen Übergängen unterliegen die Mitglieder der Streitkräfte der normalen Zollabfertigung durch die deutschen Behörden. Die Bestimmungen dieses Absatzes finden auch auf den Verkehr von Mitgliedern der Streitkräfte zwischen dem Bundesgebiet und Berlin Anwendung.

(6) Die Zollkontrolle von Warensendungen an oder durch Mitglieder der Streitkräfte auf dem amtlichen Post- oder Frachtwege der Streitkräfte wird durch die Behörden der Streitkräfte an den von ihnen eingerichteten Stellen ausgeübt. Deutsche Zollbeamte können bei diesen Kontrollen anwesend sein.

(7) Über die nach den Bestimmungen dieses Vertrages abgabefrei eingeführten Waren darf durch Mitglieder der Streitkräfte im Bundesgebiet zugunsten anderer Personen als Mitglieder der Streitkräfte nur nach vorheriger Benachrichtigung und mit Genehmigung der zuständigen deutschen Behörden verfügt werden; dies gilt nicht für übliche Geschenke persönlicher oder häuslicher Art in nicht zum Handel geeigneten Mengen.

(8) Die Behörden der Streitkräfte treffen im Rahmen dieses Vertrages geeignete Maßnahmen, um ihre Mitglieder von Verstößen gegen die Steuer-, Zoll- und Ein- und Ausfuhrbestimmungen der Bundesrepublik abzuhalten. Sie berücksichtigen diese Gesichtspunkte bei der Festsetzung der Rationen für Waren, die vornehmlich den Gegenstand solcher Zuwiderhandlungen bilden und berücksichtigen dabei die Empfehlungen der Bundesregierung. Die von den Behörden der Streitkräfte festgesetzten Rationen sollen nicht über das Maß dessen hinausgehen, was vernünftigerweise für den persönlichen Gebrauch erforderlich ist. Die Behörden der Streitkräfte arbeiten bei der Bekämpfung von Zollzuwiderhandlungen eng mit den deutschen Zollbediensteten und Strafverfolgungsbehörden zusammen.

(9) Die Behörden der Streitkräfte benachrichtigen die deutschen Zollbehörden von allen Zuwiderhandlungen, um erforderlichenfalls steuerrechtliche Maßnahmen gegen die Täter zu ermöglichen. In gleicher

(e) Members of the Forces shall observe German regulations designed to preserve the health of humans, animals and plants.

5. For the purpose of customs control of members of the Forces, the authorities of the Forces may provide officials at frontier crossing points at which substantial numbers of members of the Forces cross. The authorities of the Forces shall establish these points in consultation with the Federal Government. At these points, the officials of the Forces, in co-operation with German customs authorities, shall carry out customs control of members of the Forces and their property. At all other crossing points members of the Forces shall be subject to normal customs control by the German authorities. The provisions of this paragraph shall also apply to the movement of members of the Forces between the Federal territory and Berlin.

6. Customs control of goods consigned to and by members of the Forces through postal or freight systems of the Forces shall be exercised by the authorities of the Forces at points established by themselves. German customs officials may be present during these controls.

7. Goods imported duty-free under the provisions of the present Convention may be disposed of in the Federal territory by members of the Forces to a person other than a member of the Forces only on prior notification to, and with the approval of, the appropriate German authorities; this provision shall, however, not apply to customary gifts of a personal or domestic nature in non-commercial quantities.

8. The authorities of the Forces shall take, within the framework of the present Convention, appropriate measures to restrain their members from committing offences against the fiscal, customs, and import and export regulations of the Federal Republic. They shall consider these factors — the recommendations of the Federal Government being taken into account — in the rationing of goods peculiarly subject to such violations. The rations established by the authorities of the Forces shall not exceed the quantity reasonably requrired for personal consumption. The authorities of the Forces shall co-operate closely with German customs officials and law-enforcing agencies in combatting customs violations.

9. The authorities of the Forces shall notify German customs authorities of any violations to enable, if necessary, civil action to the be taken against the violators. Similarly, the German customs authorities shall notify the author-

(e) les règlements allemands pour la protection sanitaire humaine, animale et végétale seront observés par les membres des Forces.

5. — Pour l'exercice du contrôle douanier sur les membres des Forces, les autorités des Forces peuvent installer des fonctionnaires aux points de passage des frontières empruntés par un nombre important de membres des Forces. Les autorités des Forces déterminent ces points en consultation avec le Gouvernement Fédéral. Auxdits points, les fonctionnaires des Forces, en coopération avec les autorités douanières allemandes, procèdent au contrôle douanier des membres des Forces et de leurs biens A tous les autres points de passage, les membres des Forces sont soumis au contrôle douanier normal par les autorités allemandes. Les dispositions du présent paragraphe sont également applicables en ce qui concerne les déplacements des membres des Forces entre le territoire fédéral et Berlin.

6. — Le contrôle douanier des biens expédiés à ou par des membres des Forces par les services postaux ou les services de transport des Forces sera exercé par les autorités des Forces en des points établis par ces autorités. Les fonçtionnaires allemands des douanes peuvent assister à ce contrôle.

7. — Les membres des Forces ne peuvent disposer sur le territoire fédéral des biens importés en franchise de droits de douane, en vertu des dispositions de la présente Convention, en faveur d'une personne autre qu'un membre des Forces qu'après déclaration préalable aux autorités allemandes compétentes et accord de celles-ci, excepté en ce qui concerne les cadeaux courants de caractère personnel ou familial en quantité non commerciale.

8. — Les autorités des Forces prennent, dans le cadre de la présente Convention, toutes mesures pour empêcher leurs membres de commettre des infractions aux règlements de la République Fédérale en matière fiscale, en matière douanière ou en matière d'importation et d'exportation. Elles prennent en considération ces divers points, compte tenu des recommandations du Gouvernement Fédéral, pour le rationnement des denrées qui font plus particulièrement l'object de telles infractions. Le montant des rations, fixé par les Forces, est établi à un niveau de consommation individuelle raisonnable. Les autorités des Forces coopèrent étroitement avec les fonctionnaires allemands des douanes, ainsi qu'avec les organismes chargés de faire respecter les lois, dans la répression des infractions douanières.

9. — Les autorités des Forces avertiront les autorités douanières allemandes des infractions découvertes, de manière à permettre à ces dernières d'intenter, le cas échéant, des poursuites civiles à l'égard des contre-

Weise benachrichtigen die deutschen Zollbehörden die Behörden der Streitkräfte von allen Zollzuwiderhandlungen, an denen Mitglieder der Streitkräfte beteiligt sind. Die deutschen Zollbehörden benachrichtigen die Behörden der Streitkräfte von der Beschlagnahme von Sachen oder Zahlungsmitteln bei Mitgliedern der Streitkräfte; derartige Sachen oder Zahlungsmittel sind den Behörden der Streitkräfte zu übergeben. Die deutschen Zollbehörden erteilen den Mitgliedern der Streitkräfte über alle einbehaltenen Sachen oder Zahlungsmittel Empfangsbescheinigungen.

(10) Kraftfahrzeuge von Mitgliedern der Streitkräfte, die zu ihrem persönlichen Gebrauch bestimmt sind, können ohne Zollentrichtung und ohne Beschränkung in das Bundesgebiet einfahren oder ausfahren gegen Vorlage von Registrierbescheinigungen oder anderen Bescheinigungen der Behörden der Streitkräfte, durch die bestätigt wird, daß das Kraftfahrzeug Eigentum eines Mitgliedes der Streitkräfte und für seinen persönlichen Gebrauch bestimmt ist. Die Behörden der Streitkräfte geben auf Ansuchen deutscher Zollbehörden über derartige Fahrzeuge Auskunft. Fahrzeuge für gewerbliche Zwecke sind von dieser Vergünstigung ausgeschlossen.

(11) Die Einfuhr von Waren durch Mitglieder der Streitkräfte zur Verwendung für karitative Zwecke im Bundesgebiet wird durch gegenseitige Vereinbarung zwischen den zuständigen deutschen Behörden und den Behörden der Streitkräfte geregelt.

Artikel 36

Organisationen und Unternehmen im Dienste der Streitkräfte

(1) Vorbehaltlich der Bestimmungen dieses Artikels

(a) können nicht-deutsche Organisationen nicht-wirtschaftlichen Charakters, die von den Streitkräften oder der beteiligten Macht zum Nutzen der Mitglieder der Streitkräfte eingerichtet worden sind, oder die der Truppenbetreuung dienen, den Streitkräften nach Mitteilung an die deutschen Behörden, daß diese Organisationen im Dienste der Streitkräfte stehen, ganz oder zum Teil gleichgestellt werden;

(b) kann eine solche Organisation, falls sie ein Klub ist, nur insoweit gleichgestellt werden, als sie einen Teil der Verpflegungs- oder Sporteinrichtungen der Streitkräfte darstellt.

(2) Die Streitkräfte können sich nicht-deutscher wirtschaftlicher Unternehmen bedienen, soweit ihre militärischen Bedürfnisse nicht durch deutsche Unternehmen befriedigt werden können. Diese Unternehmen können den Streitkräften gleichgestellt werden,

(a) soweit sie technische Dienste in einem Vertragsverhältnis für die Streitkräfte leisten, nach Mitteilung an die deutschen Behörden, und

ities of the Forces of any customs violations involving their members. The German customs authorities shall notify the authorities of the Forces of property or currency seized from their members, and such property or currency shall be surrendered to the authorities of the Forces. Receipts shall be given by the German customs authorities to the members of the Forces for any property or currency detained.

10. Motor vehicles of members of the Forces which are intended for their personal use may enter and leave the Federal territory without payment of customs duties and without restrictions, on presentation of the registration certificate or other certificate issued by the authorities of the Forces certifying that the motor vehicle is owned by a member of the Forces and intended for his personal use. The authorities of the Forces shall, upon request by the German customs authorities, give information about such vehicles. Vehicles for commercial purposes shall be excluded from this preferential treatment.

11. The import of goods by members of the Forces for charitable disposal in the Federal territory shall be the subject of mutual agreement between the authorities of the Forces and the appropriate German authorities.

Article 36

Organizations and Enterprises Serving the Forces

1. Subject to the provisions of this Article

(a) non-German organizations of a non-commercial character organized by the Forces or the Power concerned for the benefit of the members of the Forces, or which serve the welfare of the Forces, may be assimilated in whole or in part to the Forces, after notification to the German authorities, which notification shall state that such organizations are in the service of the Forces;

(b) if such organization is a club, it may be assimilated only to the extent that it is part of the catering or sports arrangements of the Forces.

2. The Forces may make use of non-German commercial enterprises provided that their military needs can not be satisfied by German enterprises. Such enterprises may be assimilated to the Forces,

(a) after notification to the German authorities, if they provide technical services under contract for the Forces, and

venants. Réciproquement, les autorités douanières allemandes feront connaître aux autorités des Forces les infractions constatées à l'encontre de leurs membres. Les autorités douanières allemandes porteront à la connaissance des autorités des Forces les saisies de biens ou monnaies effectuées par elles sur les membres de ces Forces et ces biens ou monnaies devront être remis aux autorités de ces Forces. Un reçu est délivré par les autorités douanières allemandes pour tout bien ou toute monnaie qu'elles détiennent.

10. — Les véhicules à moteur, à usage personnel, des membres des Forces peuvent entrer sur le territoire fédéral, ou le quitter, sans avoir à supporter de droits de douane ou restrictions douanières sur présentation de certificats d'immatriculation ou autres certificats délivrés par les autorités des Forces, attestant que le véhicule est propriété d'un membre des Forces et à son usage personnel. Les autorités des Forces, à la demande des autorités douanières allemandes, fournissent tous renseignements ayant trait à ces véhicules. Les véhicules à usage commercial ne bénéficient pas de ce traitement préférentiel.

11. — L'importation par les membres des Forces de marchandises destinées à des fins charitables sur le territoire fédéral fera l'objet d'un accord mutuel entre les autorités des Forces et les autorités compétentes allemandes.

Article 36

Organisations au service des Forces

1. — Sous réserve des dispositions du présent Article

(a) les organisations non allemandes sans but lucratif, organisées par les Forces ou par la Puissance intéressée au profit des membres des Forces, ou qui servent au bien-être des Forces, peuvent être assimilées, en totalité ou en partie, aux Forces, aprés notification aux autorités allemandes, attestant que ces organisations sont au service des Forces;

(b) si une telle organisation est un club, elle ne peut être assimilée que dans la mesure où elle fait partie des organismes de ravitaillement ou de sports des Forces.

2. — Les Forces peuvent faire usage d'entreprises commerciales non allemandes, si leurs besoins militaires ne peuvent être satisfaits par des entreprises allemandes. Ces organismes peuvent être assimilés aux Forces,

(a) après notification aux autorités allemandes si elles fournissent des services techniques sous contrat pour les Forces et,

(b) in allen anderen Fällen nach Konsultation mit den deutschen Behörden.

(3) Angestellte der in Absatz (1) dieses Artikels aufgeführten Organisationen und der in Unterabsatz (a) des Absatzes (2) dieses Artikels aufgeführten Unternehmen (mit Ausnahme von Deutschen und Personen, die im Bundesgebiet eingestellt worden sind und weder die Staatsangehörigkeit einer der Drei Mächte noch die eines anderen Entsendestaates besitzen), können ebenfalls den Mitgliedern der Streitkräfte gleichgestellt werden.

(4) Die Gleichstellung mit den Streitkräften oder ihren Mitgliedern ist nur insoweit zulässig, als die Organisationen, Unternehmen oder Angestellten ausschließlich im Dienste der Streitkräfte stehen, und nur, soweit ihre Gleichstellung für ihren Beitrag zur Erfüllung der Verteidigungsaufgabe der Streitkräfte notwendig ist. Das Ausmaß der Gleichstellung wird in der Mitteilung oder bei der Konsultation festgestellt. Es kann durch weitere Vereinbarungen auf das erforderliche Maß beschränkt werden. Die Organisationen, Unternehmen und Angestellten haben sich jeder privaten wirtschaftlichen Tätigkeit zu enthalten. Die Behörden der Streitkräfte treffen im Zusammenwirken mit der Bundesregierung geeignete Maßnahmen gegen einen Mißbrauch dieser Rechte.

(5) Die Gleichstellung der in Unterabsatz (b) des Absatzes (2) dieses Artikels aufgeführten wirtschaftlichen Unternehmen beschränkt sich auf

(a) die Zulassung und Registrierung von Kraftfahrzeugen gemäß Artikel 17 dieses Vertrages;

(b) die Versorgung mit Liegenschaften gemäß Artikel 38 dieses Vertrages;

(c) das Recht, im Rahmen des Artikels 34 dieses Vertrages Waren, die an die Streitkräfte weiter veräußert oder ihnen zur Verfügung gestellt werden, frei von Zöllen und sonstigen Bundesabgaben in das Bundesgebiet zu verbringen;

(d) die Steuerbefreiung gemäß den Absätzen (1) und (2) des Artikels 33 dieses Vertrages, soweit es sich um Lieferungen und sonstige Leistungen der wirtschaftlichen Unternehmen an die Streitkräfte handelt; in jeder anderen Hinsicht bleibt die steuerliche Behandlung der wirtschaftlichen Unternehmen dem in Artikel 33 dieses Vertrages erwähnten besonderen Abkommen vorbehalten;

(e) die Benutzung von Verkehrs-, Post- und Fernmeldeeinrichtungen der Streitkräfte gemäß Artikel 17 und 18 dieses Vertrages;

(f) die Befreiung von den Vorschriften des deutschen Rechts über Gewerbegenehmigungen und ausländische Gesellschaften bezüglich ihrer Leistungen für die Streitkräfte;

(b) in all other cases after consultation with the German authorities.

3. Employees of the organizations mentioned in paragraph 1 of this Article and of the enterprises mentioned in subparagraph (a) of paragraph 2 of this Article (other than Germans, and persons who are nationals neither of one of the Three Powers nor of another Sending State and have been engaged in the Federal territory) may similarly be assimilated to members of the Forces.

4. Assimilation to the Forces and their members shall be permitted only so far as the organizations, enterprises or employees are exclusively serving the Forces and to the extent that such assimilation is necessary for their contribution to the accomplishment of the defence mission of the Forces. The extent of such assimilation shall be stated in the notification or during the consultation. It may be restricted through further understandings to the necessary measure. The organizations, enterprises and employees may not engage in private commercial activities. The authorities of the Forces shall cooperate with the Federal Government in taking appropriate measures against misuse of these rights.

5. The assimilation of commercial enterprises referred to in sub-paragraph (b) of paragraph 2 of this Article shall be limited to the following:

(a) Licensing and registering of motor vehicles in accordance with Article 17 of the present Convention;

(b) Accommodation in accordance with Article 38;

(c) The right, under Article 34, to bring into the Federal territory, free from customs duties and other Federal taxes, goods to be sold to the Forces or to be placed at the disposal of the Forces;

(d) Exemption from taxation under paragraphs 1 and 2 of Article 33 of the present Convention insofar as deliveries and other services by such undertakings to the Forces are concerned; in all other respects taxation shall be governed by the Special Agreement referred to in Article 33;

(e) Use of transportation and communication facilities of the Forces in accordance with Articles 17 and 18;

(f) Exemption, in respect of their services to the Forces, from German legislation on trade licensing and foreign companies;

(b) dans tous les autres cas, après consultation des autorités allemandes.

3. — Les employés des organisations visées au paragraphe 1 du présent Article et ceux des entreprises visées au paragraphe 2, alinéa (a) du présent Article, (autres que les Allemands et les personnes qui ne sont ressortissantes d'aucune des Trois Puissances ni d'un autre État fournissant des Forces et ont été engagés sur le territoire fédéral) peuvent également être assimilés aux membres des Forces.

4. — L'assimilation aux Forces et à leurs membres ne sera permise que dans la mesure où les organisations, entreprises ou employés sont exclusivement au service des Forces et dans la mesure où cette assimilation s'avère nécessaire pour qu'ils puissent apporter leur contribution à la mission de défense des Forces. L'étendue de cette assimilation sera fixée dans la notification ou au cours de la consultation. Elle peut être restreinte par des accords ultérieurs dans la mesure nécessaire. Les organisations, entreprises et employés ne peuvent se livrer à des activités commerciales privées. Les autorités des Forces coopéreront avec le Gouvernement Fédéral en prenant des mesures appropriées contre l'abus de ces droits.

5. — L'assimilation des entreprises commerciales visées au paragraphe 2, alinéa (b) du présent Article, sera limitée à ce qui suit:

(a) immatriculation et enregistrement des véhicules automobiles conformément à l'Article 17 de la présente Convention;

(b) logements conformément à l'Article 38 de la présente Convention;

(c) droit aux termes de l'Article 34 d'introduire sur le territoire fédéral, en franchise des droits de douane ou d'autres taxes fédérales, les marchandises devant être vendues aux Forces ou mises à leur disposition;

(d) exemption d'imposition aux termes des paragraphes 1 et 2 de l'Article 33 de la présente Convention, dans la mesure affectant les livraisons et autres services fournis aux Forces par ces entreprises; dans tous les autres cas, la taxe sera fixée par l'accord spécial visé à l'Article 33;

(e) usage des services de transports et communications des Forces conformément aux Articles 17 et 18 de la présente Convention;

(f) non application aux services fournis aux Forces de la législation allemande relative à la délivrance de licences commerciales et aux sociétés étrangères;

(g) die Erteilung der zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Devisengenehmigungen sowie das Recht zum Besitz und zur Verwendung von Militärzahlungsmitteln.

(6) Sind Angestellte der in Absatz (1) und (2) dieses Artikels aufgeführten Organisationen und Unternehmen außerdem Mitglieder der Streitkräfte gemäß Unterabsatz (b) der Ziffer 7 des Artikels 1, so können die Streitkräfte das Ausmaß begrenzen, in dem die Bestimmungen dieses Vertrages auf diese Angestellten anwendbar sind. Sie berücksichtigen dabei die Empfehlungen der deutschen Behörden.

(7) Die Zahl der Angestellten von Organisationen und Unternehmen im Dienste der Streitkräfte kann nur im Einvernehmen mit den deutschen Behörden über das Doppelte der bei Inkrafttreten dieses Vertrages vorhandenen Zahl hinaus vermehrt werden.

ABSCHNITT II

Versorgung

Artikel 37

Art und Umfang der Leistungsverpflichtung

(1) Die Bundesrepublik übernimmt es, nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Vertrages oder anderer Zusatzverträge sicherzustellen, daß der sich im Bundesgebiet ergebende Bedarf der Streitkräfte und ihrer Mitglieder auf den folgenden Gebieten insoweit befriedigt wird, als dies für die Erfüllung ihrer Verteidigungsaufgabe erforderlich ist:

(a) Liegenschaften (Artikel 38)
(b) Sach- und Werkleistungen einschließlich der öffentlichen Versorgung (Artikel 39 und 40)
(c) Verkehrsleistungen (Artikel 41)
(d) Post- und Fernmeldeleistungen (Artikel 42)
(e) sonstige öffentliche Dienste (Artikel 43).

(2) Die Bundesrepublik trägt dafür Sorge, daß den Streitkräften die für ihren Bedarf im Einklang mit den militärischen Erfordernissen benötigten geeigneten zivilen Arbeitskräfte durch die zuständigen deutschen Stellen vermittelt werden (Artikel 44).

(3) Die Bundesrepublik erläßt zur Erfüllung der von ihr in Absatz (1) dieses Artikels übernommenen Verpflichtungen geeignete Gesetze über die Inanspruchnahme von Sachleistungen, die Beschaffung von Land und die Errichtung von Schutzbereichen.

(4) Bis zum Inkrafttreten der in Absatz (3) dieses Artikels vorgesehenen Bundesgesetze werden diese Verpflichtungen unter Beachtung der Bestimmungen des Grundgesetzes durch angemessene Anwendung der folgenden Gesetzesbestimmungen erfüllt, soweit sie sich auf die Ermächtigung zur Inanspruchnahme von Sachleistungen, die Beschaffung von Land und die Errichtung von Schutzbereichen be-

(g) Issuance of the necessary foreign exchange permits to enable them to carry out their functions, and the right to possess and use military scrip.

6. If employees of the organizations and enterprises under paragraphs 1 and 2 of this Article are also members of the Forces as defined in sub-paragraph (b) of paragraph 7 of Article 1 of the present Convention, the Forces may limit the extent to which the provisions of the present Convention apply to such employees. In this connection they shall take into consideration the recommendations of the German authorities.

7. The number of employees of the organizations and enterprises serving the Forces may not be increased by more than 100 per cent of the number present at the entry into force of the present Convention, except in agreement with the German authorities.

SECTION II

Support

Article 37

Scope of Obligations

1. So far as is necessary to fulfil the defence purposes of the Forces, the Federal Republic undertakes to ensure that the requirements of the Forces and their members within the Federal territory are satisfied, subject to the provisions of the present Convention, or any other related Convention, in the following fields:

(a) Accomodation (Article 38);
(b) Goods, materials and services, including public utilities (Articles 39 and 40);
(c) Transport services (Article 41);
(d) Communication services(Article 42);
(e) Other public services (Article 43).

2. The Federal Republic shall ensure that such suitable civilian personnel as is necessary to meet the requirements of the Forces consistently with military needs will be made available to the Forces by the competent German agencies (Article 44).

3. In order to fulfil the obligations undertaken by the Federal Republic in paragraph 1 of this Article, the Federal Republic shall enact legislation adequate to assure the procurement of goods, materials and services, the provision of accommodation and the establishment of restricted areas.

4. Until the Federal legislation referred to in paragraph 3 of this Article enters into force, such obligations shall be fulfilled by the appropriate application, within the framework of the Basic Law, of the provisions of the following Laws so far as they deal with the power to requisition goods, materials and services, to acquire accommodation and to establish restricted areas: the Law concerning

(g) délivrance des autorisations nécessaires en matière de change pour leur permettre d'exercer leur activité et droit de posséder et d'utiliser la monnaie militaire.

6. — Si les employés des organisations et des entreprises aux termes des paragraphes 1 et 2 du présent Article sont également membres des Forces, selon la définition de l'Article 1, paragraphe 7, alinéa (b) de la présente Convention, les Forces peuvent limiter l'application à ces employés des dispositions de la présente Convention. A cet égard, ils prendront en considération les recommandations des autorités allemandes.

7. — Sauf accord avec les autorités allemandes, le nombre des employés des organisations et des entreprises au service des Forces ne peut pas être augmenté de plus de cent pour cent du nombre existant au moment de l'entrée en vigueur de la présente Convention.

DEUXIÈME PARTIE

Aide matérielle

Article 37

Portée des obligations

1. — Pour autant que la réalisation des buts de défense des Forces le nécessite, la République Fédérale s'engage à garantir que les besoins des Forces et de leurs membres, sur le territoire fédéral, seront satisfaits, sous réserve des dispositions de la présente Convention et de toute autre Convention rattachée, dans les domaines suivants:

(a) immeubles (Article 38)
(b) marchandises, matériels et services, y compris certains services publics (Articles 39 et 40)
(c) services de transports (Article 41)
(d) services de transmissions(Article 42)
(e) autres services publics (Article 43)

2. — La République Fédérale fera en sorte que la main-d'œuvre civile qualifiée, nécessaire pour satisfaire les besoins des Forces résultant des nécessités militaires, soit mise à leur disposition par les organismes allemands compétents (Article 44).

3. — Afin de remplir les obligations qu'elle assume aux termes du paragraphe 1 du présent Article, la République Fédérale promulguera une législation propre à assurer la fourniture de biens, de matériels, de services et biens fonciers, ainsi que la création de zones à accès limité.

4. — Jusqu'à l'entrée en vigueur de la législation fédérale visée au paragraphe 3 du présent Article, ces obligations seront remplies dans le cadre de la Loi Fondamentale en appliquant de façon convenable les dispositions des lois ci-après, dans la mesure où elles traitent du droit de réquisitionner des marchandises, matériels et services, du droit d'acquérir des biens fonciers et de créer des

ziehen: Gesetz über Sachleistungen für Reichsaufgaben (Reichsleistungsgesetz) vom 1. September 1939; Gesetz über die Landbeschaffung für Zwecke der Wehrmacht vom 29. März 1935; und Gesetz über die Beschränkung von Grundeigentum aus Gründen der Reichsverteidigung (Schutzbereichgesetz) vom 24. Januar 1935. Die Anwendung der in Satz 1 erwähnten Reichsgesetze erstreckt sich nicht auf die Bemessung der Vergütungs- und Entschädigungsansprüche, die gemäß Absatz (3) des Artikels 12 des Finanzvertrages erfolgt.

Goods and Services for Reich Projects (Reichsleitungsgesetz) of 1 September 1939; the Law concerning the Provision of Land for the Purposes of the Wehrmacht of 29 March 1935; and the Law concerning the Restriction of Real Property for Reasons of Reich Defence (Schutzbereichgesetz) of 24 January 1935. The application of the Reich Laws referred to in the first sentence of this paragraph shall not extend to the computation of claims for remuneration and compensation, which shall be made pursuant to paragraph 3 of Article 12 of the Finance Convention.

zones à accès limité: loi concernant les prestations, les biens et services affectés aux projets du Reich (Reichsleistungsgesetz) en date du 1er septembre 1939; loi concernant la mise de terrains à la disposition de la Wehrmacht en date du 29 mars 1935; loi concernant les restrictions apportées à la propriété immobilière dans des buts de défense du Reich (Schutzbereichgesetz) en date du 24 janvier 1935. L'application des lois du Reich visées à la première phrase du présent paragraphe ne s'étend pas à l'estimation des réclamations en vue de rétributions ou indemnisations, qui sera effectuée en vertu du paragraphe 3 de l'Article 12 de la Convention Financière.

Artikel 38
Liegenschaften

(1) Die Behörden der Streitkräfte melden bei der zuständigen deutschen Bundesbehörde ihren Bedarf an Liegenschaften in Form von periodischen und, falls erforderlich, von zusätzlichen Programmen an. Wenn sich der Liegenschaftsbedarf von Streitkräften zweier oder mehrerer Mächte, die am gleichen Ort stationiert sind oder stationiert werden sollen, überschneidet, so werden gemeinsame Beratungen zwischen ihnen abgehalten, mit dem Ziel, gemeinsame Liegenschaftsprogramme aufzustellen; dies gilt auch für Truppen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, falls diese mit einer Beteiligung an dem Verfahren einverstanden ist. Einzelanforderungen werden auf ein Mindestmaß beschränkt.

(2) Programme und Einzelanforderungen, über die sich die Bundesbehörde und die Behörden der Streitkräfte geeinigt haben, werden durch die zuständigen deutschen Behörden nach Konsultation mit den Behörden der Streitkräfte und unter besonderer Berücksichtigung von Lage, Normen und Zeitpunkt der Bereitstellung durchgeführt. In diesen Programmen wird besondere Vorsorge getroffen, um den Schwierigkeiten zu begegnen, die für die Streitkräfte aus der Anwendung der Bestimmungen von Absatz (5) Satz 2 dieses Artikels entstehen können. Einzelanforderungen kleineren Ausmaßes können unmittelbar zwischen den zuständigen deutschen regionalen Behörden und den Behörden der Streitkräfte geregelt werden.

(3) Kommt zwischen den regionalen deutschen Behörden und den nachgeordneten Behörden der Streitkräfte eine Einigung nicht zustande, so wird die Angelegenheit an die Bundesbehörde zur weiteren Konsultation mit den Behörden der Streitkräfte verwiesen.

(4) Die Streitkräfte überprüfen laufend ihren Bedarf an Liegenschaften, um sicherzustellen, daß dieser Bedarf auf das Mindestmaß beschränkt bleibt, das mit dem Umfang und den Pflichten der Streitkräfte vereinbar ist. Liegenschaften, die nicht mehr benötigt werden, oder für die den Streitkräften befriedigende Ersatzliegenschaften verfügbar gemacht werden, werden von den Streitkräften freigegeben.

Article 38
Accommodation

1. The authorities of the Forces shall each present to the appropriate Federal authority their needs for accommodation in the form of periodical programmes and where neccessary supplementary programmes. When the Forces of two or more Powers stationed or to be stationed in the same locality have competing requirements for accommodation, joint discussions will be held between them with the object of reaching agreed accommodation programmes; this shall also apply to armed forces of the European Defence Community if the latter agrees to participate in this procedure. Individual requests outside the programmes shall be kept to a minimum.

2. Programmes and individual requests agreed by the authorities of the Forces and the Federal authority shall be carried out by the appropriate German authorities after consultation with the authorities of the Forces and with particular regard to sites, standards and dates of availability. In such programmes, specific provision shall be made to meet any difficulties which may arise for the Forces from the operation of the provisions contained in the second sentence of paragraph 5 of this Article. Requirements of minor importance may be arranged directly between the authorities of the Forces and the appropriate German regional authorities.

3. In case of disagreement between subordinate authorities of the Forces and the German regional authorities, the matter shall be referred to the Federal authority for further joint consultation with the authorities of the Forces.

4. The Forces shall continually review their accommodation requirements in order to ensure that these requirements remain within the minimum consistent with the size and duties of the Forces. Accommodation which is no longer required, or for which alternative accommodation satisfactory to the Forces is made available, shall be released by the Forces.

Article 38
Immeubles

1. — Les autorités des Forces feront part à l'autorité fédérale compétente de leurs besoins en immeubles, sous forme de programmes périodiques, et, si besoin est, de programmes additionnels. Lorsque les Forces de deux ou plusieurs Puissances stationnées on devant être stationnées dans la même localité ont des besoins concurrents en immeubles, elles entreront en pourparlers en vue d'établir des programmes d'immeubles en commun accord. Cette procédure s'appliquera également aux Forces armées de la Communauté Européenne de Défense si cette dernière accepte d'y participer. Les demandes individuelles, hors programmes, seront réduites à un minimum.

2. — Les programmes et demandes individuelles agréés par les autorités des Forces et l'autorité fédérale seront satisfaits par les autorités allemandes compétentes, après consultation des autorités des Forces, et en tenant particulièrement compte des lieux, normes et dates de mise à la disposition. Les programmes comporteront les dispositions nécessaires pour faire face à toute difficulté que les Forces peuvent rencontrer du fait de l'application du paragraphe 5, seconde phrase, du présent Article. Les demandes de peu d'importance pourront faire l'objet d'arrangements directs entre les autorités des Forces et les autorités régionales allemandes compétentes.

3. — En cas de désaccord entre des autorités subordonnées des Forces et les autorités régionales allemandes, la question sera soumise à l'autorité fédérale en vue de nouvelles consultations communes avec les autorités des Forces.

4. — Les Forces tiendront constamment à jour l'état de leurs besoins en immeubles afin d'assurer le maintien de ces besoins au minimum compatible avec les effectifs et la mission des Forces. Les immeubles qui ne sont plus nécessaires, ou pour lesquels des immeubles de remplacement satisfaisants sont mis à la disposition des Forces, seront libérés par les Forces.

(5) Auf die Rückgabe von Liegenschaften an Privatpersonen wird besonders geachtet. Privatwohnungen werden zurückgegeben, wenn sie während einer zusammenhängenden Zeitdauer von sechs Monaten von den Streitkräften nicht benutzt werden. Die deutschen Behörden sind berechtigt, bei den Streitkräften zu beantragen, daß die Freigabe bestimmter Liegenschaften mit den Behörden der Streitkräfte erörtert wird.

(6) Gleichzeitig mit der Freigabe in Anspruch genommener Wohnungen oder Hotels werden alle darin befindlichen beweglichen Sachen, für die eine Nutzungsvergütung gezahlt wird, freigegeben. Bei der Freigabe anderer in Anspruch genommener Liegenschaften werden die Streitkräfte, gleichzeitig die darin befindlichen beweglichen Sachen, für die eine Nutzungsvergütung gezahlt wird, freigeben, außer in Fällen, in denen die weitere Benutzung solcher beweglicher Sachen für die Erfüllung der Verteidigungsaufgabe der Streitkräfte erforderlich ist. In diesen Fällen konsultieren die Behörden der Streitkräfte die deutschen Behörden. Derartige bewegliche Sachen werden auch schon vor der Freigabe der Liegenschaften freigegeben, wenn sie für den Bedarf der Streitkräfte nicht mehr erforderlich sind, oder wenn durch die deutschen Behörden ein für die Streitkräfte befriedigender Ersatz zur Verfügung gestellt wird. Kunstgegenstände und Antiquitäten werden von den Streitkräften nach einem zu vereinbarenden Verfahren freigegeben.

(7) Bei der Durchführung des ersten Liegenschaftsprogrammes haben die Streitkräfte, falls im gleichen Bezirk keine anderweitigen vergleichbaren Liegenschaften zur Verfügung stehen, binnen sechs Monaten nach Inkrafttreten dieses Vertrages das erste Anwartschaftsrecht auf diejenigen in öffentlichem Eigentum stehenden Liegenschaften, die auf Grund der Bestimmungen des Elften Teiles des Vertrages zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen verfügbar werden. Dies gilt nicht für Liegenschaften in der Bonner Enklave.

(8) Werden von den Streitkräften in Anspruch genommene Liegenschaften wie Schießplätze, Übungsplätze und Flugplätze vorübergehend von den Streitkräften nicht benutzt, so können sie der Bundesrepublik auf deren Ansuchen zeitweilig mit der Maßgabe zur Verfügung gestellt werden, daß die Wiederbenutzung durch die Streitkräfte dadurch nicht beeinträchtigt werden darf.

Artikel 39

Sach- und Werkleistungen

(1) Die Beschaffung von Sach- und Werkleistungen im Bundesgebiet für die Streitkräfte und deren Mitglieder gegen Deutsche Mark oder andere Währungen erfolgt im Rahmen periodischer Programme, wobei die so beschafften Mengen die in diesen Pro-

5. Special attention shall be paid to the release of accommodation to private individuals. Privately owned dwellings shall be released if they are not used by the Forces for any period of six consecutive months. The German authorities shall be entitled to make a request to the Forces that the release of specific accommodation be discussed with them.

6. At the time of the release of a requisitioned dwelling or hotel, all requisitioned movable property therein for which rental or hire is being paid shall also be released. When other requisitioned accommodation is released, the Forces will at the same time release requisitioned movable property therein for which rental or hire is being paid, except in cases in which the continued use of such property is requisite to the accomplishment of the Forces' defence mission. In such cases, the authorities of the Forces shall consult the German authorities. Such movable property shall also be released prior to the release of accommodation provided that it is no longer required for use by the Forces or alternative property satisfactory to the Forces is made available by the German authorities. Objects of art and antiques shall be released by the Forces according to procedures to be agreed.

7. In implementing the first accommodation programme, if no comparable alternative accommodation is available in the same area, the Forces shall, for six months after the entry into force of this Convention, be entitled to the first option on such publicly owned accommodation as becomes available under the provisions of Chapter Eleven of the Convention on the Settlement of Matters Arising out of the War and the Occupation. This shall not apply to accommodation in the Bonn Enclave.

8. If accommodation occupied by the Forces, such as target ranges, training areas and airfields, is temporarily not being used by the Forces, it may be made temporarily available to the Federal Republic at its request, on condition that its renewed use by the Forces is not impaired thereby.

Article 39

Goods, Materials and Services

1. Procurement of goods and materials in the Federal territory for the Forces and their members against Deutsche Mark or other currencies shall be within periodical programmes, except that the quantities so procured may exceed the quantities settled in

5. — La libération des immeubles appartenant à des personnes privées fera l'objet d'une attention particulière. Les habitations appartenant à des particuliers seront libérées si elles n'ont pas été utilisées par les Forces durant une période de six mois consécutifs. Les autorités allemandes seront habilitées à présenter aux Forces une requête tendant à ce que la libération d'un immeuble déterminé fasse l'objet de discussions avec elles.

6. — Au moment de la libération d'une habitation ou d'un hôtel réquisitionné, tous les biens meubles réquisitionnés qui y sont contenus et qui font l'objet du paiement d'un loyer seront également libérés. Quand d'autres immeubles réquisitionnés seront libérés, les Forces feront leur possible pour libérer en même temps les biens meubles réquisitionnés qui y sont contenus et qui font l'objet du paiement d'un loyer, excepté dans les cas où il est nécessaire à l'accomplissement de la mission de défense des Forces qu'elles continuent à faire usage de ces biens. Dans ces cas exceptionnels, les autorités des Forces consulteront les autorités allemandes. Les biens meubles seront libérés antérieurement à la libération des immeubles dans lesquels ils sont contenus si leur usage n'est plus nécessaire aux Forces ou si des biens de remplacement satisfaisants sont mis à la disposition des Forces par les autorités allemandes. Les objets d'art et les antiquités seront libérés par les Forces conformément à des procédures qui devront être fixées d'un commun accord.

7. — Lors de la mise à exécution du premier programme d'immeubles, au cas où des immeubles de remplacement comparables ne sont pas disponibles dans la même localité, les Forces bénéficieront, pendant une période de six mois après l'entrée en vigueur de la présente Convention, d'un droit de première option sur tout immeuble, propriété publique, qui deviendra disponible en vertu des dispositions du Chapitre Onzième de la Convention sur le Règlement des Questions issues de la Guerre et de l'Occupation. Cette disposition ne s'appliquera pas aux immeubles situés dans l'Enclave de Bonn.

8. — Si des immeubles occupés par les Forces, tels que des champs de tir, des champs d'entraînement et de manœuvre, des terrains d'aviation, sont temporairement inutilisés par elles, ils peuvent, à la demande de la République Fédérale, être mis temporairement à la disposition de celle-ci à condition que la possibilité pour les Forces de réutiliser ces immeubles n'en soit pas affectée.

Article 39

Marchandises, matériels et services

1. — La fourniture de marchandises et de matériels aux Forces et à leurs membres sur le territoire fédéral contre des Deutsche Mark ou d'autres monnaies s'effectuera dans le cadre de programmes périodiques, sous réserve que les quantités ainsi fournies

grammen festgelegten Mengen nur mit Zustimmung der deutschen Behörden um mehr als 10 vom Hundert übersteigen dürfen. Die periodischen Programme berücksichtigen den Bedarf an Baumaterialien, wie er in Durchführung der Bestimmungen von Artikel 40 dieses Vertrages entsteht. Nicht unter die Programme fallen kleinere Beschaffungen, die in Übereinstimmung mit den einschlägigen Vorschriften der Streitkräfte erfolgen.

(2) Es wird ein gemeinsamer Versorgungsausschuß errichtet; er besteht aus Vertretern der Behörden der Bundesrepublik und Vertretern der zuständigen Behörden derjenigen der Drei Mächte, auf welche die Bestimmungen dieses Artikels Anwendung finden. Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft kann Vertreter in den Ausschuß entsenden. Der Ausschuß ist dafür verantwortlich, daß die periodischen Programme für die Deckung des Bedarfs der Streitkräfte und der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, sofern diese im Ausschuß vertreten ist, im Einvernehmen aufgestellt und die Schwierigkeiten geregelt werden, die sich bei der Durchführung dieser Programme ergeben können.

(3) Der in die periodischen Programme aufzunehmende Bedarf der Streitkräfte wird dem Gemeinsamen Versorgungsausschuß so früh wie möglich, spätestens jedoch zwei Monate vor Beginn des betreffenden Zeitraums bekanntgegeben. Größere Änderungen des Bedarfs an Leistungen der öffentlichen Versorgung (Gas, Wasser, Elektrizität, Abwässerbeseitigung) teilen die Behörden der Streitkräfte den deutschen Behörden so früh wie möglich im voraus mit.

(4) Bei Aufstellung der Programme berücksichtigt der Gemeinsame Versorgungsausschuß den wesentlichen Verteidigungs-, Ausfuhr- und zivilen Bedarf. Der Ausschuß bestimmt unter Aufstellung entsprechender Listen diejenigen Sach- und Werkleistungen, für welche Beschaffungsengpässe bestehen. Der Ausschuß kann eine ins einzelne gehende Spezifizierung bei solchen Gütern verlangen, die ins Gewicht fallende Mengen der in den genannten Listen aufgeführten Sach- und Werkleistungen erfordern.

(5) Die Beschaffung von Sach- und Werkleistungen einschließlich Bauleistungen im Rahmen von Absatz (1) dieses Artikels wird entweder unmittelbar durch die Behörden der beteiligten Macht in Übereinstimmung mit ihrem normalen Vertragsverfahren oder auf Antrag der Behörden der beteiligten Macht durch die deutschen Behörden durchgeführt. Die Bundesrepublik erklärt sich bereit, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um zu gewährleisten, daß dem Bedarf der Streitkräfte derjenige Vorrang vor dem nicht der Verteidigung dienenden innerdeutschen und Ausfuhrbedarf gewährt wird, der notwendig und geeignet ist, um die rechtzeitige Belieferung der Streitkräfte sicherzustellen.

such programmes by not more than 10 per cent or by such larger quantity as may be agreed by the German authorities. These periodical programmes shall take into account building materials as required for the implementation of Article 40 of the present Convention. The programmes shall not include minor procurements made in accordance with the appropriate regulations of the Forces.

2. A Joint Supply Board shall be established, to be composed of representatives of the appropriate authorities of those of the Three Powers to which the provisions of this Article apply and of representatives of the Federal Republic. The European Defence Community may be represented on this Board. The Board shall be responsible for establishing by agreement periodical programmes for the procurement of the requirements of the Forces, and of the European Defence Community if it is represented, and for resolving any difficulties which may arise in the course of the implementation of these programmes.

3. The requirements of the Forces for inclusion in the periodical programmes shall be presented to the Joint Supply Board as early as possible and at least two months before the commencement of the period concerned. The authorities of the Forces shall notify the German authorities, as early as possible, in advance of any major changes in requirements for public utilities (gas, water, electricity, sewage).

4. In arriving at a programme, the Joint Supply Board shall take into account essential defence, export and civilian requirements. The Board shall determine and list goods, materials and services which are in short supply. The Board may require detailed classification of items which require significant quantities of goods, materials or services so listed.

5. The procurement of goods, materials and services, including building services, within the scope of paragraph 1 of this Article, shall be undertaken either directly by the authorities of the Power concerned in accordance with their normal contract procedure or, at their request, by the German authorities. The Federal Republic agrees to take appropriate measures to ensure that these requirements are accorded such priority over domestic and export non-defence requirements as is necessary and appropriate to ensure their timely supply to the Forces.

pourront dépasser celles fixées dans ces programmes au plus de dix pour cent ou davantage, au cas où les autorités allemandes en conviendraient. Ces programmes périodiques tiendront compte des matériaux nécessaires à la construction des immeubles en exécution des dispositions de l'Article 40 de la présente Convention. Ces programmes ne s'étendront pas aux fournitures minimes effectuées conformément aux règlements des Forces en la matière.

2. — Un Comité Mixte des Fournitures sera créé et se composera d'un nombre égal de représentants des autorités compétentes de celles des Trois Puissances auxquelles s'appliquent les dispositions de présent Article et de représentants de la République Fédérale. La Communauté Européenne de Défense peut être représentée au sein de ce Comité. Le Comité sera chargé d'établir, par accord, des programmes périodiques pour la satisfaction des besoins des Forces et de ceux de la Communauté Européenne de Défense, si celle-ci est représentée, et de résoudre toutes difficultés qui peuvent surgir au cours de l'exécution de ces programmes.

3. — Les besoins des Forces devant figurer dans les programmes périodiques seront soumis au Comité Mixte des Fournitures aussitôt que possible et au plus tard deux mois avant le début de la période en cause. Les autorités des Forces informeront les autorités allemandes, dès que possible, de tout changement important dans les besoins concernant les services publics (gaz, eau, électricité, égouts).

4. — Lors de l'établissement d'un programme, le Comité Mixte des Fournitures devra tenir compte des besoins essentiels de la défense, des besoins dans le domaine de l'exportation et des besoins civils. Le Comité établira et dressera une liste de marchandises, de matériels et de services qui ne peuvent être fournis en quantité suffisante. Il pourra demander une nomenclature détaillée des produits qui nécessitent des quantités importantes de ces marchandises, matériels ou services.

5. — Les autorités des Puissances intéressées sont habilitées, dans le cadre du paragraphe 1 du présent Article, à se procurer directement les marchandises, les matériels et les services, y compris les services de constructions, conformément à la procédure normale en matière de contrats; sinon, et sur demande, ces biens seront fournis par les autorités allemandes. La République Fédérale accepte de prendre les mesures appropriées pour assurer que les besoins des Forces bénéficient, par rapport aux besoins dans le domaine des exportations et aux besoins intérieurs, n'ayant pas trait à la défense, de toute la priorité qui s'avérerait nécessaire pour assurer en temps utile l'approvisionnement satisfaisant des Forces.

(6) Beabsichtigen die Behörden der beteiligten Macht im Rahmen der vereinbarten Programme, Aufträge zur Beschaffung von Sach- oder Werkleistungen, die in den Listen über Beschaffungsengpässe enthalten sind, unmittelbar zu vergeben, so unterrichten sie hiervon die deutschen Behörden. Sind die deutschen Behörden der Ansicht, daß aus Gründen der Versorgung oder Kapazität bestimmte Firmen zur Vorlage von Angeboten aufgefordert werden sollten, so benennen sie solche Firmen spätestens innerhalb von zwei Wochen. Die Behörden der beteiligten Macht berücksichtigen bei der endgültigen Auswahl der Lieferer diese Empfehlungen in gebührender Weise.

(7) Abschriften aller von den Behörden der beteiligten Macht im Rahmen der vereinbarten Programme unmittelbar vergebenen Aufträge werden den deutschen Behörden zur Kenntnisnahme übermittelt.

(8) Wenn der Bedarf der Streitkräfte an Sach- und Werkleistungen im Wege der Beschaffung durch die deutschen Behörden befriedigt wird, so sind die Behörden der beteiligten Macht berechtigt, ihren Bedarf in jeder Beziehung einschließlich dei Herstellungsvorschriften, der Lieferzeiten und anderer wesentlicher Bedingungen zu spezifizieren. Die deutschen Behörden sorgen in Zusammenarbeit mit den Behörden der beteiligten Macht dafür, daß diese Bedingungen zur Zufriedenheit der Streitkräfte erfüllt werden. Die Behörden der beteiligten Macht können Angebote aus guten und zwingenden Gründen, über welche die deutschen Behörden zu unterrichten sind, zurückweisen. Die Fertigung wird durch die deutschen Behörden überwacht; Vertreter der beteiligten Macht sind berechtigt, an Fertigungsüberprüfungen teilzunehmen. Die Abnahme von dem Lieferer erfolgt durch die deutschen Behörden, jedoch nur nach schriftlicher Zustimmung der Behörden der beteiligten Macht.

(9) Sach- und Werkleistungen können von den Streitkräften nach Maßgabe der Bestimmungen von Absatz (1) dieses Artikels und von ihren Mitgliedern für ihren eigenen Gebrauch örtlich zu Bedingungen erworben werden, die nicht ungünstiger sind als die für die Bewohner der Bundesrepublik allgemein geltenden Bedingungen.

(10) Alle periodischen Bedarfsprogramme für die Versorgung der Streitkräfte mit Sach- und Werkleistungen, deren Durchführung bereits vor dem Inkrafttreten dieses Vertrages von den Behörden der beteiligten Macht eingeleitet worden war, und für die Leistungen zu diesem Zeitpunkt noch ausstehen, bleiben in Kraft und gelten als von dem Gemeinsamen Versorgungsausschuß aufgestellte Programme.

(11) Bewegliche Sachen, die aus RM- oder DM-Besatzungskosten oder Auftragsausgaben oder aus demjenigen Teil des Verteidigungsbeitrages der Bundesrepublik beschafft wurden,

6. When the authorities of the Power concerned intend to place orders, within the agreed programmes, by direct procurement for goods, materials or services listed as being in short supply, they shall inform the German authorities. If the German authorities should find that, for reasons of supply or capacity, certain firms should be invited to bid, they shall nominate such firms within two weeks at the latest. The authorities of the Power concerned shall take these recommendations into due account in arriving at a final choice of contractors.

7. Information copies of all orders placed directly by the authorities of the Power concerned within the agreed programmes shall be forwarded to the German authorities.

8. When the requirements of the Forces for goods, materials and services are satisfied through procurement by the German authorities, the authorities of the Power concerned shall be entitled to specify their requirements in all respects, including specifications, delivery periods and any other essential conditions. The German authorities, in cooperation with the authorities of the Power concerned, shall ensure that these conditions are met to the satisfaction of the Forces. The authorities of the Power concerned may reject any tender for good and cogent reasons, of which the German authorities shall be informed. Control of manufacturing shall be carried out by the German authorities; representatives of the Power concerned are entitled to participate in inspection. The acceptance of the fulfilment of a contract shall be given to the contractor by the German authorities only with the written consent of the authorities of the Power concerned.

9. The Forces, subject to the provisions of paragraph 1 of this Article, and also members of the Forces, may purchase goods and services locally for their own use under conditions not less favourable than those obtaining generally for residents of the Federal Republic.

10. All periodical requirement programmes for goods, materials and services for the support of the Forces, which have been initiated by the authorities of the Power concerned before the date of entry into force of the present Convention and in respect of which requirements are still outstanding at that date, shall remain valid and shall have effect as programmes established by the Joint Supply Board.

11. Goods procured from Reichsmark or Deutsche Mark occupation cost or mandatory expenditures funds, or from that part of the defence contribution of the Federal Republic which serves

6. — Lorsque les autorités de la Puissance intéressée auront l'intention de passer des ordres dans le cadre des programmes adoptés pour se procurer directement des marchandises, matériels ou services considérés comme ne pouvant être fournis qu'en quantité insuffisante, elles en informeront les autorités allemandes. Si les autorités allemandes estiment qu'en raison du ravitaillement ou de la capacité de production, certaines firmes doivent être invitées à faire des offres, elles désigneront ces firmes dans un délai de deux semaines au plus tard. Les autorités de la Puissance intéressée tiendront dûment compte de ces recommandations lors du choix définitif des fournisseurs.

7. — Des copies de toutes les commandes placées directement par les autorités des Forces intéressées, dans le cadre des programmes adoptés, seront transmises pour information aux autorités allemandes.

8. — Lorsque les besoins des Forces en marchandises, matériels et services seront satisfaits par l'intermédiaire des autorités allemandes, les autorités de la Puissance intéressée seront habilitées à spécifier leurs besoins sous tous leurs aspects, y compris les caractéristiques, les délais de livraison et toutes autres conditions essentielles. Les autorités allemandes, en coopération avec les autorités de la Puissance intéressée, doivent s'assurer que ces conditions sont remplies pour satisfaire les besoins des Forces. Les autorités de la Puissance intéressée pourront rejeter toute offre pour des raisons bonnes et impérieuses et en informeront les autorités allemandes. Le contrôle de la fabrication sera effectué par les autorités allemandes; des représentants de la Puissance intéressée seront habilités à participer à des inspections. Cependant, les autorités allemandes ne donneront décharge au fournisseur qu'après accord écrit des autorités de la Puissance intéressée.

9. — Les Forces, sous réserve des dispositions du paragraphe 1 du présent Article, et les membres des Forces peuvent se procurer sur le plan local des marchandises et des services, pour leur propre usage, à des conditions qui ne sont pas moins favorables que celles obtenues généralement par les habitants de la République Fédérale.

10. — Tous les programmes périodiques relatifs aux marchandises, matériels et services destinés à l'entretien des Forces, qui ont été établis par les autorités de la Puissance intéressée avant la date d'entrée en vigueur de la présente Convention et dont l'exécution n'est pas achevée à cette date, restent en vigueur et sont considérés comme des programmes établis par le Comité Mixte des Fournitures.

11. — Les marchandises acquises avec les fonds provenant des frais d'occupation ou des dépenses imposées en RM ou en DM, ou de la part de la contribution à la défense de la Répu-

der zur Versorgung der Streitkräfte dient, werden aus dem Bundesgebiet nur entfernt, wenn dies zur Versorgung der Streitkräfte aus militärischen Gründen erforderlich ist oder wenn es sich um militärische Ausrüstungen handelt, deren Mitnahme bei Verlegung militärischer Einheiten üblich ist. Sofern die Behörden der Streitkräfte feststellen, daß sie solche beweglichen Sachen nicht mehr benötigen, werden diese Sachen den deutschen Behörden übergeben, falls hinsichtlich der Verfügung über diese beweglichen Sachen zwischen den deutschen Behörden und den Behörden der Streitkräfte nichts anderes vereinbart wird.

to support the Forces, shall not be removed from the Federal territory except such as are required for military purposes for the support of the Forces, or unless it is such military equipment as is customary for military units to take with them on moving. Where the authorities of the Forces decide that they no longer require such goods, they shall be transferred to the German authorities, unless a different arrangement for the disposal of such goods is agreed between them.

blique Fédérale qui est consacrée à l'entretien des Forces, ne seront pas enlevées du territoire fédéral, si ce n'est pour tenir compte des nécessités militaires de l'entretien des Forces ou s'il s'agit de l'équipement militaire qu'il est d'usage pour une unité militaire d'emmener lorsqu'elle se déplace. Lorsque les autorités des Forces décideront qu'elles n'ont plus besoin de ces marchandises, celles-ci seront remises aux autorités allemandes, à moins qu'un arrangement différent pour la cession de ces marchandises ne soit conclu entre les autorités des Forces et les autorités allemandes.

Artikel 40
Bauleistungen

(1) Sofern vereinbart wird, daß ein Teil des Liegenschaftsprogrammes, wie es gemäß Artikel 38 dieses Vertrages vorgelegt wird, durch Neubauten zu decken ist, unterrichten die Behörden der Streitkräfte die deutschen Behörden in Zeitabständen, die mit der Programmaufstellung gemäß Artikel 39 dieses Vertrages abgestimmt sind, über ihre Bauprogramme, möglichst mit Einzelheiten über Art, Ausmaß, Lage und den erforderlichen Zeitpunkt der Fertigstellung für jedes einzelne Bauvorhaben und, soweit es notwendig wird, über ergänzende Einzelheiten und Änderungen. Die deutschen Behörden teilen den Behörden der Streitkräfte unverzüglich ihre Stellungnahme mit. Erforderlichenfalls finden gemeinsame Beratungen mit dem Ziele statt, ein Einvernehmen herbeizuführen, das den Streitkräften die Erfüllung ihrer Verteidigungsaufgabe ermöglicht.

(2) Die Durchführung der Bauvorhaben, die aus dem deutschen Verteidigungsbeitrag bezahlt werden, erfolgt durch die deutschen Baubehörden gemäß den deutschen Rechtsvorschriften und den für das Bauwesen geltenden Bestimmungen. Die Behörden der Streitkräfte stellen ihre spezifizierten Einzelanforderungen auf und teilen sie den deutschen Behörden mit; sie beteiligen sich an der Aufstellung der Pläne, der Ausschreibung, der Angebotseröffnung und der Vergebung der Aufträge; sie können Angebote aus guten und zwingenden Gründen, über welche die deutschen Behörden zu unterrichten sind, zurückweisen. Die Behörden der Streitkräfte können sich jederzeit über den Fortgang der Bauarbeiten unterrichten, die Bauunterlagen einsehen und Auskünfte verlangen. Die Behörden der Streitkräfte können zu jeder Zeit die Bauarbeiten besichtigen, üben jedoch die Überwachung des Bauvorhabens durch die deutschen Baubehörden aus. Soweit die Behörden der Streitkräfte nachträgliche Abweichungen von Verträgen verlangen, teilen sie den deutschen Behörden ihren Bedarf schriftlich mit. Die Abnahme der Bauleistung von dem Bauunternehmer erfolgt durch die deutschen Behörden, jedoch nur nach schriftlicher Zustimmung der Behörden der Streitkräfte.

Article 40
Building Services

1. When it has been agreed that a portion of the accommodation programmes submitted under Article 38 of the present Convention shall be met by new construction, the authorities of the Forces shall inform the appropriate German authorities, at intervals related to the programmes under Article 39, of their building programmes, furnishing if possible details of the character, extent, location and required completion date of construction for each project and, as far as becomes necessary, supplementary details and alterations. The German authorities shall, without delay, communicate their comments to the authorities of the Forces. If necessary, joint consultation shall thereupon take place for the purpose of achieving an agreement which will enable the Forces to meet their defence mission.

2. The implementation of the building projects to be paid for from the German defence contribution shall be carried out by the German building authorities according to German legal provisions and established building regulations. The authorities of the Forces shall establish and notify to the German authorities their requirements as to specifications, shall participate in the planning, the invitation and opening of tenders and the letting of contracts and may reject any tender for good and cogent reasons, of which the German authorities shall be informed. The authorities of the Forces may inform themselves of the progress of the building operations at any time, inspect building records and demand information. The authorities of the Forces may at any time inspect the building operations but shall exercise supervision of the project through the German building authorities. Where the authorities of the Forces require subsequent deviation from contracts, their requirements shall be communicated to the German authorities in writing. The acceptance of the fulfilment of a contract shall be given to the contractor by the German authorities only with the written consent of the authorities of the Forces.

Article 40
Services de constructions

1. — Lorsqu'il aura été admis qu'une tranche des programmes d'immeubles, soumise conformément à l'Article 38 de la présente Convention, nécessite de nouvelles constructions, les autorités des Forces informeront les autorités allemandes compétentes aux périodes correspondantes à l'établissement des programmes visés à l'Article 39 de la présente Convention, de leurs projets de construction en fournissant, si possible, pour chaque projet, tous détails sur les caractéristiques, l'étendue, l'emplacement, la date requise pour l'achèvement des travaux et, dans la mesure nécessaire, tous détails supplémentaires et toutes modifications proposées. Les autorités allemandes communiqueront sans délai leurs commentaires aux autorités compétentes des Forces. En cas de nécessité, des consultations communes auront lieu, en vue d'aboutir à un accord qui permettra aux Forces de faire face à leur mission de défense.

2. — Les projets de construction, dont le paiement est imputé à la contribution allemande à la défense, seront exécutés par les autorités allemandes en matière de constructions, conformément aux prescriptions du droit allemand et aux règlements en vigueur en la matière. Les autorités des Forces établiront leurs demandes relatives aux caractéristiques et en avertiront les autorités allemandes; elles participeront à l'établissement des plans, aux appels d'offres, à l'ouverture des plis et aux adjudications, et pourront rejeter tout ou partie des offres pour de bonnes et impérieuses raisons dont les autorités allemandes seront informées. Les autorités des Forces pourront s'informer, à tout moment, des progrès dans la construction, examiner les documents afférents à la construction et demander des renseignements. Les autorités des Forces pourront, à tout moment, inspecter les travaux de construction mais exerceront leur contrôle sur les travaux par l'intermédiaire des autorités allemandes en matière de construction. Si les autorités des Forces demandent des modifications ultérieures aux contrats, leurs besoins seront communiqués par écrit aux autorités allemandes. Cependant, les autorités allemandes ne donneront décharge au fournisseur qu'après accord écrit des autorités des Forces.

(3) Reparaturen und Instandhaltungsarbeiten werden von den deutschen Behörden durchgeführt, wenn dies von den Behörden der Streitkräfte in Übereinstimmung mit beiderseitigen Vereinbarungen beantragt wird. Die Bestimmungen des Absatzes (2) dieses Artikels finden entsprechende Anwendung.

(4) Nicht unter diesen Artikel fallen kleinere Bauvorhaben, Bauaufträge, die vor Inkrafttreten dieses Vertrages erteilt worden sind, oder Bauaufträge, über die besondere Absprachen getroffen worden sind. Der Begriff „kleinere Bauvorhaben" wird durch zweiseitige Vereinbarungen festgelegt.

3. Repairs and maintenance shall be carried out by German authorities if requested by the authorities of the Forces in accordance with mutual agreements. The provisions of paragraph 2 of this Article shall apply *mutatis mutandis.*

4. This Article shall not apply to minor building projects, to building orders which have been placed before the entry into force of the present Convention or to building orders as to which special understandings have been reached. The definition of minor building projects shall be fixed by bilateral agreement.

3. — Les réparations et l'entretien des immeubles seront assurés par les autorités allemandes si les autorités des Forces le demandent, conformément à des accords mutuels. Les dispositions du paragraphe 2 du présent Article s'appliqueront *mutatis mutandis.*

4. — Le présent Article ne s'appliquera pas aux projets de constructions de peu d'importance ou aux commandes de constructions qui auront été placées avant l'entrée en vigueur de la présente Convention, ni aux commandes de constructions qui auront fait l'objet d'accords spéciaux. Des accords bilatéraux définiront ce qu'il convient d'entendre par projets de constructions de peu d'importance.

Artikel 41
Verkehrsleistungen

(1) Die Streitkräfte sind berechtigt, die deutschen Verkehrsmittel auf Straßen, Eisenbahnen, Wasserstraßen und in der Luft für die Beförderung von Personen, Tieren und Material in das Bundesgebiet hinein, in ihm und aus ihm hinaus zu benutzen. Die Streitkräfte genießen dabei die bevorzugte Behandlung, die für eine befriedigende Erfüllung ihrer Verteidigungsaufgabe erforderlich und mit einem angemessenen Ausgleich zwischen ihrem daraus sich ergebenden Bedarf und dem wesentlichen zivilen und Verteidigungsbedarf der Bundesrepublik vereinbar ist. Sie sind berechtigt, Verträge über Verkehrsleistungen mit Verkehrsunternehmungen abzuschließen.

(2) Verkehrsleistungen der öffentlichen Verkehrsunternehmungen, die über den Rahmen der unter allgemein geltenden Verkehrsvorschriften freierhältlichen Leistungen hinausgehen, werden von den Transportbehörden der Streitkräfte, die für einen größeren Bereich zuständig sind, bei den deutschen Behörden beantragt. Das gleiche gilt für Verkehrsleistungen nichtöffentlicher Verkehrsunternehmungen, wenn sie den Rahmen der alltäglichen Leistungen überschreiten oder in Zeiten einer Verknappung von Transportmitteln fallen; eine Verknappung gilt als erwiesen, wenn die Transportleistungen für die zivile Wirtschaft Einschränkungen unterliegen. Einzelheiten und Verfahren werden durch besondere Vereinbarungen geregelt.

(3) Die Vorschriften der folgenden zwischen den Streitkräften und den deutschen Verkehrsbehörden vereinbarten technischen Abkommen und Arbeitsvereinbarungen, einschließlich des Abfertigungsverfahrens, mit den gegenseitig vereinbarten Nachträgen bleiben bis zum Zeitpunkt ihres Ablaufs in Kraft:

(a) Die drei Tarif- und Arbeitsvereinbarungen zwischen der deutschen Bundesbahn und den amerikani-

Article 41
Transport Services

1. The Forces shall be entitled to use the German road, rail, water and air transport facilities for the transportation of persons, animals and materials into, throughout and from the Federal territory. In this respect the Forces shall enjoy such preferential treatment as is necessary for the satisfactory fulfilment of their defence mission and as is consistent with the reasonable reconciliation of the requirements resulting thereform and the essential civilian and defence requirements of the Federal Republic. They shall be entitled to make contracts for transport services with transport undertakings.

2. Where the services required from public transport undertakings are in excess of those freely obtainable under generally applicable transport regulations, they shall be requested from the German authorities by the authorities of the Forces competent for transport matters for a major area. The same shall apply to transport services required from non-public transport undertakings, if these services are either in excess of routine services, or are required during periods of known short supply of transport as evidenced by restrictions placed on the furnishing of such transport services to the civilian economy. Details and procedure shall be regulated by special agreements.

3. The provisions of the following technical agreements and working arrangements, including documentation, between the Forces and the German transport authorities, as amended by mutual agreement, shall remain applicable until their dates of expiration:

(a) The three Tariff and Working Arrangements between the German Federal Railways and the United

Article 41
Services de transports

1. — Les Forces sont habilitées à utiliser les facilités de transports allemandes, par route, par rail, par eau et par air pour le transport de personnes, d'animaux et de matériel à l'intérieur du territoire fédéral, pour y entrer et pour en sortir. A cet égard, les Forces bénéficieront du traitement préférentiel qui s'avérera nécessaire pour leur permettre de remplir de manière satisfaisante leur mission de défense et qui sera compatible avec une conciliation raisonnable des besoins résultant de cette mission et des besoins essentiels civils et de défense de la République Fédérale. Elles sont habilitées à passer des contrats de services de transports avec des entreprises de transports.

2. — Lorsque les services demandés à des entreprises de transports publics excèdent ceux qu'il est possible d'obtenir librement en vertu des règlements généralement applicables en matière de transports, ces services sont demandés aux autorités allemandes par les autorités des Forces compétentes en matière de transports pour une région importante. Les mêmes dispositions s'appliquent pour les services de transports demandés à des entreprises de transports privés, si ces services dépassent les services courants ou sont nécessaires pendant des périodes où peut se faire sentir une pénurie de moyens de transports; l'existence de cette pénurie sera prouvée lorsque les services de transports du secteur civil subiront des restrictions. Des accords particuliers régleront les détails d'application et la procédure à suivre.

3. — Les dispositions des conventions techniques et des accords de travail suivants, y compris des formalités d'expédition, intervenus entre les Forces et les autorités de transports allemandes et modifiées par accord mutuel, resteront applicables jusqu'à leur date d'expiration :

(a) les trois accords de tarifs et d'exploitation entre les chemins de fer fédéraux et les Forces américaines,

schen, britischen und französischen Streitkräften vom 31. März 1950, 1. April 1950 und 1. September 1950;

(b) die beiden Abkommen zwischen dem amerikanischen und dem britischen Heer und der Deutschen Schlafwagen- und Speisewagen-Gesellschaft vom 30. April 1950 und 19. Dezember 1950;

(c) die Abkommen der alliierten Streitkräfte mit der Vereinigten Tanklager und Transportmittel G.m.b.H., dem Bundesministerium für Verkehr und dem Bundesministerium der Finanzen vom 13. September 1951, 17. Dezember 1951 und 27. Februar 1952.

Die vorstehenden Abkommen unterliegen auf Antrag der Bundesrepublik oder der Drei Mächte vor dem Ablauf ihrer Gültigkeit einer Überprüfung und Änderung, soweit sie dem Grundgedanken dieses Vertrages nicht entsprechen. Falls sie nicht durch gegenseitige Vereinbarung über ihre zur Zeit laufende Geltungsfrist hinaus erneuert werden, werden rechtzeitig entsprechende Abkommen über die nach ihrem Ablauf geltenden Leistungsbedingungen geschlossen, die mit den Bedürfnissen der Streitkräfte und der dienstlichen Stellung ihrer Mitglieder bei der Durchführung der Verteidigungsaufgabe der Streitkräfte vereinbar sind.

(4) Die Streitkräfte machen den deutschen Behörden so frühzeitig wie möglich Mitteilung über den Bedarf ihres Militärverkehrs.

(5) Die Streitkräfte sind berechtigt, bei Inkrafttreten dieses Vertrages alle Verkehrsmittel und -einrichtungen zu behalten, die bisher ihrem Gebrauch vorbehalten waren, vorbehaltlich einer gemeinsamen Überprüfung dieser Benutzung gemäß den Grundsätzen dieses Vertrages.

(6) Die Mitglieder der Streitkräfte sind berechtigt, die deutschen Verkehrsmittel im Rahmen der allgemein geltenden Verkehrsvorschriften zu benutzen.

(7) Reichen die vorhandenen Verkehrsmittel und -einrichtungen zur Befriedigung des Bedarfs der Streitkräfte nicht aus, so erweitern die deutschen Behörden auf einen durch die obersten Kommandostellen der betreffenden Streitkräfte genehmigten Antrag in dem erforderlichen Umfang die vorhandenen Verkehrsmittel und -einrichtungen, ändern sie oder errichten neue. Absatz (4) dieses Artikels findet entsprechende Anwendung.

(8) Die Streitkräfte sind berechtigt, innerhalb ihrer Anlagen Verkehrseinrichtungen zu errichten, soweit dadurch die öffentliche Sicherheit und Ordnung außerhalb der Anlagen nicht beeinträchtigt wird. Vor Durchführung solcher Bauvorhaben werden die deutschen Behörden in angemessener Weise konsultiert.

States, British and French Forces of 31 March 1950, 1 April 1950 and 1 September 1950 respectively;

(b) The two agreements between the United States and British Armies and the Deutsche Schlafwagen- und Speisewagen-Gesellschaft of 30 April 1950 and 19 December 1950 respectively;

(c) The agreements between the Allied Forces and the Vereinigte Tanklager und Transportmittel G.m.b.H. and the Federal Ministries for Transport and Finance of 13 September 1951, 17 December 1951 and 27 February 1952.

The provisions of these agreements shall be subject to review and modification at the request of either the Federal Republic or the Three Powers prior to their termination dates where they are inconsistent with the present Convention. If any of these agreements is not renewed by mutual consent beyond its present period of validity, timely agreement shall be reached upon the respective conditions of service to be effective after its termination, which conditions shall be consistent with the needs of the Forces and the conditions of service of their members in the performance of the defence mission of the Forces.

4. The Forces shall give the German transport authorities as much advance notice of their military movements' requirements as practicable.

5. The Forces shall, upon the entry into force of the present Convention, have the right to retain any transport facilities and equipment hitherto reserved for their use, subject to joint re-examination of such use under the principles of the present Convention.

6. Members of the Forces shall be entitled to use German transport facilities within the scope of the generally valid traffic regulations.

7. Where the existing transport facilities or equipment already available or construct new facilities or of the Forces, the German authorities shall, on request approved by the highest Headquarters of the Forces concerned, extend or modify existing facilities or equipment already available or construct new facilities or equipment to the extent required. Paragraph 4 of this Article shall apply *mutatis mutandis.*

8. The Forces shall be entitled to undertake the construction of transport facilities within their installations insofar as public safety and order outside such installations are not thereby prejudiced. Prior to the execution of such work appropriate consultations shall take place with the German authorities.

britanniques et françaises des 31 mars 1950, 1er avril 1950 et 1er septembre 1950;

(b) les deux accords entre les armées américaine et britannique et la Deutsche Schlafwagen- und Speisewagengesellschaft, en date des 30 avril 1950 et 19 décembre 1950;

(c) les accords entre les Forces alliées d'une part et, d'autre part, les Vereinigten Tanklager und Transportmittel G.m.b.H., le Ministre Fédéral des Transports et le Ministre Fédéral des Finances des 13 septembre 1951, 17 décembre 1951 et 27 février 1952.

Les dispositions de ces accords seront révisées et modifiées à la demande, soit de la République Fédérale, soit des Trois Puissances avant leur date d'expiration, si elles s'avèrent incompatibles avec la présente Convention. Si l'un quelconque de ces accords n'est pas révisé par consentement mutuel, après sa période actuelle de validité, un arrangement devra intervenir en temps utile sur les conditions de service à appliquer après l'expiration de l'accord en cause; ces conditions seront compatibles avec les besoins des Forces et les conditions de service de leurs membres dans l'exécution de la mission de défense des Forces.

4. — Les Forces informeront, aussitôt que possible, les autorités de transports allemandes de leurs besoins en matière de transports militaires.

5. — Les Forces auront le droit, lors de l'entrée en vigueur de la présente Convention, de conserver tous services, moyens fixes et matériels de transports jusque là réservés à leur usage, sous réserve que cet usage fasse l'objet d'un nouvel examen en commun, conformément aux principes de la présente Convention.

6. — Les membres des Forces sont autorisés à utiliser les facilités de transports allemandes, dans le cadre des règlements généraux en vigueur en matière de circulation.

7. — Lorsque les services, moyens fixes et matériels de transports existants et disponibles ne sont pas suffisants pour faire face aux besoins des Forces, les autorités allemandes, sur demande approuvée par l'Etat-Major le plus important des Forces intéressées, accroîtront ou modifieront les facilités existantes, ou les équipements déjà disponibles ou établiront de nouvelles facilités ou équipements dans la mesure nécessaire. Le paragraphe 4 du présent Article s'applique *mutatis mutandis.*

8. — Les Forces sont habilitées à entreprendre la construction de facilités de transports à l'intérieur de leurs installations pour autant que la sécurité publique et l'ordre public hors de ces installations ne s'en trouveront pas menacés. Avant l'exécution de ces travaux les autorités allemandes seront dûment consultées.

(9) Die Streitkräfte können mit der zuständigen obersten Bundesbehörde Vereinbarungen treffen für den dienstlichen Gebrauch der besonderen deutschen Fernsprechnetze durch die Behörden der Streitkräfte, die für die Durchführung des Militärverkehrs verantwortlich sind, vorausgesetzt, daß dieser Gebrauch den Betrieb dieser Netze nicht beeinträchtigt.

9. The Forces may conclude agreements with the highest appropriate Federal authority for the official use, by the authorities of the Forces responsible for the arrangement of military movements, of German specialized telecommunications systems, provided that such use does not prejudice the operation of those systems.

9. — Les Forces peuvent conclure des accords avec la plus haute autorité fédérale compétente pour l'usage, à titre officiel, par les autorités des Forces responsables de l'organisation des mouvements militaires, des systèmes spécialisés allemands de télécommunications, sous réserve que cet usage ne porte aucun préjudice au bon fonctionnement de ces systèmes.

Artikel 42
Post- und Fernmeldeleistungen

(1) Die öffentlichen Dienste des Post- und Fernmeldewesens der Bundesrepublik stehen den Streitkräften und deren Mitgliedern zur Verfügung. Die Streitkräfte genießen dabei die bevorzugte Behandlung, die für eine befriedigende Erfüllung ihrer Verteidigungsaufgabe erforderlich und mit einem angemessenen Ausgleich zwischen ihrem daraus sich ergebenden Bedarf und dem wesentlichen zivilen und Verteidigungsbedarf der Bundesrepublik vereinbar ist. Bis zum 30. Juni 1953 bleiben die bei Inkrafttreten dieses Vertrages geltenden Leistungsbedingungen in Anwendung. Diese Leistungsbedingungen unterliegen bis zum 30. Juni 1953 einer Überprüfung und Abänderung auf Antrag der Bundesrepublik oder der Drei Mächte, soweit sie dem Grundgedanken dieses Vertrages nicht entsprechen. Es wird rechtzeitig ein Abkommen über die nach dem 30. Juni 1953 geltenden Leistungsbedingungen geschlossen, die mit den Bedürfnissen der Streitkräfte und der dienstlichen Stellung ihrer Mitglieder bei der Durchführung der Verteidigungsaufgabe der Streitkräfte vereinbar sind.

(2) Auf Antrag werden den Streitkräften für dauernde oder vorübergehende Zwecke Fernmeldestromkreise unter den in Absatz (1) dieses Artikels genannten Bedingungen zur ausschließlichen Benutzung überlassen.

(3) Reichen die deutschen öffentlichen Post- und Fernmeldeeinrichtungen zur Befriedigung des Bedarfs der Streitkräfte nicht aus, so erweitern die deutschen Behörden auf Antrag bevollmächtigter Vertreter der höchsten Kommandoinhaber der Streitkräfte in dem erforderlichen Umfang die vorhandenen Einrichtungen oder errichten neue Die Streitkräfte machen den deutschen Behörden so frühzeitig wie möglich Mitteilung über diesen Bedarf. Der Betrieb derartiger Einrichtungen ist Sache der Bundesrepublik, soweit nichts anderes vereinbart wird.

(4) Die Bestimmungen des Artikels 48 dieses Vertrages finden auf die bisher von den Streitkräften benutzten Fernmeldeeinrichtungen und -ausrüstungen entsprechende Anwendung.

(5) Fernmeldeeinrichtungen innerhalb Deutschlands, die den Streitkräften gehören, können der Bundesrepublik zur Verfügung gestellt werden, soweit die

Article 42
Communications Services

1. The public services of the posts and telecommunications system of the Federal Republic shall be available to the Forces and their members. In this respect the Forces shall enjoy such preferential treatment as is necessary for the satisfactory fulfilment of their defence mission and is consistent with the reasonable reconciliation of the requirements resulting therefrom and the essential civilian and defence requirements of the Federal Republic. Until 30 June 1953 the conditions of service effective on the entry into force of the present Convention shall be applicable. These conditions of service shall be subject to review and modification at the request of either the Three Powers or the Federal Republic prior to 30 June 1953, where these conditions are inconsistent with the present Convention. Timely agreement shall be reached upon the conditions of service to be effective after 30 June 1953, which conditions shall be consistent with the needs of the Forces and the conditions of service of their members in the performance of the defence mission of the Forces.

2. Upon demand, the Forces shall receive for permanent or temporary purposes telecommunications circuits for their exclusive use under the conditions set forth in paragraph 1 of this Article.

3. In case the German public post and telecommunications facilities are not sufficient to meet the requirements of the Forces, the German authorities will, upon request by authorized representatives of the highest comanding officers of the Forces, enlarge the existing facilities or erect new facilities to the extent necessary. The Forces shall give the German authorities as much advance notice of these requirements as practicable. Such facilities shall be operated by the Federal Republic unless otherwise mutually agreed.

4. The provisions of Article 48 of the present Convention shall apply *mutatis mutandis* to communications facilities and equipment hitherto used by the Forces.

5. Communications facilities within Germany belonging to the Forces may be made available to the Federal Republic when such facilities are

Article 42
Services de transmissions

1. — Les services publics des postes et télécommunications de la République Fédérale sont à la disposition des Forces et de leurs membres. A cet égard, les Forces bénéficieront du traitement préférentiel qui s'avérera nécessaire pour accomplir, de manière satisfaisante, leur mission de défense et qui est compatible avec une conciliation raisonnable des besoins résultant de cette mission et des besoins essentiels civils et de défense de la République Fédérale. Jusqu'au 30 juin 1953, les conditions d'usage applicables lors de l'entrée en vigueur de la présente Convention restent valables. Ces conditions d'usage seront soumises à révision et à modification, à la demande, soit de la République Fédérale, soit des Trois Puissances, avant le 30 juin 1953, dans la mesure où ces conditions s'avéreraient incompatibles avec la présente Convention. En temps utile, un accord interviendra sur les conditions d'usage à appliquer après le 30 juin 1953; ces conditions doivent être compatibles avec les besoins des Forces et les conditions de service de leurs membres dans l'exécution de la mission de défense des Forces.

2. — Sur leur demande, les Forces recevront, à des fins permanentes ou temporaires, des circuits de télécommunications pour leur usage exclusif, dans les conditions visées au paragraphe 1 du présent Article.

3. — Lorsque les facilités publiques allemandes, en matière de postes et télécommunications, ne sont pas suffisantes pour faire face aux besoins des Forces, les autorités allemandes, à la demande des représentants dûment mandatés du Haut Commandement des Forces, étendront les facilités existantes ou établiront de nouvelles facilités dans la mesure nécessaire. Les Forces aviseront au préalable, et aussitôt que possible, les autorités allemandes de leurs besoins. Ces facilités seront exploitées par la République Fédérale, à moins qu'il n'en soit décidé autrement à la suite d'un accord.

4. — Les dispositions des paragraphes 1 et 2 de l'Article 48 de la présente Convention s'appliquent *mutatis mutandis* aux facilités, moyens et matériels de transmissions utilisés jusqu'à présent par les Forces.

5. — Les facilités de transmissions en Allemagne, appartenant aux Forces, pourront être mises à la disposition de la République Fédérale lors-

Streitkräfte bestimmen, daß diese Einrichtungen verfügbar sind. Die im Absatz (1) dieses Artikels erwähnten Leistungsbedingungen finden auf diese Einrichtungen entsprechende Anwendung.

available as determined by the Forces. The conditions of service referred to in paragraph 1 of this Article shall apply *mutatis mutandis* to such facilities.

que les Forces estimeront qu'elles deviennent disponibles. Les conditions d'usage visées au paragraphe 1 du présent Article s'appliqueront *mutatis mutandis* à ces facilités.

Artikel 43
Sonstige öffentliche Dienste

(1) Die Streitkräfte und ihre Mitglieder sind berechtigt, deutsche öffentliche und Verwaltungsdienste, die an keiner anderen Stelle dieses Vertrages besonders erwähnt sind, in dem Ausmaße zu benutzen oder zu erhalten, in dem dies für die Verteidigungsaufgabe der Streitkräfte erforderlich ist oder in dem die Bewohner der Bundesrepublik diese gewöhnlich erhalten.

(2) Auf dem Gebiet der Meteorologie und Kartographie arbeiten die deutschen Behörden und die Behörden der Streitkräfte zusammen, um die Verteidigungserfordernisse der Streitkräfte zu befriedigen.

Article 43
Other Public Services

1. The Forces and their members are entitled to use or receive German public and administrative services not specifically provided for elsewhere in the present Convention, to the extent required by the defence mission of the Forces or normally received by the residents of the Federal Republic.

2. The authorities of the Forces and the German authorities shall co-operate in the meteorological and cartographical fields in order to fulfil the defence requirements of the Forces.

Article 43
Autres services publics

1. — Les Forces et leurs membres sont habilités à utiliser les services publics et administratifs allemands non expressément visés dans d'autres articles de la présente Convention ou à en bénéficier dans la mesure requise pour l'accomplissement de leur mission de défense ou dans les conditions auxquelles les habitants de la République Fédérale bénéficient normalement desdits services.

2. — Les autorités des Forces et les autorités allemandes devront collaborer dans les domaines météorologique et cartographique pour satisfaire aux besoins de défense des Forces.

Artikel 44
Arbeitskräfte

(1) Die Streitkräfte melden möglichst frühzeitig ihren Bedarf an zivilen Arbeitskräften bei den zuständigen deutschen Behörden an und erhalten im Regelfall die Arbeitskräfte durch deren Vermittlung. Den Mitgliedern der Streitkräfte stehen für die Beschaffung geeigneter ziviler Arbeitskräfte die Dienste der zuständigen deutschen Behörden zur Verfügung.

(2) Deutsche, die im Dienst der Streitkräfte arbeiten, unterliegen allen Verpflichtungen, die sich aus der Zugehörigkeit der Bundesrepublik zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft ergeben. Sie werden nur zu Diensten nicht-soldatischer Art einschließlich ziviler Wachdienste verwendet.

(3) Die für die deutschen Bundesbehörden maßgebenden arbeitsrechtlichen Vorschriften mit Ausnahme der tariflichen Bestimmungen gelten für die Beschäftigung bei den Streitkräften, soweit nicht dieser Artikel etwas anderes bestimmt. Erforderlichenfalls überprüft eine gemäß Absatz (10) dieses Artikels errichtete gemischte Kommission auf Antrag der höchsten Behörden der Streitkräfte, ob und inwieweit einzelne Vorschriften des deutschen Arbeitsrechts mit den militärischen Erfordernissen der Streitkräfte unvereinbar sind. Die Feststellungen dieser Kommission sind gemäß Artikel 3 dieses Vertrages durch die zuständigen deutschen Behörden in angemessener Weise zu berücksichtigen.

(4) Die Tätigke.. bei den Streitkräften gilt nicht als Tätigkeit im deutschen öffentlichen Dienst.

(5) Den deutschen Behörden obliegt im Einvernehmen mit den Behörden der Streitkräfte

Article 44
Labour

1. The Forces shall notify the competent German authorities as soon as possible of their requirements for civilian personnel and shall normally obtain labour through these authorities. The services of the competent German authorities shall be made available to members of the Forces for obtaining suitable civilian labour.

2. Germans who are working in the service of the Forces shall be subject to all obligations arising from the membership of the Federal Republic in the European Defence Community. They shall only be engaged on services of a non-combatant character including civilian guard duties.

3. German labour law, as applicable to the Federal authorities, with the exception of tariff regulations, shall apply to work with the Forces except as otherwise provided in this Article. When necessary, a Mixed Commission, established under paragraph 10 of this Article, shall, at the request of the highest authorities of the Forces, examine whether and to what extent particular provisions of German labour law are inconsistent with the military needs of the Forces. The findings of this Commission shall be duly taken into account by the appropriate German authorities in accordance with Article 3 of the present Convention.

4. Work with the Forces shall not be deemed employment with the German public service.

5. The German authorities, in agreement with the authorities of the Forces, shall

Article 44
Main-d'œuvre

1. — Les Forces font part le plus tôt possible aux autorités allemandes compétentes de leurs besoins en main-d'œuvre civile et obtiennent en règle normale la main-d'œuvre par l'entremise de ces autorités. Les services des autorités allemandes compétentes sont à la disposition des membres des Forces pour leur procurer la main-d'œuvre civile convenant à leurs besoins.

2. — Les Allemands au service des Forces sont soumis à toutes les obligations résultant de l'adhésion de la République Fédérale à la Communauté Européenne de Défense. Ils ne remplissent que des fonctions de non combattants, y compris les services de garde civile.

3. — La législation allemande du travail, à laquelle se conforment les autorités fédérales allemandes, à l'exclusion des règlements concernant les tarifs, s'applique aux conditions de travail auprès des Forces, sauf dans la mesure où le présent Article en dispose autrement. Si besoin est, une Commission Mixte, établie conformément au paragraphe 10 du présent Article, à la demande du Haut Commandement des Forces, examine si, et dans quelle mesure, des dispositions particulières de la législation allemande du travail sont incompatibles avec les besoins militaires des Forces. Les autorités allemandes compétentes tiennent dûment compte des décisions de cette Commission conformément à l'Article 3 de la présente Convention.

4. — Les emplois auprès des Forces ne sont pas considérés comme des emplois auprès des services publics allemands.

5. — Il appartient aux autorités allemandes, en accord avec les autorités des Forces:

(a) die Festlegung der den einzelnen Arbeitsverhältnissen zugrunde zu legenden Arbeitsbedingungen einschließlich der Löhne, der Gehälter und der Einordnung der einzelnen Tätigkeitsarten in Lohn- und Gehaltsgruppen, sowie gegebenenfalls der Abschluß von Tarifverträgen,

(b) die Regelung des Entlohnungsverfahrens.

(6) Die Behörden der Streitkräfte haben gegenüber den Arbeitskräften die Befugnis zur Einstellung, Zuweisung des Arbeitsplatzes, Ausbildung, Versetzung im Einvernehmen mit dem Arbeitnehmer, Kündigung und Entgegennahme von Kündigungen.

(7) Die Behörden der Streitkräfte bestimmen die Zahl und Art der benötigten Arbeitsplätze gemäß der Einordnung der Tätigkeitsarten im Sinne des Unterabsatzes (a) des Absatzes (5) dieses Artikels. Der einzelne Arbeitnehmer wird durch die Behörden der Streitkräfte in vorläufiger Weise in die entsprechende Lohn- oder Gehaltsgruppe eingestuft. Diese Einstufung unterliegt der Zustimmung der zuständigen deutschen Behörden. Die Zustimmung gilt als gegeben, wenn die deutsche Behörde nicht innerhalb von zwei Wochen nach Zugang der vorläufigen Einstufung widerspricht. In derartigen Fällen wird die entsprechende Einstufung im Benehmen zwischen den Behörden der Streitkräfte und den deutschen Behörden entschieden. Das Arbeitsentgelt für die Zeit der vorläufigen Einstufung wird gemäß der endgültigen Einstufung gezahlt. Der Arbeitnehmer wird bei der vorläufigen Einstufung darauf hingewiesen.

(8) Ansprüche der einzelnen Arbeitnehmer aus der Beschäftigung bei den Streitkräften richten sich gegen die Bundesrepublik. Sie unterliegen der deutschen Arbeitsgerichtsbarkeit. In Rechtsstreitigkeiten wegen Kündigungen aus Sicherheitsgründen entscheidet jedoch auf Antrag der hierfür bestimmten Behörden der Streitkräfte eine gemäß Absatz (10) dieses Artikels errichtete gemischte Kommission mit bindender Wirkung für die deutschen Arbeitsgerichte über die Frage, ob die Kündigung als fristlose oder fristgemäße gerechtfertigt ist. Der Antrag ist unverzüglich zu stellen, spätestens jedoch innerhalb eines Monats, nachdem die Mitteilung über die Klageerhebung bei den Behörden der Streitkräfte eingegangen ist. Der Beteiligte hat Anspruch darauf, vor der Kommission tatsächliche und rechtliche Ausführungen zu machen.

(9) Die bei den Streitkräften Beschäftigten können zur Wahrnehmung ihrer Interessen Betriebsräte bilden, deren Aufgabe es ist, Vorschläge zu machen und Anliegen oder Beschwerden bei den zuständigen Behörden der Streitkräfte vorzubringen. Die Betriebsräte

(a) establish the terms and conditions of employment, including wages, salaries and job groupings (which shall serve as the basis for individual working agreements), and may conclude tariff agreements;

(b) regulate payment procedures.

6. The authorities of the Forces have, in connection with the labour referred to in this Article, the rights of engagement, placement, training, transfer with the consent of the worker, dismissal and acceptance of resignations.

7. The authorities of the Forces shall determine the number of jobs required and classify such jobs in accordance with the job groupings established under subparagraph (a) of paragraph 5 of this Article. The individuals to fill such jobs shall be provisionally classified by the authorities of the Forces into the appropriate wage and salary groups. The latter classification shall be subject to the approval of the competent German authorities. Such approval shall be deemed to have been given, unless the German authorities notify an objection within two weeks of the date of receipt of notification of the provisional classification. In such cases the appropriate classification shall be determined by consultation between the authorities of the Forces and the German authorities. The remuneration for the period covered by the provisional classification shall be paid according to the final classification. The worker shall be so informed at the time of the provisional classification.

8. Claims of individuals workers arising out of work with the Forces shall be lodged against the Federal Republic. They shall be subject to German labour jurisdiction. However, in disputes arising out of dismissals on security grounds, a Mixed Commission, established under paragraph 10 of this Article, shall, upon request of the designated authorities of the Forces, determine whether the dismissal with or without notice was justified; the decision shall be binding on German labour courts. Such request shall be made without delay and at the latest within one month after notification to the authorities of the Forces of the filing of the suit. The individual concerned shall be entitled to make a factual or legal statement before the Commission.

9. For the protection of their interests, those engaged on work with the Forces may set up Works Councils, whose task shall be to make suggestions and to present grievances or complaints to the appropriate authorities of the Forces. Such Coun-

(a) de fixer les conditions de travail, y compris les salaires, les traitements et les échelles de classement des catégories professionnelles (qui serviront de base aux contrats de travail individuels) ainsi que de conclure des conventions collectives;

(b) de déterminer les modalités de paiement des salaires.

6. — Les autorités des Forces ont le droit de procéder, en ce qui concerne la main-d'œuvre visée au présent article, à l'embauchage, à l'affectation, à la formation professionnelle, aux mutations avec le consentement des salariés, aux licenciements et à l'acceptation des démissions.

7. — Les autorités des Forces fixent le nombre des emplois nécessaires et classent ces emplois conformément au plan de classement des catégories professionnelles prévu à l'alinéa (a) du paragraphe 5 du présent Article. Les autorités des Forces intéressées classent provisoirement chaque salarié dans l'échelon de salaire ou de traitement correspondant au travail qu'il accomplit. Ce classement est sujet à l'approbation de l'autorité allemande compétente. L'approbation est considérée comme acquise si l'autorité allemande ne fait pas opposition dans un délai de deux semaines après réception de la notification du classement provisoire. En cas d'opposition, il sera procédé au classement par voie de consultation entre les autorités des Forces intéressées et les autorités allemandes. La rémunération pour la période de classement provisoire sera versée conformément au classement définitif. Le salarié sera informé de cette disposition au moment de son classement provisoire.

8. — Les réclamations présentées par des travailleurs individuels, au cours de leur emploi par les Forces, seront formulées à l'encontre de la République Fédérale. Elles seront soumises à la juridiction allemande du travail. Cependant, en ce qui concerne les litiges résultant du licenciement pour des motifs de sécurité, une Commission Mixte, établie conformément au paragraphe 10 du présent Article, déterminera, sur la demande des autorités désignées des Forces, si le licenciement, avec ou sans préavis, était justifié. Les décisions lieront les tribunaux allemands du travail. Ces demandes doivent être présentées sans délai et au plus tard un mois après la notification de la plainte aux autorités des Forces. Les intéressés sont admis à faire devant la Commission des déclarations de fait ou des dépositions en forme légale.

9. — En vue de protéger leurs intérêts, les salariés employés par les Forces peuvent établir des conseils d'entreprises dont la tâche sera de faire des suggestions et de présenter des doléances et des réclamations aux autorités compétentes des Forces. Ces

haben Anspruch darauf, von den zuständigen Behörden der Streitkräfte gehört zu werden. Anliegen und Beschwerden, die auf diese Weise nicht behoben werden, können den zuständigen deutschen Behörden zur weiteren Beratung mit den Behörden der Streitkräfte zugeleitet werden.

(10) Die in den Absätzen (3) und (8) dieses Artikels vorgesehenen gemischten Kommissionen bestehen aus einer gleichen Anzahl von Vertretern der Behörden der Bundesrepublik und Vertretern der zuständigen Behörden derjenigen der Drei Mächte, auf welche die Bestimmungen dieses Artikels Anwendung finden. Die Kommissionen entscheiden mit Stimmenmehrheit; sie geben sich ihre eigenen Verfahrensordnungen, die auch Bestimmungen über die Tätigkeit von Unterausschüssen enthalten können. Falls eine Kommission oder ein Unterausschuß keine Entscheidung durch Mehrheitsbeschluß erzielen kann, ernennen die Bundesrepublik und die beteiligte Macht oder die beteiligten Mächte ein weiteres Mitglied, das an der Entscheidung teilnimmt.

Artikel 45
Zivile Dienstgruppen

(1) Die Streitkräfte sind berechtigt, Dienstgruppen zu unterhalten, die sich aus nichtdeutschen Staatsangehörigen zusammensetzen.

(2) Bestehende zivile Dienstgruppen, die sich aus Deutschen zusammensetzen, werden

(a) im Benehmen mit den zuständigen Behörden der Bundesrepublik spätestens vierundzwanzig Monate nach Inkrafttreten dieses Vertrages aufgelöst. Die Bundesrepublik und die Drei Mächte treten vor dem Ende der Übergangsperiode in Verhandlungen ein, um Maßnahmen zu treffen, die gewährleisten sollen, daß die Stärke und die Schlagkraft der Streitkräfte infolge dieser Auflösung nicht beeinträchtigt werden;

(b) nicht zu Diensten außerhalb des Bundesgebietes verwendet.

(3) Artikel 44 dieses Vertrages findet Anwendung, soweit in diesem Artikel nicht etwas anderes vorgesehen ist.

(4) Den Mitgliedern der zivilen Dienstgruppen kann als Teil des Arbeitsentgelts Kost und Unterkunft gewährt werden. Es kann von ihnen verlangt werden, daß sie während der Arbeitszeit, soweit es angebracht ist, einheitliche Arbeitskleidung tragen.

(5) Die bei Inkrafttreten dieses Vertrages geltenden Arbeitsbedingungen im Sinne des Unterabsatzes (a) des Absatzes (5) des Artikels 44 werden alsbald im Einvernehmen zwischen den deutschen Behörden und den Behörden der Streitkräfte überprüft und im wesentlichen einheitlich festgelegt.

cils shall be entitled to be heard by the appropriate authorities of the Forces. Grievances or complains not resolved in this manner may be referred to the competent German authorities for further discussion with the authorities of the Forces.

10. The Mixed Commissions referred to in paragraphs 3 and 8 of this Article shall be composed equally of representatives of the appropriate authorities of those of the Three Powers to which the provisions of this Article apply and of representatives of the Federal Republic. They shall decide by majority vote; they shall establish their own rules of procedure, which may include provisions for action by sub-committees. If a Commission or sub-committee can not reach a decision by majority vote, the Power or Powers concerned and the Federal Republic shall appoint an individual who shall participate in the decision.

Article 45
Civilian Service Units

1. The Forces shall have the right to maintain civilian service organizations consisting of non-German nationals.

2. The existing civilian service organizations consisting of Germans

(a) shall be disbanded in co-operation with the competent authorities of the Federal Republic not later than at the end of the two-year period commencing on the entry into force of the present Convention. The Three Powers and the Federal Republic shall enter into discussions before the end of this period with a view to taking measures to ensure that the strength and effectiveness of the Forces shall not be impaired as a result of such disbandment;

(b) shall not be required to serve outside the Federal territory.

3. Article 44 of the present Convention shall apply except as otherwise provided in this Article.

4. Members of the civilian service organizations may receive housing and subsistence as a part of their remuneration. When at work, they may be required to wear uniform working clothing when appropriate.

5. The terms and conditions of employment, within the meaning of sub-paragraph (a) of paragraph 5 of Article 44 of the present Convention, in effect on the entry into force of the present Convention shall as soon as possible be reviewed and made broadly uniform by agreement between the authorities of the Forces and the German authorities.

conseils auront le droit d'être entendus par les autorités compétentes des Forces. Les doléances et réclamations qui ne seront pas réglées par cette voie pourront être transmises aux autorités allemandes compétentes pour discussion ultérieure avec les autorités des Forces.

10. — Les Commissions Mixtes visées aux paragraphes 3 et 8 du présent Article, se composeront en nombre égal de représentants des autorités compétentes de celles des Trois Puissances auxquelles les dispositions du présent Article s'appliquent et de représentants de la République Fédérale. Elles prendront leurs décisions à la majorité; elles établiront leur propre règlement qui pourra inclure des dispositions autorisant la création de sous-comités. Si la Commission ou un Sous-Comité ne peut pas parvenir à une décision à la majorité des voix, la Puissance ou les Puissances intéressées et la République Fédérale désigneront une personnalité qui participera au vote.

Article 45
Unités de services civils

1. — Les Forces ont le droit de conserver des organisations de services civils composées de ressortissants non allemands.

2. — Les organisations de services civils existantes composées de ressortissants allemands:

(a) seront dissoutes en coopération avec les autorités compétentes de la République Fédérale vingt-quatre mois au plus tard après l'entrée en vigueur de la présente Convention. Avant la fin de cette période, la République Fédérale et les Trois Puissances entameront des négociations en vue de prendre des mesures pour assurer que les effectifs et l'efficacité des Forces ne seront pas affectés par une telle dissolution;

(b) ne devront pas être appelées à servir hors du territoire fédéral.

3. — L'Article 44 de la présente Convention s'applique sous réserve des dispositions du présent Article.

4. — Les membres de ces organisations de services civils peuvent recevoir une partie de leur salaire en nature sous forme de logement et de nourriture. Au cours de leur travail, il peut leur être demandé, le cas échéant, de porter des vêtements de travail uniformes.

5. — Les salaires et conditions d'emploi, au sens de l'Article 44 paragraphe 5 (a) de la présente Convention, applicables à la date d'entrée en vigueur de la présente Convention, seront révisés et dans une certaine mesure uniformisés, le plus tôt possible, par accord entre les autorités des Forces intéressées et les autorités allemandes.

(6) Die Behörden der Streitkräfte führen die Einstufung der Mitglieder der Dienstgruppen durch, teilen die Einstufung den zuständigen deutschen Behörden mit und berücksichtigen deren Änderungsvorschläge in angemessener Weise.

6. The authorities of the Forces shall carry out the classification of the members of the civilian service organizations; they shall inform the appropriate German authorities of such classification and shall give due consideration to any suggestions for amendment made by the latter.

6. — Les autorités des Forces procéderont à un classement des membres des organisations des services civils. Les autorités compétentes allemandes seront tenues informées de ce classement et les Forces tiendront dûment compte de toutes modifications que pourraient suggérer les autorités allemandes.

Artikel 46
Jagd und Fischerei

(1) Die Bundesrepublik unternimmt im Rahmen ihrer Zuständigkeit Schritte, um den Mitgliedern der Streitkräfte besondere Jagd- und Fischereiprivilegien auf bundeseigenem Land zu gewähren und gewähren zu lassen. Sie verwendet ihre guten Dienste bei den Ländern, den deutschen Behörden und den Gebietskörperschaften dafür, daß diese hinsichtlich anderen Landes in öffentlichem Eigentum das gleiche tun. Bei der Gewährung dieser besonderen Privilegien werden die folgenden allgemeinen Richtlinien beachtet.

(2) Die Mitglieder der Streitkräfte

(a) befolgen die deutschen Jagd- und Fischereivorschriften insbesondere in bezug auf Weidgerechtigkeit beim Jagen und Fischen;

(b) richten sich nach deutschen Abschußplänen;

(c) werden beim Jagen auf Schalenwild stets von einem zugelassenen Jäger oder Förster begleitet sein, für dessen Dienste angemessene Gebühren zu entrichten sind;

(d) zahlen eine pauschale Jahresgebühr für die Jagd, deren Höhe im Einvernehmen mit den zuständigen Bundes- oder Landesbehörden festgesetzt wird. Diese Gebühr tritt an die Stelle aller anderen einschlägigen Steuern, Gebühren, Kosten und Abgaben. Bei der Festsetzung dieser Gebühr sind die Umstände, unter denen die Mitglieder der Streitkräfte im Bundesgebiet leben, gebührend zu berücksichtigen;

(e) entrichten in gleicher Weise eine angemessene Gebühr für Fischereiprivilegien.

(3) Die Streitkräfte sind berechtigt, Jagd- und Fischereischeine auszugeben, jedoch nur an Mitglieder der Streitkräfte, die mit den deutschen Jagd- und Fischereigesetzen, und im Falle der Jagd, mit dem Gebrauch von Jagdwaffen vertraut sind. Die Mitglieder der Streitkräfte respektieren private Vermögensrechte.

(4) Soweit private Vermögensrechte berührt werden, unternehmen die Bundesbehörden alles, was in ihren Kräften steht, um freiwillige Abmachungen mit den Mitgliedern der Streitkräfte anzuregen; sie wirken darauf hin, daß sei-

Article 46
Hunting and Fishing

1. The Federal Republic shall take such steps as lie within its competence in order to grant and have granted to the members of the Forces special hunting and fishing privileges on Federal lands. It shall use its good offices with the Laender and all German authorities and political sub-divisions to do the same in respect of other public lands. In granting such special privileges the following general principles shall be observed.

2. The members of the Forces shall

(a) observe German regulations on hunting and fishing, in particular as regards proper hunting and fishing methods;

(b) comply with German game plans (Abschußplaene);

(c) for cloven-hoofed game (Schalenwild) always be accompanied by a licensed hunter or forester, for whose services reasonable fees shall be paid;

(d) pay a combined annual fee for hunting the amount of such fee to be determined in agreement with the Federal or Land authorities as appropriate. Such fee shall be in place of all other applicable taxes, fees, charges and expenses. In fixing such fee, due regard shall be paid to the circumstances under which members of the Forces live in the Federal territory;

(e) in like manner pay a reasonable fee for fishing privileges.

3. The Forces shall have the right to issue hunting and fishing licenses but only to members of the Forces familiar with German hunting and fishing legislation, and, in the case of hunting, with the use of hunting weapons. The members of the Forces shall respect private property rights.

4. The Federal authorities shall take all measures within their power to stimulate voluntary arrangements with members of the Forces where private property rights are involved, and shall encourage invitations to the

Article 46
Chasse et Pêche

1. — La République Fédérale prendra toutes les mesures de sa compétence pour accorder et faire accorder aux membres des Forces des privilèges spéciaux en matière de chasse et de pêche sur les terrains fédéraux. Elle usera de ses bons offices auprès des autorités des Länder et toutes autres autorités allemandes ainsi qu'auprès des subdivisions politiques pour parvenir à ces résultats en ce qui concerne les autres terrains publics. En accordant ces privilèges spéciaux, les principes généraux suivants seront observés.

2. — Les membres des Forces devront:

(a) se conformer aux règlements allemands sur la chasse et la pêche et notamment à ceux concernant les procédés corrects de chasse et de pêche;

(b) reconnaître les plans de tir allemands (Abschußpläne);

(c) toujours être accompagnés, lorsqu'ils chasseront le gibier fissipède (Schalenwild) par un chasseur ou un garde titulaire d'une licence, dont les services feront l'objet d'une rémunération raisonnable;

(d) payer pour la chasse une redevance annuelle globale dont le montant sera fixé en consultation avec les autorités fédérales ou les autorités de Land selon les cas. Cette redevance tiendra lieu de toutes les autres taxes, impôts, charges ou frais applicables. Pour la fixation du montant de cette redevance, il devra être dûment tenu compte des conditions de vie sur le territoire fédéral des membres des Forces;

(e) payer de même une redevance raisonnable pour les privilèges de pêche.

3. — Les Forces auront le droit de délivrer des autorisations de chasse et de pêche, mais uniquement à ceux de leurs membres qui connaissent les lois allemandes de chasse et de pêche et, en ce qui concerne la chasse, à ceux qui sont familiarisés avec l'emploi des armes de chasse. Les membres des Forces respecteront les droits de propriété privée.

4. — Les autorités fédérales prendront toutes mesures en leur pouvoir pour encourager la conclusion d'accords volontaires avec les membres des Forces, lorsqu'il s'agira de droits de propriété privée, et encourageront

tens der Eigentümer oder Pächter privater Jagden und Fischereibezirke oder seitens der Inhaber entsprechender Rechte Einladungen an Mitglieder der Streitkräfte ergehen.

(5) Privatrechtliche Verträge, die Jagd- und Fischereirechte zum Gegenstand haben und bei Inkrafttreten dieses Vertrages wirksam sind, gelten fort, sofern sie nach deutschem Recht freiwillig geschlossen wurden und die Zahlung des jeweiligen Marktpreises für derartige Rechte vorsehen. Alle anderen bisher in Anspruch genommenen oder vorbehaltenen Rechte in bezug auf Jagd und Fischerei erlöschen spätestens einen Monat nach Inkrafttreten dieses Vertrages.

(6) Die Rechte und Pflichten der Streitkräfte auf diesem Gebiet werden gegebenenfalls durch besondere Vereinbarungen zwischen den Streitkräften und den Bundes- oder Länderbehörden näher bestimmt.

Artikel 47

Berlin

(1) Auf Grund dieses Vertrages zur Verfügung gestellte Sach- und Werkleistungen können von den in Berlin stationierten Truppen der beteiligten Mächte genutzt und verwendet werden.

(2) Die in Ziffer 2 des Artikels 1 dieses Vertrages genannten Mächte, die Mitglieder der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft sind, besitzen die Rechte und Pflichten aus Absatz (8) des Artikels 17 insoweit, als der dort vorgesehene ständige Koordinierungsausschuß Fragen des Luftverkehrs mit Berlin behandelt.

Artikel 48

Überleitung der bestehenden Versorgung

(1) Sind Sachen, Werkleistungen oder Liegenschaften vor Inkrafttreten dieses Vertrages durch die Behörden der beteiligten Macht in Anspruch genommen oder zu Lasten des Besatzungskosten- oder Auftragsausgabenhaushalts beschafft worden und dauert die Inanspruchnahme durch die Streitkräfte danach noch an, so gelten diese Sachen, Werkleistungen und Liegenschaften von diesem Zeitpunkt an für die Dauer eines Jahres als nach den gemäß Absatz (3) und (4) von Artikel 37 dieses Vertrages anzuwendenden Gesetzesbestimmungen unanfechtbar in Anspruch genommen.

(2) Sofern die Inanspruchnahme von Sachen, Werkleistungen oder Liegenschaften für Zwecke der Streitkräfte oder ihrer Mitglieder über die in Absatz (1) dieses Artikels genannte Frist hinaus erforderlich ist, gewährleistet die Bundesrepublik die weitere Zurverfügungstellung nach Maßgabe des Verfahrens der einschlägigen Bundesgesetze.

members of the Forces on the part of owners or lessees of private preserves or on the part of holders of corresponding rights.

5. Contracts pertaining to hunting and fishing rights in effect at the entry into force of the present Convention shall remain in force if such contracts have been freely made under German law and provide tor payment for such rights at the then market price. All other rights relating to hunting and fishing heretofore requisitioned or reserved shall expire not later than one month after the entry into force of the present Convention.

6. The rights and obligations of the Forces in this field may be more closely defined in special agreements between the Forces and the Federal or the Land authorities.

Article 47

Berlin

1. Goods, materials and services provided in accordance with the present Convention may be used and enjoyed by the armed Forces of any Power concerned, stationed in Berlin.

2. The Powers specified in paragraph 2 of Article 1 of the present Convention which are members of the European Defence Community shall enjoy the rights and assume the obligations referred to in paragraph 8 of Article 17, to the extent that the Standing Commission on coordination provited for in that Article deals with questions concerning air traffic to and from Berlin.

Article 48

Continuation of Existing Support

1. Where goods, materials, services or accommodation have been requisitioned by the authorities of the Power concerned or procured on occupation costs or mandatory expenditures budgets before the date of entry into force of the present Convention and continue thereafter to be required by the Forces, they shall be deemed to be requisitioned with binding legal effect for a period of one year from that date under the provisions of the applicable legislation referred to in paragraphs 3 and 4 of Article 37 of the present Convention.

2. Where the goods, materials, services or accommodation are required for the purposes of the Forces and their members beyond the period fixed in paragraph 1 of this Article, the Federal Republic shall guarantee their continued availability in accordance with the procedure of the applicable Federal legislation.

l'invitation de membres des Forces par les propriétaires ou locataires de terrains privés de chasse ou par tous détenteurs de droits similaires.

5. — Les contrats relatifs aux droits de chasse et de pêche existants au moment de l'entrée en vigueur de la présente Convention resteront applicables s'ils ont été librement conclus en vertu du droit allemand et s'ils prévoient le paiement de ces droits aux prix courants alors pratiqués. Tous les autres droits en matière de chasse et de pêche qui, antérieurement étaient réservés, ou dont il était fait usage par voie de réquisition, deviendront caducs au plus tard un mois après l'entrée en vigueur de la présente Convention.

6. — Les droits et obligations des Forces dans ces domaines pourront être définis d'une manière plus précise par des accords spéciaux conclus entre les Forces et les autorités fédérales ou des Länder.

Article 47

Berlin

1. — Les Forces armées de toute Puissance intéressée stationées à Berlin peuvent utiliser les marchandises, matériels et services fournis conformément à la présente Convention et en bénéficier.

2. — Les Puissances désignées au paragraphe 2 de l'Article 1 de la présente Convention, qui sont membres de la Communauté Européenne de Défense, jouissent des droits et assument la charge des obligations mentionnées à l'Article 17, paragraphe 8, dans la mesure où la Commission permanente de coordination prévue dans ledit Article traite des questions relatives à la circulation aérienne avec Berlin.

Article 48

Maintien de l'aide existante

1. — Lorsque des biens, matériels, services ou immeubles ont été réquisitionnés par les autorités de la Puissance intéressée ou acquis sur les budgets des frais d'occupation ou des dépenses imposées avant la date d'entrée en vigueur de la présente Convention et continuent, par la suite, à être nécessaires aux Forces, ils seront considérés comme réquisitionnés avec effet juridique obligatoire pour une période d'une année à compter de cette date, en vertu des dispositions des textes législatifs applicables visés aux paragraphes 3 et 4 de l'Article 37 de la présente Convention.

2. — Lorsque les biens, matériels, services et immeubles sont nécessaires aux Forces et à leurs membres audelà de la période fixée au paragraphe 1 du présent Article, la République Fédérale assurera leur maintien ininterrompu à la disposition des Forces, conformément aux procédures de la législation fédérale applicable.

VIERTER TEIL

Übergangs- und Schlußbestimmungen

Artikel 49

Verhältnis zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft

Die Rechte und Verpflichtungen der Unterzeichnerstaaten aus diesem Vertrage lassen die Bestimmungen des Vertrages über die Errichtung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft unberührt und werden von ihnen nicht berührt. Widersprüche zwischen den Rechten und Verpflichtungen der Unterzeichnerstaaten aus diesem Vertrage und aus dem Vertrage über die Errichtung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft werden durch Vereinbarung zwischen den Regierungen der Unterzeichnerstaaten dieses Vertrages und des Vertrages über die Errichtung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft geregelt.

Artikel 50

Übergangsregelung für Truppen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft

(1) Nach Maßgabe der Bestimmungen des Anhangs C zu diesem Vertrag finden für eine Übergangszeit einzelne Bestimmungen dieses Vertrages auf im Bundesgebiet stationierte Truppen einer der Drei Mächte oder eines anderen Entsendestaates, die Mitglieder der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft sind, Anwendung. Die Bestimmungen des Anhangs C zu diesem Vertrag finden gleichfalls Anwendung auf andere Truppen als die vorstehend genannten, die die Europäische Verteidigungsgemeinschaft innerhalb der in Anhang C genannten Übergangsfrist in das Bundesgebiet entsendet.

(2) Die Bestimmungen des Absatzes (1) dieses Artikels lassen die Bestimmungen des Absatzes (3) des Artikels 3 und des Artikels 47 dieses Vertrages unberührt, die auf jede der Drei Mächte anwendbar bleiben, die Mitglieder der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft sind.

Artikel 51

Überprüfung

Unbeschadet der Bestimmungen des Artikels 10 des Vertrages über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten kann dieser Vertrag auf Antrag eines der Unterzeichnerstaaten nach Ablauf von zwei Jahren nach seinem Inkrafttreten jederzeit überprüft werden.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten von ihren Regierungen gehörig beglaubigten Vertreter diesen Vertrag, einen der in Artikel 8 des

PART FOUR

Transitional and Final Provisions

Article 49

Treaty Establishing the European Defence Community

The rights and obligations of the Signatory States under the present Convention shall be without prejudice to, and shall not be prejudiced by, the provisions of the Treaty Establishing the European Defence Community. Conflicts between the rights and obligations of the Signatory States under the present Convention and under the Treaty Establishing the European Defence Community shall be resolved by agreement between the Signatory States of the present Convention and of the Treaty Establishing the European Defence Community.

Article 50

Transitional Provisions for the Armed Forces of the European Defence Community

1. Pursuant to the provisions of Annex C to the present Convention, certain provisions of this Convention shall apply for a transitional period to the armed Forces stationed in the Federal territory of such of the Three Powers and such other Sending States as are members of the European Defence Community. The provisions of Annex C to the present Convention shall also apply to the armed Forces, other than those referred to above, which the European Defence Community shall send to the Federal territory during the transitional period referred to in that Annex.

2. The provisions of paragraph 1 of this Article shall not affect the application of the provisions of paragraph 3 of Article 3 and of Article 47 of the present Convention, which shall continue to apply to any of the Three Powers which may be a member of the European Defence Community.

Article 51

Review

Without prejudice to the provisions of Article 10 of the Convention on Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Germany the present Convention may be reviewed at the request of one of the Signatory States at any time after two years after its entry into force.

IN FAITH WHEREOF the undersigned representatives duly authorized thereto by their respective Governments have signed the present

TITRE QUATRIÈME

Dispositions Transitoires et Définitives

Article 49

Traité instituant la Communauté Européenne de Défense

Les droits et obligations assumés par les États Signataires en vertu de la présente Convention ne portent pas atteinte aux dispositions du Traité instituant la Communauté Européenne de Défense qui, elles-mêmes, ne portent pas atteinte aux droits et obligations assumés par les parties en vertu de la présente Convention. Les conflits qui pourraient surgir du fait des droits et obligations assumés par les États Signataires en vertu de la présente Convention et du Traité instituant la Communauté Européenne de Défense, seront réglés par accord entre les Gouvernements des États Signataires parties à ce Traité et au Traité instituant la Communauté Européenne de Défense.

Article 50

Règlement transitoire pour les Forces armées de la Communauté Européenne de Défense

1. — Conformément aux dispositions de l'Annexe C à la présente Convention, certaines dispositions de cette Convention s'appliquent durant une période transitoire aux Forces armées, stationnées sur le territoire fédéral, de l'une des Trois Puissances ou d'un autre État fournissant des Forces, membres de la Communauté Européenne de Défense. Les dispositions de l'Annexe C s'appliquent également aux Forces armées, autres que celles mentionnées ci-dessus, que la Communauté Européenne de Défense envoie sur le territoire fédéral durant la période transitoire visée à cette Annexe.

2. — Les dispositions du paragraphe 1 du présent article n'affectent pas les dispositions de l'Article 3, paragraphe 3, et de l'Article 47 de la présente Convention, qui restent applicables à l'une quelconque des Trois Puissances, membre de la Communauté Européenne de Défense.

Article 51

Clause de révision

Sans préjudice des dispositions de l'Article 10 de la Convention sur les Relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale d'Allemagne, la présente Convention peut être soumise à révision sur demande de l'un des États Signataires et à tout moment, à la fin de la période de deux ans après son entrée en vigueur.

EN FOI DE QUOI, les Plénipotentiaires soussignés, dûment autorisés à cet effet par leurs Gouvernements respectifs, ont apposé leurs signatures

Vertrages über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten aufgeführten Verträge, unterschrieben.

Geschehen zu BONN am sechsundzwanzigsten Tage des Monats Mai 1952 in deutscher, englischer und französischer Sprache, wobei alle drei Fassungen gleichermaßen authentisch sind.

Für die Bundesrepublik Deutschland
gezeichnet:
Adenauer

Für die Vereinigten Staaten von Amerika
gezeichnet:
Dean Acheson

Für das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland
gezeichnet:
Anthony Eden

Für die Französische Republik
gezeichnet:
Robert Schuman

Convention, being one of the related Conventions listed in Article 8 of the Convention on Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Germany.

Done at BONN this thwenty-sixth day of May, 1952 in three texts, in the English, French and German languages, all being equally authentic.

For the United States of America
signed:
Dean Acheson

For the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland
signed:
Anthony Eden

For the French Republic
signed:
Robert Schuman

For the Federal Republic of Germany
signed:
Adenauer

au bas de la présente Convention qui constitue l'une des Conventions rattachées énumérées dans l'Article 8 de la Convention sur les Relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale d'Allemagne.

Fait à BONN, le vingt-sixième jour du mois de mai 1952, en trois textes, en langues française, anglaise et allemande, les trois versions faisant également foi.

Pour la République Française
signé:
Robert Schuman

Pour les États-Unis d'Amérique
signé:
Dean Acheson

Pour le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord
signé:
Anthony Eden

Pour la République Fédérale d'Allemagne
signé:
Adenauer

ANHANG A
zum Vertrag über die Rechte und Pflichten ausländischer Streitkräfte und ihrer Mitglieder in der Bundesrepublik Deutschland

(Artikel 3 Absatz 3)

Strafvorschriften zum Schutze der Drei Mächte, der Streitkräfte und ihrer Mitglieder

ABSCHNITT I
Verrat in militärischen Angelegenheiten

§ 1

(1) Militärische Geheimnisse im Sinne dieses Abschnitts sind Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse, insbesondere Schriften, Zeichnungen, Modelle oder Formeln einschließlich Schlüsselbücher, oder Nachrichten darüber, die mit Rücksicht auf die Sicherheit einer der Drei Mächte oder der Streitkräfte (im Sinne von Artikel 1 des Vertrages über die Rechte und Pflichten ausländischer Streitkräfte und ihrer Mitglieder in der Bundesrepublik Deutschland) geheimgehalten werden.

(2) Verrat im Sinne dieses Abschnitts begeht, wer vorsätzlich ein militärisches Geheimnis an einen Unbefugten gelangen läßt oder es öffentlich bekanntmacht und dadurch die Sicherheit einer der Drei Mächte oder der Streitkräfte gefährdet.

ANNEX A
to the Convention on the Rights and Obligations of Foreign Forces and Their Members in the Federal Republic of Germany

(Article 3, paragraph 3)

Penal Provisions for the Protection of the Three Powers, Their Forces and the Members of the Forces

TITLE I
Treason in Military Matters

Section 1

1. For the purpose of this Title, the term "military secrets" shall mean facts, objects, conclusions and discoveries, in particular writings, drawings, models or formulas, including codes, or information concerning them, which are kept secret out of consideration for the security of one of the Three Powers or of the Forces, as defined in Article 1 of the Convention on the Rights an Obligations of Foreign Forces and Their Members in the Federal Republic of Germany.

2. For the purpose of this Title, treason shall be deemed to be committed by anyone who wilfully lets an unauthorized person have access to a military secret or makes such secret public and thereby endangers the security of one of the Three Powers or of the Forces.

ANNEXE A
à la Convention sur les Droits et Obligations des Forces Étrangères et de leurs Membres Stationnés sur le Territoire de la République Fédérale d'Allemagne

(Article 3, Paragraphe 3)

Prescriptions pénales pour la protection des Trois Puissances, des Forces et de leurs membres

SECTION I
La Trahison en matière militaire

Paragraphe 1

1. — Au sens de la présente Section sont réputés « secrets militaires » les faits, objets, constatations et découvertes, notamment les écrits, dessins modèles et formules, y compris les codes, de même que les renseignements s'y rapportant qui sont tenus secrets eu égard à la sécurité de l'une des Trois Puissances ou des Forces, telles que ces Trois Puissances et Forces sont définies dans l'Article 1 de la Convention sur les Droits et Obligations des Forces Etrangères et de leurs Membres sur le Territoire de la République Fédérale d'Allemagne.

2. — Au sens de la présente Section sera coupable de trahison quiconque, volontairement, laissera un secret militaire parvenir à une personne non qualifiée ou le portera à la connaissance du public, et mettra ainsi en danger la sécurité de l'une des Trois Puissances ou des Forces.

§ 2

(1) Wer ein militärisches Geheimnis verrät, wird mit Zuchthaus bestraft.

(2) Wer sich ein militärisches Geheimnis verschafft, um es zu verraten, wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft.

(3) Wer es unbefugt unternimmt, sich ein militärisches Geheimnis zu verschaffen, oder wer, wenn er sonst unbefugt in den Besitz eines solchen Geheimnisses gelangt, es unterläßt, der zuständigen Dienststelle der Streitkräfte unverzüglich Anzeige zu erstatten oder das Geheimnis, soweit es sich um einen Gegenstand handelt, auf Verlangen herauszugeben, wird mit Gefängnis bestraft.

(4) § 100 Absatz 3 des Strafgesetzbuchs in der Fassung vom 30. August 1951 (Bundesgesetzblatt Teil I Seite 739) findet auf militärische Geheimnisse keine Anwendung.

§ 3

(1) Wer vorsätzlich ein militärisches Geheimnis an einen Unbefugten gelangen läßt oder es öffentlich bekanntmacht und dadurch fahrlässig die Sicherheit einer der Drei Mächte oder der Streitkräfte gefährdet, wird mit Gefängnis bestraft.

(2) Wer fahrlässig ein militärisches Geheimnis, das ihm kraft seines Amtes oder seiner dienstlichen Stellung oder eines von einer Dienststelle erteilten Auftrags zugänglich war, an einen Unbefugten gelangen läßt und dadurch die Sicherheit einer der Drei Mächte oder der Streitkräfte gefährdet, wird mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft. Die Tat wird nur mit Ermächtigung der beteiligten Macht oder der Streitkräfte verfolgt, deren Sicherheit gefährdet worden ist.

§ 4

(1) Wer in der Absicht, die Sicherheit einer der Drei Mächte oder der Streitkräfte zu beeinträchtigen, Nachrichten über militärische Angelegenheiten der Streitkräfte sich verschafft, sammelt, veröffentlicht oder einem anderen mitteilt oder zu diesem Zwecke einen Nachrichtendienst betreibt, für eine solche Tätigkeit anwirbt oder sie unterstützt, wird mit Gefängnis bestraft. Der Versuch ist strafbar.

(2) In besonders schweren Fällen ist die Strafe Zuchthaus bis zu fünf Jahren.

§ 5

(1) Wer in der Absicht, sich unbefugt ein militärisches Geheimnis zu verschaffen oder zum Zwecke der Beeinträchtigung der Sicherheit einer der Drei Mächte oder der Streitkräfte Nachrichten über militärische Angelegenheiten zu sammeln (§ 2 Ab-

Section 2

1. Whoever betrays a military secret shall be punished by imprisonment with hard labour (Zuchthaus).

2. Whoever procures a military secret in order to betray it shall be punished by imprisonment with hard labour (Zuchthaus), not exceeding ten years.

3. Whoever, without authority, procures or attempts to procure a military secret or whoever, having otherwise without authority obtained possession of such secret, fails to report it forthwith to the competent authority of the Forces or, in the event that the secret is an object, fails to deliver it on demand shall be punished by imprisonment.

4. Paragraph 3 of Section 100 of the Criminal Code, as amended by the Law of 30 August 1951 (Bundesgesetzblatt Teil I Seite 739), shall not apply to military secrets.

Section 3

1. Whoever, wilfully lets an unauthorized person have access to a military secret or makes it public and thereby, through negligence, endangers the security of one of the Three Powers or of the Forces shall be punished by imprisonment.

2. Whoever, through negligence, lets an unauthorized person have access to a military secret to which the offender had access by virtue of his office or position in the service, or by virtue of a commission received from an official agency and thereby endangers the security of one of the Three Powers or of the Forces shall be punished by imprisonment not exceeding two years. The offence shall be prosecuted only upon authorization of that Power concerned or of those Forces whose security has been endangered.

Section 4

1. Whoever, with intent to prejudice the security of one of the Three Powers or of the Forces, procures, collects, publishes or communicates to another person information concerning military affairs of the Forces, or for such purpose operates an information service, or hires others to engage in, or supports, such activities shall be punished by imprisonment. The attempt is punishable.

2. In especially serious cases, the penalty shall be imprisonment with hard labour (Zuchthaus) not exceeding five years.

Section 5

1. Whoever, with intent to procure without authority a military secret, or to collect information on military matters for the purpose of prejudicing the security of one of the Three Powers or of the Forces (paragraphs 2 and 3 of Section 2; Section 4) enters, or loiters

Paragraphe 2

1. — Quiconque trahira un secret militaire sera puni de réclusion (Zuchthaus).

2. — Quiconque se procurera un secret militaire en vue de le trahir sera puni d'une peine de réclusion (Zuchthaus) dont la durée ne pourra excéder dix ans.

3. — Quiconque, sans être qualifié, entreprendra de se procurer un secret militaire ou quiconque, étant entré d'une autre manière en possession d'un tel secret sans être qualifié, s'abstiendra d'en informer sans retard l'autorité compétente des Forces et, s'il s'agit d'un objet, d'en effectuer la remise sur demande, sera puni d'emprisonnement.

4. — L'alinéa 3 du paragraphe 100 du Code Pénal modifié par la Loi du 30 août 1951 (Bundesgesetzblatt, Teil I, Seite 739) n'est pas applicable en ce qui concerne les secrets militaires.

Paragraphe 3

1. — Quiconque, volontairement, laissera un secret militaire parvenir à une personne non qualifiée ou le rendra public, et mettra ainsi en danger, par négligence ou imprudence, la sécurité de l'une des Trois Puissances ou des Forces, sera puni d'emprisonnement.

2. — Quiconque, par négligence ou imprudence, laissera parvenir à une personne non qualifiée un secret militaire qui lui était accessible de par ses fonctions, sa situation de service ou en vertu d'un mandat de l'autorité, et mettra ainsi en danger la sécurité de l'une des Trois Puissances ou des Forces, sera puni d'un emprisonnement dont la durée ne pourra excéder deux ans. Les poursuites n'auront lieu qu'avec l'autorisation de la Puissance intéressée ou des Forces dont la sécurité aura été mise en danger.

Paragraphe 4

1. — Quiconque, dans l'intention de porter atteinte à la sécurité de l'une des Trois Puissances ou des Forces, se procurera, rassemblera, publiera ou communiquera à autrui des renseignements relatifs aux affaires militaires des Forces ou, à ces fins, fera fonctionner un service de renseignements, recrutera ou prêtera aide et assistance pour de telles activités, sera puni d'emprisonnement. La tentative sera punissable.

2. — Dans les cas particulièrement graves, la peine sera la réclusion (Zuchthaus), dont la durée ne pourra être supérieure à cinq ans.

Paragraphe 5

1. — Toute personne non qualifiée qui, dans l'intention de se procurer un secret militaire ou de rassembler, dans le but de porter atteinte à la sécurité de l'une des Trois Puissances ou des Forces, des renseignements relatifs à des questions militaires (alinéas 2 et

sätze (2) und (3), § 4), eine militärische Anlage, ein Kriegsschiff oder ein Luftfahrzeug der Streitkräfte betritt oder sich in deren Nähe aufhält, wird mit Gefängnis bestraft.

(2) Als militärische Anlagen gelten auch die amtlich bekanntgemachten Sicherungsbereiche sowie gewerbliche Anlagen, in denen Gegenstände des Bedarfs der Streitkräfte hergestellt, ausgebessert oder aufbewahrt werden.

§ 6

Wer ohne Erlaubnis der zuständigen Behörde innerhalb eines amtlich bekanntgemachten Sicherungsbereichs oder von einem Gebäude, in dem Waffen oder andere Gegenstände des Bedarfs der Streitkräfte hergestellt oder gelagert werden, oder von einer anderen militärischen Anlage Aufnahmen macht oder von solchen Gegenständen Skizzen anfertigt oder solche Aufnahmen oder Skizzen in Verkehr bringt, wird mit Gefängnis und mit Geldstrafe oder mit einer von beiden Strafen bestraft.

§ 7

(1) Wer zu einer Regierung, einer Partei, einer anderen Vereinigung oder einer Einrichtung außerhalb des Bundesgebietes und von Berlin (West) oder zu einer Person, die für eine solche Regierung, Partei, Vereinigung oder Einrichtung tätig ist, Beziehungen aufnimmt oder unterhält, welche auf Mitteilungen im Sinne von § 1 oder § 4 gerichtet sind, wird mit Gefängnis bestraft.

(2) Ebenso wird bestraft, wer für eine Regierung, eine Partei, eine andere Vereinigung oder eine Einrichtung außerhalb des Bundesgebietes und von Berlin (West) tätig ist und Beziehungen der in Absatz (1) bezeichneten Art zu einem anderen aufnimmt oder unterhält.

§ 8

(1) Wer in der Absicht, einen Krieg, ein bewaffnetes Unternehmen oder Zwangsmaßregeln gegen eine der Drei Mächte oder die Streitkräfte herbeizuführen oder zu fördern, zu einer Regierung, einer Partei, einer anderen Vereinigung oder einer Einrichtung außerhalb des Bundesgebietes und von Berlin (West) oder zu einer Person, die für eine solche Regierung, Partei, Vereinigung oder Einrichtung tätig ist, Beziehungen aufnimmt oder unterhält, wird mit Zuchthaus bestraft.

(2) Handelt der Täter in der Absicht, sonstige Maßregeln oder Bestrebungen einer Regierung, einer Partei, einer anderen Vereinigung oder einer Einrichtung außerhalb des Bundesgebietes und von Berlin (West) herbeizuführen oder zu fördern, die darauf gerichtet sind, die Sicherheit einer der Drei Mächte oder der Streitkräfte zu beeinträchtigen, so ist die Strafe Gefängnis. Der Versuch ist strafbar.

in the vicinity of military installations, war vessels or aircraft of the Forces shall be punished with imprisonment.

2. The term "military installations" shall include, but not be limited to, areas restricted for security reasons by official notice and industrial establishments where supplies required for the Forces are produced, repaired or stored.

Section 6

Whoever, without permission of the competent authority, takes photographs within an area restricted for security reasons by official notice, takes photographs of a building in which arms or other supplies required for the Forces are produced or stored, or of any other military installation, makes sketches of such objects, or puts such photographs or sketches into circulation shall be punished by imprisonment or a fine or both.

Section 7

1. Whoever establishes or maintains relations the object of which is supplying information within the meaning of Sections 1 and 4 with a government, a party, any other association or an institution outside the Federal territory and Berlin (West), or with a person acting for such government, party, association or institution shall be punished with imprisonment.

2. Whoever, acting for a government, a party, any other association or an institution outside the Federal territory and Berlin (West), establishes relations of the type described in paragraph 1 of this Section with another person or maintains such relations shall be punished in like manner.

Section 8

1. Whoever, with intent to cause or promote a war, an armed enterprise or measures of compulsion against one of the Three Powers or the Forces, establishes or maintains relations with a government, a party, any other association or an institution outside the Federal territory and Berlin (West), or with a person acting for such government, party, association or institution, shall be punished by imprisonment with hard labour (Zuchthaus).

2. If the offender acts with intent to cause or promote such other measures or plans of a government, a party, any other association or an institution outside the Federal territory and Berlin (West) as are designed to prejudice the security of one of the Three Powers or of the Forces, the penalty shall be imprisonment. The attempt is punishable.

3 du paragraphe 2 et paragraphe 4 de la présente Annexe), pénétrera dans une installation militaire, un navire de guerre ou un aéronef des Forces ou séjournera à proximité desdites installations, navires de guerre ou aéronefs, sera punie d'emprisonnement.

2. — Sont réputées «installations militaires» les zones de sécurité officiellement désignées comme telles, ainsi que les installations industrielles destinées à la fabrication, à la réparation ou au dépôt d'objets servant aux besoins des Forces, sans que cette énumération soit limitative.

Paragraphe 6

Quiconque, sans la permission de l'autorité compétente, exécutera des photographies ou croquis à l'intérieur d'une zone de sécurité officiellement désignée comme telle, ou exécutera des photographies ou croquis d'un bâtiment dans lequel sont fabriqués ou entreposés des armes ou autres objets servant aux besoins des Forces ou de toute autre installation militaire, de même que celui qui mettra en circulation des photographies ou croquis de cette nature, sera puni d'emprisonnement et d'amende ou de l'une de ces deux peines seulement.

Paragraphe 7

1. — Quiconque établira ou entretiendra des intelligences tendant à des communications de la nature de celles visées aux paragraphes 1 et 4 avec un gouvernement, un parti, toute autre association ou une institution se trouvant en dehors du territoire fédéral et de Berlin (Ouest), ou avec une personne agissant pour le compte de ce gouvernement, parti, association ou institution, sera puni d'emprisonnement.

2. — Sera puni de la même peine quiconque, agissant pour le compte d'un gouvernement, d'un parti, de toute autre association ou d'une institution se trouvant en dehors du territoire fédéral et de Berlin (Ouest), établira ou entretiendra avec autrui des intelligences de la nature de celles visées au premier alinéa du présent paragraphe.

Paragraphe 8

1. — Quiconque, dans l'intention de provoquer ou de favoriser une guerre, une entreprise armée ou des mesures coercitives contre l'une des Trois Puissances ou les Forces, établira ou entretiendra des intelligences avec un gouvernement, un parti, toute autre association ou une institution se trouvant en dehors du territoire fédéral et de Berlin (Ouest), ou avec une personne agissant pour le compte de ce gouvernement, parti, association ou institution, sera puni de réclusion (Zuchthaus).

2. — Lorsque l'auteur aura agi dans l'intention de provoquer ou de favoriser d'autres mesures ou tendances émanant d'un gouvernement, d'un parti, de toute autre association ou d'une institution se trouvant en dehors du territoire fédéral et de Berlin (Ouest), et qui ont pour but de porter atteinte à la sécurité de l'une des Trois Puissances ou des Forces, la peine sera l'emprisonnement. La tentative sera punissable.

(3) Wer in der Absicht, eine der in den vorstehenden Absätzen (1) und (2) bezeichneten Maßnahmen oder Bestrebungen herbeizuführen oder zu fördern, unwahre oder gröblich entstellte Behauptungen tatsächlicher Art aufstellt oder verbreitet, wird mit Gefängnis bestraft. Der Versuch ist strafbar.

(4) In besonders schweren Fällen des Absatzes (1) kann auf lebenslanges Zuchthaus, in besonders schweren Fällen der Absätze (2) und (3) auf Zuchthaus erkannt werden.

§ 9

(1) Wegen der in diesem Abschnitt mit Strafe bedrohten Handlungen kann erkannt werden neben

den Strafen aus den §§ 2 und 8 Absatz (1)
auf Geldstrafe von unbegrenzter Höhe;

den Strafen aus den §§ 3, 4, 7 und 8 Absatz (2) und (3)
auf Geldstrafe;

einer wegen einer vorsätzlichen Tat verhängten Gefängnisstrafe von mindestens drei Monaten
für die Dauer von einem bis zu fünf Jahren auf die Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter und den Verlust des Wahl- und Stimmrechts und der Wählbarkeit sowie auf den Verlust der aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Rechte;

jeder Freiheitsstrafe aus den §§ 2, 4, 5, 7 und 8
auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht.

(2) § 86 des Strafgesetzbuchs in der Fassung vom 30. August 1951 gilt entsprechend.

ABSCHNITT II

Sabotage

§ 10

(1) Wer vorsätzlich ein Wehrmittel der Streitkräfte oder eine Einrichtung, die der Verteidigung im Sinne von Artikel 4 des Vertrages über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten dient, beschädigt, zerstört, unbrauchbar macht oder beiseite schafft und dadurch vorsätzlich die Sicherheit oder Schlagkraft der Streitkräfte gefährdet, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft. In schweren Fällen ist auf Zuchthaus zu erkennen.

(2) Ebenso wird bestraft, wer vorsätzlich ein Wehrmittel oder eine Verteidigungseinrichtung oder den dafür bestimmten Werkstoff fehlerhaft herstellt oder liefert und dadurch vorsätzlich die Sicherheit oder Schlagkraft der Streitkräfte gefährdet.

3. Whoever, with intent to cause or promote one of the measures or plans specified in paragraphs 1 and 2 of this Section, makes or circulates untrue or grossly distorted statements of facts shall be punished by imprisonment. The attempt is punishable.

4. In especially serious cases under paragraph 1 of this Section the penalty may be imprisonment with hard labour (Zuchthaus) for life; in especially serious cases under paragraphs 2 and 3, the penalty may be imprisonment with hard labour (Zuchthaus).

Section 9

1. For acts punishable under this Title there may be imposed:

In addition to the penalties under Section 2 and paragraph 1 of Section 8, a fine of unlimited amount;

In addition to the penalties under Sections 3, 4 and 7 and paragraphs 2 and 3 of Section 8, a fine;

In addition to imprisonment of not less than three months imposed for a wilfully committed offence, for the period of one to five years, incapacity to hold public office and the loss of the right to vote and to be elected as well as the loss of rights acquired through public election;

In addition to imprisonment of any type imposed under Sections 2, 4, 5, 7 and 8, authorization to place the convicted person under police supervision.

2. Section 86 of the Criminal Code, as amended by the Law of 30 August 1951, shall apply *mutatis mutandis.*

TITLE II

Sabotage

Section 10

1. Whoever wilfully damages, destroys, renders unserviceable or displaces military equipment of the Forces or an installation intended for defence within the meaning of Article 4 of the Convention on Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Germany and thereby wilfully endangers the security of the Forces or their readiness for action shall be punished by imprisonment for not less than three months. In serious cases, imprisonment with hard labour (Zuchthaus) shall be imposed.

2. Whoever wilfully manufactures or delivers in a defective manner military equipment or a defence installation or raw material reserved for defence and thereby wilfully endangers the security of the Forces or their readiness for action shall be punished in like manner.

3. — Quiconque, dans l'intention de provoquer ou de faire progresser l'une des mesures ou tendances visées aux alinéas 1 et 2 du présent paragraphe, aura émis ou propagé des affirmations de fait mensongères ou grossièrement déformées, sera puni d'emprisonnement. La tentative sera punissable.

4. — Si les faits sont particulièrement graves, la peine pourra être la réclusion (Zuchthaus) à perpétuité dans le cas visé à l'alinéa 1 du présent paragraphe, et la réclusion (Zuchthaus) dans les cas visés aux alinéas 2 et 3.

Paragraphe 9

1. — Pour les infractions visées à la présente Section les peines complémentaires suivantes pourront être prononcées:

— outre les peines prévues au paragraphe 2 et à l'alinéa 1 du paragraphe 8 de la présente Annexe, une amende d'un montant illimité;

— outre les peines prévues aux paragraphes 3, 4 et 7 et aux alinéas 2 et 3 du paragraphe 8 de la présente Annexe, une amende;

— outre toute condamnation à un emprisonnement de trois mois au moins, prononcée pour une infraction commise volontairement, l'incapacité d'exercer une fonction publique et la perte du droit de vote et de l'éligibilité, de même que la perte des droits résultant de scrutins publics, pendant une période d'un à cinq ans;

— outre toute peine privative de liberté prévue aux paragraphes 2, 4, 5, 7 et 8 de la présente Annexe, le coupable pourra être placé sous la surveillance de la police.

2. — Le paragraphe 86 du Code Pénal modifié par la Loi du 30 août 1951 sera applicable par analogie.

SECTION II

Du Sabotage

Paragraphe 10

1. — Quiconque, volontairement, aura détérioré, détruit, rendu inutilisable ou détourné du matériel militaire des Forces ou une installation servant à la défense au sens de l'Article 4 de la Convention sur les Relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale d'Allemagne, et mis ainsi volontairement en danger la sécurité ou le potentiel militaire des Forces, sera puni d'un emprisonnement de trois mois au moins. Dans les cas particulièrement graves, la peine sera la réclusion (Zuchthaus).

2. — Sera puni de la même peine quiconque, volontairement, aura pratiqué des malfaçons lors de la fabrication ou de la livraison de matériel militaire, d'installations de défense ou matériaux destinés à la défense et mis ainsi en danger volontairement la sécurité ou le potentiel militaire des Forces.

(3) Der Versuch ist strafbar.

(4) Wer leichtfertig handelt und dadurch fahrlässig die Sicherheit oder Schlagkraft der Streitkräfte gefährdet, wird mit Gefängnis bestraft.

§ 11

Wer die Streitkräfte oder einzelne Mitglieder der Streitkräfte rechtswidrig in der Ausübung ihrer Dienstpflichten behindert oder stört und dadurch vorsätzlich die Sicherheit oder Schlagkraft der Streitkräfte gefährdet, wird, soweit die Tat nicht in anderen Vorschriften mit schwererer Strafe bedroht ist, mit Gefängnis bestraft.

ABSCHNITT III

Untergrabung der Dienstbereitschaft und Manneszucht der Streitkräfte

§ 12

(1) Wer auf Mitglieder der Streitkräfte in der Absicht einwirkt, die pflichtmäßige Bereitschaft zum Dienst in den Streitkräften zu untergraben, wird mit Gefängnis bestraft.

(2) Der Versuch ist strafbar.

(3) In besonders schweren Fällen kann auf Zuchthaus bis zu fünf Jahren erkannt werden.

§ 13

(1) Wer ein Mitglied der Streitkräfte zur Fahnenflucht verleitet oder die Fahnenflucht eines Mitgliedes der Streitkräfte erleichtert, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.

(2) Der Versuch ist strafbar.

(3) In besonders schweren Fällen kann auf Zuchthaus bis zu zehn Jahren erkannt werden.

§ 14

Wer ein Mitglied der Streitkräfte auffordert oder anreizt, dem Befehl des Vorgesetzten nicht zu gehorchen, wird mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft.

ABSCHNITT IV

Beschimpfung der Streitkräfte

§ 15

Wer öffentlich die Streitkräfte beschimpft oder böswillig und mit Überlegung verächtlich macht, wird mit Gefängnis bestraft.

ABSCHNITT V

Anwendung von Vorschriften des Strafgesetzbuchs zugunsten der Streitkräfte

§ 16

Folgende Vorschriften des Strafgesetzbuchs sind zugunsten der Streitkräfte entsprechend anzuwenden:

(a) § 96 Absatz 1 Nr. 2 und Absatz 2 auf Taten gegen die nationalen Symbole der Streitkräfte;

3. The attempt is punishable.

4. Whoever acts in a grossly negligent manner and thereby endangers negligently the security of the Forces or their readiness for action shall be punished by imprisonment.

Section 11

Whoever unlawfully obstructs or disturbs the Forces or individual members of the Forces in the exercise of their official duties and thereby wilfully endangers the security of the Forces or their readiness for action shall be punished by imprisonment, unless a more severe penalty is provided for the act by other provisions.

TITLE III

Undermining the Willingness to Serve and the Discipline of the Forces

Section 12

1. Whoever influences members of the Forces with intent to undermine their willingness to serve with the Forces shall be punished by imprisonment.

2. The attempt is punishable.

3. In especially serious cases, imprisonment with hard labour (Zuchthaus) not exceeding five years may be imposed.

Section 13

1. Whoever induces a member of the Forces to desert or facilitates the desertion of a member of the Forces shall be punished by imprisonment for not less than three months.

2. The attempt is punishable.

3. In especially serious cases, imprisonment with hard labour (Zuchthaus) not exceeding ten years may be imposed.

Section 14

Whoever solicits or incites a member of the Forces to disobey a superior shall be punished by imprisonment not exceeding two years.

TITLE IV

Vilifying the Forces

Section 15

Whoever publicly vilifies the Forces or maliciously and deliberately exposes them to contempt shall be punished by imprisonment.

TITLE V

Applicition of Provisions of the German Criminal Code in Favour of the Forces

Section 16

The following provisions of the Criminal Code shall apply *mutatis mutandis* in favour of the Forces:

(a) Sub-paragraph 2 of paragraph 1 and paragraph 2 of Section 96 to acts directed against the national symbols of the Forces;

3. — La tentative sera punissable.

4. — Quiconque aura agi par légèreté et, de cette manière, par négligence ou imprudence, mis en danger la sécurité ou le potentiel militaire des Forces, sera puni d'emprisonnement.

Paragraphe 11

Quiconque, illicitement, aura gêné ou troublé les Forces ou les membres des Forces, pris individuellement, dans l'exercice de leurs fonctions officielles, et mis ainsi en danger volontairement la sécurité ou le potentiel militaire des Forces, sera puni d'emprisonnement, à moins que les faits ne soient passibles d'une peine plus grave en vertu d'autres prescriptions.

SECTION III

Des faits tendant à saper la volonté de servir et la discipline des Forces

Paragraphe 12

1. — Quiconque aura agi sur des membres des Forces dans l'intention de saper la volonté de servir dans les Forces, sera puni d'emprisonnement.

2. — La tentative sera punissable.

3. — Dans les cas particulièrement graves, la peine pourra être la réclusion (Zuchthaus), dont la durée ne pourra être supérieure à cinq ans.

Paragraphe 13

1. — Quiconque incitera à la désertion un membre des Forces ou facilitera la désertion d'un membre des Forces sera puni d'emprisonnement de trois mois au moins.

2. — La tentative sera punissable.

3. — Dans les cas particulièrement graves, la peine pourra être la réclusion (Zuchthaus), dont la durée ne pourra être supérieure à dix ans.

Paragraphe 14

Quiconque aura invité ou provoqué un membre des Forces à désobéir aux ordres d'un supérieur, sera puni d'un emprisonnement dont la durée ne pourra être supérieure à deux ans.

SECTION IV

Diffamation envers les Forces

Paragraphe 15

Quiconque, publiquement, insultera les Forces ou, par malveillance et délibérément, les exposera à des outrages, sera puni d'emprisonnement.

SECTION V

De l'application, en faveur des Forces, de certaines dispositions du Code Pénal allemand

Paragraphe 16

Les dispositions suivantes du Code Pénal allemand seront applicables par analogie en faveur des Forces:

(a) le No 2 de l'alinéa 1 et l'alinéa 2 du paragraphe 96, aux actes dirigés contre les symboles nationaux des Forces;

(b) §§ 113, 115 und 116 auf den Widerstand, Aufruhr oder Auflauf gegen die Streitkräfte, ihre Soldaten, Beamten oder die von ihnen zur Unterstützung zugezogenen Angestellten;

(c) § 115 auf Nötigungen, die gegen die Streitkräfte, ihre Soldaten oder Beamten gerichtet sind;

(d) §§ 120, 121, 122b und 347 auf Taten gegen den Gewahrsam der Gefangenen der Streitkräfte oder der auf ihre Anordnung in einer Anstalt untergebrachten Personen;

(e) §§ 123 und 124 auf Taten gegen den Hausfrieden der zum öffentlichen Dienst oder Verkehr bestimmten Räume der Streitkräfte;

(f) § 132 auf die Anmaßung der Dienststellung eines Soldaten oder Beamten der Streitkräfte und auf die unbefugte Ausübung dienstlicher Befugnisse einer solchen Person;

(g) § 333 auf die Bestechung von Soldaten, Beamten oder solchen Angestellten der Streitkräfte, die auf Grund einer allgemeinen oder besonderen Anweisung einer höheren Dienststelle zur gewissenhaften Erfüllung ihrer Obliegenheiten förmlich verpflichtet worden sind.

(b) Sections 113, 115 and 116 — to resistance, riot and unlawful assembly, if these offences are committed against the Forces, their soldiers, officials or such of their employees as were summoned to assist them;

(c) Section 115 — to coercion committed against the Forces, their soldiers and officials;

(d) Section 120, 121, 122b and 347 — to acts against the detention of prisoners held by the Forces or committed upon their orders to an institution;

(e) Sections 123 and 124 — to trespass committed against the peace of the premises of the Forces which are assigned to public service and traffic;

(f) Section 132 — to falsely impersonating a soldier or an official of the Forces and to unauthorized exercise of official functions of such persons;

(g) Section 333 — to bribing soldiers or officials of the Forces or such of their employees as have been formally bound to conscientious fulfilment of their duties under general or special instructions of a superior authority.

(b) les paragraphes 113, 115 et 116, lorsque les faits de résistance, d'émeute ou d'attroupement sont dirigés contre les Forces, leurs soldats ou fonctionnaires ou ceux de leurs employés appelés à leur prêter aide et assistance;

(c) le paragraphe 115, à la contrainte exercée envers les Forces, envers les militaires ou fonctionnaires des Forces;

(d) les paragraphes 120, 121, 122 (b) et 347, aux infractions commises par ceux qui favorisent ou rendent possible l'évasion d'individus incarcérés par les Forces ou internés par ordre des Forces;

(e) les paragraphes 123 et 124, à la violation des locaux de service ou autres locaux affectés à l'usage des Forces;

(f) le paragraphe 132, à l'usurpation de la qualité de militaire ou fonctionnaire des Forces, et à l'exercice, sans y être habilité, des attributions de service desdites personnes;

(g) le paragraphe 333, à la corruption des militaires ou fonctionnaires des Forces, de même que des employés des Forces qui, en vertu d'une instruction générale ou spéciale d'une Autorité Supérieure, ont été formellement obligés de remplir consciencieusement les devoirs de leur emploi.

ANHANG B

zum Vertrag über die Rechte und Pflichten ausländischer Streitkräfte und ihrer Mitglieder in der Bundesrepublik Deutschland

(Artikel 18 Absatz 5)

Bestimmungen über Funkfrequenzen

1. Im Sinne dieser Bestimmungen

(a) wird der Begriff „Funkstelle" durch Artikel 1 Abschnitt II der Vollzugsordnungen für den Funkdienst, Anhang zum Internationalen Fernmeldeabkommen, Atlantic City 1947, bestimmt;

(b) sind „Sicherheitsfrequenzen" Funkfrequenzen, die nur von den Streitkräften für militärische und verwandte Zwecke einschließlich Rundfunk für die Mitglieder der Streitkräfte, aber nicht für Propagandazwecke benutzt werden;

(c) sind „Sperrbereiche" Frequenzbereiche des Funkspektrums, die nur von den Streitkräften für militärische und verwandte Zwecke einschließlich Rundfunk für die Mitglieder der Streitkräfte, aber nicht für Propagandazwecke benutzt werden.

ANNEX B

to the Convention on the Rights and Obligations of Foreign Forces and Their Members in the Federal Republic of Germany

(Article 18, paragraph 5)

Provisions on Radio Frequencies

1. For the purpose of these provisions

(a) the term "radio station" shall be determined by Article 1 of the Radio Regulations annexed to the International Telecommunication Convention, Atlantic City, 1947;

(b) "security frequencies" are those frequencies used solely by the Forces for military and related purposes, including broadcasts for members of the Forces, but not for propaganda purposes;

(c) "security bands" are those frequency areas of the radio spectrum used solely by the Forces for military and related purposes, including broadcasts for members of the Forces, but not for propaganda purposes;

ANNEXE B

à la Convention sur les Droits et Obligations des Forces Étrangères et de leurs Membres Stationnés sur le Territoire de la République Fédérale d'Allemagne

(Article 18, Paragraphe 5)

Dispositions concernant les fréquences radio

Paragraphe 1

Au sens du présent accord:

(a) le terme «Station radio» est défini par l'Article 1 des règlements radio annexés à la Convention Internationale sur les Télécommunications d'Atlantic City, 1947;

(b) les «fréquences de sécurité» sont les fréquences exclusivement utilisées par les Forces à des fins militaires et connexes, y compris les émissions destinées aux membres des Forces, mais non à des fins de propagande;

(c) les «bandes de sécurité» sont les bandes de fréquences du spectre radio exclusivement utilisées par les Forces à des fins militaires et connexes, y compris les émissions destinées aux membres des Forces, mais non à des fins de propagande;

(d) sind „gemischte Sperrbereiche" Frequenzbereiche des Funkspektrums, die von den Streitkräften für militärische und verwandte Zwecke einschließlich Rundfunk für die Mitglieder der Streitkräfte, aber nicht für Propagandazwecke benutzt werden und in denen zivile Funkstellen zugleich unter bestimmten Bedingungen betrieben werden können.

2. Die Funkstellen der Streitkräfte werden nur auf den in Ziffer 1 (b) bis (d) dieser Bestimmungen festgelegten Frequenzen und in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Artikels 47 des Internationalen Fernmeldeabkommens, Atlantic City 1947, oder den an dessen Stelle tretenden Bestimmungen betrieben.

3. Es wird ein Frequenzausschuß gebildet; dieser besteht aus Vertretern der Behörden der Bundesrepublik und Vertretern der zuständigen Behörden derjenigen der Drei Mächte, auf welche die Bestimmungen des Artikels 18 dieses Vertrages Anwendung finden. Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft kann Vertreter in den Ausschuß entsenden. Der Frequenzausschuß faßt seine Beschlüsse einstimmig.

4. Die für die Funkstellen der Streitkräfte benötigten Sicherheitsfrequenzen, Sperrbereiche und gemischten Sperrbereiche, einschließlich der in den gemischten Sperrbereichen gemäß Ziffer 1 (d) dieser Bestimmungen festzulegenden technischen Bedingungen, und die Änderungen in den bei Inkrafttreten dieses Vertrages den Streitkräften zugewiesenen oder zugeteilten Frequenzen werden von dem Frequenzausschuß festgelegt. Die Mitglieder des Frequenzausschusses koordinieren alle Frequenzzuweisungen, soweit es zur Vermeidung von Störungen notwendig ist. Dem Frequenzausschuß stehen die Funküberwachungsdienste zur Verfügung. Funküberwachungsberichte mit Auskünften über Frequenzen, wie sie in Ziffer 1 (b) bis (d) dieser Bestimmungen festgelegt worden sind, werden internationalen Organisationen nur mit Zustimmung des Frequenzausschusses zugeleitet. Auskünfte über zivile Frequenzen sind dem Frequenzausschuß zugänglich. Es werden keine Frequenzzuweisungen vorgenommen und keine Funkbetriebe zugelassen, durch die entweder die bei Inkrafttreten des Vertrages gültigen oder die entsprechend dieser Ziffer vom Ausschuß vorgenommenen Frequenzzuweisungen beeinträchtigt werden.

(d) "mixed bands" are those frequency areas of the radio spectrum which are used by the Forces for military and related purposes, including broadcasts for members of the Forces, but not for propaganda purposes, and in which at the same time civil radio stations may be operated under specified conditions.

2. The radio stations of the Forces shall only be operated on the frequencies defined in sub-paragraphs (b) to (d) inclusive of paragraph 1 of these provisions and in conformity with the provisions of Article 47 of the International Telecommunication Convention, Atlantic City, 1947, or such provisions as may replace them.

3. A Frequency Committee is hereby established, to be composed of representatives of the appropriate authorities of those of the Three Powers to which the provisions of Article 18 of the present Convention apply and of representatives of the authorities of the Federal Republic. The European Defence Community may be represented on the Frequency Committee. The Frequency Committee shall make its decisions by unanimous vote.

4. Security frequencies, security bands and mixed bands, including the technical conditions to be fixed in the mixed bands pursuant to sub-paragraph (d) of paragraph 1 of these provisions, which are required for the radio stations of the Forces, and the modifications in the frequencies allocated or assigned to the Forces on the entry into force of the present Convention, shall be fixed by the Frequency Committee. The members of the Frequency Committee shall coordinate all frequency allocations as far as necessary to avoid harmful interference. Monitoring services shall be available to the Frequency Committee. Monitoring reports containing information on frequencies defined in sub-paragraphs (b) to (d) inclusive of paragraph 1 shall be transmitted to international bodies only as agreed by the Frequency Committee. Information on civil frequencies shall be available to the Frequency Committee. No frequency allocations will be made and no operations permitted which shall interfere either with the frequency allocations in effect on the entry into force of the present Convention or with the frequency allocations made by the Frequency Committee in accordance with this paragraph.

(d) les « bandes mixtes » sont les bandes de fréquences du spectre radio qui sont utilisées par les Forces à des fins militaires et connexes, y compris les émissions destinées aux membres des Forces, mais non à des fins de propagande, et que peuvent également utiliser, sous certaines conditions, des stations d'émissions civiles.

Paragraphe 2

Les stations radio des Forces seront exploitées exclusivement avec les fréquences définies par le paragraphe 1 alinéas (b) à (d) inclus de la présente Annexe et suivant les dispositions de l'Article 47 de la Convention Internationale des Télécommunications d'Atlantic City de 1947, ou des dispositions qui pourraient les remplacer.

Paragraphe 3

Il est institué un Comité des Fréquences qui sera composé de représentants des autorités compétentes de celles des Trois Puissances auxquelles les dispositions de l'Article 18 de la présente Convention seront applicables et de représentants de la République Fédérale. La Communauté Européenne de Défense peut être représentée au Comité des Fréquences. Les décisions du Comité des Fréquences seront prises à l'unanimité.

Paragraphe 4

Les fréquences de sécurité, les bandes de sécurité et les bandes mixtes, ainsi que les conditions techniques à fixer dans les bandes mixtes, conformément à l'alinéa (d) du paragraphe 1 de la présente Annexe, qui sont nécessaires aux stations radio des Forces, et les modifications aux fréquences actuellement attribuées ou assignées aux Forces à la date de l'entrée en vigueur de la présente Convention seront fixées par le Comité des Fréquences. Les membres du Comité des Fréquences procéderont à la répartition des fréquences de façon à éviter les interférences nuisibles. Le Comité des Fréquences dispose du contrôle radio. Les rapports de contrôle radio contenant des renseignements afférents aux fréquences visées aux alinéas (b) à (d) inclus du paragraphe 1 de la présente Annexe, ne seront transmis à des organismes internationaux qu'avec l'approbation du Comité des Fréquences. Les informations concernant les fréquences civiles seront à la disposition du Comité. Aucune attribution de fréquences ne sera faite, ni aucune opération ne sera autorisée qui pourrait interférer, soit avec les attributions de fréquences pratiquées lors de l'entrée en vigueur de la présente Convention, soit avec les attributions de fréquences effectuées par le Comité des Fréquences, conformément au présent paragraphe.

5. Werden bei internationalen Konferenzen Fragen berührt, für die der Frequenzausschuß zuständig ist, so werden die deutschen Vertreter die etwaigen Beschlüsse des Frequenzausschusses in angemessener Weise berücksichtigen und sich für den Schutz der in die Zuständigkeit des Frequenzausschusses fallenden Frequenzbereiche und Frequenzen einsetzen.

5. If at international conferences problems are raised for which the Frequency Committee is competent, the German representatives shall take into adequate consideration the decisions, if any, made by the Frequency Committee and use all their influence to protect the frequency bands and frequencies which are within the competence of the Frequency Committee.

Paragraphe 5

Si, au cours des conférences internationales, des questions relevant de la compétence du Comité des Fréquences sont soulevées, les représentants allemands tiendront dûment compte des décisions éventuelles du Comité des Fréquences et useront de toute leur influence pour protéger, de façon efficace, les bandes de fréquences et les fréquences relevant de la compétence du Comité.

ANHANG C

zum Vertrag über die Rechte und Pflichten ausländischer Streitkräfte und ihrer Mitglieder in der Bundesrepublik Deutschland

(Artikel 50 Absatz 1)

Übergangsregelung für Truppen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft

Vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des Vertrages über die Errichtung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft an übernehmen die in Ziffer 2 und 3 des Artikels 1 dieses Vertrages genannten Mächte, die Mitglieder der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft sind, unter den folgenden Bedingungen nur die Rechte und Pflichten, die nachstehend aufgeführt sind und die sich aus diesem Vertrag und seinen Anhängen ergeben:

(a) bis zum 31. März 1953 die Rechte und Pflichten aus Artikel 46;

(b) bis zum 30. Juni 1953 die Rechte und Pflichten aus: Absatz (1) des Artikels 3 und, soweit sie sich auf die Erfüllung des Bedarfs der Streitkräfte beziehen, aus den Absätzen (2) und (4) des Artikels 3; den Absätzen (1), (2) und (3) des Artikels 32; Artikel 33, soweit dieser Artikel sich auf die Steuerbefreiung der Streitkräfte bezieht; Artikel 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 44, 45 und 48;

(c) als Übergangsregelung und bis zu einem Zeitpunkt, der jeweils im Einvernehmen mit der Bundesrepublik festgesetzt wird, jedoch nicht länger als bis zum 30. Juni 1953 die Rechte und Pflichten aus den Artikeln 4, 17, 18, 19, 20 Absatz (1) und (3), 21, 34, 35, soweit es sich um dienstliche Versetzungen handelt und 43;

(d) bis zum Inkrafttreten eines Bundesgesetzes über den strafrechtlichen Schutz der Truppen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft die Rechte und Pflichten aus dem Artikel 3 Absatz (3) und dem Anhang A.

ANNEX C

to the Convention on the Rights and Obligations of Foreign Forces and Their Members in the Federal Republic of Germany

(Article 50, paragraph 1)

Transitional Provisions for the Armed Forces of the European Defence Community

As from the entry into force of the Treaty Establishing the European Defence Community, the Powers mentioned in paragraphs 2 and 3 of Article 1 of the present Convention which are members of the European Defence Community will assume, in the following manner, only those rights and obligations referred to below, which arise out of the present Convention and its Annexes:

(a) Until 31 March 1953, the rights and obligations arising out of Article 46;

(b) Until 30 June 1953, the rights and obligations arising out of paragraph 1, and to the extent that they deal with the satisfaction of the needs of the Forces paragraphs 2 and 4 of Article 3, paragraphs 1, 2 and 3 of Article 32, Article 33 to the extent that it deals with tax immunities of the Forces, and Articles 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 44, 45 and 48;

(c) As a transitional measure, until a date to be fixed in each case in agreement with the Federal Republic, but not later than 30 June 1953, the rights and obligations arising out of Articles 4, 17, 18, 19, paragraphs 1 and 3 of Article 20, 21, 34, 35 so far as it relates to transfers in the course of military service, and 43;

(d) Until the entry into force of Federal criminal legislation for the protection of the armed Forces of the European Defence Community, the rights and obligations arising out of paragraph 3 of Article 3, and Annex A.

ANNEXE C

à la Convention sur les Droits et Obligations des Forces Étrangères et de leurs Membres Stationnés sur le Territoire de la République Fédérale d'Allemagne

(Article 50, paragraphe 1)

Règlement transitoire pour les Forces Armées de la Communauté Européenne de Défense

A dater de l'entrée en vigueur du Traité instituant la Communauté Européenne de Défense, les Puissances visées aux paragraphes 2 et 3 de l'Article 1 de la présente Convention et qui sont membres de la Communauté Européenne de Défense, assumeront, dans les conditions suivantes, exclusivement les droits et obligations ci-dessous mentionnés, résultant de la présente Convention et de ses annexes:

(a) jusqu'au 31 mars 1953, les droits et obligations résultant de l'Article 46;

(b) jusqu'au 30 juin 1953, les droits et obligations résultant du paragraphe 1 de l'Article 3 et, dans la mesure où ils visent la satisfaction des besoins des Forces, des paragraphes 2 et 4 du même Article, des paragraphes 1, 2 et 3 de l'Article 32, de l'Article 33, dans la mesure où il a trait aux immunités fiscales des Forces; des Articles 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 44, 45 et 48;

(c) à titre transitoire, et jusqu'à une date qui sera, dans chaque cas, fixée en accord avec la République Fédérale et qui ne pourra être postérieure au 30 juin 1953, les droits et obligations résultant des Article 4, 17, 18, 19, des paragraphes 1 et 3 de l'Article 20, des Articles 21 et 34 et, dans le cas de mutations de service, de l'Article 35; enfin, de l'Article 43;

(d) jusqu'à l'entrée en vigueur d'une loi fédérale pour la protection pénale des Forces armées de la Communauté Européenne de Défense, les droits et obligations résultant du paragraphe 3 de l'Article 3 et de l'Annexe A.

Finanzvertrag
Finance Convention
Convention Financière

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

einerseits und

DIE VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA,

DAS VEREINIGTE KÖNIGREICH VON GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND

und

DIE FRANZÖSISCHE REPUBLIK

andererseits

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Soweit sich aus dem Zusammenhang nichts anderes ergibt, haben im vorliegenden Vertrage die folgenden Ausdrücke dieselbe Bedeutung, die ihnen in Artikel 1 des Vertrages über die Rechte und Pflichten ausländischer Streitkräfte und ihrer Mitglieder in der Bundesrepublik Deutschland (im folgenden als „Der Truppenvertrag" bezeichnet) beigelegt sind:

das Bundesgebiet;
die Drei Mächte;
anderer Entsendestaat;
die beteiligte Macht;
Behörden der Streitkräfte;
Mitglieder der Streitkräfte;
Liegenschaften.

(2) Im vorliegenden Vertrage haben folgende weitere Ausdrücke die ihnen nachstehend jeweils beigelegte Bedeutung:

(a) Behörden der beteiligten Macht:
Die Behörden der beteiligten Macht, einschließlich der Behörden ihrer Streitkräfte.

(b) Die Streitkräfte:
Die im Bundesgebiet stationierten bewaffneten Streitkräfte der Drei Mächte und anderer Entsendestaaten mit der Maßgabe, daß der Ausdruck vorbehaltlich der Vorschriften des Artikels 8 dieses Vertrages auf die im Bundesgebiet stationierten Streitkräfte der beteiligten Mächte, die auf Grund des Vertrages über die Errichtung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft Kontingente der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte geworden sind, nur bis zum 30. Juni 1953 Anwendung findet.

(c) Mittel für den Unterhalt der Streitkräfte:
Derjenige Teil des Verteidigungsbeitrages der Bundesrepublik, der den beteiligten Mächten als Beitrag zur Deckung der Kosten der im Bundesgebiet stationierten Streitkräfte und ihrer Mitglieder zur Verfügung gestellt werden soll.

THE UNITED STATES OF AMERICA,

THE UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN AND NORTHERN IRELAND,

and

THE FRENCH REPUBLIC,

of the one part, and

THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY,

of the other part,

Agree as follows:

Article 1

1. In the present Convention the following terms shall, unless the context otherwise requires, have the same meanings as are given to them in Article 1 of the Convention on the Rights and Obligations of Foreign Forces and their Members in the Federal Republic of Germany (hereinafter referred to as "the Forces Convention"):

The Federal territory;
The Three Powers;
Other Sending State;
The Power concerned;
Authorities of the Forces;
Members of the Forces;
Accommodation.

2. In the present Convention the following additional terms shall be given the meanings hereinafter indicated:

(a) Authorities of the Power concerned:
The authorities of the Power concerned, including the authorities of its Forces.

(b) The Forces:
The armed forces of the Three Powers and of other Sending States stationed in the Federal territory; provided that the term shall, subject to the provisions of Article 8 of the present Convention, apply only until 30 Juni 1953 to the Forces stationed in the Federal territory of Powers concerned which have become contingents of the European Defence Force under the Treaty on the Establishment of the European Defence Community.

(c) Funds for the support of the Forces:
That part of the defence contribution of the Federal Republic which is to be made available to the Powers concerned to assist in meeting the costs of the Forces stationed in the Federal territory and their members.

LA RÉPUBLIQUE FRANÇAISE,

LES ÉTATS-UNIS D'AMÉRIQUE

et

LE ROYAUME-UNI DE GRANDE-BRETAGNE ET D'IRLANDE DU NORD,

d'une part, et

LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE,

d'autre part,

conviennent des dispositions suivantes:

Article 1

1. — Au sens de la présente Convention, les expressions suivantes ont, à moins que le contexte ne requiert un autre sens, la même signification que celle qui leur est donnée à l'Article 1 de la Convention relative aux Droits et Obligations des Forces Étrangères et de leurs Membres sur le Territoire de la République Fédérale d'Allemagne (ci-après dénommée «la Convention sur les Forces»):

— le territoire fédéral;
— les Trois Puissances;
— autre État fournissant des Forces;
— la Puissance intéressée;
— les autorités des Forces;
— les membres des Forces;
— les immeubles.

2. — Au sens de la présente Convention, les expressions nouvelles suivantes ont la signification indiquée ci-dessous:

(a) «Les autorités de la Puissance intéressée»:
les autorités de la Puissance intéressée, y compris les autorités de ses Forces;

(b) «les Forces»:
Les Forces armées des Trois Puissances et de tout autre État fournissant des Forces, stationnées sur le territoire fédéral, à condition que ce terme, sous réserve des dispositions de l'Article 8 de la présente Convention, s'applique seulement jusqu'au 30 juin 1953 aux Forces des Puissances intéressées, stationnées sur le territoire fédéral, qui sont devenues contingents des Forces Européennes de Défense en vertu du Traité instituant la Communauté Européenne de Défense.

(c) «les fonds destinés à l'entretien des Forces»:
la partie de la contribution à la défense de la République Fédérale mise à la disposition des Puissances intéressées pour les aider à faire face aux dépenses des Forces stationnées sur le territoire fédéral et de leurs membres.

Artikel 2

Die deutschen Behörden und die Behörden der beteiligten Mächte haben zur Förderung der Zwecke dieses Vertrages uneingeschränkt zusammenzuarbeiten und sich gegenseitig zu unterstützen; sie haben die für die Durchführung dieses Vertrages erforderlichen, ihnen jeweils zur Verfügung stehenden Informationen auszutauschen und haben einander zur Förderung der zufriedenstellenden Durchführung dieses Vertrages die Dienste ihrer jeweiligen Dienststellen zur Verfügung zu stellen.

Artikel 3

(1) Die Bundesrepublik verpflichtet sich, einen fortlaufenden jährlichen Beitrag zu den Verteidigungskosten zu leisten. Dieser Beitrag muß auf eine Inanspruchnahme der deutschen Wirtschaftskraft hinauslaufen, die unter Zugrundelegung der Vergleichsmaßstäbe der Nordatlantikpakt-Organisation dem Ausmaß entspricht, in dem die anderen großen westlichen Staaten ihre eigene Wirtschaftskraft für Verteidigungszwecke — unter Mitberücksichtigung der Ausgaben für außereuropäische Verteidigungsmaßnahmen — in Anspruch nehmen.

(2) Für die Zeit nach dem 30. Juni 1953 wird der Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik nach Grundsätzen und Verfahren bestimmt, die denjenigen entsprechen, die für die Festsetzung der Verteidigungsausgaben der Mitgliedstaaten der Nordatlantikpakt-Organisation gelten.

(3) Die nach Absatz (1) und (2) dieses Artikels übernommenen Verpflichtungen dürfen nicht zu einer Schlechterstellung der Bundesrepublik gegenüber den anderen großen westlichen Staaten führen.

(4) Die Bundesrepublik erfüllt ihre Verpflichtung zur Leistung eines Verteidigungsbeitrages durch ihren Beitritt und ihren Beitrag zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft gemäß den diese Gemeinschaft betreffenden Vereinbarungen und Abmachungen und durch Leistung eines Beitrages gemäß den Vorschriften des Absatzes (5) dieses Artikels zur Bestreitung der Kosten für die Streitkräfte der nicht der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft angehörenden beteiligten Mächte und für die Mitglieder dieser Streitkräfte.

(5) (a) Der Teil des Verteidigungsbeitrages der Bundesrepublik, der nach dem 30. Juni 1953 als Beitrag zur Bestreitung der Kosten für die Streitkräfte der nicht der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft angehörenden beteiligten Mächte und für die Mitglieder dieser Streitkräfte verwendet wird, wird zu gegebener Zeit durch Verhandlungen festgesetzt, an denen die Gemeinschaft, die Bundesrepublik und die nicht der Gemeinschaft angehörenden Mächte, die Streitkräfte im Bundesgebiet unterhalten, teilnehmen.

Article 2

The authorities of the Powers concerned and the German authorities shall extend to each other full cooperation and assistance to further the purposes of the present Convention, shall exchange all information available to any of them which may be necessary for the implementation of the present Convention, and shall afford to each other the services of any of their respective agencies to assist in the satisfactory implementation of the present Convention.

Article 3

1. The Federal Republic untertakes to make a continuing annual contribution to the costs of defence. This contribution will represent a use of German national resources which, under the criteria of the North Atlantic Treaty Organization, is comparable to the use by other principal Western countries of their national resources for defence, including expenditures for defence measures outside Europe.

2. In respect of the period after 30 June 1953, the defence contribution of the Federal Republic shall be established under principles and procedures corresponding to those applicable to the establishment of defence expenditures of member countries of the North Atlantic Treaty Organization.

3. The undertakings in paragraphs 1 and 2 of this Article shall not result in a discrimination against the Federal Republic as compared to the other principal Western countries.

4. The Federal Republic shall fulfil its undertaking to contribute to defence by adhering and contributing to the European Defence Community in accordance with the agreements and arrangements pertaining to the Community and by assisting to meet the costs of the Forces of the Powers concerned which are not members of the European Defence Community, and the members of such Forces, in accordance with the provisions of paragraph 5 of this Article.

5. (a) The part of the Federal Republic's defence contribution which, subsequent to 30 June 1953, will be used to assist in meeting the costs of the Forces of the Powers concerned not members of the European Defence Community, and the members of such Forces, shall be established at the appropriate time by negotiations in which the Community, the Federal Republic and the Powers not members of the Community with Forces in the Federal territory shall participate.

Article 2

Les autorités des Puissances intéressées et les autorités allemandes se prêtent mutuellement une entière collaboration et toute l'aide nécessaire pour réaliser les objectifs de la présente Convention; elles échangent tous renseignements en leur possession qui s'avéreraient nécessaires à l'application de la présente Convention et se prêtent les services de tous leurs organismes respectifs pour contribuer à une mise en application satisfaisante de la présente Convention.

Article 3

1. — La République Fédérale s'engage à apporter aux frais de défense une contribution annuelle à caractère permanent. Cette contribution correspondra à une utilisation des ressources nationales allemandes comparable, selon les critères de l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord, à l'utilisation que les autres principaux pays occidentaux font de leurs ressources nationales, pour la défence, y compris les dépenses encourues hors d'Europe à des fins de défense.

2. — Pour la période postérieure au 30 juin 1953, la contribution à la défense de la République Fédérale sera établie selon des principes et des procédures correspondant à ceux applicables pour l'établissement des dépenses de défense des pays membres de l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord.

3. — Les engagements qui figurent aux paragraphes 1 et 2 du présent Article n'auront pas pour résultat une discrimination à l'encontre de la République Fédérale par rapport aux autres principaux pays occidentaux.

4. — La République Fédérale remplira son engagement de contribuer à la défense en adhérant et en contribuant à la Communauté Européenne de Défense, conformément aux accords et arrangements relatifs à ladite Communauté, ainsi qu'en participant aux frais des Forces des Puissances intéressées non membres de la Communauté Européenne de Défense ainsi que des membres de ces Forces, conformément aux dispositions du paragraphe 5 du présent Article.

5. — (a) La part de la contribution de la République Fédérale à la défense qui, postérieurement au 30 juin 1953, sera utilisée à titre de participation aux frais des Forces des Puissances intéressées non membres de la Communauté Européenne de Défense, ainsi que des membres de ces Forces, sera fixée en temps utile par voie de négociations auxquelles prendront part la Communauté Européenne de Défense, la République Fédérale et les Puissances non membres de la Communauté ayant des Forces sur le territoire fédéral.

(b) Der in Unterabsatz (a) dieses Absatzes bezeichnete Teil des Verteidigungsbeitrages der Bundesrepublik wird im Haushalt der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft als Durchlaufposten behandelt; er stellt keine Verpflichtung und keine Belastung für die Gemeinschaft dar und unterliegt nicht der Kontrolle der Gemeinschaft. Die Gemeinschaft hat keine andere Verpflichtung als die, die vereinbarten Beträge in der zwischen der Gemeinschaft, der Bundesrepublik und den beteiligten Mächten zu vereinbarenden Weise den Streitkräften zuzuleiten.

Artikel 4

(1) Die Vorschriften dieses Artikels finden vom Inkrafttreten dieses Vertrages bis zum 30. Juni 1953 Anwendung.

(2) Die Bundesrepublik leistet einen monatlichen Verteidigungsbeitrag von durchschnittlich 850 Millionen DM, der ausschließlich als ihr Beitrag zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und als Mittel für den Unterhalt der Streitkräfte bestimmt ist.

(3) Im Rahmen der in Absatz (2) dieses Artikels erwähnten Summe von 850 Millionen DM werden die Mittel für den Unterhalt der Streitkräfte nach folgendem Plan zur Verfügung gestellt:

(a) für die ersten sechs Monate nach dem Inkrafttreten dieses Vertrages, soweit sie vor dem 30. Juni 1953 liegen, ein Betrag von je 551 Millionen DM monatlich;

(b) für die drei folgenden Monate, soweit sie vor dem 30. Juni 1953 liegen, ein Betrag von je 319 Millionen DM monatlich;

(c) für jeden weiteren Monat, soweit er vor dem 30. Juni 1953 liegt, ein in Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und den Drei Mächten festzusetzender Betrag.

Mittel, die für einen bestimmten Zeitabschnitt zur Verfügung gestellt sind, können nach Maßgabe der Bestimmungen in Absatz (5) dieses Artikels in anderen Zeitabschnitten verwendet werden. Die Drei Mächte werden im Benehmen mit der Bundesregierung die gemäß dieses Absatzes zur Verfügung gestellten Beträge unter die beteiligten Mächte verteilen oder neu verteilen. Die Bestimmungen des Artikels 5 dieses Vertrages finden auf die Verausgabung dieser Mittel Anwendung, soweit solche Mittel nicht gemäß Unterabsatz (a) des Absatzes (5) dieses Artikels ausgegeben werden.

(4) Die in Absatz (3) dieses Artikels erwähnten Mittel für den Unterhalt der Streitkräfte werden im Haushalt der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft als Durchlaufposten be-

(b) The part of the Federal Republic's defence contribution referred to in sub-paragraph (a) of this paragraph shall transit the budget of the European Defence Community; it shall not constitute an obligation of, or a charge to, the Community and shall not be subject to the control of the Community. The Community shall have no further obligation than to transmit the agreed amounts to the Forces, in a manner to be agreed by the Community, the Federal Republic and the Powers concerned.

Article 4

1. The provisions of this Article shall apply from the entry into force of the present Convention until 30 June 1953.

2. The Federal Republic shall make an average monthly defence contribution of Deutsche Mark 850 million to be devoted exclusively to its contribution to the European Defence Community and for the funds for the support of the Forces.

3. Out of the sum of Deutsche Mark 850 million referred to in paragraph 2 of this Article, funds for the support of the Forces shall be made available according to the following schedule:

(a) For each of the six months following the date of entry into force of the present Convention and falling prior to 30 June 1953, an amount of Deutsche Mark 551 million;

(b) For each of the three months following the period specified in the preceding sub-paragraph and falling prior to 30 June 1953, an amount of Deutsche Mark 319 million;

(c) For each of the months following the period specified in the preceding sub-paragraph and falling prior to 30 June 1953, an amount to be determined by negotation between the Federal Republic and the Three Powers.

Funds to be made available for one period of time may be utilized in other periods in accordance with the provisions of paragraph 5 of this Article. The Three Powers will be responsible for allocating or re-allocating among the Powers concerned, after consultation with the Federal Government, the amounts made available under this paragraph. The provisions of Article 5 of the present Convention shall apply to the expenditure of these funds except to the extent that such funds are expended in accordance with sub-paragraph (a) of paragraph 5 of this Article.

4. The funds for the support of the Forces referred to in paragraph 3 of this Article shall transit the budget of the European Defence Community; they shall not constitute an obligation

(b) La part de la contribution de la République Fédérale à la défense mentionnée à l'alinéa (a) du présent paragraphe transitera par le budget de la Communauté Européenne de Défense; elle ne constituera pas une obligation ou une charge pour la Communauté et ne sera pas soumise à son contrôle. La Communauté n'aura pas d'autre obligation que de transmettre aux Forces les sommes ayant fait l'objet d'un accord, selon des modalités à arrêter entre la Communauté, la République Fédérale et les Puissances intéressées.

Article 4

1. — Les dispositions du présent Article s'appliquent à compter de la date d'entrée en vigueur de la présente Convention jusqu'au 30 juin 1953.

2. — La République Fédérale apportera une contribution mensuelle moyenne à la défense de 850 millions de DM qui sera affectée exclusivement à sa contribution à la Communauté Européenne de Défense et aux fonds destinés à l'entretien des Forces.

3. — Sur la somme de 850 millions de DM visée au paragraphe 2 du présent Article, les fonds destinés à l'entretien des Forces seront répartis selon les modalités suivantes:

(a) pour chacun des six mois qui suivront la date d'entrée en vigueur de la présente Convention et se terminant avant le 30 juin 1953, un montant de 551 millions de Deutsche Mark;

(b) pour chacun des trois mois qui suivront la période précisée à l'alinéa précédent et se terminant avant le 30 juin 1953, un montant de 319 millions de Deutsche Mark;

(c) pour chaque mois suivant la période précisée à l'alinéa précédent et se terminant avant le 30 juin 1953, un montant à fixer par voie de négociation entre la République Fédérale et les Trois Puissances.

Les fonds rendus disponibles pour une période peuvent être utilisés pendant d'autres périodes conformément aux dispositions du paragraphe 5 du présent Article. Les Trois Puissances ont la responsabilité d'allouer et de réallouer entre les Puissances intéressées, après consultation avec le Gouvernement Fédéral, les fonds rendus disponibles aux termes du présent paragraphe. Les dispositions de l'Article 5 de la présente Convention s'appliquent à l'utilisation de ces fonds, sauf dans la mesure où ces fonds sont utilisés conformément à l'alinéa (a) du paragraphe 5 du présent Article.

4. — Les fonds destinés à l'entretien des Forces, visés au paragraphe 3 du présent Article, transiteront par le budget de la Communauté Européenne de Défense et ne constitueront pas une

handelt. Sie stellen keine Verpflichtung oder Belastung der Gemeinschaft dar und unterliegen nicht der Kontrolle der Gemeinschaft. Die Gemeinschaft hat keine weitere Verpflichtung als die, die vereinbarten Beträge in der zwischen der Gemeinschaft, der Bundesrepublik und den beteiligten Mächten zu vereinbarenden Weise den Streitkräften zuzuleiten.

(5) Auf die nach Absatz (3) dieses Artikels für den Unterhalt der Streitkräfte zur Verfügung gestellten Mittel sind nur folgende Ausgaben anzurechnen:

(a) Beträge, die gegen Zahlungsermächtigungen verausgabt werden, welche nach Inkrafttreten dieses Vertrages zum Zwecke der Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen für die Bereitstellung von Liegenschaften, Gütern, Materialien und sonstigen Leistungen ausgestellt werden, die von den Behörden der beteiligten Mächte im Rahmen der Besatzungskosten und Auftragsausgaben vor Inkrafttreten dieses Vertrages beschafft oder angefordert waren;

(b) Beträge, die gegen Zahlungsermächtigungen verausgabt werden, welche bis zum 30. Juni 1953 einschließlich im Rahmen der gemäß Artikel 5 dieses Vertrages für diesen Zeitraum festgestellten Deutsche Mark-Haushaltspläne der beteiligten Mächte ausgestellt werden. Soweit die in Absatz (3) dieses Artikels vorgesehenen Mittel nicht in voller Höhe zur Abdeckung der vor dem 1. Juli 1953 ausgestellten Zahlungsermächtigungen verausgabt worden sind, stehen sie den Streitkräften weiter bis zum 30. Juni 1954 zur Begleichung von Verbindlichkeiten zur Verfügung, die am 1. Juli 1953 noch nicht erfüllt sind und zu Lasten der Mittel für den Unterhalt der Streitkräfte gehen;

(c) Beträge, die für andere zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten vereinbarte Zwecke verausgabt werden.

Artikel 5

(1) Die Mittel für den Unterhalt der Streitkräfte sind ausschließlich für diesen Zweck zu verausgaben. Die Drei Mächte verpflichten sich, die zu Lasten dieser Mittel gehenden Aufwendungen in dem mit der militärischen Leistungsfähigkeit der Streitkräfte der beteiligten Mächte vereinbarten Mindestrahmen zu halten, und die Mittel wirtschaftlich und sparsam zu verwenden.

(2) Jede der beteiligten Mächte hat Haushaltspläne aufzustellen. Die Verausgabung der Mittel für den Unterhalt der Streitkräfte hat gemäß den Haushaltspositionen und im Rahmen der Höchstbeträge zu erfolgen, wie sie in den von den beteiligten Mächten zum Zeitpunkt der Übereinkunft über den im Rahmen des vorliegenden Vertrages zur Verfügung zu stellenden Betrag aufgestellten Haushaltsvoran-

of, or a charge to, the Community and shall not be subject to the control of the Community. The Community shall have no further obligation than to transmit the agreed amounts to the Forces, in a manner to be agreed by the Community, the Federal Republic and the Powers concerned.

5. The only expenditures chargeable to the funds for the support of the Forces made available in accordance with paragraph 3 of this Article shall be

(a) amounts expended on payment authorizations issued after the entry into force of the present Convention to satisfy liabilities for accommodation, goods, materials or services procured or ordered before the entry into force of the present Convention by the authorities of the Powers concerned as a charge to occupation costs or mandatory expenditures;

(b) amounts expended on payment authorizations issued on or before 30 June 1953 under the Deutsche Mark budgets of the Powers concerned established for the period before that date in accordance with Article 5 of the present Convention. To the extent that the funds provided under paragraph 3 of this Article have not been fully expended to meet payment authorizations issued before 1 July 1953, they will remain available to the Forces until 30 June 1954 for the liquidation of liabilities outstanding on 1 July 1953 which are chargeable to the funds for the support of the Forces; and

(c) amounts expended for such other purpose as may be agreed between the Federal Republic and the Three Powers.

Article 5

1. Funds for the support of the Forces shall be expended exclusively for that purpose. The Three Powers undertake to keep the costs chargeable to these funds to the minimum compatible with the military efficiency of the Forces of the Powers concerned, and to utilize the funds efficiently and economically.

2. Budgets will be established by each of the Powers concerned, and the expenditure of funds for the support of the Forces shall be in accordance with such budget categories and within such limits of amount as are established in the estimates prepared by the Powers concerned at the time of the agreement on the sum to be made available under the present Convention.

obligation ou une charge pour celle-ci et ne seront pas soumis à son contrôle. La Communauté Européenne de Défense n'aura pas d'autre obligation que de transmettre les fonds destinés aux Forces selon des modalités à arrêter entre la Communauté, la République Fédérale et les Puissances intéressées.

5. — Les seules dépenses imputables aux fonds destinés à l'entretien des Forces et rendus disponibles conformément aux dispositions du paragraphe 3 du présent Article sont les suivantes:

(a) les montants des paiements correspondant à des autorisations de paiement émises après l'entrée en vigueur de la présente Convention en vue de régler les obligations afférentes à des immeubles, marchandises, matériels et services que les autorités des Puissances intéressées se sont procurés ou ont commandé avant l'entrée en vigueur de la présente Convention, au titre des frais d'occupation et des dépenses imposées;

(b) les montants des paiements correspondant à des autorisations de paiement émises avant le 30 juin 1953 ou à cette date sur les budgets en Deutsche Mark des Puissances intéressées, établis pour la période antérieure à cette date, conformément aux dispositions de l'Article 5 de la présente Convention. Dans la mesure où les sommes prévues au paragraphe 3 du présent Article n'ont pas été dépensées entièrement pour couvrir les autorisations de paiement émises avant le 1er juillet 1953, ces fonds resteront disponibles pour les Forces jusqu'au 30 juin 1954, afin d'acquitter les obligations imputables aux fonds destinés à l'entretien des Forces et restant en instance au 1er juillet 1953;

(c) les montants des paiements affectés à toute autre fin qui pourra être convenue entre la République Fédérale et les Trois Puissances.

Article 5

1. — Les fonds destinés à l'entretien des Forces seront dépensés uniquement à cette fin. Les Trois Puissances s'engagent à maintenir les frais imputables sur ces fonds au minimum compatible avec l'efficacité militaire des Forces des Puissances intéressées et à utiliser ces fonds d'une manière efficace et économique.

2. — Des budgets seront établis par chacune des Puissances intéressées et les dépenses sur les fonds destinés à l'entretien des Forces seront effectuées dans le cadre des chapitres budgétaires établis et des limites fixées selon les prévisions élaborées par les Puissances intéressées lors de la conclusion de l'accord fixant la somme à rendre disponible aux termes de la présente Convention. Chacune

schlägen angesetzt werden. Jeder der beteiligten Mächte ist es freigestellt, Übertragungen zwischen den einzelnen Positionen ihres Haushalts vorzunehmen, jedoch dürfen derartige Übertragungen bei keiner Hauptposition eine Abweichung von mehr als 10 vom Hundert gegenüber dem ursprünglich veranschlagten Betrag ergeben. Die Bundesrepublik wird im voraus von derartigen Übertragungen in Kenntnis gesetzt werden, damit sie Empfehlungen aussprechen kann. Übertragungen, die Veränderungen von mehr als 10 vom Hundert bewirken, können im Einvernehmen zwischen den Drei Mächten und der Bundesrepublik vorgenommen werden.

(3) Die Bundesrepublik und die beteiligten Mächte können nach besonderer Übereinkunft die Ausgaben für den Bau von

(a) Liegenschaften für die Streitkräfte der beteiligten Mächte oder für die Streitkräfte deutschen Ursprungs,
(b) den in Artikel 20 des Truppenvertrages erwähnten Einrichtungen und Anlagen

im Bundesgebiet sowie die Ausgaben für den Grunderwerb hierfür in einem besonderen Haushalt zusammenfassen. Die im Rahmen eines solchen Haushalts aus den Mitteln für den Unterhalt der Streitkräfte zu leistenden Ausgaben werden im Haushalt der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft als Durchlaufposten behandelt, und die Gemeinschaft übt über diese Ausgaben keine Kontrolle aus.

Artikel 6

(1) Vorbehaltlich der Vorschriften der Artikel 3 und 4 dieses Vertrages und der dazu getroffenen Vereinbarungen über das Durchlaufen der Mittel durch den Haushalt der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft trifft die Bundesrepublik alle Maßnahmen, die erforderlich sind, um die Mittel für den Unterhalt der Streitkräfte nach Bedarf zur Verfügung zu stellen.

(2) Mit Ausnahme der Fälle des Absatzes (4) dieses Artikels sind derartige Mittel durch die zuständigen deutschen Zahlstellen auf Grund von Zahlungsermächtigungen, die von den zuständigen Behörden der Streitkräfte ausgestellt werden, auszuzahlen. Durch diese Zahlungsermächtigungen wird bescheinigt, daß die Zahlung im Rahmen der einschlägigen Haushaltsposition der beteiligten Macht gemäß den Bestimmungen dieses Vertrages genehmigt ist; entsprechende Belege über bewirkte Leistungen sind beizufügen. Die zuständigen deutschen Zahlstellen haben nach Vorlage der Zahlungsermächtigung die auf diese Weise bescheinigte Zahlung in Höhe des in der Zahlungsermächtigung ausgewiesenen Betrages vorzunehmen. Die bevollmächtigten Vertreter der beteiligten Macht können die deutschen Unterlagen über die von den zuständigen deutschen Zahlstellen geleisteten Zahlungen prüfen.

Each of the Powers concerned may freely transfer amounts among the different categories of its budget provided that such transfers result in a change of not more than 10 per cent in the amount originally established for any major category. Advance of such transfers will be given to the Federal Republic in order to enable it to make its recommendations. Transfers which result in a change of more than 10 per cent may be effected by agreement between the Three Powers and the Federal Republic.

3. The Powers concerned and the Federal Republic may, by special agreement, consolidate in a special budget the expenditures for construction in the Federal terrritory of

(a) accommodation for the Forces of the Powers concerned or for the forces of German origin,
(b) the installations and works referred to in Article 20 of the Forces Convention,

and the expenditures for the acquisition of sites therefor. Expenditures under such budget from the funds for the support of the Forces shall transit the budget of the European Defence Community and the Community shall exercise no control over them.

Article 6

1. Subject to the provisions of Articles 3 and 4 of the present Convention and the arrangements made thereunder for effecting the transit of the funds through the budget of the European Defence Community, the Federal Republic shall take all steps necessary to make available, as required, the funds for the support of the Forces.

2. Except as provided in paragraph 4 of this Article, such funds shall be disbursed by the appropriate German payment offices on the basis of payment authorizations issued by the appropriate authorities of the Forces. These payment authorizations shall certify that payment within the appropriate budget category of the Power concerned is authorized in accordance with the terms of the present Convention, and appropriate documentation of services rendered shall be attached. In the amount specified by the payment authorization, the appropriate German payment offices shall, after presentation of the payment authorization, effect the payment so certified. The authorized representatives of the Power concerned may examine the German records relating to the payments made by the appropriate German payment offices.

des Puissances intéressées peut librement effectuer des transferts de crédits entre les différents chapitres de son budget, pourvu que ces transferts n'aient pas pour conséquence une modification de plus de dix pour cent du montant prévu primitivement pour tout chapitre principal. Le Gouvernement Fédéral recevra notification préalable de ces transferts, afin qu'il puisse présenter des recommandations. Les transferts qui auraient pour conséquence une modification de plus de dix pour cent pourront être effectués par voie d'accord entre les Trois Puissances et la République Fédérale.

3. — Les Puissances intéressées et la République Fédérale peuvent, par accord spécial, faire figurer dans un budget particulier les dépenses de construction sur le territoire fédéral:

(a) d'immeubles pour les Forces des Puissances intéressées ou pour les forces d'origine allemande;
(b) d'installations et de travaux visés à l'Article 20 de la Convention sur les Forces;

et les dépenses d'acquisition des terrains sur lesquels ces constructions sont effectuées. Les dépenses effectuées au titre de ce budget sur les fonds destinés à l'entretien des Forces transiteront par le budget de la Communauté Européenne de Défense, et la Communauté n'exercera aucun contrôle sur ces dépenses.

Article 6

1. — Sous réserve des dispositions des Articles 3 et 4 de la présente Convention et des accords conclus en vertu de ces Articles en vue de faire transiter les fonds par le budget de la Communauté Européenne de Défense, la République Fédérale prendra toutes mesures nécessaires pour rendre disponibles, selon les besoins, les fonds destinés à l'entretien des Forces.

2. — Sauf dispositions contraires prévues au paragraphe 4 du présent Article, ces fonds seront déboursés par les bureaux allemands appropriés de paiement sur la base des autorisations de paiements émises par les autorités compétentes des Forces. Ces autorisations de paiement certifieront que le paiement, sur le Chapitre approprié du budget de la Puissance intéressée, est autorisé conformément aux termes de la présente Convention, et une documentation appropriée relative aux services rendus y sera jointe. Les bureaux allemands appropriés de paiement effectueront, après présentation de l'autorisation de paiement, le paiement du montant spécifié sur ladite autorisation. Les représentants autorisés de la Puissance intéressée peuvent examiner la comptabilité allemande relative aux paiements effectués par les bureaux allemands appropriés de paiement.

(3) Bücher über Ausgaben und Einnahmen sind von der Bundesrepublik einerseits und von jeder beteiligten Macht andererseits zu führen; die Verbuchung hat gemäß der von der Bundesrepublik und den Drei Mächten vereinbarten einheitlichen Nomenklatur zu erfolgen. Falls die Bücher der Bundesrepublik mit denen einer der beteiligten Mächte nicht übereinstimmen sollten, nachdem sie jeweils gemäß den nach deutschen Rechts- und Verwaltungsvorschriften oder nach Rechts- und Verwaltungsvorschriften der beteiligten Macht anwendbaren Verfahren geprüft worden sind, so erfolgt die Abstimmung gemäß einem Verfahren, das von dem nach Artikel 14 dieses Vertrages zu bildenden Koordinierungsausschuß festzulegen ist. Dem Koordinierungsausschuß sind in regelmäßigen Zeitabständen Berichte über Ausgaben und Einnahmen zu erstatten.

(4) Die beteiligten Mächte können von den deutschen Zahlstellen Mittel erhalten, um Zahlungen durch ihre eigenen Stellen vorzunehmen für

(a) kleinere Ausgaben gemäß den Vorschriften der beteiligten Macht oder

(b) alle anderen Ausgaben, für die vereinbarungsgemäß ein solches Verfahren anzuwenden ist.

Diese Ausgaben sind gemäß Absatz (2) dieses Artikels zu bescheinigen und zu belegen.

3. Accounts of expenditures and receipts shall be kept by each Power concerned, on the one hand, and by the Federal Republic, on the other hand, and shall conform with uniform nomenclature agreed by the Three Powers and the Federal Republic. If the accounts of the Federal Republic and those of any of the Powers concerned are not in agreement, after each has been audited in accordance with the procedures applicable under German law or regulations or the law or regulations of the Power concerned, as the case may be, reconciliation shall be made under procedures to be established by the Co-ordinating Committee to be set up pursuant to Article 14 of the present Convention. Reports of expenditures and receipts shall be made periodically to the Coordinating Committee.

4. The Powers concerned may obtain from German payment offices funds for payment through their own agencies of

(a) minor expenditures in accordance with the regulations of the Power concerned, or

(b) any other expenditures which it is agreed require such procedure.

These expenditures shall be certified and documented in accordance with paragraph 2 of this Article.

3. — Des comptes de dépenses et de recettes seront tenus par chaque Puissance intéressées, d'une part, et par la République Fédérale, d'autre part, et seront conformes à une nomenclature uniforme adoptée par les Trois Puissances et la République Fédérale. Si les comptes de la République Fédérale et ceux de l'une des Puissances intéressées ne concordent pas, après qu'ils aient été contrôlés, conformément aux procédures applicables en vertu du Droit allemand ou de la réglementation allemande ou du Droit ou de la réglementation de la Puissance intéressée, selon le cas, la réconciliation des comptes sera effectuée selon une procédure à établir par le Comité de Coordination devant être créé en vertu de l'Article 14 de la présente Convention. Des rapports sur les dépenses et les recettes seront présentés périodiquement au Comité de Coordination.

4. — Les Puissances intéressées peuvent obtenir des bureaux allemands de paiement des fonds pour effectuer, par l'entremise de leurs propres services, le paiement:

(a) de dépenses de faible importance, conformément aux règlements de la Puissance intéressée;

(b) de toutes autres dépenses pour lesquelles une telle procédure est admise.

Ces dépenses seront certifiées et appuyées de la documentation nécessaire, conformément aux dispositions du paragraphe 2 du présent Article.

Artikel 7

(1) Die folgenden Arten von Einrichtungen und Leistungen werden von den Streitkräften für eigene Zwecke und für Zwecke ihrer Mitglieder unentgeltlich benutzt oder in Anspruch genommen:

(a) Verwaltungsleistungen oder Verwaltungshilfe deutscher öffentlicher Dienststellen, sofern nicht Einverständnis darüber besteht, daß es sich um Leistungen besonderer Art handelt, für die eine Bezahlung gerechtfertigt ist;

(b) Wege, Straßen, Brücken;

(c) schiffbare Gewässer, sofern nicht nach deutschen für militärische Benutzer jeweils geltenden Vorschriften für geleistete Dienste Gebühren zu entrichten sind;

(d) die Leistungen der deutschen Polizei, des deutschen öffentlichen Gesundheitswesens und des deutschen Feuerschutzes, sofern nicht Einverständnis darüber besteht, daß es sich um Leistungen besonderer Art handelt, für die eine Bezahlung gerechtfertigt ist;

(e) andere öffentliche Leistungen und Einrichtungen, die normalerweise von den Bewohnern des Bundesgebiets ohne Entrichtung einer besonderen Gebühr in Anspruch genommen werden;

Article 7

1. The following types of facilities and services shall be used or enjoyed by the Forces, for themselves and for their members, without charge:

(a) Administrative services or assistance of German public agencies, unless agreed to be of a special character warranting payment;

(b) Roads, highways, bridges;

(c) Navigable waters, unless fees for services rendered are payable under German regulations applicable from time to time to military users;

(d) German police, public health and fire protection services, unless agreed to be of a special character warranting payment;

(e) Other public services and facilities normally enjoyed by residents of the Federal territory without payment of a specific charge;

Article 7

1. — Pour elles-mêmes et pour leurs membres, les Forces utiliseront gratuitement les catégories suivantes de facilités et de services ou en bénéficieront à titre gratuit:

(a) services administratifs ou assistance des organismes publics allemands, à moins qu'il ne soit agréé que ces services ou cette assistance présentent un caractère spécial justifiant compensation;

(b) routes, voies de grande communication, ponts;

(c) voies navigables, à moins que des taxes pour services rendus ne soient payables en vertu de règlements allemands applicables aux utilisateurs militaires;

(d) police allemande, services de santé publique et services de protection contre l'incendie, à moins qu'il ne soit agréé qu'ils présentent un caractère spécial justifiant compensation;

(e) autres services publics et autres facilités dont bénéficient normalement les habitants du territoire fédéral sans payer de redevance ou de taxe particulière;

(f) meteorologische, topographische und kartographische Einrichtungen und Leistungen, sofern nicht Einverständnis darüber besteht, daß es sich um Leistungen besonderer Art handelt, für die eine Bezahlung gerechtfertigt ist;

(g) Vermögensgegenstände der folgenden Art — außer in bezug auf Instandsetzung und Instandhaltung —:

(i) Vermögenswerte, die im Eigentum der Bundesrepublik stehen, es sei denn, daß sie der Verwaltung der Deutschen Bundesbahn oder der Deutschen Bundespost unterliegen, sofern nicht vereinbart wird, daß für Vermögenswerte, die nach Inkrafttreten dieses Vertrages für andere als Verteidigungszwecke erworben werden, eine Ausnahme zu machen ist;

(ii) Vermögenswerte, die im Eigentum des früheren Deutschen Reiches standen und auf Grund des Bundesgesetzes zur vorläufigen Regelung der Rechtsverhältnisse des Reichsvermögens und der preußischen Beteiligungen vom 21. Juli 1951 (Bundesgesetzblatt I Seite 467) und der Verordnung zur Durchführung des § 6 dieses Gesetzes vom 26. Juli 1951 (Bundesgesetzblatt I Seite 471) der Verwaltung des Bundes unterliegen, es sei denn, daß sie der Verwaltung der Deutschen Bundesbahn oder der Deutschen Bundespost unterliegen;

(iii) Vermögenswerte, die aus Besatzungskosten oder Auftragsausgaben oder aus dem Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik erbaut oder beschafft worden sind, mit folgenden Ausnahmen:

1. Sind Vermögenswerte, die nicht nach (i) und (ii) unentgeltlich in Anspruch genommen werden können, aus den zuvor genannten Mitteln wieder aufgebaut worden, so ist eine Nutzungsvergütung zu zahlen, die sich entsprechend dem Anteil der Wiederaufbaukosten an dem Gesamtwert mindert.
2. Für Grund und Boden, der nicht der Bundesrepublik gehört, ist eine Nutzungsvergütung zu zahlen.

(2) Werden Vermögenswerte der Länder von den Streitkräften für eigene Zwecke oder für Zwecke ihrer Mitglieder in Anspruch genommen, so verpflichtet sich die Bundesrepublik sicherzustellen, daß die Streitkräfte von der Haftung für alle dem betreffenden Land auf Grund deutschen Rechts etwa zustehenden Ansprüche auf Nutzungsvergütung befreit werden.

(3) In bezug auf die gemäß Unterabsatz (g) des Absatzes (1) unentgeltlich in Anspruch genommenen Vermögenswerte und auf die in Absatz (2) dieses Artikels bezeichneten Ver-

(f) Meteorological, topographical and cartographical facilities and services, unless agreed to be of a special character warranting payment;

(g) The following types of property, except in respect of repairs and maintenance:

(i) property belonging to the Federal Republic, other than property administered by the German Federal Railways or Federal Post, unless it is agreed that an exception should be made in the case of property acquired after the entry into force of the present Convention for use for purposes other than defence;

(ii) property previously owned by the former Reich which is subject to the administration of the Federal Republic in accordance with the Law for a Provisional Settlement of the Legal Status of Reich Property and the Prussian Shares of 21 July 1951 (Bundesgesetzblatt Teil I Seite 467) and the Ordinance for the Implementation of Article 6 of that Law of 26 July 1951 (Bundesgesetzblatt Teil I Seite 471), other than property administered by the German Federal Railways or Federal Post;

(iii) property which has been constructed or procured by expenditures either from occupation costs or mandatory expenditures or from the defence contribution of the Federal Republic, except that:

(1) where property, other than property used without charge under items (i) and (ii) of this sub-paragraph, has been reconstructed by such expenditures, rent shall be paid in an amount to be reduced in the same proportion as the cost of reconstruction bears to the total value of the property; and
(2) ground rent shall be paid for sites which are not the property of the Federal Republic.

2. If property of any of the Laender is used by the Forces, for themselves or their members, the Federal Republic undertakes to ensure that the Forces are relieved from liability for any claims of the Land concerned to compensation for such use under German law.

3. With respect to property used free of charge under sub-paragraph (g) of paragraph 1 and property referred to in paragraph 2 of this Article, the Federal Republic will satisfy the

(f) facilités et services météorologiques, topographiques et cartographiques, à moins qu'il ne soit agréé qu'ils présentent un caractère spécial justifiant compensation;

(g) les catégories suivantes de biens, sauf en ce qui concerne les réparations et l'entretien:

(i) biens appartenant à la République Fédérale, autres que les biens administrés par les Chemins de Fer Fédéraux ou les Postes Fédérales, à moins qu'il ne soit agréé qu'une exception puisse être faite dans le cas de biens acquis après la date d'entrée en vigueur de la présente Convention en vue de leur utilisation à d'autres fins que des fins de défense;

(ii) biens, autres que les biens administrés par les Chemins de Fer Fédéraux ou les Postes Fédérales, antérieurement possédés par l'ancien Reich dont la République Fédérale assure l'administration conformément à la Loi Fédérale relative au Règlement provisoire du Statut juridique des Biens du Reich et des Biens de la Prusse en date du 21 juillet 1951 (Bundesgesetzblatt, Teil I, Seite 471) relative à l'application de l'Article 6 de ladite loi;

(iii) biens construits ou obtenus par financement au titre soit des frais d'occupation ou des dépenses imposées, soit de la contribution à la défense de la République Fédérale sous réserve que:

(1) lorsqu'il s'agit d'un bien reconstruit à ce titre, autre qu'un bien utilisé gratuitement aux termes des points (i) et (ii) du présent alinéa, un loyer soit payé, dont le montant sera réduit dans la proportion des frais de construction par rapport à la valeur totale dudit bien;
(2) le loyer du terrain soit payé pour des terrains qui ne sont pas propriété de la République Fédérale.

2. — Si les biens de l'un quelconque des Länder sont utilisés par les Forces pour elles-mêmes ou pour leurs membres, la République Fédérale s'engage à assurer que les Forces sont dégagées de toute responsabilité à l'égard de toutes réclamations du Land en cause, tendant à une indemnisation pour une telle utilisation, conformément au Droit allemand.

3. — En ce qui concerne les biens utilisés gratuitement, en vertu de l'alinéa (g) du paragraphe 1, et les biens visés au paragraphe 2 du présent Article, la République Fédérale pren-

mögenswerte wird die Bundesrepublik die nach deutschem Recht etwa bestehende Verpflichtung des Eigentümers zur Entrichtung von Grundsteuern erfüllen.

(4) Mitglieder der Streitkräfte dürfen kraft eigenen Rechts Einrichtungen und Leistungen unentgeltlich in Anspruch nehmen, die normalerweise von anderen Personen im Bundesgebiet unentgeltlich in Anspruch genommen werden.

(5) Für militärische Luftfahrzeuge jeder beteiligten Macht (einschließlich der von den Streitkräften einer solchen Macht eingesetzten Luftfahrzeuge) ist keine Gebühr für das Landen auf Zivilflugplätzen im Bundesgebiet oder den Abflug von solchen Zivilflugplätzen zu entrichten, es sei denn, daß bei Flugplätzen, die nicht im Eigentum der Bundesrepublik stehen oder von ihr verwaltet werden, nach deutschen für militärische Benutzer jeweils geltenden Vorschriften Gebühren zu entrichten sind. Bei Notlandungen derartiger Luftfahrzeuge ist keine Gebühr zu entrichten.

(6) In der Regel gehen die Kosten des Baues, der Instandsetzung und Instandhaltung von sowohl für zivile als auch militärische Zwecke genutzten Verkehrsmitteln, -anlagen und -einrichtungen, Fernmeldeanlagen, -einrichtungen und -ausrüstungen und öffentlichen Versorgungseinrichtungen nicht zu Lasten des Verteidigungsbeitrages der Bundesrepublik. Wenn jedoch diese Einrichtungen keinen Ertrag abwerfen und die Inanspruchnahme für zivile Zwecke gering ist oder wenn andere Sonderumstände eine Abweichung von der allgemeinen Regel rechtfertigen, werden die auf die militärischen Bedürfnisse entfallenden Sonderkosten auf Grund vorheriger besonderer Abmachungen von den Streitkräften je nach Lage des Falles teilweise oder ganz getragen.

Artikel 8

(1) Vorbehaltlich der Vorschriften des Artikels 9 dieses Vertrages sind Ansprüche wegen Verlusten oder Schäden, die nach Inkrafttreten des Vertrages im Bundesgebiet infolge von Handlungen oder Unterlassungen der Streitkräfte entstehen, gemäß den Vorschriften dieses Artikels zu behandeln und dürfen nur gemäß diesen Vorschriften geltend gemacht werden.

(2) Als Handlungen oder Unterlassungen der Streitkräfte sind anzusehen:

(a) Handlungen oder Unterlassungen von Mitgliedern oder Bediensteten der Streitkräfte oder von Personen, die bei den Streitkräften gemäß Artikel 44 oder 45 des Truppenvertrages beschäftigt sind, bei der Erfüllung ihrer dienstlichen Verpflichtungen;

(b) Tätigkeiten der Streitkräfte;

(c) Handlungen oder Unterlassungen, welche Schäden an Liegenschaften oder beweglichen Gegenständen, die den Streitkräften gemäß dem

owner's liability, if any, under German law to pay land taxes.

4. Members of the Forces shall in their own right receive or enjoy free of charge such services or facilities as are normally enjoyed by other persons in the Federal territory without charge.

5. Military aircraft of any Power concerned (including aircraft operated under the control of the Forces of such Power) shall not be charged a fee for landing on, or departing from, civil airfields in the Federal territory, unless, in the case of airfields not owned or administered by the Federal Republic, fees are payable under German regulations applicable from time to time to military users. No fee shall be charged for landing by such aircraft in distress.

6. In general the cost of the construction, repair and maintenance of transport and communications facilities, installations and equipment, and public utility facilities, which serve common civilian and military use shall not be charged to the defence contribution of the Federal Republic. Where, however, these facilities are not revenue producing and the civil use is small or where there are any other special circumstances which justify a departure from the general rule, the extra costs attributable to the military requirements will by prior specific agreements be shared or borne, as the case may be, by the Forces.

Article 8

1. Subject to the provisions of Article 9 of the present Convention, claims in respect of loss or damage caused, after its entry into force, by acts or omissions of the Forces in the Federal territory shall be dealt with in accordance with the provisions of this Article and shall not be asserted otherwise than in accordance with such provisions.

2. The following shall be deemed to be acts or omissions of the Forces:

(a) An act or omission of a member or employee of the Forces, or of a person working for the Forces pursuant to Article 44 or 45 of the Forces Convention, in the performance of his official duties;

(b) An activity of the Forces;

(c) An act or omission causing damage in excess of fair wear and tear to accommodation or movable property made available for use by

dra à sa charge l'obligation éventuelle du propriétaire de s'acquitter, en vertu du Droit allemand, des impôts fonciers.

4. — Les membres des Forces bénéficieront gratuitement pour leur propre compte des services ou facilités dont bénéficient normalement à titre gratuit les autres personnes résidant sur le territoire fédéral.

5. — Les aéronefs militaires de toute Puissance intéressée (y compris les aéronefs exploités sous le contrôle des Forces de ladite Puissance) ne paieront aucune redevance pour atterrir sur des aérodromes civils du territoire fédéral ou pour en décoller, à moins que dans le cas d'aérodromes n'appartenant pas à la République Fédérale ou non administrés par celle-ci, des taxes ne soient payables en vertu de règlements allemands applicables aux utilisateurs militaires. Aucune taxe ne sera acquittée pour l'atterrissage de ces aéronefs en détresse.

6. — De façon générale, les frais de construction, de réparation et d'entretien des services, moyens fixes et matériels de transports des services, moyens et matériels de transmissions ainsi que des services d'utilité publique, qui servent à des fins communes civiles et militaires, ne seront pas imputés sur la contribution de la République Fédérale à la défense. Lorsque, cependant, ces facilités ne sont pas productives de revenus et que leur utilisation à des fins civiles est restreinte ou lorsque d'autres circonstances spéciales justifient une exception à la règle générale, les frais supplémentaires attribuables à des besoins militaires seront, après conclusion d'accords spéciaux, selon le cas, partagés ou supportés par les Forces.

Article 8

1. — Sous réserve des dispositions de l'Article 9 de la présente Convention, les réclamations afférentes aux pertes et dommages causés, après son entrée en vigueur, par des actes ou omissions des Forces sur le territoire fédéral, seront traitées conformément aux dispositions du présent Article et ne pourront être présentées que dans les conditions prévues par ces dispositions.

2. — Seront considérés comme actes ou omissions des Forces:

(a) un acte ou une omission d'un membre ou employé des Forces ou d'une personne travaillant pour les Forces aux termes des Articles 44 ou 45 de la Convention sur les Forces, intervenu dans l'accomplissement de ses fonctions officielles;

(b) une activité des Forces;

(c) un acte ou une omission occasionnant des dommages, excédant l'usure et la détérioration normales, aux immeubles ou aux

Truppenvertrag zur Nutzung überlassen sind, während der Dauer dieser Nutzung verursachen, soweit die Schäden über das Maß normaler Abnutzung hinausgehen;

(d) Handlungen oder Unterlassungen von an Manövern der Streitkräfte teilnehmenden Mitgliedern der Streitkräfte, die Schäden an Grundstücken verursachen.

(3) Schäden an Liegenschaften oder beweglichen Gegenständen, die den Streitkräften zur Nutzung überlassen sind, gelten als im Zeitpunkt der Freigabe durch die Streitkräfte eingetreten; Entschädigungsansprüche wegen solcher Schäden gelten als erst in diesem Zeitpunkt entstanden.

(4) Bei der Entscheidung, ob und inwieweit für Verluste oder Schäden, die durch Handlungen oder Unterlassungen der Streitkräfte verursacht worden sind, Entschädigung zu zahlen ist, haben die zuständigen Dienststellen der Streitkräfte die Vorschriften des deutschen Rechts zu berücksichtigen, nach denen sich die Haftung der Bundesrepublik unter sonst gleichen Umständen bestimmen würde. Soweit die Streitkräfte nach Absatz (3) und (5) des Artikels 17 des Truppenvertrages von deutschen Verkehrsvorschriften befreit sind, wird über die Ansprüche ohne Rücksicht auf diese Befreiung entschieden.

(5) Im Rahmen dieses Artikels werden nicht berücksichtigt Ansprüche wegen

(a) Beschädigungen öffentlicher Wege, Straßen, Brücken, schiffbarer Wasserstraßen und anderer Verkehrsanlagen infolge ihrer Benutzung durch die Streitkräfte, deren Mitglieder oder Bedienstete für normale Verkehrszwecke;

(b) Verlust oder Beschädigung der von den Streitkräften nach Unterabsatz (g) (iii) des Absatzes (1) des Artikels 7 dieses Vertrages unentgeltlich in Anspruch genommenen Vermögensgegenstände;

(c) Verlusten oder Schäden aus Verträgen oder vertragsähnlichen Rechtsverhältnissen.

(6) Macht ein Anspruchsberechtigter innerhalb von neunzig Tagen von dem Zeitpunkt an, in welchem er von dem Verlust oder Schaden Kenntnis erlangt hat, seinen Anspruch gegen die Streitkräfte nicht geltend, so gilt dies als Verzicht auf den Anspruch, es sei denn, daß ein triftiger Grund für die nicht fristgerechte Geltendmachung vorliegt, insbesondere, wenn ihm nicht bekannt war, gegen wen sich der Anspruch richtet. Ein Entschädigungsantrag, der nicht innerhalb eines Jahres vom Zeitpunkt des schädigenden Ereignisses oder im Falle eines Verlustes oder Schadens im Sinne des Unterabsatzes (c) des Absatzes (2) dieses Artikels innerhalb eines Jahres vom Zeitpunkt der Freigabe der Vermögensgegenstände ab bei der Dienststelle der Streitkräfte eingegangen ist, wird nicht berücksichtigt.

the Forces in accordance with the Forces Convention, where such damage occurs in the course of such use;

(d) An act or omission of a member of the Forces taking part in manœuvres of the Forces causing damage to immovable property.

3. Damage caused to accommodation or movables which have been made available for use by the Forces shall be deemed to be caused on the date of its release by them, and the claim shall be deemed first to arise on that date.

4. In determining whether and to what extent compensation shall be paid for loss or damage caused by acts or omissions of the Forces, the appropriate agencies of the Forces shall give due consideration to the provisions of German law which would determine the liability of the Federal Republic in similar circumstances. Claims shall be determined without regard to the exemptions from German traffic regulations to which the Forces are entitled under paragraphs 3 and 5 of Article 17 of the Forces Convention.

5. No claim shall be dealt with under this Article in respect of

(a) damage to public roads, highways, bridges, navigable waterways and other traffic facilities resulting from their use by the Forces, their members or employees, for normal traffic purposes;

(b) loss of, or damage to, any property used by the Forces free of charge under item (iii) of sub-paragraph (g) of paragraph 1 of Article 7 of the present Convention;

(c) loss or damage arising under contracts or quasi-contractual relationships.

6. A claimant shall be deemed to have waived his claim against the Forces if he does not file it within ninety days of the time when he first knew of the loss or damage, unless there was reasonable excuse for his failure to file the claim within such period, particularly if he did not know against whom the claim should be asserted. Any claim not received by the agency of the Forces within one year of the date of the incident causing the loss or damage or, in the case of loss or damage referred to in sub-paragraph (c) of paragraph 2 of this Article, within one year from the release of the property, shall not be dealt with.

biens meubles mis à la disposition des Forces pour être utilisés par elles conformément à la Convention sur les Forces, lorsque ce dommage intervient au cours d'une telle utilisation;

(d) un acte ou une omission d'un membre des Forces participant à des manœuvres des Forces, qui cause des dommages aux biens immeubles.

3. — Les dommages causés aux immeubles ou aux biens meubles, mis à la disposition des Forces, seront considérés comme ayant été causés à la date à laquelle ils ont été rendus par ces Forces et le droit à réclamation sera considéré comme étant né à cette date.

4. — En déterminant si, et dans quelle mesure, des indemnités doivent être versées pour des pertes ou des dommages causés par des actes ou omissions des Forces, les organismes compétents des Forces prendront dûment en considération les dispositions du Droit allemand qui déterminent la responsabilité de la République Fédérale dans des circonstances analogues. Les réclamations seront examinées sans qu'il soit tenu compte des exemptions de la réglementation allemande sur la circulation dont bénéficient les Forces en vertu des paragraphes 3 et 5 de l'Article 17 de la Convention sur les Forces.

5. — Aucune réclamation relative aux dommages ci-après ne sera examinée en vertu du présent Article:

(a) dommages causés aux routes, voies de grande communication, ponts, voies navigables et autres moyens de circulation, résultant de leur utilisation par les Forces, leurs membres ou employés, à des fins de circulation normale;

(b) pertes ou dommages causés à des biens utilisés gratuitement par les Forces, visés au point (iii) de l'alinéa (g) du paragraphe 1 de l'Article 7 de la présente Convention;

(c) pertes ou dommages intervenus à la suite de contrats ou de quasi-contrats.

6. — Un demandeur est considéré comme ayant abandonné sa réclamation à l'encontre des Forces s'il ne la dépose pas dans un délai de quatre-vingt-dix jours à compter de la date à laquelle il a eu, pour la première fois, connaissance de la perte ou du dommage, à moins que son défaut de déposer une réclamation dans le délai prescrit ne soit fondé sur des motifs raisonnables, notamment s'il ignorait à l'encontre de qui la réclamation devait être présentée. Aucune réclamation ne sera examinée si elle n'est pas reçue par l'organisme des Forces dans un délai d'un an à compter de la date de l'incident ayant causé la perte ou le dommage, ou en cas de perte ou de dommage visé à l'alinéa (c) du paragraphe 2 du présent Article, dans le délai d'un an suivant la restitution du bien en cause.

(7) Die Ansprüche sind bei der zuständigen deutschen Behörde in der zwischen den deutschen Behörden und den Streitkräften der beteiligten Macht zu vereinbarenden Form geltend zu machen.

(8) Die deutsche Behörde hat

(a) der zuständigen Dienststelle der Streitkräfte der beteiligten Macht unverzüglich alle diejenigen Angaben über den Anspruch zukommen zu lassen, welche diese Dienststelle benötigt;

(b) in angemessener Frist Ermittlungen über den Anspruch anzustellen und der Dienststelle der Streitkräfte einen mit Gründen versehenen Vorschlag darüber zu unterbreiten.

(9) Die Dienststelle der Streitkräfte hat zu prüfen, ob und inwieweit eine Entschädigung für den erlittenen Verlust zu leisten ist. Sie hat dem Anspruchsberechtigten und der deutschen Behörde ihre Entscheidung mitzuteilen. Nimmt der Anspruchsberechtigte den von der Dienststelle der Streitkräfte zuerkannten Entschädigungsbetrag als volle Abgeltung seines Anspruches an, so erfolgt die Zahlung gemäß dem zwischen den Bundesbehörden und den Streitkräften der beteiligten Macht zu vereinbarenden Verfahren.

(10) Falls der Anspruchsberechtigte den angebotenen Entschädigungsbetrag nicht annimmt oder mit der Abweisung seines Anspruchs nicht einverstanden ist, so kann er bei den ordentlichen deutschen Gerichten gegen die Bundesrepublik wegen seines Anspruchs innerhalb von zwei Monaten nach Mitteilung der Entscheidung Klage erheben.

(11) Die zuständigen Dienststellen der Streitkräfte stellen den deutschen Behörden auf deren Ersuchen die zur Rechtsverteidigung dienlichen Unterlagen und Beweismittel, welche sich in ihrem Besitz befinden, zur Verfügung, soweit dies nach den Vorschriften der betreffenden Macht zulässig ist.

(12) Es steht der zuständigen Dienststelle der Streitkräfte frei, an einem derartigen Prozeß gegen die Bundesrepublik teilzunehmen, indem sie

(a) von der Bundesrepublik fordert, gewisse Einwendungen zu erheben oder Rechtsmittel einzulegen, oder

(b) als Nebenintervenient gemäß den Vorschriften der deutschen Zivilprozeßordnung auftritt.

(13) Die zuständige deutsche Behörde legt der Dienststelle der Streitkräfte das in einem solchen Prozeß ergangene Urteil nebst Begründung vor. Weicht das Urteil des Gerichtes von der Entscheidung der Dienststelle der Streitkräfte ab, so gilt folgendes:

(a) Haben die Behörden der Streitkräfte an dem Prozeß gegen die Bundesrepublik gemäß Absatz (12) dieses Artikels teilgenommen, so

7. Claims shall be filed with the appropriate German agencies in a form to be agreed between the German authorities and the Forces of the Power concerned.

8. The German agency shall

(a) immediately forward to the appropriate agency of the Forces of the Power concerned such particulars of the claim as the latter agency may require; and

(b) investigate the claim within a reasonable time and make a reasoned recommendation thereon to the agency of the Forces.

9. The agency of the Forces shall consider whether and to what extent compensation should be paid for the loss suffered. It shall notify the claimant and the German agency of its decision. If the claimant accepts in full satisfaction of his claim the amount of the compensation awarded by the agency of the Forces, payment shall be made in accordance with procedures to be agreed between the Federal authorities and the Forces of the Power concerned.

10. If the claimant does not accept the compensation offered, or does not agree with the rejection of his claim, he may, within two months after he has been notified of the decision, bring an action upon his claim in the ordinary German courts against the Federal Republic.

11. The appropriate agencies of the Forces shall make available to the German authorities, upon request, information and evidence in their possession which would assist in the defence of such an action, insofar as they may do so under the regulations of the Power concerned.

12. The appropriate agency of the Forces may, if it so desires, participate in any such action against the Federal Republic by

(a) requiring the Federal Republic to plead certain defences or to appeal, or

(b) appearing as a third party defendant (Nebenintervenient) in accordance with the provisions of the German Code of Civil Procedure.

13. The appropriate German agency shall notify the agency of the Forces of the judgment in any such action and the grounds given therefor. Should the judgment of the court differ from the decision of the agency of the Forces, then

(a) if the authorities of the Forces participated in the action against the Federal Republic as provided in paragraph 12 of this Article, the

7. — Les réclamations seront déposées auprès des organismes allemands appropriés, sous une forme à adopter entre les autorités allemandes et les Forces de la Puissance intéressée.

8. — L'organisme allemand devra:

(a) transmettre immédiatement à l'organisme approprié des Forces de la Puissance intéressée tous détails relatifs à la réclamation, que cet organisme pourrait demander;

(b) effectuer des enquêtes au sujet de cette réclamation dans un laps de temps raisonnable et présenter à l'organisme des Forces des recommandations motivées.

9. — L'organisme des Forces examinera si, et dans quelle mesure, une indemnité doit être versée pour la perte encourue. Il notifie sa décision au demandeur et à l'organisme allemand. Si le demandeur accepte le montant de l'indemnité accordée par l'organisme des Forces comme lui donnant entière satisfaction, le paiement est effectué conformément à des procédures à adopter entre les autorités fédérales et les Forces de la Puissance intéressée.

10. — Si le demandeur n'accepte pas la somme offerte ou n'accepte pas le rejet de sa réclamation, il peut, dans un délai de deux mois après que la décision lui ait été notifiée, intenter à l'encontre de la République Fédérale une action au sujet de cette réclamation devant les tribunaux allemands de droit commun.

11. — Dans la mesure où ils peuvent le faire en vertu des règlements de la Puissance intéressée, les organismes compétents des Forces mettront, sur demande, à la disposition des autorités allemandes les informations et preuves en leur possession qui pourraient faciliter la défense au cours d'une telle procédure.

12. — L'organisme compétent des Forces peut, s'il le désire, participer à une telle procédure à l'encontre de la République Fédérale:

(a) en demandant à la République Fédérale de présenter certains arguments en faveur de la défense ou de faire appel;

(b) en comparaissant à titre de codéfendeur (Nebenintervenient), conformément aux dispositions du Code allemand de Procédure Civile.

13. — L'organisme compétent allemand notifiera à l'organisme des Forces le jugement intervenu à la suite d'une instance de cette nature et les considérants de ce jugement. Au cas où le jugement du tribunal différerait de la décision de l'organisme des Forces:

(a) si les autorités des Forces ont participé à la procédure intentée contre la République Fédérale, ainsi qu'il est prévu au paragraphe 12 du pré-

ist die Entscheidung der Dienststelle der Streitkräfte so abzuändern, daß sie mit dem Urteil im Einklang steht.

(b) Haben die Behörden der Streitkräfte nicht an dem Prozeß teilgenommen, so überprüft die Dienststelle der Streitkräfte auf Ersuchen der deutschen Behörde ihre Entscheidung über den Anspruch unter Berücksichtigung des Urteils des Gerichts. Beabsichtigt die Dienststelle nach einer solchen Überprüfung bei ihrer ursprünglichen Entscheidung zu verbleiben, so setzt sie die deutschen Behörden von dieser Absicht in Kenntnis und gibt ihnen Gelegenheit zur Stellungnahme.

Die auf Grund einer endgültigen gemäß diesem Absatz getroffenen Entscheidung zu gewährende Entschädigung ist nach dem in Absatz (9) dieses Artikels festgelegten Verfahren auszuzahlen.

(14) Die auf Grund einer Entscheidung einer Dienststelle der Streitkräfte zugesprochene Entschädigung geht für die Zeit bis zum 30. Juni 1953 zu Lasten der Mittel für den Unterhalt der Streitkräfte der beteiligten Macht, wenn nicht zwischen der Bundesrepublik und der beteiligten Macht etwas anderes vereinbart wird. Ein zwischen der Bundesrepublik und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland hierüber und in bezug auf das dazugehörige Verfahren abgeschlossenes Abkommen ist diesem Vertrage als Anhang A beigefügt. Die Finanzierung der nach dem 30. Juni 1953 zu leistenden Zahlungen wird Gegenstand der in Unterabsatz (a) des Absatzes (5) des Artikels 3 dieses Vertrages genannten Verhandlungen sein.

(15) Ungeachtet der übrigen Vorschriften dieses Artikels werden Ansprüche wegen Schäden an Liegenschaften oder beweglichen Gegenständen, die den Behörden der beteiligten Macht vor Inkrafttreten des vorliegenden Vertrages zur Nutzung überlassen und nach dem 30. Juni 1953 von ihnen freigegeben worden sind, von den deutschen Behörden festgestellt und gehen nicht zu Lasten der Mittel für den Unterhalt der Streitkräfte oder zu Lasten der beteiligten Macht.

(16) Bestehen gegen Personen, die auf Grund ihres Militärdienstverhältnisses Mitglieder der Streitkräfte sind, oder gegen Bedienstete der Streitkräfte, die Staatsangehörige der beteiligten Macht sind, Ansprüche von Bewohnern des Bundesgebietes, die aus Handlungen oder Unterlassungen außerhalb der Erfüllung dienstlicher Verpflichtungen für die Streitkräfte entstehen, so können sie gemäß Absatz (6), (7), (8), (9) und (14) dieses Artikels geltend gemacht, festgestellt und abgegolten werden. Die normalen Rechtsbehelfe des Anspruchsberechtigten gegen die Person, die den Verlust oder Schaden verursacht hat, bleiben unberührt, es sei denn, daß der Anspruchsberechtigte die Zahlung einer von einer Dienst-

decision of the agency shall be modified so as to accord with the judgment; but

(b) if the authorities of the Forces did not participate in the action, the agency of the Forces shall, upon request of the German authorities, reconsider its decision taking into account the judgment of the court. If upon such reconsideration the agency intends to adhere to its original decision, it shall inform the German authorities of that intention and shall give the German authorities an opportunity to state their views.

Any compensation payable upon a final decision taken in accordance with this paragraph shall be paid under the procedures referred to in paragraph 9 of this Article.

14. Compensation awarded under a decision of an agency of the Forces shall, for the period ending 30 June 1953, be chargeable to the funds for the support of the Forces of the Power concerned, unless otherwise agreed between the Federal Republic and the Power concerned. An agreement between the Federal Republic and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland in that regard and in relation to ancillary procedure is annexed to the present Convention as Annex A. The financing of payments made after 30 June 1953 shall be considered in the negotiations mentioned in sub-paragraph (a) of paragraph 5 of Article 3 of the present Convention.

15. Notwithstanding the other provisions of this Article, claims in respect of damage caused to accommodation or movables which have been made available for use by the Authorities of the Power concerned before the entry into force of the present Convention and are released by them after 30 June 1953, shall be determined by the German authorities and shall not be charged to the funds for the support of the Forces, or to the Power concerned.

16. Claims of inhabitants of the Federal territory against persons who are members of the Forces by reason of a military service relationship or employees of the Forces who are nationals of the Powers concerned, which arise from acts or omissions outside the performance of official duties for the Forces, may be asserted, determined and satisfied in accordance with paragraphs 6, 7, 8, 9 and 14 of this Article. The normal remedies of the claimant against the person who caused the loss or damage shall remain unaffected, unless the claimant accepts payment of an award made by an agency of the Forces in final settlement of the claim. The first sentence of this paragraph shall not apply to

sent Article, la décision de l'organisme sera modifiée de manière à se conformer au jugement;

(b) si les autorités des Forces n'ont pas participé à la procédure, l'organisme des Forces, à la demande des autorités allemandes, réexaminera cette décision, compte tenu du jugement du tribunal. Si, à la suite de ce nouvel examen, l'organisme a l'intention de maintenir sa décision primitive, il informera de cette intention les autorités allemandes et leur donnera la possibilité d'expliquer leur position.

Toute indemnité payable à la suite d'une décision définitive prise conformément au présent paragraphe est versée selon les procédures visées au paragraphe 9 du présent Article.

14. — Les indemnités accordées en vertu d'une décision d'un organisme des Forces seront, pour la période se terminant au 30 juin 1953, imputées sur les fonds destinés à l'entretien des Forces de la Puissance intéressée, à moins qu'il n'en soit décidé autrement entre la République Fédérale et la Puissance intéressée. Un accord entre la République Fédérale et le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, à ce sujet et au sujet d'une procédure auxiliaire, est jointe à la présente Convention, en Annexe A. Le financement des versements effectués après le 30 juin 1953 fera l'objet d'un examen au cours des négociations visées à l'alinéa (a) du paragraphe 5 de l'Article 3 de la présente Convention.

15. — Nonobstant les autres dispositions du présent Article, les réclamations concernant les dommages causés à des immmeubles ou à des biens meubles, mis à la disposition des autorités de la Puissance intéressée avant l'entrée en vigueur de la présente Convention et restitués par celles-ci après le 30 juin 1953 feront l'objet de décisions de la part des autorités allemandes et ne seront pas imputées sur les fonds destinés à l'entretien des Forces ou à la Puissance intéressée.

16. — Les réclamations formulées par des habitants du territoire fédéral à l'encontre de personnes qui sont membres des Forces en raison de leurs fonctions militaires, ou à l'encontre d'employés des Forces, ressortissants de la Puissance intéressée, à la suite d'actes ou d'omissions intervenus en dehors de l'accomplissement de fonctions officielles, peuvent être présentées, faire l'objet d'une décision et être réglées conformément aux paragraphes 6, 7, 8, 9 et 14 du présent Article. Les recours normaux du demandeur à l'encontre de la personne ayant causé la perte ou le dommage n'en sont pas affectés, à moins que le demandeur n'accepte que le versement d'une indemnité par

stelle der Streitkräfte festgestellten Entschädigung als Abgeltung des Anspruchs annimmt. Die Bestimmungen des Satzes 1 dieses Absatzes gelten nicht für Ansprüche, für die die Person, welche den Verlust oder Schaden verursacht hat, durch einen Haftpflichtversicherungsvertrag gedeckt ist oder Entschädigung aus eigenen Mitteln zahlt.

(17) Ergibt sich in einem Zivilprozeß vor einem deutschen Gericht über einen unter diesen Artikel fallenden Anspruch die Notwendigkeit, zu entscheiden, ob eine Handlung oder Unterlassung bei der Erfüllung dienstlicher Verpflichtungen erfolgt ist, so ist eine Bescheinigung über diese Frage von der zuständigen Dienststelle der Streitkräfte einzuholen. Im Einzelfall wird die Dienststelle der Streitkräfte auf Ersuchen des Gerichts oder der deutschen Behörden die Bescheinigung überprüfen. Eine solche Bescheinigung ist in bezug auf die betreffende Frage endgültig.

(18) Die Vorschriften des Absatzes (1), (2), (4) bis (13), (16) und (17) dieses Artikels gelten nicht für diejenigen Verluste oder Schäden, die durch Handlungen oder Unterlassungen der Streitkräfte der beteiligten Mächte, die Mitglieder der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft sind, verursacht werden.

Artikel 9

(1) Die Bundesrepublik einerseits und jede der beteiligten Mächte andererseits verzichten gegenseitig auf alle Ansprüche wegen Verlusten oder Schäden, die an ihnen gehörenden Vermögensgegenständen im Bundesgebiet nach dem Inkrafttreten dieses Vertrages durch Tätigkeiten, Handlungen oder Unterlassungen von Behörden oder Personen, für deren Handlungen oder Unterlassungen der andere Vertragsteil rechtlich verantwortlich ist, bei der Erfüllung ihrer dienstlichen Verpflichtungen verursacht werden. Dieser Verzicht gilt nicht für Verlust oder Beschädigung von Eigentum der Deutschen Bundesbahn oder der Deutschen Bundespost oder für Verluste oder Beschädigungen, für die diese Sonderverwaltungen verantwortlich sind.

(2) In Anwendung des Grundsatzes des Absatzes (1) dieses Artikels gelten Ansprüche wegen Verlustes oder Beschädigung von Vermögensgegenständen, die von den Streitkräften gemäß Unterabsatz (g) (i) und (ii) des Absatzes (1) des Artikels 7 dieses Vertrages unentgeltlich benutzt werden, und Ansprüche aus Werterhöhungen solcher Vermögensgegenstände als gegeneinander ausgeglichen.

(3) Die Bundesrepublik verpflichtet sich, die beteiligten Mächte von der Haftung für Ansprüche zu befreien, die den Ländern aus den in Absatz (2) des Artikels 8 dieses Vertrages aufgeführten Handlungen oder Unterlassungen der Streitkräfte erwachsen.

claims for which the person causing the loss or damage is covered by a contract of liability insurance or pays compensation out of his own means.

17. If in any civil action before a German court involving any claim covered by this Article it is necessary to decide whether or not an act or omission occured in the performance of official duties, a certificate on such question shall be obtained from the appropriate agency of the Forces. Upon request of the court or the German authorities in a particular case, the agency of the Forces will review the certificate. Any certificate given shall be conclusive on the question involved.

18. The provisions of paragraphs 1, 2, 4 to 13 inclusive, 16 and 17 of this Article shall not apply to loss or damage caused by acts or omissions of the Forces of the Powers concerned which are members of the European Defence Community.

Article 9

1. Each Power concerned, for its part, and the Federal Republic, for its part, waives all claims against the other for loss of, or damage to, any property in the Federal territory owned by it caused after the entry into force of the present Convention by activities, acts or omissions of agencies or persons, for whose acts or omissions the other is legally responsible, in the performance of their official duties. This waiver shall not apply to loss of, or damage to, property of the German Federal Railways or Federal Post, or to loss or damage for which those organizations are responsible.

2. In application of the principle expressed in paragraph 1 of this Article, claims for loss of, or damage to, property used by the Forces free of charge pursuant to items (i) and (ii) of sub-paragraph (g) of paragraph 1 of Article 7 of the present Convention, and claims arising from increases in the value of such property, shall be deemed to cancel each other out.

3. The Federal Republic undertakes to ensure that each Power concerned is relieved of liability for claims of any Land of the Federal Republic arising from acts or omissions of the Forces as defined in paragraph 2 of Article 8 of the present Convention.

un organisme des Forces constitue un règlement définitif de sa réclamation. La première phrase du présent paragraphe ne s'applique pas aux cas dans lesquels la personne ayant causé la perte ou le dommage se trouve couverte par un contrat d'assurances ou verse une indemnité sur ses propres fonds.

17. — Si, au cours d'une instance civile devant un tribunal allemand, impliquant une réclamation quelconque visée au présent Article, il est nécessaire de décider si un acte ou une omission est, ou non, intervenu au cours de l'accomplissement de fonctions officielles, un certificat à ce sujet doit être obtenu de l'organisme compétent des Forces. Dans des cas particuliers, les autorités des Forces réexamineront le certificat à la demande du tribunal allemand ou des autorités allemandes. Tout certificat remis tranchera de manière décisive la question en cause.

18. — Les dispositions des paragraphes 1, 2, 4 à 13 inclus, 16 et 17 du présent Article ne s'appliquent pas aux pertes ou dommages causés, en raison d'actes ou d'omissions des Forces des Puissances intéressées membres de la Communauté Européenne de Défense.

Article 9

1. — Chacune des Puissances intéressées, d'une part, et la République Fédérale, d'autre part, renonce à toutes réclamations à l'encontre de l'autre partie pour pertes ou dommages causés, après l'entrée en vigueur de la présente Convention, à tous biens possédés par celle-ci sur le territoire fédéral, en raison d'activités, d'actes ou d'omissions d'organismes ou de personnes agissant dans l'accomplissement de leurs fonctions officielles et dont l'autre partie est juridiquement responsable. Cette renonciation ne s'applique pas aux pertes ou dommages causés à des biens appartenant aux Chemins de Fer Fédéraux ou aux Postes Fédérales, ni à des pertes ou dommages dont ces organismes sont responsables.

2. — En application du principe défini au paragraphe 1 du présent Article, les réclamations afférentes aux pertes ou dommages causés à des biens utilisés par les Forces à titre gratuit, en vertu des points (i) et (ii) de l'alinéa (g) du paragraphe 1 de l'Article 7 de la présente Convention, et les réclamations résultant de la plus-value de ces biens, seront considérées comme s'annulant.

3. — La République Fédérale s'engage à faire le nécessaire pour que chacune des Puissances intéressées soit dégagée de toute responsabilité à l'égard de toute réclamation formulée par l'un quelconque des Länder de la République Fédérale en raison d'actes ou d'omissions des Forces, selon la définition figurant au paragraphe 2 de l'Article 8 de la présente Convention.

Jede der beteiligten Mächte verpflichtet sich, entsprechende Ansprüche, die ihr gegen die Länder erwachsen, an die Bundesrepublik abzutreten. Jede der beteiligten Mächte verpflichtet sich ferner, Ansprüche aus Werterhöhungen an den in Absatz (2) des Artikels 7 dieses Vertrages aufgeführten Vermögensgegenständen an die Bundesrepublik abzutreten.

Each Power concerned undertakes to renounce in favour of the Federal Republic all corresponding claims which it may have against any Land of the Federal Republic. Each Power concerned further undertakes to renounce in favour of the Federal Republic claims in respect of improvements leading to an increase in value of the property referred to in paragraph 2 of Article 7 of the present Convention.

Chaque Puissance intéressée s'engage à renoncer, en faveur de la République Fédérale, à toute réclamation analogue qu'elle pourrait présenter contre l'un quelconque des Länder de la République Fédérale. Chaque Puissance intéressée s'engage en outre à renoncer en faveur de la République Fédérale à toute réclamation en ce qui concerne les améliorations ayant entraîné une plus-value des biens visés au paragraphe 2 de l'Article 7.

Artikel 10

(1) Zahlungen der Bundesrepublik zur Abgeltung der im Artikel 3 des Neunten Teiles des Vertrages zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen genannten Ansprüche dürfen nur in dem zwischen der Bundesrepublik und den beteiligten Mächten vereinbarten Umfang zu Lasten der Mittel für den Unterhalt der Streitkräfte gehen.

(2) In Absatz (1) dieses Artikels erwähnte Ansprüche, die von den Dienststellen der beteiligten Macht vor Inkrafttreten des vorliegenden Vertrages nicht festgestellt worden sind, werden den zuständigen Behörden der Bundesrepublik unterbreitet.

Article 10

1. Payments by the Federal Republic in satisfaction of any claims referred to in Article 3 of Chapter Nine of the Convention on the Settlement of Matters Arising out of the War and the Occupation may be charged to the funds for the support of the Forces only to the extent agreed between the Federal Republic and the Powers concerned.

2. Any claims referred to in paragraph 1 of this Article which the agencies of the Power concerned have not determined before the entry into force of the present Convention shall be submitted to the appropriate agencies of the Federal Republic.

Article 10

1. — Les paiements effectués par la République Fédérale pour faire droit à toute réclamation visée à l'Article 3 du Chapitre Neuvième de la Convention sur le Règlement de Questions issues de la Guerre et de l'Occupation ne peuvent être imputés sur les fonds destinés à l'entretien des Forces que dans la mesure adoptée par accord entre la République Fédérale et les Puissances intéressées.

2. — Toutes réclamations visées au paragraphe 1 du présent Article, sur lesquelles les organismes de la Puissance intéressée n'ont pas pris de décision avant l'entrée en vigueur de la présente Convention, seront soumises aux organismes compétents de la République Fédérale.

Artikel 11

(1) Einnahmen aus den folgenden Quellen fließen der Bundesrepublik zu und sind ordnungsgemäß abzurechnen:

(a) Veräußerung von beweglichem Eigentum, das, soweit feststellbar, mit Mitteln des Reichsmark- oder Deutsche Mark-Besatzungskosten- oder Auftragsausgabenhaushalts beschafft worden ist;

(b) Zahlungen von Dritten zum Ausgleich von Werterhöhungen an ihren Vermögensgegenständen durch Verwendung von Reichsmark- oder Deutsche Mark-Mitteln des Besatzungskosten- oder Auftragsausgabenhaushalts;

(c) Rückzahlungsansprüche gegen Dritte aus Überzahlungen von Mitteln des Reichsmark- oder Deutsche Mark-Besatzungskosten- oder Auftragsausgabenhaushalts.

(2) Der Deutsche Mark-Wert von Einnahmen aus den folgenden Quellen fließt der beteiligten Macht zu und ist gemäß den Vorschriften der Artikel 5 und 6 dieses Vertrages auf Grund von Deutsche Mark-Ergänzungshaushaltsvoranschlägen zu verwenden, die zwischen der beteiligten Macht und der Bundesrepublik zu vereinbaren sind:

(a) Veräußerung von beweglichem Eigentum, das mit Mitteln für den Unterhalt der Streitkräfte beschafft worden ist. Die auf Grund dieses Unterabsatzes anfallenden Beträge entsprechen im Falle eines Ver-

Article 11

1. Receipts arising from the following sources shall accrue to the Federal Republic and shall be duly accounted for:

(a) The disposal of any movable property which so far as can be ascertained was purchased from Reichsmark or Deutsche Mark occupation costs or mandatory expenditure funds;

(b) Payments by third parties of amounts in consideration of improvements which lead to an increase in value of their property as a result of expenditure from Reichsmark or Deutsche Mark occupation costs or mandatory expenditure funds;

(c) Repayment claims against third parties arising out of overpayments from Reichsmark or Deutsche Mark occupation costs or mandatory expenditure funds.

2. The Deutsche Mark value of receipts arising from the following sources shall accrue to the Power concerned and shall be used in accordance with the provisions of Articles 5 and 6 of the present Convention on the basis of supplementary Deutsche Mark budget estimates to be agreed between the Power concerned and the Federal Republic:

(a) The disposal of any movable property purchased by expenditure from funds for the support of the Forces. Any amounts accruing pursuant to this sub-paragraph shall be the sale price of the property

Article 11

1. — Les recettes provenant des sources ci-après seront portées au crédit de la République Fédérale et feront l'objet d'une comptabilisation appropriée:

(a) la cession de tout bien meuble qui, dans la mesure où ceci peut être prouvé, a été acheté sur les fonds des frais d'occupation ou des dépenses imposées en Reichsmark ou en Deutsche Mark;

(b) le paiement, par des tiers, de sommes dues en raison d'améliorations qui ont occasionné une plus-value de leurs biens à la suite de dépenses imputées sur les fonds des frais d'occupation ou des dépenses imposées en Reichsmark ou en Deutsche Mark;

(c) les demandes contre des tiers aux fins de remboursement des tropperçus sur les fonds des frais d'occupation ou des dépenses imposées en Reichsmark ou en Deutsche Mark.

2. — La valeur en Deutsche Mark des recettes provenant des sources ci-après sera portée au crédit de la Puissance intéressée et sera utilisée conformément aux dispositions des Articles 5 et 6 de la présente Convention, sur la base de prévisions budgétaires supplémentaires en Deutsche Mark devant faire l'objet d'un accord entre la Puissance intéressée et la République Fédérale.

(a) la cession de tout bien meuble acheté sur les fonds destinés à l'entretien des Forces. Toute somme portée en crédit en vertu du présent alinéa correspondra au prix de vente du bien en cause s'il est

kaufs dem Verkaufspreis des betreffenden Eigentums abzüglich der Veräußerungskosten oder, falls das Eigentum nicht verkauft wird, dem Wert, der durch unparteiische Wertfestsetzung gemäß den zwischen der Bundesrepublik und der beteiligten Macht zu vereinbarenden Bedingungen festgestellt wird.

(b) Alle Deutsche Mark-Einnahmen oder Naturaleinnahmen, die auf Grund der Nutzung der im Rahmen dieses Vertrages oder des Truppenvertrages zur Verfügung gestellten Liegenschaften, Güter, Materialien und sonstigen Leistungen durch die Streitkräfte anfallen, mit der Maßgabe, daß alle Deutsche Mark-Beträge, die von Personen oder Dienststellen, die nicht Mitglieder der Streitkräfte sind, als Nutzungsvergütung für Liegenschaften im Zusammenhang mit Leistungen zu Gunsten der Streitkräfte und deren Mitglieder eingenommen werden, der Bundesrepublik zufließen.

(c) Zahlungen von Dritten zum Ausgleich von Werterhöhungen an ihren Vermögensgegenständen durch Verwendung von Mitteln für den Unterhalt der Streitkräfte. Werden jedoch derartige Zahlungen durch die Länder geleistet, so fließen sie der Bundesrepublik zu.

(d) Rückzahlungsansprüche gegen Dritte aus Überzahlungen mit Mitteln für den Unterhalt der Streitkräfte.

(3) Die Bundesrepublik hat mit der gebotenen Sorgfalt diejenigen Ansprüche geltend zu machen und einzuklagen, die gemäß Unterabsatz (c) und (d) des Absatzes (2) dieses Artikels zu erheben sind. Die Behörden der beteiligten Macht können verlangen, daß sie rechtzeitig vor der Geltendmachung eines Anspruchs gemäß Unterabsatz (c) des Absatzes (1) oder Unterabsatz (d) des Absatzes (2) gehört werden.

Artikel 12

(1) Auf Zahlungen für die Bereitstellung von Liegenschaften, Gütern, Materialien und sonstigen Leistungen für die Streitkräfte und deren Mitglieder finden die Vorschriften dieses Artikels Anwendung.

(2) Vorbehaltlich der Auswirkungen der im Truppenvertrag oder einem sonstigen anwendbaren Abkommen vorgesehenen Steuer- und Zollbefreiungen haben die zur Deckung des Bedarfs der Streitkräfte gezahlten Entgelte grundsätzlich dem jeweiligen Preis- und Lohnniveau im Bundesgebiet zu entsprechen; es dürfen jedoch den Behörden der beteiligten Mächte keine ungünstigeren Bedingungen gestellt werden, als sie vergleichbaren Käufern eingeräumt werden. Wenn der Bedarf der Streitkräfte

concerned if it is sold, less the costs of disposal, or if the property is not sold, a value to be fixed by impartial valuation in accordance with conditions to be agreed between the Federal Republic and the Power concerned;

(b) Any receipts in Deutsche Mark or in kind arising out of the use by the Forces of accommodation, goods, materials and services provided under the present Convention or the Forces Convention, provided that any Deutsche Mark amounts received from persons or agencies not members of the Forces, as compensation for the use of accommodation in connection with services performed for the Forces and their members, shall accrue to the Federal Republic;

(c) Payments by third parties of amounts in consideration of improvements which lead to an increase in value of their property as a result of expenditure from funds for the support of the Forces. However, such payments by Laender of the Federal Republic shall accrue to the Federal Republic;

(d) Repayment claims against third parties arising out of overpayments from funds for the support of the Forces.

3. The Federal Republic shall with due diligence assert and prosecute such claims as fall to be made under subparagraphs (c) and (d) of paragraph 2 of this Article. The authorities of the Power concerned may require that they be consulted in due time before the assertion of any claim under subparagraph (c) of paragraph 1 or subparagraph (d) of paragraph 2.

Article 12

1. Payments for accommodation, goods, materials or services provided for the Forces and their members shall be subject to the provisions of this Article.

2. Subject to the effect of the tax and customs exemptions provided in the Forces Convention or any other applicable agreement, the prices paid in satisfying the requirements of the Forces shall conform in principle to price and wage levels prevailing from time to time in the Federal territory but the authorities of the Power concerned shall receive terms and conditions not less favourable than those afforded to comparable purchasers. When the requirements of the Forces are satisfied through procure-

vendu, déduction faite des frais de cession, ou, si le bien n'est pas vendu, à une valeur à fixer au moyen d'une évaluation impartiale, conformément à des conditions à adopter entre la République Fédérale et la Puissance intéressée;

(b) toute recette en Deutsche Mark ou en nature, résultant de l'utilisation par les Forces des immeubles, biens, matériels et services fournis en vertu de la présente Convention ou de la Convention sur les Forces, sous réserve que toutes sommes en Deutsche Mark reçues de personnes ou d'organismes qui ne sont pas membres des Forces, à titre d'indemnités pour l'utilisation des immeubles en relation avec les services accomplis pour les Forces ou leurs membres, soient portées au crédit de la République Fédérale;

(c) les paiements, effectués par des tiers, de sommes dues en raison d'améliorations qui ont occasionné une plus-value de leurs biens, à la suite de dépenses imputées aux fonds destinés à l'entretien des Forces. Toutefois, de tels paiements effectués par les Länder de la République Fédérale seront portés au crédit de la République Fédérale;

(d) les demandes contre des tiers aux fins de remboursement des tropperçus sur les fonds destinés à l'entretien des Forces.

3. — La République Fédérale fera valoir et poursuivra, avec toute la diligence nécessaire, les réclamations qui pourraient être présentées en vertu des alinéas (c) et (d) du paragraphe 2 du présent Article. Les autorités de la Puissance intéressée peuvent demander à être consultées en temps voulu avant la mise en oeuvre de toutes réclamations visées à l'alinéa (c) du paragraphe 1 et à l'alinéa (d) du paragraphe 2.

Article 12

1. — Les dispositions du présent Article s'appliquent aux paiements relatifs aux immeubles, biens, matériels et services fournis aux Forces et à leurs membres.

2. — Sous réserve de l'effet des exemptions fiscales et douanières prévues dans la Convention sur les Forces ou dans tout autre accord applicable, les sommes versées pour satisfaire les besoins des Forces seront, en principe, conformes au niveau des prix et salaires en vigueur sur le territoire fédéral, mais les autorités de la Puissance intéressée doivent bénéficier de termes et de conditions qui ne soient pas moins favorables que ceux accordés à des acheteurs comparables. Lorsque les besoins des

im Wege der Beschaffung durch deutsche Behörden gedeckt wird oder andere zu Lasten der Mittel für den Unterhalt der Streitkräfte gehende Ausgaben von den deutschen Behörden geleistet werden, so erfolgt die Festsetzung des zu zahlenden Betrages im Einvernehmen mit den Behörden der beteiligten Macht. Soweit es sich nicht um Waren handelt, die zum Verbrauch durch Personen beschafft werden, die normalerweise im Bundesgebiet wohnhaft sind, darf die beteiligte Macht nicht in den Genuß von Subventionen kommen, die seitens der Bundesrepublik zur Herabsetzung von Preisen im Interesse des deutschen Einzelverbrauchers gewährt werden. Das Verfahren zur Durchführung der in vorstehendem Satz enthaltenen Vorschrift ist durch die in Artikel 17 dieses Vertrages vorgesehenen ergänzenden Abkommen festzulegen.

(3) Die Vergütung für die Bereitstellung von Liegenschaften, Gütern, Materialien oder sonstigen Leistungen, die für die Streitkräfte gemäß den in Absatz 3 des Artikels 37 des Truppenvertrages bezeichneten Bundesgesetzen im Wege der Anforderung beschafft werden, ist von den zuständigen deutschen Behörden im Benehmen mit den Behörden der beteiligten Macht gemäß den Vorschriften dieser Gesetze und den im ersten Satz des Absatzes (2) dieses Artikels festgelegten Grundsätzen festzusetzen. Bis zum Inkrafttreten dieser Bundesgesetze gilt die bisherige Grundlage für die Bemessung der Vergütung für die durch die Streitkräfte im Wege der Anforderung beschafften Liegenschaften, Güter, Materialien und sonstigen Leistungen weiter.

(4) Die Lohn- und Gehaltstarife für Zivilarbeitskräfte im Sinne des Artikels 44 des Truppenvertrages sind gemäß Absatz (5) jenes Artikels festzusetzen. Die Beträge, die zu Lasten der Mittel für den Unterhalt der Streitkräfte gehen, schließen die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung und die nach deutschem Recht zu zahlenden Prämien zur gesetzlichen Unfallversicherung ein.

(5) Die Vergütung für die Inanspruchnahme der Verkehrseinrichtungen und -leistungen, die gemäß den in Absatz (3) des Artikels 41 des Truppenvertrages genannten Abkommen den Streitkräften und ihren Mitgliedern zur Verfügung gestellt werden, bemißt sich nach den in diesen Abkommen festgesetzten Tarifen. Vor Ablauf der genannten Abkommen sind andere den Grundsätzen des Absatzes (2) dieses Artikels und denen des Artikels 41 des Truppenvertrages entsprechende Tarifabkommen abzuschließen, wie dies in dem letztgenannten Artikel vorgesehen ist.

(6) Die Vergütung für die Inanspruchnahme der Einrichtungen und Leistungen des öffentlichen deutschen

ment by the German authorities, or other expenditures chargeable to funds for the support of the Forces are made by the German authorities, the amount to be paid shall be determined in agreement with the authorities of the Power concerned. Except in the case of goods procured for consumption by persons normally resident in the Federal territory, the Power concerned shall not benefit from any subsidies granted by the Federal Republic to lessen the price of goods in the interest of the individual German consumer. The procedures for implementation of the preceding sentence shall be established by the subsidiary agreements provided for in Article 17 of the present Convention.

3. Compensation for accommodation, goods, materials or services obtained for the Forces by requisition under the Federal legislation referred to in paragraph 3 of Article 37 of the Forces Convention shall be determined by the appropriate German authorities, in consultation with the authorities of the Power concerned, in accordance with the provisions of that legislation and the principles expressed in the first sentence of paragraph 2 of this Article. Until the entry into force of such Federal legislation, the existing basis for assessment of compensation for accommodation, goods, materials and services requisitioned for the Forces shall remain in force.

4. — The wage and salary rates for civilian personnel referred to in Article 44 of the Forces Convention shall be determined in accordance with paragraph 5 of that Article. The amounts chargeable to the funds for the support of the Forces shall include the employer's contribution to social insurance funds and the premiums for statutory accident insurance payable under German law.

5. The transport facilities and services afforded to the Forces and their members under the agreements mentioned in paragraph 3 of Article 41 of the Forces Convention shall be paid for at the rates established in those agreements. Before the expiry of the said agreements, other tariff agreements consistent with the principles of paragraph 2 of this Article and Article 41 of the Forces Convention shall be concluded as provided in the latter Article.

6. The facilities and services of the German public posts and telecommunications agencies afforded to the

Forces sont satisfaits au moyen de fournitures assurées par les autorités allemandes ou que d'autres dépenses imputables sur les fonds destinés à l'entretien des Forces sont faites par les autorités allemandes, le montant à payer sera fixé avec l'accord des autorités de la Puissance intéressée. Sauf dans le cas de marchandises fournies pour la consommation de personnes résidant habituellement sur le territoire fédéral, la Puissance intéressée ne bénéficiera d'aucune des subventions accordées par la République Fédérale dans le but de diminuer le prix des marchandises dans l'intérêt des consommateurs allemands individuels. Les procédures relatives à l'application de la phrase précédente seront établies par les accords subsidiaires prévus à l'Article 17 de la présente Convention.

3. — Les indemnités pour les immeubles, biens, matériels ou services obtenus pour les Forces par voie de réquisition en vertu de la législation fédérale visée au paragraphe 3 de l'Article 37 de la Convention sur les Forces, seront fixées par les autorités compétentes allemandes en consultation avec les autorités de la Puissance intéressée, conformément aux dispositions de ladite législation et aux principes visés à la première phrase du paragraphe 2 du présent Article. Jusqu'à l'entrée en vigueur de cette législation fédérale, les bases actuelles applicables à la fixation des indemnités pour les immeubles, biens, matériels et services réquisitionnés pour les Forces resteront en vigueur.

4. — Les taux de salaires et de traitements pour le personnel civil visé à l'Article 44 de la Convention sur les Forces seront fixés conformément au paragraphe 5 de cet Article. Les sommes imputables sur les fonds destinés à l'entretien des Forces doivent comprendre la contribution de l'employeur aux fonds d'assurances sociales et les primes d'assurances-accident réglementairement fixées et payables en vertu de la loi allemande.

5. — Les facilités et services de transports accordés aux Forces et à leurs membres en vertu des accords visés au paragraphe 3 de l'Article 41 de la Convention sur les Forces seront payés d'après les tarifs établis par ces accords. Avant la date d'expiration desdits accords, d'autres accords tarifaires, compatibles avec les principes du paragraphe 2 du présent Article et de l'Article 41 de la Convention sur les Forces, seront conclus ainsi qu'il est prévu audit Article.

6. — Les facilités et services des administrations publiques allemandes des postes et télécommunications

Post- und Fernmeldewesens, die den Streitkräften und ihren Mitgliedern gemäß Artikel 42 des Truppenvertrages zur Verfügung gestellt werden, und die Vergütung für die Inanspruchnahme aller Einrichtungen, die den deutschen Behörden gemäß Absatz (5) jenes Artikels von den Streitkräften zur Verfügung gestellt werden, bemißt sich nach den Tarifen, die gemäß Absatz (1) jenes Artikels festgesetzt sind. Für die Tarife, die ab 30. Juni 1953 gelten sollen, sind rechtzeitig Abkommen im Rahmen der Grundsätze des Absatzes (2) dieses Artikels und denen des Artikels 42 des Truppenvertrages abzuschließen.

Forces and their members under Article 42 of the Forces Convention, and any facilities made available by the Forces to the German authorities under paragraph 5 of that Article, shall be paid for at rates established in accordance with paragraph 1 of that Article. Timely agreements shall be concluded, consistent with the principles of paragraph 2 of this Article and Article 42 of the Forces Convention, for rates to be effective from 30 June 1953.

accordés aux Forces et à leurs membres, en vertu de l'Article 42 de la Convention sur les Forces, et toutes facilités mises par les Forces à la disposition des autorités allemandes, en vertu du paragraphe 5 dudit Article, seront payés à des tarifs fixés conformément au paragraphe 1 de cet Article. Des accords tarifaires, compatibles avec les principes visés au paragraphe 2 du présent Article et à l'Article 42 de la Convention sur les Forces, seront conclus en temps utile et prendont effet au 30 juin 1953.

Artikel 13

(1) Abgesehen von besonderen Fällen, die zum Gegenstand einer Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik und den beteiligten Mächten gemacht werden können, erfolgt die Verausgabung von Mitteln für Bauten gemäß den Bestimmungen dieses Artikels.

(2) Bis zum 30. Juni 1953 gehen folgende Kosten für den Bau von Liegenschaften zu Lasten der Mittel für den Unterhalt der Streitkräfte:

(a) Sämtliche Kosten für Material und Arbeitskräfte sowie alle anderen Baukosten einschließlich der Aufschließungskosten;

(b) die Kosten für den Bau von auf dem Baugelände befindlichen oder zum Baugelände führenden Verkehrs-, Fernmelde- und Versorgungseinrichtungen und -anlagen, vorausgesetzt, daß diese Einrichtungen und Anlagen ausschließlich zur Versorgung der betreffenden Liegenschaft erstellt werden;

(c) die Kosten des Ersatzes oder der Umlegung von Verkehrs-, Fernmelde- oder Versorgungseinrichtungen und -anlagen, die wegen des Baues der betreffenden Liegenschaft für die öffentliche Benutzung nicht mehr zur Verfügung stehen, bis zur Höhe des bisherigen Standards.

Im Falle der in Unterabsatz (b) und (c) dieses Absatzes bezeichneten Kosten, die den deutschen Behörden für die Streitkräfte entstehen, wird die Höhe der zu Lasten der Mittel für den Unterhalt der Streitkräfte gehenden Ausgaben im Einvernehmen mit den Behörden der Streitkräfte bestimmt. Werfen die in den Buchstaben (b) und (c) dieser Ziffer erwähnten Einrichtungen und Anlagen einen Ertrag ab oder handelt es sich bei diesen Einrichtungen und Anlagen ganz oder teilweise um Baulichkeiten, die Teil eines deutschen Entwicklungsplans sein können, so gehen deren Kosten in dem zwischen den beteiligten Mächten und der Bundesrepublik vereinbarten Umfang zu Lasten der Mittel für den Unterhalt der Streitkräfte.

(3) Bis zum 30. Juni 1953 gehen die Kosten für die in Artikel 20 des Truppenvertrages genannten Einrich-

Article 13

1. Except in special cases which may be the subject of agreement between the Powers concerned and the Federal Republic the expenditure of funds for the purpose of capital works shall be in accordance with the provisions of this Article.

2. Prior to 30 June 1953, the following costs for construction of accommodation shall be chargeable to the funds for the support of the Forces:

(a) all material, labour and other costs of construction, including the cost of preparation of the site;

(b) the cost of constructing transport, communications and public utility facilities and installations on, or leading to, the site, provided that such facilities are furnished exclusively to serve the accomodation concerned;

(c) the cost of replacing or re-routing to a standard not higher than that previously existing, transport, communications or public utility facilities and installations no longer available for public use by reason of the construction of the accommodation concerned.

In the case of costs referred to in subparagraphs (b) and (c) of this paragraph which are incurred by the German authorities on behalf of the Forces, the amount of expenditures to be charged to the funds for the support of the Forces shall be determined in agreement with the authorities of the Forces. Where the facilities and installations referred to in sub-paragraphs (b) and (c) of this paragraph are revenue producing, or may constitute or form part of improvements included in a German development plan, the costs thereof shall be chargeable to the funds for the support of the Forces in the proportion agreed between the Powers concerned and the Federal Republic.

3. Until 30 June 1953, the cost of the installations and works referred to in Article 20 of the Forces Conven-

Article 13

1. — Sauf dans des cas particuliers qui pourraient faire l'objet d'accord entre les Puissances intéressées et la République Fédérale, les dépenses aux fins de travaux de construction seront effectuées conformément aux dispositions du présent Article.

2. — Jusqu'au 30 juin 1953, les frais suivants afférents à la construction d'immeubles seront imputables sur les fonds destinés à l'entretien des Forces:

(a) tous les matériaux, la main-d'oeuvre et autres frais de construction, y compris les frais de préparation du terrain;

(b) les frais pour la construction de moyens et installations de transports, de transmissions et de services d'utilité publique, sur le terrain ou y conduisant, pourvu que de tels moyens et installations servent exclusivement à l'usage de l'immeuble en cause;

(c) les frais de remplacement et de détournement, selon des normes non supérieures à celles existant précédemment, de moyens et installations de transports, de transmissions et de services d'utilité publique dont l'utilisation par le public n'est plus possible en raison de la construction de l'immeuble en cause.

Dans les cas où les frais, visés aux alinéas (b) et (c) du présent paragraphe, sont encourus par les autorités allemandes pour le compte des Forces, le montant des dépenses à imputer sur les fonds destinés à l'entretien des Forces sera fixé en accord avec les autorités des Forces. Lorsque les moyens et installations visés aux alinéas (b) et (c) du présent paragraphe sont productifs de revenus ou sont susceptibles de constituer en totalité ou en partie des améliorations entrant dans le cadre d'un programme allemand de construction, les frais en cause seront imputables sur les fonds destinés à l'entretien des Forces dans les proportions convenues entre les Puissances intéressées et la République Fédérale.

3. — Jusqu'au 30 juin 1953, les frais afférents aux installations et travaux visés à l'Article 20 de la Convention

tungen und Anlagen zu Lasten des in Absatz (2) des Artikels 4 dieses Vertrages bezeichneten Betrages und sind insoweit aus den Mitteln für den Unterhalt der Streitkräfte zu zahlen, als die Haushalte der beteiligten Mächte entsprechende Ansätze enthalten. Sollten Einrichtungen und Anlagen erstellt werden, für die in diesen Haushalten keine Ansätze enthalten sind, so wird deren Finanzierung im Einvernehmen zwischen der Bundesrepublik, der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und den beteiligten Mächten vorher geregelt.

(4) Soweit es sich nicht um die in Absatz (2) dieses Artikels vorgesehenen Ausgaben handelt, gehen Ausgaben, die vor dem 30. Juni 1953 geleistet werden und mit dem Erwerb und der Räumung von Liegenschaften für die Streitkräfte zusammenhängen, nicht zu Lasten der in Absatz (3) des Artikels 4 dieses Vertrages bezeichneten Mittel für den Unterhalt der Streitkräfte oder zu Lasten der beteiligten Mächte.

(5) Soweit die Finanzierung der unter Absatz (2), (3) und (4) dieses Artikels fallenden Ausgaben nach dem 30. Juni 1953 erfolgt, wird sie in den in Unterabsatz (a) des Absatzes (5) des Artikels 3 dieses Vertrages genannten Verhandlungen geregelt.

tion shall be chargeable to the sum mentioned in paragraph 2 of Article 4 of the present Convention and paid from the funds for the support of the Forces to the extent that provision is made therefor in the budgets of the Powers concerned. If installations and works should be carried out for which no provision has been made in such budgets, their financing shall be determined by prior agreement between the Federal Republic, the European Defence Community and the Powers concerned.

4. Any expenditures, other than those provided for in paragraph 2 of this Article, made prior to 30 June 1953 and related to the acquisition and evacuation of accommodation for the Forces shall not be charged to the funds for the support of the Forces mentioned in paragraph 3 of Article 4 of the present Convention or to the Powers concerned.

5. The financing after 30 June 1953 of the expenditures covered by paragraphs 2, 3 and 4 of this Article shall be determined in the negotiations mentioned in sub-paragraph (a) of paragraph 5 of Article 3 of the present Convention.

sur les Forces seront imputables sur la somme mentionnée au paragraphe 2 de l'Article 4 de la présente Convention et réglés sur les fonds destinés à l'entretien des Forces dans la mesure où les crédits ont été prévus à cet effet dans les budgets des Puissances intéressées. S'il devait être exécuté des installations et travaux, pour lesquels aucun crédit n'a été prévu dans ces budgets, leur financement sera déterminé par accord préalable entre la République Fédérale, la Communauté Européenne de Défense et les Puissances intéressées.

4. — Toutes dépenses, autres que celles prévues au paragraphe 2 du présent Article, effectuées avant le 30 juin 1953 et se rapportant à l'acquisition et l'évacuation d'immeubles pour les Forces, ne seront pas imputées sur les fonds destinés à l'entretien des Forces visés au paragraphe 3 de l'Article 4 de la présente Convention ni mises à la charge des Puissances intéressées.

5. — Le financement après le 30 juin 1953 des dépenses visées aux paragraphes 2, 3 et 4 du présent Article fera l'objet d'une décision lors des négociations mentionnées à l'alinéa (a) du paragraphe 5 de l'Article 3 de la présente Convention.

Artikel 14

Es wird ein ständiger Koordinierungsausschuß aus Vertretern der Bundesrepublik und der Drei Mächte zu dem Zwecke gebildet, die ihm durch diesen Vertrag übertragenen Aufgaben auszuführen, die Durchführung des Vertrages zu koordinieren und sich mit der Beseitigung etwaiger im Zusammenhang hiermit auftretender Zweifel oder Schwierigkeiten zu befassen, die nicht unmittelbar im Benehmen zwischen den zuständigen Behörden und Dienststellen gelöst werden können, sowie den Signatarmächten hierzu Vorschläge zu machen. Vertreter des Kommissariats der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft können in Fällen, in denen die Interessen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft berührt werden, an den Besprechungen des Ausschusses teilnehmen.

Article 14

A permanent Co-ordinating Committee composed of representatives of the Three Powers and of the Federal Republic shall be established to carry out the tasks assigned to it under the present Convention, to co-ordinate the implementation of the present Convention, and to consider and make recommendations to the Signatory States concerning the removal of any doubts or difficulties arising in connection therewith which cannot be resolved directly by consultation between the competent authorities and services concerned. Representatives of the Commissariat of the European Defence Community may take part in the discussions of the Committee, whenever the interests of the Community are involved.

Article 14

Un Comité de Coordination permanent composé de représentants des Trois Puissances et de la République Fédérale sera créé en vue d'exécuter les tâches qui lui sont assignées aux termes de la présente Convention, de coordonner l'application de la présente Convention, d'examiner tout cas litigieux ou toute difficulté résultant de cette application qui ne pourrait être résolu directement par consultation entre les autorités compétentes et les services intéressés et de présenter des recommandations aux États Signataires concernant leur règlement. Des représentants du Commissariat de la Communauté Européenne de Défense peuvent participer aux discussions du Comité chaque fois que les intérêts de cette Communauté sont en cause.

Artikel 15

Die beteiligten Mächte können auch in Berlin die Mittel verausgaben, die ihnen im Rahmen des vorliegenden Vertrages für die in Absatz (1) des Artikels 5 genannten Zwecke zur Verfügung gestellt werden.

Article 15

The Powers concerned may expend also in Berlin any funds made available to them under the present Convention for the purposes mentioned in paragraph 1 of Article 5.

Article 15

Les Puissances intéressées peuvent utiliser également à Berlin tous les fonds mis à leur disposition en vertu de la présente Convention pour les buts visés au paragraphe 1 de l'Article 5.

Artikel 16

Auf Ersuchen eines der Unterzeichnerstaaten können Verhandlungen zum Zwecke der Änderung oder Aufhebung von Artikeln des vorliegenden Vertrages eingeleitet werden, insbesondere dann, wenn Ver-

Article 16

At the request of any of the Signatory States discussions may be opened to amend or abrogate any of the Articles of the present Convention, especially if agreements between the North Atlantic Treaty Organization

Article 16

A la demande de l'un quelconque des États Signataires, des négociations peuvent être entamées en vue d'amender ou d'abroger l'un quelconque des Articles de la présente Convention et notamment si des accords entre

einbarungen zwischen der Nordatlantikpakt-Organisation und der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft eine solche Änderung notwendig oder wünschenswert machen.

and the European Defence Community make such modification necessary or desirable.

l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord et la Communauté Européenne de Défense rendent de telles modifications nécessaires ou souhaitables.

Artikel 17

(1) Die Bundesrepublik einerseits und die Drei Mächte oder eine der beteiligten Mächte andererseits werden, falls es erwünscht oder erforderlich ist, ergänzende Abkommen über die Durchführung dieses Vertrages, insbesondere der Vorschriften des Artikels 6, abschließen.

(2) Der gemäß Artikel 14 dieses Vertrages zu bildende Koordinierungsausschuß hat die Verhandlungen über diese ergänzenden Abkommen und ihre Durchführung zu koordinieren.

Article 17

1. The Three Powers, or any Power concerned, and the Federal Republic will conclude, where necessary or desirable, subsidiary agreements regarding the implementation of the present Convention, particularly the provisions of Article 6.

2. The negotiation and implementation of these subsidiary agreements shall be coordinated through the Coordinating Committee established pursuant to Article 14 of the present Convention.

Article 17

1. — Les Trois Puissances ou toute Puissance intéressée, d'une part, et la République Fédérale, d'autre part, concluеront, lorsque c'est nécessaire ou souhaitable, des accords subsidiaires pour la mise en application de la présente Convention, notamment en ce qui concerne les dispositions de l'Article 6.

2. — La négociation et l'application de ces accords subsidiaires fera l'objet d'une coordination au sein du Comité de Coordination créé en vertu de l'Article 14 de la présente Convention.

Artikel 18

(1) Die Bestimmungen des Artikels 3 dieses Vertrages gelten nicht im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und der Französischen Republik.

(2) Die Bestimmungen dieses Vertrages finden auf die Streitkräfte anderer Entsendestaaten, die nicht Mitglied der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft sind, und auf die Mitglieder dieser Streitkräfte Anwendung, sofern sie nicht durch etwaige zwischen der Bundesrepublik und einem solchen Entsendestaat geschlossene Abkommen für nicht anwendbar erklärt oder abgeändert werden.

Article 18

1. The provisions of Article 3 of the present Convention shall not apply as between the Federal Republic and the French Republic.

2. The provisions of the present Convention shall apply to the Forces of other Sending States which are not members of the European Defense Community, and to the members of such Forces, except where excluded or modified by any agreement which may be made between any of such other Sending States and the Federal Republic.

Article 18

1. — Les dispositions de l'Article 3 de la présente Convention ne s'appliqueront pas entre la République Fédérale et la République Française.

2. — Les dispositions de la présente Convention seront applicables aux Forces des autres États fournissant des Forces, non membres de la Communauté Européenne de Défense, et aux membres de ces Forces, sauf exclusion ou modification qui pourrait être convenue dans tout accord conclu entre l'un de ces autres États fournissant des Forces et la République Fédérale.

Artikel 19

Das im Rahmen des Vertrages über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten errichtete Schiedsgericht ist nicht zuständig

(a) für Streitigkeiten, die zwischen der Bundesrepubilk und den Drei Mächten im Rahmen der Vorschriften des Artikels 3, des Absatzes (4) des Artikels 4 oder des Absatzes (3) des Artikels 5 dieses Vertrages entstehen,

(b) zur Entscheidung von Fragen über die Zuständigkeit der in Artikel 8 dieses Vertrages bezeichneten deutschen Dienststellen und Dienststellen der Streitkräfte oder des nach Artikel 14 dieses Vertrages zu bildenden Koordinierungsausschusses oder zur Überprüfung der Entscheidungen dieser Stellen.

Article 19

The Arbitration Tribunal established by the Convention on the Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Germany shall not have jurisdiction

(a) over any dispute arising between the Three Powers and the Federal Republic under the provisions of Article 3, paragraph 4 of Article 4, or paragraph 3 of Article 5 of the present Convention;

(b) to determine questions as to the extent of the competence or to review the decisions of the German agencies and agencies of the Forces referred to in Article 8 or of the Co-ordinating Committee to be established under Article 14 of the present Convention.

Article 19

Le Tribunal d'Arbitrage créé par la Convention sur les Relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale d'Allemagne ne sera pas compétent:

(a) en ce qui concerne les litiges entre les Trois Puissances et la République Fédérale résultant de l'application des dispositions de l'Article 3, du paragraphe 4 de l'Article 4 et du paragraphe 3 de l'Article 5 de la présente Convention;

(b) pour décider de questions relatives à l'étendue de la compétence des organismes allemands ou des organismes des Forces visés à l'Article 8, ou du Comité de Coordination établi en vertu de l'Article 14 de la présente Convention, ni pour réviser leurs décisions.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten von ihren Regierungen gehörig beglaubigten Vertreter diesen Vertrag, einen der in Artikel 8 des Vertrages über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten aufgeführten Verträge, unterschrieben.

Geschehen zu BONN am sechsundzwanzigsten Tage des Monats Mai 1952 in deutscher, englischer und französischer Sprache, wobei alle drei Fassungen gleichermaßen authentisch sind.

Für die Bundesrepublik Deutschland
gezeichnet:
Adenauer

Für die Vereinigten Staaten von Amerika
gezeichnet:
Dean Acheson

Für das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland
gezeichnet:
Anthony Eden

Für die Französische Republik
gezeichnet:
Robert Schuman

IN FAITH WHEREOF the undersigned representatives duly authorized thereto by their respective Governments have signed the present Convention, being one of the related Conventions listed in Article 8 of the Convention on Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Germany.

Done at BONN this twenty-sixth day of May, 1952 in three texts, in the English, French and German languages, all being equally authentic.

For the United States of America
signed:
Dean Acheson

For the French Republic
signed:
Robert Schuman

For the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland
signed:
Anthony Eden

For the Federal Republic of Germany
signed:
Adenauer

EN FOI DE QUOI, les Plénipotentiaires soussignés, dûment autorisés à cet effet par leurs Gouvernements respectifs, ont apposé leurs signatures au bas de la présente Convention qui constitue l'une des Conventions rattachées énumérées dans l'Article 8 de la Convention sur les Relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale d'Allemagne.

Fait à BONN, le vingt-sixième jour du mois de mai 1952, en trois textes, en langues française, anglaise et allemande, les trois versions faisant également foi.

Pour la République Française
signé:
Robert Schuman

Pour le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord
signé:
Anthony Eden

Pour les États-Unis d'Amérique
signé:
Dean Acheson

Pour la République Fédérale d'Allemagne
signé:
Adenauer

ANHANG A

zum Finanzvertrag

Soweit die Streitkräfte des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland, Belgiens, Dänemarks und Norwegens betroffen sind, wird Artikel 8 des Finanzvertrages nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen ausgeführt:

§ 1

Mit Bezug auf diese Streitkräfte wird die Wahrnehmung der in Absatz (9) des Artikels 8 des Finanzvertrages vorgesehenen Aufgaben der zuständigen Dienststelle der Streitkräfte auf die Bundesrepublik übertragen.

§ 2

(1) Ist bei der zuständigen deutschen Behörde ein Entschädigungsantrag eingegangen, so teilt diese der zuständigen Dienststelle der Streitkräfte den Antrag nebst den Einzelheiten mit, welche die letztere Dienststelle benötigt.

(2) Nach Eingang dieser Einzelheiten übermittelt die zuständige Dienststelle der Streitkräfte der zuständigen deutschen Behörde sobald als möglich die in ihrem Besitz befindlichen, für die Bearbeitung des Schadensfalles erforderlichen Informationen und Beweismittel, soweit dies nach den Vorschriften der beteiligten Macht zulässig ist.

(3) Insbesondere hat bei Entschädigungsansprüchen, auf die Unterabsatz (c) und (d) des Absatzes (2) des Artikels 8 des Finanzvertrages Anwendung finden, die zuständige Dienststelle der Streitkräfte innerhalb von 21 Tagen nach Eingang der Mitteilung gemäß Absatz (1) dieses Paragraphen alle diejenigen in ihrem Besitz befindlichen Informationen und Beweismittel zur Verfügung zu stellen, die eine völlige oder teilweise Ablehnung des Entschädigungsanspruches begründen würden. In diesen Fällen wird die deutsche Behörde nur nach vollständiger Würdigung solcher Informationen und Beweismittel einen Entschädigungsbetrag festsetzen und auszahlen und wird sich im Zweifelsfall vor Auszahlung irgendwelcher Beträge mit der Dienststelle der Streitkräfte ins Benehmen setzen.

§ 3

(1) Wird ein Entschädigungsanspruch darauf gestützt, daß ein Verlust oder Schaden durch eine Handlung oder Unterlassung eines Mitglieds oder eines Bediensteten der Streitkräfte oder einer Person, die bei den Streitkräften gemäß Artikel 44 oder 45 des Truppenvertrages beschäftigt ist, bei der Erfüllung ihrer dienstlichen Verpflichtungen oder durch eine Tätigkeit der Streitkräfte verursacht worden sei, so erteilt die zuständige Dienst-

ANNEX A

to Finance Convention

In the case of the Forces of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and of the Forces of Belgium, Denmark and Norway the provisions of Article 8 of the Finance Convention shall be implemented in accordance with the following provisions:

Section 1

The functions of the appropriate agency of the Forces set out in paragraph 9 of Article 8 of the Finance Convention shall in respect of these Forces be delegated to the Federal Republic.

Section 2

1. The appropriate German agency shall inform the appropriate agency of the Forces of any claim lodged with it and shall append such particulars as the latter agency may require.

2. After receipt of these particulars, the appropriate agency of the Forces will forward as soon as possible to the appropriate German agency such information and evidence in its possession as is necessary for dealing with the claim insofar as the making available of such information and evidence is permissible under the regulations of the Power concerned.

3. In the case of claims to which subparagraphs (c) and (d) of paragraph 2 of Article 8 of the Finance Convention apply, the agency of the Forces shall in particular make available within twenty-one days of receipt of notification under paragraph 1 of this Section any information or evidence in its possession which would support the rejection of the claim in whole or in part. In such case the German agency shall assess and pay compensation only in the full light of such information and evidence and in any case of doubt shall refer to the agency of the Forces before making any payment.

Section 3

1. Where a claim to compensation is based on an allegation of loss or damage caused by an act or omission in the performance of his official duties of a member or employee of the Forces or of a person working for the Forces pursuant to Article 44 or 45 of the Forces Convention or is alleged to arise from an activity of the Forces, the appropriate agency of the Forces will certify whether or not such act or omission occurred in the perfor-

ANNEXE A

à la Convention Financière

En ce qui concerne les Forces du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et les Forces de la Belgique, du Danemark et de la Norvège, les dispositions de l'Article 8 de la Convention Financière s'appliqueront selon les modalités suivantes:

— 1 —

Les attributions de l'organisme compétent des Forces visé au paragraphe 9 de l'Article 8 de la Convention Financière seront, en ce qui concerne ces Forces, déléguées à la République Fédérale.

— 2 —

1. — L'organisme compétent allemand avisera l'organisme compétent des Forces de toutes réclamations qui lui seront présentées et fournira tous renseignements que ce dernier organisme pourrait demander.

2. — A la réception de ces renseignements, l'organisme compétent des Forces transmettra aussitôt que possible à l'organisme compétent allemand tous renseignements et toutes preuves en sa possession nécessaires pour traiter de la réclamation, dans la mesure où la fourniture de ces renseignements et de ces preuves est autorisée en vertu des règlements de la Puissance intéressée.

3. — Lorsqu'il s'agira de réclamations auxquelles s'appliquent les dispositions des alinéas (c) et (d) du paragraphe 2 de l'Article 8 de la Convention Financière, l'organisme des Forces fournira notamment, dans les vingt et un jours suivant la réception de la notification visée à l'alinéa 1 du présent paragraphe, tous renseignements ou toutes preuves en sa possession qui pourraient motiver le rejet de la réclamation, en tout ou partie. Dans ce cas, l'organisme allemand ne devra évaluer et payer les indemnités qu'après avoir pleinement tenu compte de ces renseignements et preuves et, dans tous les cas litigieux, devra en référer à l'organisme des Forces avant de procéder à un paiement.

— 3 —

1. — Lorsqu'une demande d'indemnisation est fondée sur une perte ou un dommage présumé, causé par un acte ou une omission intervenu dans l'exercice des fonctions officielles d'un membre ou d'un employé des Forces ou d'une personne travaillant pour les Forces, aux termes des Articles 44 ou 45 de la Convention sur les Forces, ou est présumée résulter d'une activité des Forces, l'organisme compétent des Forces certifiera si cet

stelle der Streitkräfte eine Bescheinigung darüber, ob die Handlung oder Unterlassung bei der Erfüllung dienstlicher Verpflichtungen der betreffenden Personen begangen worden ist oder ob eine Tätigkeit der Streitkräfte vorliegt.

(2) Die deutsche Behörde wird eine Entschädigung nur dann festsetzen und eine Auszahlung von Entschädigungsbeträgen nur dann vornehmen, wenn von der zuständigen Dienststelle der Streitkräfte eine Bescheinigung darüber erteilt worden ist, daß die für den Verlust oder Schaden ursächliche Handlung oder Unterlassung bei der Erfüllung dienstlicher Verpflichtungen begangen worden ist oder daß der Verlust oder Schaden durch eine Tätigkeit der Streitkräfte verursacht worden ist.

(3) Ergeben sich im Laufe der weiteren Ermittlungen Umstände, die zu einer von dem Inhalt der erteilten Bescheinigung abweichenden Beurteilung der Frage, ob eine Handlung oder Unterlassung bei der Erfüllung dienstlicher Verpflichtungen begangen worden ist oder ob eine Tätigkeit der Streitkräfte vorliegt, führen können, so wird die zuständige Dienststelle der Streitkräfte auf Ersuchen der zuständigen deutschen Behörde unter Berücksichtigung der Vorstellungen der deutschen Behörde die Bescheinigung überprüfen.

§ 4

Erhebt der Entschädigungsberechtigte wegen seines Anspruchs gemäß Absatz (10) des Artikels 8 des Finanzvertrages vor einem ordentlichen deutschen Gericht Klage gegen die Bundesrepublik, so wird die deutsche Behörde der zuständigen Stelle der Streitkräfte eine Abschrift der Klageschrift übersenden. Sollte die deutsche Behörde mit Rücksicht auf die Klage eine Ergänzung der zur Rechtsverteidigung zu verwendenden Unterlagen und Beweismittel durch die Dienststelle der Streitkräfte für notwendig halten, wird sie die Dienststelle der Streitkräfte sobald als möglich davon in Kenntnis setzen.

§ 5

Sollte das in einem gemäß Absatz (10) des Artikels 8 des Finanzvertrages angestrengten Prozeß ergangene rechtskräftige Urteil eines Gerichtes von der gemäß Paragraph 1 dieses Anhangs getroffenen Entscheidung der deutschen Behörde abweichen, so ist die Entscheidung so abzuändern, daß sie mit dem Urteil übereinstimmt; dies gilt ohne Rücksicht darauf, ob die Behörden der Streitkräfte ihr Recht zur Teilnahme an dem Prozeß gegen die Bundesrepublik gemäß Absatz (12) des Artikels 8 des Finanzvertrages wahrgenommen haben oder nicht.

§ 6

Damit derjenige Teil der von den deutschen Behörden oder Gerichten zugesprochenen Entschädigung, der gemäß Paragraph 7 dieses Anhangs zu Lasten der Mittel für den Unterhalt

mance of the official duties of the person concerned or an activity of the Forces was involved as the case may be.

2. The German agency shall not assess or pay any compensation unless the appropriate agency of the Forces has issued a certificate that the act or omission causing the loss or damage occurred in the performance of official duties or that the loss or damage was caused by an activity the Forces.

3. If during investigations of a claim circumstances appear which would lead to an inference different from that contained in the certificate on the question whether an act or omission occurred in the performance of official duties or an activity of the Forces is concerned, the appropriate agency of the Forces will on the request of the appropriate German agency review its certificate taking into account the representations made by the German agency.

Section 4

If a claimant brings an action in the ordinary German court against the Federal Republic pursuant to paragraph 10 of Article 8 of the Finance Convention, the German agency will forward to the appropriate agency of the Forces a copy of the plaint. Should the German agency deem it necessary in the light of the plaint to obtain from the agency of the Forces supplementary documents or evidence to be used in the defence of the action, it will so inform the agency of the Forces as early as possible.

Section 5

Should the legally enforceable judgment of a Court in an action brought under paragraph 10 of Article 8 of the Finance Convention differ from the decision of the German agency taken under Section 1 of this Annex, the decision shall be modified so as to make it accord with the judgment; this shall apply whether or not the authorities of the Forces exercised their right to participate in the action against the Federal Republic under paragraph 12 of Article 8 of the Finance Convention.

Section 6

To enable that part of the compensation awarded by the German agencies or Courts which under Section 7 of this Annex is to be charged to the funds for the support of the Forces of

acte ou cette omission est intervenu ou non au cours de l'exécution de fonctions officielles de l'intéressé ou en raison d'une activité des Forces, selon le cas.

2. — L'organisme allemand n'évaluera et ne paiera aucune indemnité, à moins que l'organisme compétent des Forces ait émis un certificat attestant que l'acte ou l'omission ayant causé la perte ou le dommage est intervenu dans l'exercice de fonctions officielles ou que la perte ou le dommage a été causé en raison d'une activité des Forces.

3. — Si l'instruction d'une demande d'indemnisation conduit à des conclusions différentes de celles qui se dégagent du certificat en ce qui concerne la question de savoir si un acte ou une omission est intervenu dans l'exercice de fonctions officielles ou si une activité des Forces est en cause, l'organisme compétent des Forces, à la demande de l'organisme compétent allemand, examinera à nouveau ce certificat en tenant compte des représentations formulées par l'organisme allemand.

— 4 —

Si un demandeur intente une action devant un tribunal allemand de droit commun contre la République Fédérale conformément aux dispositions du paragraphe 10 de l'Article 8 de la Convention Financière, l'organisme allemand transmettra à l'organisme compétent des Forces une copie de la plainte. Si l'organisme allemand estime nécessaire, en raison de la plainte, d'obtenir de l'organisme des Forces des documents ou des preuves supplémentaires pour servir à la défense, il en informera l'organisme des Forces le plus tôt possible.

— 5 —

Si le jugement exécutoire d'un tribunal, dans une action intentée en vertu du paragraphe 10 de l'Article 8 de la Convention Financière, diffère de la décision de l'organisme allemand prise en vertu du paragraphe 1 de la présente Annexe, cette décision sera modifiée de façon à la rendre conforme au jugement. Ces dispositions sont applicables, que les autorités des Forces aient ou non exercé leur droit de participer à l'instance intentée contre la République Fédérale en vertu des dispositions du paragraphe 12 de l'Article 8 de la Convention Financière.

— 6 —

Pour permettre que la partie de l'indemnité allouée par les organismes et les tribunaux allemands soit, en vertu des dispositions du paragraphe 7 de la présente Annexe, im-

der Streitkräfte der beteiligten Macht gehen soll, in dieser Weise gebucht werden kann, wird die deutsche Behörde bis zum 15. eines jeden Monats der zuständigen Dienststelle der Streitkräfte eine Liste über die im Laufe des vorhergehenden Monats ausgezahlten Entschädigungsbeträge übersenden.

§ 7

Es wird gemäß Absatz (14) des Artikels 8 des Finanzvertrages vereinbart, daß 75 vom Hundert des von den zuständigen deutschen Behörden oder von dem deutschen Gericht zuerkannten Entschädigungsbetrages zu Lasten der im Rahmen des Finanzvertrages für den Unterhalt der Streitkräfte zur Verfügung gestellten Mittel geht. Die übrigen 25 vom Hundert des Entschädigungsbetrages werden von der Bundesrepublik getragen.

§ 8

Die Bestimmungen dieses Anhangs finden keine Anwendung in den Fällen des Absatzes (16) des Artikels 8 des Finanzvertrages.

§ 9

Falls Streitkräfte, auf die sich dieser Anhang bezieht, Bestandteil der Streitkräfte der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft sind oder werden, so gelten die vorstehenden Bestimmungen für diese Streitkräfte nur insoweit, als dies mit der Anwendbarkeit des Artikels 8 des Finanzvertrages auf sie vereinbar ist.

the Power concerned to be so charged, the German agency shall by the fifteenth day of each month furnish to the appropriate agency of the Forces a list showing the amounts of compensation paid during the previous month.

Section 7

It is agreed, as provided for in paragraph 14 of Article 8 of the Finance Convention, that 75 per cent of the compensation awarded by the appropriate German agencies or by the ordinary German courts shall be charged to the funds for the support of the Forces made available under the Finance Convention. The remaining 25 per cent of the compensation shall be borne by the Federal Republic.

Section 8

The provisions of this Annex shall not affect the provisions of paragraph 16 of Article 8 of the Finance Convention.

Section 9

If any of the Forces to which this Annex relates are or become part of the Forces of the European Defence Community, the above provisions shall apply to such Forces only so far as is consistent with the applicability of Article 8 of the Finance Convention to those Forces.

putée sur les fonds destinés à l'entretien des Forces de la Puissance intéressée, l'organisme allemand devra, le 15 de chaque mois, fournir à l'organisme compétent des Forces une liste énumérant le montant des indemnités payées au cours du mois précédent.

— 7 —

Il est convenu, conformément au paragraphe 14 de l'Article 8 de la Convention Financière, que 75% de l'indemnité allouée par les organismes compétents allemands ou par les tribunaux allemands de droit commun seront imputés sur les fonds destinés à l'entretien des Forces rendus disponibles en vertu de la Convention Financière. Le solde de 25% de l'indemnité sera supporté par la République Fédérale.

— 8 —

Les dispositions de la présente Annexe n'affectent pas les dispositions du paragraphe 16 de l'Article 8 de la Convention Financière.

— 9 —

Si l'une des Forces à laquelle la présente Annexe s'applique est ou devient partie des Forces de la Communauté Européenne de Défense, les dispositions ci-dessus s'appliqueront à ces Forces dans la mesure compatible avec l'application, à ces Forces, de l'Article 8 de la Convention Financière.

Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen

Convention on the Settlement of Matters arising out of the War and the Occupation

Convention sur le Règlement de Questions issues de la Guerre et de l'Occupation

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

einerseits und

DIE VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA,

DAS VEREINIGTE KÖNIGREICH VON GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND

und

DIE FRANZÖSISCHE REPUBLIK

(nachstehend als die „Drei Mächte" bezeichnet)

andererseits

sind wie folgt übereingekommen:

ERSTER TEIL

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

(1) Die Organe der Bundesrepublik und der Länder sind gemäß ihrer im Grundgesetz festgelegten Zuständigkeit befugt, von den Besatzungsbehörden erlassene Rechtsvorschriften aufzuheben oder zu ändern, sofern im Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten oder in den in dessen Artikel 8 aufgeführten Zusatzverträgen nichts anderes bestimmt ist. Bis zu einer solchen Aufhebung oder Änderung bleiben von den Besatzungsbehörden erlassene Rechtsvorschriften in Kraft. Vom Kontrollrat erlassene Rechtsvorschriften dürfen weder aufgehoben noch geändert werden. Rechtsvorschriften, durch welche die vorläufigen Grenzen der Bundesrepublik festgelegt worden sind, oder die nach anderen Bestimmungen des Vertrages über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten oder der Zusatzverträge in Kraft bleiben, dürfen nur mit Zustimmung der Drei Mächte geändert oder aufgehoben werden.

(2) Die Drei Mächte übertragen hiermit auf die Bundesrepublik das Recht, nach jeweiliger Konsultation mit den Drei Mächten die Rechtsvorschriften des Kontrollrats innerhalb des Bundesgebietes außer Wirksamkeit zu setzen, die nicht nach anderen Bestimmungen des Vertrages über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei

THE UNITED STATES OF AMERICA,

THE UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN AND NORTHERN IRELAND

and

THE FRENCH REPUBLIC

(hereinafter referred to as "the Three Powers"),

of the one part, and

THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY,

of the other part,

agree as follows:

CHAPTER ONE

General Provisions

Article 1

1. The Federal and Land authorities shall have the power, in accordance with their respective competences under the Basic Law of the Federal Republic, to repeal or amend legislation enacted by the Occupation Authorities, except as otherwise provided in the Convention on Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Germany or any of the related Conventions listed in Article 8 thereof. Until such repeal or amendment, legislation enacted by the Occupation Authorities shall remain in force. Legislation enacted by the Control Council shall not be subject to repeal or amendment. Legislation by which the provisional boundaries of the Federal Republic have been established, or which is required to be maintained in force by other provisions of the Convention on Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Germany or any of the related Conventions, may only be amended or repealed with the consent of the Three Powers.

2. The Three Powers hereby delegate to the Federal Republic the right to deprive of effect within its territory, after consultation in each case with the Three Powers, all such legislation of the Control Council as is not required to be maintained in force by other provisions of the Convention on Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Ger-

LA RÉPUBLIQUE FRANÇAISE,

LES ÉTATS-UNIS D'AMÉRIQUE

et

LE ROYAUME-UNI DE GRANDE-BRETAGNE ET D'IRLANDE DU NORD

(ci-après dénommés « les Trois Puissances »),

d'une part, et

LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE,

d'autre part,

conviennent des dispositions suivantes:

CHAPITRE PREMIER

Dispositions générales

Article 1

1. — Les autorités fédérales et les autorités de Land ont le pouvoir, conformément à leur compétence respective en vertu de la Loi Fondamentale de la République Fédérale, d'abroger ou d'amender la législation édictée par les Autorités d'Occupation, sauf dispositions contraires de la Convention sur les Relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale d'Allemagne ou de l'une quelconque des Conventions rattachées énumérées à l'Article 8 de ladite Convention. Jusqu'à ce qu'intervienne une telle abrogation ou un tel amendement, la législation édictée par les Autorités d'Occupation demeure en vigueur. La législation édictée par le Conseil de Contrôle ne peut faire l'objet d'abrogation ni d'amendement. La législation par laquelle les limites territoriales provisoires de la République Fédérale ont été établies, ou celle dont le maintien en vigueur est exigé par toute autre disposition de la Convention sur les Relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale d'Allemagne ou de l'une quelconque des Conventions rattachées, ne pourra être amendée ou abrogée qu'avec le consentement des Trois Puissances.

2. — Les Trois Puissances délèguent à la République Fédérale le droit de priver d'effet sur son territoire, après avoir consulté les Trois Puissances dans chaque cas particulier, toute la législation du Conseil de Contrôle dont le maintien en vigueur n'est pas exigé par toute autre disposition de la Convention sur les Relations entre les Trois Puissances et la République

Mächten oder der Zusatzverträge oder auf Verlangen der Drei Mächte in Ausübung ihrer Rechte hinsichtlich Berlins und Deutschlands als Ganzem, einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands und einer Friedensregelung, auf die im Vertrage über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten Bezug genommen ist, in Kraft bleiben, und die in einer Mitteilung im Namen der Regierungen der Drei Mächte an den Bundeskanzler vom Tage der Unterzeichnung dieses Vertrages aufgeführt sind.

(3) Der in diesem Vertrag verwendete Ausdruck „Rechtsvorschriften" umfaßt Proklamationen, Gesetze, Verordnungen, Entscheidungen (mit Ausnahme gerichtlicher Entscheidungen), Direktiven, Durchführungsbestimmungen, Anordnungen, Genehmigungen oder sonstige Vorschriften ähnlicher Art, die amtlich veröffentlicht worden sind. Die Bezugnahme auf eine einzelne Rechtsvorschrift schließt alle und jeden ihrer Teile, einschließlich der Präambel, ein, sofern nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist.

(4) Die amtlichen Texte der in diesem Artikel erwähnten Rechtsvorschriften sind diejenigen Texte, die zur Zeit des Erlasses maßgebend waren.

(5) Der Ausdruck „Besatzungsbehörden", wie er in diesem Teil verwendet wird, bedeutet den Kontrollrat, die Alliierte Hohe Kommission, die Hohen Kommissare der Drei Mächte, die Militärgouverneure der Drei Mächte, die Streitkräfte der Drei Mächte in Deutschland, sowie Organisationen und Personen, die in deren Namen Befugnisse ausüben oder — im Falle von internationalen Organisationen und Organisationen anderer Mächte (und der Mitglieder solcher Organisationen) — mit deren Ermächtigung handeln, schließlich die bei den Streitkräften der Drei Mächte dienenden Hilfsverbände anderer Mächte.

Artikel 2

(1) Alle Rechte und Verpflichtungen, die durch gesetzgeberische, gerichtliche oder Verwaltungsmaßnahmen der Besatzungsbehörden oder auf Grund solcher Maßnahmen begründet oder festgestellt worden sind, sind und bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht in Kraft, ohne Rücksicht darauf, ob sie in Übereinstimmung mit anderen Rechtsvorschriften begründet oder festgestellt worden sind. Diese Rechte und Verpflichtungen unterliegen ohne Diskriminierung denselben künftigen gesetzgeberischen, gerichtlichen und Verwaltungsmaßnahmen wie gleichartige nach innerstaatlichem deutschem Recht begründete oder festgestellte Rechte und Verpflichtungen.

(2) Alle Rechte und Verpflichtungen, die aus den Verträgen und internationalen Abkommen herrühren, die

many or any of the related Conventions or as shall not have been required to be maintained in force by the Three Powers in the exercise of their rights relating to Berlin and to Germany as a whole, including unification of Germany and a peace settlement, referred to in the Convention on Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Germany, as listed in a communication on behalf of the Governments of the Three Powers to the Federal Chancellor bearing the date of the signature of the present Convention.

3. The term "legislation" as used in the present Convention includes proclamations, laws, ordinances, decisions (other than Court decisions), directives, regulations, orders, licenses or any other similar enactments which have been officially published. Reference to any specific legislation shall include each and every part thereof, including the preamble, unless otherwise expressly provided.

4. The official text or texts of legislation referred to in this Article shall be the text or texts which was or were official at the time of enactment.

5. The term "Occupation Authorities" as used in this Chapter means the Control Council, the Allied High Commission, the High Commissioners of the Three Powers, the Military Governors of the Three Powers, the Armed Forces of the Three Powers in Germany, and organizations and persons exercising power on their behalf or, in the case of international organizations and organizations representing other Powers (and the members of such organizations), acting with their authorization, and auxiliary contingents of other Powers serving with the Armed Forces of the Three Powers.

Article 2

1. All rights and obligations created or established by or under legislative, administrative or judical action of the Occupation Authorities are and shall remain valid for all purposes under German law whether or not their creation or establishment was in conformity with other legislation. Such rights and obligations shall be subject without dicrimination to the same future legislative, judical and administrative measures as similar rights and obligations created or established by or under German municipal law.

2. All rights and obligations arising under the treaties and the international agreements listed in the enclosure

Fédérale d'Allemagne ou de l'une quelconque des Conventions rattachées, ou dont le maintien en vigueur n'a pas été exigé par les Trois Puissances dans l'exercice de leurs droits en ce qui concerne Berlin et l'Allemagne dans son ensemble, y compris l'unification de l'Allemagne et un règlement de paix, visés dans la Convention sur les Relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale d'Allemagne, et qui est énumérée dans une communication adressée au Chancelier Fédéral, au nom des Gouvernements des Trois Puissances, et portant la date de la signature de la présente Convention.

3. — Le terme «législation» utilisé dans la présente Convention comprend les proclamations, les lois, les ordonnances, les décisions (autres que les décisions judiciaires), les directives, les règlements, les arrêtés et ordres, les licences ou tout autre texte analogue, qui ont été officiellement publiés. Sauf dispositions contraires, toute référence à une législation particulière comprendra l'ensemble du texte de cette législation, y compris le préambule.

4. — Le ou les textes officiels de la législation visée au présent Article seront celui ou ceux qui étaient officiels au moment où cette législation a été édictée.

5. — L'expression «Autorités d'Occupation», utilisée dans le présent Chapitre, désigne le Conseil de Contrôle, la Haute Commission Alliée, les Hauts Commissaires des Trois Puissances, les Gouverneurs Militaires des Trois Puissances, les Forces Armées des Trois Puissances en Allemagne, ainsi que les organisations et personnes exerçant le pouvoir en leur nom ou, dans le cas d'organisations internationales et d'organisations représentant d'autres Puissances (et de membres de ces organisations), agissant avec leur autoriation, ainsi que les contingents auxiliaires d'autres Puissances servant avec les Forces Armées des Trois Puissances.

Article 2

1. — Tous les droits et obligations créés ou institués par des mesures législatives, judiciaires ou administratives prises par les Autorités d'Occupation, ou en vertu de telles mesures, sont et demeureront valables à tous égards en droit allemand, qu'ils aient été ou non créés ou institués conformément à d'autres textes législatifs. Ces droits et obligations seront soumis, sans discrimination, aux mêmes mesures d'ordre législatif, judiciaire et administratif qui seront prises à l'avenir, que les droits et obligations similaires créés ou institués par le droit interne allemand ou en vertu de ce droit.

2. — Tous les droits et obligations résultant des traités et des accords internationaux énumérés dans la liste

von den Besatzungsbehörden oder von einer oder mehreren der Regierungen der Drei Mächte vor Inkrafttreten dieses Vertrages für eine oder mehrere der drei westlichen Besatzungszonen abgeschlossen wurden und die in der Anlage zu der Mitteilung der Alliierten Hohen Kommissare im Namen der Regierungen der Drei Mächte an den Bundeskanzler vom Tage der Unterzeichnung dieses Vertrages aufgeführt sind, sind und bleiben in Kraft, als ob sie aus gültigen, von der Bundesrepublik abgeschlossenen Verträgen und internationalen Abkommen herrührten.

with the communication of the Allied High Commissioners on behalf of the Governments of the Three Powers to the Federal Chancellor bearing the date of the signature of the present Convention and concluded on behalf of one or more of the three Western Zones of Occupation by the Occupation Authorities or by any one or more of the Governments of the Three Powers before the entry into force of the present Convention are and shall remain valid as though they had arisen under effective treaties and international agreements concluded by the Federal Republic.

jointe à la communication adressée au Chancelier Fédéral par les Hauts Commissaires au nom des Gouvernements des Trois Puissances et portant la date de la signature de la présente Convention, et conclus pour le compte de l'une ou de plusieurs des trois Zones occidentales d'occupation par les Autorités d'Occupation ou l'un ou plusieurs des Gouvernements des Trois Puissances avant l'entrée en vigueur de la présente Convention, sont et demeureront valables comme s'ils résultaient de traités et d'accords internationaux valablement conclus par la République Fédérale.

Artikel 3

(1) Niemand darf allein deswegen unter Anklage gestellt oder durch Maßnahmen deutscher Gerichte oder Behörden in seinen Bürgerrechten oder seiner wirtschaftlichen Stellung nur deswegen beeinträchtigt werden, weil er vor Inkrafttreten dieses Vertrages mit der Sache der Drei Mächte sympathisiert, sie oder ihre Politik oder Interessen unterstützt oder den Streitkräften, Behörden oder Dienststellen einer oder mehrerer der Drei Mächte oder einem Beauftragten einer dieser Mächte Nachrichten geliefert oder Dienste geleistet hat. Das gleiche gilt zugunsten von Personen, die den Verbündeten der Drei Mächte bei ihren gemeinsamen Bestrebungen vor Inkrafttreten dieses Vertrages Sympathien bezeigt, Unterstützung gewährt, Nachrichten geliefert oder Dienste geleistet haben. Die deutschen Behörden haben alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel anzuwenden, um sicherzustellen, daß der Zweck dieses Absatzes erreicht wird.

(2) Soweit nicht in Absatz (3) dieses Artikels oder durch besondere Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Regierungen der Drei Mächte oder der betreffenden Macht etwas anderes bestimmt ist, sind deutsche Gerichte und Behörden nicht zuständig in strafrechtlichen oder nichtstrafrechtlichen Verfahren, die sich auf eine vor Inkrafttreten dieses Vertrages begangene Handlung oder Unterlassung beziehen, wenn unmittelbar vor Inkrafttreten dieses Vertrages die deutschen Gerichte und Behörden hinsichtlich solcher Handlungen oder Unterlassungen nicht zuständig waren, ohne Rücksicht darauf, ob sich diese Unzuständigkeit aus der Sache oder aus der Person ergibt.

(3) Vorbehaltlich der Bestimmungen des Absatzes (1) dieses Artikels und jeder anderen einschlägigen Bestimmung des Vertrages über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten oder der in seinem Artikel 8 aufgeführten Zusatzverträge dürfen deutsche Gerichte die ihnen nach deutschem Recht zustehende Gerichtsbarkeit ausüben:

Article 3

1. No person shall be prosecuted or prejudiced in his civil rights or economic position by the action of German courts or authorities solely on the ground that he has, prior to the entry into force of the present Convention, sympathized with or aided the cause of the Three Powers, or their policies or interests, or furnished information or services to the forces, authorities, or agencies of any one or more of the Three Powers, or to any person acting under the authority of any of them. The same shall apply in favour of persons who, prior to the entry into force of the present Convention, have shown sympathy to, or aided or furnished with information or services, the Allies of the Three Powers in their common cause. The German authorities shall apply all means at their disposal to ensure that the objectives of this paragraph are attained.

2. Except as provided in paragraph 3 of this Article, or by special agreement between the Governments of the Three Powers or the Power concerned and the Federal Government, German courts and authorities shall have no jurisdiction in any criminal or non-criminal proceedings relating to an act or omission which occurred before the date of entry into force of the present Convention, if immediately prior to such date German courts and authorities were without jurisdiction with respect to such act or omission whether *ratione materiae* or *ratione personae*.

3. Subject to the provisions of paragraph 1 of this Article and to any other relevant provision of the Convention on Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Germany, or of the related Conventions, German courts may exercise such jurisdiction as they have under German law in respect of:

Article 3

1. — Aucune personne ne sera poursuivie ou ne sera lésée dans ses droits civiques ou sa situation économique par l'action de tribunaux allemands ou d'autorités allemandes, du seul fait que, avant l'entrée en vigueur de la présente Convention, elle a manifesté des sentiments de sympathie pour la cause, la politique ou les intérêts des Trois Puissances, ou leur a apporté son aide, ou a fourni des renseignements ou rendu des services aux Forces, aux Autorités, ou à tout organisme de l'une ou de plusieurs des Trois Puissances ou à toute personne agissant sous l'autorité de l'une de ces Puissances. Les mêmes dispositions s'appliqueront en faveur des personnes qui, avant l'entrée en vigueur de la présente Convention, auront manifesté des sentiments de sympathie envers les alliés des Trois Puissances dans leur cause commune, ou leur auront apporté leur aide, ou leur auront fourni des renseignements ou rendu des services dans cette même cause. Les autorités allemandes emploieront tous les moyens dont elles disposent pour assurer la réalisation des objectifs visés au présent paragraphe.

2. — Exception faite des dispositions prévues au paragraphe 3 du présent Article ou dans un accord spécial conclu entre les Gouvernements des Trois Puissances ou le Gouvernement de la Puissance intéressée et le Gouvernement Fédéral, les tribunaux allemands et les autorités allemandes ne seront pas compétents pour connaître d'instances, pénales ou non, relatives à un acte ou une omission intervenu avant la date d'entrée en vigueur de la présente Convention si, immédiatement avant cette date, les tribunaux allemands et les autorités allemandes n'avaient pas compétence à l'égard de cet acte ou de cette omission soit *ratione materiae*, soit *ratione personae*.

3. — Sous réserve des dispositions du paragraphe 1 du présent Article et de toutes autres dispositions applicables de la Convention sur les Relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale d'Allemagne ou de l'une quelconque des Conventions rattachées, les tribunaux allemands pourront exercer la compétence qu'ils détiennent en vertu du droit allemand:

(a) in nichtstrafrechtlichen Verfahren, für die das Privatrecht maßgebend ist,

(i) gegen juristische Personen, wenn die Gerichtsbarkeit der deutschen Gerichte vorher allein deswegen ausgeschlossen war, weil diese juristischen Personen der Kontrolle der Besatzungsbehörden nach den Gesetzen Nr. 52 des SHAEF und der Militärregierung, betreffend Sperre und Kontrolle von Vermögen, nach dem Kontrollratsgesetz Nr. 9, betreffend Beschlagnahme und Kontrolle des Vermögens der I. G. Farbenindustrie, oder nach dem Gesetz Nr. 35 der Alliierten Hohen Kommission, betreffend Aufspaltung des Vermögens der I. G. Farbenindustrie A. G., unterworfen waren,

(ii) gegen natürliche Personen, es sei denn, daß solche Verfahren aus Pflichten oder Diensten für die Besatzungsbehörden entstehen oder Handlungen oder Unterlassungen im Zuge der Erfüllung solcher Pflichten oder der Leistung solcher Dienste betreffen oder aus Ansprüchen entstehen, auf die in Artikel 3 des Neunten Teiles dieses Vertrages Bezug genommen wird. Für Unterhaltsklagen sind deutsche Gerichte jedoch nur zuständig, soweit Unterhalt für die Zeit nach Inkrafttreten dieses Vertrages verlangt wird;

(b) in Strafverfahren gegen natürliche Personen, es sei denn, daß die Untersuchung wegen der angeblichen Straftat von den Strafverfolgungsbehörden der betreffenden Macht oder Mächte endgültig abgeschlossen war oder diese Straftat in Erfüllung von Pflichten oder Leistung von Diensten für die Besatzungsbehörden begangen wurde.

Entsteht in einem strafrechtlichen oder nichtstrafrechtlichen Verfahren, auf das in diesem Absatz Bezug genommen wird, die Frage, ob jemand in Erfüllung von Pflichten oder Leistung von Diensten für die Besatzungsbehörden gehandelt hat, oder ob die Strafverfolgungsbehörden der betreffenden Macht oder Mächte die Untersuchung wegen der angeblichen Straftat endgültig abgeschlossen haben, so wird das deutsche Gericht eine Bescheinigung des Botschafters oder in seiner Abwesenheit des Geschäftsträgers der betreffenden Macht als schlüssigen Beweis für diese Frage in dem in der Bescheinigung angegebenen Umfang anerkennen.

Artikel 4

(1) Die Drei Mächte werden im Bundesgebiet keine Gerichte unterhalten, die nicht in diesem Vertrag ausdrücklich vorgesehen sind oder

(a) Non-criminal proceedings based on private law:

(i) against juristic persons, if the jurisdiction of German courts was previously excluded solely on the ground that such juristic persons were subject to the control of the Occupation Authorities under SHAEF and Military Government Laws No. 52 on Blocking and Control of Property, Control Council Law No. 9 Providing for the Seizure of Property Owned by I. G. Farbenindustrie and the Control thereof, or Allied High Commission Law No. 35 on Dispersion of Assets of I.G. Farbenindustrie A.G.;

(ii) against natural persons, unless such proceedings arise out of, or concern acts or omissions in the course of the performance of, duties or services for the Occupation Authorities, or unless they arise from claims referred to in Article 3 of Chapter Nine of the present Convention. Maintenance cases shall become subject to the jurisdiction of German courts, however, only to the extent to which maintenance is claimed in respect of a period commencing after the entry into force of the present Convention;

(b) Criminal proceedings against natural persons, unless investigation of the alleged offence was finally completed by the prosecuting authorities of the Power or Powers concerned, or unless such offence has been committed in the performance of duties or services for the Occupation Authorities.

Whenever in any criminal or non-criminal proceedings referred to in this paragraph a question arises whether or not a person has acted in the performance of duties or services for the Occupation Authorities, or whether or not the prosecuting authorities of the Power or Powers concerned have finally completed the investigation of an alleged offence, the German court shall accept a certificate of the Ambassador, or in his absence the chargé d'affaires, of the Power concerned as conclusive proof of such question, to the extent covered by such certificate.

Article 4

1. No tribunals shall be maintained by the Three Powers in the Federal territory except as specifically provided in the present Convention or

(a) en matière non pénale, s'il s'agit d'instances de droit privé:

(i) contre des personnes morales, si la compétence des tribunaux allemands n'était pas reconnue auparavant du seul fait que ces personnes morales étaient sous le contrôle des Autorités d'Occupation en vertu des Lois N° 52 du SHAEF et des Gouvernements Militaires sur le blocage et le contrôle des biens, de la Loi N° 9 du Conseil de Contrôle relative à la saisie des biens appartenant à l'I.G. Farbenindustrie et au contrôle desdits biens, ou de la Loi N° 35 de la Haute Commission Alliée sur la dispersion des biens de l'I.G. Farbenindustrie A.G.;

(ii) contre des personnes physiques, à moins que ces instances ne soient nées de l'accomplissement de fonctions ou de services auprès des Autorités d'Occupation ou ne se rapportent à des actes ou omissions intervenus au cours de l'accomplissement de ces fonctions ou services ou résultent de réclamations visées à l'Article 3 du Chapitre Neuvième de la présente Convention. Toutefois, les instances en matière de pensions alimentaires ne relèveront de la compétence des tribunaux allemands ou des autorités allemandes que dans la mesure où la pension sera demandée pour la période postérieure à l'entrée en vigueur de la présente Convention;

(b) en matière pénale contre des personnes physiques, à moins que les Autorités de la Puissance ou des Puissances intéressées chargées de la poursuite n'aient pas complètement terminé les enquêtes concernant l'infraction reprochée ou que cette infraction n'ait été commise dans l'accomplissement de fonctions ou de services auprès des Autorités d'Occupation.

Chaque fois que, dans une instance pénale ou non pénale visée au présent paragraphe, la question se pose de savoir si une personne a agi au cours de l'accomplissement de fonctions ou de services auprès des Autorités d'Occupation, ou si les Autorités de la Puissance ou des Puissances intéressées chargées des poursuites ont complètement terminé leurs enquêtes concernant l'infraction reprochée, le tribunal allemand doit accepter, comme preuve décisive en la matière, dans la mesure où il s'y rapporte, un certificat délivré par l'Ambassadeur ou, à défaut par le chargé d'affaires de la Puissance intéressée.

Article 4

1. — Les Trois Puissances ne maintiendront aucun tribunal sur le territoire fédéral, sauf dans les cas expressément prévus dans la présente

eine Gerichtsbarkeit entsprechend den Vorschriften des Vertrages über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten oder den Zusatzverträgen ausüben.

(2) Für die in Absatz (3) dieses Artikels erwähnte Übergangszeit üben das Amerikanische Gericht und das Amerikanische Berufungsgericht der Alliierten Hohen Kommission für Deutschland, die durch das Gesetz Nr. 20 des Hohen Kommissars der Vereinigten Staaten eingesetzt sind, ferner die durch die Verordnung Nr. 68 der Militärregierung (zweite abgeänderte Fassung) und die Verordnungen Nr. 222 und 244 des britischen Hohen Kommissars eingesetzten Gerichte der Alliierten Hohen Kommission für Deutschland in der britischen Zone sowie die unter die Verordnung Nr. 242 des Französischen Hohen Kommissars fallenden Französischen Gerichte der Alliierten Hohen Kommission in Deutschland weiterhin Gerichtsbarkeit auf Grund von Rechtsvorschriften der Alliierten Hohen Kommission und der Hohen Kommissare aus, soweit dies erforderlich ist

(a) zur Erledigung aller Angelegenheiten, die bei ihnen bei Inkrafttreten dieses Vertrages anhängig sind;

(b) zur Entscheidung von strafrechtlichen oder nichtstrafrechtlichen Verfahren, außer Strafverfahren gegen Deutsche (im Sinne des deutschen Rechts), denen eine Handlung oder Unterlassung vor Inkrafttreten dieses Vertrages zugrunde liegt und die unmittelbar vor diesem Zeitpunkt nicht der Gerichtsbarkeit der deutschen Gerichte unterlagen, falls ein solches Verfahren innerhalb von neunzig Tagen nach Inkrafttreten dieses Vertrages eingeleitet wird;

sie wenden weiterhin das unmittelbar vor Inkrafttreten dieses Vertrages gültige einschlägige Recht an. Die Bundesrepublik verpflichtet sich, auf Verlangen einer der Drei Mächte Ermittlungen durch die zuständigen deutschen Behörden wegen angeblicher Verstöße von Deutschen (im Sinne des deutschen Rechts) gegen Rechtsvorschriften der Besatzungsbehörden vorzunehmen und Strafverfahren einzuleiten, falls nach dem Ergebnis der Ermittlungen solche Verfahren gerechtfertigt erscheinen.

(3) Die in Absatz (2) dieses Artikels erwähnte Gerichtsbarkeit endet für Berufungsgerichte zehn Monate nach Inkrafttreten dieses Vertrages und für andere Gerichte sechs Monate nach diesem Zeitpunkt, jedoch mit der Ausnahme, daß diese Gerichte Verfahren, die bei Ablauf dieser Fristen anhängig sind, beenden können, falls dies im Hinblick auf den Stand des Verfahrens und die Interessen der be-

except tribunals exercising jurisdiction as contemplated in the Convention on Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Germany or any of the related Conventions.

2. For the transitional period referred to in paragraph 3 of this Article, the United States Court and Court of Appeals of the Allied High Commission for Germany, established by Law No. 20 of the United States High Commissioner, the Courts of the Allied High Commission for Germany, British Zone, established by Military Government Ordinance No. 68 (amended 2) and Ordinances No. 222 and 244 of the United Kingdom High Commissioner, and the French Tribunals of the Allied High Commission for Germany, regulated by Ordinance No. 242 of the French High Commissioner, may continue to exercise jurisdiction under legislation of the Allied High Commission and of the High Commissioners to the extent necessary:

(a) to conclude any business before them on the entry into force of the present Convention;

(b) to make a decision in any criminal or non-criminal proceedings, other than criminal proceedings against a German national (within the meaning of German law), based on an act or omission which occurred before the date of entry into force of the present Convention and which was not immediately prior to that date subject to the jurisdiction of the German courts, if such proceedings are instituted within ninety days after the entry into force of the present Convention;

and shall continue to apply the applicable law in force immediately prior to the entry into force of the present Convention. The Federal Republic untertakes that at the request of any one of the Three Powers investigations will be made by the appropriate German authorities regarding alleged violations by German nationals (within the meaning of German law) of legislation of the Occupation Authorities, and that criminal proceedings will be instituted where the investigations show such proceedings to be warranted.

3. The jurisdiction referred to in paragraph 2 of this Article shall, however, terminate ten months after the date of entry into force of the present Convention in the case of appellate tribunals, and six months after that date in the case of other tribunals, except that such tribunals may complete proceedings pending on such termination dates where this appears advisable in view of the status of the

Convention et à l'exception des tribunaux exerçant une compétence conformément à la Convention sur les Relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale d'Allemagne ou à l'une quelconque des Conventions rattachées.

2. — Au cours de la période transitoire visée au paragraphe 3 du présent Article, le Tribunal américain et la Cour d'Appel américaine de la Haute Commission Alliée en Allemagne, institutés par la Loi N° 20 du Haut Commissaire Américain, les Tribunaux de la Haute Commission Alliée en Allemagne, Zone britannique, institués par l'Ordonnance du Gouvernement Militaire britannique N° 68 (2ème Amendement) et les Ordonnances N^{os} 222 et 244 du Haut Commissaire Britannique, et les Tribunaux français de la Haute Commission Alliée en Allemagne, régis par l'Ordonnance N° 242 du Haut Commissaire Français, pourront continuer à exercer leur compétence en vertu de la législation de la Haute Commission Alliée et des Hauts Commissaires dans la mesure nécessaire pour:

(a) mener à son terme toute affaire en instance devant eux lors de l'entrée en vigueur de la présente Convention:

(b) statuer sur toutes instances, pénales ou non, autres que des instances pénales dirigées contre un ressortissant allemand (au sens de la loi allemande), fondées sur un acte ou une omission intervenu avant la date d'entrée en vigueur de la présente Convention et qui, immédiatement avant cette date, ne relevait pas de la compétence des tribunaux allemands, si ces instances ont été introduites dans un délai de quatre-vingt-dix jours après l'entrée en vigueur de la présente Convention.

Ils continueront à appliquer le droit applicable en vigueur immédiatement avant l'entrée en vigueur de la présente Convention. La République Fédérale s'engage à ce que des enquêtes soient entreprises par les autorités allemandes compétentes, à la demande de l'une des Trois Puissances, à l'égard des infractions à la législation des Autorités d'Occupation qui sont présumées avoir été commises par des ressortissants allemands (au sens de la loi allemande), et à ce que des instances pénales soient introduites lorsque l'enquête prouve que l'introduction de telles instances est justifiée.

3. — Toutefois, la compétence visée au paragraphe 2 du présent Article, prendra fin dix mois après la date d'entrée en vigueur de la présente Convention, dans le cas des juridictions d'appel, et six mois après cette date, dans le cas des autres juridictions. Ces tribunaux peuvent cependant mener à leur terme les procédures encore en instance aux dates limites prévues, lorsque cela semble

teiligten Personen ratsam erscheint. Die in Absatz (2) dieses Artikels erwähnten Gerichte können, um alle unter ihre Zuständigkeit fallenden Angelegenheiten soweit wie möglich innerhalb des vorgeschriebenen Zeitraumes zu beenden, jedes bei ihnen anhängige Verfahren an die zuständigen deutschen Gerichte verweisen, wenn der Stand des Verfahrens und die Interessen der beteiligten Personen es erlauben. Die Gerichte haben insbesondere die Möglichkeit einer solchen Verweisung in allen bei Inkrafttreten dieses Vertrages schwebenden Strafverfahren in Betracht zu ziehen, in denen ein Deutscher (im Sinne des deutschen Rechts) angeklagt ist. Das deutsche Gericht, an das diese Verweisung erfolgt, hat das in Absatz (2) dieses Artikels erwähnte einschlägige materielle Recht anzuwenden.

(4) Die in Absatz (2) dieses Artikels genannten Rechtsvorschriften bleiben so lange in Kraft, wie es zur Erreichung der Zwecke des Absatzes (2) erforderlich ist.

proceedings and of the interests of the persons concerned. With a view to completing all matters falling within their jurisdiction, insofar as possible, within the prescribed periods, the courts referred to in paragraph 2 of this Article may transfer any proceedings pending before them to competent German courts whenever the status of the proceedings and the interests of the persons concerned shall permit. In particular, the tribunals shall consider the possibility of such transfer in all criminal proceedings pending on the entry into force of the present Convention in which a German national (within the meaning of German law) is a defendant. The German court to which such transfer is made shall apply the applicable substantive law referred to in paragraph 2 of this Article.

4. The legislation referred to in paragraph 2 of this Article shall be maintained in force for such period as is necessary to effect the purposes of that paragraph.

souhaitable en raison de l'état de la procédure et dans l'intérêt des parties en cause. Afin que soient achevées, dans la mesure du possible, toutes les affaires de leur compétence dans les délais prescrits, les tribunaux visés au paragraphe 2 du présent Article peuvent transférer toute procédure en instance devant eux aux tribunaux allemands appropriés chaque fois que l'état de la procédure et les intérêts des parties en cause le permettront. En particulier, les tribunaux examineront la possibilité de transférer toutes les procédures pénales contre des ressortissants allemands (au sens de la loi allemande), encore en instance lors de l'entrée en vigueur de la présente Convention. Les tribunaux allemands auxquels ces procédures seront transférées appliqueront les dispositions de fond du droit applicable visé au paragraphe 2 du présent Article.

4. — La législation visée au paragraphe 2 du présent Article sera maintenue en vigueur pendant la durée nécessaire à la réalisation des objectifs mentionnés dans ce paragraphe.

Artikel 5

(1) Alle Urteile und Entscheidungen in nichtstrafrechtlichen Angelegenheiten, die von einem Gericht oder einer gerichtlichen Behörde der Drei Mächte oder einer derselben bisher in Deutschland erlassen worden sind oder später erlassen werden, bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht rechtskräftig und rechtswirksam und sind von den deutschen Gerichten und Behörden demgemäß zu behandeln und auf Antrag einer Partei von diesen in der gleichen Weise wie Urteile und Entscheidungen deutscher Gerichte und Behörden zu vollstrecken.

(2) Die Rechtskraft wird, soweit sie sich nicht bereits aus der Ausfertigung des Urteils ergibt, durch eine Bescheinigung der zuständigen Behörde der betreffenden Macht schlüssig nachgewiesen.

(3) Im Zusammenhang mit der Vollstreckung von Urteilen können Einwendungen gegen einen durch Urteil festgestellten Anspruch durch ein Verfahren nach § 767 der deutschen Zivilprozeßordnung vor dem zuständigen deutschen Gericht geltend gemacht werden.

Article 5

1. All judgments and decisions in non-criminal matters heretofore or hereafter rendered in Germany by any tribunal or judicial authority of the Three Powers or any of them shall remain final and valid for all purposes under German law, shall be treated as such by German courts and authorities and shall, on the application of a party, be enforced by them in the same manner as judgments and decisions of German courts and authorities.

2. Finality (Rechtskraft) shall, if it does not appear from a certified copy of the judgment, be conclusively proved by a certificate of the appropriate authorities of the Power concerned.

3. In connection with the enforcement of judgments objections affecting a claim reduced to judgment may be asserted by proceedings before the competent German court under Section 767 of the German Code of Civil Procedure.

Article 5

1. — Tous les jugements et décisions en matière non pénale, qui ont été ou qui seront rendus en Allemagne par un tribunal ou par une autorité judiciaire des Trois Puissances ou de l'une d'entre elles, demeureront définitifs et valables à tous égards en droit allemand et seront traités comme tels par les tribunaux allemands et les autorités allemandes, et, à la demande de l'une des parties, exécutés par eux de la même manière que les jugements et les décisions des tribunaux allemands et des autorités allemandes.

2. — Le caractère définitif (Rechtskraft) sera, dans la mesure où il ne ressort pas de l'expédition du jugement, prouvé d'une manière décisive par un certificat émanant des autorités compétentes de la Puissance intéressée.

3. — En ce qui concerne l'exécution des jugements, toute opposition contre les droits constatés par un jugement doit être présentée au moyen d'une instance introduite devant un tribunal allemand approprié, conformément à l'Article 767 du Code allemand de Procédure Civile.

Artikel 6

(1) Hiermit wird ein Gemischter Ausschuß (in diesem Artikel als „der Ausschuß" bezeichnet) errichtet. Aufgabe dieses Ausschusses wird es sein, ohne die Gültigkeit der Urteile in Frage zu stellen, Empfehlungen für die Beendigung oder Herabsetzung der Strafe oder für die Entlassung auf Ehrenwort auszusprechen in bezug auf Personen, die wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder gegen das Kriegsrecht und den Kriegsbrauch oder wegen während des Krieges begangener Verbrechen — gemeinhin als

Article 6

1. There is hereby established a Mixed Board (referred to in this Article as "the Board"). The task of the Board will be, without calling in question the validity of the convictions, to make recommendations for the termination or reduction of sentences, or for parole, in respect of persons convicted by a tribunal of an Allied Power of crimes against humanity or against the laws und usages of war or of crimes committed during the war, commonly referred to as "war crimes" and confined by the Three

Article 6

1. — Il est institué une Commission Mixte (dénommée dans le présent Article « la Commission »), ayant pour fonction de présenter des recommandations, qui ne pourront pas mettre en cause la validité des condamnations, au sujet de la remise ou de la réduction de peine et de la libération conditionnelle en ce qui concerne les personnes condamnées par des tribunaux d'une Puissance Alliée pour crimes contre l'humanité ou contre les lois et usages de la guerre, ou pour crimes commis pendant la guerre, communé-

Kriegsverbrechen bezeichnet — von einem Gericht einer alliierten Macht verurteilt worden sind und von den Drei Mächten zur Zeit des Inkrafttretens dieses Vertrages in Haftanstalten der Bundesrepublik in Haft gehalten werden.

(2) Der Ausschuß besteht aus sechs Mitgliedern, von denen drei von der Bundesregierung und je eines von der Regierung jeder der Drei Mächte ernannt werden. Die Mitglieder des Ausschusses müssen unabhängige Personen sein, die keine andere amtliche Tätigkeit außer der eines Richters oder eines Universitätslehrers ausüben und die bei Abfassung ihrer Empfehlungen nicht an Weisungen der Regierungen, die sie ernennen, gebunden sind. Niemand, der in irgendeiner Weise an irgendeinem Verfahren wegen Kriegsverbrechen beteiligt war, darf ernannt werden.

(3) (a) Das Recht, die Strafe für die in Absatz (1) dieses Artikels genannten Personen zu erlassen oder herabzusetzen sowie diese auf Ehrenwort zu entlassen, wird von der Macht ausgeübt, welche die Strafe verhängt hat.

(b) Dieses Recht darf nur ausgeübt werden, wenn der Ausschuß vorher eine Empfehlung ausgesprochen hat. Eine einstimmige Empfehlung des Ausschusses ist für die Macht bindend, welche die Strafe verhängt hat.

(c) Außer in den in Absatz (5) und (8) dieses Artikels behandelten Angelegenheiten wird der Ausschuß nur auf Ersuchen einer der vier Regierungen, das sich auf einen bestimmten Fall bezieht, oder auf Grund eines Gesuchs tätig werden, das von einer oder namens einer der in Absatz (1) genannten Personen eingereicht wird.

(4) Die Drei Mächte behalten sich hinsichtlich des Gewahrsams und der Vollstreckung der Strafen der in Absatz (1) dieses Artikels genannten Personen die Rechte vor, die sie bisher besessen und ausgeübt haben, und werden diese Rechte weiterhin ausüben, bis die Bundesrepublik in der Lage ist, den Gewahrsam dieser Personen zu übernehmen.

(5) Die Bundesrepublik verpflichtet sich, daß sie zu der Zeit, wenn die Drei Mächte ihr den Gewahrsam über die in Absatz (1) dieses Artikels bezeichneten Personen übertragen, diese Personen für den Rest ihrer Strafen, wie sie zu dieser Zeit bestehen oder später nach dem in diesem Artikel vorgesehenen Verfahren geändert werden, unter denselben Bedingungen, wie sie für ihre Haft im Zeitpunkt einer solchen Übertragung des Gewahrsams gelten, in Haft halten wird. Änderungen dieser Bedingungen nach diesem Zeitpunkt dürfen nur in Übereinstimmung mit Entscheidungen des Ausschusses vorgenommen werden. In diesen Angelegenheiten sind die Entscheidungen des Ausschusses endgültig.

Powers in prisons in the Federal Republic on the entry into force of the present Convention.

2. The Board shall consist of six members, of whom one shall be appointed by the Government of each of the Three Powers and three by the Federal Government. The members of the Board shall be independent persons not exercising other official functions except as a judge or university teacher and not subject to instructions of the appointing Governments in formulating their recommendations. No person may be appointed who has participated in any manner in any war crimes trial.

3. (a) The right to terminate or reduce sentences and to grant parole in respect of persons referred to in paragraph 1 of this Article shall be exercisable by the Power which imposed the sentence.

(b) The right shall not be exercised unless the Board has previously made a recommendation. A unanimous recommendation of the Board shall be binding upon the Power which imposed the sentence.

(c) Save on matters dealt with in paragraphs 5 and 8 of this Article, the Board shall act only at the request of one of the Four Governments relating to a particular case or on the receipt of a petition by or on behalf of a person referred to in paragraph 1.

4. The Three Powers retain the rights heretofore held and exercised by them relating to the custody and carrying out of sentences of the persons referred to in paragraph 1 of this Article and will continue to exercise such rights until the Federal Republic is in a position to accept the custody of such persons.

5. The Federal Republic undertakes that at the time when the Three Powers transfer custody of the persons referred to in paragraph 1 of this Article to it, it will continue to confine such persons for the remainder of their sentences, as then in effect or as thereafter modified by the procedure provided in this Article, under the same conditions that govern their detention on the date of such transfer of custody. Changes in those conditions after such date shall be made only in accordance with decisions of the Board. In these matters the Board's decisions shall be final.

ment dénommés « crimes de guerre », et détenues par les Trois Puissances à l'intérieur de la République Fédérale à la date de l'entrée en vigueur de la présente Convention.

2. — La Commission est composée de six membres, dont un est nommé par chacun des Gouvernements des Trois Puissances, et trois par le Gouvernement Fédéral. Les membres de la Commission doivent être des personnes indépendantes, n'exerçant pas d'autres fonctions officielles que celles de juge ou de professeur d'Université, et ne recevant pas, de la part des Gouvernements qui les ont nommés, d'instructions quant aux recommandations qu'ils sont appelés à formuler. Les personnes qui ont participé, de quelque manière que ce soit, au jugement des crimes de guerre ne peuvent être nommées membres de la Commission.

3. — (a) A l'égard des personnes visées au paragraphe 1 du présent Article, le droit de remettre ou de réduire les peines et d'accorder la libération conditionnelle est exercé par la Puissance qui a prononcé les condamnations.

(b) Ce droit ne peut être exercé sans que la Commission n'ait, au préalable, présenté une recommandation. Les recommandations unanimes de la Commission lient la Puissance qui a prononcé les condamnations.

(c) Sauf en ce qui concerne les questions faisant l'objet des paragraphes 5 et 8 du présent Article, la Commission ne peut se prononcer que sur une requête de l'un des quatre Gouvernements relative à un cas particulier, ou sur un recours présenté par une personne visée au paragraphe 1 ou en son nom.

4. — Les Trois Puissances se réservent les droits antérieurement exercés ou détenus par elles en ce qui concerne la garde des personnes visées au paragraphe 1 du présent Article et l'exécution des condamnations prononcées contre ces personnes, et continueront à exercer ces droits jusqu'à ce que la République Fédérale soit en mesure d'accepter la garde de ces personnes.

5. — La République Fédérale s'engage à continuer, lorsque les Trois Puissances lui transféreront la garde des personnes visées au paragraphe 1 du présent Article, à détenir ces personnes pendant le reliquat de leurs peines, telles que celles-ci seront alors applicables ou telles qu'elles pourront être ultérieurement modifiées selon la procédure prévue au présent Article, dans les mêmes conditions que celles qui régissent leur détention à la date du transfert de la garde. Aucun changement ne pourra être, après cette date, apporté à ces conditions de détention, si ce n'est en conformité avec une décision de la Commission qui, en cette matière, se prononcera en dernier ressort.

(6) Nach Errichtung des Ausschusses werden seine Mitglieder freien Zugang zu den Haftanstalten haben, in denen die in Absatz (1) dieses Artikels genannten Personen in Haft gehalten werden, und zu diesen Personen selbst.

(7) Der Ausschuß entscheidet durch Mehrheitsbeschluß seiner sechs Mitglieder.

(8) Der Ausschuß hat die ausschließliche Befugnis, im Einklang mit Grundsätzen und Verfahrensvorschriften, die er selbst aufstellt, über Fragen der Aussetzung der Strafe aus persönlichen Rücksichten oder aus anderen Gründen ohne Einholung von Weisungen der Regierungen zu entscheiden. Bis zur Aufstellung solcher Grundsätze und Vorschriften wird der Ausschuß weiter die in dieser Hinsicht bestehende Übung jeder der Drei Mächte auf die im Gewahrsam der betreffenden Macht befindlichen Personen anwenden.

(9) Bis der Ausschuß seine Tätigkeit aufgenommen hat, kann, ungeachtet der Bestimmungen in Absatz (3) und (8) dieses Artikels, jede der Drei Mächte ohne eine Empfehlung des Ausschusses weiterhin nach den bestehenden Verfahren die Strafe herabsetzen, Entlassungen vornehmen und die Strafe aus persönlichen Rücksichten oder aus anderen Gründen aussetzen.

(10) Die in Unterabsatz (a) des Absatzes (3) und in Absatz (4) dieses Artikels erwähnten Rechte der Drei Mächte und — unbeschadet der Bestimmungen des Unterabsatzes (b) des Absatzes (3) und der Absätze (6) und (8) — auf Grund dieser Rechte getroffenen Maßnahmen sind nicht der Gerichtsbarkeit des Schiedsgerichtes oder irgendeines anderen Gerichtes unterworfen.

(11) Auf die in diesem Artikel behandelten Angelegenheiten finden die Bestimmungen des Artikels 7 keine Anwendung.

Artikel 7

(1) Alle Urteile und Entscheidungen in Strafsachen, die von einem Gericht oder einer gerichtlichen Behörde der Drei Mächte oder einer derselben bisher in Deutschland gefällt worden sind oder später gefällt werden, bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht rechtskräftig und rechtswirksam und sind von den deutschen Gerichten und Behörden demgemäß zu behandeln.

(2) Die deutschen Behörden werden Personen — mit Ausnahme der Mitglieder der Streitkräfte (nach der Definition im Vertrag über die Rechte und Pflichten ausländischer Streitkräfte und ihrer Mitglieder in der Bundesrepublik Deutschland) —, die von einem der in Absatz (1) dieses Artikels erwähnten Gerichte verurteilt sind oder künftig verurteilt werden oder in Untersuchungshaft gehalten werden, bis zur Beendigung ihrer Strafe in deutschen Haftanstalten in Haft halten.

6. After the Board has been constituted, its members shall have free access to the institutions in which the persons referred to in paragraph 1 of this Article are confined and to such persons themselves.

7. The Board shall act by the vote of a majority of its six members.

8. The Board shall have exclusive power to decide, without reference to Governments, questions of interruption of sentences on compassionate or other grounds in accordance with principles and rules of procedure adopted by it. Pending the adoption of such principles and rules, the Board shall continue to apply the existing practices of each of the Three Powers in this field to the persons in the custody of such Power.

9. Notwithstanding the provisions of paragraphs 3 and 8 of this Article, and until the Board shall have commenced to function, each of the Three Powers may continue existing procedures with respect to reduction of sentences, release and interruption of sentences on compassionate or other grounds, without receiving any recommendation from the Board.

10. The rights of the Three Powers referred to in sub-paragraph (a) of paragraph 3 and in paragraph 4 of this Article and, without prejudice to the provisions of sub-paragraph (b) of paragraph 3 and of paragraphs 6 and 8, action taken thereunder shall not be subject to the jurisdiction of the Arbitration Tribunal or of any other tribunal or court.

11. The provisions of Article 7 of this Chapter shall not apply to the matters dealt with in this Article.

Article 7

1. All judgments and decisions in criminal matters heretofore or hereafter rendered in Germany by any tribunal or judicial authority of the Three Powers or any of them shall remain final and valid for all purposes under German law and shall be treated as such by German courts and authorities.

2. The German authorities will confine in German institutions until the termination of their sentences persons, other than members of the Forces (as defined in the Convention on the Rights and Obligations of Foreign Forces and their Members in the Federal Republic of Germany), who have been or shall be sentenced by, or who are held for trial before, any tribunal referred to in paragraph 1 of this Article.

6. — Après que la Commission aura été constituée, ses membres auront libre accès aux établissements dans lesquels seront détenues les personnes visées au paragraphe 1 du présent Article, ainsi qu'auprès de ces personnes elles-mêmes.

7. — La Commission se prononce à la majorité de ses six membres.

8. — La Commission a le pouvoir exclusif de se prononcer, sans en référer aux Gouvernements, sur les questions d'interruption de peines pour des raisons humanitaires ou autres, conformément aux principes et aux règles de procédure qu'elle pourra adopter. En attendant l'adoption de ces principes et de ces règlements, la Commission continuera à appliquer les pratiques existantes de chacune des Trois Puissances dans ce domaine aux personnes placées sous la garde de cette Puissance.

9. — Nonobstant les dispositions des paragraphes 3 et 8 du présent Article, et jusqu'à ce que la Commission ait commencé à fonctionner, chacune des Trois Puissances pourra continuer à appliquer les procédures actuelles en ce qui concerne les réductions de peines, les libérations et les interruptions de peines pour des raisons humanitaires ou autres sans recevoir aucune recommandation de la Commission.

10. — Les droits des Trois Puissances visés à l'alinéa (a) du paragraphe 3 et au paragraphe 4 du présent Article, et, sans préjudice des dispositions de l'alinéa (b) du paragraphe 3 et des paragraphes 6 et 8, les mesures prises en application de ces droits ne relèvent pas de la compétence du Tribunal d'Arbitrage ou de tout autre tribunal ou instance judiciaire.

11. — Les dispositions de l'Article 7 du présent Chapitre ne s'appliquent pas aux questions traitées dans le présent Article.

Article 7

1. — Tous les jugements et décisions en matière pénale, qui ont été ou qui seront rendus en Allemagne par un tribunal ou par une autorité judiciaire des Trois Puissances ou de l'une d'entre elles, demeureront définitifs et valables à tous égards en droit allemand, et seront traités comme tels par les tribunaux allemands et les autorités allemandes.

2. — Les autorités allemandes détiendront dans des établissements pénitentiaires allemands, jusqu'à l'expiration de leur peine, les personnes, autres que les membres des Forces (tels qu'ils sont définis dans la Convention relative aux Droits et Obligations des Forces Étrangères et de leurs Membres sur le Territoire de la République Fédérale d'Allemagne), qui ont été ou qui seront condamnées par un tribunal visé au paragraphe 1 du présent Article, ou qui sont détenues en instance de jugement devant un tel tribunal.

(3) Die deutschen Behörden werden die gemäß Absatz (2) dieses Artikels in deutschen Haftanstalten in Haft gehaltenen Personen nach den Grundsätzen eines humanen Strafvollzuges und nach den gleichen Vorschriften behandeln wie Personen, die von deutschen Gerichten verurteilt sind oder in Untersuchungshaft gehalten werden. Die Behörden der Drei Mächte haben Zugang zu den deutschen Haftanstalten, in denen solche Personen in Haft gehalten werden, und zu diesen Personen selbst.

(4) Die Kosten der nach diesem Artikel in deutschen Haftanstalten verbüßten Haft werden von den deutschen Behörden getragen.

(5) Innerhalb von dreißig Tagen nach Inkrafttreten dieses Vertrages ist ein Gemischter Beratender Gnadenausschuß zu bilden, der paritätisch aus mindestens drei von der Bundesregierung ernannten Mitgliedern und mindestens je einem von der Regierung jeder der Drei Mächte ernannten Mitglied besteht. Der Ausschuß wird in Unterausschüssen, jeweils bestehend aus einem der von der Bundesregierung ernannten Mitglieder und einem von der Regierung der betreffenden Macht ernannten Mitglied, tagen, um der Bundesrepublik oder der betreffenden Macht gemäß Absatz (6) und (7) dieses Artikels in Angelegenheiten der Beendigung oder Herabsetzung der Strafe, der Entlassung auf Ehrenwort, der Begnadigung und sonstiger Gnadenmaßnahmen für Personen, die nach den Bestimmungen des Absatzes (2) dieses Artikels in deutschen Haftanstalten in Haft gehalten werden, Empfehlungen auszusprechen.

(6) Die Bundesrepublik hat hinsichtlich von Deutschen (im Sinne des deutschen Rechts), die nach Absatz (2) dieses Artikels in deutschen Haftanstalten unter deutscher Kontrolle in Haft gehalten werden, das ausschließliche Recht, in allen Angelegenheiten der Beendigung oder Herabsetzung der Strafe, der Entlassung auf Ehrenwort, der Begnadigung und sonstiger Gnadenmaßnahmen endgültig zu entscheiden. Die Empfehlung des nach Absatz (5) dieses Artikels errichteten Gemischten Beratenden Gnadenausschusses ist vor jeder solchen Entscheidung einzuholen. Handelt es sich um Personen, die wegen strafbarer Handlungen gegen alliiertes Personal oder Vermögen oder gegen die alliierte Verwaltung in Deutschland verurteilt worden sind, so wird die Bundesrepublik Entscheidungen zugunsten solcher Personen nur in Übereinstimmung mit der Empfehlung des zuständigen Unterausschusses treffen.

(7) Jede der Drei Mächte hat hinsichtlich aller Personen, die von ihren Gerichten verurteilt sind und nach

3. The German authorities shall treat persons confined in German institutions pursuant to paragraph 2 of this Article in accordance with humane penological principles and in the same manner as is prescribed for persons sentenced by, or held for trial before, German courts. The authorities of the Three Powers shall have access to German institutions in which such persons are confined and to such persons themselves.

4. The costs of confinement in German institutions pursuant to this Article shall be borne by the German authorities.

5. There shall be established within thirty days after the entry into force of the present Convention a Mixed Clemency Advisory Board consisting, on a basis of parity, of not less than one member appointed by the Government of each of the Three Powers and not less than three members appointed by the Federal Government. The Board shall sit in panels consisting of one member appointed by the Government of the Power concerned and one of the members appointed by the Federal Government, for the purpose of making recommendations to the Power concerned or the Federal Republic, as required in paragraphs 6 and 7 of this Article, in matters of termination or reduction of sentence, parole, pardon and other acts of clemency regarding persons confined in German institutions pursuant to the provisions of paragraph 2 of this Article.

6. The Federal Republic shall have the exclusive right to make final decisions in all matters of termination or reduction of sentences, parole, pardon and other acts of clemency regarding German nationals (within the meaning of German law) confined, pursuant to paragraph 2 of this Article, in German institutions under German control. The recommendation of the Mixed Clemency Advisory Board established pursuant to paragraph 5 of this Article shall be obtained prior to any such decision. In cases of persons sentenced for offences against Allied personnel or property or against the Allied administration in Germany the Federal Republic shall make decisions in favour of such persons only in accordance with the recommendation of the appropriate panel of the Board.

7. Each of the Three Powers shall have the exclusive right to make final decisions in all matters of

3. — Les autorités allemandes traiteront les personnes détenues dans des établissements pénitentiaires allemands en application du paragraphe 2 du présent Article conformément à des principes pénitentiaires humains et de la même manière que celle qui est prescrite pour les personnes condamnées par des tribunaux allemands ou détenues en instance de jugement devant ces tribunaux. Les Autorités des Trois Puissances auront accès aux établissements pénitentiaires allemands dans lesquels ces personnes seront détenues et auprès de ces personnes elles-mêmes.

4. — Les frais de la détention dans des établissements pénitentiaires allemands en application du présent Article seront supportés par les autorités allemandes.

5. — Dans un délai de trente jours à compter de l'entrée en vigueur de la présente Convention, il sera institué une Commission Consultative Mixte des Grâces, composée, sur une base paritaire, d'au moins un membre désigné par le Gouvernement de chacune des Trois Puissances et d'au moins trois membres désignés par le Gouvernement Fédéral. La Commission siégera en sous-commissions composées d'un membre désigné par le Gouvernement de la Puissance intéressée et d'un des membres désignés par le Gouvernement Fédéral, afin de soumettre à la Puissance intéressée ou à la République Fédérale, selon le cas aux termes des paragraphes 6 et 7 du présent Article, des recommandations en matière de remise ou de réduction de peine, de libération conditionnelle, de grâce amnistiante et d'autres mesures de grâce à l'égard des personnes détenues dans des établissements pénitentiaires allemands en application des dispositions du paragraphe 2 du présent Article.

6. — La République Fédérale aura le droit exclusif de prendre des décisions définitives en matière de remise ou de réduction de peine, de libération conditionnelle, de grâce amnistiante et d'autres mesures de grâce à l'égard des ressortissants allemands (au sens de la loi allemande) détenus, en application du paragraphe 2 du présent Article, dans des établissements pénitentiaires allemands sous contrôle allemand. Avant toute décision de cette nature, la Commission Consultative Mixte des Grâces instituée conformément au paragraphe 5 du présent Article devra être appelée à présenter une recommandation. Dans le cas des personnes condamnées pour des infractions commises contre le personnel ou les biens alliés ou contre l'administration alliée en Allemagne, la République Fédérale ne prendra de décisions en faveur de ces personnes que conformément aux recommandations de la sous-commission compétente de la Commission.

7. — Chacune des Trois Puissances aura le droit exclusif de prendre des décisions définitives en matière de

Absatz (2) dieses Artikels in deutschen Haftanstalten unter deutscher Kontrolle in Haft gehalten werden — jedoch mit Ausnahme der in Absatz (6) dieses Artikels bezeichneten Personen — das ausschließliche Recht, in allen Angelegenheiten der Beendigung oder Herabsetzung der Strafe, der Entlassung auf Ehrenwort, der Begnadigung und sonstiger Gnadenmaßnahmen endgültig zu entscheiden. Die Empfehlung des nach Absatz (5) dieses Artikels errichteten Gemischten Beratenden Gnadenausschusses ist vor jeder solchen Entscheidung einzuholen.

Artikel 8

Folgende Personen genießen in bezug auf Handlungen, die sie in Ausübung ihres Amtes vorgenommen haben, während ihrer Amtsdauer und nach deren Ablauf Immunität gegen gerichtliche Verfolgung im Bundesgebiet:

(a) Mitglieder der in Absatz (2) des Artikels 4 dieses Teiles bezeichneten Gerichte;

(b) Mitglieder der in Absatz (1) des Artikels 6 des Dritten Teiles dieses Vertrages bezeichneten Gerichte, an deren Stelle das Oberste Rückerstattungsgericht tritt;

(c) von einer der Drei Mächte ernannte Mitglieder des gemäß Absatz (1) des Artikels 6 dieses Teiles errichteten Gemischten Ausschusses und des in Absatz (5) des Artikels 7 dieses Teiles bezeichneten Gemischten Beratenden Gnadenausschusses;

(d) von einer der Drei Mächte ernannte Mitglieder des in Absatz (6) des Artikels 4 des Zweiten Teiles dieses Vertrages bezeichneten Prüfungsausschusses;

(e) Mitglieder der gemäß Artikel 4 und 6 des Zweiten Teiles dieses Vertrages errichteten Stellen.

Während ihrer Amtsdauer genießen diese Personen im Bundesgebiet ferner die gleichen Vorrechte und Immunitäten, die Mitgliedern diplomatischer Missionen gewährt werden.

ZWEITER TEIL

Dekartellierung und Entflechtung

Artikel 1

Vorschriften gegen Wettbewerbsbeschränkungen

(1) Bis ein Bundesgesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen in Kraft tritt, das den entscheidenden Bestimmungen des von der Bundesregierung dem Bundesrat zugeleiteten

termination or reduction of sentences, parole, pardon and other acts of clemency regarding all persons, other than those referred to in paragraph 6 of this Article, sentenced by its courts and confined, pursuant to paragraph 2 of this Article, in German institutions under German control. The recommendation of the Mixed Clemency Advisory Board established pursuant to paragraph 5 of this Article shall be obtained prior to any such decision.

Article 8

The following persons shall enjoy immunity from suit within the Federal territory during their terms of office and, after the expiry of their terms of office, shall continue to enjoy such immunity in respect of acts performed in the exercise of their official duties:

(a) Members of the tribunals referred to in paragraph 2 of Article 4 of this Chapter;

(b) Members of the tribunals, referred to in paragraph 1 of Article 6 of Chapter Three of the present Convention, to which the Supreme Restitution Court succeeds;

(c) Members, appointed by any of the Three Powers, of the Mixed Board established by paragraph 1 of Article 6 of this Chapter or of the Mixed Clemency Advisory Board established pursuant to paragraph 5 of Article 7 of this Chapter;

(d) Members, appointed by any of the Three Powers, of the Board of Review referred to in paragraph 6 of Article 4 of Chapter Two of the present Convention;

(e) Members of the agencies established under Articles 4 and 6 of Chapter Two of the present Convention.

During their terms of office they shall also enjoy in the Federal territory the same privileges and immunities as are accorded members of diplomatic missions.

CHAPTER TWO

Decartelization and Deconcentration

Article 1

Provisions against Restraints of Competition

1. Until the entry into force of a Federal law against restraints of competition which is in accordance with the substantial provisions of the draft law submitted by the Federal Govern-

remise ou de réduction de peine, de libération conditionnelle, de grâce amnistiante et d'autres mesures de grâce à l'égard de toutes personnes, autres que celles visées au paragraphe 6 du présent Article, condamnées par ses tribunaux et détenues, en application du paragraphe 2 du présent Article, dans des établissements pénitentiaires allemands sous contrôle allemand. Avant toute décision de cette nature, la Commission Consultative Mixte des Grâces, instituée conformément au paragraphe 5 du présent Article, devra être appelée à présenter une recommandation.

Article 8

Les personnes suivantes bénéficient de l'immunité de juridiction sur le territoire fédéral pendant la durée de leur mandat et continuent, après l'expiration de ce mandat, à bénéficier de cette immunité à raison des actes accomplis dans l'exercice de leurs fonctions officielles:

(a) les membres des tribunaux visés, au paragraphe 2 de l'Article 4 du présent Chapitre;

(b) les membres des tribunaux, visés au paragraphe 1 de l'Article 6 du Chapitre Troisième de la présente Convention, auxquels succède la Cour Suprême des Restitutions;

(c) les membres, désignés par chacune des Trois Puissances, de la Commission Mixte, créée en vertu du paragraphe 1 de l'Article 6 du présent Chapitre, et de la Commission Consultative Mixte des Grâces, créée en vertu du paragraphe 5 de l'Article 7 du présent Chapitre;

(d) les membres, désignés par chacune des Trois Puissances, de la Commission de Révision visée au paragraphe 6 de l'Article 4 du Chapitre Deuxième de la présente Convention;

(e) les membres des agences créées en vertu des Articles 4 et 6 du Chapitre Deuxième de la présente Convention.

Pendant la durée de leur mandat, ces personnes bénéficient également sur le territoire fédéral des mêmes privilèges et immunités que ceux accordés aux membres des missions diplomatiques.

CHAPITRE DEUXIÈME

Décartellisation et Déconcentration

Article 1

Dispositions sur les restrictions à la libre concurrence

1. — Jusqu'à l'entrée en vigueur d'une loi fédérale contre les restrictions à la libre concurrence, qui soit en conformité avec les dispositions essentielles du projet soumis par le

Gesetzentwurfs (Bundesratsdrucksache Nr. 121/52) entspricht, bleiben die folgenden Rechtsvorschriften in Kraft:

(a) Gesetz Nr. 56 der amerikanischen Militärregierung;

(b) Verordnung Nr. 78 der britischen Militärregierung;

(c) Verordnung Nr. 96 des französischen Oberkommandierenden in Deutschland;

(d) die zu den in Unterabsatz (a), (b) und (c) aufgeführten Vorschriften erlassenen Durchführungsverordnungen.

Absatz (1) des Artikels 1 des Ersten Teiles dieses Vertrages findet insoweit keine Anwendung.

(2) Die in Absatz (1) dieses Artikels genannten alliierten Rechtsvorschriften werden von Dienststellen der Drei Mächte durchgeführt. Die gegenwärtig bestehenden Befugnisse der Behörden oder der Gerichte der Bundesrepublik oder der Länder zur Durchführung dieser alliierten Rechtsvorschriften bleiben unberührt.

(3) Treten die in Absatz (1) dieses Artikels genannten alliierten Rechtsvorschriften außer Kraft, so stehen Verfügungen und Entscheidungen, die Behörden oder Gerichte der Bundesrepublik oder der Länder oder Dienststellen der Drei Mächte auf Grund dieser Vorschriften getroffen haben, soweit die Verfügungen und Entscheidungen unanfechtbar geworden sind, in jeder Hinsicht entsprechenden Verfügungen oder Entscheidungen der nach dem in Absatz (1) dieses Artikels erwähnten Bundesgesetz zuständigen Behörden oder Gerichte gleich.

(4) Die Anordnung Nr. 1 der amerikanischen und der britischen Militärregierung und die Verfügung Nr. 134 der französischen Militärregierung über das Verbot monopolartiger Verhältnisse in der Filmindustrie treten hiermit außer Kraft.

(5) Die entscheidenden Bestimmungen des in Absatz (1) dieses Artikels erwähnten Bundesgesetzes dürfen bis zur Errichtung des in diesem Gesetz vorgesehenen Bundeskartellamts nicht geändert werden.

Artikel 2
Ufa/Ufi-Gesetz

(1) Das Gesetz Nr. 32 der Alliierten Hohen Kommission betreffend Verfügung über früher reichseigenes Filmvermögen bleibt in Kraft, bis ein Bundesgesetz zur Abwicklung und Entflechtung des ehemaligen reichseigenen Filmvermögens in Kraft getreten ist, das den entscheidenden Bestimmungen des von der Bundesregierung beim Bundestag eingebrachten Gesetzentwurfs (Bundestagsdrucksache Nr. 2962) entspricht. Absatz (1) des Artikels 1 des Ersten Teiles dieses

ment to the Bundesrat (Bundesrat Document No. 121/52) the following legislation shall be maintained in force:

(a) United States Military Government Law No. 56;

(b) United Kingdom Military Government Ordinance No. 78;

(c) Ordinance No. 96 of the French Commander-in-Chief;

(d) Implementing regulations issued under the law and ordinances referred to in sub-paragraphs (a), (b), and (c).

Paragraph 1 of Article 1 of Chapter One of the present Convention shall not apply hereto.

2. The Allied legislation specified in paragraph 1 of this Article shall be implemented by agencies of the Three Powers. This shall not affect any existing powers of the authorities or courts of the Federal Republic or of the Laender with respect to the implementation of such Allied legislation.

3. If the Allied legislation specified in paragraph 1 of this Article ceases to be applicable, orders issued and decisions taken by the agencies of the Three Powers or by authorities or courts of the Federal Republic or of the Laender pursuant to such legislation, as far as such orders and decisions are final, shall in every respect be of equal validity with the corresponding orders or decisions of any authority or court which is the competent authority under the Federal law referred to in paragraph 1 of this Article.

4. United States and United Kingdom Military Governments Order No. 1 and French Military Government Decree No. 134 concerning the prohibition of monopolistic conditions in the German motion picture industry shall be deemed to be repealed.

5. The substantial provisions of the Federal law referred to in paragraph 1 of this Article shall not be modified until after the establishment of the Federal Cartel Agency (Bundeskartellamt) provided for by that law.

Article 2
UFA/UFI Law

1. Allied High Commission Law No. 32 on Disposition of Former Reich-Owned Motion Picture Property shall be maintained in force until the entry into force of a Federal law on the liquidation and deconcentration of former Reich-owned motion picture property which is in accordance with the substantial provisions of the draft law submitted by the Federal Government to the Bundestag (Bundestag Document No. 2962). Paragraph 1 of Article 1 of Chapter One of the present

Gouvernement Fédéral au Bundesrat (Bundesrat document No 121/52), la législation suivante sera maintenue en vigueur:

(a) la Loi N° 56 du Gouvernement Militaire Américain;

(b) l'Ordonnance N° 78 du Gouvernement Militaire Britannique;

(c) l'Ordonnance N° 96 du Commandant en Chef Français en Allemagne;

(d) les Règlements édictés pour l'application de la Loi et des Ordonnances visées aux alinéas (a), (b) et (c).

Le paragraphe 1 de l'Article 1 du Chapitre Premier de la présente Convention ne s'appliquera pas dans ce cas.

2. — La législation alliée visée au paragraphe 1 du présent Article sera mise en application par les organismes des Trois Puissances. Ceci n'affecte aucun pouvoir existant des autorités ou des tribunaux de la République Fédérale ou des Länder en ce qui concerne l'application de cette législation alliée.

3. — Si la législation alliée visée au paragraphe 1 du présent Article cesse d'être applicable, les ordres émis et les décisions prises par les organismes des Trois Puissances ou par les autorités ou les tribunaux de la République Fédérale ou des Länder en vertu de cette législation, dans la mesure où ces ordres et décisions ont un caractère définitif, auront, à tous les égards, la même valeur que les ordres ou décisions correspondants de toute autorité ou de tout tribunal qui constitue l'autorité compétente aux termes de la loi fédérale visée au paragraphe 1 du présent Article.

4. — L'Ordre N° 1 des Gouvernements Militaires Américain et Britannique et l'Arrêté N° 134 du Gouvernement Militaire Français sur l'interdiction de la concentration excessive de puissance économique dans l'industrie cinématographique allemande seront considérés comme abrogés par la présente Convention.

5. — Les dispositions essentielles de la loi fédérale visée au paragraphe 1 du présent Article ne seront pas modifiées jusqu'à l'entrée en fonction de l'Agence Fédérale des Cartels (Bundeskartellamt) instituée par cette loi.

Article 2
Loi UFI-UFA

1. — La Loi de la Haute Commission Alliée N° 32 sur la «Dévolution des Biens cinématographiques ayant appartenu à l'ancien Reich» sera maintenue en vigueur jusqu'à l'entrée en vigueur d'une loi fédérale sur la liquidation et la déconcentration des biens cinématographiques ayant appartenu à l'ancien Reich, qui soit en conformité avec les dispositions essentielles du projet de loi soumis par le Gouvernement Fédéral au Bundestag (Bundestag document N° 2962). Le paragraphe 1 de

Vertrages findet insoweit keine Anwendung. Das Bundesgesetz bleibt in Kraft, bis die darin vorgesehene Überführung des von dem Gesetz erfaßten Vermögens in private Hand sowie die Liquidation der Ufa-Filmgesellschaft mit beschränkter Haftung (Ufi) und der Cautio Treuhandgesellschaft mit beschränkter Haftung durchgeführt sind.

(2) Bis zum Inkrafttreten des in Absatz (1) dieses Artikels erwähnten Bundesgesetzes gehen die Befugnisse und Verantwortlichkeiten aus dem Gesetz Nr. 32 der Alliierten Hohen Kommission auf die Bundesregierung über, die sich zur Ausübung dieser Befugnisse und Verantwortlichkeiten in einer mit den Bestimmungen und Zielen des Gesetzes Nr. 32 im Einklang stehenden Weise verpflichtet.

Artikel 3
Großbanken

Das Bundesgesetz über den Niederlassungsbereich von Kreditinstituten vom 29. März 1952 (Bundesgesetzblatt Teil I Seite 217) bleibt in vollem Umfange in Kraft bis zu der dem Gesetz entsprechenden Durchführung der Übertragung der Vermögensgegenstände der Großbanken an die Nachfolgebanken und der Übergabe der Aktien der Nachfolgebanken an die Bank deutscher Länder zur Verteilung an die Aktionäre. Die Bundesrepublik verpflichtet sich, die Vorschriften dieses Gesetzes über den Gläubigerschutz nicht zuungunsten der Gläubiger abzuändern.

Artikel 4
Entflechtung des Kohlenbergbaus und der Stahl- und Eisenindustrie

(1) Das Gesetz Nr. 27 der Alliierten Hohen Kommission über die Umgestaltung des deutschen Kohlenbergbaus und der deutschen Stahl- und Eisenindustrie in der Fassung des Gesetzes Nr. 76 sowie alle auf Grund des genannten Gesetzes erlassenen Rechtsvorschriften bleiben bis zur Durchführung der Entflechtung des deutschen Kohlenbergbaus und der deutschen Stahl- und Eisenindustrie gemäß Gesetz Nr. 27 in Kraft.

(2) Die Befugnisse der Alliierten Hohen Kommission, der Combined Coal Control Group und der Combined Steel Group gemäß Gesetz Nr. 27 werden auf eine Stelle übertragen, die hiermit errichtet wird. Diese Stelle besteht aus Personen, die von den Drei Mächten bestellt werden; sie ist den Drei Mächten gegenüber verantwortlich. Alle Rechte und Verpflichtungen, die durch Anordnungen oder andere Maßnahmen dieser Stelle geschaffen werden, sind in dem in Absatz (1) bis (4) dieses Artikels bezeichneten Ausmaß in jeder Hinsicht gültig.

(3) Die gemäß Absatz (2) dieses Artikels errichtete Stelle übt ihre Befugnisse nur in dem nachstehend begrenzten Umfang und lediglich mit der nachstehend bezeichneten Zielsetzung aus:

Convention shall not apply hereto. The Federal law shall be maintained in force until completion of the transfer of property covered by the law to private ownership as provided therein and until completion of liquidation of the Ufa Filmgesellschaft m. b. H. (Ufi) and the Cautio Treuhandgesellschaft m. b. H.

2. Until the entry into force of the Federal law referred to in paragraph 1 of this Article, the powers and responsibilities under Allied High Commission Law No. 32 shall devolve upon the Federal Government, which undertakes to exercise those powers and responsibilities in a manner consistent with the provisions and objectives of Law No. 32.

Article 3
Großbanken

The Federal Law on the Regional Scope of Credit Institutions of 29 March 1952 (Bundesgesetzblatt Teil I Seite 217) shall be maintained in force in its entirety until the completion of the transfer of the assets of the Großbanken to the successor banks and the delivery of the shares of the successor banks to the Bank deutscher Laender for distribution to the shareholders, as provided therein. The Federal Republic undertakes not to alter the provisions of that law regarding the protection of creditors in a manner detrimental to the interest of creditors.

Article 4
Deconcentration of the Coal Mining, Iron and Steel Industries

1. Allied High Commission Law No. 27 on the Reorganization of the German Coal, Iron and Steel Industries, as amended by Law No. 76, together with all legislation issued thereunder, shall be maintained in force until such time as the deconcentration of the German coal mining and iron and steel industries in accordance with Law No. 27 has been carried out.

2. The powers of the Allied High Commission, of the Combined Coal Control Group and of the Combined Steel Group under Law No. 27 shall be vested in an agency, which is hereby established. This agency shall consist of persons appointed by the Three Powers and shall be responsible to them. All rights and obligations created by orders or other action taken by this agency within the scope of paragraphs 1 to 4 inclusive of this Article shall be valid for all purposes.

3. The agency established by paragraph 2 of this Article shall exercise its powers only to the limited extent and for no other purposes than those specified below:

l'Article 1 du Chapitre Premier de la présente Convention ne s'appliquera pas dans ce cas. La loi fédérale restera en vigueur jusqu'à l'achèvement de la dévolution des biens visés par cette loi à des propriétaires privés, conformément aux dispositions de la loi, et jusqu'à l'achèvement de la liquidation de la UFA Filmgesellschaft m. b. H. (UFI) et de la Cautio Treuhandgesellschaft m. b. H.

2. — Jusqu'à l'entrée en vigueur de la loi fédérale visée au paragraphe 1 du présent Article, les pouvoirs et responsabilités prévus par les dispositions de la Loi N° 32 de la Haute Commission Alliée seront dévolus au Gouvernement Fédéral qui s'engage à les exercer d'une manière compatible avec les dispositions et les objectifs de la Loi N° 32.

Article 3
Grandes Banques

La Loi fédérale du 29 mars 1952 relative à l'établissement régional des instituts de crédit (Bundesgesetzblatt Teil I, Seite 217) restera en vigueur dans son intégralité jusqu'à l'achèvement du transfert des biens des grandes banques aux banques successeurs et la délivrance des actions des banques successeurs à la Bank deutscher Länder pour distribution aux actionnaires, conformément aux prescriptions de la loi. La République Fédérale s'engage à ne pas modifier les dispositions de cette loi relatives à la protection des créanciers d'une manière qui soit préjudiciable à leurs intérêts.

Article 4
Déconcentration des industries charbonnières et sidérurgiques

1. — La Loi N° 27 de la Haute Commission Alliée relative à la réorganisation des industries charbonnières et sidérurgiques allemandes, amendée par la Loi N° 76, ainsi que toute la législation publiée en application de cette loi, seront maintenues en vigueur jusqu'à ce que la déconcentration des industries charbonnières et sidérurgiques allemandes soit achevée, conformément à la Loi N° 27.

2. — Les pouvoirs que détiennent d'après la Loi N° 27 la Haute Commission Alliée et les Groupes de Contrôle du Charbon et de l'Acier sont transférés à une agence qui est instituée par la présente Convention Cette agence sera composée de membres désignés par les Trois Puissances et sera responsable devant elles. Tous les droits et obligations créés par les ordres édictés ou par les autres mesures prises par cette agence, dans le cadre des dispositions des paragraphes 1 à 4 inclus du présent Article, seront valables à tous les égards.

3. — L'agence créée par le paragraphe 2 du présent Article n'exercera ses pouvoirs que dans les limites et aux fins suivantes :

(a) Kontrolle der Liquidation oder Umgestaltung der in Anhang A zum Gesetz Nr. 27 bezeichneten Unternehmen einschließlich der Billigung von Anträgen betreffend die Behandlung eines oder mehrerer Restvermögenswerte und der Aufstellung oder Billigung und der Bekanntgabe des Planes für die Behandlung des jedem betroffenen Unternehmen verbleibenden Restvermögens.

Diese Befugnis erlischt mit der Bekanntgabe dieses Planes für die Behandlung des Restvermögens jedes betroffenen Unternehmens. Restvermögenswerte, deren Behandlung vor Bekanntgabe dieses Planes beantragt und gebilligt wird, scheiden schon mit der Billigung des Antrages aus der Kontrolle aus;

(b) Kontrolle der Liquidation der in Anhang B zum Gesetz Nr. 27 bezeichneten Unternehmen einschließlich der Aufstellung oder Billigung und Bekanntgabe des Planes für die Behandlung des Restvermögens jedes betroffenen Unternehmens.

Diese Befugnis erlischt mit der Bekanntgabe dieses Planes für die Behandlung des Restvermögens jedes betroffenen Unternehmens;

(c) Befreiung der in Anhang C zum Gesetz Nr. 27 noch verbliebenen Unternehmen von der Überwachung auf Grund des Gesetzes Nr. 27 oder sonstige auf sie nach dem Gesetz Nr. 27 anwendbare Maßnahmen.

Diese Befugnis erlischt mit der Errichtung der Einheitsgesellschaften, die in Ausführung des Gesetzes Nr. 27 gegründet werden sollen; sollten zu diesem Zeitpunkt noch Unternehmen in Anhang C verblieben sein, so werden sie ohne weiteres von der Überwachung frei;

(d) Errichtung von weiteren Einheitsgesellschaften einschließlich der Bestellung des ersten Aufsichtsrats, des ersten Vorstands und der Bestellung und Abberufung der Treuhänder sowie Beschlagnahme und Übertragung von Vermögensgegenständen der in Anhang A zum Gesetz Nr. 27 bezeichneten Unternehmen, soweit es zur Vermögensausstattung der bereits errichteten und noch zu errichtenden Einheitsgesellschaften erforderlich ist.

Diese Befugnis erlischt mit der Errichtung der Einheitsgesellschaften, die in Ausführung des Gesetzes Nr. 27 gegründet werden sollen, und mit der Übertragung der auf sie zu übertragenden Vermögensgegenstände, die Befugnis zur Bestellung und Abberufung von Treuhändern und zur Erteilung von Weisungen an Treuhänder in

(a) Control of the liquidation or reorganization of the enterprises listed or described in Schedule A of Law No. 27, including the approval of applications for the disposition of any or some of the residual assets, and the drawing up or approval and the promulgation of a plan for the disposition of the remaining residual assets of each of the enterprises concerned.

This power shall expire with the promulgation of this plan for the disposition of residual assets in respect of each of the enterprises concerned. Residual assets the disposition of which has been applied for and approved prior to the promulgation of this plan shall be released from control upon such approval of the application.

(b) Control of the liquidation of the enterprises listed or described in Schedule B of Law No. 27, including the drawing up or approval and the promulgation of a plan for the disposition of residual assets of each of the enterprises concerned.

This power shall expire with the promulgation of this plan for the disposition of residual assets in respect of each of the enterprises concerned.

(c) Releases from control under Law No. 27 of the enterprises which still remain in Schedule C thereof, or any other measures applicable to them under Law No. 27.

This power shall expire with the establishment of the unit companies to be established in implementation of Law No. 27; should any enterprises still remain in Schedule C at that time, they shall thereupon be automatically released from control.

(d) Establishment of further unit companies including the appointment of the first Supervisory Board (Aufsichtsrat), the first Managing Board (Vorstand) and the appointment and discharge of trustees as well as the seizure and transfer of assets of enterprises listed or described in Schedule A of Law No. 27 insofar as this is required to provide with assets the unit companies established or to be established.

This power shall expire with the establishment of the unit companies to be established in implementation of Law No. 27 and with the transfer of assets to be transferred to such companies, provided, however, that the power to appoint and discharge trustees and to issue instructions to the trustees to the extent provided for in para-

(a) contrôle de la liquidation ou de la réorganisation des entreprises énumérées ou décrites dans la liste « A » annexée à la Loi N° 27, y compris l'approbation de propositions de disposition d'un ou plusieurs biens résiduels, ainsi que l'établissement ou l'approbation, et la promulgation d'un plan de disposition du reste des biens résiduels de chacune des entreprises considérées.

Ce pouvoir expirera, en ce qui concerne chacune des entreprises considérées, avec la promulgation de ce plan de disposition des biens résiduels. Les biens résiduels, pour lesquels des propositions de disposition auront été présentées et approuvées avant la promulgation de ce plan, verront levé le contrôle dont ils sont l'objet lors de l'approbation de ces propositions.

(b) Contrôle de la liquidation des entreprises énumérées ou décrites dans la liste « B » annexée à la Loi N° 27, y compris l'établissement où l'approbation et la promulgation du plan de disposition des biens résiduels de chacune des entreprises considérées.

Ce pouvoir expirera, en ce qui concerne chacune des entreprises considérées, avec la promulgation du plan de disposition des biens résiduels.

(c) Levée des contrôles exercés en vertu de la Loi N° 27 sur les entreprises qui figurent encore dans la liste « C » qui lui est annexée, ou toutes autres mesures applicables à ces entreprises en vertu de la Loi N° 27.

Ce pouvoir expirera avec la constitution des sociétés nouvelles qui doivent être constituées en application de la Loi N° 27; si, à ce moment, des entreprises étaient encore maintenues sur la liste « C », le contrôle dont elles sont l'objet serait alors automatiquement levé.

(d) Constitution de sociétés nouvelles supplémentaires, y compris la nomination du premier Conseil de Surveillance (Aufsichtsrat) et du premier Comité de Direction (Vorstand), la nomination et la révocation des Trustees, ainsi que la saisie et le transfert des biens des entreprises énumérées ou décrites dans la liste « A » annexée à la Loi N° 27, pour autant que cela est nécessaire pour constituer l'actif des sociétés nouvelles constituées ou à constituer.

Ce pouvoir expirera avec la constitution des sociétés nouvelles à constituer en application de la Loi N° 27 et avec le transfert des biens à transférer à ces sociétés, étant entendu toutefois que le pouvoir de nommer et de révoquer les Trustees et de leur donner des instructions dans la mesure prévue au paragraphe 4 du présent Article

dem in Absatz (4) vorgesehenen Ausmaß, jedoch erst, wenn die in Unterabsatz (a) und (f) genannten Befugnisse erlöschen;

(e) Verteilung der Verbindlichkeiten der in Anhang A zum Gesetz Nr. 27 bezeichneten Unternehmen einschließlich der Belastungen auf die Einheitsgesellschaften, sonstige Nachfolgegesellschaften (einschließlich entflochtener Tochtergesellschaften) und die übrigen Restvermögenswerte.

Diese Befugnis erlischt mit der Bekanntgabe von Plänen für die Verteilung der Verbindlichkeiten der in Anhang A zum Gesetz Nr. 27 bezeichneten Unternehmen, spätestens jedoch, wenn die in Unterabsatz (a) und (f) dieses Absatzes genannten Befugnisse erlöschen;

(f) Festsetzung von Art und Höhe des von der einzelnen Einheitsgesellschaft oder sonstigen Nachfolgegesellschaft für die Übertragung von Vermögensgegenständen zu gewährenden Entgelts. Die Stelle wird von dem Grundsatz ausgehen, daß nach Zuteilung einer angemessenen Entschädigung an die Gläubiger der in Anhang A zum Gesetz Nr. 27 aufgeführten Unternehmen der überschießende Betrag der Entschädigung für die den Einheits- und anderen Nachfolgegesellschaften zugeteilten Vermögensgegenstände in Anteilen dieser Gesellschaft bestehen soll.

Diese Befugnis erlischt mit der Festsetzung von Art und Höhe des Entgelts;

(g) Verteilung des Entgelts unter die Berechtigten.

Diese Befugnis erlischt mit der Bekanntgabe von Plänen für die in Anhang A zum Gesetz Nr. 27 bezeichneten Unternehmen für die Verteilung des Entgelts unter die Berechtigten, spätestens jedoch, wenn die in Unterabsatz (a) und (f) dieses Absatzes genannten Befugnisse erlöschen;

(h) Regelung der Versorgungsbezüge der Arbeiter und Angestellten.

Diese Befugnis erlischt zugleich mit der in Unterabsatz (e) dieses Absatzes genannten Befugnis;

(i) Errichtung der Gemeinschaftsverwaltung für den Ruhrkohlenvertrieb Gesellschaft mit beschränkter Haftung und der Ruhrkohlen-Verkaufsgesellschaften als Ersatz für den Deutschen Kohlenverkauf.

Diese Befugnis erlischt mit der Errichtung der genannten Gesellschaften.

(4) (a) Absatz (1) bis (3) dieses Artikels dürfen nicht dahin ausgelegt werden, daß die gemäß Absatz (2) errichtete Stelle die Befugnis

graph 4 of this Article shall expire with the expiration of the powers specified in sub-paragraphs (a) and (f) of this paragraph.

(e) Distribution of the liabilities of the enterprises listed or described in Schedule A of Law No. 27, including encumbrances, among the unit and other successor companies (including the deconcentrated subsidiary companies) and the remaining assets to be disposed of.

This power shall expire with the promulgation of plans for the distribution of liabilities of the enterprises listed or described in Schedule A of Law No. 27, at the latest, however, with the expiration of the powers specified under sub-paragraphs (a) and (f) of this paragraph.

(f) Determination of the nature and amount of the compensation to be given by the individual unit or other successor company in consideration of the transfer of assets. The agency shall adopt as a general principle that, after appropriate compensation has been afforded to the creditors of the enterprises listed or described in Schedule A of Law No. 27, the remainder of the compensation for the assets received by the unit and other successor companies shall be in the form of shares issued by such companies.

This power shall expire with the determination of the nature and amount of the compensation.

(g) Distribution of the compensation to the claimants entitled thereto.

This power shall expire with the promulgation of plans for the enterprises listed or described in Schedule A of Law No. 27 for the distribution of the compensation among the claimants entitled thereto, at the latest, however, with the expiration of the powers specified in sub-paragraphs (a) and (f) of this paragraph.

(h) Arrangements concerning pensions of manual workers and salaried employees.

This power shall expire with the expiration of the power specified in sub-paragraph (e) of this paragraph.

(i) Establishment of the Ruhr Joint Coal Services Organization and the Group Mines Sales Agencies to replace the German Coal Sales Organization (Deutscher Kohlenverkauf).

This power shall expire with the establishment of these companies.

4. (a) Paragraphs 1 to 3 inclusive of this Article shall not be interpreted to mean that the agency established by paragraph 2 shall

expirera en même temps que les pouvoirs visés aux alinéas (a) et (f) du présent paragraphe.

(e) Répartition des dettes et charges, y compris les hypothèques, des entreprises énumérées ou décrites dans la liste « A » annexée à la Loi N° 27, entre les sociétés nouvelles, les autres sociétés successeurs (y compris les sociétés filiales déconcentrées) et le reste des biens dont la dévolution est à assurer.

Ce pouvoir expirera avec la promulgation des plans de répartition des dettes et charges des entreprises énumérées ou décrites dans la liste « A » annexée à la Loi N° 27, au plus tard, toutefois, lors de l'expiration des pouvoirs visés aux alinéas (a) et (f) du présent paragraphe.

(f) Détermination de la nature et du montant de la compensation due par chaque société nouvelle ou toute autre société successeur à l'occasion des transferts de biens. L'agence devra adopter le principe général suivant: une fois accordée une compensation appropriée aux créanciers des entreprises énumérées ou décrites dans la liste « A » annexée à la Loi N° 27, le reste de la compensation due pour les biens reçus par les sociétés nouvelles et les autres sociétés successeurs sera effectué sous forme d'actions ou de parts émises ou distribuées par ces sociétés.

Ce pouvoir expirera avec la détermination de la nature et du montant de la compensation.

(g) Répartition des compensations aux ayants-droit.

Ce pouvoir expirera avec la promulgation de plans de répartition des compensations entre les ayants-droit, pour les entreprises énumérées ou décrites dans la liste « A » annexée à la Loi N° 27, au plus tard, toutefois, lors de l'expiration des pouvoirs visés aux alinéas (a) et (f) du présent paragraphe.

(h) Dispositions concernant les pensions des ouvriers et employés.

Ce pouvoir expirera en même temps que le pouvoir visé à l'alinéa (e) du présent paragraphe.

(i) Constitution de l'Organisme Commun des Services Charbonniers du Bassin de la Ruhr et des Comptoirs de Vente de Groupe de Mines, destinés à remplacer l'Organisme de Vente du charbon allemand (Deutscher Kohlenverkauf).

Ce pouvoir expirera dès la constitution de ces sociétés.

4. — (a) Les paragraphes 1 à 3 inclus du présent Article ne doivent pas être interprétés comme signifiant que l'agence créée par le paragraphe 2

haben würde, innerorganisatorische Fragen der Einheitsgesellschaften, insbesondere ihre Produktionsprogramme und ihre Investitions- und Personalpolitik zu überwachen. Das Recht der Stelle zur Bestellung und zur Abberufung von Treuhändern für die Verwaltung von Anteilen an einer Einheitsgesellschaft und das Recht, diesen Treuhändern sowie den Einheitsgesellschaften zur Durchführung der in Absatz (3) genannten Zielsetzung Weisungen zu erteilen, bleiben hierdurch unberührt.

(b) (i) Eine Einheitsgesellschaft oder sonstige Nachfolgegesellschaft darf ein Darlehen, das entweder eine Million Deutsche Mark oder zusammen mit allen früheren von dieser Einheitsgesellschaft oder sonstigen Nachfolgegesellschaft aufgenommenen Darlehen zehn vom Hundert des Nennkapitals der Einheitsgesellschaft oder sonstigen Nachfolgegesellschaft übersteigt, nur dann aufnehmen, wenn ein deutscher Wirtschaftsprüfer oder eine deutsche Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und der Bundesverband des privaten Bankgewerbes in einem Gutachten übereinstimmend schriftlich bestätigen, daß nach pflichtgemäßer Prüfung der Verhältnisse der Einheitsgesellschaft oder sonstigen Nachfolgegesellschaft und nach pflichtgemäßer Prüfung des Betrages und der Bedingungen der Schulden des oder der in Anhang A zum Gesetz Nr. 27 bezeichneten Unternehmen, aus denen die Einheitsgesellschaft oder sonstige Nachfolgegesellschaft gebildet worden ist, durch die beabsichtigte Darlehensaufnahme die Sicherstellung der Gläubiger dieses Unternehmens oder dieser Unternehmen nicht gefährdet ist.

(ii) Hat dieses Unternehmen oder haben diese Unternehmen ausländische Gläubiger, deren Forderungen insgesamt mehr als fünf vom Hundert des Nennkapitals dieses Unternehmens oder dieser Unternehmen betragen, so kann die Stelle verlangen, daß die in (i) dieses Unterabsatzes genannte gutachtliche Bestätigung von einem Sachverständigen, der von Vertretern ausländischer Gläubiger der Stelle vorgeschlagen und von dieser als Sachverständiger bestellt wird, daraufhin nachgeprüft wird, ob die gutachtliche Bestätigung durch die in ihr enthaltenen tatsächlichen Angaben gerechtfertigt erscheint; bestätigt der von der Stelle bestellte Sachverständige die gutachtliche Schlußfolgerung nicht, so darf das Darlehen nicht aufgenommen werden.

(iii) Die Stelle kann für eine Einheitsgesellschaft oder sonstige Nachfolgegesellschaft Ausnahmen von den in (i) und (ii)

have the power to supervise operational (innerorganisatorisch) problems of the unit companies in particular their production programmes and their investment and personnel policies. This shall not affect the right of the agency either to appoint or to discharge trustees charged with the administration of shares of unit companies or to issue instructions to such trustees and to the unit companies in carrying out the purposes of paragraph 3.

(b) (i) A unit or other successor company shall not borrow an amount which either exceeds DM 1,000,000 or, together with all previous borrowing of that unit or other successor company, exceeds 10 per cent of the nominal capital of that unit or other successor company, unless a German auditor or a German auditing company and the Federal Association of Private Banking in an expert opinion both confirm in writing that after due examination of the circumstances of that unit or other successor company and the amounts and terms of the debts of the enterprise or enterprises listed or described in Schedule A of Law No. 27 from which it has derived, the contemplated borrowing does not endanger the security of the creditors of such enterprise or enterprises.

(ii) Where such enterprise or enterprises has or have foreign creditors whose total claims exceed 5 per cent of the nominal capital of such enterprise or of such enterprises, respectively, the agency may stipulate that the expert opinion referred to in item (i) of this sub-paragraph be examined by an expert to be proposed to the agency by representatives of the foreign creditors and appointed as an expert by the agency. This examination is to be made with a view to whether or not the expert opinion appears justified by the factual statements contained therein; if the expert thus appointed by the agency does not confirm the conclusion of the expert opinon, the borrowing shall not be made.

(iii) The agency may exempt a unit or other sucessor company from the restrictions referred to in item (i) and (ii) of this sub-

a le pouvoir de contrôler les problèmes d'organisation intérieure (innerorganisatorisch) des sociétés nouvelles, et notamment leurs programmes de production, leurs investissements, et leur politique à l'égard du personnel. Ceci n'affecte pas le droit de l'agence de désigner ou de révoquer les Trustees chargés de l'administration des actions des sociétés nouvelles ou de donner des instructions à ces Trustees et aux sociétés nouvelles pour la mise en œuvre des objectifs visés au paragraphe 3.

(b) (i) Une société nouvelle ou une autre société successeur ne peut emprunter une somme qui dépasse 1.000.000 DM ou qui, ajoutée à l'ensemble de ses emprunts antérieurs, excède 10 pour cent de son capital nominal, à moins que, d'une part, un expert fiduciaire allemand ou une entreprise fiduciaire allemande et, d'autre part, l'Association Fédérale des Banques Privées certifient tous deux par écrit, au moyen d'un certificat d'expertise, que, après examen approprié de la situation de la société nouvelle ou de la société successeur, ainsi que du montant et des conditions des dettes de l'entreprise ou des entreprises énumérées ou décrites dans la liste «A» annexée à la Loi N° 27, dont est issue cette société, l'emprunt envisagé ne met pas en danger le gage des créanciers de l'ancienne entreprise, ou des anciennes entreprises.

(ii) Si cette ou ces dernières entreprises ont des créanciers étrangers dont le total des droits excède 5 pour cent du capital nominal de cette entreprise ou de ces entreprises, l'agence peut prescire que le certificat d'expertise mentionné au point (i) du présent alinéa soit étudié par un expert proposé à l'agence par des représentants des créanciers étrangers et nommé par l'agence. Cette étude aura pour but de déterminer si le certificat d'expertise parait ou non justifié par les renseignements de fait qui y sont donnés; si l'expert nommé par l'agence ne confirme pas la conclusion du certificat d'expertise, l'emprunt ne pourra être effectué.

(iii) L'agence peut exempter toute société nouvelle ou société successeur des restrictions visées aux points (i) et (ii) du

dieses Unterabsatzes bezeichneten Beschränkungen zulassen, wenn sie der Ansicht ist, daß die Beschränkungen in dem besonderen Falle nicht erforderlich sind.

(iv) Die in (i) und (ii) dieses Unterabsatzes bezeichneten Beschränkungen entfallen, sobald feststeht, in welchem Ausmaß und in welcher Weise die Einheitsgesellschaft oder sonstige Nachfolgegesellschaft den Gläubigern des oder der Unternehmen haftet, aus denen die Einheitsgesellschaft oder sonstige Nachfolgegesellschaft gebildet worden ist, und sobald der Haftungsbetrag in den Büchern und in der Bilanz der Einheitsgesellschaft oder sonstigen Nachfolgegesellschaft aufgeführt ist.

(c) Die für die Verwaltung der Anteile an einer Einheitsgesellschaft bestellten Treuhänder können Rechte als Anteilseigner nur mit folgenden Beschränkungen ausüben:

(i) sie können nicht für die Abberufung bestellter Aufsichtsratsmitglieder stimmen;

(ii) sie können bei Wahlen zum Aufsichtsrat nur für die Wiederbestellung der von den Gründern oder vom Gericht bestellten Aufsichtsratsmitglieder stimmen;

(iii) nach Verteilung von sechzig vom Hundert der ihrer Verwaltung unterliegenden Anteile an die Berechtigten haben sie bei der Wahl oder Abberufung von Aufsichtsratsmitgliedern keine Stimme;

(iv) sie können nicht für Änderungen der Satzung stimmen, es sei denn für Kapitalerhöhungen durch Ausgabe neuer Stammaktien gegen Geldeinlage oder für Kapitalherabsetzungen oder für Änderungen der Satzung, die nur die Fassung betreffen (§ 145 Absatz 1 Satz 2 des Aktiengesetzes).

Die gemäß Absatz (2) errichtete Stelle kann in den in (i), (ii) und (iv) dieses Unterabsatzes bezeichneten Fällen Ausnahmen zulassen. Bis zu dem in (iii) festgelegten Zeitpunkt können Aufsichtsratsmitglieder höchstens bis zur Beendigung der Hauptversammlung gewählt werden, die über die Entlastung für das auf die Wahl folgende Geschäftsjahr beschließt; dies gilt nicht für Aufsichtsrats-

paragraph if the agency deems them unnecessary in the particular case.

(iv) The restrictions referred to in items (i) and (ii) of this sub-paragraph shall expire as soon as it has been established to what extent and in what manner the unit or other successor company shall be liable to the creditors of the enterprise or enterprises from which the unit or other successor company has derived and the amount of the claim has been transferred to the books and balance sheet of the unit or other successor company.

(c) The trustees appointed for the administration of the shares of a unit company may exercise shareholder's rights subject only to the following restrictions:

(i) They may not vote for the discharge of appointed members of the Supervisory Board (Aufsichtsrat);

(ii) On the occasion of elections to the Supervisory Board they may vote only for the re-election of the members of the Supervisory Board, appointed by the founders or by the court;

(iii) After 60 per cent of the shares subject to their administration have been distributed to the claimants entitled thereto, they shall have no vote on the occasion of the election or discharge of members of the Supervisory Board;

(iv) They may not vote for changes in the statutes, except that they may vote for increases in the capital for the purpose of issuing additional common stock for cash and for decreases in the capital, and may also vote to make changes in the statutes which are merely textual (second sentence of paragraph (1) of Section 145 of the Stock Law (Aktiengesetz)).

The agency established under paragraph 2 of this Article may permit exceptions in the cases specified in items (i), (ii) and (iv) of this sub-paragraph. Until the occurrence of the event stipulated in item (iii), no member of the Supervisory Board may be elected for a period beyond the close of the General Assembly which votes on the acceptance of the annual report (Entlastung) for the business

présent alinéa dans les cas où elle estime qu'elles ne sont pas nécessaires.

(iv) Les restrictions visées aux points (i) et (ii) du présent alinéa prendront fin dès que le montant et la nature de la responsabilité de la société nouvelle ou de la société successeur à l'égard des créanciers de l'ancienne entreprise ou des anciennes entreprises auront été fixés et que le montant des dettes aura été inscrit dans les livres et au bilan de la société nouvelle ou de la société successeur.

(c) Les Trustees désignés pour l'administration des actions d'une société nouvelle peuvent exercer les droits des actionnaires sous réserve des seules restrictions suivantes :

(i) ils ne peuvent exercer leur droit de vote pour révoquer les membres désignés du Conseil de Surveillance (Aufsichtsrat);

(ii) lors de l'élection du Conseil de Surveillance, ils ne peuvent exercer leur droit de vote que pour réélire les membres du Conseil de Surveillance désignés par les fondateurs ou par le Tribunal;

(iii) lorsque 60 pour cent des actions soumises à leur administration auront été distribuées aux ayants-droit, ils n'auront aucun droit de vote à l'occasion de l'élection ou de la révocation de membres du Conseil de Surveillance;

(iv) ils ne pourront exercer leur droit de vote pour modifier les statuts, si ce n'est dans le sens d'une augmentation du capital par émission d'actions ordinaires consituant la contrepartie d'un apport en numéraire, ou dans le sens d'une diminution du capital, et si ce n'est pour apporter à la rédaction des modifications de pure forme (cf. Loi sur les sociétés par actions (Aktiengesetz), paragraphe 145, alinéa 1, 2ième phrase).

L'agence établie par le paragraphe 2 du présent Article peut accorder des dérogations spéciales pour les cas prévus aux points (i), (ii) et (iv) du présent alinéa. Jusqu'au moment prévu au point (iii), aucun membre du Conseil de Surveillance ne peut être élu pour une période se prolongeant au-delà de la clôture de l'Assemblée générale appelée à se prononcer sur le rapport annuel (Entlastung)

mitglieder, die gemäß §§ 6, 8 des Gesetzes über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie vom 21. Mai 1951 (Bundesgesetzblatt Teil I Seite 347) gewählt werden.

(5) Die Bestimmungen dieses Artikels stehen den auf Grund des Vertrages über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl zulässigen Erweiterungen oder Zusammenschlüssen von Unternehmen des deutschen Kohlenbergbaus und der deutschen Eisen- und Stahlindustrie nicht entgegen. Hierdurch wird die Ausübung der in Absatz (3) und (4) vorgesehenen Befugnisse der Stelle nicht berührt. Die Maßnahmen, die durch Verordnungen oder Anordnungen der Allijerten Hohen Kommission, einer ihr nachgeordneten Dienststelle oder der Stelle auf Grund des Gesetzes Nr. 27 angeordnet worden sind, sind vollständig durchzuführen. Sofern nach Errichtung der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl von der Stelle Maßnahmen in Aussicht genommen oder angeordnet werden, die ihrer Art nach auf Grund von Artikel 65 des Vertrages über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl der Genehmigung der Hohen Behörde bedürfen, hat sich die Stelle darum zu bemühen, daß diese Maßnahmen als im Einklang mit Artikel 65 stehend von der Hohen Behörde genehmigt werden. Entscheidet die Hohe Behörde, daß diese Maßnahmen als nicht im Einklang mit Artikel 65 stehend nicht genehmigt werden können, so hat die Stelle ihre Anordnung entsprechend zu gestalten oder abzuändern.

(6) (a) Nach Inkrafttreten dieses Vertrages wird der in Artikel 13 (in abgeänderter Fassung) des Gesetzes Nr. 27 vorgesehene Prüfungsausschuß aus drei von der Bundesrepublik bestellten Mitgliedern und je einem von jeder der Drei Mächte bestellten Mitglied bestehen. In dieser Besetzung bleibt der Prüfungsausschuß die einzige zuständige Stelle, um auf Antrag eines Beteiligten Anordnungen nachzuprüfen, die auf Grund von Artikel 5 Buchstabe (c) des Gesetzes Nr. 27 erlassen worden sind. Die Unabhängigkeit der Mitglieder des Prüfungsausschusses und ihre Entscheidungsfreiheit dürfen nicht durch Anweisungen oder andere Maßnahmen ihrer Regierungen beeinträchtigt werden. Vor der Entscheidung ist dem Antragsteller rechtliches Gehör zu gewähren.

(b) Die Bezüge der Mitglieder des Prüfungsausschusses tragen die Bundesrepublik und die Drei Mächte jeweils für die von ihnen bestellten Mitglieder. Die übrigen Kosten des Prüfungsausschusses

year following such election. This shall not apply to members of the Supervisory Board elected according to Articles 6 and 8 of the Law for Co-determination of Labour in the Supervisory Boards and Managing Boards of Enterprises of the Coal Mining and Iron and Steel Producing Industries of 21 May 1951 (Bundesgesetzblatt Teil I Seite 347).

5. The provisions of this Article shall be without prejudice to such expansion or affiliation of enterprises of the German coal mining and iron and steel industries as shall be permitted under the Treaty on the Establishment of the European Community for Coal and Steel. This shall not affect the exercise of the powers of the agency provided for in paragraphs 3 and 4 of this Article. Measures decreed by regulations or orders under Law No. 27 by the Allied High Commission, any of its subordinate bodies or the agency shall be carried through to completion. When, after the establishment of the High Authority of the European Community for Coal and Steel, actions are contemplated or directed by the agency, which by their nature require the authorization of the High Authority under Article 65 of the Treaty on the Establishment of the European Community for Coal and Steel, the agency shall seek an authorization by the High Authority for such actions as consistent with Article 65. If the High Authority rules that such actions cannot be authorized as consistent with Article 65, the agency shall frame or modify its directions accordingly.

6. (a) After the entry into force of the present Convention the Board of Review provided for under Article 13 (as amended) of Law No. 27 shall consist of one member appointed by each of the Three Powers and three members appointed by the Federal Republic. As so constituted this Board of Review shall continue to be the sole appropriate body to review, on the petition of interested persons, any orders issued under paragraph (c) of Article 5 of Law No. 27. The independence of the members of the Board of Review and their freedom of decision shall not be impaired by instructions or other actions of their Governments. Before rendering a decision the Board of Review shall grant the claimant a hearing.

(b) The emoluments of the members of the Board of Review shall be paid by the Federal Republic and by the Three Powers, each in respect of the member or members appointed by it. One-half of the

relatif à l'exercice qui suit l'élection. Cette prescription ne s'applique pas aux membres du Conseil de Surveillance élus en application des Articles 6 et 8 de la Loi sur la codétermination des travailleurs dans les conseils de surveillance et de direction des entreprises charbonnières et sidérurgiques du 21 mai 1951 (Bundesgesetzblatt Teil I, Seite 347).

5. — Les dispositions du présent Article ne pourront être opposées aux expansions et aux affiliations d'entreprises des industries allemandes charbonnières et sidérurgiques qui seront permises sous le régime du Traité instituant la Communauté Européenne du Charbon et de l'Acier. Ceci n'affecte pas l'exercice des pouvoirs de l'agence tels qu'ils sont prévus aux paragraphes 3 et 4 du présent Article. Toutes les mesures décidées par voie de règlements et d'ordres pris, en exécution de la Loi N° 27, par la Haute Commission Alliée, par un de ses organismes subordonnés ou par l'agence devront être entièrement exécutées. Si des mesures prévues ou ordonnées par l'agence après l'entrée en fonction de la Haute Autorité de la Communauté Européenne du Charbon et de l'Acier, nécessitent d'après leur nature l'autorisation de la Haute Autorité en application de l'Article 65 du Traité instituant une Communauté Européenne du Charbon et de l'Acier, l'agence devra demander à la Haute Autorité d'autoriser ces mesures comme étant compatibles avec l'Article 65. Si la Haute Autorité déclare que de telles mesures ne peuvent être autorisées parce qu'elles ne sont pas compatibles avec l'Article 65, l'agence devra préparer ou modifier ses directives en conséquence.

6. — (a) Après l'entrée en vigueur de la présente Convention, la Commission de Révision prévue à l'Article 13 amendé de la Loi N° 27 se composera d'un membre nommé par chacune des Trois Puissances et de trois membres nommés par la République Fédérale. La Commission de Révision, ainsi constituée, continuera d'être le seul organisme compétent pour examiner, à la requête de toute personne intéressée, tout ordre édicté en application de l'alinéa (c) de l'Article 5 de la Loi N° 27. L'indépendance des membres de la Commission de Révision et leur liberté de décision ne seront pas entravées par des instructions ou par toute autre action de leurs Gouvernements. La Commission de Révision devra entendre le requérant avant de prendre sa décision.

(b) Les traitements et indemnités des membres de la Commission de Révision seront payés par les Trois Puissances et par la République Fédérale, chacune d'elles supportant les dépenses du ou des mem-

werden von der Bundesrepublik einerseits und von den Drei Mächten andererseits je zur Hälfte getragen.

Artikel 5

Gemischter Ausschuß

(1) Nach Maßgabe der folgenden Vorschriften wird ein Gemischter Ausschuß von sieben Sachverständigen gebildet. Drei seiner Mitglieder hat die Bundesrepublik und je eines jede der Drei Mächte zu bestellen, sobald bei der Bundesregierung erstmalig ein Antrag gemäß Absatz (3) dieses Artikels eingegangen ist und die Bundesregierung dies den Drei Mächten mitgeteilt hat. Innerhalb von sechs Monaten nach dieser Mitteilung wählen die so bestellten Mitglieder mit Stimmenmehrheit ein siebentes Mitglied. Sollte das siebente Mitglied innerhalb dieser Frist nicht gewählt sein oder die Wahl nicht angenommen haben, so ist der Verwaltungsrat der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich zu ersuchen, als siebentes Mitglied einen Sachverständigen zu bestellen, der weder deutscher Staatsangehöriger noch Staatsangehöriger einer der Drei Mächte ist.

(2) Aufgabe des Gemischten Ausschusses ist es, Anträge auf Verlängerung von Fristen zu prüfen, die für die Veräußerung von Wertpapieren in Verordnungen oder Anordnungen der Alliierten Hohen Kommission, ihrer nachgeordneten Dienststellen oder der gemäß Absatz (2) des Artikels 4 gebildeten Stelle oder in den Bestimmungen eines in Unterabsatz (g) des Absatzes (3) des Artikels 4 genannten Planes als äußerste Fristen festgesetzt sind.

(3) Die Anträge sind bei der Bundesregierung spätestens ein Jahr vor Ablauf der für die Veräußerung der Wertpapiere gesetzten Frist zu stellen. Bis zur Entscheidung des Gemischten Ausschusses kann der Antragsteller seinen Antrag durch Einreichung weiterer Schriftsätze ergänzen.

(4) Der Gemischte Ausschuß verlängert die für die Veräußerung der Wertpapiere gesetzte Frist, sofern der Antragsteller dartut, daß die Wertpapiere trotz zumutbarer Bemühungen zu wirtschaftlich vernünftigen Bedingungen und auf einer mit dem deutschen Allgemeininteresse zu vereinbarenden Grundlage nicht veräußert werden konnten und eine solche Veräußerung auch innerhalb der restlichen Frist nicht möglich ist, ohne daß eine nachhaltige Störung des deutschen Kapitalmarktes verursacht würde.

(5) Fristverlängerungen gemäß Absatz (4) dieses Artikels werden für einen Zeitraum bis zu einem Jahr gewährt; auf weiteren Antrag ist eine erneute Verlängerung unter den in Absatz (4) bezeichneten Voraussetzungen möglich. Der Gemischte Ausschuß kann jede Verlängerung oder erneute Verlängerung mit zweckdienlichen Auflagen verbinden.

remaining expenses of the Board of Review shall be borne by the Three Powers, the other half by the Federal Republic.

Article 5

Mixed Committee

1. A mixed committee of experts composed of seven members shall be established according to the following procedure. Three of its members shall be appointed by the Federal Republic and one by each of the Three Powers immediately after the Federal Government has received the first application under paragraph 3 of this Article and has notified the Three Powers of that fact. The members so appointed shall elect a seventh member by majority vote within six months after this notification. If within that time the seventh member shall not have been elected or shall not have accepted election, the Board of Directors of the Bank for International Settlements shall be requested to appoint as the seventh member an expert who shall not be a German national or a national of any of the Three Powers.

2. The function of the Mixed Committee shall be to consider applications for extensions of the final time for the disposition of securities required by regulations or orders of the Allied High Commission, its subordinate bodies or the agency established by paragraph 2 of Article 4 of this Chapter, or by reason of the terms of a plan such as is described in paragraph 3 of that Article.

3. Applications must be filed with the Federal Government not later than one year before the expiration of the time fixed for the disposition of the securities. The applicant shall, until the decision of the Mixed Committee is rendered, be entitled to file any additional supporting papers.

4. The Mixed Committee shall extend the time fixed for the disposition of the securities, provided that the applicant establishes that all of such securities could not, with the exercise of reasonable efforts, be disposed of on reasonable terms and on a basis which is compatible with the German public interest and that such disposition will not be possible within the remaining time without a disruptive effect on the German capital market.

5. Any extension under paragraph 4 of this article shall be granted for not more than one year but shall be subject to renewal upon a further application on the basis of the standards set forth in that paragraph. The Mixed Committee may attach appropriate conditions to any such extension or renewal.

bres qu'elle a nommés. Les autres dépenses seront supportées, par moitié, par les Trois Puissances d'une part, et la République Fédérale de l'autre.

Article 5

Comité Mixte

1. — Un comité mixte d'experts composé de sept membres sera créé conformément aux dispositions ci-après. Trois de ses membres seront nommés par la République Fédérale, et un par chacune des Trois Puissances, aussitôt que le Gouvernement Fédéral aura reçu la première requête présentée en application du paragraphe 3 du présent Article et l'aura notifiée aux Trois Puissances. Les membres ainsi nommés éliront à la majorité le septième membre dans un délai de six mois à partir de cette notification. Au cas où, à l'expiration de ce délai, le septième membre n'aurait pas été nommé ou n'aurait pas accepté sa désignation, il sera demandé au Conseil d'Administration de la Banque des Règlements Internationaux de désigner pour ce poste un expert qui ne soit ni un ressortissant allemand, ni un ressortissant d'une des Trois Puissances.

2. — Les fonctions du comité sont d'étudier les requêtes tendant au report du terme final fixé, pour la vente de titres, soit par un règlement ou un ordre émanant de la Haute Commission Alliée, d'un de ses organismes subordonnés ou de l'agence créée par le paragraphe 2 de l'Article 4 du présent Chapitre, soit aux termes d'un des plans visés au paragraphe 3 dudit Article.

3. — Les requêtes seront déposées auprès du Gouvernement Fédéral au plus tard un an avant l'expiration du délai fixé pour la vente des titres. Le requérant aura le droit, jusqu'à ce que le Comité ait pris sa décision, de déposer tous documents supplémentaires à l'appui de sa demande.

4. — Le comité prolongera le délai fixé pour la vente des titres pour autant que le requérant établira que tous les titres n'ont pu, en dépit d'efforts sérieux, être vendus à des conditions raisonnables et compatibles avec l'intérêt public en Allemagne, et qu'il n'est pas non plus possible de réaliser cette vente dans le délai restant sans troubler de façon durable le marché allemand des capitaux.

5. — Aucune prorogation de délai en application du paragraphe 4 du présent Article ne pourra excéder un an. Toutefois la prolongation pourra être renouvelée sur le vu d'une nouvelle requête à l'examen de laquelle s'appliqueront les mêmes critères. Le comité pourra attacher des conditions appropriées à l'octroi d'une prorogation de délai ou au renouvellement de la prorogation.

(6) Der Gemischte Ausschuß trifft seine Entscheidungen mit der Mehrheit seiner Stimmen. Er hat sie vor Ablauf der für die Veräußerung der Wertpapiere festgesetzten Frist zu erlassen.

(7) Die Bezüge der Mitglieder des Gemischten Ausschusses tragen die Bundesrepublik und die Drei Mächte jeweils für die von ihnen bestellten Mitglieder. Die Bezüge des siebenten Mitglieds werden zur Hälfte von der Bundesrepublik und zu je einem Sechstel von jeder der Drei Mächte getragen. Die übrigen Kosten kann der Gemischte Ausschuß den Antragstellern ganz oder teilweise auferlegen.

(8) Der Gemischte Ausschuß bestimmt seine Verfahrens- und Geschäftsordnung selbst.

Artikel 6

Entflechtung der I. G. Farbenindustrie A. G. i. L.

(1) Das Kontrollratsgesetz Nr. 9 über die Beschlagnahme und Kontrolle des Vermögens der I. G. Farbenindustrie A. G., soweit es die Aufspaltung der Eigentumsrechte an diesem Vermögen vorsieht, das Gesetz Nr. 35 der Alliierten Hohen Kommission über die Aufspaltung des Vermögens der I. G. Farbenindustrie A. G. in der Fassung des Gesetzes Nr. 77 der Alliierten Hohen Kommission sowie alle auf Grund dieser Vorschriften erlassenen Rechtsvorschriften bleiben bis zur Durchführung der Entflechtung der I. G. Farbenindustrie gemäß den genannten Vorschriften in Kraft.

(2) Die Befugnisse der Alliierten Hohen Kommission und der Drei-Mächte - I. G. Farben - Kontrollgruppe nach Gesetz Nr. 35 werden auf eine Stelle übertragen, die hiermit errichtet wird. Diese Stelle besteht aus Personen, die von den Drei Mächten ernannt werden; sie ist den Drei Mächten gegenüber verantwortlich. Alle Rechte und Verpflichtungen, die durch Anordnungen oder andere Maßnahmen dieser Stelle geschaffen werden, sind in dem in Absatz (1) bis (4) dieses Artikels bezeichneten Ausmaß in jeder Hinsicht gültig.

(3) Die gemäß Absatz (2) dieses Artikels errichtete Stelle übt ihre Befugnisse nur in dem nachstehend begrenzten Umfang und lediglich mit der nachstehend bezeichneten Zielsetzung aus:

(a) Kontrolle der Liquidation oder Umgestaltung der I. G. Farbenindustrie A. G. i. L. und der im Anhang zum Gesetz Nr. 35 bezeichneten Gesellschaften einschließlich der Billigung von Anträgen betreffend die Behandlung eines oder mehrerer Restvermögenswerte und der Aufstellung oder Billigung und der Bekanntgabe des Planes für die Behandlung des verbleibenden Restvermögens der I. G. Farbenindustrie A. G. i. L. und der anderen bezeichneten Gesellschaften.

6. The decision of a majority of the members shall constitute the decision of the Mixed Committee. The Committee shall render its decision before the expiration of the time fixed for the disposition of the securities.

7. The emoluments of the members of the Mixed Committee shall be paid by the Federal Republic and the Three Powers, each in respect of the member or members appointed by it. One-half of the emoluments of the seventh member shall be paid by the Federal Republic, and one-sixth by each of the Three Powers. The Mixed Committee may charge the remaining costs, in whole or in part, to the applicants.

8. The Mixed Committee shall adopt its own rules for the conduct of its business.

Article 6

Deconcentration of I.G. Farbenindustrie A. G. i. L.

1. Control Council Law No. 9 Providing for the Seizure of Property Owned by I.G. Farbenindustrie A.G. and the Control thereof, insofar as it provides for the dispersion of ownership of such property, Allied High Commission Law No. 35 on the Dispersion of Assets of I.G. Farbenindustrie A.G., as amended by Law No. 77, together with all legislation issued thereunder, shall be maintained in force until such time as the deconcentration of I.G. Farbenindustrie in accordance with this legislation has been completely carried out.

2. The powers of the Allied High Commission and the Tripartite I.G. Farben Control Group under Law No. 35 shall be vested in an agency, which is hereby established. This agency shall consist of persons appointed by the Three Powers and shall be responsible to them. All rights and obligations created by orders or other action taken by this agency within the scope of paragraphs 1 to 4 inclusive of this Article shall be valid for all purposes.

3. The Agency established by paragraph 2 of this Article shall exercise its powers only to the limited extent and for no other purposes than those set forth below:

(a) Control of the liquidation or reorganization of I.G. Farbenindustrie A.G. i.L. and the companies listed in the Schedule to Law No. 35, including the approval of applications for the disposition of any or some of the residual assets, and the drawing up or approval and the promulgation of a plan for the disposition of the remaining residual assets of I.G Farbenindustrie A.G.i.L. and the other companies concerned.

6. — Les décisions du comité seront prises à la majorité. Le comité devra prendre sa décision avant l'expiration du délai fixé pour la vente des valeurs.

7. — Les traitements et indemnités des membres du comité seront payés par les Trois Puissances et par la République Fédérale, chacune d'elles supportant les dépenses afférentes aux traitements et indemnités du ou des membres qu'elle a nommés. La République Fédérale supportera la moitié des émoluments et des indemnités du septième membre; chacune des Trois Puissances en supportera un sixième. Le comité pourra imputer le reste de ses frais, en totalité ou en partie, aux requérants.

8. — A tous autres égards le comité fixera ses propres règles de fonctionnement.

Article 6

Déconcentration de l'I.G. Farbenindustrie A.G. i. L.

1. — La Loi N° 9 du Conseil de Contrôle sur la saisie des biens appartenant à l'I.G. Farbenindustrie A.G. et le contrôle desdits biens, pour autant qu'elle prévoit la dispersion de la propriété de ces biens, la Loi N° 35 de la Haute Commission Alliée sur la dispersion des biens de l'I.G. Farbenindustrie A.G., modifiée par la Loi N° 77, ainsi que toute la législation publiée en application de ces lois sont maintenues en vigueur jusqu'à ce que la déconcentration de l'I.G. Farbenindustrie A.G.i.L. soit achevée, conformément à cette législation.

2. — Les pouvoirs, que détiennent d'après la Loi N° 35 la Haute Commission Alliée et le Groupe Tripartite de Contrôle de l'I.G. Farben, sont transférés à une agence qui est instituée par la présente Convention. Cette agence sera composée de membres désignés par les Trois Puissances et sera responsable devant elles. Tous les droits et obligations créés par les ordres qui auront été édictés ou par les autres mesures qui auront été prises par cette agence, dans le cadre des dispositions des paragraphes 1 à 4 inclus du présent Article, seront valables à tous égards.

3. — L'agence créée par le paragraphe 2 du présent Article n'exercera ses pouvoirs que dans les limites et aux fins suivantes:

(a) Contrôle de la liquidation ou de la réorganisation de l'I.G.Farbenindustrie A.G.i.L. et des sociétés énumérées dans la liste annexée à la Loi N° 35, y compris l'approbation de propositions de disposition d'un ou plusieurs biens résiduels ainsi que l'établissement ou l'approbation et la promulgation d'un plan de disposition du reste des biens résiduels de l'I.G. Farbenindustrie A.G.i.L. et des autres sociétés considérées.

Diese Befugnis erlischt für die I. G. Farbenindustrie A. G. i. L. mit der Bekanntgabe des Planes für die Behandlung ihres Restvermögens und für jede andere in diesem Unterabsatz bezeichnete Gesellschaft mit der Bekanntgabe des Planes für ihre Umgestaltung. Restvermögenswerte, deren Behandlung vor Bekanntgabe dieses Planes beantragt und gebilligt wird, scheiden schon mit der Billigung des Antrages aus der Kontrolle aus;

(b) Errichtung von weiteren Nachfolgegesellschaften einschließlich der Bestellung des ersten Aufsichtsrats, des ersten Vorstands und der Bestellung und Abberufung der Treuhänder sowie Übertragung von Vermögensgegenständen der I. G. Farbenindustrie A. G. i. L. und der im Anhang zum Gesetz Nr. 35 bezeichneten Gesellschaften, soweit es zur Vermögensausstattung der bereits errichteten und noch zu errichtenden Nachfolgegesellschaften erforderlich ist.

Diese Befugnis erlischt mit der Errichtung der Nachfolgegesellschaften, die in Ausführung des Gesetzes Nr. 35 gegründet werden sollen, und mit der Übertragung der auf sie zu übertragenden Vermögensgegenstände, die Befugnis zur Bestellung und Abberufung von Treuhändern und zur Erteilung von Weisungen an Treuhänder in dem in Absatz (4) vorgesehenen Ausmaß jedoch erst, wenn die im Unterabsatz (a) und (d) genannten Befugnisse erlöschen;

(c) Verteilung der Verbindlichkeiten der I. G. Farbenindustrie A. G. i. L. einschließlich der Belastungen auf die Nachfolgegesellschaften (einschließlich entflochtener Tochtergesellschaften) und die übrigen Restvermögenswerte.

Diese Befugnis erlischt mit der Bekanntgabe des Planes über die Verteilung der Verbindlichkeiten der I. G. Farbenindustrie A. G. i. L. und der im Anhang zum Gesetz Nr. 35 bezeichneten Gesellschaften, spätestens jedoch, wenn die in Unterabsatz (a) und (d) genannten Befugnisse erlöschen;

(d) Festsetzung von Art und Höhe des von der einzelnen Nachfolgegesellschaft für die Übertragung von Vermögensgegenständen zu gewährenden Entgelts Die Stelle wird von dem Grundsatz ausgehen, daß nach Zuteilung einer angemessenen Entschädigung an die Gläubiger der I. G. Farbenindustrie A. G. i. L. und der im Anhang zum Gesetz Nr. 35 bezeichneten Gesellschaften der überschießende Betrag der Entschädigung für die den Nachfolgegesellschaften zugeteilten Vermögensgegenstände in Anteilen dieser Gesellschaften bestehen soll.

Diese Befugnis erlischt mit der Festsetzung von Art und Höhe des Entgelts;

This power shall expire for I.G. Farbenindustrie A.G.i.L. with the promulgation of this plan for the disposition of its residual assets and shall expire for each of the other companies referred to in this sub-paragraph with the promulgation of a plan for its reorganization. Residual assets the disposition of which has been applied for and approved prior to the promulgation of this plan shall be released from control upon such approval of the application.

(b) Establishment of further successor companies including the appointment of the first Supervisory Board (Aufsichtsrat), the first Managing Board (Vorstand) and the appointment and discharge of trustees as well as the transfer of assets of I. G. Farbenindustrie A. G. i. L. and of the companies listed in the Schedule to Law No. 35 insofar as this is required to provide with assets successor companies established or to be established.

This power shall expire with the establishment of the successor companies to be established in implementation of Law No. 35 and with the transfer of assets to be transferred to such companies; provided, however, that the power to appoint and discharge trustees and to issue instructions to the trustees to the extent provided for in paragraph 4 of this Article shall expire with the expiration of the powers specified in sub-paragraphs (a) and (d) of this paragraph;

(c) Distribution of liabilities of I. G. Farbenindustrie A. G. i. L., including encumbrances, among the successor companies (including the deconcentrated subsidiary companies) and the remaining assets to be disposed of.

This power shall expire with the promulgation of a plan for the distribution of liabilities of I. G. Farbenindustrie A. G. i. L. and of the companies listed in the Schedule to Law No. 35, at the latest, however, with the expiration of the powers specified in sub-paragraphs (a) and (d) of this paragraph;

(d) Determination of the nature and amount of the compensation to be given by the individual successor company in consideration of the transfer of assets. The agency shall adopt, as a general principle, that, after appropriate compensation has been afforded to the creditors of I. G. Farbenindustrie A. G. i. L. and of the companies listed in the Schedule to Law No. 35, the remainder of the compensation for the assets received by the successor companies shall be in the form of shares issued by such companies.

This power shall expire with the determination of the nature and amount of the compensation;

Ce pouvoir expirera, en ce qui concerne l'I.G. Farbenindustrie A.G. i.L., avec la promulgation du plan de disposition de ses biens résiduels et expirera, en ce qui concerne les autres sociétés visées au présent alinéa, avec la promulgation des plans de réorganisation correspondants. Les biens résiduels, pour lesquels des propositions de disposition auront été présentées et approuvées avant la promulgation de ce plan, verront levé le contrôle dont ils sont l'objet lors de l'approbation de ces propositions.

(b) Constitution de sociétés successeurs supplémentaires, y compris la nomination de premier Conseil de Surveillance (Aufsichtsrat) et du premier Comité de Direction (Vorstand), la nomination et la révocation des Trustees ainsi que le transfert de biens de l'I. G. Farbenindustrie A. G. i. L. et des sociétés énumérées dans la liste annexée à la Loi N° 35, pour autant que cela est nécessaire pour constituer l'actif des sociétés successeurs constituées ou à constituer.

Ce pouvoir expirera avec la constitution des sociétés successeurs à constituer en application de la Loi N° 35 et avec le transfert des biens à transférer à ces sociétés, étant entendu toutefois que le pouvoir de nommer ou de révoquer les Trustees et de leur donner des instructions dans la mesure prévue au paragraphe 4 du présent Article expirera en même temps que les pouvoirs visés aux alinéas (a) et (d) du présent paragraphe.

(c) Repartition des dettes et charges de l'I. G. Farbenindustrie A. G. i. L., y compris les hypothèques, entre les sociétés successeurs (y compris les sociétés filiales déconcentrées) et le reste des biens dont la dévolution est à assurer.

Ce pouvoir expirera avec la promulgation du plan de répartition des dettes et charges de l'I. G. Farbenindustrie A. G. i. L. et des sociétés énumérées dans la liste annexée à la Loi N° 35, au plus tard, toutefois, lors de l'expiration des pouvoirs visés aux alinéas (a) et (d) du présent paragraphe.

(d) Détermination de la nature et du montant de la compensation due par chaque société successeur à l'occasion des transferts de biens. L'agence devra adopter le principe général suivant: une fois accordée une compensation appropriée aux créanciers de l'I. G. Farbenindustrie A. G. i. L. et des sociétés énumérées dans la liste annexée à la Loi N° 35, le reste de la compensation due pour les biens reçus par les sociétés successeurs sera effectué sous forme d'actions ou de parts émises ou distribuées par ces sociétés.

Ce pouvoir expirera avec la détermination de la nature et du montant de la compensation.

(e) Verteilung des Entgelts unter die Berechtigten.

Diese Befugnis erlischt mit der Bekanntgabe des Planes über die Verteilung des Entgelts unter die Berechtigten, spätestens jedoch, wenn die in Unterabsatz (a) und (d) genannten Befugnisse erlöschen;

(f) Regelung der Versorgungsbezüge der Arbeiter und Angestellten.

Diese Befugnis erlischt zugleich mit der in Unterabsatz (c) dieses Absatzes genannten Befugnis;

(g) Gewährung von Ausnahmen oder Befreiungen von den Vorschriften des Gesetzes Nr. 35, wie darin vorgesehen.

Diese Befugnis erlischt zu dem Zeitpunkt, in dem alle sonstigen Befugnisse der Stelle erloschen sind.

(4) (a) Absatz (1) bis (3) dieses Artikels dürfen nicht dahin ausgelegt werden, daß die gemäß Absatz (2) errichtete Stelle die Befugnis haben würde, innerorganisatorische Fragen der Nachfolgegesellschaften, insbesondere ihre Produktionsprogramme und ihre Investitions- und Personalpolitik, zu überwachen. Das Recht der Stelle zur Bestellung und zur Abberufung von Treuhändern für die Verwaltung von Anteilen an einer Nachfolgegesellschaft und das Recht, diesen Treuhändern sowie den Nachfolgegesellschaften zur Durchführung der in Absatz (3) genannten Zielsetzung Weisungen zu erteilen, bleiben hierdurch unberührt.

(b) (i) Eine Nachfolgegesellschaft darf ein Darlehen, das entweder eine Million Deutsche Mark oder zusammen mit allen früheren von dieser Nachfolgegesellschaft aufgenommenen Darlehen zehn vom Hundert des Nennkapitals der Nachfolgegesellschaft übersteigt, nur dann aufnehmen, wenn ein deutscher Wirtschaftsprüfer oder eine deutsche Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und der Bundesverband des privaten Bankgewerbes in einem Gutachten übereinstimmend schriftlich bestätigen, daß nach pflichtgemäßer Prüfung der Verhältnisse der Nachfolgegesellschaft und nach pflichtgemäßer Prüfung des Betrages und der Bedingungen der Schulden der I. G. Farbenindustrie A. G. i. L. und der im Anhang zum Gesetz Nr. 35 bezeichneten Gesellschaft oder Gesellschaften, aus denen die Nachfolgegesellschaft gebildet worden ist, durch die beabsichtigte Darlehensaufnahme die Sicherstellung der Gläubiger dieser Gesellschaft oder Gesellschaften nicht gefährdet ist.

(ii) Hat diese Gesellschaft oder haben diese Gesellschaften ausländische Gläubiger, deren For-

(e) Distribution of the compensation to the claimants entitled thereto.

This power shall expire with the promulgation of the plan for the distribution of the compensation among the claimants entitled thereto, at the latest, however, with the expiration of the powers specified in sub-paragraphs (a) and (d) of this paragraph;

(f) Arrangements concerning pensions of manual workers and salaried employees.

This power shall expire with the expiration of the power specified in sub-paragraph (c) of this paragraph.

(g) Exceptions of excemptions from the provisions of Law No. 35 as contemplated therein.

This power shall expire at the time that all other powers of the agency shall have expired.

4. (a) Paragraphs 1 to 3 inclusive of this Article shall not be interpreted to mean that the agency established by paragraph 2 shall have the power to supervise operational (innerorganisatorisch) problems of the successor companies, in particular their production programmes and their investment and personnel policies. This shall not affect the right of the agency either to appoint or discharge trustees charged with the administration of shares of successor companies to such trustees and to the successor companies in the exercise of its powers under paragraph 3.

(b) (i) A successor company shall not borrow an amount which either exceeds DM 1,000,000 or, together with all previous borrowing of that successor company, exceeds 10 per cent of the nominal capital of that successor company, unless a German auditor or a German auditing company and the Federal Association of Private Banking in an expert opinion both confirm in writing that after due examination of the circumstances of that successor company and the terms and amounts of the debts of I. G. Farbenindustrie A. G. i. L. or of the company or companies listed in the Schedule to Law No. 35 from which it has derived, the contemplated borrowing does not endanger the security of the creditors of such company or companies.

(ii) Where such company or such companies has or have foreign creditors whose total claims

(e) Répartition des compensations aux ayants-droit.

Ce pouvoir expirera avec la promulgation du plan de répartition de compensations entre les ayants-droit, au plus tard, toutefois, lors de l'expiration des pouvoirs visés aux alinéas (a) et (d) du présent paragraphe.

(f) Dispositions concernant les pensions des ouvriers et employés.

Ce pouvoir expirera en même temps que le pouvoir visé à l'alinéa (c) du présent paragraphe.

(g) Octroi d'exceptions ou d'exemptions par rapport aux dispositions de la Loi N° 35, lorsque la Loi prévoit de telles exceptions ou exemptions.

Ce pouvoir expirera au moment où tous les autres pouvoirs de l'agence auront expiré.

4. — (a) Les paragraphes 1 à 3 inclus du présent Article ne doivent pas être interprétés comme signifiant que l'agence créée par le paragraphe 2 a le pouvoir de contrôler les problèmes d'organisation intérieure (innerorganisatorisch) des sociétés successeurs, et notamment leurs programmes de production, leurs investissements, et leur politique à l'égard du personnel. Ceci n'affecte pas le droit de l'agence de désigner, ou de révoquer les Trustees chargés de l'administration des actions des sociétés successeurs ou de donner à ces Trustees ou aux sociétés successeurs des instructions pour la mise en oeuvre des objectifs visés au paragraphe 3.

(b) (i) Une société successeur ne peut emprunter une somme qui dépasse 1.000.000 DM ou qui, ajoutée à l'ensemble de ses emprunts antérieurs, excède 10 pour cent du capital nominal à moins que, d'une part, un expert fiduciaire allemand ou une entreprise fiduciaire allemande et, d'autre part, l'Association Fédérale des Banques Privées certifient tous deux par écrit, au moyen d'un certificat d'expertise, que, après examen approprié de la situation de la société successeur, ainsi que des conditions et du montant des dettes de l'I.G. Farbenindustrie A.G. i. L. ou de la société ou des sociétés énumérées dans la liste annexée à la Loi N° 35, dont est issue cette société, l'emprunt envisagé ne met pas en danger le gage des créanciers de l'ancienne ou des anciennes sociétés.

(ii) Si cette société ou ces dernières sociétés ont des créanciers étrangers dont le total des droits

derungen insgesamt mehr als fünf vom Hundert des Nennkapitals dieser Gesellschaft oder dieser Gesellschaften betragen, so kann die Stelle verlangen, daß die in (i) dieses Unterabsatzes genannte gutachtliche Bestätigung von einem Sachverständigen, der von Vertretern ausländischer Gläubiger der Stelle vorgeschlagen und von dieser als Sachverständiger bestellt wird, daraufhin nachgeprüft wird, ob die gutachtliche Bestätigung durch die in ihr enthaltenen tatsächlichen Angaben gerechtfertigt erscheint; bestätigt der von der Stelle bestellte Sachverständige die gutachtliche Schlußfolgerung nicht, so darf das Darlehen nicht aufgenommen werden.

(iii) Die Stelle kann für eine Nachfolgegesellschaft Ausnahmen von den in (i) und (ii) dieses Unterabsatzes bezeichneten Beschränkungen zulassen, wenn sie der Ansicht ist, daß die Beschränkungen in dem besonderen Falle nicht erforderlich sind.

(iv) Die in (i) und (ii) dieses Unterabsatzes bezeichneten Beschränkungen entfallen, sobald feststeht, in welchem Ausmaß und in welcher Weise die Nachfolgegesellschaft den Gläubigern der Gesellschaft oder der Gesellschaften haftet, aus denen die Nachfolgegesellschaft gebildet worden ist, und sobald der Haftungsbetrag in den Büchern und in der Bilanz der Nachfolgegesellschaft aufgeführt ist.

(c) Die für die Verwaltung der Anteile an einer Nachfolgegesellschaft bestellten Treuhänder können Rechte als Anteilseigner nur mit folgenden Beschränkungen ausüben:

(i) sie können nicht für die Abberufung bestellter Aufsichtsratsmitglieder stimmen;

(ii) sie können bei Wahlen zum Aufsichtsrat nur für die Wiederbestellung der von den Gründern oder vom Gericht bestellten Aufsichtsratsmitglieder stimmen;

(iii) nach Verteilung von sechzig vom Hundert der ihrer Verwaltung unterliegenden Anteile an die Berechtigten haben sie bei der Wahl oder Abberufung von Aufsichtsratsmitgliedern keine Stimme;

(iv) sie können nicht für Änderungen der Satzung stimmen, es sei denn für Kapitalerhöhungen durch Ausgabe neuer Stammaktien gegen Geldeinlage oder für Kapitalherabsetzungen oder

exceed 5 per cent of the nominal capital of such company or of such companies, respectively, the agency may stipulate that the expert opinion referred to in item (i) of this sub-paragraph be examined by an expert to be proposed to the agency by representatives of the foreign creditors and appointed as an expert by the agency. This examination is to be made with a view to whether or not expert opinion appears justified by the factual statements contained therein; if the expert thus appointed by the agency does not confirm the conclusion of the expert opinion, the borrowing shall not be made.

(iii) The agency may exempt a successor company from the restrictions referred to in items (i) and (ii) of this sub-paragraph if the agency deems them unnecessary in the particular case.

(iv) The restrictions referred to in items (i) and (ii) of this sub-paragraph shall expire as soon as it has been established to what extent and in what manner the successor company shall be liable to the creditors of the enterprise or enterprises from which the successor company has derived and the amount of the claim has been transferred to the books and balance sheet of the successor company.

(c) The trustees appointed for the administration of the shares of a successor company may exercise shareholders' rights subject only to the following restrictions:

(i) They may not vote for the discharge of appointed members of the Supervisory Board (Aufsichtsrat);

(ii) On the occasion of elections to the Supervisory Board they may vote only for the re-election of the members of the Supervisory Board appointed by the founders or by the court;

(iii) After 60 per cent of the shares subject to their administration have been distributed to the claimants entitled thereto, they shall have no vote on the occasion of the election or discharge of members of the Supervisory Board;

(iv) They may not vote for changes in the statutes, except that they may vote for increases in the capital for the purpose of issuing additional common stock for cash and for decreases in the

excède 5 pour cent du capital nominal de cette société ou de ces sociétés, l'agence peut prescrire que le certificat d'expertise mentionné au point (i) du présent alinéa soit étudié par un expert proposé à l'agence par des représentants des créanciers étrangers et nommé par l'agence. Cette étude aura pour but de déterminer si le certificat d'expertise paraît ou non justifié par les renseignements de fait qui y sont donnés; si l'expert nommé par l'agence ne confirme pas la conclusion du certificat d'expertise, l'emprunt ne pourra être effectué.

(iii) L'agence peut exempter toute société successeur des restrictions visées aux points (i) et (ii) du présent alinéa, dans les cas où elle estime qu'elles ne sont pas nécessaires.

(iv) Les restrictions visées aux points (i) et (ii) du présent alinéa prendront fin dès que le montant et la nature de la responsabilité de la société successeur à l'égard des créanciers de l'ancienne société ou des anciennes sociétés auront été fixés et que le montant des dettes aura été inscrit dans les livres et au bilan de la société successeur.

(c) Les Trustees désignés pour l'administration des actions d'une société successeur peuvent exercer les droits des actionnaires sous réserve des seules restrictions suivantes:

(i) ils ne peuvent exercer leur droit de vote pour révoquer les membres désignés du Conseil de Surveillance (Aufsichtsrat);

(ii) lors de l'élection du Conseil de Surveillance, ils ne peuvent exercer leur droit de vote que pour réélire les membres du Conseil de Surveillance désignés par les fondateurs ou par le Tribunal;

(iii) lorsque 60 pour cent des actions soumises à leur administration auront été distribuées aux ayants-droit, il n'auront aucun droit de vote à l'occasion de l'élection ou de la révocation de membres du Conseil de Surveillance;

(iv) ils ne pourront exercer leur droit de vote pour modifier les statuts, si ce n'est dans le sens d'une augmentation de capital par émission d'actions ordinaires constituant la contrepartie d'un

für Änderungen der Satzung, die nur die Fassung betreffen (§ 145 Absatz 1 Satz 2 des Aktiengesetzes).

Die gemäß Absatz (2) errichtete Stelle kann in den in (i), (ii) und (iv) dieses Unterabsatzes bezeichneten Fällen Ausnahmen zulassen. Bis zu dem in Unterabsatz (iii) festgelegten Zeitpunkt können Aufsichtsratsmitglieder höchstens bis zur Beendigung der Hauptversammlung gewählt werden, die über die Entlastung für das auf die Wahl folgende Geschäftsjahr beschließt.

(5) Der in Absatz (6) des Artikels 4 dieses Teiles bezeichnete Prüfungsausschuß bleibt weiterhin die einzige zuständige Stelle, um auf Antrag eines Beteiligten Anordnungen nachzuprüfen, die auf Grund von Artikel 5 Absatz 1 des Gesetzes Nr. 35 erlassen worden sind.

Artikel 7
Begriffsbestimmungen zu Artikel 4 und 6

In Artikel 4 und 6 dieses Teiles

(a) bedeutet der Begriff „Bekanntgabe des Planes" die gleichzeitige Herausgabe aller Dokumente und den gleichzeitigen Erlaß aller Anordnungen und Einzelentscheidungen, soweit dies erforderlich ist, um alle Einzelheiten des Planes in Übereinstimmung mit den Vorschriften des Absatzes (2) der Artikel 4 und 6 verbindlich zu machen;

(b) umfaßt der Begriff „Restvermögen" Vermögensgegenstände aller Art, ohne Rücksicht darauf, ob es sich um materielle oder immaterielle Vermögenswerte handelt, mit Ausnahme der Vermögensgegenstände, die an Einheitsgesellschaften oder Nachfolgegesellschaften übertragen worden oder zu übertragen sind.

Artikel 8
Durchführung der Artikel 4 und 6

Die Drei Mächte werden dafür sorgen, daß die gemäß Artikel 4 und 6 dieses Teiles errichteten Stellen vor der Ausübung ihrer Befugnisse in allen wesentlichen Fragen die Auffassung der Bundesregierung einholen und daß sie ihre Aufgaben mit größter Beschleunigung zu Ende führen. Die Bundesregierung wird ihrerseits dabei mitwirken, daß die Aufgaben der Stellen so schnell wie möglich durchgeführt werden können. Das Ziel der Bemühungen der Bundesregierung und der Drei Mächte ist, daß die Stellen ihre Aufgaben vor dem 31. Dezember 1952 zu Ende führen. Nachdem die Befugnisse der Stellen erloschen sind, wird die Bundesregierung dafür sorgen, daß die von den Stellen nach dem

capital, and may also vote to make changes in the statutes which are merely textual (second sentence of paragraph (1) of Section 145 of the Stock Law (Aktiengesetz).

The agency established under paragraph 2 of this Article may permit exceptions in the cases specified in items (i), (ii) and (iv) of this subparagraph. Until the occurrence of the event stipulated in item (iii), no member of the Supervisory Board may be elected for a period beyond the close of the General Assembly which votes on the acceptance of the annual report (Entlastung) for the business year following such election.

5. The Board of Review referred to in paragraph 6 of Article 4 of this Chapter shall continue to be the sole appropriate body to review, on the petition of interested persons, any orders under paragraph 1 of Article 5 of Law No. 35.

Article 7
Definition of Terms Used in Articles 4 and 6

For the purposes of Articles 4 and 6 of this Chapter,

(a) the term "promulgation of a plan" shall be construed to include the simultaneous issue of all documents, orders and decisions, to the extent required to make legally binding all the details of the plan, in accordance with the provisions of paragraph 2 of Article 4 and paragraph 2 of Article 6;

(b) the term "residual assets" shall be construed to include all assets of any kind, tangible or intangible, other than assets transferred or to be transferred to unit or successor companies.

Article 8
Implementation of Articles 4 and 6

The Three Powers shall ensure that the agencies established by Article 4 and 6 of this Chapter will in all essential questions consult the Federal Government before exercising their powers and that they will expedite to the utmost the completion of their tasks. In turn, the Federal Government shall cooperate towards the earliest possible completion of the tasks of the agencies. The aim of these endeavours of the Three Powers and the Federal Government is that the agencies shall complete their tasks before 31 December 1952. After the powers of the agencies have expired, the Federal Government shall ensure that the plans established or approved by the agencies under

apport en numéraire, ou dans le sens d'une diminution du capital, èt si ce n'est pour apporter à la rédaction des modifications de pure forme (cf. Loi sur les sociétés par actions [Aktiengesetz], paragraphe 145, alinéa 1, 2ième phrase).

L'agence établie par le paragraphe 2 du présent Article peut accorder des dérogations spéciales pour les cas prévus aux points (i), (ii) et (iv) du présent alinéa. Jusqu'au moment prévu au point (iii), aucun membre du Conseil de Surveillance ne peut être élu pour une période se prolongeant au-delà de la clôture de l'Assemblée générale appelée à se prononcer sur le rapport annuel (Entlastung) relatif à l'exercice qui suit l'élection.

5. — La Commission de Révision, visée au paragraphe 6 de l'Article 4 du présent Chapitre, continuera d'être le seul organisme compétent pour examiner, à la requête de toute personne intéressée, tout ordre édicté en application du paragraphe 1 de l'Article 5 de la Loi No 35.

Article 7
Définition des termes employés dans les Articles 4 et 6

Au sens des Articles 4 et 6 du présent Chapitre

(a) l'expression « promulgation d'un plan » doit s'entendre comme comprenant la publication simultanée de tous les documents, ordres et décisions dans la mesure nécessaire pour rendre obligatoire en droit tous les détails du plan conformément aux prescriptions du paragraphe 2 de l'Article 4 et du paragraphe 2 de l'Article 6;

(b) l'expression «biens résiduels» doit s'entendre comme comprenant tous les biens de quelque nature qu'ils soient, corporels ou incorporels, autres que les biens transférés ou à transférer aux sociétés nouvelles ou successeurs.

Article 8
Application des Articles 4 et 6

Les Trois Puissances feront en sorte que les agences créées par les Articles 4 et 6 du présent Chapitre consultent, pour toutes les questions essentielles, le Gouvernement Fédéral, avant d'exercer leurs pouvoirs, et qu'elles accélèrent, dans toute la mesure du possible, l'accomplissement de leurs tâches. En retour, le Gouvernement Fédéral coopérera à l'accomplissement le plus rapide possible des tâches des agences. Le but des efforts des Trois Puissances et du Gouvernement Fédéral est que les agences aient terminé leur tâche pour le 31 décembre 1952. Lorsque les pouvoirs des agences auront disparu, le Gouvernement Fédéral fera en sorte que les plans établis ou approu-

Absatz (3) des Artikels 4 und Absatz (3) des Artikels 6 aufgestellten oder gebilligten Pläne gemäß den in ihnen enthaltenen Bestimmungen durchgeführt werden. Die Bundesregierung wird die Drei Mächte über den Fortgang der Durchführung dieser Pläne unterrichten.

Artikel 9
Veröffentlichung

Alle Anordnungen, Entscheidungen oder sonstigen Maßnahmen, zu deren Erlaß die Stellen der Drei Mächte nach den verschiedenen Vorschriften dieses Teiles ermächtigt sind, werden auf Verlangen der sie erlassenden Stelle im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Artikel 10
Gewährleistung der Weiterführung von Gewerben und freien Berufen

(1) Natürliche oder juristische Personen, die zwischen dem 8. Mai 1945 und dem Inkrafttreten dieses Vertrages in Teilen der Bundesrepublik, in denen Gesetze, Verordnungen, Direktiven oder sonstige Erlasse oder Anweisungen der Besatzungsbehörden erleichterte Voraussetzungen für die Aufnahme eines Gewerbes oder freien Berufs geschaffen hatten, unter Erfüllung solcher erleichterter Voraussetzungen ein Gewerbe oder eine freie Berufstätigkeit begonnen und bis zum Inkrafttreten dieses Vertrages fortgesetzt haben, dürfen in der weiteren Ausübung dieses Gewerbes oder dieser Berufstätigkeit nur beeinträchtigt werden, wenn

(a) dem Gewerbetreibenden oder Angehörigen eines freien Berufs wegen einer strafbaren Handlung oder einer mit Bußgeld bedrohten Ordnungswidrigkeit die Befugnis zur Ausübung des Berufs oder Gewerbes durch ein strafgerichtliches Urteil oder durch einen der strafgerichtlichen Nachprüfung unterliegenden Bußgeldbescheid aberkannt oder entzogen worden ist; oder

(b) in einem staatlichen Verwaltungsverfahren die mangelnde persönliche Zuverlässigkeit des Gewerbetreibenden auf Grund von Tatsachen festgestellt worden ist, angesichts derer die weitere Ausübung des Gewerbes durch ihn eine von der Gewerbetätigkeit unmittelbar ausgehende Gefährdung der Allgemeinheit darstellen würde. Dem Gewerbetreibenden wird im Zuge eines derartigen Verfahrens jeglicher Rechtsschutz nach den für die Verwaltungsgerichtsbarkeit im allgemeinen geltenden Vorschriften gewährleistet; oder

(c) bei einer juristischen Person oder einem nicht von seinem Eigentümer geleiteten Unternehmen jeder Art ein Urteil, ein Bußgeldbescheid oder eine Entscheidung nach Unter-

paragraph 3 of Article 4 and paragraph 3 of Article 6 will be carried through in accordance with their terms and provisions. The Federal Government will inform the Three Powers of the progress in the implementation of plans so established or approved.

Article 9
Publication

All orders, decisions, or other actions authorized to be issued by agencies of the Three Powers under the various provisions of this Chapter shall be published at the request of the issuing agency in the Bundesanzeiger.

Article 10
Protection of the Status of Tradesmen and Professionals

1. Natural or juristic persons who between 8 May 1945 and the date of entry into force of the present Convention have commenced a trade or a free profession and continued it until that date in those parts of the Federal Republic in which laws, orders, directives, or other enactments or instructions of the Occupation Authorities had established relaxed requirements for the commencement of a trade or a free profession may be restrained from the further exercise of such trade or profession, commenced in accordance with such relaxed requirements, only if

(a) the person engaged in such trade or profession has been deprived of his right to exercise such trade or profession, because of a criminal offence or because of an irregularity punishable by an administrative fine, by a sentence of a criminal court, or by a decision imposing an administrative fine which is subject to judicial review under criminal law; or

(b) in the course of governmental administrative proceedings the lack of personal reliability of the person engaged in a trade has been established on the basis of facts in the light of which the further exercise of such trade by such person would constitute a danger to the public originating directly from his activities. In any such proceedings he shall be entitled to all legal safeguards applicable to administrative proceedings under the taining thereto; or

(c) in the case of a juristic person or any type of enterprise not conducted by its owner, a sentence, decision or order referred to in sub-paragraphs (a) and (b) of this paragraph has

vés par celles-ci en vertu des dispositions du paragraphe 3 de l'Article 4 et du paragraphe 3 de l'Article 6, soient exécutés conformément aux conditions et aux dispositions qu'ils contiennent. Le Gouvernement Fédéral renseignera les Trois Puissances sur l'exécution des plans établis ou approuvés.

Article 9
Publication

Tous les ordres, décisions ou autres mesures que les agences des Trois Puissances sont autorisées à édicter ou à prendre en vertu des différentes clauses du présent Chapitre, feront l'objet d'une publication au Bundesanzeiger, sur demande de l'agence qui les édicte ou qui les prend.

Article 10
Protection du Statut du Commerce et de la Profession

1. — Les personnes physiques ou morales qui, entre le 8 mai 1945 et la date d'entrée en vigueur de la présente Convention, ont commencé à exercer un commerce, un métier ou une profession libérale et ont continué à l'exercer jusqu'à cette date sur toute partie du territoire de la République Fédérale où des lois, ordres, arrêtés, directives ou autres textes ou instructions des Autorités d'Occupation ont assoupli les conditions nécessaires pour entreprendre un commerce, un métier ou une profession libérale, ne peuvent être astreintes à cesser d'exercer ce commerce, ce métier ou cette profession entrepris grâce à ces assouplissements, que dans les cas suivants:

(a) lorsque, en raison d'une infraction ou d'une irrégularité justiciable d'une amende administrative, la personne exerçant ce commerce, ce métier ou cette profession libérale a été privée du droit d'exercer ce commerce, ce métier ou cette profession par une décision prononcée par un tribunal répressif, ou par une décision imposant une amende administrative susceptible d'être révisée par un tribunal en vertu du droit pénal;

(b) lorsque, au cours d'une procédure administrative gouvernementale, le manque d'honnêteté ou de compétence de la personne exerçant un commerce ou un métier, a été établi en se fondant sur des faits qui prouvent qu'un plus long exercice d'un tel commerce ou d'un tel métier par cette personne constituerait pour le public un danger résultant directement de ses activités. Au cours de cette procédure, la personne en cause sera assurée de bénéficier des garanties légales prévues par les dispositions générales en vigueur pour la procédure devant les tribunaux administratifs;

(c) lorsque, dans le cas d'une personne morale, ou de toute entreprise non dirigée par son propriétaire, il a été prononcé un jugement, une décision, ou un arrêt, dans les conditions

absatz (a) oder (b) gegen einen der verantwortlichen Leiter erlassen und dieser nicht innerhalb einer angemessenen Zeit aus seiner leitenden Stellung entlassen worden ist.

(2) Auf den Umstand, daß eine der in Absatz (1) dieses Artikels bezeichneten Personen den Nachweis ihrer Sachkunde nicht erbracht hat oder nicht erbringt oder daß für ihre weitere Gewerbe- oder Berufstätigkeit kein Bedürfnis besteht oder daß sie einem beruflichen Zusammenschluß des privaten oder öffentlichen Rechts nicht angehört, dürfen die nach Absatz (1) zugelassenen Entscheidungen oder Maßnahmen nicht gestützt werden. Das gleiche gilt für die fehlende Eintragung in ein Berufsregister irgendwelcher Art, wenn die Eintragung in das Berufsregister den bezeichneten Personen entweder allgemein verwehrt oder ein von einer solchen Person gestellter Antrag auf Eintragung abgelehnt oder ihre Eintragung gelöscht worden ist.

been issued against one of its responsible managers and he has not been removed from his managerial position within a reasonable period of time.

2. That a person specified in paragraph 1 of this Article did not or does not submit evidence of his professional competence, that no economic need exists for the further exercise of such trade or profession by him or that he fails to belong to a professional association established under private or public law shall be no basis for a restraint under paragraph 1. The same applies to cases where such a person is not inscribed in a professional roster of any kind, if he has been barred from inscription or his application for inscription has been rejected or the inscription has been cancelled.

visées aux alinéas (a) et (b) du présent paragraphe, contre l'un de ses directeurs responsables et que celui-ci n'a pas été écarté de ses fonctions de direction dans un délai raisonnable.

2. — Le fait pour une personne visée au paragraphe 1 du présent Article de ne pas avoir prouvé ou de ne pas prouver sa compétence professionnelle, ou le fait qu'aucun besoin économique ne justifie la poursuite par cette personne de l'exercice d'un tel commerce ou d'une telle profession, ou le fait que cette personne n'appartient pas à une association professionnelle de droit privé ou de droit public ne peuvent servir à motiver une restriction qui serait imposée en vertu du paragraphe 1. Il en est de même dans les cas où une telle personne n'est pas inscrite sur un rôle professionnel, quel qu'il soit, soit que son inscription ait été écartée a priori, soit que sa demande d'inscription ait été rejetée, soit que son inscription ait été annulée.

DRITTER TEIL
Innere Rückerstattung

Artikel 1

Dieser Teil bezieht sich auf:

(a) die Rückerstattung feststellbarer Vermögenswerte an Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung auf Grund folgender Rechtsvorschriften:

(i) für die britische Besatzungszone
Gesetz Nr. 59 der Militärregierung, abgeändert oder ergänzt durch die Verordnungen Nr. 205, 212, 225, 232, 233, 237, 240 und 243 des britischen Hohen Kommissars durch die Bekanntmachung Nr. 1 zur Verordnung Nr. 233, sowie die Durchführungsverordnungen Nr. 1 bis 13 in den letzten Fassungen;

(ii) für die amerikanische Besatzungszone
Gesetz Nr. 59 der Militärregierung, abgeändert oder ergänzt durch die Änderungen Nr. 1 und 2, durch die Gesetze Nr. 3, 4, 5, 12, 13, 14, 21 (in abgeänderter Fassung) und 30 des amerikanischen Hohen Kommissars, sowie durch die hierzu erlassenen Durchführungsverordnungen;

(iii) für die französische Besatzungszone
Verordnung Nr. 120 des französischen Oberkommandierenden, abgeändert oder ergänzt durch die Verordnungen Nr. 156, 186 und 213 des französischen Oberkommandierenden und durch die Verordnungen Nr. 268 und 274 des französischen Hohen Kommissars, die Verfügung Nr. 177, erlassen auf Grund der Verordnung Nr. 120 (in abgeänderter Fassung) und die Verordnung Nr. 252 des französischen Hohen Kommissars, abgeändert durch die Verordnung Nr. 255;

CHAPTER THREE
Internal Restitution

Article 1

This Chapter relates to:

(a) The restitution of identifiable property to victims of Nazi oppression pursuant to the following legislation:

(i) For the British Zone of Occupation
Military Government Law No. 59, as amended or supplemented by Ordinances No. 205, 212, 225, 232, 233, 237, 240 and 243 of the United Kingdom High Commissioner, by Notice No. 1 under Ordinance No. 233 and by Regulations No. 1 to 13 inclusive in their last amended versions;

(ii) For the United States Zone of Occupation
Military Government Law No. 59, as amended or supplemented by Amendments No. 1 and 2, by Laws No. 3, 4, 5, 12, 13, 14, 21 (as amended) and 30 of the United States High Commissioner and by the regulations issued pursuant thereto;

(iii) For the French Zone of Occupation
Ordinance No. 120 of the French Commander-in-Chief, as amended or supplemented by Ordinances No. 156, 186, and 213 of the French Commander-in-Chief and by Ordinances No. 268 and 274 of the French High Commissioner, Order No. 177 under Ordinance No. 120 (as amended) and Ordinance No. 252 of the French High Commissioner, as amended by Ordinance No. 255;

CHAPITRE TROISIÈME
Restitutions Internes

Article 1

Le présent Chapitre a trait:

(a) à la restitution des biens indentifiables aux victimes de l'oppression nazie, en vertu de la législation suivante:

(i) Pour la Zone Britannique d'Occupation
La Loi N° 59 du Gouvernement Militaire, amendée ou complétée par les Ordonnances N°s 205, 212, 225, 232, 233, 237, 240 et 243 du Haut Commissaire Britannique, l'Avis N° 1 pris en application de l'Ordonnance N° 233 et les Règlements N°s 1 à 13 inclus, dans leur version amendée.

(ii) Pour la Zone Américaine d'Occupation
La Loi N° 59 du Gouvernement Militaire, modifiée ou complétée par les Amendements N°s 1 et 2 ainsi que par les Lois N°s 3, 4, 5, 12, 13, 14, 21 (amendée) et 30 du Haut Commissaire Américain et par les Règlements pris pour leur application.

(iii) Pour la Zone Française d'Occupation
L'Ordonnance N° 120 du Commandant en Chef Français en Allemagne, amendée ou complétée par les Ordonnances N°s 156, 186 et 213 du Commandant en Chef Français en Allemagne et par les Ordonnances N°s 268 et 274 du Haut Commissaire de la République Française, l'Arrêté N° 177 pris en application de l'Ordonnance N° 120 (amendée), et l'Ordonnance N° 252 du Haut Commissaire de la République Française, amendée par l'Ordonnance N° 255.

(b) die Rückerstattung oder Übertragung von Vermögenswerten, die unter dem nationalsozialistischen Regime bei Genossenschaften, Gewerkschaften, Wohltätigkeitsorganisationen und anderen demokratischen Organisationen beschlagnahmt wurden, auf Grund der Direktive Nr. 50 des Kontrollrats und folgender Rechtsvorschriften:

(i) für die britische Zone

Verordnungen Nr. 150 und 159 der Militärregierung, abgeändert durch die Verordnungen Nr. 208 und 227 des britischen Hohen Kommissars und Absatz (3) des Artikels 4 der Verordnung Nr. 202 der Militärregierung;

(ii) für die amerikanische Zone

Gesetz Nr. 58 der Militärregierung, abgeändert oder ergänzt durch den Nachtrag Nr. 1 zu den Durchführungsanweisungen des Gesetzes Nr. 58 der Militärregierung und der Direktive Nr. 50 des Kontrollrats, sowie durch die Durchführungsverordnung Nr. 1 zum Gesetz Nr. 58 der Militärregierung und durch Artikel 2 des Gesetzes Nr. A-14 der Alliierten Hohen Kommission;

(iii) für die französische Zone

Verordnung Nr. 141 des französischen Oberkommandierenden;

(c) die Sperre, Kontrolle, Verwaltung und endgültige Verfügung, im Einklang mit den in den Unterabsätzen (a) und (b) dieses Artikels erwähnten Rechtsvorschriften, bezüglich der in diesen Unterabsätzen ebenfalls erwähnten Vermögenswerte auf Grund der Gesetze Nr. 52 des SHAEF und der Militärregierungen (in den abgeänderten Fassungen), sowie der hierzu erlassenen Durchführungsverordnungen, Anordnungen, Genehmigungen und Anweisungen, soweit sie auf die erwähnten Vermögenswerte oder auf den Ertrag bzw. Erlös aus diesen Vermögenswerten anwendbar sind.

Artikel 2

Die Bundesrepublik erkennt hiermit die Notwendigkeit an und übernimmt die Verpflichtung, die in Artikel 1 dieses Teiles erwähnten Rechtsvorschriften und die dafür vorgesehenen Programme für die Rückerstattung und Übertragung in vollem Umfange und mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln beschleunigt durchzuführen. Die Bundesrepublik wird eine Bundesdienststelle damit betrauen, die Erfüllung der in diesem Artikel übernommenen Verpflichtung unter Beachtung der Vorschriften des Grundgesetzes sicherzustellen. Die nachstehenden Artikel dieses Teiles sind nicht so auszulegen, als beschränkten sie die auf Grund dieses Artikels übernommene Verpflichtung auf die darin bezeichneten Maßnahmen.

(b) The restitution or reallocation of property seized under the National Socialist regime from cooperative societies, trade unions, charitable organizations and other democratic organizations, pursuant to Control Council Directive No. 50 and to the following legislation:

(i) For the British Zone

Military Government Ordinances No. 150 and 159, as amended by Ordinances No. 208 and 227 of the United Kingdom High Commissioner and paragraph 3 of Article 4 of Military Government Ordinance No. 202;

(ii) For the United States Zone

Military Government Law No. 58, as amended or supplemented by Supplement No. 1 to Instructions Implementing Military Government Law No. 58 and Control Council Directive No. 50, by Regulation No. 1 pursuant to Military Government Law No. 58 and by Article 2 of Allied High Commission Law No. A-14;

(iii) For the French Zone

Ordinance No. 141 of the French Commander-in-Chief;

(c) The blocking, control, administration and final disposal, in accordance with the legislation referred to in sub-paragraphs (a) and (b) of this Article, of the property also referred to in those sub-paragraphs pursuant to SHAEF and Military Government Laws No. 52 (as amended) and the regulations, orders, licenses, and instructions issued thereunder, so far as applicable to such property or the proceeds thereof.

Article 2

The Federal Republic hereby acknowledges the need for, and assumes the obligation to implement fully and expeditiously and by every means in its power, the legislation referred to in Article 1 of this Chapter and the programmes for restitution and reallocation thereunder provided. The Federal Republic shall entrust a Federal agency with ensuring the fulfilment of the obligation undertaken in this Article, paying due regard to the provisions of the Basic Law. The following Articles of this Chapter shall not be construed as limiting to the measures therein specified the obligation assumed under this Article.

(b) à la restitution ou la nouvelle attribution des biens saisis, sous le régime national-socialiste, aux sociétés coopératives, syndicats, organisations charitables et autres organisations démocratiques, en vertu de la Directive N° 50 du Conseil de Contrôle et de la législation suivante:

(i) Pour la Zone Britannique d'Occupation

L'Ordonnance N° 150 et l'Ordonnance N° 159 du Gouvernement Militaire, amendées par les Ordonnances N^{os} 208 et 227 du Haut Commissaire Britannique, et le paragraphe 3 de l'Article 4 de l'Ordonnance N° 202 du Gouvernement Militaire.

(ii) Pour la Zone Américaine d'Occupation

La Loi N° 58 du Gouvernement Militaire, amendée ou complétée par l'Additif N° 1 aux instructions prises pour l'application de la Loi N° 58 et de la Directive N° 50 du Conseil de Contrôle, par le Règlement N° 1 édicté en vertu de la Loi N° 58 du Gouvernement Militaire, et par l'Article 2 de la Loi N° A-14 de la Haute Commission Alliée.

(iii) Pour la Zone Française d'Occupation

L'Ordonnance N° 141 du Commandant en Chef Français en Allemagne.

(c) au blocage, au contrôle, à l'administration et à la disposition définitive, conformément aux textes visés dans les alinéas (a) et (b) du présent Article, des biens également visés dans ces alinéas, en vertu des Lois N° 52, amendées, du SHAEF et des Gouvernements Militaires, et des règlements, arrêtés, licences et instructions édictés pour leur application, dans la mesure où ils sont applicables à de tels biens ou au produit de ces biens.

Article 2

La République Fédérale reconnaît la nécessité et assume l'obligation d'appliquer entièrement et dans les meilleurs délais, par tous les moyens en son pouvoir, la législation mentionnée à l'Article 1 du présent Chapitre, ainsi que les programmes de restitutions et de nouvelles attributions qu'elle prévoit. La République Fédérale chargera une agence fédérale du soin d'assurer l'exécution de l'obligation assumée dans le présent Article, compte tenu des dispositions de la Loi Fondamentale. Les articles suivants du présent Chapitre ne seront pas interprétés comme limitant, aux mesures qui y sont précisées, l'obligation assumée aux termes du présent Article.

Artikel 3

(1) Vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikels 6 dieses Teiles bleiben die in Artikel 1 dieses Teiles bezeichneten Rechtsvorschriften in der durch Absatz (2) des Artikels 4 abgeänderten Fassung aufrechterhalten, bis alle Verfahren über Ansprüche auf Grund dieser Vorschriften vollständig erledigt sind. Außerdem bleibt der Teil dieser Rechtsvorschriften, der sich auf die Errichtung, die Rechte und den Fortbestand von Nachfolgeorganisationen und Treuhandkörperschaften bezieht, so lange in Kraft, bis alle diese Organisationen und Körperschaften die Aufgaben erfüllt haben, für die sie geschaffen wurden.

(2) Die Bundesrepublik kann alle Rechtssetzungsbefugnisse, die auf Grund solcher Rechtsvorschriften den Drei Mächten oder einer von ihnen zustehen, im Einklang mit diesen Rechtsvorschriften durch ihre Gesetzgebung und durch Verordnungen der Bundesregierung ausüben.

(3) Die folgenden Verwaltungsbefugnisse des britischen Hohen Kommissars sollen innerhalb der britischen Zone von der Bundesregierung ausgeübt werden:

(a) die Befugnisse nach Artikel IV der Verordnung Nr. 159 der Militärregierung und nach Artikel V der Verordnung Nr. 150, Vorschriften, die vom Prüfungsausschuß für Organisationen allgemeiner Art und vom Gewerkschaftsprüfungsausschuß erlassen worden sind, zu genehmigen;

(b) die Befugnisse nach Artikel V der Verordnung Nr. 159 und nach Artikel VI der Verordnung Nr. 150, beiden Ausschüssen zusätzliche Anweisungen zu erteilen;

(c) die Befugnisse nach Artikel I (abgeänderte Fassung) der Verordnung Nr. 159 und nach Artikel II der Verordnung Nr. 150, Mitglieder der beiden Ausschüsse zu ernennen.

(4) Die Bundesrepublik verpflichtet sich hiermit, in den verschiedenen Besatzungszonen der Drei Mächte, soweit dies zur wirksamen Durchführung der in Artikel 2 dieses Teiles bezeichneten Programme notwendig ist, die bestehenden Verwaltungs- und richterlichen Behörden und Organisationen beizubehalten und auszubauen oder zu ergänzen, die zuständig sind für

(a) die Sperre, Kontrolle, Verwaltung, Freigabe von Vermögenswerten, auf die Ansprüche auf Grund der in Artikel 1 dieses Teiles bezeichneten Rechtsvorschriften erhoben werden können, sowie die Verfügung über diese Vermögenswerte;

(b) die Anmeldung, Prüfung, wertmäßige Feststellung, Entscheidung und endgültige Regelung in bezug auf Ansprüche gemäß diesen Rechtsvorschriften.

Article 3

1. Subject to the provisions of Article 6 of this Chapter, the legislation referred to in Article 1 of this Chapter, as amended in paragraph 2 of Article 4 of this Chapter, shall be maintained in force until all claims filed thereunder have been fully dealt with. Moreover, that portion of such legislation as relates to the establishment, rights and continued existence of successor organizations and trust corporations shall be maintained in force until all such organizations and corporations have completed the tasks for which they were created.

2. The Federal Republic may exercise all legislative powers exercisable by the Three Powers or any of them pursuant to such legislation, in a manner not inconsistent therewith, by means of Federal legislation or of ordinances of the Federal Government.

3. The following administrative powers of the United Kingdom High Commissioner shall be exercisable within the British Zone by the Federal Government:

(a) The powers under Article IV of British Military Government Ordinance No. 159 and Article V of Ordinance No. 150 to approve regulations issued by the General Organizations Claims Commission and the Trades Union Property Claims Commission respectively;

(b) The powers under Article V of Ordinance No. 159 and Article VI of Ordinance No. 150 to issue additional instructions to the two Commissions;

(c) The powers under Article I (as amended) of Ordinance No. 159 and Article II of Ordinance No. 150 to appoint members of the two Commissions.

4. The Federal Republic hereby undertakes to maintain and to augment or supplement in the several Zones of Occupation of the Three Powers, where necessary for the effective carrying out of the programmes referred to in Article 2 of this Chapter, the existing administrative and judicial agencies or organizations which are concerned with

(a) the blocking, control, administration, unblocking and disposal of property subject to claims under the legislation referred to in Article 1;

(b) the filing, investigation assessment, adjudication and final settlement of claims under that legislation.

Article 3

1. — Sous réserve des dispositions de l'Article 6 du présent Chapitre, la législation mentionnée à l'Article 1 du présent Chapitre, telle qu'amendée aux termes du paragraphe 2 de l'Article 4 du présent Chapitre, sera maintenue en vigueur, jusqu'à ce qu'il ait été complètement disposé de toutes les demandes présentées en application de ces textes. En outre, la partie de cette législation qui concerne l'institution, les droits ou la continuité de l'existence des organisations successorales et des « trust corporations » sera maintenue en vigueur jusqu'à ce que ces organisations et « corporations » aient achevé les tâches pour lesquelles elles ont été créées.

2. — La République Fédérale peut exercer tous les pouvoirs législatifs dont l'exercice appartient aux Trois Puissances ou à l'une d'entre elles en vertu de cette législation, d'une manière qui ne soit pas incompatible avec celle-ci, par voie de législation fédérale ou d'ordonnance du Gouvernement Fédéral.

3. — Les pouvoirs administratifs suivants du Haut Commissaire Britannique pourront être exercés dans les limites de la Zone Britannique par le Gouvernement Fédéral:

(a) les pouvoirs d'approuver, conformément à l'Article IV de l'Ordonnance N° 159 du Gouvernement Militaire Britannique et à l'Article V de l'Ordonnance N° 150, des réglementations édictées, respectivement par la « General Organizations Claims Commission » et par la « Trades Union Property Claims Commission »;

(b) les pouvoirs d'édicter, conformément à l'Article V de l'Ordonnance N° 159 et à l'Article VI de l'Ordonnance N° 150, des instructions complémentaires pour les deux Commissions;

(c) les pouvoirs de nommer, conformément à l'Article I (amendé) de l'Ordonnance N° 159 et à l'Article II de l'Ordonnance N° 150, des membres de ces deux Commissions.

4. — La République Fédérale s'engage à maintenir, à augmenter ou à compléter dans les Zones d'Occupation des Trois Puissances, lorsque cela sera nécessaire pour accomplir efficacement les programmes visés à l'Article 2 du présent Chapitre, les organismes ou services existants, administratifs ou judiciaires, qui traitent des questions suivantes:

(a) blocage, contrôle, administration, déblocage et disposition de biens faisant l'objet de demandes en vertu de la législation mentionnée à l'Article 1;

(b) dépôt, instruction, évaluation, décision et règlement définitif des demandes présentées en vertu de cette législation.

(5) Die Bundesrepublik verpflichtet sich ferner:

(a) den Drei Mächten oder ihren Bevollmächtigten zur regelmäßigen Beobachtung und Überprüfung aller Angelegenheiten, auf die sich dieser Teil bezieht, Zugang zu den Verwaltungs- und richterlichen Behörden und Organisationen zu gewähren, auf die in Absatz (4) dieses Artikels Bezug genommen wird, ferner Auskünfte zu erteilen und die diesbezüglichen Akten und Aufzeichnungen vorzulegen;

(b) während der nach deutschem Recht für die Aufbewahrung von Gerichtsakten vorgeschriebenen Frist, vom Inkrafttreten dieses Vertrages an, alle vorhandenen Aufzeichnungen über Gerichts- und Verwaltungsverfahren und sonstige amtliche Maßnahmen, die sich auf die in Absatz (4) dieses Artikels bezeichneten Angelegenheiten beziehen, vollständig aufzubewahren, sowie alle nach Inkrafttreten dieses Vertrages entstehenden derartigen Aufzeichnungen vom Zeitpunkt ihrer Niederschrift an während derselben Frist vollständig aufzubewahren. Diese Frist darf nur verkürzt werden, wenn die Drei Mächte ausdrücklich zustimmen;

(c) das bestehende Verfahren der Berichterstattung an die Drei Mächte oder ihre ermächtigten Dienststellen durch die in Unterabsatz (a) dieses Absatzes bezeichneten Behörden und Organisationen beizubehalten;

(d) jederzeit nach Inkrafttreten dieses Vertrages auf die nicht im Inland ansässigen Personen, die mit Erfolg Ansprüche nach den in Artikel 1 dieses Teiles bezeichneten Rechtsvorschriften geltend gemacht haben, Bestimmungen und Bedingungen bezüglich folgender Geschäfte

(i) Verwendung und Verfügung (einschließlich der Verbringung aus dem Gebiet der Bundesrepublik) hinsichtlich ihnen rückerstatteter oder solcher Vermögenswerte, die als Ersatz aus dem Ertrag bzw. Erlös rückerstatteter Werte erworben worden sind, und

(ii) Verwendung und Verfügung hinsichtlich von Beträgen in Deutscher Mark, die aus der Befriedigung von Rückerstattungsansprüchen und aus der Verwertung rückerstatteter Vermögenswerte herrühren, einschließlich der Umwandlung solcher Beträge in Devisen und deren Ausfuhr

anzuwenden, die nicht ungünstiger sein dürfen als diejenigen, die unmittelbar vor Inkrafttreten dieses Vertrages anwendbar waren oder als die, welche zur Zeit der Vor-

5. The Federal Republic further undertakes

(a) to afford the Three Powers or their authorized agents access to the administrative and judicial agencies or organizations referred to in paragraph 4 of this Article for the regular observation and inspection of all matters dealt with in this Chapter and to furnish information and produce files and records with respect thereto;

(b) to preserve intact for a period equal to the period prescribed by German law for the preservation of judicial records, and running from the entry into force of the present Convention, all records then existing of judicial or administrative proceedings and other official activities relating to the matters referred to in paragraph 4 of this Article; and to preserve intact all such records made after the entry into force of the present Convention for such period from the making of such records. The said period shall be curtailed only if the Three Powers shall expressly so consent;

(c) to continue the existing system of reports from the agencies and organizations referred to in sub-paragraph (a) of this paragraph to the Three Powers or their authorized agencies;

(d) at all times after the entry into force of the present Convention, to apply to non-residents who are successful claimants under the legislation referred to in Article 1 of this Chapter, terms and conditions for the following transactions:

(i) the use and disposal (including the removal from the Federal territory) of property restituted to them, or of property acquired in replacement or with the proceeds thereof, and

(ii) the use and disposal of Deutsche Mark balances resulting from the satisfaction of restitution claims and from the proceeds of the realization of restituted properties including the conversion of such balances into foreign exchange and the transfer abroad of such exchange

which shall be no less favourable than those applicable to them immediately before the entry into force of the present Convention, or than those which may, at the

5. — La République Fédérale s'engage, en outre:

(a) à donner aux Trois Puissances ou à leurs agents qualifiés l'accès aux organismes et services administratifs et judiciaires visés au paragraphe 4 du présent Article, afin qu'ils puissent observer et inspecter régulièrement toutes les matières traitées dans le présent Chapitre, et à fournir les renseignements et à produire les dossiers et archives qui s'y rapportent;

(b) à conserver intactes, pendant une période qui sera égale à celle que prescrit le droit allemand pour la conservation des archives judiciaires, et qui commencera à courir à compter de l'entrée en vigueur de la présente Convention, toutes les archives alors existantes, relatives aux procédures judiciaires ou administratives et à toutes autres activités officielles concernant les domaines mentionnés au paragraphe 4 du présent Article; et à conserver intactes toutes les archives de cette nature constituées après l'entrée en vigueur de la présente Convention pendant la même période à compter de la date de constitution de ces archives. Cette période ne pourra être abrégée que si les Trois Puissances y consentent expressément;

(c) à maintenir la procédure établie relative aux rapports à fournir aux Trois Puissances ou à leurs services autorisés par les organismes et services visés à l'alinéa (a) du présent paragraphe;

(d) à faire bénéficier, à tout moment après l'entrée en vigueur de la présente Convention, les non-résidents qui ont obtenu gain de cause à la suite de demandes présentées en vertu de la législation mentionnée à l'Article 1 du présent Chapitre, de conditions pour les opérations suivantes:

(i) l'utilisation et la disposition (y compris l'enlèvement hors du territoire fédéral) de biens qui leur out été restitués ou de biens acquis en remplacement de ces biens ou avec le produit de ces biens, et

(ii) l'utilisation et la disposition de soldes en Deutsche Mark résultant du paiement de créances de restitution et du produit de la réalisation de biens restitués, y compris la conversion de ces soldes en devises étrangères et le transfert à l'étranger de ces devises;

qui ne seront pas moins favorables que les conditions qui leur seront applicables immédiatement avant l'entrée en vigueur de la présente Convention, ou que celles qui pour-

nahme des Geschäfts auf die Eigentümer anderer Vermögenswerte anwendbar sind, die ihren gewöhnlichen Wohnsitz im Bundesgebiet aufgeben, je nachdem, welche Bedingungen günstiger sind.

(6) Die Verpflichtungen der Bundesrepublik auf Grund dieses Artikels und des Artikels 2 sollen keine unmittelbaren Bindungen hinsichtlich der Einrichtung und der Verwaltungsverfahren von Rückerstattungsbehörden der Länder und von Behörden der Länder, die mit Maßnahmen gemäß Unterabsatz (c) des Artikels 1 befaßt sind, einschließen. Jedoch dürfen die bestehenden Einrichtungen und Verwaltungsverfahren nicht so abgeändert werden, daß dadurch in irgendeiner Weise die volle und beschleunigte Durchführung der in Artikel 2 dieses Teiles erwähnten Rückerstattungsprogramme verhindert oder gefährdet werden könnte.

Artikel 4

(1) Die Bundesrepublik verpflichtet sich hiermit:

(a) die Zahlung an Rückerstattungsberechtigte aus allen Urteilen und Entscheidungen nach Maßgabe des Absatzes (3) zu gewährleisten, die gegen das frühere Deutsche Reich auf Grund der in Artikel 1 dieses Teiles bezeichneten Rechtsvorschriften ergangen sind oder ergehen werden;

(b) alsbald durch geeignete Abmachungen mit Berlin die Haftung für die Zahlung aus allen Urteilen und Entscheidungen gegen das frühere Deutsche Reich gemäß dem geltenden inneren Rückerstattungsrecht der Westsektoren Berlins zu den in diesem Artikel festgesetzten Bedingungen zu übernehmen.

(2) Die in Unterabsatz (a) und (b) des Artikels 1 bezeichneten Rechtsvorschriften gelten als dahin ergänzt, daß Urteile und Entscheidungen, die sich auf Reichsmarkverpflichtungen des früheren Reiches gründen und Geldsummenansprüche betreffen, in einem Verhältnis von zehn Reichsmark zu einer Deutschen Mark in Deutsche Mark umzustellen sind. Urteile und Entscheidungen auf Schadenersatz gegen das frühere Reich gemäß den in Unterabsatz (a) und (b) des Artikels 1 bezeichneten Rechtsvorschriften sollen in Deutscher Mark ergehen und in Übereinstimmung mit den allgemeinen Grundsätzen des deutschen Rechts, die für die Bemessung von Schadenersatz gelten, wie sie im deutschen Bürgerlichen Gesetzbuch festgelegt sind, bemessen werden.

(3) Die Verpflichtung der Bundesrepublik gegenüber den Drei Mächten hinsichtlich von Geldurteilen und -entscheidungen gemäß Absatz (1) dieses Artikels ist erfüllt, wenn diese Urteile und Entscheidungen bezahlt sind, oder wird, wenn die Bundesrepublik dies

time of the transaction, be applicable to owners of other property who give up their ordinary residence in the Federal territory, whichever are the more favourable.

6. The undertakings of the Federal Republic pursuant to this Article and to Article 2 of this Chapter shall not involve any direct obligation with regard to the establishment of the Restitution Agencies of the Laender, and the agencies of the Laender dealing with the matters referred to in sub-paragraph (c) of Article 1 of this Chapter, and their administrative procedures. However, no changes shall be made with regard to existing establishments and administrative procedures which would in any way impede or endanger the full and expeditious implementation of the programmes referred to in Article 2.

Article 4

1. The Federal Republic hereby undertakes

(a) subject to paragraph 3 of this Article, to ensure the payment to restitutees of all judgments or awards which have been or hereafter shall be given or made against the former German Reich under the legislation referred to in Article 1 of this Chapter;

(b) to assume forthwith, by appropriate arrangements with the City of Berlin, liability for the payment, on terms corresponding to those set out in this Article, of all judgments and awards against the former German Reich under the internal restitution legislation in force in the Western Sectors of Berlin.

2. The legislation referred to in sub-paragraphs (a) and (b) of Article 1 of this Chapter shall be deemed to be amended so as to provide that judgments or awards based on indebtedness in Reichsmarks of the former Reich for a sum of money (Geldsummenansprüche) shall be converted into Deutsche Marks at the rate of ten Reichsmarks for one Deutsche Mark. Judgments or awards for compensation which may be given against the former Reich under the legislation referred to in sub-paragraphs (a) and (b) of Article 1 shall be made in Deutsche Marks assessed in accordance with the general principles of German law applicable to the assessment of compensation as set forth in the German Civil Code.

3. The obligation of the Federal Republic to the Three Powers with respect to money judgments and awards under paragraph 1 of this Article shall be satisfied when such judgments and awards shall have been paid or shall, if the Federal

ront, à la date de l'opération, être applicables aux propriétaires d'autres biens qui abandonneront leur résidence habituelle sur le territoire de la République Fédérale, selon celles de ces conditions qui seront les plus favorables.

6. — Les engagements de la République Fédérale, en vertu du présent Article et de l'Article 2 du présent Chapitre, n'impliqueront aucune obligation directe en ce qui concerne l'institution des agences de restitution des Länder ou les agences des Länder qui traitent des matières visées au paragraphe (c) de l'Article 1 du présent Chapitre, et leurs procédures administratives. Toutefois, il ne sera apporté aux institutions et aux procédures administratives existantes aucun changement qui entraverait ou mettrait en péril, de quelque manière que ce soit, l'application totale et rapide des programmes visés à l'Article 2.

Article 4

1. — La République Fédérale s'engage par les présentes :

(a) sous réserve des dispositions du paragraphe 3 du présent Article, à assurer le règlement en faveur des ayants-droit à restitution de tous jugements ou sentences qui ont été ou seront prononcés ou rendus à l'encontre de l'ancien Reich allemand, en vertu de la législation visée à l'Article 1 du présent Chapitre;

(b) à assumer immédiatement, au moyen d'arrangements appropriés avec Berlin, la responsabilité du paiement, à des conditions correspondant à celles fixées au présent Article, de tous jugements et sentences rendus à l'encontre de l'ancien Reich allemand, en vertu de la législation sur les restitutions internes en vigueur dans les secteurs occidentaux de Berlin.

2. — La législation visée aux alinéas (a) et (b) de l'Article 1 du présent Chapitre sera considérée comme amendée, de façon à prévoir que les jugements ou sentences fondés sur les dettes en Reichsmark de l'ancien Reich pour une somme d'argent (Geldsummenansprüche) seront converties en Deutsche Mark au taux de 10 Reichsmark pour 1 Deutsche Mark. Les jugements et sentences portant indemnisation, qui pourront être rendus contre l'ancien Reich allemand en vertu de la législation visée aux alinéas (a) et (b) de l'Article 1, seront prononcés en Deutsche Mark, évalués conformément aux principes généraux du droit allemand applicable à l'évaluation des indemnisations selon le Code Civil allemand.

3. — L'obligation de la République Fédérale à l'égard de Trois Puissances, en ce qui concerne les jugements ou sentences impliquant un versement en espèces en vertu du paragraphe 1 du présent Article, sera remplie lorsque ces jugements et sentences auront

wünscht, als erfüllt angesehen, wenn die Bundesrepublik hierfür eine Gesamtsumme von 1,5 Milliarden DM gezahlt hat. Die Bundesrepublik kann bei der Festsetzung der Zeit und Methode der Zahlung auf Grund solcher Urteile und Entscheidungen ihre Zahlungsfähigkeit berücksichtigen.

Artikel 5

Nachfolgeorganisationen und Treuhandkörperschaften, die auf Grund der in Unterabsatz (a) des Artikels 1 dieses Teiles bezeichneten Rechtsvorschriften bestellt worden sind, ohne Rücksicht darauf, ob sie nach deutschem Recht errichtet sind, genießen gegenwärtig Steuerfreiheit in der Bundesrepublik. Soweit die Steuern ausschließlich dem Bund zufließen, genießen die Organisationen und Körperschaften diese Steuerfreiheit auch weiterhin. Sie sind ferner von allen Sondersteuern, -abgaben und -auflagen befreit, die sich tatsächlich auf das Kapital auswirken und ganz oder zum Teil zu dem besonderen Zweck auferlegt werden, Lasten zu decken, die aus dem Kriege oder aus Reparationen oder Restitutionen an eine der Vereinten Nationen herrühren. Hinsichtlich der Steuern, die ganz oder teilweise den Ländern oder Gemeinden (Gemeindeverbänden) zufließen wird die Bundesregierung eine Sondervereinbarung treffen, die die gemeinnützigen Zwecke dieser Organisationen und Körperschaften berücksichtigt.

Artikel 6

(1) Es wird hiermit ein Oberstes Rückerstattungsgericht errichtet, das in Durchführung der in Unterabsatz (a) des Artikels 1 dieses Teiles bezeichneten Rechtsvorschriften die Nachfolge übernimmt

(a) des Board of Review für die britische Zone;

(b) des Amerikanischen Rückerstattungsberufungsgerichts (Court of Restitution Appeals) für die amerikanische Zone;

(c) des Obergerichts für Rückerstattungssachen (Cour Supérieure pour les Restitutions) in der französischen Zone.

Zusammensetzung, Zuständigkeit, Befugnisse und Obliegenheiten des Obersten Rückerstattungsgerichts richten sich nach der als Anhang beigefügten Satzung des Obersten Rückerstattungsgerichts.

(2) Jedes Gericht, dessen Nachfolge das Oberste Rückerstattungsgericht übernimmt, hat binnen drei Monaten über die bei Inkrafttreten dieses Vertrages im Stadium der endgültigen Erledigung befindlichen Fälle zu entscheiden und alle Fälle, die in diesem Zeitpunkt noch nicht entschieden sind, auf das Oberste Rückerstattungsgericht überzuleiten. Für die Zwecke dieses

Republic so requests, be considered to have been satisfied when the Federal Republic shall have paid a total of DM 1,500,000,000 thereon. In determining the time and method of payment of such judgments and awards, the Federal Republic may take into consideration its capacity to pay.

Article 5

Successor organizations and trust corporations appointed pursuant to the legislation referred to in sub-paragraph (a) of Article 1 of this Chapter, whether or not organized under German law, now enjoy immunity from taxation in the Federal Republic. With regard to taxes the proceeds of which accrue exclusively to the Federation, the organizations and corporations shall continue to enjoy this immunity. They shall also be exempt from any exceptional taxes, levies and imposts, the incidence of which is in fact upon capital assets, imposed in whole or in part for the specific purpose of meeting charges arising out of the war, or out of reparation or restitution to any of the United Nations. With regard to taxes the proceeds of which accrue, in whole or in part, to the Laender, Gemeinden or Gemeindeverbaende, the Federal Government will enter into a separate arrangement having in mind the charitable purposes of these organizations and corporations.

Article 6

1. There is hereby established a Supreme Restitution Court to succeed, under the legislation referred to in sub-paragraph (a) of Article 1 of this Chapter:

(a) The Board of Review for the British Zone;

(b) The United States Court of Restitution Appeals of the Allied High Commission for Germany for the United States Zone;

(c) The Higher Court of Restitution (Cour Supérieure pour les Restitutions) for the French Zone.

The composition, jurisdiction, powers and duties of the Supreme Restitution Court shall be as prescribed by the Charter of the Supreme Restitution Court annexed to this Chapter

2. Each Tribunal to which the Supreme Restitution Court succeeds shall within three months decide those cases in process of final disposition on the entry into force of the present Convention and shall refer to the Supreme Restitution Court all cases not decided at the end of that period. For the purposes of the present Convention, cases which a tribunal, on the

été réglés ou sera, si la République Fédérale le demande, considérée comme ayant été remplie lorsque la République Fédérale aura versé une somme totale de 1.500 millions de DM. à cet effet. En vue de la détermination de l'époque et de la méthode de règlement de ces jugements et sentences, la République Fédérale pourra tenir compte de sa capacité de paiement.

Article 5

Les organisations successorales et les « trust corporations » désignées en application de la législation mentionnée au paragraphe (a) de l'Article 1 du présent Chapitre, qu'elles soient ou non constituées selon le droit allemand, jouissent actuellement de l'immunité fiscale dans la République Fédérale. En ce qui concerne les impôts dont le produit revient exclusivement à la Fédération, les organisations et « corporations » continueront à jouir de cette immunité. Elles seront également exemptées de tous impôts, taxes ou droits exceptionnels dont l'incidence frappe, en fait, le capital et qui sont prélevés, en tout ou en partie dans le but spécifique de faire face aux charges résultant de la guerre ou des réparations ou restitutions au profit de l'une quelconque des Nations-Unies. En ce qui concerne les impôts dont le produit revient en tout ou en partie aux Länder, aux Gemeinden ou aux Gemeindeverbände, le Gouvernement Fédéral conclura un arrangement séparé en prenant en considération les objectifs charitables de ces organisations ou « corporations ».

Article 6

1. — Il est institué une Cour Suprême des Restitutions qui, aux termes de la législation mentionnée à l'alinéa (a) du paragraphe 1 de l'Article 1 du présent Chapitre succédera :

(a) en Zone Britannique, à la Commission de Révision (Board of Review);

(b) en Zone Américaine, à la Cour d'Appel des Restitutions Américaine de la Haute Commission Alliée en Allemagne (United States Court of Restitution Appeals of the Allied High Commission in Germany);

(c) en Zone Française, à la Cour Supérieure pour les Restitutions.

La composition, la compétence, les pouvoirs et les obligations de la Cour Suprême des Restitution sont définis par la Charte de la Cour Suprême des Restitutions annexée au présent Chapitre.

2. — Chaque juridiction à laquelle succède la Cour Suprême des Restitutions statuera dans les trois mois sur les affaires qui, lors de l'entrée en vigueur de la présente Convention, seront en voie d'être définitivement réglées, et soumettra à cette Cour toutes les affaires sur lesquelles une décision définitive n'aura pas été prise à la fin de cette période. Pour l'ap-

Vertrages gelten Fälle, die ein Gericht bei Inkrafttreten dieses Vertrages noch nicht zu untersuchen und richterlich zu würdigen begonnen hat oder lediglich in bezug auf das Verfahren untersucht und richterlich gewürdigt hat, nicht als Fälle, die bei Inkrafttreten dieses Vertrages sich im Stadium der endgültigen Erledigung befinden.

entry into force of the present Convention, has not begun to investigate and consider judicially, or has investigated and considered judicially only in regard to matters of procedure, shall not be considered as cases which, on the entry into force of the present Convention, were in process of final disposition.

plication de la présente Convention, ne seront pas considérées comme des affaires qui, lors de l'entrée en vigueur de la présente Convention, seraient en voie d'être définitivement réglées, les affaires qu'une juridiction, à l'entrée en vigueur de la présente Convention, n'a pas commencé à instruire ou à examiner judiciairement ou n'a instruites ou examinées judiciairement qu'au point de vue de la procédure.

ANHANG
ZUM DRITTEN TEIL

Satzung des Obersten Rückerstattungsgerichtes

Artikel 1

(1) Das Gericht besteht aus

(a) dem Präsidenten des Gerichtes,

(b) dem Präsidium (Presidential Council),

(c) drei Senaten (Divisions).

(2) Jeder Senat besteht aus mindestens fünf Richtern, einem Geschäftsstellenleiter und einer Geschäftsstelle und ausreichendem Personal, um seine Aufgaben wirksam zu erfüllen.

(3) Staatsvertreter können bei jedem der Senate in der Weise ernannt werden, wie die Bundesregierung und die Regierungen der Drei Mächte dies gegebenenfalls beschließen. Absatz (3), (4) und (5) des Artikels 2, Absatz (1), (4), (5) und (6) des Artikels 3 gelten entsprechend.

(4) Ein Senat wird aufgelöst, wenn keine Fälle mehr zu bearbeiten sind. Damit endet die Amtszeit aller seiner Richter. Das Gericht wird mit Auflösung des letzten Senats aufgelöst.

(5) Das Gericht hat seinen Sitz in Herford. Der erste Senat des Gerichts hat seinen Sitz in Rastatt, der zweite in Herford und der dritte in Nürnberg.

(6) Das Präsidium kann jeweils mit Zustimmung der Bundesregierung und der Regierungen der Drei Mächte bestimmen

(a) einen neuen Sitz für das Gericht oder einen seiner Senate;

(b) die Zahl der Richter, die von jedem Senat zusätzlich zu den gemäß Artikel 2 ernannten Richtern benötigt werden;

(c) den Zeitpunkt der Auflösung eines jeden Senats;

(d) die Aufstellung von Verwaltungs- und anderem nichtrichterlichen Personal, das das Gericht oder ein Senat benötigt, soweit dies nicht durch diese Satzung bestimmt ist.

ANNEX
TO CHAPTER THREE

Charter of the Supreme Restitution Court

Article 1

1. The Court shall consist of

(a) the President of the Court,

(b) the Presidential Council (Praesidium),

(c) three Divisions (Senate).

2. Each Division shall be composed of at least five justices, a Clerk and registry, with sufficient personnel to carry out its functions effectively.

3. State Counsel may be appointed to any of the Divisions in such a manner as the Governments of the Three Powers and the Federal Government may decide. Paragraphs 3, 4 and 5 of Article 2 and paragraphs 1, 4, 5 and 6 of Article 3 of the present Charter shall apply *mutatis mutandis.*

4. A Division shall be dissolved when no further cases remain to be dealt with by it. The terms of office of all its justices shall thereupon terminate. The Court shall be dissolved on the same date as the last active Division is dissolved.

5. The seat of the Court shall be at Herford The First Division of the Court shall have its seat at Rastatt, the Second Division at Herford and the Third Division at Nuremberg.

6. The Presidential Council may from time to time with the approval of the Governments of the Three Powers and the Federal Government determine

(a) a new seat for the Court or any of its Divisions,

(b) the number of justices required by any of the Divisions in addition to those appointed in accordance with Article 2.

(c) the date of dissolution of each of the Divisions.

(d) the establishment of administrative and other non-judicial staff required by the Court or any of its Divisions, so far as this is not provided for in the present Charter.

ANNEXE
AU CHAPITRE TROISIÈME

Charte de la Cour Suprême des Restitutions

Article 1

1. — La Cour est composée:

(a) du Président de la Cour;

(b) du Conseil des Présidents (Präsidium);

(c) de trois Chambres (Senate).

2. — Chaque Chambre est composée d'au moins cinq juges, d'un greffier et d'un greffe, ainsi que du personnel suffisant pour accomplir efficacement ses travaux.

3. — Un Commissaire du Gouvernement peut être désigné auprès de l'une quelconque des Chambres de la Cour dans les conditions que les Gouvernements des Trois Puissances et le Gouvernement Fédéral pourront déterminer. Les paragraphes 3, 4 et 5 de l'Article 2 et les paragraphes 1, 4, 5 et 6 de l'Article 3 de la présente Charte s'appliqueront *mutatis mutandis* aux Commissaires du Gouvernement.

4. — La dissolution d'une Chambre doit être prononcée lorsque celle-ci n'a plus à connaître d'aucune affaire. Les fonctions de ses membres prennent fin à ce moment. La Cour sera dissoute à la date de la dissolution de celle de ses Chambres qui restera la dernière en activité.

5. — Le siège de la Cour est à Herford. La Première Chambre a son siège à Rastatt, la Deuxième Chambre à Herford et la Troisième Chambre à Nuremberg.

6. — Le Conseil des Présidents peut, avec l'approbation des Gouvernements des Trois Puissances et du Gouvernement Fédéral:

(a) désigner un nouveau siège pour la Cour ou l'une de ses Chambres;

(b) fixer le nombre des juges requis par l'une quelconque des Chambres en plus de ceux nommés conformément à l'Article 2;

(c) fixer la date de dissolution de chacune des Chambres;

(d) arrêter, dans la mesure où cette question n'est pas résolue par la présente Charte, le nombre, le statut et l'affectation du personnel administratif ou non judiciaire nécessaire à la Cour ou à l'une de ses Chambres.

(7) Unbeschadet des Absatzes (6) dieses Artikels reicht das Präsidium bei der Bundesregierung und den Regierungen der Drei Mächte jährlich Berichte ein, worin sein Bedarf an richterlichem und anderem Personal für die auf den Zeitpunkt des Berichtes folgenden zwölf Monate angegeben wird. Der erste Bericht wird zwischen dem vierzehnten und siebzehnten Monat nach Inkrafttreten dieser Satzung unterbreitet.

Artikel 2

(1) Die fünf in Absatz (2) des Artikels 1 dieses Teiles bezeichneten Richter werden wie folgt ernannt:

(a) zwei Richter von der Bundesregierung;

(b) zwei Richter von der Regierung der Französischen Republik im Falle des ersten Senats, zwei von der Regierung des Vereinigten Königreichs im Falle des zweiten Senats und zwei von der Regierung der Vereinigten Staaten im Falle des dritten Senats;

(c) ein Richter, der weder deutscher Staatsangehöriger noch Staatsangehöriger einer der Drei Mächte sein darf, durch Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und der Regierung der in Unterabsatz (b) dieses Absatzes zur Ernennung von Richtern für den betreffenden Senat bezeichneten Macht (nachfolgend als „die beteiligte Macht" bezeichnet) oder, in Ermangelung einer solchen Vereinbarung, vom Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes.

(2) Die Bundesregierung und die Regierungen der Drei Mächte geben ihre gemäß Absatz (1) dieses Artikels erforderlichen ersten Ernennungen spätestens bei Inkrafttreten dieser Satzung bekannt. Zum gleichen Zeitpunkt einigen sich die Bundesregierung und die beteiligte Macht auf den in Unterabsatz (c) des Absatzes (1) dieses Artikels genannten Richter. Ist innerhalb eines Monats nach diesem Zeitpunkt dieser Richter nicht ernannt worden, so können entweder die Bundesregierung oder die beteiligte Macht den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes um eine solche Ernennung ersuchen Wenn die Bundesregierung und die beteiligte Macht innerhalb eines Monats nach der Genehmigung eines Beschlusses des Präsidiums gemäß Unterabsatz (b) des Absatzes (6) des Artikels 1, daß ein zusätzlicher Richter notwendig ist, hinsichtlich der Ernennung eines Richters, der nicht einseitig von der Bundesregierung oder der beteiligten Macht zu ernennen ist, keine Einigung erzielen können, finden die Bestimmungen des vorstehenden Satzes Anwendung.

7. Without prejudice to the provisions of paragraph 6, the Presidential Council shall render annual reports to the Governments of the Three Powers and the Federal Government setting forth its requirements for judicial and orther personnel for the twelve months next following the date of the report. The first report shall be rendered between the fourteenth and seventeenth month after the entry into force of the present Charter.

Article 2

The five justices referred to in paragraph 2 of Article 1 shall be appointed as follows:

(a) Two justices appointed by the Government of the French Republic in the case of the First Division; two by the Government of the United Kingdom in the case of the Second Division; and two by the Government of the United States in the case the Third Division;

(b) Two justices appointed by the Federal Government;

(c) One justice who shall be neither a national of any of the Three Powers nor a German national, and who shall be appointed by agreement between the Government of the Power designated in sub-paragraph (a) of this paragraph to appoint justices to the Division concerned (hereinafter referred to as "the Power concerned") and the Federal Government, or failing such agreement, by the President of the International Court of Justice.

2. The Governments of the Three Powers and the Federal Government shall make known their first appointments pursuant to paragraph 1 of this Article not later than the date of entry into force of the Present Charter. By the same date the Power concerned and the Federal Government shall agree upon the justice referred to in sub-paragraph (c) of paragraph 1. If he has not been appointed within one month after that date, either the Power concerned or the Federal Government may request the President of the International Court of Justice to appoint him. The provisions of the preceding sentence shall also apply if the Power concerned and the Federal Government fail to agree on the appointment of an additional justice who is not to be appointed unilaterally by the Power concerned or the Federal Government, within one month after approval of a decision of the Presidential Council under sub-paragraph (b) of paragraph 6 of Article 1 of the present Charter that such an additional justice is required.

7. — Sans préjudice des dispositions du paragraphe 6, le Conseil des Présidents fera aux Gouvernements des Trois Puissances et au Gouvernement Fédéral un rapport annuel exposant ses besoins en personnel judiciaire ou autre pour les douze mois suivant immédiatement la date de ce rapport. Le premier rapport sera établi entre le quatorzième et le dix-septième mois après l'entrée en vigueur de la présente Charte.

Article 2

1. — Les cinq juges, visés au paragraphe 2 de l'Article 1, sont nommés ainsi qu'il suit:

(a) deux juges nommés par le Gouvernement de la République Française pour la Première Chambre, deux juges nommés par le Gouvernement du Royaume-Uni pour la Deuxième Chambre et deux juges nommés par le Gouvernement des États-Unis d'Amérique pour la Troisième Chambre;

(b) deux juges nommés par le Goùvernement Fédéral;

(c) un juge qui n'est ni un ressortissant de l'une des Trois Puissances, ni un ressortissant allemand, nommé par accord entre le Gouvernement de la Puissance chargée, à l'alinéa (a) du présent paragraphe, de nommer des juges à la Chambre intéressée (ci-après désignée «la Puissance intéressée») et le Gouvernement Fédéral, ou, à défaut d'un tel accord, par le Président de la Cour Internationale de Justice.

2. — Les Gouvernements des Trois Puissances et le Gouvernement Fédéral notifieront, au plus tard à la date d'entrée en vigueur de la présente Charte, les premières nominations effectuées en vertu du paragraphe 1 du présent Article. A la même date, la Puissance intéressée et le Gouvernement Fédéral se mettront d'accord pour nommer le juge visé à l'alinéa (c) du paragraphe 1. Si, dans un délai d'un mois après la date précitée, ce juge n'a pas été nommé, la Puissance intéressée ou le Gouvernement Fédéral peut prier le Président de la Cour Internationale de Justice de procéder à cette nomination. Les dispositions de la phrase précédente s'appliqueront également si la Puissance intéressée et le Gouvernement Fédéral ne sont pas parvenus, dans le délai d'un mois après la décision du Conseil des Présidents prise en application de l'alinéa (b) du paragraphe 6 de l'Article 1 de la présente Charte, et aux termes de laquelle un juge supplémentaire est nécessaire, à un accord sur la nomination d'un juge qui ne doit pas être nommé unilatéralement par la Puissance intéressée ou par le Gouvernement Fédéral.

(3) Die von den Regierungen der Drei Mächte ernannten Richter müssen die Befähigung nach Maßgabe der in Artikel 1 des vorstehenden Teiles dieses Vertrages bezeichneten Rechtsvorschriften besitzen. Die von der Bundesregierung ernannten Richter müssen zum Richteramt in einem Lande der Bundesrepublik befähigt sein. Die anderen Richter müssen die in dem Lande ihrer Staatsangehörigkeit oder ihres Wohnsitzes für die Ernennung zum Richteramt erforderlichen oder gleichwertige Befähigungen besitzen.

(4) Das Präsidium kann den Sitz eines Richters für freigeworden erklären, wenn nach seiner Auffassung der Richter ohne hinreichenden Grund

(a) einer Sitzung ferngeblieben ist, für die er ordnungsgemäß bestimmt war, oder

(b) seine Obliegenheiten in sonstiger Weise gewissenhaft zu erfüllen unterlassen hat.

(5) Die Ernennung zur Besetzung einer Stelle, die durch den Ablauf der Dienstzeit eines Richters, seinen Tod, seinen Rücktritt oder seine Amtsenthebung gemäß dem vorstehenden Absatz frei geworden ist, erfolgt in gleicher Weise wie die Ernennung des zu ersetzenden Mitgliedes innerhalb eines Monats nach Freiwerden der Stelle.

Artikel 3

(1) Unbeschadet der Vorschriften des Absatzes (4) des Artikels 1 werden alle Richter erstmalig für eine Amtszeit von zwei Jahren ernannt, und ihre Amtszeit verlängert sich danach für jeweils ein Jahr. Ein Richter ist mindestens sechs Monate im voraus schriftlich davon zu benachrichtigen, wenn seine Amtszeit nach Ablauf nicht verlängert wird. Diese Benachrichtigung erfolgt im Falle eines von der Bundesregierung ernannten Richters durch diese, im Falle eines von der Regierung einer der Drei Mächte ernannten Richters durch die beteiligte Macht, und im Falle eines von der Bundesregierung und der Regierung einer der Drei Mächte gemeinsam oder von dem Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes ernannten Richters durch die Bundesregierung und die beteiligte Macht. Unterbleibt diese Benachrichtigung, so verbleibt er für ein weiteres Jahr im Amt.

(2) Ein Richter kann jederzeit auf eigenen Wunsch aus seinem Amt ausscheiden. Er hat sein Amt bis zum Amtsantritt seines Nachfolgers fortzuführen.

(3) Außer in den Fällen des Absatzes (4) des Artikels 2 darf kein Richter während seiner Amtszeit seines Amtes enthoben werden.

(4) Den Richtern dürfen keine nichtrichterlichen Aufgaben übertragen werden; sie dürfen keine Tätigkeit ausüben, die mit der Wahrnehmung ihres Amtes unvereinbar ist, noch bei

3. The justices appointed by the Governments of the Three Powers shall be qualified in accordance with the legislation referred to in Article 1 of the foregoing Chapter. The justices appointed by the Federal Government shall be qualified for judicial office in a Land of the Federal Republic. The other justices shall have the qualifications required in the country of which they are nationals or residents for appointment to judicial office or equivalent qualifications.

4. The Presidential Council may declare a vacancy for a justice if, in its opinion, a justice has, without reasonable excuse, failed

(a) to attend a meeting for which he has been duly designated, or

(b) otherwise to perform his duties diligently.

5. The appointment to fill a vacancy created by the expiration of the term of office, death, resignation, or removal from office in accordance with the preceding paragraph of a justice shall be made in the same manner as his appointment within one month of the vacancy occuring.

Article 3

1. Subject to the provisions of paragraph 4 of Article 1 of the present Charter, all justices shall be appointed in the first instance for a period of two years and their terms of office may be renewed thereafter for successive periods of one year. At least six months' notice in writing shall be given to a justice of intention not to renew his term of office. A justice appointed by the Government of one of the Three Powers shall be notified of such intention by the Power concerned, a justice appointed by the Federal Government shall be notified of such intention by it, and a justice appointed by the Government of one of the Three Powers and the Federal Government jointly or by the President of the International Court of Justice shall be notified of such intention by the Power concerned and the Federal Government. In the absence of notice, a justice shall continue in office for a period of one year.

2. Any justice may at any time resign his office. But he shall continue in office until his successor has taken office.

3. No justice may be dismissed from office, except in accordance with paragraph 4 of Article 2 of the present Charter.

4. No justice shall be assigned to any nonjudicial function, engage in any activity incompatible with the exercise of his duties, or participate in the adjudication of any claim with

3. — Les juges nommés par les Gouvernements des Trois Puissances doivent remplir les conditions prévues par la législation visée à l'Article 1 du Chapitre qui précède. Les juges nommés par le Gouvernement Fédéral doivent remplir les conditions requises pour accéder aux fonctions judiciaires dans un Land de la République Fédérale. Les autres juges doivent remplir les conditions requises dans les pays dont ils sont ressortissants ou dans lesquels ils résident, pour accéder aux fonctions judiciaires, ou remplir des conditions équivalentes.

4. — Le Conseil des Présidents peut déclarer vacant le poste d'un juge s'il estime que celui-ci a, sans excuse valable:

(a) omis d'assister à une audience pour laquelle il avait été régulièrement désigné;

(b) failli de toute autre façon à l'exercice diligent de ses fonctions.

5. — Il est pourvu au siège devenu vacant à l'expiration d'un mandat, ou par la mort d'un juge, sa démission ou sa révocation survenue conformément aux dispositions du paragraphe précédent, selon la méthode suivie pour sa nomination et dans un délai d'un mois à compter de la date à laquelle se produit la vacance.

Article 3

1. — Sous réserve des dispositions du paragraphe 4 de l'Article 1 de la présente Charte, les juges sont nommés en premier lieu pour deux ans et leurs fonctions peuvent être renouvelées par périodes successives d'une année. Lorsqu'il n'est pas envisagé de renouveler les fonctions d'un juge, celui-ci doit en être informé par un préavis de six mois. Les juges nommés par le Gouvernement de l'une des Trois Puissances seront avisés de cette intention par la Puissance intéressée, les juges nommés par le Gouvernement Fédéral seront avisés de cette intention par celui-ci et les juges nommés par le Gouvernement de l'une des Trois Puissances et le Gouvernement Fédéral en commun ou par le Président de la Cour Internationale de Justice seront avisés de cette intention par la Puissance intéressée et le Gouvernement Fédéral. A défaut d'une telle notification, ce juge sera maintenu en fonctions pour une nouvelle période d'une année.

2. — Un juge peut, en tout temps, résigner ses fonctions, mais il devra continuer à les exercer jusqu'à l'entrée en fonctions de son successeur.

3. — Aucun juge ne peut être démis de ses fonctions, sauf dans les cas prévus au paragraphe 4 de l'Article 2 de la présente Charte.

4. — Aucun juge ne peut être affecté à des fonctions autres que judiciaires; il ne peut se livrer à aucune activité incompatible avec l'exercice de ses fonctions, ni participer au règlement

der Entscheidung in einer Sache mitwirken, mit der sie in irgendeiner Eigenschaft es sei denn als Mitglied eines Gerichtes, dessen Nachfolge das Oberste Gericht übernommen hat, vorher befaßt waren, oder an der sie unmittelbar interessiert sind. In Zweifelsfällen über die Anwendung der Bestimmungen dieses Absatzes entscheidet der Senat gemäß Artikel 8.

(5) (a) Die Richter haben während ihrer Amtszeit den Rang der entsprechenden Mitglieder des Bundesgerichtshofes und genießen während ihrer Amtszeit und nach deren Ablauf Immunität gegenüber gerichtlicher Verfolgung für Handlungen, die sie in Ausübung ihres Amtes vorgenommen haben.

(b) Die nichtdeutschen Richter genießen im Bundesgebiet während ihrer Amtszeit die Vorrechte und Immunitäten, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen zustehen.

(6) Die Richter haben sich vor Aufnahme ihrer Tätigkeit in öffentlicher Sitzung zu verpflichten, ihr Amt unparteiisch und gewissenhaft auszuüben.

Artikel 4

(1) Den Vorsitz in jedem Senat führt der gemäß Unterabsatz (c) des Absatzes (1) des Artikels 2 ernannte Richter (Senatspräsident). Falls er verhindert ist, wird er von einem Richter vertreten der vom Präsidium aus dem Kreise der anderen Richter, die nicht einseitig von der Bundesregierung oder der beteiligten Macht ernannt worden sind, auszuwählen ist.

(2) Der Senatspräsident oder sein Stellvertreter führt bei allen Sitzungen seines Senats den Vorsitz; er verteilt die Geschäfte unter den Mitgliedern des Senats, bestimmt die Sitzungstermine und ist allgemein für die Verwaltung seines Senats verantwortlich.

Artikel 5

(1) Der Präsident des ersten Senats führt für den Rest des Kalendermonats, in dem diese Satzung in Kraft tritt, und für die nächsten vier folgenden vollen Kalendermonate das Amt des Präsidenten des Gerichtes. Danach führen es die Senatspräsidenten abwechselnd jeweils für die Dauer von vier Kalendermonaten.

(2) Das Präsidium besteht aus den folgenden neun Mitgliedern:

(a) dem Präsidenten des Gerichtes und den beiden anderen Senatspräsidenten oder ihren Stellvertretern

(b) einem von der Bundesregierung bestimmten Richter aus jedem Senat oder seinem Stellvertreter,

which he has been previously concerned in any capacity, except as a member of a tribunal to which the Court succeeds, or in which he has a direct interest. Differences of opinion regarding the applicability of this paragraph shall be resolved by the appropriate Division in accordance with Article 8 of the present Charter.

5. (a) Every justice shall, during his term of office, have the rank of an equivalent member of the Federal Supreme Court and shall, both during and after his term of office, enjoy immunity from suit in respect of acts performed by him in the exercise of his official duties.

(b) A justice who is not a German national shall, during his term of office, enjoy in the Federal territory the same privileges and immunities as are accorded members of diplomatic missions.

6. Each justice shall, before taking office, make a declaration at a public session that he will exercise his duties impartially and conscientiously.

Article 4

1. Each Division shall be presided over by the justice appointed pursuant to sub-paragraph (c) of paragraph 1 of Article 2 of the present Charter. When he is unable to act, he shall be replaced by a deputy designated by the Presidential Council from the justices not appointed unilaterally by the Power concerned or the Federal Government.

2. The presiding justice or his deputy shall preside at all sittings of his Division, shall fix the time of the sittings, shall determine how the business of the Division shall be divided between its justices and shall be generally responsible for its administration.

Article 5

1. The presiding justice of the First Division shall act as President of the Court for the remainder of the calendar month in which the present Charter enters into force and for the four full calendar months next following. Thereafter, the presiding justice of each Division in his turn shall so act for four calendar months at a time.

2. The Presidential Council shall consist of the following nine persons:

(a) The President of the Court and the other two presiding justices of Divisions, or their respective deputies;

(b) A justice from each Division or his deputy designated by the Power concerned;

d'aucune affaire dans laquelle il est intéressé directement ou dont il a eu à connaître à quelque titre que ce soit, à moins qu'il s'en soit occupé en qualité de membre d'une juridiction à laquelle la Cour a succédé. En cas de contestation sur l'application du présent paragraphe, la Chambre compétente statue, conformément aux dispositions de l'Article 8 de la présente Charte.

5. — (a) Pendant la durée de leur mandat, les juges ont le même rang que les membres de la Cour Suprême Fédérale exerçant des fonctions équivalentes, et jouissent pendant la durée de leur mandat et après l'expiration de celui-ci de l'immunité de juridiction, à raison des actes accomplis dans l'exercice de leurs fonctions.

(b) Les juges qui ne sont pas de nationalité allemande jouissent en outre sur le territoire fédéral des privilèges et immunitées accordés aux membres des missions diplomatiques.

6. — Tout juge doit, avant d'entrer en fonctions, prendre, en séance publique l'engagement d'exercer ses attributions en pleine impartialité et en toute conscience.

Article 4

1. — Chaque Chambre est présidée par le juge nommé conformément à l'alinéa (c) du paragraphe 1 de l'Article 2 de la présente Charte. Ce juge, lorsqu'il n'est pas en mesure de présider, est remplacé par un juge suppléant désigné par le Conseil des Présidents parmi les juges qui ne sont pas nommés unilatéralement par la Puissance intéressée ou par le Gouvernement Fédéral.

2. — Le juge président d'une Chambre ou son suppléant préside toutes les séances de la Chambre, fixe les dates des audiences, décide de la manière dont les affaires de la Chambre seront distribuées entre ses membres et assume d'une façon générale les responsabilités de l'administration de sa Chambre.

Article 5

1. — Le juge président de la Première Chambre assumera les fonctions de Président de la Cour pendant le restant du mois au cours duquel la présente Charte entrera en vigueur, et continuera à les exercer pendant les quatre mois suivants. Par la suite, les juges présidents des Chambres assumeront la présidence de la Cour à tour de rôle, chacun pendant quatre mois.

2. — Le Conseil des Présidents est composé des neuf personnes suivantes:

(a) le Président de la Cour et les deux autres juges présidents des Chambres, ou leurs suppléants respectifs;

(b) un juge de chaque Chambre, ou son suppléant, désigné par la Puissance intéressée;

(c) einem von der beteiligten Macht bestimmten Richter aus jedem Senat oder seinem Stellvertreter.

(3) Das Präsidium entscheidet mit Stimmenmehrheit der neun Mitglieder, im Falle des Absatzes (4) des Artikels 2 mit Zweidrittelmehrheit.

(4) Das Präsidium tritt am Sitze des Gerichtes jeweils zusammen, wenn der Präsident dies bestimmt.

(5) Das Präsidium ist zuständig

(a) auf Verlangen eines seiner Mitglieder Fragen zu prüfen, die von gemeinsamem Interesse für mehr als einen Senat sind, und die Senatspräsidenten entsprechend zu unterrichten,

(b) über die Auslegung oder Anwendung dieser Satzung und über alle sonstigen Angelegenheiten, die ihm diese Satzung überträgt, zu entscheiden,

(c) die folgenden Befugnisse auszuüben, die durch die in Artikel 1 des vorstehenden Teiles bezeichneten Rechtsvorschriften verliehen sind:

(i) die Befugnisse des Hauptrechtsberaters gemäß Artikel 5 der Durchführungsverordnung Nr. 6 zum Gesetz Nr. 59 der britischen Militärregierung, Verfahrensvorschriften zu genehmigen, und

(ii) die Befugnisse des britischen Hohen Kommissars gemäß Artikel 2 Ziffer 8 und Artikel 3 Ziffer 4 der Durchführungsverordnung Nr. 8 in der Fassung der Durchführungsverordnung Nr. 11 zum Gesetz Nr. 59 der britischen Militärregierung, Verfahrensvorschriften zu genehmigen, und gemäß Verordnung Nr. 233 des britischen Hohen Kommissars, Organisationen durch Bekanntmachung zuzulassen.

(6) Das Präsidium ernennt die Geschäftsstellenleiter des Gerichts gemäß den Vorschlägen nach Absatz (1) des Artikels 6; diese sind jedoch unmittelbar und ausschließlich dem Präsidenten ihres Senats verantwortlich. Das Präsidium kann auch sein eigenes Verwaltungspersonal ernennen; dieses ist der Aufsicht des Präsidenten des Gerichtes unterworfen und kann von der Bundesregierung vorgeschlagen werden, falls das Präsidium dies wünscht.

(7) Das Präsidium kann seine eigenen Verfahrensvorschriften bestimmen.

Artikel 6

(1) Die Geschäftsstellenleiter des Gerichts werden wie folgt vorgeschlagen:

(a) der Geschäftsstellenleiter des ersten Senats von der Regierung der Französischen Republik,

(b) der Geschäftsstellenleiter des zweiten Senats von der Regierung des Vereinigten Königreichs,

(c) A justice from each Division or his deputy designated by the Federal Government.

3. The Council shall decide by a majority vote of the nine members, except in cases arising under paragraph 4 of Article 2 of the present Charter, when a two-thirds majority shall be necessary.

4. The Council shall meet at the seat of the Court at such times as the President shall decide.

5. The Council shall be competent

(a) to consider, at the request of any of its members, questions which are of common interest to more than one Division and to inform the presiding justices of the Divisions accordingly;

(b) to decide concerning the interpretation or application of the present Charter, or concerning any other matters assigned to its competence by the present Charter;

(c) to exercise the following powers conferred by the legislation referred to in Article 1 of the foregoing Chapter;

(i) the power of the Principal Legal Adviser, under Article 5 of Regulation No. 6 under British Military Government Law No. 59, to approve rules of procedure; and

(ii) the powers of the United Kingdom High Commissioner, under paragraph 8 of Article 2 and paragraph 4 of Article 3 of Regulation No. 8, as amended by Regulation No. 11, under British Military Government Law No. 59, to approve rules of procedure; and, under his Ordinance No. 233, to approve agencies by notice.

6. The Presidential Council shall appoint the Court Clerks nominated under paragraph 1 of Article 6 of the present Charter, but they shall be directly and exclusively responsible to the presiding justices of the Divisions to which they are appointed. The Presidential Council may also appoint its own administrative staff, which shall be subject to the control of the President of the Court and may be nominated by the Federal Government if the Presidential Council so desires.

7. The Council may determine its own rules of procedure.

Article 6

1. The Court Clerks shall be nominated as follows:

(a) The Clerk of the First Division, by the Government of the French Republic;

(b) The Clerk of the Second Division, by the Government of the United Kingdom;

(c) un juge de chaque Chambre, ou son suppléant, désigné par le Gouvernement Fédéral.

3. — Les décisions du Conseil seront acquises à la majorité des neuf membres, sauf dans les cas tombant sous le coup du paragraphe 4 de l'Article 2 de la présente Charte, cas dans lesquels la majorité des deux tiers est nécessaire.

4. — Le Conseil se réunit au siège de la Cour aux dates fixées par le Président.

5. — Le Conseil est compétent pour:

(a) examiner, à la demande d'un de ses membres, les questions qui intéressent simultanément plusieurs Chambres et conseiller en conséquence les juges présidents des Chambres;

(b) statuer sur l'interprétation ou l'application de la présente Charte, ainsi que sur toutes autres questions qui, en vertu de ladite Charte, relèvent de sa compétence;

(c) exercer les pouvoirs suivants conférés par la législation visée à l'Article 1 du Chapitre qui précède :

(i) le pouvoir du « Principal Legal Adviser », en vertu de l'Article 5 du Règlement N° 6 pris en application de la Loi N° 59 du Gouvernement Militaire Britannique, d'approuver les règles de procédure;

(ii) les pouvoirs du Haut Commissaire Britannique en vertu du paragraphe 8 de l'Article 2 et du paragraphe 4 de l'Article 3 du Règlement N° 8 modifié par le Règlement N° 11 pris en application de la Loi N° 59 du Gouvernement Militaire Britannique, d'approuver les règles de procédure et, en vertu de l'Ordonnance N° 233 du Haut Commissaire Britannique, d'approuver des « Agencies » par un avis.

6. — Le Conseil nomme les greffiers sur proposition faite conformément au paragraphe 1 de l'Article 6 de la présente Charte, mais ceux-ci seront directement et exclusivement responsables devant les juges présidents des Chambres auprès desquelles ils sont nommés. Le Conseil peut également nommer son propre personnel administratif qui relèvera du Président de la Cour et pourra être proposé par le Gouvernement Fédéral si le Conseil désire qu'il en soit ainsi.

7. — Le Conseil peut établir ses propres règles de procédure.

Article 6

1. — Les Greffiers seront proposés de la façon suivante :

(a) le greffier de la Première Chambre, par le Gouvernement de la République Française;

(b) le greffier de la Deuxième Chambre, par le Gouvernement du Royaume-Uni;

(c) der Geschäftsstellenleiter des dritten Senats von der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika.

(2) Jeder Geschäftsstellenleiter hat die gleichen Befugnisse und Obliegenheiten wie der Geschäftsstellenleiter oder Sekretär des Gerichtes, dessen Nachfolge sein Senat übernimmt, sowie diejenigen zusätzlichen Obliegenheiten, die ihm von seinem Senatspräsidenten zugewiesen werden.

(3) Absatz (3), (4) und (5) des Artikels 2 und Absatz (4) und (5) des Artikels 3 dieser Satzung finden auf die Geschäftsstellenleiter des Gerichtes entsprechende Anwendung.

Artikel 7

(1) Die Bundesrepublik unterhält auf ihre Kosten die gegenwärtig bestehenden Einrichtungen und Räumlichkeiten, die von den Gerichten benutzt werden, deren Nachfolge das Gericht übernimmt, und erstellt diejenigen zusätzlichen Einrichtungen und Räumlichkeiten, die das Gericht auf Beschluß des Präsidiums jeweils anfordert.

(2) (a) Die Gehälter und Vergütungen des richterlichen, Verwaltungs- und sonstigen Personals des Gerichtes, das von der Regierung einer der Drei Mächte vorgeschlagen, ernannt oder beschäftigt wird, werden von der beteiligten Macht nach Beratung mit der Bundesregierung festgesetzt und bezahlt und von der Bundesrepublik der beteiligten Macht erstattet.

(b) Die Gehälter und Vergütungen des richterlichen, Verwaltungs- und sonstigen Personals des Gerichtes, das von der Bundesregierung vorgeschlagen, ernannt oder beschäftigt wird, werden von der Bundesregierung nach Beratung mit der beteiligten Macht festgesetzt und von der Bundesrepublik bezahlt.

(c) Die Gehälter und Vergütungen der Richter, die nicht einseitig von der Bundesregierung oder der beteiligten Macht ernannt werden, werden im Einvernehmen zwischen der Bundesregierung und den Regierungen der Drei Mächte festgesetzt und von der Bundesrepublik bezahlt.

(3) Alle in Unterabsatz (a) und (b) des Absatzes (2) genannten Personen unterstehen jeweils der verwaltungsmäßigen und dienststrafrechtlichen Aufsicht der vorschlagenden, ernennenden oder beschäftigenden Regierung, soweit eine solche Aufsicht mit den Bestimmungen dieser Satzung vereinbar ist.

Artikel 8

(1) Alle Angelegenheiten sind von fünf Richtern des zuständigen Senats zu entscheiden, von denen einer der Präsident oder sein Stellvertreter ist, während zwei von der Bundesregierung ernannte Richter und zwei von der beteiligten Macht ernannte Richter sind.

(c) The Clerk of the Third Division, by the Government of the United States.

2. Each Court Clerk shall have the same powers and duties as the Clerk or Secretary of the tribunal to which his Division succeeds and such additional duties as shall be assigned to him by the presiding justice of that Division.

3. Paragraphs 3, 4 and 5 of Article 2 and paragraphs 4 and 5 of Article 3 of the present Charter shall apply *mutatis mutandis* to the Court Clerks.

Article 7

1. The Federal Republic shall maintain at its own cost and expense the existing facilities and accommodations in use by the tribunals to which the Court succeds and shall provide such additional facilities and accommodations as the Court may, according to a decision of the Presidential Council, from time to time require.

2. (a) The salaries and allowances of the judicial, administrative and other staff of the Court which is nominated, appointed, or employed by the Government of any of the Three Powers shall be fixed and paid by that Power in consultation with the Federal Government. Such salaries and allowances shall be reimbursed to that Power by the Federal Republic.

(b) The salaries and allowances of the judicial, administrative and other staff which are nominated, appointed, or employed by the Federal Government shall be fixed by the Federal Government, in consultion with the Power concerned, and paid by the Federal Republic.

(c) The salaries and allowances of justices who are not appointed unilaterally by the Power concerned or the Federal Government shall be fixed by agreement between the Governments of the Three Powers and the Federal Government and paid by the Federal Republic.

3. All persons referred to in subparagraphs (a) and (b) of paragraph 2 of this Article shall be subject to the administrative and disciplinary control of the appointing, nominating or employing Government, so far as such a control is not inconsistent with the present Charter.

Article 8

1. All matters shall be adjudicated by five justices of the appropriate Division, of whom one shall be the President or his deputy, two shall be justices appointed by the Power concerned, and two shall be justices appointed by the Federal Government.

(c) le greffier de la Troisième Chambre, par le Gouvernement des États-Unis d'Amérique.

2. — Les greffiers auront respectivement les mêmes pouvoirs et attributions que les greffiers ou secrétaires de la juridiction à laquelle leur Chambre succède, ainsi que les obligations complémentaires qui pourront leur être assignées par les juges présidents de leurs Chambres respectives.

3. — Les paragraphes 3, 4 et 5 de l'Article 2 et les paragraphes 4 et 5 de l'Article 3 de la présente Charte s'appliqueront *mutatis mutandis* aux greffiers de la Cour.

Article 7

1. — La République Fédéral maintiendra à ses propres frais et dépens les installations et services actuellement existants et utilisés par les juridictions auxquelles succède la Cour; elle pourvoira à toutes installations ou à tous services supplémentaires dont la Cour pourra éventuellement faire la demande conformément à une décision du Conseil des Présidents.

2. — (a) Les traitements et indemnités du personnel judiciaire, administratif et autre de la Cour, proposé, nommé ou employé par le Gouvernement de l'une des Trois Puissances sont fixés et payés par cette Puissance en consultation avec le Gouvernement Fédéral; ces traitements et indemnités seront remboursés à cette Puissance par la République Fédérale.

(b) Les traitements et indemnités du personnel judiciaire, administratif et autre, proposé, nommé ou employé par le Gouvernement Fédéral sont fixés par celui-ci en consultation avec la Puissance intéressée et payés par la République Fédérale.

(c) Les traitements et indemnités des juges qui ne sont pas nommés unilatéralement par la Puissance intéressée ou par le Gouvernement Fédéral, sont fixés par accord entre les Gouvernements des Trois Puissances et le Gouvernement Fédéral et payés par la République Fédérale.

3. — Les personnes visées aux alinéas (a) et (b) du paragraphe 2 du présent Article seront soumises au contrôle administratif et disciplinaire du Gouvernement qui les a proposées ou nommées ou qui les emploie, dans la mesure où un tel contrôle n'est pas incompatible avec la présente Charte.

Article 8

1. — Toutes les affaires sont jugées par cinq juges de la Chambre intéressée dont l'un est le Président, ou son suppléant, deux sont des juges nommés par la Puissance intéressée et les deux autres des juges nommés par le Gouvernement Fédéral.

(2) Die Entscheidungen des Senats ergehen mit Stimmenmehrheit und sind endgültig, vorbehaltlich der Bestimmungen des Absatzes (3) des Artikels 9.

(3) Die Öffentlichkeit ist zu allen mündlichen Verhandlungen zugelassen.

(4) Die Beratungen des Präsidiums und der Senate sind geheim.

Artikel 9

(1) Das Gericht übt seine Gerichtsbarkeit und sonstigen Befugnisse durch seine Senate wie folgt aus:

(a) Der erste Senat übt die Gerichtsbarkeit und sonstigen Befugnisse des durch Verordnung Nr. 252 des französischen Hohen Kommissars errichteten Obergerichtes für Rückerstattungssachen aus;

(b) der zweite Senat übt die Gerichtsbarkeit und sonstigen Befugnisse des durch Durchführungsverordnung Nr. 6 zum Gesetz Nr. 59 der britischen Militärregierung errichteten Board of Review aus;

(c) der dritte Senat übt die Gerichtsbarkeit und sonstigen Befugnisse des durch Gesetz Nr. 21 (in abgeänderter Fassung) des amerikanischen Hohen Kommissars errichteten Court of Restitution Appeals aus.

(2) Die in Artikel 1 des vorstehenden Teiles bezeichneten Rechtsvorschriften sind demgemäß so auszulegen und anzuwenden, daß bei den in der französischen Zone geltenden Rechtsvorschriften an die Stelle des Obergerichts für Rückerstattungssachen der erste Senat, bei den in der britischen Zone geltenden Rechtsvorschriften an die Stelle des Board of Review der zweite Senat und bei den in der amerikanischen Zone geltenden Rechtsvorschriften an die Stelle des Court of Restitution Appeals der dritte Senat tritt.

(3) Die Entscheidungen des Schiedsgerichtes auf Grund des Absatzes (2) des Artikels 9 der Satzung des in Artikel 9 des Vertrages über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten bezeichneten Schiedsgerichtes und die Bestimmungen des Artikels 10 jener Satzung sind für das Gericht und alle deutschen Gerichte und Behörden bindend, soweit diese Entscheidungen und Bestimmungen die Zuständigkeit des Gerichtes betreffen.

Artikel 10

(1) Die Amtssprachen des Präsidiums sind deutsch, französisch und englisch.

(2) Im übrigen sind die Amtssprachen des Gerichtes:

(a) in dem ersten Senat deutsch und französisch,

(b) in dem zweiten und dritten Senat deutsch und englisch.

2. Decisions of the Divisions shall be given by majority vote and shall be final subject only the provisions of paragraph 3 of Article 9 of the present Charter.

3. The public shall be admitted to all formal hearings (muendliche Verhandlungen).

4. The deliberations of the Presidential Council and of the Divisions shall be secret.

Article 9

1. The Court shall exercise powers and jurisdiction through its Divisions as follows:

(a) The First Division shall exercise the powers and jurisdiction of the Higher Restitution Court established by Ordinance No. 252 of the French High Commissioner;

(b) The Second Division shall exercise the powers and jurisdiction of the Board of Review established by Regulation No. 6 under British Military Government Law No. 59;

(c) The Third Division shall exercise the powers and jurisdiction of the Court of Restitution Appeals established by Law No. 21 (as amended) of the United States High Commissioner.

2. The legislation referred to in Article 1 of the foregoing Chapter shall accordingly be construed and applied by substituting the First Division for the Higher Restitution Court in legislation applicable in the French Zone, the Second Division for the Board of Review in legislation applicable in the British Zone, and the Third Division for the Court of Restitution Appeals in legislation applicable in the United States Zone.

3. Decisions of the Arbitration Tribunal pursuant to paragraph 2 of Article 9 of the Charter of the Arbitration Tribunal referred to in Article 9 of the Convention on Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Germany and the provisions of Article 10 of that Charter shall be binding on the Court and on all German courts and authorities, so far as those decisions and provisions concern the extent of the jurisdiction of the Court.

Article 10

1. The official languages of the Presidential Council shall be French, English and German.

2. Otherwise, the official languages of the Court shall be,

(a) for the First Division, French and German;

(b) for the Second and Third Divisions, English and German.

2. — Les décisions d'une Chambre sont prises à la majorité des voix; elles sont définitives sous réserve des dispositions du paragraphe 3 de l'Article 9 de la présente Charte.

3. — Le public est admis à assister à tous les débats (mündliche Verhandlungen).

4. — Les délibérations du Conseil des Présidents et des Chambres demeureront secrètes.

Article 9

1. — La Cour exerce ses pouvoirs et sa compétence par l'intermédiaire de ses Chambres, de la façon suivante:

(a) la Première Chambre a les pouvoirs et la compétence de la Cour Supérieure pour les Restitutions instituée par l'Ordonnance N° 252 du Haut Commissaire Français;

(b) la Deuxième Chambre a les pouvoirs et la compétence de la Commission de Révision (Board of Review) instituée par le Règlement N° 6 pris en application de la Loi N° 59 du Gouvernement Militaire Britannique;

(c) la Troisième Chambre a les pouvoirs et la compétence de la Cour d'Appel des Restitutions (Court of Restitution Appeals) instituée par la Loi N° 21, amendée, du Haut Commissaire des États-Unis.

2. — La législation visée à l'Article 1 du Chapitre qui précède sera, en conséquence, interprétée et appliquée en substituant la Première Chambre à la Cour Supérieure pour les Restitutions dans la législation applicable en zone française, la Deuxième Chambre à la Commission de Révision dans la législation applicable en zone britannique et la Troisième Chambre à la Cour d'Appel des Restitutions dans la législation applicable en zone américaine.

3. — Les décisions du Tribunal d'Arbitrage, rendues conformément aux dispositions du paragraphe 2 de l'Article 9 de la Charte du Tribunal d'Arbitrage visé à l'Article 9 de la Convention sur les Relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale d'Allemagne et les dispositions de l'Article 10 de cette Charte, lieront la Cour et toutes les juridictions et autorités allemandes, dans la mesure où ces décisions et dispositions se rapportent à l'étendue de la compétence de la Cour.

Article 10

1. — Les langues officielles du Conseil des Présidents sont le français, l'anglais et l'allemand.

2. — Les langues officielles de la Cour sont:

(a) — pour la Première Chambre, le français et l'allemand;

(b) — pour la Deuxième et la Troisième Chambres, l'anglais et l'allemand.

VIERTER TEIL

Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung

(1) Die Bundesrepublik erkennt die Verpflichtung an, Personen, die wegen ihrer politischen Überzeugung, ihrer Rasse, ihres Glaubens oder ihrer Weltanschauung verfolgt wurden und hierdurch Schaden an Leben, Körper, Gesundheit, Freiheit, Eigentum, Vermögen oder in ihrem wirtschaftlichen Fortkommen erlitten haben (mit Ausschluß feststellbaren Vermögens, das der Rückerstattung unterliegt), eine angemessene Entschädigung nach Maßgabe der Bestimmungen der Absätze (2) und (3) dieses Teiles sicherzustellen. Ferner werden Personen, die aus Gründen der Nationalität unter Mißachtung der Menschenrechte verfolgt wurden und gegenwärtig politische Flüchtlinge sind, die den Schutz ihres früheren Heimatlandes nicht mehr genießen, eine angemessene Entschädigung erhalten, soweit ihnen ein dauernder Gesundheitsschaden zugefügt worden ist.

(2) In Erfüllung dieser Verpflichtung übernimmt es die Bundesrepublik:

(a) in Zukunft die einschlägigen Rechtsvorschriften im Bundesgebiet für die Anspruchsberechtigten nicht ungünstiger zu gestalten als die gegenwärtig geltenden Rechtsvorschriften;

(b) ferner beschleunigt Rechtsvorschriften zu erlassen, welche die gegenwärtig in den verschiedenen Ländern geltenden Rechtsvorschriften ergänzen und abändern und welche, vorbehaltlich der Bestimmungen des vorstehenden Unterabsatzes (a), im gesamten Bundesgebiet eine nicht weniger günstige Grundlage für die Entschädigung bilden als die gegenwärtig in den Ländern der amerikanischen Zone geltenden Rechtsvorschriften;

(c) dafür Sorge zu tragen, daß die in Unterabsatz (b) bezeichneten Rechtsvorschriften den besonderen, auf die Verfolgung selbst zurückzuführenden Verhältnissen in billiger Weise Rechnung tragen, einschließlich des durch die Verfolgung oder durch Handlungen der verfolgenden Stellen bedingten Verlustes und der hierdurch herbeigeführten Vernichtung von Akten und Schriftstücken, sowie des durch die Verfolgung verursachten Todes oder Verschwindens von Zeugen und verfolgten Personen;

(d) die wirksame und beschleunigte Verhandlung und Entscheidung über einschlägige Entschädigungsansprüche und ihre Befriedigung ohne Diskriminierung irgendwelcher Gruppen oder Klassen verfolgter Personen sicherzustellen;

CHAPTER FOUR

Compensation for Victims of Nazi Persecution

1. The Federal Republic acknowledges the obligation to assure in accordance with the provisions of paragraphs 2 and 3 of this Chapter adequate compensation to persons persecuted for their political convictions, race, faith or ideology, who thereby have suffered damage to life, limb, health, liberty, property, their possessions or economic prospects (excluding identifiable property subject to restitution). Furthermore, persons persecuted by reason of nationality, in disregard of human rights, who are now political refugees and no longer enjoy the protection of their former home country shall receive adequate compensation where permanent injury has been inflicted on their health.

2. In the discharge of this obligation, the Federal Republic undertakes

(a) that legislation in this field in the Federal territory shall in the future be not less favourable to claimants than the legislation in force;

(b) that, furthermore, there shall be enacted expeditiously legislation supplementing and amending the legislation now in force in the various Laender which shall, subject to the provisions of sub-paragraph (a) of this paragraph, afford a basis throughout the Federal territory for compensation no less favourable than is afforded in the legislation now in force in the Laender of the United States Zone;

(c) that the legislation referred to in sub-paragraph (b) of this paragraph shall adequately take into account the special conditions arising from the persecution itself, including the loss and destruction of records and documents resulting from the conditions of the persecution or the acts of the persecuting agencies and the death or disappearance of witnesses and of persecuted persons as a result of the persecution;

(d) that the effective and expeditious processing, determination and satisfaction of claims for compensation in this field shall be assured without discrimination against any groups or classes of persecuted persons;

CHAPITRE QUATRIÈME

Indemnisation des Victimes de la Persécution Nazie

Article unique

1. — La République Fédérale reconnait l'obligation d'assurer, conformément aux dispositions des paragraphes 2 et 3 du présent Article, une indemnisation appropriée aux personnes persécutées en raison de leurs opinions politiques, de leur race, de leur religion ou de leur idéologie, et qui, de ce fait, ont subi un préjudice dans leur vie, dans leur intégrité corporelle, dans leur santé, dans leur liberté ou dans leur patrimoine, ou des dommages relatifs aux biens qu'elles possédaient ou aux avantages économiques qu'elles pouvaient espérer (à l'exception des biens indentifiables soumis à restitution). En outre, les personnes persécutées en raison de leur nationalité en méconnaissance des droits de l'homme, qui sont maintenant des réfugiés politiques et qui ne jouissent plus de la protection de leur ancien pays d'origine, recevront une indemnisation appropriée lorsqu'elles auront subi des dommages permanents à leur santé.

2. — Pour s'acquitter de cette obligation, la République Fédérale s'engage:

(a) à ce que la législation édictée dans ce domaine sur le territoire fédéral ne soit, dans l'avenir, pas moins favorable pour les demandeurs que la législation actuellement en vigueur;

(b) à ce qu'en outre, il soit édicté, dans les meilleurs délais, une législation complétant et amendant la législation actuellement en vigueur dans les différents Länder, qui, sous réserve des dispositions de l'alinéa (a) du présent paragraphe, fournira sur l'ensemble du territoire fédéral une base d'indemnisation au moins aussi favorable que celle que fournit la législation actuellement en vigueur dans les Länder de la Zone Américaine;

(c) à ce que la législation visée à l'alinéa (b) du présent paragraphe tienne compte, d'une manière équitable, des conditions particulières résultant de la persécution ellemême, y compris la perte et la destruction des archives et des documents, consécutives aux conditions de la persécution ou aux actes des persécuteurs, ainsi que de la mort ou de la disparition des témoins et des victimes à la suite de la persécution;

(d) à ce que soient assurées l'efficacité et la rapidité des procédures, des décisions et de leur exécution, en ce qui concerne les demandes d'indemnisation présentées dans ce domaine, sans qu'il y ait discrimination à l'égard d'aucun groupe ou d'aucune catégorie de personnes persécutées;

(e) in allen Fällen, in denen ein bei den zuständigen Behörden erhobener Entschädigungsanspruch nach den damals geltenden Rechtsvorschriften abgewiesen wurde, in denen aber ein solcher Anspruch auf Grund ergänzender oder an ihre Stelle getretener gemäß Unterabsatz (b) erlassener Rechtsvorschriften begründet wäre, dem Verfolgten die Möglichkeit zu gewähren, seinen Anspruch trotz der früher erfolgten Abweisung erneut geltend zu machen;

(f) die Bereitstellung ausreichender Mittel durch die Bundesrepublik zur Befriedigung aller Ansprüche auf Grund der in Unterabsatz (a) und (b) bezeichneten Rechtsvorschriften nach Maßgabe des Absatzes (3) dieses Artikels sicherzustellen.

(3) Die Zahlungsfähigkeit der Bundesrepublik kann bei der Festsetzung der Zeit und Methode für Entschädigungszahlungen gemäß Absatz (1) dieses Teiles sowie bei der Bereitstellung ausreichender Mittel gemäß Unterabsatz (f) des Absatzes (2) dieses Teiles berücksichtigt werden.

(4) Die Bundesrepublik verpflichtet sich:

(a) soweit nichtdeutsche Staatsangehörige oder nicht im Bundesgebiet wohnhafte Personen betroffen sind, den Drei Mächten oder den von ihnen ermächtigten Stellen angemessene Möglichkeiten zu gewähren, alle in diesem Teil behandelten Angelegenheiten zu beobachten;

(b) während der nach deutschem Recht für die Aufbewahrung von Gerichtsakten vorgeschriebenen Frist vom Inkrafttreten dieses Vertrages an alle vorhandenen Aufzeichnungen über Gerichts- und Verwaltungsverfahren und sonstige amtliche Maßnahmen, die sich auf die in diesem Teile bezeichneten Angelegenheiten beziehen, vollständig aufzubewahren, sowie alle nach Inkrafttreten dieses Vertrages entstehenden derartigen Aufzeichnungen vom Zeitpunkt ihrer Niederschrift an während derselben Frist vollständig aufzubewahren. Diese Frist darf nur verkürzt werden, wenn die Drei Mächte ausdrücklich zustimmen.

(e) that in all cases where a claim for compensation submitted to the competent authorities has been disallowed under the legislation then in force, but where such a claim would be admissible under supplementary or replacement legislation enacted in accordance with subparagraph (b) of this paragraph, the persecuted person shall be assured the possibility of submitting again his claim in spite of the previous rejection thereof;

(f) that the provision of funds adequate to meet all claims under the legislation referred to in subparagraphs (a) and (b) of this paragraph shall be ensured by the Federal Republic in accordance with paragraph 3 of this Chapter.

3. The capacity to pay of the Federal Republic may be taken into consideration in determining the time and method of compensation payments under paragraph 1 of this Chapter and in providing adequate funds under sub-paragraph (f) of paragraph 2.

4. The Federal Republic undertakes

(a) insofar as non-German nationals or non-residents of the Federal territory are involved, to afford adequate opportunities to the Three Powers or their authorized agents for the observation of all matters dealt with in this Chapter; and

(b) to preserve intact for a period equal to the period prescribed by German law for the preservation of judicial records, and running from the entry into force of the present Convention, all records then existing of judicial or administrative proceedings and other official activities relating to the matters referred to in this Chapter; and to preserve intact all such records made after the entry into force of the present Convention for such period from the making of such records. The said period shall be curtailed only if the Three Powers shall expressly so consent.

(e) à ce que, dans tous les cas où une demande d'indemnisation présentée aux autorités compétentes a déjà été rejetée en vertu de la législation alors en vigueur, mais ou cette même demande serait recevable en vertu d'une législation de complément ou de remplacement édictée conformément à l'alinéa (b) du présent paragraphe, la possibilité soit assurée à la victime de présenter à nouveau sa demande, malgré le précédent rejet de celle-ci;

(f) à ce que la fourniture de fonds, dans une mesure appropriée au paiement de toutes les demandes admises en application de la législation visée aux alinéas (a) et (b) du présent paragraphe, soit assurée par la République Fédérale conformément au paragraphe 3 du présent Article.

3. — La capacité de paiement de la République Fédérale pourra être prise en considération pour la détermination de l'époque et de la méthode des paiements d'indemnisation visés au paragraphe 1 du présent Article et lors de la fourniture des fonds appropriés en application de l'alinéa (f) du paragraphe 2 du même Article.

4. — La République Fédérale s'engage:

(a) dans la mesure où des ressortissants non-allemands ou des personnes ne résidant pas sur le territoire fédéral sont en cause, à donner aux Trois Puissances ou à leurs agents qualifiés la possibilité d'exercer leur observation dans les domaines visés au présent Chapitre;

(b) à conserver intactes, pendant une période qui sera égale à celle que prescrit le droit allemand pour la conservation des archives judiciaires, et qui commencera à courir à compter de la date d'entrée en vigueur de la présente Convention, toutes les archives alors existantes, relatives aux procédures judiciaires ou administratives et à toutes autres activités officielles concernant les domaines mentionnés au présent Chapitre, et à conserver intactes toutes les archives de même nature constituées après l'entrée en vigueur de la présente Convention, pendant la même période à compter de la date de constitution de ces archives. Cette période ne pourra être abrégée que si les Trois Puissances y consentent expressément.

FÜNFTER TEIL

Äußere Restitutionen

Artikel 1

(1) Mit Inkrafttreten dieses Vertrages wird die Bundesrepublik eine Verwaltungsdienststelle errichten und ausstatten, die nach den in diesem Teil und dem Anhang dazu enthaltenen Bestimmungen nach Schmucksachen, Silberwaren und antiken Möbeln (sofern die einzelnen Gegenstände einen erheb-

CHAPTER FIVE

External Restitution

Article 1

1. Upon the entry into force of the present Convention, the Federal Republic shall establish, staff and equip an administrative agency which shall, as provided in this Chapter and the Annex thereto, search for, recover and restitute jewellery, silverware and antique furniture (where indivi-

CHAPITRE CINQUIÈME

Restitutions Externes

Article 1

1. — Lors de l'entrée en vigueur de la présente Convention, la République Fédérale instituera et équipera une agence administrative, dont elle recrutera le personnel, qui sera chargée, dans les conditions prévues dans le présent Chapitre et dans l'Annexe qui lui est jointe, de la recherche,

lichen Wert haben) sowie nach Kulturgütern zu forschen, sie zu erfassen und zu restituieren hat, falls diese Gegenstände und Kulturgüter während der Besetzung eines Gebiets von den Truppen oder Behörden Deutschlands oder seiner Verbündeten oder von deren einzelnen Mitgliedern (auf Befehl oder ohne Befehl) durch Zwang (mit oder ohne Anwendung von Gewalt), durch Diebstahl, Requisition oder andere Formen erzwungener Besitzentziehung erlangt und aus diesem Gebiete entfernt worden waren.

(2) Bei Kulturgütern, die sich vor dem in Artikel 5 dieses Teiles jeweils genannten Zeitpunkt in dem betreffenden Land befanden, ist die Restitution auch durchzuführen,

(a) wenn diese Gegenstände durch Schenkung, sei es unter direktem oder indirektem Druck, sei es mit Rücksicht auf die amtliche Stellung des Beschenkten erworben waren;

(b) wenn sie durch Kauf erworben waren, es sei denn, sie seien zum Zweck des Verkaufs in das betreffende Land gebracht worden.

(3) Bei Schmucksachen, Silberwaren und antiken Möbeln kann die Restitution verweigert werden, wenn nachgewiesen wird, daß die betreffenden Sachen entfernt wurden, nachdem sie von dem ursprünglichen Eigentümer gegen Entgelt auf Grund eines gewöhnlichen Handelsgeschäftes erworben waren, selbst wenn die Bezahlung in Besatzungswährung erfolgt war.

(4) Der Ausdruck „Kulturgüter" umfaßt bewegliche Sachen von religiösem, künstlerischem, urkundlichem, wissenschaftlichem oder historischem Wert oder von entsprechender Bedeutung, einschließlich von Gegenständen, die sich üblicherweise in Museen, öffentlichen oder privaten Sammlungen, Bibliotheken oder historischen Archiven befinden. Der Ausdruck „antik" bezieht sich auf Sachen, die bei Inkrafttreten dieses Vertrages mindestens einhundert Jahre alt sind. Der Ausdruck „erheblicher Wert" bedeutet einen Wert von mindestens 200 000 französischen Franken der Kaufkraft vom 1. Januar 1951.

(5) Die in Absatz (1) dieses Artikels genannte Dienststelle wird den Drei Mächten oder ihren Beauftragten über die von ihr behandelten Angelegenheiten auf Antrag Auskunft erteilen und über ihre Tätigkeit vierteljährlich berichten. Die Unterlagen der Dienststelle sind so lange aufzubewahren, bis etwas anderes vereinbart wird.

Artikel 2

(1) Restitution gemäß Artikel 1 dieses Teiles kann bei der Bundesregierung nur von der Regierung des Staates beantragt werden, aus dessen Gebiet die Sache entfernt wurde. Die Bundesregierung kann einen Restitutionsantrag ablehnen, wenn dieser bereits

dual articles are of substantial value), and cultural property, if such articles or cultural property were, during the occupation of any territory, removed therefrom by the forces or authorities of Germany or its Allies or their individual members (whether or not pursuant to orders) after acquisition by duress (with or without violence), by larceny, by requisitioning or by other forms of dispossession by force.

2. In the case of cultural property which was present in the country concerned prior to the date applicable to that country as specified in Article 5 of this Chapter, restitution shall also be made

(a) if it was acquired by way of gift made under direct or indirect pressure or in consideration of the official position of the recipient;

(b) if it was acquired by way of purchase, unless it had been brought into the country concerned for the purpose of sale.

3. In the case of jewellery, silverware or antique furniture, restitution may be denied if it is established that the property concerned was removed after acquisition from the original owner for value by way of a regular commercial transaction, even if payment was made in occupation currency.

4. The term "cultural property" shall comprise movable goods of religious, artistic, documentary, scholary or historic value, or of equivalent importance, including objects customarily found in museums, public or private collections, libraries or historic archives. The term "antique" shall mean property which upon the entry into force of the present Convention is one hundred or more years old. The term "substantial value" shall mean a value of not less than 200,000 French francs at the 1 January 1951 purchasing power.

5. The agency referred to in paragraph 1 of this Article will give information on matters dealt with by it to the Three Powers or their representatives on request and submit quarterly reports on its activity. The records of the agency shall be preserved until otherwise agreed.

Article 2

1. Restitution pursuant to Article 1 of this Chapter may be requested from the Federal Government only by the Government of the State from the territory of which the property was removed. The Federal Government may reject a restitution request if such

de la récupération et de la restitution des bijoux, de l'argenterie et des meubles anciens (lorsque chacun de ces objets est d'une valeur substantielle) et des biens culturels, si ces objets ou biens culturels ont été, au cours de l'occupation d'un territoire, enlevés de ce territoire par les forces ou les autorités de l'Allemagne ou de ses alliés ou par leurs membres individuellement, que ce soit par ordre ou sans ordre, à la suite d'une acquisition par contrainte, avec ou sans violence, par vol, par réquisition ou par toute autre forme de dépossession forcée.

2. — Dans le cas de biens culturels qui se trouvaient dans le pays intéressé antérieurement à la date applicable à ce pays, telle qu'elle est spécifiée à l'Article 5 du présent Chapitre, la restitution sera également opérée:

(a) si ces biens ont été acquis par voie de don effectué sous une pression directe ou indirecte, ou en raison de la position officielle du donataire;

(b) s'ils ont été acquis par voie d'achat, à moins que les biens n'aient été introduits dans le pays intéressé aux fins de revente.

3. — Dans le cas des bijoux, de l'argenterie ou des meubles anciens, la restitution peut être refusée s'il est établi que le bien en cause a été enlevé après avoir été acquis du propriétaire primitif contre paiement dans le cadre d'une opération commerciale régulière, même si le règlement en a été opéré en monnaie d'occupation.

4. — L'expression « biens culturels » désigne les biens mobiliers présentant une valeur religieuse, artistique, documentaire, éducative ou historique ou une importance équivalente; cette définition comprend les objets du genre de ceux qui se trouvent habituellement dans les musées, les collections publiques ou privées, les bibliothèques ou les archives historiques. Le terme « ancien » s'applique aux meubles datant de cent ans ou plus à la date d'entrée en vigueur de la présente Convention. L'expression « valeur substantielle » signifie une valeur au moins égale à 200.000 francs français, compte tenu du pouvoir d'achat du franc au 1er Janvier 1951.

5. — L'agence visée au paragraphe 1 du présent Article communiquera aux Trois Puissances ou à leurs représentants, sur demande, des renseignements sur les matières qu'elle traite et fournira des rapports trimestriels sur son activité. Les archives de l'agence seront conservées jusqu'à ce qu'il en ait été convenu autrement.

Article 2

1. — Toute restitution en application de l'Article 1 du présent Chapitre ne peut être demandée au Gouvernement Fédéral que par le Gouvernement de l'État du territoire duquel le bien a été enlevé. Le Gouvernement Fédéral peut rejeter une demande de resti-

von der zuständigen Dienststelle einer der Drei Mächte als unbegründet abgewiesen worden ist, es sei denn, daß Beweismaterial beigebracht wird, das früher nicht vorgelegt werden konnte.

(2) Eine Restitution von Schmucksachen, Silberwaren und antiken Möbeln kann bei der Bundesregierung nur beantragt werden, wenn ein entsprechender Antrag bereits vor Inkrafttreten dieses Vertrages bei einer Dienststelle einer der Drei Mächte gestellt worden war. Bei Kulturgütern kann ein neuer Restitutionsantrag nach dem 8. Mai 1955 nicht mehr gestellt werden. Sind die Nachforschungen der in Artikel 1 dieses Teiles genannten deutschen Dienststelle nach herausverlangten Sachen ohne Erfolg geblieben oder haben sie bis zum 8. Mai 1956 nicht zur Auffindung der herausverlangten Sache geführt und bieten weitere Ermittlungen keine Aussicht auf Erfolg, so hat die Dienststelle das Verfahren einzustellen. Gegen diese Entscheidung kann die beteiligte Partei die Schiedskommission für Güter, Rechte und Interessen in Deutschland gemäß Artikel 7 anrufen. Wird die herausverlangte Sache nach der Einstellung des Verfahrens identifiziert, so kann das Verfahren wieder eröffnet werden.

(3) Die bei einer Dienststelle einer der Drei Mächte gestellten, aber vor Inkrafttreten dieses Vertrages noch nicht erledigten Anträge, die unter die Bestimmungen der Artikel 1 und 2 dieses Teiles fallen, sind von der beteiligten Macht an die in Artikel 1 genannte deutsche Dienststelle zu verweisen. Sie sind von dieser Stelle so zu behandeln, als seien sie von der antragstellenden Regierung unmittelbar bei ihr gestellt worden.

(4) Die Stellung eines Restitutionsantrages gemäß Artikel 1 dieses Teiles zu Gunsten einer natürlichen oder juristischen Person schließt die Stellung eines Restitutionsantrages gemäß Artikel 3 dieses Teiles aus; ebenso schließt die Erhebung einer Restitutionsklage gemäß Artikel 3 einen Restitutionsantrag gemäß Artikel 1 aus.

request has already been rejected as not well founded by the appropriate agency of one of the Three Powers, except in a case where evidence which could not previously be presented is adduced.

2. Restitution of jewellery, silverware or antique furniture may only be claimed from the Federal Government if a pertinent request has been lodged with an agency of any of the Three Powers prior to the entry into force of the present Convention. In the case of cultural property, no new claim for restitution may be filed after 8 May 1955. Where, in any particular case, the investigations of the German agency referred to in Article 1 of this Chapter with respect to claimed property have been unsuccessful or where they have not led to the discovery of the claimed property by 8 May 1956, and where further investigations are unlikely to be successful, the agency shall discontinue the proceedings. Such a decision may be appealed from by the party concerned to the Arbitral Commission on Property, Rights and Interests in Germany pursuant to Article 7. If, after such discontinuance, the claimed property is identified, the restitution proceedings may be reopened.

3. Claims filed with an agency of any of the Three Powers and not finally disposed of prior to the entry into force of the present Convention and falling within the scope of the provisions of Article 1 of this Chapter and this Article shall be referred by the Power concerned to the German agency referred to in Article 1. They shall be acted upon by the German agency as though filed directly with it by the claimant Government.

4. Submission of a claim for restitution pursuant to Article 1 of this Chapter on behalf on any person or entity shall preclude such submission pursuant to Article 3; likewise, action for restitution pursuant to Article 3 shall preclude submission of a claim for restitution pursuant to Article 1.

tution si cette demande a été déjà rejetée comme non fondée par l'organisme compétent de l'une des Trois Puissances, sauf dans le cas où est fournie une preuve qui n'a pu être produite antérieurement.

2. — La restitution de bijoux, d'argenterie ou de meubles anciens ne peut être demandée au Gouvernement Fédéral que si une demande s'y rapportant a été reçue par un organisme de l'une des Trois Puissances avant l'entrée en vigueur de la présente Convention. Dans les cas de biens culturels, aucune nouvelle demande de restitution ne pourra être présentée après le 8 Mai 1955. Lorsque, dans un cas particulier, les enquêtes menées, en ce qui concerne les biens réclamés, par l'agence allemande visée à l'Article 1 du présent Chapitre, ont été infructueuses ou n'ont pas conduit à la découverte des biens réclamés avant le 8 Mai 1956, et que la réussite de nouvelles enquêtes est improbable, l'agence arrêtera la procédure. La partie intéressée pourra se pourvoir en appel contre cette décision devant la Commission Arbitrale sur les Biens, Droits et Intérêts en Allemagne conformément à l'Article 7. Si, après l'arrêt de la procédure, les biens réclamés sont identifiés, la procédure de restitution peut être ouverte à nouveau.

3. — Les demandes reçues par un organisme de l'une des Trois Puissances, qui n'ont pas été définitivement réglées avant l'entrée en vigueur de la présente Convention, et qui relèvent du champ d'application des dispositions de l'Article 1 du présent Chapitre et du présent Article, seront renvoyées par la Puissance intéressée à l'agence allemande visée à l'Article 1. Celle-ci prendra toutes mesures à leur égard dans les mêmes conditions que si ces demandes avaient été présentées directement à l'agence allemande par le Gouvernement réclamant.

4. — La présentation d'une demande de restitution en vertu de l'Article 1 du présent Chapitre pour le compte d'une personne physique ou d'une entité juridique fera obstacle à la présentation de cette demande en vertu de l'Article 3; de même, une action en restitution en vertu de l'Article 3 fera obstacle à la présentation d'une demande de restitution en vertu de l'Article 1.

Artikel 3

(1) Abweichend von den Bestimmungen des deutschen Rechts kann eine Person, der oder deren Rechtsvorgänger während der Besetzung eines Gebietes eine Sache durch Diebstahl oder Zwang (mit oder ohne Anwendung von Gewalt) von den Streitkräften oder Behörden Deutschlands oder seiner Verbündeten oder von deren einzelnen Mitgliedern (auf Befehl oder ohne Befehl) entzogen worden ist, von dem gegenwärtigen Besitzer dieser Sache Restitution verlangen; der Kläger hat jedoch

Article 3

1. Notwithstanding provisions of German law to the contrary, any person who, or whose predecessor in title, during the occupation of a territory, has been dispossessed of his property by larceny or by duress (with or without violence) by the forces or authorities of Germany or its Allies, or their individual members (whether or not pursuant to orders), shall have a claim against the present possessor of such property for its restitution, subject, however, to:

Article 3

1. — Nonobstant les dispositions contraires du droit allemand, toute personne qui a, ou dont le prédécesseur légal a, pendant l'occupation d'un territoire, été dépossédé de ses biens par vol ou par contrainte avec ou sans violence, par les forces ou les autorités de l'Allemagne ou de ses alliés, ou par leurs membres individuellement, que ce soit par ordre ou sans ordre, aura un droit à restitution concernant ces biens à l'encontre de leur possesseur actuel, sous réserve, toutefois:

(a) dem Beklagten die wertsteigernden Aufwendungen zu erstatten, die dieser nach dem Erwerb der Sache gemacht hat;

(b) den Wert des Entgelts zu erstatten, das der Kläger oder sein Rechtsvorgänger erhalten hat; der Wert ist ebenso zu behandeln wie deutsche Werte, die sich zur Zeit der Entfernung der Sache in dem Lande befanden, aus dem die Sache entfernt wurde

Der Anspruch besteht nicht, wenn der gegenwärtige Besitzer die Sache zehn Jahre oder mindestens bis zum 8. Mai 1955 gutgläubig in Besitz gehabt hat.

(2) Der Restitutionsanspruch gemäß Absatz (1) dieses Artikels kann bis zum 8. Mai 1955 oder bis zum Ablauf von zehn Jahren, während derer der Besitzer die Sache gutgläubig in Besitz gehabt hat, je nachdem welcher Zeitpunkt später liegt, von jedem Angehörigen oder Einwohner eines Staates, welcher der Satzung der Schiedskommission für Güter, Rechte und Interessen in Deutschland beigetreten ist, bei einem deutschen Gericht geltend gemacht werden.

(3) Ein Restitutionsanspruch kann nicht geltend gemacht werden, wenn ein dieselbe Sache betreffender Restitutionsantrag einer Regierung zu Gunsten eines Antragstellers vor Inkrafttreten dieses Vertrages von einer Dienststelle der Drei Mächte als unbegründet abgewiesen worden war, es sei denn, daß Beweismaterial beigebracht wird, das früher nicht vorgelegt werden konnte.

Artikel 4

(1) Ist eine zu restituierende Sache nach ihrer Identifizierung in Deutschland, aber vor Rückgabe an den Restitutionsberechtigten, entweder in Deutschland verwendet oder verbraucht worden, oder vor ihrem Eingang bei der den Anspruch erhebenden Regierung oder bei einer zuständigen Dienststelle einer der Drei Mächte zwecks Ablieferung an den Restitutionsberechtigten zerstört oder gestohlen worden oder abhanden gekommen, so wird die Bundesrepublik die Personen entschädigen, die sonst gemäß Artikel 1 und 3 dieses Teiles restitutionsberechtigt wären oder deren Restitutionsansprüche bei Inkrafttreten dieses Vertrages durch eine der Drei Mächte bereits gebilligt waren

(2) Die in Artikel 1 dieses Teiles genannte deutsche Dienststelle entscheidet auf Antrag des Restitutionsberechtigten, der sonst Anspruch auf Restitution hätte, über seinen Entschädigungsanspruch für Sachen, deren Restitution gemäß Artikel 1 und 2 beantragt werden kann. Das in Artikel 3 dieses Teiles vorgesehene Gericht entscheidet auf Klage des Restitutionsberechtigten, der sonst Anspruch auf Restitution hätte, über den Anspruch

(a) Reimbursement by the claimant to the defendant for expenditures, which have enhanced the value of the property, made after its acquisition;

(b) Payment by the claimant of the value of any consideration received by him or his predecessor in title, which shall be treated in the same manner as German assets existing at the date of removal in the country from which the property was removed.

No such claim shall exist if the present possessor has possessed the property bona fide for ten years or until 8 May 1955, whichever is later.

2. Any claim to restitution pursuant to paragraph 1 of this Article may be brought before a German court on or before 8 May 1955 or before the expiration of ten years during which the possessor possessed the property bona fide, whichever is later, by any national or resident of a State which has acceded to the Charter of the Arbitral Commission on Property, Rights and Interests in Germany.

3. No restitution claim may be asserted, if, prior to the entry into force of the present Convention, a request by a Government on behalf of the claimant for restitution of the property concerned was rejected as not well founded by an agency of one of the Three Powers, except in a case where evidence which could not previously be presented is adduced.

Article 4

1. If property to be restituted has, after identification in Germany, either been utilized or consumed in Germany before return to the claimant or been destroyed, stolen or otherwise disposed of before receipt by the claimant Government or by an appropriate agency of one of the Three Powers for despatch to the claimant, the Federal Republic shall compensate claimants who would otherwise be entitled to restitution under Article 1 or 3 of this Chapter, or who, at the entry into force of the present Convention, have had their claims for restitution approved by one of the Three Powers.

2. The German agency referred to in Article 1 of this Chapter shall, upon application by the claimant otherwise entitled to restitution, render a decision on the compensation claim in respect of property the restitution of which could have been requested under Articles 1 and 2. The court stipulated in Article 3 shall, upon suit brought by the claimant otherwise entitled to restitution, render a decision on the compensation claim in

(a) du remboursement par le demandeur au défendeur des dépenses qui ont augmenté la valeur des biens et qui ont été faites après leur acquisition, et

(b) du paiement par le demandeur de la valeur de toute contrepartie reçue par lui ou par son prédécesseur légal, qui sera traitée de la même manière que les avoirs allemands existant à la date de l'enlèvement dans le pays d'où les biens ont été enlevés.

Un tel droit n'existera pas si le possesseur actuel a exercé sur les biens une possession de bonne foi pendant dix ans ou jusqu'au 8 Mai 1955, selon celle de ces deux dates qui sera la plus éloignée.

2. — Tout ressortissant ou résident d'un État ayant accédé à la Charte de la Commission Arbitrale sur les Biens, Droits et Intérêts en Allemagne peut introduire devant un tribunal allemand une action en restitution en vertu du paragraphe 1 du présent Article, au plus tard le 8 Mai 1955, ou avant la date d'expiration d'une période de dix années pendant laquelle le possesseur aura exercé sur les biens une possession de bonne foi, selon celle de ces deux dates qui sera la plus éloignée.

3. — Aucune demande de restitution ne peut être présentée si, avant l'entrée en vigueur de la présente Convention, une demande présentée par un Gouvernement pour le compte du réclamant et tendant à la restitution des biens en cause a été rejetée comme non fondée par un organisme de l'une des Trois Puissances, sauf dans le cas où est fournie une preuve qui n'a pû être produite antérieurement.

Article 4

1. — Si un bien à restituer a été, après son identification en Allemagne, soit utilisé ou consommé en Allemagne avant sa restitution au demandeur, soit détruit ou volé ou s'il en a été autrement disposé avant sa remise au Gouvernement réclamant ou à l'organisme compétent de l'une des Trois Puissances pour être remis au demandeur, la République Fédérale indemnisera les demandeurs qui auraient autrement droit à restitution en vertu des Articles 1 ou 3 du présent Chapitre ou dont les demandes de restitution ont été, à la date d'entrée en vigueur de la présente Convention, approuvées par l'une des Trois Puissances.

2 — Sur requête du demandeur qui aurait autrement droit à restitution, l'agence allemande visée à l'Article 1 du présent Chapitre rendra une décision sur la demande d'indemnisation relative au bien dont la restitution aurait pu être demandée en vertu des Articles 1 et 2. Sur introduction d'une instance par le demandeur qui aurait autrement droit à restitution, le tribunal visé à l'Article 3 rendra une décision sur la demande d'indemnisation

auf Entschädigung für Sachen, deren Restitution gemäß Artikel 3 beantragt werden kann, sofern der Kläger Angehöriger oder Einwohner eines Staates ist, welcher der Satzung der Schiedskommission für Güter, Rechte und Interessen in Deutschland beigetreten ist. Die Einreichung des Antrages und die Erhebung der Klage hat spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten dieses Vertrages oder nach der Mitteilung an den Restitutionsberechtigten zu erfolgen, daß die Sache zur Restitution nicht zur Verfügung steht — je nachdem, welcher Zeitpunkt später liegt.

(3) Unbeschadet der Bestimmungen von Absatz (2) dieses Artikels sind Ansprüche gemäß Absatz (1), die bei einer Dienststelle einer der Drei Mächte vor Inkrafttreten dieses Vertrages geltend gemacht wurden, entweder von dieser Macht der in Artikel 1 dieses Teiles genannten deutschen Dienststelle zu überweisen oder von der den Anspruch erhebenden Regierung selbst bei dieser Dienststelle geltend zu machen. Alle Ansprüche auf Grund dieses Absatzes sind der Dienststelle spätestens sechs Monate nach Inkrafttreten dieses Vertrages zu überweisen oder bei ihr geltend zu machen; sie hat über diese zu entscheiden.

(4) Die in Artikel 1 dieses Teiles genannte deutsche Dienststelle hat Restitutionsansprüche anzuerkennen, die von einer der Drei Mächte vor Inkrafttreten dieses Vertrages gebilligt worden sind. Die Dienststelle hat auch eine Bescheinigung einer der Drei Mächte als beweiskräftig anzusehen, nach der die mit dem Antrag herausverlangten Sachen bei einer zuständigen Dienststelle dieser Macht zwecks Ablieferung an den Restitutionsberechtigten nicht eingegangen sind.

(5) Die in diesem Artikel vorgesehene Entschädigung ist in der Höhe des Wiederbeschaffungswertes der Sachen zur Zeit der Entscheidung darüber zu leisten.

Artikel 5

(1) Die Bestimmungen dieses Teiles finden auf folgende Länder und von den folgenden Zeitpunkten ab Anwendung:

Land	Zeitpunkt
Österreich	12. März 1938
Tschechoslowakei	1. April 1939
Polen	1. September 1939
Dänemark	9. April 1940
Norwegen	9. April 1940
Belgien	10. Mai 1940
Luxemburg	10. Mai 1940
Niederlande	10. Mai 1940
Frankreich	17. Mai 1940
Griechenland	28. Oktober 1940
Jugoslawien	6. April 1941
Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken	22. Juni 1941
Italien	3. September 1943
Rumänien	12. September 1944
Finnland	19. September 1944
Bulgarien	28. Oktober 1944
Ungarn	20. Januar 1945

respect of property the restitution of which could have been requested under Article 3, provided that the plaintiff is a national or a resident of a State which has acceded to the Charter of the Arbitral Commission on Property, Rights and Interests in Germany. The filing of the application and the bringing of the suit must take place not later than one year after the entry into force of the present Convention or one year after notification to the claimant that the property is not available for restitution, whichever is later.

3. Notwithstanding the provisions of paragraph 2 of this Article, claims falling within the scope of paragraph 1 filed with an agency of any of the Three Powers before the entry into force of the present Convention may either be referred by that Power to the German agency referred to in Article 1 of this Chapter or be filed with that agency by the claimant Government. All claims under this paragraph shall be referred to or filed with the agency not later than six months after the entry into force of the present Convention and shall be decided by it.

4. The German agency referred to in Article 1 of this Chapter shall recognize claims for restitution which have been approved by any of the Three Powers prior to the entry into force of the present Convention. The agency shall also accept as conclusive a certificate by any one of the Three Powers that the property which was the subject of the claim had not been received by an appropriate agency of that Power for despatch to the claimant.

5. Compensation pursuant to this Article shall be awarded in the amount of the replacement value of the property concerned as of the date of the award.

Article 5

1. The provisions of this Chapter shall apply in respect of the following countries as of the respective date set forth below:

Country	Date
Austria	12 March 1938
Czechoslovakia	1 April 1939
Poland	1 September 1939
Denmark	9 April 1940
Norway	9 April 1940
Belgium	10 May 1940
Luxembourg	10 May 1940
Netherlands	10 May 1940
France	17 May 1940
Greece	28 October 1940
Yugoslavia	6 April 1941
Union of Soviet Socialist Republics	22 June 1941
Italy	3 September 1943
Rumania	12 September 1944
Finland	19 September 1944
Bulgaria	28 October 1944
Hungary	20 January 1945

relative au bien dont la restitution aurait pu être demandée en vertu de l'Article 3, à condition que le demandeur soit un ressortissant ou un résident d'un État ayant accédé à la Charte de la Commission Arbitrale sur les Biens, Droits et Intérêts en Allemagne. Le dépôt de la requête et l'introduction de l'instance doivent être effectués dans l'année qui suit l'entrée en vigueur de la présente Convention ou dans l'année qui suit la notification au demandeur que le bien n'est plus restituable, selon celui des deux délais qui sera le plus long.

3. — Par dérogation aux dispositions du paragraphe 2 du présent Article, les demandes tombant sous le coup du paragraphe 1, qui ont été présentées à un organisme de l'une des Trois Puissances avant l'entrée en vigueur de la présente Convention, peuvent être renvoyées par cette Puissance à l'agence allemande visée à l'Article 1 du présent Chapitre ou peuvent être présentées à cette agence par le Gouvernement demandeur. Toutes les demandes visées au présent paragraphe seront renvoyées à l'agence ou lui seront présentées dans les six mois suivant l'entrée en vigueur de la présente Convention et feront l'objet d'une décision de la part de cette agence.

4. — L'agence allemande visée à l'Article 1 du présent Chapitre reconnaîtra les demandes de restitution qui auront été approuvées par l'une des Trois Puissances avant l'entrée en vigueur de la présente Convention. L'agence considérera également comme probant un certificat délivré par l'une des Trois Puissances, indiquant que le bien faisant l'objet de la demande n'a pas été remis à un organisme compétent de cette Puissance, pour transmission au demandeur.

5. — Les indemnisations accordées en vertu du présent Article seront fixées selon la somme correspondant à la valeur de remplacement du bien en cause à la date de la décision d'indemnisation.

Article 5

1. — Les dispositions du présent Chapitre s'appliquent à l'égard des pays ci-après, à compter des dates respectives indiquées ci-dessous:

Pays	Date
Autriche	12 Mars 1938
Tchécoslovaquie	1er Avril 1939
Pologne	1er Septembre 1939
Danemark	9 Avril 1940
Norvège	9 Avril 1940
Belgique	10 Mai 1940
Luxembourg	10 Mai 1940
Pays-Bas	10 Mai 1940
France	17 Mai 1940
Grèce	28 Octobre 1940
Yougoslavie	6 Avril 1941
Union des Républiques Socialistes Soviétiques	22 Juin 1941
Italie	3 Septembre 1943
Roumanie	12 Septembre 1944
Finlande	19 Septembre 1944
Bulgarie	28 Octobre 1944
Hongrie	20 Janvier 1945

(2) Unter die Bestimmungen dieses Teiles fällt sowohl privates wie öffentliches Eigentum, das aus den in Absatz (1) dieses Artikels genannten Gebieten entfernt wurde.

Artikel 6

Schließt die Bundesrepublik mit einer anderen Macht in Angelegenheiten, die unter diesen Teil fallen, Vereinbarungen, die für diese andere Macht günstiger sind als die entsprechenden Bestimmungen dieses Teiles, so sind die Vorteile dieser neuen Vereinbarungen ohne weiteres auf alle Mächte auszudehnen, denen die entsprechenden Bestimmungen dieses Teiles zugute kommen.

Artikel 7

(1) Die Unterzeichnerstaaten errichten hiermit eine Schiedskommission für Güter, Rechte und Interessen in Deutschland, die ihr Tätigkeit im Einklang mit den Bestimmungen ihrer Satzung ausübt, die diesem Vertrag als Anhang beigefügt ist.

(2) Auf Antrag der beteiligten Partei unterliegen die Endentscheidungen der deutschen Dienststelle gemäß Artikel 1, 2 und 4 dieses Teiles sowie die der deutschen Gerichte gemäß Artikel 3 und 4 der Nachprüfung durch die Schiedskommission.

(3) Der Antrag an die Kommission ist von der beteiligten Partei innerhalb von dreißig Tagen nach Zustellung der Endentscheidung zu stellen. Entscheidet die deutsche Dienststelle oder das deutsche Gericht nicht innerhalb eines Jahres nach Stellung des Antrages, so kann der Berechtigte den Anspruch innerhalb von dreißig Tagen nach Ablauf der Jahresfrist der Kommission unmittelbar unterbreiten.

(4) Die Kommission kann über jeden ihr unterbreiteten Fall entweder selbst eine Endentscheidung fällen oder ihn an die deutsche Dienststelle oder das deutsche Gericht mit den Weisungen, die sie für erforderlich oder angebracht hält, zurückverweisen.

(5) Die Urteile der Kommission sind endgültig und für die Behörden und Gerichte der Unterzeichnerstaaten und anderer Staaten, die ihrer Satzung beitreten, bindend.

ANHANG
ZUM FUNFTEN TEIL

§ 1

(1) Die Bundesregierung wird die in Absatz (1) des Artikels 1 des vorstehenden Teiles vorgesehene Verwaltungsdienststelle als Bundesoberbehörde errichten.

(2) Alle deutschen Gerichte und Behörden haben dieser Bundesoberbehörde Rechts- und Amtshilfe gemäß Artikel 35 des Grundgesetzes zu leisten.

2. The provisions of this Chapter shall cover public and private property which was removed from territories referred to in paragraph 1 of this Article.

Article 6

If the Federal Republic concludes with any other Power, on matters within the scope of this Chapter, arrangements more favourable to such other Power than the corresponding provisions of this Chapter, the benefits of such new arrangements shall automatically be extended to all powers benefiting from those provisions.

Article 7

1. The Signatory States hereby establish an Arbitral Commission on Property, Rights and Interests in Germany, which shall function in accordance with the provisions of its Charter annexed to the present Convention.

2. Upon application of the party concerned, any final decision (Endentscheidung) by the German agency pursuant to Article 1, 2 or 4 of this Chapter, or by a German court pursuant to Article 3 or 4, shall be subject to review by the Arbitral Commission on Property, Rights and Interests ii Germany.

3. Application to the Commission shall be submitted by the party concerned within thirty days after service of such decision. If the German agency or the German court does not render a decision within one year after submission of the claim, the claimant may submit his claim directly to the Commission within thirty days following the expiration of the one year period.

4. In any case submitted to it, the Commission may itself render a final decision in regard to such case or may remand it tc the German agency or to the German court with such instructions as the Commission deems necessary or appropriate.

5. The judgments of the Commission shall be final and binding on the authorities and courts of the Signatory States and other States acceding to its Charter.

ANNEX
TO CHAPTER FIVE

Section 1

1. The Federal Government shall establish the administrative agency provided for in paragraph 1 of Article 1 of the foregoing Chapter as a Federal Higher Authority (Bundesoberbehörde).

2. All German courts and authorities shall render the Federal Higher Authority legal and other official assistance pursuant to Article 35 of the Basic Law.

2. — Les dispositions du présent Chapitre s'appliquent aux biens publics et privés, qui ont été enlevés des territoires visés au paragraphe 1 du présent Article.

Article 6

Si la République Fédérale conclut avec toute autre Puissance, en des matières couvertes par le présent Chapitre, des arrangements plus favorables pour cette Puissance que les dispositions correspondantes du présent Chapitre, le bénéfice de ces nouveaux arrangements sera étendu automatiquement à toutes les Puissances bénéficiant des dispositions correspondantes du présent Chapitre.

Article 7

1. — Les États Signataires instituent une Commission Arbitrale sur les Biens, Droits et Intérêts en Allemagne dont le fonctionnement sera régi par les dispositions de la Charte annexée à la présente Convention.

2. — Sur demande de la partie intéressée, toute décision définitive (Entscheidung) de l'agence allemande en vertu des Articles 1, 2 ou 4 du présent Chapitre, ou d'un tribunal allemand en vertu des Articles 3 ou 4, sera sujette à révision de la part de la Commission Arbitrale sur les Biens, Droits et Intérêts en Allemagne.

3. — La partie intéressée soumettra sa demande à la Commission dans les trente jours après que cette décision lui aura été signifiée. Si l'agence allemande ou le tribunal allemand ne rend pas de décision dans l'année suivant la présentation de la demande, le demandeur pourra soumettre sa demande directement à la Commission dans les trente jours suivant l'expiration de cette période d'une année.

4. — Dans toute affaire qui lui sera soumise, la Commission pourra rendre elle-même une décision définitive ou renvoyer l'affaire à l'agence allemande ou au tribunal allemand avec les instructions que la Commission estimera nécessaires ou appropriées.

5. — Les jugements de la Commission seront définitifs et lieront les autorités et les tribunaux des États Signataires et des autres États ayant accédé à la Charte.

ANNEXE
AU CHAPITRE CINQUIÈME

Paragraphe 1

1. — Le Gouvernement Fédéral instituera en tant qu'Autorité Fédérale Supérieure (Bundesoberbehörde) l'agence administrative prévue au paragraphe 1 de l'Article 1 du Chapitre qui précède.

2. — Tous les tribunaux allemands et autorités allemandes doivent, conformément à l'Article 35 de la Loi Fondamentale, prêter une aide judiciaire et administrative à cette Autorité Fédérale Supérieure.

§ 2

(1) Anträge auf Restitution gemäß Artikel 1 und 2 des vorstehenden Teiles, mit Ausnahme der in Absatz (3) des Artikels 2 bezeichneten, müssen enthalten:

(a) eine Bezeichnung der Sache, deren Restitution begehrt wird;

(b) soweit möglich, eine Bezeichnung der Person, in deren Händen sich diese Sache zur Zeit der Antragstellung befindet;

(c) eine Schilderung des Sachverhalts, der den Restitutionsanspruch begründet.

(2) Dem Antrag sind die den Restitutionsanspruch begründenden Unterlagen in beglaubigter Abschrift beizufügen oder nachzureichen.

§ 3

(1) Anträge auf Entschädigung gemäß Artikel 4 des vorstehenden Teiles, mit Ausnahme der in Absatz (3) dieses Artikels bezeichneten, müssen enthalten:

(a) eine Bezeichnung der Sache, für die Entschädigung begehrt wird;

(b) Angaben über die Identifizierung dieser Sache in Deutschland;

(c) Angaben bezüglich der Verwendung, des Verbrauchs, der Zerstörung, des Diebstahls oder des Abhandenkommens dieser Sache;

(d) Angaben des beanspruchten Betrages;

(e) Angaben über alle anderen Umstände, die den Anspruch begründen.

(2) Dem Antrag sind die den Entschädigungsanspruch begründenden Unterlagen in beglaubigter Abschrift beizufügen oder nachzureichen.

§ 4

Das Verfahren vor der Bundesoberbehörde ist gebührenfrei.

§ 5

(1) Die Bundesoberbehörde führt die erforderlichen Ermittlungen durch. Sie kann zu diesem Zweck von Amts wegen beschleunigt Beweise erheben, insbesondere Zeugen, Sachverständige und Personen, deren Rechte betroffen würden, vernehmen oder durch ein Gericht vernehmen lassen. Falls eine Beeidigung erforderlich erscheint, ist der Eid vor einem Gericht zu leisten. Die Bundesoberbehörde ist zuständig für die Abnahme eidesstattlicher Versicherungen.

(2) Als Beteiligte gelten außer der antragstellenden Regierung alle Personen, deren Rechte durch die Restitution betroffen würden.

Section 2

1. Applications for restitution pursuant to Articles 1 and 2 of the foregoing Chapter, with the exception of those specified in paragraph 3 of Article 2, shall include

(a) a description of the property restitution of which is demanded;

(b) when possible, identification of the person possessing such property at the time of filing of the application;

(c) a description of the facts on which the restitution claim is based.

2. Certified copies of the documents supporting the restitution claim shall be attached to the application or shall be subsequently submitted.

Section 3

1. Applications for compensation pursuant to Article 4 of the foregoing Chapter, with the exception of those specified in paragraph 3 of that Article, shall include

(a) a description of the property in respect of which compensation is demanded;

(b) information relating to the identification in Germany of such property;

(c) information relating to the utilization, consumption, destruction, theft or disposal of such property;

(d) notice of the amount claimed;

(e) information concerning any other matters on which the claim is based.

2. Certified copies of the documents supporting the compensation claim shall be attached to the application or shall be subsequently submitted.

Section 4

Proceedings before the Federal Higher Authority shall be free of charge.

Section 5

1. The Federal Higher Authority shall conduct the necessary investigations. For this purpose it may on its own motion (von Amts wegen) take evidence by accelerated procedure; in particular, it may hear witnesses, experts and the persons whose rights are affected by the restitution or cause their hearing before a court. Where a hearing under oath appears necessary, such oath shall be sworn before a court. The Federal Higher Authority shall be authorized to accept statements in lieu of oaths (eidesstattliche Versicherungen).

2. In addition to the applying Government, all persons shall be considered parties concerned whose rights would be affected by the restitution.

Paragraphe 2

1. — Les demandes de restitution présentées conformément aux Articles 1 et 2 du Chapitre qui précède, à l'exclusion de celles désignées au paragraphe 3 de l'Article 2, doivent comporter:

(a) la désignation du bien dont la restitution est demandée;

(b) autant que possible, l'indication de la personne entre les mains de laquelle se trouve ce bien au moment de la présentation de la demande;

(c) un exposé des faits motivant la demande en restitution.

2. — Des copies certifiées conformes des pièces venant à l'appui de la demande de restitution doivent être jointes à cette demande ou présentées ultérieurement.

Paragraphe 3

1. — Les demandes d'indemnisation présentées conformément à l'Article 4 du Chapitre qui précède, à l'exclusion de celles, désignées au paragraphe 3 dudit Article, doivent comporter:

(a) la désignation du bien qui fait l'objet d'une demande d'indemnisation;

(b) les renseignements relatifs à l'identification en Allemagne de ce bien;

(c) les renseignements relatifs à l'utilisation, la consommation, la destruction, le vol ou la cession de ce bien;

(d) une indication de la somme réclamée;

(e) les renseignements relatifs à tout autre fait motivant la demande.

2. — Des copies certifiées conformes des pièces venant à l'appui de la demande d'indemnisation doivent être jointes à cette demande ou présentées ultérieurement.

Paragraphe 4

La procédure devant l'Autorité Fédérale Supérieure est exempte de frais.

Paragraphe 5

1. — L'Autorité Fédérale Supérieure procède aux enquêtes nécessaires. Elle peut, à cet effet, procéder d'office (von Amts wegen) à la recherche de preuves par une procédure accélérée, et, en particulier, procéder ou faire procéder par un tribunal à l'audition de témoins, d'experts ou de personnes dont les droits seraient affectés par la restitution. Chaque fois qu'il apparaît nécessaire de faire prêter serment, ce serment doit être prêté devant un tribunal. L'Autorité Fédérale Supérieure est compétente pour recevoir toute déclaration écrite tenant lieu de serment (eidesstattliche Versicherung).

2. — Sont considérées comme parties intéressées, outre le Gouvernement demandeur, toutes personnes dont les droits seraient affectés par la restitution.

(3) Den Beteiligten ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Sie können sich durch Prozeßbevollmächtigte oder Rechtsanwälte vertreten lassen. Von den zum Zwecke von Vernehmungen gemäß Absatz (1) Satz 2 dieses Paragraphen anberaumten Terminen sind sie zu benachrichtigen; sie können diesen Vernehmungen beiwohnen. Schriftsätze eines Beteiligten sind den übrigen Beteiligten mitzuteilen.

§ 6

Die Bundesoberbehörde hat, wenn die Verwirklichung des Anspruchs auf Restitution gefährdet erscheint, die zur Sicherstellung der Sache erforderlichen vorläufigen Maßnahmen anzuordnen.

§ 7

Die Entscheidungen der Bundesoberbehörde sind schriftlich zu begründen und den Beteiligten zuzustellen.

§ 8

(1) Die Bundesoberbehörde trifft alle Maßnahmen, die für die Restitution erforderlich sind. Sie ordnet, falls notwendig, die Enteignung der zu restituierenden Sache zu Gunsten der Bundesrepublik an, welche die enteigneten Sachen dem Restitutionsberechtigten zuleiten wird.

(2) Art und Höhe der Entschädigung der durch die Enteignung Betroffenen regelt ein Bundesgesetz.

(3) Erkennt die Bundesoberbehörde einen Anspruch gemäß Artikel 4 des vorstehenden Teiles an, so hat sie den von der Bundesrepublik zu zahlenden Entschädigungsbetrag festzusetzen.

SECHSTER TEIL

Reparationen

Artikel 1

(1) Die Frage der Reparationen wird durch den Friedensvertrag zwischen Deutschland und seinen ehemaligen Gegnern oder vorher durch diese Frage betreffende Abkommen geregelt werden. Die Drei Mächte verpflichten sich, zu keiner Zeit Forderungen auf Reparationen aus der laufenden Produktion der Bundesrepublik geltend zu machen.

(2) Bis zu der in Absatz (1) dieses Artikels vorgesehenen endgültigen Regelung gelten die folgenden Bestimmungen.

Artikel 2

Das Kontrollratsgesetz Nr. 5 verliert, außer für die in dem Verzeichnis zum Gesetz Nr. 63 der Alliierten Hohen Kommission genannten Länder, im Bundesgebiet seine Wirksamkeit, darf aber ohne Zustimmung der Drei Mächte nicht weiter außer Wirksamkeit gesetzt oder geändert werden. Die Bundesrepublik wird das Gesetz Nr. 63 der Alliierten Hohen Kommis-

3. The parties concerned shall be afforded an opportunity to state their views. They may be represented by agents or counsel. They shall be notified of the dates of the hearings ordered for the purpose of interrogations pursuant to the second sentence of paragraph 1 of this Section and may attend these hearings. The documents filed by a party concerned shall be transmitted to the other parties.

Section 6

Where realization of the restitution claim appears to be endangered, the Federal Higher Authority shall order the necessary interim measures to be taken for safeguarding the property.

Section 7

Decisions of the Federal Higher Authority shall state in writing the reasons on which they are based and shall be served upon the parties concerned.

Section 8

1. The Federal Higher Authority shall take all measures required for the restitution. Where necessary the Federal Higher Authority shall order that property to be restituted shall be expropriated in favour of the Federal Republic, which will forward (zuleiten) it to the restitution claimant.

2. The nature and amount of the compensation to persons affected by the expropriation shall be fixed by a Federal law.

3. Where the Federal Higher Authority allows a claim under Article 4 of the foregoing Chapter, it shall fix the amount of the compensation to be paid by the Federal Republic.

CHAPTER SIX

Reparation

Article 1

1. The problem of reparation shall be settled by the peace treaty between Germany and its former enemies or by earlier agreements concerning this matter. The Three Powers undertake that they will at no time assert any claim for reparation against the current production of the Federal Republic.

2. Pending the final settlement envisaged in paragraph 1 of this Article, the following provisions shall apply.

Article 2

Control Council Law No. 5 is deprived of effect in the Federal territory, except in respect of the countries listed in the Schedule to Allied High Commission Law No. 63, but shall not be further deprived of effect or amended without the consent of the Three Powers. The Federal Republic will not repeal or amend Law No. 63 except with the consent of the

3. — Les parties intéressées doivent se voir accorder la possibilité d'exposer leur point de vue. Elles peuvent se faire représenter par des agents ou des conseils. Elles doivent être avisées des dates des audiences fixées pour les auditions prévues à la seconde phrase de l'alinéa 1 du présent paragraphe, et peuvent assister à ces audiences. Les pièces soumises par l'une des parties intéressées doivent être communiquées aux autres parties.

Paragraphe 6

L'Autorité Fédérale Supérieure doit, lorsque la réalisation du droit à restitution lui paraît menacée, ordonner toutes mesures conservatoires nécessaires à la sauvegarde du bien en cause.

Paragraphe 7

Toute décision de l'Autorité Fédérale Supérieure doit être motivée par écrit et notifiée aux parties intéressés.

Paragraphe 8

1. — L'Autorité Fédérale Supérieure prend toutes mesures en vue de la restitution. S'il est nécessaire, elle ordonne que les biens à restituer soient expropriés au profit de la République Fédérale qui les transférera (zuleiten) aux ayants-droit à restitution.

2. — Une loi fédérale réglera la nature et le montant de l'indemnisation de personnes atteintes par l'expropriation.

3. — Lorsque l'Autorité Fédérale Supérieure fera droit à une demande visée à l'Article 4 du Chapitre qui précède, elle fixera le montant de l'indemnisation à verser par la République Fédérale.

CHAPITRE SIXIÈME

Réparations

Article 1

1. — La question des réparations sera réglée par le Traité de Paix entre l'Allemagne et ses anciens ennemis ou par des accords antérieurs relatifs à cette question. Les Trois Puissances s'engagent à ne pas présenter, à un moment quelconque, de demandes de réparations sur la production courante de la République Fédérale.

2. — En attendant le règlement final prévu au paragraphe 1 du présent Article, les dispositions ci-dessous s'appliqueront.

Article 2

La Loi N° 5 du Conseil de Contrôle est dépourvue d'effet sur le territoire fédéral, sauf en ce qui concerne les pays figurant sur la liste annexée à la Noi N° 63 de la Haute Commission Alliée, mais ne pourra faire, dans l'avenir, l'objet de privation d'effet ou d'amendements sans le consentement des Trois Puissances. La République Fédérale n'abrogera ni

sion nur mit Zustimmung der Drei Mächte aufheben oder ändern. Jedoch gilt Artikel 6 Absatz 1 des Gesetzes Nr. 63 als aufgehoben und Absatz 2 als dahin geändert, daß die danach der Alliierten Hohen Kommission zustehenden Befugnisse von der Bundesregierung ausgeübt werden. Die Bundesrepublik verpflichtet sich, die dieser Änderung des Artikels 6 des Gesetzes Nr. 63 entsprechenden geeigneten Entscheidungen zur Streichung der im Verzeichnis zum Gesetz Nr. 63 genannten Länder nach Zustimmung der Drei Mächte zu erlassen.

Three Powers. However, paragraph 1 of Article 6 of Law No. 63 shall be deemed to be repealed and paragraph 2 to be amended to provide that the powers therein conferred upon the Allied High Commission may be exercised by the Federal Government. The Federal Republic undertakes that appropriate decisions under Article 6 of Law No. 63, as so amended, removing the countries from the list in the Schedule thereto shall be issued after the Three Powers have consented.

n'amendera la Loi N° 63 de la Haute Commission Alliée, sauf consentement des Trois Puissances. Toutefois, le paragraphe 1 de l'Article 6 de la Loi N° 63 sera considéré comme abrogé, et le paragraphe 2 sera considéré comme amendé en ce sens que les pouvoirs conférés à la Haute Commission Alliée par ces dispositions pourront être exercés par le Gouvernement Fédéral. La République Fédérale s'engage à ce que des décisions appropriées, en vertu de l'Article 6 de la Loi N° 63 ainsi amendée, supprimant tout pays de la liste annexée à ladite Loi, soient édictées lorsque les Trois Puissances auront donné leur consentement à une telle mesure.

Artikel 3

(1) Die Bundesrepublik wird in Zukunft keine Einwendungen gegen die Maßnahmen erheben, die gegen das deutsche Auslands- oder sonstige Vermögen durchgeführt worden sind oder werden sollen, das beschlagnahmt worden ist für Zwecke der Reparation oder Restitution oder auf Grund des Kriegszustandes oder auf Grund von Abkommen, die die Drei Mächte mit anderen alliierten Staaten, neutralen Staaten oder ehemaligen Bundesgenossen Deutschlands geschlossen haben oder schließen werden.

(2) Die Bundesrepublik wird die Bestimmungen über die Behandlung des deutschen Auslandsvermögens in Österreich hinnehmen, die in einem Abkommen enthalten sind, bei dem die gegenwärtigen Besatzungsmächte Österreichs Parteien sind, oder die in dem zukünftigen Staatsvertrage mit Österreich getroffen werden.

(3) Ansprüche und Klagen gegen Personen, die auf Grund der in Absatz (1) und (2) dieses Artikels bezeichneten Maßnahmen Eigentum erworben oder übertragen haben, sowie Ansprüche und Klagen gegen internationale Organisationen, ausländische Regierungen oder Personen, die auf Anweisung dieser Organisationen oder Regierungen gehandelt haben, werden nicht zugelassen.

Article 3

1. The Federal Republic shall in the future raise no objections against the measures which have been, or will be, carried out with regard to German external assets or other property, seized for the purpose of reparation or restitution, or as a result of the state of war, or on the basis of agreements concluded, or to be concluded, by the Three Powers with other Allied countries, neutral countries or former allies of Germany.

2. The Federal Republic shall abide by such provisions regulating German external assets in Austria as are set forth in any agreement to which the Powers now in occupation of Austria are parties or as may be contained in the future State Treaty with Austria.

3. No claim or action shall be admissible against persons who shall have acquired or transferred title to property on the basis of the measures referred to in paragraph 1 and 2 of this Article, or against international organizations, foreign governments or persons who have acted upon instructions of such organizations or governments.

Article 3

1. — La République Fédérale ne soulèvera, dans l'avenir, aucune objection contre les mesures qui ont été prises ou qui seront prises à l'égard des avoirs allemands à l'étranger ou des autres biens saisis au titre des réparations ou des restitutions, ou en raison de l'état de guerre, ou en se fondant sur les accords que les Trois Puissances ont conclus ou pourront conclure avec d'autres pays alliés, avec des pays neutres ou avec d'anciens alliés de l'Allemagne.

2. — La République Fédérale se conformera aux dispositions relatives aux avoirs allemands en Autriche, qui figurent dans tout accord auquel les Puissances actuellement en occupation en Autriche sont partie ou qui pourront figurer dans le futur Traité d'État avec l'Autriche.

3. — Ne sont pas recevables les réclamations et les actions dirigées contre des personnes qui ont acquis ou transféré des droits de propriété, en vertu des mesures visées aux paragraphes 1 et 2 du présent Article, ainsi que contre des organismes internationaux, des gouvernements étrangers ou des personnes qui ont agi sur instruction de ces organismes ou de ces gouvernements étrangers.

Artikel 4

(1) Soweit deutsche Auslandswerte noch nicht übertragen oder liquidiert worden sind oder über die Liquidationserlöse noch nicht verfügt ist, kann die Bundesrepublik über diese Werte Vereinbarungen mit allen Staaten schließen, mit denen sich Deutschland seit dem 1. September 1939 im Kriegszustand befunden hat, die aber nicht Mitglieder der Interalliierten Reparations-Agentur (IARA) sind.

(2) Die Bundesrepublik kann ferner mit den Mitgliedstaaten der IARA Vereinbarungen schließen, die sich jedoch nur beziehen dürfen auf:

(a) Vermögensarten, welche die Mitgliedstaaten der IARA gemäß Teil III der Verrechnungsregeln

Article 4

1. Where German external assets have not been transferred or liquidated, or where no disposition has been made in respect of the proceeds of their liquidation, the Federal Republic may negotiate agreements regarding them with all countries which have been at war with Germany since 1 September 1939 but are not members of the Inter-Allied Reparation Agency (IARA).

2. Moreover, the Federal Republic may negotiate agreements with the member countries of IARA, provided such agreements relate only to

(a) property of the types which member countries of the IARA may, under Part III of the IARA account-

Article 4

1. — Dans les cas où les avoirs allemands à l'étranger n'ont pas été transférés ou liquidés, ou lorsqu'aucune mesure de disposition n'a été prise à l'égard des produits de leur liquidation, la République Fédérale peut négocier des accords concernant ces avoirs avec tous les pays qui ont été en guerre avec l'Allemagne depuis le 1er septembre 1939, mais qui ne sont pas membres de l'Agence Interalliée des Réparations (IARA).

2. — En outre, la République Fédérale peut négocier des accords avec les pays membres de l'IARA, sous réserve que ces accords visent uniquement:

(a) les biens appartenant aux catégories que les pays membres de l'IARA sont, en vertu du Titre III

der IARA freiwillig von der Buchung zu ihren Lasten gemäß Teil II dieser Regeln ausschließen können,

(b) auf Reichsmark lautende, in Deutschland ausgegebene Wertpapiere.

(c) Ruhegehälter und Renten,

(d) einen Endtermin für die Beschlagnahme deutschen Eigentums in Ländern, in denen ein solcher noch nicht festgesetzt ist.

(3) Bezüglich des in Portugal, Spanien, Schweden und der Schweiz in Anspruch genommenen deutschen Auslandsvermögens, über das von den Drei Mächten geschlossene Abkommen in Kraft sind oder sein werden, kann die Bundesrepublik zur Durchführung dieser Abkommen mit den genannten Staaten Vereinbarungen über Art und Umfang der Entschädigung schließen, die an die früheren deutschen Eigentümer der Werte in diesen Ländern zu zahlen ist. Die Drei Mächte sind berechtigt, an den Verhandlungen darüber teilzunehmen.

(4) Abgesehen von den in den vorangehenden Absätzen dieses Artikels genannten Fragen ist die Bundesrepublik befugt, nach entsprechender Mitteilung an die Drei Mächte mit jedem Lande auch über andere die deutschen Auslandswerte betreffende Fragen Vereinbarungen zu schließen, es sei denn, daß die Drei Mächte dem ausdrücklich widersprechen.

Artikel 5

Die Bundesrepublik wird Vorsorge treffen, daß die früheren Eigentümer der Werte, die auf Grund der in Artikel 2 und 3 dieses Teiles bezeichneten Maßnahmen beschlagnahmt worden sind, entschädigt werden.

SIEBENTER TEIL

Verschleppte Personen und Flüchtlinge

Artikel 1

Die Bundesrepublik verpflichtet sich:

(a) das Bundesgesetz über die Rechtsstellung heimatloser Ausländer im Bundesgebiet vom 25 April 1951 (Bundesgesetzblatt Teil I Seite 269) durchzuführen;

(b) den Beitritt der Bundesrepublik zur Konvention der Vereinten Nationen über die internationale Rechtsstellung von Flüchtlingen zu ratifizieren;

(c) durch den Erlaß geeigneter Rechtsvorschriften Vorkehrungen für die Zulassung und Verteilung fremder Staatsangehöriger und staatenloser Personen zu treffen, die als politische Flüchtlinge im Bundesgebiet um Asyl nachsuchen;

---

ing rules, voluntarily exclude from the charge to be made under Part II of the rules;

(b) securities of German issue expressed in Reichsmarks;

(c) pensions;

(d) a final date for sequestration of German property in countries in wich such a date has not yet been determined.

3. Regarding property taken as German assets in Portugal, Spain, Sweden and Switzerland, with respect to which agreements concluded by the Three Powers are, or will be, in force, the Federal Republic may negotiate with those countries arrangements in implementation of such agreements concerning the nature and amount of compensation to be paid to former German owners of assets in those countries. The Three Powers shall have the right to participate in such negotiations.

4. Apart from the questions referred to in the preceding paragraphs of this Article, the Federal Republic may, after due notification to the Three Powers, negotiate with any country agreements on other questions concerning German external assets unless the Three Powers specifically object thereto.

Article 5

The Federal Republic shall ensure that the former owners of property seized pursuant to the measures referred to in Articles 2 and 3 of this Chapter shall be compensated.

CHAPTER SEVEN

Displaced Persons and Refugees

Article 1

The Federal Republic undertakes

(a) to implement the Federal Law on the Legal Status of Homeless Foreigners (heimatlose Ausländer) in the Federal Territory of 25 April 1951 (Bundesgesetzblatt Teil I Seite 269);

(b) to ratify the United Nations Convention on the International Status of Refugees;

(c) to provide, by enacting appropriate legislation for the admission and distribution of foreign nationals and stateless persons who, being political refugees, seek asylum in the Federal territory;

---

des règles de comptabilisation de l'IARA, en droit d'exclure volontairement du montant à porter à leur débit conformément aux dispositions du Titre II de ces règles;

(b) les titres d'émission allemande libellés en Reichsmark;

(c) les pensions;

(d) une date limite pour la mise sous séquestre des biens allemands dans les pays dans lesquels une telle date n'a pas encore été déterminée.

3. — En ce qui concerne les biens pris ou bloqués en tant qu'avoirs allemands à l'étranger en Espagne, au Portugal, en Suède et en Suisse, au sujet desquels des accords conclus par les Trois Puissances sont ou seront en vigueur, la République Fédérale peut négocier avec ces États des arrangements pour l'application de ces accords et relatifs à la nature et au montant de l'indemnisation à accorder aux anciens propriétaires allemands de biens situés dans ces pays. Les Trois Puissances auront le droit de participer à ces négociations.

4. — Exception faite des problèmes visés aux paragraphes précédents du présent Article, la République Fédérale peut, après en avoir dûment avisé les Trois Puissances, négocier avec tout État des accords sur d'autres questions concernant les avoirs allemands à l'étranger, à moins que les Trois Puissances ne s'y opposent de manière expresse.

Article 5

La République Fédérale veillera à ce que les anciens propriétaires de biens saisis en exécution des mesures visées aux Articles 2 et 3 du présent Chapitre reçoivent une indemnisation.

CHAPITRE SEPTIÈME

Personnes Déplacées et Réfugiés

Article 1

La République Fédérale s'engage:

(a) à appliquer la Loi fédérale sur le Statut Juridique des Étrangers Apatrides (Heimatlose Ausländer) sur le Territoire Fédéral, en date du 25 Avril 1951 (Bundesgesetzblatt, Teil I, Seite 269);

(b) à ratifier la Convention des Nations-Unies sur le Statut International des Réfugiés;

(c) à régler, par la promulgation d'une législation appropriée, l'admission et la répartition des ressortissants étrangers et des apatrides qui cherchent asile sur le territoire fédéral en qualité de réfugiés politiques;

(d) die Fortführung der Arbeiten zu gewährleisten, die gegenwärtig vom Internationalen Suchdienst durchgeführt werden;

(e) die ordnungsgemäße Betreuung und Instandhaltung der Gräber alliierter ziviler Kriegsopfer (falls von den beteiligten Staaten nicht anderweitig vorgesehen), verschleppter Personen und nichtdeutscher Flüchtlinge im Bundesgebiet zu übernehmen und Pilgerfahrten von Angehörigen zu diesen Gräbern zu erleichtern;

(f) den Behörden der Drei Mächte und anderer beteiligter alliierter Staaten bei der Exhumierung und Überführung der Leichen von Kriegsopfern die gleichen Möglichkeiten wie bisher zu gewähren.

Artikel 2

Die Bundesrepublik wird für die ordnungsgemäße Betreuung und Instandhaltung der Gräber alliierter Soldaten im Bundesgebiet (falls von den beteiligten Staaten oder den diesen Zwecken dienenden Organisationen dieser Staaten nicht anderweitig vorgesehen) Sorge tragen und die Tätigkeit dieser Organisationen erleichtern. Jede der Drei Mächte wird in ihrem Mutterland für die ordnungsgemäße Betreuung und Instandhaltung der Gräber deutscher Soldaten Sorge tragen und die Tätigkeit von Organisationen erleichtern, die diesen Zwecken dienen.

Artikel 3

Die Bundesrepublik kann das Gesetz Nr. 23 der Alliierten Hohen Kommission über die Rechtsverhältnisse verschleppter Personen und Flüchtlinge durch Rechtsvorschriften der Bundesrepublik ersetzen. Bis zum Erlaß solcher Vorschriften bleibt das Gesetz Nr. 23 in seiner durch das Gesetz Nr. 48 geänderten Fassung in Kraft.

Artikel 4

Die Drei Mächte erklären sich bereit, nötigenfalls Verhandlungen über die Übersiedlung von Flüchtlingen in das Bundesgebiet mit den Regierungen der Staaten zu führen, in denen die Bundesrepublik keine diplomatischen Vertretungen unterhält.

Artikel 5

Im Hinblick auf das fortdauernde Interesse der Drei Mächte an den in diesem Teil behandelten Angelegenheiten verpflichtet sich die Bundesrepublik, ihnen oder ihren Bevollmächtigten Abschriften aller Berichte oder statistischen Informationen über diese Angelegenheiten zu übermitteln, welche die Bundesrepublik dem Hohen Flüchtlings-Kommissar der Vereinten Nationen oder seinen Vertretern zu-

(d) to assure the continuance of the operations presently carried out by the International Tracing Service;

(e) to assume the proper care and maintenance of the graves of Allied civilian war victims (unless otherwise provided for by the nations concerned), displaced persons and non-German refugees in the Federal territory and to facilitate pilgrimages by relatives to these graves;

(f) to afford to the authorities of the Three Powers and other Allied nations concerned the same facilities as they now enjoy for the exhumation and removal of bodies of war victims.

Article 2

The Federal Republic will see to the proper care and maintenance of the graves of Allied soldiers in the Federal territory, unless otherwise provided for by the nations concerned or by organizations of such nations serving that purpose, and will facilitate the work of such organizations. Each of the Three Powers will see to the proper care and maintenance of the graves of German soldiers in its metropolitan territory and will facilitate the activities of organizations serving that purpose.

Article 3

The Federal Republic may replace Allied High Commission Law No. 23 on the Legal Positions of Displaced Persons and Refugees by legislation enacted by it. Until such replacement Law No. 23, as amended by Law No. 48, shall be maintained in force.

Article 4

The Three Powers declare themselves willing to conduct, when the necessity arises, negotiations concerning the transfer of refugees to the Federal territory with the Governments of those countries in which the Federal Republic has no diplomatic representation.

Article 5

In view of the continuing interest of the Three Powers in the matters dealt with in this Chapter, the Federal Republic undertakes to furnish to them or their authorized agents copies of any reports or statistical information on these matters which may be furnished by the Federal Republic to the United Nations High Commissioner for Refugees or his representatives, and any supplementary in-

(d) à assurer la continuation des opérations actuellement effectuées par le Service International des Recherches;

(e) à assumer l'entretien et la conservation sur le territoire fédéral des tombes des victimes civiles alliées de la guerre (à moins qu'il n'y soit autrement pourvu par les nations intéressées), et des tombes des personnes déplacées et des réfugiés non allemands, ainsi qu'à faciliter les pèlerinages des membres des familles des morts sur ces tombes;

(f) à accorder aux autorités des Trois Puissances et des autres nations alliées intéressées les mêmes facilités que celles dont elles jouissent actuellement, pour l'exhumation et le transfert des corps des victimes de la guerre.

Article 2

La République Fédérale veillera à l'entretien et à la conservation des tombes des soldats alliés sur le territoire fédéral, à moins qu'il n'y soit autrement pourvu par les nations intéressées ou par les organisations de ces nations consacrées à ces tâches, et facilitera les travaux de ces organisations. Chacune des Trois Puissances veillera à l'entretien et à la conservation des tombes des soldats allemands sur son territoire métropolitain, et facilitera l'activité des organisations consacrées à ces tâches.

Article 3

La République Fédérale pourra remplacer la Loi N° 23 de la Haute Commissions Alliée sur le Statut Juridique des Personnes Déplacées et des Réfugiés par une Législation qu'elle promulguera à cet effet. Jusqu'au moment où ce remplacement sera intervenu, la Loi N° 23, telle qu'elle a été amendée par la Loi N° 48, sera maintenue en vigueur.

Article 4

Les Trois Puissances se déclarent prêtes à mener, en cas de besoin, des négociations avec les Gouvernements des pays dans lesquels la République Fédérale ne possède pas de représentation diplomatique, pour le transfert de réfugiés vers le territoire fédéral.

Article 5

Étant donné l'intérêt que les Trois Puissances continuent à porter aux matières faisant l'objet du présent Chapitre, la République Fédérale s'engage à fournir aux Trois Puissances, ou à leurs agents autorisés, copie de tous rapports ou de toutes informations statistiques relatifs à ces matières qui pourront être fournis par la République Fédérale au Haut-Commissaire des Nations-Unies pour les

gänglich macht. Das gleiche gilt für alle zusätzlichen Auskünfte, welche die Drei Mächte oder eine von ihnen billigerweise verlangen können.

formation which the Three Powers or any of them may reasonably request.

Réfugiés ou à ses représentants, ainsi que toutes informations supplémentaires que les Trois Puissances ou l'une d'entre elles pourront raisonnablement demander.

ACHTER TEIL

Ansprüche gegen Deutschland

Artikel 1

Die Bundesrepublik bekräftigt erneut die Übereinkunft über die Regelung der deutschen Auslandsschulden, die in dem abschriftlich beigefügten Briefwechsel vom 6. März 1951 zwischen dem Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und den namens ihrer Regierungen handelnden Alliierten Hohen Kommissaren enthalten ist; sie wird weiterhin an der ordnungsgemäßen Regelung dieser Schulden im Einklang mit der genannten Übereinkunft teilnehmen.

Artikel 2

Gemäß der in Artikel 1 dieses Teiles übernommenen Verpflichtung wird die Bundesrepublik — außer auf Grund eines Vertrages oder internationalen Abkommens über die ordnungsgemäße Regelung der deutschen Auslandsschulden, bei dem die Drei Mächte Vertragsparteien sind, oder im Einvernehmen mit den Drei Mächten — keinerlei Maßnahmen der Gesetzgebung oder Verwaltung treffen, die im Widerspruch stehen zu den bei Inkrafttreten dieses Vertrages geltenden wesentlichen Bestimmungen alliierter Gesetze, Verordnungen, Direktiven und Allgemeiner Genehmigungen, einschließlich Allgemeiner Genehmigungen, die von der Bank deutscher Länder mit Zustimmung alliierter Behörden erteilt wurden, soweit diese Bestimmungen folgende Fragen regeln:

(a) Erwerb von Gütern, Geldeswerten und sonstigen Werten — und der Verfügung darüber — im Währungsgebiet der Deutschen Mark West, außer im Zuge laufender Außenhandelsgeschäfte, durch ausländische Staatsangehörige und durch Personen, die ihren Wohnsitz außerhalb des Währungsgebietes der Deutschen Mark West haben, sowie die Übertragung von Kapital, Zinsen und Dividenden ins Ausland; ferner

(b) die Regelung, Abtretung und Übertragung in das Ausland von Forderungen ausländischer Staatsangehöriger und solcher Personen, die ihren Wohnsitz außerhalb des Währungsgebietes der Deutschen Mark West haben, gegen Deutschland oder deutsche Schuldner, einschließlich der Erhaltung und Sicherung von Wertpapieren oder sonstigen Gütern, die als Nebensicherheit für derartige Forderungen vorgesehen sind.

CHAPTER EIGHT

Claims against Germany

Article 1

The Federal Republic reaffirms the agreement on the settlement of German external debts contained in the exchange of letters of 6 March 1951, copies of which are annexed hereto, between the Federal Chancellor of the Federal Republic of Germany and the Allied High Commissioners, acting on behalf of their Governments, and will continue to participate in the orderly settlement of those debts in accordance with that agreement.

Article 2

Pursuant to the undertaking given in Article 1 of this Chapter, the Federal Republic shall not, except in accordance with a treaty or international agreement to which the Three Powers are parties providing for the orderly settlement of German external debts, or except with the agreement of the Tree Powers, take any legislative or administrative measures which conflict with the substantive provisions of Allied laws, ordinances, directives and general licenses, including general licenses issued by the Bank deutscher Laender with the approval of the Allied authorities, in effect at the entry into force of the present Convention, which govern

(a) the acquisition and disposition of property and monetary or other assets in the currency area of the Deutsche Mark West, other than in the course of current foreign trade transactions, by foreign nationals and by persons residing outside the currency area of the Deutsche Mark West, and the transfer abroad of capital, interest and dividends; and

(b) the settlement, assignment and transfer abroad of claims against Germany or against German debtors of foreign nationals and persons residing outside the currency area of the Deutsche Mark West, including the maintenance and safeguarding of securities or other property earmarked as collateral security for such claims.

CHAPITRE HUITIÈME

Réclamations à l'encontre de l'Allemagne

Article 1

La République Fédérale réaffirme l'accord sur le règlement des dettes extérieures allemandes contenu dans les lettres, dont copie est annexée à la présente Convention, échangées le 6 mars 1951 entre le Chancelier de la République Fédérale et les Hauts-Commissaires Alliés agissant au nom de leurs Gouvernements, et continuera à participer à un règlement méthodique de ces dettes conformément à cet accord.

Article 2

Conformément à l'engagement pris dans l'Article 1 du présent Chapitre, la République Fédérale ne prendra, sauf en conformité avec un traité ou un accord international auquel les Trois Puissances seront parties et prévoyant un règlement méthodique des dettes extérieures allemandes ou sauf avec le consentement des Trois Puissances, aucune mesure législative ou administrative qui serait en contradiction avec les dispositions essentielles des lois, ordonnances, directives et licences générales alliées, y compris les licences générales édictées par la Bank deutscher Länder avec l'approbation des autorités alliées, applicables à la date d'entrée en vigueur de la présente Convention et régissant:

(a) l'acquisition et la disposition de biens et d'avoirs monétaires ou autres, situés sur le territoire monétaire du Deutsche Mark occidental, par des ressortissants étrangers et par des personnes résidant en dehors du territoire monétaire du Deutsche Mark occidental, à moins que ces opérations ne soient effectuées dans le cadre de transactions courantes en matière de commerce extérieur, ainsi que le transfert à l'étranger de capitaux, d'intérêts et de dividendes;

(b) le règlement, la cession et le transfert à l'étranger de créances sur l'Allemagne ou sur des débiteurs allemands détenues par des ressortissants étrangers ou des personnes résidant en dehors du territoire monétaire du Deutsche Mark occidental, y compris le maintien et la sauvegarde des valeurs mobilières ou autres biens affectés à titre de gage pour la garantie de ces créances.

ANLAGE
ZUM ACHTEN TEIL

Briefwechsel vom 6. März 1951

Schreiben des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland an die Alliierte Hohe Kommission

Bonn, den 6. März 1951

Seiner Exzellenz
dem Geschäftsführenden Vorsitzenden
der Alliierten Hohen Kommission
Herrn
Botschafter André François-Poncet
Bonn-Petersberg

Herr Hoher Kommissar,

Ich beehre mich, Ihnen in Beantwortung Ihres Schreibens vom 23. Oktober 1950 — AGSEC (50) 2339 — folgendes mitzuteilen:

I.

Die Bundesrepublik bestätigt hiermit, daß sie für die äußeren Vorkriegsschulden des Deutschen Reiches haftet, einschließlich der später zu Verbindlichkeiten des Reiches zu erklärenden Schulden anderer Körperschaften, sowie für die Zinsen und anderen Kosten für Obligationen der österreichischen Regierung, soweit derartige Zinsen und Kosten nach dem 12. März 1938 und vor dem 8. Mai 1945 fällig geworden sind.

Die Bundesregierung geht davon aus, daß bei der Feststellung der Art und des Ausmaßes, in welchen die Bundesrepublik diese Verpflichtungen erfüllt, der allgemeinen Lage der Bundesrepublik und insbesondere den Wirkungen der territorialen Beschränkung ihrer Herrschaftsgewalt und ihrer Zahlungsfähigkeit Rechnung getragen wird.

II.

Die Bundesregierung anerkennt hiermit dem Grunde nach die Schulden aus der Deutschland seit dem 8. Mai 1945 geleisteten Wirtschaftshilfe, soweit die Haftung hierfür nicht bereits durch das zwischen der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten von Amerika abgeschlossene Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit vom 15. Dezember 1949 anerkannt worden ist, oder die Bundesrepublik nicht gemäß Artikel 133 des Grundgesetzes die Verbindlichkeit hierfür bereits übernommen hat. Sie ist bereit, den Verpflichtungen aus der Wirtschaftshilfe gegenüber allen anderen ausländischen Forderungen gegen Deutschland oder deutsche Staatsangehörige Vorrang einzuräumen.

Die Bundesregierung hält es für zweckmäßig, die mit der Anerkennung und Abwicklung dieser Schulden zusammenhängenden Fragen in zweiseitigen Abkommen mit den Regierungen der an der Wirtschaftshilfe beteiligten Staaten nach Art des mit den Vereinigten Staaten von Amerika geschlossenen Abkommens vom 15. Dezember 1949 zu regeln. Sie setzt vor-

ANNEX
TO CHAPTER EIGHT

Exchange of Letters of 6 March 1951

Letter to the Allied High Commission from the Federal Chancellor of the Federal Republic of Germany

Bonn, 6 March 1951

His Excellency
The Chairman
of the Allied High Commission
Ambassador André François-Poncet

Bonn-Petersberg

Mr. High Commissioner,

In reply to your letter of 23 October 1950 — AGSEC(50)2339 - I have the honour to inform you as follows: —

I.

The Federal Republic hereby confirms that it is liable for the pre-war external debt of the German Reich, including those debts of other corporate bodies subsequently to be declared liabilities of the Reich, as well as for interest and other charges on securities of the Government of Austria to the extent that such interest and charges become due after 12 March 1938 and before 8 May 1945.

The Federal Government understands that in the determination of the manner in which and the extent to which the Federal Republic will fulfil this liability, account will be taken of the general situation of the Federal Republic including, in particular, the effects of the limitations on its territorial jurisdiction and its capacity to pay.

II.

The Federal Government acknowledges hereby in principle the debt arising from the economic assistance furnished to Germany since 8 May 1945, to the extent to which liability for such debt has not previously been acknowledged in the Agreement on Economic Cooperation concluded on 15 December 1949 between the Federal Republic and the United States of America, or for which the Federal Republic has not already taken over responsibility under Article 133 of the Basic Law. The Federal Government is ready to accord the obligations arising from the economic assistance priority over all other foreign claims against Germany or German nationals.

The Federal Government regards it as appropriate to regulate any questions connected with the recognition and settlement of these debts by bilateral agreements with the Governments of the countries which have rendered economic assistance, patterned on the Agreement concluded with the United States of America on 15 December 1949. The Federal

ANNEXE AU
CHAPITRE HUITIÈME

Échange de Lettres du 6 Mars 1951

Lettre adressée par le Chancelier Fédéral de la République Fédérale d'Allemagne à la Haute Commission Alliée

Bonn, le 6 Mars 1951

Son Excellence
Monsieur l'Ambassadeur
André François-Poncet
Président en exercice de la
Haute Commission Alliée
Bonn-Petersberg

Monsieur le Haut Commissaire,

En réponse à votre lettre du 23 Octobre 1950 — AGSEC (50) 2339 — j'ai l'honneur de vous communiquer ce qui suit:

I.

La République Fédérale confirme par la présente lettre qu'elle répond des dettes extérieures d'avant-guerre du Reich allemand, y compris les dettes des autres entités à déclarer ultérieurement comme constituant des obligations du Reich, ainsi que des intérêts et autres charges des titres émis par le Gouvernement Autrichien dans la mesure où de tels intérêts et charges étaient exigibles après le 12 Mars 1938 et avant le 8 Mai 1945.

Le Gouvernement Fédéral comprend que lors de la fixation des modalités et des montants des paiements à effectuer par la République Fédérale au titre de ses obligations, il sera tenu compte de sa situation générale, plus particulièrement de la limitation territoriale de sa compétence et de sa capacité de paiement.

II.

Le Gouvernement Fédéral déclare reconnaître en principe les dettes provenant de l'aide économique fournie à l'Allemagne depuis le 8 Mai 1945 pour autant que ces dettes ne se trouvent pas déjà reconnues par l'accord de coopération économique conclu le 15 Décembre 1949 entre la République Fédérale et les États-Unis ou au titre des obligations assumées par la République Fédérale aux termes de l'Article 133 de la Loi Fondamentale. Le Gouvernement Fédéral est disposé à accorder aux obligations résultant de l'aide économique la priorité par rapport à toutes autres créances extérieures envers l'Allemagne ou ses ressortissants.

Le Gouvernement Fédéral juge opportun de régler les questions relatives à la reconnaissance et au règlement de ces dettes par des accords bilatéraux avec les Gouvernements des États ayant contribué à l'aide économique sur le modèle de l'accord du 15 Décembre 1949 conclu avec le Gouvernement des États-Unis. Il tient pour admis que ces accords contien-

aus, daß diese Abkommen für den Fall von Meinungsverschiedenheiten eine Schiedsklausel enthalten. Die Bundesregierung ist bereit, mit den beteiligten Regierungen sofort in Verhandlungen über den Abschluß dieser Abkommen einzutreten.

III.

Die Bundesregierung bringt hiermit ihren Wunsch zum Ausdruck, den Zahlungsdienst für die deutsche äußere Schuld wieder aufzunehmen. Sie geht dabei davon aus, daß zwischen ihr und den Regierungen Frankreichs, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika Einverständnis über folgendes besteht:

Es liegt im Interesse einer Wiederherstellung normaler Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und anderen Ländern, sobald wie möglich einen Zahlungsplan auszuarbeiten, der die Regelung der öffentlichen und privaten Forderungen gegen Deutschland und deutsche Staatsangehörige zum Gegenstand hat.

Bei der Ausarbeitung dieses Planes sind interessierte Regierungen einschließlich der Bundesregierung, Gläubiger und Schuldner zu beteiligen.

Der Zahlungsplan soll insbesondere die Forderungen behandeln, deren Regelung geeignet ist, die wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen der Bundesrepublik zu anderen Ländern zu normalisieren. Er wird der allgemeinen Wirtschaftslage der Bundesrepublik, insbesondere der Zunahme ihrer Lasten und der Minderung ihrer volkswirtschaftlichen Substanz Rechnung tragen. Die Gesamtwirkung des Planes darf weder die deutsche Wirtschaft durch unerwünschte Auswirkungen auf die innere Finanzlage aus dem Gleichgewicht bringen noch vorhandene oder künftige deutsche Devisenbestände über Gebühr in Anspruch nehmen. Er darf auch nicht die Finanzlast für irgendeine der Besatzungsmächte merklich vermehren.

In allen Fragen, die sich aus den Verhandlungen über den Zahlungsplan und über die Zahlungsfähigkeit ergeben, können die beteiligten Regierungen Sachverständigengutachten einholen.

Das Ergebnis der Verhandlungen ist in Abkommen niederzulegen. Es besteht Einverständnis darüber, daß der Plan nur vorläufigen Charakter hat und der Revision unterliegt, sobald Deutschland wiedervereinigt und eine endgültige Friedensregelung möglich ist.

Genehmigen Sie, Herr Hoher Kommissar, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

gezeichnet: Adenauer

Government takes for granted that these agreements will contain an arbitration clause for cases of dispute. The Federal Government is prepared at once to enter into negotiations for the conclusion of such agreements with the Governments concerned.

III.

The Federal Government hereby expresses its desire to resume payments on the German external debt. It understands that there is agreement between it and the Governments of France, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and of the United States of America on the following: —

It is in the interest of the reestablishment of normal economic relations between the Federal Republic and other countries to work out as soon as possible a settlement plan which will govern the settlement of public and private claims against Germany and German nationals.

Interested Governments including the Federal Republic, creditors and debtors, shall participate in working out this plan.

The settlement plan shall in particular deal with those claims, the settlement of which would achieve the objective of normalising the economic and financial relations of the Federal Republic with other countries. It will take into account the general economic position of the Federal Republic, notably the increase of its burdens and the reduction in its economic wealth. The general effect of this plan shall neither dislocate the German economy through undesirable effects on the internal financial situation nor unduly drain existing or potential German foreign-exchange resources. It shall also not add appreciably to the financial burden of any Occupation Power.

The governments concerned may obtain expert opinions on all questions arising out of the negotiations on the settlement plan and on the capacity to pay.

The result of the negotations shall be set forth in agreements. It is agreed that the plan will be provisional in nature and subject to revision as soon as Germany is reunited and a final peace settlement becomes possible.

I beg your Excellency to accept the assurance of my highest esteem.

signed: Adenauer

dront une clause d'arbitrage dans le cas de litiges. Le Gouvernement Fédéral est prêt à entamer sans délai des pourparlers avec les Gouvernements intéressés au sujet de la conclusion de ces accords.

III.

Le Gouvernement Fédéral exprime son désir de reprendre le paiement de la dette extérieure allemande. Il comprend qu'il y a accord entre lui et les Gouvernements des États-Unis d'Amérique, de la France et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord sur ce qui suit:

dans l'intérêt du rétablissement des relations économiques normales entre la République Fédérale et les autres pays, il convient d'élaborer au plus vite un plan de paiements portant sur le règlement des créances publiques et privées existant à l'encontre de l'Allemagne et de ses ressortissants.

Les Gouvernements intéressés, y compris la République Fédérale, les créanciers et débiteurs, doivent participer à l'élaboration de ce plan.

Le plan de paiements doit traiter notamment des créances dont le règlement peut contribuer à normaliser les rapports économiques et financiers entre la République Fédérale et les autres pays. Il tiendra compte de la situation économique générale de la République Fédérale et, notamment, de l'accroissement de ses charges et de la diminution de sa substance économique. Le plan ne doit avoir pour effet général ni de déséquilibrer l'économie allemande par des répercussions indésirables sur la situation financière intérieure, ni d'affecter outre mesure les ressources allemandes en devises, présentes ou futures. Le plan ne doit pas non plus augmenter sensiblement les charges financières supportées par une Puissance occupante quelconque.

Les Gouvernements intéressés pourront, pour toutes les questions résultant des négociations sur le plan de paiements ou la capacité de paiement, demander l'avis d'experts.

Les résultats obtenus au cours des négociations doivent faire l'objet d'accords. Il est entendu que le plan aura un caractère purement provisoire et sera sujet à révision dès que l'unité allemande aura été rétablie et qu'un règlement définitif de paix sera devenu possible.

Veuillez agréer, Monsieur le Haut Commissaire, l'expression de ma considération distinguée.

signé: Adenauer

Antwort der namens ihrer Regierungen handelnden Alliierten Hohen Kommissare an den Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland

Bonn-Petersberg, den 6. März 1951

Seiner Exzellenz
dem Bundeskanzler der
Bundesrepublik Deutschland

Herr Bundeskanzler,

In Beantwortung Ihres Schreibens vom 6. März 1951 über die deutschen Schulden beehren wir uns, im Namen der Regierungen Frankreichs, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika die von der Bundesregierung gegebenen Zusicherungen hinsichtlich der Haftung der Bundesrepublik für die äußeren Vorkriegsschulden des Deutschen Reiches sowie für die Schulden aus der Deutschland seit dem 8. Mai 1945 von den drei Regierungen geleisteten Wirtschaftshilfe zur Kenntnis zu nehmen.

Was den Vorrang für die Verpflichtungen aus der Wirtschaftshilfe der Nachkriegszeit betrifft, so sind wir befugt zu erklären, daß die drei Regierungen nicht beabsichtigen, diesen Vorrang in einer Weise geltend zu machen, die die Regelung ausländischer Forderungen aus nach dem 8. Mai 1945 abgeschlossenen und für den wirtschaftlichen Wiederaufbau der Bundesrepublik wesentlichen Handelsgeschäften behindern würde.

Hinsichtlich der Frage einer Schiedsklausel in den Abkommen über die Schulden aus der Nachkriegswirtschaftshilfe sind die drei Regierungen bereit, bei den Verhandlungen über diese Abkommen zu prüfen, ob die Einfügung einer solchen Klausel für Angelegenheiten, die sich zur Regelung durch ein derartiges Verfahren eignen, zweckmäßig ist.

Wir beehren uns ferner, im Namen der drei Regierungen die Auffassung der Bundesregierung, wie sie im zweiten Absatz des Abschnitts I und im Abschnitt III des Schreibens Euerer Exzellenz zum Ausdruck gebracht ist, zu bestätigen. Unsere Regierungen bereiten gegenwärtig Vorschläge über die Methode für die Ausarbeitung eines Zahlungsplans vor; diese werden die Beteiligung ausländischer Gläubiger, deutscher Schuldner und interessierter Regierungen einschließlich der Bundesregierung vorsehen. Die Vorschläge werden eine geordnete Gesamtregelung der Vorkriegsansprüche gegen Deutschland und die deutschen Schuldner, sowie der sich aus der Nachkriegswirtschaftshilfe ergebenden Schulden zum Ziel haben; diese Regelung soll eine gerechte und billige Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Interessen, einschließlich derjenigen der Bundesregierung, gewährleisten. Es ist beabsichtigt, die sich ergebende Regelung in einem multilateralen Abkommen niederzulegen; etwa für not-

Reply to the Federal Chancellor of the Federal Republic of Germany from the Allied High Commissioners, acting on behalf of their Governments

Bonn-Petersberg, 6 March 1951

His Excellency,
The Chancellor of the
Federal Republic of Germany

Mr. Chancellor,

In reply to your letter of 6 March, 1951, on the subject of German indebtedness we have the honour, on behalf of the Governments of France, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, and the United States of America, to acknowledge the untertakings of the Federal Government in regard to the responsibility of the Federal Republic for the pre-war external debts of the German Reich and for the debt arising out of the economic assistance furnished to Germany by the three Governments since 8 May 1945.

With regard to the priority accorded to the obligations arising from the post-war economic assistance we are authorised to state that the three Governments would not propose to exercise this priority in such a way as to restrict settlement of foreign-held claims arising out of trade subsequent to 8 May 1945, essential to the economic recovery of the Federal Republic.

With regard to the question of an arbitration clause in agreements covering the debts for post-war economic assistance, the three Governments will be prepared, when negotiating such agreements to consider whether it would be useful to include an arbitration clause to deal with any matters which might be appropriately settled by such a procedure.

We further have the honour on behalf of the three Governments to confirm the understandings of the Federal Government as set forth in the second paragraph of Article I and in Article III of your Excellency's letter. They are now engaged in preparing proposals for the working out of settlement arrangements; these will provide for the participation of foreign creditors, German debtors, and interested Governments including the Federal Government. The proposals will be designed to arrive at an orderly overall settlement of pre-war claims against Germany and German debtors and of the debt arising out of the post-war economic assistance, which would be fair and equitable to all the interests affected, including those of the Federal Government. It ist the intention that the resulting settlement should be embodied in a multilateral agreement; any bilateral agreements that may be considered to be necessary would be concluded within the framework of the settlement plan. As soon as their proposals are ready the three Govern-

Réponse adressée par les Hauts Commissaires Alliés, agissant au nom de leurs Gouvernements, au Chancelier Fédéral

Bonn-Petersberg, le 6 Mars 1951

Son Excellence
Monsieur le Chancelier de la
République Fédérale d'Allemagne

Monsieur le Chancelier,

En réponse à votre lettre du 6 mars 1951, concernant les dettes allemandes, nous avons l'honneur, au nom des Gouvernements des États-Unis d'Amérique, de la France et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d' Irlande du Nord, de prendre acte des engagements du Gouvernement Fédéral relatifs à la responsabilité de la République Fédérale au titre des dettes extérieures d'avant-guerre du Reich allemand et de la dette découlant de l'assistance économique fournie à l'Allemagne par les trois Gouvernements depuis le 8 Mai 1945.

En ce qui concerne la priorité accordée aux obligations qui découlent de l'assistance économique d'après-guerre, nous sommes autorisés à déclarer que les trois Gouvernements ne se proposent pas d'exercer cette priorité d'une manière qui gêne le règlement des créances étrangères résultant d'opérations commerciales postérieures au 8 Mai 1945 et essentielles au relèvement économique de la République Fédérale.

En ce qui concerne l'inclusion d'une clause d'arbitrage dans les accords relatifs aux dettes découlant de l'assistance économique d'après-guerre, les trois Gouvernements seront disposés, en négociant ces accords, à examiner s'il est opportun d'y prévoir une telle clause pour les questions susceptibles d'être utilement réglées par une telle procédure.

Nous avons également l'honneur de confirmer, au nom des trois Gouvernements, l'interprétation du Gouvernement Fédéral, telle qu'elle apparaît au paragraphe 2 de l'Article I et à l'Article III de la lettre de Votre Excellence. Nos Gouvernements élaborent actuellement des propositions conduisant à un dispositif de règlement; il est prévu d'y faire participer les créanciers étrangers, les débiteurs allemands et les Gouvernements intéressés, y compris le Gouvernement Fédéral. Ces propositions tendront à un règlement d'ensemble et ordonné des créances d'avant-guerre à l'encontre de l'Allemagne et des débiteurs allemands, ainsi que des dettes découlant de l'assistance économique d'après-guerre; ce règlement devra assurer un traitement juste et équitable de tous les intérêts en cause, y compris ceux du Gouvernement Fédéral. Il est prévu d'inclure l'arrangement qui en découlera dans un accord multilatéral; les accord bilatéraux qui pourront être jugés nécessaires seraient conclus dans le cadre du plan de règlement.

wendig erachtete bilaterale Abkommen würden im Rahmen des Zahlungsplans abgeschlossen werden. Sobald ihre Vorschläge fertiggestellt sind, werden die drei Regierungen sie der Bundesregierung und anderen beteiligten Regierungen zuleiten und mit ihnen diese Vorschläge sowie das in dieser Angelegenheit anzuwendende Verfahren erörtern.

Wir beehren uns zu erklären, daß unsere drei Regierungen das oben angeführte Schreiben Euerer Exzellenz und dieses Schreiben als Beurkundung eines Abkommens zwischen den Regierungen Frankreichs, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika einerseits und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland andererseits über die in diesen Schreiben behandelten Fragen der deutschen Schulden betrachten. Diese Schreiben sind in deutscher, englischer und französischer Sprache abgefaßt worden; alle diese Fassungen sind in gleicher Weise maßgebend.

Genehmigen Sie, Herr Bundeskanzler, den Ausdruck unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Für die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika
gezeichnet:
John J. McCloy

Für die Regierung der Republik Frankreich
gezeichnet:
A. François-Poncet

Für die Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland
gezeichnet:
Ivone Kirkpatrick

ments will communicate them to the Federal Government and to other interested Governments and will discuss with them these proposals and the procedure to be adopted for dealing with the subject.

We have the honour to state that our three Governments regard your Exellency's letter under reference and this letter as placing on record an agreement between the Governments of France, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, and the United States of America on the one hand, and the Government of the Federal Republic on the other, concerning the questions of German indebtedness covered in these letters. These letters are prepared in English, French and German, each text being equally authentic.

Accept, Mr. Chancellor, the renewed assurances of our highest esteem.

For the Government of the French Republic
signed:
A. François-Poncet

For the Government of the United Kingdom
signed:
Ivone Kirkpatrick

For the Government of the United States of America
signed:
John J. McCloy

Dès que leurs propositions seront prêtes, le trois Gouvernements les communiqueront au Gouvernement Fédéral et aux autres Gouvernements intéressés; ils discuteront avec eux des propositions, ainsi que de la procédure à suivre en la matière.

Nous avons l'honneur de faire savoir que nos trois Gouvernements considèrent que la lettre de Votre Excellence visée ci-dessus, ainsi que la présente lettre, enregistrent l'accord des Gouvernements des États-Unis d'Amérique, de la France et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, d'une part, et du Gouvernement de la République Fédérale, d'autre part, sur les questions relatives aux dettes allemandes visées par ces lettres. Les lettres ont été rédigées en français, en anglais et en allemand, chaque texte faisant également foi.

Veuillez agréer, Monsieur le Chancelier, les assurances de notre haute considération.

Pour le Gouvernement des États-Unis d'Amérique
signé:
John J. McCloy

Pour le Gouvernement de la République Française
signé:
A. François-Poncet

Pour le Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord
signé:
Ivone Kirkpatrick

NEUNTER TEIL

Gewisse Ansprüche gegen fremde Nationen und Staatsangehörige

Artikel 1

Vorbehaltlich der Bestimmungen einer Friedensregelung mit Deutschland dürfen deutsche Staatsangehörige, die der Herrschaftsgewalt der Bundesrepublik unterliegen, gegen die Staaten, welche die Erklärung der Vereinten Nationen vom 1. Januar 1942 unterzeichnet haben oder ihr beigetreten sind oder mit Deutschland im Kriegszustand waren oder in Artikel 5 des Fünften Teiles dieses Vertrages genannt sind, sowie gegen deren Staatsangehörige keine Ansprüche irgendwelcher Art erheben wegen Maßnahmen, welche von den Regierungen dieser Staaten oder mit ihrer

CHAPTER NINE

Claims against Foreign Nations or Nationals

Article 1

Without prejudice to the terms of a peace settlement with Germany, German nationals who are subject to the jurisdiction of the Federal Republic shall not assert against countries which have signed or acceded to the United Nations Declaration of 1 January 1942, or have been at war with Germany, or are specified in Article 5 of Chapter Five of the present Convention, or against the nationals of such countries, claims of any description arising out of actions taken or authorized by the Governments of these countries between 1 September 1939 and 5 June 1945 because of the

CHAPITRE NEUVIEME

Réclamations à l'encontre des Nations Étrangères ou des Ressortissants Étrangers

Article 1

Sans préjudice des dispositions d'un règlement de paix avec l'Allemagne, aucune réclamation d'aucune sorte résultant d'actes accomplis ou autorisés, entre le 1er Septembre 1939 et le 5 Juin 1945 en raison de l'existence de l'état de guerre en Europe, par les Gouvernements des nations qui ont signé la Déclaration des Nations-Unies du 1er Janvier 1942 ou y ont adhéré ou qui ont été en guerre avec l'Allemagne ou qui sont énumérées à l'Article 5 du Chapitre Cinquième de la présente Convention, ne pourra être présentée à l'encontre de ces nations ou de leurs ressortissants,

Ermächtigung in der Zeit zwischen dem 1. September 1939 und dem 5. Juni 1945 wegen des in Europa bestehenden Kriegszustandes getroffen worden sind; auch darf niemand derartige Ansprüche vor einem Gericht in der Bundesrepublik geltend machen.

Artikel 2

Vorbehaltlich der Bestimmungen einer Friedensregelung mit Deutschland bestätigt die Bundesrepublik, daß keine Regierungsansprüche im Namen Deutschlands wegen Maßnahmen, welche von den Regierungen der in Artikel 1 dieses Teiles bezeichneten Staaten oder mit ihrer Ermächtigung zwischen dem 1. September 1939 und dem 5. Juni 1945 wegen des in Europa bestehenden Kriegszustands getroffen worden sind, vor den Verhandlungen über die Friedensregelung erhoben werden können.

Artikel 3

(1) Die Bestimmungen dieses Artikels gelten bis zum Inkrafttreten einer Friedensregelung mit Deutschland.

(2) Die Bundesrepublik erkennt an, daß sie oder die ihrer Herrschaftsgewalt unterliegenden Personen keine Ansprüche irgendwelcher Art gegen die Drei Mächte oder eine von ihnen oder gegen Organisationen oder Personen, die in ihrem Namen oder unter ihrer Autorität tätig waren, geltend machen werden wegen Handlungen oder Unterlassungen, welche die Drei Mächte oder eine von ihnen oder Organisationen oder Personen, die in ihrem Namen oder unter ihrer Autorität tätig waren, zwischen dem 5. Juni 1945 und dem Inkrafttreten dieses Vertrages mit Bezug auf Deutschland, deutsche Staatsangehörige, deutsches Eigentum oder in Deutschland begangen haben.

(3) Die Bundesrepublik übernimmt die Verantwortlichkeit für die Entscheidung über Entschädigungsansprüche für Besatzungsschäden, die zwischen dem 1. August 1945 und dem Inkrafttreten dieses Vertrages entstanden sind und für die nach den Bestimmungen des Gesetzes Nr. 47 der Alliierten Hohen Kommission Entschädigung zu leisten ist, und für die Befriedigung dieser Ansprüche. Die Bundesrepublik wird bestimmen, welche weiteren der in Absatz (2) dieses Artikels genannten und im Bundesgebiet entstandenen Ansprüche zu befriedigen angemessen ist und wird die zur Bestimmung und Befriedigung dieser Ansprüche erforderlichen Maßnahmen treffen.

(4) Die Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht für Ansprüche aus Verträgen, die Zahlungen aus den nationalen Fonds einer der Drei Mächte vorsehen.

(5) Die Bundesregierung wird alle Entscheidungen, die in bezug auf Ansprüche der in Absatz (3) dieses Artikels bezeichneten Art von den Be-

existence of a state of war in Europe, nor shall such claims be asserted in any court of the Federal Republic by any person.

Article 2

Without prejudice to the terms of a peace settlement with Germany, the Federal Republic confirms that no governmental claims on behalf of Germany arising out of actions taken or authorized by the Governments of the countries referred to in Article 1 of this Chapter between 1 September 1939 and 5 June 1945 because of the existence of a state of war in Europe may be asserted prior to the negotiation of the peace settlement.

Article 3

1. The provisions of this Article are applicable during the period until the entry into force of a peace settlement with Germany.

2. The Federal Republic recognizes that no claims of any kind arising out of acts or omissions of the Three Powers or any one of them, or of organizations or persons who have acted on their behalf or under their authority, which took place in respect of Germany, German nationals or German property, or in Germany, between 5 June 1945 and the entry into force of the present Convention, may be asserted by the Federal Republic or by persons subject to its jurisdiction against the Three Powers or any one of them or against organizations or persons who have acted on their behalf or under their authority.

3. The Federal Republic assumes responsibility for the decision and satisfaction of claims for compensation for occupation damages which were sustained between 1 August 1945 and the entry into force of the present Convention and for which compensation is payable under the provisions of Allied High Commission Law No. 47. The Federal Republic will determine which of the other claims referred to in paragraph 2 of this Article, insofar as they arose in the Federal territory, should appropriately be satisfied and will take such measures as are necessary for the determination and satisfaction of such claims.

4. The provisions of this Article shall not apply to claims arising under contracts providing for payments from national funds of any of the Three Powers.

5. The Federal Government shall carry out all decisions taken with regard to claims specified in paragraph 3 of this Article by the authori-

par un ressortissant allemand soumis à la juridiction de la République Fédérale, ni par aucune personne devant aucun tribunal de la République Fédérale.

Article 2

Sans préjudice des dispositions d'un règlement de paix avec l'Allemagne, la République Fédérale confirme qu'aucune réclamation gouvernementale au nom de l'Allemagne, résultant d'actes accomplis ou autorisés par les Gouvernements des nations visées à l'Article 1 du présent Chapitre entre le 1er Septembre 1939 et le 5 Juin 1945, en raison de l'existence de l'état de guerre en Europe, ne peut être présentée avant la négociation du règlement de paix.

Article 3

1. — Les dispositions du présent Article sont applicables au cours de la période s'étendant jusqu'à l'entrée en vigueur d'un règlement de paix avec l'Allemagne.

2. — La République Fédérale reconnaît qu'aucune réclamation d'aucune sorte résultant d'actes ou d'omissions des Trois Puissances ou de l'une d'entre elles, ou d'organismes ou de personnes ayant agi en leur nom, ou sous leur autorité, intervenus en Allemagne ou en relation avec l'Allemagne, les ressortissants ou les biens allemands entre le 5 Juin 1945 et la date d'entrée en vigueur de la présente Convention, ne pourra être présentée par la République Fédérale ni par toute personne soumise à sa juridiction à l'encontre des Trois Puissances ou de l'une d'entre elles ou à l'encontre des organismes ou des personnes ayant agi en leur nom ou sous leur autorité.

3. — La République Fédérale assume la responsabilité des décisions relatives aux demandes d'indemnisation pour les dommages d'occupation qui ont été subis entre le 1er Août 1945 et la date d'entrée en vigueur de la présente Convention et qui, en vertu de la Loi No 47 de la Haute Commission Alliée, sont susceptibles d'indemnisation, et elle assume la responsabilité du réglement de ces demandes La République Fédérale détermine celles des autres réclamations visées au paragraphe 2 du présent Article, et ayant pris naissance sur le territoire fédéral, qu'il serait approprié de régler et prend toutes les mesures nécessaires afin de prévoir le principe de la décision et de la réglementation de ces réclamations.

4. — Les dispositions du présent Article ne s'appliquent pas aux réclamations nées à l'occasion de contrats prévoyant des paiements à prélever sur les fonds nationaux de l'une des Trois Puissances.

5. — Le Gouvernement Fédéral exécutera, dans la mesure où elles n'ont pas encore été exécutées, toutes les décisions concernant les réclamations

hörden der Drei Mächte oder einer von ihnen vor Inkrafttreten dieses Vertrages getroffen worden sind, durchführen, soweit sie nicht bereits durchgeführt sind.

Artikel 4

(1) Gemäß der durch den Briefwechsel vom 19 und 21 Mai 1952 zwischen dem Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und dem Geschäftsführenden Vorsitzenden der Alliierten Hohen Kommission getroffenen Vereinbarung sind Vermögenswerte der Joint Export-Import Agency auf die Bundesrepublik übertragen worden oder werden solche Vermögenswerte übertragen werden; gemäß dieser Vereinbarung hat die Bundesrepublik gewisse Verbindlichkeiten übernommen.

(2) Die Bundesrepublik bestätigt ihre Verpflichtung in Übereinstimmung mit diesem Briefwechsel die Drei Mächte und jede von ihnen von allen bestehenden oder zukünftig erwachsenden Verbindlichkeiten freizustellen, die sich aus den Transaktionen der Joint Export-Import Agency oder einer Dienststelle, deren Funktionen von der Joint Export-Import Agency übernommen worden sind oder aus anderen Außenhandels- oder Devisen-Transaktionen ergeben, welche von den Drei Mächten oder einer von ihnen vorgenommen worden und in dem Briefwechsel bezeichnet sind.

(3) Vom Austausch des in Absatz (1) dieses Artikels erwähnten Briefwechsels an unterliegen seine Bestimmungen in gleicher Weise wie dieser Vertrag im Falle von Streitigkeiten der Entscheidung durch das Schiedsgericht.

ties of the Three Powers or any one of them before the entry into force of the present Convention unless such decisions have already been carried out.

Article 4

1. Pursuant to the terms of the agreement embodied in the exchange of letters between the Chairman of the Alliied High Commission and the Federal Chancellor of the Federal Republic of Germany of 19 and 21 May 1952, assets of the Joint Export-Import Agency have been or will be transferred to the Federal Republic, and the Federal Republic has undertaken certain obligations.

2. The Federal Republic confirms its undertaking in accordance with such exchange of letters to indemnify the Three Powers and each of them with respect to all liabilities, either now existing or hereafter arising, in connection with the operations of the Joint Export-Import Agency or any agency whose functions were taken over by it or in connection with other foreign trade or foreign exchange operations conducted by the Three Powers or any of them and referred to in the exchange of letters.

3. The provisions of the exchange of letters referred to in paragraph 1 of this Article shall be subject, in the event of a dispute arising after the date of the exchange, to the jurisdiction of the Arbitration Tribunal in the same manner as the present Convention.

visées au paragraphe 3 du présent Article, prises par les Trois Puissances ou l'une d'entre elles avant l'entrée en vigueur de la présente Convention.

Article 4

1. — Aux termes de l'accord figurant dans l'échange de lettres entre le Président de la Haute Commission Alliée et le Chancelier de la République Fédérale, en date des 19 et 21 Mai 1952, les fonds de l'Agence Commune d'Exportation et d'Importation ont été ou seront transférés à la République Fédérale, et la République Fédérale s'est engagée à assumer certaines obligations.

2. — La République Fédérale confirme son engagement, conformément à cet échange de lettres, de garantir les Trois Puissances et chacune d'entre elles contre toutes revendications actuelles et futures, relatives aux opérations de l'Agence Commune d'Exportation et d'Importation ou de tout autre organisme dont les fonctions ont été assumées par ladite agence, ou relatives à d'autres opérations en matière de commerce extérieur ou en matière de change menées par les Trois Puissances ou l'une d'entre elles et visées dans ledit échange de lettres.

3. — Les dispositions de l'échange de lettres visé au paragraphe 1 du présent Article seront soumises, dans le cas d'un litige survenu après la date de cet échange de lettres, à la compétence du Tribunal d'Arbitrage selon les mêmes modalités que la présente Convention.

ZEHNTER TEIL

Ausländische Interessen in Deutschland

Artikel 1

(1) Die Bundesrepublik wird, soweit dies nicht schon geschehen ist, alle erforderlichen Maßnahmen treffen, um sicherzustellen, daß die in Absatz (3) dieses Artikels genannten Staaten, Personen und Gesellschaften die Rückgabe ihres Eigentums in seinem jetzigen Zustand und die Wiederherstellung ihrer Rechte und Interessen im Bundesgebiet erlangen, soweit diese Güter Rechte oder Interessen einer diskriminierenden Behandlung unterworfen waren. Diese Güter, Rechte und Interessen der in Absatz (3) genannten Staaten Personen und Gesellschaften sind durch die Bundesrepublik von allen Beschränkungen und Belastungen jeder Art, denen sie infolge der diskriminierenden Behandlung unterworfen wurden, zu befreien. Bei der Rückgabe oder Wiederherstellung sowie bei der Beseitigung der Beschränkungen oder Belastungen dürfen keine Kosten erhoben werden. Um jedoch eine ungerechtfertigte Bereicherung der im Absatz (3) genannten Staaten, Personen und Gesellschaften zu verhindern, können der Billigkeit entsprechende Bedingungen auferlegt werden.

CHAPTER TEN

Foreign Interests in Germany

Article 1

1. Insofar as this has not already been done, the Federal Republic will take all steps necessary to ensure that the nations, persons and companies referred to in paragraph 3 of this Article shall be able to secure the return of their property in its present condition, and the restoration of their rights and interests, in the Federal territory to the extent to which such property, rights or interests suffered discriminatory treatment. The property, rights and interests of the nations, persons and companies referred to in paragraph 3 shall be freed by the Federal Republic from all encumbrances and charges of any kind to which they may have become subject as a result of discriminatory treatment. No costs shall be imposed either in connection with the return or restoration or with the removal of encumbrances or charges. Equitable conditions may, however, be imposed to prevent the unjust enrichment of any nation, person or company referred to in paragraph 3.

CHAPITRE DIXIÈME

Intérêts Étrangers en Allemagne

Article 1

1. — Pour autant que cela n'ait pas encore été fait, la République Fédérale prendra toutes les dispositions nécessaires pour mettre les nations, personnes et sociétés visées au paragraphe 3 du présent Article, en mesure d'obtenir la restitution de leurs biens dans leur état actuel et la restauration de leurs droits et intérêts sur le territoire fédéral, dans la mesure où ces biens, droits et intérêts ont subi un traitement discriminatoire. Les biens, droits et intérêts des nations, personnes et sociétés visées au paragraphe 3 seront libérés par la République Fédérale de toutes charges ou servitudes quelconques auxquelles ils auraient pu être soumis par suite d'un traitement discriminatoire. Aucun droit ne sera prélevé soit à l'occasion de leur restitution ou de leur restauration, soit à l'occasion de la levée de ces charges ou servitudes. Toutefois, des conditions équitables pourront être imposées pour éviter un enrichissement injuste de l'une des nations, personnes ou sociétés visées au paragraphe 3.

(2) Mit Inkrafttreten dieses Vertrages wird die Bundesrepublik das im Anhang zu diesem Teile geregelte Verfahren für die Anmeldung und Bearbeitung von Ansprüchen auf Grund dieses Artikels und für die Befriedigung von auf solchen Ansprüchen beruhenden Entscheidungen einrichten und die Bestimmungen dieses Verfahrens in geeigneter Weise bekanntmachen. Derartige Ansprüche sind binnen zwölf Monaten nach Einrichtung dieses Verfahrens anzumelden. Die Bundesrepublik wird den Beteiligten auf deren Ersuchen, soweit möglich, alle Auskünfte über die Treuhandverwaltung der Güter, Rechte und Interessen zur Verfügung stellen.

(3) Anspruchsberechtigt auf Grund dieses Artikels sind:

(a) Die Vereinten Nationen und ihre Staatsangehörigen,

(b) die Rechtsnachfolger dieser Staatsangehörigen und

(c) die Gesellschaften deutschen Rechts, an denen Staatsangehörige der Vereinten Nationen beteiligt sind,

unter der Voraussetzung, daß diese Staatsangehörigen oder ihre Rechtsnachfolger, abgesehen von unmittelbaren Rechtsnachfolgern kraft gesetzlicher Erbfolge oder testamentarischer Verfügung, zur Zeit der diskriminierenden Behandlung Staatsangehörige der Vereinten Nationen waren.

(4) Im Sinne dieses Artikels umfaßt der Ausdruck „diskriminierende Behandlung" Maßnahmen aller Art, die zwischen dem 1. September 1939 und dem 8. Mai 1945 auf Güter, Rechte und Interessen auf Grund außerordentlicher, nicht allgemein auf alle nichtdeutschen Güter, Rechte oder Interessen anwendbarer Bestimmungen angewandt worden sind und die eine Schädigung, Entziehung oder Benachteiligung zur Folge hatten, ohne daß die Beteiligten ihre freie Zustimmung gegeben oder eine angemessene Entschädigung erhalten hätten. Handlungen oder Unterlassungen auf Grund der deutschen Verordnung über die Behandlung feindlichen Vermögens vom 15. Januar 1940 (und deren Änderungen) oder auf Grund anderer Bestimmungen, die einen ähnlichen Zweck verfolgten, können als diskriminierend angesehen werden, obwohl sie sich im Rahmen dieser Verordnung, ihrer Änderungen oder dieser anderen Bestimmungen hielten, wenn es sich ergibt, daß

(a) die ausländischen Güter, Rechte oder Interessen dadurch einen Schaden erlitten haben und

(b) dieser Schaden ohne Verletzung dieser Verordnung, ihrer Änderungen oder dieser anderen Bestimmungen hätte vermieden werden können.

2. On the entry into force of the present Convention, the Federal Republic shall establish, and give adequate publicity to, the procedure described in the Annex to this Chapter for the filing and consideration of claims based on the provisions of this Article and for the satisfaction of awards based on such claims. Such claims shall be filed within twelve months from the establishment of such procedure. The Federal Republic shall also make available, so far as possible, all information concerning the administration by custodians of property, rights or interests to any interested party who may request it.

3. The following shall be entitled to claim under the provisions of this Article:

(a) United Nations and their nationals,

(b) the successors of such nationals, and

(c) companies organized under German law in which United Nations nationals own participation,

provided that such nationals or, except in the case of direct successors by inheritance or testamentary disposition, their successors were United Nations nationals at the date of the discriminatory treatment.

4. The term "discriminatory treatment" as used in this Article shall mean action of all kinds applied between 1 September 1939 and 8 May 1945 to any property, rights or interests, as a result of any exceptional measures which were not applicable generally to all non-German property, rights or interests, and giving rise to prejudice, deprivation or impairment without the free consent of the interested parties and without adequate compensation. Anything done or omitted under the German Ordinance on the Treatment of Enemy Properties of 15 January 1940 or any amendment thereto, or any other regulations having a similar purpose, may be held to amount to discriminatory treatment, even though within the scope of such Ordinance, amendments or regulations, where it appears that

(a) injury to foreign property, rights or interests resulted therefrom; and

(b) the injury inflicted could have been avoided without infringing such Ordinance, amendments or regulations.

2. — Lors de l'entrée en vigueur de la présente Convention, la République Fédérale instituera la procédure prévue dans l'Annexe au présent Chapitre pour le dépôt et l'examen des demandes fondées sur les dispositions du présent Article et pour l'exécution des décisions qui seront rendues à leur égard. Elle donnera à cette procédure toute la publicité appropriée. Ces demandes devront être présentées dans les douze mois de l'institution de cette procédure. La République Fédérale devra également, dans toute la mesure du possible, porter à la connaissance de toute partie intéressée qui en fera la demande tous renseignements concernant la gestion, par des administrateurs séquestres, de ces biens, droits et intérêts.

3. — Les entités et personnes suivantes auront qualité pour présenter des réclamations en application des dispositions du présent Article:

(a) les Nations-Unies et leurs ressortissants;

(b) les successeurs de ces ressortissants; et

(c) les sociétés constituées selon le droit allemand dans lesquelles des ressortissants des Nations-Unies possèdent des participations;

sous réserve que ces ressortissants ou leurs successeurs sauf dans le cas des successeurs en ligne directe par voie d'héritage ou de dispositions testamentaires, aient été ressortissants des Nations-Unies à la date du traitement discriminatoire.

4. — L'expression « traitement discriminatoire », au sens du présent Article, désigne les mesures de toute nature appliquées entre le 1er Septembre 1939 et le 8 Mai 1945 à tous biens, droits et intérêts par suite de tout traitement exceptionnel qui n'était pas généralement applicable à tous les biens, droits et intérêts non-allemands, et qui ont eu pour effet d'occasionner des préjudices, pertes ou dommages quelconques sans le libre consentement des parties intéressées et sans indemnisation appropriée. Tout acte ou omission intervenu en application de l'Ordonnance allemande sur le Traitement des Biens Ennemis, en date du 15 Janvier 1940, de tous amendements à cette Ordonnance ou de toutes autres réglementations ayant des buts analogues, pourra être considéré comme constituant un traitement discriminatoire, même s'il entrait dans le cadre de cette Ordonnance, de ces amendements ou de ces réglementations, lorsqu'il apparaîtra:

(a) qu'il en est résulté un dommage à un bien étranger ou à des droits ou intérêts étrangers; et

(b) que le dommage causé aurait pu être évité sans violer cette Ordonnance, ces amendements ou ces réglementations.

(5) Die Bestimmungen dieses Artikels finden keine Anwendung auf Ansprüche, die im Dritten und Vierten Teile dieses Vertrages geregelt sind.

(6) Unter die Bestimmungen dieses Artikels sollen nicht die Entschädigungsansprüche für Verluste oder Schäden an den Gütern, Rechten oder Interessen fallen, die auf diskriminierende Behandlung zurückzuführen sind oder sich auf andere Weise unmittelbar oder mittelbar aus dem Kriege ergeben; das Recht einer der Vereinten Nationen, während der Verhandlungen über eine Friedensregelung Entschädigungsansprüche dieser Art für ihre eigenen Güter, Rechte und Interessen sowie für die ihrer Staatsangehörigen geltend zu machen, bleibt jedoch unberührt.

Artikel 2

Die Bundesgesetze über Ausschlußfristen und Verjährungsfristen vom 28 Dezember 1950 und 30 März 1951 (Gesetz über den Ablauf der durch Kriegs- oder Nachkriegsvorschriften gehemmten Fristen und Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes über den Ablauf der durch Kriegs- oder Nachkriegsvorschriften gehemmten Fristen, Bundesgesetzblatt 1950 Seite 821 und 1951 Teil I Seite 213) sowie das Gesetz Nr 67 der Alliierten Hohen Kommission über denselben Gegenstand bleiben, soweit sie ausländische Gläubiger deutscher Schuldner berühren, in Kraft Die Bestimmungen dieses Artikels sollen nach Abschluß eines Vertrages oder eines internationalen Abkommens über die geordnete Regelung deutscher Auslandsschulden, an dem die Drei Mächte als Vertragsparteien beteiligt sind, einer Nachprüfung unterworfen werden, soweit diese Bestimmungen Ansprüche betreffen, die in dem genannten Vertrag oder Abkommen geregelt sind.

Artikel 3

Unbeschadet der Bestimmungen der endgültigen Friedensregelung mit Deutschland werden die Vereinten Nationen und ihre Staatsangehörigen in gleicher Weise wie deutsche Staatsangehörige, die ihren Wohnsitz im Bundesgebiet haben, nach Maßgabe der Rechtsvorschriften der Bundesrepublik und der Länder Entschädigungen für die Kriegsschäden erhalten die sie an ihrem im Bundesgebiet belegenem Eigentum erlitten haben, soweit es sich nicht um die Eingliederungshilfe und die Wohnraumhilfe handelt.

Artikel 4

Die Bundesrepublik bestätigt, daß nach deutschem Recht der Kriegszustand als solcher die vor Eintritt des Kriegszustandes durch Verträge oder andere Verpflichtungen begründeten Verbindlichkeiten zur Bezahlung von Geldschulden und die vor diesem Zeitpunkt erworbenen Rechte nicht berührt.

5. The provisions of this Article are not applicable to claims which are dealt with under Chapters Three and Four of the present Convention.

6. The provisions of this Article are not intended to cover compensation for loss or damage to property, rights or interests due to discriminatory treatment or resulting indirectly or directly from the war by any other means, but shall not affect the right of any of the United Nations to advance during negotiation for a peace settlement any claim for compensation of this nature with respect to its own or its nationals' property, rights or interests.

Article 2

Insofar as they affect foreign creditors of German debtors, the Federal laws on periods of limitation (including preclusion and prescription) of 28 December 1950 and 30 March 1951 (Gesetz über den Ablauf der durch Kriegs- oder Nachkriegsvorschriften gehemmten Fristen und Gesetz zur Ergaenzung des Gesetzes ueber den Ablauf der durch Kriegs- oder Nachkriegsvorschriften gehemmten Fristen (Bundesgesetzblatt Teil I (1950) Seite 821 und (1951) Seite 213)*), together with Allied High Commission Law No. 67 on the same subject, shall be maintained in force. The provisions of this Article shall be subject to review after the conclusion of a treaty or international agreement to which the Three Powers are parties providing for the orderly settlement of German external debts, insofar as these provisions involve claims dealt with in such a treaty or agreement.

Article 3

Without prejudice to the terms of the final peace settlement with Germany, the United Nations and their nationals shall enjoy, on the same basis as German nationals residing in the Federal territory, such compensation for war damage relating to property located in the Federal territory as may be provided by the Federal Republic or any of its Laender, but not Integration Aid (Eingliederungshilfe) or Housing Aid (Wohnraumhilfe).

Article 4

The Federal Republic reaffirms that under German law the state of war shall not in itself be regarded as affecting obligations to pay pecuniary debts arising out of obligations and contracts which existed, and rights which were aquired, before the commencement of the state of war.

5. — Les dispositions du présent Article ne sont pas applicables aux demandes traitées aux Chapitres Troisième et Quatrième de la présente Convention.

6. — Les dispositions du présent Article n'ont pas pour objet de régler la question de l'indemnisation pour pertes ou dommages causés aux biens, droits ou intérêts et dus à un traitement discriminatoire ou résultant indirectement ou directement de la guerre de toute autre manière, mais elles n'affectent pas le droit de l'une quelconque des Nations-Unies de présenter, au cours de la négociation du règlement de paix, des demandes d'indemnisation de cette nature en ce qui concerne ses propres biens, droits ou intérêts ou ceux de ses ressortissants.

Article 2

Dans la mesure où elles affectent les créanciers étrangers de débiteurs allemands, les lois fédérales relatives aux délais de prescription et de forclusion (Gesetz über den Ablauf der durch Kriegs- oder Nachkriegsvorschriften gehemmten Fristen und Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes über den Ablauf der durch Kriegs- oder Nachkriegsvorschriften gehemmten Fristen — Bundesgesetzblatt 1950, Teil I, Seite 821, und 1951, Teil I, Seite 213 —)*), en date du 28 Décembre 1950 et du 30 Mars 1951, ainsi que la Loi N° 67 de la Haute Commission Alliée relative au même objet, seront maintenues en vigueur Les dispositions du présent Article seront sujettes à révision après la conclusion d'un traité ou d'un accord international auquel les Trois Puissances seront parties et prévoyant le règlement méthodique des dettes extérieures allemandes, dans la mesure où ces dispositions se rapportent à des demandes traitées dans un tel accord ou un tel traité.

Article 3

Sans préjudice des dispositions du règlement final de paix avec l'Allemagne, les Nations-Unies et leurs ressortissants participeront, sur la même base que les ressortissants allemands résidant sur le territoire fédéral, à toute indemnisation pour dommages de guerre, concernant les biens situés sur le territoire fédéral, qui pourra être prévue par la République Fédérale ou l'un de ses Länder dans la mesure où il ne s'agira pas de l'Aide au Reclassement (Eingliederungshilfe) ou de l'Aide au Logement (Wohnraumhilfe).

Article 4

La République Fédérale réaffirme que, en vertu du droit allemand, l'état de guerre ne devra pas, en soi, être considéré comme affectant les obligations de payer les dettes en espèces nées d'obligations et de contrats qui existaient ou de droits qui étaient acquis avant le commencement de l'état de guerre.

*) So im Original. Muß heißen: (Bundesgesetzblatt 1950, Seite 821 und 1951, Teil I, Seite 213).

Artikel 5

Die Staatsangehörigen der Vereinten Nationen oder die Rechtsnachfolger dieser Staatsangehörigen, die selbst Staatsangehörige der Vereinten Nationen sind, sind berechtigt, innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten dieses Vertrages Klage zwecks Revision der zwischen dem 1. September 1939 und dem 8. Mai 1945 erlassenen Urteile deutscher Gerichte zu erheben, wenn sie als Parteien an dem Verfahren beteiligt und physisch, moralisch oder rechtlich zu einer angemessenen Vertretung ihres Falles nicht in der Lage waren.

Artikel 6

(1) Bis zur endgültigen Regelung der sich aus dem Krieg ergebenden Ansprüche gegen Deutschland sind die in Absatz (2) dieses Artikels näher bestimmten Personen und ihr Vermögen von allen Sondersteuern, -abgaben oder -auflagen befreit, die sich tatsächlich auf das Vermögen auswirken und zu dem besonderen Zweck auferlegt werden, Lasten zu decken, die sich aus dem Kriege oder aus Reparationen oder Restitutionen an eine der Vereinten Nationen ergeben.

(2) Wird eine solche Steuer, Abgabe oder Auflage nur zu einem Teil für die in Absatz (1) dieses Artikels bezeichneten Zwecke erhoben, so richtet sich die zu gewährende Befreiung grundsätzlich danach, in welchem Ausmaß die Steuern, Abgaben oder Auflagen den genannten Zwecken dienen. In den besonderen Fällen der Abgaben, die durch die Gesetzgebung des Zweizonenwirtschaftsrates und die entsprechende Gesetzgebung der Länder Rheinland-Pfalz, Baden und Württemberg-Hohenzollern über die Soforthilfe und durch die geplante Lastenausgleichsgesetzgebung vorgeschrieben werden, sind die in den nachstehenden Bestimmungen dieses Artikels bezeichneten Personen und Vermögenswerte in dem dort vorgesehenen Umfange von den Leistungen befreit, die in dem Sechsjahreszeitraum vom 1. April 1949 bis 31. März 1955 als Soforthilfeabgabe und im Rahmen des geplanten Lastenausgleichs als Vermögensabgabe zu entrichten wären:

(a) Natürliche Personen, die am Währungsstichtag (21. Juni 1948) Staatsangehörige einer der Vereinten Nationen waren, und nach deutschem Recht selbständig abgabepflichtige Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen, die nach den Gesetzen einer der Vereinten Nationen errichtet worden sind, werden bei unbeschränkter Abgabepflicht hinsichtlich aller Vermögenswerte befreit, die ihnen sowohl am 21. Juni 1948 als auch am 8. Mai 1945 gehörten, oder bei beschränkter Abgabepflicht hinsichtlich der Vermögenswerte, die ihnen in der Bundesrepublik oder in Berlin (West) gehörten. Angehörige eines in Artikel 1 (c) des Gesetzes Nr. 54 der Alliierten Hohen Kommission bezeichneten Staates oder Gebietes genießen die gleiche Befreiung,

Article 5

Any United Nations national, or the successor of such a national who is also a United Nations national, shall have the right to institute, within one year from the entry into force of the present Convention, an action for the revision of any judgment delivered by a German Court between 1 September 1939 and 8 May 1945 in any proceeding in which such national was a party and was physically, morally or legally unable to make adequate presentation of his case.

Article 6

1. Pending a final settlement of claims against Germany arising out of the war, the persons defined in paragraph 2 of this Article, and their property, shall be exempt from any exceptional taxes, levies or imposts, the incidence of which is in fact on property, imposed for the specific purpose of meeting charges arising out of the war or out of reparation or restitution to any of the United Nations.

2. Where any such tax, levy or impost is levied only partly for the purposes described in paragraph 1 of this Article, the exemption to be granted shall in principle be proportionate to the part of such taxes, levies or imposts imposed for these purposes. In the particular cases of the levies prescribed by the legislation of the Bizonal Economic Council and by the corresponding legislation of the Laender of Rhineland-Palatinate, Baden and Wuerttemberg-Hohenzollern, concerning Immediate Aid (Soforthilfe) and by the proposed Final Equalization of Burdens (Lastenausgleich) Law, the persons and property described in the following provisions of this Article shall be exempted, to the extent provided, from payments falling due in the six-year period from 1 April 1949 to 31 March 1955 as Immediate Aid levies, and as the property levy under the proposed Equalization of Burdens:

(a) Natural persons who were nationals of any of the United Nations on the currency reform date (21 June 1948), and companies, associations of persons and trusts (Koerperschaften, Personenvereinigungen und Vermoegensmassen), which are independently liable for taxation under German law, organized under the laws of one of the United Nations, shall, if subject to unlimited tax liability, be exempted in respect of all property owned by them both on 21 June 1948 and on 8 May 1945 or, if subject to limited tax liability, in respect of all property owned by them in the Federal Republic or Berlin (West). Citizens of any territorial entity or nation referred to in sub-paragraph (c) of Article 1 of Allied High Commission Law No. 54 shall enjoy the same exemption if they

Article 5

Tout ressortissant des Nations-Unies, ou tout successeur de ce ressortissant qui possède également la qualité de ressortissant des Nations-Unies, aura le droit d'introduire, dans un délai d'un an à compter de l'entrée en vigueur de la présente Convention, une demande en révision de tout jugement prononcé par un tribunal allemand entre le 1er Septembre 1939 et le 8 Mai 1945, dans tout procès auquel il était partie et dans lequel il a été dans l'impossibilité physique, morale ou juridique d'exposer sa cause d'une manière satisfaisante.

Article 6

1. — En attendant un règlement final des créances sur l'Allemagne résultant de la guerre, les personnes visées au paragraphe 2 du présent Article, ainsi que leur biens, seront exonérés de tous impôts, taxes ou prélèvements exceptionnels dont l'incidence frappe, en fait, les biens et qui sont expressément destinés à couvrir les charges résultant de la guerre ou des réparations ou des restitutions au profit de l'une quelconque des Nations-Unies.

2. — Lorsqu'un tel impôt, taxe ou prélèvement n'est imposé que partiellement pour les fins mentionnées au paragraphe 1 du présent Article, l'exonération qui sera accordée sera, en principe, proportionnelle à la partie de ces impôts, taxes ou prélèvement affectée à ces fins. Dans le cas particulier des impositions prescrites par la législation du Conseil Economique de la Bizone et par les législations correspondantes des Länder de Rhénanie-Palatinat, de Bade et du Wurtemberg-Hohenzollern sur l'Aide Immédiate (Soforthilfe), et par la loi définitive envisagée sur la Péréquation des Charges (Lastenausgleich), les personnes et les biens visés dans les dispositions ci-après du présent Article seront exonérés, dans la mesure prévue, des paiements à effectuer dans la période de six ans allant du 1er Avril 1949 au 31 Mars 1955, au titre des impôts de l'Aide Immédiate et des impôts sur les biens prévus en vertu du projet de Péréquation des Charges:

(a) les personnes physiques qui étaient ressortissants de l'une quelconque des Nations-Unies à la date de la réforme monétaire (21 Juin 1948), ainsi que les sociétés, associations de personnes et groupements de biens (Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen) qui sont indépendamment soumis à imposition en vertu du droit allemand, constitués en vertu des lois de l'une des Nations-Unies, seront, s'ils sont imposables sans limitation, exonérés en ce qui concerne tous les biens qu'ils possédaient tant le 21 Juin 1948 que le 8 Mai 1945, ou, s'ils sont partiellement imposables, exonérés en ce qui concerne tous les biens qu'ils possèdent sur le territoire fédéral ou à Berlin (Ouest). Les citoyens de toute entité territoriale ou de toute nation, visés à l'alinéa (c)

wenn sie zu irgendeinem Zeitpunkt zwischen dem 1. September 1939 und dem 21. Juni 1948 die Staatsangehörigkeit einer der Vereinten Nationen hatten.

(b) Nach deutschem Recht gegründete, selbständig abgabepflichtige Gesellschaften, an denen die in Unterabsatz (a) bezeichneten natürlichen Personen oder Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen sowohl am 21. Juni 1948 als auch am 8. Mai 1945 entweder unmittelbar oder über andere Gesellschaften eine Beteiligung von mindestens 85 v.H. besessen haben, werden entsprechend dieser Beteiligungsquote befreit.

(c) Natürliche Personen, die nicht gemäß Unterabsatz (a) dieses Absatzes einen Anspruch auf Befreiung haben und im Rahmen der in Artikel 1 Absatz (1) Unterabsatz (a) des Dritten Teiles dieses Vertrages bezeichneten Gesetzgebung Rückerstattung oder Entschädigung beansprucht haben oder beanspruchen, werden für die ersten 150 000 DM des Wertes oder Betrages aller Vermögenswerte befreit, die ihnen auf Grund rechtskräftiger Entscheidung oder beurkundeter Vereinbarung im Rahmen dieser Gesetzgebung zugeflossen sind oder zufließen und mit denen sie nach den Vorschriften über die Soforthilfeabgabe oder über die Vermögensabgabe für den geplanten Lastenausgleich zu diesen Abgaben heranzuziehen wären.

(d) Die in Unterabsatz (a) bis (c) dieses Absatzes bestimmten Befreiungen werden nicht dadurch unwirksam, daß die betreffenden Vermögenswerte an oder nach dem 21. Juni 1948 auf andere Personen übergegangen sind oder übergehen.

(3) Für die Zwecke des Unterabsatzes (a) des Absatzes (2) dieses Artikels ist ein Vermögensgegenstand, der dem Abgabepflichtigen am 21. Juni 1948, jedoch nicht am 8. Mai 1945 gehört hat, so zu behandeln, als ob er ihm am 8. Mai 1945 gehört hätte:

(a) wenn der Gegenstand am 8. Mai 1945 einer Person (gleichgültig welcher Staatsangehörigkeit) gehört hat, von der er ihn von Todes wegen (auf Grund gesetzlicher Erbfolge oder mehrerer gesetzlicher Erbfolgen oder auf Grund letztwilliger Verfügungen) erworben hat, oder

(b) wenn der Abgabepflichtige den Gegenstand nach dem 8. Mai 1945 im Austausch gegen anderes Vermögen, das ihm zu diesem Zeitpunkt gehört hat, z. B. durch Kauf, erworben hat, oder

(c) wenn es sich um rückerstattete Vermögenswerte irgendwelcher Art handelt, ohne Rücksicht auf die in

had the nationality of any of the United Nations at any time between 1 September 1939 and 21 June 1948;

(b) Companies organized under German law, which are independently liable for taxation, in which the natural persons or companies, associations of persons or trusts described in sub-paragraph (a) of this paragraph owned on 21 June 1948 and on 8 May 1945, directly or through the medium of other companies, a shareholding interest of at least 85 per cent shall be exempted in proportion to such shareholding interest;

(c) Natural persons who do not qualify for exemption under sub-paragraph (a) of this paragraph and who claim or have claimed restitution or compensation pursuant to the legislation referred to in sub-paragraph (a) of paragraph 1 of Article 1 of Chapter Three of the present Convention shall be exempted on the first DM 150,000 in value or amount of property of any kind which has been or will be transferred to them under orders, decisions or recorded agreements pursuant to such legislation which would be taxable under the provisions concerning Immediate Aid levies or the property levy under the proposed Equalization of Burdens;

(d) The exemptions prescribed in sub-paragraphs (a) to (c) inclusive of this paragraph shall not become inoperative on the ground that the property concerned has devolved upon other persons on or after 21 June 1948.

3. For the purposes of sub-paragraph (a) of paragraph 2 of this Article, property which the owner on 21 June 1948 did not own on 8 May 1945 shall be deemed to have been owned by him on 8 May 1945 if

(a) the property was owned on 8 May 1945 by a person (of any nationality), from whom he acquired it through succession on death (by one or a series of inheritances or testamentary dispositions); or

(b) he acquired the property after 8 May 1945 in exchange for other property owned by him on that date (for example, through purchase); or

(c) the property concerned is restituted property of any kind, without limitation as to the value or amount,

de l'Article I de la Loi N° 54 de la Haute Commission Alliée, bénéficieront de la même exonération si, à quelque époque que ce soit entre le 1er Septembre 1939 et le 21 Juin 1948, ils avaient la nationalité de l'une quelconque des Nations-Unies;

(b) les sociétés constituées selon le droit allemand, qui sont indépendamment soumises à imposition, et dans lesquelles les personnes physiques ou sociétés, associations de personnes ou groupements de biens visés à l'alinéa (a) du présent paragraphe possédaient, tant le 21 Juin 1948 que le 8 Mai 1945, directement ou par l'intermédiaire d'autres sociétés, une participation de 85 % au moins dans le capital-actions, seront exonérées proportionnellement à cette participation;

(c) les personnes physiques qui ne sont pas qualifiées pour être exonérées aux termes de l'alinéa (a) du présent paragraphe, et qui réclament ou ont réclamé une restitution ou une indemnisation en vertu de la législation visée à l'alinéa (a) du paragraphe 1 de l'Article 1 du Chapitre Troisième de la présente Convention, seront exonérées, pour la première fraction de 150.000 DM., en valeur ou en espèces, des biens de toutes sortes qui leur ont été ou qui leur seront transférés en exécution d'ordres, d'arrêtes, de décisions ou d'accords enregistrés en vertu de cette législation, et qui seraient sujets à imposition aux termes des dispositions relatives aux impôts au titre de l'Aide Immédiate et aux impôts sur les biens, prévus en vertu de la Péréquation des Charges;

(d) les exonérations prévues aux alinéas (a) à (c) inclus du présent paragraphe ne deviendront pas caduques du fait que le bien en cause aura été dévolu à d'autres personnes le 21 Juin 1948 ou après cette date.

3. — Pour l'application de l'alinéa (a) du paragraphe 2 du présent Article, tout bien que le détenteur possédait le 21 Juin 1948, mais non le 8 Mai 1945, sera considéré comme ayant été en sa possession le 8 Mai 1945:

(a) si ce bien était possédé le 8 Mai 1945 par une personne (quelle que soit sa nationalité) de laquelle il l'a acquis par voie de succession à la suite d'un décès (au moyen d'un ou plusieurs héritages ou dispositions testamentaires); ou

(b) si le détenteur a acquis ce bien après le 8 Mai 1945 par voie d'échange contre d'autres biens qu'il possédait à cette date (par exemple par voie d'achat); ou

(c) si le bien en cause est un bien restitué, de quelque nature qu'il soit, sans limitation quant à sa

Unterabsatz (c) des Absatzes (2) dieses Artikels bezeichnete Beschränkung des Wertes oder Betrages.

(4) Für die Zwecke des Unterabsatzes (b) des Absatzes (2) dieses Artikels gilt Absatz (3) dieses Artikels entsprechend.

(5) Übersteigen die Zahlungen, die auf Grund der Vorschriften über die Soforthilfeabgabe von natürlichen und juristischen Personen, Personenvereinigungen und Vermögensmassen geleistet worden sind, die nach Absatz (2) dieses Artikels Anspruch auf Befreiungen von der Vermögensabgabe mögensabgabe, die unter Berücksichtigung der Bestimmungen des Absatzes (2) auf den gleichen Zeitraum entfallen, so ist der Unterschiedsbetrag spätestens drei Monate nach Rechtskraft des Bescheides der deutschen Finanzbehörde über die Vermögensabgabe zu erstatten oder auf die Verbindlichkeiten an Abgaben und Steuern anzurechnen, die bis zur Rechtskraft des Bescheides über die Vermögensabgabe fällig geworden sind oder in den folgenden drei Monaten fällig werden.

(6) In den Fällen, in denen natürliche Personen, Körperschaften, Personenvereinigungen oder Vermögensmassen auf Grund dieses Artikels Befreiungen von der Vermögensabgabe genießen, sind sie bei der Vermögensabgabe weder im Hinblick auf diese Befreiung noch im Hinblick auf die Nichtzahlung der Vermögensabgabe oder der Soforthilfeabgabe zu höheren jährlichen Zahlungen für die Zeit nach Ablauf des Befreiungszeitraums verpflichtet als zu denjenigen, die nichtbefreite Abgabepflichtige, welche die Soforthilfeabgabe voll entrichtet haben, jährlich zu zahlen verpflichtet sind. Wird die Anrechnung der Soforthilfeabgabe bei Berechnung der Vermögensabgabe in der in dem dem Bundestag vorliegenden Gesetzentwurf (Bundestagsdrucksache Nr. 3300) vorgesehenen Weise vorgenommen, d. h. in der Weise, daß die Soforthilfeabgabe von der gesamten Abgabeschuld abgezogen wird, so ist in den Fällen, in denen Soforthilfeabgabe nicht erhoben worden ist, von der gesamten Abgabeschuld das Dreifache des Jahresgrundbetrages der Vermögensabgabe abzuziehen; als Jahresgrundbetrag gilt dabei der Betrag, der sich aus der Anwendung der Jahresabgabesätze auf die gesamte Abgabeschuld ergibt.

(7) Bei der Berechnung anderer Lastenausgleichsabgaben sind natürliche Personen, Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen, die auf Grund dieses Artikels Befreiungen von der Vermögensabgabe genießen, so zu behandeln, als ob sie zur vollen Vermögensabgabe herangezogen worden wären.

(8) Bei Meinungsverschiedenheiten über die Anwendung des Unterabsatzes (b) des Absatzes (2) dieses Artikels ist

referred to in sub-paragraph (c) of paragraph 2 of this Article.

4. For the purposes of sub-paragraph (b) of paragraph 2 of this Article, the provisions of paragraph 3 of this Article shall be applicable *mutatis mutandis*.

5. Where payments made under the provisions of the Immediate Aid by natural persons, companies, associations of persons and trusts entitled to exemption under paragraph 2 of this Article exceed amounts of the property levy falling due for the same period taking into account the provisions of paragraph 2, the overpayment shall, not later than three months after the effective date of the notice of assessment issued by the German tax office concerning the property levy, be either refunded or set off against liabilities due for payment or which become due within three months thereafter.

6. In cases in which natural persons, companies, associations of persons or trusts enjoy exemption from the property levy by virtue of this Article, the annual amount to be paid in respect of the property levy for the period after the expiration of the exemption period shall not, either because of this exemption or because of the non-payment of the property levy or the Immediate Aid levy, be higher than the annual amount which would be payable by non-exempted natural persons, companies, associations of persons or trusts who have paid the Immediate Aid levy in full. If in computing the property levy the Immediate Aid levy is to be set off in the manner proposed in the draft law submitted to the Bundestag (Bundestag Document No. 3300), that is, by deduction of the Immediate Aid levy from the total liability for the property levy, then in cases where the Immediate Aid levy has not been imposed, three times the basic annual payment under the property levy is to be deducted from the total liability; the basic annual payment shall for this purpose be the amount resulting from the application of the annual contribution rates to the total liability.

7. In computing the liability for the purposes of any other levy under the Final Equalization of Burdens Law, natural persons, companies, associations of persons and trusts enjoying the exemptions under this Article shall be treated as though they had paid the full amount of the property levy.

8. In cases under sub-paragraph (b) of paragraph 2 of this Article both the company, and any shareholder

valeur ou à son montant, visé à l'alinéa (c) du paragraphe 2 du présent Article

4. — Pour l'application de l'alinéa (b) du paragraphe 2 du présent Article, les dispositions du paragraphe 3 s'appliquent *mutatis mutandis*.

5. — Lorsque des paiements, effectués en vertu des dispositions de la législation sur l'Aide Immédiate par des personnes physiques, des sociétés, des associations de personnes ou des groupements de biens en droit de bénéficier d'une exonération en application du paragraphe 2 du présent Article, dépassent le montant de l'impôt sur les biens du pour la même période, compte tenu des dispositions du paragraphe 2, les sommes versées en excédent seront, au plus tard trois mois après la date d'échéance de l'avertissement émis par le bureau fiscal allemand au titre de l'impôt sur les biens, soit remboursées, soit déduites des sommes à régler ou de celles qui seront à régler dans les trois mois suivants.

6. — Dans les cas où des personnes physiques, des sociétés, des associations de personnes ou des groupements de biens bénéficient d'exemptions d'impôts sur les biens en vertu du présent Article, le montant annuel à acquitter au titre de l'impôt sur les biens pour la période suivant la date d'expiration de la période d'exemption ne peut être, soit en raison de cette exemption, soit en raison du non-paiement de l'impôt sur les biens ou de la taxe d'Aide Immédiate, plus élevé que le montant annuel qui serait payable par des personnes physiques, des sociétés, des associations de personnes ou des groupements de biens non exemptés qui auraient payé dans sa totalité la taxe d'Aide Immédiate. Lorsque, dans le calcul de l'impôt sur les biens, la taxe d'Aide Immédiate est décomptée de la manière prévue dans le projet de loi soumis au Bundestag (Document du Bundestag N° 3300) c'est-à-dire déduite du total des sommes dues au titre de l'impôt sur les biens, le triple du versement de base annuel à ce titre doit être, dans les cas où la taxe d'Aide Immédiate n'a pas été imposée, déduit du total des sommes dues. A cet effet, la somme provenant de l'application du taux de la contribution annuelle à l'obligation fiscale totale sera considérée comme constituant le versement de base annuel.

7. — Dans le calcul des sommes dues au titre de toutes autres taxes en vertu de la Loi sur la Péréquation des Charges, les personnes physiques, les sociétés, les associations de personnes et les groupements de biens bénéficiant d'exemptions en vertu du présent Article, devront être considérés comme ayant payé la totalité de l'impôt sur les biens.

8. — Dans les cas visés à l'alinéa (b) du paragraphe 2 du présent Article, la société, ainsi que tout action-

zur Einlegung der gesetzlichen Rechtsmittel sowohl die Gesellschaft als auch jeder Anteilseigner befugt, der glaubt, daß die Gesellschaft im Hinblick auf seine Beteiligung befreit ist.

Artikel 7

Um die Interessen fremder Staatsangehöriger zu schützen, bleiben die folgenden Rechtsvorschriften in Kraft:

(a) Aus dem Umstellungsrecht:

(i) § 15 (Artikel 15) der Umstellungsgesetze für die drei Zonen in der Fassung des Gesetzes Nr. 46 der Alliierten Hohen Kommission; § 6 Absatz 1 Ziffer 3 und Absatz 2 der 35. Durchführungsverordnung der Alliierten Bankkommission zum Umstellungsgesetz; § 2 Absatz 4 und 5 und § 3 Absatz 1 und 2 der 40. Durchführungsverordnung der Alliierten Bankkommission zum Umstellungsgesetz; die Weitergeltung dieser Rechtsvorschriften soll nach Abschluß eines Vertrages oder eines internationalen Abkommens über die geordnete Regelung deutscher Auslandsschulden, bei welchem die Drei Mächte Vertragsparteien sind, einer Überprüfung unterliegen.

(ii) Gesetz Nr. 55 der Alliierten Hohen Kommission über die zweite Änderung der Gesetzgebung über die Währungsreform; Gesetz Nr. 57 der Alliierten Hohen Kommission über die Rechtsstellung bestimmter Geldinstitute für die Zwecke der Währungsreformgesetzgebung und Gesetz Nr. 65 der Alliierten Hohen Kommission über die dritte Änderung von Rechtsvorschriften über die Währungsreform, welche die Umstellungsgesetze ergänzen, abändern oder auslegen.

(iii) Gesetz Nr. 73 der Alliierten Hohen Kommission über Umstellung von Banknoten, die von repatriierten Personen aus Deutschland ausgeführt worden sind.

(b) Aus dem Recht der Wertpapierbereinigung:

§ 2 Absatz 1 Ziffer 3, § 48, § 59 Absatz 10, § 60 Absatz 3 des Wertpapierbereinigungsgesetzes vom 19. August 1949 in Verbindung mit der Verordnung vom 12. Mai 1950, durch die sie auf die französische Zone ausgedehnt wird (Bundesgesetzblatt Seite 180) und § 2 Absatz 2 und 3 und § 9 des Abänderungs- und Ergänzungsgesetzes zum Wertpapierbereinigungsgesetz vom 29. März 1951 (Bundesgesetzblatt Teil I Seite 211).

who believes the company should be exempted with respect to his participation, shall be entitled to all legal remedies available.

Article 7

In order to protect the interests of Foreign nationals, the following legislation shall be maintained in force:

(a) In the field of Monetary Reform legislation:

(i) Article (Section) XV (15) of the Third Law for Monetary Reform (Conversion Law) in each Zone, as amended by Allied High Commission Law No. 46; subparagraph 3 of paragraph 1 and paragraph 2 of Article 6 of Regulation No. 35 of the Allied Bank Commission under the Conversion Law; paragraphs 4 and 5 of Article 2 and paragraphs 1 and 2 of Article 3 of Regulation No. 40 of the Allied Bank Commission under the Conversion Law. The maintenance in force of this legislation shall be subject to review after the conclusion of a treaty or international agreement to which the Three Powers are parties providing for the orderly settlement of German external debts;

(ii) Allied High Commission Laws No. 55 (Second Amendment of Legislation Concerning Monetary Reform), No. 57 (Status of Certain Financial Institutions under Currency Reform Legislation) and No. 65 (Third Amendment of Legislation Concerning Monetary Reform) which supplement, amend and interpret the Conversion Laws;

(iii) Allied High Commission Law No. 73 on Conversion of Notes taken out of Germany by Repatriated Persons;

(b) In the field of legislation concerning Securities Validation:

Item 3 of paragraph 1 of Article 2, Article 48, paragraph 10 of Article 59, and paragraph 3 of Article 60 of the Securities Validation Ordinance (Wertpapierbereinigungsgesetz) of 19 August 1949, in conjunction with the Ordinance extending in to the French Zone of 12 May 1950 (Bundesgesetzblatt Seite 180), and paragraphs 2 and 3 of Article 2 and Article 9 of the Law Amending and Supplementing the Securities Validation Ordinance of 29 March 1951 (Bundesgesetzblatt Teil I Seite 211);

naire qui estime que la société devrait être exonérée en considération de sa participation, seront en droit d'utiliser tous les recours légaux qui leur seront ouverts.

Article 7

Afin de protéger les intérêts des ressortissants étrangers, la législation ci-après sera maintenue en vigueur:

(a) dans le domaine de la législation sur la Réforme Monétaire:

(i) l'Article (Section) XV (15) de la Troisième Loi sur la Réforme Monétaire (Loi de Conversion) de chaque zone, amendée par la Loi N° 46 de la Haute Commission Alliée; l'alinéa 3 du paragraphe 1 et le paragraphe 2 de l'Article 6 du Règlement N° 35 de la Commission Alliée de la Banque, portant application des Lois de Conversion; les paragraphes 4 et 5 de l'Article 2 et les paragraphes 1 et 2 de l'Article 3 du Règlement N° 40 de la Commission Alliée de la Banque, portant application des Lois de Conversion. Le maintien en vigueur de ces textes sera sujet à révision après la conclusion d'un traité ou d'un accord international auquel les Trois Puissances seront parties et prévoyant un règlement méthodique des dettes extérieures allemandes;

(ii) les Lois de la Haute Commission Alliée N° 55 (portant deuxième amendement à la législation sur la réforme monétaire), N° 57 (statut de certains établissements financiers aux termes de la législation sur la réforme monétaire) et N° 65 (portant troisième amendement à la législation sur la réforme monétaire) qui complètent, amendent et interprètent les lois de Conversion;

(iii) la Loi N° 73 de la Haute Commission Alliée sur la conversion des billets de banque emportés hors d'Allemagne par les personnes rapatriées;

(b) dans le domaine de la législation concernant l'apurement des valeurs mobilières:

l'alinéa 3 du paragraphe 1 de l'Article 2, l'Article 48, le paragraphe 10 de l'Article 59 et le paragraphe 3 de l'Article 60 de l'Ordonnance sur l'apurement des valeurs mobilières (Wertpapierbereinigungsgesetz) du 19 août 1949, en liaison avec l'Ordonnance en date du 12 mai 1950 étendant l'application de ce texte à la zone française (Bundesgesetzblatt — Seite 180), ainsi que les paragraphes 2 et 3 de l'Article 2 et l'Article 9 de la Loi amendant et complétant l'Ordonnance sur l'apurement des valeurs mobilières du 29 mars 1951 (Bundesgesetzblatt — Teil I, Seite 211);

(c) Aus sonstigen Rechtsgebieten:

(i) Artikel IV Absatz 1 des Kontrollratsgesetzes Nr. 47 über die Einstellung der deutschen Versicherungstätigkeit im Ausland bis zu einer vertraglichen Regelung, durch die diese Vorschrift gegenstandslos wird;

(ii) Kontrollratsgesetz Nr. 57 über Auflösung und Liquidation von der Deutschen Arbeitsfront angeschlossenen Versicherungsgesellschaften in der durch Gesetz Nr. 59 der Alliierten Hohen Kommission ergänzten Fassung.

(iii) Gesetz Nr. 34 der Alliierten Hohen Kommission über die Anwendung der Gesetzgebung über Bodenreform auf Vermögen von Personen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit in der Fassung der Gesetze Nr. 50, 60, 64 und 72 der Alliierten Hohen Kommission; diese gelten jedoch ferner als dahin abgeändert,

1. daß die in Gesetz Nr. 34 Artikel 2 Abs. 2 vorgesehene, mit dem Erwerb beginnende einjährige Frist bei einem Erwerb durch gesetzliche Erbfolge oder auf Grund einer testamentarischen Verfügung nur für einen Erwerb gilt, der vor dem 31. Dezember 1952 eintritt;

2. daß ein Grundbesitzer, dessen nichtdeutsche Staatsangehörigkeit bestritten und der deswegen nicht in der Lage war, bis zum 29. Februar 1952 über seinen Grundbesitz gemäß Gesetz Nr. 34 der Alliierten Hohen Kommission, Artikel 2 Absatz 1 zu verfügen, innerhalb eines Jahres von dem Tage, an dem festgestellt wurde oder wird, daß er nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besaß, über seinen Grundbesitz verfügen kann;

3. daß Grundbesitzer, die sowohl die deutsche wie eine nichtdeutsche Staatsangehörigkeit besaßen, im Sinne dieser Gesetze als nichtdeutsche Staatsangehörige gelten, wenn ihr Vermögen zu irgendeinem Zeitpunkt zwischen dem 1. September 1939 und dem 8. Mai 1945 irgendeiner der Bestimmungen der deutschen Verordnung über die Behandlung feindlichen Vermögens vom 15. Januar 1940 (und deren Änderungen) oder anderen Bestimmungen, die einen ähnlichen Zweck verfolgten, unterlag. In diesem Falle ist eine Verfügung über den Grundbesitz bis zum 31. Dezember 1952 zulässig.

(c) In other fields:

(i) Paragraph 1 of Article IV of Control Council Law No. 47 on Termination of German Insurance Operations Abroad until an arrangement is made which renders this provision unnecessary;

(ii) Control Council Law No. 57 on Dissolution and Liquidation of Insurance Companies Connected with the German Labour Front, as supplemented by Allied High Commission Law No. 59;

(iii) Allied High Commission Law No. 34 on Application of Land Reform to the Property of Non-German Nationals, as amended by Allied High Commission Laws No. 50, 60, 64 and 72; these laws shall, however, be deemed to be further amended as follows:

(1) the period of one year commencing on the date of acquisition provided for in paragraph 2 of Article 2 of Law No. 34 shall, in respect of an acquisition by inheritance or testamentary disposition, apply only to an acquisition which has taken place prior to 31 December 1952;

(2) an owner of land, whose possession of non-German nationality was in dispute and who for this reason was not in a position to dispose of his land prior to 29 February 1952 pursuant to paragraph 1 of Article 2 of Allied High Commission Law No. 34, may within a period of one year commencing on the date on which it was or will be established that he did not possess German nationality, dispose of his land;

(3) owners of land who were of German as well as of non-German nationality shall within the meaning of these laws, be deemed to be non-German nationals, if at any time between 1 September 1939 and 8 May 1945 their property was subject to any of the provisions of the German Ordinance an the Treatment of Enemy Properties of 15 January 1940 or any amendment thereto, or any other regulations having a similar purpose. In such case disposition of the land shall be permissible until 31 December 1952.

(c) dans d'autres domaines:

(i) le paragraphe 1 de l'Article IV de la Loi N° 47 du Conseil de Contrôle sur la cessation des opérations des compagnies d'assurances allemandes à l'étranger, jusqu'à ce qu'intervienne un accord qui rende ces dispositions inutiles;

(ii) la Loi N° 57 du Conseil de Contrôle sur la dissolution et la liquidation des compagnies d'assurances affiliées au Front allemand du Travail, complétée par la Loi N° 59 de la Haute Commission Alliée;

(iii) la Loi N° 34 de la Haute Commission Alliée, portant application de la législation sur la réforme agraire aux biens des ressortissants non allemands, amendée par les Lois N° 50, 60, 64 et 72 de la Haute Commission Alliée; ces lois seront, toutefois, considérées comme étant à leur tour amendées comme suit:

(1) le délai d'un an à compter de la date de l'acquisition, prévu au paragraphe 2 de l'Article 2 de la Loi N° 34 de la Haute Commission Alliée, ne s'applique, en ce qui concerne une acquisition par héritage ou par disposition testamentaire, qu'à une acquisition ayant eu lieu avant le 31 Décembre 1952;

(2) un propriétaire terrien dont l'appartenance à une nationalité non allemande a été contestée et qui, pour ce motif, n'a pas été en mesure de disposer de sa terre avant le 29 Février 1952 en vertu du paragraphe 1 de l'Article 2 de la Loi N° 34 de la Haute Commission Alliée, peut en disposer dans un délai d'un an à compter de la date à laquelle il a été ou sera établi qu'il n'était pas de nationalité allemande;

(3) les propriétaires terriens, qui possédaient à la fois la nationalité allemande et une nationalité non allemande, seront, au sens de ces lois, considérés comme ressortissants non allemands, si, à une époque quelconque entre le 1er Septembre 1939 et le 8 Mai 1945, leurs biens ont été soumis à l'une quelconque des dispositions de l'Ordonnance allemande sur le Traitement des Biens Ennemis, en date du 15 Janvier 1940, de tous amendements à cette Ordonnance, ou de tout autre réglementation ayant des buts analogues. Dans ce cas, la cession de la terre sera autorisée jusqu'au 31 décembre 1952.

Artikel 8

(1) Das Gesetz Nr. 8 der Alliierten Hohen Kommission über gewerbliche, literarische und künstlerische Eigentumsrechte ausländischer Staaten und Staatsangehöriger in der durch die Gesetze Nr. 30, 39, 41 und 66 der Alliierten Hohen Kommission abgeänderten Fassung sowie die Erste und Zweite Durchführungsverordnung zum Gesetz Nr. 8 der Alliierten Hohen Kommission vom 8. Mai 1950 und vom 9. November 1950 (Bundesgesetzblatt Seite 357 und Seite 785) bleiben in Kraft.

(2) Die Vorschriften des Gesetzes Nr. 8 (in abgeänderter Fassung) der Alliierten Hohen Kommission über die Regelung von Streitigkeiten aus der Anwendung dieses Gesetzes gelten jedoch als abgeändert wie folgt:

(a) Gegen jede letztinstanzliche Entscheidung des Patentamtes oder seines Großen Senats sowie gegen jede erstinstanzliche Entscheidung der ordentlichen Gerichte kann im Einklang mit den Bestimmungen des Artikels 12 dieses Teiles und der Satzung der Schiedskommission Berufung an die in Artikel 12 dieses Teiles erwähnte Schiedskommission für Güter, Rechte und Interessen in Deutschland eingelegt werden.

(b) Die Befugnisse der Besatzungsbehörden auf Grund des Gesetzes Nr. 8 Artikel 2 letzter Satz und Artikel 7 Absatz 3 erlöschen hiermit.

Artikel 9

(1) Im Sinne dieses Teiles hat der Ausdruck „Vereinte Nationen" dieselbe Bedeutung wie im Gesetz Nr. 54 der Alliierten Hohen Kommission, das zu diesem Zwecke und auch in Verbindung mit der Aufrechterhaltung des Gesetzes Nr. 55 der Alliierten Hohen Kommission in Kraft bleibt.

(2) Soweit nicht anders bestimmt, hat der Ausdruck „Staatsangehörige der Vereinten Nationen" in diesem Teile die folgende Bedeutung:

(a) natürliche Personen, die Staatsangehörige einer der Vereinten Nationen sind. Natürliche Personen, die die Staatsangehörigkeit einer der Vereinten Nationen und zugleich die deutsche Staatsangehörigkeit haben, werden ausschließlich als Staatsangehörige einer der Vereinten Nationen angesehen, wenn ihr Vermögen in Deutschland zu irgendeinem Zeitpunkt zwischen dem 1. September 1939 und dem 8. Mai 1945 irgendeiner der Bestimmungen der deutschen Verordnung über die Behandlung feindlichen Vermögens vom 15. Januar 1940 (und deren Änderungen) oder anderen Bestimmungen, die einen ähnlichen Zweck verfolgten, unterlag, sofern es nicht durch Sondergenehmigung des Reichsjustizministers davon ausgenommen war.

Article 8

1. Allied High Commission Law No. 8 on Industrial, Literary and Artistic Property Rights of Foreign Nations and Nationals, as amended by Allied High Commission Laws No. 30, 39, 41 and 66, together with the First and Second Implementing Ordinances under Allied High Commission Law No. 8 of 8 May 1950 and 9 November 1950 (Bundesgesetzblatt Seite 357 und Seite 785), shall be maintained in force.

2. However, the provisions of Allied High Commission Law No. 8, as amended, governing the settlement of disputes arising out of the application of that Law, shall be deemed to be amended as follows:

(a) An appeal may be taken to the Arbitral Commission on Property, Rights and Interests in Germany referred to in Article 12 of this Chapter from any decision of last instance of the Patent Office or of its Grand Senate or from any decision in the first instance of the regular courts, in accordance with the provisions of Article 12 oft this Chapter and the Charter of the Arbitral Commission.

(b) The powers of the Occupation Authorities under the last sentence of Article 2 and paragraph 3 of Article 7 of Law No. 8 shall lapse.

Article 9

1. For the purposes of this Chapter, the term "United Nations" shall have the same meaning as in Allied High Commission Law No. 54, which is maintained in force for those purposes and also in connection with the maintenance in force of Allied High Commission Law No. 55.

2. For the purposes of this Chapter, the term "United Nations nationals" shall, except as otherwise herein provided, mean:

(a) Natural persons who are nationals of any of the United Nations. Natural persons who have the nationality of one of the United Nations and also German nationality shall be deemed to be exclusively nationals of the United Nations if, at any time between 1 September 1939 and 8 May 1945, their property in Germany was subject to any of the provisions of the German Ordinance on the Treatment of Enemy Properties of 15 January 1940 or any amendment thereto, or any other regulations having a similar purpose, unless it was exempted therefrom by specific permission of the Reich Minister of Justice;

Article 8

1. — La loi N° 8 de la Haute Commission Alliée, relative aux droits de propriété industrielle, littéraire et artistique des Nations Étrangères et de leurs ressortissants, amendée par les Lois N° 30, 39, 41 et 66 de la Haute Commission Alliée, ainsi que la première et la seconde Ordonnance en date du 8 Mai 1950 et du 9 Novembre 1950 portant application de la Loi N° 8 de la Haute Commission Alliée (Bundesgesetzblatt, Seite 357 und Seite 785) seront maintenues en vigueur.

2. — Toutefois, les dispositions de la Loi N° 8, amendée, de la Haute Commission Alliée, qui régissent le règlement des différends naissant de l'application de cette Loi, seront considérées comme amendées ainsi qu'il suit:

(a) toute décision prononcée en dernière instance par l'Office des Brevets ou par son Grand Sénat, ou toute décision prononcée en première instance par les tribunaux de droit commun pourra faire l'objet d'un appel devant la Commission Arbitrale sur les Biens, Droits et Intérêts en Allemagne visée à l'Article 12 du présent Chapitre, conformément aux dispositions de ce même Article et de la Charte de la Commission Arbitrale;

(b) les pouvoirs des Autorités d'Occupation aux termes de la dernière phrase de l'Article 2 et du paragraphe 3 de l'Article 7 de la Loi N° 8 cesseront d'exister.

Article 9

1. — Au sens du présent Chapitre, l'expression « Nations Unies » a la même signification que dans la Loi N° 54 de la Haute Commission Alliée, qui est maintenue en vigueur à cet effet et également en liaison avec le maintien en vigueur de la Loi N° 55 de la Haute Commission Alliée.

2. — Au sens du présent Chapitre, l'expression « ressortissants des Nations Unies » désigne, sauf dispositions contraires

(a) les personnes physiques qui sont ressortissants de l'une des Nations-Unies. Les personnes physiques possédant la nationalité de l'une des Nations-Unies et en même temps la nationalité allemande, seront considérées comme étant uniquement ressortissantes des Nations-Unies si, à un moment quelconque entre le 1er Septembre 1939 et le 8 Mai 1945, leurs biens en Allemagne ont été soumis à l'une des dispositions de l'Ordonnance allemande sur le Traitement des Biens Ennemis, en date du 15 Janvier 1940, de tous amendements à cette Ordonnance ou de toute autre réglementation ayant des buts analogues, à moins qu'elles n'en aient été exemptées par autorisation expresse du Ministre de la Justice du Reich;

(b) Körperschaften und Vereinigungen, die nach dem Recht einer der Vereinten Nationen organisiert sind.

Artikel 10

Schließt die Bundesrepublik mit einer anderen Macht in Angelegenheiten, die unter die Artikel 1 bis 9 dieses Teiles fallen, Vereinbarungen, die für diese andere Macht günstiger sind als die entsprechenden Bestimmungen dieser Artikel, so sind die Vorteile dieser neuen Vereinbarungen ohne weiteres auf alle Mächte auszudehnen, denen die entsprechenden Bestimmungen dieses Teiles zugute kommen.

Artikel 11

In der Erwartung, daß die Vereinten Nationen dieselbe Politik gegenüber der Bundesrepublik führen werden, erklärt die Bundesrepublik ihre Absicht, eine allgemeine Politik der Nichtdiskriminierung gegenüber den Vereinten Nationen und ihren Staatsangehörigen sowie gegenüber den Gütern, Rechten und Interessen dieser Nationen und ihrer Staatsangehörigen zu befolgen und in Angelegenheiten, die diese Nationen und ihre Staatsangehörigen und deren Güter, Rechte und Interessen auf dem Gebiete der Niederlassung und der Schiffahrt berühren, ihnen im allgemeinen dieselbe Behandlung wie den eigenen Staatsangehörigen und die Meistbegünstigung zu gewähren. Die Bundesrepublik erklärt sich ferner bereit, mit den Vereinten Nationen Verträge gemäß diesen Grundsätzen abzuschließen.

Artikel 12

(1) Gegen die nachstehenden Entscheidungen kann auf Antrag der beteiligten Partei innerhalb von dreißig Tagen nach der Zustellung Berufung an die in Artikel 7 des Fünften Teiles dieses Vertrages bezeichnete Schiedskommission für Güter, Rechte und Interessen in Deutschland gemäß den Bestimmungen ihrer Satzung eingelegt werden:

(a) Entscheidungen der im Anhang zu Artikel 1 dieses Teiles bezeichneten Bundesoberbehörde gemäß Artikel 1 dieses Teiles;

(b) Entscheidungen eines Verwaltungsgerichtes erster Instanz wegen diskriminierender Behandlung gemäß Artikel 3;

(c) Entscheidungen deutscher Gerichte erster Instanz (ordentliche Gerichte, Verwaltungsgerichte, Steuergerichte oder andere Gerichte), welche die Anwendung der Artikel 2, 4 und 5 betreffen;

(d) Entscheidungen der Finanzgerichte erster Instanz gemäß Artikel 6;

(e) erstinstanzliche Entscheidungen der ordentlichen Gerichte im Streitverfahren oder in der freiwilligen Gerichtsbarkeit gemäß Artikel 7;

(b) Juristic persons or associations of persons established under the laws of one of the United Nations.

Article 10

If the Federal Republic concludes with any other Power, on matters within the scope of Articles 1 to 9 inclusive of this Chapter, arrangements more favourable to such other Power than the corresponding provisions of those Articles, the benefits of such new arrangements shall automatically be extended to all Powers benefiting from the corresponding provisions of those Articles.

Article 11

In the expectation that such a policy will be applied by such Nations toward the Federal Republic, the Federal Republic declares its intention to pursue a general policy of non-discrimination toward United Nations and their nationals and toward the property, rights and interests of such Nations and nationals, and in general to accord national and most-favoured nation treatment in matters affecting such Nations and nationals and their property, rights and interests in the field of establishment and navigation. The Federal Republic further declares its readiness to enter into treaties with the United Nations based on these principles.

Article 12

1. The following decisions may be appealed to the Arbitral Commission on Property, Rights and Interests in Germany, referred to in Article 7 of Chapter Five of the present Convention, in accordance with the provisions of its Charter, upon application to the Commission by the party concerned within thirty days after the service thereof:

(a) Decisions under Article 1 of this Chapter of the Federal Higher Authority referred to in the Annex thereto;

(b) Decisions of an administrative court of first instance in regard to discriminatory treatment under Article 3;

(c) Decisions of German courts of first instance (regular courts, administrative courts, finance courts or other courts) relating to the application of Articles 2, 4 and 5;

(d) Decisions of the finance courts of first instance under Article 6;

(e) Decisions of the regular courts of first instance in contentious or noncontentious matters under Article 7;

(b) les personnes morales ou associations de personnes constituées selon le droit de l'une des Nations-Unies.

Article 10

Si la République Fédérale conclut avec toute autre Puissance, en des matières couvertes par les Articles 1 à 9 inclus du présent Chapitre, des arrangements plus favorables pour cette Puissance que les dispositions correspondantes de ces Articles, le bénéfice de ces nouveaux arrangements sera étendu automatiquement à toutes les Puissances bénéficiant des dispositions correspondantes desdits Articles.

Article 11

Dans l'attente qu'une telle politique sera appliquée par ces Nations à l'égard de la République Fédérale, celle-ci déclare son intention de poursuivre une politique générale de non-discrimination à l'égard des Nations-Unies et de leurs ressortissants, ainsi qu'à l'égard des biens, droits et intérêts des Nations-Unies et de leurs ressortissants, et d'accorder en général le traitement national et le traitement de la nation la plus favorisée dans les questions affectant ces nations, leurs ressortissants et leurs biens, droits et intérêts, dans le domaine de l'établissement et de la navigation. La République Fédérale se déclare, en outre, prête à conclure avec les Nations-Unies des traitées fondés sur ces principes.

Article 12

1. — Les décisions suivantes sont susceptibles d'appel devant la Commission Arbitrale sur les Biens, Droits et Intérêts en Allemagne, visée à l'Article 7 du Chapitre Cinquième de la présente Convention, conformément aux dispositions de la Charte de cette Commission, sur demande adressée à la Commission par la partie intéressée dans les trente jours de la notification de la décision:

(a) les décisions prises conformément à l'Article 1 du présent Chapitre par l'Autorité Fédérale Supérieure visée à l'Annexe au présent Chapitre;

(b) les décisions d'un tribunal administratif de première instance en matière de traitement discriminatoire conformément à l'Article 3;

(c) les décisions des tribunaux allemands de première instance (juridiction de droit commun, juridictions administratives, tribunaux des finances ou autres tribunaux) relatives à l'application des Articles 2, 4 et 5;

(d) les décisions des tribunaux des finances de première instance conformément à l'Article 6;

(e) les décisions des tribunaux de droit commun de première instance en matière de procédure contentieuse ou de juridiction gracieuse, conformément à l'Article 7;

(f) letztinstanzliche Entscheidungen des Deutschen Patentamtes oder seines Großen Senats im Falle des Gesetzes Nr. 8 der Alliierten Hohen Kommission oder gegen erstinstanzliche Entscheidungen der ordentlichen Gerichte auf Grund dieses Gesetzes gemäß Artikel 8 dieses Teiles.

Die Anrufung der Schiedskommission gemäß Unterabsatz (b) bis (f) dieses Absatzes steht dem Fortgang des Verfahrens vor den deutschen Gerichten und Behörden über andere strittige Fragen nicht entgegen. Hält es jedoch die Kommission für notwendig, um die Interessen einer Partei zu schützen, so kann sie die Aussetzung eines Verfahrens vor den deutschen Gerichten oder Behörden bis zu ihrer Entscheidung über die ihr vorgelegte Frage anordnen.

(2) Legt die von einer Entscheidung nach Unterabsatz (b) bis (f) des Absatzes (1) dieses Artikels betroffene Partei, statt die Schiedskommission anzurufen, gegen diese Entscheidung ein Rechtsmittel bei einem deutschen Gericht ein, so kann sie gegen die Entscheidung der deutschen höheren Instanz über die Punkte, wegen derer sie die Schiedskommission hätte anrufen können, die Schiedskommission nicht mehr anrufen. Wenn in einer Entscheidung der in Unterabsatz (b) bis (f) des Absatzes (1) genannten Instanzen die Voraussetzungen für eine Berufung an die Schiedskommission nicht gegeben waren, jedoch eine deutsche höhere Instanz eine Entscheidung fällt, die nach Auffassung einer Partei die in Absatz (1) genannten Artikel dieses Teiles verletzt, so kann die Partei gegen die Entscheidung der deutschen höheren Instanz die Schiedskommission anrufen.

(3) Die Kommission ist weiterhin ermächtigt, in den in Absatz (1) dieses Artikels genannten Fällen eine Entscheidung zu treffen, falls eine endgültige Entscheidung innerhalb eines Jahres nach der Anhängigmachung bei dem zuständigen deutschen Gericht oder der zuständigen deutschen Behörde nicht erlassen worden ist und die betreffende Partei die Sache innerhalb einer Frist von dreißig Tagen nach Ablauf dieses Jahres der Kommission zur Entscheidung vorlegt.

(4) In den in Absatz (1), (2) oder (3) dieses Artikels genannten Fällen kann die Kommission eine endgültige Entscheidung erlassen oder die Sache mit Anweisungen, die ihr geeignet erscheinen, an das Gericht oder die Behörde zurückverweisen.

(5) Entscheidungen und Anweisungen der Kommission sind endgültig und für alle deutschen Gerichte und Behörden verbindlich.

(f) Decisions of the last instance of the German Patent Office or its Grand Senate under Allied High Commission Law No. 8 or decisions of the regular courts of first instance under that Law pursuant to Article 8.

Appeal to the Arbitral Commission pursuant to sub-pragraphs (b) to (f) inclusive of this paragraph shall not bar the continuance of proceedings before the German courts and authorities on other issues in dispute. If, however, the Commission deems it necessary in order to protect the interests of a party to the proceeding it may order the stay of further proceedings before the German courts or authorities pending the Commission's decision on the question referred to it.

2. If the party affected by a decision referred to in sub-paragraphs (b) to (f) inclusive of paragraph 1 of this Article appeals from the decision to a German court instead of appealing to the Arbitral Commission, such party may not appeal thereafter to the Arbitral Commission against the decision of the German court of higher instance on points on which he could have appealed to the Arbitral Commission. If, in a decision referred to in subparagraphs (b) to (f) inclusive of paragraph 1, the requirements for an appeal to the Arbitral Commission did not exist, but if a German court of higher instance renders a decision which in the opinion of the party concerned violates the Articles of this Chapter referred to in paragraph 1, such party may appeal from the decision of the higher German court to the Arbitral Commission.

3. The Commission shall also be authorized to render a decision in any case referred to in paragraph 1 of this Article where the appropriate German court or authority has not rendered a final decision within one year following submission to it and where the party concerned submits the matter for the decision of the Commissions within thirty days after the expiration of that year.

4. In any case referred to in paragraphs 1, 2 or 3 of this Article, the Commission may render a final decision or may remand the case to the court or authority concerned, with such instructions as the Commission deems necessary or appropriate.

5. Decisions and instructions of the Commission shall be final and binding on all German courts and authorities.

(f) les décisions prononcées en dernière instance par l'Office allemand des Brevets ou par son Grand Sénat, conformément à la Loi N° 8 de la Haute Commission Alliée, ou les décisions prononcées par des tribunaux de droit commun de première instance, conformément à cette Loi, aux termes de l'Article 8.

L'appel interjeté devant la Commission Arbitrale conformément aux alinéas (b) à (f) inclus du présent paragraphe n'interrompra pas le déroulement de la procédure devant les tribunaux allemands ou autorités allemandes sur les autres questions en litige. Toutefois, si la Commission le juge nécessaire pour protéger les intérêts de l'une des parties, elle peut ordonner de suspendre la procédure devant les tribunaux allemands ou les autorités allemandes jusqu'à ce qu'elle ait statué sur la question qui lui est soumise.

2. — Si la partie affectée par une décision mentionnée dans les alinéas (b) à (f) inclus du paragraphe 1 du présent Article fait appel de cette décision devant un tribunal allemand au lieu d'en appeler à la Commission Arbitrale, cette partie ne peut ultérieurement interjeter appel devant la Commission Arbitrale contre la décision de l'instance supérieure allemande sur les points qui auraient pu faire l'objet d'un appel à la Commission Arbitrale. Si la décision de l'une des instances mentionnées dans les alinéas (b) à (f) inclus du paragraphe 1 n'a pas présenté les conditions requises pour faire l'objet d'un appel devant la Commission Arbitrale, mais si une instance supérieure allemande a rendu une décision qui, de l'avis de la partie en cause, viole les Articles du présent Chapitre mentionnés au paragraphe 1, cette partie peut faire appel de la décision de l'instance supérieure allemande devant la Commission Arbitrale.

3.— La Commission sera également autorisée à prononcer une décision dans les cas mentionnés au paragraphe 1 du présent Article lorsque le tribunal allemand ou l'autorité allemande compétent n'aura pas rendu de décision définitive un an après qu'un tel cas lui aura été soumis et lorsque la partie intéressée soumettra la question à la Commission pour décision, dans les trente jours suivant l'expiration de cette période d'une année.

4. — Dans les cas mentionnés aux paragraphes 1, 2 et 3 du présent Article, la Commission pourra prononcer une décision définitive; elle pourra aussi renvoyer l'affaire au tribunal ou à l'autorité intéressé, avec les instructions qu'elle estimera nécessaires ou appropriées

5. — Les décisions et les instructions de la Commission seront définitives et lieront tous les tribunaux allemands et toutes les autorités allemandes.

ANHANG ZUM ZEHNTEN TEIL

§ 1

(1) Für die Entgegennahme, Bearbeitung und Bescheidung von Anträgen auf Rückgabe und Wiederherstellung gemäß Absatz (2) des Artikels 1 des vorstehenden Teiles wird die Bundesregierung eine Bundesoberbehörde errichten. Die Bundesregierung kann Vorschriften zur Durchführung der Bestimmungen dieses Anhanges erlassen.

(2) Alle deutschen Gerichte und Behörden haben dieser Bundesoberbehörde Rechts- und Amtshilfe gemäß Artikel 35 des Grundgesetzes zu leisten.

§ 2

(1) Anträge auf Rückgabe und Wiederherstellung sind schriftlich oder zu Protokoll bei dieser Bundesoberbehörde zu stellen.

(2) Die Anträge sollen enthalten:

(a) Vor- und Zuname und Anschrift des Anspruchsberechtigten, gegebenenfalls auch seines Rechtsvorgängers;

(b) Bezeichnung der diskriminierenden Maßnahme und der von ihr betroffenen Güter, Rechte oder Interessen;

(c) Staatsangehörigkeit des Anspruchsberechtigten, gegebenenfalls auch seines Rechtsvorgängers, zur Zeit der diskriminierenden Maßnahme.

(3) Die Anträge sollen, wenn möglich, Angaben darüber enthalten, an wen die Güter, Rechte und Interessen übertragen wurden und wer über diese zur Zeit der Antragstellung verfügt.

(4) Dem Antrag sollen ferner alle dem Anspruchsberechtigten zugänglichen Unterlagen über die Güter, Rechte und Interessen sowie über die hierüber getroffenen diskriminierenden Maßnahmen in Urschrift oder beglaubigter Abschrift beigefügt werden. Auf Verlangen ist die Urschrift vorzulegen.

§ 3

Für das Verfahren vor der Bundesoberbehörde werden Kosten nicht erhoben, es sei denn, daß es sich um mutwillige oder offenbar unbegründete Anträge handelt.

§ 4

(1) Die Bundesoberbehörde führt die erforderlichen Ermittlungen von Amts wegen durch. Sie kann zu diesem Zwecke Beweise erheben, insbesondere Zeugen, Sachverständige und Beteiligte vernehmen oder durch ein Gericht vernehmen lassen. Falls eine Beeidigung erforderlich erscheint, ist der Eid vor einem Gericht zu leisten.

ANNEX TO CHAPTER TEN

Section 1

1. The Federal Government shall establish a Federal Higher Authority (Bundesoberbehörde) to receive, to consider and to decide on applications for return and restoration under paragraph 2 of Article 1 of the foregoing Chapter. The Federal Government may issue regulations for carrying out the provisions of this Annex.

2. All German courts and authorities shall render the Federal Higher Authority legal and other official assistance pursuant to Article 35 of the Basic Law.

Section 2

1. Applications for return or restoration shall be made in writing, or by oral statement to be recorded, to the Federal Higher Authority.

2. Applications shall include

(a) first name, last name and address of the claimant and of his predecessor in title when applicable;

(b) description of the discriminatory measure and of the property, rights or interests affected by it;

(c) nationality of the claimant and of his predecessor in title, when applicable, at the time of the discriminatory measure.

3. Applications shall, if possible, include information concerning the person to whom the property, rights or interests were transferred, and concerning the person holding the property, rights or interests at the time of filing of the application.

4. Furthermore, all information and documents available to the claimant which refer to the property, rights or interests and to the discriminatory measure taken in respect of the property, rights or interests shall be attached to the application in the original or in a certified copy. On request, the original shall be submitted.

Section 3

Proceedings before the Federal Higher Authority shall be free of charge, except where frivolous or obviously unfounded applications are involved.

Section 4

1. The Federal Higher Authority shall on its own motion (von Amts wegen) conduct the necessary investigations. For this purpose it may take evidence, in particular hear witnesses, experts and the parties concerned or cause their hearing before a court. Where a hearing under oath appears necessary, such oath shall be

ANNEXE AU CHAPITRE DIXIÈME

Paragraphe 1

1. — Le Gouvernement Fédéral instituera une Autorité Fédérale Supérieure (Bundesoberbehörde) pour recevoir, examiner et trancher les demandes de restitution et de restauration, conformément au paragraphe 2 de l'Article 1 du Chapitre qui précède. Le Gouvernement Fédéral peut émettre des règlements pour l'exécution des dispositions de la présente Annexe.

2. — Tous les tribunaux allemands et autorités allemandes doivent, conformément à l'Article 35 de la Loi Fondamentale, prêter une aide judiciaire et administrative à l'Autorité Fédérale Supérieure.

Paragraphe 2

1. — Les demandes de restitution ou de restauration doivent être présentées à l'Autorité Fédérale Supérieure, soit par écrit, soit oralement à fin de procès-verbal.

2. — Ces demandes doivent comporter:

(a) le prénom, le nom et l'adresse de l'ayant-droit et, le cas échéant, de la personne dont il tient ses droits;

(b) l'indication de la mesure discriminatoire et des biens, droits ou intérêts touchés par cette mesure;

(c) la nationalité de l'ayant-droit et, le cas échéant, celle de la personne dont il tient ses droits, à l'époque à laquelle la mesure discriminatoire est intervenue.

3. — La demande doit comprendre, si possible, des renseignements sur la personne à qui les biens, droits ou intérêts ont été transférés et sur celle qui détient les biens, droits ou intérêts à la date du dépôt de la demande.

4. — De plus, doivent être joints, en original ou en copie certifiée conforme, tous les renseignements et toutes les pièces dont dispose l'ayant-droit et qui concernent les biens, droits ou intérêts ainsi que les mesures discriminatoires dont ces derniers ont fait l'objet. L'original doit être présenté sur demande.

Paragraphe 3

La procédure devant l'Autorité Fédérale Supérieure est exempte de frais, à moins qu'il ne s'agisse de demandes présentées à la légère (mutwillig) ou manifestement mal fondées.

Paragraphe 4

1. — L'Autorité Fédérale Supérieure procède d'office (vom Amts wegen) à toutes les enquêtes nécessaires. Elle peut à cet effet procéder à la recherche de preuves et, en particulier, procéder ou faire procéder par un tribunal à l'audition de témoins, d'experts ou de parties intéressées. Chaque fois qu'il apparait nécessaire de faire

Die Bundesoberbehörde ist zuständig für die Abnahme von eidesstattlichen Versicherungen.

(2) Als Beteiligte gelten außer den Anspruchsberechtigten alle Personen, deren Rechte durch die Rückgabe und die Wiederherstellung betroffen würden.

(3) Den Beteiligten ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Sie können sich durch Vertreter oder Rechtsberater vertreten lassen. Von den zum Zwecke von Vernehmungen gemäß Satz 2 des Absatzes (1) dieses Paragraphen anberaumten Terminen sind sie zu benachrichtigen; sie können diesen Terminen beiwohnen. Schriftsätze eines Beteiligten sind den übrigen Beteiligten mitzuteilen.

§ 5

Die Bundesoberbehörde hat, wenn die Verwirklichung des Anspruchs auf Rückgabe und Wiederherstellung gefährdet erscheint, die zur Sicherstellung der Güter, Rechte oder Interessen erforderlichen vorläufigen Maßnahmen anzuordnen.

§ 6

Die Bundesoberbehörde soll auf eine gütliche Einigung der Beteiligten hinwirken. Ein zwischen den Beteiligten geschlossener Vergleich ist zu Protokoll zu nehmen.

§ 7

Die Entscheidungen der Bundesoberbehörde sind schriftlich zu begründen und den Beteiligten zuzustellen.

§ 8

(1) Die Bundesoberbehörde trifft alle Maßnahmen, die zur Rückgabe und Wiederherstellung erforderlich sind, oder stellt fest, welche Maßnahmen die nach Lage des Falles zuständige Behörde zu treffen hat.

(2) Die Bundesoberbehörde ist insbesondere berechtigt, soweit dies zur Rückgabe und Wiederherstellung erforderlich ist, Enteignungen zugunsten der Bundesrepublik anzuordnen, welche die Rückgabe oder Wiederherstellung vornimmt. Art und Höhe der Entschädigung der von der Enteignung Betroffenen regelt ein Bundesgesetz.

ELFTER TEIL

Erleichterungen für die Botschaften und Konsulate der Drei Mächte in der Bundesrepublik

Artikel 1

Um einen reibungslosen Übergang vom Besatzungsregime zu normalen diplomatischen Beziehungen zu erleichtern und die Unterbringung ihrer Botschaften und Konsulate zu ermög-

sworn before a court. The Federal Higher Authority shall be authorized to accept statements in lieu of oaths (eidesstattliche Versicherungen).

2. In addition to the claimants, all persons shall be considered parties concerned whose rights would be affected by the return or restoration.

3. The parties concerned shall be afforded an opportunity to state their views. They may be represented by agents or counsel. They shall be notified of the dates of the hearings ordered for the purpose of interrogation, pursuant to the second sentence of paragraph 1 of this section, and may attend these hearings. The documents filed by a party concerned shall be transmitted to the other parties.

Section 5

Where realization of the return or restoration claim appears to be endangered, the Federal Higher Authority shall order the necessary interim measures to be taken for safeguarding the property, rights or interests.

Section 6

The Federal Higher Authority shall use its good offices to bring about an amicable settlement between the parties concerned. A compromise reached by the parties shall be recorded.

Section 7

Decisions of the Federal Higher Authority shall state in writing the reasons upon which they are based and shall be served upon the parties concerned.

Section 8

1. The Federal Higher Authority shall take all measures required for the return and restoration or shall determine which measures shall be taken by the authority competent in the circumstances of the case.

2. The Federal Higher Authority shall, in particular, be empowered to order, where necessary for the purpose of return or restoration, expropriation in favour of the Federal Republic, which shall effect the return or restoration. The nature and amount of the compensation to persons affected by the expropriation shall be fixed by a Federal law.

CHAPTER ELEVEN

Facilities for the Embassies and Consulates of the Three Powers in the Federal Republic

Article 1

In order to facilitate the smooth transition from the Occupation regime to normal diplomatic relationships, and to provide for the accommodation of their Embassies and Consulates,

prêter serment, ce serment doit être prêté devant un tribunal. L'Autorité Fédérale Supérieure est compétente pour recevoir toute déclaration écrite tenant lieu de serment (eidesstattliche Versicherung).

2. — Sont considérées comme parties intéressés, outre l'ayant-droit, toutes personnes dont les droits seraient affectés par la restitution ou la restauration.

3. — Les parties intéressées doivent se voir accorder la possibilité d'exposer leur point de vue. Elles peuvent se faire représenter par des agents ou des conseils. Elles doivent être avisées des audiences fixées pour les auditions prévues dans la seconde phrase de l'alinéa 1 du présent paragraphe, et peuvent assister à ces audiences. Les pièces soumises par l'une des parties intéressées doivent être communiquées aux autres parties.

Paragraphe 5

L'Autorité Fédérale Supérieure peut, lorsque la réalisation du droit à restitution et à restauration lui paraît menacée, ordonner toutes mesures conservatoires nécessaires à la sauvegarde des biens, droits ou intérêts en cause.

Paragraphe 6

L'Autorité Fédérale Supérieure doit s'efforcer de provoquer un arrangement à l'amiable entre les parties intéressées. Tout compromis intervenu entre les parties intéressées doit faire l'objet d'un procès-verbal.

Paragraphe 7

Les décisions de l'Autorité Fédérale Supérieure doivent être motivées par écrit et notifiées aux personnes intéressées.

Paragraphe 8

1. — L'Autorité Fédérale Supérieure prend toutes mesures nécessaires à la restitution et à la restauration, ou arrête les mesures que doit prendre l'autorité compétente selon les circonstances.

2. — L'Autorité Fédérale Supérieure est en particulier habilitée à ordonner, dans la mesure nécessaire à la restitution et à la restauration, des expropriations au profit de la République Fédérale, qui se chargera de la restitution et de la restauration. Une loi fédérale réglera la nature et le montant de l'indemnisation des personnes atteintes par l'expropriation.

CHAPITRE ONZIÈME

Facilités dont disposeront les Ambassades et les Consulats des Trois Puissances sur le Territoire de la République Fédérale d'Allemagne

Article 1

Afin de ménager une transition sans heurts entre le régime d'occupation et un régime fondé sur des relations diplomatiques normales et en vue de permettre l'installation matérielle des

lichen, sind die Drei Mächte berechtigt, gemäß den Bestimmungen dieses Teiles das nachstehend bezeichnete, im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Vertrages von ihnen genutzte Eigentum während einer Übergangszeit weiter zu benutzen, vorausgesetzt, daß dieses Eigentum für den Gebrauch der von den Drei Mächten zu errichtenden Botschaften und Konsulate benötigt wird:

(a) (i) Bewegliches und unbewegliches Bundeseigentum, es sei denn, daß es der Verwaltung der Deutschen Bundesbahn oder der Deutschen Bundespost unterliegt;

(ii) bewegliches und unbewegliches Eigentum des früheren Deutschen Reiches, das im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Vertrages auf Grund des Bundesgesetzes zwecks vorläufiger Regelung der Rechtsverhältnisse des Reichsvermögens und der preußischen Beteiligungen vom 21. Juli 1951 (Bundesgesetzblatt Teil I Seite 467) und der Verordnung zur Durchführung des § 6 dieses Gesetzes vom 26. Juli 1951 (Bundesgesetzblatt Teil I Seite 471) der Verwaltung des Bundes unterliegt, es sei denn, daß es der Verwaltung der Deutschen Bundesbahn oder der Deutschen Bundespost unterliegt.

(b) Bewegliches und unbewegliches Eigentum der Länder der Bundesrepublik und ihrer politischen Untergliederungen.

(c) Bewegliches und unbewegliches Privateigentum.

(d) Gebäude, die aus Mitteln des Besatzungskosten- oder Auftragsausgabenhaushalts der Bundesrepublik und ihrer Länder errichtet worden sind.

(e) Bewegliches Eigentum, das aus Mitteln des Besatzungskosten- oder Auftragsausgabenhaushalts erworben worden ist.

Artikel 2

(1) Das in den Unterabsätzen (a), (b), (c) und (d) des Artikels 1 bezeichnete Eigentum wird nach Anhörung der Beteiligten und unter Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse der Drei Mächte während der Übergangszeit in gegenseitigem Einvernehmen zwischen Vertretern, die zu diesem Zwecke von der Bundesrepublik und jeder der Drei Mächte jeweils bestimmt werden, und unter Mitwirkung der Protokollabteilung des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik festgestellt.

(2) Eigentum der in Unterabsatz (a), (b), (c) und (d) des Artikels 1 bezeichneten Art, das von der gemäß dem vorstehenden Absatz zu treffenden Feststellung nicht umfaßt wird, wird freigegeben.

the Three Powers shall be entitled, in accordance with the provisions of this Chapter, to the continued use for a transitional period of the following property used by them on the entry into force of the present Convention, provided such property is required for use by the Embassies and Consulates to be set up by the Three Powers:

(a) (i) Movable and immovable property belonging to the Federal Republic, other than property administered by the German Federal Railways or Federal Post;

(ii) Movable and immovable property previously owned by the former Reich which on the entry into force of the present Convention, is subject to the administration of the Federal Republic in accordance with the Law for a Provisional Settlement of the Legal Status of Reich Property and the Prussian Shares of 21 July 1951 (Bundesgesetzblatt Teil I Seite 467) and the Ordinance for the Implementation of Article 6 of that Law of 26 July 1951 (Bundesgesetzblatt Teil I Seite 471), other than property administered by the German Federal Railways or Federal Post;

(b) Movable and immovable property belonging to the constituent Laender of the Federal Republic and their political sub-divisions;

(c) Privately owned movable and immovable property;

(d) Immovable property the construction of which was financed out of occupation costs or mandatory expenditure funds of the Federal Republic or its constituent Laender;

(e) Movable property acquired from occupation costs or mandatory expenditure funds.

Article 2

1. The property referred to in subparagraphs (a), (b), (c) and (d) of Article 1 of this Chapter shall be determined after hearing the interested parties and taking into account the special needs of the Three Powers during the transitional period, by mutual agreement between representatives to be designated for that purpose by each of the Three Powers and the Federal Republic respectively, and with the cooperation of the Protocol Department of the Federal Foreign Office.

2. Property of the type specified in subparagraphs (a), (b), (c) and (d) of Article 1 which is not included in the determination made pursuant to the preceding paragraph will be released.

Ambassades et des Consulats, les Trois Puissances ont le droit, conformément aux dispositions du présent Chapitre, de continuer à utiliser pendant une période transitoire les biens suivants dont elles ont l'usage à la date d'entrée en vigueur de la présente Convention, pour autant qu'elles en auront besoin pour les Ambassades et Consulats qu'elles créeront:

(a) (i) les biens meubles et immeubles appartenant à la République Fédérale, autres que les biens administrés par les Chemins de Fer fédéraux ou les Postes fédérales;

(ii) les biens meubles et immeubles antérieurement possédés par l'ancien Reich dont le Gouvernement Fédéral, lors de l'entrée en vigueur de la présente Convention, assure l'administration, conformément à la Loi fédérale relative au Règlement Provisoire du Statut Juridique des Biens du Reich et des Biens de la Prusse en date du 21 Juillet 1951 (Bundesgesetzblatt Teil I Seite 467) et à l'Ordonnance relative à l'application de l'Article 6 de ladite Loi du 26 Juillet 1951 (Bundesgesetzblatt Teil I Seite 471), autres que les biens administrés par les Chemin de Fer fédéraux ou les Postes fédérales;

(b) les biens meubles et immeubles appartenant aux Länder constituant la République Fédérale ou à leurs subdivisions politiques;

(c) les biens meubles et immeubles privés;

(d) les biens immeubles dont les frais de construction ont été imputés sur les budgets de frais d'occupation ou de dépenses imposées à la charge de la République Fédérale ou des Länder la constituant;

(e) les biens meubles acquis sur les budgets de frais d'occupation ou de dépenses imposées.

Article 2

1. Les biens visés aux alinéas (a), (b), (c) et (d) de l'Article 1 du présent Chapitre seront déterminés d'un commun accord entre des représentants désignés à cet effet par chacune des Trois Puissances, d'une part, et la République Fédérale, d'autre part, en collaboration avec le Service du Protocole du Ministère Fédéral des Affaires Étrangères, après audition des parties intéressées et compte tenu des besoins particuliers des Trois Puissances au cours de la période transitoire.

2. Les biens visés aux alinéas (a), (b), (c) et (d) de l'Article 1 qui ne seront pas compris dans la liste établie en vertu de la procédure prévue au paragraphe précédent seront libérés.

Artikel 3

(1) Die Drei Mächte werden bestrebt sein, ihr Recht auf Benutzung des in Unterabsatz (a), (b), (c) und (d) des Artikels 1 bezeichneten Eigentums in privatrechtliche Mietverhältnisse umzuwandeln.

(2) Bei Vereinbarung der Höhe des Mietzinses für das in Unterabsatz (a) des Artikels 1 bezeichnete Eigentum wird die Bundesregierung den Drei Mächten in angemessenem Rahmen entgegenkommen.

(3) Der Mietzins für das in Unterabsatz (b) und (c) des Artikels 1 bezeichnete Eigentum ist auf Grund des ortsüblichen Mietzinses festzusetzen. Bei dem in Unterabsatz (d) des Artikels 1 bezeichneten Bundeseigentum wird für die Zeit bis 1. Oktober 1953 eine Vergütung lediglich für die Benutzung des Bodens bezahlt, wobei jedoch öffentliche Lasten und Abgaben für besondere Leistungen und für örtliche Verbesserungen, die vom Grundstückeigentümer für das betreffende Grundstück zu zahlen sind, zu berücksichtigen sind. Nach Ablauf des genannten Zeitabschnitts ist sowohl für den Boden als auch für die Gebäude eine den Umständen nach angemessene Miete zu zahlen.

(4) Die Bundesregierung wird den Drei Mächten beim Abschluß von Mietverträgen über das in den Unterabsätzen (b) und (c) des Artikels 1 bezeichnete Eigentum ihre guten Dienste zur Verfügung stellen.

Artikel 4

(1) Werden Mietverträge gemäß Artikel 3 nicht geschlossen, so haben die Drei Mächte vom Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Vertrages an eine Nutzungsvergütung zu entrichten. Die Höhe der Nutzungsvergütung sowie der Vergütung für etwaige nach Inkrafttreten dieses Vertrages eingetretene Schäden richtet sich nach der Bundesleistungsgesetzgebung, die auch bezüglich der Art und Weise der Benutzung Anwendung findet. Bis zum Inkrafttreten dieser Gesetzgebung gilt die bisherige Grundlage für die Bemessung der Vergütung für das durch die Botschaften und Konsulate gemäß diesem Teil benutzte Eigentum weiter.

(2) Die Bundesregierung wird für die Abnutzung ihres in Unterabsatz (a) und (d) des Artikels 1 bezeichneten Eigentums keine Entschädigung beanspruchen und die Drei Mächte werden keine Ansprüche auf Vergütung für Verbesserungen erheben, die von ihnen an derartigem Eigentum vorgenommen worden sind.

Artikel 5

(1) Die Freigabe des in Unterabsatz (c) des Artikels 1 bezeichneten Eigentums hat Vorrang und wird zum

Article 3

1. The Three Powers will endeavour to convert their right of use the property referred to in sub-paragraphs (a), (b), (c) and (d) of Article 1 of this Chapter into tenancy arrangements under private law.

2. With respect to property referred to in sub-paragraph (a) of Article 1, the Federal Government will meet the Three Powers to a reasonable extent in agreeing the amount of the rent.

3. Rents for property referred to in subparagraphs (b) and (c) of Article 1 shall be based on those usual in the locality for the property concerned. So far as concerns Federal property referred to in sub-paragraph (d) of Article 1, for the period until 1 October 1953, compensation shall be paid only in respect of the use the land, taking into account, however, public charges and charges for special services or assessments for local improvements payable by the owner of the land in respect of such land. After such period a rent which is reasonable in the circumstances shall be paid for both land and buildings.

4. The Federal Government will place its good offices at the disposal of the Three Powers for the conclusion of tenancy arrangements with respect to property referred to in subparagraphs (b) and (c) of Article 1.

Article 4

1. If tenancy agreements pursuant to Article 3 of this Chapter are not concluded, the Three Powers shall pay compensation for use (Nutzungsvergütung) from the entry into force of the present Convention. The amount of such compensation as well as the amount of compensation to be paid for damage which occurs after the entry into force of the present Convention shall be determined in accordance with the Federal legislation relating to the procurement of goods, services and land for official agencies (Bundesleistungsgesetzgebung) which shall also apply to the manner of use of the property. Until the entry into force of this legislation, the hitherto existing basis for the assessment of compensation (Vergütung) for the property used, in accordance with this Chapter, by the Embassies and Consulates shall continue to operate.

2. The Federal Republic will not demand compensation for wear and tear of its property referred to in subparagraphs (a) and (d) of Article 1, and the Three Powers will not demand compensation for improvements made by them to such property.

Article 5

1. The release of property referred to in subparagraph (c) of Article 1 of this Chapter will be given priority and

Article 3

1. Les Trois Puissances s'efforceront de convertir leur droit d'usage des biens visés aux alinéas (a), (b), (c) et (d) de l'Article 1 du présent Chapitre en régime de location de droit privé.

2. En ce qui concerne les biens visés à l'alinéa (a) de l'Article 1, le Gouvernement Fédéral prendra en considération, dans une mesure raisonnable, le point de vue des Trois Puissances, lors de la fixation du montant des loyers.

3. Pour les biens visés aux alinéas (b) et (c) de l'Article 1, les loyers seront fixés sur la base des prix pratiqués dans la localité pour le type de propriété en cause. Pour autant qu'il s'agisse des biens fédéraux visés à l'alinéa (d) de l'Article 1, et pour une période allant jusqu'au 1er Octobre 1953, une redevance ne sera payée que pour le seul usage du terrain, compte tenu, toutefois, des charges publiques, des frais afférents à la prestation de certains services ou des taxes particulières perçues pour des améliorations locales, qui seraient à la charge du propriétaire du terrain. Après cette période, un loyer raisonnable, compte tenu des circonstances sera acquitté à la fois pour le terrain et pour les constructions.

4. En ce qui concerne les biens visés aux alinéas (b) et (c) de l'Article 1, le Gouvernement Fédéral offrira aux Trois Puissances ses bons offices pour la conclusion des baux.

Article 4

1. Au cas où les baux prévus à l'Article 3 du présent Chapitre n'auraient pas été conclus, les Trois Puissances acquitteront une indemnité d'utilisation (Nutzungsvergütung) à compter de la date d'entrée en vigueur de la présente Convention. Le montant de cette indemnité, ainsi que le montant des indemnités à acquitter en raison de dommages causés après l'entrée en vigueur de la Convention, seront définis conformément aux dispositions de la législation fédérale concernant la fourniture de biens, services et terrains aux organismes officiels (Bundesleistungsgesetzgebung), qui s'appliqueront également au mode d'utilisation des biens en cause. Jusqu'à l'entrée en vigueur de cette législation, les indemnités pour les biens utilisés, conformément au présent Chapitre, par les Ambassades et Consulats continueront à être calculées sur les bases actuelles.

2. La République Fédérale ne réclamera pas d'indemnités pour l'usure ou la dépréciation des biens visés aux alinéas (a) et (d) de l'Article 1, et les Trois Puissances ne réclameront pas d'indemnités pour les améliorations apportées par elles à ces biens.

Article 5

1. Les biens visés à l'alinéa (c) de l'Article 1 seront libérés par priorité, le plus tôt possible, et, dans tous les

frühestmöglichen Zeitpunkt und in jedem Falle spätestens am 1. Oktober 1953 erfolgen, es sei denn, daß über dieses Eigentum Mietverträge gemäß Artikel 3 abgeschlossen worden sind.

(2) Das in Unterabsatz (e) des Artikels 1 bezeichnete Eigentum wird spätestens am 1. Oktober 1953 freigegeben. Die Weiterbenutzung dieses Eigentums nach diesem Zeitpunkt wird den Gegenstand von Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und jeder oder einer einzelnen der Drei Mächte bilden.

(3) Alles übrige in Artikel 1 bezeichnete Eigentum wird freigegeben werden, sobald es von den Drei Mächten für ihre Botschaften und Konsulate nicht mehr benötigt wird.

(4) Die Bundesregierung wird bestrebt sein, durch Errichtung von Neubauten anderweitige Unterkunft zur Anmietung oder zum Ankauf durch die Drei Mächte verfügbar zu machen.

Artikel 6

Um die Bauvorhaben der Drei Mächte zur Unterbringung ihrer Botschaften und Konsulate und deren Personals zu erleichtern, wird die Bundesregierung den Drei Mächten auf deren Ansuchen Vorrang bei der Beschaffung von Baumaterial einräumen.

Artikel 7

Die Mitglieder der Botschaften und Konsulate der Drei Mächte, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, sind berechtigt, die für den Gebrauch der von den Streitkräften der Drei Mächte auf Grund des Artikels 36 des Vertrages über die Rechte und Pflichten ausländischer Streitkräfte und ihrer Mitglieder in der Bundesrepublik Deutschland errichteten nichtdeutschen Organisationen zu benutzen.

Artikel 8

Durch die Bestimmungen dieses Teiles wird das Eigentum nicht berührt, das von den Drei Mächten gemäß den Vorschriften des Vertrages über die Rechte und Pflichten ausländischer Streitkräfte und ihrer Mitglieder in der Bundesrepublik Deutschland und des Finanzvertrages für den Gebrauch ihrer Streitkräfte benötigt wird.

ZWÖLFTER TEIL

Zivile Luftfahrt

Artikel 1

Die Bundesrepublik übernimmt die volle Verantwortung für den Bereich der zivilen Luftfahrt im Bundesgebiet vorbehaltlich der Bestimmungen der Artikel 2 bis 7 dieses Teiles und jeder anderen gleichzeitig mit diesem Ver-

will be effected at the earliest possible moment and in any case not later than 1 October 1953, unless, in respect of any such property, tenancy arrangements have been concluded in pursuance of Article 3.

2. Property referred to in sub-paragraph (e) of Article 1 will be released not later than 1 October 1953. Its continued use after that date will be the subject of negotiation between the Federal Republic and each or any of the Three Powers.

3. All other property referred to in Article 1 will be released as soon as it becomes surplus to the requirements of the Three Powers with regard to their Embassies and Consulates.

4. The Federal Government will endeavour, by the construction of new buildings, to make available alternative accommodation for rental or purchase by the Three Powers.

Article 6

In order to facilitate the operations of the Three Powers in building accommodation for their Embassies and Consulates and their staffs, the Federal Government will, on request of the Three Powers, accord to them priority in the supply of building materials.

Article 7

The personnel of the Embassies and Consulates of the Three Powers not possessing German nationality shall be entitled to make use of the facilities of the non-German organizations established by the Forces of the Three Powers pursuant to Article 36 of the Convention on the Rights and Obligations of Foreign Forces and their Members in the Federal Republic of Germany.

Article 8

Nothing in this Chapter shall be deemed to affect property required by the Three Powers for the use of their Armed Forces according to the provisions of the Convention on the Rights and Obligations of Foreign Forces and their Members in the Federal Republic of Germany and of the Finance Convention.

CHAPTER TWELVE

Civil Aviation

Article 1

The Federal Republic will assume full responsibility in the field of civil aviation in the Federal territory, subject to the provisions of Articles 2 to 7 inclusive of this Chapter and of any other agreement between the Three

cas, à une date qui ne sera pas postérieure au 1er Octobre 1953, à moins que ces biens n'aient fait l'objet d'accords de location, conformément aux dispositions de l'Article 3.

2. Les biens visés à l'alinéa (e) de l'Article 1 seront libérés à une date qui ne devra pas être postérieure au 1er Octobre 1953. L'usage de ces biens après cette date fera l'objet de négociations entre la République Fédérale et chacune des Trois Puissances ou l'une d'entre elles seulement.

3. Tous les autres biens visés à l'Article 1 seront libérés dès qu'ils ne seront plus indispensables aux Ambassades et Consulats des Trois Puissances.

4. Le Gouvernement Fédéral s'efforcera, par la construction de nouveaux immeubles de fournir des locaux de remplacement, qui pourront être loués ou achetés par les Trois Puissances.

Article 6

Afin de faciliter aux Trois Puissances les travaux de construction de locaux pour leurs Ambassades et leurs Consulats, ainsi que pour leur personnel, le Gouvernement Fédéral accordera à la demande des Trois Puissances, des priorités pour la livraison de matériaux de construction.

Article 7

Les membres des Ambassades et Consulats, des Trois Puissances, qui n'ont pas la nationalité allemande, ont le droit d'utiliser les installations des organisations non allemandes, établies par les Forces des Trois Puissances en vertu de l'Article 36 de la Convention relative aux Droits et Obligations des Forces Étrangères et de leurs Membres sur le Territoire de la République Fédérale d'Allemagne.

Article 8

Les dispositions du présent Chapitre ne sont pas applicables aux biens nécessaires aux Trois Puissances pour les besoins de leurs Forces Armées, conformément aux dispositions de la Convention relative aux Droits et Obligations des Forces Étrangères et de leurs Membres sur le Territoire de la République Fédérale d'Allemagne et de la Convention Financière.

CHAPITRE DOUZIÈME

Aviation Civile

Article 1

La République Fédérale assumera toutes les responsabilités dans le domaine de l'aviation civile sur le territoire fédéral, sous réserve des dispositions des Articles 2 à 7 inclus du présent Chapitre et de tout autre ac-

trag in Kraft tretenden Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten.

Artikel 2

Die Bundesrepublik verpflichtet sich, dem im Jahre 1944 in Chikago abgefaßten Abkommen über die Internationale Zivilluftfahrt beizutreten, sobald dies gemäß den Bestimmungen des genannten Abkommens möglich ist. Bis zu ihrem Beitritt verpflichtet sich die Bundesrepublik:

(a) die Bestimmungen des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt und die des Abkommens über den Internationalen Transit-Luftverkehr von 1944 anzuwenden und einzuhalten, und zwar gegenüber jedem mit der Bundesrepublik diplomatische Beziehungen unterhaltenden anderen Staat, der sich bereit erklärt, die Bundesrepublik auf der Grundlage der Gegenseitigkeit zu behandeln. Die Bundesrepublik wird ihren diesbezüglichen Standpunkt den betreffenden Staaten bekanntgeben und die zur Erfüllung dieser Verpflichtung erforderlichen geeigneten Vereinbarungen abschließen;

(b) auf den Betrieb der internationalen zivilen Luftfahrt im Luftraum der Bundesrepublik die Grundsätze der internationalen Luftnavigation sowie die Normen, Methoden und empfohlenen Verfahren anzuwenden, die in dem Abkommen über die Internationale Zivilluftfahrt von 1944 vorgesehen sind;

(c) den Luftfahrzeugen fremder Staaten, denen gegebenenfalls Rechte zum Betrieb von Fluglinien oder zur Benutzung des Luftraums der Bundesrepublik eingeräumt werden, zur Ausübung dieser Rechte die gleichen Rechte und Privilegien hinsichtlich der Benutzung von Navigations- und sonstigen Einrichtungen in der Bundesrepublik zu gewähren, die den zivilen Luftfahrzeugen der Bundesrepublik in gleichliegenden Fällen eingeräumt werden oder würden.

Artikel 3

Die Bundesrepublik ist bereit, in ihren zweiseitigen Luftverkehrsabkommen und -vereinbarungen eine liberale Politik ohne Diskriminierungen zu verfolgen.

Artikel 4

(1) Die Bundesrepublik wird den Luftverkehrsgesellschaften jedes Staates erlauben, ihren Betrieb einschließlich der Kabotage im Bundesgebiet auf einer Grundlage fortzuführen, die nicht ungünstiger ist als die beim Inkrafttreten dieses Vertrages für sie vorhandene Grundlage. Diese Erlaubnis darf für die Dauer eines Jahres vom Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Vertrages an oder aber bis zum Wirksamwerden von Luftverkehrsabkommen oder einer sonstigen mit dem betreffenden Staat vereinbarten Be-

Powers and the Federal Republic which enters into force simultaneously with the present Convention.

Article 2

The Federal Republic undertakes to adhere to the Convention on International Civil Aviation drawn up in Chicago in 1944 as soon at it is possible for it to do so in accordance with the terms of that Convention. Pending such adherence, the Federal Republic undertakes

(a) to apply and abide by the provisions of the Convention on International Civil Aviation and the International Air Services Transit Agreement of 1944, with respect to any other State which has declared its willingness to extend reciprocal treatment to the Federal Republic and which maintains diplomatic relations with the Federal Republic. The Federal Republic will make known its position in this respect to the States concerned and will enter into appropriate arrangements necessary to put this undertaking into effect;

(b) to apply to the international civil aviation operations into and through the air space of the Federal Republic the fundamental principles of international air navigation and the standards, procedures and recommended practices as provided for by the Convention on International Civil Aviation of 1944;

(c) to accord to aircraft of foreign countries which may be granted rights to engage in air services or to operate in the air space of the Federal Republic, in the exercise of those rights, the same rights and privileges with respect to the use of air navigation and other facilities in the Federal Republic as are or would be accorded to civil aircraft of the Federal Republic in similar operations.

Article 3

The Federal Republic agrees to pursue, in its bilateral air transport agreements and arrangements, a liberal and non-discriminatory policy.

Article 4

1. The Federal Republic will permit the air carriers of any State to continue their operations, including cabotage, in the Federal territory on a basis not less favourable than that enjoyed by them on the entry into force of the present Convention. Such permission shall not be withdrawn for a period of one year from the entry into force of the present Convention or until the coming into effect of air transport agreements or other authorization agreed with such State, whichever is earlier, provided that,

cord conclu entre les Trois Puissances et la République Fédérale et entrant en vigueur en même temps que la présente Convention.

Article 2

La République Fédérale s'engage à adhérer à la Convention sur l'Aviation Civile Internationale, élaborée à Chicago en 1944, dès que cela lui sera possible conformément aux dispositions de ladite Convention. En attendant qu'intervienne cette adhésion, la République Fédérale s'engage:

(a) à appliquer et respecter les dispositions de la Convention sur l'Aviation Civile Internationale et de l'Accord de 1944 relatif au Transit des Services Aériens Internationaux, à l'égard de tout autre État qui se sera déclaré prêt à lui accorder un traitement de réciprocité et qui entretiendra des relations diplomatiques avec elle. La République Fédérale fera connaître sa position à cet égard aux États intéressés et conclura les arrangements appropriés nécessaires à la mise en application de cet engagement;

(b) à appliquer à l'exploitation de l'aviation civile internationale dans l'espace aérien de la République Fédérale les principes fondamentaux de la navigation aérienne internationale ainsi que les standards, les procédures et les méthodes recommandés que prévoit la Convention sur l'Aviation Civile Internationale de 1944;

(c) à accorder aux aéronefs des pays étrangers, auxquels pourrait être consenti le droit d'exploiter des services aériens ou d'opérer dans l'espace aérien de la République Fédérale, dans l'exercice de ce droit, les mêmes droits et privilèges en ce qui concerne l'utilisation, dans la République Fédérale, de facilités de navigation aérienne et d'autres facilités que ceux qui sont ou seraient accordés pour des opérations analogues aux aéronefs civils de la République Fédérale.

Article 3

La République Fédérale convient de poursuivre, dans ses accords et arrangements bilatéraux sur le transport aérien, une politique libérale et non discriminatoire.

Article 4

1. La République Fédérale autorisera les transporteurs aériens de tout État à poursuivre leur exploitation, y compris le cabotage, sur le territoire fédéral sur une base qui ne sera pas moins favorable que celle dont ils bénéficieront à la date d'entrée en vigueur de la présente Convention. Cette autorisation ne sera pas retirée jusqu'à la date d'expiration d'une période d'une année à partir de l'entrée en vigueur de la présente Convention, ou jusqu'à la date d'entrée en application d'accords sur le transport

fugnis, je nachdem welcher Zeitpunkt der frühere ist, nicht zurückgezogen werden. Diese Erlaubnis darf jedoch, wenn Verhandlungen über ein Luftverkehrsabkommen oder eine sonstige Befugnis begonnen haben oder von einer der Parteien innerhalb dieser einjährigen Frist vorgeschlagen werden, nicht zurückgezogen werden, ehe eine Übereinkunft hierüber erzielt worden ist, es sei denn, daß eine solche Übereinkunft innerhalb eines Jahres vom Zeitpunkt des Verhandlungsvorschlages einer der Parteien an nicht zustande kommt.

(2) Bei der Kabotage können solche Privilegien trotzdem zurückgezogen werden, falls und sobald ein deutsches Luftverkehrsunternehmen eine Linie einrichtet, die das öffentliche Verkehrsbedürfnis auf einer oder mehreren Strecken deckt, die auf Grund gegenwärtiger Kabotageprivilegien einer ausländischen Luftverkehrsgesellschaft bedient werden. Jede Änderung, die keine Zurückziehung bei Inkrafttreten dieses Vertrages bestehender Kabotageprivilegien nach sich zieht, unterliegt den Bestimmungen des Absatzes (1) dieses Artikels und hat gemäß den einschlägigen Grundsätzen und Bestimmungen des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt zu erfolgen.

(3) Unter der Bezeichnung „deutsches Luftverkehrsunternehmen" ist ein Luftverkehrsunternehmen zu verstehen, das überwiegend im Eigentum deutscher Staatsangehöriger oder der deutschen öffentlichen Hand steht und von ihnen tatsächlich kontrolliert wird.

Artikel 5

(1) Bei der Ausübung ihrer Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin werden die Drei Mächte weiterhin jeden Luftverkehr nach und von den Berliner Luftschneisen regeln, die von der alliierten Kontrollbehörde festgelegt wurden. Die Bundesrepublik verpflichtet sich, diesen Verkehr in jeder Weise auf einer Grundlage zu erleichtern und zu unterstützen, die nicht ungünstiger ist, als die beim Inkrafttreten dieses Vertrages bestehende Grundlage; sie verpflichtet sich, den uneingeschränkten und unbehinderten Durchflug der Luftfahrzeuge der Drei Mächte durch ihren Luftraum auf dem Wege nach und von Berlin zu erleichtern und zu unterstützen. Sie ist bereit, alle erforderlichen technischen Landungen dieser Luftfahrzeuge zu gestatten und ist damit einverstanden, daß diese Luftfahrzeuge Fluggäste, Ladung und Post zwischen Orten außerhalb der Bundesrepublik und Berlin sowie zwischen der Bundesrepublik und Berlin befördern.

(2) Durch die Bestimmungen dieses Artikels werden Kabotageprivilegien innerhalb des Bundesgebietes weder gewährt noch berührt.

where negotiations for an air transport agreement or other authorization have been begun or proposed by either party within such period of one year, such permission shall not be withdrawn before agreement has been reached thereon or, in event of failure to reach agreement, until the expiry of one year from the date of the proposal by either party for negotiations.

2. With respect to cabotage, such privileges may nevertheless be withdrawn if and when a German airline provides service adequate to meet public needs over a route or routes now serviced through the cabotage privileges of a foreign air carrier. Any change not involving withdrawal of cabotage privileges enjoyed on the entry into force of the present Convention shall be subject to the provisions of paragraph 1 of this Article and shall be made in accordance with the relevant principles and provisions of the Convention on International Civil Aviation.

3. The term "German airline" means an airline substantially owned and effectively controlled by German nationals or governmental authorities.

Article 5

1. In the exercise of their responsibilities with respect to Berlin, the Three Powers will continue to regulate all air traffic to and from the Berlin air corridors established by the Allied Control Autority. The Federal Republic undertakes to facilitate and assist such traffic in every way on a basis no less favourable than that enjoyed on the entry into force of the present Convention; it undertakes to facilitate and assist unlimited and unimpeded passage through its air space for aircraft of the Three Powers en route to and from Berlin. The Federal Republic agrees to permit any necessary technical stops by such aircraft and further agrees that such aircraft may carry passengers, cargo and mail between places outside the Federal Republic and Berlin and between the Federal Republic and Berlin.

2. Nothing in this Article shall confer or affect any cabotage privileges within the Federal territory.

aérien, ou d'autres autorisations convenues avec cet État, selon celle de ces deux dates qui sera la plus rapprochée, sous réserve que, lorsque des négociations en vue d'un accord sur le transport aérien ou d'une autorisation auront été commencées ou proposées par l'une des parties pendant cette période d'un an, l'autorisation ne sera pas retirée avant qu'un accord n'ait été conclu à ce sujet, ou, dans le cas où un accord ne pourra être conclu, avant l'expiration d'un délai d'une année à partir de la date à laquelle des négociations auront été proposées par l'une des parties.

2. En ce qui concerne le cabotage, ces privilèges pourront néanmoins être retirés au cas et au moment où une entreprise aérienne allemande assurera un service suffisant pour faire face aux besoins publics sur un ou plusieurs itinéraires actuellement desservis par un transporteur aérien étranger en vertu des privilèges de cabotage dont il bénéficie. Tout changement n'impliquant pas un retrait des privilèges de cabotage existant à la date d'entrée en vigueur de la présente Convention tombera sous le coup des dispositions du paragraphe 1 du présent Article et sera effectué conformément aux dispositions et aux principes applicables de la Convention sur l'Aviation Civile Internationale.

3. L'expression « entreprise aérienne allemande » désigne une entreprise aérienne dont une partie importante de la propriété et le contrôle effectif appartiennent à des ressortissants allemands ou à des autorités gouvernementales allemandes.

Article 5

1. Dans l'exercice de leurs responsabilités en ce qui concerne Berlin, les Trois Puissances continueront à réglementer tout le trafic aérien à destination ou en provenance des couloirs aériens de Berlin établis par l'Autorité Alliée de Contrôle. La République Fédérale s'engage à faciliter ce trafic et à lui apporter toute l'aide nécessaire sur une base qui ne sera pas moins favorable que celle dont il bénéficiera à la date d'entrée en vigueur de la présente Convention. Elle s'engage à faciliter et à aider le passage, sans limite ni obstacle, à travers son espace aérien, des aéronefs des Trois Puissances, en route vers Berlin ou en provenance de cette ville. La République Fédérale convient de permettre à ces aéronefs toutes les escales techniques nécessaires et convient, en outre, que ces aéronefs pourront transporter des passagers, du fret et du courrier entre les territoires extérieurs à la République Fédérale et Berlin et entre la République Fédérale et Berlin.

2. Les dispositions du présent Article ne confèrent ou n'affectent aucun privilège de cabotage sur le territoire de la République Fédérale.

Artikel 6

In Ausübung ihrer Verantwortlichkeiten in bezug auf Deutschland als Ganzes werden die Drei Mächte weiterhin die Kontrolle bezüglich der Luftfahrzeuge der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ausüben, die den Luftraum der Bundesrepublik benützen.

Artikel 7

Die Bundesrepublik wird den Drei Mächten die Zeitpunkte mitteilen, zu denen sie bereit ist, die volle Verantwortlichkeit für die verschiedenen Luftverkehrsdienste, Navigationshilfen und Unfalluntersuchungen auf dem Gebiet der zivilen Luftfahrt zu übernehmen; jedenfalls wird sie die volle Verantwortlichkeit für alle diese Angelegenheiten bis 31. März 1953 übernehmen. Nach Eingang einer solchen Mitteilung vor dem 31. März 1953 und nach Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten wird die volle Verantwortlichkeit für den jeweils in der betreffenden Mitteilung bezeichneten Dienst — oder Dienste — von der Bundesrepublik übernommen werden. Bis zu dieser Übernahme werden die Drei Mächte weiterhin diejenige Unterstützung gewähren und diejenige Verantwortlichkeit ausüben, die gegenseitig vereinbart werden; die den Drei Mächten notwendigerweise aus den erwähnten Diensten erwachsenden tatsächlichen Kosten werden von der Bundesrepublik getragen.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten von ihren Regierungen gehörig beglaubigten Vertreter diesen Vertrag, einen der in Artikel 8 des Vertrages über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten aufgeführten Verträge, unterschrieben.

Geschehen zu BONN am sechsundzwanzigsten Tage des Monats Mai 1952 in deutscher, englischer und französischer Sprache, wobei alle drei Fassungen gleichermaßen authentisch sind.

Für die Bundesrepublik Deutschland
gezeichnet:
Adenauer

Für die Vereinigten Staaten von Amerika
gezeichnet:
Dean Acheson

Für das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland
gezeichnet:
Anthony Eden

Für die Französische Republik
gezeichnet:
Robert Schuman

Article 6

In the exercise of their responsibilities relating to Germany as a whole, the Three Powers will continue to exercise control with respect to aircraft of the Union of Soviet Socialist Republics utilizing the air space of the Federal Republic.

Article 7

The Federal Republic will give to the Three Powers notice of the dates upon which it is prepared to assume full responsibility for the various air traffic services, navigational aids and accident investigation in the field of civil aviation and will in any event assume full responsibility for all such matters by 31 March 1953. After receipt of any such notice, prior to 31 March 1953, and upon agreement between the Three Powers and the Federal Republic, full responsibility for the service or services designated in such notice will be assumed by the Federal Republic. Until such assumption, the Three Powers will continue to provide such assistance and exercise such responsibility as shall be mutually agreed, and the actual costs necessarily incurred by the Three Powers arising from such services will be borne by the Federal Republic.

IN FAITH WHEREOF the undersigned representatives duly authorized thereto by their respective Governments have signed the present Convention, being one of the related Conventions listed in Article 8 of the Convention on Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Germany.

Done at BONN this twenty-sixth day of May, 1952, in three texts, in the English, French and German languages, all being equally authentic.

For the United States of America
signed:
Dean Acheson

For the French Republic
signed:
Robert Schuman

For the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland
signed:
Anthony Eden

For the Federal Republic of Germany
signed:
Adenauer

Article 6

Dans l'exercice de leurs responsabilités en ce qui concerne l'Allemagne dans son ensemble, les Trois Puissances continueront à exercer le contrôle des aéronefs de l'Union des Républiques Socialistes Soviétiques utilisant l'espace aérien de la République Fédérale.

Article 7

La République Fédérale notifiera aux Trois Puissances les dates auxquelles elle sera prête à assumer toutes les responsabilités des divers services du trafic aérien, des aides à la navigation, et des enquêtes en matière d'accidents dans le domaine de l'aviation civile, et, dans tous les cas, assumera toutes les responsabilités dans ces domaines au plus tard le 31 Mars 1953. Dès réception d'une telle notification avant le 31 Mars 1953, et sur accord entre les Trois Puissances et la République Fédérale, toutes les responsabilités du ou des services désignés dans cette notification seront assumées par la République Fédérale. Jusqu'à ce que la République Fédérale ait assumé ses responsabilités, les Trois Puissances continueront à apporter l'assistance et à exercer les responsabilités qui feront l'objet d'un accord mutuel, et les dépenses réelles nécessairement encourues par les Trois Puissances et afférentes à ces services seront supportées par la République Fédérale.

EN FOI DE QUOI, les Plénipotentiaires soussignés dûment autorisés à cet effet par leurs Gouvernements respectifs, ont apposé leurs signatures au bas de la présente Convention qui constitue l'une des Conventions rattachées énumérées dans l'Article 8 de la Convention sur les relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale d'Allemagne.

Fait à BONN, le vingt-sixième jour du mois de Mai 1952, en trois textes, en langues française, anglaise et allemande, les trois versions faisant également foi.

Pour la République Française
signé:
Robert Schuman

Pour le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord
signé:
Anthony Eden

Pour les États-Unis d'Amérique
signé:
Dean Acheson

Pour la République Fédérale d'Allemagne
signé:
Adenauer

ANHANG

zum Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen

Satzung der Schiedskommission für Güter, Rechte und Interessen in Deutschland

ABSCHNITT I

Dauer, Sitz, Zusammensetzung und Organisation

Artikel 1

(1) Die Kommission wird für die Dauer von zehn Jahren vom Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Satzung an errichtet.

(2) Dieser Zeitabschnitt kann durch Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und den Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland und der Französischen Republik (nachstehend als „die Drei Mächte" und zusammen mit der Bundesrepublik als „die Unterzeichnerstaaten" bezeichnet) verkürzt oder verlängert werden.

(3) Nach Ablauf dieses Zeitabschnittes führt die Kommission ihre Amtsgeschäfte weiter, bis alle bei ihr zu diesem Zeitpunkt anhängigen Fälle erledigt sind.

Artikel 2

Die Kommission hat ihren Sitz an demselben Ort wie das in Artikel 9 des Vertrages über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten erwähnte Schiedsgericht. Die Kommission kann jedoch, wenn sie dies für angebracht hält, auch an anderen Orten Sitzungen abhalten und Amtsgeschäfte wahrnehmen.

Artikel 3

(1) Die Kommission besteht aus neun ständigen Mitgliedern, die in ihrem Lande die Fähigkeit zum Richteramte oder gleichwertige Fähigkeiten besitzen müssen.

(2) Die neun ständigen Mitglieder der Kommission werden folgendermaßen bestellt:

(a) drei Mitglieder werden von der Bundesregierung ernannt;

(b) drei Mitglieder werden von den Regierungen der Drei Mächte ernannt, und zwar von jeder der Drei Mächte ein Mitglied; und

(c) drei Mitglieder (im folgenden als „neutrale Mitglieder" bezeichnet), die nicht Staatsangehörige eines Staates sein dürfen, der am Kriege teilgenommen hat, werden durch Übereinkunft zwischen der Bundesregierung und den Regierungen der Drei Mächte ernannt.

ANNEX

to the Convention on the Settlement of Matters Arising out of the War and the Occupation

Charter of the Arbitral Commission on Property, Rights and Interests in Germany

PART I

Duration, Seat, Composition and Organization

Article 1

1. The Commission is established for a period of ten years to run from the entry into force of the present Charter.

2. This period may be curtailed or extended by agreement between the Governments of the United States of America, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the French Republic (hereinafter referred to as "the Three Powers") and of the Federal Republic of Germany (all collectively hereinafter referred to as "the Signatory States").

3. After the date of expiration of this period, the Commission will continue to function to complete the determination of any cases pending before it at that date.

Article 2

The seat of the Commission shall be at the seat of the Arbitration Tribunal referred to in Article 9 of the Convention on Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Germany. The Commission may, however, sit and exercise its functions elsewhere when it deems it desirable to do so.

Article 3

1. The Commission shall be composed of nine permanent members who shall have the qualifications required in their respective countries for appointment to judicial office or equivalent qualifications.

2. The nine permanent members of the Commission shall be appointed as follows:

(a) Three members appointed by the Governments of the Three Powers, one by each Government;

(b) Three members appointed by the Federal Government; and

(c) Three members (hereinafter referred to as "the neutral members") appointed by agreement between the Governments of the Three Powers and the Federal Government, none of whom shall be a national of any State which participated in the War.

ANNEXE

à la Convention sur le Règlement de Questions issues de la Guerre et de l'Occupation

Charte de la Commission Arbitrale sur les Biens, Droits et Intérêts en Allemagne

TITRE I

Durée, Siège, Composition et Organisation

Article 1

1. La Commission est instituée pour une durée de dix années, qui commenceront à courir à compter de la date d'entrée en vigueur de la présente Charte.

2. Cette période pourra être abrégée ou étendue par accord entre les Gouvernements de la République Française, des Etats-Unis d'Amérique et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord (ci-après dénommés «les Trois Puissances») et de la République Fédérale d'Allemagne (ci-après conjointement dénommés «les États Signataires»).

3. Après la date d'expiration de cette période, la Commission continuera à fonctionner pour achever le règlement des affaires en instance devant elle à cette date.

Article 2

Le siège de la Commission sera situé au siège du Tribunal d'Arbitrage visé à l'Article 9 de la Convention sur les Relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale d'Allemagne. La Commission peut, toutefois, siéger et exercer ses fonctions ailleurs lorsqu'elle le juge désirable.

Article 3

1. La Commission se compose de neuf membres permanents, qui doivent réunir les conditions requises pour être nommés dans leurs pays respectifs à des fonctions judiciaires ou posséder des aptitudes équivalentes.

2. Les neuf membres permanents de la Commission sont ainsi désignés:

(a) trois membres sont nommés par les Gouvernements des Trois Puissances, à raison d'un membre par chacun d'entre eux;

(b) trois membres sont nommés par le Gouvernement Fédéral;

(c) trois membres (ci-après dénommés «les membres neutres»), qui ne seront pas ressortissants d'un État ayant participé à la guerre, sont nommés par accord entre les Gouvernements des Trois Puissances et le Gouvernement Fédéral.

(3) Die Bundesregierung und die Regierungen der Drei Mächte werden einander spätestens dreißig Tage nach Inkrafttreten dieser Satzung die Namen der Mitglieder mitteilen, die sie erstmalig zu ernennen haben. Innerhalb derselben Frist werden sich die Bundesregierung und die Regierungen der Drei Mächte über die Namen der drei neutralen Mitglieder einigen. Sind bei Ablauf dieser Frist ein oder mehrere neutrale Mitglieder noch nicht ernannt, so können die Bundesregierung oder die Regierungen der Drei Mächte den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes um ihre Ernennung ersuchen.

(4) Die Ernennung der Mitglieder für frei werdende Sitze erfolgt nach demselben Verfahren, das für die Ernennung der zu ersetzenden ständigen Mitglieder maßgeblich ist. Bleibt jedoch ein Sitz, dessen Inhaber von der Bundesregierung oder von einer der Regierungen der Drei Mächte zu ernennen ist, länger als einen Monat unbesetzt, so können die Bundesregierung oder die Regierungen der Drei Mächte den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes ersuchen, für diesen Sitz vorläufig eine Persönlichkeit zu benennen, die nicht die Staatsangehörigkeit eines Staates, der am Kriege teilgenommen hat, besitzt, und die für eine Zeit von sechs Monaten oder bis zur Ernennung eines endgültigen Mitgliedes im gewöhnlichen Verfahren im Amte bleibt, falls diese Ernennung nicht innerhalb der genannten Frist erfolgt. Ist das zu ersetzende Mitglied ein neutrales Mitglied, so können die Bundesregierung oder die Regierungen der Drei Mächte den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes um seine Ernennung ersuchen, wenn die in Unterabsatz (c) des Absatzes (2) dieses Artikels vorgesehene Übereinkunft nicht innerhalb eines Monats nach dem Zeitpunkt, in dem der Sitz frei wurde, erzielt werden kann.

(5) Die Kommission kann durch Mehrheitsbeschluß einen Sitz für frei geworden erklären, wenn nach ihrer Auffassung ein Mitglied ohne hinreichenden Grund in einer Angelegenheit, an der es mitzuwirken hatte, den Sitzungen ferngeblieben ist oder sich geweigert hat, an ihnen teilzunehmen.

(6) Die Regierung jedes Staates, der dieser Satzung gemäß Artikel 17 beigetreten ist, kann durch eine an die Bundesregierung und die Regierungen der Drei Mächte gerichtete förmliche Mitteilung ein beigeordnetes Mitglied ernennen. Jedes beigeordnete Mitglied muß die in Absatz (1) genannten Voraussetzungen erfüllen und ist den Bestimmungen des Absatzes (5) dieses Artikels unterworfen. Die ernennende Regierung kann eine frei gewordene Stelle durch eine an die Bundesregierung und die Regierungen der Drei Mächte gerichtete förmliche Mitteilung besetzen.

(7) Der Kommission dient als Geschäftsstelle das Sekretariat des Schiedsgerichtes.

3. The Governments of the Three Powers and the Federal Government shall make known their first appointments not later than thirty days after the entry into force of the present Charter. Within the same period, the Governments of the Three Powers and the Federal Government shall agree upon the three neutral members. If, after the expiry of such period, one or more of the neutral members shall not have been appointed, either the Governments of the Three Powers or the Federal Government may request the President of the International Court of Justice to appoint such neutral member or members.

4. Appointments to fill vacancies shall be made in the same manner as the appointment of the permanent member to be replaced. However, if a vacancy to be filled by the Government of one of the Three Powers or the Federal Government is not so filled within one month of its occurring, either the Governments of the Three Powers or the Federal Government may request the President of the International Court of Justice to make an interim appointment to the vacancy of a person who shall not be a national of any State which participated in the War and who shall serve for a period of six months or until the vacancy is filled in the normal manner, whichever is longer. If the member to be replaced is a neutral member, the Governments of the Three Powers or the Federal Government may request the President of the International Court of Justice to make such appointment, if the agreement envisaged by sub-paragraph (c) of paragraph 2 of this Article has not been reached within one month of the vacancy occurring.

5. The Commission may, by majority vote, declare a vacancy if, in its opinion, a member has, without reasonable excuse, failed or refused to participate in the hearing or decision of a case to which he has been assigned.

6. The Government of any State which has acceded to the present Charter pursuant to Article 17 hereof may appoint a member adjoint by notification addressed to the Governments of the Three Powers and the Federal Government. Any such member adjoint shall meet the requirements specified in paragraph 1 and shall be subject to the provisions of paragraph 5 of this Article. The appointing Government may fill a vacancy by notification addressed to the Governments of the Three Powers and the Federal Government.

7. The Secretariat of the Arbitration Tribunal shall serve the Commission as its administrative office.

3. Les Gouvernements des Trois Puissances et le Gouvernement Fédéral notifieront, au plus tard trente jours après la date d'entrée en vigueur de la présente Charte, les noms des premiers membres qu'il leur appartient de nommer. Dans ce même délai, les Gouvernements des Trois Puissances et le Gouvernement Fédéral se mettront d'accord sur les noms des trois membres neutres. Si, à l'expiration de ce délai, un ou plusieurs membres neutres n'ont pas été nommés, les Gouvernements des Trois Puissances ou le Gouvernement Fédéral pourront demander au Président de la Cour Internationale de Justice de procéder à leur nomination.

4. La nomination aux sièges devenus vacants se fait selon la même méthode que celle qui a été suivie pour la nomination des membres permanents à remplacer. Toutefois, si un siège, dont le titulaire doit être nommé par l'un des Gouvernements des Trois Puissances ou par le Gouvernement Fédéral, reste vacant pendant plus d'un mois, les Gouvernements des Trois Puissances ou le Gouvernement Fédéral peuvent demander au Président de la Cour Internationale de Justice de nommer à titre intérimaire une personne qui ne soit pas ressortissant d'un État ayant participé à la guerre, et qui restera en fonction pendant un délai de six mois ou jusqu'à la nomination d'un titulaire par le procédé normal, au cas où cette nomination n'interviendrait qu'après l'expiration de ce délai. Lorsque le membre à remplacer est un membre neutre, les Gouvernements des Trois Puissances ou le Gouvernement Fédéral peuvent demander au Président de la Cour Internationale de Justice de procéder à la nomination, si l'accord prévu par l'alinéa (c) du paragraphe 2 du présent Article n'a pas été réalisé dans le délai d'un mois après le début de la vacance.

5. La Commission peut, par vote majoritaire, déclarer une vacance, lorsque, à son avis, l'un des membres s'est abstenu ou a refusé, sans excuse valable, de siéger dans une affaire pour laquelle il a été désigné.

6. Le Gouvernement de tout État qui a accédé à la présente Charte, conformément à son Article 17, peut nommer un membre adjoint par notification adressée aux Gouvernements des Trois Puissances et au Gouvernement Fédéral. Tout membre adjoint devra remplir les conditions énoncées au paragraphe 1 et sera soumis aux dispositions du paragraphe 5 du présent Article. Le Gouvernement qui nomme un membre adjoint peut pourvoir un siège devenu vacant par notification adressée aux Gouvernements des Trois Puissances et au Gouvernement Fédéral.

7. En ce qui concerne les services administratifs, la Commission utilisera les services du Secrétariat du Tribunal d'Arbitrage.

Artikel 4

(1) Die ständigen Mitglieder werden für die Amtsdauer der Kommission einschließlich der in Absatz (3) des Artikels 1 vorgesehenen zusätzlichen Frist ernannt. Beigeordnete Mitglieder können für kürzere Zeit oder für einzelne Fälle ernannt werden.

(2) Die Mitglieder der Kommission dürfen keine Tätigkeit ausüben, die mit der normalen Wahrnehmung ihres Amtes unvereinbar ist; sie dürfen an der Erledigung einer bestimmten Angelegenheit nicht mitwirken, mit der sie in anderer Eigenschaft bereits befaßt waren oder an der sie unmittelbar interessiert sind. Bei Meinungsverschiedenheiten über die Anwendung dieses Absatzes entscheidet die Kommission.

(3) (a) Die Mitglieder der Kommission genießen während ihrer Amtsdauer und nach deren Ablauf Immunität gegen gerichtliche Verfolgung wegen in Ausübung ihres Amtes vorgenommener Handlungen.

(b) Die Mitglieder der Kommission, die nichtdeutscher Staatsangehörigkeit sind, genießen im Bundesgebiet außerdem die Vorrechte und Immunitäten, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen zustehen. Werden im Gebiete einer der Drei Mächte Sitzungen abgehalten oder Amtshandlungen vorgenommen, so genießen die Mitglieder der Kommission, die nicht dem Staate angehören, in dem die Sitzung stattfindet oder die Amtshandlung vorgenommen wird, in diesem Lande die diplomatischen Immunitäten und Vorrechte.

(4) Die Mitglieder der Kommission haben sich vor Aufnahme ihrer Tätigkeit in öffentlicher Sitzung zu verpflichten, ihr Amt unparteiisch und gewissenhaft auszuüben.

(5) Unbeschadet der Bestimmungen des Absatzes (5) des Artikels 3 dieser Satzung kann ein Mitglied vor Ablauf seiner Amtszeit nur durch Übereinkunft zwischen der Bundesregierung und den Regierungen der Drei Mächte abberufen werden, und

(a) falls es sich um ein von der Regierung eines beigetretenen Staates ernanntes Mitglied handelt, im Einvernehmen mit der betreffenden Regierung;

(b) falls es sich um ein von dem Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes ernanntes Mitglied handelt, mit Zustimmung des Präsidenten dieses Gerichtshofes.

(6) Die Mitglieder können jederzeit von ihrem Amt zurücktreten, indem sie die ernennende Regierung oder die ernennenden Regierungen und den Präsidenten der Kommission hiervon schriftlich in Kenntnis setzen. Sie haben jedoch ihr Amt weiterzuführen, bis ihre Nachfolger ihr Amt angetreten

Article 4

1. The permanent members shall be appointed for the duration of the Commission including the additional period provided for in paragraph 3 of Article 1 of the present Charter. Members adjoint may be appointed for shorter periods or for particular cases.

2. Members of the Commission shall not engage in any activity incompatible with the proper exercise of their duties, nor shall they participate in the adjudication of any case with which they have previously been concerned in another capacity or in which they have a direct interest. Differences of opinion regarding the applicability of this paragraph shall be resolved by the Commission.

3. (a) During and after their terms of office, the members of the Commission shall enjoy immunity from suit in respect of acts performed in the exercise of their official duties.

(b) The members of the Commission who are not of German nationality shall, moreover, enjoy in the Federal territory the same privileges and immunities as are accorded members of diplomatic missions. If sittings or official acts take place in the territory of one of the Three Powers, the members of the Commission who are not of the nationality of the country in which the sitting or act takes place shall enjoy diplomatic privileges and immunities in such country.

4. Every member of the Commission shall, before taking office, make a declaration at a public session that he will exercise his duties impartially and conscientiously.

5. Subject to the provisions of paragraph 5 of Article 3 of the present Charter, no member may be dismissed before the expiry of his term of office, except by agreement between the Governments of the Three Powers and the Federal Government and,

(a) in the case of a member appointed by the Government of an acceding State, with the agreement of such Government;

(b) in the case of a member appointed by the President of the International Court of Justice, with the consent of its President.

6. Any member may at any time resign his office by giving due notice thereof under his hand to the appointing Government or Governments and to the President of the Commission. But he shall continue in office until his successor has taken his seat, unless the appointing Government or

Article 4

1. Les membres permanents de la Commission sont nommés pour la durée de la Commission, y compris la période supplémentaire prévue au paragraphe 3 de l'Article 1 de la présente Charte. Les membres adjoints peuvent être nommés pour une période plus courte ou pour un cas particulier.

2. Les membres de la Commission ne peuvent se livrer à aucune activité incompatible avec l'exercice normal de leurs fonctions, ni participer au réglement d'aucune affaire dont ils ont eu antérieurement à s'occuper à un autre titre ou s'ils ont un intérêt direct dans cette affaire. En cas de contestation sur l'application du présent paragraphe, la Commission statue.

3. (a) Pendant la durée et après l'expiration de leur mandat, les membres de la Commission jouiront de l'immunité de juridiction à raison des actes accomplis dans l'exercice de leurs fonctions.

(b) Les membres de la Commission qui ne sont pas de nationalité allemande jouissent, en outre, sur le territoire fédéral, des mêmes privilèges et immunités que ceux qui sont prévus pour les membres des missions diplomatiques. Si des séances ont lieu sur le territoire de l'une des Trois Puissances ou si des actes officiels y sont accomplis, les membres de la Commission qui ne sont pas ressortissants du pays dans lequel la séance a lieu ou dans lequel l'acte est accompli, jouissent dans ce pays des privilèges et immunités diplomatiques.

4. Tout membre de la Commission doit, avant d'entrer en fonction, prendre, en séance publique, l'engagement d'exercer ses attributions en pleine impartialité et en toute conscience.

5. Sous réserve des dispositions du paragraphe 5 de l'Article 3 de la présente Charte, aucun membre ne peut être révoqué avant l'expiration de son mandat, si ce n'est par accord entre les Gouvernements des Trois Puissances et le Gouvernement Fédéral, ou

(a) s'il s'agit d'un membre nommé par le Gouvernement d'un État ayant accédé à la Charte, en accord avec ce Gouvernement;

(b) s'il s'agit d'un membre qui a été nommé par le Président de la Cour Internationale de Justice, avec le consentement de ce dernier.

6. Tout membre peut, en tout temps, résigner ses fonctions en donnant un préavis, dûment signé, au Gouvernement ou aux Gouvernements qui l'ont nommé ainsi qu'au Président de la Commission, mais, à moins d'accord contraire entre le ou les Gouvernements qui ont procédé à la

haben, es sei denn, daß die ernennende Regierung oder die ernennenden Regierungen und der Präsident eine andere Vereinbarung treffen.

Artikel 5

(1) Die Kommission wählt aus dem Kreise der drei neutralen Mitglieder für zwei Jahre ihren Präsidenten. Der Präsident kann wiedergewählt werden. Wenn er der Kommission nicht mehr als Mitglied angehört, wählt die Kommission einen neuen Präsidenten, nachdem ein Nachfolger für ihn in seiner Eigenschaft als Mitglied der Kommission bestellt ist. Die übrigen neutralen Mitglieder haben die Stellung von Vizepräsidenten.

(2) Die Kommission tagt unter dem Vorsitz des Präsidenten oder eines Vizepräsidenten entweder in Plenarsitzung oder in Kammern von drei Mitgliedern.

(3) Die Plenarsitzung umfaßt grundsätzlich alle ständigen Mitglieder der Kommission. Ein Quorum von fünf Mitgliedern genügt zur Bildung des Plenums; es kann nur bei Anwesenheit einer ungeraden Zahl von Mitgliedern beraten und entscheiden; auf jeden Fall muß die Zahl der von der Bundesregierung ernannten Mitglieder und die Zahl der von den Regierungen der Drei Mächte ernannten Mitglieder gleich sein; ferner muß ihm stets mindestens ein neutrales Mitglied angehören. Beigeordnete Mitglieder dürfen an der Plenarsitzung nicht teilnehmen.

(4) (a) Die Kammern bestehen aus je einem von der Bundesregierung ernannten, einem von den Regierungen der Drei Mächte ernannten und einem neutralen Mitglied. Die Kommission entscheidet in Plenarsitzung über die Verteilung der Mitglieder auf die Kammern, bestimmt die Arten von Angelegenheiten, die von den einzelnen Kammern zu entscheiden sind, oder weist eine bestimmte Angelegenheit einer Kammer zu. Vorbehaltlich der Bestimmungen des Absatzes (5) des Artikels 13 dieser Satzung gilt die von einer Kammer in einer ihr zugewiesenen Angelegenheit gefällte Entscheidung als endgültige Entscheidung der Kommission.

(b) In den vor Kammern verhandelten Fällen, in denen eine der Drei Mächte, einer ihrer Staatsangehörigen oder ihrer Einwohner Prozeßpartei ist, gehört das von dieser Macht bestellte Mitglied der Kammer an, es sei denn, daß die Partei mit einer anderen Regelung einverstanden ist.

(c) In den vor Kammern verhandelten Fällen, die nicht zu den in Unterabsatz (b) dieses Absatzes angeführten Fällen gehören, gilt folgendes:

(i) Ist ein beigetretener Staat oder einer seiner Staatsangehörigen oder Einwohner Prozeßpartei,

Governments and the President agree otherwise.

Article 5

1. The Commission shall elect its President from the three neutral members to serve for two years. The President shall be eligible for re-election. If the President shall cease to be a member of the Commission, the Commission shall elect a new President after his successor as a member of the Commission has been appointed. The remaining neutral members shall serve as Vice-Presidents.

2. The Commission, presided over by the President or one of the Vice-Presidents, shall sit either in plenary session or in Chambers of three members.

3. A plenary session shall, in principle, include all the permanent members of the Commission. A quorum of five members shall suffice to constitute a plenary session; it shall be composed of an uneven number of members, and in any case shall consist of an equal number of the members appointed by the Governments of the Three Powers and of those appointed by the Federal Government, and at least one neutral member. Members adjoint shall not take any part in a plenary session.

4. (a) Chambers shall be composed of one of the members appointed by the Governments of the Three Powers, one of the members appointed by the Federal Government and one neutral member. The Commission in plenary session shall nominate the members of such Chambers, define the categories of cases with which a Chamber will be concerned or assign a particular case to a Chamber. Subject to the provisions of paragraph 5 of Article 13 of the present Charter, any decision of a Chamber, on a case assigned to it, shall be deemed to be a final decision of the Commission.

(b) In cases heard by Chambers where any of the parties is one of the Three Powers or its national or resident, the member appointed by the Government of such Power shall sit unless such party otherwise agrees.

(c) In cases heard by Chambers, other than those referred to in sub-paragraph (b) of this paragraph,

(i) where any of the parties is one of the acceding States or its national or resident, the mem-

nomination et le Président, il devra continuer à exercer ses fonctions jusqu'à ce qu'il soit effectivement remplacé.

Article 5

1. La Commission élit son Président pour deux ans, parmi les trois membres neutres. Le Président peut être rééle. Si le Président cesse d'appartenir à la Commission, la Commission élit un nouveau Président aprés désignation de celui qui lui succéde dans sa qualité de membre. Les autres membres neutres sont Vice-Présidents.

2. La Commission siège sous la présidence du Président ou de l'un des Vice-Présidents, soit en assemblée plénière, soit en Chambre de trois membres.

3. L'assemblée plénière comprend, en principe, tous les membres permanents de la Commission. Le quorum nécessaire à la validité de ses délibérations est de cinq membres; elle ne peut délibérer qu'en nombre impair; elle doit en tout cas comprendre un nombre égal de membres nommés par les Gouvernements des Trois Puissances et de membres nommés par le Gouvernement Fédéral, et au moins un membre neutre. Les membres adjoints ne doivent pas participer aux délibérations de l'assemblée plénière.

4. (a) Les Chambres sont composées d'un des membres nommés par les Gouvernements des Trois Puissances, d'un des membres nommés par le Gouvernement Fédéral et d'un membre neutre. La Commission, en assemblée plénière, répartit les membres entre les Chambres, détermine les catégories d'affaires dont les Chambres connaissent, ou attribue à une Chambre une affaire déterminée. Sous réserve des dispositions du paragraphe 5 de l'Article 13 de la présente Charte, toute décision rendue par une Chambre, sur une affaire qui lui a été dévolue, sera considérée comme une décision définitive rendue par la Commission.

(b) Lorsqu'une affaire est examinée par une Chambre et que l'une des Trois Puissances ou l'un de ses ressortissants ou résidents est partie à la procédure, le membre nommé par le Gouvernement de cette Puissance siègera dans la Chambre, sauf accord contraire de cette partie.

(c) Lorsqu'une affaire, autre que celles visées à l'alinéa (b) du présent paragraphe, est examinée par une Chambre:

(i) Lorsque l'un des États ayant adhéré à la Charte, ou l'un de ses ressortissants ou résidents

so wird auf Antrag, der von dem beigetretenen Staat an den Präsidenten zu richten ist, das von den Drei Mächten ernannte Mitglied durch ein von dem beigetretenen Staate ernanntes beigeordnetes Mitglied ersetzt.

(ii) Sind mehrere beigetretene Staaten oder Staatsangehörige oder Einwohner mehrerer beigetretener Staaten Prozeßparteien, so können sich diese Staaten, Staatsangehörigen oder Einwohner damit einverstanden erklären, daß das von den Drei Mächten ernannte Mitglied durch eines der beigeordneten Mitglieder ersetzt wird, das von einem Staate ernannt ist, der oder dessen Staatsangehörige oder Einwohner Prozeßparteien sind; diese Ersetzung erfolgt auf Antrag aller beteiligten Staaten, Staatsangehörigen oder Einwohner. Kommt ein Einvernehmen nicht zustande, so behält das von den Drei Mächten ernannte Mitglied seinen Sitz in der Kammer.

(5) Die Verhandlungen der Kommission sind öffentlich, sofern die Kommission nicht anders beschließt. Die Beratungen der Kommission sind und bleiben geheim; das gleiche gilt für Tatsachen, von denen die Kommission in nicht öffentlicher Sitzung Kenntnis erhalten hat.

ABSCHNITT II

Zuständigkeit, Befugnisse und anwendbares Recht

Artikel 6

(1) Die Kommission ist zuständig für die Entscheidung aller Streitigkeiten, die in Artikel 7 des Fünften Teiles und in Artikel 12 des Zehnten Teiles des Vertrages zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen (nachstehend als „der Vertrag" bezeichnet) genannt sind. Unbeschadet der Bestimmungen des Absatzes (2) des Artikels 9 und des Artikels 10 der Satzung des Schiedsgerichtes entscheidet die Kommission über den Umfang ihrer Zuständigkeit. Der Präsident der Kommission kann das Schiedsgericht um ein Rechtsgutachten gemäß Artikel 25 der Satzung des Schiedsgerichtes über den Umfang der Zuständigkeit der Kommission ersuchen.

(2) Die Kommission hat für Streitigkeiten im Rahmen ihrer sachlichen Zuständigkeit, die ihr in erster Instanz oder als Berufungsinstanz unterbreitet werden, ausschließliche Gerichtsbarkeit; kein Gericht der Unterzeichnerstaaten oder eines anderen Staates und kein anderes nationales oder internationales Organ ist in diesen Angelegenheiten zuständig.

(3) Die Kommission ist auch für andere Angelegenheiten zuständig, die ihr jeweils durch Vereinbarung der Unterzeichnerstaaten zugewiesen werden. Ist ein beigetretener Staat an der Angelegenheit unmittelbar interessiert,

ber appointed by the Government of one of the Three Powers shall be replaced by the member adjoint appointed by the Government of such acceding State upon the latter's application to the President;

(ii) where more than one of the parties are acceding States or nationals or residents of acceding States, such States, nationals or residents may agree to the replacement of the member appointed by the Government of one of the Three Powers by one of the members adjoint appointed by the Governments of the States which, or whose nationals or residents, are parties, and such replacement shall be made upon application of all the States, nationals or residents concerned. In default of such agreement, the member appointed by the Government of one of the Three Powers shall sit in the Chamber.

5. The Commission shall sit in public unless it decides otherwise. The deliberations of the Commission shall be and shall remain secret as shall all facts brought to its attention in closed session.

PART II

Competence, Powers and Applicable Law

Article 6

1. The Commission shall have jurisdiction in all disputes envisaged under Article 7 of Chapter Five and Article 12 of Chapter Ten of the Convention on the Settlement of Matters Arising out of the War and the Occupation (hereinafter referred to as "the Convention"). Subject to the provisions of paragraph 2 of Article 9 and of Article 10 of the Charter of the Arbitration Tribunal, the Commission may decide questions as to the extent of its jurisdiction. The President of the Commission may ask the Arbitration Tribunal for an advisory opinion, under Article 25 of its Charter, as to the extent of the jurisdiction of the Commission.

2. The jurisdiction, in the first instance or on appeal, as the case may be, of the Commission in disputes within its competence which are submitted to it shall be exclusive and no court or tribunal of the Signatory States or of any other State, nor any other national or international body, shall have jurisdiction in such disputes.

3. The Commission shall also have jurisdiction in any other matter which may be referred to it from time to time by agreement between the Signatory States. If any acceding State is directly concerned in the matter,

est partie à la procédure, le membre nommé par le Gouvernement de l'une des Trois Puissances sera remplacé par le membre adjoint nommé par cet État sur la demande de ce dernier adressée au Président;

(ii) lorsque plusieurs États ayant adhéré à la Charte, ou des ressortissants ou résidents de ces États sont parties à la procédure, ces États, ressortissants ou résidents peuvent se mettre d'accord sur le remplacement du membre nommé par le Gouvernement de l'une des Trois Puissances par l'un des membres adjoints nommés par les États intéressés, ce remplacement étant effectué à la demande de ces États. A défaut d'un tel accord, le membre nommé par le Gouvernement de l'une des Trois Puissances siègera dans la Chambre.

5. Les audiences sont publiques, à moins que la Commission n'en décide autrement. Les délibérations de la Commission sont et demeurent secrètes. Il en est de même pour les faits dont elle a eu connaissance à huis clos.

TITRE II

Compétence, pouvoirs et droit applicable

Article 6

1. La Commission est compétente pour statuer sur les litiges visés à l'Article 7 du Chapitre Cinquième et à l'Article 12 du Chapitre Dixième de la Convention sur le Règlement de Questions issues de la Guerre et de l'Occupation (ci-après dénommée «la Convention»). Sans préjudice des dispositions du paragraphe 2 de l'Article 9 de la Charte du Tribunal d'Arbitrage et de l'Article 10 de cette même Charte, la Commission peut statuer sur les questions relatives à l'étendue de sa compétence. Le Président de la Commission peut demander au Tribunal d'Arbitrage de donner, conformément à l'Article 25 de la Charte de ce Tribunal, un avis consultatif sur l'étendue de la compétence de la Commission.

2. La compétence de la Commission en première instance ou en appel, selon le cas, en ce qui concerne les litiges relevant de sa juridiction, sera exclusive et aucun tribunal des États Signataires ou de tout autre État, ni aucun autre organisme national ou international n'aura compétence en ce qui concerne ces litiges.

3. La Commission sera également compétente pour connaître de toute autre question qui pourra lui être soumise en tout temps par accord entre les États Signataires. Si cette question intéresse directement un État

so ist auch die Zustimmung seiner Regierung erforderlich.

(4) Streitigkeiten innerhalb der Zuständigkeit der Kommission können anhängig gemacht werden von den Unterzeichnerstaaten, den Staaten, die dieser Satzung beigetreten sind, den Staatsangehörigen oder Einwohnern dieser Staaten oder der von diesen Staaten verwalteten oder kontrollierten Gebietseinheiten oder von Staaten oder Gebietseinheiten, deren auswärtige Beziehungen von einem Unterzeichnerstaat oder beigetretenen Staat wahrgenommen werden. Das gleiche gilt für juristischen Personen, die nach dem Recht dieser Staaten oder Gebietseinheiten errichtet sind.

(5) Die Kommission entscheidet über Rechts- und Tatfragen.

Artikel 7

(1) Die Kommission, oder in dringenden Fällen der Präsident, kann durch Verfügung die einstweiligen Maßnahmen anordnen, die zur Sicherung der Rechte der Parteien bis zum Erlaß des Urteils der Kommission erforderlich sind. Die von dem Präsidenten auf Grund dieses Artikels erlassene Verfügung kann von der Kommission innerhalb von zweiundsiebzig Stunden nach ihrer Zustellung an die Parteien bestätigt, geändert oder aufgehoben werden.

(2) Ist eine von einer solchen Verfügung der Kommission oder ihres Präsidenten betroffene Partei vor deren Erlaß nicht gehört worden, so kann sie bei der Kommission die Abänderung oder Aufhebung der Verfügung beantragen; die Fristen und die Bedingungen für diesen Antrag werden in der in Artikel 14 vorgesehenen Verfahrensordnung geregelt.

Artikel 8

Die Kommission legt ihren Entscheidungen die Bestimmungen des Vertrages und der in ihm für anwendbar erklärten Rechtsvorschriften zu Grunde. Bei der Auslegung dieser Bestimmungen und, soweit eine Ergänzung dieser Bestimmungen oder eine Ausfüllung von Lücken erforderlich ist, wendet sie die allgemeinen Grundsätze des Völkerrechts sowie der Gerechtigkeit und Billigkeit an.

ABSCHNITT III
Verfahren

Artikel 9

(1) Die Amtssprachen der Kommission sind deutsch, englisch und französisch. Der Präsident kann mit Zustimmung der Parteien anordnen, daß bei der Verhandlung über eine bestimmte Angelegenheit nur eine oder zwei dieser Sprachen gebraucht werden.

(2) Die Entscheidungen der Kommission sind in allen drei Sprachen auszufertigen.

Artikel 10

Das Verfahren vor der Kommission wird eingeleitet durch Einreichung einer Klageschrift, die eine Darlegung

the consent of its Government shall also be necessary.

4. Disputes within the jurisdiction of the Commission may be submitted by any of the Signatory States or any State which has acceded to the present Charter, by a national or resident of any such State or of any territorial entity which is administered or controlled by any such State or for whose international relations such State is responsible, or by a juristic person established under the laws of any such State or territorial entity.

5. The Commission shall be competent to decide questions of law and fact.

Article 7

1. The Commission or, in a case of urgency, the President shall have the power to issue such orders as may be necessary to conserve the respective rights of the parties pending the judgment of the Commission. Any orders issued by the President under this Article may be confirmed, amended or annulled by the Commission within seventy-two hours after the notification thereof to the parties.

2. Any party affected by such an order of the Commission or of the President who shall not have been heard prior to the making thereof may apply to the Commission for the amendment or annulment of the order at such time and in such manner as may be prescribed in the rules of procedure envisaged in Article 14 of the present Charter.

Article 8

In arriving at its decisions, the Commission shall apply the provisions of the Convention and of legislation made applicable thereby. Where necessary to supplement or interpret such provisions, or in the absence of any relevant provisions, it shall apply the general principles of international law and of justice and equity.

PART III
Procedure

Article 9

1. The official languages of the Commission shall be French, English and German. However, the President may, with the consent of the parties, direct that only one or two of these languages shall be used in the proceedings in any cause.

2. Decisions of the Commission shall be delivered in all three languages.

Article 10

Proceedings before the Commission shall be instituted by a written complaint which shall contain a statement

ayant adhéré à la Charte, le consentement du Gouvernement de cet État sera également nécessaire.

4. Les litiges relevant de la compétence de la Commission peuvent lui être soumis par tout État Signataire ou tout État ayant accédé à la présente Charte, ou par les ressortissants ou résidents de cet État ou de toute entité territoriale administrée ou contrôlée par cet État ou pour les relations internationales de laquelle cet État est responsable ou par toute personne morale constituée en vertu des lois de cet État ou de cette entité territoriale.

5. La Commission pourra connaître de questions de droit et de fait.

Article 7

1. La Commission ou, en cas d'urgence, le Président a le pouvoir d'ordonner toutes les mesures conservatoires du droit de chaque partie qui peuvent être nécessaires en attendant sa décision définitive. Tout ordre émis par le Président en vertu du présent Article peut être confirmé, modifié ou annulé par la Commission dans un délai de soixante douze heures après sa notification aux parties.

2. Toute partie dont les droits sont affectés par un tel ordre de la Commission ou du Président et qui n'aura pas été entendue avant que cet ordre soit émis, peut présenter une requête à la Commission en vue de la modification ou de l'annulation de cet ordre, au moment et dans les conditions qui pourront être prévus par les règles de procédure envisagées à l'Article 14 de la présente Charte.

Article 8

Pour rendre ses décisions, la Commission appliquera les dispositions de la Convention et de la législation rendue applicable par la Convention. Lorsqu'il sera nécessaire de compléter ou d'interpréter ces dispositions, ou en l'absence de dispositions applicables, la Commission appliquera les principes généraux du droit international, de la justice et de l'équité.

TITRE III
Procédure

Article 9

1. Les langues officielles de la Commission sont le français, l'anglais et l'allemand. Toutefois, le Président peut, avec le consentement des parties, décider que seule l'une d'elles ou deux d'entre elles seront employées dans la procédure d'une affaire.

2. Les décisions de la Commission seront rendues dans les trois langues.

Article 10

Les litiges sont portés devant la Commission par une requête écrite contenant un exposé des faits qui

der Tatsachen, die dem Streite zugrunde liegen und Rechtsausführungen des Klägers enthält. Sofern die Kommission nicht anders entscheidet, ist innerhalb eines Monats nach Zustellung der Klageschrift eine Klagebeantwortung einzureichen. Weitere Schriftsätze sind gegebenenfalls gemäß den Verfügungen der Kommission einzureichen.

Artikel 11

(1) Staaten werden als Parteien vor der Kommission durch Prozeßbevollmächtigte vertreten. Sie können Rechtsberater hinzuziehen.

(2) Natürliche Personen können vor der Kommission persönlich erscheinen oder durch einen Rechtsberater vertreten werden, juristische Personen entweder durch ihre gesetzlichen Vertreter oder durch Rechtsberater.

(3) Ist ein Staatsangehöriger oder Einwohner eines Staates Prozeßpartei, so kann ein Bevollmächtigter der Regierung dieses Staates mündlich und schriftlich Rechtsausführungen machen und Anträge stellen.

(4) Die Kommission bestimmt die Voraussetzungen für die Zulassung als Rechtsberater.

(5) Die in diesem Artikel genannten Prozeßbevollmächtigten, Rechtsberater und gesetzlichen Vertreter juristischer Personen genießen Immunität gegen gerichtliche Verfolgung wegen der in Ausübung ihrer Tätigkeit vorgenommenen Handlungen. Eine persönlich erscheinende Privatpartei genießt dieselbe Immunität.

Artikel 12

Die Kommission kann die Vorlegung von Urkunden und sonstigen Beweismitteln verlangen; sie kann Zeugen vorladen und anordnen, daß Gutachten erstattet und Ermittlungen angestellt werden. Zu diesem Zweck kann sie die Gerichte der Unterzeichnerstaaten oder der beigetretenen Staaten um Rechtshilfe ersuchen.

Artikel 13

(1) Die Kommission fällt ihre Entscheidungen in der Form von Urteilen oder Verfügungen; sie entscheidet durch die Mehrheit der anwesenden Mitglieder.

(2) Vorbehaltlich dieses Artikels sowie des Absatzes (2) des Artikels 9 und des Artikels 10 der Satzung des Schiedsgerichtes sind die Endentscheidungen (Urteile und Verfügungen) der Kommission für die Parteien verbindlich und Rechtsmittel dagegen nicht gegeben.

(3) Die Urteile ergehen schriftlich und in öffentlicher Sitzung. Sie enthalten den Tatbestand und die Urteilsgründe.

of the facts giving rise to the dispute and the arguments put forward by the complainant. Unless the Commission decides otherwise, an answer to the complaint shall be filed within one month of the service of the complaint. Further pleadings, if any, shall be filed as the Commission may direct.

Article 11

1. States as parties to the proceedings before the Commission shall be represented by agents. They may be assisted by counsel.

2. Natural persons may appear before the Commission either in person or by counsel, and juristic persons either by authorized representatives or by counsel.

3. Any government agent shall be authorized to present orally and in writing arguments and submissions in cases to which a national or resident of his State is a party.

4. The Commission may prescribe the qualifications which counsel must possess in order to be admitted.

5. The agents, counsel and representatives referred to in this Article shall enjoy immunity from suit in respect of acts performed in the exercise of their duties. Any natural persons appearing in person shall enjoy the same immunity.

Article 12

The Commission shall have power to demand the production of evidence, documentary or other, to require the attendance of witnesses to testify, to request expert opinion, and to direct inquiries to be made. To this end the Commission may request the aid of the courts of any Signatory or acceding State.

Article 13

1. All decisions of the Commission shall be in the form of judgments or orders and shall be by majority vote of the members taking part.

2. Subject only to this Article and to paragraph 2 of Article 9 and Article 10 of the Charter of the Arbitration Tribunal, all final judgments and orders of the Commission shall be binding on all parties and shall not be subject to appeal.

3. All judgments shall be delivered in writing and in open court. They shall include a statement of the facts and the reasons on which they are based.

donnent lieu au litige ainsi que les arguments invoqués par le demandeur. A moins que la Commission n'en décide autrement, le défendeur doit produire son mémoire en réponse dans le mois suivant la notification de la requête. La Commission peut, le cas échéant, inviter les parties à produire des mémoires complémentaires.

Article 11

1. Lorsqu'un État est partie à un différend soumis à la Commission, il est représenté devant elle par un agent. Il peut se faire assister par un conseil.

2. Les personnes physiques peuvent présenter leur cause devant la Commission soit en comparaissant en personne, soit en se faisant représenter par un conseil. Les personnes morales peuvent faire présenter leur cause par des représentants qualifiés ou par un conseil.

3. Tout agent d'un Gouvernement est autorisé à présenter oralement et par écrit les arguments et conclusions en faveur des causes auxquelles un ressortissant ou un résident de son État est partie.

4. La Commission peut prescrire les conditions que le conseil doit remplir pour être admis.

5. Les agents, conseils et représentants visés au présent Article bénéficient de l'immunité de juridiction à raison des actes accomplis dans l'exercice de leurs fonctions. Les personnes physiques qui comparaissent en personne bénéficient d'une immunité analogue.

Article 12

La Commission peut exiger la production de documents et de toutes autres preuves, elle peut faire comparaître des témoins et ordonner des expertises et des enquêtes. A cette fin, la Commission peut demander aux tribunaux de tout État Signataire ou ayant accédé à la présente Charte de lui apporter leur aide.

Article 13

1. Les décisions de la Commission sont rendues sous forme de jugements ou d'ordres et à la majorité des membres présents.

2. Sous la seule réserve des dispositions du présent Article ainsi que du paragraphe 2 de l'Article 9 de la Charte du Tribunal d'Arbitrage, et de l'Article 10 de cette même Charte, tous les jugements et ordres définitifs de la Commission seront obligatoires pour toutes les parties et ne seront pas susceptibles de recours.

3. Les jugements sont rendus par écrit et en audience publique. Ils comprennent un exposé des faits et sont motivés.

(4) Endentscheidungen des Plenums der Kommission sind mit Rechtsmitteln nicht anfechtbar. Die endgültige Entscheidung über eine einer Kammer zugewiesene Angelegenheit muß von der Kommission in Plenarsitzung gefällt werden, wenn die Kammer beschließt, die Angelegenheit an das Plenum zu verweisen, bevor sie selbst eine endgültige Entscheidung gefällt hat.

(5) Wenn die Kammer oder das Plenum es zuläßt, kann gegen Entscheidungen der Kammern aus Rechtsgründen Berufung an das Plenum eingelegt werden. Die Zulassung dieser Berufung muß innerhalb von dreißig Tagen nach Zustellung der schriftlichen Entscheidung an die Partei beantragt werden; die Zulassung wird hinfällig, wenn das Rechtsmittel nicht innerhalb von dreißig Tagen nach Gewährung der Zulassung eingelegt wird.

(6) Eine von einem Mitglied der Kommission als Einzelrichter erlassene Verfügung kann innerhalb von dreißig Tagen nach ihrer Zustellung an die betreffende Partei beim Plenum oder bei der Kammer angefochten werden.

(7) Eine Revision einer Endentscheidung kann bei der Kommission nur auf Grund der Entdeckung einer Tatsache beantragt werden, die geeignet ist, einen entscheidenden Einfluß auf die Entscheidung auszuüben, und die vor Verkündung der Entscheidung sowohl der Kommission als auch der antragstellenden Partei unbekannt war. Die Kommission entscheidet in Plenarsitzung, ob dem Antrage stattzugeben ist.

Artikel 14

(1) Das Verfahren besteht aus einem schriftlichen und einem mündlichen Teil. Auf Antrag beider Parteien kann von dem mündlichen Teil abgesehen werden.

(2) Die Kommission gibt sich eine Verfahrensordnung, die im Einklang mit dieser Satzung steht. Diese Verfahrensordnung soll insbesondere den Erlaß von Versäumnisurteilen vorsehen, wenn eine Partei nicht erscheint oder Schriftsätze einzureichen unterläßt. Sie kann auch die Übertragung besonderer Aufgaben an einzelne Mitglieder der Kommission vorsehen.

Artikel 15

(1) Die Kommission wird eine Gerichtskostenordnung erlassen, die auch Vorschriften über die Bewilligung des Armenrechts für Kläger oder Beklagte enthält.

(2) Im allgemeinen tragen die Parteien ihre Prozeßkosten. Die Kommission kann jedoch in dem Ausnahmefall von mutwilliger oder schikanöser

4. Final decisions of the Commission in plenary session shall not be subject to appeal. The final decision on a case assigned to a Chamber must be taken by the Arbitral Commission in plenary session if the Chamber, before it has pronounced a final decision, decides to refer the case to the plenary session.

5. Decisions of the Chambers may, by leave of the Chamber or the plenary session, be appealed on the law to the plenary session. Leave to appeal shall be sought within thirty days from the time the written decision is served upon the party, and such leave shall lapse if no appeal is lodged within thirty days from the date on which it is granted.

6. An appeal shall always lie to the plenary session or the Chamber from any order made by a member of the Commission sitting singly, within thirty days after service of such order upon the party concerned.

7. The revision of a final decision may not be requested of the Commission except upon the grounds of the discovery of a fact which is of such a nature as to exercise a decisive influence, and of which the Commission and the party requesting revision had been unaware before the pronouncement of the decision. The Commission sitting in plenary session shall decide whether such a revision is warranted.

Article 14

1. The proceedings shall consist of two parts: written and oral. Oral proceedings may be dispensed with if both parties so request.

2. The Commission shall determine rules of procedure consistent with the present Charter. These rules may provide for the rendering of judgments on default if a party fails to appear or to file pleadings. They may also provide for the assignment to any member of the Commission of special duties.

Article 15

1. The Commission may adopt rules of assessment for court costs, including rules enabling persons to sue or be sued *in forma pauperis*.

2. In general, each party to a proceeding shall pay its own costs. However, the Commission may make an order as to the costs of parties in

4. Les décisions définitives prises par la Commission siégeant en assemblée plénière ne sont pas susceptibles de recours. La décision définitive sur une affaire attribuée à une Chambre doit être prise par la Commission siégeant en assemblée plénière si la Chambre, avant de prendre une décision définitive, décide de renvoyer l'affaire devant l'assemblée plénière.

5. Les décisions des Chambres peuvent, sur autorisation de la Chambre intéressée, ou de l'assemblée plénière, faire l'objet d'un appel, sur les questions de droit, devant la Commission siégeant en assemblée plénière. L'autorisation d'appel doit être sollicitée dans les trente jours suivant la date à laquelle la décision est signifiée par écrit à la partie en cause. Cette autorisation deviendra caduque si l'appel n'est pas interjeté dans les trente jours suivant la date d'octroi de l'autorisation.

6. Appel peut dans tous les cas être interjeté devant la Commission siégeant en assemblée plénière, ou devant une Chambre, de toute décision prise par un membre de la Commission siégeant comme juge unique. Cet appel peut être interjeté dans les trente jours suivant la date à laquelle la décision est signifiée à la partie en cause.

7. La révision d'une décision définitive ne peut être demandée à la Commission qu'en raison de la découverte d'un fait de nature à exercer une influence décisive et qui, avant le prononcé de la décision, était inconnu de la Commission et de la partie qui demande la révision. La Commission siégeant en assemblée plénière décide si la révision est justifiée.

Article 14

1. La procédure comprend une phase écrite et une phase orale. La procédure orale peut être supprimée sur demande des deux parties.

2. La Commission arrêtera, dans le cadre de la présente Charte, les règles de sa procédure qui pourront, notamment, prévoir le cas où des jugements seront rendus par défaut, si une partie s'abstient de comparaître ou de produire un mémoire. Cette procédure pourra également prévoir la désignation d'un membre de la Commission qui sera chargé de fonctions spéciales.

Article 15

1. La Commission peut fixer la procédure d'évaluation des frais de justice, y compris une procédure permettant au demandeur ou au défendeur de bénéficier de l'assistance judiciaire.

2. En règle générale, chaque partie à une procédure paiera ses propres frais. Toutefois, la Commission peut, dans des cas exceptionnels, et en in-

Prozeßführung einer Partei die Kosten auferlegen; dies ist in dem Urteil zu begründen.

exceptional cases, recording its reasons as a part of the judgment, where the proceedings have been found to be malicious or vexatious.

corporant les motifs de sa décision dans le jugement, se prononcer sur les dépens, lorsqu'il est reconnu que la procédure était de mauvaise foi ou vexatoire.

ABSCHNITT IV

Verwaltung und Aufwand

Artikel 16

(1) Die Unterzeichnerstaaten und die dieser Satzung beigetretenen Staaten tragen die Kosten für die Gehälter und Vergütungen der von ihnen ernannten Mitglieder.

(2) Die Unterhaltungskosten der Kommission, einschließlich der Gehälter und der Vergütungen für die neutralen Mitglieder, werden zu gleichen Teilen von der Bundesrepublik einerseits und den Drei Mächten andererseits getragen.

(3) Ein ergänzendes Verwaltungsabkommen der Unterzeichnerstaaten regelt die Verwaltung der Kommission, die Unterbringung der Kommission, ihrer Mitglieder und ihres Personals, die Gehälter und Vergütungen für die neutralen Mitglieder, die Anstellung des Personals und dessen Gehälter.

PART IV

Administration and Expenses

Article 16

1. Each of the Signatory States and any State acceding to the present Charter shall bear the full charge by way of salary and allowances of each of the members of the Commission appointed by itself.

2. The operating costs of the Commission (including the salaries and allowances of the neutral members) shall be borne equally by the Three Powers, on the one hand, and the Federal Republic, on the other.

3. The administration of the Commission, the accommodations of the Commission, its members and its staff, the salaries and allowances of the neutral members, staff appointments and staff salaries shall be regulated by a subsidiary administrative agreement between the Signatory States.

TITRE IV

Administration et frais

Article 16

1. Chacun des États Signataires et tout État qui adhère à la présente Charte supportera entièrement la charge des traitements et indemnités de chacun des membres de la Commission qui est nommé par lui.

2. Les frais de fonctionnement de la Commission (y compris les traitements et indemnités des membres neutres) seront supportés à parts égales par les Trois Puissances, d'une part, et par la République Fédérale, d'autre part.

3. Les questions administratives intéressant la Commission, les locaux dont disposeront la Commission, ses membres et son personnel, les traitements et indemnités des membres neutres, ainsi que la nomination du personnel et ses traitements, seront réglées par un accord administratif subsidiaire entre les États Signataires.

ABSCHNITT V

Schlußbestimmungen

Artikel 17

(1) Diese Satzung tritt gleichzeitig mit dem Vertrage in Kraft.

(2) Jeder Staat kann dieser Satzung beitreten, indem er dies auf diplomatischem Wege schriftlich den Unterzeichnerstaaten anzeigt und seine Beitrittserklärung zur Satzung bei der Bundesregierung hinterlegt. Die Satzung ist für die beitretenden Staaten von der Hinterlegung ihrer Beitrittserklärungen an bindend.

(3) Ein Staat, der dieser Satzung beitritt, gilt damit voll als Partei des im Fünften und Zehnten Teil des Vertrages enthaltenen Übereinkommens zwischen den Unterzeichnerstaaten.

(4) Mit seinem Beitritt unterwirft sich der Staat den Entscheidungen des Schiedsgerichtes auf Grund des Absatzes (2) des Artikels 9 der Satzung des Schiedsgerichtes, soweit diese Entscheidungen den Umfang der Zuständigkeit der Kommission betreffen.

PART V

Final Clauses

Article 17

1. The present Charter shall enter into force on the entry into force of the Convention.

2. Any State may accede to the present Charter by written notification addressed to each of the Signatory States through diplomatic channels and by the deposit with the Federal Government of an instrument of accession to the present Charter. The present Charter shall be binding on each acceding State as of the date of deposit of its instrument of accession.

3. Any State which accedes to the present Charter shall be deemed to become thereby a principal party to the agreement between the Signatory States contained in Chapter Five and Chapter Ten of the Convention.

4. Any State acceding to the present Charter agrees to be bound by decisions of the Arbitration Tribunal pursuant to paragraph 2 of Article 9 of its Charter concerning the extent of the jurisdiction of the Commission.

TITRE V

Dispositions finales

Article 17

1. La présente Charte entrera en vigueur à la date d'entrée en vigueur de la Convention.

2. Tout État peut accéder à la présente Charte en notifiant par écrit sa décision à chacun des États Signataires par la voie diplomatique, et en déposant auprès du Gouvernement de la République Fédérale un instrument d'accession à la présente Charte. La présente Charte liera tout État qui y accède à compter de la date de dépôt de l'instrument d'accession.

3. Tout État accédant à la présente Charte sera considéré de ce fait comme partie à l'accord conclu entre les États Signataires contenu dans les Chapitres Cinquième et Dixième de la Convention.

4. Tout État accédant à la présente Charte se reconnait lié par les décisions du Tribunal d'Arbitrage, prises conformément au paragraphe 2 de l'Article 9 de sa Charte, en ce qui concerne l'étendue de la compétence de la Commission.

Anlagen zum Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten mit Zusatzverträgen

Briefe und Briefwechsel

INHALT*)

*) Das Inhaltsverzeichnis ist nicht Bestandteil der am 26. Mai 1952 unterzeichneten Verträge.

D. Briefe und Briefwechsel zum Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen und Erklärung der Drei Mächte zu Artikel 1 des Sechsten Teiles

A

Briefe und Briefwechsel zum Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten

1

Schreiben der drei Hohen Kommissare an den Bundeskanzler vom 26. Mai 1952 betreffend die Ausübung des von den Drei Mächten vorbehaltenen Rechtes in bezug auf Berlin (zu Artikel 2 Absatz 1 (b)).

26 May 1952

His Excellency,
The Chancellor of the Federal
Republic of Germany

Mr. Chancellor,

As we have already advised you during our discussions on the Conventions between the Three Powers and the Federal Republic which have been signed today, the reservation made on 12 May 1949 by the Military Governors concerning Articles 23 and 144 (2) of the Basic Law will, owing to the international situation, be formally maintained by the Three Powers in the exercise of their right relating to Berlin after the entry into force of those Conventions.

The Three Powers wish to state in this connection that they are nonetheless conscious of the necessity for the Federal Republic to furnish aid to Berlin and of the advantages involved in the adoption by Berlin of policies similar to those of the Federation.

For this reason they have decided to exercise their right relating to Berlin in such a way as to facilitate the carrying out by the Federal Republic of its declaration attached to the Convention on Relations between the Three Powers and the Federal Republic and to permit the Federal authorities to ensure representation of Berlin and of the Berlin population outside Berlin.

Similarly, they will have no objections if, in accordance with an appropriate procedure authorized by the Allied Kommandatura, Berlin adopts the same legislation as that of the Federal Republic, in particular regarding currency, credit and foreign exchange, nationality, passports, emigration and immigration, extradition, the unifica-

26 Mai 1952

Son Excellence
Le Chancelier de la
République Fédérale
d'Allemagne

Monsieur le Chancelier Fédéral,

Au cours de nos discussions sur les Conventions entre les Trois Puissances et la République Fédérale, qui ont été signées aujourd'hui, nous avons déjà eu l'occasion de vous aviser qu'en raison de la situation internationale, les Trois Puissances, dans l'exercice de leur droit concernant Berlin, maintiendront formellement, après l'entrée en vigueur de ces Conventions, la réserve formulée le 12 Mai 1952 par les Commandants en Chef au sujet des Articles 23 et 144 (2) de la Loi Fondamentale.

Les Trois Puissances tiennent à déclarer à ce propos qu'elles n'en sont pas moins conscientes de la nécessité, pour la République Fédérale, d'apporter son aide à Berlin et des avantages que peut présenter l'adoption, par Berlin, d'une politique semblable à celle du Bund.

C'est pourquoi elles sont décidées à exercer leur droit concernant Berlin de manière à faciliter l'exécution, par la République Fédérale, de sa déclaration annexée à la Convention sur les Relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale d'Allemagne et à permettre aux autorités fédérales d'assurer la représentation de Berlin et de la population berlinoise à l'extérieur.

Dans le même esprit, elles ne s'opposeront pas à ce que, selon une procédure appropriée autorisée par la Kommandatura Interalliée, Berlin adopte la même législation que celle de la République Fédérale, en particulier en ce qui concerne la monnaie, le crédit et les changes, la nationalité, les passeports, l'émigration et l'immigration,

(Übersetzung)

26. Mai 1952

Seiner Exzellenz
dem Herrn Bundeskanzler
der Bundesrepublik Deutschland

Herr Bundeskanzler,

Wie wir Ihnen im Laufe unserer Erörterungen über die Verträge zwischen den Drei Mächten und der Bundesrepublik, die heute unterzeichnet worden sind, schon angekündigt haben, wird nach Inkrafttreten dieser Verträge der von den Militärgouverneuren hinsichtlich der Artikel 23 und 144 Absatz 2 des Grundgesetzes am 12. Mai 1949 ausgesprochene Vorbehalt von den Drei Mächten in Ausübung ihres Rechtes in bezug auf Berlin mit Rücksicht auf die internationale Lage formell aufrechterhalten werden.

Die Drei Mächte erklären in diesem Zusammenhang, daß sie sich deswegen nicht weniger der für die Bundesrepublik bestehenden Notwendigkeit, Berlin Hilfe zu leisten, und der Vorteile bewußt sind, welche mit der Verfolgung einer der Politik der Bundesrepublik gleichartigen Politik durch Berlin verbunden sind.

Sie haben deshalb beschlossen, ihr Recht in bezug auf Berlin in einer Weise auszuüben, welche der Bundesrepublik die Erfüllung ihrer dem Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten als Anhang beigefügten Erklärung erleichtert und den Bundesbehörden gestattet, die Vertretung Berlins und der Berliner Bevölkerung nach außen sicherzustellen.

Gleichermaßen werden sie keine Einwände dagegen erheben, daß Berlin gemäß einem angemessenen, von der Alliierten Kommandatura zugelassenen Verfahren die Gesetzgebung der Bundesrepublik übernimmt, insbesondere die Gesetzgebung über Währung, Kredit und Devisen, Staatsangehörigkeit, Paßwesen, Ein- und

tion of the customs and trade area, trade and navigation agreements, freedom of movement of goods, and foreign trade and payments arrangements.

In view of the declaration of the Federal Republic concerning material aid to Berlin and the charge on the Federal budget of the occupation costs of the Three Powers in Berlin in accordance with the provisions of existing legislation, the Three Powers will be prepared to consult with the Federal Government prior to their establishment of their Berlin occupation cost budgets. It is their intention to fix such costs at the lowest level consistent with maintaining the security of Berlin and of the Allied Forces located there.

For the Government of the United States of America

John J. McCloy

U.S. High Commissioner for Germany

For the Government of the Republic of France

André François-Poncet

French High Commissioner for Germany

For the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland

Ivone Kirkpatrick

U.K. High Commissioner for Germany

l'extradition, l'unité du territoire douanier et commercial, les traités de commerce et de navigation, la liberté de circulation des marchandises et les accords en matière de commerce extérieur et de paiement.

En raison de la déclaration de la République Fédérale concernant l'aide matérielle à Berlin et l'imputation sur le budget fédéral des frais d'occupation des Trois Puissances à Berlin, conformément aux dispositions de la législation en vigueur, les Trois Puissances sont prêtes à consulter le Gouvernement Fédéral avant d'établir leur budget des frais d'occupation à Berlin. Il est dans leurs intentions de maintenir ces frais au niveau minimum compatible avec le maintien de la sécurité de Berlin et des Forces alliées stationnées dans cette ville.

Pour le Gouvernement de la République Française

André François-Poncet

Haut Commissaire de la République Française en Allemagne

Pour le Gouvernement des États-Unis d'Amérique

John J. McCloy

Haut Commissaire Américain en Allemagne

Pour le Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord

Ivone Kirkpatrick

Haut Commissaire Britannique en Allemagne

Auswanderung, Auslieferung, Einheit des Zoll- und Handelsgebietes, Handels- und Schiffahrtsverträge, Freizügigkeit des Warenverkehrs und Außenhandels- und Zahlungsabkommen.

Im Hinblick auf die Erklärung der Bundesrepublik, betreffend Hilfeleistungen für Berlin und die Belastung des Bundeshaushalts durch die Besatzungskosten der Drei Mächte in Berlin gemäß den geltenden gesetzlichen Vorschriften, sind die Drei Mächte bereit, die Bundesregierung vor der Festsetzung ihrer Berliner Besatzungskostenhaushalte zu konsultieren. Es ist ihre Absicht, diese Kosten auf der niedrigsten Grundlage festzusetzen, die mit der Aufrechterhaltung der Sicherheit Berlins und der dort stationierten alliierten Streitkräfte vereinbar ist.

Für die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika

John J. McCloy

Hoher Kommissar der Vereinigten Staaten von Amerika in Deutschland

Für die Regierung der Republik Frankreich

André François-Poncet

Hoher Kommissar der Republik Frankreich in Deutschland

Für die Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland

Ivone Kirkpatrick

Hoher Kommissar des Vereinigten Königreichs in Deutschland

2

Schreiben der drei Hohen Kommissare an den Bundeskanzler vom 26. Mai 1952 betreffend die Ausübung des von den Drei Mächten vorbehaltenen Rechtes in bezug auf Deutschland als Ganzes (zu Artikel 2 Absatz 1 (c)).

26 May 1952

His Excellency,
The Chancellor of the
Federal Republic of Germany

Mr. Chancellor,

In the course of our recent conversations you asked us to confirm that the right relating to Germany as a whole reserved by the Three Powers in sub-paragraph (c) of paragraph 1 of Article 2 of the Convention on Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Germany, cannot be interpreted as permitting them to affect adversely the relations established between themselves and the Federal Republic by the Conventions signed today.

We have the honour to inform you that our Governments do not interpret the right in question as permitting the Three Powers to derogate from their undertakings to the Federal Republic in the Conventions signed today.

For the Government of the United States of America
John J. McCloy
U.S.High Commissioner for Germany

For the Government of the Republic of France
André François-Poncet
French High Commissioner for Germany

For the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland
Ivone Kirkpatrick
U.K. High Commissioner for Germany

26 Mai 1952

Son Excellence
Le Chancelier de la
République Fédérale
d'Allemagne

Monsieur le Chancelier Fédéral,

Au cours de nos récents entretiens, vous nous avez demandé de vous confirmer que le droit concernant l'Allemagne dans son ensemble, que les Trois Puissances se sont réservé à l'Article 2, paragraphe 1 (c) de la Convention sur les Relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale d'Allemagne, ne pouvait être interprété comme permettant aux Trois Puissances de mettre en cause les relations établies entre elles et la République Fédérale, par les Conventions signées ce jour.

Nous avons l'honneur de vous faire savoir que nous n'interprétons pas le droit en question comme permettant aux Trois Puissances de déroger aux engagements pris à l'égard de la République Fédérale, dans les Conventions signées ce jour.

Pour le Gouvernement de la République Française
André François-Poncet
Haut Commissaire de la République Française en Allemagne

Pour le Gouvernement des États-Unis d'Amérique
John J. McCloy
Haut Commissaire Américain en Allemagne

Pour le Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord
Ivone Kirkpatrick
Haut Commissaire Britannique en Allemagne

(Übersetzung)

26. Mai 1952

Seine Exzellenz
dem Herrn Bundeskanzler
der Bundesrepublik Deutschland

Herr Bundeskanzler,

Im Verlauf unserer kürzlichen Besprechungen baten Sie uns um Bestätigung, daß das Recht in bezug auf Deutschland als Ganzes, das sich die Drei Mächte in Absatz 1 (c) des Artikels 2 des Vertrages über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten vorbehalten haben, nicht dahin ausgelegt werden kann, daß ihnen hierdurch gestattet wird, die zwischen ihnen und der Bundesrepublik durch die heute unterzeichneten Verträge hergestellten Beziehungen nachteilig zu beeinflussen.

Wir beehren uns, Ihnen mitzuteilen, daß unsere Regierungen das in Frage stehende Recht nicht dahingehend auslegen, als erlaube es den Drei Mächten von ihren der Bundesrepublik in den heute unterzeichneten Verträgen gegenüber eingegangenen Verpflichtungen abzuweichen.

Für die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika
John J. McCloy
Hoher Kommissar der Vereinigten Staaten von Amerika in Deutschland

Für die Regierung der Republik Frankreich
André François-Poncet
Hoher Kommissar der Republik Frankreich in Deutschland

Für die Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland
Ivone Kirkpatrick
Hoher Kommissar des Vereinigten Königreichs in Deutschland

3

Schreiben der drei Außenminister an den Bundeskanzler vom 26. Mai 1952 betreffend die Möglichkeit, gewisse Bestimmungen der Verträge vor dem Inkrafttreten dieser Verträge vorzeitig in Wirksamkeit zu setzen (zu Artikel 11 Absatz 2).

26 May 1952

His Excellency,
The Chancellor of the Federal Republic of Germany

Mr. Chancellor,

During the discussions on the Conventions which have been signed today, you have raised the question whether certain provisions of these Conventions might be put into effect before the time provided for in the Conventions themselves.

We wish to inform you that when the Conventions have been ratified by all the parties to them our Governments will be prepared if there is any undue delay on the part of other powers in ratifying the Treaty on the Establishment of the European Defence Community to hold a meeting with the Federal Government to consider the situation, and to determine whether arrangements may be made to put certain provisions contained in the Conventions into effect prior to the entry into force of the Conventions.

Dean Acheson
Secretary of State United States of America

Robert Schuman
Foreign Minister of the Republic of France

Anthony Eden
Her Britannic Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs

26 Mai 1952

Son Excellence
Le Chancelier de la République Fédérale d'Allemagne

Monsieur le Chancelier Fédéral,

Au cours de la négociation des Conventions que nous avons signées ce jour, vous avez demandé si certaines dispositions de ces Conventions pourraient entrer en vigueur avant la date prévue pour les Conventions elles-mêmes.

Nous désirons porter à votre connaissance que, lorsque les Conventions auront été ratifiées par toutes les parties signataires, nos Gouvernements seront prêts, si un délai injustifié survenait de la part d'autres Puissances pour la ratification du Traité instituant la Communauté Européenne de Défense, à tenir une réunion avec le Gouvernement Fédéral en vue d'examiner la situation et de déterminer si des arrangements pourraient intervenir pour donner effet à certaines dispositions des Conventions avant l'entrée en vigueur de celles-ci.

Robert Schuman
Ministre des Affaires Étrangères de la République Française

Dean Acheson
Secrétaire d'État des États-Unis d'Amérique

Anthony Eden
Secrétaire d'État Principal pour les Affaires Étrangères de Sa Majesté Britannique

(Übersetzung)

26. Mai 1952

Seiner Exzellenz
dem Herrn Bundeskanzler
der Bundesrepublik Deutschland

Herr Bundeskanzler,

Im Laufe der Besprechungen über die heute unterzeichneten Verträge stellten Sie die Frage, ob gewisse Bestimmungen dieser Verträge vor dem Zeitpunkt, der in den Verträgen selbst vorgesehen ist, in Kraft gesetzt werden könnten.

Wir möchten Ihnen mitteilen, daß, falls nach der Ratifizierung der Verträge durch alle Signatarstaaten, die Ratifizierung des Vertrages über die Errichtung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft seitens anderer Mächte ungebührlich verzögert wird, unsere Regierungen bereit sein werden, mit der Bundesregierung Besprechungen abzuhalten, um die Lage zu prüfen, und um festzustellen, ob Vereinbarungen getroffen werden sollen, um gewisse Bestimmungen der Verträge vor dem Inkrafttreten dieser Verträge in Wirksamkeit zu setzen.

Dean Acheson
Minister des Auswärtigen der Vereinigten Staaten von Amerika

Robert Schuman
Außenminister der Republik Frankreich

Anthony Eden
Ihrer Britischen Majestät Minister des Auswärtigen

B

Briefe und Briefwechsel zum Vertrag über die Rechte und Pflichten ausländischer Streitkräfte und ihrer Mitglieder in der Bundesrepublik Deutschland

4

Schreiben des Hohen Kommissars der Vereinigten Staaten an den Bundesminister der Finanzen [vom 26. Mai 1952] betreffend die Rechte der für die Streitkräfte arbeitenden Banken und ihrer Bediensteten (zu Artikel 36 Absatz 2 und 3 des Truppenvertrages).

Office of the United States
High Commissioner for Germany
Bad Godesberg
Mehlemer Aue

*)

Mr. Fritz Schaeffer
Minister for Finance for the
Federal Republic of Germany
118 Rheindorfer Strasse
Bonn

Dear Minister Schaeffer,

Concerning the privileges to be extended to the banks which serve the Forces under paragraph 2 (a) of Article 36 of the "Convention Concerning the Rights and Obligations of Foreign Forces and their Members in the Federal Republic of Germany":

The privileges to be extended to these banks as organizations will be limited to those set forth in paragraph 5 of Article 36 of the Convention except that the banks will also be assimilated to the Forces with respect to income profits and property taxes as set forth in Article 4 of the Special Agreement referred to in Article 33 of this Convention.

So far as employees of the banks are concerned they will only be assimilated to members of the Forces to this extent:

(a) retaining criminal jurisdiction over them in respect to crimes against the United States or United States property arising out of their duties with the banks;

(b) the provision of accommodation where private rental is not practicable (the cost of which otherwise comes from the United States Treasury);

(c) the privilege to possess and use scrip; and

(d) enjoyment of the tax exemptions granted members of the Forces, so far as the employees perform functions which otherwise would be performed by military fiscal agents of the United States.

Please accept, Sir, the renewed assurance of my high esteem

John J. McCloy

United States High Commissioner for Germany

(Übersetzung)

Amt des Hohen Kommissars
der Vereinigten Staaten für Deutschland
Bad Godesberg
Mehlemer Aue

*)

Herrn Fritz Schäffer
Finanzminister der Bundesrepublik
Deutschland
Bonn
Rheindorfer Str. 118

Sehr geehrter Herr Minister Schäffer,

Hinsichtlich der Rechte, die den Banken eingeräumt werden sollen, welche im Rahmen des Absatzes 2 (a) des Artikels 36 des „Vertrages über die Rechte und Pflichten ausländischer Streitkräfte und ihrer Mitglieder in der Bundesrepublik Deutschland" für die Streitkräfte arbeiten, möchte ich folgendes ausführen:

Die Vorrechte, die diesen Banken als Unternehmen eingeräumt werden sollen, werden auf diejenigen beschränkt bleiben, die in Absatz 5 des Artikels 36 des Vertrages aufgeführt sind; jedoch werden die Banken den Streitkräften auch hinsichtlich der in Artikel 4 des in Artikel 33 dieses Vertrages erwähnten Sonderabkommens aufgeführten Steuern auf Einkommen, auf Gewinn und auf Vermögen gleichgestellt.

Was die Bediensteten der Banken anbelangt, so werden sie den Mitgliedern der Streitkräfte nur in folgendem Umfange gleichgestellt:

(a) Aufrechterhaltung der Strafgerichtsbarkeit über diese Bediensteten in bezug auf strafbare Handlungen gegen die Vereinigten Staaten oder auf strafbare Handlungen, deren Gegenstand amerikanisches Eigentum ist, soweit es sich um Handlungen im Rahmen ihrer dienstlichen Tätigkeit bei den Banken handelt.

(b) Bereitstellung von Unterkunft (Liegenschaften) in Fällen, in denen der Abschluß eines privaten Mietvertrages nicht durchführbar ist (dessen Kosten sonst vom amerikanischen Schatzamt bestritten würden);

(c) das Recht, Militärzahlungsmittel zu besitzen und zu verwenden;

(d) Genuß der den Mitgliedern der Streitkräfte eingeräumten Steuerbefreiungen, soweit die Bediensteten Aufgaben erfüllen, die sonst von militärischen Zahlmeistern der Vereinigten Staaten erfüllt würden.

Gestatten Sie, Herr Minister, die erneute Versicherung meiner Hochachtung.

John J. McCloy

Hoher Kommissar der Vereinigten Staaten für Deutschland

---

*) Das Original des Schreibens trägt irrtümlicherweise kein Datum; das Schreiben ist am 26. Mai 1952 abgesandt worden und am gleichen Tage eingegangen.

C

Briefe und Briefwechsel zum Finanzvertrag

5a

Schreiben des Hohen Kommissars der Vereinigten Staaten in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Rates der Alliierten Hohen Kommission an den Bundeskanzler vom 26. Mai 1952 — AGSEC (52) 487 — betreffend Artikel 4 Absatz 3 und 5 des Finanzvertrages.

Allied High Commission for Germany
The Council

Bonn-Petersberg
26 May 1952 AGSEC (52) 487

His Excellency
The Chancellor of the
Federal Republic of Germany,
Palais Schaumburg,
141 Koblenzer Strasse

Bonn

Mr. Chancellor,

I refer to the provisions of paragraphs 3 and 5 of Article 4 of the Finance Convention and to say that the three High Commissioners consider it desirable to state that their understanding of these provisions is as follows:

> Amounts due under payment documents issued before the entry into force of the Finance Convention will not be charged to the amounts specified in paragraph 3 of Article 4 of the Convention unless at the date of its entry into force the goods or services covered by such payment documents have not actually been delivered or rendered.

In this connection the three High Commissioners wish to reaffirm the statement made in their letter of 10 May 1952 (AGSEC (52) 430) with regard to anticipatory payments made prior to 31 March 1952, which statement conforms to the principle of the understanding stated above.

I shall be glad if you will confirm this understanding.

I beg Your Excellency to accept the renewed assurance of my highest consideration.

John J. McCloy
Chairman

5b

Schreiben des Bundeskanzlers an den Vorsitzenden des Rates der Alliierten Hohen Kommission vom 26. Mai 1952 betreffend die Bestätigung des Schreibens Nr. 5a.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler

Bonn, den 26. Mai 1952

An
den Vorsitzenden des Rates
der Alliierten Hohen Kommission
für Deutschland
Seiner Exzellenz Herrn John J. McCloy

Mehlem

Herr Hoher Kommissar,

Ich beehre mich, Ihnen den Empfang Ihres Schreibens vom 26. Mai 1952 — AGSEC (52) 487 — zu bestätigen, das folgenden Wortlaut hat:

„Ich beziehe mich auf die Vorschriften der Ziffern 3 und 5 des Artikels 4 des Finanzvertrages und bemerke, daß die Drei Hohen Kommissare es für wünschenswert halten, festzustellen, daß sie diese Vorschriften wie folgt auffassen:

> Beträge die auf Grund von Zahlungsdokumenten zu zahlen sind, die vor dem Inkrafttreten des Finanzvertrages ausgestellt werden, gehen nicht zu Lasten der in der Ziffer 3 des Artikels 4 des Vertrages genannten Beträge, es sei denn, daß die Leistungen, auf die sich diese Zahlungsdokumente beziehen, zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Vertrages noch nicht tatsächlich bewirkt worden sind.

Die Drei Hohen Kommissare möchten in diesem Zusammenhang erneut die in ihrem Schreiben vom 10. Mai 1952 (AGSEC (52) 430) über die vor dem 31. März 1952 geleisteten Vorauszahlungen abgegebene Erklärung bestätigen, die dem Grundsatz der oben dargelegten Auffassung entspricht.

Ich bitte Sie, diese Auffassung Ihrerseits zu bestätigen."

Ich benutze auch diesen Anlaß, um Ihnen, Herr Hoher Kommissar, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

Adenauer

6a

Schreiben des Hohen Kommissars der Vereinigten Staaten in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Rates der Alliierten Hohen Kommission an den Bundeskanzler vom 26. Mai 1952 — AGSEC (52) 485 — betreffend Artikel 6 Absatz 2 des Finanzvertrages.

Allied High Commission for Germany
The Council

Bonn-Petersberg
26 May 1952 AGSEC (52) 485

His Excellency
The Chancellor of the
Federal Republic of Germany
Palais Schaumburg
141 Koblenzer Straße
Bonn

Mr. Chancellor,

I refer to paragraph 2 of Article 6 of the Finance Convention which provides that the appropriate German authorities shall, after presentation to them of a payment authorization issued by the Forces, effect the payment in the amount shown in the payment authorization. It is agreed to be in the interest of all concerned that payment shall be made as early as possible.

Accordingly, I understand it has been agreed that the appropriate German authorities will deal with such payments as follows:

1. Except as provided in paragraph 3, payment shall be made within fifteen days after presentation of the payment authorization.
2. Payment of wages and salaries shall be effected within one week after presentation of the payment authorization.
3. In exceptional cases the payment period referred to in paragraph 1 may be exceeded if the appropriate authorities of the Forces do not object. The German authorities will give prior notice to the authorities of the Forces of the necessity for such an extension of the period and the reasons therefor.

I would appreciate your confirmation of this understanding.

I beg Your Excellency to accept the renewed assurance of my highest consideration.

John J. McCloy
Chairman

(Übersetzung)

Alliierte Hohe Kommission für Deutschland
Der Rat

Bonn-Petersberg
26. Mai 1952 AGSEC (52) 485

Seiner Exzellenz
dem Herrn Bundeskanzler der
Bundesrepublik Deutschland
Bonn
Koblenzer Straße 14
Palais Schaumburg

Herr Bundeskanzler,

Ich beziehe mich auf Artikel 6 Ziffer 2 des Finanzvertrages, in dem vorgesehen ist, daß die zuständigen deutschen Behörden nach Vorlage einer von den Streitkräften ausgestellten Zahlungsermächtigung die Zahlung in Höhe des in der Zahlungsermächtigung ausgewiesenen Betrages vornehmen. Es besteht Einverständnis darüber, daß es im Interesse aller Beteiligten liegt, daß die Zahlung so beschleunigt wie möglich geleistet wird.

Ich gehe daher davon aus, daß Einverständnis darüber besteht, daß die zuständigen deutschen Behörden bei der Abwicklung dieser Zahlungen wie folgt verfahren werden:

1. Vorbehaltlich der Ziffer 3 ist die Zahlung innerhalb von 15 Tagen nach Vorlage der Zahlungsermächtigung zu leisten.
2. Lohn- und Gehaltszahlungen sind innerhalb einer Woche nach Vorlage der Zahlungsermächtigung zu leisten.
3. In Ausnahmefällen kann die in Ziffer 1 vorgesehene Zahlungsfrist überschritten werden, wenn die zuständigen Behörden der Streitkräfte nicht widersprechen. Die deutschen Behörden werden den Behörden der Streitkräfte von der Notwendigkeit einer solchen Fristüberschreitung unter Angabe der Gründe vorher Kenntnis geben.

Ich bitte, mir Ihr Einverständnis mit dem Inhalt dieses Schreibens zu bestätigen.

Genehmigen Sie, Exzellenz, die erneute Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

John J. McCloy
Vorsitzender

6b

Schreiben des Bundeskanzlers an den Vorsitzenden des Rates der Alliierten Hohen Kommission vom 26. Mai 1952 betreffend die Bestätigung des Schreibens Nr. 6a.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler

Bonn, den 26 Mai 1952

An
den Vorsitzenden des Rates
der Alliierten Hohen Kommission
für Deutschland
Seiner Exzellenz Herrn John J. McCloy
Mehlem

Herr Hoher Kommissar,

Ich beehre mich, Ihnen den Empfang Ihres Schreibens vom heutigen Tage zu bestätigen, in dem Sie sich auf Artikel 6 Ziffer 2 des Finanzvertrages beziehen. Mit dem Inhalt Ihres Schreibens erkläre ich mich einverstanden.

Ich benutze auch diesen Anlaß, um Ihnen, Herr Hoher Kommissar, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu erneuern.

Adenauer

7a

Schreiben des Hohen Kommissars der Vereinigten Staaten in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Rates der Alliierten Hohen Kommission an den Bundeskanzler vom 26. Mai 1952 — AGSEC (52) 486 — betreffend Artikel 10 Absatz 1 des Finanzvertrages.

Allied High Commission for Germany
The Council

Bonn-Petersberg

26 May 1952 AGSEC (52) 486

His Excellency,
The Chancellor of the
Federal Republic of Germany,
Palais Schaumburg,
141 Koblenzer Straße,
Bonn

Mr. Chancellor,

I refer to paragraph 1 of Article 10 of the Finance Convention which provides that payments by the Federal Republic in satisfaction of any claims referred to in Article 3 of Chapter Nine of the Convention on the Settlement of Matters arising out of the War and the Occupation may be charged to the funds for the support of the Forces only to the extent agreed between the Federal Republic and the Powers concerned.

I wish to say that the Three Powers agree that payments made by the Federal Republic, in accordance with paragraph 3 of Article 3 of Chapter Nine of the Convention on the Settlement of Matters arising out of the War and the Occupation, upon claims under Allied High Commission Law No. 47 for occupation damage suffered within three months before the date of entry into force of the Finance Convention, may be charged to the funds for the support of the Forces in accordance with Article 6 of the Finance Convention.

Furthermore, in accordance with our understanding of 21 May 1952, I wish to say that the Three Powers agree to charge to the funds for the support of the Forces any amounts expended as occupation costs and mandatory expenditures against payment documents issued by the Occupation Forces and Authorities between 1 April 1952 and 1 November 1952, to the extent that such amounts exceed a monthly average of DM 600 millions.

The agreements expressed above are based upon the assumption that the Finance Convention will not enter into force before 1 November 1952, and it is agreed that, if the Convention should enter into force before that date, it will be necessary to reconsider both of the above agreements.

(Übersetzung)

Alliierte Hohe Kommission für Deutschland
Der Rat

Bonn-Petersberg

26. Mai 1952 AGSEC (52) 486

Seiner Exzellenz
dem Herrn Bundeskanzler der
Bundesrepublik Deutschland
Bonn
Koblenzer Straße 141
Palais Schaumburg

Herr Bundeskanzler,

Ich nehme Bezug auf Artikel 10 Absatz 1 des Finanzvertrages, der vorsieht, daß Zahlungen der Bundesrepublik zur Abgeltung der in Artikel 3 des Neunten Teiles des Vertrages zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen genannten Schadensersatzansprüche nur in dem zwischen der Bundesrepublik und den beteiligten Mächten vereinbarten Umfang zu Lasten der Mittel für den Unterhalt der Streitkräfte gehen.

Ich darf bemerken, daß die Drei Mächte damit einverstanden sind, daß Zahlungen, die die Bundesrepublik gemäß Artikel 3 Absatz 3 des Neunten Teiles des Vertrages zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen zur Abgeltung von Ansprüchen auf Grund des Gesetzes Nr. 47 der Alliierten Hohen Kommission wegen solcher Besatzungsschäden leistet, die innerhalb der letzten drei Monate vor dem Inkrafttreten des Finanzvertrages entstehen, zu Lasten der Mittel für den Unterhalt der Streitkräfte nach Maßgabe des Artikels 6 des Finanzvertrages gehen.

Ich darf weiterhin gemäß unserer Absprache vom 21. Mai 1952 bemerken, daß die Drei Mächte damit einverstanden sind, daß Beträge, die als Besatzungskosten und Auftragsausgaben gegen zwischen dem 1. April 1952 und dem 1. November 1952 von den Streitkräften und Behörden der Besatzungsmächte ausgestellte Zahlungsdokumente verausgabt werden, zu Lasten der Mittel für den Unterhalt der Streitkräfte gehen, soweit diese Beträge einen monatlichen Durchschnitt von 600 Millionen DM übersteigen.

Die oben wiedergegebenen Abmachungen sind unter der Voraussetzung getroffen, daß der Finanzvertrag nicht vor dem 1. November 1952 in Kraft treten wird, und es besteht Einigkeit darüber, daß, falls der Vertrag vor diesem Termin in Kraft treten sollte, über die beiden oben wiedergegebenen Abmachungen neu verhandelt werden muß.

I would appreciate your confirmation of the above agreement.

I beg Your Excellency to accept the renewed assurance of my highest consideration.

John J. McCloy
Chairman

Ich bitte, mir Ihr Einverständnis mit dieser Abmachung zu bestätigen.

Genehmigen Sie, Exzellenz, die erneute Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

John J. McCloy
Vorsitzender

7b

Schreiben des Bundeskanzlers an den Vorsitzenden des Rates der Alliierten Hohen Kommission vom 26. Mai 1952 betreffend die Bestätigung des Schreibens Nr. 7 a.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler

Bonn, den 26. Mai 1952

An
den Vorsitzenden des Rates
der Alliierten Hohen Kommission
für Deutschland
Seiner Exzellenz Herrn John J. McCloy
Mehlem

Herr Hoher Kommissar,

Ich beehre mich, den Empfang Ihres Briefes vom heutigen Tage betreffend Schadensersatzansprüche wegen Besatzungsschäden zu bestätigen und Ihnen mitzuteilen, daß ich mich mit seinem Inhalt einverstanden erkläre.

Ich benutze auch diesen Anlaß, um Ihnen, Herr Hoher Kommissar, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu erneuern.

Adenauer

D

Briefe und Briefwechsel zum Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen und Erklärung der Drei Mächte zu Artikel 1 des Sechsten Teiles

I

Zum Ersten Teil (Allgemeine Bestimmungen)

8a

Schreiben der drei Außenminister an den Bundeskanzler vom 26. Mai 1952 betreffend die Aufrechterhaltung gewisser Kontrollratsvorschriften (zu Artikel 1 Absatz 2).

26 May 1952

His Excellency,
The Chancellor of the
Federal Republic of Germany

Mr. Chancellor,

The Three Powers advise you that, in the exercise of their rights relating to Berlin and to Germany as a whole, including the unification of Germany and a peace settlement, referred to in Article 2 of the Convention on Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Germany, they will require that the following legislation of the Control Council be not deprived of effect in the Federal territory by the Federal Republic: Proclamation No. 1 and Directives Nos. 1, 2, 4—7, 11—13, 17, 20, 21, 34, 36, 42, 43, 49, 51 and 53.

Nothing in this letter is intended to or shall be construed as modifying in any way the new relations between the Three Powers and the Federal Republic established by the Convention on Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Germany and the related Conventions.

Dean Acheson
Secretary of State United States of America

Robert Schuman
Foreign Minister of the Republic of France

Anthony Eden
Her Britannic Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs

26 Mai 1952

Son Excellence
Le Chancelier de la
République Fédérale d'Allemagne

Monsieur le Chancelier Fédéral,

Les Trois Puissances vous font savoir qu'elles doivent exiger, dans l'exercice de leurs droits en ce qui concerne Berlin et l'Allemagne dans son ensemble, y compris l'unification de l'Allemagne et un règlement de paix, visés à l'Article 2 de la Convention sur les Relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale, que la législation suivante du Conseil de Contrôle ne soit pas privée d'effet sur le territoire fédéral par la République Fédérale: Proclamation N° 1, Directives Nos 1, 2, 4—7, 11—13, 17, 20, 21, 34, 36, 42, 43, 49, 51 et 53.

Cette lettre n'a pas pour but et ne saurait être interprétée comme ayant pour objet d'affecter en aucune façon les nouvelles relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale, établies par la Convention sur les Relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale d'Allemagne et les Conventions rattachées.

Robert Schuman
Ministre des Affaires Étrangères de la République Française

Dean Acheson
Secrétaire d'État des États-Unis d'Amérique

Anthony Eden
Secrétaire d'État Principal pour les Affaires Étrangères de Sa Majesté Britannique

(Übersetzung)
26. Mai 1952

Seiner Exzellenz
dem Herrn Bundeskanzler
der Bundesrepublik Deutschland

Herr Bundeskanzler,

Die Drei Mächte teilen Ihnen mit, daß sie in Ausübung ihrer in Artikel 2 des Vertrages über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten genannten Rechte in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands und einer friedensvertraglichen Regelung darum ersuchen, daß die folgenden Rechtsvorschriften des Kontrollrates durch die Bundesrepublik im Bundesgebiet nicht außer Kraft gesetzt werden: Proklamation Nr. 1 und Direktiven Nr. 1, 2, 4 bis 7, 11 bis 13, 17, 20, 21, 34, 36, 42, 43, 49, 51 und 53.

Nichts in diesem Schreiben verfolgt den Zweck oder darf so ausgelegt werden, daß es in irgendeiner Weise die neuen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten abändert, wie sie durch den Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten und die Zusatzverträge geschaffen werden.

Dean Acheson
Minister des Auswärtigen der Vereinigten Staaten von Amerika

Robert Schuman
Außenminister der Republik Frankreich

Anthony Eden
Ihrer Britischen Majestät Minister des Auswärtigen

8 b

Gleichlautende Schreiben des Bundeskanzlers an jeden der drei Außenminister vom 26. Mai 1952 betreffend die Bestätigung des Schreibens Nr. 8 a.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler

Bonn, den 26. Mai 1952

Seiner Exzellenz dem Minister des Auswärtigen
der Vereinigten Staaten von Amerika Herrn Dean Acheson

Herr Minister,

Ich bestätige den Empfang Ihres Schreibens vom 26. Mai 1952. Die Bundesregierung nimmt zur Kenntnis, daß nach Auffassung der Drei Mächte die Aufrechterhaltung der in jenem Schreiben aufgeführten Kontrollratsvorschriften im Zusammenhang mit ihren Rechten betreffend Berlin und Deutschland als Ganzes notwendig ist. Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß diese Vorschriften größtenteils Bestimmungen über das interne Verfahren des Kontrollrats darstellen, die nicht der deutschen Gesetzgebungshoheit unterliegen können und denen daher durch deutsche gesetzgebende Organe die Wirksamkeit nicht entzogen werden kann. Die Bundesregierung erkennt an, daß der Rest dieser Vorschriften, die sich auf den Interzonenverkehr beziehen, unter die Rechte der Drei Mächte betreffend Berlin und Deutschland als Ganzes fällt.

Ich benutze diesen Anlaß, um Sie, Herr Minister, meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.

Adenauer

Gleichlautende Schreiben sind an die Außenminister des Vereinigten Königreiches und der Französischen Republik, Herrn Anthony Eden und Herrn Robert Schuman gerichtet worden.

9

Schreiben des Hohen Kommissars der Vereinigten Staaten in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Rates der Alliierten Hohen Kommission vom 23. Mai 1952 — AGSEC (52) 476 — betreffend die Außerwirksamkeitsetzung gewisser Kontrollratsvorschriften (zu Artikel 1 Absatz 2 des Ersten Teiles des Vertrages zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen).

Allied High Commission for Germany
The Council
Bonn-Petersberg

23 May 1952 AGSEC (52) 476

His Excellency,
The Chancellor of the
Federal Republic of Germany

Mr. Chancellor:

In the course of negotiation of the Convention on the Settlement of Matters Arising out of the War and the Occupation, the Federal Government has requested the Allied High Commission to deprive of effect in the territory of the Federal Republic certain legislation of the Control Council. I have the honor to inform you that the Council of the Allied High Commission, after consideration of this request, has decided that il will deprive of effect in the Federal territory, with effect from the date of coming into force of the Convention on Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Germany and the Related Conventions, the following legislation of the Control Council: Proclamation No. 2, Law No. 23, Law No 25, and Articles III, IV and V of Law No. 10.

I beg Your Excellency to accept the renewed assurance of my highest consideration.

John J. McCloy
Chairman

(Übersetzung)

Alliierte Hohe Kommission für Deutschland
Der Rat
Bonn-Petersberg

23. Mai 1952 AGSEC (52) 476

Seiner Exzellenz
dem Herrn Bundeskanzler
der Bundesrepublik Deutschland

Herr Bundeskanzler,

Im Laufe der Besprechungen über den Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen hat die Bundesregierung die Alliierte Hohe Kommission ersucht, bestimmte Gesetze des Kontrollrats im Gebiet der Bundesrepublik außer Wirksamkeit zu setzen. Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß der Rat der Alliierten Hohen Kommission nach Prüfung dieses Ersuchens beschlossen hat, vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des Vertrages über die Beziehungen zwischen den Drei Mächten und der Bundesrepublik Deutschland und der Zusatzverträge an im Gebiet der Bundesrepublik folgende Kontrollratsgesetzgebung außer Wirksamkeit zu setzen: Proklamation Nr. 2 Gesetz Nr. 23, Gesetz Nr. 25 und die Artikel III, IV und V vom Gesetz Nr. 10.

Genehmigen Sie, Herr Bundeskanzler, den erneuten Ausdruck meiner vorzüglichsten Hochachtung.

John J. McCloy
Vorsitzender

10a

Schreiben der drei Hohen Kommissare an den Bundeskanzler vom 26. Mai 1952 betreffend die in Artikel 2 Absatz 2 des Ersten Teiles des Vertrages zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen genannten Verträge.

26 May 1952

His Excellency,
The Chancellor of the Federal Republic of Germany

Mr. Chancellor,

In the Convention on the Settlement of Matters Arising Out of the War and the Occupation, a provision is included in paragraph 2 of Article 2, Chapter One, to the effect that all rights and obligations arising under certain treaties and international agreements concluded on behalf of one or more of the three Western Zones of Occupation by the Occupation authorities, or by one or more of the Governments of the Three Powers, are and shall remain valid as though they had arisen under effective treaties and international agreements concluded by the Federal Republic. The provision in question makes reference to a list of such treaties and international agreements to be transmitted to you with a communication from the High Commissioners on behalf of their Governments.

This letter and the list enclosed with it (which has been agreed upon by your representatives and the representatives of the Three Powers) are intended to be the communication and list referred to in the above-mentioned provision of the Convention on the Settlement of Matters Arising Out of the War and the Occupation. We should be grateful if you would confirm your acceptance of this letter and the enclosed list as constituting the communication and list referred to in the Convention.

For the Government of the United States of America
John J. McCloy
U.S. High Commissioner for Germany

For the Government of the Republic of France
André François-Poncet
French High Commissioner for Germany

For the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland
Ivone Kirkpatrick
U.K. High Commissioner for Germany

26 Mai 1952

Son Excellence
Le Chancelier de la République Fédérale d'Allemagne

Monsieur le Chancelier Fédéral,

Dans la Convention sur le Règlement de Questions issues de la Guerre et de l'Occupation, figure au paragraphe 2 de l'Article 2 du Chapitre Premier, une disposition prévoyant que tous les droits et obligations résultant de certains traités ou accords internationaux conclus pour le compte de l'une ou plusieurs des trois zones occidentales d'occupation par les autorités occupantes ou par l'un ou plusieurs des Gouvernements des Trois Puissances, sont et demeureront valables comme s'ils résultaient de traités ou d'accords internationaux valablement conclus par la République Fédérale. Cette disposition fait allusion à la liste des traités et accords internationaux en question qui doivent vous être transmis dans une communication faite par les Hauts Commissaires au nom de leurs Gouvernements.

Cette lettre et la liste ci-annexée (acceptée à la fois par vos représentants et par les représentants des Trois Puissances) représentent la communication et la liste visées dans la disposition ci-dessus de la Convention sur le Règlement de Questions issues de la Guerre et de l'Occupation. Nous vous serions reconnaissants de bien vouloir confirmer que vous considérez cette lettre et la liste y annexée comme constituant la communication et la liste visées dans ladite Convention.

Pour le Gouvernement de la République Française
André François-Poncet
Haut Commissaire de la République Française en Allemagne

Pour le Gouvernement des États-Unis d'Amérique
John J. McCloy
Haut Commissaire Américain en Allemagne

Pour le Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord
Ivone Kirkpatrick
Haut Commissaire Britannique en Allemagne

(Übersetzung)

26. Mai 1952

Seiner Exzellenz
dem Herrn Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland

Herr Bundeskanzler,

In dem Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen ist in Absatz 2 des Artikels 2 des Ersten Teiles eine Bestimmung aufgenommen, wonach alle Rechte und Verpflichtungen, die für eine oder mehrere der drei westlichen Besatzungszonen aus bestimmten Verträgen und internationalen Abkommen herrühren, die von den Besatzungsbehörden oder von einer oder mehreren Regierungen der Drei Mächte abgeschlossen wurden, in Kraft sind und bleiben, als ob sie aus gültigen, von der Bundesrepublik abgeschlossenen Verträgen oder internationalen Abkommen herrührten. In der genannten Bestimmung wird auf eine Liste solcher Verträge und internationaler Abkommen verwiesen, die Ihnen mit einer Mitteilung der Hohen Kommissare namens ihrer Regierungen zugeleitet werden soll.

Dieses Schreiben sowie die ihm beigefügte Liste (über die von Ihren Vertretern und den Vertretern der Drei Mächte Einigung erzielt worden ist) sollen als die in der vorstehend genannten Bestimmung des Vertrags zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen erwähnte Mitteilung und Liste gelten. Wir würden Ihre Bestätigung begrüßen, daß Sie dieses Schreiben und die beigefügte Liste als die in dem Vertrag erwähnte Mitteilung und Liste annehmen.

Für die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika
John J. McCloy
Hoher Kommissar der Vereinigten Staaten von Amerika

Für die Regierung der Republik Frankreich
André François-Poncet
Hoher Kommissar der Republik Frankreich in Deutschland

Für die Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland
Ivone Kirkpatrick
Hoher Kommissar des Vereinigten Königreichs für Deutschland

10 b

Mit dem Schreiben Nr. 10 a übersandte Liste der Verträge

Technical Agreements or Understandings in the Nature of Agreements with Foreign Countries, Territories or Possessions and with certain International Organizations made on behalf of one or more of the Western Zones of Germany by one or more of the Three Western Occupying Powers.

(This list is subdivided to show, as far as can be determined, those treaties and agreements still in force (Part I) and those out of force (Part II). However, the appearance of a particular treaty in either of these categories is not to be construed as conclusive evidence of its actual status.)

Accords Techniques ou Ententes sous forme d'Accords conclus pour le compte de l'une ou plusieurs des Zones Occidentales d'Allemagne par l'une ou plusieurs des Trois Puissances d'Occupation avec des Pays Étrangers, des Territoires ou Possessions et avec Certaines Organisations Internationales.

(La présente liste est divisée en plusieurs parties de manière à faire ressortir, autant qu'il a été possible de le déterminer, ceux des accords ou ententes toujours en vigueur (Partie I) et ceux qui ne le sont pas (Partie II). Cependant l'inscription d'un accord dans l'une ou l'autre partie ne saurait être interprétée comme une preuve péremptoire de son statut actuel.)

(Übersetzung)

Technische Abkommen oder Vereinbarungen mit dem Charakter von Abkommen, die für eine oder mehrere der westlichen Zonen Deutschlands von einer oder mehreren der drei westlichen Besatzungsmächte mit ausländischen Staaten, Territorien oder Besitzungen oder mit einzelnen internationalen Organisationen geschlossen sind

(Diese Liste ist geteilt, um, soweit festgestellt werden kann, diejenigen Verträge und Abkommen, die sich noch in Kraft befinden (Teil I), und diejenigen, die außer Kraft getreten sind (Teil II), aufzuzeigen. Jedoch ist die Nennung eines besonderen Vertrages in einem dieser beiden Teile nicht als vollgültiger Beweis seines gegenwärtigen Status aufzufassen.)

Part I

Agreements Still in Force

AUSTRIA

Fuel and Power

1. Agreement by the US/UK Military Governments and Austria providing for diversion of the Rissbrock and other small streams in Austrian Tyrol.

June 29, 1948

Ratified by the Bipartite Control office

August 25, 1948

Travel Control

1. Frontalier . agreement between French Zones of Germany and Austria.

February 1, 1948 (Bregenz)

Amended February 2, 1950 (Lindau)

2. Frontalier Agreement between US Zone of Germany and US/French Zones of Austria.

May 15, 1949

3. Kleines Walsertal Jungholz agreement between the CTB and Austria. Control of traffic between the Austrian enclaves and Austria.

July 26, 1950

Reaffirmation of an Agreement of 1890

Partie I

Accords en vigueur

AUTRICHE

Combustibles et énergie

1. Accord entre les Gouvernements Militaires américain et britannique et l'Autriche sur le détournement du cours du Rissbrook et d'autres petites rivières en Tyrol autrichien.

29 juin 1948

Ratifié le 25 août 1948 par l'Office de Contrôle Bipartite.

Contrôle de la circulation

1. Accord frontalier entre les zones françaises d'Allemagne et d'Autriche.

1er février 1948 (Bregenz)

Amendé le 2 février 1950 (Lindau)

2. Accord frontalier entre la zone américaine d'Allemagne et les zones américaine et française d'Autriche.

15 mai 1949

3. Accord «Kleines Walsertal Jungholz» entre l'Office Tripartite de la Circulation et l'Autriche. Contrôle de la circulation entre les enclaves autrichiennes et l'Autriche.

26 juillet 1950

Confirmation d'un accord de 1890

(Übersetzung)

Teil I

Noch geltende Verträge

ÖSTERREICH

Treibstoff und Kraft

1. Abkommen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs und Österreich betreffend die Umleitung des Rissbachs und anderer kleiner Flüsse im österreichischen Tirol.

29. Juni 1948,

ratifiziert vom Zweimächtekontrollamt am 25. August 1948

Reisekontrolle

1. Kleines Grenzabkommen zwischen den französischen Zonen von Deutschland und Österreich.

1. Februar 1948 (Bregenz)

Abgeändert am: 2. Februar 1950 (Lindau)

2. Kleines Grenzabkommen zwischen der amerikanischen Zone Deutschlands und der amerikanischen und französischen Zone Österreichs.

15. Mai 1949

3. Kleines Walsertal Jungholz Abkommen zwischen dem CTB und Österreich. Kontrolle des Verkehrs zwischen den österreichischen Enklaven und Österreich.

26. Juni 1950

Bestätigung eines Abkommens von 1890

4. Agreement concerning Danube traffic between the Allied authorities in Austria and the Danube River Field Organization, IWT Division, Bipartite Control Office, at Frankfurt and Ratisbourne.

Concerns the movement of persons engaged in work on the Danube, applicable to boatmen from Austria and Yugoslavia.

May 1, 1949

5. Agreement in respect of Zugspitze-Garmisch. This agreement was reached by the CTB, German and Austrian authorities to facilitate short term frontalier excursion traffic between Garmisch and Zugspitze via Griesen (the crossing point in each direction).

Still in force.

All necessary instructions for control of travellers were issued locally to the German authorities in May 1950.

4. Accord sur le trafic danubien entre les autorités alliées en Autriche et l'Office local du Danube. Service IWT, Bureau de Contrôle Bipartite à Francfort et à Ratisbonne.

Concerne le mouvement des personnes travaillant sur le Danube, et s'applique aux bateliers d'Autriche et de Yougoslavie.

1er mai 1949

5. Accord «Zugspitze-Garmisch». Cet accord a été conclu par l'Office Tripartite de la Circulation et les autorités allemandes et autrichiennes pour faciliter les excursions frontalières de courte durée entre Garmisch et la Zugspitze via Griesen (point de passage dans chaque sens).

Encore en vigueur

4. Abkommen über den Donauverkehr zwischen alliierten Behörden in Österreich und der Danube River Field Organization, IWT (Inland Water Transport Division), Zweimächtekontrollamt in Frankfurt und Regensburg.

Betrifft den Verkehr von auf der Donau beschäftigten Personen und ist anwendbar auf Schiffer aus Österreich und Jugoslawien.

1. Mai 1949

5. Abkommen betreffend Zugspitze-Garmisch. Dieses Abkommen wurde vom CTB, deutschen und österreichischen Behörden erzielt, um den kurzfristigen kleinen Grenzausflugsverkehr zwischen Garmisch und der Zugspitze über Griesen (den Kreuzungspunkt in jeder Richtung) zu erleichtern.

Noch in Kraft.

Alle für die Kontrolle von Reisenden erforderlichen Anweisungen ergingen örtlich im Mai 1950 an die deutschen Behörden.

BELGIUM

Transport

1. Rolling stock restitution and exchange Agreements between the Allied High Commission and Belgium dated April 5, 1950, and March 21, 1951.

Trade and Payments

1. Protocol between the Belgo-Luxembourg Economic Union and the Military Governments for Germany (US/UK) covering trade and payments between the Belgo-Luxembourg Economic Union, including the Belgian Congo and the US/UK Occupied Areas of Germany, negotiated on June 11, 1948, and ratified by the Governments concerned on August 6, 1948.

2 Third Additional Trade Protocol to the Trade Agreement between the Belgo-Luxembourg Economic Union and Military Governments of Germany (US/UK) of August 6, 1948, signed in Frankfurt November 16, 1949, to come into force retroactively as of October 1949.

Posts and Telecommunications

1. Postal Agreement between Allied Control Authority and Postal and Telecommunications Administration of Belgium.

Parcels from Germany to prisoners-of-war.

August 1, 1947

Travel Control

1. Frontalier Agreement between Belgium and the French Zone of Germany.

April 23, 1948 (Koblenz)

BELGIQUE

Transports

1. Accord sur la restitution et l'échange de matériel roulant entre la Haute Commission Alliée et la Belgique, en date des 5 avril 1950 et 21 mars 1951.

Commerce et paiements

1. Protocole entre l'Union économique belgo-luxembourgeoise et les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne sur le commerce et les paiements entre l'Union économique belgo-luxembourgeoise, y compris le Congo belge et les Territoires occupés US/UK en Allemagne, conclu le 11 juin 1948 et ratifié par les Gouvernements intéressés le 6 août 1948.

2. Troisième Protocole additionnel à l'Accord de commerce entre l'Union économique belgo-luxembourgeoise et les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne, du 6 août 1948, signé à Francfort le 16 novembre 1949 pour entrer en vigueur avec effet rétroactif à la date d'octobre 1949.

Postes et télécommunications

1. Accord postal entre l'Autorité Alliée de Contrôle et l'Administration des postes et télécommunications de Belgique.

Colis en provenance d'Allemagne destinés aux prisonniers de guerre.

1er août 1947

Contrôle de la circulation

1. Accord frontalier entre la Belgique et la zone française d'Allemagne.

23 avril 1948 (Coblence)

BELGIEN

Verkehr

1. Abkommen betreffend die Rückgabe und den Austausch von rollendem Material zwischen der Alliierten Hohen Kommission und Belgien vom 5. April 1950 und vom 21. März 1951.

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Protokoll zwischen der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion und den Militärregierungen für Deutschland (Vereinigte Staaten/Vereinigtes Königreich) über den Handels- und Zahlungsverkehr zwischen der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion mit Einschluß von Belgisch-Kongo und den von den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich besetzten Gebieten Deutschlands, verhandelt am 11. Juni 1948 und von den betreffenden Regierungen am 6. August 1948 ratifiziert.

2. Drittes Zusatzprotokoll zu dem Handelsvertrag zwischen der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion und der Amerikanisch-Britischen Militärregierung für Deutschland vom 6. August 1948. Unterzeichnet in Frankfurt am 16. November 1949, rückwirkend in Kraft seit Oktober 1949.

Post- und Fernmeldewesen

1. Postabkommen zwischen der Alliierten Kontrollbehörde und der belgischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Päckchen aus Deutschland an Kriegsgefangene.

1. August 1947

Reisekontrolle

1. Kleines Grenzabkommen zwischen Belgien und der französischen Zone Deutschlands.

23. April 1948 (Koblenz)

2. Frontalier Agreement between Belgium and the British Zone of Germany.

March 1, 1949

3. Agreement concerning the delivery of frontalier laissez-passer between Germany and territories turned over to Belgium at the time of rectifications of boundaries

April 14, 1949

War Dead

1. Agreement between US Military Government and the Belgian Ministry of the Interior.

Repatriation of Belgian War Dead.

December 6, 1949

IRO and DPs

1. Agreement between US HICOG and Belgium regarding return to Germany of DPs resettled in Belgium. Arranged on January 1, 1951, in Bonn between representatives of DP Division, HICOG, and Belgian Embassy.

2. Accord frontalier entre la Belgique et la zone britannique d'Allemagne.

1er mars 1949

3. Accord concernant la délivrance de laissez-passer frontaliers valables pour la circulation entre l'Allemagne et les territoires cédés à la Belgique au moment de l'ajustement des frontières.

14 avril 1949

Morts de guerre

1. Accord entre le Gouvernement Militaire américain en Allemagne et le Ministère de l'Intérieur belge.

Rapatriement des corps des morts de guerre belges.

6 décembre 1949

O.I.R. et Personnes Déplacées

1. Accord entre le Haut Commissariat américain en Allemagne et la Belgique sur le retour en Allemagne des Personnes Déplacées réinstallées en Belgique. Conclu le 1er janvier 1951 à Bonn entre le représentant du Service des Personnes Déplacées du Haut Commissariat américain en Allemagne et l'Ambassade de Belgique.

2. Kleines Grenzabkommen zwischen Belgien und der britischen Zone Deutschlands.

1. März 1949

3. Abkommen über die Ausstellung von Grenzpassierscheinen zwischen Deutschland und den an Belgien zur Zeit der Grenzberichtigungen übertragenen Gebieten.

14. April 1949

Kriegstote

1. Abkommen zwischen der amerikanischen Militärregierung und dem belgischen Innenministerium.

Überführung der belgischen Toten in die Heimat.

6. Dezember 1949

IRO und verschleppte Personen

1. Abkommen zwischen der amerikanischen HICOG und Belgien über die Rückkehr von in Belgien neuangesiedelten verschleppten Personen nach Deutschland. Geschlossen am 1. Januar 1951 in Bonn zwischen einem Vertreter der DP-Abteilung der HICOG und der Belgischen Botschaft.

BULGARIA

Trade and Payments

1. Payments Agreement dated November 11, 1947, between the Military Governments for Germany (US/UK) and the Government of the People's Republic of Bulgaria.

2. Protocol to extend and amend the Payments Agreement dated November 11, 1947, between the Military Governments of Germany (US/UK) and the People's Republic of Bulgaria, initialled in Frankfurt, August 31, 1949.

3. First Additional Protocol with reference to the Agreement covering trade between the People's Republic of Bulgaria and the US/UK Occupied Areas of Germany, dated October 4, 1947, initialled July 28, 1950, and signed November 7, 1950.

BULGARIE

Commerce et paiements

1. Accord de paiements du 11 novembre 1947 entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et le Gouvernement de la République populaire de Bulgarie.

2. Protocole visant à proroger et amender l'Accord de paiements du 11 novembre 1947 entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et la République populaire de Bulgarie, paraphé à Francfort le 31 août 1949.

3. Premier Protocole additionnel à l'Accord sur les échanges commerciaux entre la République populaire de Bulgarie et les Territoires occupés US/UK en Allemagne, en date du 4 octobre 1947, paraphé le 28 juillet 1950 et signé le 7 novembre 1950.

BULGARIEN

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Zahlungsabkommen vom 11. November 1947 zwischen den Militärregierungen für Deutschland (Vereinigte Staaten/Vereinigtes Königreich) und der Regierung der Volksrepublik Bulgarien.

2. Am 31. August 1949 in Frankfurt paraphiertes Protokoll zur Erweiterung und Abänderung des Zahlungsabkommens vom 11. November 1947 zwischen den Militärregierungen für Deutschland (Vereinigte Staaten und Vereinigtes Königreich) und der Volksrepublik Bulgarien.

3. Am 28. Juli 1950 paraphiertes und am 7. November 1950 unterzeichnetes erstes Zusatzprotokoll zu dem Abkommen zwischen der Volksrepublik Bulgarien und den durch die Vereinigten Staaten/Vereinigtes Königreich besetzten Gebieten Deutschlands vom 4. Oktober 1947.

CHINA

Trade and Payments

1. Agreement between the USA and China providing for the application of most favoured nations treatment to areas under occupation and control.

July 3, 1948

CHINE

Commerce et paiements

1. Accord entre les États-Unis et la Chine tendant à l'application de la clause de la nation la plus favorisée aux régions occupées et contrôlées.

3 juillet 1948

CHINA

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und China, wonach auf die besetzten und unter Kontrolle stehenden Gebiete die Meistbegünstigungsbehandlung angewandt werden soll.

3. Juli 1948

DENMARK

Trade and Payments

1. Payments Agreement between the Allied High Commission for Germany (US/UK and France) and the Royal Danish Government, initialled in Frankfurt, November 25, 1949.

Travel Control

1. Frontalier agreement between Denmark and the CTB Traffic from South Schleswig to Denmark.

Exchange of letters.

August 5, 1950

DANEMARK

Commerce et paiements

1. Accord de paiements entre la Haute Commission Alliée en Allemagne (États-Unis, Royaume-Uni et France) et le Gouvernement royal du Danemark, paraphé à Francfort, le 25 novembre 1949.

Contrôle de la circulation

1. Accord frontalier entre le Danemark et l'Office Tripartite de la Circulation. Trafic du Schleswig du Sud vers le Danemark.

Échange de lettres.

5 août 1950

DÄNEMARK

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Zahlungsabkommen zwischen der Alliierten Hohen Kommission für Deutschland, Vereinigte Staaten, Vereinigtes Königreich und Frankreich und der Kgl. Dänischen Regierung, paraphiert in Frankfurt am 25. November 1949.

Reisekontrolle

1. Kleines Grenzabkommen zwischen Dänemark und dem CTB. Verkehr von Südschleswig nach Dänemark.

Briefwechsel.

5. August 1950

ECUADOR

Trade and Payments

1. Payments Agreement between the Government of the Republic of Ecuador and the Allied High Commission for Germany covering trade between Ecuador and the Federal Republic of Germany, signed January 16, 1950.

ÉQUATEUR

Commerce et paiements

1. Accord de paiements entre le Gouvernement de la République de l'Équateur et la Haute Commission Alliée en Allemagne, concernant le commerce entre l'Équateur et la République Fédérale d'Allemagne, signé le 16 janvier 1950.

EKUADOR

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Zahlungsabkommen zwischen der Regierung der Republik Ekuador und der Alliierten Hohen Kommission für Deutschland über den Handel zwischen Ekuador und der Bundesrepublik Deutschland. Unterzeichnet am 16. Januar 1950.

UNITED STATES

Trade and Payments

1. Economic Cooperation Agreement between US/UK Military Governments and Trieste on the one hand, and the U.S. on the other.

October 15, 1948

2. Economic Cooperation Agreement between the US/UK Military Governments and the U.S.A.

July 14, 1948

3. Economic Cooperation Agreement between the French Military Government and the U.S.A.

July 9, 1948

Posts and Telecommunications

1. Postal Agreement between the US/UK and French Military Governments and the postal and telecommunications administration of the U.S.A.

International Money Order Service (incoming only) for remittances of a personal, family or charitable nature.

January 31, 1949

ÉTATS-UNIS

Commerce et paiements

1. Accord de coopération économique entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et Trieste d'une part et les États-Unis d'autre part.

15 octobre 1948

2. Accord de coopération économique entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et lesÉtát-Unis.

14 juillet 1948

3. Accord de coopération économique entre le Gouvernement Militaire français en Allemagne et les États-Unis.

9 juillet 1948

Postes et télécommunications

1. Accord postal conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et l'Administration des postes et télécommunications des États-Unis.

Service international des mandats (à l'arrivée seulement), versements ayant un caractère personnel, familial ou charitable.

31 janvier 1949

VEREINIGTE STAATEN

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der amerikanischen und der britischen Militärregierung und Triest einerseits und den Vereinigten Staaten von Amerika andererseits.

15. Oktober 1948

2. Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der amerikanischen und der britischen Militärregierung und den Vereinigten Staaten von Amerika.

14. Juli 1948

3. Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der französischen Militärregierung und den Vereinigten Staaten von Amerika.

9. Juli 1948

Post- und Fernmeldewesen

1. Postabkommen zwischen der amerikanischen, der britischen und der französischen Militärregierung und der Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen der Vereinigten Staaten von Amerika.

Internationaler Geldanweisungsdienst (nur nach Deutschland) für Überweisungen persönlicher Art oder solche an Familienangehörige oder zu wohltätigen Zwecken.

31. Januar 1949

FRANCE

Transport

1. Rolling stock restitution and exchange agreements between Allied High Commission and France dated February 24, 1950, April 2, 1951, and September 27, 1951.

Posts and Telecommunications

1. Postal Agreement between Allied Control Authority and Postal and Telecommunications Administration of France.

Parcels from Germany to prisoners-of-war.

December 1, 1947

2. Postal Agreement between Allied Control Authority and Postal and Telecommunications Administration of France.

Parcels from prisoners-of-war to Germany.

March 1, 1947

Travel Control

1. Regulations in respect of Frontalier Travel between France and the adjoining German territory.

Decree dated March 6, 1946, from the French Ministry of the Interior, notified for execution to the Prefects of Haut-Rhin, Bas-Rhin and Moselle, promulgated in the French Zone by the French C.i.C.

FRANCE

Transports

1. Accords sur la restitution et l'échange de matériel roulant conclus entre la Haute Commission Alliée et le Gouvernement français, en date des 24 février 1950, 2 avril 1951 et 27 septembre 1951.

Postes et télécommunications

1. Accord postal entre l'Autorité Alliée de Contrôle et l'Administration française des postes et télécommunications.

Colis en provenance d'Allemagne destinés aux prisonniers de guerre.

1er décembre 1947

2. Accord postal entre l'Autorité Alliée de Contrôle et l'Administration française des postes et télécommunications.

Colis de prisonniers de guerre à destination de l'Allemagne.

1er mars 1947

Contrôle de la circulation

1. Règlements sur la ciculation frontalière entre la France et le territoire limitrophe allemand.

Décret en date du 6 mars 1946 du Ministère de l'Intérieur français, notifié pour exécution aux Préfets du Haut-Rhin, du Bas-Rhin et de la Moselle. Promulgué en zone française par le Commandant en Chef français en Allemagne.

FRANKREICH

Verkehr

1. Abkommen über die Rückerstattung und den Austausch von rollendem Material zwischen der Alliierten Hohen Kommission und Frankreich vom 24. Februar 1950, 2. April 1951 und 27. September 1951.

Post- und Fernmeldewesen

1. Postabkommen zwischen der Alliierten Kontrollbehörde und der französischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Pakete aus Deutschland an Kriegsgefangene.

1 Dezember 1947

2. Postabkommen zwischen der Alliierten Kontrollbehörde und der französischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Pakete von Kriegsgefangenen nach Deutschland.

1. März 1947

Reisekontrolle

1. Bestimmungen über den kleinen Grenzverkehr zwischen Frankreich und dem benachbarten deutschen Gebiet.

Erlaß des französischen Innenministeriums vom 6. März 1946, zwecks Durchführung den Präfekten der Departements Haut-Rhin, Bas-Rhin und Moselle mitgeteilt, in der französischen Zone durch den französischen Oberbefehlshaber bekanntgemacht.

HUNGARY

Trade and Payments

1. Protocol of the discussions of a Mixed Commission of the Government of the People's Republic of Hungary and the Military Governments of Germany (US, UK and French) initialled November 22, 1950, and signed Budapest, May 29, 1951.

2. Protocol between the Government of the Hungarian Republic and Military Governments for Germany (US/UK) initialled in Frankfurt, August 6, 1948.

Transport

1. Rolling Stock Restitution and Exchange Agreement between AHC and Hungary of January 28, 1952.

HONGRIE

Commerce et paiements

1. Protocole des discussions d'une commission mixte du Gouvernement de la République populaire de Hongrie avec les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne, paraphé le 22 novembre 1950 et signé à Budapest, le 29 mai 1951.

2. Protocole entre le Gouvernement de la République populaire de Hongrie et les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne, paraphé à Francfort, le 6 août 1948.

Transports

1. Accord sur la restitution et l'échange de matériel roulant entre la Haute Commission Alliée et la Hongrie, du 28 janvier 1952.

UNGARN

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Protokoll über die Besprechungen einer Gemischten Kommission der Ungarischen Volksrepublik und der Militärregierungen für Deutschland (Vereinigte Staaten, Vereinigtes Königreich und Frankreich). Paraphiert am 22. November 1950 und unterzeichnet in Budapest am 29. Mai 1951.

2. Protokoll zwischen der Regierung der Ungarischen Republik und den Militärregierungen für Deutschland (Vereinigte Staaten, Vereinigtes Königreich), paraphiert in Frankfurt am 6. August 1948.

Verkehr

1. Abkommen über die Rückerstattung und den Austausch von rollendem Material zwischen der Alliierten Hohen Kommission und Ungarn vom 28. Januar 1952.

IRAN

Trade and Payments

1. Trade Agreement between the Government of the Empire of Iran and the US, UK and French Military Governments of Germany, initialled Frankfurt, May 25, 1949.

IRAN

Commerce et paiements

1. Accord de commerce entre le Gouvernement de l'Empire d'Iran et les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne, paraphé le 25 mai 1949 à Francfort.

IRAN

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Handelsabkommen zwischen der Regierung des Kaiserreichs Iran und den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs für Deutschland. Paraphiert in Frankfurt am 25. Mai 1949 und unterzeichnet am 1. Juli 1949.

2. Payments agreement between the Government of the Empire of Iran and the US, UK and French Military Governments of Germany. Initialled in Frankfurt May 25, 1949, and signed July 1, 1949.

ICELAND

Labour

1. Agreement with Iceland. An agreement for the recruitment of German labour for Iceland concluded between, on the one hand, U.K. Military Government and the Land Government of Schleswig-Holstein and, on the other, the Icelandic Government.

May 1949

ITALY

Transport

1. Rolling Stock restitution and exchange agreement between the Allied High Commission and Italy dated March 16, 1950.

War Dead

1. Agreement between US Military Government and the Italian Consulate General.

Repatriation of Italian War Dead.

November 7, 1949

LUXEMBOURG

Transport

1. Agreement between the French Military Government and Luxembourg on reconstruction of border bridges dated January 29, 1949.

2. Rolling Stock restitution and exchange agreement between the Allied High Commission and Luxembourg dated May 11, 1950.

Travel Control

1. Agreement concerning fishing and small pleasure craft on boundary rivers between the French Zone and Luxembourg.

April 25, 1947

NORWAY

Trade and Payments

1. Payments Agreement between Military Government for Germany (US, UK and French) and the Royal Norwegian Government, initialled Frankfurt, September 9, 1949.

THE NETHERLANDS

Transport

1. Rolling Stock restitution and exchange agreement between the Allied High Commission and the Netherlands dated August 31, 1950.

2. Accord de paiements entre le Gouvernement de l'Empire d'Iran et les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne. Paraphé à Francfort, le 25 mai 1949 et signé le 1er juillet 1949.

ISLANDE

Main-d'œuvre

1. Accord avec l'Islande. Accord sur le recrutement de la main-d'œuvre allemande pour l'Islande, conclu entre, d'une part, le Gouvernement Militaire britannique en Allemagne et le Gouvernement de Land du Schleswig-Holstein et, d'autre part, le Gouvernement islandais.

Mai 1949

ITALIE

Transports

1 Accord sur la restitution et l'échange de matériel roulant, conclu entre la Haute Commission Alliée et l'Italie, le 16 mars 1950.

Morts de guerre

1. Accord entre le Gouvernement Militaire américain en Allemagne et le Consulat Général d'Italie.

Rapatriement des corps des morts de guerre italiens.

7 novembre 1949

LUXEMBOURG

Transports

1. Accord entre le Gouvernement Militaire français et le Luxembourg sur la reconstruction de ponts frontières, en date du 29 janvier 1949.

2 Accord sur la restitution et l'échange de matériel roulant conclu entre la Haute Commission Alliée et le Luxembourg, en date du 11 mai 1950.

Contrôle de la circulation

1. Accord entre la zone française et le Luxembourg sur la pêche et les petits bâtiments de plaisance sur les rivières frontalières.

25 avril 1947

NORVÈGE

Commerce et paiements

1. Accord de paiements entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et le Gouvernement royal de Norvège, paraphé à Francfort, le 9 septembre 1949.

PAYS-BAS

Transports

1. Accord sur la restitution et l'échange de matériel roulant conclu entre la Haute Commission Alliée et les Pays-Bas, le 31 août 1950.

2. Zahlungsabkommen zwischen der Regierung des Kaiserreichs Iran und den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs für Deutschland. Paraphiert in Frankfurt am 25. Mai 1949 und unterzeichnet am 1. Juli 1949

ISLAND

Arbeitskräfte

1. Abkommen mit Island. Ein Abkommen über die Anwerbung von deutschen Arbeitskräften für Island, abgeschlossen zwischen der britischen Militärregierung und der Regierung des Landes Schleswig-Holstein einerseits und der isländischen Regierung andererseits.

Mai 1949

ITALIEN

Verkehr

1. Abkommen über die Rückerstattung und den Austausch von rollendem Material zwischen der Alliierten Hohen Kommission und Italien vom 16. März 1950.

Kriegstote

1. Abkommen zwischen der Militärregierung der Vereinigten Staaten und dem Italienischen Generalkonsulat über die Überführung italienischer Kriegstoter.

7. November 1949

LUXEMBURG

Verkehr

1. Abkommen zwischen der französischen Militärregierung und Luxemburg über den Wiederaufbau von Grenzbrücken vom 29. Januar 1949.

2. Abkommen über die Rückerstattung und den Austausch von rollendem Material zwischen der Alliierten Hohen Kommission und Luxemburg vom 11. Mai 1950.

Reisekontrolle

1. Abkommen über Fischerboote und kleine Vergnügungsfahrzeuge auf Grenzflüssen zwischen der französischen Zone und Luxemburg.

25. April 1947

NORWEGEN

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Zahlungsabkommen zwischen der amerikanischen, der britischen und der französischen Militärregierung für Deutschland einerseits und der Kgl. Norwegischen Regierung andererseits, paraphiert in Frankfurt am 9. September 1949.

DIE NIEDERLANDE

Verkehr

1. Abkommen über die Rückerstattung und den Austausch von rollendem Material zwischen der Alliierten Hohen Kommission und den Niederlanden vom 31. August 1950.

Trade and Payments

1. Agreed Minute of trade discussions between a Western German Delegation representing the US, UK and French Military Governments and a Netherlands Delegation, initialled in Frankfurt, September 7, 1949, and a Payments Agreement between the Military Governments for Germany (US, UK and French) and the Government of the Kingdom of the Netherlands, initialled Frankfurt, September 7, 1949.

2. Additional Agreement to the Payments Agreement between the Military Governments for Germany (US, UK and French) and the Government of the Kingdom of the Netherlands, dated September 7, 1949, initialled February 2, 1950 and signed March 16, 1950.

Travel Control

1. Netherland-German agreement concerning frontalier laissez-passer. October 15, 1949

Amended on several occasions (November 16, 1949, January 6, 1950, 15/21 February 1950, December 5, 1950, March 5, 1951, May 10, 1951, June 2, 1951, July 24, 1951, August 10, 1951).

War Dead

1. Agreement between US High Commissioner and Netherlands Graves Registration Mission providing for repatriation of Dutch war dead to the Netherlands.

August 18, 1950

POLAND

Transport

1. Rolling Stock restitution and exchange agreement between the Allied High Commission for the Governments of France, Belgium and the Netherlands on the one hand and the Government of Poland on the other hand, dated July 8, 1950.

Trade and Payments

1. Trade Agreement between the Government of the Republic of Poland and the US, UK and French Military Government of Germany, initialled June 30, 1949.

2. Agreed Minutes of the discussions of a Mixed Commission from the Government of the Polish Republic and the US, UK and French Military Governments for Germany, initialled July 6, 1950 and signed October 9, 1950.

3. Payments agreement between the Republic of Poland and the Military Governments of Germany, US, UK and French, initialled Frankfurt, June 30, 1949.

Commerce et paiements

1. Procès-verbal approuvé des discussions sur le commerce entre une délégation de l'Allemagne occidentale représentant les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et une délégation des Pays-Bas, paraphé à Francfort le 7 septembre 1949, et accord de paiements entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et le Gouvernement du Royaume des Pays-Bas, paraphé à Francfort le 7 septembre 1949.

2. Accord additionnel à l'Accord de paiements entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et le Gouvernement du Royaume des Pays-Bas du 7 septembre 1949, paraphé le 2 février 1950 et signé le 16 mars 1950.

Contrôle de la circulation

1. Accord germano-néerlandais sur les laissez-passer frontaliers.

15 octobre 1949

Amendé à plusieurs reprises (16 novembre 1946, 6 janvier 1950, 15/21 février 1950, 5 décembre 1950, 5 mars 1951, 10 mai 1951, 2 juin 1951, 24 juillet 1951, 10 août 1951).

Morts de guerre

1. Accord entre le Haut Commissaire américain et la Mission néerlandaise d'enregistrement des tombes sur le rapatriement des corps des morts de guerre néerlandais vers les Pays-Bas.

18 août 1950

POLOGNE

Transports

1. Accord sur la restitution et l'échange de matériel roulant conclu entre la Haute Commission Alliée pour les Gouvernements de la France, de la Belgique et des Pays-Bas d'une part, et le Gouvernement de la Pologne d'autre part, en date du 8 juillet 1950.

Commerce et paiements

1. Accord de commerce entre le Gouvernement de la République de Pologne et les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne, paraphé le 30 juin 1949.

2. Procès-verbal approuvé des discussions d'une Commission mixte du Gouvernement de la République polonaise avec les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne, paraphé le 6 juillet 1950 et signé le 9 octobre 1950.

3. Accord de paiements entre la République de Pologne et les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne, paraphé à Francfort, le 30 juin 1949.

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Genehmigtes Protokoll über Handelsbesprechungen zwischen einer die amerikanische, die britische und die französische Militärregierung vertretenden westdeutschen Delegation und einer niederländischen Delegation, paraphiert in Frankfurt am 7. September 1949, und ein Zahlungsabkommen zwischen der amerikanischen, der britischen und der französischen Militärregierung für Deutschland einerseits und dem Königreich der Niederlande andererseits, paraphiert in Frankfurt am 7. September 1949.

2. Zusatzabkommen zu dem Zahlungsabkommen vom 7. September 1949 zwischen der amerikanischen, der britischen und der französischen Militärregierung für Deutschland einerseits und dem Königreich der Niederlande andererseits, paraphiert am 2. Februar 1950 und unterzeichnet am 16. März 1950.

Reisekontrolle

1. Niederländisch-deutsches Abkommen über Grenzpassierscheine.

15. Oktober 1949

Mehrfach abgeändert (16. November 1949, 6. Januar 1950, 15./21. Februar 1950, 5. Dezember 1950, 5. März 1951, 10. Mai 1951, 2. Juni 1951, 24. Juli 1951, 10. August 1951).

Kriegstote

1. Abkommen zwischen dem amerikanischen Hohen Kommissar und der Niederländischen Mission für die Erfassung von Gräbern, wonach holländische Kriegstote in die Niederlande überführt werden sollen.

18. August 1950

POLEN

Verkehr

1. Abkommen über die Rückerstattung und den Austausch von rollendem Material zwischen der Alliierten Hohen Kommission für die Regierungen Frankreichs, Belgiens und der Niederlande einerseits und der Polnischen Regierung andererseits, vom 8. Juli 1950.

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Handelsabkommen zwischen der Regierung der Republik Polen und der amerikanischen, der britischen und der französischen Militärregierung für Deutschland, paraphiert am 30. Juni 1949.

2. Genehmigtes Protokoll der Besprechungen einer Gemischten Kommission der Regierung der Polnischen Republik und der amerikanischen, der britischen und der französischen Militärregierungen für Deutschland, paraphiert am 6. Juli 1950 und unterzeichnet am 9. Oktober 1950.

3. Zahlungsabkommen zwischen der Republik Polen und den amerikanischen, britischen und französischen Militärregierungen für Deutschland, paraphiert am 30. Juni 1949.

UNITED KINGDOM

Labour

1. Operation "Artisan": A scheme for recruitment of workers for employment by the British War Department in Cyrenaica, negotiated by the UK Element of the Labour Affairs Committee of the Allied High Commission with the consent of the US and French elements with the Federal Government. No formal agreement.

October 3, 1949

2. "Sudeten" Scheme: An agreement for the recruitment of Sudeten workers for employment in Great Britain concluded by UK and US Military Governments in Germany.

March 18, 1949

3. "North Sea" Scheme: An agreement arranged between UK Military Government and the UK Ministry of Labour and National Service. No formal agreement was signed.

June 1948

4. "Westward Ho" Scheme: An agreement arranged between US Military Government and the UK Ministry of Labour and National Service. No formal agreement, terms and conditions contained in ZEI, No. 9.

May 1947

ROYAUME-UNI

Main d'œuvre

1. Opération «Artisan»: Programme de recrutement d'ouvriers devant être employés par le Ministère de la Guerre britannique en Cyrénaïque, par l'Élément britannique du Comité du Travail de la Haute Commission Alliée avec le consentement des Éléments américain et français et du Gouvernement Fédéral.
Accord non officiel.

3 octobre 1949

2. Programme «Sudeten»: Accord sur le recrutement de travailleurs des Sudètes devant être employés en Grande-Bretagne, conclu entre les Gouvernements Militaires britannique et américain en Allemagne.

18 mars 1949

3. Programme «Mer du Nord»: Arrangement entre le Gouvernement Militaire britannique et le Ministère britannique du Travail et le Service National. Aucun accord officiel n'a été signé.

Juin 1948

4. Programme «Westward Ho»: Arrangement entre le Gouvernement Militaire américain et le Ministère britannique du Travail et le Service National. Aucun accord officiel, clauses et conditions figurent au document ZEI, N° 9.

Mai 1947

VEREINIGTES KÖNIGREICH

Arbeitskräfte

1. Aktion „Handwerker": Ein Plan für die Anwerbung von Arbeitern, die durch das britische Kriegsministerium in der Cyrenaika beschäftigt werden sollen. Er wurde von dem britischen Element des Ausschusses für Arbeitsfragen der Alliierten Hohen Kommission im Einverständnis mit dem amerikanischen und dem französischen Element mit der Bundesregierung ausgehandelt. Kein formelles Abkommen.

3. Oktober 1949

2. „Sudeten"-Vorhaben: Ein Abkommen über die Anwerbung sudetendeutscher Arbeiter zwecks Beschäftigung in Großbritannien, abgeschlossen von der amerikanischen Militärregierung für Deutschland.

18. März 1949

3. „Nordsee"-Vorhaben: Ein zwischen der britischen Militärregierung und dem britischen Ministerium für Arbeit und nationalen Dienst zustande gekommenes Abkommen. Es wurde kein offizielles Abkommen unterzeichnet.

Juni 1948

4. „Westward Ho"-Vorhaben: Ein zwischen der amerikanischen Militärregierung und dem britischen Ministerium für Arbeit und nationalen Dienst zustande gekommenes Abkommen. Kein offizielles Abkommen, Fristen und Bedingungen in ZEI, Nr. 9.

Mai 1947

THE SAAR

Travel Control

1. Frontalier Agreement between the Saar territory and the French Zone.

July 1, 1948

Amended on several occasions by the Mixed Commission. (October 26, 1948, May 19, 1949, December 23, 1949, July 26, 1950).

2. Frontalier Regulations for frontalier travel between the Saar and the Federal Republic.

February 1, 1951

Completed on March 2, 1951 and amended on July 19, 1951.

SARRE

Contrôle de la circulation

1. Accord frontalier entre la Sarre et la zone française.

1er juillet 1948

Amendé à plusieurs reprises par la Commission mixte (26 octobre 1948, 19 mai 1949, 23 décembre 1949, 26 juillet 1950).

2 Règlements frontaliers concernant la circulation entre la Sarre et la République Fédérale.

1er février 1951

Complété le 2 mars 1951 et amendé le 19 juillet 1951.

SAARGEBIET

Reisekontrolle

1. Kleines Grenzabkommen zwischen dem Saargebiet und der französischen Zone.

1. Juli 1948

Mehrfach durch die Gemischte Kommission abgeändert. (26. Oktober 1948, 19. Mai 1949, 23. Dezember 1949, 26. Juli 1950).

2. Bestimmungen über den kleinen Grenzverkehr zwischen dem Saargebiet und der Bundesrepublik.

1. Februar 1951

Vervollständigt am 2. März 1951 und abgeändert am 19. Juli 1951.

SOVIET MILITARY ADMINISTRATION

Power and Fuel

1. Agreement between UK Military Governor and Soviet Military Administration. Supply of power to British Zone from Harbke Power Station in exchange for brown coal from Helmstedt area.

October 1, 1948

ADMINISTRATION MILITAIRE SOVIÉTIQUE

Énergie électrique et combustibles

1. Accord entre le Gouverneur Militaire américain et l'Administration Militaire Soviétique sur la fourniture d'énergie à la zone britannique par la centrale d'énergie électrique de Harbke en échange de lignite provenant de la région de Helmstedt.

1er octobre 1948

SOWJETISCHE MILITÄRVERWALTUNG

Kraft und Treibstoff

1. Abkommen zwischen dem amerikanischen Militärgouverneur und der sowjetischen Militärverwaltung Stromlieferungen an die britische Zone von dem Kraftwerk Harbke gegen Braunkohle aus der Gegend von Helmstedt.

1. Oktober 1948

War Dead

1. Agreement between U.S. High Commissioner and Soviet Occupation authorities providing for repatriation of remains of Soviet citizens to the Soviet Union and also providing for the perpetual maintenance of Soviet graves in Germany.

May 4, 1951

Morts de guerre

1. Accord entre le Haut Commissaire des États-Unis et les autorités d'occupation soviétiques au sujet du rapatriement vers l'Union soviétique des corps des citoyens soviétiques, prévoyant également l'entretien perpétuel des tombes soviétiques en Allemagne.

4 mai 1951

Kriegstote

1. Abkommen zwischen dem amerikanischen Hohen Kommissar und den sowjetischen Besatzungsbehörden über die Rückführung der Leichen von Sowjetbürgern in die Sowjetunion und über die ständige Unterhaltung von sowjetischen Gräbern in Deutschland.

4. Mai 1951

SWITZERLAND

Trade and Payments

1. Payments Agreement between Military Governments for Germany, US, UK and France, and the Swiss Federal Government, initialled Berne, August 27, 1949.

2. Agreed Minutes of certain financial matters between a Delegation of the three Western Zones of Germany and a Swiss Delegation signed in Berne, August 27, 1949.

3. Special protocol concerning the transfer of wages, salaries, pensions, annuities, and doctors—fees in frontalier traffic between Western Germany and Switzerland, initialled Berne, August 1949.

Transport

1. Convention for the regularisation of the upper Rhine by France (on behalf of the French Zone) and Switzerland dated December 19, 1947.

Travel Control

1. Frontalier Agreement in respect of the control of persons and goods between the French Zone of Germany and Switzerland.

November 3, 1945 (Berne)

(This agreement provides for the establishment of a mixed commission to resume its proper operation. It has met on ten occasions.)

2. Agreement between CTB and Switzerland in respect of tourists on the German/Swiss frontier.

October 16, 1950

Amended on 24/25 October 1950.

Concerns the frontalier zones of both countries.

SUISSE

Commerce et paiements

1. Accord de paiements entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et le Gouvernement Fédéral Suisse, paraphé à Berne, le 27 août 1949.

2. Procès-verbal agréé des discussions concernant certaines questions financières, entre une délégation des trois zones occidentales d'Allemagne et une délégation suisse, signé à Berne, le 27 août 1949.

3. Protocole spécial sur le transfert des traitements, salaires, pensions, annuités et honoraires médicaux dans le trafic frontalier entre l'Allemagne occidentale et la Suisse, paraphé à Berne en août 1949.

Transports

1. Convention sur la régularisation du cours supérieur du Rhin, signée par la France (au nom de la France et de la zone française) et la Suisse, le 19 décembre 1947.

Contrôle de la circulation

1. Accord frontalier concernant le contrôle des personnes et des marchandises franchissant la frontière entre la zone française d'Allemagne et la Suisse.

3 novembre 1945 (Berne)

(Cet accord prévoit la création d'une commission mixte chargée de reprendre ses activités. Cette commission s'est réunie dix fois).

2. Accord entre l'Office Tripartite de la Circulation et la Suisse au sujet des touristes à la frontière germano-suisse, en date du 16 octobre 1950.

Amendé les 24/25 octobre 1950.

Se rapporte aux zones frontalières des deux pays.

SCHWEIZ

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Zahlungsabkommen zwischen den amerikanischen, britischen und französischen Militärregierungen für Deutschland und der Schweizerischen Bundesregierung, paraphiert am 27. August 1949 in Bern.

2. Genehmigtes Protokoll über bestimmte finanzielle Angelegenheiten zwischen einer Delegation der drei Westzonen Deutschlands und einer schweizerischen Delegation, unterzeichnet in Bern am 27. August 1949.

3. Sonderprotokoll über den Transfer von Löhnen, Gehältern, Pensionen, Renten und Arzthonoraren im kleinen Grenzverkehr zwischen Westdeutschland und der Schweiz. Paraphiert in Bern im August 1949.

Verkehr

1. Vertrag über die Regulierung des Oberrheins, unterzeichnet von Frankreich (für die französische Zone) und der Schweiz, vom 19. Dezember 1947.*)

Reisekontrolle

1. Kleines Grenzabkommen betreffend die Kontrolle von Personen und Waren zwischen der französischen Zone Deutschlands und der Schweiz.

3. November 1945 (Bern)

(Dieses Abkommen sieht die Einsetzung einer Gemischten Kommission für seine Durchführung vor. Diese hat bisher 10 Sitzungen abgehalten.)

2. Abkommen zwischen dem CTB und der Schweiz betreffend den Touristenverkehr an der deutsch-schweizerischen Grenze.

16. Oktober 1950

Abgeändert am 24./25. Oktober 1950.

Betrifft die Grenzgebiete beider Länder.

CZECHOSLOVAKIA

Transport

1. Rolling stock exchange agreement between the Military Governments for Germany (UK and US) and Czechoslovakia dated August 10, 1949.

TCHÉCOSLOVAQUIE

Transports

1. Accord relatif à l'échange de matériel roulant conclu entre les Gouvernements Militaires britannique et américain en Allemagne et la Tchécoslovaquie, le 10 août 1949.

TSCHECHOSLOWAKEI

Verkehr

1. Abkommen vom 10. August 1949 zwischen den Militärregierungen für Deutschland (Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten) und der Tschechoslowakei über den Austausch von rollendem Material.

*) Die Bundesrepublik beabsichtigt, die Verhandlungen wieder aufzunehmen.

Trade and Payments

1. Agreed Minute of the dicussions between representatives of the Government of the Republic of Czechoslovakia and representatives of the Allied High Commissioners of Germany (US, UK and French) initialled in Frankfurt, October 21, 1949.

2. Agreement between the Government of the Republic of Czechoslovakia and the Military Governments of Germany (US/UK) concerning the exchange of goods, services and payments between Czechoslovakia and the US/UK Occupied Areas of Germany. Initialled September 30, 1948, signed December 3, 1948.

3. Protocol on Payments to amend the Payments Agreement dated September 5, 1947 as amended between Military Governments for Germany (US, UK and French) and the Government of the Republic of Czechoslovakia, initialled Frankfurt, October 21, 1949.

Commerce et paiements

1. Procès-verbal agréé des discussions entre des représentants du Gouvernement de la République tchécoslovaque et des représentants des Hauts Commissaires Alliés en Allemagne (britannique, américain et français), paraphé à Francfort, le 21 octobre 1949.

2. Accord entre le Gouvernement de la République de Tchécoslovaquie et les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne, sur l'échange de marchandises, de services et les paiements entre la Tchécoslovaquie et les territoires occupés US/UK en Allemagne. Paraphé le 30 septembre 1948, signé le 3 décembre 1948.

3. Protocole sur les paiements amendant l'Accord de paiements du 5 septembre 1947, amendé, entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français et le Gouvernement de la République tchécoslovaque, paraphé à Francfort, le 21 octobre 1949.

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Genehmigtes Protokoll über Besprechungen zwischen Vertretern der Regierung der Tschechoslowakischen Republik und Vertretern der Alliierten Hohen Kommissare für Deutschland (Vereinigte Staaten, Vereinigtes Königreich und Frankreich), paraphiert in Frankfurt am Main am 21. Oktober 1949.

2. Abkommen zwischen der Regierung der Tschechoslowakischen Republik und der Militärregierung für Deutschland (Vereinigte Staaten, Vereinigtes Königreich) über den Austausch von Waren, Dienstleistungen und Zahlungen zwischen der Tschechoslowakei und den durch die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich besetzten Gebieten Deutschlands. Paraphiert am 30. September 1948, unterzeichnet am 3. Dezember 1948.

3. Protokoll über Zahlungen in Abänderung des Zahlungsabkommens vom 5. September 1947 in der durch die Militärregierungen für Deutschland (Vereinigte Staaten, Vereinigtes Königreich und Frankreich) und der Regierung der Tschechoslowakischen Republik abgeänderten Fassung, paraphiert in Frankfurt am 21. Oktober 1949.

Posts and Telecommunications

1. Postal Agreement between Allied Control Authority and Postal and Telecommunications Administration of Czechoslovakia.

Parcels from Germany to prisoners-of-war.

November 15, 1947

Postes et télécommunications

1. Accord postal entre l'Autorité Alliée de Contrôle et l'Administration des postes et des télécommunications de Tchécoslovaquie.

Colis en provenance d'Allemagne destinés aux prisonniers de guerre.

15 novembre 1947

Post- und Fernmeldewesen

1. Postabkommen zwischen der Alliierten Kontrollbehörde und der tschechoslowakischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Pakete aus Deutschland an Kriegsgefangene.

15. November 1947

IRO and DPs

1. Minutes of discussion between representatives of the High Commission and CSR held in Prague on January 28 and 30, 1950 concerning technical details in connection with the emigration of 20,000 persons of German ethnic origin from Czechoslovakia for the purpose of joining their families already established in Germany.

O.I.R. et Personnes Déplacées

1. Procès-verbal des discussions entre les représentants de la Haute Commission Alliée et de la République tchécoslovaque réunis à Prague les 28 et 30 janvier 1950, au sujet des détails techniques se rapportant à l'émigration de 20.000 personnes d'origine ethnique allemande venant de Tchécoslovaquie pour rejoindre leurs famillies déjà installée en Allemagne.

IRO und verschleppte Personen

1. Protokoll der am 28. und 30. Januar 1950 in Prag abgehaltenen Besprechung zwischen Vertretern der Hohen Kommission und der Tschechoslowakei über technische Einzelheiten bezüglich der Auswanderung von 20 000 Volksdeutschen aus der Tschechoslowakei, die mit ihren schon in Deutschland angesiedelten Familien vereint werden sollen.

URUGUAY

Trade and Payments

1. Agreement between the Government of the Republic Oriental of Uruguay and the Allied High Commission for Germany, covering trade between Uruguay and the Federal Republic of Germany, initialled Frankfurt, October 11, 1949.

2. Payments Agreement between the Government of the Republic Oriental of Uruguay and the Allied High Commission of Germany, initialled October 11, 1949.

URUGUAY

Commerce et paiements

1. Accord entre le Gouvernement de la République Orientale d'Uruguay et la Haute Commission Alliée en Allemagne sur les échanges commerciaux entre l'Uruguay et la République Fédérale d'Allemagne, paraphé à Francfort, le 11 octobre 1949.

2. Accord de paiements entre le Gouvernement de la République Orientale d'Uruguay et la Haute Commission Alliée en Allemagne, paraphé le 11 octobre 1949.

URUGUAY

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Abkommen zwischen der Regierung der Republica Oriental del Uruguay und der Alliierten Hohen Kommission für Deutschland über den Handel zwischen Uruguay und der Bundesrepublik Deutschland. Paraphiert in Frankfurt/Main am 11. Oktober 1949.

2. Zahlungsabkommen zwischen der Regierung der Republica Oriental del Uruguay und der Alliierten Hohen Kommission für Deutschland. Paraphiert am 11. Oktober 1949.

YUGOSLAVIA

Transport

1. Rolling Stock restitution and exchange Agreement between the Allied High Commission and Yugoslavia dated April 22, 1950.

Trade and Payments

1. Protocol between the Government of the People's Federal Republic of Yugoslavia and the Allied High Commission for Germany, amending the Payments Agreement between the Government of the People's Federal Republic of Yugoslavia and the Military Governments for Germany, US/UK dated April 28, 1948 as amended by an amendment dated March 31, 1949 and an amendment dated September 2, 1949, initialled in Frankfurt on November 21, 1949.

Posts and Telecommunications

1. Postal Agreement between Allied Control Authority and Postal and Telecommunications Administrations of Yugoslavia.

Parcels from Germany to prisoners-of-war.

October 15, 1947

Travel Control

1. Agreement concerning Danube traffic between the Allied authorities in Austria and the Danube River Field Organization, IWT Division, Bipartite Control Office, at Frankfurt and Ratisbourne.

Concerns the movement of persons engaged in work on the Danube, applicable to boatmen from Austria and Yugoslavia.

May 1, 1949

INTERNATIONAL ORGANIZATIONS

Posts and Telecommunications

Universal Postal Union

The Reich was full member of this organization. The Federal Republic is not a member or associate member of the U.P.U. By AGSEC (49) 315, the A.H.C. specified that the Federal Republic would observe the procedure, regulations and recommendations of the U.P.U. This obligation will remain in force until the Federal Government, by acceding to the Union, assumes direct responsibility for such observance.

Displaced Persons and International Refugee Organization

1.*) Agreement between IRO and the Commander-in-Chief, European Command, U.S. Army. Definition of the

*) With the final Liquidation of IRO this obligation will cease to exist.

YOUGOSLAVIE

Transports

1. Accord sur la restitution et l'échange de matériel roulant conclu entre la Haute Commission Alliée et la Yougoslavie, le 22 avril 1950.

Commerce et paiements

1. Protocole entre le Gouvernement de la République Fédérale populaire de Yougoslavie et la Haute Commission Alliée en Allemagne amendant l'Accord de paiements conclu entre le Gouvernement de la République Fédérale populaire de Yougoslavie et les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne, le 28 avril 1948, amendé le 31 mars 1949 et le 2 septembre 1949, paraphé à Francfort le 21 novembre 1949.

Postes et télécommunications

1. Accord postal entre l'Autorité Alliée de Contrôle et l'Administration des postes et télécommunications de Yougoslavie.

Colis en provenance d'Allemagne destinés aux prisonniers de guerre.

15 octobre 1947

Contrôle de la circulation

1. Accord sur le trafic danubien entre les autorités alliées en Autriche et l'Office local du Danube, Service IWT, Bureau de Contrôle Bipartite à Francfort et à Ratisbonne.

Concerne le mouvement des personnes travaillant sur le Danube, et s'applique aux bateliers d'Autriche et de Yougoslavie.

1er mai 1949

ORGANISATIONS INTERNATIONALES

Postes et télécommunications

Union Postale Universelle

Le Reich était membre à droits égaux de cette organisation. La République Fédérale n'est ni membre ni associée de l'Union Postale Universelle. La Haute Commission Alliée spécifie dans l'AGSEC (49) 315 que la République Fédérale observerait la procédure, les règlements et les recommandations de l'Union Postale Universelle. Cette obligation restera en vigueur jusqu'à ce que le Gouvernement Fédéral, en devenant membre de cette Union, soit directement responsable de cette observation.

Organisation Internationale des Réfugiés et Personnes Déplacées

1.*) Accord entre l'O.I.R. et le Commandant en Chef américain, Commandement d'Europe. Définition des fonc-

*) L'obligation cessera d'exister lors de la liquidation définitive.

JUGOSLAWIEN

Verkehr

1. Abkommen über die Rückerstattung und den Austausch von rollendem Material zwischen der Alliierten Hohen Kommission und Jugoslawien vom 22. April 1950.

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Protokoll zwischen der Regierung der Volks-Bundesrepublik Jugoslawien und der Alliierten Hohen Kommission für Deutschland zur Abänderung des Zahlungsabkommens zwischen der Regierung der Volks-Bundesrepublik Jugoslawien und der britischen und der amerikanischen Militärregierung für Deutschland vom 28. April 1948 in der durch Abänderungen vom 31. März 1949 und vom 2. September 1949 abgeänderten Fassung, paraphiert in Frankfurt am 21. November 1949.

Post- und Fernmeldewesen

1. Postabkommen zwischen der Alliierten Kontrollbehörde und den Verwaltungen des jugoslawischen Post- und Fernmeldewesens.

Pakete aus Deutschland für Kriegsgefangene.

15. Oktober 1947

Reisekontrolle

1. Abkommen über den Donauverkehr zwischen den alliierten Behörden in Österreich und der Danube River Field Organization, IWT (Inland Water Transport Division) Zweimächtekontrollamt in Frankfurt und Regensburg.

Betrifft den Verkehr auf der Donau beschäftigter Personen und ist anwendbar auf Schiffe aus Österreich und Jugoslawien.

1. Mai 1949

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN

Post- und Fernmeldewesen

Weltpostverein

Das Reich war Vollmitglied dieser Organisation. Die Bundesrepublik ist nicht Mitglied oder assoziiertes Mitglied des Weltpostvereins. Mit AGSEC (49) 315 stellte die Alliierte Hohe Kommission ausdrücklich fest, daß die Bundesrepublik das Verfahren, die Bestimmungen und die Empfehlungen des Weltpostvereins beachten werde. Diese Verpflichtung wird in Kraft bleiben, bis die Bundesregierung durch Beitritt zu dem Verein die unmittelbare Verantwortung hierfür übernimmt.

Verschleppte Personen und Internationale Flüchtlingsorganisation

1.*) Abkommen zwischen IRO und dem Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Europa. Fest-

*) Mit der endgültigen Auflösung der IRO entfällt die Verpflichtung.

relative functions and responsibilities of IRO and the Commander-in-Chief, U.S. Army, in respect of DP's and non-German refugees in Germany.

July 28, 1948

2.*) Agreement between the U.S. Military Government and IRO.

July 9, 1947

tions et responsabilités incombant à l'O.I.R. et au Commandant en Chef américain, en ce qui concerne les personnes déplacées et les réfugiés non-allemands en Allemagne.

28 juillet 1948

2.*) Accord entre le Gouvernement Militaire américain et l'O.I.R.

9 juillet 1947

legung der beiderseitigen Aufgaben und Verantwortung der IRO und des Oberbefehlshabers der amerikanischen Streitkräfte bezüglich der verschleppten Personen und der nichtdeutschen Flüchtlinge in Deutschland.

28. Juli 1948

2.*) Abkommen zwischen der amerikanischen Militärregierung und der IRO.

9. Juli 1947

Welfare

1. UN (UNICEF) Agreement between UNICEF and French, British and US Military Governments. Assistance and delivery of gifts to needy children in Germany. (Completed April 3 and June 22, 1949).

April 2, 1949

2. LICROSS (League of Red Cross Societies)—Agreement between LICROSS and US Military Government concerning gift shipments and welfare supplies.

June 14, 1947

Accords en matière d'assistance

1. Nations Unies (UNICEF). Accord entre l'UNICEF et les Gouvernements Militaires français, britannique et américain en Allemagne. Aide et envoi de colis-cadeaux aux enfants nécessiteux en Allemagne (Complété les 3 avril et 22 juin 1949).

2 avril 1949

2. LICROSS (Ligue des Sociétés de Croix-Rouge — Accord conclu entre LICROSS et le Gouvernement Militaire américain en Allemagne relatif aux expéditions de colis-cadeaux et de fournitures à titre d'assistance.

14 juin 1947

Wohlfahrt

1. UN (UNICEF) Abkommen zwischen UNICEF und der französischen, der britischen und der amerikanischen Militärregierung. Unterstützung und Übermittlung von Liebesgaben an bedürftige Kinder in Deutschland. (Fertiggestellt am 3. April und 22. Juni 1949.)

2. April 1949

2. LICROSS (Liga der Rotkreuz-Gesellschaften) — Abkommen zwischen LICROSS und der amerikanischen Militärregierung über Liebesgabensendungen und Lieferungen für Wohlfahrtszwecke.

14. Juni 1947

Travel Control

1. Central Rhine Commission:

Agreement concerning Rhine traffic —Issue of travel documents and control of movement of persons working in Rhine traffic.

1946

Contrôle de la circulation

1. Commission centrale du Rhin

Accord concernant le trafic rhénan. Délivrance de documents de circulation et contrôle du mouvement des personnes employées dans la navigation du Rhin.

1946

Reisekontrolle

1. Zentralkommission für die Rheinschiffahrt

Abkommen über den Verkehr auf dem Rhein — Ausstellung von Reiseausweisen und Kontrolle der Bewegung im Rheinverkehr beschäftigter Personen.

1946

MULTILATERAL AGREEMENTS

Transport

1. Accession by France, UK and US on behalf of their respective occupation zones in Germany to agreement on freedom of the road with regard to:

(a) freedom of transit for transport of goods by road;

(b) freedom of transport of goods by road other than in transit;

(c) freedom of international tourist traffic by road;

(d) the most liberal application of the authorization systems for all international passenger transport by road, and, in particular, for international tourist traffic services not falling under (c).

Recorded in the Minutes of the ECE working party—E/ECE/TRANS/32.

January 1, 1948

ACCORDS MULTILATÉRAUX

Transports

1. Accession par la France, le Royaume-Uni et les États-Unis pour le compte de leur zone respective en Allemagne à l'Accord sur la liberté de la route à:

a) la liberté de transit pour le transport routier de marchandises;

b) la liberté du transport routier de marchandises autres qu'en transit;

c) la liberté de circulation routière des touristes internationaux;

d) l'application la plus libérale des systèmes autorisant tout transport routier de voyageurs internationaux et, en particulier, en ce qui concerne les services touristiques internationaux ne tombant pas sous c).

(Inscrit dans les procès-verbaux du Groupe de Travail de la Commission économique pour l'Europe — E/ECE/TRANS/32).

1er janvier 1948

MEHRSEITIGE VERTRÄGE

Verkehr

1. Beitritt Frankreichs, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten für ihre Besatzungszonen in Deutschland zu dem Abkommen über die Freiheit des Straßenverkehrs betreffend:

(a) Freiheit des Transit-Güterverkehrs auf Straßen,

(b) Freiheit des Nicht-Transit-Güterverkehrs auf Straßen,

(c) Freiheit des internationalen Touristenverkehrs auf Straßen,

(d) Möglichst freiheitliche Anwendung der Genehmigungssysteme für den ganzen internationalen Fahrgastverkehr auf Straßen, insbesondere für die nicht unter (c) fallende internationale Touristenbeförderung.

(Aufgezeichnet in dem Protokoll der ECE Arbeitsgruppe — E/ECE/TRANS/32.)

1. Januar 1948

*) With the final liquidation of IRO this obligation will cease to exist.

*) L'obligation cessera d'exister lors de la liquidation définitive.

*) Mit der endgültigen Auflösung der IRO entfällt die Verpflichtung.

2. International Merchandises Convention.
International Passengers Convention.

(Reich was full member of both organizations. The Federal Republic is not, so far, a member but it implements the regulations of the Conventions).

2. Convention internationale sur les marchandises.
Convention internationale sur les voyageurs.

(Le Reich était membre à droits égaux de ces deux organisations. La République Fédérale n'est pas encore membre mais applique les règlements de ces Conventions).

2. Internationales Übereinkommen über den Güterverkehr;
Internationales Übereinkommen über den Personenverkehr.

(Das Reich war Vollmitglied beider Organisationen. Die Bundesrepublik ist bisher kein Mitglied, wendet jedoch die Bestimmungen der Übereinkommen an.)

Posts and Telecommunications

1. Agreements concerning international postal and telecommunications services relating to Germany as a whole, concluded by the Allied Control Authority with foreign administrations, in so far as replacement agreements or arrangements have not been put into application since then.

Postes et télécommunications

Accord relatif aux services internationaux — Postes et Télécommunications — concernant l'Allemagne dans son ensemble, conclu par l'Autorité Alliée de Contrôle avec des administrations étrangères dans la mesure où des accords de remplacement ou autres accords n'auraient pas depuis été mis en application.

Post- und Fernmeldewesen

Abkommen über internationale Post- und Fernmelde-Dienste, die sich auf Gesamtdeutschland beziehen und von der Alliierten Kontrollbehörde mit fremden Verwaltungen abgeschlossen wurden, soweit sie nicht durch Abkommen oder Abmachungen ersetzt sind, die inzwischen zur Anwendung gelangt sind.

Radio Frenquencies

1. International Administrative Aeronautical Conference, Geneva, 1948. Allocation of aviation frequencies. (Requirements were submitted and met for occupying forces services operated in support of civil aviation.)

Fréquences Radio

1. Conférence administrative aéronautique internationale, Genève 1948. Attribution de fréquences d'aviation. (Les besoins ont été soumis en ce qui concerne les services des Forces d'occupation travaillant au profit de l'aviation civile; satisfaction leur a été donnée).

Radio-Frequenzen

1. Internationale Verwaltungs-Luftfahrtkonferenz, Genf 1948. Zuteilung von Luftfahrtfrequenzen. (Anforderungen für die Dienste der Besatzungsstreitkräfte, die zur Unterstützung der zivilen Luftfahrt dienen, wurden unterbreitet und angenommen.)

Part II
Agreements out of Force

ALASKA

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications Agreement between US, UK and French Military Governments and the postal and telecommunications administration of Alaska.

Telephone Service.
April 15, 1949

Partie II
Accords non en vigueur

ALASKA

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et l'Administration des postes et télécommunications de l'Alaska.

Service téléphonique.
15 avril 1949

Teil II
Außer Kraft getretene Verträge

ALASKA

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs einerseits und der Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen von Alaska andererseits.
Fernsprechdienst.
15. April 1949

ALGERIA

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications Agreement between US, UK and French Military Governments and the postal and telecommunications administration of Algeria.

Telephone Service.
June 5, 1949

ALGÉRIE

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et l'Administration des postes et télécommunications de l'Algérie.
Service téléphonique.
5 juin 1949

ALGERIEN

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs und der Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen von Algerien.
Fernsprechdienst.
5. Juni 1949

ARGENTINA

Trade and Payments

1. Protocol governing Trade and Payments. US, UK and French Military Governments of Germany and the Government of the Argentine Republic

ARGENTINE

Commerce et paiements

1. Protocole réglementant le commerce et les paiements, conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Alle-

ARGENTINIEN

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Protokoll über den Handels- und Zahlungsverkehr zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und

effective from May 5, 1949 until March 31, 1950 and further supplemented by Trade and Payment Agreement between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Republic of the Argentine of June 9, 1950 for one year, subject to automatic extension unless termination notice is given.

magne et le Gouvernement de la République Argentine, en vigueur du 5 mai 1949 au 31 mars 1950; complété ultérieurement par l'Accord de commerce et de paiement intervenu entre le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République Argentine, le 9 juin 1950, pour une année, sujet à tacite reconduction sauf notification de résiliation.

Frankreichs für Deutschland und der Regierung der Argentinischen Republik. Wirksam vom 5. Mai 1949 bis zum 31. März 1950 und ergänzt durch das Handels- und Zahlungsabkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Argentinischen Republik vom 9. Juni 1950 für ein Jahr, mit selbsttätiger Verlängerung, falls nicht gekündigt.

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications Agreement between the US and UK Military Governments and Argentine.

Telegraph Service
November 24, 1947
November 26, 1947

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et l'Argentine.

Service télégraphique
24 novembre 1947
26 novembre 1947

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich und Argentinien.

Telegraphendienst.
24. November 1947
26. November 1947

AUSTRIA

Trade and Payments

1. Protocol between Austria and the US and UK Military Governments covering trade and payments between Austria and the US and UK Occupied Areas of Germany, of August 15, 1948, to remain in effect until August 14, 1949.

2. Agreed Minutes of discussions of April 14, 1949 between representatives of the Government of Austria and the Military Governors of the US, UK and French Occupied Areas of Germany amending the Payments Agreement of July 11, 1947 and extending it to include the French Zone of Occupation of Germany and the extension of the Protocol of August 15, 1948 to include trade between Austria and the French Zone of Germany.

3. Special Agreement of August 26, 1947 between the US and UK Military Governments of Germany and Austria concerning payment for coal and electricity between Austria and the UK and US Zones of Germany.

4. Payments Agreement between the US and UK Military Governments of Germany and Austria of July 11, 1947 extended on April 14, 1949 to include the French Zone of Occupation in Germany.

5. Agreed Minute of discussions of representatives of the Military Governments of Germany (US, UK and France) and the Austrian Federal

AUTRICHE

Commerce et paiements

1. Protocole entre l'Autriche et les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne sur le commerce et les paiements entre l'Autriche et les territoires occupés US/UK en Allemagne, du 15 août 1948, qui restera en vigueur jusqu'au 14 août 1949.

2. Procès-verbaux agréés des discussions, du 14 avril 1949, entre les représentants du Gouvernement d'Autriche et les Gouvernements Militaires des zones américaine, britannique et française d'occupation, amendant l'Accord sur les paiements, du 11 juillet 1947, et l'étendant à la zone française d'occupation en Allemagne et extension du Protocole du 15 août 1948 au commerce entre l'Autriche et la zone française d'occupation en Allemagne.

3. Accord spécial en date du 26 août 1947 entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et en Autriche concernant les paiements pour charbon et énergie électrique entre l'Autriche et les zones américaine et britannique en Allemagne.

4. Accord de paiements conclu entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et en Autriche, le 11 juillet 1947, et étendu, le 14 avril 1949 à la zone française d'occupation en Allemagne.

5. Procès-verbal agréé des discussions entre représentants des Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne

ÖSTERREICH

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Protokoll zwischen Österreich und den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs über den Handels- und Zahlungsverkehr zwischen Österreich und den Besatzungszonen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs in Deutschland vom 15. August 1948, mit Geltungsdauer bis zum 14. August 1949.

2. Vereinbartes Protokoll über die Besprechungen vom 14. April 1949 zwischen Vertretern der österreichischen Regierung und den Militärgouverneuren der Besatzungszonen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs in Deutschland zur Abänderung des Zahlungsabkommens vom 11. Juli 1947 und zu dessen Ausdehnung auf die französische Besatzungszone Deutschlands, sowie zur Ausdehnung des Protokolls vom 15. August 1948 auf den Handel zwischen Österreich und der französischen Besatzungszone Deutschlands.

3. Sonderabkommen vom 26. August 1947 zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs in Deutschland und Österreich über die Zahlungen für Kohle und Elektrizität zwischen Österreich und den Besatzungszonen des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten in Deutschland.

4. Zahlungsabkommen vom 11. Juli **1947 zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs in Deutschland und Österreich. Erweitert am 14. April 1949 zwecks Ausdehnung auf die französische Besatzungszone Deutschlands.**

5. Vereinbartes Protokoll über die Besprechungen von Vertretern der Militärregierungen in Deutschland (Vereinigte Staaten, Vereinigtes König-

Government of August 5, 1949 to cover period August 15, 1949 to August 14, 1950.

et le Gouvernement Fédéral d'Autriche, du 5 août 1949, valable pour la période du 15 août 1949 au 14 août 1950.

reich und Frankreich) und der österreichischen Bundesregierung vom 5. August 1949 für den Zeitraum vom 15. August 1949 bis zum 14. August 1950.

6. Agreement between the USA and Austria providing for the application of most favoured nations treatment to areas under occupation and control.

July 2, 1948

6. Accord entre les États-Unis et l'Autriche tendant à l'application de la clause de la nation la plus favorisée aux régions occupées et contrôlées.

2 juillet 1948

6. Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Österreich über die Anwendung der Meistbegünstigungsbehandlung auf besetzte und unter Kontrolle stehende Gebiete.

2. Juli 1948

Fuel and Power

1. Agreement between US/UK Military Governments and the Government of Austria. Exchange of Power.

July 7, 1947

(Since final rates in payment have not yet been determined there are certain obligations outstanding despite the expiry of the agreement.)

Combustibles et énergie

1. Accord entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et le Gouvernement d'Autriche. Échange d'énergie.

7 juillet 1947

(Étant donné que les tarifs définitifs de paiement n'ont pas encore été déterminés, certaines obligations restent encore en instance malgré l'expiration de l'accord).

Treibstoff und Kraft

1. Abkommen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs und der österreichischen Regierung. Austausch von Kraftstrom.

7. Juli 1947

(Da noch keine endgültige Festsetzung der Kurse für die Zahlung erfolgt ist, sind trotz Ablaufs des Abkommens gewisse Verpflichtungen noch nicht geregelt.)

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications Agreement between US, UK and French Military Governments and the postal and telecommunications administration of Austria.

Telephone Service.

August 31, 1949

2. Telecommunications Agreement between the US, UK and French Military Government and the postal and telecommunications administration of Austria.

Telegraph Service.

August 31, 1949

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et l'Administration des postes et télécommunications d'Autriche.

Service téléphonique.

31 août 1949

2. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et l'Administration des postes et télécommunications d'Autriche.

Service télégraphique.

31 août 1949

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs einerseits und der Verwaltung für das Fernmeldewesen von Österreich.

Fernsprechdienst.

31. August 1949

2. Abkommen über das Fermeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs einerseits und der österreichischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Telegraphendienst.

31. August 1949

Law and Repression of Crime

1. Agreement between the French element of the Allied High Commission and Austria concerning the renunciation by both parties of the collection of duties resulting from the execution of rogatory commissions.

February 14, 1950

Affaires judiciaires et pénales

1. Accord entre l'Élément français de la Haute Commission Alliée et l'Autriche tendant à la renonciation par les deux parties à la perception de droits sur l'exécution des commissions rogatoires.

14 février 1950

Recht und Unterdrückung von Verbrechen

1. Abkommen zwischen dem französischen Element der Alliierten Hohen Kommission und Österreich über den Verzicht beider Parteien auf die Einziehung von Gebühren für die Erledigung von Rechtshilfeersuchen.

14. Februar 1950

BAHAMAS

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications Agreement between US, UK and French Military Governments and the postal and telecommunications administration of the Bahamas.

Telephone Service.

April 15, 1949

LES BAHAMAS

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et l'Administration des postes et télécommunications des Bahamas.

Service téléphonique.

15 avril 1949

BAHAMA-INSELN

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs und der Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen der Bahama-Inseln.

Fernsprechdienst.

15. April 1949

BARBADOS

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications Agreement between US, UK and French Military Governments and the postal and telecommunications administration of Barbados.

Telephone Service.
April 15, 1949

BELGIUM

Trade and Payments

1. Memorandum on trade and commerce relations between the Belgo/Luxembourg Economic Union and the combined US and UK Zones of Occupation in Germany, signed in Brussels, February 20, 1947.

2. Report and Recommendations of the conference held at Berlin between representatives of the Belgo/Luxembourg Economic Union and of the Military Governments for Germany (US, UK) including a Protocol between the Belgian Government and on behalf of the Luxembourg Government and the Military Governments for Germany (US and UK) concerning trade between the Belgo/Luxembourg Economic Union and the US/UK Occupied Areas of Germany, signed in Berlin, October 25, 1947.

3. Payments agreement between Military Governments for Germany, US, UK and French, and Belgian Government acting in their name and in the name of the Grand Duchy of Luxembourg, covering payment for trade between the Belgian monetary area and the US, UK and French Occupied Areas of Germany, initialled January 21, 1949 to remain in force until December 31, 1949.

4. Additional Trade Protocol to the Trade Agreement between the Belgo/Luxembourg Economic Union and Military Governments for Germany (US/UK) dated August 6, 1948 and signed in Frankfurt, January 21, 1949.

5. Protocol between the Belgo/Luxembourg Economic Union and Military Governments for Germany, US, UK and French, amending Payments Agreement dated February 16, 1949 and signed in Brussels, June 11, 1949.

6. Amendments to the Protocol between the Belgo/Luxembourg Economic Union and Military Governments for Germany, US, UK and French, of July 1, 1949, signed at Frankfurt, November 16, 1949.

LA BARBADE

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et l'Administration des postes et télécommunications de la Barbade.

Service téléphonique.
15 avril 1949

BELGIQUE

Commerce et paiements

1. Mémorandum sur les relations commerciales entre l'Union économique belgo-luxembourgeoise et la bizone d'occupation (US/UK) en Allemagne, signé à Bruxelles, le 20 février 1947.

2 Rapport et recommandations de la conférence tenue à Berlin entre représentants de l'Union économique belgo-luxembourgeoise et représentants des Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne, comprenant un Protocole entre le Gouvernement belge agissant également au nom du Gouvernement luxembourgeois et les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne sur le commerce entre l'Union économique belgo-luxembourgeoise et les zones d'occupation américaine et britannique en Allemagne, signé à Berlin, le 25 octobre 1947.

3. Accord de paiements entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et le Gouvernement belge agissant en son nom propre et au nom du Grand-Duché de Luxembourg, concernant le paiement d'échanges commerciaux entre la zone monétaire belge et les zones d'occupation américaine, britannique et française en Allemagne, paraphé le 21 janvier 1949 et devant rester en vigueur jusqu'au 31 décembre 1949.

4. Protocole additionnel à l'Accord de commerce conclu entre l'Union économique belgo-luxembourgeoise et les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne, en date du 6 août 1948 et signé le 21 janvier 1949, à Francfort.

5. Protocole entre l'Union économique belgo-luxembourgeoise et les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne, amendant l'Accord de paiements du 16 février 1949, signé à Bruxelles, le 11 juin 1949.

6. Amendements du Protocole entre l'Union économique belgo-luxembourgeoise et les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne, du 1er juillet 1949, signé à Francfort, le 16 novembre 1949.

BARBADOS

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs und der Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen von Barbados.

Fernsprechdienst.
15. April 1949

BELGIEN

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Memorandum über die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion und den verbundenen Besatzungszonen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs in Deutschland. Unterzeichnet in Brüssel am 20. Februar 1947.

2. Bericht und Empfehlungen der in Berlin zwischen Vertretern der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion und der Militärregierungen für Deutschland (Vereinigte Staaten und Vereinigtes Königreich) abgehaltenen Konferenz, einschließlich eines Protokolls zwischen der belgischen Regierung auch im Namen der luxemburgischen Regierung und den Militärregierungen für Deutschland (Vereinigte Staaten und Vereinigtes Königreich) über den Handel zwischen der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion und den durch die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich besetzten Gebieten Deutschlands. Unterzeichnet in Berlin am 25. Oktober 1947.

3. Zahlungsabkommen zwischen den Militärregierungen für Deutschland (Vereinigte Staaten, Vereinigtes Königreich und Frankreich) und der belgischen Regierung im Namen des eigenen Staates und des Großherzogtums Luxemburg über Zahlungen aus dem Handel zwischen dem belgischen Währungsgebiet und dem von den Vereinigten Staaten, dem Vereinigten Königreich und Frankreich besetzten Gebiet Deutschlands. Paraphiert am 21. Januar 1949. Geltungsdauer bis 31. Dezember 1949.

4. Zusatzprotokoll zum Handelsabkommen zwischen der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion und den Militärregierungen für Deutschland (Vereinigte Staaten/Vereinigtes Königreich) vom 6. August 1948. Unterzeichnet in Frankfurt am 31. Januar 1949.

5. Protokoll zwischen der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion und den Militärregierungen für Deutschland (Vereinigte Staaten, Vereinigtes Königreich und Frankreich) in Abänderung des Zahlungsabkommens vom 16. Februar 1949. Unterzeichnet in Brüssel am 11. Juni 1949.

6. Abänderungen zu dem Protokoll zwischen der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion und den Militärregierungen für Deutschland (Vereinigte Staaten, Vereinigtes Königreich und Frankreich) vom 1. Juli 1949. Unterzeichnet in Frankfurt am 16. November 1949.

7. Second Additional Trade Protocol to the Trade Agreement between the Belgo/Luxembourg Economic Union and Military Governments of US/UK dated August 6, 1948 and signed in Brussels, June 11, 1949.

8. Second Additional Protocol to the Third Additional Trade Protocol to the Trade Agreement between the Belgo/Luxembourg Economic Union and Military Governments for Germany (US/UK) dated August 6, 1948 initialled in Frankfurt, October 21, 1950 and signed December 20, 1950.

9. Agreement between the USA and Belgium providing for the application of most favoured nations treatment to areas under occupation and control.

July 2, 1948

Travel Control

1. Agreement between the British Zone and Belgium in respect of the deportation of illegal frontier crossers.

September 17, 1947.

Labour

1. "Black Diamond" — HMG/IRO/ Belgian Government Agreement.

An agreement between the UK Government, Belgian Government and the International Refugee Organization concluded by the British element of CCG on behalf of H.M.G. for the admittance to Belgium of DPs from the British Zone of Germany. This agreement provides for the admission into Belgium of DPs (and their families) for work in the coal mines.

May 21, 1947 and

ratified by HMG September 3, 1947

Recruitment ceased as no further DPs were required.

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications Agreement between the US and UK Military Governments and the postal and telecommunications administrations of Belgium.

Telegraph Service.

August 27, 1947

2. Telecommunications agreement between the US and UK Military Governments and the postal and telecommunications administration of Belgium.

Telephone Service.

April 2, 1947

7. Deuxième Protocole additionnel à l'Accord de commerce entre l'Union économique belgo-luxembourgeoise et les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne, en date du 6 août 1948, signé à Bruxelles, le 11 juin 1949.

8. Deuxième Protocole additionnel au troisième Protocole de commerce additionnel à l'Accord de commerce entre l'Union économique belgo-luxembourgeoise et les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne, en date du 6 août 1948, paraphé à Francfort, le 21 octobre 1950 et signé le 20 décembre 1950.

9. Accord entre les États-Unis et la Belgique tendant à l'application du traitement de la clause de la nation la plus favorisée aux régions occupées et contrôlées.

2 juillet 1948

Contrôle de la circulation

1. Accord entre la zone britannique et la Belgique sur le refoulement de personnes traversant la frontière illégalement.

17 septembre 1947

Main-d'oeuvre

1. «Black Diamond» — Accord entre le Gouvernement de Sa Majesté, l'O.I.R. et le Gouvernement belge.

Accord entre le Gouvernement du Royaume-Uni, le Gouvernement belge et l'Organisation Internationale des Réfugiés, conclu par l'Élément britannique et la Commission de Contrôle en Allemagne au nom du Gouvernement de Sa Majesté sur l'admission en Belgique de personnes déplacées en provenance de la zone britannique d'Allemagne. Cet accord tend à l'admission en Belgique de personnes déplacées (et de leurs familles) pour travailler dans les mines de charbon.

21 mai 1947 et

ratifié par le Gouvernement de Sa Majesté le 3 septembre 1947.

Le recrutement fut interrompu une fois tous les besoins remplis.

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et l'Administration des postes et télécommunications de Belgique.

Service télégraphique.

27 août 1947

2. Accord sur les télécommunications entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et l'Administration des postes et télécommunications de Belgique.

Service téléphonique.

2 avril 1947

7. Zweites Zusatzprotokoll zum Handelsabkommen zwischen der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion und den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs vom 6. August 1948. Unterzeichnet in Brüssel am 11. Juni 1949.

8. Zweites Zusatzprotokoll zum Dritten Zusatzhandelsprotokoll zum Handelsabkommen zwischen der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion und den Militärregierungen für Deutschland (Vereinigte Staaten/Vereinigtes Königreich) vom 6. August 1948. Paraphiert in Frankfurt am 21. Oktober 1950. Unterzeichnet am 20. Dezember 1950.

9. Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und Belgien über die Anwendung der Meistbegünstigungsbehandlung auf die besetzten und unter Kontrolle stehenden Gebiete.

2. Juli 1948

Reisekontrolle

1. Abkommen zwischen der britischen Zone und Belgien über die Abschiebung von Personen, die illegal die Grenze überschreiten.

17. September 1947

Arbeit

1. „Schwarzer Diamant" Abkommen zwischen der Regierung Seiner Majestät, der belgischen Regierung und der IRO.

Ein Abkommen zwischen der Regierung des Vereinigten Königreichs, der belgischen Regierung und der Internationalen Flüchtlings-Organisation. Abgeschlossen vom britischen Element der Kontrollkommission für Deutschland im Namen der Regierung Seiner Majestät für die Aufnahme von verschleppten Personen aus der britischen Zone Deutschlands durch Belgien. Dieses Abkommen sieht vor, daß verschleppte Personen (und ihre Familien) in Belgien als Arbeiter für den Kohlenbergbau aufgenommen werden.

21. Mai 1947

Ratifiziert durch Ihrer Majestät Regierung am 3. September 1947.

Die Anwerbung wurde eingestellt, da keine weiteren verschleppten Personen angefordert wurden.

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreiches und den belgischen Verwaltungen für das Post- und Fernmeldewesen.

Telegraphendienst.

27. August 1947

2. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreiches und der belgischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Fernsprechdienst.

2. April 1947

3. Telecommunications agreement between Allied Control Authority and Postal and Telecommunications Administration of Belgium.

International telephone service.
February 1, 1948

3. Accord sur les télécommunications entre l'Autorité Alliée de Contrôle et l'Administration des postes et télécommunications de Belgique.

Service téléphonique international.
1er février 1948

3. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen der Alliierten Kontrollbehörde und der belgischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Internationaler Fernsprechdienst.
1. Februar 1948

4. Postal agreement between Allied Control Authority and Postal and Telecommunication Administration of Belgium.

Airmail service — incoming only.

December 15, 1947

4. Accord postal entre l'Autorité Alliée de Contrôle et l'Administration des postes et télécommunications de Belgique.

Poste aérienne — à l'arrivée seulement.
15 décembre 1947

4. Postabkommen zwischen der Alliierten Kontrollbehörde und der Verwaltung für das belgische Post- und Fernmeldewesen.

Luftpostdienst — nur in einer Richtung.
15. Dezember 1947

BELGIAN CONGO

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications Agreement between US, UK and French Military Governments and the postal and telecommunications administration of the Belgian Congo.

Telephone Service.
July 15, 1949

CONGO BELGE

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et l'Administration des postes et télécommunications du Congo belge.

Service téléphonique.
15 juillet 1949

BELGISCH-KONGO

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs und der Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen von Belgisch-Kongo.

Fernsprechdienst.
15. Juli 1949

BELGO-LUXEMBOURG

Trade and Payments

1. Agreement concerning trade between the French Zone of Germany and the Belgo-Luxembourg Economic Union.
March 6, 1948

2. Agreement concerning trade between the French Zone in Germany and the Belgium-Luxembourg Economic Union Supplemented by financial agreement and memorandum concerning the procedure of execution.
July 31, and August 1, 1947

Completed by agreed Minutes of the meeting of the Mixed Commission.

April 25, 1948

3. Agreement concerning trade between the French Zone of Germany and the Belgo-Luxembourg Economic Union.

Supplemented by financial agreement.
January 28, 1947

4. Protocol covering trade between the French Zone of Germany and Belgium. Supplemented by a financial agreement.
May 25, 1946

5. Protocol covering trade between the French Zone of Germany and Luxembourg.
March 9, 1946

UNION BELGO-LUXEMBOURGEOISE

Commerce et paiements

1. Accord sur le commerce entre la zone française d'Allemagne et l'Union économique belgo-luxembourgeoise.

6 mars 1948

2. Accord sur le commerce entre la zone française d'Allemagne et l'Union économique belgo-luxembourgeoise. Complété par un accord financier et un mémorandum au sujet de la procédure d'exécution.
31 juillet et 1er août 1947

Complété par les procès-verbaux agréés de la réunion de la Commission mixte.
25 avril 1948

3. Accord de commerce entre la zone française d'Allemagne et l'Union économique belgo-luxembourgeoise.

Complété par un accord financier.
28 janvier 1947

4. Protocole concernant les échanges commerciaux entre la zone française d'Allemagne et la Belgique.
Complété par un accord financier.
25 mai 1946

5. Protocole concernant les échanges commerciaux entre la zone française d'Allemagne et le Luxembourg.
9 mars 1946

BELGIEN-LUXEMBURG

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Handelsabkommen zwischen der französischen Zone Deutschlands und der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion.
6. März 1948

2. Handelsabkommen zwischen der französischen Zone in Deutschland und der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion. Ergänzt durch ein Finanzabkommen und ein Memorandum über das Ausführungsverfahren.
31. Juli und 1. August 1947

Vervollständigt durch das vereinbarte Protokoll über die Sitzung der Gemischten Kommission.
25. April 1948

3. Handelsabkommen zwischen der französischen Zone Deutschlands und der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion.

Ergänzt durch ein Finanzabkommen.
28. Januar 1947

4. Protokoll über den Handel zwischen der französischen Zone Deutschlands und Belgien. Ergänzt durch ein Finanzabkommen.

25. Mai 1946

5. Protokoll über den Handel zwischen der französischen Zone Deutschlands und Luxemburg.
9. März 1946

Additional protocol concerning trade between the French Zone of Germany and Luxembourg.

6. Agreed minutes of a meeting of the Mixed Commission between a delegation of the French Zone of Germany and the Belgo-Luxembourg Economic Union covering former trade agreements, initialled 10—11 June, 1947.

BERMUDAS

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications Agreement between US, UK and French Military Governments and the postal and telecommunications administration of the Bermudas.

Telephone Service.

April 15, 1949

BRAZIL

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications Agreement between the US and UK Military Governments and Brazil.

Telegraph Service (With Companhia Radiotelegrafica Brasileira, Nov. 26, 1947; Companhia Radio International do Brasil, Nov. 24, 1947).

BULGARIA

Trade and Payments

1. Memorandum on Trade and Commercial relations between the Government of the People's Republic of Bulgaria and the US and UK Areas of Germany, signed in Berlin, October, 1947.

2. Agreed Minutes of discussions of the Mixed Commission of Representatives of the People's Republic of Bulgaria and Military Governments for Germany (US/UK and French) regarding trade during the period September 1 — December 31, 1949, extending the Agreement signed on October 4, 1947.

CANADA

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the US and UK Military Governments and the postal and telecommunications administration of Canada.

Telephone Service.

April 30, 1947

Protocole additionnel concernant les échanges commerciaux entre la zone française d'Allemagne et le Luxembourg.

6. Procès-verbaux agréés d'une réunion de la Commission mixte avec une délégation de la zone française d'Allemagne et de l'Union économique belgo-luxembourgeoise relatifs aux anciens accords de commerce paraphés les 10 et 11 juin 1947.

LES BERMUDES

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et l'Administration des postes et télécommunications des Bermudes.

Service téléphonique.

15 avril 1949

BRÉSIL

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et le Brésil.

Service télégraphique (avec la Companhia Radiotelegrafica Brasileira, le 26 novembre 1947; avec la Companhia Radio International do Brasil, le 24 novembre 1947).

BULGARIE

Commerce et paiements

1. Mémorandum sur les relations commerciales entre le Gouvernement de la République populaire de Bulgarie et les zones d'occupation américaine et britannique d'Allemagne, signé à Berlin, en octobre 1947.

2. Procès-verbaux agréés des discussions de la Commission mixte des représentants de la République populaire de Bulgarie et des Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne, concernant le commerce pendant la période du 1er septembre au 31 décembre 1949, prorogeant l'Accord signé le 4 octobre 1947.

CANADA

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et l'Administration des postes et télécommunications du Canada.

Service téléphonique.

30 avril 1947

Zusatzprotokoll über den Handel zwischen der französischen Zone Deutschlands und Luxemburg.

6. Vereinbartes Protokoll einer Sitzung der Gemischten Kommission zwischen einer Delegation der französischen Zone Deutschlands und der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion über frühere Handelsabkommen. Paraphiert am 10.—11. Juni 1947.

BERMUDAS-INSELN

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs einerseits und der Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen der Bermudas-Inseln.

Fernsprechdienst.

15. April 1949

BRASILIEN

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs und Brasilien.

Telegraphendienst (Mit der Companhia Radiotelegrafica Brasileira, 26. November 1947; Companhia Radio International do Brasil, 24. November 1947).

BULGARIEN

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Memorandum über Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Regierung der Volksrepublik Bulgarien und den Zonen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs in Deutschland, unterzeichnet in Berlin, Oktober 1947.

2. Vereinbartes Protokoll über die Besprechungen der Gemischten Kommission aus Vertretern der Volksrepublik Bulgarien und der Militärregierungen für Deutschland (Vereinigte Staaten, Vereinigtes Königreich und Frankreich) über den Handel während des Zeitraums zwischen dem 1. September und dem 31. Dezember 1949, zur Verlängerung des am 4. Oktober 1947 unterzeichneten Abkommens.

KANADA

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs und der kanadischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Fernsprechdienst.

30. April 1947

CHILE

Trade and Payments

1. Payments agreement between the Government of the Republic of Chile and Military Governments of Germany, US, UK and French, initialled in Frankfurt, April 14, 1949.

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the US and UK Military Governments and Chile

Telegraph Service.
November 26, 1947

CHILI

Commerce et paiements

1. Accord de paiements entre le Gouvernement de la République du Chili et les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne, paraphé à Francfort, le 14 avril 1949.

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et le Chili.

Service télégraphique.
26 novembre 1947

CHILE

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Zahlungsabkommen zwischen der Regierung der Republik Chile und den Militärregierungen für Deutschland (Vereinigte Staaten, Vereinigtes Königreich und Frankreich) vom 14. April 1949.

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs und Chile.

Telegraphendienst.
26. November 1947

COLOMBIA

Trade and Payments

1. Agreement between Junta del Control de Cambios Importaciones Exportaciones of the Republic of Colombia and the US, UK and French Military Governments of Germany, initialled in Frankfurt on June 14, 1949.

2. Extension of Agreement of June 14, 1949 by Exchange of Letters between the Colombia Delegate and Verwaltung für Wirtschaft, dated Frankfurt February 2, 1950.

3. Agreement between the Federal Republic of Germany and the Junta Directa del Control de Cambios Importaciones Exportaciones of the Republic of Colombia, signed Frankfurt, June 15, 1950, to remain in force until June 30, 1951.

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the US and UK Military Governments and Colombia.

Telegraph Service.
November 24, 1947

COLOMBIE

Commerce et paiements

1. Accord conclu entre « Junta del Control de Cambios Importaciones y Exportaciones » de la République de Colombie et les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne, paraphé à Francfort, le 14 juin 1949.

2. Extension de l'Accord du 14 juin 1949 par un échange de lettres entre la délégation de la Colombie et la « Verwaltung für Wirtschaft », en date du 2 février 1950 (Francfort).

3. Accord entre la République fédérale d'Allemagne et la « Junta Directa del Control de Cambios Importaciones y Exportaciones » de la République de Colombie, signé à Francfort, le 15 juin 1950, devant rester en vigueur jusqu'au 30 juin 1951.

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et la Colombie.

Service télégraphique.
24 novembre 1947

KOLUMBIEN

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Abkommen zwischen der Junta del Control de Cambios Importaciones y Exportaciones der Republik Kolumbien und den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs für Deutschland Paraphiert in Frankfurt am 14. Juni 1949.

2. Erweiterung des Abkommens vom 14. Juni 1949 durch Briefwechsel zwischen dem kolumbianischen Delegierten und der Verwaltung für Wirtschaft, datiert Frankfurt, den 2. Februar 1950.

3. Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Junta Directa del Control de Cambios Importaciones y Exportaciones der kolumbianischen Republik. Unterzeichnet in Frankfurt am 15. Juni 1950. Gültig bis 30. Juni 1951.

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs und Kolumbien.

Telegraphendienst.
24. November 1947

KOREA

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between US, UK and French Military Governments and the postal and telecommunications administration of Korea.

Telephone Service.
July 15, 1949

CORÉE

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et l'Administration des postes et télécommunications de Corée.

Service téléphonique.
15 juillet 1949

KOREA

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs und der koreanischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Fernsprechdienst.
15. Juli 1949

COSTA RICA

Trade and Payments

1. Trade and Payments agreement between the Government of Costa Rica and Military Governments for Germany, US, UK and French, initialled in Frankfurt on August 15, 1949.

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between US, UK and French Military Governments and the postal and telecommunications administration ofCosta Rica.

Telephone Service.

April 15, 1949

COSTA-RICA

Commerce et paiements

1. Accord de commerce et de paiements conclu entre le Gouvernement de Costa-Rica et les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne, paraphé à Francfort, le 15 août 1949.

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et l'Administration des postes et télécommunications de Costa-Rica.

Service téléphonique.

15 avril 1949

COSTARICA

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Handels- und Zahlungsabkommen zwischen der Regierung von Costarica und den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs für Deutschland. Paraphiert in Frankfurt am 15. August 1949.

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs und der Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen von Costarica.

Fernsprechdienst.

15. April 1949

GOLD COAST

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the High Commission and the postal and telecommunications administration of the Gold Coast.

Telephone Service.

November 15, 1949

CÔTE DE L'OR

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre la Haute Commission Alliée et l'Administration des postes et des télécommunications de la Côte de l'Or.

Service téléphonique.

15 novembre 1949

GOLDKÜSTE

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen der Hohen Kommission und der Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen der Goldküste.

Fernsprechdienst.

15. November 1949

DENMARK

Trade and Payments

1. Protocol governing trade and payments between the Military Government of the French Zone and Denmark.

November 5, 1946

Trade agreement — Military Government of the French Zone and Denmark. Supplemented by a financial agreement.

July 22, 1948

2. Payments agreement dated October 5, 1947 between the Military Governments for Germany (US/UK) and the Royal Danish Government.

3. Agreement between US and UK Military Governments in respect of payments concerning trade between UK and US Zones of Germany and Denmark.

October 22, 1947

4. Protocol between the Royal Government of Denmark and Military Governments for Germany (US/UK) covering trade and payments between Denmark and the US/UK occupied Areas of Germany, initialled July 29, 1948, signed August 21, 1948.

DANEMARK

Commerce et paiements

1. Protocole réglementant le commerce et les paiements entre le Gouvernement Militaire de la zone française et le Danemark.

5 novembre 1946

Accord de commerce — Gouvernement Militaire de la zone française et le Danemark. Complété par un accord financier.

22 juillet 1948

2. Accord de paiements entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et le Gouvernement Royal du Danemark, du 5 octobre 1947.

3. Accord entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne relatif au règlement des échanges commerciaux entre les zones d'occupation américaine et britannique et le Danemark.

22 octobre 1947

4. Protocole entre le Gouvernement Royal du Danemark et les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne concernant le commerce et les paiements entre le Danemark et les zones d'occupation américaine et britannique d'Allemagne, paraphé le 29 juillet 1948, signé le 21 août 1948.

DÄNEMARK

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Protokoll über Handels- und Zahlungsverkehr zwischen der Militärregierung der französischen Zone und Dänemark.

5. November 1946

Handelsabkommen — Militärregierung der französischen Zone und Dänemark. Ergänzt durch ein Finanzabkommen.

22. Juli 1948

2. Zahlungsabkommen vom 5. Oktober 1947 zwischen den Militärregierungen für Deutschland (Vereinigte Staaten/Vereinigtes Königreich) und der Königlich-Dänischen Regierung.

3. Abkommen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs über Zahlungen im Handel zwischen den amerikanischen und britischen Zonen Deutschlands einerseits und Dänemark andererseits.

22. Oktober 1947

4. Protokoll zwischen der Königlich-Dänischen Regierung und den Militärregierungen für Deutschland (Vereinigte Staaten / Vereinigtes Königreich) über den Handels- und Zahlungsverkehr zwischen Dänemark und den von den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich besetzten deutschen Gebieten. Paraphiert am 29. Juli 1948, unterzeichnet am 21. August 1948.

5. Agreed Minutes of the discussion of the Mixed Commission between Denmark and the US/UK and French Occupied Areas of Germany, Frankfurt, initialled February 5, 1949.

5. Procès-verbaux agréés des discussions de la Commission mixte entre le Danemark et les zones d'occupation américaine, britannique et française d'Allemagne, paraphé à Francfort, le 5 février 1949.

5. Vereinbartes Protokoll über die Besprechungen der Gemischten Kommission zwischen Dänemark und den durch die Vereinigten Staaten, das Vereinigte Königreich und Frankreich besetzten Gebieten Deutschlands in Frankfurt. Paraphiert am 5. Februar 1949.

6. Additional Protocol to extend and amend the Payments agreement dated October 5, 1947, between Military Governments for Germany (US/UK) and the Royal Government of Denmark, covering payments for trade between Denmark and the US/UK Occupied Areas of Germany, as amended and presently in existence, initialled February 8, 1949.

6. Protocole additionnel en vue d'étendre et d'amender l'Accord de paiements du 5 octobre 1947 conclu entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et le Gouvernement Royal du Danemark, concernant le paiement des échanges commerciaux entre le Danemark et les zones d'occupation américaine et britannique d'Allemagne, modifié et actuellement en vigueur, paraphé le 8 février 1949.

6. Zusatzprotokoll zur Erweiterung und Abänderung des Zahlungsabkommens vom 5. Oktober 1947 zwischen den Militärregierungen für Deutschland (Vereinigte Staaten/Vereinigtes Königreich) und der Königlich-Dänischen Regierung über Zahlungen im Handelsverkehr zwischen Dänemark und den von den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich besetzten Gebieten Deutschlands in der abgeänderten, jetzt gültigen Fassung. Paraphiert am 8. Februar 1949.

7. Agreed memorandum between the Royal Danish Consul and the Joint Export/Import Agency, Frankfurt, signed in Frankfurt, June 3, 1949.

7. Mémorandum agréé entre le Consul royal du Danemark et la JEIA, Francfort, signé à Francfort, le 3 juin 1949.

7. Vereinbartes Memorandum zwischen dem Königlich-Dänischen Konsul und der Joint Export/Import Agency, Frankfurt. Unterzeichnet in Frankfurt am 3. Juni 1949.

8. Agreed Minutes of discussions of a Mixed Commission of representatives of the Royal Danish Government and the Military Governments for Germany (US/UK and French), signed in Copenhagen, July 15, 1949.

8. Procès-verbaux agréés des discussions d'une Commission mixte de représentants du Gouvernement Royal du Danemark et des Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne, signés à Copenhague, le 15 juillet 1949.

8. Vereinbartes Protokoll über die Besprechungen einer Gemischten Kommission aus Vertretern der Königlich-Dänischen Regierung und den Militärregierungen für Deutschland (Vereinigte Staaten/Vereinigtes Königreich und Frankreich). Unterzeichnet in Kopenhagen am 15. Juli 1949.

9. Payments agreement between Military Governments for Germany and the Royal Government of Denmark, covering payments for trade and services between Denmark and the US/UK and French Occupied Areas of Germany, initialled in Copenhagen, July 15, 1949, signed August 5, 1949.

9. Accord de paiements conclu entre les Gouvernements Militaires en Allemagne et le Gouvernement Royal du Danemark, concernant le paiement des échanges commerciaux et des services entre le Danemark et les zones d'occupation américaine, britannique et française en Allemagne. Paraphé à Copenhague, le 15 juillet 1949, signé le 5 août 1949.

9. Zahlungsabkommen zwischen den Militärregierungen für Deutschland und der Königlich-Dänischen Regierung über Zahlungen im Handelsverkehr und für Dienstleistungen zwischen Dänemark und den von den Vereinigten Staaten, dem Vereinigten Königreich und Frankreich besetzten Gebieten Deutschlands. Paraphiert in Kopenhagen am 15 Juli 1949. Unterzeichnet am 5. August 1949.

Note: Superseded by Payments agreement between the Allied High Commission for Germany and the Royal Danish Government, initialled in Frankfurt, November 25, 1949.

Note: Remplacé par l'Accord de paiements entre la Haute Commission Alliée en Allemagne et le Gouvernement Royal du Danemark, paraphé à Francfort, le 25 novembre 1949.

Anmerkung: Abgelöst durch das Zahlungsabkommen zwischen der Alliierten Hohen Kommission für Deutschland und der Königlich-Dänischen Regierung. Paraphiert in Frankfurt am 25. November 1949.

10. First additional protocol to the Protocol between the Royal Government of Denmark and the Military Governments for Germany, US/UK, covering trade and payments between Denmark and the US/UK Occupied Areas of Germany, of August 21, 1948, signed in Frankfurt, November 24, 1949.

10. Premier Protocole additionnel au Protocole entre le Gouvernement Royal du Danemark et les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne, concernant le commerce et les paiements entre le Danemark et les zones d'occupation américaine et britannique d'Allemagne, en date du 21 août 1948, signé à Francfort, le 24 novembre 1949.

10. Erstes Zusatzprotokoll zum Protokoll vom 21. August 1948 zwischen der Königlich-Dänischen Regierung und den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs für Deutschland über den Handels- und Zahlungsverkehr zwischen Dänemark und den von den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich besetzten Gebieten Deutschlands. Unterzeichnet in Frankfurt am 24. November 1949.

11. Agreement between the USA and Denmark providing for the application of most favoured nations treatment to areas under occupation and control.

July 2, 1948

11. Accord entre les États-Unis et le Danemark tendant à l'application de la clause de la nation la plus favorisée aux régions occupées et contrôlées.

2 juillet 1948

11. Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und Dänemark, wonach die Meistbegünstigungsbehandlung auf besetzte und unter Kontrolle stehende Gebiete angewandt werden soll.

2. Juli 1948

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between Allied Control Authority and Postal and Telecommunications administration of Denmark.

International telephone service.

February 1, 1948

2. Postal agreement between Allied Control Authority and Postal and Telecommunications administration of Denmark.

Airmail Service — incoming only.

April 15, 1947

Travel Control

1. Frontalier agreement between British 21st Army Group and Denmark.

April 3, 1946

IRO and DPs

1. Agreement between the French Military Government in the French Zone of Germany and Denmark concerning the transfer from Denmark to the French Zone of Germany of 12,000 German refugees.

November 26, 1947

2. Agreement between the French Military Government in the French Zone of Germany and Denmark concerning the transfer from Denmark to the French Zone of Germany of 15,000 German refugees.

July 16, 1947

3. Agreement between the French Military Government in the French Zone of Germany and Denmark concerning the transfer from Denmark to the French Zone of Germany of 15,000 German refugees.

October 1, 1948

4. Agreement between the French Military Government in the French Zone of Occupation and Denmark concerning the transfer from Denmark to the French Zone of Germany of 2.500 German refugees.

January 1, 1949

DOMINICAN REPUBLIC

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between US, UK and French Military Governments and the postal and telecommunications administration of Dominican Republic.

Telephone Service.

April 15, 1949

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre l'Autorité Alliée de Contrôle et l'Administration des postes et télécommunications du Danemark.

Service téléphonique international.

1er février 1948

2. Accord postal conclu entre l'Autorité Alliée de Contrôle et l'Administration des postes et des télécommunications du Danemark.

Poste aérienne — à l'arrivée seulement.

15 avril 1947

Contrôle de la circulation

1. Accord frontalier entre le 21ème Groupe d'armées britannique et le Danemark.

3 avril 1946

O.I.R. et Personnes Déplacées

1. Accord entre le Gouvernement Militaire français de la zone française d'Allemagne et le Danemark concernant le transfert en zone française d'Allemagne de 12.000 réfugiés allemands venant du Danemark.

26 novembre 1947

2. Accord entre le Gouvernement Militaire français de la zone française d'Allemagne et le Danemark concernant le transfert en zone française de 15.000 réfugiés allemands venant du Danemark.

16 juillet 1947

3. Accord entre le Gouvernement Militaire français de la zone française d'Allemagne et le Danemark concernant le transfert en zone française d'Allemagne de 15.000 réfugiés allemands venant du Danemark.

1er octobre 1948

4. Accord entre le Gouvernement Militaire français de la zone française d'occupation et le Danemark concernant le transfert en zone française d'Allemagne de 2.500 réfugiés allemands du Danemark.

1er janvier 1949

RÉPUBLIQUE DOMINICAINE

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et l'Administration des postes et des télécommunications de la République Dominicaine.

Service téléphonique.

15 avril 1949

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen der alliierten Kontrollbehörde und der dänischen Verwaltung des Post- und Fernmeldewesens.

Internationaler Fernsprechdienst.

1. Februar 1948

2. Postalisches Abkommen zwischen der alliierten Kontrollbehörde und der dänischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Luftpostdienst — nur eingehend.

15. April 1947

Reisekontrolle

1. Abkommen über den kleinen Grenzverkehr zwischen der 21. britischen Armeegruppe und Dänemark.

3. April 1946

IRO und verschleppte Personen

1. Abkommen zwischen der französischen Militärregierung in der französischen Zone Deutschlands und Dänemark über die Umsiedlung von 12 000 deutschen Flüchtlingen von Dänemark nach der französischen Zone Deutschlands.

26. November 1947

2. Abkommen zwischen der französischen Militärregierung in der französischen Zone Deutschlands und Dänemark über die Umsiedlung von 15 000 deutschen Flüchtlingen von Dänemark nach der französischen Zone Deutschlands.

16. Juli 1947

3. Abkommen zwischen der französischen Militärregierung in der französischen Zone Deutschlands und Dänemark über die Umsiedlung von 15 000 deutschen Flüchtlingen von Dänemark nach der französischen Zone Deutschlands.

1. Oktober 1948

4. Abkommen zwischen der französischen Militärregierung in der französi- Besatzungszone und Dänemark über die Umsiedlung von 2 500 deutschen Flüchtlingen von Dänemark nach der französischen Zone Deutschlands.

1. Januar 1949

DOMINIKANISCHE REPUBLIK

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs und der Verwaltung des Post- und Fernmeldewesens der Dominikanischen Republik.

Fernsprechdienst.

15. April 1949

EGYPT

Trade and Payments

1. Agreement between the Royal Egyptian Government and Military Governments for Germany (US/UK) concerning trade and payments between Egypt and US/UK occupied areas of Germany.

December 21, 1948

2. Payments agreement between Royal Egyptian Government and Military Governments for Germany (US/UK) covering the crediting and amortization of obligations resulting from trade between Egypt and the US/UK Occupied Areas of Germany, dated December 21, 1948.

3. Amendment to agreement between the Royal Egyptian Government and Military Governments of Germany (US/UK) of December 21, 1948, extending agreement to cover trade and payments between Egypt and the French Zone of Occupation in Germany.

4. Protocol to the agreement between the Royal Egyptian Government and Military Governments for Germany (US/UK and French), of December 21, 1948 and amended May 17, 1949, initialled Frankfurt, September 9, 1949, signed November 10, 1949.

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the High Commission and the postal and telecommunications administration of Egypt.

Telephone Service.

October 20, 1949

ECUADOR

Trade and Payments

1. Agreement between the Government of the Republic of Ecuador and the Allied High Commission for Germany, covering trade between Ecuador and the Federal Republic of Germany, initialled Frankfurt, October 25, 1949.

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between US, UK and French Military Governments and the postal and telecommunications administrations of Ecuador.

Telephone Service.

April 15, 1949

ÉGYPTE

Commerce et paiements

1. Accord entre le Gouvernement Royal de l'Égypte et les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne, concernant le commerce et les paiements entre l'Égypte et les zones d'occupation américaine et britannique d'Allemagne, en date du 21 décembre 1948.

2. Accord de paiements entre le Gouvernement Royal de l'Égypte et les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne, concernant l'ouverture de crédits et l'amortissement d'obligations résultant du commerce entre l'Égypte et les zones d'occupation américaine et britannique d'Allemagne, en date du 21 décembre 1948.

3. Amendement à l'Accord conclu entre le Gouvernement Royal de l'Égypte et les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne du 21 décembre 1948, étendant l'Accord au commerce et aux paiements entre l'Égypte et la zone française d'occupation d'Allemagne.

4. Protocole à l'Accord entre le Gouvernement Royal de l'Égypte et les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne du 21 décembre 1948, amendé le 17 mai 1949, paraphé à Francfort le 9 septembre 1949, signé le 10 novembre 1949.

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre la Haute Commission Alliée et l'Administration des postes et télécommunications de l'Égypte.

Service téléphonique.

20 octobre 1949

ÉQUATEUR

Commerce et paiements

1. Accord entre le Gouvernement de la République de l'Équateur et la Haute Commission Alliée en Allemagne, concernant le commerce entre l'Équateur et la République Fédérale d'Allemagne, paraphé à Francfort, le 25 octobre 1949.

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et l'Administration des postes et des télécommunications de l'Équateur.

Service téléphonique.

15 avril 1949

ÄGYPTEN

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Abkommen zwischen der Königlich-Ägyptischen Regierung und den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs für Deutschland über den Handels- und Zahlungsverkehr zwischen Ägypten und den von den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich besetzten Gebieten Deutschlands.

21. Dezember 1948

2. Zahlungsabkommen zwischen der Königlich-Ägyptischen Regierung und den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs für Deutschland über die Kreditierung und Amortisation von Verpflichtungen, die aus dem Handelsverkehr zwischen Ägypten und den von den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich besetzten Gebieten Deutschlands entstanden sind, vom 21. Dezember 1948.

3. Abänderung zu dem Abkommen zwischen der Königlich-Ägyptischen Regierung und den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs für Deutschland vom 21. Dezember 1948 zur Ausdehnung des Abkommens auf den Handels- und Zahlungsverkehr zwischen Ägypten und der französischen Besatzungszone Deutschlands.

4. Protokoll zu dem Abkommen zwischen der Königlich-Ägyptischen Regierung und den Militärregierungen für Deutschland (Vereinigte Staaten/Vereinigtes Königreich und Frankreich) vom 21. Dezember 1948 in der abgeänderten Fassung vom 17. Mai 1949. Paraphiert in Frankfurt am 9. September 1949. Unterzeichnet am 10. November 1949.

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen der Hohen Kommission und der ägyptischen Verwaltung für Post- und Fernmeldewesen.

Fernsprechdienst.

20. Oktober 1949

EKUADOR

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Abkommen zwischen der Regierung der Republik Ekuador und der Alliierten Hohen Kommission für Deutschland über den Handelsverkehr zwischen Ekuador und der Bundesrepublik Deutschland. Paraphiert in Frankfurt am 25. Oktober 1949.

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs und der Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen von Ekuador.

Fernsprechdienst.

15. April 1949

SPAIN

Trade and Payments

1. Supplement to trade agreement between the Government of Spain and the Military Governments of Germany, US, UK and French of February 1, 1949, initialled in Frankfurt on November 11, 1949.

2. Protocol between the Government of Spain and the Allied High Commission for Germany amending the payments agreement dated February 1, 1949, between the Government of Spain and Military Governments for Germany, US, UK and French, amending the payments agreement of February 1949, initialled Frankfurt, November 11, 1949.

3. Payments agreement between the Government of Spain and the Military Governments of US, UK and French Zones of Occupation in Germany, December 18, 1948, signed February 1949.

4. Trade agreement between the Government of Spain and the Military Governments of Germany, US, UK and French, December 18, 1948.

5. Agreement between the USA and Spain providing for the application of most favoured nations treatment to areas under occupation and control.

May 10, 1948

ESPAGNE

Commerce et paiements

1. Complément à l'Accord de commerce entre le Gouvernement espagnol et les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne, du 1er février 1949, paraphé à Francfort, le 11 novembre 1949.

2. Protocole entre le Gouvernement espagnol et la Haute Commission Alliée en Allemagne amendant l'Accord de paiements du 1er février 1949 entre le Gouvernement espagnol et les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne, amendant l'Accord de paiements du 1er février 1949, paraphé à Francfort, le 11 novembre 1949.

3. Accord de paiements entre le Gouvernement espagnol et les Gouvernements Militaires des zones d'occupation américaine, britannique et française en Allemagne, du 18 décembre 1948, signé en février 1949.

4. Accord de commerce entre le Gouvernement espagnol et les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne, 18 décembre 1948.

5. Accord entre les États-Unis et l'Espagne tendant à l'application de la clause de la nation la plus favorisée aux régions sous occupation et contrôle.

10 mai 1948

SPANIEN

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Zusatzabkommen zum Handelsabkommen zwischen der spanischen Regierung und den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs für Deutschland vom 1. Februar 1949. Paraphiert in Frankfurt am 11. November 1949.

2. Protokoll zwischen der spanischen Regierung und der Alliierten Hohen Kommission für Deutschland in Abänderung des Zahlungsabkommens vom 1. Februar 1949 zwischen der spanischen Regierung und den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs für Deutschland in Abänderung des Zahlungsabkommens vom Februar 1949. Paraphiert in Frankfurt am 11. November 1949.

3. Zahlungsabkommen zwischen der spanischen Regierung und den Militärregierungen der Besatzungszonen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs in Deutschland vom 18. Dezember 1948. Unterzeichnet im Februar 1949.

4. Handelsabkommen zwischen der spanischen Regierung und den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs für Deutschland.

18. Dezember 1948

5. Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und Spanien, wonach die Meistbegünstigungsklausel auf besetzte und unter Kontrolle stehende Gebiete angewandt werden soll.

10. Mai 1948

Posts and Telecommunications

1. Postal agreement between the US, UK and French Military Governments and the postal and telecommunications administration of Spain.

International postal service.

September 1, 1948

(extended to Western Sectors of Berlin on October 15, 1948.)

2. Telecommunications agreement between the US, UK and French Military Governments and the postal and telecommunications administration of Spain and possessions.

Telephone Service.

September 15, 1949

3. Telecommunications agreement between the High Commission and the postal and telecommunications administration of Spain.

Telegraph Service.

December 1, 1949

Postes et télécommunications

1. Accord postal entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et l'Administration des postes et des télécommunications d'Espagne.

Service postal international.

1er septembre 1948

(étendu aux secteurs occidentaux de Berlin, le 15 octobre 1948)

2 Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et l'Administration des postes et des télécommunications d'Espagne et ses possessions.

Service téléphonique.

15 septembre 1949

3. Accord sur les télécommunications conclu entre la Haute Commission Alliée et l'Administration des postes et des télécommunications d'Espagne.

Service télégraphique.

1er décembre 1949

Post- und Fernmeldewesen

1. Postabkommen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs und der spanischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Internationaler Postdienst.

1. September 1948

(Am 15. Oktober 1948 auf die Westsektoren von Berlin ausgedehnt.)

2. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs und der Verwaltung des Post- und Fernmeldewesens in Spanien und seinen Besitzungen.

Fernsprechdienst.

15. September 1949

3. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen der Hohen Kommission und der spanischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Telegraphendienst.

1. Dezember 1949

UNITED STATES

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the US and UK Military Governments and the United States.

Telegraph Service

With the Commercial Cable Co., Inc. November 26, 1947

With Western Union Telegraph Co. November 29, 1947

RCA Communications, Inc. October 11, 1947

McKay Radio and Telegraph Co. October 18, 1947.

2. Telecommunications agreement between the US and UK Military Governments and the United States.

Telegraph Service. February 1, 1948

(With American Telephone and Telegraph Co.)

3. Postal agreement between Allied Control Authority and postal and telecommunications administration of the US.

Airmail service — incoming only. September 15, 1946

ÉTATS-UNIS

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et les États-Unis.

Service télégraphique

avec Commercial cable Co., Inc. 26 novembre 1947,

avec Western Union Telegraph Co. 29 novembre 1947,

avec RCA Communication, Inc. 11 octobre 1947,

avec McKay Radio and Telegraph Co. 18 octobre 1947.

2. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et les États-Unis.

Service télégraphique. 1er février 1948

(avec American Telephone and Telegraph Co.)

3. Accord postal entre l'Autorité Alliée de contrôle et l'Administration des postes et des télécommunications des États-Unis.

Poste aérienne — arrivée seulement. 15 septembre 1946

VEREINIGTE STAATEN

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs einerseits und den Vereinigten Staaten andererseits.

Telegraphendienst

mit der Commercial Cable Co., Inc. 26. November 1947

mit Western Union Telegraph Co. 29. November 1947

RCA Communications, Inc. 11. Oktober 1947

McKay Radio and Telegraph Co. 18. Oktober 1947.

2. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs einerseits und den Vereinigten Staaten andererseits.

Telegraphendienst. 1. Februar 1948

(Mit der American Telephone and Telegraph Co.)

3. Postabkommen zwischen der Alliierten Kontrollbehörde und der Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen der Vereinigten Staaten.

Luftpostdienst — nur eingehend. 15. September 1946

FINLAND

Trade and Payments

1. Memorandum on Trade and Commercial relations between Finland and the combined British and US Zones of Occupation in Germany, signed in Berlin, August 1947.

Note: Superseded by Trade agreement between the Government of Finland and the Military Governments of Germany (US, UK and French) initialled February 3, 1949.

2. Payments agreement of September 12, 1947, between Finland and the combined US/UK Zones of Occupation in Germany.

Note: Superseded by Payments agreement between the Government of Finland and Military Governments for Germany (US, UK and French) signed February 3, 1949.

3. Agreed Minutes of meetings between reprensentatives of the Government of Finland and representatives of the Joint Export/Import Agency, signed Frankfurt, June 25, 1948.

Note: Superseded by Trade agreement between the Government of Finland and the Military Governments of Germany (US/UK and French) initialled February 3, 1949.

FINLANDE

Commerce et paiements

1. Mémorandum concernant les échanges commerciaux entre la Finlande et la bizone d'occupation (US/UK) d'Allemagne, signé à Berlin, en août 1947.

Note: remplacé par l'Accord de commerce entre le Gouvernement de Finlande et les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne, paraphé le 3 février 1949.

2. Accord de paiements du 12 septembre 1947 entre la Finlande et la bizone d'occupation (US/UK) d'Allemagne.

Note: remplacé par l'Accord de paiements entre le Gouvernement de Finlande et les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne, signé le 3 février 1949.

3. Procès-verbaux agréés de réunions entre représentants du Gouvernement de Finlande et représentants de la JEIA, signés à Francfort, le 25 juin 1948.

Note: remplacé par l'Accord de commerce entre le Gouvernement de Finlande et les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne, paraphé le 3 février 1949.

FINNLAND

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Memorandum über Handelsbeziehungen zwischen Finnland und den vereinigten britischen und amerikanischen Besatzungszonen Deutschlands. Unterzeichnet in Berlin im August 1947.

Anmerkung: Ersetzt durch das Handelsabkommen zwischen der Finnischen Regierung und den Militärregierungen Deutschlands (amerikanisch, britisch und französisch). Paraphiert am 3. Februar 1949.

2. Zahlungsabkommen vom 12. September 1947 zwischen Finnland und den vereinigten amerikanischen und britischen Besatzungszonen Deutschlands.

Anmerkung: Ersetzt durch das Handelsabkommen zwischen der Finnischen Regierung und den Militärregierungen für Deutschland (amerikanisch, britisch und französisch). Unterzeichnet am 3. Februar 1949.

3. Vereinbartes Protokoll über die Sitzungen der Vertreter der Finnischen Regierung und Vertreter der Joint Export/Import Agency. Unterzeichnet in Frankfurt am 25. Juni 1948.

Anmerkung: Ersetzt durch das am 3. Februar 1949 paraphierte Handelsabkommen zwischen der finnischen Regierung und den Militärregierungen für Deutschland (amerikanisch, britisch und französisch).

4. Trade Agreement between the Government of Finland and the Military Governments of Germany, US, UK and French, initialled February 3, 1949.

Note: This Agreement supersedes the Memorandum on Trade and Commercial Relations between Finland and the Combined British and US Zones of Occupation in Germany, dated August 5, 1947, and Agreed Minutes between the Government of Finland and representatives of the Joint Export/Import Agency, dated June 26, 1948.

5. Exchange of letters between the Director General of JEIA and the Finnish Consul covering conversations regarding the Trade and Payments Agreement in force and supplementing these Agreements, signed Frankfurt, July 11, 1949.

6. First Additional Protocol to the Trade agreement concluded on February 3, 1949 between the Government of Finland and the Military Governments for Germany, US/UK and French, initialled Frankfurt, December 17, 1949, signed May 27, 1950.

7. Second Additional Protocol to the Trade Agreement between the American, British and French Military Governments of Germany and the Government of Finland, dated February 3, 1949, initialled December 1950 and signed January 28, 1951.

8. Supplementary Additional Protocol to the Second Additional Protocol dated January 25, 1951, initialled in Bonn, May 19, 1951.

9. Payments agreement between the Government of Finland and the Military Governments for Germany, US, UK and French, signed February 3, 1949. This agreement supersedes Payment Agreement of September 12, 1947, between the Military Governments for Germany, US, UK and Government of Finland.

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the US and UK Military Governments and the postal and telecommunications administration of Finland.

Telephone Service.
January 1, 1949

2. Telecommunications agreement between the US and UK Military Governments and the postal and telecommunications administration of Finland.

Telegraph Service.
August 19, 1947

4. Accord de commerce entre le Gouvernement de Finlande et les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne, paraphé le 3 février 1949.

Note: cet accord remplace le mémorandum concernant les échanges commerciaux entre la Finlande et la bizone d'occupation (US/UK) d'Allemagne, en date du 5 août 1947 et les procès-verbaux agréés entre le Gouvernement de Finlande et les représentants de la JEIA, en date du 26 juin 1948.

5. Échange de lettres entre le directeur général de la JEIA et le consul de Finlande sur les accords de commerce et de paiements en vigueur et complétant ces accords, signé à Francfort, le 11 juillet 1949.

6. Premier Protocole additionnel à l'Accord de commerce conclu le 3 février 1949 entre le Gouvernement de Finlande et les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne, paraphé à Francfort, le 17 décembre 1949, signé le 27 mai 1950.

7. Deuxième Protocole additionnel à l'Accord de commerce entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et le Gouvernement de Finlande, en date du 3 février 1949, paraphé en décembre 1950 et signé le 28 janvier 1951.

8. Protocole additionnel supplémentaire au deuxième Protocole additionnel du 25 janvier 1951, paraphé à Bonn, le 19 mai 1951.

9. Accord de paiements conclu entre le Gouvernement de Finlande et les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne, signé le 3 février 1949. Cet accord remplace l'Accord de paiements du 12 septembre 1947, conclu entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et le Gouvernement de Finlande.

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et l'Administration des postes et des télécommunications de Finlande.

Service téléphonique.
1er janvier 1949

2. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et l'Administration des postes et des télécommunications de Finlande.

Service télégraphique.
19 août 1947

4. Handelsabkommen zwischen der Finnischen Regierung und den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs für Deutschland. Paraphiert am 3. Februar 1949.

Anmerkung: Dieses Abkommen tritt an die Stelle des Memorandums über die Handelsbeziehungen zwischen Finnland und den vereinigten britischen und amerikanischen Besatzungszonen Deutschlands vom 5. August 1947 und des vereinbarten Protokolls zwischen der Finnischen Regierung und Vertretern der Joint Export/Import Agency vom 26. Juni 1948.

5. Briefwechsel zwischen dem Generaldirektor der JEIA und dem finnischen Konsul über die Besprechungen hinsichtlich des bestehenden Abkommens über den Handels- und Zahlungsverkehr und in Ergänzung dieser Abkommen. Unterzeichnet in Frankfurt am 11. Juli 1949.

6. Erstes Zusatzprotokoll zu dem am 3. Februar 1949 abgeschlossenen Abkommen zwischen der Finnischen Regierung und den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs für Deutschland. Paraphiert in Frankfurt am 17. Dezember 1949, unterzeichnet am 27. Mai 1950.

7. Zweites Zusatzprotokoll zum Handelsabkommen zwischen den amerikanischen, britischen und französischen Militärregierungen Deutschlands und der Finnischen Regierung vom 3. Februar 1949. Paraphiert im Dezember 1950 und unterzeichnet am 28. Januar 1951.

8. Ergänzungsprotokoll zum Zweiten Zusatzprotokoll vom 25. Januar 1951. Paraphiert in Bonn am 19. Mai 1951.

9. Zahlungsabkommen zwischen der Finnischen Regierung und den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs für Deutschland. Unterzeichnet am 3. Februar 1949. Dieses Abkommen tritt an die Stelle des Zahlungsabkommens zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs für Deutschland und der Finnischen Regierung vom 12. September 1947.

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs und der Finnischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Fernsprechdienst.
1. Januar 1949

2. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Regierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs und der Finnischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Telegraphendienst.
19. August 1947

FRANCE

Transport

1. Rolling stock exchange agreements between France and the French Military Government in Germany, and between France and the US and UK Military Governments in Germany, March 18, 1948.

Trade and Payments

1. Protocol concerning frontalier trade and exchange of facilities between the French Rhine and Moselle Departments and the Land of Baden.

September 29, 1948

2. Agreed Minutes relating to trade negotiations between Delegations repressenting the French Government and the US, UK and French Military Governors in Germany, signed July 21, 1949.

3. Additional Protocol to the Payments Agreement concluded on December 16, 1948, between the Government of the French Republic and the US, UK and French Military Governors in Germany.

4. Trade Agreement between the French Government and the US, UK and French Military Governors in Germany, initialled Frankfurt, July 21, 1949, signed August 5, 1949.

5. Protocol modifying the Payments Agreement of December 16, 1948 between the Government of the French Republic and the US, UK and French Military Governors of Germany, initialled May 21, 1949.

6. Agreed Minutes of a Mixed Commission of the US, UK and French Military Governments of Germany, and the French Government, signed Frankfurt, February 26, 1949.

7. Payments Agreement between the French Government and the Military Governors of the US, UK and French Occupied Areas of Germany, initialled in Berlin, November 1948, signed December 16, 1948.

8. Trade Agreement between the US, UK and French Military Governors of Germany and the French Government initialled in Berlin, November 1948, remaining in force until June 30, 1949.

9. Memorandum of a meeting between the US and British Authorities in Germany and a Delegation representing the French Government convened to discuss commercial and

FRANCE

Transports

1. Accords sur l'échange de matériel roulant entre la France et le Gouvernement Militaire français en Allemagne, et entre la France et les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne, le 18 mars 1948.

Commerce et paiements

1. Protocole concernant le commerce frontalier et l'échange de prestations entre les départements français du Rhin et de la Moselle et le Land de Bade.

29 septembre 1948

2. Procès-verbal agréé sur les négociations commerciales entre des délégations représentant le Gouvernement français et les Gouverneurs Militaires américain, britannique et français en Allemagne; signé le 21 juillet 1949.

3. Protocole additionnel à l'Accord de paiements conclu le 16 décembre 1948 entre le Gouvernement de la République française et les Gouverneurs Militaires américain, britannique et français en Allemagne, paraphé le 21 juillet 1949.

4. Accord de commerce entre le Gouvernement français et les Gouverneurs Militaires américain, britannique et français en Allemagne, paraphé à Francfort, le 21 juillet 1949, signé le 5 août 1949.

5. Protocole modifiant l'Accord de paiements du 16 décembre 1948, conclu entre le Gouvernement de la République française et les Gouverneurs Militaires américain, britannique et français en Allemagne, paraphé le 21 mai 1949.

6. Procès-verbaux agréés d'une Commission mixte des Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne, et le Gouvernement français, signé à Francfort, le 26 février 1949.

7. Accord de paiements entre le Gouvernement français et les Gouverneurs Militaires américain, britannique et français en Allemagne, paraphé à Berlin, en novembre 1948, signé le 16 décembre 1948.

8. Accord de commerce entre les Gouverneurs Militaires américain, britannique et français en Allemagne et le Gouvernement français, paraphé à Berlin, en novembre 1948, restant en vigueur jusqu'au 30 juin 1949.

9. Mémorandum d'une réunion entre les Autorités américaines et britanniques en Allemagne et une délégation représentant le Gouvernement français convoquée afin de discuter

FRANKREICH

Transport

1. Abkommen zwischen Frankreich und der französischen Militärregierung in Deutschland sowie zwischen Frankreich und den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs in Deutschland über den Austausch von rollendem Material.

18. März 1948

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Protokoll über den Handelsverkehr im Grenzgebiet und die gegenseitige Gewährung von Erleichterungen zwischen den französischen Departements Rhein und Mosel und dem Land Baden.

29. September 1948

2. Vereinbartes Protokoll über Handelsbesprechungen zwischen Delegationen der französischen Regierung und der amerikanischen, britischen und französischen Militärgouverneure in Deutschland. Unterzeichnet am 21. Juli 1949.

3. Zusatzprotokoll zu dem am 16. Dezember 1948 zwischen der Regierung der Französischen Republik und den amerikanischen, britischen und französischen Gouverneuren in Deutschland abgeschlossenen Zahlungsabkommen. Paraphiert am 21. Juli 1949.

4. Handelsabkommen zwischen der französischen Regierung und den amerikanischen, britischen und französischen Militärgouverneuren in Deutschland. Paraphiert in Frankfurt am 21. Juli 1949. Unterzeichnet am 5. August 1949.

5. Protokoll in Abänderung des Zahlungsabkommens vom 16. Dezember 1948 zwischen der Regierung der Französischen Republik und den amerikanischen, britischen und französischen Militärgouverneuren in Deutschland. Paraphiert am 21. Mai 1949.

6. Vereinbartes Protokoll einer Gemischten Kommission (bestehend aus Vertretern) der amerikanischen, britischen und französischen Militärregierung für Deutschland und der französischen Regierung. Unterzeichnet in Frankfurt am 26. Februar 1949.

7. Zahlungsabkommen zwischen der französischen Regierung und den Militärgouverneuren der von den Vereinigten Staaten, dem Vereinigten Königreich und Frankreich besetzten Gebiete Deutschlands. Paraphiert in Berlin im November 1948. Unterzeichnet am 16. Dezember 1948.

8. Handelsabkommen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs in Deutschland und der französischen Regierung. Paraphiert in Berlin im November 1948. Gültig bis zum 30. Juni 1949.

9. Memorandum über eine Sitzung der amerikanischen und britischen Behörden in Deutschland und einer die französische Regierung vertretenden Delegation, die anberaumt worden war zur

financial problems affecting the Combined US/UK Zones of Occupation in Germany and the French Union, signed in Paris, May 21, 1947.

10. Agreement between the USA and France providing for the application of most favoured nations treatment to areas under occupation and control.

June 28, 1948

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the US and UK Military Governments and the postal and telecommunications administration of France.

Telephone and telegraph.
April 28, 1947

Labour

1. Technical agreement between French and US Military Governments concerning the recruiting in the US Zone of workers for France.

February 5, 1948

2. Agreement between French Government and IRO concerning the recruiting of workers for France and Algeria.

January 18, 1948

3. Technical agreement between French and British Military governments concerning recruiting in the British Zone of workers for France.

December 15, 1947

4. Recruitment agreement between the US Military Government and the Government of France.

An agreement concluded between the US military Government and the Government of France (as embodied in the exchange of letters on October 25, 1947) on recruitment of German workers in the US Zone of Germany for work in France. This agreement is supplemented by the technical agreement between the US Military Government and the Government of France dated February 5, 1948. This agreement provides for the recruitment of not more than 20.000 workers from the US Zone of Germany for employment in France.

5. Anglo-French Agreement.

An agreement for the recruitment of German and Displaced Persons workers concluded between UK and French Governments on 29/30 September 1947 supplemented by a technical agreement between the British and

les problèmes commerciaux et financiers affectant la bizone (US/UK) d'Allemagne et l'Union française, signé à Paris, le 21 mai 1947.

10. Accord entre les États-Unis et la France tendant à l'application de la clause de la nation la plus favorisée aux régions occupées et contrôlées.

28 juin 1948

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et l'Administration des postes et des télécommunications de France.

Téléphone et télégraphe.
28 avril 1947

Main-d'œuvre

1. Accord technique entre les Gouvernements Militaires français et américain concernant le recrutement en zone américaine de main-d'œuvre pour la France.

5 février 1948

2. Accord entre le Gouvernement français et l'O.I.R. concernant le recrutement de main-d'œuvre pour la France et l'Algérie.

18 janvier 1948

3. Accord technique entre les Gouvernements Militaires français et britannique concernant le recrutement en zone britannique de main-d'œuvre pour la France.

15 décembre 1947

4. Accord de recrutement entre le Gouvernement Militaire américain et le Gouvernement français.

Accord conclu entre le Gouvernement Militaire américain et le Gouvernement français (comme indiqué dans l'échange de lettres du 25 octobre 1947) sur le recrutement de travailleurs allemands de la zone américaine d'Allemagne pour travailler en France. Cet accord est complété par un accord technique entre le Gouvernement Militaire américain et le Gouvernement français, en date du 5 février 1948. Cet accord prévoit le recrutement de 20.000 travailleurs au total de la zone américaine d'Allemagne pour être employés en France.

5. Accord anglo-français.

Accord ayant pour but le recrutement de travailleurs allemands et de personnes déplacées conclu entre les Gouvernements britannique et français les 29 et 30 septembre 1947, complété par un accord technique entre

Erörterung von Fragen kommerzieller und finanzieller Art, welche die vereinigten amerikanischen und britischen Besatzungszonen Deutschlands und die Französische Union berühren. Unterzeichnet in Paris am 21. Mai 1947.
28. Juni 1948

10. Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich, wonach die Meistbegünstigungsbehandlung auch auf besetztes und unter Kontrolle stehende Gebiete Anwendung finden soll.

28. Juni 1948

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs und der französischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Fernsprech- und Telegraphendienst.
28. April 1947

Arbeit

1. Technisches Abkommen zwischen den Militärregierungen Frankreichs und der Vereinigten Staaten über die Anwerbung von Arbeitskräften für Frankreich in der amerikanischen Besatzungszone.

5. Februar 1948

2. Abkommen zwischen der französischen Regierung und der IRO über die Anwerbung von Arbeitskräften für Frankreich und Algerien.

18. Januar 1948

3. Technisches Abkommen zwischen den französischen und britischen Militärregierungen über die Anwerbung von Arbeitskräften für Frankreich in der britischen Zone.

15. Dezember 1947

4. Anwerbungsabkommen zwischen der amerikanischen Militärregierung und der französischen Regierung.

Ein zwischen der amerikanischen Militärregierung und der französischen Regierung abgeschlossenes Abkommen (wie niedergelegt in dem Schriftwechsel vom 25. Oktober 1947) über die Anwerbung von deutschen Arbeitskräften in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands für die Arbeit in Frankreich. Dieses Abkommen wird ergänzt durch das technische Abkommen zwischen der amerikanischen Militärregierung und der französischen Regierung vom 5. Februar 1948. Dieses Abkommen sieht die Anwerbung von höchstens 20 000 Arbeitern in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands zur Beschäftigung in Frankreich vor.

5. Englisch-französisches Abkommen.

Ein am 29./30. September 1947 zwischen den Regierungen des Vereinigten Königreichs und Frankreichs geschlossenes Abkommen über die Anwerbung deutscher und DP-Arbeiter. Ergänzt durch ein technisches Abkom-

French Commanders in Chief in Germany dated December 15, 1947.

September 29/30, 1947

Recruitment of 25.000 German workers from British Zones of Germany and 12.500 DPs from British Zones of Germany and Austria and 12.500 Volksdeutsche from British Zone of Austria and Poles from UK.

War Dead

1. Agreement between French and US Commanders-in-Chief. Repatriation of bodies of French nationals who died in Germany.

July 13, 1948

GAMBIA

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the High Commission and the postal and telecommunications administration of Gambia.

Telephone Service.

November 15, 1949

GIBRALTAR

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the US, UK and French Military Governments and the postal and telecommunications administration of Gibraltar.

Telephone Service.

September 15, 1949

GREECE

Trade and Payments

1. Agreed Minutes of discussions of Mixed Commission of representatives of the Royal Greek Government and of Military Governments for Germany, US, UK and French, initialled in Frankfurt, July 25, 1949.

2. Protocol to the Payments agreement dated March 16, 1949 between Military Governments for Germany, US, UK and French and the Royal Greek Government, initialled July 25, 1949.

3. Memorandum on Trade and Commercial Relations between the Royal Government of Greece and the combined US, UK Zones of Occupation in Germany, signed in Athens, November, 1947.

4. Protocol covering trade between the French Zone and Greece supplemented by financial agreement.

April 23, 1948

les Commandants en Chef britannique et français en Allemagne, en date du 15 décembre 1947.

29 et 30 décembre 1947

Recrutement de 25.000 travailleurs allemands de la zone britannique d'Allemagne et de 12.500 personnes déplacées des zones britanniques d'Allemagne et d'Autriche et de 12.500 personnes d'appartenance ethnique allemande de la zone britannique d'Autriche et de Polonais du Royaume-Uni.

Morts de guerre

1. Accord entre les Commandants en Chef français et américain. Rapatriement des corps de citoyens français morts en Allemagne.

13 juillet 1948

GAMBIE

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre la Haute Commission Alliée et l'Administration des postes et des télécommunications de Gambie.

Service téléphonique.

15 novembre 1949

GIBRALTAR

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et l'Administration des postes et des télécommunications de Gibraltar.

Service téléphonique.

15 septembre 1949

GRÈCE

Commerce et paiements

1. Procès-verbaux agréés des discussions d'une Commission mixte de représentants du Gouvernement Royal de la Grèce et de représentants des Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne, paraphés à Francfort, le 25 juillet 1949.

2. Protocole à l'Accord de paiements du 16 mars 1949 entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et le Gouvernement Royal de la Grèce, paraphé le 25 juillet 1949.

3. Mémorandum concernant les échanges commerciaux entre le Gouvernement Royal de la Grèce et la bizone d'occupation (US/UK) d'Allemagne, signé à Athènes en novembre 1947.

4. Protocole concernant le commerce entre la zone française et la Grèce, complété par un accord financier.

23 avril 1948

men zwischen den britischen und französischen Oberkommandierenden in Deutschland vom 15. Dezember 1947.

29./30. September 1947

Anwerbung von 25 000 deutschen Arbeitern aus der britischen Zone Deutschlands und von 12 500 verschleppten Personen aus den britischen Zonen Deutschlands und Österreichs und 12 500 Volksdeutschen aus der britischen Zone Österreichs und Polen aus dem Vereinigten Königreich.

Kriegstote

1. Abkommen zwischen dem französischen und dem amerikanischen Oberbefehlshaber. Rückführung von Leichnamen französischer Staatsangehöriger, die in Deutschland gestorben sind.

13. Juli 1948

GAMBIA

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen der Hohen Kommission und der Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen von Gambia.

Fernsprechdienst.

15. November 1949

GIBRALTAR

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs einerseits und der Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen von Gibraltar andererseits.

Fernsprechdienst.

15. September 1949

GRIECHENLAND

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Vereinbartes Protokoll über die Besprechungen einer Gemischten Kommission von Vertretern der Königlich-Griechischen Regierung und der Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs für Deutschland. Paraphiert in Frankfurt am 25. Juli 1949.

2. Protokoll zum Zahlungsabkommen vom 16. März 1949 zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs für Deutschland einerseits und der Königlich-Griechischen Regierung andererseits. Paraphiert in Frankfurt am 25. Juli 1949.

3. Memorandum über Handelsbeziehungen zwischen der Königlich-Griechischen Regierung und den vereinigten Besatzungszonen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs in Deutschland. Unterzeichnet in Athen im November 1947.

4. Protokoll über den Handel zwischen der französischen Zone und Griechenland, ergänzt durch ein Finanzabkommen.

23. April 1948

5. Agreement between the USA and Greece providing for the application of most favoured nations treatment to areas under occupation and control.

July 2, 1848

5. Accord entre les États-Unis et la Grèce tendant à l'application de la clause de la nation la plus favorisée aux régions occupées et contrôlées.

2 juillet 1948

5. Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Griechenland, wonach die Meistbegünstigungsbehandlung auf besetzte und unter Kontrolle stehende Gebiete angewandt werden soll.

2. Juli 1948

6. Payments agreement between the Military Governments of Germany, US, UK and French, and the Royal Greek Government. Initialled February 1949 and signed March 16, 1949.

6. Accord de paiements conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et le Gouvernement Royal de la Grèce, paraphé en février 1949 et signé le 16 mars 1949.

6. Zahlungsabkommen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs für Deutschland einerseits und der Königlich-Griechischen Regierung andererseits. Paraphiert im Februar 1949 und unterzeichnet am 16. März 1949

7. Trade agreement between Royal Government of Greece and Military Government for Germany, US, UK and French, initialled Frankfurt, February 1949, signed March 16, 1949.

7. Accord de commerce conclu entre le Gouvernement Royal de la Grèce et les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne, paraphé à Francfort en février 1949, signé le 16 mars 1949

7. Handelsabkommen zwischen der Königlich-Griechischen Regierung und den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs für Deutschland. Paraphiert in Frankfurt im Februar 1949, unterzeichnet am 16. März 1949.

GUATEMALA

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the US, UK and French Military Governments and the postal and telecommunications administration of Guatemala.

Telephone Service.

April 15, 1949

GUATÉMALA

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et l'Administration des postes et des télécommunications du Guatémala.

Service téléphonique

15 avril 1949

GUATEMALA

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs und der Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen von Guatemala.

Fernsprechdienst.

15. April 1949

HAÏTI

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the US, UK and French Military Governments and the postal and telecommunications administration of Haiti.

Telephone Service.

April 15, 1949

HAÏTI

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et l'Administration des postes et des télécommunications de Haïti.

Service téléphonique.

15 avril 1949

HAITI

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs und der Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen von Haiti.

Fernsprechdienst.

15. April 1949

HONDURAS

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the US, UK and French Military Governments and the postal and telecommunications administration of Honduras.

Telephone Service.

April 15, 1949

HONDURAS

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et l'Administration des postes et des télécommunications de Honduras.

Service téléphonique.

15 avril 1949

HONDURAS

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs und der Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen von Honduras.

Fernsprechdienst.

15. April 1949

HUNGARY

Trade and Payments

1. Protocol on discussions held by a Mixed Commission of the Government of the People's Republic of Hungary and the Military Governments for Germany, US, UK and French, initialled March 30, 1950.

2. Protocol between representatives of the Government of the People's Republic of Hungary and the repre-

HONGRIE

Commerce et paiements

1. Protocole des discussions d'une Commission mixte composée de représentants du Gouvernement de la République populaire de Hongrie et de représentants des Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne, paraphé le 30 mars 1950.

2. Protocole entre les représentants du Gouvernement de la République populaire de Hongrie et les représen-

UNGARN

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Protokoll über Besprechungen zwischen einer Gemischten Kommission der Regierung der Volksrepublik Ungarn und den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs für Deutschland. Paraphiert am 30. März 1950.

2. Protokoll zwischen Vertretern der Regierung der Volksrepublik Ungarn und den Vertretern der Alliierten

sentatives of the Allied High Commissioners for Germany, (US, UK and French), initialled Frankfurt, October 19, 1949.

3. Agreed Minutes of the discussions between representatives of the Government of the People's Republic of Hungary and representatives of the Allied High Commissioners for Germany (US, UK and French), initialled Frankfurt, October 19, 1949.

4. Agreed Minutes of the discussions of the Mixed Commission of the Hungarian Republic and the US, UK and French Occupied Zones of Germany, initialled Frankfurt, June 3, 1949.

5. Protocol to extend and amend the Payments agreement dated October 5, 1947, between the US and UK Military Governments of Germany and the Hungarian Government, covering payments for trade between Hungary and the US and UK Occupied Areas of Germany, as amended and presently in existence. Initialled Frankfurt, June 3, 1949.

6. Payments agreement between the US, UK Military Governments of Germany and the Hungarian Government.

October 5, 1947

7. Memorandum on trade and commercial relations between the Hungarian Republic and the Combined US and British Zones of Occupation in Germany, signed in Budapest.

September 1947

INDIA

Trade and Payments

1. Agreed Minutes of meetings of representatives of the Dominion of India and representatives of the three Western Zones of Germany, signed in Frankfurt on June 23, 1949.

2. Agreed Minutes of meetings between representatives of the Dominion of India and representatives of the US/UK Military Government in Germany signed in Frankfurt on July 28, 1948.

INDONESIA

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the US, UK and French Military Governments and the postal and telecommunications administration of Indonesia.

Telephone Service.

April 1, 1949

tants des Hauts Commissaires Alliés en Allemagne (américain, britannique et français), paraphé à Francfort, le 19 octobre 1949.

3. Procès-verbaux agréés des discussions entre les représentants du Gouvernement de la République populaire de Hongrie et les représentants des Hauts Commissaires Alliés en Allemagne (américain, britannique et français), paraphés à Francfort, le 19 octobre 1949.

4. Procès-verbaux agréés des discussions d'une Commission mixte de la République hongroise et des zones d'occupation américaine, britannique et française d'Allemagne, paraphés à Francfort, le 3 juin 1949.

5. Protocole étendant et amendant l'Accord de paiements du 5 octobre 1947, conclu entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et le Gouvernement hongrois sur le paiement des échanges commerciaux entre la Hongrie et les zones d'occupation américaine et britannique d'Allemagne, amendé et actuellement en vigueur, paraphé à Francfort, le 3 juin 1949.

6. Accord de paiements entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et le Gouvernement hongrois.

5 octobre 1947

7. Mémorandum sur les échanges commerciaux entre le Gouvernement de la République hongroise et la bizone d'occupation (US/UK) d'Allemagne, signé à Budapest.

Septembre 1947

INDES

Commerce et paiements

1. Procès-verbaux agréés des réunions de représentants du Dominion des Indes et de représentants des trois zones occidentales d'Allemagne, signés à Francfort, le 23 juin 1949.

2. Procès-verbaux agréés de réunions de représentants du Dominion des Indes et de représentants des Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne, signés à Francfort, le 28 juillet 1948.

INDONÉSIE

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et l'Administration des postes et des télécommunications d'Indonésie

Service téléphonique.

1er avril 1949

Hohen Kommissare der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs für Deutschland. Paraphiert in Frankfurt am 19. Oktober 1949.

3. Vereinbartes Protokoll über die Besprechungen zwischen Vertretern der Regierung der Volksrepublik Ungarn und Vertretern der Alliierten Hohen Kommissare der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs für Deutschland. Paraphiert in Frankfurt am 19. Oktober 1949.

4. Vereinbartes Protokoll über die Besprechungen der Gemischten Kommission der Ungarischen Republik und der Besatzungszone der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs in Deutschland. Paraphiert in Frankfurt am 3. Juni 1949.

5. Protokoll zur Erweiterung und Abänderung des Zahlungsabkommens vom 5. Oktober 1947 zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs in Deutschland einerseits und der ungarischen Regierung über Zahlungen im Handelsverkehr zwischen Ungarn und den von den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich besetzten Gebieten Deutschlands in der abgeänderten und derzeit gültigen Fassung. Paraphiert in Frankfurt am 3. Juni 1949.

6. Zahlungsabkommen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs in Deutschland und der Ungarischen Regierung.

5. Oktober 1947

7. Memorandum über Handelsbeziehungen zwischen der Ungarischen Republik und den vereinigten amerikanischen und britischen Besatzungszonen in Deutschland. Unterzeichnet in Budapest.

September 1947

INDIEN

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Vereinbartes Protokoll über die Sitzungen von Vertretern des Dominiums Indien und Vertretern der drei Westzonen Deutschlands. Unterzeichnet in Frankfurt am 23. Juni 1949.

2. Vereinbartes Protokoll über die Sitzungen von Vertretern des Dominiums Indien und Vertretern der Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs in Deutschland. Unterzeichnet in Frankfurt am 28. Juli 1948.

INDONESIEN

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs und der indonesischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Fernsprechdienst.

1. April 1949

IRAN

Trade and Payments

1. Protocol between the Government of the Empire of Iran and the Allied High Commissioners for Germany, US, UK and French, amending the Payments agreement dated July 1, 1949, signed in Frankfurt, 31 October 1949.

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the High Commission and the postal and telecommunications administration of Iran

Telephone Service.
November 15, 1949

IRELAND

Trade and Payments

1. Agreement between the Government of the Republic of Eire and the Military Governments of US, UK and French Occupied Areas of Germany, June 16, 1949.

2. Agreement between the USA and Ireland providing for the application of most favoured nations treatment to areas under occupation and control.

June 28, 1948

ICELAND

Trade and Payments

1. Agreement between the USA and Iceland providing for the application of most favoured nations treatment to areas under occupation and control.

July 3, 1948

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the US and UK Military Governments and the postal and telecommunications administration of Iceland.

Telegraph Service.
July 4, 1947

ISRAEL

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the High Commission and the postal and telecommunications administration of Israel.

Telephone Service.
November 15, 1949

IRAN

Commerce et paiements

1. Protocole entre le Gouvernement de l'Empire Iranien et les Hauts Commissaires Alliés américain, britannique et français en Allemagne, amendant l'Accord de paiements en date du 1er juillet 1949, signé à Francfort, le 31 octobre 1949.

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre la Haute Commission Alliée et l'Administration des postes et des télécommunications d'Iran.

Service téléphonique.
15 novembre 1949

IRLANDE

Commerce et paiements

1. Accord entre le Gouvernement de la République d'Irlande et les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne, en date du 16 juin 1949.

2. Accord entre les États-Unis et l'Irlande tendant à l'application de la clause de la nation la plus favorisée aux régions occupées et contrôlées

28 juin 1948

ISLANDE

Commerce et paiements

1. Accord entre les États-Unis et l'Islande tendant à l'application de la clause de la nation la plus favorisée aux régions occupées et contrôlées

3 juillet 1948

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et l'Administration des postes et des télécommunications d'Islande.

Service télégraphique.
4 juillet 1947

ISRAËL

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre la Haute Commission Alliée et l'Administration des postes et des télécommunications d'Israël.

Service téléphonique.
15 novembre 1949

IRAN

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Protokoll zwischen der Regierung des Kaiserreichs Iran und den Alliierten Hohen Kommissaren der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs für Deutschland zur Abänderung des Zahlungsabkommens vom 1. Juli 1949. Unterzeichnet in Frankfurt am 31. Oktober 1949.

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen der Hohen Kommission und der iranischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Fernsprechdienst.
15. November 1949

IRLAND

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Abkommen zwischen der Regierung der Republik Irland und den Militärregierungen der von den Vereinigten Staaten, dem Vereinigten Königreich und Frankreich besetzten Gebieten Deutschlands.
16. Juni 1949

2. Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Irland, wonach die Meistbegünstigungsbehandlung auf besetzte und unter Verwaltung stehende Gebiete angewandt werden soll.
28. Juni 1948

ISLAND

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und Island, wonach die Meistbegünstigungsbehandlung auf besetzte und unter Kontrolle stehende Gebiete aufgewandt werden soll.
3. Juli 1948

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs und der isländischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Telegraphendienst.
4. Juli 1947

ISRAEL

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen der Hohen Kommission und der israelischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Fernsprechdienst.
15. November 1949

ITALY

Trade and Payments

1. Protocol between the Italian Government and the Allied High Commission for Germany amending Payments agreement of May 1947, initialled Frankfurt, September 28, 1949.

2. Agreed Minutes of trade discussions of the Mixed Commission between representatives of the three Western Zones of Occupation in Germany, initialled in Rome, April 28, 1949.

3. Payments agreement between the Military Governors for Germany, US, UK and French and the Italian Government, initialled in Rome, April 26, 1949.

4. Agreed Record of the trade negotiations between the Italian Delegation and the representatives of the Combined US/UK Zones of Occupation in Germany, signed Frankfurt, September 3, 1948.

5. Memorandum of agreement on trade and commercial relations between the Italian Delegation and the representatives of the Combined US/UK Zones of Occupation in Germany, signed in Berlin, June 1947.

6. Payments agreement between Italy and the Combined US/UK Zones of Occupation in Germany, May 1947.

7. Protocol covering trade between the French Zone and Italy supplemented by an agreement concerning payments.

April 24, 1947

8. Protocol covering trade between French Zone and Italy supplemented by an agreement concerning payments.

March 31, 1948

9. Agreement between the USA and Italy providing for the application of most favoured nations treatment to areas under occupation and control.

June 28, 1948

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the US and UK Military Governments and the postal and telecommunications administrations of Italy.

Telephone Service.

July 5, 1947

ITALIE

Commerce et paiements

1. Protocole entre le Gouvernement italien et la Haute Commission Alliée en Allemagne, amendant l'Accord de paiements de mai 1947, paraphé à Francfort, le 28 septembre 1949

2. Procès-verbal agréé de discussions commerciales de la Commission mixte composée de représentants des trois zones d'occupation occidentales d'Allemagne, paraphé à Rome, le 28 avril 1949.

3. Accord de paiements entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et le Gouvernement italien, paraphé à Rome, le 26 avril 1949.

4. Procès-verbal agréé des négociations commerciales entre la délégation italienne et les représentants de la bizone d'occupation (US/UK) d'Allemagne, signé à Francfort, le 3 septembre 1948.

5. Mémorandum de l'Accord sur les échanges commerciaux entre l'Italie et la bizone d'occupation (US/UK) d'Allemagne, signé à Berlin en juin 1947.

6. Accord de paiements entre l'Italie et la bizone d'occupation (US/UK) d'Allemagne, mai 1947.

7. Protocole sur le commerce entre la zone française et l'Italie, complété par un accord sur les paiements.

24 avril 1947

8. Protocole sur le commerce entre la zone française et l'Italie, complété par un accord sur les paiements.

31 mars 1940

9. Accord entre les États-Unis et l'Italie tendant à l'application de la clause de la nation la plus favorisée aux régions occupées ou contrôlées.

28 juin 1948

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et l'Administration des postes et télécommunications d'Italie.

Service téléphonique.

5 juillet 1947

ITALIEN

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Protokoll zwischen der italienischen Regierung und der Alliierten Hohen Kommission für Deutschland zur Abänderung des Zahlungsabkommens vom Mai 1947. Paraphiert in Frankfurt am 28. September 1949.

2. Vereinbartes Protokoll über Handelsbesprechungen der Gemischten Kommission von Vertretern der drei westlichen Besatzungszonen Deutschlands. Paraphiert in Rom am 28. April 1949.

3. Zahlungsabkommen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs für Deutschland einerseits und der Italienischen Regierung andererseits. Paraphiert in Rom am 26. April 1949.

4. Vereinbarte Niederschrift über Handelsverhandlungen zwischen der italienischen Delegation und den Vertretern der vereinigten Besatzungszonen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs in Deutschland. Unterzeichnet in Frankfurt am 3. September 1948.

5. Memorandum über das Abkommen betreffend den Handel und die Handelsbeziehungen zwischen Italien und den vereinigten Besatzungszonen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs in Deutschland. Unterzeichnet in Berlin im Juni 1947.

6. Zahlungsabkommen zwischen Italien und den vereinigten Besatzungszonen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs in Deutschland. Mai 1947.

7. Protokoll über den Handelsverkehr zwischen der französischen Zone und Italien. Ergänzt durch ein Zahlungsabkommen.

24. April 1947

8. Protokoll über den Handelsverkehr zwischen der französischen Zone und Italien. Ergänzt durch ein Zahlungsabkommen.

31 März 1948

9. Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und Italien, wonach die Meistbegünstigungsbehandlung auf besetzte und unter Kontrolle stehende Gebiete angewandt werden soll.

28. Juni 1948

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs und der italienischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Fernsprechdienst.

5. Juli 1947

JAPAN

Trade and Payments

1. Financial arrangement for trade between the US, UK and French Occupied Areas of Germany and Occupied Japan, initialled in Tokyo, October 4, 1949.

2. Trade agreement between the US, UK and French Occupied Areas of Germany andOccupied Japan, initialled July 22, 1949, effective as from August 1, 1949.

3. Trade agreement between the US, UK and French Occupied Areas of Germany and Occupied Japan, signed in Tokyo, October 31, 1949.

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the US, UK and French Military Governments and the postal and telecommunications administration of Japan.

Telephone Service.
February 1, 1949

2. Telecommunications agreement between the High Commission and the postal and telecommunications administration of Japan.

Telegraph service and establishment of direct radio circuit.
December 20, 1949

3. Postal agreement between the US, UK and French Military Governments and the postal and telecommunications administration of Japan.

International postal service.
October 15, 1948.

LUXEMBOURG

Trade and Payments

1. Protocol concerning trade between the French Zone of Occupation and Luxembourg.
March 9, 1946

Supplemented by an additional protocol dated October 17, 1946

2. Agreement between the USA and Luxembourg providing for the application of most favoured nations treatment to areas under occupation and control.

July 3, 1948

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the US and UK Military Governments and the postal and telecommunications administration of Luxembourg.

Telephone and telegraph.
April 1, 1947

JAPON

Commerce et paiements

1. Accord financier concernant le commerce entre les zones d'occupation américaine, britannique et française d'Allemagne et le Japon occupé, paraphé à Tokio, le 4 octobre 1949.

2. Accord de commerce entre les zones d'occupation américaine, britannique et française d'Allemagne et le Japon occupé, paraphé le 22 juillet 1949, entré en vigueur le 1er août 1949.

3. Accord de commerce conclu entre les zones d'occupation américaine, britannique et française d'Allemagne et le Japon occupé, signé à Tokio, le 31 octobre 1949.

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et l'Administration des postes et des télécommunications du Japon.

Service téléphonique.
1er février 1949

2. Accord sur les télécommunications conclu entre la Haute Commission Alliée et l'Administration des postes et des télécommunications du Japon.

Service télégraphique et établissement de circuits radio directs.
20 décembre 1949

3. Accord postal conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et l'Administration des postes et des télécommunications du Japon.

Service postal international
15 octobre 1948

LUXEMBOURG

Commerce et paiements

1. Protocole concernant les échanges commerciaux entre la zone française d'occupation et le Luxembourg, 9 mars 1946.

Complété par un Protocole additionnel du 17 octobre 1946.

2. Accord entre les États-Unis et le Luxembourg tendant à l'application de la clause de la nation la plus favorisée aux régions occupées et contrôlées.

3 juillet 1948

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et l'Administration des postes et des télécommunications du Luxembourg.

Téléphone et télégraphe.
1er avril 1947

JAPAN

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Finanzabkommen über den Handel zwischen den von den Vereinigten Staaten, dem Vereinigten Königreich und Frankreich besetzten Gebieten Deutschlands und dem besetzten Japan. Paraphiert in Tokio am 4. Oktober 1949.

2. Handelsabkommen zwischen den von den Vereinigten Staaten, dem Vereinigten Königreich und Frankreich besetzten Gebieten Deutschlands und dem besetzten Japan. Paraphiert am 22. Juli 1949. In Kraft ab 1. August 1949.

3. Handelsabkommen zwischen den von den Vereinigten Staaten, dem Vereinigten Königreich und Frankreich besetzten Gebieten Deutschlands und dem besetzten Japan. Unterzeichnet in Tokio am 31. Oktober 1949.

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs und der japanischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Fernsprechdienst.
1. Februar 1949

2. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen der Hohen Kommission und der japanischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Telegraphendienst und Herstellung einer direkten Funkverbindung.
20. Dezember 1949

3. Postabkommen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs und der japanischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Internationaler Postdienst.
15. Oktober 1948

LUXEMBURG

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Protokoll über den Handelsverkehr zwischen der französischen Besatzungszone und Luxemburg.
9. März 1946

Ergänzt durch ein Zusatzprotokoll vom 17. Oktober 1946.

2. Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Luxemburg, wonach die Meistbegünstigungsbehandlung auch auf besetzte und unter Kontrolle stehende Gebiete angewandt werden soll.
3. Juli 1948

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs und der luxemburgischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Fernsprech- und Telegraphendienst.
1. April 1947

2. Telecommunications agreement between Allied Control Authority and postal and telecommunications administration of Luxembourg.

International telephone service.
February 1, 1948

Travel Control

1. Frontalier agreement between French Zone and Luxembourg concerning transfer of agricultural products.

July 13, 1946
Amended April 24, 1947

2. Frontalier Agreement between Luxembourg and the French Zone of Germany.

December 27, 1945

3. Frontalier agreement between Luxembourg and the French Zone.

January 10, 1950

Labour

1. US Luxembourg Recruitment Agreement:

The agreement concluded between the US Military Government and the Government of Luxembourg on August 15, 1949 for the recruitment of agricultural labour in the US Zone of Germany. This agreement is supplemented by the "Wage and Hour Agreement for Farm Hands".

August 15, 1949

MOROCCO

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the US, UK and French Military Governments and the postal and telecommunications administration of Morocco.

Telephone Service.
June 5, 1949

NICARAGUA

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the US, UK and French Military Governments and the postal and telecommunications administration of Nicaragua.

Telephone Service.
April 15, 1949

NIGERIA

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the High Commission and the postal and telecommunications administration of Nigeria.

Telephone Service.
November 15, 1949

2. Accord sur les télécommunications conclu entre l'Autorité Alliée de Contrôle et l'Administration des postes et des télécommunications du Luxembourg.

Service téléphonique international.
1er février 1948

Contrôle de la circulation

1. Accord frontalier entre la zone française et le Luxembourg concernant le transport des produits agricoles.

13 juillet 1946
amendé le 24 avril 1947

2. Accord frontalier entre le Luxembourg et la zone française d'Allemagne.

27 décembre 1945

3. Accord frontalier entre le Luxembourg et la zone française.

10 janvier 1950

Main-d'œuvre

1. Accord sur le recrutement entre le Gouvernement Militaire américain et le Luxembourg:

Accord conclu entre le Gouvernement Militaire américain et le Gouvernement du Luxembourg le 15 août 1949 sur le recrutement de main-d'oeuvre agricole dans la zone américaine d'Allemagne. Cet accord est complété par l' «Accord sur les salaires et heures de travail des travailleurs agricoles».

15 août 1949

MAROC

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et l'Administration des postes et des télécommunications du Maroc.

Service téléphonique.
5 juin 1949

NICARAGUA

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et l'Administration des postes et des télécommunications du Nicaragua.

Service téléphonique.
15 avril 1949

NIGÉRIA

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications entre la Haute Commission Alliée et l'Administration des postes et des télécommunications de Nigéria.

Service téléphonique.
15 novembre 1949

2. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen der Alliierten Kontrollbehörde und der luxemburgischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Internationaler Fernsprechdienst.
1. Februar 1948

Reisekontrolle

1. Abkommen über den kleinen Grenzverkehr zwischen der französischen Zone und Luxemburg betreffend den Verkehr mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen.

13. Juli 1946
Abgeändert am 24. April 1947

2. Abkommen über den kleinen Grenzverkehr zwischen Luxemburg und der französischen Zone Deutschlands.

27. Dezember 1945

3. Abkommen über den kleinen Grenzverkehr zwischen Luxemburg und der französischen Zone.

10. Januar 1950

Arbeitskräfte

1 Anwerbungsabkommen zwischen den Vereinigten Staaten und Luxemburg:

Das am 15. August 1949 zwischen der amerikanischen Militärregierung und der Luxemburgischen Regierung abgeschlossene Abkommen über die Anwerbung von landwirtschaftlichen Arbeitskräften in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands. Dieses Abkommen wird ergänzt durch das „Lohn- und Stundenabkommen für Landarbeiter".

15. August 1949

MAROKKO

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs und der marokkanischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Fernsprechdienst.
5. Juni 1949

NIKARAGUA

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs und der Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen von Nikaragua.

Fernsprechdienst.
15. April 1949

NIGERIEN

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen der Hohen Kommission und der Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen von Nigerien.

Fernsprechdienst.
15. November 1949

NORWAY

Trade and Payments

1. Agreed Minutes of trade discussions between a Delegation of the three Western Zones of Germany and a Norwegian Delegation, initialled September 16, 1949.

2. Agreed Minutes of discussions of the Mixed Commission of Norway and the US, UK and French Occupied Zones of Germany, initialled Frankfurt, February 17, 1949.

3. Additional Protocol to extend and amend the Payments Agreement dated July 30, 1948, between Military Governments for Germany, US, UK and the Royal Norwegian Government covering payment for trade between Norway and the US/UK Occupied Areas of Germany, initialled February 17, 1949.

4. Protocol covering trade between French Zone and Norway. Supplemented by financial agreement.

July 5, 1948

5. Agreement between Military Governments for Germany (US/UK) and the Royal Norwegian Government, covering payment for trade between Norway and the US/UK Occupied Areas of Germany, initialled Frankfurt, July 1, 1948, and signed July 30, 1948.

6. Protocol between the Royal Norwegian Government and the Military Governments for Germany (US/UK) covering trade and payments between Norway and the US/UK Occupied Areas of Germany, initialled July 1, 1948.

7. Protocol between the Royal Norwegian Government and the Military Governments for Germany (US/UK) covering trade between Norway and the US/UK Occupied Areas of Germany, signed Oslo, August 1947.

8. Protocol covering trade between French Zone and Norway. Supplemented by financial agreement.

August 4, 1947

Extended by exchange of notes dated January 21, 1948 and March 23, 1948.

NORVÈGE

Commerce et paiements

1. Procès-verbaux agréés de discussions relatives aux échanges commerciaux, entre une délégation des trois zones occidentales d'Allemagne et une délégation norvégienne, paraphés le 16 septembre 1949.

2. Procès-verbaux agréés des discussions de la Commission mixte de la Norvège et des zones d'occupation américaine, britannique et française d'Allemagne, paraphés à Francfort, le 17 février 1949.

3. Protocole additionnel visant à étendre et à amender l'Accord de paiements en date du 30 juillet 1948, conclu entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et le Gouvernement Royal de Norvège concernant les paiements afférents aux échanges commerciaux entre la Norvège et les territoires d'occupation américain et britannique d'Allemagne, paraphé le 17 février 1949.

4. Protocole concernant les échanges commerciaux entre la zone française et la Norvège. Complété par un accord financier.

5 juillet 1948

5. Accord entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et le Gouvernement Royal de Norvège, relatif au règlement des échanges commerciaux entre la Norvège et les zones d'occupation américaine et britannique d'Allemagne, paraphé à Francfort, le 1er juillet 1948 et signé le 30 juillet 1948.

6. Protocole entre le Gouvernement Royal de Norvège et les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne relatif au commerce et aux paiements entre la Norvège et les territoires occupés américain et britannique d'Allemagne, paraphé le 1er juillet 1948.

7. Protocole entre le Gouvernement Royal de Norvège et les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne concernant les échanges commerciaux entre la Norvège et les territoires occupés américain et britannique d'Allemagne, signé à Oslo, août 1947.

8. Protocole concernant les échanges commerciaux entre la zone française et la Norvège. Complété par un accord financier.

4 août 1947

Étendu par un échange de notes en date des 21 janvier 1948 et 23 mars 1948.

NORWEGEN

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Vereinbartes Protokoll über Handelsbesprechungen zwischen einer Delegation der drei Westzonen Deutschlands und einer norwegischen Delegation. Paraphiert am 16. September 1949.

2. Vereinbartes Protokoll über Besprechungen der Gemischten Kommission von Norwegen einerseits und den Besatzungszonen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs in Deutschland andererseits. Paraphiert in Frankfurt am 17. Februar 1949.

3. Zusatzprotokoll zur Erweiterung und Abänderung des Zahlungsabkommens vom 30. Juli 1948 zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs für Deutschland und der Königlich Norwegischen Regierung betreffend Zahlungen im Handelsverkehr zwischen Norwegen und den Besatzungszonen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs in Deutschland. Paraphiert am 17. Februar 1949.

4. Protokoll über den Handelsverkehr zwischen der französischen Zone und Norwegen. Ergänzt durch Finanzabkommen.

5. Juli 1948

5. Abkommen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs für Deutschland und der Königlich Norwegischen Regierung betreffend Zahlungen im Handelsverkehr zwischen Norwegen und den von den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich besetzten Gebieten Deutschlands. Paraphiert in Frankfurt am 1. Juli 1948. Unterzeichnet am 30. Juli 1948.

6. Protokoll zwischen der Königlich Norwegischen Regierung und den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs für Deutschland betreffend den Handels- und Zahlungsverkehr zwischen Norwegen und den von den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich besetzten Gebieten Deutschlands. Paraphiert am 1. Juli 1948.

7. Protokoll zwischen der Königlich Norwegischen Regierung und den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs für Deutschland betreffend den Handel zwischen Norwegen und den von den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich besetzten Gebieten Deutschlands. Unterzeichnet in Oslo im August 1947.

8. Protokoll betreffend den Handelsverkehr zwischen der französischen Zone und Norwegen. Ergänzt durch Finanzabkommen.

4. August 1947

Erweitert durch Notenwechsel vom 21. Januar 1948 und 23. März 1948.

9. Agreement between the USA and Norway providing for the application of most favoured nations treatment to areas under occupation and control.

July 3, 1948

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the US and UK Military Governments and the postal and telecommunications administration of Norway.

Telephone and telegraph.
March 29, 1947

2. Telecommunications agreement between Allied Control Authority and postal and telecommunications administration of Norway.

International telephone service.
February 1, 1948

PANAMA

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the US, UK and French Military Governments and the postal and telecommunications administration of Panama.

Telephone Service.
April 15, 1949

THE NETHERLANDS

Transport

1. Agreement between the Military Governments for Germany (UK and US) and the Netherlands on the restitution of craft from and to the Netherlands dated January 20, 1947.

Trade and Payments

1. Agreed minutes of discussions between a delegation of the French Zone of Germany and the Netherlands covering former trade agreements, initialled October 23, 1946.

2. Commercial Protocol between the Dutch Government and the Military Government of the French Zone of Occupation.
August 9, 1947

Supplemented by memorandum concerning the procedure of execution and agreed minutes of the negotiations of August 23, 1948 relating to the financial dispositions of the agreement.

3. Protocol concerning trade between the French Zone of Occupation and the Netherlands supplemented by a financial agreement.
September 29, 1947

Completed by agreed Minutes of the Mixed Commission of January 7, 1948.

9. Accord entre les États-Unis et la Norvège tendant à l'application de la clause de la nation la plus favorisée aux régions occupées et contrôlées.

3 juillet 1948

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et l'Administration des postes et des télécommunications de la Norvège.

Téléphone et télégraphe.
29 mars 1947

2. Accord sur les télécommunications conclu entre l'Autorité Alliée de Contrôle et l'Administration des postes et des télécommunications de Norvège.

Service téléphonique international.
1er février 1948

PANAMA

Postes et télécommunications

1. Accord entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et l'Administration des postes et des télécommunications du Panama.

Service téléphonique.
15 avril 1949

PAYS-BAS

Transports

1. Accord entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et les Pays-Bas sur la restitution de navires par les Pays-Bas et à ceux-ci, en date du 20 janvier 1947.

Commerce et paiements

1. Procès-verbaux agréés de discussion entre une délégation de la zone française d'Allemagne et les Pays-Bas concernant d'anciens accords de commerce, paraphés le 23 octobre 1946.

2. Protocole commercial entre le Gouvernement néerlandais et le Gouvernement Militaire de la zone française d'occupation.
9 août 1947

Complété par un mémorandum concernant la procédure d'exécution et procès-verbaux agréés des négociations du 23 août 1948 relatives aux dispositions financières de l'accord

3. Protocole concernant le commerce entre la zone française d'occupation et les Pays-Bas, complété par un accord financier.
29 septembre 1947

Complété par des procès-verbaux agréés de la Commission mixte en date du 7 janvier 1948.

9. Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und Norwegen, wonach die Meistbegünstigungbehandlung auf besetzte und unter Kontrolle stehende Gebiete Anwendung finden soll.
3. Juli 1948

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs und der norwegischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Fernsprech- und Telegraphendienst.
29. März 1947

2. Abkommen zwischen der Alliierten Kontrollbehörde und der norwegischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Internationaler Fernsprechdienst.
1. Februar 1948

PANAMA

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs und der Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen von Panama.

Fernsprechdienst.
15. April 1949

NIEDERLANDE

Transport

1. Abkommen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs für Deutschland und den Niederlanden über die Rückerstattung von Schiffen von den und an die Niederlande.
20. Januar 1947

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Vereinbartes Protokoll über die Besprechungen zwischen einer Delegation aus der französischen Besatzungszone Deutschlands und den Niederlanden über frühere Handelsabkommen.
Paraphiert 23. Oktober 1946

2. Handelsprotokoll zwischen der niederländischen Regierung und der Militärregierung der französischen Besatzungszone.
9. August 1947

Ergänzt durch ein Memorandum über das Ausführungsverfahren und ein vereinbartes Protokoll über die Verhandlungen vom 23. August 1948 betreffend die Finanzbestimmungen des Abkommens.

3. Protokoll über den Handel zwischen der französischen Besatzungszone und den Niederlanden, ergänzt durch ein Finanzabkommen.
29. September 1947

Vervollständigt durch das vereinbarte Protokoll der Gemischten Kommission vom 7. Januar 1948

4. Protocol concerning trade between the French Zone of Ooccupation and the Netherlands.
January 20, 1947

5. Memorandum on trade and commercial relations between the Kingdom of the Netherlands and the Combined US and British Zones of Occupation in Germany, signed at The Hague, January 1947.

6. Provisional agreement between Military Governors for Germany, US/UK and the Netherlands covering payment for trade between the Netherlands and US/UK Occupied Areas of Germany, signed February 15, 1947.

7. Commercial agreement between the Kingdom of the Netherlands and the Military Governments for Germany, US/UK, initialled Frankfurt, July 31, 1948.

8. Agreed Minutes of the discussions of the Mixed Commission of the Netherlands and the three Western Zones of Germany, initialled Frankfurt, December 17, 1948.

9. Agreed Minutes of the discussions of the Mixed Commission of the Netherlands and the three Western Zones of Germany, signed The Hague, March 26, 1949.

10. Protocol to extend and supplement the agreement dated February 15, 1947 between the Military Governments of Germany (US/UK) and the Netherlands Government covering payment for trade between the Netherlands and the US/UK Occupied Areas of Germany, as amended and presently in existence. Initialled at The Hague, March 26, 1949.

11. Agreed Minutes of discussions between a Western German Delegation and a Netherlands Delegation representing the US, UK and French Military Governments, signed in Frankfurt, September 24, 1949.

12. Agreed Minutes of the negotiations on Netherlands/German trade, initialled in Frankfurt, February 2, 1950.

This agreement extended that trade on the basis of the existing agreements concluded by the Military Governments for Germany, US UK and French.

4. Protocole concernant le commerce entre la zone d'occupation française et les Pays-Bas.
20 janvier 1947

5. Mémorandum sur les échanges commerciaux entre le Royaume des Pays-Bas et la bizone d'occupation (US/UK) d'Allemagne, signé à La Haye, en janvier 1947.

6. Accord provisoire entre les Gouvernements Militaires américain et britannique et les Pays-Bas sur les paiements commerciaux entre les Pays-Bas et les zones d'occupation américaine et britannique d'Allemagne, signé le 15 février 1947.

7. Accord de commerce entre le Royaume des Pays-Bas et les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne, paraphé à Francfort, le 31 juillet 1948.

8. Procès-verbaux des discussions de la Commission mixte des représentants des Pays-Bas et des représentants des trois zones occidentales d'Allemagne, paraphés à Francfort, le 17 décembre 1948.

9. Procès-verbaux agréés des discussions de la Commission mixte de représentants des Pays-Bas et de représentants des trois zones occidentales d'Allemagne, signés à La Haye, le 26 mars 1949.

10. Protocole étendant et complétant l'Accord du 15 février 1947 conclu entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et le Gouvernement des Pays-Bas sur les paiements commerciaux entre les Pays-Bas et les zones d'occupation américaine et anglaise d'Allemagne, amendé et actuellement en vigueur. Paraphé à La Haye le 26 mars 1949.

11. Procès-verbal agréé des discussions entre une délégation de l'Allemagne occidentale et une délégation des Pays-Bas représentant les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne, signé à Francfort, le 24 septembre 1949.

12. Procès-verbaux agréés des négociations sur le commerce entre les Pays-Bas et l'Allemagne, paraphés à Francfort, le 2 février 1950.

Cet accord étendait ce commerce sur la base des accords existants conclus par les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne.

4. Protokoll über den Handel zwischen der französischen Besatzungszone und den Niederlanden.
20. Januar 1947

5. Memorandum über die Handelsbeziehungen zwischen dem Königreich der Niederlande und den vereinigten Besatzungszonen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs in Deutschland. Unterzeichnet in Den Haag, Januar 1947.

6. Vorläufiges Abkommen zwischen den Militärgouverneuren der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs in Deutschland und den Niederlanden betreffend die Zahlungen im Handelsverkehr zwischen den Niederlanden und den von den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich besetzten Gebieten Deutschlands. Unterzeichnet am 15. Februar 1947.

7. Handelsabkommen zwischen dem Königreich der Niederlande und den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs für Deutschland. Paraphiert in Frankfurt am 31. Juli 1948.

8. Vereinbartes Protokoll über die Besprechungen der Gemischten Kommission der Niederlande und der drei deutschen Westzonen. Paraphiert in Frankfurt am 17. Dezember 1948.

9. Vereinbartes Protokoll über die Besprechungen der Gemischten Kommission der Niederlande und der drei deutschen Westzonen. Unterzeichnet in Den Haag am 26. März 1949.

10. Protokoll zur Erweiterung und Ergänzung des Abkommens vom 15. Februar 1947 zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs für Deutschland und der niederländischen Regierung betreffend die Zahlungen im Handelsverkehr zwischen den Niederlanden und den von den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich besetzten Gebieten Deutschlands in der abgeänderten und zur Zeit bestehenden Fassung. Paraphiert in Den Haag am 26. März 1949.

11. Vereinbartes Protokoll über die Besprechungen zwischen einer westdeutschen Delegation und einer niederländischen Delegation, welche die Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs vertritt. Unterzeichnet in Frankfurt am 24. September 1949.

12. Vereinbartes Protokoll über die Verhandlungen über den niederländisch-deutschen Handelsverkehr. Paraphiert in Frankfurt am 2. Februar 1950.

Dieses Abkommen erweiterte den Handelsverkehr auf der Grundlage der bestehenden von den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs abgeschlossenen Abkommen.

13. Agreed Minutes of the negotiations on Netherlands/German trade initialled at The Hague, May 17, 1950 and agreed minutes covering payments between the Netherlands and Germany, signed at Bonn, November 13, 1950.

14. Protocol on German/Netherlands/Indonesian trade, initialled at The Hague, August 26, 1950, signed at Bonn, November 13, 1950.

15. Agreement between the USA and the Netherlands providing for the application of most favoured nations treatment to areas under occupation and control.

July 2, 1948

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the US and UK Military Governments and the postal and telecommunications administration of the Netherlands.

Telephone Service.
April 1947

2. Postal agreement between Allied Control Authority and postal telecommunications administration of the Netherlands.

Airmail Service—incoming only.
December 15, 1947

Travel Control

1. Agreement between the Netherlands Ministry of Justice and the Combined Travel Board.

April 17, 1950

To facilitate the obtaining of visas and entry permits by persons holding passports for foreign travel.

Labour

1. DPs for Holland Scheme — HMG/IRO/Netherlands Scheme

An agreement between the UK Government, Dutch Government and the International Refugee Organization for the admittance into Holland of DPs from the British Zone of Germany.

October 22, 1947

Law and Repression of Crime

1. Agreement between the French element of the Allied High Commission, on behalf of the three Länder of the French Zone and the

13. Procès-verbaux agréés des négociations sur le commerce entre les Pays-Bas et l'Allemagne, paraphés à La Haye, le 17 mai 1950 et procès-verbaux agréés concernant les paiements entre les Pays-Bas et l'Allemagne, signés à Bonn, le 13 novembre 1950.

14. Protocole sur le commerce entre l'Allemagne, les Pays-Bas et l'Indonésie, paraphé à La Haye, le 26 août 1950, signé à Bonn, le 13 novembre 1950.

15. Accord entre les États-Unis et les Pays-Bas tendant à l'application de la clause de la nation la plus favorisée aux régions occupées et contrôlées.

2 juillet 1948

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et l'Administration des postes et des télécommunications des Pays-Bas.

Service téléphonique.
avril 1947

2. Accord postal conclu entre l'Autorité Alliée de Contrôle et l'Administration des postes et des télécommunications des Pays-Bas.

Poste aérienne — arrivée seulement.
15 décembre 1947

Contrôle de la circulation

1. Accord entre le Ministère de la Justice néerlandais et l'Office Tripartite de la Circulation.

17 avril 1950

En vue de faciliter aux personnes détenant des passeports valables pour les voyages à l'étranger l'obtention de visas et de permis d'entrée.

Main-d'oeuvre

1. Programme: « Personnes Déplacées à destination des Pays-Bas » — Plan établi par le Gouvernement de Sa Majesté, l'O.I.R. et les Pays-Bas.

Accord entre le Gouvernement britannique, le Gouvernement néerlandais et l'Organisation Internationale des Réfugiés sur l'admission aux Pays-Bas de Personnes Déplacées en provenance de la zone britannique d'Allemagne.

22 octobre 1947

Affaires judiciaires et pénales

1. Accord entre l'Élément français de la Haute Commission Alliée, au nom des trois Länder de la zone française, et les Pays-Bas sur la communication

13. Vereinbartes Protokoll über die Verhandlungen über den Handelsverkehr zwischen den Niederlanden und Deutschland. Paraphiert in Den Haag am 17. Mai 1950 und vereinbartes Protokoll betreffend den Zahlungsverkehr zwischen den Niederlanden und Deutschland, unterzeichnet in Bonn am 13. November 1950

14. Protokoll betreffend den deutsch-niederländischen-indonesischen Handelsverkehr. Paraphiert in Den Haag am 26. August 1950. Unterzeichnet in Bonn am 13. November 1950.

15. Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und den Niederlanden, wonach die Meistbegünstigungsbehandlung auf besetzte und unter Kontrolle stehende Gebiete angewandt werden soll.

2. Juli 1948

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs und der niederländischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Fernsprechdienst.
April 1947

2. Postabkommen zwischen der Alliierten Kontrollbehörde und der niederländischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Luftpostdienst — nur eingehend.
15. Dezember 1947

Reisekontrolle

1. Abkommen zwischen dem niederländischen Justizministerium und dem Combined Travel Board.

17. April 1950

Zur Erleichterung der Erteilung von Sichtvermerken und Einreisegenehmigungen an Personen mit Auslandsreisepässen.

Arbeitskräfte

1. Vorhaben: „Verschleppte Personen für Holland" Gemeinsamer Plan von Ihrer Majestät Regierung, der Internationalen Flüchtlingsorganisation und den Niederlanden

Abkommen zwischen der Regierung des Vereinigten Königreichs, der niederländischen Regierung und der Internationalen Flüchtlingsorganisation über die Aufnahme Verschleppter Personen aus der britischen Zone Deutschlands in Holland.

22. Oktober 1947

Recht und Unterdrückung von Verbrechen

1. Abkommen zwischen dem französischen Element der Alliierten Hohen Kommission für die drei Länder der französischen Zone einerseits

Netherlands concerning the mutual communication of the sentences imposed by their tribunals against citizens of their respective countries.

September 19, 1949

PERU

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the US and UK Military Governments and Peru.

Telegraph Service.

November 24, 1947

PHILIPPINES

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the High Commission and the postal and telecommunications administration of the Philippines.

Establishment of direct radio telephone and telegraph circuits.

October 19, 1949

POLAND

Trade and Payments

1. Trade agreement between the Government of the Republic of Poland and the Military Governments of the US, UK and French Zones of Occupation in Germany, initialled Frankfurt, December 20, 1948.

2. Payments agreement between the Government of the Republic of Poland and the Military Governments of the US, UK and French Zones of Occupation in Germany, initialled Frankfurt, December 20, 1948.

3. Memorandum on trade and commercial relations between Poland and the US/UK Zones of Occupation in Germany, signed Warsaw, October 1947.

Posts and Telecommunications

1. Postal agreement between Allied Control Authority and postal and telecommunications administration of Poland.

Airmail service — incoming only.

January 15, 1947

PORTUGAL

Trade and Payments

1. Agreement between the USA and Portugal providing for the application of most favoured nations treatment to areas under occupation and control.

September 28, 1948

réciproque des condamnations infligées par leurs tribunaux aux ressortissants du pays de l'autre contractant.

19 septembre 1949

PÉROU

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et le Pérou.

Service télégraphique.

24 novembre 1947

PHILIPPINES

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre la Haute Commission Alliée et l'Administration des postes et des télécommunications des Philippines.

Installation de circuits radios, téléphoniques et télégraphiques directs.

19 octobre 1949

POLOGNE

Commerce et paiements

1. Accord de commerce entre le Gouvernement de la République de Pologne et les Gouvernements Militaires des zones d'occupation américaine, britannique et française en Allemagne, paraphé à Francfort, le 20 décembre 1948.

2. Accord de paiements entre le Gouvernement de la République de Pologne et les Gouvernements Militaires des zones d'occupation américaine, britannique et française en Allemagne, paraphé à Francfort, le 20 décembre 1948.

3. Mémorandum relatif aux échanges commerciaux entre la Pologne et les zones d'occupation américaine et britannique d'Allemagne, signé à Varsovie, en octobre 1947.

Postes et télécommunications

1. Accord postal entre l'Autorité Alliée de Contrôle et l'Administration des postes et des télécommunications de la Pologne.

Poste aérienne — arrivée seulement.

15 janvier 1947

PORTUGAL

Commerce et paiements

1. Accord entre les États-Unis et le Portugal tendant à l'application de la clause de la nation la plus favorisée aux régions occupées et contrôlées.

28 septembre 1948

und den Niederlanden andererseits betreffend die gegenseitige Bekanntgabe von Urteilen, die durch ihre Gerichtshöfe über Staatsangehörige ihrer Länder verhängt werden.

19. September 1949

PERU

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs und Peru.

Telegraphendienst.

24. November 1947.

PHILIPPINEN

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen der Hohen Kommission und der philippinischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Errichtung einer direkten Funk-, Telefon- und Telegraphenverbindung.

19. Oktober 1949

POLEN

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Handelsabkommen zwischen der Regierung der Republik Polen und den Militärregierungen der Besatzungszonen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs in Deutschland. Paraphiert in Frankfurt am 20. Dezember 1948.

2. Zahlungsabkommen zwischen der Regierung der Republik Polen und den Militärregierungen der Besatzungszonen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs in Deutschland. Paraphiert in Frankfurt am 20. Dezember 1948.

3. Memorandum über Handelsbeziehungen zwischen Polen und den Besatzungszonen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs in Deutschland. Unterzeichnet in Warschau im Oktober 1947.

Post- und Fernmeldewesen

1. Postabkommen zwischen der Alliierten Kontrollbehörde und der polnischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Luftpostdienst — nur eingehend.

15. Januar 1947

PORTUGAL

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und Portugal, wonach die Meistbegünstigungsbehandlung auf besetzte und unter Kontrolle stehende Gebiete angewandt werden soll.

28. September 1948

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the US, UK and French Military Governments and the postal and telecommunications administration of Portugal.

Telephone Service.
March 1, 1949

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et l'Administration des postes et des télécommunications du Portugal.

Service téléphonique.
1er mars 1949

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs und der portugiesischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Fernsprechdienst.
1. März 1949

SOUTHERN RHODESIA

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the High Commission and the postal and telecommunications administration of Southern Rhodesia.

Telephone Service.
November 15, 1949

RHODÉSIE DU SUD

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre la Haute Commission Alliée et l'Administration des postes et des télécommunications de la Rhodésie du Sud.

Service téléphonique.
15 novembre 1949

SÜDRHODESIEN

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen der Hohen Kommission und der südrhodesischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Fernsprechdienst.
15. November 1949

UNITED KINGDOM

Trade and Payments

1. Protocol of trade agreement signed in London between the British Government and the Military Government of the French Zone of Occupation.

19/20 November, 1947

2. Agreed Minutes of discussions between representatives of H.M. Government in the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and a Delegation representing the Military Governments of the US/UK and French Areas of Occupation in Germany, signed August 18, 1949.

3. Agreement between the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the US, UK and French Military Governments of Germany for the regulation of payments initialled Frankfurt, June 30, 1949.

4. Agreed Minutes of discussions between representatives of H.M. Government in the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and a Delegation representing the US, UK and French Areas of Occupation in Germany, signed Frankfurt, April 1, 1949.

5. Agreed Minutes of discussions between representatives of H.M. Government in the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and a Delegation of the US, UK and French Occupied Zones of Germany, signed London, March 8, 1949.

6. Agreed Minutes of meetings between representatives of the Government of the UK and the Joint Export Import Agency, initialled Hoechst, May 12, 1948.

ROYAUME-UNI

Commerce et paiements

1. Protocole de l'Accord de commerce signé à Londres entre le Gouvernement britannique et le Gouvernement Militaire de la zone française d'occupation.

19 et 20 novembre 1947

2 Procès-verbaux agréés des discussions entre représentants du Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et une délégation représentant les Gouvernements Militaires des zones d'occupation américaine, britannique et française en Allemagne, signés le 18 août 1949.

3. Accord entre le Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne, réglementant les paiements, paraphé à Francfort, le 30 juin 1949.

4. Procès-verbal agréé des discussions entre représentants du Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et une délégation représentant les zones d'occupation américaine, britannique et française d'Allemagne, signé à Francfort, le 1er avril 1949.

5. Procès-verbaux agréés des discussions entre des représentants du Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et une délégation des zones d'Occupation américaine, britannique et française d'Allemagne, signés à Londres le 8 mars 1949.

6. Procès-verbaux agréés d'une réunion entre représentants du Gouvernement du Royaume-Uni et des représentants de la JEIA, paraphé à Hoechst, le 12 mai 1948.

VEREINIGTES KÖNIGREICH

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Protokoll eines in London unterzeichneten Handelsabkommens zwischen der britischen Regierung und der Militärregierung der französischen Besatzungszone.

19./20. November 1947

2. Vereinbartes Protokoll über die Besprechung zwischen Vertretern der Regierung Seiner Majestät in dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland und einer die Militärregierungen der von den Vereinigten Staaten, dem Vereinigten Königreich und Frankreich besetzten Gebiete Deutschlands vertretenden Delegation. Unterzeichnet am 18. August 1949.

3. Abkommen zwischen der Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland einerseits und den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs in Deutschland andererseits über die Regelung des Zahlungsverkehrs. Paraphiert in Frankfurt am 30. Juni 1949.

4. Vereinbartes Abkommen über die Besprechungen zwischen Vertretern der Regierung Seiner Majestät im Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland und einer die von den Vereinigten Staaten, dem Vereinigten Königreich und Frankreich besetzten Gebiete Deutschlands vertretenden Delegation. Unterzeichnet in Frankfurt am 1. April 1949.

5. Vereinbartes Protokoll über Besprechungen zwischen Vertretern der Regierung Seiner Majestät in dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland und einer Delegation der von den Vereinigten Staaten, dem Vereinigten Königreich und Frankreich besetzten Zonen Deutschlands. Unterzeichnet in London am 8. März 1949.

6. Vereinbartes Abkommen über Sitzungen von Vertretern der Regierung des Vereinigten Königreichs und der Joint Export Import Agency. Paraphiert in Höchst am 12. Mai 1948.

7. Agreement between the USA and United Kingdom providing for the application of most favoured nations treatment to areas under occupation and control.

July 6, 1948

7. Accord entre les États-Unis et le Royaume-Uni tendant à l'application de la clause de la nation la plus favorisée aux régions occupées et contrôlées.

6 juillet 1948

7. Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich, wonach die Meistbegünstigungsbehandlung auf besetzte und unter Kontrolle stehende Gebiete angewandt werden soll.

6. Juli 1948

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the US and UK Military Governwents and the postal and telecommunications administration of the United Kingdom.

Telegraph Service.

August 15, 1947

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et l'Administration des postes et des télécommunications du Royaume-Uni.

Service télégraphique.

15 août 1947

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs und der Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen des Vereinigten Königreichs.

Telegraphendienst.

15. August 1947

2. Telecommunications agreement between the US and UK Military Governments and the postal and telecommunications administration of the United Kingdom.

Telephone Service.

March 27, 1947

2. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs und der Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen des Vereinigten Königreichs.

Fernsprechdienst.

27. März 1947

3. Postal agreement between Allied Control Authority and Postal and telecommunications administration of Great Britain.

Airmail service — incoming only.

September 15, 1946

3. Postabkommen zwischen der Alliierten Kontrollbehörde und der Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen von Großbritannien.

Luftpostdienst — nur eingehend.

15. September 1946

SAN MARINO

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the US, UK and French Military Governments and the postal and telecommunications administration of San Marino.

Telephone Service.

May 10, 1949

SAINT-MARIN

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et l'Administration des postes et des télécommunications de Saint-Marin.

Service téléphonique.

10 mai 1949

SAN MARINO

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs und der Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen von San Marino.

Fernsprechdienst

10. Mai 1949

SALVADOR

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the US, UK and French Military Governments and the postal and telecommunications administration of Salvador.

Telephone Service.

May 5, 1949

SALVADOR

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et l'Administration des postes et télécommunications du Salvador.

Service téléphonique.

5 mai 1949

SALVADOR

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs und der Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen von Salvador.

Fernsprechdienst.

5. Mai 1949

THE SAAR

Posts and Telecommunications

1. Postal agreement between the US, UK and French Military Governments and the postal and telecommunications administration of the Saar.

Postal service placed on an international basis.

October 1, 1948

SARRE

Postes et télécommunications

1. Accord postal conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et l'Administration des postes et des télécommunications de la Sarre.

Service postal établi sur une base internationale.

1er octobre 1948

SAARGEBIET

Post- und Fernmeldewesen

1. Postabkommen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs und der saarländischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Der Postdienst wird auf eine internationale Grundlage gestellt

1. Oktober 1948

2. Telecommunications agreement between the US, UK and French Military Governments and the postal and telecommunications administration of the Saar.

Telephone Service.

March 1, 1949

3. Telecommunications agreement between the US, UK and French Military Governments and the postal and telecommunications administration of the Saar.

Establishment of service on an international basis.

March 1, 1949

SIERRA LEONE

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the High Commission and the postal and telecommunications administration of Sierra Leone.

Telephone Service.

November 15, 1949

SWEDEN

Trade and Payments

1. Amendment of the agreement covering payments between Sweden and the US/UK and French Occupied Areas of Germany dated May 25, 1949, signed Frankfurt, November 26, 1949.

2. Third additional protocol to the protocol covering trade and payments between Sweden and the US/UK Occupied Areas of Germany, signed April 19, 1948, and later extended to the French Occupied Areas of Germany, signed Frankfurt, November 26, 1949.

3. Agreement covering payments between Sweden and the US/UK and French Occupied Areas of Germany, initialled in Frankfurt May 5, 1949.

4. Exchange of letters between Swedish Consul and Director General of JEIA establishing supplementary lists to the additional Protocol of January 14, 1949, dated Frankfurt, March 29, 1949

5. Additional Protocol regarding Swedish bizonal trade during 1949, signed January 14, 1949.

6 Protocol concerning the application to the French Occupied Area of Germany of the agreement relating to trade and payments between Sweden and the combined US/UK Occupied Areas of Germany, signed in Berlin, February 5, 1949.

2. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et l'Administration des postes et des télécommunications de la Sarre.

Service téléphonique.

1er mars 1949

3. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et l'Administration des postes et des télécommunications de la Sarre.

Établissement du service sur une base internationale.

1er mars 1949

SIERRA-LEONE

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre la Haute Commission Alliée et l'Administration des postes et des télécommunications de Sierra-Leone.

Service téléphonique.

15 novembre 1949

SUÈDE

Commerce et paiements

1. Amendement à l'Accord concernant les paiements entre la Suède et les zones d'occupation américaine, britannique et française d'Allemagne, en date du 25 mai 1949, signé à Francfort, le 26 novembre 1949.

2. 3ème Protocole additionnel au Protocole concernant le commerce et les paiements entre la Suède et les zones d'occupation américaine et britannique d'Allemagne, signé le 19 avril 1948, et par la suite étendu à la zone d'occupation française d'Allemagne, signé à Francfort, le 26 novembre 1949.

3. Accord sur les paiements entre la Suède et les zones d'occupation américaine, britannique et française d'Allemagne, paraphé à Francfort, le 5 mai 1949.

4. Échange de lettres entre le consul de Suède et le directeur général de la JEIA établissant des listes complémentaires au Protocole additionnel du 14 janvier 1949, daté Francfort, le 29 mars 1949.

5. Protocole additionnel concernant le commerce entre la Suède et la bizone pour l'année 1949, signé le 14 janvier 1949.

6. Protocole concernant l'application à la zone d'occupation française d'Allemagne de l'Accord sur le commerce et les paiements entre la Suède et la bizone d'occupation (US/UK) d'Allemagne, signé à Berlin, le 5 février 1949.

2. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs und der saarländischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Fernsprechdienst.

1. März 1949

3. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs und der saarländischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Einrichtung des Dienstes auf internationaler Grundlage.

1. März 1949

SIERRA LEONE

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen der Hohen Kommission und der Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen von Sierra Leone.

Fernsprechdienst.

15. November 1949

SCHWEDEN

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Abänderung des Abkommens über den Zahlungsverkehr zwischen Schweden und den von den Vereinigten Staaten, dem Vereinigten Königreich und Frankreich besetzten Gebieten Deutschlands vom 25. Mai 1949. Unterzeichnet in Frankfurt am 26. November 1949

2. Drittes Zusatzprotokoll zu dem am 19. Aril 1948 unterzeichneten und später auf die von Frankreich besetzten Gebiete Deutschlands ausgedehnten Protokoll über den Handels- und Zahlungsverkehr zwischen Schweden und den von den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich besetzten Gebieten Deutschlands. Unterzeichnet in Frankfurt am 26. November 1949.

3. Abkommen betreffend Zahlungsverkehr zwischen Schweden und den von den Vereinigten Staaten, dem Vereinigten Königreich und Frankreich besetzten Gebieten Deutschlands. Paraphiert in Frankfurt am 5. Mai 1949.

4. Briefwechsel zwischen dem schwedischen Konsul und dem Generaldirektor der JEIA, wodurch zusätzliche Listen zu dem Zusatzprotokoll vom 14. Januar 1949 aufgestellt werden. Frankfurt, den 29. März 1949.

5. Zusatzprotokoll über den Handelsverkehr zwischen Schweden und der Bizone im Jahre 1949. Unterzeichnet am 14. Januar 1949.

6. Protokoll über die Anwendung des Abkommens über den Handels- und Zahlungsverkehr zwischen Schweden und den vereinigten Besatzungsgebieten der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs in Deutschland auf das von Frankreich besetzte Gebiet. Unterzeichnet in Berlin am 5. Februar 1949.

7. Special Protocol relating to payments between Sweden and the US/UK Occupied Areas of Germany, signed in Berlin, December 1948.

8. Special agreement between the Royal Government of Sweden and the Military Governments for Germany, US/UK signed Frankfurt, August 19, 1948.

9. Protocol between the Swedish Government and the Military Government of Germany, US/UK covering trade and payments between Sweden and the US/UK Occupied Areas of Germany, initialled in Berlin, April 19, 1948.

10. Memorandum concerning Swedish bizonal shipping, signed in Frankfurt, August 1948.

11. Protocol covering trade between the French Zone and Sweden. This protocol was supplemented by a financial agreement and a memorandum concerning the procedure of implementation.

October 10, 1947

Completed by agreed minutes of meetings held in Paris 4/5/6 August, 1948.

12. Agreement between the Military Governments for Germany, US, UK and the Swedish Government covering payments between Sweden and the US/UK Occupied Zones of Germany, signed October 5, 1947.

13. Agreement between the USA and Sweden providing for the application of most favoured nations treatment to areas under occupation and control.

July 3, 1948

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the US and UK Military Governments and the postal and telecommunications administration of Sweden.

Telegraph Service.

March 1947

2. Telecommunications agreement between the US and UK Military Governments and the postal and telecommunications administration of Sweden.

Telephone Service.

April 24, 1947

7. Protocole spécial concernant les paiements entre la Suède et les zones d'occupation américaine et britannique d'Allemagne, signé à Berlin, en décembre 1948.

8. Accord spécial entre le Gouvernement Royal de Suède et les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne, signé à Francfort, le 19 août 1948.

9. Protocole entre le Gouvernement suédois et les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne visant le commerce et les paiements entre la Suède et les zones d'occupation britannique et américaine d'Allemagne, paraphé à Berlin, le 19 avril 1948.

10. Mémorandum concernant la navigation entre la Suède et la bizone, signé à Francfort, en août 1948.

11. Protocole concernant les échanges commerciaux entre la zone française et la Suède. Ce Protocole a été complété par un arrangement financier et un mémorandum concernant la procédure d'application.

10 octobre 1947

Complété par les procès-verbaux agréés d'une réunion tenue à Paris les 4, 5 et 6 août 1948.

12. Accord entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et le Gouvernement suédois sur les paiements entre la Suède et les zones d'occupation américaine et britannique d'Allemagne, signé le 5 octobre 1947.

13. Accord entre les États-Unis et la Suède tendant à l'application de la clause de la nation la plus favorisée aux régions occupées et contrôlées.

3 juillet 1948

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain et britannique et l'Administration des postes et des télécommunications de Suède.

Service téléphonique.

mars 1947

2 Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain et britannique et l'Administration des postes et des télécommunications de Suède.

Service téléphonique.

24 avril 1947

7. Sonderprotokoll betreffend den Zahlungsverkehr zwischen Schweden und den von den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich besetzten Gebieten Deutschlands. Unterzeichnet in Berlin im Dezember 1948.

8. Sonderabkommen zwischen der Königlich Schwedischen Regierung und den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs für Deutschland. Unterzeichnet in Frankfurt am 19. August 1948.

9. Protokoll zwischen der schwedischen Regierung und den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs für Deutschland über den Handels- und Zahlungsverkehr zwischen Schweden und den von den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich besetzten Gebieten Deutschlands. Paraphiert in Berlin am 19. April 1948.

10. Memorandum betreffend Schiffsverkehr zwischen Schweden und der Bizone. Unterzeichnet in Frankfurt im August 1948.

11. Protokoll betreffend den Handel zwischen der französischen Zone und Schweden. Dieses Protokoll wurde durch ein Finanzabkommen und ein Memorandum über das Anwendungsverfahren ergänzt.

10. Oktober 1947

Vervollständigt durch ein vereinbartes Protokoll der in Paris am 4., 5. und 6. August 1948 abgehaltenen Sitzungen.

12. Abkommen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs für Deutschland und der schwedischen Regierung über den Zahlungsverkehr zwischen Schweden und den von den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich besetzten Zonen Deutschlands. Unterzeichnet am 5. Oktober 1947.

13. Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und Schweden, wonach die Meistbegünstigungsklausel auf besetzte und unter Kontrolle stehende Gebiete angewandt werden soll.

3. Juli 1948

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs und der schwedischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Telegraphendienst.

März 1947

2. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs und der schwedischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Fernsprechdienst.

24. April 1947

3. Telecommunications agreement between Allied Control Authority and postal and telecomunications administration of Sweden.

International telephone Service.
February 1, 1948

4. Postal agreement between Allied Control Authority and postal and telecommunications administration of Sweden.

Airmail service — incoming only.
March 20, 1947

SWITZERLAND

Transport

1. Agreement between the French Military Government and Switzerland on German railways in Switzerland dated December 9, 1947 providing for provisional regulation of the operation of German railways in Switzerland.

2. Rolling stock exchange agreement between the Military Governments for Germany (UK, US and French) and Switzerland dated June 23, 1949.

Trade and Payments

1. Agreed Minutes of trade discussions between a Delegation of the three Western Zones of Germany and a Swiss Delegation, signed in Berne, August 27, 1949.

2. Agreed Minutes of the trade discussions between the Swiss Delegation and representatives of the combined US/UK Zones of Occupation in Germany, signed in Frankfurt, August 23, 1948.

3. Memorandum of agreement on trade and commercial relations between Switzerland and the combined US/UK Zones of Occupation in Germany, signed in Berlin, June 1947.

4. Protocol covering trade and payments between the German frontalier Zone and Switzerland.
June 7, 1946

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the US and UK Military Governments and the postal and telecommunications administration for Switzerland.

Telephone and Telegraph.
June 25, 1947

2. Telecommunications agreement between Allied Control Authority and postal and telecommunications administration of Switzerland.

International telephone Service.
February 1, 1948

3. Accord sur les télécommunications conclu entre l'Autorité Alliée de Contrôle et l'Administration des postes et des télécommunications de Suède.

Service téléphonique international.
1er février 1948

4. Accord postal conclu entre l'Autorité Alliée de Contrôle et l'Administration des postes et des télécommunications de Suède.

Poste aérienne — arrivée seulement.
20 mars 1947

SUISSE

Transports

1. Accord du 9 décembre 1947 entre le Gouvernement Militaire français et la Suisse sur les chemins de fer allemands en Suisse tendant au règlement provisoire de l'exploitation des chemins de fer allemands en Suisse.

2. Accord sur l'échange de matériel roulant conclu entre les Gouvernements Militaires britannique, américain et français en Allemagne et la Suisse, le 23 juin 1949.

Commerce et paiements

1. Procès-verbaux agréés des discussions commerciales entre une délégation représentant les trois zones occidentales d'Allemagne et une délégation suisse, signés à Berne, le 27 août 1949.

2. Procès-verbaux agréés des discussions commerciales entre la délégation suisse et les représentants de la bizone d'occupation (US/UK) d'Allemagne, signés à Francfort, le 23 août 1948.

3. Mémorandum de l'Accord sur les échanges commerciaux entre la Suisse et la bizone d'occupation (US/UK) d'Allemagne, signé à Berlin, en juin 1947.

4. Protocole visant le commerce et les paiements entre la zone frontalière allemande et la Suisse.
7 juin 1946

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain et britannique et l'Administration des postes et des télécommunications de la Suisse.

Téléphone et télégraphe.
25 juin 1947

2. Accord sur les télécommunications conclu entre l'Autorité Alliée de Contrôle et l'Administration des postes et des télécommunications de la Suisse.

Service téléphonique international.
1er février 1948

3. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen der Alliierten Kontrollbehörde und der schwedischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Internationaler Fernsprechdienst.
1. Februar 1948

4. Postabkommen zwischen der Alliierten Kontrollbehörde und der schwedischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Luftpostdienst — nur eingehend.
20. März 1947

SCHWEIZ

Transport

1. Abkommen zwischen der französischen Militärregierung und der Schweiz über deutsche Eisenbahnen in der Schweiz vom 9. Dezember 1947, wonach eine vorläufige Regelung für den Betrieb der deutschen Eisenbahnen in der Schweiz getroffen wird.

2. Abkommen über den Austausch von rollendem Material zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs einerseits und der Schweiz andererseits vom 23. Juni 1949.

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Vereinbartes Protokoll über die Handelsbesprechungen zwischen einer Delegation der drei deutschen Westzonen und einer schweizerischen Delegation. Unterzeichnet in Bern am 27. August 1949.

2. Vereinbartes Protokoll über die Handelsbesprechungen zwischen der schweizerischen Delegation und Vertretern der vereinigten Besatzungszonen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs in Deutschland. Unterzeichnet in Frankfurt am 23. August 1948.

3. Memorandum über ein Abkommen betreffend den Handelsverkehr zwischen der Schweiz und den vereinigten Besatzungszonen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs in Deutschland. Unterzeichnet in Berlin im Juni 1947.

4. Protokoll über den Handels- und Zahlungsverkehr zwischen dem deutschen Grenzgebiet und der Schweiz.
7. Juni 1946

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs und der schweizerischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Fernsprech- und Telegraphendienst.
25. Juni 1947

2. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen der Alliierten Kontrollbehörde und der schweizerischen Verwaltung für das Post und Fernmeldewesen

Internationaler Fernsprechdienst.
1. Februar 1948

3. Postal agreement between the Allied Control Authority and postal and telecommunications administration of Switzerland.

Airmail service — incoming only.

March 5, 1947

Labour

1. Agreement concerning the introduction in Switzerland of German maids.

July 11, 1946

SURINAM

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the US, UK and French Military Governments and the postal and telecommunications administration of Surinam.

Telephone Service.

June 25, 1949

TANGIERS

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between US, UK and French Military Governments and the postal and telecommunications administration of Tangiers.

Telephone Service.

June 5, 1949

CZECHOSLOVAKIA

Trade and Payments

1. Memorandum on Trade and Commercial Relations between Czechoslovakia and the combined US/UK Zones of Occupation in Germany, signed in Berlin, January 31, 1947.

2. Memorandum on Trade and Commercial Relations between Czechoslovakia and the combined US and British Zones of Occupation in Germany, signed in Prague, July 1947.

3. Payments agreement between Military Governments for Germany, US/UK and the Government of the Republic of Czechoslovakia, dated September 5, 1947.

4. Additional Trade Protocol to the agreement between the Government of the Republic of Czechoslovakia and Military Governments for Germany (US/UK), dated December 3, 1948, initialled February 19, 1949, which act ended the agreement to include trade with the French Zone.

5. Agreed Minutes of the discussion of a Mixed Commission held from September 29 to December 22, 1950, in accordance with Articles 5 and 7 of the Agreement between the Czechoslovakian Republic and the Military

3. Accord postal conclu entre l'Autorité Alliée de Contrôle et l'Administration des postes et des télécommunications de la Suisse.

Poste aérienne — arrivée seulement.

5 mars 1947

Main-d'œuvre

1. Accord sur l'introduction de bonnes allemandes en Suisse.

11 juillet 1946

SURINAM

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et l'Administration des postes et des télécommunications du Surinam.

Service téléphonique.

25 juin 1949

TANGER

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et l'Administration des postes et des télécommunications de Tanger.

Service téléphonique.

5 juin 1949

TCHÉCOSLOVAQUIE

Commerce et paiements

1. Mémorandum sur les échanges commerciaux entre la Tchécoslovaquie et la bizone d'occupation (US/UK) d'Allemagne, signé à Berlin, le 31 janvier 1947.

2. Mémorandum sur les échanges commerciaux entre la Tchécoslovaquie et la bizone d'occupation (US/UK) d'Allemagne, signé à Prague, en juillet 1947.

3. Accord de paiements conclu entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et le Gouvernement de la République de Tchécoslovaquie, en date du 5 septembre 1947.

4. Protocole de commerce additionnel à l'Accord entre le Gouvernement de la République de Tchécoslovaquie et les Gouvernements Militaires américain et britannique d'Allemagne, en date du 3 décembre 1948, paraphé le 19 février 1949, mettant fin à l'Accord tendant à inclure le commerce avec la zone française

5. Procès-verbaux agréés des discussions d'une Commission mixte ayant eu lieu du 29 septembre au 22 décembre 1950, conformément aux articles 5 et 7 de l'Accord entre la République tchécoslovaque et les Gouvernements

3. Postabkommen zwischen der Alliierten Kontrollbehörde und der schweizerischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Luftpostdienst — nur eingehend.

5. März 1947

Arbeitskräfte

1. Abkommen über die Beschäftigung deutscher Hausgehilfinnen in der Schweiz.

11. Juli 1946

SURINAM

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs und der Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen von Surinam.

Fernsprechdienst.

25. Juni 1949

TANGER

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs und der Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen von Tanger.

Fernsprechdienst.

5. Juni 1949

TSCHECHOSLOWAKEI

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Memorandum über Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Tschechoslowakei und den Vereinigten Besatzungszonen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs in Deutschland. Unterzeichnet in Berlin am 31. Januar 1947.

2. Memorandum über Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Tschechoslowakei und den Vereinigten Besatzungszonen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens in Deutschland. Unterzeichnet in Prag im Juli 1947.

3. Zahlungsabkommen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs für Deutschland und der Regierung der Tschechoslowakischen Republik vom 5. September 1947.

4. Zusatzhandelsprotokoll zu dem Abkommen zwischen der Regierung der Tschechoslowakischen Republik und den Militärregierungen für Deutschland (Vereinigte Staaten/Vereinigtes Königreich) vom 3. Dezember 1948. Paraphiert am 19. Februar 1949. Hierdurch wurde das Abkommen, den Handel mit der französischen Zone einzuschließen, aufgehoben.

5. Vereinbartes Protokoll über die Besprechungen einer Gemischten Kommission, die vom 29. September bis zum 22. Dezember 1950 gemäß Artikeln 5 und 7 des Abkommens zwischen der Tschechoslowakischen Re-

Governments for Germany, dated December 3, 1948, as revised on October 21, 1949. Initialled December 21, 1950 but not yet signed as on July 17, 1951.

6. Protocol on Payments to extend and amend the Payments agreement, dated September 5, 1947, between the Military Governments for Germany (US/UK) and the Government of the Republic of Czechoslovakia, dated June 29, 1949.

Militaires en Allemagne, en date du 3 décembre 1948, revisé le 21 octobre 1949. Paraphés le 21 décembre 1950, mais non encore signés à la date du 17 juillet 1951.

6. Protocole sur les paiements, prorogeant et amendant l'Accord de paiements du 5 septembre 1947 entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et le Gouvernement de la République de Tchécoslovaquie, du 29 juin 1949.

publik und den Militärregierungen für Deutschland vom 3. Dezember 1948 in der revidierten Fassung vom 21. Oktober 1949. Paraphiert am 21. Dezember 1950, jedoch am 17. Juli 1951 noch nicht unterzeichnet.

6. Protokoll über Zahlungen zur Erweiterung und Abänderung des Zahlungsabkommens vom 5. September 1947 zwischen den Militärregierungen für Deutschland (Vereinigte Staaten und Vereinigtes Königreich) und der Regierung der Tschechoslowakischen Republik vom 29. Juni 1949.

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the US and UK Military Governments and the postal and telecommunications administration of Czechoslovakia.

Telephone and Telegraph.
April 26, 1947

2. Telecommunications agreement between the Allied Control Authority and Postal and Telecommunications Administration of Czechoslovakia.

International Telephone Service.
February 1, 1948

3. Postal agreement between Allied Control Authority and Postal and Telecommunications Administration of Czechoslovakia.
Airmail service — incoming only.
December 15, 1947

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs und der tschechoslowakischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Fernsprech- und Telegraphendienst.
26. April 1947

2. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen der Alliierten Kontrollbehörde und der tschechoslowakischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Internationaler Fernsprechdienst.
1. Februar 1948

3. Postabkommen zwischen der Alliierten Kontrollbehörde und der tschechoslowakischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.
Luftpostdienst — nur eingehende Post.
15. Dezember 1947

TRINIDAD

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the US, UK and French Military Governments and the postal and telecommunications administration of Trinidad.

Telephone Service.
April 15, 1949

LA TRINITÉ

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et l'Administration des postes et des télécommunications de la Trinité.

Service téléphonique.
15 avril 1949

TRINIDAD

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs und der Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen von Trinidad.

Fernsprechdienst.
15. April 1949

TUNISIA

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the US, UK and French Military Governments and the postal and telecommunications administration of Tunisia.

Telephone Service.
June 5, 1949

TUNISIE

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne et l'Administration des postes et des télécommunications de la Tunisie.

Service téléphonique.
5 juin 1949

TUNESIEN

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs und der tunesischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen.

Fernsprechdienst.
5. Juni 1949

TURKEY

Trade and Payments

1. Agreed Minutes of discussions between representatives of the Republic of Turkey and a Delegation representing the Military Governors of the US/UK and French Areas of Occupation in Germany, signed August 10, 1949.

TURQUIE

Commerce et paiements

1. Procès-verbaux agréés des discussions entre des représentants de la République de Turquie et une délégation représentant les Gouvernements Militaires des zones d'occupation américaine, britannique et française d'Allemagne, signés le 10 août 1949.

TÜRKEI

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Vereinbartes Protokoll über die Besprechungen zwischen Vertretern der Türkischen Republik und einer die Militärgouverneure der von den Vereinigten Staaten, dem Vereinigten Königreich und Frankreich besetzten deutschen Gebiete vertretenden Delegation. Unterzeichnet am 10. August 1949.

2. Trade agreement between Turkey and French Zone of Germany. This agreement was supplemented by an agreement on payments and a memorandum concerning the procedure of implementation.
April 19, 1948

3. Agreement between USA and Turkey providing for the application of most favoured nations treatment to areas under occupation and control.
July 4, 1948

4. Payments agreement between the Government of the Republic of Turkey and the US, UK and French Military Governments of Germany, initialled in Frankfurt, December 16, 1948.

5. Trade agreement between the Government of the Republic of Turkey and the US, UK and French Military Governors of Germany, initialled in Frankfurt on December 16, 1948.

URUGUAY

Trade and Payments

1. Agreement between the Government of the Republic Oriental of Uruguay and Military Governments for Germany, US, UK, covering trade between Uruguay and the US/UK Occupied Areas of Germany, initialled Frankfurt, October 7, 1948.

2. Payments agreement between the Government of the Republic of Uruguay and Military Governments for Germany, US/UK, initialled Frankfurt, October 7, 1948.

YUGOSLAVIA

Trade and Payments

1. Protocol to the payments agreement dated April 28, 1948, initialled Frankfurt, August 19, 1949

2. Agreed Minutes of discussions between representatives of the People's Federal Republic of Yugoslavia and a Delegation representing the Military Governments of Germany, US, UK and French, signed Frankfurt, August 19, 1949.

3. Trade agreement between the People's Federal Republic of Yugoslavia and the Military Governments for Germany, US, UK and French Frankfurt, March 5, 1949.

4. Protocol on payments agreement extending and amending the payments agreement covering payment for trade between Yugoslavia and the US/UK occupied areas of Germany, attached as Annex "F" to the Protocol dated April 28, 1948, concluded by the

2. Accord de commerce entre la Turquie et la zone française d'Allemagne. Cet accord a été complété par un accord de paiements et un mémorandum concernant la procédure d'application.
19 avril 1948

3. Accord entre les États-Unis et la Turquie tendant à l'application de la clause de la nation la plus favorisée aux régions occupées et contrôlées.
4 juillet 1948

4. Accord de paiements entre le Gouvernement de la République de Turquie et les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne, paraphé à Francfort, le 16 décembre 1948.

5. Accord de commerce entre le Gouvernement de la République de Turquie et les Gouverneurs Militaires américain, britannique et français en Allemagne, paraphé à Francfort, le 16 décembre 1948.

URUGUAY

Commerce et paiements

1. Accord entre le Gouvernement de la République Orientale d'Uruguay et les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne, concernant le commerce entre l'Uruguay et les zones d'occupation américaine et britannique d'Allemagne. Paraphé à Francfort, le 7 octobre 1948.

2. Accord de paiements entre le Gouvernement de la République Orientale d'Uruguay et les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne, paraphé à Francfort, le 7 octobre 1948.

YOUGOSLAVIE

Commerce et paiements

1. Protocole à l'Accord de paiements du 28 avril 1948, paraphé à Francfort, le 19 août 1949.

2. Procès-verbaux des discussions entre représentants de la République Fédérale populaire de Yougoslavie et une délégation représentant les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne, signés à Francfort, le 19 août 1949

3. Accord de commerce entre la République Fédérale populaire de Yougoslavie et les Gouvernements Militaires américain, britannique et français en Allemagne, Francfort, le 5 mars 1949.

4. Protocole à l'Accord de paiements en vue d'étendre et d'amender l'Accord de paiements sur les paiements commerciaux entre la Yougoslavie et les zones d'occupation américaine et britannique d'Allemagne, joint en annexe «F» au Protocole du 28 avril

2. Handelsabkommen zwischen der Türkei und der französischen Zone Deutschlands. Dieses Abkommen wurde ergänzt durch ein Zahlungsabkommen und ein Memorandum über das Durchführungsverfahren.
19. April 1948

3. Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und der Türkei, wonach die Meistbegünstigungsbehandlung auf besetzte und unter Kontrolle stehende Gebiete angewandt werden soll.
4. Juli 1948

4. Zahlungsabkommen zwischen der Regierung der Türkischen Republik und den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs in Deutschland. Paraphiert in Frankfurt am 16. Dezember 1948.

5. Handelsabkommen zwischen der Regierung der Türkischen Republik und den Militärgouverneuren der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs in Deutschland. Paraphiert in Frankfurt am 16. Dezember 1948.

URUGUAY

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Abkommen zwischen der Regierung der Republica Oriental von Uruguay und den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs für Deutschland über den Handelsverkehr zwischen Uruguay und den von den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich besetzten Gebieten Deutschlands. Paraphiert in Frankfurt am 7. Oktober 1948.

2. Zahlungsabkommen zwischen der Regierung der Republik Uruguay und den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs in Deutschland. Paraphiert in Frankfurt am 7. Oktober 1948.

JUGOSLAWIEN

Handels- und Zahlungsverkehr

1. Protokoll zum Zahlungsabkommen vom 28. April 1948. Paraphiert in Frankfurt am 19. August 1949

2. Vereinbartes Protokoll über die Besprechungen zwischen Vertretern der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien und einer die Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs vertretenden Delegation. Unterzeichnet in Frankfurt am 19. August 1949.

3. Handelsabkommen zwischen der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien und den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs für Deutschland vom 5. März 1949.

4. Protokoll über Zahlungsabkommen in Erweiterung und Abänderung des als Anhang „F" dem Protokoll vom 28. April 1948 beigefügten Zahlungsabkommens betreffend Zahlungen im Handelsverkehr zwischen Jugoslawien und den von den Vereinigten

Government of the People's Republic of Yugoslavia and the Military Governments for Germany, US/UK, initialled Frankfurt, March 5, 1949.

5. Protocol between the Military Governments for Germany, US/UK, and the Government of the People's Federal Republic of Yugoslavia, dated April 28, 1948.

6. Protocol between the Government of the People's Federal Republic of Yugoslavia and the Military Governments of Germany, US/UK, covering trade and payments between the People's Federal Republic of Yugoslavia and the US/UK Occupied Areas of Germany, signed in Belgrade, August 1947.

Posts and Telecommunications

1. Telecommunications agreement between the US and UK and French Military Governments and the postal and telecommunications administration of Yugoslavia.

Telephone Service.
March 15, 1949

1948, conclu entre le Gouvernement de la République Fédérale populaire de Yougoslavie et les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne, paraphé à Francfort, le 5 mars 1949.

5. Protocole entre les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne et le Gouvernement de la République Fédérale populaire de Yougoslavie, en date du 28 avril 1948.

6. Protocole entre le Gouvernement de la République Fédérale populaire de Yougoslavie et les Gouvernements Militaires américain et britannique en Allemagne, concernant le commerce et les paiements entre la République Fédérale populaire de Yougoslavie et les zones d'occupation américaine et britannique d'Allemagne, signé à Belgrade, en août 1947.

Postes et télécommunications

1. Accord sur les télécommunications conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français et l'Administration des postes et des télécommunications de la Yougoslavie.

Service téléphonique.
15 mars 1949

Staaten und dem Vereinigten Königreich besetzten Gebieten Deutschlands. Abgeschlossen durch die Regierung der Volksrepublik Jugoslawien und die Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs für Deutschland. Paraphiert in Frankfurt am 5. März 1949.

5. Protokoll zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs für Deutschland und der Regierung der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien vom 28. April 1948.

6. Protokoll zwischen der Regierung der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien und den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs in Deutschland betreffend den Handels- und Zahlungsverkehr zwischen der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien und den von den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich besetzten Gebieten Deutschlands. Unterzeichnet in Belgrad im August 1947.

Post- und Fernmeldewesen

1. Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs und Frankreichs einerseits und der jugoslawischen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen andererseits.

Fernsprechdienst.
15. März 1949

INTERNATIONAL ORGANIZATIONS

IRO and DPs

1. Agreement between French Military Government and UNRRA, February 18, 1946. Relative functions and responsibilities of the Director General of UNRRA and the French Military Government in the French Zone of Germany.

2. Agreement between IRO and the British Element of the Control Commission for Germany, Definition of the relative functions and responsibilities of IRO and the UK element of CCG in respect of DPs and non-German refugees in Germany.

June 28, 1947

Welfare

1. CARE (Cooperative for American Remittance for Europe Incorporated) —. Agreement between CARE and US Military Government concerning gift shipments and welfare supplies.

June 5, 1946

ORGANISATIONS INTERNATIONALES

O.I.R. et Personnes Déplacées

1. Accord entre le Gouvernement Militaire français et l'UNRRA, du 18 février 1946, relatif aux fonctions et responsabilités du directeur général de l'UNRRA et du Gouvernement Militaire français de la zone française d'Allemagne.

2. Accord entre l'O. I. R. et l'Élément britannique de la Commission de Contrôle en Allemagne. Définition des fonctions et responsabilités incombant à l'O. I. R. et l'Élément britannique de la Commission de Contrôle en Allemagne concernant les personnes déplacées et les réfugiés non allemands en Allemagne.

28 juin 1947

Accords en matière d'assistance

1. CARE —.
Accord conclu entre CARE et le Gouvernement Militaire américain relatif aux expéditions de colis-cadeaux et de fournitures à titre d'assistance.

5 juin 1946

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN

IRO und Verschleppte Personen

1. Abkommen zwischen der französischen Militärregierung und der UNRRA vom 18. Februar 1946. Verteilung des Aufgabengebiets und der Verantwortlichkeit zwischen dem Generaldirektor der UNRRA und der französischen Militärregierung in der französischen Zone Deutschlands.

2. Abkommen zwischen der IRO und dem Britischen Element des Kontrollrats für Deutschland. Festlegung der Aufgaben und Verantwortlichkeiten der IRO und des Elements des Vereinigten Königreichs im Kontrollrat betreffend Verschleppte Personen und nichtdeutsche Flüchtlinge in Deutschland.

28. Juni 1947

Wohlfahrt

1. CARE (Cooperative for American Remittance for Europe Incorporated) —. Abkommen zwischen CARE und der Militärregierung der Vereinigten Staaten über Liebesgabensendungen und Wohlfahrtslieferungen.

5. Juni 1946

2. CRALOG (Council of Relief Agencies Licensed for Occupation in Germany) —.

Agreement between CRALOG and US Military Government concerning gift shipments and welfare supplies.

Mai 16, 1947

3. Agreement between Centre d'Entr'Aide International and US Military Government concerning gift shipments and welfare supplies.

1947

MULTILATERAL

Posts and Telecommunications

1. Postal agreements between the US, UK and French Military Governments and the postal and telecommunications administrations of all countries of the world.

Extension of transit parcel post service through Germany.

(Extension of quadripartite decision which limited this service.)

October 20, 1948

2. All countries except Spain and Japan.

Telecommunications agreements between Allied Control Authority and postal and telecommunications administrations of all countries except Spain and Japan.

Telegraph Service.

December 1, 1947

3. All countries except Spain and Japan.

Postal agreements between Allied Control Authority and postal and telecommunications administrations of all countries except Spain and Japan.

Transit mail through Germany.

January 1, 1947

4. Countries in the European Regime.

Postal agreements between Allied Control Authority and postal and telecommunications administrations of countries in the European Regime.

Transit parcel post through Germany.

October 1, 1947

5. All countries except Spain and Japan.

Postal agreements between Allied Control Authority and postal and telecommunications administrations of all countries except Spain and Japan.

Poste Restante.

August 1, 1947

2. CRALOG (Conseil des organismes de secours autorisés à exercer leur activité en Allemagne) —

Accord conclu entre CRALOG et le Gouvernement Militaire américain relatif aux expéditions de colis-cadeaux et de fournitures à titre d'assistance.

16 mai 1947

3. Accord conclu entre le Centre d'Entr'aide International et le Gouvernement Militaire américain relatif aux expéditions de colis-cadeaux et de fournitures à titre d'assistance.

1947

ACCORDS MULTILATÉRAUX

Postes et télécommunications

1. Accord postal conclu entre les Gouvernements Militaires américain, britannique et français et les Administrations des postes et des télécommunications de tous les pays du monde.

Extension du service des colis postaux en transit à travers l'Allemagne.

(Extension de la décision quadripartite limitant ce service.)

20 octobre 1948

2. Tous les pays sauf l'Espagne et le Japon.

Accord sur les télécommunications conclu entre l'Autorité Alliée de Contrôle et les Administrations des postes et des télécommunications de tous les pays sauf l'Espagne et le Japon.

Service télégraphique.

1er décembre 1947

3. Tous les pays sauf l'Espagne et le Japon.

Accord postal conclu entre l'Autorité Alliée de Contrôle et les Administrations des postes et des télécommunications de tous les pays sauf l'Espagne et le Japon.

Courrier en transit à travers l'Allemagne.

1er janvier 1947

4. Pays européens.

Accord postal conclu entre l'Autorité Alliée de Contrôle et les Administrations des postes et des télécommunications des pays en Europe.

Colis postaux en transit à travers l'Allemagne.

1er octobre 1947

5. Tous les pays sauf l'Espagne et le Japon.

Accord postal conclu entre l'Autorité Alliée de Contrôle et les Administrations des postes et des télécommunications de tous les pays sauf l'Espagne et le Japon.

Poste restante.

1er août 1947

2. CRALOG (Council of Relief Agencies Licensed for Occupation in Germany) —.

Abkommen zwischen CRALOG und der Militärregierung der Vereinigten Staaten über Liebesgabensendungen und Wohlfahrtslieferungen.

16. Mai 1947

3. Abkommen zwischen dem Centre d'Entr'Aide International und der Militärregierung der Vereinigten Staaten über Liebesgabensendungen und Wohlfahrtslieferungen.

1947

MEHRSEITIGE VERTRÄGE

Post- und Fernmeldewesen

1. Postabkommen zwischen den Militärregierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs und den Verwaltungen für das Post- und Fernmeldewesen in allen Staaten der Welt.

Erweiterung des Durchgangs-Paketpostverkehrs durch Deutschland.

(Erweiterung des Viermächte-Beschlusses, wonach dieser Dienst eingeschränkt wurde.)

20. Oktober 1948

2. Alle Staaten außer Spanien und Japan.

Abkommen zwischen der Alliierten Kontrollbehörde und den Verwaltungen für das Post- und Fernmeldewesen aller Staaten außer Spanien und Japan.

Telegraphendienst.

1. Dezember 1947

3. Alle Staaten außer Spanien und Japan.

Postabkommen zwischen der Alliierten Kontrollbehörde und den Verwaltungen für das Post- und Fernmeldewesen aller Staaten außer Spanien und Japan.

Durchgangspost durch Deutschland.

1. Januar 1947

4. Staaten im europäischen Bereich.

Postabkommen zwischen der Alliierten Kontrollbehörde und den Verwaltungen für das Post- und Fernmeldewesen aller Staaten im europäischen Bereich.

Durchgangspaketpost durch Deutschland.

1. Oktober 1947

5. Alle Staaten außer Spanien und Japan.

Postabkommen zwischen der Alliierten Kontrollbehörde und den Verwaltungen für das Post- und Fernmeldewesen aller Staaten außer Spanien und Japan.

Postlagernde Sendungen.

1. August 1947

6. All countries except Spain and Japan.
Postal agreements between Allied Control Authority and postal and telecommunications administrations of all countries except Spain and Japan.
Registered mail.
January 1, 1948

7. All countries except Spain and Japan.
Postal agreement between Allied Control Authority and postal and telecommunications administrations of all countries except Spain and Japan.
International reply coupons. (Incoming to Germany only.)
June 21, 1946

8. All countries except Spain and Japan.
Postal agreements between Allied Control Authority and postal and telecommunications administrations of all countries except Spain and Japan.
Reply paid postcards. (Incoming to Germany only.)
February 15, 1948

9. All countries except Spain and Japan.
Postal agreements between Allied Control Authority and postal and telecommunications administrations of all countries except Spain and Japan.
Gift Parcel Post Service.
January 15, 1947

10. All countries except Spain and Japan.
Postal agreements between Allied Control Authority and postal and telecommunications administrations of all countries except Spain and Japan.
Small packets — up to 2 kilograms.
January 1, 1948

11. All countries except Spain and Japan.
Postal agreements between Allied Control Authority and postal and telecommunications administrations of all countries except Spain and Japan.
Braille matter.
May 15, 1947

12. All countries except Spain and Japan.
Postal agreements between Allied Control Authority and postal and telecommunications administrations of all countries except Spain and Japan.
September 15, 1947

6. Tous les pays sauf l'Espagne et le Japon.
Accord postal conclu entre l'Autorité Alliée de Contrôle et les Administrations des postes et des télécommunications de tous les pays sauf l'Espagne et le Japon.
Courrier recommandé.
1er janvier 1948

7. Tous les pays sauf l'Espagne et le Japon.
Accord postal conclu entre l'Autorité Alliée de Contrôle et les Administrations des postes et des télécommunications de tous les pays sauf l'Espagne et le Japon.
Coupons-réponse internationaux arrivant en Allemagne seulement.
21 juin 1946

8. Tous les pays sauf l'Espagne et le Japon.
Accord postal conclu entre l'Autorité Alliée de Contrôle et les Administrations des postes et des télécommunications de tous les pays sauf l'Espagne et le Japon.
Cartes postales avec réponse payée arrivant en Allemagne seulement.
15 février 1948

9. Tous les pays sauf l'Espagne et le Japon.
Accord postal conclu entre l'Autorité Alliée de Contrôle et les Administrations des postes et des télécommunications de tous les pays sauf l'Espagne et le Japon.
Service postal pour les colis-cadeaux.
15 janvier 1947

10. Tous les pays sauf l'Espagne et le Japon.
Accord postal conclu entre l'Autorité Alliée de Contrôle et les Administrations des postes et des télécommunications de tous les pays sauf l'Espagne et le Japon.
Petits colis jusqu'à 2 kilogrammes.
1er janvier 1948

11. Tous les pays sauf l'Espagne et le Japon.
Accord postal conclu entre l'Autorité Alliée de Contrôle et les Administrations des postes et des télécommunications de tous les pays sauf l'Espagne et le Japon.
Courrier en «Braille».
15 mai 1947

12. Tous les pays sauf l'Espagne et le Japon
Accord postal conclu entre l'Autorité Alliée de Contrôle et les Administrations des postes et des télécommunications de tous les pays sauf l'Espagne et le Japon.
Documents commerciaux et échantillons.
15 septembre 1947

6. Alle Staaten außer Spanien und Japan.
Postabkommen zwischen der Alliierten Kontrollbehörde und den Verwaltungen für das Post- und Fernmeldewesen aller Staaten außer Spanien und Japan.
Eingeschriebene Sendungen.
1. Januar 1948

7. Alle Staaten außer Spanien und Japan.
Postabkommen zwischen der Alliierten Kontrollbehörde und den Verwaltungen für das Post- und Fernmeldewesen aller Staaten außer Spanien und Japan.
Internationale Antwortscheine. (Nur in Richtung nach Deutschland)
21. Juni 1946

8. Alle Staaten außer Spanien und Japan.
Postabkommen zwischen der Alliierten Kontrollbehörde und den Verwaltungen für das Post- und Fernmeldewesen aller Staaten außer Spanien und Japan.
Postkarten mit bezahlter Antwortkarte. (Nur in Richtung nach Deutschland)
15. Februar 1948

9. Alle Staaten außer Spanien und Japan.
Postabkommen zwischen der Alliierten Kontrollbehörde und den Verwaltungen für das Post- und Fernmeldewesen aller Staaten außer Spanien und Japan.
Liebesgaben-Paketpostdienst.
15. Januar 1947

10. Alle Staaten außer Spanien und Japan.
Postabkommen zwischen der Alliierten Kontrollbehörde und den Verwaltungen für das Post- und Fernmeldewesen aller Staaten außer Spanien und Japan.
Päckchen — bis zu 2 Kilogramm.
1. Januar 1948

11. Alle Staaten außer Spanien und Japan.
Postabkommen zwischen der Alliierten Kontrollbehörde und den Verwaltungen für das Post- und Fernmeldewesen aller Staaten außer Spanien und Japan.
Sendungen in Blindenschrift.
15. Mai 1947

12. Alle Staaten außer Spanien und Japan.
Postabkommen zwischen der Alliierten Kontrollbehörde und den Verwaltungen für das Post- und Fernmeldewesen aller Staaten außer Spanien und Japan.
Geschäftspapiere und Mustersendungen.
15. September 1947

13. All countries except Spain and Japan.

Postal agreements between Allied Control Authority and postal and telecommunications administrations of all countries except Spain and Japan.

Illustrated envelopes.

September 1, 1947

13. Tous les pays sauf l'Espagne et le Japon.

Accord postal conclu entre l'Autorité Alliée de Contrôle et les Administrations des postes et des télécommunications de tous les pays sauf l'Espagne et le Japon.

Enveloppes illustrées.

1er septembre 1947

13. Alle Staaten außer Spanien und Japan.

Postabkommen zwischen der Alliierten Kontrollbehörde und den Verwaltungen für das Post- und Fernmeldewesen aller Staaten außer Spanien und Japan.

Bebilderte Briefumschläge.

1. September 1947

14. All countries except Spain and Japan.

Postal agreements between Allied Control Authority and postal and telecommunications administrations of all countries except Spain and Japan.

Illustrated postcards.

June 15, 1947

14. Tous les pays sauf l'Espagne et le Japon

Accord postal conclu entre l'Autorité Alliée de Contrôle et les Administrations des postes et des télécommunications de tous les pays sauf l'Espagne et le Japon.

Cartes postales illustrées.

15 juin 1947

14. Alle Staaten außer Spanien und Japan.

Postabkommen zwischen der Alliierten Kontrollbehörde und den Verwaltungen für das Post- und Fernmeldewesen aller Staaten außer Spanien und Japan.

Ansichtskarten.

15. Juni 1947

15. All countries except Spain and Japan.

Postal agreements between Allied Control Authority and postal and telecommunications administrations of all countries except Spain and Japan.

Letters and cards.

April 1, 1946

15. Tous les pays sauf l'Espagne et le Japon.

Accord postal conclu entre l'Autorité Alliée de Contrôle et les Administrations des postes et des télécommunications de tous les pays sauf l'Espagne et le Japon.

Lettres et cartes.

1er avril 1946

15. Alle Staaten außer Spanien und Japan.

Postabkommen zwischen der Alliierten Kontrollbehörde und den Verwaltungen für das Post- und Fernmeldewesen aller Staaten außer Spanien und Japan.

Briefe und Karten.

1. April 1946

16. All European Countries except Spain.

Telecommunication agreement between Allied Control Authority and postal and telecommunications administrations of all European countries except Spain.

Transit Telecommunications Service.

December 16, 1946

16. Tous les pays européens sauf l'Espagne.

Accord sur les télécommunications conclu entre l'Autorité Alliée de Contrôle et les Administrations des postes et des télécommunications de tous les pays européens sauf l'Espagne.

Service de télécommunications en transit.

16 décembre 1946

16. Alle Europäischen Staaten außer Spanien.

Abkommen über das Fernmeldewesen zwischen der Alliierten Kontrollbehörde und den Verwaltungen des Post- und Fernmeldewesens aller europäischen Staaten außer Spanien.

Durchgangs-Fernmeldedienst.

16. Dezember 1946

Radio Frequencies

1. Conference on Rhine River Radio Navigation, The Hague 1949.

April 16, 1949

(Agreement was given by US, UK and French Military Governors to procedures established for Rhine River Radio Communications.)

2. Regional I Admin. Radio Conference, Geneva 1949. Allocation of frequencies for mobile services in Europe.

(Requirements for occupying forces and German requirements in low and medium frequency bands were submitted and agreed.)

3. Provisional Frequency Board and International Frequency Registration Board, Geneva, 1948—50. Production of a new International Frequency List.

(German and occupational force requirements were presented on a tripartite basis. New International Frequency List has not yet been published.)

Fréquences radio

1. Conférence sur les transmissions radio pour la navigation sur le Rhin, La Haye 1949.

16 avril 1949

(Accord donné par les Gouverneurs Militaires américain, britannique et français sur les procédures instituées en ce qui concerne les transmissions radio sur le Rhin.)

2. Conférence sur l'administration de la radio dans la région I, Genève 1949. Allocation de fréquences pour les services mobiles en Europe.

(Les besoins des Forces d'occupation et les besoins allemands en matière de basses et de moyennes fréquences ont été soumis et approuvés.)

3. Bureau provisoire des fréquences et bureau international d'immatriculation des fréquences, Genève, 1948—50. Publication d'une nouvelle liste internationale de fréquences.

(Les besoins allemands et les besoins des Forces d'occupation ont été présentés sur une base tripartite. La nouvelle liste internationale de fréquences n'a pas encore été publiée.)

Radio-Frequenzen

1. Konferenz über den Funk-Schiffahrtsverkehr auf dem Rhein, Den Haag 1949

16. April 1949

(Die Militärgouverneure der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs erklärten sich mit den für den Funkdienst auf dem Rhein eingerichteten Verfahren einverstanden.)

2. Konferenz über die Radio-Verwaltung in der Region I, Genf 1949. Zuteilung von Frequenzen für mobile Dienste in Europa.

(Der Bedarf der Besatzungstruppen und der deutsche Bedarf an niedrigen und mittleren Frequenzbereichen wurden angemeldet und genehmigt.)

3. Vorläufige Frequenzen-Behörde und Internationale Stelle für die Registrierung von Frequenzen, Genf, 1948—50. Aufstellung einer neuen internationalen Frequenzen-Liste.

(Der Bedarf Deutschlands und der Besatzungstruppen wurde auf Drei-Mächte-Basis angegeben. Die neue internationale Frequenzenliste wurde bisher noch nicht veröffentlicht.)

10c

Gleichlautende Schreiben des Bundeskanzlers an jeden der Hohen Kommissare vom 26. Mai 1952 betreffend die Bestätigung des Schreibens Nr. 10a nebst Vorbehalt hinsichtlich der Verträge, die sich auf die Saar beziehen.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler

Bonn, den 26. Mai 1952

Seiner Exzellenz
dem Hohen Kommissar der
Französischen Republik
Herrn Botschafter André François-Poncet

Herr Hoher Kommissar,

In Beantwortung Ihres Schreibens vom 26. Mai 1952 beehre ich mich zu bestätigen, daß Ihr Schreiben und die beigefügte Liste die in Absatz 2 des Artikels 2 des Ersten Teiles des Vertrages zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen genannte Mitteilung darstellen.

Im Verlauf der Verhandlungen haben meine Vertreter erklärt, daß die Einbeziehung von Verträgen und internationale Abkommen in diese Liste, die sich auf die Saar beziehen, sowie die sich daraus ergebende Übernahme gewisser Verpflichtungen durch die Bundesrepublik hinsichtlich dieser sich auf die Saar beziehenden Verträge und internationalen Abkommen in keiner Weise eine Anerkennung des gegenwärtigen Status an der Saar durch die Bundesrepublik enthält. Ich wiederhole diese Erklärung und wäre Ihnen verbunden, wenn Sie bestätigen würden, daß die Einbeziehung gewisser sich auf die Saar beziehender Verträge und Abkommen in diese Liste in keiner Weise eine Anerkennung des gegenwärtigen Status an der Saar durch die Bundesrepublik darstellt.

Ich benutze auch diesen Anlaß, um Ihnen, Herr Hoher Kommissar, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu erneuern.

Adenauer

Gleichlautende Schreiben sind an die Hohen Kommissare der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs gerichtet worden.

10d

Schreiben der drei Hohen Kommissare an den Bundeskanzler vom 26. Mai 1952 betreffend die Bestätigung des in dem Schreiben Nr. 10c enthaltenen Saar-Vorbehalts.

26 May 1952

His Excellency,
The Chancellor of the Federal
Republic of Germany

Mr. Chancellor:

We have the honour, in reply to your letter of 26 May 1952, to confirm that the Governments of the Three Powers agree that the inclusion in the list of certain treaties and agreements enclosed with our letter of 26 May 1952, referring to the Saar, does not constitute any recognition by the Federal Republic of the present status of the Saar.

For the Government of the United States of America
John J. McCloy
U.S. High Commissioner for Germany

For the Government of the Republic of France
André François-Poncet
French High Commissioner for Germany

For the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland
Ivone Kirkpatrick
U.K. High Commissioner for Germany

26 Mai 1952

Son Excellence
Le Chancelier de la
République Fédérale
d'Allemagne

Monsieur le Chancelier Fédéral,

Nous avons l'honneur, en réponse à votre lettre du 26 Mai 1952, de vous confirmer que les Gouvernements des Trois Puissances acceptent que la présence dans la liste de certains traités et accords jointe à notre lettre du 26 Mai 1952 et concernant la Sarre ne constitue aucune reconnaissance par la République Fédérale du statut actuel de la Sarre.

Pour le Gouvernement de la République Française
André François-Poncet
Haut Commissaire de la République Française en Allemagne

Pour le Gouvernement des États-Unis d'Amérique
John J. McCloy
Haut Commissaire Américain en Allemagne

Pour le Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord
Ivone Kirkpatrick
Haut Commissaire Britannique en Allemagne

10d

Schreiben der drei Hohen Kommissare an den Bundeskanzler vom 26. Mai 1952 betreffend die Bestätigung des in dem Schreiben Nr. 10c enthaltenen Saar-Vorbehalts.

(Übersetzung)

26. Mai 1952

Seiner Exzellenz
dem Herrn Bundeskanzler der
Bundesrepublik Deutschland

Herr Bundeskanzler,

In Beantwortung Ihres Schreibens vom 26 Mai 1952 beehren wir uns zu bestätigen, daß die Regierungen der Drei Mächte zustimmen, daß die Einbeziehung bestimmter, sich auf die Saar beziehender Verträge und Abkommen in die unserem Schreiben vom 26. Mai 1952 beigefügte Liste in keiner Weise eine Anerkennung des gegenwärtigen Status an der Saar durch die Bundesrepublik darstellt.

Für die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika
John J. McCloy
Hoher Kommissar der Vereinigten Staaten von Amerika

Für die Regierung der Republik Frankreich
André François-Poncet
Hoher Kommissar der Republik Frankreich in Deutschland

Für die Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien
Ivone Kirkpatrick
Hoher Kommissar des Vereinigten Königreiches für Deutschland

11

Gleichlautende Schreiben des Bundeskanzlers an jeden der Hohen Kommissare vom 26. Mai 1952 betreffend Funkdienste.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler

Bonn, den 26. Mai 1952

Seiner Exzellenz
dem Hohen Kommissar des
Vereinigten Königreichs von
Großbritannien und Nordirland
Sir Ivone Kirkpatrick

Herr Hoher Kommissar,

Im Namen der Bundesregierung erkläre ich, daß diese nach dem Inkrafttreten des Vertrages über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten die Bestimmungen des Artikels 44 des Internationalen Fernmeldevertrages von Atlantic City vom 2. Oktober 1947 hinsichtlich der Funkverbindungen oder Funkdienste der Drei Mächte, der anerkannten Privatunternehmen und anderen ordnungsmäßig errichteten Unternehmen im Gebiet der Drei Mächte anwenden wird, die auf Wellenlängen betrieben werden, welche durch das Abkommen von Kopenhagen (1948) zugeteilt worden sind.

Obwohl die Bundesregierung sich durch das Abkommen von Kopenhagen nicht gebunden fühlt, erkennt sie demgemäß an, daß keine schädlichen Störungen für die Funkverbindungen oder Funkdienste durch Funkstellen im Bundesgebiet verursacht werden dürfen.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie Ihre Regierung von dem Inhalt dieses Schreibens unterrichten würden.

Ich benutze auch diesen Anlaß, um Ihnen, Herr Hoher Kommissar, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu erneuern.

Adenauer

Gleichlautende Schreiben sind an die Hohen Kommissare der Vereinigten Staaten und der Französischen Republik gerichtet worden.

II

Zum Zweiten Teil (Dekartellierung und Entflechtung)

12a

Schreiben des Bundeskanzlers an den Vorsitzenden des Rates der Alliierten Hohen Kommission vom 25. Mai 1952 betreffend Gewerbefreiheit (zu Artikel 10).

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler

Bonn, den 25. Mai 1952

An
den Vorsitzenden des Rates
der Alliierten Hohen Kommission

Seiner Exzellenz
Herrn John McCloy

Mehlem

Herr Hoher Kommissar,

Um die seit langer Zeit zwischen der deutschen und der alliierten Seite geführten Erörterungen über die Frage der Gewerbefreiheit zu einem für beide Seiten befriedigenden Abschluß zu bringen, habe ich mich am 11. März 1952 bereit erklärt, Ihnen eine briefliche Erklärung zu dieser Frage zu übermitteln. Bei den genannten Erörterungen sind die Vertreter der Drei Mächte und der Bundesregierung zu der übereinstimmenden Auffassung gelangt, daß für Fragen der Gewerbefreiheit nur das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland maßgebend ist, über dessen Auslegung allein das Bundesverfassungsgericht bindend zu entscheiden hat. Aus diesem Grunde begrüße ich es, daß die Drei Mächte von ihrem ursprünglichen Wunsche, Bestimmungen über die Gewerbefreiheit in das Vertragswerk aufzunehmen, Abstand genommen haben. Ich verkenne jedoch nicht, daß eine baldige Klärung der sich aus dem Grundgesetz ergebenden Auslegungsfragen insbesondere mit Rücksicht auf die künftige Gesetzgebung, wünschenswert ist. Die Bundesregierung wird daher, sofern die zur Zeit bei dem Bundesverfassungsgericht anhängigen Verfahren keine Möglichkeit zu einer ausreichenden Klärung der Fragen geben sollten, eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts herbeiführen, sobald sich Veranlassung bietet, einen Antrag nach § 76 Nr. 2 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht zu stellen

Ich benutze auch diesen Anlaß, um Ihnen, Herr Hoher Kommissar, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu erneuern.

Adenauer

12b

Schreiben des Hohen Kommissars der Vereinigten Staaten in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Rates der Alliierten Hohen Kommission vom 27. Mai 1952 — AGSEC (52) 531 — betreffend die Bestätigung des Schreibens Nr. 12a.

Allied High Commission for Germany
The Council

Bonn — Petersberg
27 May 1952 AGSEC (52) 531

His Excellency
The Chancellor of the
Federal Republic of Germany

Palais Schaumburg
141 Koblenzer Strasse
Bonn

Mr. Chancellor:

On behalf of the Allied High Commission I have the honor to acknowledge receipt of your letter of 25 May 1952 stating that the Federal Government will ensure that the constitutionality of restrictions on freedom to engage in a trade or profession will be brought before the Federal Constitutional Court in the event that such issues are not decided within the near future in the cases now pending before that court.

Accept, Mr. Chancellor, the renewed assurance of my highest consideration.

John J. McCloy
Chairman

(Übersetzung)

Alliierte Hohe Kommission für Deutschland
Der Rat

Bonn — Petersberg
27. Mai 1952 AGSEC (52) 531

Seiner Exzellenz
dem Herrn Bundeskanzler
der Bundesrepublik Deutschland

Bonn
Koblenzer Straße 141
Palais Schaumburg

Herr Bundeskanzler,

Im Namen der Alliierten Hohen Kommission beehre ich mich, den Empfang Ihres Schreibens vom 25. Mai 1952 zu bestätigen, wonach die Bundesregierung gewährleisten wird, daß die Frage der Verfassungsmäßigkeit von Einschränkungen der Gewerbefreiheit vor das Bundesverfassungsgericht gebracht werden wird, falls diese Fragen in naher Zukunft in den bei jenem Gericht zur Zeit anhängigen Verfahren entschieden werden.

Genehmigen Sie, Herr Bundeskanzler, die erneute Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

John J. McCloy
Vorsitzender

13a

Schreiben des Bundeskanzlers an den Vorsitzenden des Rates der Alliierten Hohen Kommission vom 25. Mai 1952 betreffend Handhabung des Umsatzsteuerrechtes in bezug auf den Zusammenschluß gewerblicher Unternehmungen.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler

Bonn, den 25. Mai 1952

An
den Vorsitzenden des Rates
der Alliierten Hohen Kommission
Seiner Exzellenz
Herrn John J. McCloy
Mehlem

Herr Hoher Kommissar,

Die Vertreter der Bundesregierung haben in den Verhandlungen mit Beamten der Alliierten Hohen Kommission wiederholt erklärt, daß die Bundesregierung davon überzeugt ist, daß durch das Umsatzsteuerrecht und seine Handhabung der Zusammenschluß gewerblicher Unternehmungen nicht ermutigt werden sollte. Die Bundesregierung wird sich dafür einsetzen, daß diesem Gedanken bei allen Maßnahmen auf dem Gebiet des Umsatzsteuerrechts und auch bei Anwendung des geltenden Umsatzsteuergesetzes, soweit als möglich Rechnung getragen wird.

Ich benutze auch diesen Anlaß, um Ihnen Herr Hoher Kommissar, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu erneuern.

Adenauer

13b

Schreiben des Hohen Kommissars der Vereinigten Staaten in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Rates der Alliierten Hohen Kommission vom 27. Mai 1952 — AGSEC (52) 532 — betreffend die Bestätigung des Schreibens Nr. 13a.

Allied High Commission for Germany
The Council
Bonn — Petersberg
27 May 1952 AGSEC (52) 532

His Excellency
The Chancellor of the
Federal Republic of Germany
Palais Schaumburg
141 Koblenzer Strasse
Bonn

Mr. Chancellor:

On behalf of the Allied High Commission I have the honor to acknowledge receipt of your letter of 25 May 1952 in which you state that the Federal Government's measures in the field of turnover taxation including its administration of the existing laws will so far as possible prevent any incentive to the concentration of business enterprises.

Accept, Mr. Chancellor, the renewed assurance of my highest consideration.

John J. McCloy
Chairman

(Übersetzung)

Alliierte Hohe Kommission für Deutschland
Der Rat
Bonn — Petersberg
27. Mai 1952 AGSEC (52) 532

Seiner Exzellenz
dem Herrn Bundeskanzler
der Bundesrepublik Deutschland
Bonn
Koblenzer Straße 141
Palais Schaumburg

Herr Bundeskanzler,

Im Namen der Alliierten Hohen Kommission beehre ich mich, den Empfang Ihres Schreibens vom 25. Mai 1952 zu bestätigen, in dem Sie erklären, daß die Maßnahmen der Bundesregierung auf dem Gebiet der Umsatzsteuer, einschließlich der Anwendung der bestehenden Gesetze durch die Bundesregierung, soweit als möglich jeden Anreiz zum Zusammenschluß von gewerblichen Unternehmen vermieden werden.

Genehmigen Sie, Herr Bundeskanzler, die erneute Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

John J. McCloy
Vorsitzender

14a

Schreiben des Bundeskanzlers an den Vorsitzenden des Rates der Alliierten Hohen Kommission vom 24. Mai 1952 betreffend die Entflechtung der IG-Farbenindustrie A.G. (zu Artikel 6 Absatz 1).

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler

Bonn, den 24. Mai 1952

An
den Vorsitzenden des Rates
der Alliierten Hohen Kommission
Seiner Exzellenz
Herrn John J. McCloy
Mehlem
Mehlemer Aue

Herr Hoher Kommissar,

Nach Absatz 1 des Artikels 6 des Zweiten Teiles des Vertrages zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen tritt das Gesetz Nr. 35 der Alliierten Hohen Kommission mit der Durchführung der Entflechtung der IG Farbenindustrie AG außer Kraft.

Da nach Auffassung der Vertreter der Drei Mächte die Vorschriften eines künftigen deutschen Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen nicht ausreichen könnten, um alle Nachfolgegesellschaften während der Zeit, die sie zum Nachweis benötigen, daß sie als wirtschaftlich gesunde und unabhängige Unternehmen bestehen können, voll vor Maßnahmen zu schützen, die während des Bestehens des Gesetzes Nr. 35 in bezug auf die Wiederverflechtung verboten waren, haben die Vertreter der Drei Mächte den Wunsch geäußert, daß ihnen die Bundesregierung folgendes bestätigen möge:

1. Falls das Gesetz Nr. 35 vor Ablauf einer Frist von drei Jahren außer Kraft tritt, die in dem vereinbarten Zeitpunkt des Erlöschens der Befugnisse der für die IG Farben-Entflechtung zuständigen und den Drei Mächten verantwortlichen Stelle beginnt, spätestens jedoch am 31. Dezember 1955 endet, wird die Bundesregierung dafür sorgen, daß innerhalb dieser Frist Maßnahmen unterbleiben, die dazu führen würden, daß unmittelbar oder mittelbar

   eine Verschmelzung oder ein sonstiger Zusammenschluß von Nachfolgegesellschaften der IG Farbenindustrie AG i. L. oder der früher von dieser beherrschten Gesellschaften oder deren Nachfolgegesellschaften

   oder

   eine Beherrschung einer der genannten Gesellschaften durch irgendeine andere von ihnen

   oder

   eine Beherrschung von zwei oder mehr der genannten Gesellschaften durch eine andere — natürliche oder juristische — Person

   eintritt.

   Innerhalb derselben Frist soll weiter der Abschluß von Verträgen zwischen zwei oder mehreren der genannten Gesellschaften unterbleiben, die eine Interessengemeinschaft der Vertragschließenden begründen oder eine Gewinn- oder Verlustübernahme vorsehen.

   Einem Zusammenschluß oder einer Angliederung im Sinne des Vorstehenden soll der unmittelbare oder mittelbare Erwerb des gesamten Vermögens oder des wesentlichen Teiles des Vermögens einer Gesellschaft gleichgeachtet werden.

2. Nach Erlöschen der Befugnisse der in Nr. 1 genannten Stelle kann die Bundesregierung innerhalb der bezeichneten Frist Ausnahmen von den Grundsätzen der

Nr. 1 zulassen, wenn eine oder mehrere der bezeichneten Gesellschaften in eine Lage geraten sollten, die ihren Fortbestand als wirtschaftlich lebensfähige Unternehmen ernstlich gefährdet; irgendwelche unter Nr. 1 bezeichneten Maßnahmen oder Verträge zwischen den Farbenfabriken Bayer AG, Leverkusen, der Badischen Anilin- und Sodafabrik AG, Ludwigshafen/Rhein, und der Farbwerke Höchst AG, vormals Meister, Lucius & Brünning, Frankfurt/M.-Höchst, sollen jedoch auch nicht ausnahmsweise zugelassen werden. Andererseits gilt für die Verträge irgendeiner Nachfolgegesellschaft mit einer der im Zuge der Entflechtung der IG Farbenindustrie AG i. L. angegliederten oder anzugliedernden Gesellschaft und für ihre Maßnahmen gegenüber einer solchen Gesellschaft keinerlei Beschränkung.

Ich beehre mich, Ihnen die gewünschte Bestätigung zu geben, nachdem ich mich durch Rückfrage bei den Vorständen der bereits errichteten Nachfolgegesellschaften und den Liquidatoren der IG Farbenindustrie AG i. L. vergewissert habe, daß die gewünschten Einschränkungen tragbar erscheinen und sie deshalb mit der unter Nr. 1 und 2 wiedergegebenen Regelung einverstanden sind. Ich darf hinzufügen, daß selbstverständlich auch nach Ablauf der unter Nr. 1 vorgesehenen Frist die in diesem Schreiben behandelten Maßnahmen der allgemeinen Gesetzgebung über Wettbewerbsbeschränkungen unterworfen bleiben.

Ich benutze auch diesen Anlaß, um Ihnen, Herr Hoher Kommissar, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu erneuern.

Adenauer

14b

Schreiben des Hohen Kommissars der Vereinigten Staaten in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Rates der Alliierten Hohen Kommission vom 27. Mai 1952 — AGSEC (52) 533 — betreffend die Bestätigung des Schreibens Nr. 14a.

Allied High Commission for Germany
The Council
Bonn — Petersberg

27 May 1952 AGSEC (52) 533

His Excellency
The Chancellor of the
Federal Republic of Germany
Palais Schaumburg
141 Koblenzer Strasse
Bonn

Mr. Chancellor:

On behalf of the Allied High Commission I have the honor to acknowledge receipt of your letter of 25 May 1952 concerning the prevention of re-concentration of successor companies of I.G. Farbenindustrie A.G.i.L.

Accept, Mr. Chancellor, the renewed assurance of my highest consideration.

John J. McCloy
Chairman

(Übersetzung)

Alliierte Hohe Kommission für Deutschland
Der Rat
Bonn-Petersberg

27. Mai 1952 AGSEC (52) 533

Seiner Exzellenz
dem Herrn Bundeskanzler
der Bundesrepublik Deutschland
Bonn
Koblenzer Straße 141
Palais Schaumburg

Herr Bundeskanzler,

Im Namen der Alliierten Hohen Kommission beehre ich mich, den Empfang Ihres Schreibens vom 24. Mai 1952 über die Verhinderung einer Wiederverflechtung der Nachfolgegesellschaften der I.G. Farbenindustrie A.G. i.L. zu bestätigen.

Genehmigen Sie, Herr Bundeskanzler, die erneute Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

John J. McCloy
Vorsitzender

15

Schreiben des Hohen Kommissars der Vereinigten Staaten in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Rates der Alliierten Hohen Kommission an den Bundeskanzler vom 21. Mai 1952 — AGSEC (52) 467 — betreffend Aktientausch gemäß AHK-Gesetz Nr. 27 (zu Artikel 4 Absatz 1).

Allied High Commission for Germany
The Council
Bonn — Petersberg

21 May 1952 AGSEC (52) 467

His Excellency
The Chancellor of the Federal
Republic of Germany
Palais Schaumburg
141 Koblenzer Strasse
Bonn

Your Excellency,

In the course of the negotiations on the completion of the reorganization of the German coal mining and iron and steel industries under Allied High Commission Law No. 27 your representatives have requested information as to the contents of the regulation to be issued under Law No. 27 concerning the distribution of shares of the new companies. In view of the fact that this regulation

(Übersetzung)

Alliierte Hohe Kommission für Deutschland
Der Rat
Bonn-Petersberg

21. Mai 1952 AGSEC (52) 467

Seiner Exzellenz
dem Herrn Bundeskanzler
der Bundesrepublik Deutschland
Bonn
Koblenzer Straße 141
Palais Schaumburg

Exzellenz,

Bei den Verhandlungen über die endgültige Durchführung der Neuordnung des deutschen Kohlenbergbaus und der deutschen Stahl- und Eisenindustrie nach dem Gesetz Nr. 27 der Alliierten Hohen Kommission haben Ihre Vertreter Angaben über den Inhalt der zu Gesetz Nr. 27 zu erlassenden Verordnung über die Verteilung der Anteile an den neuen Gesellschaften erbeten. Mit

has not yet been drafted in final form, we are, at your request, writing this letter to inform you of the more important principles which will be incorporated therein.

As we have told you on previous occasions, the basic principle to be applied in the compensation of stockholders of the old enterprises will be that the shares of the unit companies or other successor companies of the enterprises listed in Schedule 'A' of Law No. 27 will be allocated on a *pro rata* basis to them.

As we have also told you on previous occasions, the shares thus allocated to the principal shareholders will be subject to some degree of special treatment in order to effectuate the purposes of the deconcentration. We are now in a position to state that the term "principal shareholder" will for this purpose include any shareholders possessing 15 % or more of the shares of any of the enterprises listed in Schedule 'A' of Law No. 27. In addition a shareholder with less than 15 % but more than 5 % of the nominal capital of an old company may be treated as a principal shareholder only if he is in a position owing to the particular circumstances to exercise a controlling influence by reason of such holdings. In determining the total holdings of a shareholder, there will be added to his holdings all shares subject to his control by reason of any agreement or arrangement as well as any shares over which it is determined that he in fact exercise control by reason of his relations with the holder.

A principal shareholder may retain without limitation the shares of one successor company, including unit companies. He may also select that company and receive and retain up to 5 % of the shares of other successor companies, unless the implementing agency under Law No. 27 determines that such selection or such receipt and retention of such shares would endanger the independence of the successor companies, assist in a combination within or between the coal and steel industries beyond the limits set forth in the applicable regulations under Law No. 27 or violate standards explicitly laid down in Law No. 27. In any event where a principal shareholder is allowed to receive and retain shares of any company other than the company whose shares he is entitled to hold without limitation, such shares will be deprived of any significant voting power until such time as they are transferred for consideration to a person who is completely independent of the principal shareholder and who has acquired the shares by a genuine transaction on his own account and in his own name.

It is very probable that the provisions of the contemplated regulation will not have to be invoked since, on the basis of our negotiations with most of the principal shareholders and liquidators, we believe that agreements can be worked out for individual plans for the compensation of the shareholders of the old companies.

In order to prevent undue disturbance of the German capital market, a period of five years will be fixed for the disposition of such securities as have to be disposed of.

Accept, Excellency, the renewed assurance of my highest consideration.

John J. McCloy
Chairman

Rücksicht darauf, daß diese Verordnung in ihrer endgültigen Fassung noch nicht ausgearbeitet worden ist, teilen wir Ihnen Ihrem Wunsche entsprechend die wichtigeren Grundsätze dieser Verordnung hierdurch mit.

Wie wir Ihnen bereits bei früheren Gelegenheiten erklärt haben, sollen bei der Entschädigung der Anteilseigner der Altgesellschaften die Anteile an den Einheits- oder sonstigen Nachfolgegesellschften der in Anhang A zum Gesetz Nr. 27 bezeichneten Unternehmen den Anteilseignern der Altgesellschaften grundsätzlich pro rata zugeteilt werden.

Wie wir Ihnen ebenfalls bei früheren Gelegenheiten erklärt haben, werden die auf diese Weise den Hauptgesellschaftern zugeteilten Anteile, um die Ziele der Entflechtung zu erreichen, in gewissem Umfange einem besonderen Verfahren unterliegen. Hierzu können wir nunmehr feststellen, daß der Ausdruck «Hauptgesellschafter» in diesem Sinne alle Gesellschafter einschließt, die 15 % oder mehr der Anteile eines der in Anhang A zum Gesetz Nr. 27 bezeichneten Unternehmen besitzen. Außerdem kann ein Gesellschafter mit weniger als 15 %, jedoch mehr als 5 % des Nennkapitals einer Aktiengesellschaft als Hauptgesellschafter behandelt werden, jedoch nur, wenn er infolge der besonderen Umstände auf Grund einer solchen Beteiligung einen beherrschenden Einfluß auszuüben in der Lage ist. Bei der Feststellung der Höhe der Beteiligungen sind dem Gesellschaftsanteil eines Gesellschafters alle Anteile hinzuzurechnen, die auf Grund einer Vereinbarung oder Abrede seiner Kontrolle unterliegen, sowie alle Anteile, bei denen entschieden wird, daß er tatsächlich auf Grund seiner Beziehungen zu dem Besitzer eine Kontrolle ausübt.

Ein Hauptgesellschafter kann unbeschränkt Anteile einer der Nachfolgegesellschaften (einschließlich Einheitsgesellschaften) behalten. Er kann außerdem diese Gesellschaft auswählen und bis zu 5 % der Anteile anderer Nachfolgegesellschaften empfangen und behalten; dies gilt nicht, wenn die zur Ausführung des Gesetzes Nr. 27 zuständige Stelle entscheidet, daß die Auswahl oder der Empfang und dauernde Besitz solcher Anteile entweder die Unabhängigkeit der Nachfolgegesellschaften gefährden, oder zu einem Zusammenschluß innerhalb der Kohle- oder Stahlindustrie dieser Industrien untereinander über die in den in Betracht kommenden Durchführungsverordnungen zum Gesetz Nr. 27 gesetzten Grenzen hinaus beitragen oder ein in Gesetz Nr. 27 ausdrücklich festgelegtes Ziel dieses Gesetzes vereiteln würde. In jedem Falle, in dem ein Hauptgesellschafter Anteile einer Nachfolgegesellschaft mit Ausnahme derjenigen, bei der er unbeschränkt beteiligt sein kann, empfangen und behalten darf, werden diese Aktien im Stimmrecht auf ein insgesamt nicht ins Gewicht fallendes Maß beschränkt werden, bis sie an eine von dem Hauptgesellschafter völlig unabhängige und ernstlich für eigene Rechnung und in eigenem Namen erwerbende Person gegen Entgelt veräußert werden.

Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Bestimmungen der in Aussicht genommenen Verordnung nicht zur Anwendung zu kommen brauchen, da wir auf Grund unserer Verhandlungen mit den meisten Hauptgesellschaftern und Liquidatoren glauben, daß Übereinkommen über Einzelpläne für die Entschädigung der Gesellschafter der Altgesellschaften ausgearbeitet werden können.

Um eine unangemessene Störung des deutschen Kapitalmarktes zu vermeiden, wird für die Veräußerung der zu veräußernden Anteile eine Frist von fünf Jahren festgesetzt werden.

Genehmigen Sie, Exzellenz, die erneute Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

John J. McCloy
Vorsitzender

III

Zum Dritten Teil (Innere Rückerstattung)

16a

Gleichlautende Schreiben jedes der drei Außenminister an den Bundeskanzler vom 26. Mai 1952 betreffend die Durchführung der Steuerfreiheit von Nachfolgeorganisationen und Treuhandkörperschaften (zu Artikel 5).

26 May 1952

His Excellency,
The Chancellor of the Federal
Republic of Germany

Mr. Chancellor:

Article 5 of Chapter Three of the Convention on the Settlement of Matters Arising out of the War and the Occupation provides that successor organizations and trust corporations, appointed pursuant to the legislation referred to in paragraph (a) of Article 1 thereof, shall continue to be granted the tax immunities enjoyed by them on the entry into force thereof, where those immunities involve taxes accruing to the Federation. The successor organizations and the trust corporations will enjoy on the entry into force of the Convention those tax immunities which, under German law, are granted to organizations directly and exclusively serving purposes useful to the public. The tax immunity provided for in the Convention relates only to taxes which accrue to the Federation. As my Government started from the premise that the position of the successor organizations and trust corporations should not be worsened as a result of the conclusion of the Convention, I should like you to confirm to me that where taxes or levies regarding which those organizations now enjoy tax immunity may, after the entry into force of the Convention, be payable by them to the Laender, Gemeinden or Gemeindeverbaende, the Federal Government will settle the claims for those taxes or levies directly with the claimant authorities in such a way that the successor organizations and trust corporations will not be liable to make any payment thereon.

Dean Acheson

Secretary of State
United States of America

26 Mai 1952

Son Excellence
Le Chancelier de la
République Fédérale
d'Allemagne

Monsieur le Chancelier Fédéral,

L'Article 5 du Chapitre Troisième de la Convention sur le Règlement de Questions issues de la Guerre et de l'Occupation prévoit que les organisations successorales et les « trust corporations », désignées en application de la législation mentionnée au paragraphe (a) de l'Article 1 de ce Chapitre, continueront à jouir de l'immunité fiscale dont elles bénéficient à la date d'entrée en vigueur de la Convention, lorsque ces immunités concernent des impôts dont le produit revient à la Fédération. Les organisations successorales et les « trust corporations » jouiront, à l'entrée en vigueur de la Convention, de celles des immunités fiscales qui, en vertu du droit allemand, sont accordées aux organisations servant directement et exclusivement des buts d'intérêt public. Cette exonération prévue dans la Convention a trait uniquement aux impôts dont le produit revient à la Fédération. Comme mon Gouvernement est parti du principe que la situation des organisations successorales et des « trust corporations » ne devrait pas subir d'aggravations à la suite de la conclusion de la Convention, je tiendrais à ce que vous me confirmiez que, lorsque des taxes ou des impôts concernant les organisations qui, actuellement jouissent d'une immunité fiscale pourraient, après l'entrée en vigueur de la Convention, devoir être payés aux Länder, aux communes ou aux associations de communes, le Gouvernement Fédéral règlera directement avec les autorités en cause les réclamations en ce qui concerne ces taxes ou impôts de telle façon que les organisations successorales et les « trust corporations » ne seront tenues d'effectuer aucun paiement à ce titre.

Robert Schuman

Ministre des Affaires Étrangères
de la République Française

Ein gleichlautendes Schreiben hat der Außenminister des Vereinigten Königreiches, Mr. Antony Eden, an den Bundeskanzler gerichtet.

(Übersetzung)

26. Mai 1952

Seiner Exzellenz
dem Herrn Bundeskanzler
der Bundesrepublik Deutschland.

Herr Bundeskanzler,

Artikel 5 des Dritten Teiles des Vertrages zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen sieht vor, daß Nachfolgeorganisationen und Treuhandkörperschaften, die auf Grund der in Absatz (a) des Artikels 1 dieses Teiles erwähnten Rechtsvorschriften ernannt worden sind, weiterhin die beim Inkrafttreten des Vertrages für sie geltenden Steuerfreiheiten zu gewähren sind, soweit sie Steuern betreffen, die der Bundesrepublik zufließen. Die Nachfolgeorganisationen und Treuhandkörperschaften genießen bei Inkrafttreten des Vertrages die Steuerfreiheiten, die nach deutschem Recht solchen Organisationen gewährt werden, die ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen Zwecken dienen. Die in dem Vertrage vorgesehene Steuerbefreiung bezieht sich nur auf die Steuern, die der Bundesrepublik zufließen. Da unsere Regierungen von der Voraussetzung ausgegangen sind, daß eine Schlechterstellung der Nachfolgeorganisationen und Treuhandkörperschaften durch Abschluß des Vertrages nicht eintreten soll, bitte ich Sie, mir zu bestätigen, daß, soweit von diesen Organisationen nach Inkrafttreten des Vertrages Steuern oder Abgaben an Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) zu zahlen sind, von denen sie gegenwärtig befreit sind, die Bundesregierung die Steuer- und Abgabenforderungen unmittelbar mit den anfordernden Behörden in einer solchen Weise regeln wird, daß die Nachfolgeorganisationen und Treuhandkörperschaften nicht verpflichtet sein werden, hierfür irgendeine Zahlung zu leisten.

Dean Acheson

Minister des Auswärtigen
der Vereinigten Staaten von Amerika

16b

Gleichlautende Schreiben des Bundeskanzlers an jeden der drei Außenminister vom 26. Mai 1952 betreffend die Bestätigung des Schreibens Nr. 16a.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler

Bonn, den 26. Mai 1952.

Seiner Exzellenz
dem Minister des Auswärtigen
der Vereinigten Staaten von Amerika
Herrn Dean Acheson.

Herr Minister,

In Beantwortung Ihres heutigen Briefes stimme ich mit Euer Exzellenz überein, daß durch Abschluß des Vertrages die Nachfolgeorganisationen und Treuhandkörperschaften nicht schlechter gestellt werden sollen. Demgemäß bestätige ich Ihnen, daß die Bundesregierung, sofern von diesen Organisationen nach dem Inkrafttreten dieses Vertrages irgendwelche Steuern und Abgaben erhoben werden sollten, die den Ländern oder Gemeinden (Gemeindeverbänden) ganz oder teilweise zufließen und die nach deutschem Recht von Organisationen, die ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen Zwecken dienen, nicht erhoben werden, die Steuer- und Abgabenforderungen unmittelbar mit den anfordernden Behörden in einer solchen Weise regeln wird, daß die Nachfolgeorganisationen und Treuhandkörperschaften nicht verpflichtet sein werden, hierfür irgendeine Zahlung zu leisten.

Ich benutze diesen Anlaß, um Sie, Herr Minister, meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.

Adenauer

Gleichlautende Schreiben sind an die Außenminister des Vereinigten Königreiches und der Französischen Republik, Herrn Anthony Eden und Herrn Robert Schuman, gerichtet worden.

IV

Zum Sechsten Teil (Reparationen)

17

Erklärung der Drei Mächte in der Bonner Außenministerkonferenz am 25. Mai 1952 zu Artikel 1 des Sechsten Teils des Vertrages zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen.

Formula on Reparations

The U.S. and U.K. Governments declare that they have not asserted and do not intend to assert any claim for reparations out of current production. They have consistently opposed, and intend to oppose the exaction of such reparations by any other Power. The French Government takes note of the situation of fact and therefore associates itself with Article I of Chapter VI of the Convention on the Settlement of Matters Arising out of the War and the Occupation.

Déclaration agréée concernant les Réparations

Le Gouvernement américain et le Gouvernement britannique déclarent qu'ils n'ont présenté aucune demande de réparations sur la production courante et qu'ils n'ont pas l'intention d'en présenter. Ils se sont constamment opposés et ont l'intention de s'opposer, à l'avenir, aux prélèvements de semblables réparations par une Puissance quelconque. Le Gouvernement français prend note de cette situation de fait et donne en conséquence son accord à l'Article 1 du Chapitre Sixième de la Convention sur le Règlement de Questions issues de la Guerre et de l'Occupation.

(Übersetzung)

Erklärung über Reparationen

Die Regierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs erklären, daß sie irgendwelche Reparationsansprüche aus der laufenden Produktion nicht geltend gemacht haben und nicht geltend zu machen beabsichtigen. Sie haben sich der Forderung solcher Reparationen durch irgendeine andere Macht beharrlich widersetzt und beabsichtigen dies auch in Zukunft zu tun. Die französische Regierung nimmt von dieser tatsächlichen Lage Kenntnis und erklärt sich daher mit Artikel 1 des Sechsten Teils des Vertrages zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen einverstanden.

V

Zum Neunten Teil (Gewisse Ansprüche gegen fremde Nationen und Staatsangehörige)

18a

Schreiben des Hohen Kommissars der Vereinigten Staaten in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Alliierten Hohen Kommission an den Bundeskanzler vom 19. Mai 1952 — AGSEC (52) 459 — betreffend die Vermögenswerte der JEIA (zu Artikel 4).

Allied High Commission for Germany
The Council

Bonn-Petersberg
19 May 1952 AGSEC (52) 459

His Excellency
The Chancellor of the
Federal Republic of Germany
Palais Schaumburg
Bonn

Mr. Chancellor:

In accordance with the provisions of AHC Law 56, the assets of the Joint Export-Import Agency, except some still outstanding foreign exchange receivables, will be transferred to the Federal Republic upon the following agreed terms:

1. The Federal Government shall satisfy such of the claims which have arisen in connection with the operations of the Joint Export-Import Agency or of any Agency of Military Government whose functions were assumed by the Joint Export-Import Agency as the liquidators of the Joint Export-Import Agency or the Allied High Commission or other appropriate Allied Agency shall allow, but shall not be liable towards any creditor of the Joint Export-Import Agency or of

La Haute Commission Alliée pour l'Allemagne
Le Conseil

Bonn-Petersberg
19 Mai 1952 AGSEC(52)459

Son Excellence
Monsieur le Chancelier
de la République Fédérale d'Allemagne

Monsieur le Chancelier,

Conformément aux dispositions de la Loi N° 56 de la Haute Commission Alliée, les avoirs de l'Agence Commune d'Importation et d'Exportation, à l'exception de quelques créances libellées en devises étrangères restant à recouvrer, seront transférés à la République Fédérale selon les termes de l'accord ci-dessous:

1. — Le Gouvernement Fédéral donnera satisfaction aux revendications qui sont nées à l'occasion du fonctionnement de l'Agence Commune d'Importation et d'Exportation ou de tout organisme du Gouvernement Militaire dont les attributions ont été assumées par l'Agence Commune d'Importation et d'Exportation et qui ont été admises par les liquidateurs de l'Agence Commune d'Importation et d'Exportation ou par la Haute Commission Alliée ou par tout autre organisme allié com-

Alliierte Hohe Kommission für Deutschland
Der Rat

Bonn-Petersberg
19. Mai 1952 AGSEC (52) 459

Seiner Exzellenz
dem Herrn Bundeskanzler der
Bundesrepublik Deutschland
Bonn
Palais Schaumburg

Herr Bundeskanzler,

Gemäß den Bestimmungen des Gesetzes Nr. 56 der Alliierten Hohen Kommission werden die Vermögenswerte der Joint Export-Import Agency (Vereinigtes Ausfuhr- und Einfuhramt) mit Ausnahme einiger noch ausstehender Devisenforderungen zu den folgenden vereinbarten Bedingungen auf die Bundesrepublik übertragen:

1. Von den Ansprüchen, die im Zusammenhang mit den Geschäften der Joint Export-Import Agency oder irgendeiner Stelle der Militärregierung, deren Aufgaben von der Joint Export-Import Agency übernommen wurden, entstanden sind, wird die Bundesregierung diejenigen befriedigen, die von den Liquidatoren der Joint Export-Import Agency, von der Alliierten Hohen Kommission oder einer anderen zuständigen alliierten Dienststelle anerkannt werden; jedoch haftet sie den

any Agency of Military Government whose functions were assumed by the Joint Export-Import Agency, either with the assets transferred or with any other assets of the Federal Republic. The transfer will be without prejudice to the claims of the Allied Governments against the Federal Government for post-war economic assistance to Germany.

2. Included among the assets referred to are the balances held by the Bank deutscher Länder on behalf of the Joint Export-Import Agency which were derived from the import and export operations conducted in the three Western Zones of Germany and the three Western Sectors of Berlin with the assistance of working capital contributed by the French, United Kingdom and United States Governments. The foreign exchange balances were made available to the Bank deutscher Länder to meet the foreign exchange requirements of the Federal Republic, although the High Commissioners have reserved their rights in respect of these foreign exchange sums. These rights to the foreign exchange balances will be deemed to have passed to the Federal Republic on 1st October 1949.

3. The DM balances held by the Bank deutscher Länder in the name of the Joint Export-Import Agency have been employed by the liquidators in winding up the affairs of the Joint Export-Import Agency, but the liquidation accounts also reflect certain financial adjustments both in DM and in foreign currency required by the fusion of the foreign trade operations of the French Zone with those of the US/UK Zones, since it was impossible to conclude these before the 1st October 1949. Subject to the conditions stated in the following paragraphs, the High Commissioners further propose that the DM banlances at present held in liquidation accounts, including the sum of DM 28,846,250 derived from a sterling payment by the Government of the United Kingdom to the Joint Export-Import Agency on the 30th June 1950 as contribution in lieu of relief imports, shall now be transferred to the Federal Government. The present financial position of the Joint Export-Import Agency is shown in the annexed statement as of 31st December 1951.

4. The Federal Government undertakes to indemnify the High Commissioners and their Governments, and each of them, upon request, in respect

pétent, mais ne sera pas responsable vis-à-vis des créanciers de l'Agence Commune d'Importation et d'Exportation ou de tout autre organisme du Gouvernement Militaire dont les attributions ont été assumées par l'Agence Commune d'Importation et d'Exportation, soit sur les avoirs transférés, soit sur tous autres avoirs de la République Fédérale. Le transfert s'effectuera sans préjudice des revendications des Gouvernements alliés contre le Gouvernement Fédéral au titre de l'assistance économique d'après-guerre à l'Allemagne.

2. — Sont compris dans les avoirs visés ci-dessus les soldes détenus par la Bank deutscher Länder pour le compte de l'Agence Commune d'Importation et d'Exportation et provenant des opérations d'importation et d'exportation effectuées dans les trois zones occidentales d'Allemagne et les trois secteurs occidentaux de Berlin au moyen de fonds de roulement fournis par les Gouvernements de la République Française, du Royaume-Uni et des États-Unis. Les soldes en devises étrangères avaient été mis à la disposition de la Bank deutscher Länder pour faire face aux besoins de la République Fédérale en devises, bien que les Hauts Commissaires aient réservé leurs droits sur ces sommes en devises. Ces droits sur les soldes en devises étrangères seront considérés comme ayant été transférés à la République Fédérale le 1er Octobre 1949.

3. — Les soldes en deutsche marks détenus par la Bank deutscher Länder au nom de l'Agence Commune d'Importation et d'Exportation ont été employés par les liquidateurs au cours des opérations de liquidation de l'Agence Commune d'Importation et d'Exportation, mais les comptes de liquidation reflètent également certains ajustements financiers, tant en deutsche marks qu'en devises étrangères, rendus nécessaires par la fusion des opérations de commerce extérieur de la zone française avec celles des zones américaine et britannique, puisqu'il avait été impossible de les conclure avant le 1er Octobre 1949. Sous réserve des dispositions figurant aux paragraphes ci-dessous, les Hauts Commissaires proposent en outre que les soldes en deutsche marks figurant actuellement aux comptes de liquidation — y compris la somme de DM. vingt huit millions huit cent quarante six mille deux cent cinquante provenant d'un versement en Sterling effectué par le Gouvernement du Royaume-Uni au profit de l'Agence Commune d'Importation et d'Exportation à la date du 30 Juin 1950, au titre de contribution en remplacement d'importations de secours soient maintenant transférés au Gouvernement Fédéral. La situation financière actuelle de l'Agence Commune d'Importation et d'Exportation arrêtée à la date du 31 Décembre 1951 est indiquée dans l'état annexe.

4. — Le Gouvernement Fédéral s'engage à garantir les Hauts Commissaires et leurs Gouvernements, ainsi que chacun d'entre eux, sur demande, vis-

Gläubigern der Joint Export-Import Agency oder irgendeiner Dienststelle der Militärregierung, deren Aufgaben von der Joint Export-Import Agency übernommen wurden, weder mit den ihr übertragenen Vermögenswerten noch mit sonstigen anderen Vermögenswerten der Bundesrepublik. Die Übertragung erfolgt ohne Beeinträchtigung der Forderungen der alliierten Regierungen gegen die Bundesregierung, die auf Grund der Deutschland nach dem Kriege geleisteten wirtschaftlichen Hilfe besteht.

2. Zu den erwähnten Vermögenswerten gehören auch die bei der Bank deutscher Länder im Namen der Joint Export-Import Agency geführten Guthaben, die sich aus Export- und Importgeschäften ergaben, welche in den drei Westzonen Deutschlands und den drei Westsektoren von Berlin mit Hilfe des Betriebskapitals durchgeführt wurden, das von den Regierungen Frankreichs, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten zur Verfügung gestellt wurde. Die Devisenguthaben wurden der Bank deutscher Länder zur Verfügung gestellt, um den Devisenbedarf der Bundesrepublik zu decken, wobei sich die Hohen Kommissare jedoch ihre Rechte in bezug auf diese Devisenbeträge vorbehalten haben. Diese Rechte an den Devisenguthaben gelten als am 1. Oktober 1949 auf die Bundesrepublik übergegangen.

3. Die bei der Bank deutscher Länder im Namen der Joint Export-Import Agency geführten DM-Guthaben sind von den Liquidatoren für die Abwicklung der Angelegenheiten der Joint Export-Import Agency verwendet worden; jedoch finden auf den Liquidationskonten gewisse finanzielle Berichtigungen sowohl in DM als auch in ausländischer Währung ihren Niederschlag, die durch den Zusammenschluß des Außenhandels der französischen Zone mit demjenigen der US/UK Zone (Vereinigtes Wirtschaftsgebiet) erforderlich waren, da es unmöglich war, diese Berichtigungen vor dem 1. Oktober 1949 durchzuführen. Vorbehaltlich der in den folgenden Absätzen festgelegten Bedingungen schlagen die Hohen Kommissare ferner vor, daß die gegenwärtig auf den Liquidationskonten geführten DM-Guthaben einschließlich des Betrages von 28 846 250 DM, der aus einer Sterling-Zahlung der Regierung des Vereinigten Königreichs an die Joint Export-Import Agency vom 30. Juni 1950 als Beitrag an Stelle von Einfuhren für Unterstützungszwecke resultiert, nunmehr an die Bundesregierung übertragen werden. Über die gegenwärtige finanzielle Lage der Joint Export-Import Agency gibt die beigefügte Bilanz per 31. Dezember 1951 Aufschluß.

4. Die Bundesregierung verpflichtet sich, die Hohen Kommissare und deren Regierungen — einzeln und insgesamt — auf deren jeweiliges Ersuchen von

of all liabilities either now existing or hereafter arising, in connection with the operations referred to in paragraphs 1 through 3 hereof, or in connection with transactions entered into in supplying aid and contributions to the German economy. Likewise the Federal Government agrees to satisfy claims allowed by the liquidators of the Agency, the Allied High Commission, or other appropriate Allied Agency, where the latter shall, in special cases, have deemed it advisable to order payment without recognizing the legal basis of such claims (*ex gratia* awards).

à-vis de toutes responsabilités actuelles ou futures du fait des opérations visées aux paragraphes 1 à 3 de la présente lettre ou des transactions conclues en vue de fournir une aide ou des contributions à l'économie allemande. De même, le Gouvernement Fédéral s'engage à donner satisfaction aux revendications admises par les liquidateurs de l'Agence, par la Haute Commission Alliée ou par tout autre organisme allié compétent, lorsque ces derniers auront, dans des cas spéciaux, estimé judicieux d'ordonner des paiements tout en ne reconnaissant pas le fondement juridique de ces revendications (versements à titre gracieux).

allen bestehenden oder noch entstehenden Verbindlichkeiten freizustellen, die mit den in Absatz (1) bis (3) erwähnten Geschäften oder mit solchen Geschäften in Zusammenhang stehen, die zwecks Hilfeleistung oder zwecks Leistung von Beiträgen an die deutsche Wirtschaft abgeschlossen wurden. Die Bundesregierung erklärt sich gleichermaßen einverstanden, die von den Liquidatoren der Joint Export-Import Agency, der Alliierten Hohen Kommission oder einer anderen zuständigen alliierten Dienststelle anerkannten Ansprüche auch dann zu befriedigen, wenn die letzteren es in Sonderfällen für zweckmäßig erachtet haben, die Zahlung ohne Anerkennung der Rechtsgrundlage solcher Forderungen (ex gratia awards) anzuordnen.

5. The Federal Government will open a special account in the Bank deutscher Länder in the name of the Federal Government of Germany to be known as the "JEIA Fund". The High Commissioners will pay the funds referred to in paragraph 3 of this letter into this account. The Federal Government and the Joint Export-Import Agency and their Agencies will also pay into this account those moneys which arise from time to time from the disposition of the property of the Agency. Furthermore, the Verwaltungs- und Verrechnungs-GmbH (VVG) will transfer into the special account "JEIA Fund" such balances resulting from the collection of assigned receivables as pertain to JEIA.

5. — Le Gouvernement Fédéral fera ouvrir dans les livres de la Bank deutscher Länder un compte spécial au nom du Gouvernement Fédéral d'Allemagne, intitulé « Fonds J.E.I.A. ». Les Hauts Commissaires verseront à ce compte les fonds visés au paragraphe 3 de la présente lettre. Le Gouvernement Fédéral et l'Agence Commune d'Importation et d'Exportation, ainsi que leurs services, verseront également à ce compte les sommes qui pourront provenir de la vente des biens de l'Agence. De plus, la Verwaltungs- und Verrechnungs-GmbH (VVG) virera au compte spécial « Fonds J.E.I.A. » les soldes résultant du recouvrement des créances appartenant à l'Agence Commune d'Importation et d'Exportation.

5. Die Bundesregierung wird bei der Bank deutscher Länder im Namen der deutschen Bundesregierung ein Sonderkonto mit der Bezeichnung »JEIA-Fonds« errichten. Die Hohen Kommissare werden die in Absatz (3) dieses Schreibens erwähnten Guthaben auf dieses Konto einzahlen. Die Bundesregierung, die Joint Export-Import Agency und ihre Dienststellen werden gleichfalls diejenigen Beträge auf dieses Konto einzahlen, die von Zeit zu Zeit auf Grund der Realisierung der Vermögenswerte der Joint Export-Import Agency anfallen. Ferner wird die Verwaltungs- und Verrechnungs-GmbH (VVG) auf das Sonderkonto „JEIA-Fonds" diejenigen Guthaben überweisen, die sich aus der Eintreibung der an sie abgetretenen, der Joint Export-Import Agency zustehenden Forderungen ergeben.

6. The Joint Export-Import Agency has already transmitted to the Federal Ministry of Finance a list of the outstanding active claims against the Agency which are presently under consideration. In order to assure the availability of sufficient funds to satisfy such claims as the liquidators of the Agency, the Allied High Commission, or other appropriate Allied Agency shall allow, to cover any expenses incurred in prosecuting and defending claims by and against the Agency, and to cover the administrative expenses of the Agency (to the extent that these are not provided for from occupation costs), DM 50 million of the "JEIA Fund" will be blocked. The *ex gratia* awards allowed by the liquidators of the Joint Export-Import Agency or the Allied High Commission or other appropriate Allied Agency, which the Federal Government undertakes to satisfy, are limited to DM 10,000,000 except as mutually agreed between the parties hereto. Although it is not anticipated that the amounts required for these purposes will be nearly so great, it is thought prudent to reserve these sums for the time being, subject to progressive reduction by mutual agreement as the liquidation proceeds. In so far as payment of such claims and expenses is required in a foreign currency, the Federal Government will make available such currency.

6. — L'Agence Commune d'Importation et d'Exportation a déjà transmis au Ministère Fédéral des Finances une liste des revendications en cours contre elle-même et actuellement soumises à son examen. En vue de rendre disponibles des fonds suffisants pour satisfaire celles des revendications que les liquidateurs de l'Agence ou de la Haute Commission Alliée ou tout autre organisme allié compétent admettront pour couvrir toutes dépenses résultant des instances en demande ou en défense introduites par ou contre l'Agence et pour couvrir les dépenses administratives de l'Agence (dans la mesure où celles-ci ne sont pas prélevées sur les frais d'occupation), cinquante millions de DM du « Fonds J.E.I.A. » seront bloqués. Les versements à titre gracieux autorisés par les liquidateurs de l'Agence Commune d'Importation et d'Exportation, ou par la Haute Commission Alliée ou par tout autre organisme allié compétent, et que le Gouvernement Fédéral s'engage à effectuer, sont limités à dix millions de DM., sauf accord entre les parties aux présentes. Bien qu'il ne soit pas envisagé que les montants nécessaires atteignent un chiffre aussi élevé, il apparait prudent de mettre ces sommes en réserve pour le moment, sauf à les réduire progressivement, par accord mutuel, au fur et à mesure des opérations de liquidation. Dans la mesure où le règlement de ces revendications et de ces dépenses

6. Die Joint Export-Import Agency hat dem Bundesministerium der Finanzen bereits eine Liste derjenigen noch ausstehenden Forderungen gegen die Joint Export-Import Agency übergeben, die gegenwärtig noch bearbeitet werden. Um sicherzustellen, daß genügend Gelder vorhanden sind, um die von den Liquidatoren der Joint Export-Import Agency, der Alliierten Hohen Kommission oder einer anderen zuständigen Alliierten Dienststelle anerkannten Forderungen zu befriedigen und alle bei der aktiven und passiven Prozeßtätigkeit im Zusammenhang mit Forderungen und Schulden der Joint Export-Import Agency entstehenden Kosten sowie die Verwaltungskosten der Joint Export-Import Agency (soweit nicht aus Besatzungskosten getragen) zu decken, werden 50 000 000 DM aus dem JEIA-Fonds gesperrt. Die „ex gratia awards", die von den Liquidatoren der Joint Export-Import Agency oder von der Alliierten Hohen Kommission oder von einer anderen zuständigen alliierten Dienststelle zugebilligt werden und zu deren Leistung die Bundesregierung sich verpflichtet, werden auf 10 000 000 DM beschränkt, es sei denn, daß die Vertragsparteien etwas anderweitiges vereinbaren. Obwohl nicht angenommen wird, daß die für diese Zwecke erforderlichen Beträge annähernd so hoch sein werden, erscheint es ratsam, diese Summe zunächst mit der Maßgabe zurückzuhalten, daß diese Beträge auf Grund

devra être effectué en devises étrangères, le Gouvernement Fédéral fournira ces devises.

gegenseitiger Übereinkunft je nach Fortschritt der Liquidation allmählich verringert werden können. Soweit die Bezahlung derartiger Ansprüche und Kosten in einer fremden Währung erfolgen muß, stellt die Bundesregierung die notwendigen Devisen zur Verfügung.

7. The Federal Government shall make use of the remainder of the Joint Export-Import Agency funds by withdrawing therefrom such sums for such purposes as may be agreed with the Allied High Commission or other appropriate Allied Agency. Certain sums have already been made available to the Federal Government in advance out of the funds held by the liquidators.

7. — Le Gouvernement Fédéral utilisera le solde des fonds de l'Agence Commune d'Importation et d'Exportation en prélevant les sommes nécessaires aux fins qui pourraient être décidées d'un commun accord avec la Haute Commission Alliée ou tout autre organisme allié compétent. Certaines sommes ont déjà été mises à la disposition du Gouvernement Fédéral, à titre d'avances sur les fonds détenus par les liquidateurs.

7. Die Bundesregierung wird den Rest des JEIA-Fonds dergestalt verwenden, daß sie mit der Alliierten Hohen Kommission oder einer anderen zuständigen alliierten Dienststelle zu vereinbarende Beträge zu ebenfalls zu vereinbarenden Zwecken abhebt. Gewisse Beträge sind der Bundesregierung bereits aus dem Fonds der Liquidatoren im voraus zur Verfügung gestellt worden.

8. The High Commissioners will supply the Federal Government with such information obtainable from their records as is necessary to facilitate the collection of outstanding potential assets transferred to the Federal Government, or for such other purposes as the High Commissioners may agree.

8. — Les Hauts Commissaires fourniront au Gouvernement Fédéral les renseignements qui figurent dans leurs dossiers dans la mesure nécessaire pour faciliter le recouvrement des créances transférées au Gouvernement Fédéral ou pour tout autre motif qui serait agréé par les Hauts Commissaires.

8. Die Hohen Kommissare werden aus ihrem Aktenmaterial der Bundesregierung alle Auskünfte erteilen, die nötig sind, um die Eintreibung der möglicherweise existierenden Vermögenswerte zu erleichtern, oder um diejenigen anderen Zwecke zu verfolgen, mit denen die Hohen Kommissare sich einverstanden erklären.

9. You are requested to accept on behalf of the Federal Government the proposals in this letter for the transfer of the assets referred to in paragraphs 2 and 3 above on the terms set out in this letter and at the same time to agree to the terms referred to in paragraphs 1, 4, 5, 6 and 7, above.

9. — Il vous est demandé d'accepter au nom du Gouvernement Fédéral les propositions contenues dans la présente lettre et relatives au transfert des avoirs visés aux paragraphes 2 et 3 ci-dessus, dans les conditions précisées par cette lettre et, en même temps, de donner votre accord aux stipulations figurant aux paragraphes 1, 4, 5, 6 et 7 ci-dessus.

9. Sie werden gebeten, im Namen der Bundesregierung die in diesem Schreiben enthaltenen Vorschläge für die Übertragung der in Absätzen (2) und (3) erwähnten Vermögenswerte zu den in diesem Schreiben niedergelegten Bedingungen anzunehmen und sich gleichzeitig mit den in den Absätzen 1, 4, 5, 6 und 7 erwähnten Bestimmungen einverstanden zu erklären.

10. The German, English and French texts of the present letter shall be of equal authenticity.

10. — Les textes allemand, anglais et français de la présente lettre feront également foi.

10. Der deutsche, englische und französische Wortlaut des vorliegenden Schreibens sind gleich maßgebend.

Accept, Mr. Chancellor, the renewed assurance of my highest consideration.

Veuillez agréer, Monsieur le Chancelier, l'assurance de ma très haute considération.

Genehmigen Sie, Herr Bundeskanzler, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

John J. McCloy
Chairman

John J. McCloy
Président

John J. McCloy
Vorsitzender

18b

Schreiben des Bundeskanzlers an den Vorsitzenden des Rates der Alliierten Hohen Kommission vom 21. Mai 1952 — 311-00 II 6737/52 — betreffend die Bestätigung des Schreibens Nr. 18a.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler

311-00 II/6737/52 Bonn, den 21. Mai 1952

Seiner Exzellenz
dem geschäftsführenden Vorsitzenden
der Alliierten Hohen Kommission
Herrn John J. McCloy
Bonn-Petersberg

Herr Hoher Kommissar,

Ich beehre mich, den Eingang Ihres Schreibens vom 19. Mai — AGSEC (52) 459 — betreffend die Liquidation der JEIA und die Übertragung ihrer Vermögenswerte auf die Bundesregierung zu bestätigen, und erkläre mich im Namen der Bundesregierung mit dessen Inhalt einverstanden.

Genehmigen Sie, Herr Hoher Kommissar, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Adenauer

VI

Zum Zehnten Teil (Ausländische Interessen in Deutschland)

19

Gleichlautende Schreiben des Bundeskanzlers an jeden der Hohen Kommissare vom 26. Mai 1952 betreffend private Vorkriegsverträge (zu Artikel 4).

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler

Bonn, den 26. Mai 1952

Seiner Exzellenz
dem Hohen Kommissar der
Französischen Republik
Herrn Botschafter André François-Poncet

Herr Hoher Kommissar,

Bei den Verhandlungen über die Formulierung von Art. 4 des Zehnten Teils (Ausländische Interessen in Deutschland) des Vertrages zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen haben Ihre Unterhändler darauf hingewiesen, daß Art. 4 nur ein allgemeines Prinzip bezüglich des Einflusses des Kriegszustandes auf private Vorkriegsverträge aufstellt, und daß das Prinzip als solches nicht ausreicht, die erheblichen rechtlichen Schwierigkeiten zu überwinden, die sich aus der Lösung all der einzelnen Probleme ergeben können.

Im Namen der Bundesregierung möchte ich Ihnen mitteilen, daß sie bereit ist, mit den anderen beteiligten Regierungen in Besprechungen einzutreten über die Verhandlung eines mehrseitigen Abkommens, welches Richtlinien für die Lösung dieser Fragen festlegen soll. Meine Regierung ist jedoch der Ansicht, daß die Versicherungs- und Rückversicherungsverträge im Hinblick auf ihre Eigenart gesondert behandelt werden sollten. Sie ist daher bereit, mit den anderen beteiligten Regierungen in zweiseitige Besprechungen wegen Verhandlungen über zweiseitige Abkommen auf diesem Gebiet einzutreten.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie Ihrer Regierung vom Inhalt dieses Schreibens Kenntnis geben würden.

Ich benutze auch diesen Anlaß, um Ihnen, Herr Hoher Kommissar, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu erneuern.

Adenauer

Gleichlautende Schreiben sind an die Hohen Kommissare der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreiches gerichtet worden.

Protokoll zur Berichtigung einiger textlicher Unstimmigkeiten in dem zu Bonn am 26. Mai 1952 unterzeichneten Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten und den Zusatzverträgen *)

Im Hinblick auf die Tatsache, daß in dem deutschen, englischen und französischen Text des zu Bonn am 26. Mai 1952 unterzeichneten Vertrages über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten und der Zusatzverträge gewisse textliche Unstimmigkeiten enthalten sind, kommen die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland einerseits und der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland sowie der Französischen Republik andererseits wie folgt überein:

Artikel 1

Die in den Anhängen A, B, C und D zu diesem Protokoll aufgeführten Berichtigungen gelten als in den entsprechenden Texten der Verträge im Zeitpunkt der Unterzeichnung der Verträge vorgenommen.

Artikel 2

Dieses Protokoll und seine Anhänge werden zusammen mit den Verträgen in den Archiven der Regierung der Bundesrepublik Deutschland hinterlegt; diese wird jeder der unterzeichnenden Regierungen beglaubigte Ausfertigungen hiervon übermitteln.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten gehörig beglaubigten Vertreter das gegenwärtige Protokoll unterschrieben.

Geschehen zu BONN am siebenundzwanzigsten Tage des Monats Juni 1953 in drei Texten, in deutscher, englischer und französischer Sprache, wobei alle drei Fassungen gleichermaßen authentisch sind.

Für die Regierung der
Bundesrepublik Deutschland
gezeichnet:
Adenauer

Für die Regierung der
Vereinigten Staaten von Amerika
gezeichnet:
McCloy

Für die Regierung des
Vereinigten Königreichs von Großbritannien
und Nordirland
gezeichnet:
Ward

Für die Regierung der
Französischen Republik
gezeichnet:
François-Poncet

*) Die in diesem Protokoll aufgeführten Berichtigungen sind in die vorstehenden Vertragstexte eingearbeitet worden.

ANHANG A

Berichtigungen zum deutschen Text des Vertrages über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten

Textstelle	Ursprünglicher Text	Berichtigter Text
Artikel 7 (3)	Im Falle der Wiedervereinigung Deutschlands — vorbehaltlich einer zu vereinbarenden Anpassung — werden die Drei Mächte die Rechte	Im Falle der Wiedervereinigung Deutschlands werden die Drei Mächte — vorbehaltlich einer zu vereinbarenden Anpassung — die Rechte
Artikel 7 (3)	einer Abmachung beitreten	eine Abmachung eingehen
Anhang A	Anhang A	Anhang A zu dem Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten

ANHANG B

Berichtigungen zu den deutschen und französischen Texten des Vertrages über die Rechte und Pflichten ausländischer Streitkräfte und ihrer Mitglieder in der Bundesrepublik Deutschland

Deutscher Text

Textstelle	Ursprünglicher Text	Berichtigter Text
Artikel 4 (1)	und einer der beteiligten Mächte	und der beteiligten Mächte
Artikel 9 (1)	und anderer anwendbarer Verträge	und anderer anwendbarer Abkommen
Artikel 11 (4)	einem anderen anwendbaren Vertrag	einem anderen anwendbaren Abkommen
Artikel 15 (2)	wenn nach den Bestimmungen dieses oder eines anderen zwischen den Parteien abgeschlossenen Abkommens	wenn nach den Bestimmungen dieses Vertrages oder eines anderen zwischen den Parteien abgeschlossenen Abkommens

Textstelle	Ursprünglicher Text	Berichtigter Text
Artikel 17 (3)	oder in anderen einschlägigen Verträgen	oder in anderen einschlägigen Abkommen
Artikel 17 (8)	Behörden der Drei Mächte	Behörden derjenigen der Drei Mächte
Artikel 21 (1)	in einem anderen einschlägigen Vertrage	in einem anderen einschlägigen Abkommen
Artikel 35 (4) (c)	Die Einfuhr von Waren	Die Einfuhr von nichtrationierten Waren
Artikel 37 (4)	soweit sie sich auf die Inanspruchnahme von Sachleistungen	soweit sie sich auf die Ermächtigung zur Inanspruchnahme von Sachleistungen
Artikel 38 (2)	zwischen den zuständigen regionalen Behörden	zwischen den zuständigen deutschen regionalen Behörden
Artikel 47 (2)	in Absatz (2)	in Ziffer 2
Anhang C	die in Absatz (2) und (3) des Artikels 1	die in Ziffer 2 und 3 des Artikels 1

Französischer Text

Textstelle	Ursprünglicher Text	Berichtigter Text
Artikel 1 (7) (a)	et qui sont stationnés sur	et qui se trouvent sur
Artikel 17 (4)	plaques d'immatriculation ou de toutes autres plaques	plaques d'immatriculation ou de toutes autres marques
Artikel 17 (4)	à l'exclusion de bâtiments possédés par les membres des Forces et ayant une capacité égale ou supérieure à 15 tonnes	à l'exclusion des bâtiments appartenant à des membres des Forces et dont la capacité de chargement atteint ou dépasse 15 tonnes
Artikel 21 (2)	l'intention d'être responsables ellesmêmes de l'exécution	l'intention d'assurer elles-mêmes l'exécution
Artikel 23 (1)	biens publics	lieux publics
Artikel 33 (1) (a)	L'exemption fiscale n'est consentie que pour les achats effectués par les services d'achat officiels des Forces, pour l'utilisation ou la consommation par les Forces ou leurs membres	L'exemption fiscale ne s'applique qu'aux marchandises acquises par les services d'achat officiels des Forces pour être utilisées ou consommées par les Forces ou leurs membres
Artikel 33 (1) (b)	destinées à l'utilisation ou à la consommation des Forces ou de leurs membres.	destinées à être utilisées ou consommées par les Forces ou leurs membres.
Artikel 34 (1)	Puissances intéressées ou l'une de ces dernières	Puissances ou l'une d'entre elles
Artikel 35 (1)	Puissances intéressées ou l'une de ces dernières	Puissances ou l'une d'entre elles
Artikel 36 (4)	pour qu'ils puissent contribuer à remplir leur mission de défense des Forces. La mesure de cette assimilation	pour qu'ils puissent apporter leur contribution à la mission de défense des Forces. L'étendue de cette assimilation
Artikel 37 (3)	adéquate destinée à	propre à
Artikel 38 (4)	Les installations matérielles qui ne sont plus nécessaires, ou pour lesquelles des installations de remplacement satisfaisantes sont mises	Les immeubles qui ne sont plus nécessaires, ou pour lesquels des immeubles de remplacement satisfaisants sont mis
Artikel 38 (7)	installations	immeubles
Artikel 38 (8)	installations	immeubles
Artikel 39 (4)	procurés	fournis
Artikel 39 (5)	contrats, sinon les autorités allemandes fourniront ces biens sur demande	contrats; sinon, et sur demande, ces biens seront fournis par les autorités allemandes
Artikel 39 (6)	procurés	fournis
Artikel 43 (1)	la présente Convention, et à en bénéficier dans la mesure nécessaire pour remplir leur mission de défense, et ils peuvent utiliser les services publics et administratifs allemands et en bénéficier dans la même mesure normale que les habitants de la République Fédérale.	la présente Convention ou à en bénéficier dans la mesure requise pour l'accomplissement de leur mission de défense ou dans les conditions auxquelles les habitants de la République Fédérale bénéficient normalement desdits services.

Textstelle	Ursprünglicher Text	Berichtigter Text
Artikel 44 (3)	exigences de l'ordre militaire	besoins militaires
Artikel 44 (6)	Les autorités des Forces ont, à l'égard de cette main-d'oeuvre, le droit de décider en matière d'embauchage, d'affecter, de former professionnellement, de muter avec le consentement du salarié, de licencier et d'accepter la démission.	Les autorités des Forces ont le droit de procéder, en ce qui concerne la main-d'oeuvre visée au présent Article, à l'embauchage, à l'affectation, à la formation professionnelle, aux mutations avec le consentement des salariés, aux licenciements et à l'acceptation des démissions.
Artikel 44 (8)	Les demandes des travailleurs individuels à propos des travaux effectués pour les Forces	Les réclamations présentées par des travailleurs individuels, au cours de leur emploi par les Forces,
Artikel 45 (2) (a)	efficience	efficacité
Artikel 46 (1)	auprès des Länder ainsi qu'auprès de toutes les autorités et des subdivisions	auprès des autorités des Länder et toutes autres autorités allemandes ainsi qu'auprès des subdivisions
Anhang B (3)	composé en nombre égal de représentants	composé de représentants

ANHANG C

Berichtigungen zu den Texten des Finanzvertrages

Deutscher Text

Textstelle	Ursprünglicher Text	Berichtigter Text
Artikel 1 (2)	ihrer Streitkräfte. sendestaaten mit der	ihrer Streitkräfte. (b) Die Streitkräfte: Die im Bundesgebiet stationierten bewaffneten Streitkräfte der Drei Mächte und anderer Entsendestaaten mit der
Artikel 4 (3)	dieser Ziffer	dieses Absatzes
Artikel 5 (1)	der beteiligten Mächte zu vereinbarenden Mindestrahmen zu halten	der beteiligten Mächte vereinbaren Mindestrahmen zu halten

Englischer Text

Textstelle	Ursprünglicher Text	Berichtigter Text
Artikel 5 (2)	affected	effected

Französischer Text

Textstelle	Ursprünglicher Text	Berichtigter Text
Anhang A (5)	du paragraphe 2	du paragraphe 1

ANHANG D

Berichtigungen zu den Texten des Vertrages zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen

Deutscher Text

Textstelle	Ursprünglicher Text	Berichtigter Text
Erster Teil		
Artikel 1 (2)	Beratung mit den Drei Mächten	Konsultation mit den Drei Mächten
Artikel 2 (2)	Regierungen jeder der Drei Mächte	Regierungen der Drei Mächte
Artikel 4 (1)	die in diesem Vertrag nicht ausdrücklich vorgesehen	die nicht in diesem Vertrag ausdrücklich vorgesehen
Artikel 4 (2)	Nr. 222 und 224	Nr. 222 und 244
Artikel 6 (2)	Regierung der Drei Mächte	Regierung jeder der Drei Mächte
Artikel 8 (d)	des in Absatz (7) des Artikels 4	des in Absatz (6) des Artikels 4
Artikel 8 (d)	Board of Review	Prüfungsausschusses
Zweiter Teil		
Artikel 4 (3) (c)	oder sonstigen auf sie nach dem Gesetz Nr. 27 anwendbaren Maßnahmen	oder sonstige auf sie nach dem Gesetz Nr. 27 anwendbare Maßnahmen
Artikel 4 (4) (b) (iii)	daß das Verfahren in dem besonderen Falle nicht erforderlich ist.	daß die Beschränkungen in dem besonderen Falle nicht erforderlich sind.

Textstelle	Ursprünglicher Text	Berichtigter Text
Artikel 6 (4) (b) (iii)	daß das Verfahren in dem besonderen Falle nicht erforderlich ist.	daß die Beschränkungen in dem besonderen Falle nicht erforderlich sind.
Artikel 6 (4) (c) (iv)	errichtete Stelle kann in den in Unterabsatz (i), (ii) und (iv)	errichtete Stelle kann in den in (i), (ii) und (iv) dieses Unterabsatzes
Dritter Teil Anhang (Satzung des Obersten Rückerstattungsgerichts)		
Artikel 3 (1)	Der Richter ist	Ein Richter ist
Zehnter Teil		
Artikel 8 (2) (a)	Schiedskommission für Vermögen, Rechte und Interessen	Schiedskommission für Güter, Rechte und Interessen
Artikel 12 (1)	Schiedskommission für Vermögen, Rechte und Interessen	Schiedskommission für Güter, Rechte und Interessen
Artikel 12 (1) (c)	Finanzgerichte oder andere Gerichte	Steuergerichte oder andere Gerichte
Elfter Teil		
Artikel 7	auf Grund des Artikels 15 des Vertrages über	auf Grund des Artikels 36 des Vertrages über
Anhang (Satzung der Schiedskommission)		
Artikel 6 (4)	von den Unterzeichnerstaaten, die dieser Satzung beigetreten sind	von den Unterzeichnerstaaten, den Staaten, die dieser Satzung beigetreten sind

Englischer Text

Textstelle	Ursprünglicher Text	Berichtigter Text
Erster Teil		
Artikel 8 (d)	paragraph 7 of Article 4 of Chapter Two	paragraph 6 of Article 4 of Chapter Two
Zweiter Teil		
Artikel 6 (4) (b) (iii)	items (i) and (ii)	in items (i) and (ii)
Dritter Teil		
Artikel 3 (6)	paragraph (c)	sub-paragraph (c)
Zehnter Teil		
Artikel 1 (3) (c)	the United Nations nationals	United Nations nationals
Elfter Teil		
Artikel 7	Article 15	Article 36

Französischer Text

Textstelle	Ursprünglicher Text	Berichtigter Text
Erster Teil		
Artikel 1 (1)	ne pourra faire	ne peut faire
Artikel 3 (3) (a) (ii)	à l'occasion de	au cours de
Artikel 3 (3) (letzter Satz)	à l'occasion de	au cours de
Artikel 8 (d)	visée au paragraphe 7 de l'Article 4	visée au paragraphe 6 de l'Article 4
Dritter Teil		
Artikel 1 (c)	du présent paragraphe	du présent Article
Artikel 3 (5) (d)	qui ne sont pas moins favorables	qui ne seront pas moins favorables
Anhang zum Dritten Teil (Satzung des Obersten Rückerstattungsgerichts)		
Artikel 1 (6) (c)	d'une Chambre	de chacune des Chambres
Artikel 2 (2)	par le Gouvernement de la Puissance intéressée	par la Puissance intéressée
Zehnter Teil		
Artikel 8 (1)	du 8 Mai 1950 et du 9 Mai 1950	du 8 Mai 1950 et du 9 Novembre 1950
Elfter Teil		
Artikel 7	en vertu de l'Article 15	en vertu de l'Article 36

Protocol
To correct certain textual Errors in the Convention on Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Germany and the related Conventions signed at Bonn on the twenty-sixth Day of May 1952

Having regard to the fact that certain textual errors appear in the English, French and German texts of the Convention on Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Germany and the Related Conventions signed at Bonn on 26 May 1952, the Governments of the United States of America, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, and the French Republic, of the one part, and of the Federal Republic of Germany, of the other part, agree as follows:

Article 1

The corrections specified in Annexes A, B, C and D to the present Protocol shall be deemend to have been made in the respective texts of the Conventions at the time of their signature.

Article 2

The present Protocol and Annexes shall be deposited together with the Conventions in the Archives of the Government of the Federal Republic of Germany which will furnish each Signatory Government with certified copies thereof.

IN FAITH HEREOF, the undersigned representatives, duly authorized thereto, have signed the present Protocol.

Done at BONN this twenty-seventh day of June, 1952, in three texts, in the English, French, and German languages, all being equally authentic.

For the Government of the United States of America
signed:
John J. McCloy

For the Government of the United Kingdom
of Great Britain and Northern Ireland
signed:
J. G. Ward

For the Government of the French Republic
signed:
A. François-Poncet

For the Government of the Federal Republic
of Germany
signed:
Adenauer

ANNEX A

Corrections to German text of the Convention on Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Germany

Reference	Original Text	Corrected Text
Article 7 (3)	Im Falle der Wiedervereinigung Deutschlands — vorbehaltlich einer zu vereinbarenden Anpassung — werden die Drei Mächte die Rechte	Im Falle der Wiedervereinigung Deutschlands werden die Drei Mächte — vorbehaltlich einer zu vereinbarenden Anpassung — die Rechte
Article 7 (3)	einer Abmachung beitreten	eine Abmachung eingehen
Annex A	Anhang A	Anhang A zu dem Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten

ANNEX B

Corretions to French and German texts of the Convention on the Rights and Obligations of Foreign Forces and their Members in the Federal Republic of Germany

French Text

Reference	Original Text	Corrected Text
Article 1 (7) (a)	et qui sont stationnées sur	et qui se trouvent sur
Article 17 (4)	plaques d'immatriculation ou de toutes autres plaques	plaques d'immatriculation ou de toutes autres marques
Article 17 (4)	à l'exclusion de bâtiments possédés par les membres des Forces et ayant une capacité égale ou supérieure à 15 tonnes	à l'exclusion des bâtiments appartenant à des membres des Forces et dont la capacité de chargement atteint ou dépasse 15 tonnes
Article 21 (2)	l'intention d'être responsables elles-mêmes de l'exécution	l'intention d'assurer elles-mêmes l'exécution
Article 23 (1)	biens publics	lieux publics
Article 33 (1) (a)	l'exemption fiscale n'est consentie que pour les achats effectués par les services d'achat officiels des Forces, pour l'utilisation ou la consommation par les Forces ou leurs membres	l'exemption fiscale ne s'applique qu'aux marchandises acquises par les services d'achat officiels des Forces pour être utilisées ou consommées par les Forces ou leurs membres
Article 33 (1) (b)	destinées à l'utilisation ou à la consommation des Forces ou de leurs membres	destinées à être utilisées ou consommées par les Forces ou leurs membres
Article 34 (1)	Puissances intéressées ou l'une des ces dernières	Puissances ou l'une d'entre elles
Article 35 (1)	Puissances intéressées ou l'une des ces dernières	Puissances ou l'une d'entre elles

Reference	Original Text	Corrected Text
Article 36 (4)	qour qu'ils puissent contribuer à remplir leur mission de défense des Forces La mesure de cette assimilation	pour qu'ils puissent apporter leur contribution à la mission de défense des Forces. L'étendue de cette assimilation
Article 37 (3)	adéquate destinée à	propre à
Article 38 (4)	Les installations matérielles qui ne sont plus nécessaires ou pour lesquelles des installations de remplacement satisfaisantes sont mises	Les immeubles qui ne sont plus nécessaires, ou pour lesquels des immeubles de remplacement satisfaisants sont mis
Article 38 (7)	installations	immeubles
Article 38 (8)	installations	immeubles
Article 39 (4)	procurés	fournis
Article 39 (5)	contrats, sinon les autorités allemandes fourniront ces biens sur demande	contrats; sinon, et sur demande, ces biens seront fournis par les autorités allemandes
Article 39 (6)	procurés	fournis
Article 43 (1)	la présente Convention, et à en bénéficier, dans la mesure nécessaire pour remplir leur mission de défense, et ils peuvent utiliser les services publics et administratifs allemands et en bénéficier dans la même mesure normale que les habitants de la République Fédérale.	la présente Convention ou à en bénéficier, dans la mesure requise pour l'accomplissement de leur mission de défense ou dans les conditions auxquelles les habitants de la République Fédérale bénéficient normalement desdits services.
Article 44 (3)	exigences de l'ordre militaire	besoins militaires
Article 44 (6)	Les autorités des Forces ont, à l'égard de cette main-d'oeuvre, le droit de décider en matière d'embauchage, d'affecter, de former professionnellement, de muter avec le consentement du salarié, de licencier et d'accepter la démission.	Les autorités des Forces ont le droit de procéder, en ce qui concerne la main-d'oeuvre visée au présent Article, à l'embauchage, à l'affectation, à la formation professionelle, aux mutations avec le consentement des salariés, aux licenciements et à l'acceptation des démissions
Article 44 (8)	Les demandes des travailleurs individuels à propos des travaux effectués pour les Forces	Les réclamations présentées par des travailleurs individuels, au cours de leur emploi par les Forces,
Article 45 (2) (a)	efficience	efficacité
Article 46 (1)	auprès des Länder ainsi qu'auprès de toutes les autorités et des subdivisions	auprès des autorités des Länder et toutes autres autorités allemandes ainsi qu'auprès des subdivisions
Annex (B) (3)	composé en nombre égal de représentants	composé de représentants

German Text

Reference	Original Text	Corrected Text
Article 4 (1)	und einer der beteiligten Mächte	und der beteiligten Mächte
Article 9 (1)	und anderer anwendbarer Verträge	und anderer anwendbarer Abkommen
Article 11 (4)	einem anderen anwendbaren Vertrag	einem anderen anwendbaren Abkommen
Article 15 (2)	wenn nach den Bestimmungen dieses oder eines anderen zwischen den Parteien abgeschlossenen Abkommens	wenn nach den Bestimmungen dieses Vertrages oder eines anderen zwischen den Parteien abgeschlossenen Abkommens
Article 17 (3)	oder in anderen einschlägigen Verträgen	oder in anderen einschlägigen Abkommen
Article 17 (8)	Behörden der Drei Mächte	Behörden derjenigen der Drei Mächte
Article 21 (1)	in einem anderen einschlägigen Vertrage	in einem anderen einschlägigen Abkommen
Article 35 (4) (c)	Die Einfuhr von Waren	Die Einfuhr von nichtrationierten Waren
Article 37 (4)	soweit sie sich auf die Inanspruchnahme von Sachleistungen	soweit sie sich auf die Ermächtigung zur Inanspruchnahme von Sachleistungen
Article 38 (2)	zwischen den zuständigen regionalen Behörden	zwischen den zuständigen deutschen regionalen Behörden
Article 47 (2)	in Absatz (2)	in Ziffer 2
Annex C	die in Absatz (2) und (3) des Artikels 1	die in Ziffer 2 und 3 des Artikels 1

ANNEX C

Corrections to texts of the finance Convention

English Text

Reference	Original Text	Corrected Text
Article 5 (2)	affected	effected

French Text

Reference	Original Text	Corrected Text
Annex A (5)	du paragraphe 2	du paragraphe 1

German Text

Reference	Original Text	Corrected Text
Article 1 (2)	ihrer Streitkräfte. sendestaaten mit der	ihrer Streitkräfte. (b) Die Streitkräfte: Die im Bundesgebiet stationierten bewaffneten Streitkräfte der Drei Mächte und anderer Entsendestaaten mit der
Article 4 (3)	dieser Ziffer	dieses Absatzes
Article 5 (1)	der beteiligten Mächte zu vereinbarenden Mindestrahmen zu halten	der beteiligten Mächte vereinbaren Mindestrahmen zu halten

ANNEX D

Corrections to texts of the Convention on the Settlement of Matters arising out of the War and the Occupation

English Text

Reference	Original Text	Corrected Text
Chapter One		
Article 8 (d)	paragraph 7 of Article 4 of Chapter Two	paragraph 6 of Article 4 of Chapter Two
Chapter Two		
Article 6 (4) (b) (iii)	items (i) and (ii)	in items (i) and (ii)
Chapter Three		
Article 3 (6)	paragraph (c)	sub-paragraph (c)
Chapter Ten		
Article 1 (3) (c)	the United Nations nationals	United Nations nationals
Chapter Eleven		
Article 7'	Article 15	Article 36

French Text

Original Text	Reference	Corrected Text
Chapter One		
Article 1 (1)	ne pourra faire	ne peut faire
Article 3 (3) (a) (ii)	à l'occasion de	au cours de
Article 3 (3) (last clause)	à l'occasion de	au cours de
Article 8 (d)	visée au paragraphe 7 de l'Article 4	visée au paragraphe 6 de l'Article 4
Chapter Three		
Article 1 (c)	du présent paragraphe	du présent Article
Article 3 (5) (d)	qui ne sont pas moins favorables	qui ne seront pas moins favorables
Annex to Chapter Three (Charter of the Supreme R estitution Court)		
Article 1 (6) (c)	d'une Chambre	de chacune des Chambres
Article 2 (2)	par le Gouvernement de la Puissance intéressée	par la Puissance intéressée
Chapter Ten		
Article 8 (1)	du 8 Mai et du 9 Mai 1950	du 8 Mai et du 9 Novembre 1950
Chapter Eleven		
Article 7	en vertu de l'Article 15	en vertu de l'Article 36

German Text

Reference	Original Text	Corrected Text
Chapter One		
Article 1 (2)	Beratung mit den Drei Mächten	Konsultation mit den Drei Mächten
Article 2 (2)	Regierungen jeder der Drei Mächte	Regierungen der Drei Mächte
Article 4 (1)	die in diesem Vertrag nicht ausdrücklich vorgesehen	die nicht in diesem Vertrag ausdrücklich vorgesehen
Article 4 (2)	Nr. 222 und 224	Nr. 222 und 244
Article 6 (2)	Regierung der Drei Mächte	Regierung jeder der Drei Mächte
Article 8 (d)	des in Absatz (7) des Artikels 4	des in Absatz (6) des Artikels 4
Article 8 (d)	Board of Review	Prüfungsausschusses
Chapter Two		
Article 4 (3) (c)	oder sonstigen auf sie nach dem Gesetz Nr. 27 anwendbaren Maßnahmen	oder sonstige auf sie nach dem Gesetz Nr. 27 anwendbaren Maßnahmen
Article 4 (4) (b) (iii)	daß das Verfahren in dem besonderen Falle nicht erforderlich ist.	daß die Beschränkungen in dem besonderen Falle nicht erforderlich sind.
Article 6 (4) (b) (iii)	daß das Verfahren in dem besonderen Falle nicht erforderlich ist.	daß die Beschränkungen in dem besonderen Falle nicht erforderlich sind.
Article 6 ,c)	errichtete Stelle kann in den in Unterabsatz (i), (ii) und (iv)	errichtete Stelle kann in den in (i), (ii) und (iv) dieses Unterabsatzes
Chapter Tree Annex (Charter of the Supreme Restitution Court)		
Article 3 (1)	Der Richter ist	Ein Richter ist
Chapter Ten		
Article 8 (2) (a)	Schiedskommission für Vermögen, Rechte und Interessen	Schiedskommission für Güter, Rechte und Interessen
Article 12 (1)	Schiedskommission für Vermögen, Rechte und Interessen	Schiedskommission für Güter, Rechte und Interessen
Article 12 (1) (c)	Finanzgerichte oder andere Gerichte	Steuergerichte oder andere Gerichte
Chapter Eleven		
Article 7	auf Grund des Artikels 15 des Vertrages über	auf Grund des Artikels 36 des Vertrages über
Annex (Charter of the Arbitral Commission) Article 6 (4)	von den Unterzeichnerstaaten, die dieser Satzung beigetreten sind	von den Unterzeichnerstaaten, den Staaten, die dieser Satzung beigetreten sind

Protocole

Relatif à la correction de certaines erreurs matérielles figurant dans la Convention sur les relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale d'Allemagne et les Conventions rattachées signées à Bonn le vingt sixième jour du mois de Mai 1952

Vu que certaines erreurs matérielles figurent dans les textes français, anglais et allemand de la Convention sur les Relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale d'Allemagne et des Conventions rattachées signées à BONN le 26 Mai 1952, les Gouvernements de la République Française, des États-Unis d'Amérique et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord d'une part, et le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne d'autre part, sont convenus de ce qui suit:

Article 1

Les corrections indiquées aux Annexes A, B, C et D au présent Protocole seront considérées comme ayant été portées dans les textes respectifs des Conventions, au moment de leur signature.

Article 2

Le présent Protocole et ses Annexes seront déposés conjointement avec les extes des Conventions dans les archives du Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne qui en remettra des copies certifiées conformes à chacun des Gouvernements Signataires.

EN FOI DE QUOI, les Plénipotentiaires soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont apposé leurs signatures au bas du présent Protocole.

Fait à BONN, le vingt septième jour du mois de Juin 1952, en trois textes, en langues française, anglaise et allemande, les trois versions faisant également foi.

Pour le Gouvernement
de la République Française
signé:

André François-Poncet

Pour le Gouvernement
des États-Unis d'Amérique
signé:

John J. McCloy

Pour le Gouvernement
du Royaume-Uni de Grande-Bretagne
et d'Irlande du Nord
signé:

J. G. Ward

Pour le Gouvernement
de la République Fédérale d'Allemagne
signé:

Adenauer

ANNEXE A

Corrections au texte allemand de la Convention sur les relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale d'Allemagne

Référence	Texte original	Texte rectifié
Article 7 (3)	Im Falle der Wiedervereinigung Deutschlands — vorbehaltlich einer zu vereinbarenden Anpassung — werden die Drei Mächte die Rechte	Im Falle der Wiedervereinigung Deutschlands werden die Drei Mächte — vorbehaltlich einer zu vereinbarenden Anpassung — die Rechte
Article 7 (3)	einer Abmachung beitreten	eine Abmachung eingehen
Annexe A	Anhang A	Anhang A zu dem Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten

ANNEXE B

Corrections aux textes français et allemand de la Convention relative aux droits et obligations des Forces étrangères et de leurs membres sur le territoire de la République Fédérale d'Allemagne

Texte français

Référence	Texte original	Texte rectifié
Article 1 (7) (a)	et qui sont stationnées sur	et qui se trouvent sur
Article 17 (4)	plaques d'immatriculation ou de toutes autres plaques	plaques d'immatriculation ou de toutes autres marques
Article 17 (4)	à l'exclusion de bâtiments possédés par les membres des Forces et ayant une capacité égale ou supérieure à 15 tonnes	à l'exclusion des bâtiments appartenant à des membres des Forces et dont la capacité de chargement atteint ou dépasse 15 tonnes
Article 21 (2)	l'intention d'être responsables elles-mêmes de l'exécution	l'intention d'assurer elles-mêmes l'exécution
Article 23 (1)	biens publics	lieux publics
Article 33 (1) (a)	l'exemption fiscale n'est consentie que pour les achats effectués par les services d'achat officiels des Forces, pour l'utilisation ou la consommation par les Forces ou leurs membres	l'exemption fiscale ne s'applique qu'aux marchandises acquises par les services d'achat officiels des Forces pour être utilisées ou consommées par les Forces ou leurs membres
Article 33 (1) (b)	destinées à l'utilisation ou à la consommation des Forces ou de leurs membres	destinées à être utilisées ou consommées par les Forces ou leurs membres
Article 34 (1)	Puissances intéressées ou l'une de ces dernières	Puissances ou l'une d'entre elles
Article 35 (1)	Puissances intéressées ou l'une de ces dernières	Puissances ou l'une d'entre elles
Article 36 (4)	pour qu'ils puissent contribuer à remplir leur mission de défense des Forces. La mesure de cette assimilation	pour qu'ils puissent apporter leur contribution à la mission de défense des Forces. L'étendue de cette assimilation
Article 37 (3)	adéquate destinée à	propre à
Article 38 (4)	Les installations matérielles qui ne sont plus nécessaires, ou pour lesquelles des installations de remplacement satisfaisantes sont mises	Les immeubles qui ne sont plus nécessaires, ou pour lesquels des immeubles de remplacement satisfaisants sont mis
Article 38 (7)	installations	immeubles
Article 38 (8)	installations	immeubles
Article 39 (4)	procurés	fournis
Article 39 (5)	contrats, sinon les autorités allemandes fourniront ces biens sur demande	contrats; sinon, et sur demande, ces biens seront fournis par les autorités allemandes
Article 39 (6)	procurés	fournis
Article 43 (1)	la présente Convention, et à en bénéficier, dans la mesure nécessaire pour remplir leur mission de défense, et ils peuvent utiliser les services publics et administratifs allemands et en bénéficier dans la même mesure normale que les habitants de la République Fédérale	la présente Convention ou à en bénéficier, dans la mesure requise pour l'accomplissement de leur mission de défense ou dans les conditions auxquelles les habitants de la République Fédérale bénéficient normalement desdits services
Article 44 (3)	exigences de l'ordre militaire	besoins militaires

Article 44 (6)	Les autorités des Forces ont, à l'égard de cette main-d'œuvre, le droit de décider en matière d'embauchage, d'affecter, de former professionnellement, de muter avec le consentement du salarié, de licencier et d'accepter la démission	Les autorités des Forces ont le droit de procéder, en ce qui concerne la main-d'œuvre visée au présent Article, à l'embauchage, à l'affectation, à la formation professionnelle, aux mutations avec le consentement des salariés, aux licenciements et à l'acceptation des démissions
Article 44 (8)	Les demandes des travailleurs individuels à propos des travaux effectués pour les Forces	Les réclamations présentées par des travailleurs individuels, au cours de leur emploi par les Forces
Article 45 (2)	efficience	efficacité
Article 46 (1)	auprès des Laender ainsi qu'auprès de toutes les autorités et des subdivisions	auprès des autorités des Laender et toutes autres autorités allemandes ainsi qu'auprès des subdivisions
Annexe B (3)	composé en nombre égal de représentants	composé de représentants

Texte allemand

Référence	Texte original	Texte rectifié
Article 4 (1)	und einer der beteiligten Mächte	und der beteiligten Mächte
Article 9 (1)	und anderer anwendbarer Verträge	und anderer anwendbarer Abkommen
Article 11 (4)	einem anderen anwendbaren Vertrag	einem anderen anwendbaren Abkommen
Article 15 (2)	wenn nach den Bestimmungen dieses oder eines anderen zwischen den Parteien abgeschlossenen Abkommens	wenn nach den Bestimmungen dieses Vertrages oder eines anderen zwischen den Parteien abgeschlossenen Abkommens
Article 17 (3)	oder in anderen einschlägigen Verträgen	oder in anderen einschlägigen Abkommen
Article 17 (8)	Behörden der Drei Mächte	Behörden derjenigen der Drei Mächte
Article 21 (1)	in einem anderen einschlägigen Vertrage	in einem anderen einschlägigen Abkommen
Article 35 (4) (c)	Die Einfuhr von Waren	Die Einfuhr von nichtrationierten Waren
Article 37 (4)	soweit sie sich auf die Inanspruchnahme von Sachleistungen	soweit sie sich auf die Ermächtigung zur Inanspruchnahme von Sachleistungen
Article 38 (2)	zwischen den zuständigen regionalen Behörden	zwischen den zuständigen deutschen regionalen Behörden
Article 47 (2)	in Absatz (2)	in Ziffer 2
Annexe C	die in Absatz (2) und (3) des Artikels 1	die in Ziffer 2 und 3 des Artikels 1

ANNEXE C

Corrections aux textes de la Convention financière

Texte français

Référence	Texte original	Texte rectifié
Annexe A (5)	du paragraphe 2	du paragraphe 1

Texte anglais

Référence	Texte original	Texte rectifié
Article 5 (2)	affected	effected

Texte allemand

Référence	Texte original	Texte rectifié
Article 1 (2)	ihrer Streitkräfte sendestaaten mit der	ihrer Streitkräfte (b) Die Streitkräfte: Die im Bundesgebiet stationierten bewaffneten Streitkräfte der Drei Mächte und anderer Entsendestaaten mit der
Article 4 (3)	dieser Ziffer	dieses Absatzes
Article 5 (1)	der beteiligten Mächte zu vereinbarenden Mindestrahmen zu halten	der beteiligten Mächte vereinbarten Mindestrahmen zu halten

ANNEXE D

Corrections aux textes de la Convention sur le Règlement de questions issues de la guerre et de l'occupation

Texte français

Référence	Texte original	Texte rectifié
Chapitre Premier		
Article 1 (1)	ne pourra faire	ne peut faire
Article 3 (3) (a) (ii)	à l'occasion de	au cours de
Article 3 (3) (dernier alinéa)	à l'occasion de	au cours de
Article 8 (d)	visée au paragraphe 7 de l'Article 4	visée au paragraphe 6 de l'Article 4
Chapitre Troisième		
Article 1 (c)	du présent paragraphe	du présent Article
Article 3 (5) (d)	qui ne sont pas moins favorables	qui ne seront pas moins favorables
Annexe au Chapitre Troisième (Charte de la Cour Suprême des Restitutions)		
Article 1 (6) (c)	d'une Chambre	de chacune des Chambres
Article 2 (2)	par le Gouvernement de la Puissance intéressée	par la Puissance intéressée
Chapitre Dixième		
Article 8 (1)	du 8 Mai er et du 9 Mai 1950	du 8 Mai so et du 9 Novembre 1950
Chapitre Onzième		
Article 7	en vertu de l'Article 15	en vertu d l'Article 36

Texte anglais

Référence	Texte original	Texte rectifié
Chapitre Premier		
Article 8 (d)	paragraph 7 of Article 4 of Chapter Two	paragraph 6 of Article 4 of Chapter Two
Chapitre Deuxième		
Article 6 (4) (b) (iii)	items (i) and (ii)	in items (i) and (ii)
Chapitre Troisième		
Article 3 (6)	paragraph (c)	sub-paragraph (c)
Chapitre Dixième		
Article 1 (3) (c)	the United Nations nationals	United Nations nationals
Chapitre Onzième		
Article 7	Article 15	Article 36

Texte allemand

Référence	Texte original	Texte rectifié
Chapitre Premier		
Article 1 (2)	Beratung mit den Drei Mächten	Konsultation mit den Drei Mächten
Article 2 (2)	Regierungen jeder der Drei Mächte	Regierungen der Drei Mächte
Article 4 (1)	die in diesem Vertrag nicht ausdrücklich vorgesehen	die nicht in diesem Vertrag ausdrücklich vorgesehen
Article 4 (2)	Nr. 222 und 224	Nr 222 und 244
Article 6 (2)	Regierung der Drei Mächte	Regierung jeder der Drei Mächte
Article 8 (d)	des in Absatz (7) des Artikels 4	des in Absatz (6) des Artikels 4
Article 8 (d)	Board of Review	Prüfungsausschusses
Chapitre Deuxième		
Article 4 (3) (c)	oder sonstigen auf sie nach dem Gesetz Nr 27 anwendbaren Maßnahmen	oder sonstige auf sie nach dem Gesetz Nr. 27 anwendbare Maßnahmen
Article 4 (4) (b) (iii)	daß das Verfahren in dem besonderen Falle nicht erforderlich ist.	daß die Beschränkungen in dem besonderen Falle nicht erforderlich sind.
Article 6 (4) (b) (iii)	daß das Verfahren in dem besonderen Falle nicht erforderlich ist.	daß die Beschränkungen in dem besonderen Falle nicht erforderlich sind.
Article 6 (c)	errichtete Stelle kann in den in Unterabsatz (i), (ii) und (iv)	errichtete Stelle kann in den in (i), (ii) und (iv) dieses Unterabsatzes

Référence	Texte original	Texte rectifié
Chapitre Troisième		
Annexe (Charte de la Cour Suprême des Restitutions) Article 3 (1)	Der Richter ist	Ein Richter ist
Chapitre Dixième		
Article 8 (2) (a)	Schiedskommission für Vermögen, Rechte und Interessen	Schiedskommission für Güter, Rechte und Interessen
Article 12 (1)	Schiedskommission für Vermögen, Rechte und Interessen	Schiedskommission für Güter, Rechte und Interessen
Article 12 (1) (c)	Finanzgerichte oder andere Gerichte	Steuergerichte oder andere Gerichte
Chapitre Onzième		
Article 7	auf Grund des Artikels 15 des Vertrages über	auf Grund des Artikels 36 des Vertrages über
Annexe (Charte de la Commission Arbitrale) Article 6 (4)	von den Unterzeichnerstaaten, die dieser Satzung beigetreten sind	von den Unterzeichnerstaaten, den Staaten, die dieser Satzung beigetreten sind

Gesetz betreffend das Abkommen vom 26. Mai 1952 über die steuerliche Behandlung der Streitkräfte und ihrer Mitglieder und betreffend das Protokoll vom 26. Juli 1952, durch das die Zuständigkeit des Schiedsgerichts auf Streitigkeiten aus dem vorbezeichneten Abkommen erstreckt wird.

Vom 28. März 1954.

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel I

Dem am 26. Mai 1952 in Bonn unterzeichneten Abkommen über die steuerliche Behandlung der Streitkräfte und ihrer Mitglieder und dem Protokoll vom 26. Juli 1952 über die Erstreckung der Zuständigkeit des Schiedsgerichts auf Streitigkeiten aus dem am 26. Mai 1952 in Bonn unterzeichneten Abkommen über die steuerliche Behandlung der Streitkräfte und ihrer Mitglieder wird zugestimmt.

Artikel II

Das Abkommen und das Protokoll werden nachstehend mit Gesetzeskraft veröffentlicht.

Der Tag, an dem sie in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Artikel III

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage nach der Verkündung in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 28. März 1954.

Der Bundespräsident
Theodor Heuss

Der Bundeskanzler
und Bundesminister des Auswärtigen
Adenauer

Der Bundesminister des Innern
Dr. Schröder

Der Bundesminister der Justiz
Neumayer

Der Bundesminister der Finanzen
Schäffer

Abkommen über die steuerliche Behandlung der Streitkräfte und ihrer Mitglieder

Agreement on the Tax Treatment of the Forces and their Members

Accord relatif au régime fiscal applicable aux Forces et aux Membres des Forces

INHALT*)

*) Das Inhaltsverzeichnis ist nicht Bestandteil des am 26. Mai 1952 unterzeichneten Abkommens.

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

einerseits und

DIE VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA,

DAS VEREINIGTE KÖNIGREICH VON GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND

und

DIE FRANZÖSISCHE REPUBLIK

andererseits

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Steuerliche Behandlung der Streitkräfte

(1) Die Streitkräfte (im Sinne von Ziffer 5 des Artikels 1 des Vertrages über die Rechte und Pflichten ausländischer Streitkräfte und ihrer Mitglieder in der Bundesrepublik Deutschland, im folgenden »Truppenvertrag« genannt) sind von den Steuern befreit, die bei Inkrafttreten dieses Abkommens nach deutschem Steuerrecht erhoben werden, soweit sich nicht aus diesem Abkommen etwas anderes ergibt.

(2) Zölle und andere Steuern auf Einfuhren und Ausfuhren durch die Streitkräfte sind in Artikel 34, Verbrauchssteuer beim Bezug von Waren aus dem Inlande in Absatz (1) des Artikels 33 und Umsatzsteuer auf Lieferungen und Leistungen für die Streitkräfte in Absatz (2) des Artikels 33 des Truppenvertrages geregelt.

(3) Die Steuerbefreiung gemäß Absatz (1) dieses Artikels tritt nicht ein, soweit die Steuern durch eine Beteiligung der Streitkräfte am allgemeinen deutschen Wirtschaftsverkehr und für das diesem Wirtschaftsverkehr gewidmete Vermögen entstehen; sie tritt ferner nicht ein für die Verbrauchssteuer auf Waren aus inländischen Herstellungsbetrieben der Streitkräfte, für die Wechselsteuer und für die Beförderungssteuer.

(4) Falls die Streitkräfte künftig Grundbesitz erwerben, wird eine besondere Vereinbarung über die Steuerpflicht der Streitkräfte hinsichtlich der auf dem Erwerb des Grundbesitzes und auf dem Eigentum an dem Grundbesitz ruhenden deutschen Steuern getroffen.

(5) Die steuerliche Behandlung der Streitkräfte in bezug auf Steuern, die nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens neu eingeführt werden, bleibt besonderen Vereinbarungen vorbehalten.

THE UNITED STATES OF AMERICA,

THE UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN AND NORTHERN IRELAND

and

THE FRENCH REPUBLIC,

of the one part, and

THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY,

of the other part,

agree as follows:

Article 1

Tax Treatment of the Forces

1. The Forces (which expression in this Agreement shall have the meaning given in paragraph 5 of Article 1 of the Convention on the Rights and Obligations of Foreign Forces and Their Members in the Federal Republic of Germany, hereinafter referred to as the "Forces Convention") shall be exempt from taxes which are levied in accordance with German taxation legislation in effect on the entry into force of the present Agreement, except as otherwise provided in the present Agreement.

2. Customs duties and other taxes on imports and exports of the Forces are dealt with in Article 34 of the Forces Convention; excise taxes on the purchase by the Forces of goods in the Federal Republic are dealt with in paragraph 1 and turnover tax on deliveries to, and services for, the Forces in paragraph 2 of Article 33 of that Convention.

3. Tax exemption in accordance with paragraph 1 of this Article shall not apply, to the extent that taxes are due as a result of commercial trading by the Forces in the German economy nor to property used for this purpose, nor shall it apply to the excise tax on goods manufactured by the Forces in Germany, to the tax on Bills of Exchange, or to the Transportation Tax.

4. The liability of the Forces to German taxes on the acquisition and ownership of real property shall be dealt with in a special agreement, in the event that the Forces in the future acquire real property.

5. The treatment of the Forces in respect of taxes which may be introduced after the entry into force of the present Agreement shall be the subject of special agreements.

LA RÉPUBLIQUE FRANÇAISE,

LES ÉTATS-UNIS D'AMÉRIQUE

et

LE ROYAUME-UNI DE GRANDE-BRETAGNE ET D'IRLANDE DU NORD,

d'une part, et

LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE,

d'autre part,

conviennent de ce qui suit:

Article 1

Régime fiscal des Forces

1. Sauf dispositions contraires prévues dans le présent Accord, les Forces (cette expression dans le présent Accord a la signification indiquée au paragraphe 5 de l'Article 1 de la Convention sur les Droits et Obligations des Forces Étrangères et de leurs membres dans la République Fédérale d'Allemagne, ci-après désignée sous le terme « Convention sur les Forces »), sont exemptées des impôts qui, à la date d'entrée en vigueur de présent Accord, sont perçus en vertu du droit fiscal allemand.

2. La question des taxes douanières et des autres impôts sur les importations et les exportations est réglée par l'Article 34 de la Convention sur les Forces, celle des impôts de consommation perçus lors de l'achat de marchandises en Allemagne est réglée par le paragraphe 1 de l'Article 33 de cette Convention. Les impôts sur le chiffre d'affaires relatifs aux fournitures et aux prestations pour les Forces sont réglés par le paragraphe 2 de l'Article 33 de la même Convention.

3. Les dispositions du paragraphe 1 du présent Article relatives à l'immunité fiscale ne s'appliquent pas lorsque le fait générateur de l'impôt résulte de la participation des Forces à l'ensemble de l'activité économique allemande et il en est de même en ce qui concerne les biens affectés à cette activité; les dispositions de ce paragraphe ne s'appliquent pas davantage en matière d'impôts de consommation sur les marchandises fabriquées par les entreprises des Forces, en matière d'impôt sur les effets de commerce et d'impôt sur les transports.

4. Pour le cas où les Forces alliées acquerraient à l'avenir des biens fonciers, un arrangement particulier sera pris en ce qui concerne l'assujettissement des Forces aux impôts allemands frappant l'acquisition ou la propriété de biens fonciers.

5. Le régime fiscal applicable aux Forces pour les impôts créés après l'entrée en vigueur du présent Accord fera l'objet d'arrangements particuliers.

Artikel 2

Steuerliche Behandlung der Mitglieder der Streitkräfte

(1) Vorbehaltlich der Bestimmungen dieses oder jedes anderen einschlägigen Abkommens zwischen den Unterzeichnerstaaten sind die Mitglieder der Streitkräfte (im Sinne von Ziffer 7 des Artikels 1 des Truppenvertrages) zur Zahlung der durch die bestehenden deutschen Rechtsvorschriften auferlegten Steuern verpflichtet; das gilt mit der Maßgabe, daß diese Bestimmung ein Mitglied der Streitkräfte nicht eines Vorrechtes beraubt, das auf Grund eines zwischenstaatlichen Abkommens mit der Bundesrepublik besteht und auf das das Mitglied sonst Anspruch hätte.

(2) Werden nach dem Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Abkommens in der Bundesrepublik Gesetze über neue direkte Steuern oder neue Abgaben, die sachlich direkte Steuern darstellen, erlassen, so bedarf deren Anwendung auf die Mitglieder der Streitkräfte eines besonderen Abkommens zwischen den Unterzeichnerstaaten, das ohne Verzug abzuschließen ist

(3) Für die Begründung einer Steuerpflicht nach dem deutschen Steuerrecht gilt

(a) die Tatsache, daß eine Person sich als Mitglied der Streitkräfte im Bundesgebiet aufhält, nicht als Begründung eines Wohnsitzes oder gewöhnlichen Aufenthalts im Bundesgebiet. Dies gilt nicht hinsichtlich der Versicherungssteuer, soweit es sich um die Zahlungen des Versicherungsentgelts an einen Versicherer handelt, der im Bundesgebiet seinen Wohnsitz (Sitz, Geschäftsleitung) hat. Der Ausschluß der Begründung eines Wohnsitzes im Bundesgebiet hat ferner nicht zur Folge, daß die Mitglieder der Streitkräfte als ausländische Abnehmer im Sinne des Umsatzsteuerrechts anzusehen sind;

(b) bewegliches Eigentum, gleich welchen Ursprungs, das sich infolge der Anwesenheit des Eigentümers als Mitglied der Streitkräfte im Bundesgebiet befindet und zum persönlichen oder häuslichen Gebrauch des Eigentümers bestimmt ist, als nicht im Bundesgebiet befindlich. Bei Kraftfahrzeugen gilt dies nur, wenn sie mit einem Zulassungskennzeichen der Streitkräfte versehen sind.

(4) Zusätzlich zu der durch den vorstehenden Absatz (3) dieses Artikels zuerkannten Steuerfreiheit sind die Mitglieder der Streitkräfte von allen deutschen Steuern und Abgaben auf Einkommen befreit, das sie als Entgelt für ihre dienstliche Tätigkeit bei den Streitkräften im Bundesgebiet er-

Article 2

Tax Treatment of Members of the Forces

1. Subject to the provisions of this or any other applicable agreement between the Signatory States, "members of the Forces" (which expression in this Agreement shall have the meaning given in paragraph 7 of Article 1 of the Forces Convention) shall be liable to taxes levied in accordance with existing German taxation legislation provided, however, that this provision shall not deprive a member of the Forces of any benefits which exist by reason of an intergovernmental agreement with the Federal Republic and which he could otherwise claim.

2. If, after the entry into force of the present Agreement, any law is enacted in the Federal Republic concerning new direct taxes, or levies which have the effect of direct taxes, its application to members of the Forces shall be the subject of a special agreement between the Signatory States, which shall be concluded without delay.

3. For the basis of tax liability under German law

(a) a person shall not be deemed to have acquired residence or domicile in the Federal territory by reason of his presence as a member of the Forces therein. This shall not apply in respect of the insurance tax, insofar as concerns the payment of an insurance premium to an insurer who has his normal place of busines in the Federal territory. Further, the fact that no residence is established in the Federal territory shall not mean that members of the Forces are to be regarded as foreign purchasers for the purpose of the turnover tax legislation;

(b) movable property, whatever its origin, situated in the Federal territory by reason of the presence of its owner as a member of the Forces, and intended for his personal or domestic use, shall be deemed not to be situated in the Federal territory. In the case of motor vehicles, this provision shall apply only when they bear registration plates issued by the Forces.

4. Additionally to the exemption from taxation conferred by paragraph 3 of this Article, members of the Forces shall be exempt from all German taxes and levies on payments which they receive as remuneration for their official activities with the Forces in the Federal territory. Further, they shall

Article 2

Régime fiscal applicable aux membres des Forces

1. Sous réserve des dispositions de la présente Convention ou de tout accord conclu entre les États Signataires, les «membres des Forces» (cette expression dans le présent Accord a la signification indiquée au paragraphe 7 de l'Article 1 de la Convention sur les Droits et Obligations des Forces Étrangères et de leurs Membres dans la République Fédérale d'Allemagne, ci-après désignée sous le terme «Convention sur les Forces»), sont assujettis au paiement des impôts prévus par la législation allemande existante; la présente disposition est applicable dans la mesure où elle ne prive pas un membre des Forces d'un avantage prévu par un accord international conclu avec la République Fédérale, et auquel il serait par ailleurs en droit de prétendre.

2. Si, après la mise en vigueur du présent Accord, la République Fédérale promulgue des lois établissant de nouveaux impôts directs ou de nouvelles taxes ayant en fait le caractère d'impôts directs, un accord particulier à conclure sans délai entre les États Signataires déterminera les modalités d'application de ces prélèvements aux membres des Forces.

3. Les critères suivants détermineront les modalités d'assujettissement à l'impôt en droit fiscal allemand:

(a) Le fait pour une personne de résider en territoire fédéral en tant que membre des Forces n'est pas considéré comme domicile ou résidence habituels en ce territoire. Cette disposition n'est pas applicable en ce qui concerne l'impôt sur les assurances, lorsqu'il s'agit du versement de la prime à un assureur ayant son domicile (siège, direction) en territoire fédéral. Cette exception aux dispositions sur le domicile n'a d'ailleurs pas pour conséquence de faire considérer les membres des Forces comme acheteurs étrangers au sens des textes régissant l'impôt sur le chiffre d'affaires;

(b) les biens meubles se trouvant sur le territoire fédéral du fait de la présence de leur propriétaire en qualité de membre des Forces et destinés à son usage personnel ou familial, sont considérés comme ne se trouvant pas sur le territoire fédéral, quelle qu'en soit l'origine. Cette disposition n'est applicable aux véhicules automobiles que s'ils sont pourvus de plaques d'immatriculation délivrées par les Forces.

4. Outre les immunités fiscales reconnues aux termes du paragraphe 3 du présent Accord, les membres des Forces sont exonérés de tous impôts et taxes allemands sur les revenus perçus à titre de rémunération pour les fonctions officielles qu'ils exercent auprès des Forces sur le terri-

halten. Sie genießen ferner die gleichen steuerlichen Vergünstigungen, die nach den deutschen Steuergesetzen Militärpersonen gewährt werden.

Artikel 3
Biersteuer

(1) Bier, das von den Streitkräften unmittelbar aus einem inländischen Herstellungsbetrieb bezogen wird, ist von der Verbrauchssteuer befreit. Die Steuerbefreiung gilt nur für Einkäufe durch die amtlichen Beschaffungsstellen der Streitkräfte zum Verbrauch durch die Streitkräfte oder ihre Mitglieder.

(2) Bier, das die Streitkräfte oder ihre Mitglieder im Rahmen der Bestimmungen der Artikel 34 und 35 des Truppenvertrages in das Bundesgebiet verbringen, ist von der Verbrauchssteuer befreit.

(3) Die Streitkräfte werden bei jedem Bezug von Bier eine Bescheinigung ausstellen, in der bestätigt wird, daß das Bier, das nach Gattung und Menge genau zu bezeichnen ist, ausschließlich zum Verbrauch durch die Streitkräfte oder ihre Mitglieder bestimmt ist.

Artikel 4
Steuerliche Behandlung der Organisationen und Unternehmen im Dienste der Streitkräfte

(1) Die in Artikel 1 und 2 dieses Abkommens enthaltenen Steuerbefreiungen gelten vorbehaltlich besonderer Vereinbarungen zwischen den Unterzeichnerstaaten für die in Artikel 36 des Truppenvertrages bezeichneten Organisationen und Unternehmen sowie ihre Angestellten, für die in Unterabsatz (b) des Absatzes (2) daselbst bezeichneten Unternehmen, jedoch mit folgenden Ausnahmen:

(a) Besteuerung ihrer Angestellten;

(b) Steuern auf Einkommen und Gewinn;

(c) Steuern auf Betriebsvermögen im Bundesgebiet.

(2) Die in Artikel 3 dieses Abkommens enthaltene Steuerbefreiung findet nur auf solche in Absatz (1) des Artikels 36 des Truppenvertrages genannte Organisationen Anwendung, deren Dienste für die Streitkräfte den Verkauf von Bier an die Mitglieder der Streitkräfte umfassen.

Artikel 5*)
Zuständigkeit des Schiedsgerichts

Alle Streitigkeiten, die sich zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten aus den Bestimmungen dieses Abkommens ergeben und welche die Parteien nicht durch Verhandlungen beizulegen vermögen, unterliegen der Zuständigkeit des Schiedsgerichts, das durch Artikel 9 des in Bonn am

enjoy the taxation benefits which are granted by German taxation legislation to military personnel.

Article 3
Beer Tax

1. Beer which is procured by the Forces directly from a German manufacturer shall be exempt from excise tax. The exemption from taxation shall apply only to purchases by the official procurement agencies of the Forces for consumption by the Forces or their members.

2. Beer which the Forces or their members bring into the Federal territory under the provisions of Articles 34 and 35 of the Forces Convention shall be exempt from excise tax.

3. Whenever the Forces procure beer, they shall certify that the beer, which is to be described exactly as to type and quantity, is intended exclusively for consumption by the Forces or their members.

Article 4
Tax Treatment of Organizations and Enterprises Serving the Forces

1. Except as may otherwise be provided in special agreements between the Signatory States, the tax exemptions contained in Articles 1 and 2 of the present Agreement shall apply to the organizations and enterprises, and their employees, referred to in Article 36 of the Forces Convention; provided, however, that they shall apply to the enterprises referred to in sub-paragraph (b) of paragraph 2 of that Article with the following exceptions:

(a) taxation of their employees;

(b) taxation on their income and profits;

(c) taxation on their business property in the Federal territory.

2. The tax exemption contained in Article · of the present Agreement shall apply only to those organizations referred to in paragraph 1 of Article 36 of the Forces Convention whose service to the Forces includes the sale of beer to the members of the Forces.

Article 5*)
Jurisdiction of Arbitration Tribunal

All disputes arising between the Three Powers and the Federal Republic under the provisions of the present Agreement, which the parties are not able to settle by negotiations, shall be subject to the jurisdiction of the Arbitration Tribunal established by Article 9 of the Convention on Rela-

toire fédéral. Ils bénéficient de plus des mêmes privilèges fiscaux que ceux accordés au personnel militaire en vertu de la législation fiscale allemande.

Article 3
Impôt sur la bière

1. La bière achetée par les Forces directement à une entreprise de brasserie allemande est exemptée de l'impôt de consommation. L'exemption fiscale ne s'applique qu'aux achats effectués par les services d'achats officiels des Forces et destinés à la consommation par les Forces ou par leurs membres.

2. La bière importée en territoire fédéral par les Forces ou leurs membres dans le cadre des dispositions des Articles 34 et 35 de la Convention sur les Forces, est exempté de l'impôt de consommation.

3. Lors de chaque achat de bière, les Forces délivreront une attestation certifiant que cette bière, dont la nature et la quantité devront être spécifiées exactement, est exclusivement destinée à la consommation par les Forces ou leurs membres.

Article 4
Traitement fiscal des organisations et entreprises au service des Forces

1. Sous réserve d'accords particuliers entre les États Signataires, les organisations et entreprises désignées à l'Article 36 de la Convention sur les Forces bénéficient des exemptions fiscales prévues aux Articles 1 et 2 du présent Accord. Les entreprises désignées à l'alinéa (b) du paragraphe 2 de l'Article 36 de la Convention sur les Forces ne bénéficient toutefois de ces exemptions fiscales que compte tenu des exceptions qui suivent:

(a) Leurs employés sont assujettis à l'impôt;

(b) elles acquittent les impôts sur les revenus et les bénéfices;

(c) elles acquittent les impôts sur les biens affectés aux activités professionnelles sur le territoire fédéral.

2. L'exemption fiscale mentionnée à l'Article 3 du présent Accord ne s'applique qu'aux organisations visées au paragraphe 1 de l'Article 36 de la Convention sur les Forces, dont les services auprès des Forces comprennent la vente de bière aux membres des Forces

Article 5*)
Compétence du Tribunal d'Arbitrage

Tous les litiges entre les Trois Puissances et la République Fédérale résultant de l'application des dispositions du présent Accord, que les parties ne parviennent pas à régler par des négociations, relèvent de la compétence du Tribunal d'Arbitrage institué par l'Article 9 de la Con-

*) Artikel 5 ist auf Grund des am 26. Juli 1952 unterzeichneten Protokolls, das anschließend abgedruckt ist, eingefügt worden.
*) Article 5 has been inserted by the Protocol signed on July 27, 1952 which will be found on page 340.
*) L'article 5 a été inséré en vertu du Protocole signé le 26 Juillet 1952 et imprimé ci-dessous.

26. Mai 1952 unterzeichneten Vertrages über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten errichtet wird, in der gleichen Weise und mit der gleichen Wirkung, als ob dieses Abkommen in Absatz (1) des Artikels 8 dieses Vertrages als Zusatzvertrag aufgeführt wäre.

Artikel 6

Schlußbestimmungen

(1) Dieses Abkommen ist von den Unterzeichnerstaaten in Übereinstimmung mit ihrem jeweiligen verfassungsmäßigen Verfahren zu ratifizieren oder zu genehmigen. Die Ratifikationsurkunden sind von den Unterzeichnerstaaten bei der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zu hinterlegen.

(2) Dieses Abkommen tritt zwischen der Bundesrepublik Deutschland einerseits und jeder einzelnen der Drei Mächte andererseits mit der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden gemäß Absatz (1) dieses Artikels oder mit dem Inkrafttreten des Truppenvertrages in Kraft, falls dieser Zeitpunkt später liegt.

(3) Dieses Abkommen ist gegenüber jedem anderen Entsendestaat im Sinne von Artikel 1 Absatz (3) des Truppenvertrages von dem gleichen Zeitpunkt an anzuwenden, in dem es gegenüber derjenigen der Drei Mächte in Kraft tritt, die gemäß Artikel 1 Absatz (4) (b) (i) des Truppenvertrages als die beteiligte Macht bezeichnet wird.

(4) Dieses Abkommen wird in den Archiven der Regierung der Bundesrepublik Deutschland hinterlegt; diese wird jedem Unterzeichnerstaat beglaubigte Ausfertigungen übermitteln und jeden Unterzeichnerstaat vom Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Abkommens in Kenntnis setzen.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten von ihren Regierungen gehörig beglaubigten Vertreter dieses Abkommen unterschrieben.

Geschehen zu BONN am sechsundzwanzigsten Tage des Monats Mai 1952 in deutscher, englischer und französischer Sprache, wobei alle drei Fassungen gleichermaßen authentisch sind.

Für die Bundesrepublik Deutschland
gezeichnet:
Adenauer

Für das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland
gezeichnet:
Anthony Eden

Für die Vereinigten Staaten von Amerika
gezeichnet:
Dean Acheson

Für die Französische Republik
gezeichnet:
Robert Schuman

tions between the Three Powers and the Federal Republic of Germany signed at Bonn on 26 May 1952, in the same manner and with the same effect as though the present Agreement were listed in paragraph 1 of Article 8 of that Convention as a related Convention.

Article 6

Final Provisions

1. The present Agreement shall be ratified or approved by the Signatory States in accordance with their respective constitutional procedures. The instruments of ratification shall be deposited by the Signatory States with the Government of the Federal Republic of Germany.

2. The present Agreement shall enter into force, as between each of the Three Powers individually, of the one part, and the Federal Republic, of the other part, on the date when the Instruments of Ratification of the two parties shall have been deposited in accordance with paragraph 1 of this Article, or on the date of entry into force of the Forces Convention if such date shall be later.

3. The present Agreement shall be applied, as to any other Sending State within the meaning of paragraph 3 of Article 1 of the Forces Convention, at the same time as it enters into force as to that one of the Three Powers which has been named as the Power concerned in accordance with item (i) of sub-paragraph (b) of paragraph 4 of Article 1 of the Forces Convention.

4. The present Agreement shall be deposited in the archives of the Government of the Federal Republic of Germany, which will furnish each Signatory State with certified copies thereof and notify each State of the date of the entry into force of the present Agreement.

IN FAITH WHEREOF the undersigned representatives duly authorized thereto by their respective Governments have signed the present Agreement.

Done at BONN this twenty-sixth day of May, 1952, in three texts, in the English, French and German languages, all being equally authentic.

For the United States of America
signed:
Dean Acheson

For the French Republic
signed:
Robert Schuman

For the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland
signed:
Anthony Eden

For the Federal Republic of Germany
signed:
Adenauer

vention sur les Relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale d'Allemagne, signée à Bonn le 26 Mai 1952, dans les mêmes conditions et avec les mêmes effets que si cet Accord était énuméré au paragraphe 1 de l'Article 8 de cette Convention en tant que Convention rattachée.

Article 6

Dispositions finales

1. Le présent Accord sera ratifié ou approuvé par les États Signataires, conformément à leur procédure constitutionnelle respective. Les instruments de ratification seront déposés par les États Signataires auprès du Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne.

2. L'entrée en vigueur du présent Accord entre chacune des Trois Puissances, d'une part, et la République Fédérale, d'autre part, interviendra conformément au paragraphe 1 du présent Article à la date du dépôt des instruments de ratification des deux parties contractantes ou à la date d'entrée en vigueur de la Convention sur les Forces, si la date du dépôt visée ci-dessus devait être plus éloignée.

3. L'application du présent Accord en ce qui concerne tout État fournissant des Forces au sens du paragraphe 3 de l'Article 1 de la Convention sur les Forces interviendra en même temps que l'entrée en vigueur en ce qui concerne l'une des Trois Puissances qui a été désignée comme étant la « Puissance intéressée », conformément au paragraphe 4 (b) (i) de l'Article 1 de la Convention sur les Forces.

4. Le présent Accord sera déposé dans les archives du Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne; celui-ci remettra à chaque État Signataire des expéditions certifiées conformes et informera chaque État Signataire de la date d'entrée en vigueur du présent Accord.

EN FOI DE QUOI, les Plénipotentiaires soussignés, dûment autorisés à cet effet par leurs Gouvernements respectifs, ont apposé leurs signatures au bas du présent Accord.

Fait à BONN, le vingt-sixième jour du mois de Mai 1952, en trois textes, en langues française, anglaise et allemande, les trois versions faisant également foi.

Pour la République Française
signé :
Robert Schuman

Pour les États-Unis d'Amérique
signé :
Dean Acheson

Pour le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord
signé :
Anthony Eden

Pour la République Fédérale d'Allemagne
signé :
Adenauer

PROTOKOLL
über die Erstreckung der Zuständigkeit des Schiedsgerichts auf Streitigkeiten aus dem am 26. Mai 1952 in Bonn unterzeichneten Abkommen über die steuerliche Behandlung der Streitkräfte und ihrer Mitglieder

PROTOCOL
conferring upon the Arbitration Tribunal jurisdiction over disputes arising under the Agreement on the Tax Treatment of the Forces and Their Members signed at Bonn on 26 May 1952

PROTOCOLE
donnant compétence au Tribunal d'Arbitrage en ce qui concerne les litiges résultant de l'application de »l'Accord relatif au régime fiscal applicable aux forces et aux membres des forces«, signé à Bonn le 26 Mai 1952

Die Regierung der BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND einerseits und die Regierungen der VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA, des VEREINIGTEN KÖNIGREICHS VON GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND und der FRANZÖSISCHEN REPUBLIK andererseits sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Das am 26. Mai 1952 in Bonn unterzeichnete Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland einerseits und den Vereinigten Staaten von Amerika, dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland und der Französischen Republik andererseits über die steuerliche Behandlung der Streitkräfte und ihrer Mitglieder wird hiermit durch die Einführung des folgenden neuen Artikels 5 ergänzt; der mit „Schlußbestimmungen" bezeichnete Artikel 5 wird damit Artikel 6:

„Artikel 5

Zuständigkeit des Schiedsgerichts

Alle Streitigkeiten, die sich zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten aus den Bestimmungen dieses Abkommens ergeben und welche die Parteien nicht durch Verhandlungen beizulegen vermögen, unterliegen der Zuständigkeit des Schiedsgerichts, das durch Artikel 9 des in Bonn am 26. Mai 1952 unterzeichneten Vertrages über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten errichtet wird, in der gleichen Weise und mit der gleichen Wirkung, als ob dieses Abkommen in Absatz (1) des Artikels 8 dieses Vertrages als Zusatzvertrag aufgeführt wäre."

Artikel 2

Der neue Artikel 5 des vorgenannten Abkommens, der in Artikel 1 dieses Protokoll festgelegt ist, gilt als in das Abkommen im Zeitpunkt seiner Unterzeichnung aufgenommen.

Artikel 3

Dieses Protokoll wird zusammen mit dem vorgenannten Abkommen in den Archiven der Regierung der Bundesrepublik Deutschland hinterlegt; diese wird jeder unterzeichnenden Regierung beglaubigte Ausfertigungen übermitteln.

The Governments of the UNITED STATES OF AMERICA, the UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN AND NORTHERN IRELAND and the FRENCH REPUBLIC, of the one part, and of the FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY, of the other part, agree as follows:

Article 1

The Agreement on the Tax Treatment of the Forces and their Members between the United States of America, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the French Republic, of the one part, and the Federal Republic of Germany, of the other part, signed at Bonn on 26 May 1952, is hereby amendet by the insertion of the following new Article 5, the Article entitled "Final Provisions" becoming Article 6:

"Article 5

Jurisdiction of Arbitration Tribunal

All disputes arising between the Three Powers and the Federal Republic under the provisions of the present Agreement, which the parties are not able to settle by negotiations, shall be subject to the jurisdiction of the Arbitration Tribunal established by Article 9 of the Convention on Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Germany signed at Bonn on 26 May 1952, in the same manner and with the same effect as though the present Agreement were listed in paragraph 1 of Article 8 of that Convention as a related Convention."

Article 2

The new Article 5 of the aforementioned Agreement, set out in Article 1 of the present Protocol, shall be deemed to have been included in that Agreement at the time of its signature.

Article 3

The present Protocol shall be deposited with the afore-mentioned Agreement in the Archives of the Government of the Federal Republic of Germany, which will furnish each Signatory with certified copies thereof.

Les Gouvernements de la RÉPUBLIQUE FRANÇAISE, des ÉTATS-UNIS D'AMÉRIQUE et du ROYAUME-UNI DE GRANDE-BRETAGNE ET D'IRLANDE DU NORD, d'une part, et le Gouvernement de la RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE, d'autre part, sont convenus de ce qui suit:

Article 1

L'Accord relatif au Régime fiscal applicable aux Forces et aux Membres des Forces, conclu entre la République Française, les États-Unis d'Amérique et le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, d'une part, et la République Fédérale d'Allemagne, d'autre part, et signé à Bonn le 26 Mai 1952 est amendé par l'insertion du nouvel Article 5 suivant, l'Article intitulé «Dispositions finales» devenant Article 6:

«Article 5

Compétence du Tribunal d'Arbitrage

Tous les litiges entre les Trois Puissances et la République Fédérale résultant de l'application des dispositions du présent Accord, que les parties ne parviennent pas à régler par des négociation, relèvent de la compétence du Tribunal d'Arbitrage institué par l'Article 9 de la Convention sur les Relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale d'Allemagne, signée à Bonn le 26 Mai 1952, dans les mêmes conditions et avec les mêmes effets que si cet Accord était énuméré au paragraphe 1 de l'Article 8 de cette Convention en tant que Convention rattachée.»

Article 2

Le nouvel Article 5 de l'Accord susmentionné, figurant à l'Article 1 du présent Protocole, sera considéré comme ayant été inclus dans cet Accord au moment de sa signature.

Article 3

Le présent Protocole sera déposé avec l'Accord sus-mentionné dans les Archives du Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne qui en remettra des copies certifiées conformes à chacun des Gouvernements signataires.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten gehörig beglaubigten Vertreter dieses Protokoll unterschrieben

Geschehen zu BONN, am sechsundzwanzigstsen Tage des Monats Juli 1952 in deutscher, englischer und französischer Sprache, wobei alle drei Fassungen gleichermaßen authentisch sind.

Für die Regierung
der Bundesrepublik Deutschland
gezeichnet:
Walter Hallstein

Für die Regierung
der Vereinigten Staaten von Amerika
gezeichnet:
Samuel Reber

Für die Regierung
des Vereinigten Königreichs
von Großbritannien und Nordirland
gezeichnet:
Ivone Kirkpatrick

Für die Regierung
der Französischen Republik
gezeichnet:
Armand Bérard

In FAITH WHEREOF, the undersigned representatives, duly authorized thereto, have signed the present Protocol

Done at BONN this twenty-sixth day of July 1952, in three texts, in the English, French and German languages, all being equally authentic.

For the Government
of the United States of America
signed:
Samuel Reber

For the Government
of the United Kingdom of Great Britain
and Northern Ireland
signed:
Ivone Kirkpatrick

For the Government
of the French Republic
signed:
Armand Bérard

For the Government
of the Federal Republic of Germany
signed:
Walter Hallstein

EN FOI DE QUOI, les Plénipotentiaires soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont apposé leurs signatures au bas du présent Protocole.

Fait à BONN, le vingt-sixième jour du mois de Juillet 1952, en trois textes, en langues française, anglaise et allemande, les trois versions faisant également foi.

Pour le Gouvernement
de la République Française
signé:
Armand Bérard

Pour le Gouvernement
des États-Unis d'Amérique
signé:
Samuel Reber

Pour le Gouvernement
du Royaume-Uni de Grande-Bretagne
et d'Irlande du Nord
signé:
Ivone Kirkpatrick

Pour le Gouvernement
de la République Fédérale d'Allemagne
signé:
Walter Hallstein

Gesetz betreffend den Vertrag vom 27. Mai 1952 über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und betreffend den Vertrag vom 27. Mai 1952 zwischen dem Vereinigten Königreich und den Mitgliedstaaten der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft.

Vom 28. März 1954.

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel I

Dem am 27. Mai 1952 in Paris unterzeichneten Vertrag über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft einschließlich seiner Anlagen und Zusatzprotokolle wird zugestimmt.

Artikel II

Dem am 27. Mai 1952 in Paris unterzeichneten Vertrag zwischen dem Vereinigten Königreich und den Mitgliedstaaten der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft wird zugestimmt.

Artikel III

Die Verträge sowie die Anlagen und Zusatzprotokolle des Vertrages über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft werden nachstehend mit Gesetzeskraft veröffentlicht.

Der Tag, an dem sie in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Artikel IV

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage nach der Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 28. März 1954.

Der Bundespräsident
Theodor Heuss

Der Bundeskanzler
und Bundesminister des Auswärtigen
Adenauer

Der Bundesminister des Innern
Dr. Schröder

Der Bundesminister der Justiz
Neumayer

Der Bundesminister der Finanzen
Schäffer

Traité instituant la Communauté européenne de défense

Vertrag über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft

INHALT*)

*) Das Inhaltsverzeichnis ist nicht Bestandteil der am 27. Mai 1952 unterzeichneten Verträge.

(Übersetzung)*)

LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE, SA MAJESTÉ LE ROI DES BELGES, LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE FRANÇAISE, LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE ITALIENNE, SON ALTESSE ROYALE LA GRANDE-DUCHESSE DE LUXEMBOURG, SA MAJESTÉ LA REINE DES PAYS-BAS,

Résolus à contribuer, en coopération avec les autres nations libres, et dans l'esprit de la Charte des Nations Unies, au maintien de la paix, notamment en assurant contre toute agression la défense de l'Europe occidentale, en étroite liaison avec les organismes ayant le même objet;

Considérant que l'intégration aussi complète que possible, dans la mesure compatible avec les nécessités militaires, des éléments humains et matériels que leurs forces de défense rassemblent au sein d'une organisation européenne supranationale est le moyen le plus propre à permettre d'atteindre ce but avec toute la rapidité et l'efficacité nécessaires;

Certains que cette intégration aboutira à l'emploi le plus rationnel et le plus économique des ressources de leurs pays, en particulier grâce à l'établissement d'un budget commun et de programmes d'armement communs;

Décidés à assurer ainsi le développement de leur force militaire sans qu'il soit porté atteinte au progrès social;

Soucieux de sauvegarder les valeurs spirituelles et morales qui sont le patrimoine commun de leurs peuples et convaincus qu'au sein de la force commune, constituée sans discrimination entre les États participants, les patriotismes nationaux, loin de s'affaiblir, ne pourront que se consolider et s'harmoniser dans un cadre élargi;

Conscients de franchir ainsi une étape nouvelle et essentielle dans la voie de la formation d'une Europe unie;

Ont décidé de créer une Communauté Européenne de Défense et ont désigné à cet effet comme plénipotentiaires:

Le Président de la République Fédérale d'Allemagne,

M. le Docteur Konrad Adenauer, Chancelier, ministre des Affaires étrangères;

Sa Majesté le Roi des Belges,

M. Paul van Zeeland, ministre des Affaires étrangères;

Le Président de la République Française,

M. Robert Schuman, ministre des Affaires étrangères;

Le Président de la République Italienne,

M. de Gasperi, ministre des Affaires étrangères;

Son Altesse Royale la Grande-Duchesse de Luxembourg,

M. Bech, ministre des Affaires étrangères;

Sa Majesté la Reine des Pays-Bas,

M. Stikker, ministre des Affaires étrangères;

Lesquels, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs reconnus en bonne et due forme, sont convenus des dispositions qui suivent.

DER PRÄSIDENT DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND, SEINE MAJESTÄT DER KÖNIG DER BELGIER, DER PRÄSIDENT DER FRANZÖSISCHEN REPUBLIK, DER PRÄSIDENT DER ITALIENISCHEN REPUBLIK, IHRE KÖNIGLICHE HOHEIT DIE GROSSHERZOGIN VON LUXEMBURG, IHRE MAJESTÄT DIE KÖNIGIN DER NIEDERLANDE,

haben sich entschlossen, zusammen mit den übrigen freien Völkern im Geist der Satzung der Vereinten Nationen zur Erhaltung des Friedens beizutragen und insbesondere in enger Verbindung mit den Organisationen gleichen Zieles die Verteidigung Westeuropas gegen jeden Angriff zu sichern.

Sie haben erwogen, daß das beste Mittel, dieses Ziel rasch und wirksam zu erreichen, darin besteht, Menschen und Hilfsquellen, soweit das mit den militärischen Erfordernissen verträglich ist, in gemeinsamen Verteidigungsstreitkräften im Rahmen einer überstaatlichen europäischen Organisation völlig zu verschmelzen.

Sie sind überzeugt, daß diese Verschmelzung, insbesondere ein gemeinsamer Haushalt und gemeinsame Rüstungsprogramme, zur zweckmäßigsten und wirtschaftlichsten Verwendung der Hilfsquellen ihrer Länder führen wird.

Sie sind entschlossen, auf diese Weise die Entwicklung ihrer Wehrkraft zu sichern, ohne den sozialen Fortschritt zu beeinträchtigen.

Sie werden es sich dabei angelegen sein lassen, die geistigen und sittlichen Werte zu wahren, die das gemeinsame Erbe ihrer Völker sind, und sie sind überzeugt, daß in der gemeinsamen Streitmacht, die ohne unterschiedliche Behandlung der beteiligten Staaten gebildet wird, die Vaterlandsliebe der Völker nicht an Kraft verlieren, sondern sich vielmehr festigen und in erweitertem Rahmen neue Gestalt finden wird.

Sie tun diesen Schritt in dem Bewußtsein, hiermit einen weiteren und bedeutsamen Abschnitt auf dem Wege zur Schaffung eines geeinten Europas zurückzulegen.

Sie haben daher beschlossen, eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft zu gründen und zu diesem Zweck als Bevollmächtigte bestellt:

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland,

Herrn Dr. Konrad Adenauer, Bundeskanzler und Bundesminister des Auswärtigen;

Seine Majestät der König der Belgier,

Herrn Paul van Zeeland, Minister für Auswärtige Angelegenheiten;

Der Präsident der Französischen Republik,

Herrn Robert Schuman, Minister für Auswärtige Angelegenheiten;

Der Präsident der Italienischen Republik,

Herrn de Gasperi, Minister für Auswärtige Angelegenheiten;

Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin von Luxemburg,

Herrn Bech, Minister für Auswärtige Angelegenheiten;

Ihre Majestät die Königin der Niederlande,

Herrn Stikker, Minister für Auswärtige Angelegenheiten;

Diese haben nach Austausch ihrer als gut und gehörig befundenen Vollmachten nachstehende Bestimmungen vereinbart:

*) Der maßgebende Wortlaut der deutschen Übersetzung wird gemäß Artikel 130 Abs. 2 dieses Vertrages vom Ministerrat der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft festgestellt werden.

TITRE PREMIER

Principes Fondamentaux

CHAPITRE PREMIER

De la Communauté Européenne de Défense

Article premier

Par le présent Traité les Hautes Parties Contractantes instituent entre Elles une COMMUNAUTÉ EUROPÉENNE DE DÉFENSE, de caractère supranational, comportant des institutions communes, des Forces armées communes et un budget commun.

Article 2

§ 1 La Communauté a des objectifs exclusivement défensifs.

§ 2. En conséquence, dans les conditions prévues au présent Traité, elle assure contre toute agression la sécurité des États membres en participant à la défense occidentale dans le cadre du Traité de l'Atlantique Nord et en réalisant l'intégration des forces de défense des États membres et l'emploi rationnel et économique de leurs ressources

§ 3. Toute agression armée dirigée contre l'un quelconque des États membres en Europe ou contre les Forces européennes de défense sera considérée comme une attaque dirigée contre tous les États membres.

Les États membres et les Forces européennes de défense porteront à l'État ou aux Forces ainsi attaqués aide et assistance par tous les moyens en leur pouvoir, militaires et autres.

Article 3

§ 1. La Communauté emploie les méthodes les moins onéreuses et les plus efficaces Elle ne recourt à des interventions que dans la mesure nécessaire à l'accomplissement de sa mission et en respectant les libertés publiques et les droits fondamentaux des individus. Elle veille à ce que les intérêts propres des États membres soient pris en considération dans toute la mesure compatible avec ses intérêts essentiels

§ 2. Pour permettre à la Communauté d'atteindre ses buts, les États membres mettent à sa disposition des contributions appropriées, fixées selon les dispositions des articles 87 et 94 ci-après.

Article 4

La Communauté poursuit son action en collaboration avec les nations libres et avec toute organisation qui se propose les mêmes buts qu'elle-même.

Article 5

La Communauté coopère étroitement avec l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord.

Article 6

Le présent Traité ne comporte aucune discrimination entre les États membres.

Article 7

La Communauté a la personnalité juridique.

Dans les relations internationales, la Communauté jouit de la capacité juridique nécessaire pour exercer ses fonctions et atteindre ses buts.

Dans chacun des États membres, la Communauté jouit de la capacité juridique la plus large reconnue aux personnes morales nationales; elle peut, notamment, acquérir et aliéner des biens immobiliers et mobiliers et ester en justice

La Communauté est représentée par ses institutions, chacune dans le cadre de ses attributions.

ERSTER TITEL

Grundsätzliche Bestimmungen

ERSTES KAPITEL

Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft

Artikel 1

Durch diesen Vertrag begründen die Hohen Vertragschließenden Teile unter sich eine EUROPÄISCHE VERTEIDIGUNGSGEMEINSCHAFT. Diese ist ihrem Wesen nach überstaatlich; sie hat gemeinsame Organe, gemeinsame Streitkräfte und einen gemeinsamen Haushalt.

Artikel 2

§ 1. Die Gemeinschaft dient ausschließlich der Verteidigung.

§ 2. Sie gewährleistet daher nach Maßgabe dieses Vertrages die Sicherheit der Mitgliedstaaten gegen jede Aggression. Hierzu beteiligt sie sich im Rahmen des Nordatlantikpaktes an der westlichen Verteidigung und verwirklicht die Verschmelzung der Verteidigungsstreitkräfte der Mitgliedstaaten sowie den zweckmäßigen und wirtschaftlichen Einsatz ihrer Hilfsquellen.

§ 3. Jede bewaffnete Aggression gegen irgendeinen der Mitgliedstaaten in Europa oder gegen die Europäischen Verteidigungsstreitkräfte wird als ein Angriff gegen alle Mitgliedstaaten angesehen.

Die Mitgliedstaaten und die Europäischen Verteidigungsstreitkräfte leisten dem so angegriffenen Staat mit allen ihnen zu Gebote stehenden militärischen und sonstigen Mitteln Hilfe und Beistand.

Artikel 3

§ 1. Die Gemeinschaft verwendet die Mittel, die am wenigsten belasten und am meisten Erfolg bringen. Sie greift nur ein, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgabe erforderlich ist; sie wahrt dabei die staatsbürgerlichen Rechte und die Grundrechte des einzelnen. Sie sorgt dafür, daß die Belange der Mitgliedstaaten berücksichtigt werden, soweit dies irgendwie mit ihren eigenen wesentlichen Belangen vereinbar ist.

§ 2. Zur Verwirklichung der Ziele der Gemeinschaft stellen ihr die Mitgliedstaaten die erforderlichen Beiträge nach den Vorschriften der Artikel 87 und 94 zur Verfügung.

Artikel 4

Die Gemeinschaft wirkt bei ihrem Vorgehen mit den freien Völkern und mit jeder Organisation zusammen, welche die gleichen Ziele wie sie selbst verfolgt.

Artikel 5

Die Gemeinschaft arbeitet eng mit der Organisation des Nordatlantikpaktes zusammen.

Artikel 6

Der Vertrag läßt keinerlei unterschiedliche Behandlung der Mitgliedstaaten zu.

Artikel 7

Die Gemeinschaft hat Rechtspersönlichkeit.

Im zwischenstaatlichen Verkehr hat die Gemeinschaft die für die Durchführung ihrer Aufgaben und Erreichung ihrer Ziele erforderliche Rechts- und Geschäftsfähigkeit.

Die Gemeinschaft hat in jedem Mitgliedstaat die weitestgehende Rechts- und Geschäftsfähigkeit, die juristischen Personen dieses Staates zuerkannt ist; sie kann insbesondere bewegliches und unbewegliches Vermögen erwerben und veräußern sowie klagen und verklagt werden.

Die Gemeinschaft wird durch ihre Organe im Rahmen ihrer Befugnisse vertreten.

Article 8

§ 1. Les institutions de la Communauté sont:

— un Conseil de Ministres, ci-après dénommé: le Conseil,

— une Assemblée commune, ci-après dénommée: l'Assemblée,

— un Commissariat de la Communauté, ci-après dénommé: le Commissariat,

— une Cour de Justice, ci-après dénommée: la Cour.

§ 2. Sans préjudice des dispositions de l'article 126 ci-après, l'organisation de ces institutions, telle qu'elle est fixée par le présent Traité, demeurera en vigueur jusqu'à son remplacement par une organisation nouvelle résultant de l'établissement de la structure fédérale ou confédérale visée à l'article 38 ci-après.

Artikel 8

§ 1. Die Organe der Gemeinschaft sind:

— Der Ministerrat, nachstehend „Der Rat" genannt;

— Die Gemeinsame Versammlung, nachstehend „Die Versammlung" genannt;

— Das Kommissariat der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, nachstehend „Das Kommissariat" genannt;

— Der Gerichtshof.

§ 2. Unbeschadet des Artikels 126 bleibt der in diesem Vertrage festgelegte Aufbau der Organe bestehen, bis er durch das in Artikel 38 vorgesehene bundesstaatliche oder staatenbündische Gemeinwesen ersetzt wird.

CHAPITRE II

Des Forces Européennes de Défense

Article 9

Les Forces armées de la Communauté, ci-après dénommées «Forces européennes de défense», sont composées de contingents mis à la disposition de la Communauté par les États membres, en vue de leur fusion dans les conditions prévues au présent Traité.

Aucun État membre ne recrutera ou n'entretiendra des forces armées nationales en dehors de celles qui sont prévues à l'article 10 ci-après.

KAPITEL II

Die Europäischen Verteidigungsstreitkräfte

Artikel 9

Die Streitkräfte der Gemeinschaft, nachstehend „Europäische Verteidigungsstreitkräfte" genannt, bestehen aus Kontingenten, die der Gemeinschaft zur Verschmelzung nach Maßgabe dieses Vertrages von den Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellt werden.

Kein Mitgliedstaat darf nationale Streitkräfte, außer den in Artikel 10 genannten, rekrutieren oder unterhalten.

Article 10

§ 1. Les États membres peuvent recruter et entretenir des forces armées nationales destinées à être employées dans les territoires non européens à l'égard desquels ils assument des responsabilités de défense, ainsi que les unités stationnées dans leur pays d'origine et nécessaires à la maintenance de ces forces et à l'exécution des relèves.

§ 2. Les États membres peuvent également recruter et entretenir des forces armées nationales répondant aux missions internationales qu'ils ont assumées, à Berlin, en Autriche ou en vertu de décisions des Nations Unies. A l'issue de ces missions, ces troupes seront soit dissoutes soit mises à la disposition de la Communauté. Des relèves peuvent être exécutées, avec l'accord du Commandant Suprême compétent relevant de l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord, par échange avec des unités composées de contingents originaires des États membres intéressés et appartenant aux Forces européennes de défense.

§ 3. Les éléments destinés, dans chaque État membre, à assurer la garde personnelle du Chef de l'État demeurent nationaux.

§ 4. Les États membres peuvent disposer de Forces navales nationales, d'une part pour la garde des territoires non européens à l'égard desquels ils assument les responsabilités de défense visées au paragraphe 1 du présent article et pour la protection des communications avec et entre ces territoires, et, d'autre part, pour remplir les obligations qui découlent pour eux des missions internationales visées au paragraphe 2 du présent article ainsi que d'accords conclus dans le cadre du Traité de l'Atlantique Nord antérieurement à l'entrée en vigueur du présent Traité.

§ 5. Le volume total des forces armées nationales visées au présent article, y compris les unités de maintenance, ne doit pas être d'une ampleur telle qu'elle compromette la participation de chaque État membre aux Forces européennes de défense, déterminée par un accord entre les gouvernements des États membres.

Artikel 10

§ 1. Die Mitgliedstaaten können nationale Streitkräfte zur Verwendung in außereuropäischen Gebieten, für die sie die Verteidigungspflicht übernommen haben, rekrutieren und unterhalten; das gleiche gilt für die Einheiten, die im Mutterland zur Ergänzung und Ablösung dieser Streitkräfte erforderlich sind.

§ 2. Die Mitgliedstaaten dürfen ferner zur Durchführung zwischenstaatlicher Aufgaben, die sie in Berlin, in Österreich oder gemäß Entscheidungen der Vereinten Nationen übernommen haben, nationale Streitkräfte rekrutieren und unterhalten. Nach Beendigung dieser Aufgaben werden diese Truppen aufgelöst oder der Gemeinschaft zur Verfügung gestellt. Mit Zustimmung des zuständigen Oberbefehlshabers der Nordatlantikpakt-Organisation können die Truppen mit Einheiten der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte, die aus Kontingenten der betreffenden Mitgliedstaaten bestehen, ausgetauscht werden.

§ 3. Die in den einzelnen Mitgliedstaaten für den persönlichen Schutz des Staatsoberhauptes bestimmten Einheiten bleiben national.

§ 4. Die Mitgliedstaaten können nationale Seestreitkräfte unterhalten, und zwar einerseits zum Schutz der nichteuropäischen Gebiete, für die sie die in § 1 genannte Verteidigungspflicht übernommen haben, sowie zum Schutz der Verbindungen mit und zwischen diesen Gebieten, andererseits zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus den in § 2 genannten zwischenstaatlichen Aufgaben und aus Abmachungen, die vor Inkrafttreten dieses Vertrages im Rahmen des Nordatlantikpaktes getroffen worden sind.

§ 5. Die Gesamtstärke der genannten nationalen Streitkräfte darf einschließlich der Ersatzeinheiten keinen solchen Umfang annehmen, daß der durch Regierungsabkommen der Mitgliedstaaten festgelegte Beitrag der Mitgliedstaaten zu den Europäischen Verteidigungsstreitkräften beeinträchtigt wird.

Les États membres ont la faculté de procéder à des échanges individuels de personnel entre les contingents qu'ils mettent à la disposition des Forces européenes de défense et les forces qui n'en font pas partie, sans qu'il doive en résulter une diminution des Forces européennes de défense.

Article 11

Des Forces de police et de gendarmerie, exclusivement préposées au maintien de l'ordre intérieur, peuvent être recrutées et entretenues au sein des États membres.

Le caractère national de ces forces n'est pas affecté par le présent Traité.

Le volume et la nature desdites forces existant sur les territoires des États membres doivent être tels qu'elles ne dépassent pas les limites de leur mission.

Article 12

§ 1. Dans le cas de troubles ou de menaces de troubles sur le territoire d'un État membre en Europe, la fraction des contingents fournis pas cet État aux Forces européennes de défense nécessaire pour faire face à cette situation est, sur sa demande, et le Conseil informé, mise à sa disposition par le Commissariat.

Les conditions d'emploi de ces éléments sont déterminées par la réglementation en vigueur sur le territoire de l'État membre demandeur.

§ 2. Dans le cas de sinistre ou de calamité nécessitant un secours immédiat, les éléments des Forces européennes de défense, quelle que soit leur origine, en état d'intervenir utilement, doivent prêter leur concours.

Article 13

Dans le cas d'une crise grave affectant un territoire non européen à l'égard duquel un État membre assume des responsabilités de défense, la fraction des contingents fournis par cet État aux Forces européennes de défense nécessaire pour faire face à la crise est, sur sa demande, et avec l'accord du Commandant Suprême compétent relevant de l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord, mise à sa disposition par le Commissariat, le Conseil informé. Les contingents ainsi détachés cessent de relever de la Communauté jusqu'au moment où ils sont remis à sa disposition, dès que leur emploi n'est plus nécessaire pour faire face à la crise.

Les implications militaires, économiques et financières du retrait ci-dessus prévu sont, dans chaque cas, examinées et réglées par le Commissariat, avec l'avis conforme du Conseil statuant à la majorité des deux tiers.

Article 14

Dans les cas où une mission internationale à accomplir en dehors du territoire défini à l'article 120, § 1, est confiée à un État membre, la fraction des contingents fournie par cet État aux Forces européennes de défense nécessaire pour remplir cette mission est, sur sa demande et avec l'accord du Commandant Suprême compétent relevant de l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord, mise à sa disposition par le Commissariat, sur avis conforme du Conseil statuant à la majorité des deux tiers. Les contingents ainsi détachés cessent de relever de la Communauté jusqu'au moment où ils sont remis à sa disposition dès que leur emploi n'est plus nécessaire pour remplir la mission susvisée.

En pareil cas les dispositions de l'alinéa 2 de l'article 13 ci-dessus sont applicables.

Article 15

§ 1. Les Forces européennes de défense sont constituées de personnels recrutés par conscription et de personnels de métier ou servant à long terme par engagements volontaires.

Die Mitgliedstaaten können Einzelpersonen zwischen den den Europäischen Verteidigungsstreitkräften zur Verfügung gestellten Kontingenten und den Streitkräften, die diesen nicht angehören, austauschen; doch darf sich daraus keine Verringerung der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte ergeben.

Artikel 11

Polizei- und Gendarmeriestreitkräfte, die lediglich zur Erhaltung der inneren Ordnung bestimmt sind, können innerhalb der Mitgliedstaaten rekrutiert und unterhalten werden.

Der nationale Charakter dieser Streitkräfte wird durch diesen Vertrag nicht berührt.

Umfang und Art dieser im Gebiet der Mitgliedstaaten bestehenden Streitkräfte dürfen die Grenzen ihrer Aufgabe nicht überschreiten.

Artikel 12

§ 1. Bei bestehenden oder drohenden Unruhen im europäischen Gebiet eines Mitgliedstaates wird diesem auf seinen Antrag vom Kommissariat der Teil seiner zu den Europäischen Verteidigungsstreitkräften beigesteuerten Kontingente zur Verfügung gestellt, der erforderlich ist, um der Lage zu begegnen; der Rat wird unterrichtet.

Der Einsatz dieser Einheiten erfolgt nach den im Hoheitsgebiet des antragstellenden Mitgliedstaates geltenden Vorschriften.

§ 2. Falls Katastrophen oder Notstände eine sofortige Hilfe erforderlich machen, haben die zu wirksamem Einschreiten fähigen Einheiten der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte, gleich welchen Ursprunges, ihre Mithilfe zur Verfügung zu stellen.

Artikel 13

Bei einer schweren Krise in einem außereuropäischen Gebiet, für das ein Mitgliedstaat die Verteidigungspflicht übernommen hat, wird diesem Mitgliedstaat auf seinen Antrag vom Kommissariat mit Zustimmung des zuständigen Oberbefehlshabers der Nordatlantikpakt-Organisation der Teil seiner zu den Europäischen Verteidigungsstreitkräften beigesteuerten Kontingente zur Verfügung gestellt, der erforderlich ist, um der Krise zu begegnen; der Rat wird unterrichtet. Die so abgestellten Kontingente unterstehen nicht mehr der Gemeinschaft, bis sie ihr, sobald ihr Einsatz nicht mehr erforderlich ist, wieder zur Verfügung gestellt werden.

Die militärischen, wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen des oben bezeichneten Abzugs werden in jedem einzelnen Fall vom Kommissariat geprüft und mit Zustimmung einer Zweidrittel-Mehrheit des Rates geregelt.

Artikel 14

Wird einem Mitgliedstaat eine zwischenstaatliche Aufgabe übertragen, die er außerhalb des in Artikel 120 § 1 bezeichneten Gebietes durchzuführen hat, so wird der Teil seiner zu den Europäischen Verteidigungsstreitkräften beigesteuerten Kontingente, der zur Durchführung dieser Aufgabe erforderlich ist, ihm auf seinen Antrag mit Zustimmung des zuständigen Oberbefehlshabers der Nordatlantikpakt-Organisation vom Kommissariat zur Verfügung gestellt; der Rat muß mit Zweidrittel-Mehrheit zustimmen. Die so abgestellten Kontingente unterstehen nicht mehr der Gemeinschaft, bis sie ihr, sobald ihr Einsatz nicht mehr erforderlich ist, wieder zur Verfügung gestellt werden.

In einem solchen Fall findet Artikel 13 Abs. 2 Anwendung.

Artikel 15

§ 1. Die Europäischen Verteidigungsstreitkräfte bestehen aus Wehrpflichtigen und Berufssoldaten oder langfristig dienenden Freiwilligen.

§ 2. Elles sont intégrées selon les dispositions organiques des articles 68, 69 et 70 ci-après.

Elles portent un uniforme commun.

Elles sont organisées selon les types définis au Protocole militaire. Cette organisation peut être modifiée par le Conseil statuant à l'unanimité.

§ 3. Les contingents destinés à composer les Unités sont fournis par les États membres suivant un plan de constitution arrêté par accord entre les Gouvernements. Ce plan est susceptible de révision dans les conditions prévues à l'article 44 ci-après.

Article 16

La défense intérieure des territoires des États membres contre les attaques de toute nature ayant des buts militaires, provoquées ou effectuées par un ennemi extérieur, est assurée par des formations homogènes de statut européen, spécialisées pour chaque État membre dans la mission de défense de son territoire, et relevant pour leur emploi des autorités prévues à l'article 18 ci-après.

Article 17

La protection civile est assurée par chacun des États membres.

Article 18

§ 1. Le Commandant Suprême compétent relevant de l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord est habilité, sous réserve du cas visé au paragraphe 3 du présent article, à s'assurer que les Forces européennes de défense sont organisées, équipées, instruites et préparées à l'emploi de façon satisfaisante.

Dès qu'elles sont en état d'être employées, et sous réserve du même cas, elles sont affectées au Commandant Suprême compétent relevant de l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord, qui exerce à leur égard les pouvoirs et responsabilités qu'il détient en vertu de ses attributions, et, en particulier, soumet à la Communauté ses besoins en ce qui concerne l'articulation et le déploiement des Forces; les plans correspondants sont exécutés dans les conditions prévues à l'article 77 ci-après.

Les Forces européennes de défense reçoivent des directives techniques des organismes appropriés de l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord, dans le cadre de la compétence militaire de ces derniers.

§ 2. En temps de guerre, le Commandant Suprême compétent relevant de l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord exerce, à l'égard des Forces visées ci-dessus, les pleins pouvoirs et responsabilités de Commandant Suprême que lui confèrent ses attributions.

§ 3. Dans le cas des Unités des Forces européennes de défense affectées à la défense intérieure et à la protection maritime rapprochée des territoires des États membres, la détermination des autorités dont elles relèvent pour le Commandement et l'emploi résulte soit des conventions conclues dans le cadre du Traité de l'Atlantique Nord, soit des accords entre l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord et la Communauté.

§ 4. Si le Traité de l'Atlantique Nord cesse d'être en vigueur avant le présent Traité, il appartiendra aux États membres de déterminer, d'un commun accord, l'autorité à laquelle seront confiés le commandement et l'emploi des Forces européennes de défense.

TITRE II

Des Institutions de la Communauté

CHAPITRE PREMIER

Le Commissariat

Article 19

En vue de remplir des tâches qui lui incombent en vertu du présent Traité et dans les conditions prévues par celui-ci, le Commissariat est investi de pouvoirs d'action et de contrôle.

§ 2. Sie werden nach den Grundvorschriften der Artikel 68, 69 und 70 verschmolzen

Sie tragen eine einheitliche Uniform.

Sie werden nach den im Militärprotokoll bestimmten Mustern aufgebaut Der Aufbau kann durch einstimmigen Beschluß des Rates geändert werden

§ 3. Die für die Aufstellung der Verbände bestimmten Kontingente werden von den Mitgliedstaaten gemäß einem zwischen den Regierungen vereinbarten Aufstellungsplan zur Verfügung gestellt. Dieser Plan kann nach Maßgabe des Artikels 44 geändert werden.

Artikel 16

Die Heimatverteidigung der Gebiete der Mitgliedstaaten gegen Angriffe jeder Art mit militärischen Zielen, die durch einen äußeren Feind hervorgerufen oder ausgeführt werden, erfolgt durch national-geschlossene Einheiten europäischer Rechtsstellung; diese sind in jedem Mitgliedstaat für die Verteidigung seines Gebietes besonders aufgebaut und ausgerüstet; für ihren Einsatz sind die in Artikel 18 vorgesehenen Behörden zuständig.

Artikel 17

Jeder Mitgliedstaat stellt den Schutz der Zivilbevölkerung sicher.

Artikel 18

§ 1. Der zuständige Oberbefehlshaber der Nordatlantikpakt-Organisation kann sich, vorbehaltlich des in § 3 genannten Falles, vergewissern, daß die Europäischen Verteidigungsstreitkräfte zufriedenstellend aufgebaut, ausgerüstet, ausgebildet und einsatzbereit gemacht werden.

Sobald die Europäischen Verteidigungsstreitkräfte einsatzbereit sind, stehen sie, vorbehaltlich des genannten Sonderfalles, dem Oberbefehlshaber der Nordatlantikpakt-Organisation zur Verfügung; dieser hat ihnen gegenüber die Befugnisse und Pflichten, die sich aus seiner Stellung ergeben. Er teilt insbesondere der Gemeinschaft seine Bedürfnisse hinsichtlich der Gliederung und Aufteilung der Streitkräfte mit; die entsprechenden Pläne werden gemäß Artikel 77 durchgeführt.

Die Europäischen Verteidigungsstreitkräfte erhalten von den zuständigen Stellen der Nordatlantikpakt-Organisation im Rahmen der militärischen Zuständigkeit dieser Stellen technische Anweisungen.

§ 2. Im Krieg hat der zuständige Oberbefehlshaber der Nordatlantikpakt-Organisation gegenüber den bezeichneten Streitkräften die volle Gewalt und Verantwortung, die sich aus seiner Stellung als Oberbefehlshaber ergibt.

§ 3. Für die in der Heimatverteidigung und küstennahen Seeverteidigung der Mitgliedstaaten eingesetzten Europäischen Verteidigungsstreitkräfte werden die für Führung und Einsatz verantwortlichen Stellen entweder durch Abkommen im Rahmen der Nordatlantikpakt-Organisation oder durch Vereinbarung zwischen der Nordatlantikpakt-Organisation und der Gemeinschaft bestimmt.

§ 4. Erlischt der Nordatlantikpakt vor diesem Vertrag, so vereinbaren die Mitgliedstaaten die Stelle der Führung und Einsatz der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte anvertraut werden.

TITEL II

Die Organe der Gemeinschaft

ERSTES KAPITEL

Das Kommissariat

Artikel 19

Das Kommissariat hat nach Maßgabe dieses Vertrages Handlungs- und Aufsichtsbefugnisse zur Erfüllung der Aufgaben, die ihm nach dem Vertrag obliegen.

Article 19 bis

Le Commissariat entre en fonctions dès la nomination de ses membres.

Article 20

§ 1. Le Commissariat est composé de neuf membres nommés pour six ans et choisis en raison de leur compétence générale.

Seuls les nationaux des États membres peuvent être membres du Commissariat. Celui-ci ne peut comprendre plus de deux membres ayant la nationalité d'un même État.

Les membres sortants peuvent être nommés de nouveau.

Le nombre des membres du Commissariat peut être réduit par décision du Conseil statuant à l'unanimité.

§ 2. Dans l'accomplissement de leurs devoirs, les membres du Commissariat ne sollicitent ni n'acceptent d'instructions d'aucun Gouvernement. Ils s'abstiennent de tout acte incompatible avec le caractère supranational de leurs fonctions.

Chaque État membre s'engage à respecter ce caractère supranational et à ne pas chercher à influencer les membres du Commissariat dans l'exécution de leur tâche.

Les membres du Commissariat ne peuvent, pendant la durée de leurs fonctions, exercer aucune autre activité professionnelle.

Pendant une durée de trois années à partir de la cessation desdites fonctions, aucun ancien membre du Commissariat ne peut exercer une activité professionnelle que la Cour, saisie par lui ou par le Conseil, jugerait, en raison de sa connexité avec ces fonctions, incompatible avec les obligations découlant de celles-ci. En cas d'infraction à cette disposition, la Cour peut prononcer la déchéance du droit à pension de l'intéressé.

Article 21

§ 1. Les membres du Commissariat sont nommés d'un commun accord par les Gouvernements des États membres.

§ 2. Les membres nommés pour la première fois après l'entrée en vigueur du présent Traité demeurent en fonctions pendant une période de trois ans à dater de leur nomination.

Au cas où, pendant cette première période, une vacance se produit pour l'une des causes prévues à l'article 22 ci-après, cette vacance est comblée dans les conditions prévues au paragraphe 1 du présent article.

La même procédure s'applique au renouvellement général rendu nécessaire en cas d'application de l'article 36, § 2 ci-après.

§ 3. A l'expiration de la période initiale de trois ans, un renouvellement général a lieu.

§ 4. Le renouvellement partiel des membres du Commissariat a lieu ensuite par tiers tous les deux ans.

Aussitôt après le renouvellement général prévu au paragraphe 3 du présent article, il sera procédé par le Conseil à un tirage au sort pour désigner les membres dont le mandat viendra à expiration respectivement à la fin de la première et de la deuxième période de deux ans.

§ 5. Au cas où les membres du Commissariat abandonnent leurs fonctions par application de l'article 36, § 2 ci-après, les dispositions des paragraphes 3 et 4 du présent article sont applicables.

Article 22

En dehors des renouvellements réguliers, les fonctions des membres du Commissariat prennent fin individuellement par décès ou démission volontaire ou d'office.

Artikel 19a

Das Kommissariat nimmt seine Tätigkeit auf, sobald seine Mitglieder ernannt sind.

Artikel 20

§ 1. Das Kommissariat besteht aus neun Mitgliedern. Sie werden für sechs Jahre ernannt und auf Grund ihrer allgemeinen Befähigung ausgewählt.

Nur Staatsangehörige der Mitgliedstaaten können Mitglieder des Kommissariates werden. Ihm dürfen nicht mehr als zwei Mitglieder derselben Staatsangehörigkeit angehören.

Ausscheidende Mitglieder können wiederernannt werden.

Die Zahl der Mitglieder des Kommissariates kann durch einstimmige Entscheidung des Rates herabgesetzt werden.

§ 2. Die Mitglieder des Kommissariates dürfen bei der Erfüllung ihrer Pflichten weder Anweisungen von einer Regierung einholen, noch solche Anweisungen entgegennehmen. Sie haben jede Handlung zu unterlassen, die mit dem überstaatlichen Charakter ihrer Tätigkeit unvereinbar ist.

Jeder Mitgliedstaat verpflichtet sich, diesen überstaatlichen Charakter zu achten und nicht zu versuchen, die Mitglieder des Kommissariates bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu beeinflussen.

Die Mitglieder des Kommissariates dürfen während ihrer Amtszeit keine weitere berufliche Tätigkeit ausüben.

Innerhalb von drei Jahren nach Amtsbeendigung darf kein ehemaliges Mitglied des Kommissariates eine berufliche Tätigkeit ausüben, die wegen ihres engen Zusammenhanges mit dieser Amtstätigkeit nach dem Urteil des von ihm oder vom Rat angerufenen Gerichtshofes unvereinbar mit den sich hieraus ergebenden Verpflichtungen ist. Bei Zuwiderhandlung gegen diese Vorschrift kann der Gerichtshof dem Betroffenen seine Ruhegehaltsansprüche aberkennen.

Artikel 21

§ 1. Die Mitglieder des Kommissariates werden von den Regierungen der Mitgliedstaaten gemeinsam ernannt.

§ 2. Die nach Inkrafttreten dieses Vertrages zum erstenmal ernannten Mitglieder bleiben von ihrer Ernennung an drei Jahre lang im Amt.

Wird während dieses ersten Zeitabschnittes aus einem der in Artikel 22 vorgesehenen Gründe ein Sitz frei, so wird er nach Maßgabe des § 1 neu besetzt.

Wird im Fall der Anwendung des Artikels 36 § 2 eine allgemeine Neubesetzung erforderlich, so wird das gleiche Verfahren angewandt.

§ 3. Nach Ablauf der dreijährigen Anlaufzeit findet eine allgemeine Neubesetzung statt.

§ 4. In der Folgezeit wird alle zwei Jahre ein Drittel der Mitglieder des Kommissariates neu bestellt.

Sofort nach der in § 3 vorgesehenen allgemeinen Neubesetzung bestimmt der Rat durch das Los diejenigen Mitglieder, deren Mandat mit Beendigung der ersten und der zweiten Zweijahresperiode erlischt.

§ 5. Falls die Mitglieder des Kommissariates nach Artikel 36 § 2 von ihren Ämtern zurücktreten, finden die Vorschriften der §§ 3 und 4 dieses Artikels Anwendung.

Artikel 22

Abgesehen von den regelmäßigen Neubesetzungen endet das Amt eines Mitglieds des Kommissariates durch Tod, freiwilligen Rücktritt oder Amtsenthebung.

L'intéressé est remplacé, pour la durée du mandat restant à courir, dans les conditions prévues à l'article 21 ci-dessus. Il n'y a pas lieu à remplacement si la durée du mandat restant à courir est inférieure à trois mois.

Das ausscheidende Mitglied wird für den Rest seiner Amtszeit nach Artikel 21 ersetzt. Eine Ersetzung findet nicht statt, wenn die verbleibende Amtszeit weniger als drei Monate beträgt.

Article 23

Tout membre du Commissariat, s'il ne remplit plus les conditions nécessaires à l'exercice de ses fonctions ou s'il a commis une faute grave, peut être déclaré démissionnaire d'office par la Cour, à la requête du Conseil ou du Commissariat.

En pareil cas, le Conseil, statuant à l'unanimité, peut, à titre provisoire, le suspendre de ses fonctions et pourvoir à son remplacement jusqu'au moment où la Cour se sera prononcée.

Artikel 23

Jedes Mitglied des Kommissariates, das die Voraussetzungen für die Ausübung seines Amtes nicht mehr erfüllt oder eine schwere Verfehlung begangen hat, kann auf Antrag des Rates oder des Kommissariates durch den Gerichtshof seines Amtes enthoben werden.

In einem solchen Fall kann der Rat durch einstimmigen Beschluß dieses Mitglied seines Amtes vorläufig entheben und für seinen Ersatz sorgen, bis eine Entscheidung des Gerichtshofs vorliegt.

Article 24

§ 1. Les délibérations du Commissariat sont acquises à la majorité des membres présents. En cas de partage égal des voix, celle du Président est prépondérante. Toutefois, aucune délibération n'est acquise si elle n'a recueilli au moins quatre voix.

§ 2. Le règlement intérieur fixe le quorum. Celui-ci doit être au moins de cinq.

§ 3. Le Conseil, s'il décide, dans les conditions prévues à l'article 20, § 1, de réduire le nombre des membres du Commissariat, apporte, dans les mêmes conditions, aux chiffres fixés aux deux paragraphes précédents, les adaptations nécessaires.

Artikel 24

§ 1. Die Beschlüsse des Kommissariates werden mit Mehrheit der anwesenden Mitglieder gefaßt. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Präsidenten. Doch kommt kein Beschluß zustande, wenn nicht mindestens vier Stimmen für ihn abgegeben sind.

§ 2. Die Geschäftsordnung legt die Beschlußfähigkeit fest. Diese kann erst bei einer Anwesenheit von fünf Mitgliedern eintreten.

§ 3. Beschließt der Rat, gemäß Artikel 20 § 1 die Zahl der Mitglieder des Kommissariates herabzusetzen, so sorgt er unter denselben Bedingungen für die nötigen Angleichungen der in den beiden vorhergehenden Absätzen festgelegten Zahlen.

Article 25

§ 1. Les Gouvernements des États membres nomment d'un commun accord le Président du Commissariat parmi les membres de celui-ci.

Le Président est désigné pour quatre ans. Son mandat peut être renouvelé. Il prend fin dans les mêmes conditions que celui des membres du Commissariat.

§ 2. Le Président est exclu de toute opération de tirage au sort qui pourrait avoir pour effet d'abréger la durée de son mandat de Président par la perte de qualité de membre du Commissariat.

Lorsque le Président est choisi parmi les membres déjà en fonctions du Commissariat, la durée de son mandat de membre du Commissariat est prorogée jusqu'à l'expiration de la durée de son mandat de Président.

§ 3. Sauf dans le cas d'un renouvellement général, la désignation est faite après consultation des membres du Commissariat.

Artikel 25

§ 1. Die Regierungen der Mitgliedstaaten ernennen gemeinsam den Präsidenten des Kommissariates aus der Mitte seiner Mitglieder.

Der Präsident wird für die Dauer von vier Jahren ernannt. Er kann wiedergewählt werden. Sein Amt endet in gleicher Weise wie das der Mitglieder des Kommissariates.

§ 2. Der Präsident ist von jeder Auslosung ausgeschlossen, die zum Verlust seiner Mitgliedschaft im Kommissariat und dadurch zu einer Verkürzung der Dauer seines Präsidentenamtes führen könnte.

Wird der Präsident aus der Mitte der bereits amtierenden Mitglieder des Kommissariates gewählt, so verlängert sich seine Amtszeit als Mitglied des Kommissariates bis zum Ablauf seines Präsidentenamtes.

§ 3. Außer im Falle einer allgemeinen Neubesetzung erfolgt die Ernennung nach Anhörung der Mitglieder des Kommissariates.

Article 25 bis

Pour la première fois, le mandat du Président expire à la fin d'une période de trois ans.

Artikel 25a

Das Amt des ersten Präsidenten endet nach Ablauf von drei Jahren.

Article 26

§ 1. Le Commissariat établit un règlement général d'organisation, qui détermine notamment:

a. sur la base du principe de la collégialité, les catégories de décisions qui devront être prises collectivement par le Commissariat et celles qui pourront être déléguées à des membres du Commissariat agissant individuellement selon leurs compétences respectives;

b. une répartition des tâches du Commissariat qui tienne compte de la nécessité d'une structure stable, tout en ménageant la possibilité des adaptations que l'expérience ferait apparaître nécessaires; cette répartition ne correspondra pas obligatoirement au nombre des membres du Commissariat.

Artikel 26

§ 1. Das Kommissariat erläßt eine allgemeine Organisationsordnung. Diese bestimmt insbesondere:

a) welche Arten von Entscheidungen entsprechend dem Kollegialitätsgrundsatz vom Kommissariat gemeinsam zu treffen sind und welche Arten den Mitgliedern des Kommissariates zur Einzelentscheidung im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeit übertragen werden können;

b) wie die Aufgaben des Kommissariates derart zu verteilen sind, daß der Notwendigkeit eines dauerhaften Aufbaus Rechnung getragen wird, zugleich aber die Möglichkeit offen bleibt, die aus der praktischen Erfahrung sich als notwendig ergebenden Anpassungen vorzunehmen; diese Verteilung braucht nicht der Mitgliederzahl des Kommissariates zu entsprechen.

§ 2. Dans le cadre de ce règlement:

a. le Commissariat détermine les attributions respectives de ses membres;

b. le Président:

— coordonne l'exercice de ces attributions;

— assure l'exécution des délibérations;

— est chargé de l'administration des services.

Dans les cas et les conditions prévus à l'article 123 ci-après, le Président peut être temporairement investi de pouvoirs spéciaux.

Article 27

Pour exercer ses pouvoirs, le Commissariat prend des décisions, formule des recommandations et émet des avis.

Les décisions sont obligatoires en tous leurs éléments.

Les recommandations comportent obligation quant aux buts qu'elles assignent, mais laissent à ceux à qui elles sont adressées le choix des moyens propres à atteindre ces buts.

Les avis ne lient pas.

Lorsque le Commissariat est habilité à prendre une décision, il peut se borner à formuler une recommandation.

Article 28

Toutes les décisions et recommandations, tous les avis du Commissariat sont publiés ou notifiés selon les modalités établies par le Conseil.

Les décisions, recommandations ou avis du Commissariat destinés au Gouvernement d'un État membre sont adressés à l'autorité désignée à cet effet par ledit État.

Article 29

Le Commissariat fait rapport au Conseil à intervalles périodiques.

Il fournit au Conseil les renseignements qui lui sont demandés par celui-ci et procède aux études dont il est chargé par lui.

Le Commissariat et le Conseil procèdent à des échanges d'informations et à des consultations réciproques.

Article 30

Le Commissariat dispose du personnel civil et militaire nécessaire pour lui permettre d'assurer toutes les tâches qui lui sont dévolues par le présent Traité.

Les Services qu'il constitue à cette fin, tant civils que militaires, dépendent de lui au même titre et sur le même plan.

Article 31

§ 1. Les grades supérieurs à ceux de Commandant d'Unité de base de nationalité homogène sont conférés par décision du Commissariat, sur avis conforme du Conseil statuant à l'unanimité.

§ 2. A titre provisoire, les grades, dans les unités de nationalité homogène des Forces européennes de défense, et tous autres grades, sont conférés, au choix de chaque État membre:

— soit par les autorités nationales appropriées, sur proposition du Commissariat;

— soit par le Commissariat, sur proposition des échelons hiérarchiques intéressés, après consultation d'autorités nationales.

§ 3. a. Les emplois de Commandant d'Unité de base, d'officier général ayant autorité sur des éléments de différentes nationalités, et certains postes élevés du Commissariat déterminés par le Conseil, sont conférés par le Commissariat, sur avis conforme du Conseil statuant à l'unanimité.

§ 2. Im Rahmen dieser Organisationsordnung werden Kommissariat und Präsident wie folgt tätig:

a) das Kommissariat bestimmt die Befugnisse seiner Mitglieder;

b) der Präsident

— stimmt die Ausübung dieser Befugnisse untereinander ab,

— sorgt für die Durchführung der Beschlüsse,

— nimmt die Verwaltung der Dienststellen wahr.

Nach Maßgabe des Artikels 123 können dem Präsidenten vorübergehend Sonderbefugnisse übertragen werden.

Artikel 27

Zur Ausübung seiner Befugnisse erläßt das Kommissariat Entscheidungen, spricht Empfehlungen aus und gibt Stellungnahmen ab.

Die Entscheidungen sind in allen ihren Teilen verbindlich.

Die Empfehlungen sind hinsichtlich der von ihnen bestimmten Ziele verbindlich, lassen jedoch denen, an die sie gerichtet sind, die Wahl der für die Erreichung dieser Ziele geeigneten Mittel.

Die Stellungnahmen sind nicht verbindlich.

Ist das Kommissariat befugt, eine Entscheidung zu erlassen, so kann es sich darauf beschränken, eine Empfehlung auszusprechen.

Artikel 28

Alle Entscheidungen und Empfehlungen sowie alle Stellungnahmen des Kommissariates werden in der vom Rat beschlossenen Art und Weise veröffentlicht oder zugestellt.

Die für die Regierung eines Mitgliedstaates bestimmten Entscheidungen, Empfehlungen oder Stellungnahmen des Kommissariates sind an die von diesem Staat hierfür bestimmte Behörde zu richten.

Artikel 29

Das Kommissariat erstattet dem Rat regelmäßig Bericht.

Es erteilt dem Rat die von ihm angeforderten Auskünfte und nimmt die Untersuchungen vor, mit denen es von ihm beauftragt wird.

Kommissariat und Rat unterrichten und beraten einander.

Artikel 30

Das Kommissariat verfügt über das erforderliche Zivil- und Militärpersonal zur Durchführung aller ihm durch diesen Vertrag übertragenen Aufgaben.

Die zivilen und militärischen Dienststellen, die es hierfür einrichtet, sind einander gleichgeordnet.

Artikel 31

§ 1. Die Dienstgrade oberhalb des Kommandeures einer national-geschlossenen Grundeinheit werden durch Entscheidung des Kommissariates mit einstimmiger Zustimmung des Rates verliehen.

§ 2. Vorläufig werden die Dienstgrade in den national-geschlossenen Einheiten der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte und alle andern Dienstgrade nach Wahl der einzelnen Mitgliedstaaten

— entweder auf Vorschlag des Kommissariates von den zuständigen nationalen Behörden,

— oder auf Vorschlag der vorgesetzten Dienststellen nach Anhörung nationaler Behörden vom Kommissariat verliehen.

§ 3. a) Die Dienststellung des Kommandeures einer Grundeinheit, eines Generales, der Befehlsgewalt über Verbände verschiedener Staatsangehörigkeit hat, sowie vom Rat bestimmte hohe Stellen im Kommissariat werden vom Kommissariat mit einstimmiger Zustimmung des Rates verliehen.

b. Tous les autres emplois militaires sont conférés par décisions du Commissariat, compte tenu des propositions des échelons hiérarchiques intéressés.

§ 4. En ce qui concerne les emplois civils, les chefs de service directement responsables envers le Commissariat sont nommés par celui-ci, sur avis conforme du Conseil statuant à l'unanimité.

Article 32

Le Commissariat assure toutes liaisons utiles avec les États membres, avec les États tiers et, d'une manière générale, avec toutes organisations internationales dont le concours s'avérerait nécessaire pour atteindre les buts du présent Traité.

CHAPITRE II

L'Assemblée

Article 33

§ 1. L'Assemblée de la Communauté européenne de défense est l'Assemblée prévue aux articles 20 et 21 du Traité du 18 avril 1951 instituant la Communauté européenne du charbon et de l'acier, complétée, en ce qui concerne respectivement la République Fédérale d'Allemagne, la France et l'Italie, par trois délégués, qui sont élus dans les mêmes conditions et pour la même durée que les autres délégués et dont le premier mandat prend fin à la même date que celui de ces derniers.

L'Assemblée ainsi complétée exerce les compétences qui lui sont conférées par le présent Traité. Si elle le juge nécessaire, elle peut élire son Président et son bureau et arrêter son règlement intérieur.

§ 2. Si la Conférence visée au dernier alinéa de l'article 38 ci-après n'est pas parvenue à un accord dans un délai d'un an à dater de sa convocation, il sera, sans attendre la fin de ses travaux, procédé, du commun accord des États membres, à une revision des dispositions du paragraphe 1 du présent article.

Article 34

L'Assemblée tient une session annuelle. Elle se réunit de plein droit le dernier mardi d'octobre. La durée de cette session ne peut excéder un mois.

L'Assemblée peut être convoquée en session extraordinaire à la demande du Commissariat, du Conseil, du Président de l'Assemblée ou de la majorité de ses membres ou, dans le cas visé à l'article 46 ci-après, à la demande d'un État membre.

Article 34 bis

L'Assemblée se réunit un mois après la date d'entrée en fonctions du Commissariat, sur convocation de celui-ci. Les dispositions de l'article 34 relatives à la durée de la session ordinaire de l'Assemblée ne s'appliquent pas à sa première session.

L'Assemblée peut, dès sa réunion, exercer les attributions qui lui sont dévolues par le présent Traité, à l'exception du vote de la motion de censure prévue à l'article 36, § 2 ci-après, qui ne pourra intervenir qu'à partir de l'expiration d'un délai d'un an à compter de la date d'entrée en fonctions du Commissariat.

Article 35

Les membres du Commissariat peuvent assister à toutes les séances de l'Assemblée. Le Président ou les membres du Commissariat désignés par ce dernier sont entendus sur leur demande. Le Commissariat répond, oralement ou par écrit, aux questions qui lui sont posées par l'Assemblée ou par ses membres.

Les membres du Conseil peuvent également assister à toutes les séances et sont entendus sur leur demande.

b) Alle anderen militärischen Dienststellungen werden durch Entscheidung des Kommissariates besetzt; es berücksichtigt hierbei die Vorschläge der vorgesetzten Dienststellen.

§ 4. Von den zivilen Dienststellungen werden die dem Kommissariat unmittelbar verantwortlichen Dienststellenleiter vom Kommissariat mit einstimmiger Zustimmung des Rates ernannt.

Artikel 32

Das Kommissariat stellt alle zweckdienlichen Verbindungen zu den Mitgliedstaaten, dritten Staaten und allgemein zu allen internationalen Organisationen her, deren Mitwirkung sich zur Erreichung der Ziele dieses Vertrages als notwendig erweisen sollte.

KAPITEL II

Die Versammlung

Artikel 33

§ 1. Die Versammlung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft ist die in Artikel 20 und 21 des Vertrages über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vom 18. April 1951 vorgesehene Versammlung; sie wird durch je drei Abgeordnete der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs und Italiens ergänzt; diese werden in der gleichen Weise und für die gleiche Dauer wie die anderen Abgeordneten gewählt, und ihre erste Amtszeit endet zur gleichen Zeit wie die der anderen Abgeordneten.

Die so ergänzte Versammlung übt die Befugnisse aus, die dieser Vertrag überträgt. Sie kann, falls sie es für erforderlich hält, ihren Präsidenten und ihr Büro wählen und sich eine Geschäftsordnung geben.

§ 2. Gelangt die im Artikel 38 § 2 bezeichnete Konferenz innerhalb eines Jahres nach ihrer Einberufung zu keinem Übereinkommen, so werden die Vorschriften des § 1 noch vor Beendigung der Arbeiten der Versammlung von den Mitgliedstaaten gemeinsam überprüft.

Artikel 34

Die Versammlung hält jährlich eine Sitzungsperiode ab. Sie tritt, ohne daß es einer Einberufung bedarf, am letzten Dienstag des Monats Oktober zusammen. Die Dauer dieser Sitzungsperiode darf einen Monat nicht überschreiten

Die Versammlung kann auf Antrag des Kommissariates, des Rates, des Präsidenten der Versammlung oder der Mehrheit ihrer Mitglieder oder in dem in Artikel 46 bezeichneten Falle auf Antrag eines Mitgliedstaates zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen werden.

Artikel 34a

Die Versammlung tritt einen Monat nach dem Beginn der Tätigkeit des Kommissariates auf dessen Einberufung hin zusammen. Die Vorschriften des Artikels 34 über die Dauer der ordentlichen Sitzungsperiode der Versammlung finden auf die erste Sitzungsperiode keine Anwendung.

Die Versammlung kann von ihrem Zusammentritt an die ihr durch diesen Vertrag übertragenen Befugnisse ausüben, mit Ausnahme des in Artikel 36 § 2 vorgesehenen Mißtrauensvotums, das nicht vor Ablauf eines Jahres nach Beginn der Tätigkeit des Kommissariates erfolgen kann.

Artikel 35

Die Mitglieder des Kommissariates können an allen Sitzungen der Versammlung teilnehmen. Der Präsident oder die vom Kommissariat aus seiner Mitte bestimmten Mitglieder sind auf ihren Antrag zu hören. Das Kommissariat antwortet mündlich oder schriftlich auf die ihm von der Versammlung oder deren Mitgliedern gestellten Fragen.

Die Mitglieder des Rates können ebenfalls an allen Sitzungen teilnehmen und sind auf ihren Antrag zu hören.

Article 36

§ 1. Le Commissariat présente chaque année à l'Assemblée, un mois avant l'ouverture de la session ordinaire, un rapport général sur son activité. L'Assemblée discute ce rapport, peut formuler des observations, exprimer des vœux et des suggestions.

§ 2. L'Assemblée, si elle est saisie d'une motion de censure sur la gestion du Commissariat, ne peut se prononcer sur ladite motion que trois jours au moins après son dépôt et par scrutin public.

Si la motion de censure est adoptée à une majorité des deux tiers des voix exprimées et à la majorité des membres qui composent l'Assemblée, les membres du Commissariat doivent abandonner collectivement leurs fonctions. Ils continuent à expédier les affaires courantes jusqu'à ce qu'il ait été pourvu à leur remplacement, dans les conditions prévues à l'article 21 ci-dessus.

Article 37

Le règlement intérieur de l'Assemblée est arrêté à la majorité des membres qui la composent.

Les actes de l'Assemblée sont publiés dans les cas et les conditions fixés par elle.

Article 38

§ 1. Dans le délai prévu au deuxième paragraphe du présent article, l'Assemblée étudie.

a. la constitution d'une Assemblée de la Communauté européenne de défense, élue sur une base démocratique;

b. les pouvoirs qui seraient dévolus à une telle Assemblée;

c. les modifications qui devraient éventuellement être apportées aux dispositions du présent Traité relatives aux autres institutions de la Communauté, notamment en vue de sauvegarder une représentation appropriée des États.

Dans ses études, l'Assemblée s'inspirera notamment des principes suivants:

— l'organisation de caractère définitif qui se substituera à la présente organisation provisoire devra être conçue de manière à pouvoir constituer un des éléments d'une structure fédérale ou confédérale ultérieure, fondée sur le principe de la séparation des pouvoirs et comportant, en particulier, un système représentatif bicaméral;

— l'Assemblée étudiera également les problèmes résultant de la coexistence de différents organismes de coopération européenne déjà créés ou qui viendraient à l'être, afin d'en assurer la coordination dans le cadre de la structure fédérale ou confédérale.

§ 2. Les propositions de l'Assemblée seront soumises au Conseil dans un délai de six mois à dater de l'entrée en fonctions de l'Assemblée. Avec l'avis du Conseil, ces propositions seront ensuite transmises par le Président de l'Assemblée aux Gouvernements des États membres, qui, dans un délai de trois mois à compter de la date à laquelle ils en auront été saisis, convoqueront une Conférence chargée d'examiner lesdites propositions.

CHAPITRE III

Le Conseil

Article 39

§ 1. Le Conseil a pour mission générale d'harmoniser l'action du Commissariat et la politique des Gouvernements des États membres

§ 2. Le Conseil peut formuler, dans le cadre du présent Traité, des directives pour l'action du Commissariat.

Ces directives sont formulées à l'unanimité.

Artikel 36

§ 1. Das Kommissariat legt der Versammlung jedes Jahr einen Monat vor Beginn der ordentlichen Sitzung einen Gesamtbericht über seine Tätigkeit vor. Die Versammlung erörtert diesen Bericht; sie kann hierzu Stellung nehmen und Wünsche und Anregungen aussprechen.

§ 2. Wird auf Grund der Amtsführung des Kommissariates ein Mißtrauensantrag eingebracht, so darf die Versammlung über diesen Antrag nicht vor Ablauf von mindestens drei Tagen nach seiner Einbringung und nur in offener Abstimmung entscheiden.

Wird der Mißtrauensantrag mit Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen und mit der Mehrheit der Stimmen aller Mitglieder der Versammlung angenommen, so müssen die Mitglieder des Kommissariates geschlossen zurücktreten. Sie führen die laufenden Geschäfte bis zu ihrer Ablösung gemäß Artikel 21 weiter.

Artikel 37

Die Geschäftsordnung der Versammlung wird mit Stimmenmehrheit ihrer Mitglieder aufgestellt.

Die Verhandlungen der Versammlungen werden in der von ihr bestimmten Weise veröffentlicht.

Artikel 38

§ 1. Innerhalb der in § 2 dieses Artikels vorgesehenen Fristen untersucht die Versammlung

a) die Bildung einer Versammlung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft durch Wahl auf demokratischer Grundlage;

b) die Befugnisse, die einer solchen Versammlung zu übertragen wären;

c) die Änderungen, die gegebenenfalls an den Vorschriften dieses Vertrages über die übrigen Organe der Gemeinschaft vorgenommen werden müßten, insbesondere, um eine angemessene Vertretung der Staaten sicherzustellen.

Bei ihren Untersuchungen hat sich die Versammlung insbesondere von nachstehenden Grundsätzen leiten zu lassen:

— Die endgültige Organisation, die an die Stelle der vorläufigen Organisation treten wird, soll so beschaffen sein, daß sie den Bestandteil eines späteren bundesstaatlichen oder staatenbündischen Gemeinwesens bilden kann, das auf dem Grundsatz der Gewaltenteilung beruhen und insbesondere über ein Zweikammersystem verfügen soll.

— Die Versammlung hat ferner die Fragen zu prüfen, die sich aus dem Nebeneinander verschiedener, bereits vorhandener oder zu schaffender Organisationen für europäische Zusammenarbeit ergeben, um deren Zusammenfassung im Rahmen des bundesstaatlichen oder staatenbündischen Ausbaus sicherzustellen.

§ 2. Die Vorschläge der Versammlung sind dem Rat binnen sechs Monaten nach Aufnahme ihrer Tätigkeit vorzulegen. Diese Vorschläge sind sodann mit der Stellungnahme des Rates vom Präsidenten der Versammlung den Regierungen der Mitgliedstaaten zuzuleiten; diese haben binnen drei Monaten eine Konferenz zur Prüfung der Vorschläge einzuberufen.

KAPITEL III

Der Rat

Artikel 39

§ 1. Der Rat hat die allgemeine Aufgabe, die Tätigkeit des Kommissariates und die Politik der Regierungen der Mitgliedstaaten miteinander in Einklang zu bringen.

§ 2. Der Rat kann im Rahmen dieses Vertrages Richtlinien für die Tätigkeit des Kommissariates erlassen.

Diese Richtlinien werden einstimmig beschlossen.

En ce qui concerne les matières qui n'ont pas donné lieu, de la part du Conseil, à des directives, le Commissariat peut agir, en vue d'assurer la réalisation des objets fixés par le présent Traité, dans les conditions prévues par celui-ci.

§ 3. Conformément aux dispositions du présent Traité, le Conseil:

a. prend des décisions;

b. émet les avis conformes que le Commissariat est tenu d'obtenir avant de prendre une décision ou de formuler une recommandation.

§ 4. Sauf dispositions contraires du présent Traité, les décisions du Conseil sont prises et ses avis émis à la majorité simple.

§ 5. Lorsque le Conseil est consulté par le Commissariat, il délibère sans procéder nécessairement à un vote. Les procès-verbaux des délibérations sont transmis au Commissariat.

In allen Fragen, für die der Rat keine Richtlinien erteilt hat, kann das Kommissariat zur Verwirklichung der im Vertrag festgelegten Ziele nach Maßgabe dieses Vertrages tätig werden.

§ 3. Gemäß den Vorschriften dieses Vertrages

a) erläßt der Rat Entscheidungen,

b) erteilt der Rat Zustimmungen, die das Kommissariat einholen muß, bevor es Entscheidungen erläßt oder Empfehlungen ausspricht.

§ 4. Sofern dieser Vertrag nichts anderes bestimmt, hat der Rat mit einfacher Mehrheit seine Entscheidungen zu treffen und seine Stellungnahmen abzugeben.

§ 5. Bei Anhörung des Rates durch das Kommissariat berät der Rat, ohne notwendigerweise eine Abstimmung vorzunehmen. Die Beratungsniederschriften werden dem Kommissariat übermittelt.

Article 40

Le Conseil est formé par les représentants des États membres.

Chaque État membre y délègue un membre de son Gouvernement, qui peut se faire représenter par un Suppléant.

Le Conseil est organisé de manière à pouvoir exercer ses fonctions à tout instant. A cet effet, chaque État membre doit avoir en tout temps un représentant en mesure de participer, sans délai, aux délibérations du Conseil.

La présidence est exercée, à tour de rôle, par chaque membre du Conseil, pour une durée de trois mois, suivant l'ordre alphabétique des États membres.

Artikel 40

Der Rat besteht aus den Vertretern der Mitgliedstaaten.

Jeder Staat entsendet ein Mitglied seiner Regierung; dieses kann sich durch einen Stellvertreter vertreten lassen.

Der Rat ist so einzurichten, daß er jederzeit tätig werden kann. Zu diesem Zweck muß jeder Mitgliedstaat ständig einen Vertreter haben, der in der Lage ist, unverzüglich an den Beratungen des Rates teilzunehmen.

Die Präsidentschaft wird von den Mitgliedern des Rates nacheinander in alphabetischer Reihenfolge der Mitgliedstaaten für je drei Monate wahrgenommen.

Article 41

Le Conseil se réunit aussi souvent qu'il est nécessaire et au moins tous les trois mois. Il est réuni sur convocation de son Président, à l'initiative de celui-ci ou à celle d'un de ses membres ou du Commissariat.

Artikel 41

Der Rat tritt so oft wie nötig, mindestens aber alle drei Monate zusammen. Er wird durch seinen Präsidenten entweder aus eigenem Entschluß oder auf Antrag eines seiner Mitglieder oder des Kommissariates einberufen.

Article 41 bis

Le Conseil se réunit dès l'entrée en vigueur du présent Traité.

Artikel 41a

Der Rat tritt sofort nach Inkrafttreten des Vertrages zusammen.

Article 42

En cas de vote, chaque membre du Conseil peut recevoir délégation d'un seul des autres membres.

Artikel 42

Bei Abstimmung kann jedes Mitglied des Rates von einem einzigen der anderen Mitglieder zur Ausübung dessen Stimmrechts ermächtigt werden.

Article 43

§ 1. Dans les cas où le présent Traité requiert un avis conforme ou une décision du Conseil à la majorité simple, l'avis ou la décision sont acquis s'ils recueillent:

— soit les voix de la majorité absolue des représentants des États membres;

— soit, en cas de partage égal des voix, celles des représentants d'États membres mettant ensemble à la disposition de la Communauté au moins les deux tiers du total des contributions des États membres.

§ 2. Dans les cas où le présent Traité requiert un avis conforme ou une décision du Conseil à une majorité qualifiée, l'avis ou la décision sont acquis:

— soit à la majorité ainsi déterminée, si cette majorité comprend les voix des représentants d'États membres mettant ensemble à la disposition de la Communauté au moins les deux tiers du total des contributions des États membres;

— soit s'ils recueillent les voix des représentants de cinq États membres.

Artikel 43

§ 1. Soweit dieser Vertrag eine mit einfacher Mehrheit zu beschließende Zustimmung oder Entscheidung des Rates vorsieht, ist diese Zustimmung oder Entscheidung zustande gekommen, wenn ihr zustimmen

— die absolute Mehrheit der Vertreter der Mitgliedstaaten,

— bei Stimmengleichheit die Vertreter derjenigen Mitgliedstaaten, die der Gemeinschaft zusammen mindestens zwei Drittel der gesamten Beiträge der Mitgliedstaaten zur Verfügung stellen.

§ 2. Soweit dieser Vertrag eine mit qualifizierter Mehrheit zu beschließende Zustimmung oder Entscheidung des Rates vorsieht, ist diese Zustimmung oder Entscheidung zustande gekommen

— mit der entsprechend bezeichneten Mehrheit, wenn in ihr die Stimmen der Vertreter derjenigen Mitgliedstaaten enthalten sind, die der Gemeinschaft zusammen mindestens zwei Drittel der gesamten Beiträge der Mitgliedstaaten zur Verfügung stellen;

— wenn die Vertreter von fünf Mitgliedstaaten für sie stimmen.

§ 3. Dans les cas où le présent Traité requiert un avis conforme ou une décision du Conseil à l'unanimité, l'avis ou la décision sont acquis s'ils recueillent les voix de tous les membres présents ou représentés au Conseil, les abstentions ne faisant pas obstacle à l'adoption de l'avis ou de la décision.

§ 4. Dans les paragraphes 1 et 2 du présent article, le mot «contributions» s'entend de la moyenne entre le pourcentage des contributions financières effectivement versées pendant l'exercice antérieur et le pourcentage des effectifs composant les Forces européennes de défense au premier jour du semestre en cours.

Article 43 bis

§ 1. Pour l'application du paragraphe 4 de l'article 43 ci-dessus et jusqu'à la date fixée pour l'exécution du plan de mise sur pied du premier échelon de forces, la moyenne, visée audit paragraphe, des contributions fournies par les États membres est évaluée forfaitairement comme suit:

Allemagne	3
Belgique	2
France	3
Italie	3
Luxembourg	1
Pays-Bas	2

§ 2. Pour la période de transition définie au paragraphe précédent, le montant des contributions requises à l'article 43, § 1 ci-dessus sera réputé acquis s'il atteint 9/14èmes au moins de la valeur globale des contributions forfaitaires des États membres.

Article 44

Les textes définissant ou modifiant les statuts des personnels, l'organisation générale, le recrutement, les effectifs et l'encadrement des Forces, ainsi que les modifications au plan de constitution des Forces européennes de défense sont arrêtés par le Conseil statuant à l'unanimité, sur proposition, soit d'un membre du Conseil, soit du Commissariat, et mis en vigueur par ce dernier.

Article 45

Le Conseil fixe les traitements, indemnités et pensions du Président et des membres du Commissariat.

Article 46

Le Conseil, statuant à la majorité des deux tiers, peut, à l'initiative d'un de ses membres, inviter le Commissariat à prendre toute mesure entrant dans les limites de sa compétence.

Si le Commissariat ne défère pas à cette invitation, le Conseil, ou un État membre, peut saisir l'Assemblée, en vue de l'application éventuelle de l'article 36, § 2, ci-dessus.

Article 47

§ 1. Le Conseil décide s'il y a lieu de demander une réunion commune du Conseil de l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord et du Conseil de la Communauté.

§ 2. Les délibérations prises à l'unanimité au cours des réunions communes des deux Conseils lient les institutions de la Communauté.

Article 48

La décision du Conseil prévue au paragraphe 4 du Protocole relatif aux relations entre l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord et la Communauté européenne de défense est prise à l'unanimité.

§ 3. Soweit dieser Vertrag eine einstimmige Zustimmung oder Entscheidung des Rates vorsieht, sind hierzu die Stimmen aller im Rat anwesenden oder vertretenen Mitgliedstaaten erforderlich; Stimmenthaltungen stehen der Zustimmung oder der Entscheidung nicht entgegen.

§ 4. In §§ 1 und 2 dieses Artikels ist unter dem Wort „Beiträge" der Mittelwert zwischen dem prozentualen Anteil an den während des vorangehenden Haushaltsjahres tatsächlich geleisteten finanziellen Beiträgen und dem prozentualen Anteil an den Stärken der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte am ersten Tage des laufenden Halbjahres zu verstehen.

Artikel 43a

§ 1. Bis zu dem Zeitpunkt, der für die Durchführung des Plans zur Aufstellung der ersten Welle der Streitkräfte festgesetzt ist, wird der in Artikel 43 § 4 genannte Mittelwert der von den Mitgliedstaaten zu leistenden Beiträge abgerundet in folgender Weise festgesetzt:

Deutschland	3
Belgien	2
Frankreich	3
Italien	3
Luxemburg	1
Niederlande	2

§ 2. Während der in vorstehendem Paragraphen bezeichneten Übergangszeit gilt der Betrag der in Artikel 43 § 1 für die Mehrheit geforderten Beiträge als erreicht, wenn er mindestens 9/14 des Gesamtwertes der obigen abgerundeten Beiträge der Mitgliedstaaten erreicht.

Artikel 44

Die Vorschriften, die die Rechtsstellung des Personals, die allgemeine Organisation, die personelle Ergänzung, die Stärken und die Stämme der Streitkräfte festsetzen oder abändern, sowie die Änderungen des Planes für die Aufstellung der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte werden vom Rat auf Vorschlag eines seiner Mitglieder oder des Kommissariates einstimmig beschlossen und von letzterem in Kraft gesetzt.

Artikel 45

Der Rat setzt die Gehälter, Vergütungen und Ruhegehälter für den Präsidenten und die Mitglieder des Kommissariates fest.

Artikel 46

Auf Antrag eines seiner Mitglieder kann der Rat mit Zweidrittel-Mehrheit das Kommissariat zur Vornahme jeder Maßnahme im Bereich seiner Zuständigkeit auffordern.

Kommt das Kommissariat dieser Aufforderung nicht nach, so kann der Rat oder ein Mitgliedstaat zwecks Anwendung des Artikels 36 § 2 die Versammlung anrufen.

Artikel 47

§ 1. Der Rat entscheidet darüber, ob eine gemeinsame Sitzung des Nordatlantikpaktrates und des Rates der Gemeinschaft beantragt werden soll.

§ 2. Beschlüsse, die bei den gemeinsamen Sitzungen der beiden Räte einstimmig gefaßt werden, sind für die Organe der Gemeinschaft bindend.

Artikel 48

Der in § 4 des Protokolles über die Beziehungen zwischen der Nordatlantikpakt-Organisation und der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft vorgesehene Beschluß wird einstimmig gefaßt.

Article 49

Les procès-verbaux des délibérations du Conseil sont communiqués aux États membres et au Commissariat.

Article 50

Le Conseil arrête son règlement intérieur.

CHAPITRE IV

La Cour

Article 51

La Cour assure le respect du droit dans l'interprétation et l'application du présent Traité et des règlements d'exécution.

Article 52

La Cour est la Cour de justice de la Communauté européenne du charbon et de l'acier.

Article 53

Pour l'accomplissement de sa mission, et dans les cas et les conditions fixés au Protocole juridictionnel et au Statut juridictionnel prévus à l'article 67, la Cour est assistée par une organisation juridictionnelle comprenant notamment des tribunaux de caractère européen.

Article 54

§ 1. La Cour est compétente pour se prononcer sur les recours en annulation pour incompétence, violation des formes substantielles, violation du Traité ou de toute règle de droit relative à son application, ou détournement de pouvoir, formés contre les décisions ou recommandations du Commissariat par un des États membres, par le Conseil, ou par l'Assemblée.

§ 2. Les recours doivent être formés dans le délai d'un mois, à compter soit de la publication, soit de la notification de la décision ou de la recommandation.

§ 3. En cas d'annulation, la Cour renvoie l'affaire devant le Commissariat, qui est tenu de prendre les mesures que comporte l'exécution de la décision d'annulation.

Article 55

§ 1. Dans le cas où le Commissariat, tenu, par une disposition du présent Traité ou des règlements d'exécution, de prendre une décision ou de formuler une recommandation, ne se conforme pas à cette obligation, il appartient aux États membres ou au Conseil de saisir le Commissariat.

Il en est de même dans le cas où le Commissariat, habilité par une disposition du présent Traité ou des règlements d'exécution à prendre une décision ou à formuler une recommandation, s'en abstient et où cette abstention constitue un détournement de pouvoir.

§ 2. Si, à l'expiration d'un délai de deux mois, le Commissariat n'a pris aucune décision ou formulé aucune recommandation, un recours peut être formé devant la Cour, dans un délai d'un mois, contre la décision implicite de refus qui est réputée résulter de ce silence.

Article 56

§ 1. Lorsqu'un État membre estime que, dans un cas déterminé, une action ou un défaut d'action du Commissariat est de nature à provoquer, en ce qui le concerne, des troubles fondamentaux et persistants, il peut saisir le Commissariat.

Artikel 49

Die Beratungsniederschriften des Rates werden den Mitgliedstaaten und dem Kommissariat übermittelt.

Artikel 50

Der Rat gibt sich eine Geschäftsordnung.

KAPITEL IV

Der Gerichtshof

Artikel 51

Der Gerichtshof sichert die Wahrung des Rechtes bei der Auslegung und Anwendung dieses Vertrages und der Durchführungsvorschriften.

Artikel 52

Der Gerichtshof ist der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl.

Artikel 53

Der Gerichtshof wird bei der Erfüllung seiner Aufgabe nach Maßgabe des Justizprotokolles und der in Artikel 67 vorgesehenen Gerichtsordnung von einer Gerichtsorganisation unterstützt; diese umfaßt insbesondere untere Gerichte europäischen Charakters.

Artikel 54

§ 1. Der Gerichtshof ist zur Entscheidung über Nichtigkeitsklagen zuständig, mit denen ein Mitgliedstaat, der Rat oder die Versammlung Entscheidungen oder Empfehlungen des Kommissariates anficht; die Klagen können auf Unzuständigkeit, Verletzung wesentlicher Formvorschriften, Verletzung des Vertrages oder irgendeiner bei seiner Durchführung anzuwendenden Rechtsnorm oder auf Ermessensmißbrauch gestützt werden.

§ 2. Die Klagen sind binnen eines Monats nach Veröffentlichung oder Zustellung der Entscheidung oder Empfehlung zu erheben.

§ 3. Im Fall der Aufhebung verweist der Gerichtshof die Sache an das Kommissariat zurück. Dieses hat die Maßnahmen zu ergreifen, die sich aus der aufhebenden Entscheidung ergeben.

Artikel 55

§ 1. Ist das Kommissariat auf Grund einer Vorschrift dieses Vertrages oder der Durchführungsvorschriften verpflichtet, eine Entscheidung zu erlassen oder eine Empfehlung auszusprechen, und kommt es dieser Verpflichtung nicht nach, so können die Mitgliedstaaten oder der Rat das Kommissariat mit der Angelegenheit befassen.

Das gleiche gilt, falls das Kommissariat auf Grund einer Vorschrift dieses Vertrages oder der Durchführungsvorschriften befugt ist, eine Entscheidung zu erlassen oder eine Empfehlung auszusprechen, dies aber unterläßt, und wenn diese Unterlassung einen Ermessensmißbrauch darstellt.

§ 2. Hat das Kommissariat binnen zwei Monaten keine Entscheidung erlassen oder keine Empfehlung ausgesprochen, so gilt das Schweigen als Ablehnung; gegen die hierin liegende Entscheidung kann binnen eines weiteren Monats der Gerichtshof angerufen werden.

Artikel 56

§ 1. Ist ein Mitgliedstaat der Ansicht, daß eine Handlung oder Unterlassung des Kommissariates in einem bestimmten Falle geeignet ist, bei ihm tiefgreifende und anhaltende Störungen hervorzurufen, so kann er das Kommissariat damit befassen.

Celui-ci, après consultation du Conseil, reconnaît, s'il y a lieu, l'existence d'une telle situation et décide des mesures à prendre, dans les conditions prévues au présent Traité, pour mettre fin à cette situation tout en sauvegardant les intérêts essentiels de la Communauté. Il est tenu de statuer dans un délai de deux semaines.

Dieses stellt, falls hierzu Anlaß besteht, nach Anhörung des Rates das Vorliegen eines solchen Sachverhaltes fest und entscheidet über die im Rahmen dieses Vertrages zu treffenden Maßnahmen, um dieser Sachlage unter Wahrung der wesentlichen Belange der Gemeinschaft ein Ende zu machen. Das Kommissariat hat hierüber binnen zwei Wochen zu entscheiden.

§ 2. Lorsque la Cour est saisie d'un recours fondé sur les dispositions du présent article contre cette décision ou contre la décision explicite ou implicite refusant de reconnaître l'existence de la situation ci-dessus visée, il lui appartient d'en apprécier le bien-fondé et de prendre, à titre provisoire, toutes les mesures nécessaires.

§ 2. Wird gegen diese Entscheidung oder gegen eine Entscheidung, die ausdrücklich oder stillschweigend das Vorliegen eines solchen Sachverhaltes verneint, auf Grund dieses Artikels Klage erhoben, so hat der Gerichtshof ein uneingeschränktes Nachprüfungsrecht sowie das Recht, einstweilig alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen.

§ 3. En cas d'annulation, le Commissariat est tenu de décider, dans le cadre de l'arrêt de la Cour, des mesures à prendre aux fins prévues au premier paragraphe, deuxième alinéa, du présent article.

§ 3. Im Falle der Aufhebung hat das Kommissariat im Rahmen des vom Gerichtshof gefällten Urteiles Maßnahmen zu den in § 1 Absatz 2 vorgesehenen Zwecken zu treffen.

Article 57

§ 1. La Cour est compétente pour se prononcer sur les recours en annulation pour incompétence, violation des formes substantielles, violation du présent Traité ou de toute règle de droit relative à son application, ou détournement de pouvoir, formés contre les délibérations du Conseil par un des États membres, par le Commissariat ou par l'Assemblée.

§ 2. La requête doit être formée dans le délai d'un mois à dater de la communication de la délibération du Conseil aux États membres ou au Commissariat.

Artikel 57

§ 1. Der Gerichtshof ist zur Entscheidung über Nichtigkeitsklagen zuständig, mit denen ein Mitgliedstaat, das Kommissariat oder die Versammlung Beschlüsse des Rates anficht; die Klagen können auf Unzuständigkeit, Verletzung wesentlicher Formvorschriften, Verletzung des Vertrages oder irgendeiner bei seiner Durchführung anzuwendenden Rechtsnorm oder auf Ermessensmißbrauch gestützt werden.

§ 2. Die Klage ist binnen eines Monats nach Bekanntgabe des Beschlusses des Rates an die Mitgliedstaaten oder an das Kommissariat zu erheben.

Article 58

§ 1. La Cour peut annuler, à la requête d'un des États membres ou du Commissariat, les délibérations de l'Assemblée.

Seuls les moyens tirés de l'incompétence ou de la violation des formes substantielles peuvent être invoqués à l'appui d'un tel recours.

§ 2. La requête doit être formée dans le délai d'un mois à compter de la publication de la délibération de l'Assemblée.

Artikel 58

§ 1. Auf Klage eines der Mitgliedstaaten oder des Kommissariates kann der Gerichtshof die Beschlüsse der Versammlung aufheben.

Diese Klage kann nur auf Unzuständigkeit oder Verletzung wesentlicher Formvorschriften gestützt werden.

§ 2. Die Klage ist binnen eines Monats nach Veröffentlichung des Beschlusses der Versammlung zu erheben.

Article 59

Les recours formés devant la Cour n'ont pas d'effet suspensif.

Toutefois, la Cour peut, si elle estime que les circonstances l'exigent, ordonner le sursis à l'exécution de la décision ou de la recommandation attaquée.

Elle peut prescrire toutes autres mesures provisoires nécessaires.

Artikel 59

Die bei dem Gerichtshof erhobenen Klagen haben keine aufschiebende Wirkung.

Der Gerichtshof kann jedoch, wenn es die Umstände nach seiner Ansicht erfordern, die Vollstreckung der angefochtenen Entscheidung oder Empfehlung aussetzen.

Er kann jede andere erforderliche einstweilige Anordnung treffen.

Article 60

La Cour est compétente, dans les cas et les conditions fixés au Protocole juridictionnel et au Statut juridictionnel prévu à l'article 67, pour statuer sur les litiges relatifs à la responsabilité civile de la Communauté ainsi qu'aux statuts de ses agents.

Artikel 60

Der Gerichtshof ist nach Maßgabe des Justizprotokolles und der in Artikel 67 vorgesehenen Gerichtsordnung für alle Streitigkeiten über die Haftung der Gemeinschaft und über die Rechtsstellung der in ihrem Dienst stehenden Personen zuständig.

Article 61

La Cour est compétente pour statuer en matière pénale, dans les cas et les conditions fixés au Protocole juridictionnel et au Statut juridictionnel prévu à l'article 67.

Artikel 61

Der Gerichtshof ist nach Maßgabe des Justizprotokolles und der in Artikel 67 vorgesehenen Gerichtsordnung in Strafsachen zuständig.

Article 61 bis

Jusqu'à la mise en vigueur d'une législation pénale militaire commune, des dispositions transitoires sont prévues par le Protocole juridictionnel.

Artikel 61 a

Bis zum Inkrafttreten einer gemeinsamen Militärstrafgesetzgebung werden Übergangsbestimmungen im Justizprotokoll vorgesehen.

Article 62

Sans préjudice des dispositions du Statut juridictionnel prévu à l'Article 67, la Cour est seule compétente pour statuer, à titre préjudiciel, sur la validité des décisions ou recommandations du Commissariat et des délibérations du Conseil, dans le cas où un litige porté devant un tribunal national mettrait en cause cette validité.

Artikel 62

Der Gerichtshof ist ausschließlich zuständig zur Entscheidung über die Gültigkeit von Entscheidungen oder Empfehlungen des Kommissariates sowie von Beschlüssen des Rates, falls bei einem Streitfall von einem staatlichen Gericht diese Gültigkeit in Frage gestellt wird; er erkennt im Wege der Vorabentscheidung; die Vorschriften der in Artikel 67 vorgesehenen Gerichtsordnung bleiben unberührt.

Article 63

La Cour est compétente, dans les cas et les conditions fixés par son Statut, pour statuer en vertu d'une clause compromissoire contenue dans un contrat de droit public ou de droit privé passé par la Communauté ou pour son compte.

Artikel 63

Der Gerichtshof ist nach Maßgabe seiner Satzung für Entscheidungen auf Grund einer Schiedsklausel zuständig, die in einem von der Gemeinschaft oder für ihre Rechnung abgeschlossenen öffentlich-rechtlichen oder privatrechtlichen Vertrage enthalten ist.

Article 64

La Cour est compétente pour statuer dans tout autre cas prévu par une disposition additionnelle du présent Traité.

Elle peut également statuer dans tous les cas en connexité avec l'objet du présent Traité où la législation d'un État membre lui attribue compétence.

Artikel 64

Der Gerichtshof ist zur Entscheidung in allen anderen Fällen zuständig, die in einer Zusatzbestimmung zu diesem Vertrag vorgesehen sind.

Er kann außerdem in allen mit dem Gegenstand dieses Vertrages in Zusammenhang stehenden Fällen entscheiden, wenn die Gesetze eines Mitgliedstaates ihn für zuständig erklären.

Article 65

§ 1. Tout différend entre les États membres au sujet de l'application du présent Traité, qui n'aurait pu être réglé par une autre voie, pourra être soumis à la Cour, soit en vertu d'une requête commune des États parties au litige, soit à la requête d'un d'entre eux.

§ 2. La Cour est également compétente pour statuer sur tout différend entre les États membres en connexité avec l'objet du présent Traité, si ce différend lui est soumis en vertu d'un compromis.

Artikel 65

§ 1. Jeder Streit unter den Mitgliedstaaten über die Anwendung dieses Vertrages, der sich nicht auf anderem Wege beilegen läßt, kann auf Grund eines gemeinsamen Antrages der am Streite beteiligten Staaten oder auf Antrag eines von ihnen dem Gerichtshof vorgelegt werden.

§ 2. Der Gerichtshof ist ferner zuständig, über jeden im Zusammenhang mit dem Gegenstand dieses Vertrages stehenden Streit unter Mitgliedstaaten zu entscheiden, wenn dieser Streit bei ihm auf Grund eines Schiedsvertrages anhängig gemacht wird.

Article 66

Les arrêts de la Cour ont force exécutoire sur le territoire des États membres.

L'exécution forcée sur le territoire des États membres est poursuivie suivant les voies de droit en vigueur dans chacun de ces États; notamment l'exécution ne peut être poursuivie à l'égard d'un État membre que dans la mesure et par les voies admises par la législation de cet État.

Cette exécution a lieu après qu'a été apposée, sans autre contrôle que celui de la vérification de l'authenticité de ces arrêts, la formule exécutoire usitée dans l'État sur le territoire duquel l'arrêt doit être exécuté. Il est pourvu à cette formalité à la diligence d'un ministre désigné à cet effet par chacun des gouvernements.

Artikel 66

Die Entscheidungen des Gerichtshofes sind im Gebiet der Mitgliedstaaten vollstreckbar.

Die Zwangsvollstreckung auf dem Gebiet der Mitgliedstaaten erfolgt nach dem in jedem dieser Staaten geltenden Verfahrensrecht; insbesondere kann die Vollstreckung gegenüber einem Mitgliedstaat nur insoweit erfolgen, als dies in den Vollstreckungsvorschriften dieses Staates vorgesehen ist.

Diese Vollstreckung erfolgt nach Erteilung der Vollstreckungsklausel gemäß den Bestimmungen des Staates, auf dessen Gebiet die Entscheidung vollstreckt werden soll; dabei ist lediglich die Echtheit der Urschrift der Entscheidungen nachzuprüfen. Die Erteilung dieser Vollstreckungsklausel erfolgt auf Veranlassung eines von jeder Regierung hierfür bestimmten Ministers.

Article 67

L'application des dispositions du présent chapitre et du Protocole juridictionnel sera fixée par un Statut juridictionnel établi par voie d'une convention entre les États membres et apportant notamment les adaptations nécessaires à cet effet au Statut de la Cour annexé au Traité instituant la Communauté européenne du Charbon et de l'Acier.

Artikel 67

Die Ausführung dieses Kapitels und des Justizprotokolls wird durch Abkommen der Mitgliedstaaten in einer Gerichtsordnung geregelt. Diese wird insbesondere die zur Anpassung notwendigen Änderungen der Satzung des Gerichtshofes, die dem Vertrag über die Gründung der Gemeinschaft für Kohle und Stahl beigefügt ist, enthalten.

TITRE III

Dispositions Militaires

CHAPITRE PREMIER

Organisation et administration des Forces européennes de défense

Article 68

§ 1. Les Unités de base où devra se combiner l'action des différentes armes constituant l'Armée de Terre sont formées d'éléments de la même nationalité d'origine. Ces Unités de base sont aussi légères que le permet le principe d'efficacité. Elles sont déchargées au maximum des fonctions logistiques et dépendent, pour leur vie et leur entretien, d'échelons supérieurs intégrés.

§ 2. Les Corps d'Armée sont formés d'Unités de base de différentes nationalités d'origine, sauf dans des cas exceptionnels résultant de nécessités tactiques ou d'organisation et déterminés par le Commissariat sur proposition du Commandant Suprême compétent relevant de l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord et avec l'avis conforme du Conseil statuant à l'unanimité. Leurs unités de soutien tactique, ainsi que les formations de support logistique, sont de type intégré; ces dernières unités élémentaires, de l'ordre du régiment ou du bataillon, restent homogènes et leur répartition entre nationalités se fait selon la proportion qui existe entre les Unités de base. Le Commandement et l'État-Major des Corps d'Armée sont intégrés; cette intégration est effectuée de la manière la plus propre à assurer l'efficacité de leur emploi.

§ 3. Les Unités de base et leurs soutiens et supports peuvent occasionnellement être introduits dans les Corps d'Armée relevant de l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord et, réciproquement, des divisions relevant de l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord peuvent l'être dans des Corps d'Armée européens.

Les échelons de Commandement des Forces relevant de l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord auxquels sont organiquement rattachées les unités européennes intègrent des éléments provenant de ces Unités et réciproquement.

Article 69

§ 1. Sont constituées d'éléments de la même nationalité d'origine les Unités de base de l'Armée de l'Air dont chacune est dotée d'un matériel de combat homogène correspondant à une mission élémentaire déterminée.

Ces Unités de base sont déchargées au maximum des fonctions logistiques et dépendent, pour leur mise en œuvre et leur entretien, d'échelons supérieurs intégrés.

§ 2. Un certain nombre d'Unités de base d'origines nationales différentes sont groupées sous les ordres d'échelons supérieurs de type intégré, sauf dans des cas exceptionnels résultant de nécessités tactiques ou d'organisation et déterminés par le Commissariat sur proposition du Commandant Suprême compétent relevant de l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord et avec l'avis conforme du Conseil statuant à l'unanimité. Les formations de support logistique sont de type intégré, les unités élémentaires des services restant de composition nationale homogène et leur répartition entre nationalités se faisant selon la proportion qui existe entre les Unités de base.

§ 3. Des Unités de base européennes ainsi que leurs unités de support peuvent être introduites sous des Com-

TITEL III

Militärische Bestimmungen

KAPITEL I

Organisation und Verwaltung der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte

Artikel 68

§ 1. Die Grundeinheiten, in denen die verschiedenen Waffen der Landstreitkräfte zusammenwirken, setzen sich aus Truppenteilen gleicher nationaler Herkunft zusammen. Diese Grundeinheiten sollen so beweglich sein, wie dies der Grundsatz der Wirksamkeit erlaubt. Sie werden so weit wie möglich von Versorgungsaufgaben entlastet und unterstehen hinsichtlich ihrer Versorgung und ihres Unterhaltes gemischten (integrierten) höheren Stäben.

§ 2. Die Armeekorps setzen sich aus Grundeinheiten verschiedener nationaler Herkunft zusammen; in Sonderfällen, die sich aus taktischen oder organisatorischen Notwendigkeiten ergeben und auf Vorschlag des Oberbefehlshabers der Nordatlantikpakt-Organisation vom Kommissariat mit einstimmiger Zustimmung des Rates bestimmt werden, sind Ausnahmen zulässig. Ihre taktischen Unterstützungseinheiten sowie die Verbände für die versorgungsmäßige Unterstützung sind gemischt; diese Einheiten in der Größe planmäßig gegliederter Regimenter oder Bataillone bleiben national-geschlossen; ihre Aufteilung nach Nationalitäten wird nach dem zwischen den Grundeinheiten bestehenden Verhältnis vorgenommen. Führung und Stab der Armeekorps sind gemischt (integriert); diese Eingliederung wird in der für die wirksamste Verwendung geeignetsten Weise durchgeführt.

§ 3. Die Grundeinheiten und ihre Unterstützungs- und Versorgungstruppen können gelegentlich Armeekorps der Nordatlantikpakt-Organisation und umgekehrt können Nordatlantikpakt-Divisionen europäischen Armeekorps unterstellt werden.

Die Führungsstäbe der Nordatlantikpakt-Streitkräfte, denen die europäischen Einheiten organisch angegliedert sind, gliedern sich aus diesen Einheiten stammende Teile ein und umgekehrt.

Artikel 69

§ 1. Die Grundeinheiten der Luftwaffe, deren jede entsprechend ihrer jeweiligen Hauptaufgabe mit gleichartigem Kampfmaterial ausgestattet ist, setzen sich aus Verbänden gleicher nationaler Herkunft zusammen.

Diese Grundeinheiten werden soweit wie möglich von Versorgungsaufgaben entlastet und unterstehen hinsichtlich ihres Einsatzes und ihres Unterhaltes gemischten höheren Stäben.

§ 2. Eine bestimmte Anzahl von Grundeinheiten verschiedener nationaler Herkunft wird in den im Militärprotokoll vorgesehenen höheren gemischten Stäben zusammengefaßt; in Sonderfällen, die sich aus taktischen oder organisatorischen Notwendigkeiten ergeben und auf Vorschlag des Oberbefehlshabers der Nordatlantikpakt-Organisation vom Kommissariat mit einstimmiger Zustimmung des Rates bestimmt werden, sind Ausnahmen zulässig. Die Einheiten für die versorgungsmäßige Unterstützung sind gemischt; die grundlegenden Versorgungseinheiten bleiben national-geschlossen; ihre Aufteilung nach Nationalitäten erfolgt nach dem zwischen den Grundeinheiten bestehenden Verhältnis.

§ 3. Europäische Grundeinheiten und ihre Versorgungseinheiten können Nordatlantikpakt-Führungsstäben und

mandements relevant de l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord et, réciproquement, des Unités de base relevant de l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord peuvent l'être sous des Commandements européens.

Les échelons de Commandement relevant de l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord auxquels sont organiquement rattachées des Unités européennes intègrent des éléments européens et réciproquement.

Article 70

§ 1. Les Forces navales européennes comprennent les formations qui sont liées à la protection maritime rapprochée des territoires européens des États membres, et qui sont fixées par des accords entre les Gouvernements.

§ 2. Les contingents des Forces navales européennes constituent des groupements de nationalité homogène et de statut européen, répondant à une même mission tactique.

§ 3. Ces groupements, en totalité ou en partie, peuvent occasionnellement être incorporés à des formations relevant de l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord, dont les commandements intègrent dès lors des éléments fournis par eux.

Article 71

Le Commissariat établit les plans d'organisation des forces, sur avis conforme du Conseil statuant à l'unanimité. Il en assure l'exécution.

Article 72

§ 1. Les personnels recrutés par conscription pour servir dans les Forces européennes de défense accompliront le même temps de service actif.

§ 2. L'uniformisation sera réalisée aussi rapidement que possible, sur proposition du Commissariat, par décision du Conseil statuant à l'unanimité.

Article 73

§ 1. Le recrutement des Forces européennes de défense dans chaque État membre est réglé par les lois dudit État dans le cadre des dispositions de principe communes définies par le Protocole militaire.

§ 2. Le Commissariat suit les opérations de recrutement effectuées par les États membres en conformité des dispositions du présent Traité et, en vue d'assurer cette conformité, adresse, le cas échéant, des recommandations aux États membres.

§ 3. A partir de la date déterminée d'un commun accord par les Gouvernements des États membres, le Commissariat procédera au recrutement selon les règles définies par ledit accord, dans le cadre des dispositions de principe communes fixées par le Protocole militaire.

Article 74

§ 1. Le Commissariat procède à l'instruction et à la mise en condition des Forces européennes de défense suivant une doctrine commune et des méthodes uniformes. En particulier, il dirige les écoles de la Communauté.

§ 2. A la demande d'un État membre, il est tenu compte, dans l'application des principes définis au paragraphe 1 du présent article, de la situation particulière résultant pour cet État de l'existence, en vertu de la Constitution, de plusieurs langues officielles.

Article 75

Les plans de mobilisation des Forces européennes de défense sont préparés par le Commissariat, en consultation avec les Gouvernements des États membres.

umgekehrt können Nordatlantikpakt-Grundeinheiten europäischen Führungsstäben unterstellt werden.

Die Nordatlantikpakt-Führungsstäbe, denen europäische Einheiten organisch angegliedert sind, gliedern sich europäische Elemente ein und umgekehrt.

Artikel 70

§ 1. Die europäischen Seestreitkräfte setzen sich aus Einheiten zusammen, die den küstennahen Schutz der europäischen Gebiete der Mitgliedstaaten versehen und durch Übereinkommen zwischen den Regierungen festgelegt werden.

§ 2. Die Kontingente der europäischen Seestreitkräfte bilden national-geschlossene Gruppen europäischer Rechtsstellung, denen eine gleiche taktische Aufgabe zufällt.

§ 3. Diese Gruppen können gelegentlich vollständig oder teilweise in Verbänden der Nordatlantikpakt-Organisation eingegliedert werden, deren Führung sich von diesem Augenblick an aus ihnen stammende Teile eingliedert.

Artikel 71

Das Kommissariat stellt mit einstimmiger Zustimmung des Rates die Pläne für die Organisation der Streitkräfte auf. Es sorgt für ihre Durchführung.

Artikel 72

§ 1. Die aktive Dienstzeit der zu den Europäischen Verteidigungsstreitkräften Eingezogenen ist von gleicher Dauer.

§ 2. Die Vereinheitlichung wird auf Vorschlag des Kommissariates durch einstimmige Entscheidung des Rates so schnell wie möglich durchgeführt.

Artikel 73

§ 1. Die Rekrutierung der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte in den einzelnen Mitgliedstaaten wird durch die Gesetze jedes Mitgliedstaates im Rahmen der gemeinsamen grundsätzlichen Bestimmungen geregelt, die im Militärprotokoll festgelegt sind.

§ 2. Das Kommissariat verfolgt die von den Mitgliedstaaten in Übereinstimmung mit diesem Vertrag durchgeführten Rekrutierungsmaßnahmen und richtet zur Sicherstellung der Einheitlichkeit gegebenenfalls Empfehlungen an die Mitgliedstaaten.

§ 3. Von einem Zeitpunkt an, der durch die Regierungen der Mitgliedstaaten in einem gemeinsamen Übereinkommen bestimmt wird, führt das Kommissariat die Rekrutierung nach Vorschriften durch, die in diesem Übereinkommen im Rahmen der im Militärprotokoll festgelegten gemeinsamen grundsätzlichen Bestimmungen getroffen werden.

Artikel 74

§ 1. Das Kommissariat führt die Ausbildung und Aufstellung der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte nach einheitlichen Grundsätzen und Methoden durch. Insbesondere leitet es die Schulen der Gemeinschaft.

§ 2. Bei Anwendung der in § 1 aufgestellten Grundsätze wird auf Antrag eines Mitgliedstaates die besondere Lage berücksichtigt, die sich für ihn aus der verfassungsmäßigen Verankerung mehrerer Amtssprachen ergibt.

Artikel 75

Das Kommissariat bereitet in Beratung mit den Regierungen der Mitgliedstaaten die Pläne für die Mobilmachung der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte vor.

Sans préjudice de l'organisation définitive visée à l'article 38 ci-dessus, la décision de procéder à la mobilisation relève des États membres; l'exécution des mesures de mobilisation est partagée entre la Communauté et les États membres, dans les conditions définies par des accords entre le Commissariat et lesdits États.

Unbeschadet der in Artikel 38 vorgesehenen endgültigen Organisation ist die Auslösung der Mobilmachung Angelegenheit der Mitgliedstaaten; die Mobilmachungsmaßnahmen werden nach Maßgabe von Abkommen zwischen dem Kommissariat und den Mitgliedstaaten teils vom Kommissariat, teils von den Staaten durchgeführt.

Article 76

Le Commissariat procède aux inspections et contrôles indispensables.

Artikel 76

Das Kommissariat führt die unerläßlichen Inspektionen und Kontrollen durch.

Article 77

§ 1. Le Commissariat détermine l'implantation territoriale des Forces européennes de défense dans le cadre des recommandations du Commandant Suprême compétent relevant de l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord. En cas de divergences de vues qui n'auraient pu être aplanies avec ce dernier, il ne peut s'écarter de ces recommandations qu'avec l'approbation du Conseil statuant à l'unanimité.

Dans le cadre des décisions générales visées à l'alinéa 1 du présent article, le Commissariat prend les décisions d'exécution, après consultation avec l'État dans lequel les troupes seront stationnées

§ 2. Dans le cas de divergences de vues sur des points essentiels, l'État intéressé peut saisir le Conseil. Cet État doit se conformer à l'avis du Commissariat si le Conseil, statuant à la majorité des deux tiers, se prononce en faveur de cet avis.

La faculté dont les États membres peuvent se prévaloir, en vertu de l'article 56 ci-dessus, n'est pas affectée par les dispositions qui précèdent.

Artikel 77

§ 1. Das Kommissariat bestimmt die Dislozierung der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte im Rahmen der Empfehlungen des zuständigen Oberbefehlshabers der Nordatlantikpakt-Organisation. Bei nicht zu beseitigenden Meinungsverschiedenheiten kann das Kommissariat von diesen Empfehlungen nur mit einstimmiger Genehmigung des Rates abweichen.

Im Rahmen der in Absatz 1 bezeichneten allgemeinen Beschlüsse beschließt das Kommissariat nach Beratung mit dem Staate, in dem die Truppen stationiert werden, die Durchführungsmaßnahmen.

§ 2. Bei Meinungsverschiedenheiten über wesentliche Punkte kann der betroffene Staat den Rat anrufen. Spricht sich der Rat mit Zweidrittel-Mehrheit zugunsten des Beschlusses des Kommissariates aus, so muß sich der Staat diesem Beschluß fügen.

Vorstehende Bestimmungen berühren nicht die den Mitgliedstaaten nach Artikel 56 zustehenden Befugnisse.

Article 78

Le Commissariat administre les personnels et les matériels conformément aux dispositions du présent Traité.

Il veille à une répartition visant à assurer l'homogénéité en armement et équipement des unités composant les Forces européennes de défense.

Artikel 78

Das Kommissariat verwaltet gemäß den Vorschriften dieses Vertrages das Personal und Material.

Es wacht über eine Verteilung mit dem Ziel, die Einheitlichkeit der Bewaffnung und Ausrüstung der Einheiten der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte zu sichern.

Article 78 bis

§ 1. Dès son entrée en fonctions, le Commissariat:

— établit les plans de constitution et d'équipement du premier échelon des Forces d'après les dispositions adoptées d'un commun accord par les Gouvernements des États membres, et dans le cadre des plans de l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord;

— détermine et organise les concours à demander aux États parties au Traité de l'Atlantique Nord, en vue de l'instruction des contingents;

— établit une réglementation provisoire sommaire sur les points essentiels.

§ 2. Dès son entrée en fonctions, le Commissariat entreprend la constitution des unites du premier échelon des Forces.

§ 3. Dès l'entrée en vigueur du présent Traité, les unités déjà existantes et les contingents à recruter par les États membres pour compléter ce premier échelon relèvent de la Communauté et sont placés sous l'autorité du Commissariat, qui exerce à leur égard les pouvoirs prévus au présent Traité, dans les conditions définies par le Protocole militaire.

§ 4. Le Commissariat soumet dans les plus brefs délais au Conseil les plans et textes visés au paragraphe 1 du présent article.

Le Conseil arrête:

— à l'unanimité, le plan de constitution du premier échelon des Forces;

— à la majorité des deux tiers, les autres textes.

Les textes sont mis en vigueur par le Commissariat dès qu'ils ont été arrêtés par le Conseil.

Artikel 78a

§ 1. Mit dem Beginn seiner Tätigkeit

— stellt das Kommissariat gemäß den Bestimmungen eines gemeinsamen Übereinkommens der Mitgliedstaaten und im Rahmen der Pläne der Organisation des Nordatlantikpaktes die Pläne für die Aufstellung und Ausrüstung der ersten Welle der Streitkräfte auf;

— bestimmt es und organisiert die von den Teilnehmerstaaten des Nordatlantikpaktes zu erbittende Unterstützung im Hinblick auf die Ausbildung der Kontingente;

— stellt es eine vorläufige kurzgefaßte Dienstanweisung über die wesentlichen Punkte auf.

§ 2. Mit Beginn seiner Tätigkeit nimmt das Kommissariat die Aufstellung der Verbände der ersten Welle der Streitkräfte auf.

§ 3. Mit Inkrafttreten des Vertrages unterstehen die bereits bestehenden Einheiten und die von den Mitgliedstaaten zur Vervollständigung dieser ersten Welle zu rekrutierenden Kontingente unmittelbar der Gemeinschaft; sie werden dem Kommissariat unterstellt, das ihnen gegenüber die in diesem Vertrag vorgesehenen Befugnisse nach Maßgabe des Militärprotokolls ausübt.

§ 4. Das Kommissariat legt dem Rat in kürzester Zeit die in § 1 aufgeführten Pläne und Entwürfe vor.

Der Rat beschließt:

— einstimmig den Plan der Aufstellung der ersten Welle der Streitkräfte;

— mit Zweidrittel-Mehrheit die sonstigen Vorschriften.

Die Vorschriften werden vom Kommissariat in Kraft gesetzt, sobald der Rat sie beschlossen hat.

Article 79

Un Règlement unique de discipline générale militaire applicable aux membres des Forces européennes de défense sera établi par accord entre les Gouvernements des États membres et ratifié selon les règles constitutionnelles de chacun de ces États.

CHAPITRE II

Statut des Forces européennes de défense

Article 80

§ 1. Dans l'exercice de la compétence qui lui est conférée par le présent Traité, et sans préjudice des droits et obligations des États membres:

La Communauté a, en ce qui concerne les Forces européennes de défense et leurs membres, les mêmes droits et obligations que les États en ce qui concerne leurs Forces nationales et les membres de ces Forces, d'après le droit coutumier des gens;

La Communauté est tenue au respect des règles de droit conventionnel de la guerre qui obligent un ou plusieurs États membres.

§ 2. En conséquence, les Forces européennes de défense et leurs membres jouissent, au point de vue du droit des gens, du même traitement que les Forces nationales des États et leurs membres.

Article 81

§ 1. La Communauté veille à ce que les Forces européennes de défense et leurs membres conforment leur conduite aux règles du droit des gens. Elle assure la répression de toute violation éventuelle de ces règles qui viendrait à être commise par les dites Forces ou leurs membres.

§ 2. La Communauté prend, dans le cadre de sa compétence, les mesures de répression pénale et toutes autres mesures appropriées au cas où une telle violation serait commise par les Forces d'États tiers ou leurs membres.

En outre, les États membres prennent, de leur côté, dans le cadre de leur compétence, les mesures de répression pénale et toutes autres mesures appropriées contre toute violation des règles du droit des gens commise envers les Forces européennes de défense ou leurs membres.

Article 82

Le Statut des Forces européennes de défense est fixé par une convention particulière.

TITRE IV

Dispositions financières

Article 83

La gestion financière de la Communauté est assurée selon les dispositions du présent Traité, du Protocole financier ou du Règlement financier.

Afin de veiller au respect de ces dispositions, il est créé un Contrôleur financier et une Commission des Comptes, dont les attributions sont définies aux articles ci-après.

Article 84

Le Contrôleur financier est indépendant du Commissariat et responsable envers le Conseil. Il est désigné par le Conseil statuant à l'unanimité. La durée de son mandat est de cinq années. Ce mandat est renouvelable.

Artikel 79

Eine für die Mitglieder der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte geltende einheitliche allgemeine Militärdisziplinarordnung wird durch Vereinbarung zwischen den Regierungen der Mitgliedstaaten geschaffen und nach den verfassungsrechtlichen Bestimmungen der einzelnen Mitgliedstaaten ratifiziert.

KAPITEL II

Statut der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte

Artikel 80

§ 1. Bei Ausübung der ihr durch diesen Vertrag übertragenen Zuständigkeit und unbeschadet der Rechte und Pflichten der Mitgliedstaaten,

hat die Gemeinschaft bezüglich der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte und ihrer Angehörigen die gleichen Rechte und Pflichten, die die Staaten nach dem Völkergewohnheitsrecht bezüglich ihrer nationalen Streitkräfte und deren Angehörigen haben;

ist die Gemeinschaft gehalten, die Regeln des vertraglich festgelegten Kriegsrechtes, die einen oder mehrere Mitgliedstaaten binden, zu achten.

§ 2. Völkerrechtlich genießen daher die Europäischen Verteidigungsstreitkräfte und deren Angehörige die gleiche Behandlung wie die nationalen Streitkräfte der Staaten und deren Angehörige.

Artikel 81

§ 1. Die Gemeinschaft sorgt dafür, daß die Europäischen Verteidigungsstreitkräfte und deren Angehörige die Regeln des Völkerrechtes beachten. Sie sichert die Bestrafung jeder Verletzung dieser Regeln durch diese Streitkräfte oder deren Angehörige.

§ 2. Bei einer derartigen Verletzung durch die Streitkräfte dritter Staaten oder deren Angehörige ergreift die Gemeinschaft im Rahmen ihrer Zuständigkeit Strafmaßnahmen und alle anderen geeigneten Maßnahmen.

Außerdem ergreifen die Mitgliedstaaten ihrerseits gegen jede Verletzung der Regeln des Völkerrechts, die gegenüber den Europäischen Verteidigungsstreitkräften oder deren Angehörigen begangen wird, im Rahmen ihrer Zuständigkeit Strafmaßnahmen und alle anderen geeigneten Maßnahmen.

Artikel 82

Die Rechtsstellung der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte wird durch ein besonderes Abkommen geregelt.

TITEL IV

Finanzielle Bestimmungen

Artikel 83

Die Finanzverwaltung der Gemeinschaft regelt sich nach den Vorschriften dieses Vertrages, des Finanzprotokolles und der Finanzordnung.

Um die Beachtung dieser Vorschriften sicherzustellen, wird ein Finanzkontrolleur bestellt und ein Rechnungsprüfungshof eingerichtet, deren Aufgaben in den folgenden Artikeln festgelegt sind.

Artikel 84

Der Finanzkontrolleur ist vom Kommissariat unabhängig und dem Rat verantwortlich. Er wird vom Rat einstimmig ernannt. Die Amtszeit des Finanzkontrolleurs beträgt fünf Jahre. Er kann wiederernannt werden.

Article 85

La Commission des Comptes est une autorité collégiale indépendante qui comprend des nationaux de chacun des États membres.

Le Conseil, statuant à l'unanimité, fixe le nombre des membres de cette Commission et procède, à la majorité des deux tiers, à leur désignation ainsi qu'à celle du Président. Le mandat des membres de la Commission des Comptes est de cinq années. Ce mandat est renouvelable.

Artikel 85

Der Rechnungsprüfungshof ist eine unabhängige Kollegialbehörde, in der Angehörige jedes Mitgliedstaates vertreten sind.

Der Rat setzt einstimmig die Zahl der Mitglieder dieser Behörde fest und ernennt mit Zweidrittel-Mehrheit die Mitglieder und den Präsidenten. Die Amtszeit der Mitglieder des Rechnungsprüfungshofs beträgt fünf Jahre; sie können wiederernannt werden.

Article 86

Dès l'entrée en vigueur du présent Traité, toutes les recettes et toutes les dépenses de la Communauté sont inscrites dans un budget commun annuel.

La durée de l'exercice financier est fixée à un an et son point de départ au premier janvier, cette date pouvant être modifiée par décision du Conseil.

Artikel 86

Vom Inkrafttreten dieses Vertrages an werden alle Einnahmen und alle Ausgaben der Gemeinschaft in einen gemeinsamen jährlichen Haushaltsplan aufgenommen.

Das Rechnungsjahr erstreckt sich über ein Jahr und beginnt am 1. Januar; dieser Zeitpunkt kann durch Entscheidung des Rates geändert werden.

Article 87

§ 1. Le Commissariat prépare, en consultation avec les Gouvernements des États membres et en tenant compte notamment des dispositions de l'article 71, le budget de la Communauté. Le projet de plan commun d'armement, d'équipement, d'approvisionnement et d'infrastructure est joint en annexe à ce projet de budget.

Les recettes et dépenses propres à chaque institution de la Communauté font l'objet de sections spéciales, au sein du budget général.

§ 2. Le Conseil est saisi de ce projet trois mois au moins avant le commencement de l'exercice.

Le Conseil, dans un délai d'un mois, décide:

a. à l'unanimité, du volume total du budget en crédits de paiement et en crédits d'engagement, et du montant de la contribution de chaque État membre, déterminée conformément à l'article 94 ci-après, contribution dont il incombe au Gouvernement de chaque État membre d'assurer l'inscription au budget dudit État selon les règles constitutionnelles de celui-ci;

b. à la majorité des deux tiers, de la répartition des dépenses.

Les dispositions *a* et *b* du présent paragraphe ne sont pas applicables aux recettes et dépenses résultant d'un accord relatif à une aide extérieure prévu à l'article 99 ci-après, ni à celles qui ne font que transiter par le budget commun ainsi qu'il est prévu au Protocole financier.

§ 3. Le budget commun ainsi approuvé par le Conseil est transmis à l'Assemblée, qui se prononce au plus tard deux semaines avant le début de l'exercice.

L'Assemblée peut proposer des modifications supprimant, réduisant, augmentant ou créant des recettes ou des dépenses. Ces propositions ne peuvent avoir pour effet d'augmenter le montant total des dépenses du projet établi par le Conseil.

L'Assemblée peut proposer le rejet de la totalité du budget, à la majorité des deux tiers des voix exprimées et à la majorité des membres composant l'Assemblée.

§ 4. Dans tous les cas visés au paragraphe précédent, le Commissariat ou un État membre peut, dans les quinze jours du vote, saisir le Conseil en vue d'une deuxième lecture dans un délai de deux semaines. Les propositions de l'Assemblée sont adoptées si le Conseil ainsi saisi les approuve à la majorité des deux tiers. Si le Conseil n'est pas saisi dans ce délai de quinze jours, les propositions sont considérées comme adoptées par lui.

Artikel 87

§ 1. Das Kommissariat bereitet im Benehmen mit den Regierungen der Mitgliedstaaten und unter besonderer Berücksichtigung des Artikels 71 den Haushaltsplan der Gemeinschaft vor. Der Entwurf des gemeinsamen Planes für Rüstung, Ausrüstung, laufende Versorgung und Wehrbauten (Infrastruktur) wird diesem Haushaltsplanentwurf als Anlage beigefügt.

Die Einnahmen und Ausgaben der einzelnen Organe der Gemeinschaft bilden im Haushaltsplan besondere Abschnitte.

§ 2. Der Rat wird mit diesem Entwurf mindestens drei Monate vor Beginn des Haushaltsjahres befaßt.

Der Rat beschließt innerhalb eines Monats

a) — einstimmig — den Gesamtumfang des Haushaltsplans einschließlich der Verpflichtungen für künftige Rechnungsjahre sowie die Höhe des nach Artikel 94 bestimmten Beitrags jedes Mitgliedstaates. Der Beitrag ist von der Regierung jedes Mitgliedstaates nach den verfassungsmäßigen Vorschriften in den nationalen Haushaltsplan einzustellen;

b) — mit Zweidrittel-Mehrheit — die Einzelansätze für die Ausgaben.

Die Absätze a und b dieses Paragraphen finden auf Einnahmen und Ausgaben, die sich aus einem Vertrag über Außenhilfe gemäß Artikel 99 ergeben, und auf solche, die den gemeinsamen Haushaltsplan nach den Vorschriften des Finanzprotokolles nur durchlaufen, keine Anwendung.

§ 3. Der vom Rat so gebilligte gemeinsame Haushaltsplan wird der Versammlung vorgelegt, die spätestens zwei Wochen vor Beginn des Rechnungsjahres zu ihm Stellung nimmt.

Die Versammlung kann Änderungen in Form von Streichung, Herabsetzung, Erhöhung oder neuen Einnahmen oder Ausgaben vorschlagen. Die Vorschläge der Versammlung dürfen jedoch den Gesamtausgabenbetrag des vom Rat aufgestellten Entwurfes nicht erhöhen.

Die Versammlung kann die Ablehnung des gesamten Haushaltsplanes mit Zweidrittel-Mehrheit der abgegebenen Stimmen und mit der Mehrheit der Mitglieder der Versammlung vorschlagen.

§ 4. In allen Fällen der vorstehenden Paragraphen kann das Kommissariat oder ein Mitgliedstaat innerhalb von zwei Wochen nach der Abstimmung den Rat mit einer zweiten Lesung befassen, die innerhalb von zwei weiteren Wochen stattzufinden hat. Die Vorschläge der Versammlung sind angenommen, wenn sie der Rat mit Zweidrittel-Mehrheit billigt. Wird der Rat innerhalb der Frist von zwei Wochen nicht angerufen, gelten die Vorschläge ebenfalls als angenommen.

Article 87 bis

§ 1. Par dérogation à l'article 87 ci-dessus, la procédure budgétaire relative à l'exercice qui correspond à la période qui s'écoule entre l'entrée en vigueur du présent Traité et la fin de l'année civile relève du seul Conseil.

Artikel 87a

§ 1. In Abweichung von Artikel 87 ist der Rat für den Haushaltsplan des Zeitabschnittes verantwortlich, der zwischen dem Inkrafttreten dieses Vertrages und dem Ende dieses Kalenderjahres liegt.

En dépenses, ce budget devra être établi en tenant compte, dans toute la mesure du possible, des programmes militaires et financiers de tous les États membres pour la mise sur pied des Unités devant constituer les Forces européennes de défense.

§ 2. Pour l'exécution de ce budget, le Commissariat déléguera aux services nationaux appropriés le soin d'exécuter pour son compte des dépenses intéressant les Forces européennes de défense, dans la mesure où ses propres services ne lui permettraient pas d'accomplir ces tâches.

§ 3. En attendant l'approbation de ce budget, et pour lui permettre de faire face à ses premières dépenses, la Communauté recevra des États membres des avances imputées ultérieurement sur les contributions. Les dépenses réglées sur ces avances seront réintégrées dans le budget.

§ 4. Le budget de l'exercice qui suivra l'exercice défini au paragraphe 1 du présent article sera préparé, arrêté et exécuté selon les dispositions du présent Traité.

Toutefois :

a. Les contributions des États membres au budget de cet exercice seront établies selon la procédure adoptée par l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord, à l'exclusion de toute autre méthode de répartition;

b. A la demande de tout État membre qui estimerait que le budget commun ainsi établi ne correspond pas aux intentions manifestées par son Gouvernement ou son Parlement, quant à l'exécution de ses engagements à l'égard du Traité de l'Atlantique Nord, ou aux moyens utilisés pour réaliser ces engagements, la Communauté devra soumettre, pour avis, le budget ainsi arrêté, aux autorités compétentes de cette Organisation.

Auf der Ausgabeseite muß dieser Haushaltsplan in weitestgehendem Umfang die militärischen und finanziellen Programme aller Mitgliedstaaten für die Aufstellung der Einheiten der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte enthalten.

§ 2. Zur Ausführung dieses Haushaltsplanes beauftragt das Kommissariat die zuständigen nationalen Stellen, für seine Rechnung die die Europäischen Verteidigungsstreitkräfte betreffenden Ausgaben vorzunehmen, soweit seine eigenen Stellen noch nicht in der Lage sind, diese Aufgabe auszuführen.

§ 3. Bis zur Verabschiedung dieses Haushaltsplans erhält die Gemeinschaft zur Deckung ihrer ersten Ausgaben von den Mitgliedstaaten Vorschüsse, die später auf die Beiträge angerechnet werden. Die mit diesen Vorschüssen bezahlten Ausgaben werden in den Haushaltsplan aufgenommen.

§ 4. Der Haushaltsplan für das Rechnungsjahr, welches auf das in § 1 dieses Artikels erwähnte Rechnungsjahr folgt, wird nach Maßgabe dieses Vertrages vorbereitet, beschlossen und ausgeführt.

Jedoch

a) — werden die Beiträge der Mitgliedstaaten in den Haushaltsplan dieses Rechnungsjahres unter Ausschluß jeglicher anderen Methode nach dem von der Nordatlantikpakt-Organisation angenommenen Verfahren eingesetzt;

b) — muß die Gemeinschaft auf Antrag jedes Mitgliedstaates, der der Ansicht ist, daß der so aufgestellte gemeinsame Haushaltsplan nicht den von seiner Regierung oder seinem Parlament vertretenen Absichten hinsichtlich der Erfüllung seiner Verpflichtungen gegenüber der Nordatlantikpakt-Organisation oder hinsichtlich der zur Erfüllung dieser Verpflichtungen verwendeten Mittel entspricht, den Haushaltsplan den zuständigen Behörden dieser Organisation zur Begutachtung vorlegen.

Article 88

§ 1. Si, au début de l'exercice, le budget n'a pas encore été approuvé définitivement, la Communauté est habilitée à pourvoir à ses dépenses par tranches mensuelles égales au douzième des crédits du budget de l'année écoulée. Ce pouvoir prend fin à l'expiration d'un délai de trois mois à dater du début de l'exercice. La dépense ne peut excéder le quart des dépenses de l'année écoulée.

Dans le cas visé à l'alinéa précédent, les États membres doivent consentir à la Communauté des avances, sur la base des contributions inscrites au budget de l'exercice précédent. Ces avances sont imputables sur leurs contributions.

Si, à l'expiration du délai prévu à l'alinéa premier du présent paragraphe, le budget n'est pas devenu définitif, le budget fixé par le Conseil entre en vigueur, à condition que l'Assemblée ait disposé d'un délai d'au moins deux semaines pour l'examiner.

§ 2. En cas de nécessité, le Commissariat peut soumettre, en cours d'exercice, un projet de budget supplémentaire, qui sera approuvé de la même manière que le budget normal, les délais étant réduits de moitié.

Artikel 88

§ 1. Ist bei Beginn des Rechnungsjahres der Haushaltsplan noch nicht endgültig gebilligt, so ist die Gemeinschaft befugt, Ausgaben in monatlichen Teilbeträgen bis zu einem Zwölftel der Jahresansätze des Haushaltsplanes des Vorjahres zu leisten. Diese Befugnis erlischt drei Monate nach Beginn des Rechnungsjahres. Die Gesamtausgabe darf ein Viertel der Ausgaben des Vorjahres nicht überschreiten.

Im vorstehenden Fall müssen die Mitgliedstaaten an die Gemeinschaft Vorschüsse auf Grundlage der im Haushaltsplan des vorausgehenden Rechnungsjahres eingestellten Beiträge leisten. Diese Vorschüsse sind auf die Beiträge der Mitgliedstaaten anzurechnen.

Ist nach Ablauf der Frist von drei Monaten der Haushaltsplan nicht verabschiedet, so tritt der vom Rat beschlossene Haushaltsplan in Kraft, es sei denn, daß der Versammlung nicht eine Frist von mindestens zwei Wochen zu seiner Prüfung zur Verfügung gestanden hat.

§ 2. Das Kommissariat kann im Laufe des Rechnungsjahres erforderlichenfalls den Entwurf eines zusätzlichen Haushaltsplanes vorlegen, der in der gleichen Weise wie der allgemeine Haushaltsplan, jedoch unter Abkürzung der Fristen auf die Hälfte, angenommen wird.

Article 89

§ 1. Le budget se subdivise en sections, chapitres et articles. Il est établi en montants bruts, et contient toutes les recettes et toutes les dépenses de la Communauté.

Il comporte notamment les dépenses annuelles nécessaires à l'exécution de programmes communs d'armement, d'équipement, d'approvisionnement et d'infrastructure intéressant plusieurs exercices.

Artikel 89

§ 1. Der Haushaltsplan gliedert sich in Abschnitte, Kapitel und Artikel. Er wird in Bruttobeträgen aufgestellt und enthält alle Einnahmen und alle Ausgaben der Gemeinschaft.

Der Haushaltsplan umfaßt insbesondere die anteilmäßigen jährlichen Ausgaben, die zur Ausführung der sich über mehrere Rechnungsjahre erstreckenden gemeinsamen Pläne für Rüstung, Ausrüstung, Versorgung und Wehrbauten erforderlich sind.

§ 2. Le budget est établi en une monnaie de compte commune choisie par le Conseil statuant à la majorité des deux tiers.

Le rapport entre la monnaie de compte et la monnaie nationale résulte du taux de change officiel notifié par chaque État à la Communauté.

Article 90

§ 1. Le Commissariat peut procéder à des virements de crédits entre les postes relevant de sa gestion, dans la limite des autorisations générales ou particulières, qui lui sont données, soit dans le budget lui-même, soit par décision du Conseil statuant à la majorité des deux tiers, soit par le Règlement financier. Ces virements nécessitent l'accord du Contrôleur financier lorsqu'ils sont exécutés en vertu d'autorisations générales.

§ 2. Dans les mêmes conditions, des possibilités de virement analogues sont données aux autres institutions de la Communauté, pour les postes dont elles assurent la gestion.

Article 91

L'exécution du budget est assurée par le Commissariat et par les autres institutions de la Communauté, selon les dispositions du Protocole financier.

Dans l'établissement et l'exécution du budget, les institutions de la Communauté doivent assurer le respect des engagements pris par les États membres à l'égard de l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord. Les contrats passés par les États membres avec des tiers, antérieurement à l'entrée en vigueur du présent Traité, doivent être exécutés, à moins qu'ils ne puissent, avec l'accord du Gouvernement qui a signé le contrat, être modifiés dans l'intérêt de la Communauté.

Article 92

L'exécution du budget est suivie par le Contrôleur financier.

Toutes décisions du Commissariat comportant un engagement de dépenses sont soumises au visa du Contrôleur financier, qui vérifie la régularité budgétaire de la dépense et sa conformité avec les dispositions du Règlement financier.

Sans préjudice des dispositions des articles 54 et 57 ci-dessus, le Commissariat peut passer outre au refus de visa du Contrôleur financier, en adressant par écrit à ce dernier une réquisition spéciale pour la dépense. Après avoir reçu cette réquisition, le Contrôleur financier doit en rendre compte immédiatement au Conseil, qui se saisit de l'affaire dans les moindres délais.

Le Contrôleur financier adresse tous les trois mois au Conseil, qui le communique à l'Assemblée, un rapport sur l'exécution du budget. Ce rapport doit contenir toutes observations utiles sur la gestion financière du Commissariat.

Le Contrôleur financier donne son avis sur les projets de budget. Cet avis est communiqué au Commissariat. Il est joint par le Conseil au projet soumis à l'Assemblée.

Article 93

Les recettes de la Communauté comprennent:

a. les contributions versées par les États membres;

b. les recettes propres à la Communauté;

c. les sommes que la Communauté peut recevoir en vertu des articles 7 ci-dessus et 99 ci-après.

La Communauté dispose également de prestations en nature reçues en vertu des mêmes articles.

§ 2. Die Rechnungseinheit des Haushaltsplanes wird vom Rat mit Zweidrittel-Mehrheit bestimmt.

Das Verhältnis zwischen Rechnungseinheit und nationaler Währung richtet sich nach dem amtlichen Wechselkurs, den die einzelnen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft mitteilen.

Artikel 90

§ 1. Das Kommissariat kann im Rahmen der allgemeinen oder besonderen Ermächtigungen, die ihm entweder durch den Haushaltsplan oder durch mit Zweidrittel-Mehrheit gefaßte Entscheidungen des Rates oder durch die Finanzordnung erteilt werden, Übertragungen innerhalb von ihm verwalteter Titel vornehmen. Werden diese Übertragungen auf Grund von allgemeinen Ermächtigungen vorgenommen, so bedürfen sie der Zustimmung des Finanzkontrolleurs.

§ 2. Die anderen Organe der Gemeinschaft haben unter den gleichen Bedingungen entsprechende Übertragungsbefugnisse hinsichtlich der von ihnen verwalteten Titel.

Artikel 91

Die Ausführung des Haushaltsplanes wird vom Kommissariat und von den anderen Organen der Gemeinschaft nach Maßgabe des Finanzprotokolles sichergestellt.

Bei der Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplanes berücksichtigen die Organe der Gemeinschaft die Verpflichtungen der Mitgliedstaaten gegenüber der Nordatlantikpakt-Organisation. Die vor Inkrafttreten dieses Vertrages von Mitgliedstaaten mit Dritten geschlossenen Verträge werden ausgeführt, soweit sie nicht mit Einverständnis der Signatar-Regierung zugunsten der Gemeinschaft geändert werden.

Artikel 92

Die Ausführung des Haushaltsplanes wird vom Finanzkontrolleur überwacht.

Alle Entscheidungen des Kommissariates, die eine Ausgaben-Verpflichtung enthalten, sind dem Finanzkontrolleur zur Erteilung eines Sichtvermerkes vorzulegen; dieser prüft die haushaltsmäßige Richtigkeit der Ausgabe und ihre Übereinstimmung mit den Vorschriften der Finanzordnung.

Bei Ablehnung des Sichtvermerkes durch den Finanzkontrolleur kann das Kommissariat, unbeschadet der Bestimmungen der Artikel 54 und 57, diesem eine besondere schriftliche Anforderung für die Ausgabe übermitteln. Der Finanzkontrolleur hat nach Erhalt dieser Anforderung unverzüglich dem Rat zu berichten, der sich sobald wie möglich mit der Angelegenheit befaßt.

Der Finanzkontrolleur übermittelt dem Rat alle drei Monate einen Bericht über die Ausführung des Haushaltsplanes; der Rat leitet diesen an die Versammlung weiter. Dieser Bericht hat alle zweckdienlichen Angaben über die Finanzgebarung des Kommissariates zu enthalten.

Der Finanzkontrolleur nimmt zu den Entwürfen des Haushaltsplanes Stellung. Diese Stellungnahme wird dem Kommissariat zugeleitet. Der Rat fügt sie dem Entwurf, der der Versammlung vorgelegt wird, bei.

Artikel 93

Die Einnahmen der Gemeinschaft umfassen

a) die von den Mitgliedstaaten gezahlten Beiträge;

b) die eigenen Einnahmen der Gemeinschaft;

c) die Summen, die die Gemeinschaft gemäß Artikel 7 und 99 erhalten kann.

Die Gemeinschaft verfügt auch über Leistungen in natura, die sie auf Grund der genannten Artikel erhält.

Article 94

Dès l'entrée en vigueur du présent Traité, les contributions des États membres sont arrêtées par le Conseil selon la procédure adoptée par l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord.

Le Conseil recherchera une méthode propre de détermination des contributions qui, notamment en fonction des possibilités financières, économiques et sociales des États membres, assurera une répartition équitable des charges. Cette méthode devra être approuvée par le Conseil statuant à l'unanimité et sera mise en application dès le premier exercice suivant cette approbation.

A défaut d'accord sur une telle méthode, les contributions continueront à être arrêtées selon la procédure adoptée par l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord.

Article 95

§ 1. Les contributions, établies conformément aux articles précédents, sont payables en monnaie nationale, par douzièmes, au premier jour de chaque mois. Le Conseil, statuant à l'unanimité, peut accepter qu'un État règle sa contribution dans une monnaie autre que sa monnaie nationale.

§ 2. En cas de modification des taux de change, les sommes restant dues sur les contributions font l'objet d'un ajustement sur la base du nouveau taux. Toutefois, l'État débiteur envers la Communauté des sommes correspondant à cet ajustement, peut demander que le montant en soit limité au seul préjudice subi par la Communauté, du fait de la modification du taux de change. Cette limitation est arrêtée par le Conseil statuant à l'unanimité.

Les États membres conservent la charge intégrale des dépenses complémentaires que pourrait entraîner, pour les contrats souscrits par la Communauté, l'application des dispositions prises par un État en faveur des titulaires de contrats à l'occasion d'une réforme monétaire.

§ 3. Si, en cours d'exécution du budget, le pouvoir d'achat de la monnaie d'un État membre se trouve sensiblement diminué par rapport aux pouvoirs d'achat des monnaies des autres États membres, sans qu'il y ait une modification officielle du taux de change de cette monnaie, le Conseil, à la demande du Commissariat ou d'un État membre, examinera les possibilités de compenser le préjudice causé à la Communauté du fait d'une telle situation.

Article 96

La Communauté, lors de l'établissement et de l'exécution du budget, s'efforce de limiter les règlements entre les États membres, ou entre ceux-ci et les pays tiers, qui pourraient affecter la stabilité économique et monétaire des États membres.

Le Règlement financier précisera les modalités selon lesquelles ces règlements seront exécutés.

Si, du fait de l'exécution du budget, la stabilité économique et monétaire d'un État membre vient à être compromise, le Commissariat, sur demande de cet État et en accord avec les Gouvernements intéressés, prend les mesures de redressement nécessaires. Si un accord sur ces mesures ne peut intervenir, le Conseil, à la demande du Commissariat ou d'un État membre, se saisit de la question et prend les dispositions nécessaires, dans les conditions prévues au présent Traité.

Les États membres s'engagent à assouplir, au profit de la Communauté, les restrictions apportées par leur législation des changes aux règlements internationaux.

Article 97

§ 1. La vérification des comptes est effectuée par la Commission des Comptes selon des modalités qui seront fixées par le Règlement financier.

Artikel 94

Vom Inkrafttreten dieses Vertrages an werden die Beiträge der Mitgliedstaaten vom Rat gemäß dem Verfahren der Nordatlantikpakt-Organisation festgesetzt.

Der Rat wird für die Festsetzung der Beiträge eine Methode ermitteln, die unter Berücksichtigung der finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Belange der Mitgliedstaaten eine gerechte Verteilung der Lasten gewährleistet. Die vom Rat einstimmig zu beschließende Methode wird von dem auf diese Billigung folgenden ersten Rechnungsjahr an angewandt.

Falls keine Übereinstimmung über eine solche Methode erzielt werden kann, werden die Beiträge weiterhin nach dem Verfahren der Nordatlantikpakt-Organisation festgesetzt.

Artikel 95

§ 1. Die nach den vorstehenden Artikeln festgesetzten Beiträge werden in nationaler Währung in Zwölfteln des Jahresbetrages am ersten Tage jedes Monats bezahlt. Der Rat kann durch einstimmigen Beschluß einem Mitgliedstaat die Zahlung seines Beitrages in einer anderen als seiner nationalen Währung gestatten.

§ 2. Bei Änderung der Wechselkurse werden die noch geschuldeten Beitragssummen auf der Grundlage des neuen Kurses angeglichen. Der Staat, der der Gemeinschaft diese Ausgleichssummen schuldet, kann jedoch beantragen, daß ihre Höhe lediglich auf den Schaden begrenzt wird, den die Gemeinschaft durch die Änderung des Wechselkurses erlitten hat. Diese Beschränkung wird vom Rat einstimmig beschlossen.

Die Mitgliedstaaten tragen alle zusätzlichen Ausgaben, die der Gemeinschaft aus von ihr unterzeichneten Verträgen bei Anwendung von Maßnahmen entstehen, die ein Mitgliedstaat bei einer Währungsreform zugunsten der Vertragspartner getroffen hat.

§ 3. Vermindert sich während der Ausführung des Haushaltsplanes die Kaufkraft der Währung eines Mitgliedstaates wesentlich im Verhältnis zur Kaufkraft der Währungen der anderen Mitgliedstaaten, ohne daß eine amtliche Änderung des Wechselkurses dieser Währung stattgefunden hat, so prüft der Rat auf Antrag des Kommissariates oder eines Mitgliedstaates die Ausgleichsmöglichkeiten für den Schaden, der der Gemeinschaft dadurch entstanden ist.

Artikel 96

Die Gemeinschaft bemüht sich, bei der Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplanes diejenigen Zahlungen der Mitgliedstaaten untereinander oder zwischen diesen und dritten Staaten zu beschränken, die das wirtschaftliche und währungsmäßige Gleichgewicht der Mitgliedstaaten gefährden könnten.

Die Finanzordnung legt die Art und Weise fest, in der diese Zahlungen geleistet werden.

Führt die Ausführung des Haushaltsplans zu einer Gefährdung des wirtschaftlichen und währungsmäßigen Gleichgewichts eines Mitgliedstaates, so ergreift das Kommissariat auf Antrag dieses Staates und in Übereinstimmung mit den beteiligten Regierungen die erforderlichen Ausgleichsmaßnahmen. Kommt eine Einigung über diese Maßnahmen nicht zustande, so befaßt sich auf Antrag des Kommissariates oder eines Mitgliedstaates der Rat mit der Frage und trifft gemäß diesem Vertrage die notwendigen Anordnungen.

Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, die durch ihre Devisengesetzgebung den internationalen Zahlungen auferlegten Beschränkungen zugunsten der Gemeinschaft elastischer zu gestalten.

Artikel 97

§ 1. Die Rechnungsprüfung obliegt dem Rechnungsprüfungshof nach Maßgabe der Finanzordnung.

La Commission des Comptes vérifie, sur la base des pièces justificatives, la régularité des opérations et la bonne utilisation des crédits ouverts au budget de la Communauté. Elle peut demander, pour son activité de vérification, l'assistance des institutions de vérification des États membres.

§ 2. Le rapport sur le résultat de la vérification des comptes doit être présenté au Conseil, qui le transmet à l'Assemblée, au plus tard six mois après l'expiration de l'exercice financier.

Sur la base de ce rapport, la Commission des Comptes soumet au Conseil une proposition sur la décharge à donner à chaque institution en ce qui concerne sa gestion financière pour la période considérée. Le Conseil prend position à l'égard de cette proposition et la présente à l'Assemblée, qui statue

La décharge est considérée comme donnée si l'Assemblée ne l'a pas refusée aux deux tiers des voix exprimées et à la majorité des membres qui la composent.

Der Rechnungsprüfungshof überprüft auf Grund der Belege die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und die zweckmäßige Verwendung der im Haushaltsplan der Gemeinschaft bereitgestellten Mittel. Er kann dafür die Unterstützung der Prüfungsorgane der Mitgliedstaaten erbitten

§ 2. Der Bericht über das Ergebnis der Rechnungsprüfung ist spätestens sechs Monate nach Ablauf des Rechnungsjahres dem Rat vorzulegen, der ihn der Versammlung zuleitet.

Auf Grund dieses Berichtes legt der Rechnungsprüfungshof dem Rat einen Vorschlag über die jedem Organ zu erteilende Entlastung hinsichtlich der Finanzgebarung des betreffenden Zeitabschnittes vor. Der Rat nimmt zu diesem Vorschlag Stellung und übermittelt ihn der Versammlung, die hierüber Beschluß faßt.

Die Entlastung gilt als erteilt, wenn die Versammlung sie nicht mit Zweidrittel-Mehrheit der abgegebenen Stimmen und der Mehrheit ihrer Mitglieder verweigert.

Article 98

Les Gouvernements des États membres peuvent demander au Contrôleur financier et à la Commission des Comptes communication des documents justificatifs dont ils disposent pour remplir leur mission.

Artikel 98

Die Regierungen der Mitgliedstaaten können von dem Finanzkontrolleur und dem Rechnungsprüfungshof Einsicht in die Rechnungsbelege verlangen, über die diese zur Erfüllung ihrer Aufgaben verfügen.

Article 99

Le Commissariat traite des questions relatives à l'aide extérieure en matériels ou en finances, fournie à la Communauté.

Tout accord relatif à une aide extérieure fournie à la Communauté est soumis à l'avis conforme du Conseil, sans préjudice des dispositions particulières du Protocole financier relatives à l'aide extérieure.

La Communauté peut, sur avis conforme du Conseil statuant à l'unanimité, accorder une aide à des États tiers, pour atteindre les fins définies à l'article 2 ci-dessus.

L'aide extérieure en matériels destinée aux Forces européennes de défense que la Communauté ou les États membres peuvent recevoir est administrée par le Commissariat.

Le Conseil, statuant à la majorité des deux tiers, est habilité à adresser au Commissariat des directives générales, afin d'assurer que l'action de celui-ci, en ce qui concerne l'aide extérieure, ne porte pas atteinte à la stabilité économique, financière et sociale d'un ou plusieurs États membres.

Artikel 99

Das Kommissariat ist für alle Fragen der der Gemeinschaft in Material oder Geld gewährten Außenhilfe zuständig.

Jedes Abkommen über eine der Gemeinschaft gewährte Außenhilfe bedarf der Zustimmung des Rates; die Bestimmungen des Finanzprotokolls über die Außenhilfe bleiben unberührt.

Die Gemeinschaft kann mit einstimmiger Zustimmung des Rates dritten Staaten eine Hilfe zur Verwirklichung der in Artikel 2 festgelegten Ziele gewähren.

Die für die Europäischen Verteidigungsstreitkräfte bestimmte Materialhilfe, die der Gemeinschaft oder den Mitgliedstaaten gewährt werden kann, wird vom Kommissariat verwaltet.

Der Rat kann durch einen mit Zweidrittel-Mehrheit gefaßten Beschluß dem Kommissariat allgemeine Richtlinien erteilen, um sicherzustellen, daß das Vorgehen des Kommissariates auf dem Gebiet der Außenhilfe das wirtschaftliche, finanzielle und soziale Gleichgewicht einer oder mehrerer Mitgliedstaaten nicht gefährdet.

Article 100

Les conditions de rémunération des personnels militaires et civils de la Communauté ainsi que leurs droits à pension sont fixés par un Protocole annexé au présent Traité.

Artikel 100

Die Bedingungen für die Besoldung des Militär- und Zivilpersonals der Gemeinschaft sowie ihre Ruhegehaltsansprüche werden in einem Protokoll zu diesem Vertrag festgelegt.

TITRE V

Dispositions économiques

Article 101

Le Commissariat prépare, en consultation avec les Gouvernements des États membres, les programmes communs d'armement, d'équipement, d'approvisionnement et d'infrastructure des Forces européennes de défense et assure, en conformité de l'article 91 ci-dessus, l'exécution de ces programmes.

TITEL V

Wirtschaftliche Bestimmungen

Artikel 101

Das Kommissariat bereitet im Benehmen mit den Regierungen der Mitgliedstaaten die gemeinsamen Programme für die Bewaffnung, Ausrüstung, laufende Versorgung und Wehrbauten (Infrastruktur) der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte vor und sichert gemäß Artikel 91 ihre Ausführung.

Article 102

§ 1. Dans la préparation et l'exécution des programmes, le Commissariat doit:

a. utiliser au mieux les aptitudes techniques et économiques de chacun des États membres et éviter de provoquer des troubles graves dans l'économie de chacun d'entre eux;

Artikel 102

§ 1. Bei der Vorbereitung und Ausführung der Programme hat das Kommissariat

a) die technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten aller Mitgliedstaaten aufs beste nutzbar zu machen und schwere Störungen in ihrer Wirtschaft zu vermeiden;

b. tenir compte du montant des contributions à fournir par les États membres et respecter les règles définies par le présent Traité en matière de transfert monétaire;

c en collaboration avec les organismes appropriés de l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord, simplifier et standardiser les armements, les équipements, les approvisionnements et l'infrastructure autant et aussi rapidement que possible.

§ 2. Le Conseil peut adresser au Commissariat des directives générales dans le cadre des principes énoncés ci-dessus. Ces directives sont données à la majorité des deux tiers.

Article 103

§ 1. Les dépenses nécessaires à l'exécution des programmes sont reprises dans le budget qui comporte, en annexe, un état indicatif de la répartition géographique de l'exécution des différentes catégories de programmes. L'approbation du budget vaut approbation de ces programmes.

§ 2. Le Commissariat peut établir des programmes s'étendant sur une période de plusieurs années. Il porte ces programmes à la connaissance du Conseil et demande à celui-ci de donner une approbation de principe à ceux d'entre eux qui comportent des engagements financiers s'étendant sur plusieurs années. Cette approbation est acquise à la majorité des deux tiers.

Article 104

§ 1. Le Commissariat assure l'exécution des programmes en consultation avec le Conseil et les Gouvernements des États membres.

§ 2. Le Commissariat assure la passation des marchés, la surveillance de l'exécution, la recette et le règlement des travaux et des fournitures.

Le Commissariat comporte des services civils, décentralisés de telle sorte qu'il soit en mesure de faire appel aux ressources de chaque État membre dans les conditions les plus avantageuses pour la Communauté.

§ 3. La passation des marchés doit se faire après appel à la concurrence la plus étendue possible, sauf exceptions justifiées par le secret militaire, les conditions techniques et l'urgence définies par le règlement prévu au paragraphe 4 ci-dessous. Les marchés sont conclus après adjudication publique ou restreinte, ou sans adjudication (de gré à gré), avec des entrepreneurs capables d'assurer les prestations, et qui ne sont pas exclus dans leur pays des adjudications publiques. L'exclusion fondée sur la nationalité n'est pas retenue en ce qui concerne les ressortissants des États membres

Dans le cadre des dispositions de l'article 102 ci-dessus, les commandes doivent être attribuées aux offres les plus avantageuses.

§ 4. Les conditions de procédure relatives à la passation des marchés, à la surveillance de l'exécution, à la recette et au règlement des travaux et des fournitures sont fixées par voie de règlements. Ces règlements sont soumis par le Commissariat à l'avis conforme du Conseil, qui statue à la majorité des deux tiers. Ils peuvent être amendés selon la même procédure.

§ 5. Les marchés supérieurs à certains montants sont soumis avant décision par le Commissariat à l'avis d'une Commission des marchés, comprenant des nationaux de chacun des États membres.

S'il passe outre à l'avis de la Commission des marchés compétente, le Commissariat doit présenter un rapport motivé au Conseil.

Les conditions d'application du présent paragraphe sont fixées par voie de règlement. Ce règlement est soumis par le Commissariat à l'avis conforme du Conseil, qui statue à la majorité des deux tiers. Il peut être amendé selon la même procédure.

b) den Umfang der von den Mitgliedstaaten zu leistenden Beiträge zu berücksichtigen und die Grundsätze des Vertrages über den Zahlungstransfer zu beachten;

c) in Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen der Nordatlantikpakt-Organisation so weit und so bald wie möglich die Bewaffnung, Ausrüstung, laufende Versorgung und Wehrbauten zu vereinfachen und zu vereinheitlichen.

§ 2. Der Rat kann dem Kommissariat im Rahmen der oben bezeichneten Grundsätze allgemeine Richtlinien erteilen. Diese Richtlinien werden mit Zweidrittel-Mehrheit beschlossen.

Artikel 103

§ 1. Die Ausgaben für die Ausführung der Programme sind in den Haushaltsplan aufzunehmen; dieser enthält als Anlage einen Voranschlag über die gebietsmäßige Verteilung der Ausführung der verschiedenen Programmpunkte. Die Genehmigung des Haushaltsplanes gilt als Genehmigung dieser Programme.

§ 2. Das Kommissariat kann Programme für einen Zeitraum von mehreren Jahren aufstellen. Es gibt dem Rat von diesen Programmen Kenntnis und holt seine grundsätzliche Genehmigung für diejenigen Programme ein, die finanzielle Verpflichtungen für mehrere Jahre enthalten. Diese Genehmigung wird mit Zweidrittel-Mehrheit erteilt.

Artikel 104

§ 1. Das Kommissariat sorgt im Benehmen mit dem Rat und den Regierungen der Mitgliedstaaten für die Ausführung der Programme

§ 2. Das Kommissariat sorgt für die Vergebung der Aufträge, die Überwachung ihrer Ausführung, die Abnahme und die Bezahlung der Bau- und sonstigen Leistungen.

Das Kommissariat unterhält zivile Dienststellen, die so dezentralisiert sind, daß es sich der Hilfsquellen jedes Mitgliedstaates unter den für die Gemeinschaft vorteilhaftesten Bedingungen bedienen kann.

§ 3. Die Vergebung der Aufträge erfolgt auf der Grundlage eines möglichst umfassenden Wettbewerbes, sofern nicht militärische Geheimhaltung, technische Erfordernisse oder die Dringlichkeit gemäß der im § 4 vorgesehenen Verordnung Ausnahmen rechtfertigen. Die Verträge werden nach öffentlicher oder beschränkter Ausschreibung oder ohne Ausschreibung (freihändig) mit Unternehmern abgeschlossen, die besonders leistungsfähig und in ihren Heimatländern nicht von öffentlichen Ausschreibungen ausgeschlossen sind. Ein Ausschluß auf Grund der Staatsangehörigkeit ist bei Staatsangehörigen der Mitgliedstaaten nicht zulässig.

Die Zuschläge sind unter Berücksichtigung des Artikels 102 den vorteilhaftesten Angeboten zu erteilen.

§ 4. Die Verfahrensvorschriften für die Vergebung der Aufträge, die Überwachung ihrer Ausführung, die Abnahme und die Bezahlung der Bau- sowie der sonstigen Leistungen werden im Verordnungswege geregelt. Diese Verordnungen werden vom Kommissariat dem Rat zur Zustimmung vorgelegt, der mit Zweidrittel-Mehrheit beschließt. Sie können in gleicher Weise abgeändert werden.

§ 5. Aufträge, die eine bestimmte Wertgrenze übersteigen, werden vor der Entscheidung des Kommissariates einem Ausschuß für Auftragsvergebung zur Begutachtung vorgelegt der sich aus Angehörigen aller Mitgliedstaaten zusammensetzt.

Wenn das Kommissariat vom Gutachten des zuständigen Ausschusses für Auftragsvergebung abweicht, muß es dem Rat unter Angabe der Gründe berichten.

Die Ausführung dieses Paragraphen wird im Verordnungswege geregelt. Die Verordnung wird vom Kommissariat dem Rat zur Zustimmung vorgelegt, der hierüber mit Zweidrittel-Mehrheit beschließt. Sie kann in gleicher Weise geändert werden.

§ 6. En ce qui concerne les litiges relatifs aux contrats passés entre la Communauté et des tiers résidant sur le territoire de l'un des États membres, le caractère administratif ou judiciaire de la juridiction compétente, la compétence *ratione materiae* et *ratione loci* de celle-ci, ainsi que la loi applicable sont déterminés:

a. en matière immobilière, par le lieu de la situation de l'immeuble;

b. en toute autre matière, par le lieu de résidence du fournisseur.

Il peut être dérogé à ces règles par accord entre les parties, sauf en ce qui concerne le caractère administratif ou judiciaire de la juridiction compétente et la compétence *ratione materiae*.

Le Commissariat ne recourt normalement à de tels accords que dans des cas particuliers ou pour saisir une juridiction dépendant de la Communauté.

§ 7. Si le Commissariat constate, dans l'exécution des programmes, que des interventions d'ordre public ou des accords ou des pratiques concertées entre entreprises tendent à fausser ou à restreindre gravement le jeu normal de la concurrence, il saisit le Conseil, qui statue à l'unanimité sur les mesures destinées à porter remède à une telle situation.

Le Conseil peut être saisi dans les mêmes conditions par un État membre.

Article 104 bis

Les règlements prévus aux paragraphes 4 et 5 de l'article 104 ci-dessus doivent être soumis à l'approbation du Conseil dans un délai maximum de six mois à dater de l'entrée en vigueur du présent Traité.

En attendant la promulgation de ces règlements, le Commissariat assure la passation des marchés conformément aux dispositions législatives ou réglementaires en vigueur dans les États membres.

Article 105

Si le Commissariat constate que l'exécution de tout ou partie d'un programme se heurte à des difficultés telles qu'il ne peut être exécuté, par exemple par suite d'une insuffisance dans l'approvisionnement en matières premières, d'un manque d'équipement ou de capacités installées, ou de prix anormalement élevés, ou que son exécution ne peut être assurée dans les délais requis, il doit saisir le Conseil et chercher avec lui les moyens propres à éliminer ces difficultés.

Le Conseil, statuant à l'unanimité, décide, en consultation avec le Commissariat, des mesures à prendre.

A défaut d'une décision unanime du Conseil sur les mesures visées à l'alinéa précédent, le Commissariat, après consultation des gouvernements intéressés, leur adresse des recommandations afin d'assurer le placement et l'exécution des commandes dans les délais prévus au programme et à des prix qui ne soient pas anormalement élevés, en tenant compte de la nécessité de répartir aussi équitablement que possible les charges en résultant entre les économies des États membres. Le Conseil peut, à la majorité des deux tiers, adresser au Commissariat des directives générales relatives à l'établissement de telles recommandations.

Un État membre recevant une telle recommandation peut, dans un délai de dix jours, saisir le Conseil qui statue.

Article 106

Le Commissariat prépare un programme commun de recherche scientifique et technique dans le domaine militaire, ainsi que les modalités d'exécution de ce programme. Celui-ci est soumis à l'approbation du Conseil

§ 6. Bei Rechtsstreitigkeiten aus Aufträgen zwischen der Gemeinschaft und Dritten, die im Gebiet der Mitgliedstaaten ihren Wohnsitz haben, bestimmen sich Rechtsweg, sachliche und örtliche Zuständigkeit und anzuwendendes sachliches Recht wie folgt:

a) bei Liegenschaften und Bauaufträgen nach dem Recht des Ortes der Liegenschaft,

b) bei allen anderen Streitigkeiten: nach dem Recht des Wohnsitzes des Auftragnehmers.

Von diesen Vorschriften, mit Ausnahme derjenigen, die den Rechtsweg und die sachliche Zuständigkeit betreffen, kann durch Parteivereinbarung abgewichen werden.

Das Kommissariat soll solche Vereinbarungen nur treffen, wenn besondere Fälle vorliegen oder wenn es den Streit vor Gerichte der Gemeinschaft bringen will.

§ 7. Stellt das Kommissariat bei der Ausführung der Programme fest, daß Eingriffe der öffentlichen Hand oder Abkommen oder verabredete Praktiken der Unternehmen darauf abzielen, den normalen Wettbewerb zu verfälschen oder erheblich einzuschränken, so ruft es den Rat an; dieser beschließt einstimmig über die geeigneten Abhilfemaßnahmen.

Unter den gleichen Voraussetzungen kann ein Mitgliedstaat den Rat anrufen.

Artikel 104a

Die in §§ 4 und 5 des Artikels 104 vorgesehenen Verordnungen sind dem Rat binnen sechs Monaten nach Inkrafttreten des Vertrages zur Genehmigung vorzulegen.

Bis zum Erlaß dieser Verordnungen vergibt das Kommissariat die Aufträge nach den Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten.

Artikel 105

Stellt das Kommissariat fest, daß sich einem Programm ganz oder zum Teil solche Schwierigkeiten entgegenstellen, daß es nicht ausgeführt werden kann, z. B. wegen ungenügender Versorgung mit Rohstoffen, wegen Mangel an Ausrüstungen oder an verwendungsbereiten Kapazitäten oder infolge überhöhter Preise —, oder daß seine Ausführung nicht innerhalb der vorgeschriebenen Zeitabschnitte erfolgen kann, so sucht es gemeinsam mit dem Rat die geeigneten Mittel zur Beseitigung dieser Schwierigkeiten.

Der Rat entscheidet im Benehmen mit dem Kommissariat einstimmig über die zu ergreifenden Maßnahmen.

Kommt eine einstimmige Entscheidung des Rates über diese Maßnahmen nicht zustande, so richtet das Kommissariat nach Beratung mit den beteiligten Regierungen an diese Empfehlungen, um die Vergebung und Durchführung der Aufträge fristgemäß zu nicht überhöhten Preisen herbeizuführen; es berücksichtigt dabei die Notwendigkeit, die sich ergebenden Belastungen auf die Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten so gerecht wie möglich zu verteilen. Der Rat kann dem Kommissariat mit Zweidrittel-Mehrheit allgemeine Richtlinien über die Erteilung solcher Empfehlungen geben.

Ein Mitgliedstaat, dem eine solche Empfehlung zugeht, kann binnen zehn Tagen den Rat damit befassen; dieser entscheidet.

Artikel 106

Das Kommissariat bereitet ein gemeinsames Programm für die wissenschaftliche und technische Forschung auf militärischem Gebiet sowie für die Art und Weise seiner Ausführung vor. Dieses Programm unterliegt der Ge-

dans les mêmes conditions que les programmes communs d'armement, d'équipement, d'approvisionnement et d'infrastructure des Forces européennes de défense.

Le Commissariat assure l'exécution du programme commun de recherche.

Article 107

§ 1. La production de matériel de guerre, l'importation et l'exportation de matériel de guerre en provenance ou à destination des pays tiers, les mesures intéressant directement les installations destinées à la production de matériel de guerre, ainsi que la fabrication de prototypes et la recherche technique concernant le matériel de guerre sont interdites, sauf autorisations résultant de l'application du paragraphe 3 ci-dessous.

Le présent article s'applique dans le respect des règles du Droit des gens relatives à l'interdiction de l'emploi de certains moyens de guerre.

§ 2. Les catégories de matériel de guerre faisant l'objet des interdictions visées au parapraphe 1 ci-dessus sont définies dans l'annexe I jointe au présent article.

Cette annexe peut être amendée sur avis conforme du Conseil statuant à la majorité des deux tiers, à l'initiative soit du Commissariat, soit d'un membre du Conseil.

§ 3. Le Commissariat définit par voie de règlement les règles de procédure pour l'application du présent article et pour la délivrance d'autorisations de production, d'importation, d'exportation et de mesures intéressant directement les installations destinées à la production de matériel de guerre, ainsi que de fabrication de prototypes et de recherches techniques concernant le matériel de guerre.

§ 4. Pour la délivrance des autorisations par le Commissariat, les dispositions suivantes sont applicables:

a. Le Commissariat ne doit pas accorder d'autorisation en ce qui concerne les rubriques de l'annexe II jointe au présent article dans les régions stratégiquement exposées, sauf décision du Conseil statuant à l'unanimité;

b. Le Commissariat ne délivre d'autorisations relatives à la construction de poudreries nouvelles à des fins militaires qu'à l'intérieur d'un territoire défini par accord entre les Gouvernements des États membres. Il doit assortir de telles autorisations de la désignation d'un contrôleur surveillant en permanence le respect par l'établissement en cause des dispositions du présent article.

La même procédure s'applique aux engins guidés à courte portée pour la défense antiaérienne définis au paragraphe IV (d) de l'annexe II;

c. En ce qui concerne l'exportation, le Commissariat accorde les autorisations s'il estime qu'elles sont compatibles avec les besoins, la sécurité intérieure et les engagements internationaux éventuels de la Communauté;

d. En ce qui concerne la fabrication de prototypes et la recherche technique concernant le matériel de guerre, les autorisations sont accordées, à moins que le Commissariat n'estime que ces fabrications et ces recherches risquent de porter préjudice à la sécurité intérieure de la Communauté et sauf autres directives du Conseil formulées dans les conditions prévues à l'article 39, § 2;

e. Le Commissariat délivre des autorisations générales pour la production, l'importation et l'exportation de matériel de guerre nécessaire aux Forces des États membres ne faisant pas partie des Forces européennes de défense et aux forces des États associés à l'égard desquels les États membres assument des responsabilités de défense. Il établit simultanément un contrôle assurant que les bénéficiaires de ces licences n'y recourent pas au delà de leurs besoins;

f. Le Commissariat délivre des autorisations générales intéressant les produits figurant à l'annexe I, destinés à des fins civiles, et établit simultanément un contrôle assurant que les bénéficiaires de ces licences n'y recourent qu'à ces fins.

nehmigung des Rates nach Maßgabe der Vorschriften über die gemeinsamen Programme für Bewaffnung, Ausrüstung, laufende Versorgung und Wehrbauten der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte.

Das Kommissariat sorgt für die Ausführung des gemeinsamen Forschungsprogrammes.

Artikel 107

§ 1. Die Erzeugung sowie die Ein- und Ausfuhr von Rüstungsmaterial aus und nach dritten Ländern, die Maßnahmen, die sich unmittelbar auf Einrichtungen zur Erzeugung von Rüstungsmaterial beziehen, die Herstellung von Mustern und die angewandte Forschung auf dem Gebiet des Rüstungsmaterials sind verboten, soweit nicht nach § 3 dieses Artikels eine Genehmigung erteilt wird.

Bei der Anwendung dieses Artikels sind die völkerrechtlichen Bestimmungen über das Verbot bestimmter Kriegsmittel zu beachten.

§ 2. Die Gruppen von Rüstungsmaterial, die unter das Verbot des § 1 fallen, sind in der beigefügten Anlage I bezeichnet.

Diese Anlage kann auf Initiative des Kommissariats oder eines Mitgliedes des Rates mit Zustimmung einer Zweidrittel-Mehrheit des Rates geändert werden.

§ 3. Das Kommissariat erläßt im Verordnungswege die Verfahrensvorschriften über die Anwendung dieses Artikels und über die Ausstellung der Genehmigungen für Erzeugung, Ein- und Ausfuhr, für Maßnahmen, die sich unmittelbar auf die Einrichtungen zur Erzeugung von Rüstungsmaterial beziehen, sowie für die Herstellung von Mustern und die angewandte Forschung auf dem Gebiete des Rüstungsmaterials.

§ 4. Für die Ausstellung von Genehmigungen durch das Kommissariat gelten folgende Bestimmungen:

a) Das Kommissariat darf für strategisch gefährdete Gebiete keine Genehmigung hinsichtlich der in der anliegenden Anlage II erwähnten Waffengruppen erteilen, falls der Rat dies nicht einstimmig beschließt.

b) Das Kommissariat erteilt Genehmigungen für die Errichtung von neuen Pulverfabriken für militärische Zwecke nur innerhalb eines durch Abkommen zwischen den Regierungen der Mitgliedstaaten festgelegten Gebietes. Es erteilt diese Genehmigungen unter der Bedingung, daß ein Aufsichtsbeamter ernannt wird, der die Einhaltung der Bestimmungen dieses Artikels durch das betreffende Unternehmen laufend überwacht.

Dasselbe Verfahren soll auf ferngelenkte Geschosse mit kurzer Reichweite für Luftabwehr angewendet werden, wie sie in der Ziffer IV (d) der Anlage II definiert sind.

c) Das Kommissariat erteilt Ausfuhrgenehmigungen, wenn diese nach seinem Dafürhalten mit dem Bedarf, der inneren Sicherheit und etwaigen zwischenstaatlichen Verpflichtungen der Gemeinschaft vereinbar sind.

d) Das Kommissariat erteilt Genehmigungen für die Herstellung von Mustern und die angewandte Forschung auf dem Gebiete des Rüstungsmaterials, es sei denn, daß nach seinem Dafürhalten diese Herstellungs- und Forschungsarbeiten die innere Sicherheit der Gemeinschaft gefährden, oder daß der Rat gemäß Artikel 39 § 2 andere Richtlinien gibt.

e) Das Kommissariat erteilt allgemeine Genehmigungen für die Erzeugung und die Ein- und Ausfuhr von Rüstungsmaterial zur Ausrüstung derjenigen Streitkräfte der Mitgliedstaaten, die nicht Teile der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte sind und für die Streitkräfte der verbündeten Staaten, gegenüber denen die Mitgliedstaaten die Verteidigungspflicht übernommen haben. Es sorgt gleichzeitig für eine Kontrolle, die eine über den Bedarf hinausgehende Ausnutzung dieser Genehmigungen durch die Begünstigten ausschließt.

f) Das Kommissariat erteilt allgemeine Genehmigungen hinsichtlich der Erzeugnisse, die in Anlage I aufgeführt und für zivile Zwecke bestimmt sind. Es sorgt gleichzeitig für eine Kontrolle, die eine über den Bedarf hinausgehende Ausnutzung dieser Genehmigungen durch die Begünstigten ausschließt.

§ 5. Les règlements prévus au paragraphe 3 ci-dessus sont arrêtés par le Commissariat sur avis conforme du Conseil statuant à la majorité des deux tiers. Ils peuvent être amendés sur avis conforme du Conseil statuant à la majorité des deux tiers, à l'initiative soit du Commissariat, soit d'un membre du Conseil.

§ 6. A la requête du Commissariat, la Cour peut, dans les conditions fixées par le Statut juridictionnel prévu à l'article 67, prononcer contre les personnes ou les entreprises qui contreviendraient aux dispositions du présent article:

— pour ce qui concerne la production, l'importation et l'exportation du matériel de guerre, des amendes et des astreintes dont le montant ne peut excéder cinquante fois la valeur des produits en cause, ce montant maximum pouvant être, dans les cas particulièrement graves ou de récidive, soit doublé, soit porté à l'équivalent en monnaie nationale de 1 million d'unités de compte;

— pour ce qui concerne la recherche technique, la fabrication de prototypes et les mesures tendant directement à la production de matériel de guerre, des amendes d'un montant maximum correspondant à l'équivalent en monnaie nationale de 100.000 unités de compte, ce montant pouvant être porté à l'équivalent en monnaie nationale de 1 million d'unités de compte dans les cas particulièrement graves ou de récidive.

§ 5. Die in vorstehendem § 3 vorgesehenen Verordnungen werden vom Kommissariat mit Zustimmung einer Zweidrittel-Mehrheit des Rates erlassen. Sie können auf Initiative des Kommissariates oder eines Mitgliedes des Rates mit Zustimmung einer Zweidrittel-Mehrheit des Rates geändert werden.

§ 6. Auf Antrag des Kommissariates kann der Gerichtshof nach Maßgabe der in Art. 67 vorgesehenen Gerichtsordnung gegen Personen oder Unternehmen, die den Bestimmungen dieses Artikels zuwiderhandeln, wie folgt erkennen:

— soweit es sich um Erzeugung, Ein- oder Ausfuhr von Rüstungsmaterial handelt: auf Geldbußen und Zwangsgelder bis zum Höchstbetrag des fünfzigfachen Wertes des Erzeugnisses; dieser Höchstbetrag kann in besonders schweren Fällen oder in Wiederholungsfällen entweder verdoppelt oder bis auf den Gegenwert von 1 Million Rechnungseinheiten in nationaler Währung erhöht werden;

— soweit es sich um angewandte Forschung, die Herstellung von Mustern und um Maßnahmen handelt, die unmittelbar auf die Erzeugung von Rüstungsmaterial abzielen: auf Geldbußen bis zu einem Höchstbetrag, der in nationaler Währung dem Gegenwert von 100 000 Rechnungseinheiten entspricht; dieser Betrag kann in besonders schweren Fällen oder in Wiederholungsfällen auf den Gegenwert von 1 Million Rechnungseinheiten in nationaler Währung erhöht werden.

ANNEXE I

à l'Article 107

1. *Armes de guerre.*
   a. Armes à feu portatives, à l'exception des armes de chasse et des armes de calibre inférieur à 7 mm.
   b. Mitrailleuses.
   c Armes anti-chars.
   d. Pièces d'artillerie et mortiers.
   e. Armes antiaériennes (D. C. A.).
   f. Appareils émetteurs de brouillard, de gaz et de flammes.
2. *Munitions et fusées de toutes sortes à usage militaire.*
   a. Munitions pour armes de guerre définies au paragraphe 1 ci-dessus, et grenades.
   b. Engins auto-propulsés.
   c. Torpilles de toutes sortes.
   d. Mines de toutes sortes.
   e. Bombes de toutes sortes.
3. *Poudres, explosifs y compris les substances essentiellement utilisables pour la propulsion par fusées, à usages militaires.*

   Seront exemptés les produits à usages principalement civils et notamment:

   Compositions pyrotechniques;

   Explosifs d'amorçage:

   Fulminate de mercure;

   Azoture de plomb;

   Trinitrorésorcinate de plomb (Styphnate);

   Tétrazène;

   Explosifs chloratés;

   Explosifs nitratés au dinitrotoluène ou à la dinitronaphtaline;

   Nitrocellulose;

   Poudres noires;

   Eau oxygénée à concentration inférieure à 60 p. 100;

   Acide nitrique à concentration inférieure à 99 p. 100;

   Hydrate d'hydrazine à concentration inférieure à 30 p. 100.

ANLAGE I

Zu Artikel 107

1. *Kriegswaffen.*
   a) Handfeuerwaffen mit Ausnahme von Jagdwaffen und Waffen mit einem Kaliber unter 7 mm
   b) Maschinengewehre
   c) Panzerabwehrwaffen
   d) Geschütze und Granatwerfer
   e) Flugabwehrwaffen
   f) Nebel-, Kampfstoff- und Flammenwerfer
2. *Munition und Zünder aller Art für militärischen Gebrauch.*
   a) Munition für Kriegswaffen, wie sie in Ziff. 1 oben bestimmt sind, sowie Granaten
   b) Geschosse mit Eigenantrieb
   c) Torpedos aller Art
   d) Minen aller Art
   e) Bomben aller Art
3. *Pulver, Sprengstoffe einschließlich solcher Stoffe, die im wesentlichen brauchbar sind für den Antrieb von Raketen, für militärischen Gebrauch.*

   Hiervon sind ausgenommen die Erzeugnisse für hauptsächlich zivilen Gebrauch und besonders:

   Pyrotechnische Sätze

   Sprengstoffe für Zündungen:

   Knallquecksilber

   Bleiazid

   Bleitrinitroresorzinat (Styphnat)

   Tetrazen

   Chloratsprengstoffe

   Nitratsprengstoffe auf Basis Dinitrotoluol oder Dinitronaphthalin

   Nitrozellulose

   Schwarzpulver

   Wasserstoffsuperoxyd von einer Konzentration unter 60 %

   Salpetersäure von einer Konzentration unter 99 %

   Hydrazinhydrat von einer Konzentration unter 30 %

4. *Matériel blindé.*
   a. Chars de combat.
   b. Véhicules blindés.
   c. Trains blindés.
5. *Navires de guerre de tous types.*
6. *Avions militaires de tous types.*
7. *Armes atomiques.* } *suivant les définitions données à l'annexe II ci-dessous*
8. *Armes biologiques.* (1) } *suivant les définitions données à l'annexe II ci-dessous*
9. *Armes chimiques.* (1) } *suivant les définitions données à l'annexe II ci-dessous*
10. *Pièces constitutives ne pouvant être utilisées qu'à la construction de l'un des objets énumérés dans les groupes 1, 2, 4, 5, 6 ci-dessus* (2).
11. *Machines ne pouvant être utilisées que pour la fabrication de l'un des objets énumérés dans les groupes 1, 2, 4, 5, 6 ci-dessus* (2).

ANNEXE II

à l'Article 107

La présente annexe est considérée comme comprenant les armes définies aux paragraphes I à VI ci-après et les moyens de production spécialement conçus pour la production de ces armes. Toutefois, les dispositions des paragraphes II à VI de cette annexe sont considérées comme excluant tout dispositif ou partie constituante, appareil, moyen de production, produit et organisme utilisé pour des besoins civils ou servant à la recherche scientifique, médicale et industrielle dans les domaines de la science fondamentale et de la science appliquée.

I. Arme atomique

a. L'arme atomique est définie comme toute arme qui contient, ou est conçue pour contenir ou utiliser, un combustible nucléaire ou des isotopes radio-actifs et qui, par explosion ou autre transformation nucléaire non contrôlée ou par radio-activité du combustible nucléaire ou des isotopes radio-actifs, est capable de destruction massive, dommages généralisés ou empoisonnements massifs.

b. Est en outre considéré comme arme atomique toute pièce, tout dispositif, toute partie constituante ou toute substance, spécialement conçu ou essentiel pour une arme définie au paragraphe *a.*

c. Toute quantité de combustible nucléaire produite au cours d'une année quelconque en quantité supérieure à 500 grammes sera considérée comme substance spécialement conçue ou d'utilité essentielle pour des armes atomiques.

d. Sont compris dans le terme « combustible nucléaire » tel qu'il est utilisé dans la précédente définition, le plutonium, l'uranium 233, l'uranium 235 (y compris l'uranium 235 contenu dans l'uranium enrichi à plus de 2,1 p. 100 en poids d'uranium 235) et toute autre substance capable de libérer des quantités appréciables d'énergie atomique par fission nucléaire ou par fusion ou par une autre réaction nucléaire de la substance. Les substances ci-dessus doivent être considérées comme combustible nucléaire, quel que soit l'état chimique ou physique sous lequel elles se trouvent.

II. Arme chimique

a. L'arme chimique est définie comme tout équipement ou appareil spécialement conçu pour l'utilisation à des fins militaires des propriétés asphyxiantes, toxiques, irritantes, paralysantes, régulatrices de croissance, antilubrifiantes ou catalytiques d'une substance chimique quelconque.

(1) Le Commissariat peut exempter des autorisations requises les substances chimiques et biologiques dont l'usage est principalement civil. S'il estime ne pouvoir accorder ces exemptions, le contrôle exercé par lui porte uniquement sur les emplois.

(2) La fabrication de prototypes et la recherche technique intéressant les matériels visés aux groupes 10 et 11 ci-dessus ne tombent pas sous le coup des dispositions de l'article 107.

4. *Panzermaterial.*
   a) Panzerkampfwagen
   b) Gepanzerte Fahrzeuge
   c) Panzerzüge
5. *Kriegsschiffe aller Typen.*
6. *Militärflugzeuge aller Typen.*
7. *Atomwaffen.* } gemäß den Definitionen der Anlage II unten
8. *Biologische Waffen.* [1]) } gemäß den Definitionen der Anlage II unten
9. *Chemische Waffen.* [1]) } gemäß den Definitionen der Anlage II unten
10. *Einzelteile, die ausschließlich für die Herstellung eines der in den Gruppen 1, 2, 4, 5, 6 unten genannten Gegenstandes verwendet werden können.* [2])
11. *Maschinen, die ausschließlich für die Fabrikation eines der in den Gruppen 1, 2, 4, 5, 6 unten genannten Gegenstandes verwendet werden können.* [2])

ANLAGE II

Zu Artikel 107

Diese Anlage umfaßt die nachstehend in I—VI definierten Waffen und die eigens für ihre Produktion entworfenen Einrichtungen. Die Bestimmungen der Artikel II—VI dieser Anlage schließen jedoch alle Vorrichtungen, Teile, Geräte, Einrichtungen, Substanzen und Organismen aus, die für zivile Zwecke verwandt werden oder der Forschung für wissenschaftliche, medizinische und industrielle Zwecke auf den Gebieten der reinen und angewandten Wissenschaft dienen.

I. Die Atomwaffe

(a) Als Atomwaffe gilt jede Waffe, die Kernbrennstoffe oder radioaktive Isotope enthält oder entworfen ist, sie zu enthalten oder zu verwenden und welche — durch Explosion oder andere ungeregelte Kernumwandlung des Kernbrennstoffes oder durch Radioaktivität des Kernbrennstoffes oder radioaktive Isotope — Massenzerstörungen, Massenschaden oder Massenvergiftung hervorrufen kann.

(b) Als Atomwaffe gilt ferner jeder Teil, jede Vorrichtung, jedes Aggregat oder Material, welches eigens für eine unter (a) aufgeführte Waffe entworfen oder in erster Linie in ihr verwendbar ist.

(c) Als eigens für Atomwaffen entworfenes oder in erster Linie dafür verwendbares Material gilt jede 500 g überschreitende Menge von Kernbrennstoff, die im Laufe eines Jahres hergestellt wird.

(d) Als Kernbrennstoff gemäß der vorangehenden Definition gilt Plutonium, U 233, U 235 (einschließlich U 235, welches in Uran enthalten ist, das mit mehr als 2,1 Gewichtsprozent U 235 angereichert wurde) sowie jedes andere Material, welches geeignet ist, beträchtliche Mengen Atomenergie durch Kernspaltung oder -vereinigung oder eine andere Kernreaktion des Materials freizumachen. Die vorstehenden Materialien werden als Kernbrennstoff angesehen, einerlei in welchem chemischen oder physikalischen Zustand sie vorliegen.

II. Die chemische Waffe

(a) Als chemische Waffe gilt jede Einrichtung oder jedes Gerät, welches eigens entworfen wurde, um für militärische Zwecke die erstickenden, toxischen, reizerregenden, lähmenden, wachstumsregelnden, die Schmierwirkung zerstörenden und katalytischen Eigenschaften irgendeiner chemischen Substanz auszunutzen.

[1]) Das Kommissariat kann die chemischen und biologischen Substanzen, die hauptsächlich dem zivilen Gebrauch dienen, von der Genehmigungspflicht befreien. Ist es der Ansicht, diese Befreiung nicht gewähren zu können, so beschränkt sich eine Kontrolle auf die Verwendung.

[2]) Die Herstellung von Mustern sowie die technische Forschung hinsichtlich der in § 10 und § 11 aufgeführten Gegenstände fallen nicht unter die Vorschriften des Artikels 107.

b. Sous réserve des dispositions du paragraphe *c*, les produits chimiques ayant de telles propriétés et susceptibles d'être utilisés dans les équipements ou appareils mentionnés dans le paragraphe *a* sont considérés comme compris dans cette définition.

c. Les appareils et les quantités de produits chimiques mentionnés dans les paragraphes *a* et *b* qui n'excèdent pas les besoins civils du temps de paix sont considérés comme exclus de cette définition.

(b) Mit der unter (c) gemachten Einschränkung sind chemische Substanzen, die derartige Eigenschaften besitzen und für die Verwendung in Einrichtungen und Geräten gemäß (a) in Frage kommen, in dieser Definition einbegriffen.

(c) Von dieser Definition sind ausgenommen Einrichtungen oder Geräte sowie solche Mengen der chemischen Substanzen, die unter (a) und (b) aufgeführt und für den zivilen Friedensbedarf erforderlich sind.

III. Arme biologique

a. L'arme biologique est définie comme tout équipement ou appareil spécialement conçu pour utiliser à des fins militaires des insectes nuisibles ou d'autres organismes vivants ou morts ou leurs produits toxiques.

b. Sous réserve des dispositions du paragraphe *c*, les insectes, organismes et leurs produits toxiques, de nature et en quantité telle qu'ils puissent être utilisés dans les équipements ou appareils mentionnés dans le paragraphe *a*, sont considérés comme compris dans cette définition.

c. Les équipements, les appareils et les quantités d'insectes, organismes et leurs produits toxiques mentionnés dans les paragraphes *a* et *b* qui n'excèdent pas les besoins civils du temps de paix sont considérés comme exclus de cette définition.

III. Die biologische Waffe

(a) Als biologische Waffe gilt jede Einrichtung oder jedes Gerät, welche(s) eigens entworfen wurde, um für militärische Zwecke schädliche Insekten oder andere lebende oder tote Organismen oder ihre toxischen Produkte zu verwenden.

(b) Mit der in (c) gemachten Einschränkung sind in dieser Definition Insekten, Organismen und ihre toxischen Produkte eingeschlossen, soweit sie der Art und Menge nach für die Verwendung in den unter (a) aufgeführten Einrichtungen oder Geräten in Frage kommen.

(c) Von dieser Definition sind ausgenommen Einrichtungen oder Geräte und solche Mengen von Insekten, Organismen und ihre toxischen Produkte, wie unter (a) und (b) aufgeführt, die für den zivilen Friedensbedarf erforderlich sind.

IV. Engins à longue portée, engins guidés et mines à influence

a. Sous réserve des dispositions du paragraphe *d*, les engins à longue portée et les engins guidés sont définis comme des engins tels que leur vitesse ou leur direction de marche puisse être influencée après le moment du lancement par un dispositif ou mécanisme placé à l'intérieur ou à l'extérieur de l'engin, y compris les armes du type V mises au point au cours de la dernière guerre et leurs modifications ultérieures. La combustion est considérée comme un mécanisme qui peut influencer la vitesse.

b. Sous réserve des dispositions du paragraphe *d*, les mines à influence sont définies comme des mines navales dont l'explosion peut être déclenchée automatiquement par des influences qui émanent seulement de sources extérieures, y compris les mines à influence mises au point au cours de la récente guerre, et leurs modifications ultérieures.

c. Les pièces, dispositifs ou parties constituantes spécialement conçus pour être employés dans ou avec les armes mentionnées dans les paragraphes *a* et *b* sont considérés comme inclus dans cette définition.

d. Sont considérés comme exclus de cette définition les fusées de proximité et les engins guidés à courte portée pour la défense antiaérienne répondant aux caractéristiques maxima suivantes:

- longueur, 2 mètres;
- diamètre, 30 centimètres;
- vitesse, 660 mètres-seconde;
- portée, 32 kilomètres;
- poids de l'ogive et de la charge explosive, 22,5 kilogrammes.

IV. Weittragende Geschosse, gelenkte Geschosse und Influenz-Minen

(a) Mit der unter (d) gemachten Einschränkung gelten als weittragende Geschosse und gelenkte Geschosse Geschosse, die so beschaffen sind, daß die Geschwindigkeit oder die Bewegungsrichtung nach dem Augenblick des Abschusses durch eine Vorrichtung oder einen Mechanismus innerhalb oder außerhalb des Geschosses beeinflußt werden kann. Hierin sind die Waffen der V-Bauart, die während des letzten Krieges entwickelt wurden, und ihre weiteren Abwandlungen eingeschlossen. Die Verbrennung wird als ein Mechanismus betrachtet, der in der Lage ist, die Geschwindigkeit zu beeinflussen.

(b) Mit der unter (d) gemachten Einschränkung gelten als Influenzminen solche Seeminen, deren Explosion selbsttätig durch allein von außen kommende Einflüsse ausgelöst werden kann. Hierin sind Influenzminen, die während des letzten Krieges entwickelt wurden, und ihre weiteren Abwandlungen eingeschlossen.

(c) In diese Definition sind eingeschlossen Teile, Vorrichtungen oder Aggregate, die eigens für die Verwendung in oder zusammen mit den unter (a) und (b) aufgeführten Waffen entworfen sind.

(d) Von dieser Definition sind ausgenommen die Annäherungszünder und gelenkten Geschosse mit kurzer Reichweite für die Luftabwehr, die folgende Merkmale nicht überschreiten:

— Länge	2 m
— Durchmesser	30 cm
— Geschwindigkeit	660 m/sec.
— Reichweite	32 km
— Gewicht des Sprengkopfs einschließlich Füllung	22,5 kg

V. Navires de guerre autres que les petits bâtiments défensifs

Par navires de guerre autres que les petits bâtiments défensifs, il faut entendre:

a. les navires de guerre d'un déplacement supérieur à 1.500 tonnes;

b. les sous-marins;

c. les navires de guerre propulsés autrement que par des machines à vapeur, par les moteurs Diesel ou à essence, par les turbines à gaz ou les moteurs à réaction.

V. Kriegsschiffe mit Ausnahme von kleineren Schiffen für Verteidigungszwecke

Als Kriegsschiffe mit Ausnahme von kleineren Schiffen für Verteidigungszwecke gelten:

(a) Kriegsschiffe mit mehr als 1500 t Wasserverdrängung.

(b) Unterseeboote.

(c) Alle Kriegsschiffe, die in anderer Weise als durch Dampf-, Diesel- oder Benzinmotore oder Gasturbinen oder Strahltriebwerke angetrieben werden.

VI. Aéronefs militaires

Sont compris sous ce terme, les aéronefs militaires et les parties constituantes suivantes:

a. cellules: armatures de section centrale, armatures d'ailes, longerons;

b. moteurs à réaction: rotors de turbo-compresseurs, disques de turbines, brûleurs, rotors de compresseurs à écoulement axial;

c. moteurs à pistons: blocs cylindres, rotors de turbo-compresseurs.

Article 107 bis

Les règlements prévus au paragraphe 3 de l'article 107 ci-dessus, seront soumis au Conseil dans un délai de trois mois à dater de l'entrée en vigueur du présent Traité. Entre temps, le Commissariat accordera les autorisations appropriées.

Article 108

§ 1. Sans préjudice des dispositions de l'article 114 ci-après, le Commissariat peut, pour ce qui concerne les matériels de guerre définis dans les annexes à l'article 107 ci-dessus, demander directement aux entreprises en cause les informations nécessaires à l'accomplissement de sa mission, en tenant informés les Gouvernements intéressés.

Il peut faire procéder par ses agents aux vérifications nécessaires.

§ 2. A la requête du Commissariat, la Cour peut, dans les conditions fixées par le Statut juridictionnel prévu à l'article 67, prononcer à l'encontre de celles de ces entreprises qui se soustrairaient aux obligations résultant pour elles des décisions prises en application des dispositions du présent article, ou qui fourniraient sciemment des informations fausses, des amendes dont le montant maximum sera de 1 % du chiffre d'affaires annuel et des astreintes dont le montant maximum sera de 5 % du chiffre d'affaires journalier moyen par jour de retard.

Article 109

Un Comité Consultatif est constitué auprès du Commissariat afin de l'aider dans l'accomplissement des tâches visées aux articles 101 et 102 ci-dessus. Il est composé de vingt membres au moins et de trente-quatre membres au plus. Il comprend notamment des représentants des producteurs et des représentants des travailleurs; ces représentants sont en nombre égal pour les producteurs d'une part, et pour les travailleurs d'autre part.

Le Comité comprend des nationaux de chacun des États membres.

Les membres du Comité Consultatif sont nommés, à titre personnel et pour deux ans, par le Conseil, à la majorité des deux tiers. Ils ne sont liés par aucun mandat ou instruction.

Le Comité Consultatif désigne parmi ses membres son Président et son bureau pour une durée d'un an. Il arrête son règlement intérieur.

Les indemnités allouées aux membres du Comité Consultatif sont fixées par le Conseil, sur proposition du Commissariat.

Article 110

Le Comité Consultatif est consulté par le Commissariat sur les problèmes de nature économique et sociale posés par la préparation ou l'exécution des programmes communs d'armement, d'équipement, d'approvisionnement et d'infrastructure. Le Commissariat comunique au Comité Consultatif les informations utiles à ses délibérations.

Le Comité Consultatif est convoqué par son Président à la demande du Commissariat.

Le procès-verbal des délibérations du Comité Consultatif est transmis au Commissariat et au Conseil en même temps que les avis du Comité.

VI. Militärflugzeuge

Dieser Ausdruck umfaßt die Militärflugzeuge und deren Teile, wie nachfolgend aufgeführt:

(a) Flugzeugzellen: Rumpfmittelstücke, Flügelprofilspanten, Längsholme.

(b) Strahltriebwerke: Zentrifugallader, Turbinenscheiben, Brenndüsen, Hauptwellen für Axialverdichter.

(c) Kolbenmotoren: Zylinderblöcke, Laderlaufräder.

Artikel 107a

Die in § 3 des Artikels 107 vorgesehenen Verordnungen sind dem Rat binnen drei Monaten nach Inkrafttreten des Vertrages vorzulegen. In der Zwischenzeit erteilt das Kommissariat die einschlägigen Genehmigungen.

Artikel 108

§ 1. Unbeschadet des Artikels 114 kann das Kommissariat hinsichtlich des in den Anlagen zu Artikel 107 aufgezählten Kriegsmaterials unmittelbar von den betroffenen Unternehmen die zur Erfüllung seiner Aufgaben notwendigen Auskünfte verlangen; es muß dabei die in Frage kommenden Regierungen unterrichten.

Es kann durch seine Beamten die notwendigen Überprüfungen vornehmen lassen.

§ 2. Der Gerichtshof kann auf Antrag des Kommissariates nach Maßgabe der in Artikel 67 vorgesehenen Gerichtsordnung gegen Unternehmen, die ihren Verpflichtungen aus Entscheidungen im Rahmen dieses Artikels nicht nachkommen oder die wissentlich falsche Auskünfte geben, auf Geldbußen bis zu höchstens 1 % des Jahresumsatzes und auf Zwangsgelder bis zu höchstens 5 % des täglichen durchschnittlichen Umsatzes für jeden Verspätungstag erkennen.

Artikel 109

Zur Unterstützung des Kommissariates bei den in Artikel 101 und 102 bezeichneten Aufgaben wird bei dem Kommissariat ein Beratender Ausschuß gebildet. Dieser besteht aus mindestens 20 und höchstens 34 Mitgliedern; er umfaßt insbesondere Vertreter der Erzeuger und der Arbeitnehmer. Die Vertreter der Erzeuger einerseits und der Arbeitnehmer andererseits sind an Zahl gleich.

Der Ausschuß umfaßt Staatsangehörige jedes Mitgliedstaates.

Die Mitglieder des Beratenden Ausschusses werden vom Rat mit Zweidrittel-Mehrheit persönlich und auf zwei Jahre ernannt. Sie sind an keinerlei Auftrag oder Weisung gebunden.

Der Beratende Ausschuß bestimmt aus seinen Mitgliedern seinen Präsidenten und sein Büro für die Dauer eines Jahres. Er gibt sich eine Geschäftsordnung.

Die den Mitgliedern des Beratenden Ausschusses zu gewährenden Vergütungen werden vom Rat auf Vorschlag des Kommissariates festgesetzt.

Artikel 110

Der Beratende Ausschuß wird vom Kommissariat zu Fragen wirtschaftlicher und sozialer Art gehört, die sich aus der Vorbereitung oder aus der Durchführung der gemeinsamen Programme für Bewaffnung, Ausrüstung, laufende Versorgung und Wehrbauten ergeben. Das Kommissariat stellt dem Beratenden Ausschuß die für seine Beratungen dienlichen Auskünfte zur Verfügung.

Der Beratende Ausschuß wird durch seinen Präsidenten auf Antrag des Kommissariates einberufen.

Die Beratungsniederschriften des Beratenden Ausschusses werden dem Kommissariat und dem Rat gleichzeitig mit den Stellungnahmen des Beratenden Ausschusses übersandt.

Article 111

Le Commissariat, en consultation avec les Gouvernements des États membres, prépare des plans relatifs à la mobilisations des ressources économiques des États membres.

Artikel 111

Das Kommissariat bereitet im Benehmen mit den Regierungen der Mitgliedstaaten Pläne für die wirtschaftliche Mobilmachung der Mitgliedstaaten vor.

TITRE VI

Dispositions générales

Article 112

Les États membres s'engagent à prendre toutes mesures générales ou particulières propres à assurer l'exécution des obligations résultant des décisions et recommandations des institutions de la Communauté et à faciliter à celle-ci l'accomplissement de sa mission.

Les États membres s'engagent à s'abstenir de toute mesure incompatible avec les dispositions du présent Traité.

Article 113

Toutes les institutions et tous les services de la Communauté et des États membres collaborent étroitement en ce qui concerne les questions d'intérêt commun.

Ils se prêtent une aide mutuelle en matière administrative et judiciaire, dans des conditions qui seront définies par des accords ultérieurs.

Article 114

§ 1. Les États membres s'engagent à mettre à la disposition du Commissariat toutes informations nécessaires à l'accomplissement de sa mission. Le Commissariat peut demander aux Gouvernements de faire procéder aux vérifications nécessaires. Sur la demande motivée du Commissariat, ses agents peuvent participer aux opérations de vérifications.

Le Conseil statuant à la majorité des deux tiers peut formuler des directives générales relatives à l'application de l'alinéa précédent.

Si un État membre estime que les informations qui lui sont demandées par le Commissariat ne sont pas nécessaires à l'accomplissement de la mission de celui-ci, il peut, dans un délai de dix jours, saisir la Cour, qui statue d'urgence. Le recours est suspensif.

§ 2. Les institutions de la Communauté, leurs membres et agents sont tenus de ne pas divulguer les informations qui, par leur nature, sont couvertes soit par le secret professionnel, soit par le secret militaire.

Toute violation desdits secrets ayant causé un dommage peut faire l'objet d'une action en indemnité devant la Cour.

Article 115

Dans la limite des compétences du Commissariat, les agents chargés par lui de missions de contrôle disposent, à l'égard des particuliers, des entreprises privées ou publiques sur le territoire des États membres et dans toute la mesure nécessaire à l'accomplissement de leur mission, des droits et pouvoirs dévolus par les législations de ces États aux agents des administrations dont la compétence est comparable. La mission de contrôle et la qualité des agents chargés de cette mission sont dûment notifiées à l'État intéressé.

Les agents de l'État intéressé peuvent, à la demande de celui-ci ou du Commissariat, participer aux opérations de vérification.

TITEL VI

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 112

Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, alle allgemeinen oder besonderen Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, die Ausführung der Verpflichtungen aus den Entscheidungen und Empfehlungen der Organe der Gemeinschaft zu sichern und der Gemeinschaft die Erfüllung ihrer Aufgaben zu erleichtern.

Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, jede Maßnahme zu unterlassen, die mit den Vorschriften dieses Vertrages unvereinbar ist.

Artikel 113

Alle Organe und alle Dienststellen der Gemeinschaft und der Mitgliedstaaten arbeiten in Fragen gemeinsamen Interesses eng miteinander zusammen.

Sie leisten sich gegenseitige Amts- und Rechtshilfe; das nähere wird durch spätere Abkommen bestimmt.

Artikel 114

§ 1. Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, dem Kommissariat alle für die Erfüllung seiner Aufgaben notwendigen Auskünfte zur Verfügung zu stellen. Das Kommissariat kann die Regierungen ersuchen, die notwendigen Nachprüfungen vornehmen zu lassen. Auf einen mit Begründung versehenen Antrag des Kommissariates können seine Beamten an den Nachprüfungsarbeiten teilnehmen.

Der Rat kann für die Anwendung des vorstehenden Absatzes mit Zweidrittel-Mehrheit allgemeine Richtlinien erteilen.

Ist ein Mitgliedstaat der Auffassung, daß von ihm verlangte Auskünfte zur Erfüllung der Aufgabe des Kommissariates nicht notwendig sind, kann er binnen zehn Tagen den Gerichtshof anrufen. Dieser entscheidet beschleunigt. Die Anrufung hat aufschiebende Wirkung.

§ 2. Die Organe der Gemeinschaft, ihre Mitglieder und die in ihrem Dienst stehenden Personen sind verpflichtet, Auskünfte, die ihrem Wesen nach unter das Dienstgeheimnis oder das militärische Geheimnis fallen, nicht bekanntzugeben.

Wer durch die Verletzung dieser Geheimhaltungsvorschriften Schaden erlitten hat, kann bei dem Gerichtshof auf Schadenersatz klagen.

Artikel 115

Im Rahmen der Zuständigkeit des Kommissariates besitzen die von ihm mit der Durchführung von Kontrollaufgaben beauftragten Beamten auf dem Gebiet der Mitgliedstaaten im vollen zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Umfange gegenüber Einzelpersonen, privaten oder öffentlichen Unternehmungen die Rechte und Befugnisse, die nach der Gesetzgebung dieser Staaten den Beamten von Verwaltungen mit entsprechender Zuständigkeit zustehen. Kontrollaufgabe und Stellung der mit ihrer Durchführung beauftragten Personen sind dem beteiligten Staat ordnungsgemäß bekanntzugeben.

Beamte dieses Staates können auf seinen Antrag oder auf Antrag des Kommissariates an der Durchführung der Kontrollaufgaben teilnehmen.

Article 116

La Communauté jouit, sur les territoires des États membres, des immunités et privilèges nécessaires pour remplir sa mission, dans les conditions à définir par une convention entre les États membres.

Article 117

Si le Commissariat estime qu'un État membre a manqué à une obligation qui lui incombe en vertu du présent Traité, il en fait part à cet État et l'invite à formuler ses observations; celles-ci doivent être présentées dans un délai d'un mois.

Si, à l'expiration d'un délai additionnel d'un mois, il subsiste une divergence de vues, le Commissariat ou l'État en cause peut saisir la Cour. Celle-ci doit statuer d'urgence.

La décision de la Cour est notifiée au Conseil.

Article 118

Le siège des institutions de la Communauté est fixé du commun accord des Gouvernements des États membres.

Article 119

Le régime linguistique des institutions de la Communauté sera fixé, sans préjudice des dispositions du titre V du Protocole militaire, par décision du Conseil statuant à l'unanimité.

Article 120

§ 1. Le présent Traité est applicable aux territoires européens des États membres.

§ 2. Par décision du Commissariat, sur avis conforme du Conseil statuant à l'unanimité:

a. des formations des Forces européennes de défense peuvent être stationnées, avec l'accord du Commandant Suprême compétent relevant de l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord, sur des territoires situés dans la région définie à l'article 6 du Traité de l'Atlantique Nord et non compris dans les territoires visés au paragraphe 1 du présent article;

b. des écoles, établissements et centres d'entraînement de la Communauté peuvent être installés sur des territoires autres que ceux visés au paragraphe 1, et situés dans la région définie à l'alinéa *a* du présent paragraphe, ou en Afrique au nord du tropique du Cancer.

§ 3. En vertu d'une décision à cet effet, prise par le Conseil, statuant à l'unanimité, après approbation parlementaire, en tant que de besoin, suivant les règles constitutionnelles de chaque État membre:

— des formations des Forces européennes de défense peuvent être stationnées sur des territoires autres que ceux visés au paragraphe 1 et au paragraphe 2 alinéa *a*;

— des écoles, établissements et centres d'entraînement de la Communauté peuvent être stationnés sur des territoires autres que ceux visés au paragraphe 1 et au paragraphe 2 alinéa *b*.

Cette décision est prise après consultation avec le Conseil de l'Atlantique Nord et avec l'accord du Commandant Suprême compétent relevant de l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord.

§ 4. Un État membre est autorisé à recruter, pour les besoins du contingent qu'il fournit aux Forces européennes de défense, dans les territoires non visés au paragraphe 1 du présent article, mais relevant de son autorité ou pour lesquels il assume la responsabilité internationale.

Article 121

Les États membres assument l'obligation de ne souscrire aucun engagement international en contradiction avec le présent Traité.

Artikel 116

Die Gemeinschaft genießt nach den Bestimmungen eines Zusatzabkommens in den Gebieten der Mitgliedstaaten die Immunitäten und Vorrechte, die zur Erfüllung ihrer Aufgabe erforderlich sind.

Artikel 117

Ist das Kommissariat der Auffassung, daß ein Mitgliedstaat einer ihm nach diesem Vertrage obliegenden Verpflichtung nicht nachgekommen ist, so setzt es diesen Staat hiervon in Kenntnis und fordert ihn zur Stellungnahme auf; diese ist binnen eines Monates abzugeben.

Besteht nach Ablauf eines weiteren Monates noch eine Meinungsverschiedenheit, so kann das Kommissariat oder der betreffende Staat den Gerichtshof anrufen. Dieser entscheidet beschleunigt.

Die Entscheidung des Gerichtshofes wird dem Rat zugestellt.

Artikel 118

Der Sitz der Organe der Gemeinschaft wird durch gemeinsames Übereinkommen der Regierungen der Mitgliedstaaten festgelegt.

Artikel 119

Die Sprachenregelung für die Organe der Gemeinschaft erfolgt durch einstimmige Entscheidung des Rates, soweit dies nicht schon in Titel V des Militärprotokolls geschehen ist.

Artikel 120

§ 1. Dieser Vertrag findet auf die europäischen Gebiete der Mitgliedstaaten Anwendung.

§ 2. Durch Entscheidung des Kommissariates können mit einstimmiger Zustimmung des Rates

a) Verbände der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte mit Zustimmung des zuständigen Oberbefehlshabers der Nordatlantikpakt-Organisation in andere Gebiete als die in § 1 bezeichneten verlegt werden, soweit sie innerhalb des in Artikel 6 des Nordatlantikpaktes bezeichneten Bereiches liegen;

b) Schulen, Einrichtungen und Ausbildungsstätten der Gemeinschaft in anderen Gebieten als den in § 1 bezeichneten errichtet werden, soweit diese Gebiete in dem in Abs. a) genannten Bereich oder in Afrika nördlich des Wendekreises des Krebses liegen.

§ 3. Durch einstimmige Entscheidung des Rates, die, soweit nach den Verfassungsvorschriften der einzelnen Mitgliedstaaten erforderlich, nach Genehmigung der Parlamente ergeht, können:

— Verbände der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte in andere als die in § 1 und § 2 Buchstabe a bezeichneten Gebiete verlegt werden.

— Schulen, Einrichtungen und Ausbildungsstätten der Gemeinschaft in anderen als den in § 1 und § 2 Buchstabe b bezeichneten Gebieten errichtet werden.

Diese Entscheidung ergeht nach Beratung mit dem Nordatlantik-Rat und mit Zustimmung des zuständigen Oberbefehlshabers der Nordatlantikpakt-Organisation.

§ 4. Ein Mitgliedstaat darf für das Kontingent, das er den Europäischen Verteidigungsstreitkräften zur Verfügung stellt, in den in § 1 dieses Artikels nicht genannten Gebieten, die seiner Hoheitsgewalt unterstehen oder für die er die zwischenstaatliche Verantwortung trägt, personelle Ergänzungen vornehmen.

Artikel 121

Die Mitgliedstaaten machen sich verbindlich, keine zwischenstaatliche Verpflichtung einzugehen, die zu diesem Vertrag in Widerspruch steht.

Article 122

Les États membres s'engagent à ne pas se prévaloir des traités, conventions ou déclarations existant entre eux en vue de soumettre un différend relatif à l'interprétation ou à l'application du présent Traité à un mode de règlement autre que ceux prévus par celui-ci.

Article 123

§ 1. En cas de nécessité grave et urgente, le Conseil, à titre provisoire, assume ou confère à des institutions de la Communauté ou à tout autre organisme approprié les pouvoirs nécessaires pour faire face à la situation, dans les limites de la mission générale de la Communauté et en vue d'assurer la réalisation des objets de celle-ci; cette décision est prise à l'unanimité.

Le cas de nécessité grave et urgente résulte, soit de la situation prévue à l'article 2, § 3 ci-dessus, au Traité entre les États membres et le Royaume-Uni en date de ce jour ou au Protocole additionnel relatif aux garanties d'assistance entre les États membres de la Communauté Européenne de Défense et les États parties à l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord, soit d'une déclaration à cet effet du Conseil statuant à l'unanimité.

§ 2. Les mesures provisionnelles arrêtées en vertu du paragraphe précédent cessent d'être applicables à la date de la fin de l'état de nécessité, déclarée par le Conseil statuant à la majorité des deux tiers.

Les institutions normalement compétentes statuent dans les conditions fixées par le présent Traité sur le maintien des effets de ces mesures.

§ 3. Le présent article n'affecte pas la mise en action des Forces européennes de défense pour répondre à une agression.

Article 124

Dans tous les cas non prévus au présent Traité, dans lesquels une décision ou une recommandation du Commissariat apparaît nécessaire pour assurer le bon fonctionnement de la Communauté et la réalisation de ses objets dans les limites de sa mission générale, cette décision ou cette recommandation peut être prise sur avis conforme du Conseil statuant à l'unanimité.

A défaut d'initiative du Commissariat, le Conseil peut être saisi par l'un des États membres et peut, à l'unanimité, prescrire au Commissariat de prendre cette décision ou de formuler cette recommandation. Faute par le Commissariat de donner suite aux délibérations du Conseil dans le délai fixé par celui-ci, le Conseil est habilité à prendre lui-même ces mesures à la majorité simple.

Article 125

Si des difficultés imprévues, révélées par l'expérience, dans les modalités d'application du présent Traité, exigent une adaptation des règles relatives à l'exercice, par le Commissariat, des pouvoirs qui lui sont conférés, des modifications appropriées peuvent y être apportées par décision unanime du Conseil, sans qu'elles puissent porter atteinte aux dispositions de l'article 2 ci-dessus, ou au rapport des pouvoirs respectivement attribués au Commissariat et aux autres institutions de la Communauté.

Article 126

Le Gouvernement de chaque État et le Commissariat pourront proposer des amendements au présent Traité. Cette proposition sera soumise au Conseil. Si celui-ci émet, à la majorité des deux tiers, un avis favorable à la réunion d'une Conférence des représentants des Gouvernements des États membres, celle-ci est immédiatement convoquée par le Président du Conseil, en vue d'arrêter d'un commun accord, les modifications à apporter aux dispositions du présent Traité.

Ces amendements entreront en vigueur après avoir été ratifiés par tous les États membres, en conformité de leurs règles constitutionnelles respectives.

Artikel 122

Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, sich nicht auf Abkommen oder Erklärungen untereinander zu berufen, um einen Streitfall über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrages anders zu regeln, als in diesem Vertrage vorgesehen ist.

Artikel 123

§ 1. Bei schwerem und dringendem Notstand werden die Befugnisse, die notwendig sind, um der Lage zu begegnen, bis auf weiteres vom Rat übernommen oder von ihm auf Organe der Gemeinschaft oder andere geeignete Stellen übertragen; die Befugnisse sind durch die allgemeine Aufgabe der Gemeinschaft begrenzt und haben der Verwirklichung der Ziele der Gemeinschaft zu dienen; die Entscheidung des Rates erfolgt einstimmig.

Der schwere und dringende Notstand ergibt sich entweder aus Lagen, wie sie in Artikel 2 § 3, im Vertrag zwischen den Mitgliedstaaten und dem Vereinigten Königreich vom heutigen Tage, im Zusatzprotokoll über Beistandsverpflichtungen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und den Teilnehmerstaaten des Nordatlantikpaktes vorgesehen sind, oder er wird durch einstimmige Erklärung des Rates festgestellt.

§ 2. Der Zeitpunkt, in dem der Notstand endet, wird vom Rat mit Zweidrittel-Mehrheit festgestellt; von diesem Zeitpunkt ab sind die auf Grund des vorstehenden Paragraphen getroffenen Maßnahmen nicht mehr anwendbar.

Darüber, wie weit die bereits eingetretenen Wirkungen dieser Maßnahmen fortbestehen, entscheiden die Organe der Gemeinschaft in ihrer gewöhnlichen Zuständigkeit nach Vorschrift dieses Vertrages.

§ 3. Der Einsatz der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte zur Abwehr einer Angriffshandlung wird durch diesen Artikel nicht berührt.

Artikel 124

Soweit in diesem Vertrag eine Entscheidung oder Empfehlung des Kommissariates nicht vorgesehen ist, aber erforderlich erscheint, um die reibungslose Arbeit der Gemeinschaft und die Verwirklichung ihrer Ziele im Rahmen ihrer allgemeinen Aufgabe zu sichern, kann diese Entscheidung oder Empfehlung mit einstimmiger Zustimmung des Rates ergehen.

Stellt das Kommissariat keinen Antrag, so kann jeder Mitgliedstaat sich an den Rat wenden; dieser kann durch einstimmigen Beschluß das Kommissariat anweisen, die Entscheidung zu erlassen oder die Empfehlung auszusprechen. Kommt das Kommissariat den Beschlüssen des Rates in der von diesem gesetzten Frist nicht nach, so kann der Rat mit einfacher Mehrheit diese Maßnahmen selbst treffen.

Artikel 125

Ergibt die Erfahrung unvorhergesehene Schwierigkeiten bei der Art und Weise der Vertragsanwendung, die eine Anpassung der Vorschriften über die Ausübung der Befugnisse des Kommissariates erfordern, so können diese Vorschriften durch einstimmige Entscheidung des Rates in geeigneter Weise geändert werden; die Änderungen dürfen jedoch weder die Vorschriften des Artikels 2 noch das Verhältnis zwischen den dem Kommissariat und den den anderen Organen der Gemeinschaft zugewiesenen Befugnissen beeinträchtigen.

Artikel 126

Die Regierung jedes Mitgliedstaates und das Kommissariat können Änderungen dieses Vertrages vorschlagen. Der Vorschlag wird dem Rat unterbreitet. Spricht sich dieser mit Zweidrittel-Mehrheit für die Abhaltung einer Konferenz der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten aus, so wird die Konferenz sofort durch den Präsidenten des Rates einberufen, damit sie die Änderung der Vertragsbestimmungen durch ein Übereinkommen festlegt.

Diese Änderungen treten in Kraft, nachdem sie von allen Mitgliedstaaten nach deren Verfassungsvorschriften ratifiziert worden sind.

Article 127

Dans les dispositions du présent Traité, les mots «le présent Traité» doivent être entendus comme visant les clauses du Traité et celles:

1° du Protocole militaire;
2° du Protocole juridictionnel;
3° du Protocole relatif au droit pénal militaire;
4° du Protocole financier;
5° du Protocole sur les conditions de rémunération des personnels militaires et civils de la Communauté et sur leurs droits à pension;
6° du Protocole relatif au Grand-Duché de Luxembourg;
7° du Protocole relatif aux relations entre la Communauté Européenne de Défense et l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord;
8° du Protocole relatif aux engagements d'assistance des États membres de la Communauté envers les États parties au Traité de l'Atlantique Nord.

Article 128

Le présent Traité est conclu pour une durée de cinquante années à dater de son entrée en vigueur.

Si, avant la réalisation d'une Fédération ou Confédération européenne, le Traité de l'Atlantique Nord cessait d'être en vigueur ou la composition de l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord subissait une modification essentielle, les Hautes Parties Contractantes examineraient en commun la situation nouvelle ainsi créée.

Article 129

Tout État européen peut demander à adhérer au présent Traité. Le Conseil, après avoir pris l'avis du Commissariat, statue à l'unanimité et fixe, également à l'unanimité, les conditions de l'adhésion. Celle-ci prend effet du jour où l'instrument d'adhésion est reçu par le Gouvernement dépositaire du présent Traité.

Article 130

Le présent Traité, rédigé en un seul exemplaire original, sera déposé dans les archives du Gouvernement de la République Française, qui en remettra une copie certifiée conforme à chacun des Gouvernements des autres États signataires.

Dès son entrée en fonctions, le Conseil établira les textes authentiques du présent Traité dans les langues autres que celle de l'exemplaire original. En cas de divergence, le texte de l'exemplaire original fait foi.

Article 131

Le présent Traité sera ratifié et ses dispositions exécutées suivant les règles constitutionnelles de chaque État membre. Les instruments de ratification seront déposés dans les archives du Gouvernement de la République Française, qui notifiera leur dépôt aux Gouvernements des autres États membres.

Article 132

Le présent Traité entrera en vigueur le jour du dépôt de l'instrument de ratification de l'État signataire qui procédera le dernier à cette formalité.

Au cas où tous les instruments de ratification n'auraient pas été déposés dans un délai de six mois à dater de la signature du présent Traité, les Gouvernements des États ayant effectué le dépôt se concerteraient sur les mesures à prendre.

EN FOI DE QUOI,

les Plénipotentiaires soussignés ont apposé leur signature au bas du présent Traité et l'ont revêtu de leur sceau.

Fait à

PARIS,

le vingt-sept mai mille neuf cent cinquante-deux.

Artikel 127

In den Vorschriften dieses Vertrages sind unter dem Ausdruck „dieser Vertrag" die Vorschriften des Vertrages und die der nachstehenden Zusatzprotokolle zu verstehen:

1. Militärprotokoll
2. Justizprotokoll
3. Protokoll über allgemeine Strafrechtsgrundsätze
4. Finanzprotokoll
5. Protokoll über die Besoldungsgrundlagen des Militär- und Zivilpersonals der Gemeinschaft und über dessen Ruhegehaltsansprüche.
6. Protokoll betreffend das Großherzogtum Luxemburg
7. Protokoll über die Beziehungen zwischen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und der Organisation des Nordatlantikpaktes
8. Protokoll über die Beistandsverpflichtungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft gegenüber den Teilnehmerstaaten des Nordatlantikpaktes.

Artikel 128

Dieser Vertrag gilt für die Dauer von fünfzig Jahren vom Zeitpunkt seines Inkrafttretens an.

Erlischt der Nordatlantikpakt vor der Errichtung eines europäischen Bundesstaates oder Staatenbundes oder tritt in der Zusammensetzung der Nordatlantikpaktorganisation eine wesentliche Änderung ein, so beraten die Hohen Vertragschließenden Teile gemeinsam über die so entstandene neue Lage.

Artikel 129

Jeder europäische Staat kann den Beitritt zu diesem Vertrag beantragen. Der Rat faßt hierüber nach Stellungnahme des Kommissariates einstimmig Beschluß und setzt ebenfalls einstimmig die Bedingungen für den Beitritt fest. Der Beitritt wird mit dem Tage des Eingangs der Beitrittsurkunde bei der Regierung wirksam, bei welcher der Vertrag hinterlegt ist.

Artikel 130

Dieser Vertrag ist in einem einzigen Stück abgefaßt; er wird in den Archiven der Regierung der Französischen Republik hinterlegt; diese übersendet den Regierungen der anderen Unterzeichnerstaaten eine beglaubigte Abschrift.

Bei Aufnahme seiner Tätigkeit stellt der Rat den maßgebenden Wortlaut dieses Vertrages in den anderen Sprachen als denen des Urstücks fest. Bei Abweichungen gilt der Wortlaut des Urstücks.

Artikel 131

Dieser Vertrag bedarf der Ratifizierung; seine Vorschriften sind gemäß den Verfassungsbestimmungen jedes Mitgliedstaates auszuführen. Die Ratifikationsurkunden sind in den Archiven der Regierung der Französischen Republik zu hinterlegen; diese teilt die Hinterlegung den anderen Mitgliedstaaten mit.

Artikel 132

Dieser Vertrag tritt am Tage der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde desjenigen Unterzeichnerstaates in Kraft, der als letzter diese Hinterlegung vornimmt.

Sind nicht alle Ratifikationsurkunden innerhalb einer Frist von sechs Monaten nach Unterzeichnung des Vertrages hinterlegt worden, so verständigen sich die Regierungen der Staaten, die die Hinterlegung vorgenommen haben, über die zu treffenden Maßnahmen.

ZU URKUND DESSEN

haben die unterzeichneten Bevollmächtigten ihre Unterschriften unter diesen Vertrag gesetzt und ihn mit ihrem Siegel versehen.

Geschehen zu

PARIS

am siebenundzwanzigsten Mai neunzehnhundertundzweiundfünfzig.

Konrad Adenauer
Paul van Zeeland
Robert Schuman
Alcide de Gasperi
Joseph Bech
Dirk Stikker

Zusatzprotokolle
zu dem Vertrag über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft

Protocole militaire

LES HAUTES PARTIES CONTRACTANTES,

Désireuses d'assurer l'application des articles 9 et 15 et des dispositions du Titre III du Traité,

Sont convenues de ce qui suit:

TITRE PREMIER
Unités de Base

Article Premier

Forces terrestres

§ 1. L'Unité de base, de nationalité homogène, est le «Groupement», où se combine organiquement l'action des différentes Armes constituant l'Armée de Terre.

§ 2. Trois types principaux de Groupements sont définis ci-après:

— le Groupement d'Infanterie;
— le Groupement Blindé;
— le Groupement Mécanisé.

Leur structure générale et leurs effectifs globaux sont indiqués dans les tableaux I (A), I (B) et I (C) ci-joints.

§ 3. Les Groupements et Brigades de type «Montagne» déjà existants conservent leur forme actuelle. Les autres types de Groupements homogènes, qu'il serait nécessaire de créer pour les besoins des opérations, seront définis par décision du Commissariat.

Au cas où les effectifs de ces types de Groupements dépasseraient ceux des types ci-dessus définis, ils seraient soumis à l'approbation du Conseil statuant à l'unanimité.

TABLEAU I (A)

Structure Générale et Effectifs Globaux du Groupement d'Infanterie

Organes de commandement:

Un État-Major de Groupement et une Compagnie de Quartier Général.

Armes:

Un Escadron de reconnaissance;

Trois Régiments d'Infanterie à trois Bataillons;

Un Bataillon de chars(1);

Une Artillerie de Groupement, motorisée à cinq Groupes(1):

Trois Groupes d'obusiers «légers»;
Un Groupe d'obusiers «moyens»;
Un Groupe d'Artillerie antiaérienne.

Un Bataillon motorisé du Génie;

Une Compagnie de Transmissions.

Services:

Une Compagnie du Matériel;

Une Compagnie d'Intendance;

Un Bataillon Médical;

Prévôté et circulation routière;

Maintenance de personnel (Compagnie-cadres).

Effectifs globaux du Groupement d'Infanterie:

Effectifs maxima de paix	13.000(2)
Effectifs de guerre	15.600

(1) «Bataillon» ou «Régiment»: pour toutes les formations de l'Arme Blindée et de la Cavalerie, la dénomination adoptée tiendra compte des traditions nationales, de même que, pour l'Artillerie, le «Groupe» correspond au «Bataillon» U. S.

(2) Sous réserve du cas des unités de couverture.

(Übersetzung)

Militär-Protokoll

Die HOHEN VERTRAGSCHLIESSENDEN TEILE,

in dem Wunsche, die Anwendung von Artikel 9 und 15 sowie des dritten Titels des Vertrages zu sichern,

sind wie folgt übereingekommen:

ERSTER TITEL
Die Grundeinheiten

Erster Artikel

Landstreitkräfte

§ 1. Die national geschlossene Grundeinheit ist der „Kampfverband", in dem die verschiedenen Waffen der Landstreitkräfte organisch zusammenwirken.

§ 2. Drei Hauptarten von Kampfverbänden werden nachstehend festgelegt:

— der Infanterie-Kampfverband
— der Panzer-Kampfverband
— der Panzerbegleit-Kampfverband.

Die allgemeine Gliederung und die Stärken dieser Kampfverbände sind in den nachfolgenden Tabellen 1 (A), 1 (B) und 1 (C) enthalten.

§ 3. Die bereits bestehenden Gebirgskampfverbände und Gebirgsbrigaden behalten ihre gegenwärtige Form bei. Andere Arten von national geschlossenen Kampfverbänden, deren Schaffung sich aus operativen Notwendigkeiten ergeben könnte, werden durch Entscheidung des Kommissariates bestimmt.

Überschreiten die Stärken dieser Kampfverbände die Stärken der oben aufgeführten Kampfverbände, so sind sie dem Rat zur einstimmigen Genehmigung vorzulegen.

TABELLE I (A)

Allgemeine Gliederung und Stärken des Infanterie-Kampfverbandes

Führungsorgane:

Ein Kampfverbandsstab und eine Stabskompanie.

Kampftruppen:

eine Aufklärungskompanie

drei Infanterieregimenter mit je drei Bataillonen

ein Panzerbataillon[1])

ein motorisierter Artillerie-Verband mit fünf Abteilungen[1]):

drei Abteilungen leichte Haubitzen
eine Abteilung mittlere Haubitzen
eine Abteilung Flakartillerie

ein motorisiertes Pionierbataillon

eine Fernmeldekompanie

Versorgungstruppen:

eine Materialkompanie

eine Intendanturkompanie

ein Sanitätsbataillon

Militärpolizei

Feldersatzkompanie (Rahmeneinheit)

Stärken des Infanterie-Kampfverbandes:

Maximal-Friedensstärke	13 000[2])
Kriegsstärke	15 600

[1]) „Bataillon" oder „Regiment": Bei der Bezeichnung aller Panzer- und Kavallerie-Verbände werden die nationalen Traditionen berücksichtigt, genau wie die Abteilung bei Artillerie dem „Bataillon" der amerikanischen Armee entspricht.

[2]) Vorbehaltlich des Falles der grenznahen Verbände.

TABLEAU I (B)

Structure Générale et Effectifs Globaux du Groupement Blindé

Organes de commandement:

Un État-Major de Groupement et une Compagnie de Quartier Général;

Trois États-Majors de Sous-Groupement.

Armes:

Un Bataillon de reconnaissance(1);

Quatre Bataillons de chars(1);

Quatre Bataillons d'Infanterie formant corps (si possible mécanisés tout terrain. A défaut, et au minimum: deux Bataillons mécanisés et deux Bataillons portés tout terrain);

Une Artillerie de Groupement (automoteurs) à cinq Groupes(1):

Trois Groupes d'obusiers «légers»;
Un Groupe d'obusiers «moyens»;
Un Groupe d'Artillerie antiaérienne.

Un Bataillon mécanisé du Génie;

Une Compagnie de Transmission (renforcée).

Services:

Un Bataillon du Matériel;
Un Bataillon d'Intendance;
Un Bataillon Médical;
Prévôté et circulation routière (renforcées);
Maintenance de personnel (Compagnie-cadres).

Effectifs Globaux du Groupement Blindé

Effectifs maxima de paix	12.700(2)
Effectifs de guerre	14.600

TABLEAU I (C)

Structure Générale et Effectifs Globaux du Groupement Mécanisé

Organes de Commandement:

Un État-Major de Groupement et une Compagnie de Quartier Général;

Trois États-Majors de Sous-Groupement.

Armes:

Un Bataillon de reconnaissance(1);

Trois Bataillons de chars(1);

Six Bataillons d'Infanterie formant corps (portés tout terrain);

Une Artillerie de Groupement, motorisée à cinq Groupes (même type que l'Artillerie du Groupement d'Infanterie)(1);

Un Bataillon motorisé du Génie;

Une Compagnie de Transmissions (renforcée).

Services:

Un Bataillon du Matériel;
Une Compagnie d'Intendance;
Un Bataillon Médical;
Prévôté et circulation routière (renforcées);
Maintenance de personnel (Compagnie-cadres).

Effectifs globaux du Groupement Mécanisé:

Effectifs maxima de paix	12.700(2)
Effectifs de guerre	14.700

(1) Cf. Tableau I (A).
(2) Sous réserve du cas des unités de couverture.

TABELLE I (B)

Allgemeine Gliederung und Stärken des Panzer-Kampfverbandes

Führungsorgane:

Ein Kampfverbandsstab und eine Stabskompanie

drei Kampfgruppenstäbe

Kampftruppen:

ein Aufklärungsbataillon1)

vier Panzerbataillone1)

vier Infanteriebataillone, die ein Ganzes bilden (wenn möglich auf geländegängigen Schützenpanzerwagen, sonst mindestens zwei Bataillone auf SPW und zwei Bataillone auf geländegängigen Lkws)

ein Artillerie-Verband (auf Selbstfahrlafetten) mit fünf Abteilungen1):

drei Abteilungen leichte Haubitzen
eine Abteilung mittlere Haubitzen
eine Abteilung Flakartillerie

ein Pionierbataillon auf Schützenpanzerwagen

eine (verstärkte) Fernmeldekompanie

Versorgungstruppen:

ein Materialbataillon
ein Intendanturbataillon
ein Sanitätsbataillon
Verstärkte Militärpolizei
Feldersatzkompanie (Rahmeneinheit)

Stärken des Panzer-Kampfverbandes

Maximal-Friedensstärke	12 700 2)
Kriegsstärke	14 600

TABELLE I (C)

Allgemeine Gliederung und Stärke des mechanisierten Kampfverbandes

Führungsorgane:

ein Kampfverbandsstab und eine Stabskompanie

drei Kampfgruppenstäbe

Kampftruppen:

ein Aufklärungsbataillon 1)

drei Panzerbataillone 1)

sechs Infanteriebataillone, die ein Ganzes bilden (geländegängig)

ein motorisierter Artillerie-Verband mit fünf Abteilungen (gleicher Typ wie die Artillerie des Infanterie-Kampfverbandes) 1)

ein motorisiertes Pionierbataillon

eine (verstärkte) Fernmeldekompanie

Versorgungstruppen:

ein Materialbataillon
eine Intendanturkompanie
ein Sanitätsbataillon
(verstärkte) Militärpolizei
Feldersatzkompanie (Rahmeneinheit)

Stärken des mechanisierten Kampfverbandes:

Maximal-Friedensstärke	12 700 2)
Kriegsstärke	14 700 2)

1) Siehe Tabelle I (A).
2) Vorbehaltlich des Falles der grenznahen Verbände.

Article 2
Forces Aériennes

§ 1. Les Forces Aériennes européennes comprennent un seul type d'Unité de base d'une structure uniforme. Seuls les effectifs et les dotations varient selon la spécialisation de l'Unité.

L'Unité de base est aussi mobile que possible.

§ 2. Chaque Unité, commandée par un Chef assisté d'un État-Major, comprend trois Groupes:

— un Groupe de combat, composé en principe de trois escadrons identiques et constituant l'élément opérationnel de l'Unité;

— un Groupe technique, composé d'un escadron de maintenance et d'un escadron de ravitaillement et destiné à satisfaire les besoins d'entretien, de réparation (2e échelon) et de ravitaillement de l'Unité;

— un Groupe des moyens généraux, destiné à assurer les servitudes de la vie de l'Unité sur une Base aérienne.

§ 3. Les effectifs et les dotations sont donnés au tableau Air ci-joint.

TABLEAU AIR
Effectifs et dotations des Unités de base

1. Les effectifs moyens de l'Unité de base sont les suivants:

Effectifs maxima de paix .... 1.300 hommes[1]
Effectifs du temps de guerre .... 2.000 hommes

2. Les dotations des Unités de base sont les suivantes:
Chasse tactique, chasse d'interception: 75 avions (25 avions par escadron).
Chasse tous temps: 36 avions (12 avions par escadron).
Reconnaissance: 54 avions (18 avions par escadron).
Bombardement léger, transport: 48 avions (16 avions par escadron).

Article 3
Forces navales

Les Forces navales sont organisées en groupements d'une même nationalité d'origine, articulés en éléments subordonnés (groupes, flotilles, escadrilles ...) et correspondant à un secteur opérationnel et à une même mission tactique.

Article 4

Les types d'Unités de base des Forces européennes de défense ne peuvent être modifiés, en ce qui concerne les lignes générales de leur organisation et leurs effectifs globaux, que dans les conditions fixées à l'article 44 du Traité.

Les dispositions du présent titre ne préjugent en rien le détail de l'organisation future, et les aménagements nécessaires pourront être apportés, lors de l'établissement des règles d'application, par décision du Commissariat.

TITRE II
Organisation générale et mise sur pied des Forces européennes de défense

Article 5

L'Organisation des Forces européennes de défense comprend:

— des Organes Centraux;

— des Commandements militaires territoriaux;

— des Commandements de troupes.

(1) Sauf nécessités particulières justifiant une modification de ces effectifs.

Artikel 2
Luftstreitkräfte

§ 1. Die europäischen Luftstreitkräfte sind nach Grundeinheiten einheitlichen Typs gegliedert. Nur die Stärkezahlen und die Ausstattung ändern sich nach der Art des Verbandes.

Die Grundeinheit soll so beweglich wie möglich sein.

§ 2. Jede Grundeinheit wird von einem Kommandeur geführt, dem ein Stab zur Verfügung steht. Sie ist gegliedert in:

— einen fliegenden Verband, der sich im allgemeinen aus drei gleichartigen Staffeln zusammensetzt und der den kämpfenden Teil der Grundeinheit bildet,

— eine technische Gruppe, die sich aus einer technischen Einheit und einer Versorgungseinheit zusammensetzt, und der die Wartung, Instandsetzung (2. Stufe) und Versorgung des fliegenden Verbandes obliegt,

— eine Fliegerhorstgruppe, die die Aufgabe hat, die ständige Betreuung der Grundeinheit auf einem Flugplatz sicherzustellen.

§ 3. Die Stärken und Ausstattungen sind in der beigefügten Tabelle Taktische Luftstreitkräfte enthalten.

TABELLE TAKTISCHE LUFTSTREITKRÄFTE
Stärken und Flugzeug-Ausstattungen der Grundeinheiten

1. Die Durchschnittsstärke der Grundeinheit ist folgende:

Maximal-Friedensstärke .... 1 300 Mann[1]
Kriegsstärke .... 2 000 Mann

2. Die Flugzeugausstattungen der Grundeinheiten sind folgende:

takt. Jagdbomber Verteidigungsjäger	75 Flugzeuge (25 je Staffel)
Allwetterjäger	36 Flugzeuge (12 je Staffel)
takt. Aufklärungsflugzeuge	54 Flugzeuge (18 je Staffel)
Leichte Bomber Transportflugzeuge	48 Flugzeuge (16 je Staffel)

Artikel 3
Seestreitkräfte

Die Seestreitkräfte werden in Gruppen gleicher nationaler Herkunft, die jeweils für ein Operationsgebiet und die gleiche taktische Aufgabe bestimmt sind, zusammengefaßt und in nachgeordnete Verbände (Gruppen, Flottillen, Halbflottillen ...) gegliedert.

Artikel 4

Die Grundzüge der Organisation und der verschiedenen Arten von Grundeinheiten der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte können nur nach Maßgabe des Artikels 44 des Vertrages geändert werden.

Die Bestimmungen dieses Titels greifen in keiner Weise den Einzelheiten der zukünftigen Organisation vor. Notwendige Änderungen können bei Erlaß der Durchführungsvorschriften durch Entscheidung des Kommissariates vorgenommen werden.

ZWEITER TITEL
Allgemeine Organisation und Aufstellung der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte

Artikel 5

Die Organisation der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte umfaßt:

— Zentralorgane,

— militärische Territorialkommandos,

— Truppenführungsstäbe.

[1]) Außer bei besonderen Erfordernissen, die eine Änderung dieser Zahl rechtfertigen.

Article 6

Les Organes Centraux du Commissariat sont constitués dès l'entrée en vigueur du Traité. Ils conduisent les opérations de mise sur pied avec une progressivité telle que ces opérations n'entraînent aucune diminution d'efficacité, ni pour les Forces affectées à la Communauté, ni pour celles demeurant sous responsabilité nationale.

A cet effet, l'État-Major Central détache, dès l'entrée en vigueur du Traité, dans chacun des États membres, un Délégué chargé de diriger, selon les instructions et sous le contrôle du Commissariat, la mise sur pied du contingent fourni par cet État. Ce Délégué est de la nationalité de l'État membre en question; il dispose d'une section détachée de l'État-Major Central, intégrée suivant les besoins du Commandement, de l'instruction et des liaisons.

Article 7

§ 1. Une Organisation militaire territoriale européenne est constituée par le Délégué, visé à l'article 6, alinéa 2 ci-dessus, par création là où il n'existe pas de système militaire territorial, par adaptation là où il en existe un.

Cette Organisation est à base de Régions militaires territoriales européennes, dont les limites sont fixées et modifiées par le Commissariat sur avis conforme du Conseil statuant à l'unanimité.

Le Délégué de l'État-Major Central dispose des Commandements de ces Régions, concurremment avec les moyens de la section détachée de l'État-Major Central, pour mettre sur pied les contingents dont il a la charge.

§ 2. L'Organisation militaire territoriale européenne ainsi constituée, en même temps qu'elle contribue à la mise sur pied, pourvoit aux besoins des Forces européennes et nationales. Elle intervient aussi, le cas échéant, au profit des Forces de l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord. Enfin, elle coopère avec les Services dont la compétence demeure nationale.

Cette Organisation est intégrée, en fonction de la nature des troupes qu'elle a à entretenir.

Européenne de statut, elle est soumise à une double subordination, à l'égard du Commissariat et des Organes Gouvernementaux compétents. En ce qui concerne ces derniers, le Délégué de l'État-Major Central européen leur est subordonné pour l'exécution des instructions qui en émanent dans le domaine de leur compétence.

Les Forces de Police ont la faculté d'utiliser les Services de l'Organisation militaire territoriale européenne.

Article 8

Les États membres doivent, dès l'entrée en vigueur du Traité, et pour autant qu'ils ne disposent pas déjà de tels organes, créer les Services et Institutions nécessaires à l'accomplissement des obligations du Traité.

Le Ministre responsable des tâches demeurées nationales dans chaque État membre, ou chargé des Affaires européennes de Défense, dispose du Délégué de l'État-Major Central européen et des Commandements territoriaux européens pour l'exercice de ses attributions.

Article 9

§ 1. Les Commandements de troupes européens, c'est-à-dire les Commandements intégrés, sont constitués:

— les uns dès l'entrée en vigueur du Traité, pour commander les formations déjà existantes et préparer l'intégration d'autres formations;

Artikel 6

Die Zentralorgane des Kommissariates werden mit Inkrafttreten des Vertrages aufgestellt. Sie führen die Aufstellungsmaßnahmen fortschreitend in einer Weise durch, die weder für die der Gemeinschaft zugeteilten Streitkräfte noch für die weiterhin in nationaler Verantwortlichkeit bleibenden eine Schwächung der Kampfkraft mit sich bringt.

Zu diesem Zweck stellt der Zentrale Generalstab mit Inkrafttreten des Vertrages in jedem Mitgliedstaat einen Bevollmächtigten ab, der gemäß den Weisungen und unter Kontrolle des Kommissariates die Aufstellung des von diesem Staat gestellten Kontingentes zu leiten hat. Dieser Bevollmächtigte besitzt die Staatsangehörigkeit des betreffenden Mitgliedstaates und verfügt über eine vom Zentralen Generalstab abgestellte Abteilung, die entsprechend den Erfordernissen der Führung, Ausbildung und Verbindung gemischt (integriert) ist.

Artikel 7

§ 1. Der Bevollmächtigte gemäß Artikel 6 Absatz 2 baut eine europäische militärische Territorialorganisation auf; besteht noch kein militärisches Territorialsystem, so wird es neu geschaffen, bereits bestehende werden angeglichen.

Diese Organisation ist auf europäischen territorialen Militärbereichen aufgebaut, deren Grenzen vom Kommissariate nach einstimmiger Zustimmung des Rates festgesetzt oder geändert werden.

Der Bevollmächtigte des Zentralen Generalstabes bedient sich für die Aufstellung der Kontingente, für die er verantwortlich ist, der Führungsstäbe dieser Bereiche, wie auch der Mittel der vom Zentralen Generalstab abgestellten Abteilung.

§ 2. Die so aufgestellte europäische militärische Territorialorganisation sorgt für den Bedarf der europäischen und nationalen Streitkräfte, während sie zugleich an der Aufstellung der Streitkräfte mitwirkt. Gegebenenfalls greift sie auch zugunsten der Streitkräfte der Atlantikpakt-Organisation ein. Schließlich arbeitet sie mit den Dienststellen zusammen, deren Zuständigkeitsbereich national verbleibt.

Diese Organisation ist entsprechend der Art der Truppen, die sie zu unterhalten hat, gemischt (integriert).

Dem Statut nach europäisch, hat sie ein zweifaches Unterstellungsverhältnis, einmal unter das Kommissariat, zum anderen unter die zuständigen Stellen der Regierung. Diesen letzteren ist der Bevollmächtigte des Europäischen Zentralen Generalstabes für die Durchführung der Weisungen verantwortlich, die sie im Bereiche ihrer Zuständigkeit erteilen.

Die Polizeistreitkräfte können sich der Dienststellen der europäischen militärischen Territorialorganisation bedienen.

Artikel 8

Mit Inkrafttreten des Vertrages haben die Mitgliedstaaten die zur Erfüllung ihrer Vertragsverpflichtungen erforderlichen Dienststellen und Einrichtungen zu schaffen, soweit sie nicht bereits über solche verfügen.

Der für die in jedem Lande national verbleibenden Aufgaben verantwortliche oder mit den europäischen Verteidigungsangelegenheiten beauftragte Minister bedient sich zur Durchführung seiner Aufgaben des Bevollmächtigten des europäischen Zentralen Generalstabes und der europäischen Territorialkommandos.

Artikel 9

§ 1. Die europäischen Truppenführungsstäbe, d. h. die gemischten (integrierten) Führungsstäbe, werden aufgestellt

— entweder mit Inkrafttreten des Vertrages, zur Führung der bereits bestehenden Verbände und zur Vorbereitung der Vermischung (Integrierung) anderer Verbände;

— les autres dans les délais les plus brefs, de telle façon qu'ils puissent, tout en s'organisant, exercer une action de contrôle sur la préparation des Unités qu'ils incorporeront par la suite.

§ 2. Le transfert des unités aux Commandements des troupes s'effectuera dès que, ces Commandements étant constitués et en état d'exercer leurs attributions, les Unités élémentaires auront atteint un état de préparation leur permettant d'être assemblées en Grandes Unités

Dans chaque cas, le Commissariat décidera du transfert.

Article 10

Le terme de la période de mise sur pied des Forces, à l'expiration de laquelle la mission du Délégué et de la Section détachée de l'État-Major Central prendra fin, sera fixé par décision du Commissariat. Ce terme ne pourra excéder les dix-huit mois suivant la mise en vigueur du Traité que sur avis conforme du Conseil statuant à l'unanimité.

A l'exception des limites des Régions, l'organisation définitive du Commandement territorial de la Communauté devra être déterminée, avant l'expiration de la période définie ci-dessus, par décision du Commissariat prise sur avis conforme du Conseil statuant à la majorité des deux tiers.

TITRE III

Personnels

Article 11

Le Commissariat élaborera les textes définissant les statuts des Personnels et les textes réglant le recrutement et l'encadrement des Forces européennes de défense, dans le cadre des principes généraux définis ci-après.

Jusqu'à leur mise en application, les personnels restent régis par les législations et réglementations des États membres.

CHAPITRE PREMIER

Recrutement

Article 12

Généralités

§ 1. Tout citoyen de sexe masculin des États membres est astreint au service militaire personnel, sauf le cas d'incapacité physique, psychique ou d'indignité, et sauf exception résultant de dispositions spéciales établies dans les constitutions ou les lois des États membres.

§ 2. Les décisions relatives à la durée du temps de service sont prises par le Conseil statuant à l'unanimité.

Dans tous les États membres, le temps du service actif est fixé à un minimum de dix-huit mois. Ce minimum peut être modifié par le Conseil statuant à l'unanimité.

Le service dans les réserves sera réglé dans les mêmes conditions que le service actif.

§ 3. Les opérations visant à constituer et à alimenter les effectifs des Forces Armées englobent:

— le recensement et la révision des citoyens en âge de porter les armes;

— l'appel du contingent;

— les engagements et rengagements du personnel servant à long terme;

— l'administration des réserves.

Ces trois dernières catégories d'opérations sont partagées entre les États membres et le Commissariat.

— oder kurzfristig in der Form, daß sie bereits während ihrer eigenen Aufstellung eine Kontrolltätigkeit über die in Aufstellung befindlichen Verbände ausüben können, die ihnen später unterstellt werden.

§ 2. Die Unterstellung der Verbände unter diese Truppenführungsstäbe erfolgt, nachdem diese Führungsstäbe aufgestellt und zur Ausübung ihrer Befugnisse in der Lage sind, und wenn die einzelnen Einheiten einen Ausbildungsstand erreicht haben, der ihre Zusammenfassung zu großen Verbänden erlaubt.

Das Kommissariat entscheidet in jedem Falle über die Unterstellung.

Artikel 10

Das Ende der Aufstellungszeit der Streitkräfte und damit der Aufgabe des Bevollmächtigten und der vom Zentralen Generalstab abgestellten Abteilung wird durch Entscheidung des Kommissariates bestimmt. Dieser Zeitpunkt darf die Frist von 18 Monaten nach Inkrafttreten des Vertrages nur mit einstimmiger Zustimmung des Rates überschreiten.

Mit Ausnahme der Abgrenzung der Bereiche wird die endgültige Organisation des Territorialkommandos der Gemeinschaft vor Ablauf des vorstehend genannten Zeitraumes durch Entscheidung des Kommissariates mit Zustimmung einer Zweidrittel-Mehrheit des Rates festgelegt.

DRITTER TITEL

Personalwesen

Artikel 11

Das Kommissariat wird im Rahmen der nachstehenden allgemeinen Grundsätze die Vorschriften für die Personalstatuten und die Bestimmungen ausarbeiten, die sich auf die personelle Ergänzung und den Umfang der Stämme der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte beziehen.

Bis zu ihrem Inkrafttreten gelten für das Personalwesen die Gesetze und Vorschriften der Mitgliedstaaten.

ERSTES KAPITEL

Personelle Ergänzung

Artikel 12

Allgemeines

§ 1. Jeder männliche Staatsbürger der Mitgliedstaaten muß den Wehrdienst persönlich ableisten, außer bei körperlicher oder geistiger Untauglichkeit oder bei Wehrunwürdigkeit. Weitere Ausnahmen ergeben sich aus Sonderbestimmungen in der Verfassung oder in den Gesetzen der Mitgliedstaaten.

§ 2. Der Rat trifft einstimmig die Entscheidungen über die Dauer der aktiven Dienstzeit.

In allen Mitgliedstaaten wird die Dauer der aktiven Dienstzeit auf mindestens 18 Monate festgesetzt. Diese Mindestdauer kann durch einstimmige Entscheidung des Rates geändert werden.

Der Wehrdienst der Reserve wird unter den gleichen Bedingungen wie der aktive Dienst geregelt.

§ 3. Die Maßnahmen zur Aufstellung und laufenden Ergänzung des Personalbestandes der Streitkräfte umfassen

— Erfassung und Musterung der Wehrpflichtigen;

— Einberufung und Einstellung der Wehrpflichtigen;

— Verpflichtung und Wiederverpflichtung des längerdienenden Personales;

— Personalverwaltung der Reservisten.

Die drei letztgenannten Maßnahmen werden teils von den Mitgliedstaaten, teils vom Kommissariate durchgeführt.

§ 4. Les Forces européennes de défense se recrutent:

— par appels, totaux ou partiels, des classes d'âge;

— par engagements (à terme ou par devancement d'appel) et par rengagements.

§ 5. Dans le cas où les effectifs révisés sont supérieurs aux besoins des Forces Armées, la réduction nécessaire est obtenue par des exemptions basées sur des considérations sociales, économiques et professionnelles, propres à chaque État membre, sans qu'il puisse être porté atteinte à la valeur militaire des contingents.

Les exemptés du service actif restent soumis aux autres obligations militaires de leur classe.

§ 4. Die Europäischen Verteidigungsstreitkräfte ergänzen sich

— durch vollständige oder teilweise Einberufung der Jahrgänge,

— durch freiwillige Verpflichtung (auf bestimmte Zeit oder zur vorzeitigen Ableistung der Dienstpflicht) und durch Wiederverpflichtung.

§ 5. Sollte die Zahl der für den Wehrdienst Verfügbaren den Bedarf der Streitkräfte übersteigen, so wird die erforderliche Verringerung durch Zurückstellungen erreicht, die die besonderen sozialen, wirtschaftlichen und beruflichen Gesichtspunkte eines jeden Mitgliedstaates berücksichtigen. Die Schlagkraft der Kontingente darf dadurch nicht beeinträchtigt werden.

Die Zurückgestellten bleiben den sonstigen Wehrpflichtbestimmungen für ihren Jahrgang unterworfen.

Article 13

Appel du Contingent

§ 1. Les tableaux de recensement sont dressés par les Administrations compétentes, en fonction des principes précédemment énoncés.

§ 2. Les personnes figurant sur les tableaux de recensement doivent se présenter devant un conseil de révision qui détermine leur aptitude au service.

§ 3. L'appel du contingent sous les drapeaux a lieu, en un nombre de fractions variable suivant les besoins et d'après la date de naissance des intéressés, dans l'année où ceux-ci atteignent l'âge fixé pour l'incorporation.

Sans qu'il puisse être porté atteinte à la valeur militaire des contingents, des sursis peuvent être accordés, jusqu'à un âge déterminé, pour des raisons sociales, économiques et professionnelles, propres à chaque État membre, ainsi que pour résidence à l'étranger.

Artikel 13

Wehrersatzwesen

§ 1. Die Erfassungslisten werden von den zuständigen Verwaltungsbehörden nach vorstehenden Grundsätzen angelegt.

§ 2. Die in den Erfassungslisten aufgeführten Wehrpflichtigen haben sich einer Musterungskommission zu stellen, die ihre Wehrtauglichkeit feststellt.

§ 3. Die Einberufung der Quote der Wehrpflichtigen findet je nach Bedarf im wechselnden Umfange statt. Sie erfolgt nach dem Geburtsdatum des Wehrpflichtigen in dem Jahr, in dem er das für die Einstellung festgesetzte Alter erreicht.

Zurückstellungen können bis zu einem bestimmten Alter aus sozialen, wirtschaftlichen und beruflichen Gründen, je nach den Verhältnissen der einzelnen Mitgliedstaaten sowie bei Wohnsitz im Ausland vorgenommen werden. Die Schlagkraft der Kontingente darf hierdurch nicht beeinträchtigt werden.

Article 14

Recrutement des Officiers et des Sous-Officiers

§ 1. Les modalités détaillées du recrutement des officiers et sous-officiers sont arrêtées par le Commissariat.

Les conditions générales à remplir pour accéder à chacune de ces catégories sont les suivantes:

§ 2. Les officiers d'active sont recrutés:

— parmi les candidats remplissant les conditions d'aptitude voulues et ayant passé sous les armes le temps de service légal;

— parmi les sous-officiers;

— parmi les officiers de réserve, admis dans les cadres actifs.

§ 3. Les officiers de réserve sont recrutés:

— parmi les candidats ayant justifié de leur aptitude à l'issue de cours de formation appropriés:

— soit pendant la durée du service;

— soit pendant les périodes de réserve;

— parmi les officiers d'active démissionnaires ou retraités.

§ 4. Les sous-officiers d'active sont recrutés parmi les candidats ayant justifié de leur aptitude:

— soit pendant la période d'engagement ou de rengagement, pour les engagés ou rengagés;

— soit pendant la durée du service obligatoire, pour les appelés.

Ils peuvent devenir sous-officiers de carrière.

Artikel 14

Ergänzung der Offiziere und Unteroffiziere

§ 1. Die Einzelheiten für die Ergänzung der Offiziere und Unteroffiziere werden durch das Kommissariat geregelt.

Die allgemeinen Bestimmungen für die Einstellung in diese einzelnen Laufbahnen werden nachstehend aufgeführt.

§ 2. Die Offiziere im aktiven Dienst werden ergänzt

— aus Anwärtern, die die vorgeschriebene Eignung besitzen und ihre aktive Dienstzeit erfüllt haben,

— aus Unteroffizieren,

— aus Reserveoffizieren, die als Berufssoldaten übernommen werden.

§ 3. Die Offiziere der Reserve werden ergänzt

— aus Anwärtern, die den Nachweis ihrer Eignung nach Beendigung entsprechender Ausbildungslehrgänge erbracht haben;

— entweder während der aktiven Dienstzeit,

— oder während der Wehrübungen,

— aus ausgeschiedenen oder in den Ruhestand versetzten Berufsoffizieren.

§ 4. Die Unteroffiziere im aktiven Dienst werden ergänzt aus Anwärtern, die ihre Eignung nachgewiesen haben

— entweder während der Zeit ihrer ersten Verpflichtung oder Wiederverpflichtung als längerdienende Freiwillige

— oder während der Ableistung ihres aktiven Wehrdienstes als Wehrpflichtige.

Sie können Berufsunteroffiziere werden.

§ 5. Les sous-officiers de réserve sont recrutés parmi les candidats ayant justifié de leur aptitude:

— soit pendant la durée du service obligatoire, ou à l'issue de celle-ci, pour les appelés;

— soit pendant la période d'engagement ou de rengagement, ou à l'issue de celle-ci, pour les engagés ou rengagés;

— soit pendant les périodes de réserve, pour les personnels libérés du service actif.

CHAPITRE II

Discipline

Article 15

Conformément aux dispositions de l'article 79 du Traité, il sera établi un Règlement unique de Discipline Générale applicable à l'ensemble des Forces européennes de défense. Les règlements nationaux restent en vigueur jusqu'à ce que le règlement commun soit approuvé. L'élaboration de ce règlement interviendra dans les plus courts délais et son application sera simultanée pour tous les contingents.

Article 16

§ 1. Les membres des Forces européennes de défense doivent s'inspirer, dans leur conduite, des sentiments qu'implique la haute mission qui leur est confiée. Ils doivent respecter les lois et règlements civils et les usages locaux.

Ils doivent s'abstenir de tout acte de nature à porter atteinte aux convictions religieuses d'autrui.

Toutes les dispositions appropriées seront prises pour leur permettre de pratiquer leur religion.

§ 2. Les membres des Forces européennes de défense ont, à l'égard de la Communauté et de ses échelons de commandement, les mêmes devoirs que ceux qui sont normalement imposés aux militaires des Armées nationales à l'égard de leur Gouvernement et de leur hiérarchie propres. Les principaux de ces devoirs sont:

— le loyalisme envers la Communauté;

— l'obéissance aux lois et règlements de cette Communauté;

— l'obéissance hiérarchique aux chefs militaires européens, sans considération de nationalité.

Article 17

§ 1. L'entrée en service dans les Forces européennes de défense est marquée par une manifestation solennelle à l'égard de la Communauté, tenant compte des traditions de chaque contingent.

§ 2. Les membres des Forces européennes de défense rendent les honneurs aux drapeaux, étendards et pavillons des Forces européennes de défense et nationaux ainsi qu'à l'emblème européen.

Article 18

Le subordonné:

— doit obéir à ses supérieurs pour le bien du service, dans les limites de l'observation de la loi, des coutumes de la guerre et des règlements militaires;

— peut réclamer, selon les règles établies dans le Règlement de Discipline Générale et sous réserve des dispositions du Code de Justice Militaire, contre toute mesure jugée irrégulière ou contre une punition qu'il estimerait injustifiée.

Article 19

Le supérieur doit toujours être un exemple pour ses subordonnés, tant dans le respect de la discipline que dans l'observation des règlements.

§ 5. Die Unteroffiziere der Reserve werden ergänzt aus Anwärtern, die ihre Eignung nachgewiesen haben

— entweder während oder nach Ableistung ihres aktiven Wehrdienstes als Wehrpflichtige,

— oder während der Zeit ihrer ersten Verpflichtung oder Wiederverpflichtung sowie nach Beendigung dieser Zeit als längerdienende Freiwillige,

— oder während der Wehrübungen bei Soldaten, die aus dem aktiven Dienst entlassen sind.

KAPITEL II

Inneres Gefüge

Artikel 15

Gemäß Artikel 79 des Vertrages wird für die gesamten Europäischen Verteidigungsstreitkräfte eine einheitliche Disziplinarordnung geschaffen. Bis zur Genehmigung der einheitlichen Regelung gelten die nationalen Vorschriften. Die Ausarbeitung dieser Disziplinarordnung soll in kürzester Frist aufgenommen werden; sie soll für alle Kontingente gleichzeitig zur Anwendung kommen.

Artikel 16

§ 1. Die Haltung der Angehörigen der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte soll ihrer hohen Aufgabe entsprechen. Sie sollen die Gesetze und die für die Bürger geltenden Vorschriften sowie die örtlichen Sitten und Gebräuche achten.

Sie sollen alles vermeiden, was die religiösen Gefühle anderer verletzen könnte.

Es werden alle geeigneten Maßnahmen getroffen werden, um freie Religionsausübung zu gewährleisten.

§ 2. Die Angehörigen der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte haben gegenüber der Gemeinschaft und ihren Führungsorganen die gleichen Pflichten, wie sie die Soldaten der Nationalarmeen üblicherweise ihrer eigenen Regierung und ihren eigenen Vorgesetzten gegenüber haben. Die wichtigsten dieser Pflichten sind folgende:

— Loyalität gegenüber der Gemeinschaft,

— Befolgung der Gesetze und Vorschriften der Gemeinschaft,

— Gehorsam gegenüber den europäischen militärischen Vorgesetzten, ohne Rücksicht auf deren Nationalität.

Artikel 17

§ 1. Der Eintritt in den Dienst der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte wird durch eine feierliche Verpflichtung auf die Europäische Gemeinschaft vollzogen, bei der die nationalen Gebräuche der einzelnen Kontingente berücksichtigt werden.

§ 2. Die Angehörigen der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte haben den Fahnen, Standarten und Wimpeln der europäischen und nationalen Verteidigungsstreitkräfte sowie dem europäischen Emblem die Ehrenbezeigungen zu erweisen.

Artikel 18

Der Untergebene

— soll seinem Vorgesetzten im Rahmen der dienstlichen Erfordernisse und der gesetzlichen Bestimmungen, der Kriegsbräuche und der militärischen Vorschriften gehorchen,

— kann nach den Vorschriften der Disziplinarordnung — vorbehaltlich der Bestimmungen des Militärgesetzbuches — gegen jede als unrechtmäßig anzusehende Maßnahme oder eine Bestrafung, die er für ungerechtfertigt hält, Beschwerde einlegen.

Artikel 19

Der Vorgesetzte soll seinen Untergebenen sowohl in der Wahrung der Disziplin als auch in der Befolgung der Vorschriften stets ein Vorbild sein.

Il doit faire bénéficier ses subordonnés de son expérience, avoir le souci de leurs intérêts matériels et moraux et éviter toute mesure portant atteinte à leur dignité.

Il s'attache à laisser à chacun l'initiative la plus large et à ne pas s'immiscer dans le commandement des autorités subordonnées.

Er soll dem Untergebenen so viel wie möglich von seiner Erfahrung und Bildung vermitteln, seine materiellen und geistigen Interessen wahrnehmen und jede Maßnahme vermeiden, die die Würde seiner Persönlichkeit verletzen kann.

Er soll jedem die größtmögliche Selbständigkeit im Handeln belassen und nicht in die Führungsbefugnisse nachgeordneter Stellen eingreifen.

Article 20

La nature des récompenses et des punitions, la qualification des infractions et la détermination des droits de chacun en cette matière feront l'objet d'une réglementation uniforme.

Artikel 20

Die Art der Anerkennungen und Strafen, die Beurteilung der Vergehen sowie die Festlegung der Rechte des einzelnen auf diesem Gebiete werden einheitlich geregelt.

CHAPITRE III

Grade et emploi

Article 21

Généralités

§ 1. Les textes organiques relatifs à l'emploi et au grade portent notamment sur:

— les tableaux d'encadrement;
— les règles d'avancement;
— les statuts garantissant la carrière des cadres;
— les principes d'administration et de gestion du personnel.

Le Commissariat en prescrit les modalités d'application.

§ 2. Le nombre des grades est fixé à:

— quatre, pour les hommes de troupe;
— cinq, pour les sous-officiers;
— trois, pour les officiers subalternes;
— trois, pour les officiers supérieurs;
— quatre, pour les officiers généraux.

KAPITEL III

Dienstgrad und Dienststellung

Artikel 21

Allgemeines

§ 1. Die grundlegenden Bestimmungen über Stellenbesetzung und Beförderung umfassen vor allem

— die für die Stämme festgelegten Planstellen,
— die Beförderungsvorschriften,
— die Satzungen, die die Rechte der Berufssoldaten verbürgen,
— die Grundsätze für die Personalverwaltung und -bewirtschaftung.

Die Einzelbestimmungen für ihre Anwendung werden durch das Kommissariat erlassen.

§ 2. Die Anzahl der Dienstgrade wird wie folgt festgelegt:

— vier für Mannschaften
— fünf für Unteroffiziere
— drei für Offiziere unterer Grade
— drei für Stabsoffiziere
— vier für Generale.

Article 22

Dispositions garantissant le grade et l'emploi

§ 1. Les membres des Forces européennes de défense ne peuvent perdre leur grade ou leur emploi ou être rayés des contrôles de l'Armée que pour des causes déterminées.

§ 2. Des dispositions appropriées seront incluses dans le Règlement de Discipline Générale et dans le Code de Justice Militaire.

Elles seront basées sur les considérations générales suivantes:

a. la perte du grade ne peut être décidée que par jugement d'un tribunal ou à titre de sanction disciplinaire sous certaines conditions;

b. la privation temporaire d'emploi par mesure disciplinaire ou pour toute autre raison grave ne pourra intervenir que dans des cas strictement définis.

c. la radiation des contrôles n'est possible que dans les cas suivants:

— démission, dans le cadre des dispositions en vigueur;

— limite d'âge du grade ou limite de la durée du service;

— insuffisance physique, incapacité professionnelle, faute grave ou inconduite habituelle;

— jugement d'une juridiction pénale.

d. Toute atteinte au grade ou à l'emploi, consécutive à une mesure disciplinaire, ne peut être décidée qu'après avis d'un Conseil d'enquête, en ce qui concerne les officiers et les sous-officiers.

Artikel 22

Bestimmungen zur Sicherung von Dienstgrad und Dienststellung der Berufssoldaten

§ 1. Die Angehörigen der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte können nur aus triftigen Gründen Dienstgrad oder Dienststellung verlieren oder aus dem Wehrdienst entlassen werden.

§ 2. Entsprechende Bestimmungen sind in die Disziplinarordnung und das Militärstrafgesetzbuch aufzunehmen.

Diesen Bestimmungen sind folgende allgemeine Gesichtspunkte zugrunde zulegen:

a) Der Dienstgrad kann nur durch Gerichtsurteil oder als Dienststrafmaßnahme unter bestimmten Voraussetzungen aberkannt werden.

b) Die einstweilige Dienstenthebung als Dienststrafmaßnahme oder aus anderen schwerwiegenden Gründen kann nur in genau bestimmten Fällen erfolgen.

c) Die Entlassung aus dem Wehrdienst ist nur in folgenden Fällen möglich:

— auf Antrag im Rahmen der geltenden Bestimmungen,

— Erreichen der für den betreffenden Dienstgrad festgelegten Altersgrenze oder Ablauf der Dienstzeit,

— körperliche Untauglichkeit, mangelnde dienstliche Eignung, schwere Verfehlung oder fortgesetzt schlechte Führung,

— strafrechtliche Verurteilung.

d) Jede Beeinträchtigung von Dienstgrad oder Dienststellung der Offiziere und Unteroffiziere als Folge einer Dienststrafmaßnahme bedarf der Zustimmung eines Untersuchungsausschusses (Conseil d'enquête).

Article 23

Officiers

§ 1. L'avancement est réglé par les textes organiques établis par le Commissariat, dans le cadre des dispositions de l'article 31 du Traité.

Les officiers concourent entre eux pour l'avancement, dans le cadre de leur contingent propre, jusqu'au grade de général de division inclus.

§ 2. Les emplois de Commandant d'Unité de base, d'officier général ayant autorité sur des éléments de différentes nationalités, et certains postes élevés du Commissariat, déterminés par le Conseil, sont conférés par le Commissariat, sur avis conforme du Conseil statuant à l'unanimité.

§ 3. Tous les autres emplois sont conférés par décision du Commissariat, compte tenu des propositions des échelons hiérarchiques intéressés.

Les affectations à des emplois correspondant à des grades inférieurs à celui de Colonel peuvent être déléguées aux Chefs de Corps.

§ 4. La liste des emplois de chaque grade résulte des tableaux d'effectifs.

§ 5. L'ensemble de la répartition des emplois des formations intégrées est conforme au tableau de répartition des effectifs des États membres.

Article 24

Sous-Officiers et Hommes de Troupe

L'avancement des sous-officiers et des hommes de troupe a lieu conformément aux instructions générales du Commissariat à l'intérieur de chaque contingent.

De même, le Commissariat fixera dans ses instructions les règles générales d'emploi et d'affectation des sous-officiers.

Article 25

Détachement des Personnels

Des personnels des Forces européennes de défense peuvent être isolément détachés de ces Forces pour des missions extérieures à la Communauté. Pendant la durée de leur détachement, la Communauté est déchargée du soin de leur entretien, n'exerce plus d'autorité directe à leur égard, mais continue à administrer leur carrière dans leur cadre d'origine, selon des règles à déterminer.

TITRE IV

Principes concernant l'uniformisation des doctrines et des méthodes. Écoles

Article 26

Uniformisation des Doctrines et des Méthodes

§ 1. Conformément à l'article 74 du Traité, l'instruction et la mise en condition des Forces européennes de défense sont réglées suivant une doctrine commune et des méthodes uniformes, établies en liaison avec les organismes appropriés de l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord et d'après ses directives.

§ 2. Cette doctrine et ces méthodes font l'objet de règlements communs, applicables à tout les contingents constituant les Forces européennes de défense.

Article 27

Écoles

§ 1. Dès l'entrée en vigueur du Traité seront créés:

— des cours pour officiers généraux et officiers d'État-Major;

Artikel 23

Offiziere

§ 1. Die Beförderung wird durch die vom Kommissariat im Rahmen von Artikel 31 des Vertrages festgelegten Grundsätze geregelt.

Alle Offiziere bis zum Divisionsgeneral einschließlich stehen für die Beförderung innerhalb ihres nationalen Kontingentes untereinander im Wettbewerb.

§ 2. Die Stellenbesetzung der Kommandeure einer Grundeinheit, der Generale mit Befehlsgewalt über Verbände verschiedener Nationalität und der vom Rat bestimmten gehobenen Dienststellungen des Kommissariates wird durch das Kommissariat mit einstimmiger Zustimmung des Rates vorgenommen.

§ 3. Über alle übrigen Stellenbesetzungen beschließt das Kommissariat unter Berücksichtigung der Vorschläge der beteiligten Vorgesetzten.

Die Besetzung von Stellen unterhalb des Dienstgrades eines Obersten und entsprechender Dienstgrade kann den Truppenkommandeuren übertragen werden.

§ 4. Die Zahl der Planstellen für jeden Dienstgrad geht aus den Stärkenachweisungen hervor.

§ 5. Die gesamte Verteilung der Planstellen gemischter Einheiten entspricht dem nach der Gesamtstärke der Kontingente der Mitgliedstaaten festgelegten Verteilerschlüssel.

Artikel 24

Unteroffiziere und Mannschaften

Die Beförderung der Unteroffiziere und Mannschaften erfolgt innerhalb jedes Kontingentes nach den allgemeinen Richtlinien des Kommissariates.

Ebenso wird das Kommissariat in seinen Richtlinien die allgemeinen Vorschriften für die Stellenbesetzung und Verwendung der Unteroffiziere festlegen.

Artikel 25

Abstellungen von Personal

Personal der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte kann aus diesen Streitkräften für Aufgaben außerhalb der Verteidigungsgemeinschaft einzeln abgestellt werden. Während der Dauer dieser Abstellung hat die Gemeinschaft keine Verpflichtung zum Unterhalt dieses Personals und übt keine unmittelbare Befehlsgewalt über dieses Personal aus; sie bearbeitet jedoch die Personalangelegenheiten der Abgestellten innerhalb ihres Herkunftskontingentes nach noch festzulegenden Bestimmungen weiter.

VIERTER TITEL

Grundsätze für die Vereinheitlichung der Lehren und Methoden Schulen

Artikel 26

Vereinheitlichung der Lehren und Methoden

§ 1. Die Ausbildung und Herstellung der Verwendungsbereitschaft der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte werden gemäß Artikel 74 des Vertrages nach einheitlicher Lehre und nach einheitlichen Methoden geregelt; ihre Ausarbeitung erfolgt in Zusammenarbeit mit den zuständigen NATO-Organen und nach NATO-Richtlinien.

§ 2. Diese Lehre und Methoden werden in einheitlichen Vorschriften geregelt, die auf alle Kontingente anwendbar sind.

Artikel 27

Schulen

§ 1. Mit Inkrafttreten des Vertrages werden eingerichtet:

— Lehrgänge für Generale und Generalstabsoffiziere,

— des cours pour officiers appelés à exercer les Commandements suivants:

Armée de Terre: Unité de base et Régiment;

Armée de l'Air: Unités équivalentes.

— des cours pour commandants d'école et leurs principaux instructeurs;

— des cours pour officiers de liaison au moins bilingues;

— des cours d'interprètes;

— des cours pour former certains cadres et spécialistes nécessaires à l'ensemble de la Communauté (transmissions, radar, appui aérien, défense aérienne et antiaérienne, opérations amphibies, etc.).

Ces cours sont organisés par le Commissariat et placés sous sa responsabilité directe. Ils revêtiront, toutes les fois que ce sera nécessaire, une forme interarmée.

§ 2. Les écoles existant lors de la mise en vigueur du Traité sont transformées en écoles européennes, selon les besoins de la Communauté, aussitôt qu'il est possible, à l'exception de celles qui sont nécessaires à la formation et à l'instruction des Forces Armées demeurant nationales en vertu du Traité.

Les écoles à créer pour la Communauté sont européennes le jour de leur mise sur pied.

Toutes ces écoles sont soumises aux règles générales suivantes:

— développement de l'esprit de coopération européenne;

— inspection par les organes appropriés du Commissariat;

— cycle de formation et enseignement harmonisés, les programmes étant établis selon les directives du Commissariat, en vue d'obtenir un niveau de formation semblable;

— organisation de périodes d'instruction en commun à développer dans toute la mesure du possible;

— étude poussée de l'enseignement des langues.

Les écoles d'enseignement supérieur sont intégrées.

Les écoles de formation d'officiers et les écoles d'application sont également intégrées; elles peuvent toutefois comporter des sections de nationalité homogène, pour des facilités d'enseignement.

A titre transitoire, pour une période aussi courte que possible, les écoles de formation d'officiers et les écoles d'application fonctionnent sous l'autorité et la responsabilité du Commissariat, la Direction de l'école étant intégrée, les cadres instructeurs et les élèves pouvant être de nationalité homogène; l'implantation est faite, en ce dernier cas, dans les pays d'origine.

Les écoles destinées à la formation de certaines catégories de sous-officiers et de spécialistes sont soumises aux mêmes règles que les écoles de formation d'officiers et les écoles d'application.

§ 3. L'organisation des écoles et établissements d'enseignement dans les Forces navales européennes s'effectuera dans le cadre général des principes définis ci-dessus, compte tenu des particularités desdites Forces.

§ 4. En ce qui concerne les pays de plurilinguisme officiel, l'application des mesures du présent titre est soumise aux dispositions de l'article 74 du Traité.

TITRE V

Emploi des langues

Article 28

§ 1. Tout membre des Forces européennes de défense emploie sa langue nationale, sous réserve des dispositions du présent titre.

— Lehrgänge für Offiziere, die Befehlsgewalt auszuüben haben:

bei den Landstreitkräften: über eine Grundeinheit oder ein Regiment,

bei den Luftstreitkräften: über entsprechende Verbände,

— Lehrgänge für Kommandeure von Schulen und deren wichtigste Lehrkräfte,

— Lehrgänge für mindestens zweisprachige Verbindungs-Offiziere,

— Lehrgänge für Dolmetscher,

— Lehrgänge zur Ausbildung bestimmter Gruppen von Stammpersonal und Spezialisten, die für die gesamte Europäische Verteidigungsgemeinschaft erforderlich sind (Fernmeldewesen, Radar, Luftunterstützung, Luftverteidigung und Fliegerabwehr, Landungsoperationen usw.).

Diese Lehrgänge werden vom Kommissariate aufgebaut und unterstehen seiner unmittelbaren Verantwortlichkeit. In allen erforderlichen Fällen werden diese Lehrgänge als Wehrmachtslehrgänge abgehalten.

§ 2. Die bei Inkrafttreten des Vertrages bestehenden Schulen werden sobald wie möglich den Bedürfnissen der Gemeinschaft entsprechend in europäische Schulen umgewandelt; ausgenommen bleiben diejenigen Schulen, die zur Ausbildung der auf Grund des Vertrages national verbleibenden Streitkräfte erforderlich sind.

Die für die Gemeinschaft einzurichtenden Schulen sind von ihrer Schaffung an europäisch.

Alle diese Schulen unterliegen nachstehenden allgemeinen Richtlinien:

— Förderung des Geistes europäischer Zusammenarbeit;

— Inspektionen seitens der zuständigen Organe des Kommissariates;

— Sicherung eines gleichen Ausbildungsstandes durch einheitlichen Ablauf der Ausbildung und Schulung und Lehrpläne, die nach Weisungen des Kommissariates aufgestellt werden;

— gemeinsame Ausbildungszeiten im Rahmen des Möglichen;

— eingehende Prüfung der Frage des Sprachenunterrichtes.

Die Schulen für die höhere Ausbildung sind gemischt (integriert).

Die Offizier-Ausbildungsschulen und die Waffenschulen sind ebenfalls gemischt (integriert); sie können jedoch zur Erleichterung des Unterrichtes nationalgeschlossene Abteilungen haben.

Vorläufig und für eine möglichst kurze Zeitspanne arbeiten die Offizier- und Waffenschulen zwar bereits unter der Verantwortung des Kommissariates, die Leitung der Schule ist gemischt (integriert), die Lehrkörper und die Lehrgänge können national-geschlossen sein. Die Schulen können in diesem Falle im Herkunftslande stationiert werden.

Für die Schulen zur Ausbildung bestimmter Gruppen von Unteroffizieren und Spezialisten gelten die gleichen Bestimmungen wie für die Offizier- und Waffenschulen.

§ 3. Die Organisation der Schulen und Lehreinrichtungen innerhalb der europäischen Seestreitkräfte erfolgt nach den oben festgelegten Grundsätzen unter Berücksichtigung der Besonderheiten dieser Streitkräfte.

§ 4. Die Anwendung der Maßnahmen dieses Kapitels bei Ländern mit mehreren Amtssprachen erfolgt gemäß Artikel 74 des Vertrages.

FÜNFTER TITEL

Verwendung der Sprachen

Artikel 28

§ 1. Jeder Angehörige der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte verwendet seine Muttersprache, vorbehaltlich der Bestimmungen dieses Titels.

§ 2. Des mesures seront prises afin de promouvoir au sein de la Communauté l'étude des diverses langues nationales des États membres, suivant des règles à déterminer lors de l'examen du programme des écoles européennes.

§ 3. Dans les cas où la connaissance d'une langue auxiliaire commune s'imposera pour des nécessités pratiques, l'enseignement d'une telle langue sera donné dans les écoles de formation dans des conditions qui seront fixées par le Commissariat sur avis conforme du Conseil statuant à l'unanimité.

Article 29

§ 1. On entend par «langue de référence» la langue destinée à faire foi en cas de malentendu ou de contestation.

La langue de référence est la langue propre à l'autorité dont émanent les ordres, instructions, etc.:

— pour tout Commandement de formation, celle du Commandant de la formation;

— pour le Commissariat, le français.

§ 2. Les communications à un échelon subordonné sont faites dans la langue de celui-ci; en règle générale, elles doivent lui être faites en outre dans la langue de référence.

§ 3. Les communications à un échelon supérieur sont faites dans la langue de celui qui les émet.

§ 4. Les communications entre autorités non hiérarchiquement subordonnées sont faites dans la langue de l'une ou de l'autre de ces autorités au mieux des besoins.

§ 5. La langue auxiliaire doit être considérée comme une langue d'appoint à employer obligatoirement pour toutes les communications de procédure (radio, codes, mots de passe, etc.) ou en cas de difficulté dans l'emploi des autres langues.

Fait à Paris, le vingt-sept mai mille neuf cent cinquante-deux.

Konrad Adenauer
Paul van Zeeland
Robert Schuman
Alcide de Gasperi
Joseph Bech
Dirk Stikker

§ 2. Um innerhalb der Gemeinschaft das Studium der verschiedenen Nationalsprachen der Mitgliedstaaten zu fördern, werden nach Bestimmungen, die bei der Prüfung des Programms für die europäischen Schulen festzulegen sind, entsprechende Maßnahmen getroffen werden.

§ 3. Soweit sich aus praktischen Notwendigkeiten die Kenntnis einer gemeinsamen Hilfssprache als erforderlich erweist, wird nach Bestimmungen, die vom Kommissariat mit einstimmiger Zustimmung des Rates festzulegen sind, in den Ausbildungsschulen ein solcher Sprachunterricht erteilt werden.

Artikel 29

§ 1. Unter „Bezugssprache" ist die Sprache zu verstehen, die bei Mißverständnissen oder Streitigkeiten maßgeblich sein soll.

Die Bezugssprache ist die Sprache derjenigen Stelle, die die Befehle, Anweisungen usw. ausgibt:

— für jeden Führungsstab einer Einheit die Sprache des Einheitskommandeurs,

— für das Kommissariat die französische Sprache.

§ 2. Untergeordnete Dienststellen erhalten die an sie gerichteten Befehle und Mitteilungen in ihrer eigenen Sprache und im allgemeinen außerdem in der Bezugssprache.

§ 3. Mitteilungen an einen übergeordneten Stab werden jeweils in der Sprache der absendenden Stelle abgefaßt.

§ 4. Mitteilungen zwischen einander nicht nachgeordneten Stellen werden im Hinblick auf die bestmögliche Verständigung in der einen oder anderen Sprache abgefaßt.

§ 5. Die Hilfssprache muß als eine Zusatzsprache angesehen werden, die für alle nachrichtentechnischen Verfahren (Funk, Schlüssel, Parolen usw.) und bei Schwierigkeiten in der Verwendung der anderen Sprachen anzuwenden ist.

Geschehen zu Paris am siebenundzwanzigsten Mai neunzehnhundertundzweiundfünfzig.

Protocole juridictionnel

LES HAUTES PARTIES CONTRACTANTES,

Désireuses de compléter et de préciser les modalités d'application des dispositions des articles 60 et 61 du Traité instituant la Communauté Européenne de Défense, sont convenues de ce qui suit:

TITRE PREMIER

Réparation des dommages

CHAPITRE PREMIER

Responsabilité

Article Premier

La Communauté doit réparer les dommages causés par ses fautes de service.

Article 2

§ 1. La Communauté est responsable, même en l'absence de faute, des dommages causés par les immeubles et installations dont elle a la garde, sans préjudice de la responsabilité éventuelle du propriétaire de ces biens, qui demeure engagée conformément à la loi nationale.

(Übersetzung)

Justizprotokoll

DIE HOHEN VERTRAGSCHLIESSENDEN TEILE

wünschen, die Ausführungsbestimmungen zu den Vorschriften der Artikel 60 und 61 des Vertrages über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft zu vervollständigen und näher festzulegen. Sie sind wie folgt übereingekommen:

ERSTER TITEL

Schadensersatz

ERSTES KAPITEL

Haftung

Erster Artikel

Die Gemeinschaft hat die Schäden zu ersetzen, die durch Amtsfehler verursacht sind.

Artikel 2

§ 1. Die Gemeinschaft ist, selbst wenn kein Amtsfehler vorliegt, für die Schäden haftbar, die durch die in ihrer Obhut stehenden Liegenschaften und Einrichtungen entstanden sind, unbeschadet der etwaigen Haftung des Eigentümers gemäß dem Rechte seines Staates.

Dans ce cas, la responsabilité de la Communauté ne peut être écartée ou atténuée que dans la mesure où il est établi que le préjudice est dû à la faute de la victime, à celle du tiers ou à un cas de force majeure.

§ 2. La Communauté est responsable, dans les mêmes conditions, du fait de ses activités qui présentent un danger particulier pour les tiers.

§ 3. Jusqu'à l'établissement éventuel d'une législation commune sur la responsabilité civile à raison des dommages causés aux tiers en matière de transports, l'application par les organes compétents de la Communauté, en ce qui concerne lesdits dommages, des règles ci-dessus établies sera faite en recherchant, dans la mesure où le respect de ces règles ne s'y opposera pas, une harmonisation des principes propres aux législations nationales des États membres.

Die Haftung der Gemeinschaft fällt nur insoweit weg oder vermindert sich, als der Schaden nachweislich durch den Geschädigten oder einen Dritten verschuldet oder durch höhere Gewalt herbeigeführt worden ist.

§ 2. Die Gemeinschaft ist unter den gleichen Voraussetzungen auf Tätigkeitsgebieten haftbar, die eine besondere Gefahr für Dritte darstellen.

§ 3. Bis zur Schaffung eines gemeinsamen Rechtes über die Verkehrshaftung gegenüber geschädigten Dritten werden hinsichtlich dieser Schäden die vorstehenden Vorschriften von den zuständigen Organen der Gemeinschaft in der Weise angewandt, daß sie, soweit die Beachtung der Vorschriften dem nicht entgegensteht, eine angleichende Vereinigung der Grundsätze anstreben, die dem Rechte der Mitgliedstaaten eigentümlich sind.

Article 3

Lorsque le fonctionnement des services de la Communauté ou les immeubles et installations dont elle a la garde font courir aux tiers un risque exceptionnellement grave, sa responsabilité ne peut être écartée ou atténuée que dans la mesure où il est établi que le préjudice est dû à la faute de la victime.

Artikel 3

Wenn aus der Tätigkeit der Dienststellen der Gemeinschaft oder aus den in ihrer Obhut stehenden Liegenschaften oder Einrichtungen eine außergewöhnlich schwere Gefahr für Dritte entspringt, so kann die Haftung der Gemeinschaft nur so weit ausgeschlossen oder gemindert werden, als der Schaden nachweislich auf dem Verschulden des Geschädigten beruht.

Article 4

La Communauté est responsable des dommages causés à la voirie ou aux installations publiques par suite de l'utilisation de celles-ci par ses Forces ou ses Services, et dépassant dans une mesure appréciable, soit par leur nature, soit par leur importance, ceux qui résultent de leur utilisation habituelle.

Artikel 4

Die Gemeinschaft haftet für Schäden des Verkehrsnetzes oder der öffentlichen Anlagen, die sich aus der Benutzung durch ihre Streitkräfte oder ihre Dienststellen ergeben und die nach Art oder Umfang merklich über die Schäden hinausgehen, die sich aus der gewöhnlichen Benutzung ergeben.

Article 5

Sauf stipulation contraire, la Communauté doit réparer les dommages causés aux biens mis à sa disposition, en vertu d'une convention, par un des États membres de la Communauté ou par une personne morale de droit public de ces États.

Artikel 5

Wenn nicht anders bestimmt wird, haftet die Gemeinschaft für die Beschädigung von Gegenständen, die ihr auf Grund eines Vertrages durch einen der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft oder durch eine juristische Person des öffentlichen Rechtes dieser Staaten zur Verfügung gestellt worden sind.

Article 6

La Communauté doit réparer les dommages causés par les fautes de ses agents, commises dans l'exercice de leurs fonctions.

Les agents ne sont pas responsables à l'égard des tiers en raison de ces fautes.

Artikel 6

Die Gemeinschaft haftet für die Schäden, die durch Verschulden der in ihren Diensten stehenden Personen bei Ausübung ihrer dienstlichen Tätigkeit entstanden sind.

Diese Personen sind insoweit Dritten gegenüber nicht haftbar.

Article 7

§ 1. Les agents de la Communauté sont personnellement responsables à l'égard des tiers, selon la loi localement applicable, et devant les juridictions compétentes d'après le droit commun, des dommages par eux causés en dehors de l'exercice de leurs fonctions.

En cas de contestation sur le point de savoir si l'acte dommageable a été accompli dans l'exercice des fonctions, l'affaire est portée devant la section de la Cour territorialement compétente qui, sauf renvoi dans les conditions prévues à l'article 13 ci-après, statue souverainement sur ce point.

§ 2. Nonobstant les dispositions du paragraphe 1 du présent article, une indemnité peut être allouée à titre gracieux par la Communauté à la partie lésée, compte tenu de toutes les circonstances de la cause, notamment de la conduite et du comportement de la victime. Les décisions prises en vertu du présent paragraphe ne peuvent faire l'objet d'aucun recours.

Artikel 7

§ 1. Die im Dienste der Gemeinschaft stehenden Personen sind nach örtlichem Rechte und im Verfahren vor den gewöhnlichen Gerichten Dritten gegenüber für die von ihnen außerhalb ihrer dienstlichen Tätigkeit verursachten Schäden haftbar.

Falls ein Streit darüber entsteht, ob die Schadenshandlungen in Ausübung der dienstlichen Tätigkeit begangen sind, so wird die Sache dem zuständigen Landessenat des Gerichtshofes vorgelegt; dieser entscheidet, falls er nicht gemäß Artikel 13 an den Gerichtshof selbst verweist, nach seinem Ermessen über die Schuldfrage.

§ 2. Ungeachtet der Vorschrift des § 1 kann die Gemeinschaft dem Geschädigten eine billige Entschädigung gewähren; sie berücksichtigt dabei alle Umstände des Falles, insbesondere das Verhalten des Geschädigten. Ihre Entscheidung kann nicht gerichtlich angefochten werden.

Article 8

Lorsqu'une faute d'une particulière gravité, commise par l'un de ses agents, a causé à la Communauté un dommage direct ou a entraîné la mise en jeu de la responsabilité de celle-ci conformément aux dispositions du présent chapitre, cet agent peut être condamné à réparer tout ou partie du préjudice subi de son fait par la Communauté.

Artikel 8

Wenn der Gemeinschaft durch besonders schweres Verschulden einer in ihren Diensten stehenden Person ein unmittelbarer Schaden entstanden ist oder wenn dadurch ihre Haftung gemäß den Vorschriften dieses Kapitels begründet worden ist, kann diese Person verurteilt werden, ganz oder teilweise den Schaden zu ersetzen, der durch ihre Handlung der Gemeinschaft entstanden ist.

Article 9

Chaque État membre renonce à demander une indemnité à la Communauté dans le cas où un membre de ses forces armées intégrées à la Communauté a subi un dommage corporel dans l'exécution du service.

CHAPITRE II

Procédure

Article 10

§ 1. Sous réserve des dispositions de l'article 16 ci-dessous, les demandes d'indemnité sont portées devant les Commissions locales des indemnités, dont un règlement du Commissariat fixe le nombre, le ressort territorial et la procédure.

§ 2. Ces Commissions sont composées:

— d'un Président désigné par le Commissariat ou par l'autorité à laquelle celui-ci aura délégué ses pouvoirs à cet effet, parmi les personnes présentant toutes garanties de compétence juridique et possédant la nationalité de l'État de séjour;

— d'un membre désigné par le Commissariat parmi les ressortissants des États membres autres que ceux de l'État de séjour;

— et d'un membre des Forces européennes de défense désigné par l'autorité militaire européenne localement compétente.

§ 3. La Commission instruit la demande, fait procéder aux enquêtes, vérifications et expertises qui apparaîtraient nécessaires. Le Président, dans les limites des pouvoirs qui lui sont délégués par les instructions générales du Commissariat, recherche un accord amiable avec le demandeur.

A défaut d'accord amiable, la Commission détermine l'indemnité due au demandeur.

La décision est prise à la majorité. Elle est motivée.

La Commission peut décider qu'une avance à valoir sur l'indemnité sera versée au demandeur, nonobstant toute voie de recours.

Article 11

Un recours peut être formé par le demandeur ou le Commissariat contre la décision de la Commission, dans un délai de deux mois à compter de la notification de la décision, en ce qui concerne le demandeur et, en ce qui concerne le Commissariat, à compter du prononcé de la décision. Il peut être formé recours incident dans le délai fixé par les dispositions réglant la procédure devant la Cour.

Sans préjudice des mesures provisionnelles prévues à l'article 10, paragraphe 3 ci-dessus, les décisions de la Commission ne sont exécutoires, avant l'expiration du délai de recours, que si le demandeur et le Commissariat renoncent à exercer leur droit de recours. Le recours est suspensif.

Article 12

Le recours est porté devant une section régionale de la Cour composée d'un des juges de cette juridiction, Président, assisté de quatre magistrats de la Communauté. Ces derniers doivent être de la nationalité de l'État de séjour. Dans certaines catégories d'affaires, la section peut ne comprendre que trois juges.

Des décisions du Conseil, prises sur la proposition du Président de la Cour, après avis du Commissariat, fixent le nombre et le ressort territorial des sections ainsi que les conditions dans lesquelles les sections peuvent être éventuellement appelées à siéger dans plusieurs localités de leur ressort.

Les sections régionales procèdent à l'examen de l'affaire, complètent l'instruction s'il y a lieu et statuent en dernier ressort.

Artikel 9

Die Mitgliedstaaten verzichten darauf, von der Gemeinschaft Schadensersatz zu verlangen, wenn ein Mitglied ihrer in die Gemeinschaft aufgenommenen Streitkräfte bei der Ausübung des Dienstes körperlichen Schaden genommen hat.

KAPITEL II

Verfahren

Artikel 10

§ 1. Vorbehaltlich der Vorschriften des Artikels 16 werden die Schadensersatzansprüche vor örtliche Schadenskammern gebracht, deren Zahl, Bezirk und Verfahren durch eine Verordnung des Kommissariates bestimmt werden.

§ 2. Diese Kammern setzen sich zusammen:

— aus einem Vorsitzenden, der vom Kommissariate oder einer vom Kommissariate hierzu ermächtigten Behörde bestimmt wird; dieser muß die Befähigung zum Richteramte und die Staatsangehörigkeit des Aufenthaltsstaates besitzen;

— aus einem Mitglied, das vom Kommissariate aus den Staatsangehörigen der Mitgliedstaaten bestimmt wird, aber nicht Staatsangehöriger des Aufenthaltsstaates ist;

— aus einem Mitglied der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte, das von der örtlich zuständigen militärischen Behörde bestimmt wird.

§ 3. Die Kammer verhandelt über den Antrag und veranlaßt die etwa notwendigen Untersuchungen, Nachprüfungen und Gutachten. Der Vorsitzende sucht nach Maßgabe der ihm durch die allgemeinen Vorschriften des Kommissariates übertragenen Befugnisse einen gütlichen Ausgleich mit dem Antragsteller herbeizuführen.

Kommt kein gütlicher Ausgleich zustande, so setzt die Kammer den dem Antragsteller zustehenden Schadensersatz fest.

Die Entscheidung wird mit Mehrheit getroffen. Sie ist mit Gründen zu versehen.

Die Kammer kann dem Antragsteller, unabhängig von der Frage der Rechtsmittel, eine Abschlagszahlung auf die Schadensersatzsumme bewilligen.

Artikel 11

Gegen die Entscheidung der Kammer können der Antragsteller oder das Kommissariat binnen zwei Monaten Berufung einlegen; diese Frist rechnet beim Antragsteller von der Bekanntgabe der Entscheidung, beim Kommissariate von der Verkündung der Entscheidung. Anschlußberufung kann binnen einer Frist eingelegt werden, die in den Verfahrensvorschriften des Gerichtshofes festgesetzt wird.

Unbeschadet der vorläufigen Maßnahmen, die nach den in Artikel 10 § 3 vorgesehenen Verfahrensvorschriften möglich sind, sind die Entscheidungen der Kammer nur dann vor Ablauf der Berufungsfrist vollstreckbar, wenn Antragsteller und Kommissariat auf die Berufung verzichten. Die Berufung hat aufschiebende Wirkung.

Artikel 12

Die Berufung wird vor einem Landessenat des Gerichtshofes verhandelt. Dieser besteht aus einem Richter des Gerichtshofes als Vorsitzendem und aus vier weiteren Richtern der Gemeinschaft als Beisitzern; die Beisitzer müssen die Staatsangehörigkeit des Aufenthaltsstaates besitzen. Bei bestimmten Arten von Fällen braucht der Senat nur mit drei Richtern besetzt zu sein.

Zahl und örtlicher Zuständigkeitsbereich der Senate sowie die Voraussetzungen, unter denen die Senate gegebenenfalls an verschiedenen Orten ihres Zuständigkeitsbereiches zu tragen haben, werden durch Entscheidungen des Rates bestimmt. Diese Entscheidungen ergehen auf Vorschlag des Präsidenten des Gerichtshofes, nachdem die Stellungnahme des Kommissariates eingeholt worden ist.

Die Landessenate prüfen den Fall, vervollständigen, falls erforderlich, die Unterlagen und entscheiden in letzter Instanz.

Article 13

Lorsqu'une affaire soulève des questions de principe, elle peut être renvoyée à la Cour, soit par la section, soit par son Président après consultation des assesseurs, dans le cas où le montant de la demande excède trois mille unités de compte. Dans le cas où le montant de la demande n'excède pas trois mille unités de compte, le Commissariat peut, lorsque l'affaire soulève des questions de principe, former devant la Cour un recours dans l'intérêt de la loi contre la décision de la section régionale; cette dernière décision conserve un caractère définitif à l'égard des parties.

Pour le jugement des affaires sur lesquelles elle est appelée à se prononcer en vertu des dispositions du précédent alinéa, la Cour doit comprendre les juges présidant les sections régionales.

Artikel 13

Wenn ein Fall Grundsatzfragen aufwirft, kann er entweder durch den Landessenat oder nach Anhörung der Beisitzer durch dessen Präsidenten an den Gerichtshof verwiesen werden; doch muß die Schadenssumme 3000 Rechnungseinheiten übersteigen. Falls die Schadenssumme 3000 Rechnungseinheiten nicht übersteigt, kann das Kommissariat, wenn der Fall Grundsatzfragen aufwirft, zur Wahrung der Rechtseinheit den Gerichtshof gegen die Entscheidung des Landessenates anrufen; für die Parteien ist die Entscheidung des Landessenates endgültig.

Die Entscheidungen des Gerichtshofes gemäß vorstehendem Absatz ergehen in einer Besetzung mit den Richtern, die Vorsitzende der Landessenate sind.

Article 14

Les demandes fondées sur les articles 1, 2, 3, 5 et 8 doivent être présentées, sous peine de déchéance, dans un délai de cinq ans à compter de la survenance du fait qui y a donné lieu. Il en est de même des demandes de toute nature fondées sur les dispositions du présent titre, concernant les litiges entre la Communauté et les États membres ou les collectivités territoriales de ces États.

Toutefois, en ce qui concerne les demandes fondées sur les dommages aux personnes et les dommages mobiliers causés par les accidents de la circulation, le délai est de trois ans.

Artikel 14

Die auf die Artikel 1, 2, 3, 5 und 8 gegründeten Anträge können nur binnen einer Frist von fünf Jahren vom Zeitpunkte des den Anspruch begründenden Ereignisses geltend gemacht werden. Das gleiche gilt für Anträge aller Art aus den Vorschriften dieses Titels, die Streitigkeiten zwischen der Gemeinschaft und den Mitgliedstaaten oder den auf ihrem Gebiet bestehenden öffentlich-rechtlichen Körperschaften haben.

Bei Ansprüchen jeder Art aus Verkehrsunfällen beträgt die Frist dagegen drei Jahre.

Article 15

Les décisions de la Cour, les décisions des sections régionales, ainsi que les décisions devenues définitives des Commissions locales des indemnités sont exécutoires, dans les conditions fixées à l'article 66 du Traité.

Artikel 15

Die Entscheidungen des Gerichtshofes und der Landessenate sowie die rechtskräftigen Entscheidungen der örtlichen Schadenskammern sind nach Maßgabe des Artikels 66 des Vertrages vollstreckbar.

Article 16

Les litiges de toute nature entre la Communauté et les États membres ou les collectivités territoriales de ces États et relatifs à l'application des dispositions du présent titre ressortissent uniquement à la compétence de la Cour.

Artikel 16

Für alle Streitigkeiten zwischen der Gemeinschaft einerseits und den Mitgliedstaaten oder den auf ihrem Gebiet bestehenden öffentlich-rechtlichen Körperschaften andererseits über die Anwendung der Vorschriften dieses Titels ist der Gerichtshof ausschließlich zuständig.

CHAPITRE III

Disposition spéciale

Article 17

La Communauté est responsable des dommages causés par les manœuvres ou exercices effectués par les Forces européennes de défense, ainsi que des dégâts de cantonnement.

Les modalités de leur constatation, de leur évaluation et les délais dans lesquels les demandes doivent être présentées seront fixés dans un règlement du Commissariat sur avis conforme du Conseil, statuant à la majorité des deux tiers, après consultation des gouvernements des États membres intéressés.

KAPITEL III

Sonderbestimmung

Artikel 17

Die Gemeinschaft haftet für die Schäden, die durch Manöver oder Übungen der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte oder durch deren Unterbringung verursacht worden sind.

Die Art und Weise ihrer Feststellung und Schätzung sowie die Fristen für die Geltendmachung der Ansprüche werden durch Verordnung des Kommissariates bestimmt. Die Verordnung bedarf der Zustimmung des Rates mit Zweidrittel-Mehrheit; die Regierungen der jeweils in Betracht kommenden Mitgliedstaaten sind vorher zu hören.

TITRE DEUX

Dispositions pénales

CHAPITRE PREMIER

Dispositions définitives

Article 18

Dès l'entrée en vigueur du Traité, les États membres transfèrent à la Communauté Européenne de Défense leurs pouvoirs de répression des infractions pénales qui pourraient être commises par les membres des Forces européennes de défense.

ZWEITER TITEL

Strafrechtliche Bestimmungen

ERSTES KAPITEL

Endgültige Bestimmungen

Artikel 18

Mit Inkrafttreten des Vertrages übertragen die Mitgliedstaaten ihre Strafgewalt, soweit es sich um Straftaten von Mitgliedern der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte handelt, auf die Europäische Verteidigungsgemeinschaft.

Article 19

La répression de ces infractions pénales sera assurée aussitôt que possible par une législation commune établie dans le respect des règles constitutionnelles propres à chaque État membre et qui s'étendra aux règles de l'organisation judiciaire et de la procédure.

Il sera procédé corrélativement à l'extension des attributions de la Cour.

CHAPITRE II

Dispositions transitoires

Article 20

Jusqu'à la mise en vigueur de la législation commune visée à l'article 19 ci-dessus, les dispositions des articles suivants sont provisoirement applicables.

Article 21

Les pouvoirs juridictionnels de la Communauté sont assurés dans les conditions suivantes par des juridictions exerçant une fonction européenne.

Article 22

Les juridictions visées à l'article 21 ci-dessus sont:

1° La Cour, qui statue dans les conditions visées à l'article 30 ci-après :

a. sur les conflits de juridiction;

b. sur les questions de droit concernant l'interprétation du Traité, des protocoles annexés et de leurs dispositions complémentaires;

c. en toute autre matière dans laquelle il lui serait attribué compétence, notamment en ce qui concerne la répression de certaines infractions commises par les personnes visées à l'article 18 ci-dessus et portant une atteinte grave aux intérêts de la Communauté.

2° Des tribunaux qui peuvent être:

— des tribunaux européens de composition nationale subordonnés quant à la dernière instance à une section régionale de la Cour;

— des tribunaux nationaux agissant par délégation de la Communauté, dans le cas où l'État membre intéressé le jugera nécessaire pour des motifs d'ordre constitutionnel ou de structure générale d'organisation judiciaire.

Article 23

L'organisation et la procédure des tribunaux mentionnés à l'article 22 ci-dessus, y compris les modifications à apporter à l'organisation et à la procédure des sections régionales de la Cour en tant qu'elles jugent en matière pénale, sont réglées par la législation nationale des États membres intéressés. Lesdites règles sont appliquées à l'égard des tribunaux européens comme droit européen.

Article 24

Sans préjudice des dispositions de l'article 30-3° ci-après, les personnes visées à l'article 18 seront jugées respectivement par les tribunaux européens de composition de leur nationalité ou par leurs tribunaux nationaux agissant par délégation de la Communauté tels qu'ils sont prévus à l'article 22-2° ci-dessus.

Article 25

Sous réserve des exceptions prévues au présent Protocole, les personnes à charge séjournant en dehors du territoire de l'État d'origine sont justiciables des juridictions normalement compétentes de l'État de séjour.

Les exceptions visées à l'alinéa précédent seront déterminées dans le respect des règles constitutionnelles de chacun des États membres.

Artikel 19

Die Bestrafung dieser Straftaten wird sobald wie möglich durch eine gemeinsame Gesetzgebung sichergestellt. Diese ist unter Beachtung der in jedem Mitgliedstaate geltenden Verfassungsvorschriften auszuarbeiten; sie soll sich auch auf die Regelung der Gerichtsverfassung und des Verfahrens erstrecken.

Die Befugnisse des Gerichtshofes sind hierbei entsprechend zu erweitern.

KAPITEL II

Übergangsvorschriften

Artikel 20

Bis zum Inkrafttreten der in Artikel 19 vorgesehenen gemeinsamen Gesetzgebung sind vorübergehend die Vorschriften der nachstehenden Artikel anzuwenden.

Artikel 21

Die richterliche Gewalt der Gemeinschaft wird gemäß den nachstehenden Vorschriften von Gerichten wahrgenommen, die in europäischer Hoheitsausübung tätig werden.

Artikel 22

Die in Artikel 21 genannten Gerichte sind:

1. Der Gerichtshof; dieser entscheidet nach Maßgabe des Artikels 30 über:

a) Zuständigkeitsstreitigkeiten,

b) Rechtsfragen, die sich auf die Auslegung des Vertrages, der Zusatzprotokolle und der sie ergänzenden Vorschriften beziehen,

c) alle anderen Fragen, in denen er gegebenenfalls später Zuständigkeiten erhält, insbesondere die Bestrafung bestimmter Straftaten der in Artikel 18 genannten Personen, die eine schwere Verletzung der Interessen der Gemeinschaft darstellen.

2. Gerichte, die sein können:

— europäische Gerichte nationaler Zusammensetzung, die in letzter Instanz einem Landessenate des Gerichtshofes unterstehen;

— Gerichte der Mitgliedstaaten, die kraft Ermächtigung der Gemeinschaft tätig werden; diese Lösung greift dann Platz, wenn der betreffende Mitgliedstaat sie aus verfassungsrechtlichen Gründen oder aus Gründen des allgemeinen grundlegenden Gerichtsaufbaues für notwendig erachtet.

Artikel 23

Verfassung und Verfahren der in Artikel 22 bezeichneten Gerichte — einschließlich der Änderungen, die für die Verfassung und das Verfahren der Landessenate des Gerichtshofes in ihrer strafrechtlichen Tätigkeit vorzusehen sind — werden durch die Gesetzgebung der betreffenden Mitgliedstaaten geregelt. Diese Regeln gelten bezüglich der europäischen Gerichte als europäisches Recht.

Artikel 24

Unbeschadet der Vorschriften des Artikels 30 Ziff. 3 unterstehen die in Artikel 18 genannten Personen den in Artikel 22 Ziff. 2 vorgesehenen Gerichten in der Weise, daß entweder europäische Gerichte, die in ihrer Zusammensetzung ihrer Herkunft entsprechen, oder ihre nationalen Gerichte, die kraft Ermächtigung der Gemeinschaft tätig werden, zuständig sind.

Artikel 25

Vorbehaltlich der in diesem Protokoll vorgesehenen Ausnahmen unterstehen die unterhaltsberechtigten Personen, die sich außerhalb des Gebietes des Herkunftsstaates befinden, den sonst zuständigen Gerichten des Aufenthaltsstaates.

Die in vorstehendem Absatz aufgeführten Ausnahmen werden unter Beachtung der Verfassungsvorschriften jedes einzelnen Mitgliedstaates bestimmt.

Article 26

§ 1. Les personnes visées à l'article 18 du présent Protocole demeurent soumises uniquement à la loi de leur État d'origine, sous réserve des exceptions prévues au même Protocole en faveur de la loi locale.

§ 2. Les exceptions devront être déterminées en considération:

a. du caractère strictement territorial de l'application de certains règlements, notamment en matière de roulage, de chasse et de pêche;

b. de l'intérêt de l'État de séjour et de ses habitants, il en sera notamment ainsi des faits commis au préjudice de cet État ou contre ses habitants, lorsque la loi de l'État d'origine n'érige pas ces faits en infractions ou les réprime de peines nettement inférieures à celles que porte la loi locale.

§ 3. Pour l'application de la loi de l'État de séjour, il sera établi un système de correspondance entre les diverses peines prévues par les législations respectives des États membres.

Article 27

Le droit de grâce à l'égard des peines prononcées par les juridictions visées à l'article 22 ci-dessus contre des membres des Forces européennes de défense est exercé par les autorités compétentes dans l'État d'origine.

Article 28

§ 1. L'exécution des peines privatives de liberté sera assurée par les soins des autorités de l'État d'origine du membre des Forces européennes de défense.

§ 2. Toutefois, en ce qui concerne les peines privatives de liberté inférieures à six mois, l'exécution pourra en être assurée suivant des modalités à déterminer dans la Convention prévue à l'article 30 ci-après.

Article 29

§ 1. Dans la législation de chacun des États membres, les dispositions réprimant les infractions qui constituent des atteintes contre les forces armées nationales, leurs installations ou leurs membres sont applicables aux faits de même nature commis contre les Forces européennes de défense ou leurs membres.

§ 2. Le Gouvernement de chacun des États membres soumettra, en outre, au pouvoir législatif les projets qu'il estimera nécessaires pour permettre d'assurer sur le territoire dudit État la sécurité et la protection des Forces européennes de défense, celles de leurs installations, de leur matériel, de leurs propriétés, de leurs archives et documents officiels ainsi que la répression des infractions à cette législation.

Article 30

Une convention spéciale fixera:

1° L'organisation de la Cour, ses règles de fonctionnement, y compris l'emploi des langues, et ses règles de compétence, dans les limites indiquées à l'article 22, — 1° ci-dessus. Pour le règlement des conflits visés à l'article 22 — 1° a, le principe de l'égalité absolue des règles juridiques appliquées par chacun des États membres, qu'elles soient européennes ou nationales, devra être respecté;

2° Les dispositions nécessaires pour assurer, au point de vue pénal, une protection efficace des intérêts de la Communauté;

3° Les cas dans lesquels il pourra être renoncé au droit de juridiction prévu à l'article 24 du présent Protocole;

4° Les exceptions visées à l'article 25. Ces exceptions seront déterminées selon les principes suivants:

Les personnes à charge seront justiciables des juridictions exerçant une fonction européenne lorsque l'infraction sera commise contre la Communauté, la per-

Artikel 26

§ 1. Die in Artikel 18 dieses Protokolls genannten Personen unterstehen weiterhin ausschließlich dem Rechte ihres Herkunftsstaates, soweit nicht dieses Protokoll Ausnahmen zugunsten des Rechtes des Aufenthaltsstaates vorsieht.

§ 2. Bei den Ausnahmen ist auszugehen:

a) von dem streng gebietsmäßigen Charakter bestimmter Vorschriften, insbesondere auf dem Gebiete des Straßenverkehrs, der Jagd und der Fischerei;

b) von den Belangen des Aufenthaltsstaates und seiner Einwohner; dies gilt insbesondere für Straftaten, die sich gegen diesen Staat oder seine Einwohner richten, und die nach dem Gesetz des Herkunftsstaates entweder nicht als Straftaten angesehen oder mit wesentlich geringeren Strafen belegt werden als nach dem Gesetze des Aufenthaltsstaates.

§ 3. Für die Anwendung des Gesetzes des Aufenthaltsstaates wird eine Vergleichstafel über das Verhältnis der verschiedenen Strafen ausgearbeitet, die in dem jeweiligen Rechte der Mitgliedstaaten vorgesehen sind.

Artikel 27

Das Gnadenrecht bezüglich der Strafen, welche die in Artikel 22 bezeichneten Gerichte gegen Mitglieder der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte ausgesprochen haben, wird durch die im Herkunftsstaate zuständigen Stellen ausgeübt.

Artikel 28

§ 1. Die Vollstreckung der Freiheitsstrafen erfolgt durch die Behörden des jeweiligen Herkunftsstaates.

§ 2. Doch kann für Freiheitsstrafen von weniger als sechs Monaten die Vollstreckung durch das in Artikel 30 vorgesehene Abkommen anderweitig geregelt werden.

Artikel 29

§ 1. Im Rechte jedes Mitgliedstaates finden die gesetzlichen Vorschriften über die Bestrafung der Straftaten gegen die nationalen Streitkräfte, ihre Einrichtungen oder ihre Mitglieder auf Taten gleicher Art gegen die Europäischen Verteidigungsstreitkräfte oder ihre Mitglieder Anwendung.

§ 2. In jedem Mitgliedstaate wird ferner die Regierung den gesetzgebenden Körperschaften die für notwendig erachteten Gesetzesvorlagen machen, um auf dem Gebiete dieses Staates die Sicherheit und den Schutz der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte, ihrer Einrichtungen, ihres Materials, ihres Eigentums, ihrer Archive und Urkunden sowie die Bestrafung der Straftaten gegen diese Gesetzgebung sicherzustellen.

Artikel 30

In einem besonderen Abkommen werden festgelegt:

1. Die Verfassung des Gerichtshofes, die Vorschriften für sein Verfahren einschließlich des Gebrauches der Sprachen und nach Maßgabe des Artikels 22 § 1 die Vorschriften über seine Zuständigkeit. Bei der Regelung der in Artikel 22 § 1 a) genannten Zuständigkeitsstreitigkeiten ist der Grundsatz der unbedingten Gleichheit der von den Mitgliedstaaten angewandten Rechtsvorschriften — gleichviel, ob es sich um europäische oder nationale Vorschriften handelt — zu beachten;

2. die Vorschriften, die erforderlich sind, um einen strafrechtlichen Schutz der Belange der Gemeinschaft sicherzustellen;

3. die Fälle, in denen auf die Ausübung der in Artikel 24 vorgesehenen Gerichtsbarkeit verzichtet werden kann;

4. die in Artikel 25 genannten Ausnahmen. Diese werden nach folgenden Grundsätzen festgelegt:

Die unterhaltsberechtigten Personen unterstehen Gerichten, die europäische Gerichtshoheit ausüben, wenn die Straftat sich gegen die europäische Verteidigungs-

sonne ou les biens d'un membre des Forces européennes de défense. Dans ce cas, la juridiction compétente pour juger la personne à charge sera celle qui, aux termes de l'article 22, serait compétente pour juger le chef de famille, membre de l'élément militaire ou de l'élément civil.

Dans tous les cas, les autorités qui ont compétence pourront renoncer à leur droit de juridiction; elles examineront avec la plus grande considération toute demande qui serait reçue avant que le tribunal saisi ne se fût prononcé et qui tendrait à ce que l'inculpé fût traduit devant un tribunal autre que celui qui serait normalement compétent.

Les mineurs, au sens de leur loi pénale d'origine, devront être dans tous les cas renvoyés devant les juridictions normalement compétentes de leur État d'origine.

Dans tous les cas les autorités compétentes se notifieront leurs décisions et s'informeront réciproquement de la suite donnée aux affaires;

5° Les exceptions visées à l'article 26;

6° Les conditions dans lesquelles les organes de la Communauté pourront faire engager une poursuite;

7° Les modalités d'une entr'aide judiciaire;

8° Les attributions judiciaires de la police militaire et de la police de l'État de séjour et les conditions de leur entr'aide;

9° Toutes autres dispositions qui s'avéreraient nécessaires pour la mise en vigueur du présent Protocole.

TITRE TROIS

Dispositions transitoires relatives à la Belgique

En considération des obstacles d'ordre constitutionnel qui s'opposent présentement à l'application intégrale à la Belgique des dispositions du présent Protocole, les dispositions suivantes sont applicables:

Article 31

Par dérogation aux dispositions du présent Protocole et à titre provisoire, en ce qui concerne les infractions commises sur le territoire de l'État belge par les membres des Forces européennes de défense relevant dudit État, le droit de juridiction appartient aux seuls cours et tribunaux belges qui statuent en vertu du pouvoir qui leur est propre et conformément à la loi belge, tant au point de vue de la loi pénale applicable qu'à celui de la procédure et des voies de recours ordinaires ou extraordinaires.

Article 32

Par dérogation aux dispositions du présent Protocole et à titre provisoire, dans le cas de dommage causé sur le territoire belge, la victime, qui n'accepte pas la décision de la Commission locale des indemnités et n'estime pas devoir exercer devant la section régionale de la Cour le recours prévu à l'article 11 ci-dessus, peut, dans un délai de trois mois à compter de la notification de la décision, poursuivre devant la juridiction belge compétente une action civile contre l'État belge, qui sera tenu de réparer le dommage dans la mesure où sa responsabilité serait engagée si ce dommage avait été causé par le fonctionnement de ses propres services.

Dans ce dernier cas, l'État belge, qui aura été condamné au payement d'une indemnité, pourra porter une action en remboursement contre la Communauté devant la Cour de Justice qui statuera conformément au présent Protocole.

gemeinschaft oder die Person oder das Vermögen eines Mitgliedes der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte richtet. In diesem Falle ist für die Aburteilung der unterhaltsberechtigten Personen das Gericht zuständig, das gemäß Artikel 22 für die Aburteilung des Familienoberhauptes in seiner Eigenschaft als Mitglied des Militär- oder Zivilpersonales der Verteidigungsstreitkräfte zuständig wäre.

In allen Fällen können die zuständigen Behörden auf die Ausübung der Gerichtshoheit verzichten; sie werden mit der größten Sorgfalt jeden vor Urteilsfällung durch das mit der Sache befaßte Gericht gestellten Antrag prüfen, der darauf abzielt, daß der Beschuldigte von einem anderen Gericht belangt wird als dem, das normalerweise zuständig wäre.

Die nach dem Strafrecht ihres Herkunftsstaates Minderjährigen unterstehen ausschließlich der zuständigen Gerichtsbarkeit ihres Herkunftsstaates.

Die zuständigen Behörden teilen sich in allen Fällen gegenseitig ihre Entscheidungen mit und unterrichten sich gegenseitig von dem Verlaufe der Verfahren;

5. die in Artikel 26 genannten Ausnahmen;

6. die Bedingungen, unter denen die Organe der Gemeinschaft eine Strafverfolgung einleiten können;

7. die Art und Weise der Rechtshilfe;

8. die Befugnisse der Militärpolizei und der Polizei des Aufenthaltsstaates auf dem Gebiete der Strafverfolgung und die Regelung ihrer gegenseitigen Rechtshilfe;

9. alle Vorschriften, die notwendig sein könnten, um das Protokoll wirksam werden zu lassen.

DRITTER TITEL

Übergangsvorschriften für Belgien

Im Hinblick auf die verfassungsmäßigen Schwierigkeiten, die sich in Belgien zur Zeit noch der vollen Anwendung der Vorschriften dieses Protokolles entgegenstellen, sind die folgenden Vorschriften anzuwenden:

Artikel 31

In Abweichung von den Vorschriften dieses Protokolles sind bis auf weiteres für Straftaten, die auf dem Hoheitsgebiete des belgischen Staates durch Mitglieder der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte belgischer Herkunft begangen worden sind, nur die belgischen Gerichte zuständig; sie entscheiden auf Grund und nach Maßgabe des belgischen Rechtes; das gilt sowohl für das anzuwendende Strafrecht wie für Verfahren, Rechtsmittel und Rechtsbehelfe.

Artikel 32

In Abweichung von den Vorschriften dieses Protokolles kann bis auf weiteres bei Schadensfällen auf belgischem Gebiete der Geschädigte, der die Entscheidung der örtlichen Schadenskammer nicht annimmt und nicht von der in Artikel 11 vorgesehenen Berufung vor dem Landessenate Gebrauch macht, binnen einer Frist von drei Monaten vom Zeitpunkte der Zustellung ab vor dem zuständigen belgischen Gerichte Zivilklage gegen den belgischen Staat erheben; dieser ist in gleichem Maße wie bei Amtsfehlern seiner Dienststellen zum Schadensersatze verpflichtet.

Im letztgenannten Falle bleibt dem zum Schadensersatze verurteilten belgischen Staate der Rückgriff gegen die Gemeinschaft vor dem Gerichtshofe vorbehalten; dieser entscheidet nach Maßgabe dieses Protokolles.

TITRE QUATRE

Définitions et dispositions finales

Article 33

a. Les «membres des Forces européennes de défense» comprennent des membres constituant l'élément militaire et des membres constituant l'élément civil.

b. L'«élément civil» s'entend du personnel non militaire faisant partie organiquement des services des Forces européennes de défense dans les conditions fixées par les autorités compétentes de la Communauté.

c. La «personne à charge» s'entend du conjoint d'un membre de l'élément militaire ou de l'élément civil, de leurs enfants mineurs et exceptionnellement de leurs ascendants ou descendants en ligne directe vivant habituellement au foyer et autorisés par les autorités qualifiées de la Communauté à accompagner le chef de famille.

d. L'«État d'origine» s'entend de l'État membre dont relèvent les membres de l'élément militaire ou de l'élément civil avant de faire partie des Forces européennes de défense.

e. L'«État de séjour» s'entend de l'État membre sur le territoire duquel se trouvent soit en séjour, soit en transit, les membres de l'élément militaire ou de l'élément civil des Forces européennes de défense.

Article 34

La Convention spéciale visée à l'article 30 ci-dessus règlera les modalités d'application du présent Protocole. Elle fait partie du statut juridictionnel prévu à l'article 67 du Traité.

Fait à Paris, le vingt-sept mai mille neuf cent cinquante-deux.

Konrad Adenauer
Paul van Zeeland
Alcide de Gasperi
Robert Schuman
Joseph Bech
Dirk Stikker

VIERTER TITEL

Definitionen und Schlußbestimmungen

Artikel 33

a) Die „Mitglieder der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte" umfassen Mitglieder des Militär- und Zivilpersonals.

b) Das „Zivilpersonal" ist der nichtmilitärische Teil des Personales, das unter den von den zuständigen Stellen der Gemeinschaft festgelegten Bedingungen organisch zu den Europäischen Verteidigungsstreitkräften gehört.

c) Unter „unterhaltsberechtigter Person" ist zu verstehen der Ehegatte eines Mitgliedes des Militär- oder Zivilpersonals, seine minderjährigen Kinder und ausnahmsweise die in direkter Linie mit ihm verwandten Vorfahren oder Nachkommen, die normalerweise mit ihm im Haushalte leben und von den zuständigen Behörden der Gemeinschaft ermächtigt sind, das Familienoberhaupt zu begleiten.

d) Der „Herkunftsstaat" ist der Mitgliedstaat, dem die Mitglieder des Militär- oder Zivilpersonals vor ihrem Beitritte zu den Europäischen Verteidigungsstreitkräften angehörten.

e) Der „Aufenthaltsstaat" ist der Mitgliedstaat, auf dessen Gebiete sich Mitglieder des Militär- oder Zivilpersonals der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte dauernd oder vorübergehend aufhalten.

Artikel 34

Die Ausführung dieses Protokolles wird durch das in Artikel 30 genannte besondere Abkommen näher bestimmt. Dieses bildet einen Teil der in Artikel 67 des Vertrages vorgesehenen Gerichtsordnung.

Geschehen zu Paris am siebenundzwanzigsten Mai neunzehnhundertundzweiundfünfzig.

Protocole relatif au Droit Pénal Militaire.

Les États membres, considérant l'importance essentielle d'une répression uniforme des infractions pénales dans le cadre des Forces européennes de défense, sont d'accord sur la nécessité d'établir, dès que possible, une législation pénale militaire commune, s'inspirant de principes généraux qui constituent leur patrimoine juridique commun, et notamment des principes suivants, dont l'énumération n'est pas limitative:

1° Nul ne pourra être puni que pour une infraction expressément définie comme telle par la loi, ni frappé de peines qu'elle n'aura pas expressément fixées;

2° La loi pénale ne pourra avoir d'effet rétroactif ni dans la définition de l'infraction, ni dans la détermination de la peine. Si la législation est modifiée après le moment où l'infraction a été commise, les dispositions les plus favorables à l'inculpé lui seront en principe applicables;

3° Dans la détermination des peines et dans les modalités prévues pour leur application, il sera tenu compte de la gravité de l'infraction, de la connaissance qu'en avait celui qui l'a commise et de la volonté qu'il avait de la commettre; toutefois, l'ignorance de la loi pénale ne pourra être une cause générale d'exonération;

(Übersetzung)

Protokoll über allgemeine Strafrechtsgrundsätze

In Anbetracht der grundsätzlichen Bedeutung eines einheitlichen Vorgehens gegen Straftaten im Rahmen der Europäischen Verteidigungskräfte sind sich die Mitgliedstaaten über die Notwendigkeit einig, sobald wie möglich eine gemeinsame Militärstrafgesetzgebung zu schaffen, die von allgemeinen Grundsätzen geleitet ist, welche auf ihrem gemeinsamen juristischen Erbe beruhen, insbesondere von den folgenden, deren Aufzählung nicht erschöpfend ist:

1. — Niemand kann für eine Straftat bestraft werden, die das Gesetz nicht ausdrücklich als solche bestimmt; noch kann er mit Strafen belegt werden, die vom Gesetz nicht ausdrücklich festgesetzt sind.

2. — Das Strafgesetz kann weder hinsichtlich der Begriffsbestimmung der Straftat noch der Festsetzung der Strafe rückwirkende Kraft besitzen. Wird die Gesetzgebung nach dem Zeitpunkte der Begehung der Straftat geändert, so sind grundsätzlich die Bestimmungen anzuwenden, die sich für den Beschuldigten am günstigsten auswirken.

3. — Bei der Festsetzung der Strafen und bei der Art ihrer Anwendung wird die Schwere der Straftat, ferner der Umstand, ob der Täter sie als solche erkannte und schließlich, ob er den Willen hatte, sie zu begehen, berücksichtigt, jedoch soll die Unkenntnis des Strafgesetzes nicht ein allgemeiner Grund für Straffreiheit sein können.

4° En conséquence, la loi devra permettre de proportionner la peine et, s'il y a lieu, d'adapter son mode d'exécution aux circonstances réelles de l'infraction et aux circonstances personnelles au coupable;

5° La loi devra préciser les cas dans lesquels l'auteur matériel d'une infraction n'est pas punissable; il en sera ainsi notamment:

a. si, au moment des faits, il était totalement privé de sa connaissance ou de sa volonté. La loi pourra toutefois exclure du bénéfice de ce principe celui qui se serait mis volontairement dans cet état;

b. s'il était placé dans la nécessité d'agir ou de s'abstenir à la suite d'une contrainte physique ou morale irrésistible pour lui;

c. s'il avait reçu d'une autorité qualifiée un ordre légitime;

d. s'il avait agi en état de légitime défense.

6° La loi devra tenir compte de l'âge de l'auteur de l'infraction pour déterminer s'il est punissable ou si la peine doit être atténuée et en quelle mesure;

7° Les peines principales seront: la peine de mort, des peines privatives de liberté et, éventuellement, des peines pécuniaires;

8° Une peine perpétuelle privative de liberté pourra se substituer à la peine de mort pour les coupables originaires de pays où cette dernière peine aurait été abolie;

9° La loi pourra prévoir des peines qui s'ajouteraient aux peines principales, soit comme conséquences obligatoires de celles-ci, soit sur décision spéciale du juge. Pour certaines infractions ces mêmes peines pourraient éventuellement être établies comme peines principales.

Dans toutes ses dispositions, la législation commune assurera le respect des libertés et des droits fondamentaux de la personne humaine. En particulier:

— nul ne pourra être soumis à la torture ni à des peines ou traitements cruels, inhumains ou dégradants;

— nul ne pourra être arbitrairement arrêté ou détenu;

— tous les justiciables seront égaux devant la loi et toutes les garanties nécessaires à leur défense leur seront assurées; ils seront présumés innocents jusqu'à ce que leur culpabilité ait été légalement établie.

Fait à Paris, le vingt-sept mai mille neuf cent cinquante-deux.

Konrad Adenauer
Paul van Zeeland
Robert Schuman
Alcide de Gasperi
Joseph Bech
Dirk Stikker

4. — Infolgedessen soll das Gesetz gestatten, das Strafmaß anzupassen und gegebenenfalls den Strafvollzug den tatsächlichen Umständen der Tat und den persönlichen Gegebenheiten beim Täter anzupassen.

5. — Das Gesetz soll die Fälle festlegen, in denen der materielle Urheber einer Straftat nicht strafbar ist; dies ist insbesondere der Fall:

a) — wenn der Täter im Augenblick der Begehung der Tat vollkommen seines Bewußtseins oder seines Willens beraubt war. Demjenigen, der sich vorsätzlich in einen derartigen Zustand versetzt hat, kann jedoch das Gesetz die obigen Strafausschließungsgründe verweigern.

b) — wenn der Täter sich infolge eines unwiderstehlichen physischen oder moralischen Zwanges genötigt sah, eine Handlung zu begehen oder sie zu unterlassen.

c) — wenn der Täter von einer hierzu befugten Stelle einen rechtmäßigen Befehl erhalten hat.

d) — wenn der Täter in Notwehr gehandelt hat.

6. — Bei der Festsetzung der Strafbarkeit und den Erwägungen hinsichtlich der Gewährung von Strafmilderungen und ihres Ausmaßes soll das Gesetz dem Alter des Täters Rechnung tragen.

7. — Die Hauptstrafen sind folgende: Todesstrafe, Freiheitsstrafen und möglicherweise Geldstrafen.

8. — Für Täter, die Staatsangehörige von Ländern sind, in denen die Todesstrafe abgeschafft ist, kann eine lebenslängliche Freiheitsstrafe an die Stelle der Todesstrafe treten.

9. — Das Gesetz kann Strafen vorsehen, die zu den Hauptstrafen hinzutreten können, und zwar entweder als zwangsläufige Nebenfolgen oder auf besondere Entscheidung des Richters. Für bestimmte Straftaten könnten diese Nebenstrafen möglicherweise als Hauptstrafen festgesetzt werden.

In all ihren Bestimmungen wird die gemeinsame Gesetzgebung die Achtung vor den Freiheiten und Grundrechten des Menschen gewährleisten. Insbesondere:

— Niemand kann der Folterung oder grausamen, unmenschlichen oder entehrenden Strafen oder Behandlungsmethoden unterworfen werden.

— Niemand kann willkürlich festgenommen oder festgehalten werden.

— Alle der Gerichtsbarkeit Unterworfenen sind vor dem Gesetz gleich und erhalten jeden zu ihrer Verteidigung notwendigen Schutz, sie gelten als unschuldig, bis ihnen ihre Schuld gesetzlich nachgewiesen ist.

Geschehen zu Paris am siebenundzwanzigsten Mai neunzehnhundertundzweiundfünfzig.

Protocole financier

LES HAUTES PARTIES CONTRACTANTES,

Désireuses de compléter et de préciser les modalités d'application des dispositions financières du Traité instituant la Communauté Européenne de Défense,

Sont convenues de ce qui suit:

TITRE PREMIER

Préparation du budget commun

Article 1

La préparation du budget incombe au Commissariat. Il dispose, pour son établissement, d'une Direction des Finances, chargée d'établir les prévisions de recettes et de centraliser les propositions de dépenses des services

(Übersetzung)

Finanzprotokoll

DIE HOHEN VERTRAGSCHLIESSENDEN TEILE

wünschen, die Ausführungsbestimmungen zu den Finanzvorschriften des Vertrages über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft zu vervollständigen und näher festzulegen.

Sie sind, wie folgt, übereingekommen:

ERSTER TITEL

Vorbereitung des gemeinschaftlichen Haushaltsplanes

Artikel 1

Die Vorbereitung des Haushaltsplanes obliegt dem Kommissariat. Dieses verfügt zum Zwecke der Aufstellung des Planes über eine Finanzdirektion, die die Aufgabe hat, die Voranschläge über die Einnahmen auf-

utilisateurs responsables, propositions qu'elle peut aménager avec l'accord de ceux-ci. Cette Direction notifie, en temps voulu, les dates auxquelles les prévisions doivent lui être adressées et les modalités de leur envoi. Ces prévisions doivent être appuyées des éléments d'appréciation nécessaires au Commissariat.

Le Contrôleur financier donne son avis sur le projet de budget.

TITRE II

Contexture du budget commun

Article 2

Le budget peut comporter une section ordinaire et une section extraordinaire, cette dernière étant caractérisée, soit par le caractère extraordinaire de la dépense, soit par le caractère extraordinaire de la recette.

Article 3

Les dépenses inscrites au budget font l'objet d'une classification correspondant aux grands services de la Communauté et d'une classification correspondant à la nature de la dépense.

Dans le cadre de ces classifications, les dépenses sont groupées en chapitres, chaque chapitre ne pouvant grouper que des dépenses de même nature. Le cas échéant, les chapitres peuvent être subdivisés en articles.

Article 4

Le projet de budget doit comporter tous renseignements permettant d'apprécier le montant et l'objet de la dépense. Dans la mesure où le secret militaire n'y fait pas obstacle, ces renseignements sont portés sur les documents budgétaires rendus publics.

Article 5

Le budget doit comporter toutes les recettes et toutes les dépenses de la Communauté, sans aucune compensation entre recette et dépense, ou réciproquement. Le budget ne comporte pas d'affectation d'une recette à une dépense, sauf exception possible dans la section extraordinaire.

Article 6

Pour l'exécution des programmes d'armement, d'équipement, d'approvisionnement et d'infrastructure portant sur plusieurs exercices, le budget comporte les autorisations et prévisions nécessaires à l'ensemble du programme, sous forme de crédits d'engagement, ainsi que les crédits de payement permettant le règlement des dépenses de ce programme afférentes à l'exercice considéré.

Article 7

Le budget comporte un document annexe donnant l'indication des pays dans lesquels les dépenses doivent, en principe, être réalisées.

Article 8

En application de l'article 90 du Traité, le Commissariat peut, en accord avec le Contrôleur financier, procéder à des virements de crédits pour le règlement des dépenses inférieures à dix mille unités de compte et n'entraînant pas d'engagements pour la Communauté sur plusieurs exercices.

zustellen und die Vorschläge der mit der Bereitstellung der Mittel betrauten Dienststellen zusammenzufassen; sie kann diese Vorschläge im Einvernehmen mit den Dienststellen abfassen. Die Finanzdirektion teilt zu gegebener Zeit die Bedingungen und die Daten für die Vorlage der Voranschläge mit. Die Voranschläge müssen die notwendige Begründung enthalten.

Der Finanzkontrolleur nimmt Stellung zum Entwurf des Haushaltsplanes.

TITEL II

Struktur des gemeinschaftlichen Haushaltsplanes

Artikel 2

Der Haushaltsplan kann in einen ordentlichen und einen außerordentlichen Teil aufgeteilt werden; dieser letztere ist durch den außerordentlichen Charakter der in ihm enthaltenen Ausgaben bzw. Einnahmen gekennzeichnet.

Artikel 3

Die im Haushaltsplan enthaltenen Ausgaben sind einerseits nach den großen Dienststellen der Gemeinschaft, andererseits nach der Art der Ausgabe gegliedert.

Im Rahmen dieser Gliederung sind die Ausgaben in Kapitel eingeteilt, wobei jedes Kapitel nur Ausgaben der gleichen Art enthalten darf. Gegebenenfalls können die Kapitel in Artikel unterteilt werden.

Artikel 4

Der Entwurf des Haushaltsplanes muß alle Angaben enthalten, die es gestatten, die Höhe und den Zweck der Ausgaben zu erkennen. Sofern die militärische Geheimhaltung es zuläßt, werden diese Angaben in die zur Veröffentlichung bestimmten Haushaltsunterlagen aufgenommen.

Artikel 5

Der Haushaltsplan muß alle Einnahmen und alle Ausgaben der Gemeinschaft enthalten, ohne daß eine Aufrechnung einer Einnahme gegen eine Ausgabe vorgenommen werden darf, und umgekehrt. Der Haushaltsplan enthält keine Einnahme, die für eine bestimmte Ausgabe verwendet wird, es sei denn, daß in dem außerordentlichen Teil eine Ausnahme zugelassen wird.

Artikel 6

Hinsichtlich der Durchführung der über mehrere Rechnungsjahre laufenden Programme für Rüstung, Ausrüstung, laufende Versorgung und Wehrbauten enthält der Haushaltsplan die für das gesamte Programm erforderlichen Ermächtigungen und Voranschläge in Form von Genehmigungen zur Vorausbelastung künftiger Rechnungsjahre, sowie die Haushaltsmittel, die eine Leistung der Ausgaben für dieses Programm soweit sie sich auf das laufende Rechnungsjahr beziehen, ermöglichen.

Artikel 7

Der Haushaltsplan enthält eine Anlage, in der die Länder bezeichnet sind, in denen grundsätzlich die Verausgabung der einzelnen Mittel durchgeführt werden soll.

Artikel 8

In Anwendung von Artikel 90 des Vertrages kann das Kommissariat im Einvernehmen mit dem Finanzkontrolleur Übertragungen von Mitteln auf andere Titel vornehmen zum Zwecke der Leistung von Ausgaben, die unter zehntausend Rechnungseinheiten liegen und die für die Gemeinschaft keine Verpflichtungen über mehrere Rechnungsjahre mit sich bringen.

Article 9

Le budget peut enregistrer, en recettes et en dépenses, des sommes qui ne sont pas affectées au règlement des dépenses propres de la Communauté. Ces sommes, qui ne font que transiter, sont comptabilisées dans une section spéciale.

La Communauté, qui n'exerce aucun contrôle sur l'utilisation de ces sommes et n'a pas la charge de leur financement, est déchargée de toute responsabilité par leur remise aux utilisateurs.

Article 9 bis

Le Conseil conduit les négociations relatives aux frais de stationnement, visées au Traité, signé à Bonn, le vingt-six mai mille neuf cent cinquante-deux. Il peut, statuant à l'unanimité, déléguer ce pouvoir au Commissariat. Les décisions résultant de ces négociations sont prises à l'unanimité.

Article 10

Les crédits inutilisés en fin d'exercice sont annulés, à moins qu'une possibilité de report n'ait été prévue lors de l'approbation du budget.

A la clôture de l'exercice, s'il apparaît un déficit, un crédit budgétaire devra être ouvert, soit dans le budget en cours, soit, exceptionnellement, dans le budget qui suit le budget en cours, pour en assurer la couverture.

S'il apparaît un excédent, il sera versé à un fonds de réserve, dont le montant ne pourra excéder le dixième du montant du budget le plus élevé au cours des cinq dernières années. L'utilisation des disponibilités existant au fonds de réserve est réglée par le budget.

TITRE III

Exécution du budget commun

Article 11

L'exécution du budget est assurée selon le principe de la séparation des fonctions d'ordonnateur et de comptable. Les crédits sont gérés et les ordres de payement émis par des ordonnateurs, fonctionnaires relevant des divers services de la Communauté. Le règlement effectif des dépenses, l'encaissement des recettes sont assurés par des comptables, qui reçoivent directement leurs instructions de la Direction des Finances et qui sont responsables de leur gestion.

Article 12

Le Président du Commissariat est l'ordonnateur principal du budget. Il peut, sur avis de la Direction des Finances, déléguer ce pouvoir aux autres membres du Commissariat et aux différents chefs de service de l'administration centrale ou des services extérieurs. Ces délégataires ne peuvent gérer les crédits que dans les limites des pouvoirs qui leur sont conférés. Les services gestionnaires de crédits doivent notifier périodiquement à la Direction des Finances la situation de leurs engagements.

Article 13

Indépendamment des limites qui leur sont ainsi fixées pour la gestion des crédits, les ordonnateurs ne peuvent ordonnancer des dépenses que dans la limite des autorisations mensuelles qui leur sont notifiées par la Direc-

Artikel 9

Der Haushaltsplan kann auf der Einnahme- und Ausgabeseite Beträge enthalten, die nicht zur Leistung eigener Ausgaben der Gemeinschaft verwendet werden. Diese durchlaufenden Beträge werden in einem besonderen Abschnitt gebucht.

Die Gemeinschaft übt keine Kontrolle über die Verwendung dieser Beträge aus und hat nicht die Aufgabe der geldmäßigen Beschaffung. Sie wird von jeder Verantwortung frei, wenn sie die Mittel an die bewirtschaftenden Stellen überwiesen hat.

Artikel 9a

Der Rat führt die in dem am sechsundzwanzigsten Mai neunzehnhundertundzweiundfünfzig in Bonn unterzeichneten Vertrag vorgesehenen Verhandlungen über die Stationierungskosten. Er kann durch einstimmigen Beschluß diese Befugnis an das Kommissariat übertragen. Die Beschlüsse, die sich aus diesen Verhandlungen ergeben, werden einstimmig gefaßt.

Artikel 10

Die am Ende des Rechnungsjahres nicht in Anspruch genommenen Mittel verfallen, es sei denn, daß bei der Billigung des Haushaltsplans die Möglichkeit einer Übertragbarkeit vorgesehen ist.

Erscheint bei Abschluß des Rechnungsjahres ein Defizit, müssen zur Deckung desselben Haushaltsmittel neu bereitgestellt werden — und zwar entweder im laufenden Haushaltsplan oder — ausnahmsweise — in dem Haushaltsplan, der dem laufenden Haushaltsplan folgt.

Ergibt sich ein Überschuß, wird dieser einem Reservefonds zugewiesen. Der Betrag dieses Reservefonds darf ein Zehntel des höchsten Gesamtbetrags eines Haushaltsplans im Verlauf der letzten fünf Jahre nicht übersteigen. Die Verwendung der im Reservefonds verfügbaren Mittel regelt sich im Rahmen des Haushaltsplanes.

TITEL III

Ausführung des Haushaltsplanes

Artikel 11

Die Ausführung des Haushaltsplans wird nach dem Grundsatz getrennter Befugnisse zwischen anweisender und auszahlender Stelle gehandhabt. Die Bewirtschaftung der Mittel und der Erlaß von Auszahlungsanordnungen obliegt den anweisungsberechtigten Beamten der verschiedenen Dienststellen der Gemeinschaft. Die tatsächliche Auszahlung der Ausgabemittel erfolgt durch Rechnungsbeamte, die ihre Anweisungen unmittelbar von der Finanzdirektion empfangen und verantwortlich sind für ihre Geschäftsführung.

Artikel 12

Der Präsident des Kommissariates ist der Hauptanweisende des Haushaltsplanes. Er kann nach Anhörung der Finanzdirektion diese Befugnis an andere Mitglieder des Kommissariates und an die Behördenleiter der Zentralverwaltung oder der Außenstellen übertragen. Diese Beauftragten können die Mittel nur in Grenzen der ihnen übertragenen Befugnisse verwalten. Die bewirtschaftenden Dienststellen müssen zu bestimmten Zeitpunkten der Finanzdirektion die Lage ihrer Verpflichtungen mitteilen.

Artikel 13

Unabhängig von den ihnen so für die Bewirtschaftung der Mittel gesetzten Grenzen können die anweisenden Beamten Ausgabemittel nur im Rahmen monatlicher Genehmigungen anweisen, die ihnen von der Finanz-

tion des Finances. Ces autorisations sont établies en tenant compte, d'une part, des besoins exprimés, d'autre part, des disponibilités de la trésorerie. Les ordonnateurs peuvent être rendus personnellement responsables des dépassements et fautes graves qu'ils commettraient.

Article 14

Le seul fait de l'inscription d'une recette ou d'une dépense au budget ne saurait créer de droits ou d'obligations à l'égard des tiers. Toute dette ou toute créance ne peut résulter que d'une décision de l'autorité administrative compétente.

Article 15

Toute décision du Commissariat qui entraîne une dette pour la Communauté ou qui limite la libre disposition des avoirs de celle-ci doit être approuvée par le conseil statuant à l'unanimité.

Article 16

Le recouvrement des créances de la Communauté est assuré par la Direction des Finances. Le Commissariat est habilité, en cas de nécessité, à consentir des délais de payement (sauf le cas des contributions des États membres). Il peut, avec l'accord du Contrôleur financier et dans la limite d'une somme de cinq mille unités de compte, consentir des remises de dettes; pour les sommes supérieures, une décision du Conseil est nécessaire.

Article 17

Toutes opérations d'achats, de ventes ou d'échanges de biens immobiliers feront l'objet d'un règlement spécial du Commissariat.

Article 18

Le Commissariat est habilité à passer, au nom de la Communauté, tous les marchés correspondant aux dépenses prévues au budget, en respectant les modalités fixées par celui-ci. Les modalités de passation des marchés font l'objet d'un règlement spécial du Commissariat. Les contrats passés à l'intérieur de la Communauté doivent être normalement libellés dans la monnaie de l'État membre intéressé.

Le Commissariat est également habilité à passer des marchés correspondant à des dépenses qui n'auraient pas été prévues dans le budget, à condition que leur montant soit inférieur à dix mille unités de compte et qu'il n'augmente pas le volume global du budget. Il doit en rendre compte à la prochaine réunion du Conseil. Si le marché dépasse dix mille unités de compte, une décision du Conseil, à la majorité des deux tiers, est nécessaire.

Article 19

Tout payement d'une dépense suppose la présentation de pièces justificatives du service fait. Il appartient à la Direction des Finances, en accord avec les organismes de contrôle, de préciser la nature de ces justifications.

Article 20

Dans les cas et dans les limites fixés par la Direction des Finances, des fonds pourront être mis à la disposition de certains services, à charge par ceux-ci d'en justifier ultérieurement l'emploi. Le renouvellement de ces avances sera subordonné à la justification d'emploi d'avances antérieures.

direktion erteilt werden. Diese Genehmigungen werden ausgestellt, einerseits unter Berücksichtigung des angemeldeten Bedarfes, andererseits auf der Grundlage der zur Verfügung stehenden Mittel. Die Anweisenden können für die in ihrem Verwaltungsbereich auftretenden Überschreitungen persönlich verantwortlich gemacht werden.

Artikel 14

Die bloße Aufnahme einer Einnahme oder Ausgabe in den Haushaltsplan begründet keine Rechte oder Verpflichtungen gegenüber Dritten. Eine Verpflichtung oder ein Anspruch kann nur aus einem Beschluß der zuständigen Verwaltungsbehörde entstehen.

Artikel 15

Jede Entscheidung des Kommissariates, die die Eingehung einer Schuld der Gemeinschaft mit sich bringt oder die freie Verfügung über die Guthaben der Gemeinschaft beschränkt, bedarf der Zustimmung des Rates mit Einstimmigkeit.

Artikel 16

Die Forderungen der Gemeinschaft werden durch die Finanzdirektion eingezogen. Das Kommissariat ist befugt, nötigenfalls Zahlungsaufschub zu gewähren (ausgenommen den besonderen Fall der Beiträge der Mitgliedstaaten). Das Kommissariat kann mit Zustimmung des Finanzkontrolleurs Ansprüche bis zu fünftausend Rechnungseinheiten niederschlagen; für darüber liegende Beträge ist eine Entscheidung des Rates erforderlich.

Artikel 17

Ankauf, Verkauf oder Tausch von Immobilien werden vom Kommissariat gesondert geregelt.

Artikel 18

Das Kommissariat kann zu den im Haushaltsplan vorgesehenen Bedingungen für die Gemeinschaft alle Aufträge vergeben, für die Mittel im Haushaltsplan vorgesehen sind; die Einzelheiten der Vergebung von Aufträgen sind Gegenstand einer besonderen Regelung durch das Kommissariat. Die Verträge, die innerhalb des Bereichs der Gemeinschaft abgeschlossen werden, sind regelmäßig in der Währung des jeweiligen Landes zu vereinbaren.

Das Kommissariat kann auch Aufträge vergeben, für die Mittel im Haushaltsplan nicht vorgesehen sind, sofern sie den Betrag von zehntausend Rechnungseinheiten nicht übersteigen und den Gesamtbetrag des Haushaltsplanes nicht erhöhen. Das Kommissariat hat darüber auf der nächsten Sitzung des Rates Rechenschaft abzulegen. Erfordert der Auftrag Ausgaben von mehr als zehntausend Rechnungseinheiten, ist eine Entscheidung des Rates erforderlich, der mit Zweidrittel-Mehrheit zu fassen ist.

Artikel 19

Jede Leistung einer Ausgabe setzt einen Beleg über die Leistung voraus. Die Finanzdirektion hat in Übereinstimmung mit den Kontrollorganen die Art der Belege näher zu bestimmen.

Artikel 20

In den von der Finanzdirektion bestimmten Fällen und Grenzen können gewissen Dienststellen Mittel zur Verfügung gestellt werden, deren Verwendung erst später zu belegen ist. Die Erneuerung dieser Vorschüsse hängt von der Prüfung der Belege über die Verwendung der vorangegangenen Vorschüsse ab.

TITRE IV

Contrôles en cours d'exécution du budget commun

Article 21

Un contrôle en cours d'exécution doit être assuré, indépendamment des pouvoirs propres du Contrôleur financier, par le Commissariat et les autres institutions de la Communauté.

Article 22

La mission du Contrôleur financier est double:

Il donne des avis. A cet effet, tous les documents budgétaires, ainsi que les projets de statuts, de programmes d'armement, d'équipement, d'approvisionnement et d'infrastructure devant se traduire par des dépenses budgétaires, lui sont communiqués pour avis;

Il contrôle la régularité des dépenses. A cet effet, tous les engagements de dépenses sont soumis à son visa préalable, ainsi que les ordonnancements dans la mesure nécessaire à l'efficacité de son contrôle. Les comptables se refuseront à honorer les ordres de payement qui n'auront pas été soumis à son visa, lorsque celui-ci était nécessaire.

Le Contrôleur financier a le droit de demander aux services toutes explications qu'il juge utiles pour l'exercice de sa mission. Il peut procéder à des contrôles sur pièces et sur place. Il reçoit communication de la Direction des Finances de toutes situations intéressant l'exécution du budget, et notamment les distributions mensuelles de fonds, ainsi que la trésorerie.

Le Contrôleur financier doit aménager son service de façon à collaborer le plus étroitement possible à la marche des services de la Communauté et à ne pas entraîner de retard dans leur fonctionnement.

Article 23

Le Chef de chaque service, ou partie de service selon les nécessités, avec l'aide d'une Section administrative et financière dont le fonctionnement est fixé, en accord avec la Direction des Finances, par des règlements militaires ou civils, suivant la nature du service intéressé, s'assure que la gestion des crédits s'exécute selon les modalités prévues par le budget et dans les meilleures conditions d'économie. Il veille à l'application des règlements financiers, et notamment à l'établissement et à l'acheminement de tous états provisionnels ou situations jugés nécessaires. Dans tous les cas où cette mesure apparaît désirable, le Chef de la section administrative et financière peut recevoir délégation du pouvoir d'ordonnancement.

TITRE V

Trésorerie

Article 24

La Communauté s'efforce d'éviter tout mouvement matériel de fonds, en réalisant ses opérations par virements de comptes. Elle se fait ouvrir des comptes dans les Instituts d'émission nationaux et utilise également les services de chèques postaux existant sur le territoire des États. Exceptionnellement, elle peut faire appel au concours d'établissements bancaires privés.

Article 25

La Communauté notifie à chaque État membre la contribution qui lui incombe. Les versements sont effectués dans la monnaie nationale. Le compte de la Communauté doit être crédité au jour de l'échéance. Dans le cas d'un retard dans le règlement, le taux de change à appliquer, pour la conversion en monnaie nationale de la monnaie commune dans laquelle est établi le budget, est celui en vigueur au jour où le compte de la Com-

TITEL IV

Kontrollen während der Ausführung des gemeinschaftlichen Haushaltsplanes

Artikel 21

Die Kontrolle während der Ausführung des Haushaltsplanes wird unabhängig von den Befugnissen des Finanzkontrolleurs durch die Dienststellen des Kommissariates und die übrigen Organe der Gemeinschaft ausgeübt.

Artikel 22

Die Aufgabe des Finanzkontrolleurs ist eine zweifache:

Er gibt Gutachten ab. Zu diesem Zweck werden ihm alle Haushaltsunterlagen, die Entwürfe von Statuten, sowie solche Programme für Rüstung, Bewaffnung, Versorgung und Wehrbauten, die Haushaltsausgaben nach sich ziehen, zur Abgabe eines Gutachtens übermittelt.

Er kontrolliert die Ordnungsmäßigkeit der Ausgaben. Zu diesem Zweck unterliegen alle Ausgabeverpflichtungen seinem vorherigen Sichtvermerk, ebenso die Auszahlungsanordnungen, soweit dies zu einer wirksamen Kontrolle nötig ist. Die Rechnungsbeamten führen keine Auszahlungsanordnungen durch, die nicht vorher seinen Sichtvermerk, falls erforderlich, erhalten haben.

Der Finanzkontrolleur hat das Recht, von den Dienststellen alle Aufklärungen zu verlangen, deren er zur Erledigung seiner Aufgaben bedarf. Er kann das Vorhandensein des Inventares an Ort und Stelle nachprüfen. Die Finanzdirektion unterrichtet ihn über alle Vorgänge, die die Ausführung des Haushaltsplanes, insbesondere die monatliche Verteilung der Betriebsmittel und die Geldbewegung betreffen.

Der Finanzkontrolleur muß seine eigene Dienststelle so einrichten, daß sie in ihrem Arbeitsgang so eng wie möglich mit den Dienststellen der Gemeinschaft zusammenarbeitet und keine Verzögerung in deren Tätigkeit verursacht.

Artikel 23

Der Leiter einer jeden Dienststelle oder des Teiles einer solchen vergewissert sich, notfalls mit Hilfe einer Verwaltungs- oder Finanzabteilung, deren Tätigkeit im Einvernehmen mit der Finanzdirektion durch ein militärisches oder ziviles Reglement je nach der Art der betreffenden Dienststelle festgelegt ist, daß die Bewirtschaftung der Mittel dem Haushaltsplan und den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit entspricht. Er überwacht die Anwendung der finanziellen Richtlinien, insbesondere die Aufstellung und Abwicklung der Pläne und der auftretenden Sonderfälle. Dem Leiter der genannten Abteilung kann, sofern dies wünschenswert erscheint, die Befugnis zum Erlaß von Auszahlungsanordnungen erteilt werden.

TITEL V

Geldbewegung

Artikel 24

Die Gemeinschaft wird sich bemühen, jede Bewegung von Barmitteln zu vermeiden, indem sie ihre Transaktionen durch Überweisung von Konto zu Konto durchführt. Sie wird sich in den staatlichen Emissionsinstituten Konten eröffnen lassen und sich auch der im Gebiete der Staaten vorhandenen Postscheckdienste bedienen. Ausnahmsweise kann sie mit Privatbanken zusammenarbeiten.

Artikel 25

Die Gemeinschaft gibt jedem Mitgliedstaat den auf ihn entfallenden Beitrag bekannt. Die Zahlungen werden in der nationalen Währung geleistet. Der Betrag ist dem Konto der Gemeinschaft am Fälligkeitstage gutzuschreiben. Tritt eine Verzögerung in der Zahlung ein, ist für den Umtausch der Rechnungseinheit, in der der Haushaltsplan aufgestellt ist, in nationaler Währung derjenige Umrechnungskurs anzuwenden, der an dem Tage,

munauté est crédité et non celui au jour de l'échéance. Dans le cas où des contributions seraient volontairement réglées avant échéance, le taux de change à appliquer sera celui du jour de l'échéance, le payement anticipé n'ayant que le caractère d'un acompte non libératoire.

an dem der Betrag dem Konto der Gemeinschaft gutgeschrieben wird, gültig ist, nicht jedoch der am Fälligkeitstermin gültige Umrechnungskurs. Werden Beiträge freiwillig vor dem Fälligkeitstermin geleistet, ist der am Fälligkeitstage gültige Umrechnungskurs anzuwenden, da die freiwillige Vorauszahlung nur den Charakter einer Anzahlung ohne befreiende Wirkung besitzt.

Article 26

Tout retard supérieur à trois jours dans le règlement d'une contribution entraîne payement d'un intérêt de 10 %, à compter du jour de l'échéance. Au surplus, l'État retardataire est tenu de prendre en charge les dépenses supplémentaires que sa carence a pu entraîner pour la Communauté, notamment les intérêts des crédits auxquels la Communauté aura dû, le cas échéant, recourir.

Artikel 26

Für jede um drei Tage verspätete Zahlung des Beitrags werden 10 % Zinsen vom Fälligkeitstermin an belastet. Darüber hinaus hat der in Verzug geratene Staat die der Gemeinschaft durch seinen Verzug zusätzlich entstandenen Ausgaben, insbesondere die Zinsen für die Kredite, die die Gemeinschaft gegebenenfalls aufnehmen muß, zu übernehmen.

Article 27

La Communauté peut, en cas de nécessité, se faire consentir par les États membres l'avance d'une somme égale, au maximum, à la contribution mensuelle suivante. L'État prêteur recevra un intérêt qui ne devra pas être supérieur à celui que cet État verse à ses propres prêteurs pour des opérations de même nature.

Artikel 27

Die Gemeinschaft kann erforderlichenfalls die Mitgliedstaaten bitten, ihr einen Vorschuß im Höchstbetrag des nächstfolgenden monatlichen Beitrages zu gewähren. Der den Vorschuß gewährende Mitgliedstaat erhält dafür Zinsen, die jedoch nicht höher sein dürfen, als diejenigen, die er seinen eigenen Gläubigern für Darlehen gleicher Art zahlt.

Article 28

La Communauté doit éviter toute opération financière que ne justifie pas une impérieuse nécessité. Elle s'interdit tout arbitrage dans le placement de ses disponibilités. Ces placements sont réalisés en Bons du Trésor à court terme auprès des Trésors nationaux. Dans la mesure où la Communauté désire faire des dépôts dans des banques privées, elle doit se mettre d'accord avec les autorités monétaires qualifiées de l'État intéressé, pour fixer le montant maximum de ces dépôts. La Communauté ne peut faire de placements chez un État non membre ou procéder chez les États membres à des placements nécessitant un arbitrage de devises que sur avis conforme du Conseil statuant à l'unanimité.

Artikel 28

Die Gemeinschaft muß jede Geldbewegung, die nicht unbedingt erforderlich ist, vermeiden. Sie versagt sich jeden devisenmäßigen Ausgleich bei der Anlage ihrer verfügbaren Mittel. Die Anlagen erfolgen in kurzfristigen Schatzanweisungen bei den Staatsbanken. Soweit die Gemeinschaft Geldeinlagen bei Privatbanken vorzunehmen wünscht, muß sie sich mit den zuständigen Währungsbehörden des betreffenden Staates über den Höchstbetrag dieser Einlagen einigen. Die Gemeinschaft darf nur mit einstimmiger Zustimmung des Rates bei einem Nichtmitgliedstaat Anlagen vornehmen oder Anlagen, die einen Devisenausgleich erforderlich machen, bei den Mitgliedstaaten bewirken.

TITRE VI

Transferts et arbitrages

Article 29

Dans l'exécution du budget, le Commissariat doit utiliser à ses règlements dans le territoire d'un État membre une fraction au moins égale à 85 p. 100 de la contribution versée par cet État. A la demande de l'État intéressé ou du Commissariat, cette fraction pourra être réduite. Si un accord ne peut intervenir sur cette réduction entre le Commissariat et l'État intéressé, la question est portée, à la demande de l'une ou de l'autre des parties, devant le Conseil, qui statue à l'unanimité.

Article 30

Dans l'exécution du budget, le Commissariat doit limiter le montant des règlements dans le territoire d'un État membre à une somme au plus égale à 115 p. 100 de la contribution versée par cet État. A la demande de l'État intéressé ou du Commissariat, le montant des dépenses en une monnaie nationale pourra être porté à plus de 115 p. 100 de la contribution de l'État intéressé. Si un accord ne peut intervenir, sur cet accroissement, entre le Commissariat et l'État intéressé, la question est portée, à la demande de l'une ou l'autre des parties, devant le Conseil, qui statue à l'unanimité.

La Communauté se procure les sommes en monnaie nationale excédant la contribution de l'État intéressé, soit par arbitrage de devises des États membres, soit par arbitrage de devises d'États non membres, conformément aux articles 31 et 32 ci-après.

TITEL VI

Transfers und Devisenausgleiche

Artikel 29

Bei der Ausführung des Haushaltsplanes hat das Kommissariat mindestens 85 % des Beitrages eines Mitgliedstaates für Zahlungen in dem Währungsgebiet dieses Staates zu verausgaben. Auf Antrag des betreffenden Staates oder des Kommissariates kann dieser Prozentsatz herabgesetzt werden. Falls über diese Herabsetzung zwischen dem Kommissariat und dem betreffenden Mitgliedstaat keine Einigung zustande kommt, wird die Frage auf Antrag einer der beiden Parteien vor den Rat gebracht, der einstimmig entscheidet.

Artikel 30

Bei der Ausführung des Haushaltsplanes hat das Kommissariat die Zahlungen im Gebiet eines Mitgliedstaates auf höchstens 115 % des von diesem Mitgliedstaat gezahlten Beitrages zu beschränken. Auf Antrag des betreffenden Mitgliedstaates oder des Kommissariates kann die in nationaler Währung zu zahlende Summe auf mehr als 115 % des Beitrages des betreffenden Mitgliedstaates erhöht werden. Wenn ein Übereinkommen über diese Erhöhung zwischen dem Kommissariat und dem betreffenden Mitgliedstaat nicht erzielt wird, wird die Frage auf Antrag der einen oder der anderen Seite vor den Rat gebracht, der mit Einstimmigkeit entscheidet.

Die Gemeinschaft beschafft sich entweder durch Ausgleich zwischen Devisen der Mitgliedstaaten oder durch Ausgleich zwischen Devisen der Nichtmitgliedstaaten gemäß Artikeln 31 und 32 die über den Beitrag des betreffenden Staates hinausgehenden Beträge in nationaler Währung.

Article 31

Dans la limite des sommes qui, en vertu de l'article 29 ci-dessus, peuvent être utilisées hors de la zone monétaire d'un État membre, le Commissariat peut procéder librement à tous arbitrages entre les devises des États membres et celles des États non membres qui sont liés par un système de payement multilatéral. Dans la limite ci-dessus visée, et sous réserve de l'article 32 ci-après, le Commissariat peut, en accord avec les Gouvernements intéressés, réaliser des arbitrages entre les devises des États membres d'une part et, d'autre part, les devises des pays tiers ne participant pas à ce système de payement multilatéral. Si un accord ne peut être réalisé, le Conseil est saisi de la question, soit par le Commissariat, soit par un État membre, et statue à l'unanimité.

Article 32

Tout arbitrage comportant, soit cession à la Communauté, par un État membre, de dollars U.S.A. ou d'une devise librement convertible contre remise d'une devise d'un État membre, soit acquisition par la Communauté, d'une devise d'un État membre contre remise de dollars U.S.A. ou d'une devise librement convertible, est soumis à l'avis conforme du Conseil statuant à l'unanimité.

Article 33

Les transferts entre États membres nécessaires à l'exécution des règlements de la Communauté sont traités comme des payements courants.

Article 34

Dans la préparation et l'exécution du budget, le Commissariat doit limiter les engagements prévus, soit dans la devise d'un État membre, soit dans la devise d'un État non-membre, aux disponibilités résultant de l'application des articles précédents.

Il sera tenu compte, dans toute la mesure du possible, des charges indirectes en devises qui peuvent résulter, pour un État membre, des activités de la Communauté sur son territoire.

Article 35

Afin d'éviter des perturbations dans la balance des payements des États membres, le Commissariat s'efforcera de procéder, en fonction de la situation économique et financière des États membres, à un choix judicieux des devises arbitrées. Il prendra les mesures utiles pour échelonner, en cours d'année, les transferts nécessaires.

Article 36

Dans le cas où les transferts et arbitrages ne pourraient continuer à s'exécuter dans le cadre de l'Union européenne des payements, les dispositions du présent Protocole, relatives à ces transferts et arbitrages, feront l'objet d'un nouvel examen par le Conseil, qui arrêtera, à l'unanimité, les nouvelles dispositions à adopter.

TITRE VII

Aide extérieure

Article 37

Toute répartition d'une aide extérieure par voie d'arbitrage de devises librement convertibles contre monnaies nationales des États membres figurant dans un accord relatif à une telle aide, prévu à l'article 99 du Traité, doit faire l'objet d'une approbation spéciale du Conseil, statuant à l'unanimité, en application de l'article 32 ci-dessus.

Artikel 31

Im Rahmen der Beträge, die gemäß Artikel 29 außerhalb des Währungsgebietes eines Mitgliedstaates verwendet werden können, kann das Kommissariat jeden Ausgleich unbeschränkt zwischen Devisen der Mitgliedstaaten und solcher Nichtmitgliedstaaten vornehmen, die durch ein multilaterales Zahlungssystem verbunden sind. In den oben bezeichneten Grenzen und unter Vorbehalt des Artikels 32 kann das Kommissariat im Einvernehmen mit den betreffenden Regierungen die Ausgleiche zwischen den Devisen der Mitgliedstaaten einerseits und den Devisen von dritten Staaten andererseits, die diesem multilateralen Zahlungssystem nicht angehören, vornehmen. Kommt eine Einigung nicht zustande, befaßt das Kommissariat oder ein Mitgliedstaat den Rat mit der Frage; der Rat entscheidet mit Einstimmigkeit.

Artikel 32

Alle Ausgleiche, die sich entweder auf die Abgabe von US-Dollar oder einer anderen frei konvertierbaren Devise durch einen Mitgliedstaat an die Gemeinschaft gegen Überlassung einer Devise eines Mitgliedstaates oder aber auf den Erwerb einer Devise eines Mitgliedstaates durch die Gemeinschaft gegen Überlassung von US-Dollar oder einer anderen frei konvertierbaren Devise beziehen, unterliegen der einstimmigen Zustimmung des Rates.

Artikel 33

Die zur Durchführung der Zahlungen der Gemeinschaft erforderlichen Transfers zwischen Mitgliedstaaten werden als laufende Zahlungen behandelt.

Artikel 34

Bei der Vorbereitung und Ausführung des Haushaltsplanes soll das Kommissariat die in der Währung eines Mitgliedstaates oder eines Nichtmitgliedstaates vorgesehenen Verpflichtungen auf die sich aus der Anwendung der vorstehenden Artikel ergebenden verfügbaren Mittel beschränken.

Im Rahmen des Möglichen werden die indirekten Devisenbelastungen berücksichtigt, die sich für einen Mitgliedstaat durch die Tätigkeit der Gemeinschaft auf seinem Gebiet ergeben können.

Artikel 35

Um Störungen in der Zahlungsbilanz der Mitgliedstaaten zu vermeiden, wird das Kommissariat unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage der Mitgliedstaaten die Devisenausgleiche sorgfältig auswählen. Es soll geeignete Maßnahmen treffen, um die nötigen Transfers im Laufe des Jahres zeitlich zu staffeln.

Artikel 36

Für den Fall, daß die Transfers und Devisenausgleiche nicht mehr im Rahmen der Europäischen Zahlungsunion durchgeführt werden können, werden die Bestimmungen dieses Protokolles über Transfers und Devisenausgleiche vom Rat erneut geprüft werden. Der Rat beschließt einstimmig die neu zu erlassenden Bestimmungen.

TITEL VII

Außenhilfe

Artikel 37

Jede Verteilung der Außenhilfe im Wege eines Ausgleiches frei konvertierbarer Devisen gegen nationale Währungen der Mitgliedstaaten, die in einem Abkommen über eine solche Hilfe im Sinne des Art. 99 des Vertrages aufgeführt ist, muß vom Rat besonders genehmigt werden, der in Anwendung des Artikels 32 dieses Protokolles einstimmig beschließt.

Article 38

L'aide extérieure en finances est traitée comme une recette distincte des contributions des États membres et n'entre pas dans le champ d'application des articles 29, 30, 34 et 35 ci-dessus.

TITRE VIII

Comptabilité

Article 39

La Direction des Finances détermine, conformément aux dispositions du Règlement financier et en accord avec les Autorités de Contrôle, la réglementation comptable permettant d'enregistrer toutes les opérations de la Communauté, de suivre l'exécution du budget et de préparer la reddition et la vérification des comptes de l'administration.

TITRE IX

Dispositions générales

Article 40

Le Conseil, statuant à l'unanimité, arrêtera un Règlement financier reprenant, complétant et précisant les dispositions du présent Protocole. Ce règlement sera préparé par le Commissariat.

Article 41

Les dispositions du présent Protocole, qui complètent et précisent les modalités d'application des articles du Traité, peuvent être amendées par décision du Conseil statuant à l'unanimité.

Fait à Paris, le vingt-sept mai mille neuf cent cinquante-deux.

Konrad Adenauer

Paul van Zeeland

Robert Schuman

Alcide de Gasperi

Joseph Bech

Dirk Stikker

Artikel 38

Eine finanzielle Außenhilfe wird als eine Einnahme betrachtet, auf die im Gegensatz zu den Beiträgen der Mitgliedstaaten die Artikel 29, 30, 34 und 35 keine Anwendung finden.

TITEL VIII

Buchführung

Artikel 39

Die Finanzdirektion wird nach den Bestimmungen der Finanzordnung und im Einvernehmen mit den Kontrollbehörden die Methoden für die Buchführung festlegen, die es ermöglichen, alle Finanzmaßnahmen der Gemeinschaft zu erfassen, der Ausführung des Haushaltes zu folgen und die Rechnungslegung der Verwaltung vorzubereiten.

TITEL IX

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 40

Der Rat beschließt mit Einstimmigkeit eine Finanzordnung, die die Bestimmungen dieses Protokolles aufnimmt, ergänzt und näher festlegt. Die Finanzordnung wird durch das Kommissariat vorbereitet.

Artikel 41

Die Vorschriften dieses Protokolles sollen die Bestimmungen über die Anwendung der Vertragsartikel ergänzen und näher umreißen; sie können durch einstimmige Entscheidung des Rates geändert werden.

Geschehen zu Paris am siebenundzwanzigsten Mai neunzehnhundertundzweiundfünfzig.

Protocole sur les conditions de rémunération des personnels militaires et civils de la Communauté et sur leurs droits à pension

LES HAUTES PARTIES CONTRACTANTES,

Désireuses de fixer les conditions de rémunération des personnels militaires et civils de la Communauté ainsi que leurs droits à pension,

Sont convenues de ce qui suit:

Article Premier

Les personnels militaires de la Communauté Européenne de Défense, ci-après dénommée la Communauté, sont soumis à un règlement de solde unique, reposant sur un statut commun, comportant un déroulement de carrière identique et d'après une échelle hiérarchique uniforme, sans préjudice de l'application qui leur est faite des législations fiscale, sociale et familiale nationales.

Article 2

La solde attribuée aux personnels militaires de la Communauté n'a pas le caractère exclusif d'une rémunération pour services rendus. Elle a également pour objet, au moyen d'un ensemble de prestations en deniers et en nature, adapté au mode d'exercice particulier des fonctions militaires, d'assurer aux titulaires un niveau de vie en rapport avec leur fonction.

Article 3

Les éléments constitutifs de la solde sont les suivants:

— une solde de base, comprenant pour certains grades une majoration; cette solde est uniforme à grade et à ancienneté égaux, quelle que soit la nationalité;

— le cas échéant, une majoration résidentielle ou de stationnement variable, destinée à adapter la solde de base aux conditions économiques dans chacun des États où les militaires exercent leurs fonctions;

— une indemnité d'éloignement, réservée aux militaires exerçant leurs fonctions dans un État autre que leur État d'origine.

Article 4

Les personnels militaires de la Communauté bénéficient en outre de l'équipement, selon des modalités particulières à chaque catégorie; de la nourriture pour les appelés, et, dans certaines circonstances déterminées, pour les autres personnels; des soins médicaux et pharmaceutiques; d'indemnités pour sujétions particulières; d'indemnités représentatives de frais; enfin de certaines facilités de transport.

Article 5

La Communauté s'efforcera de mettre des logements à la disposition des personnels militaires moyennant une retenue sur leur solde.

Les personnels militaires appelés à servir hors de leur État d'origine et qui ne bénéficieraient pas d'un logement en nature recevront un complément d'indemnité d'éloignement.

Dans les localités où les loyers atteindraient des tarifs exceptionnellement élevés, les personnels militaires recevront dans tous les cas une allocation forfaitaire destinée à les dédommager de cette charge supplémentaire.

(Übersetzung)

Protokoll über die Besoldungsgrundlagen des Militär- und Zivilpersonals der Gemeinschaft und über dessen Ruhegehaltsansprüche

DIE HOHEN VERTRAGSCHLIESSENDEN TEILE

haben in dem Wunsche, die Bedingungen für die Besoldung des Militär- und Zivilpersonals der Gemeinschaft sowie dessen Ruhegehaltsansprüche festzulegen,

folgendes vereinbart:

Erster Artikel

Das Militärpersonal der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, nachstehend Gemeinschaft genannt, unterliegt unbeschadet der auf es in Anwendung gebrachten nationalen Steuer-, Sozial- und Familiengesetzgebungen einer einheitlichen Besoldungsordnung, die sich auf eine einheitliche Rechtsstellung gründet und nach einer einheitlichen Rangstufenordnung einen gleichen Ablauf der Laufbahnen mit sich bringt.

Artikel 2

Der den Soldaten der Gemeinschaft gezahlte Sold hat nicht ausschließlich den Charakter einer Vergütung für geleistete Dienste. Er hat ebenso den Zweck, mit Hilfe eines Systems von Geld- und Naturalleistungen, das der besonderen Art der Ausübung des militärischen Dienstes angepaßt ist, den Berechtigten einen Lebensstandard zu sichern, der ihrer Aufgabe entspricht.

Artikel 3

Die Grundbestandteile des Soldes sind folgende:

— ein Grundsold, in den für bestimmte Dienstgrade eine Dienstgradzulage einbegriffen ist; dieser Sold ist einheitlich bei gleichem Dienstgrad und gleichem Dienstalter, und zwar unabhängig von der Nationalität;

— gegebenenfalls eine veränderliche Garnison- oder Stationierungszulage, die den Grundsold an die wirtschaftlichen Verhältnisse der einzelnen Staaten, in denen die Soldaten ihren Dienst ausüben, anpassen soll.

— eine Auslandsvergütung für diejenigen Militärpersonen, die in einem anderen Staat als ihrem Herkunftsstaat Dienst tun.

Artikel 4

Den Militärpersonen der Gemeinschaft werden außerdem gewährt: die Ausrüstung nach den für jede Kategorie geltenden Sonderbestimmungen; die Verpflegung, soweit es sich um Wehrpflichtige, und unter bestimmten Umständen, soweit es sich um das übrige Personal handelt; ärztliche Betreuung und Medikamente; Vergütungen für besondere Zwangslagen; Entschädigungen für entstandene Unkosten; schließlich bestimmte Beförderungsvergünstigungen.

Artikel 5

Die Gemeinschaft wird sich bemühen, den Militärpersonen gegen Abzug von ihrem Sold Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

Die Militärpersonen, die außerhalb ihres Herkunftsstaates ihren Dienst ausüben müssen und denen keine Wohnung als Naturalleistung gestellt wird, erhalten eine Auslands-Zusatzvergütung.

In den Ortschaften, in denen die Mieten außerordentlich hoch liegen, erhalten die Militärpersonen in allen Fällen eine Pauschal-Zulage, die eine Entschädigung für diese zusätzliche Belastung darstellt.

Article 6

Les principes fondamentaux ci-dessus définis et leurs modalités d'application seront incorporés dans un règlement qui sera arrêté par le Commissariat, sur avis conforme du Conseil statuant à l'unanimité, dans le mois suivant l'entrée en vigueur du Traité.

Les modifications éventuelles à ce règlement auront lieu dans les mêmes conditions.

Article 7

Si l'application des principes ci-dessus définis fait apparaître des différences dans la situation pécuniaire des personnels militaires de certains contingents suivant que ceux-ci servent dans leur État d'origine ou dans un autre État, les autorités nationales dont ils sont les ressortissants pourront, à titre transitoire, prendre toutes dispositions propres à remédier aux préjudices possibles.

Les compléments de rémunération qui résulteraient de l'application de la disposition de l'alinéa précédent demeureraient à la charge des budgets des États dont les militaires intéressés sont les ressortissants, et seraient payés dans l'État d'origine.

Si le Conseil, statuant à l'unanimité, estime que ces compléments compromettent les recettes du budget commun, l'État intéressé doit aménager ces compléments de façon à ne pas porter préjudice à la Communauté.

Article 8

Le Commissariat, sur avis conforme du Conseil statuant à l'unanimité, réglera le statut et la rémunération des personnels civils de la Communauté auxquels, à son avis, ne serait pas applicable la réglementation du travail en vigueur, soit dans l'État de séjour, soit dans l'État d'origine des intéressés.

Article 9

Un règlement sur le régime des pensions, propre à la Communauté Européenne de Défense, et tendant à l'application du principe de l'identité des droits en matière de pensions, sera dressé par le Commissariat sur avis conforme du Conseil statuant à l'unanimité.

Jusqu'à la mise en vigueur de ce règlement les personnels de la Communauté demeureront soumis à la législation des États dont ils sont les ressortissants, les services accomplis dans la Communauté étant assimilés à ceux accomplis dans ces États.

Le cas des États qui ne disposent pas d'une législation sur les pensions sera réglé par le Conseil, en accord avec le Gouvernement intéressé.

Fait à Paris, le vingt-sept mai mille neuf cent cinquante-deux.

Konrad Adenauer
Paul van Zeeland
Robert Schuman
Alcide de Gasperi
Joseph Bech
Dirk Stikker

Artikel 6

Die oben aufgeführten grundlegenden Prinzipien und ihre Durchführungsbestimmungen werden in eine Vorschrift aufgenommen, die mit einstimmiger Zustimmung des Rates binnen einem Monat nach Inkrafttreten des Vertrages vom Kommissariate beschlossen wird.

Die etwaigen Änderungen dieser Vorschrift erfolgen unter den gleichen Bedingungen.

Artikel 7

Ergeben sich aus der Anwendung der oben genannten Grundsätze in geldlicher Hinsicht Unterschiede in der Stellung der Militärpersonen bestimmter Kontingente je nachdem, ob diese in ihrem Herkunftsstaat oder in einem anderen Staat Dienst tun, so können die nationalen Behörden für ihre Staatsangehörigen alle Übergangsmaßnahmen ergreifen, die geeignet sind, den möglichen Schäden abzuhelfen.

Die Besoldungsausgleichszulagen, die sich aus der Anwendung der Bestimmung des vorstehenden Absatzes ergeben könnten, gehen weiterhin zu Lasten des Haushalts der Staaten, denen die betreffenden Soldaten angehören, und sollen im Herkunftsstaat gezahlt werden.

Ist der Rat, der hierbei einstimmig beschließt, der Ansicht, daß diese Zulagen die Einnahmen des gemeinsamen Haushaltsplanes beeinträchtigen, so muß der betreffende Staat diese Zulagen so gestalten, daß sie der Gemeinschaft nicht schaden.

Artikel 8

Das Kommissariat wird mit einstimmiger Zustimmung des Rates die Rechtsstellung und die Besoldung des Zivilpersonals der Gemeinschaft regeln, auf das seines Erachtens die im Aufenthalts- oder im Herkunftsstaat der Betreffenden geltenden arbeitsrechtlichen Bestimmungen nicht anwendbar sein sollten.

Artikel 9

Eine Vorschrift der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft über die Ruhegehaltsordnung, die auf die Anwendung des Grundsatzes der Gleichheit der Ansprüche auf Ruhegehälter abzielt, wird vom Kommissariate mit einstimmiger Zustimmung des Rates abgefaßt werden.

Bis zur Inkraftsetzung dieser Vorschrift wird das Personal der Gemeinschaft weiterhin der Gesetzgebung der Staaten, deren Staatsangehörigkeit es hat, unterliegen, wobei die in der Gemeinschaft geleisteten Dienste den in diesen Staaten geleisteten Diensten gleichgestellt werden.

Für die Staaten, die über keine Ruhegehaltsgesetzgebung verfügen, wird der Rat im Einvernehmen mit der betreffenden Regierung eine Regelung festsetzen.

Geschehen zu Paris am siebenundzwanzigsten Mai neunzehnhundertundzweiundfünfzig.

Protocole relatif au Grand-Duché de Luxembourg

LES HAUTES PARTIES CONTRACTANTES,

Prenant en considération le fait que le Grand-Duché de Luxembourg se trouve, en raison de sa situation démographique, dans l'impossibilité de mettre à la disposition de la Communauté une Unité de base de nationalité homogène,

(Übersetzung)

Protokoll betreffend das Großherzogtum Luxemburg

DIE HOHEN VERTRAGSCHLIESSENDEN PARTEIEN

kommen unter Berücksichtigung der Tatsache, daß das Großherzogtum Luxemburg nach seiner Bevölkerungszahl nicht in der Lage ist, der Gemeinschaft eine nationalgeschlossene Grundeinheit zur Verfügung zu stellen,

Conviennent que le volume des forces militaires luxembourgeoises, leur organisation, les modalités de leur intégration éventuelle et de leur emploi seront réglés par un accord à intervenir entre la Communauté et le Grand-Duché, avec l'assentiment du Commandant Suprême compétent relevant de l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord.

Cet accord fixera également le temps de service actif des forces luxembourgeoises, compte tenu des conditions de leur emploi et de tout autre élément particulier à la structure démographique et industrielle du Grand-Duché.

Aux seules fins de la fixation des clauses dudit accord, il pourra, en tant que de besoin, être dérogé aux dispositions correspondantes du Traité instituant la Communauté Européenne de Défense.

Fait à Paris, le vingt-sept mai mille neuf cent cinquante-deux.

Konrad Adenauer

Paul van Zeeland

Robert Schuman

Alcide de Gasperi

Joseph Bech

Dirk Stikker

überein, daß die Stärke der luxemburgischen Streitkräfte, ihre Organisationen sowie die Art und Weise ihrer etwaigen Verschmelzung und ihres Einsatzes durch ein zwischen der Gemeinschaft und dem Großherzogtum mit Zustimmung des zuständigen Oberbefehlshabers der Nordatlantikpakt-Organisation zu schließendes Abkommen festzulegen sind.

In diesem Abkommen wird auch die Dauer der aktiven Dienstzeit der luxemburgischen Streitkräfte festgesetzt; hierbei werden für ihre Einsatzmöglichkeiten die besonderen Umstände des bevölkerungsmäßigen und industriellen Aufbaus des Großherzogtums berücksichtigt.

Zur Festsetzung der Bestimmungen des genannten Abkommens, jedoch nur insoweit, kann, falls erforderlich, von den entsprechenden Vorschriften des Vertrages über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft abgewichen werden.

Geschehen zu Paris am siebenundzwanzigsten Mai neunzehnhundertundzweiundfünfzig.

Protocole relatif aux Relations entre la Communauté Européenne de Défense et l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord

Les États membres de la Communauté Européenne de Défense,

Désireux de voir les relations entre l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord et la Communauté Européenne de Défense conserver la plus grande souplesse et tendre à éviter, dans toute la mesure du possible, le chevauchement des responsabilités et des fonctions,

Conviennent de ce qui suit:

§ 1. Pour les questions concernant les objectifs communs des deux Organisations, des consultations mutuelles auront lieu entre le Conseil de l'Atlantique Nord et le Conseil de la Communauté Européenne de Défense et, chaque fois que l'un ou l'autre Conseil l'estimera souhaitable, les deux Conseils tiendront des réunions communes.

Chaque fois que l'une des Parties au Traité de l'Atlantique Nord ou l'une des Parties au Traité instituant la Communauté Européenne de Défense considérera qu'il existe une menace contre l'intégrité territoriale, l'indépendance politique ou la sécurité de l'une quelconque d'entre elles ou contre l'existence ou l'unité de l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord ou de la Communauté Européenne de Défense, une réunion commune sera organisée, à la requête de ladite Partie, afin que soient étudiées les mesures à prendre pour faire face à la situation.

§ 2. En vue d'une coordination étroite sur le plan technique, chaque Organisation communiquera à l'autre les informations appropriées et un contact permanent sera établi entre le personnel des Services du Commissariat de la Communauté Européenne de Défense et le personnel des Services des Organismes civils de l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord.

(Übersetzung)

Protokoll über die Beziehungen zwischen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und der Organisation des Nordatlantikpaktes

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft haben

in dem Wunsch, die Beziehungen zwischen der Nordatlantikpakt-Organisation und der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft möglichst geschmeidig zu gestalten und ein Überschneiden der Verantwortlichkeiten und Aufgaben möglichst zu vermeiden,

folgendes vereinbart:

§ 1. In Fragen, welche die gemeinsamen Ziele der beiden Organisationen betreffen, finden gegenseitige Beratungen zwischen dem Rat des Nordatlantikpaktes und dem Rat der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft statt; beide Räte halten jedesmal gemeinsame Sitzungen ab, wenn der eine oder der andere Rat dies für wünschenswert hält.

Wenn ein Teilnehmerstaat des Nordatlantikpaktes oder ein Mitgliedstaat der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft der Auffassung ist, daß die Unverletzlichkeit des Gebietes, die politische Unabhängigkeit oder die Sicherheit eines von ihnen oder der Bestand oder die Einheit der Organisation des Nordatlantikpaktes oder der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft bedroht ist, so wird auf seinen Antrag eine gemeinsame Sitzung zur Prüfung der Maßnahmen abgehalten, die notwendig sind, um der Lage zu begegnen.

§ 2. Zur Herbeiführung einer abgestimmten engen Zusammenarbeit auf technischem Gebiet erteilen sich die beiden Organisationen gegenseitig alle zweckdienlichen Auskünfte; zu dem gleichen Zweck steht das Personal der Dienststellen des Kommissariates der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft mit dem Personal der zivilen Stellen der Nordatlantikpakt-Organisation in ständiger Verbindung.

§ 3. Dès que les forces de la Communauté Européenne de Défense auront été placées sous le commandement d'un Commandant relevant de l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord, des membres des Forces européennes de défense deviendront membres de son propre quartier général et des quartiers généraux subordonnés appropriés. Les Commandants relevant de l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord assureront toutes liaisons nécessaires entre ces forces et les autres organismes militaires du Traité de l'Atlantique Nord.

§ 4. Le Conseil de la Communauté Européenne de Défense et le Conseil de l'Atlantique Nord peuvent, d'un commun accord, apporter aux dispositions qui précèdent des aménagements relatifs aux modalités des rapports ci-dessus définis.

§ 5. Le présent Protocole entrera en vigueur en même temps que le Traité instituant la Communauté Européenne de Défense, dont il fera partie intégrante.

Fait à Paris, le vingt-sept mai mille neuf cent cinquante-deux.

Konrad Adenauer

Paul van Zeeland

Robert Schuman

Alcide de Gasperi

Joseph Bech

Dirk Stikker

§ 3. Sobald die Streitkräfte der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft einem Befehlshaber der Nordatlantikpakt-Organisation unterstellt sind, werden Angehörige der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte als Angehörige seines eigenen Hauptquartiers und der in Betracht kommenden ihm unterstehenden Hauptquartiere aufgenommen. Die Befehlshaber der Nordatlantikpakt-Organisation sorgen für die notwendige Verbindung zwischen diesen Streitkräften und den anderen militärischen Stellen des Nordatlantikpaktes.

§ 4. Der Rat der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und der Nordatlantik-Rat können durch gemeinsamen Beschluß die obigen Bestimmungen hinsichtlich der Art und Weise der Beziehungen im einzelnen abändern.

§ 5. Dieses Protokoll ist Bestandteil des Vertrages über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und tritt gleichzeitig mit diesem in Kraft.

Geschehen zu Paris am siebenundzwanzigsten Mai neunzehnhundertundzweiundfünfzig.

Protocole relatif aux Engagements d'assistance des États Membres de la Communauté Européenne de Défense envers les États Parties au Traité de l'Atlantique Nord

Les États membres de la Communauté Européenne de Défense,

Convaincus que la création de la Communauté Européenne de Défense instituée en vertu du Traité signé à Paris, le vingt-sept mai mille neuf cent cinquante-deux, renforcera la Communauté Nord Atlantique et la défense en commun de la zone de l'Atlantique Nord, et encouragera une association plus étroite des pays de l'Europe occidentale,

Conviennent de ce qui suit:

Article 1

Sera considérée comme une attaque armée contre les États membres de la Communauté Européenne de Défense et contre les Forces européennes de défense, toute attaque armée:

1° contre le territoire de l'une ou plusieurs des Parties au Traité de l'Atlantique Nord dans la région définie à l'article 6 (i) dudit Traité;

2° contre les forces terrestres, navires ou aéronefs de l'une quelconque des Parties au Traité de l'Atlantique Nord, lorsqu'ils se trouvent dans la région définie à l'article 6 (ii) dudit Traité.

En cas d'une telle attaque armée, les États membres de la Communauté Européenne de Défense contractent, tant en ce qui les concerne qu'en ce qui concerne les Forces européennes de défense, des obligations identiques à celles contractées par les États Parties au Traité de l'Atlantique Nord envers les États membres de la Communauté Européenne de Défense et les Forces européennes de défense en vertu du Protocole signé entre les États Parties au Traité de l'Atlantique Nord, et visé à l'article 2 ci-dessous.

(Übersetzung)

Protokoll über die Beistandsverpflichtungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft gegenüber den Teilnehmerstaaten des Nordatlantikpaktes

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft,

überzeugt, daß die durch den am siebenundzwanzigsten Mai neunzehnhundertundzweiundfünfzig in Paris unterzeichneten Vertrag geschaffene Europäische Verteidigungsgemeinschaft die Nordatlantikpakt-Gemeinschaft und die gemeinsame Verteidigung des Nordatlantikpakt-Gebietes stärken und einen engeren Zusammenschluß der westeuropäischen Länder fördern wird,

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Als bewaffneter Angriff gegen die Mitgliedstaaten der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und gegen die Europäischen Verteidigungsstreitkräfte wird jeder bewaffnete Angriff betrachtet, der sich richtet:

1. gegen das Gebiet eines oder mehrerer der Teilnehmerstaaten des Nordatlantikpaktes in dem in Artikel 6 (1) des genannten Vertrages bezeichneten Gebiet;

2. gegen die Landstreitkräfte, Schiffe oder Luftfahrzeuge irgendeines der Teilnehmerstaaten des Nordatlantikpaktes, falls diese sich in dem in Artikel 6 (2) des genannten Vertrages festgelegten Gebiet befinden.

Im Fall eines solchen bewaffneten Angriffs übernehmen die Mitgliedstaaten der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft sowohl für sich wie für die Europäischen Verteidigungsstreitkräfte die gleichen Verpflichtungen, wie die Teilnehmerstaaten des Nordatlantikpaktes sie gegenüber den Mitgliedstaaten der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und den Europäischen Verteidigungsstreitkräften durch das von den Teilnehmerstaaten des Nordatlantikpaktes unterzeichnete, in Artikel 2 erwähnte Protokoll übernommen haben.

L'expression « États Parties au Traité de l'Atlantique Nord » s'entend des États Parties audit Traité à la date d'entrée en vigueur du présent Protocole.

Der Ausdruck „Teilnehmerstaaten des Nordatlantikpaktes" umfaßt die Staaten, die bei Inkrafttreten dieses Protokolles Teilnehmerstaaten des genannten Vertrages sind.

Article 2

Le présent Protocole entrera en vigueur en même temps que le Protocole signé par les États Parties au Traité de l'Atlantique Nord qui accorde des garanties réciproques aux États membres de la Communauté Européenne de Défense et aux Forces européennes de défense.

Artikel 2

Dieses Protokoll tritt zur gleichen Zeit in Kraft wie das von den Teilnehmerstaaten des Nordatlantikpaktes unterzeichnete Protokoll, das den Mitgliedstaaten der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und den Europäischen Verteidigungsstreitkräften die auf der Gegenseite entsprechenden Beistandsrechte gewährt.

Article 3

Le présent Protocole restera en vigueur pour autant que le Traité instituant la Communauté Européenne de Défense et le Traité de l'Atlantique Nord resteront eux-mêmes en vigueur, et que les États Parties à ce dernier Traité continueront à accorder, en ce qui les concerne et en ce qui concerne leurs forces, des garanties aux États membres de la Communauté Européenne de Défense et aux Forces européennes de défense qui équivalent aux garanties figurant au présent Protocole.

Artikel 3

Dieses Protokoll bleibt in Kraft, solange der Vertrag über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und der Nordatlantikpakt selbst in Kraft bleiben und solange die Teilnehmerstaaten des letzteren Vertrages und ihre Streitkräfte den Mitgliedstaaten der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und den Europäischen Verteidigungsstreitkräften weiterhin Beistandsrechte gewähren, die den in diesem Protokoll aufgeführten Beistandsrechten gleichwertig sind.

Article 4

Le présent Protocole sera déposé dans les archives du Gouvernement de la République Française, qui en transmettra des copies certifiées conformes aux Gouvernements de tous les États Parties au Traité instituant la Communauté Européenne de Défense et de tous les États Parties au Traité de l'Atlantique Nord.

Fait à Paris, le vingt-sept mai mille neuf cent cinquante-deux.

Konrad Adenauer

Paul van Zeeland

Robert Schuman

Alcide de Gasperi

Joseph Bech

Dirk Stikker

Artikel 4

Dieses Protokoll wird in den Archiven der französischen Regierung hinterlegt; diese übersendet den Regierungen aller Mitgliedstaaten des Vertrages über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und aller Teilnehmerstaaten des Nordatlantikpaktes beglaubigte Abschriften.

Geschehen zu Paris am siebenundzwanzigsten Mai neunzehnhundertundzweiundfünfzig.

Protocole de signature

Les Gouvernements des États signataires du Traité instituant la Communauté Européenne de Défense, en date de ce jour, se concerteront en vue d'arriver à un accord sur la durée du temps de service, qui servira de base à la décision du Conseil de Ministres de la Communauté, visée à l'article 12, § 2, du Protocole militaire annexé audit Traité.

Fait à Paris, le vingt-sept mai mille neuf cent cinquante-deux.

Konrad Adenauer

Paul van Zeeland

Robert Schuman

Alcide de Gasperi

Joseph Bech

Dirk Stikker

(Übersetzung)

Protokoll zur Unterzeichnung

Die Regierungen der Signatarstaaten des Vertrages vom heutigen Tage über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft werden sich verständigen, um zu einer Einigung über die Dauer der Dienstzeit zu gelangen, die als Grundlage für die Entscheidung des Ministerrates der Gemeinschaft gemäß Artikel 12 § 2 des dem genannten Vertrag beigefügten Militärprotokolls dienen wird.

Geschehen zu Paris, den siebenundzwanzigsten Mai neunzehnhundertundzweiundfünfzig.

Protocole
de signature

Les Gouvernements des États signataires du Traité instituant la Communauté Européenne de Défense, en date de ce jour, conviennent de prendre toutes mesures appropriées pour faciliter l'adhésion de la Communauté en tant que telle aux Conventions internationales relatives au droit de la guerre.

Fait à Paris, le vingt-sept mai mille neuf cent cinquante-deux.

Konrad Adenauer
Paul van Zeeland
Robert Schuman
Alcide de Gasperi
Joseph Bech
Dirk Stikker

(Übersetzung)

Protokoll
zur Unterzeichnung

Die Regierungen der Signatarstaaten des Vertrages vom heutigen Tage über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft vereinbaren, alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um den Beitritt der Gemeinschaft als solcher zu den internationalen Abkommen über das Kriegsrecht zu erleichtern.

Geschehen zu Paris, den siebenundzwanzigsten Mai neunzehnhundertundzweiundfünfzig.

Accord prévu
à l'article 107 (§ 4-*b*)

Le territoire visé à l'article 107, § 4, *b*, du Traité, est le territoire situé à l'Ouest de la ligne rouge portée sur la carte ci-annexée (1).

Cette ligne suit la frontière germano-néerlandaise jusqu'au Rhin, le cours du Rhin jusqu'à Cologne, passe à l'Est de Troisdorf, rejoint le Rhin à Bonn, suit le Rhin jusqu'à Mayence, passe à l'Est de Darmstadt, rejoint le Neckar à Heidelberg, suit le Neckar jusqu'à Esslingen, passe par Ulm, et rejoint l'extrémité orientale du lac de Constance.

Fait à Paris, le vingt-sept mai mille neuf cent cinquante-deux.

Konrad Adenauer
Paul van Zeeland
Robert Schuman
Alcide de Gasperi
Joseph Bech
Dirk Stikker

(Übersetzung)

Abkommen
gemäß Artikel 107 (§ 4-*b*)

Das in Vertragsartikel 107 § 4b genannte Gebiet ist das Gebiet, das westlich der in die anliegende Karte eingetragenen roten Linie liegt.[1])

Diese Linie verläuft längs der deutsch-holländischen Grenze bis zum Rhein, folgt dem Rhein bis Köln, geht am Ostrand von Troisdorf vorbei und erreicht den Rhein wieder bei Bonn, verläuft längs des Rheins bis Mainz, geht am Ostrand von Darmstadt vorbei und erreicht den Neckar bei Heidelberg, folgt dem Neckar bis Esslingen, läuft durch Ulm und erreicht die Ostspitze des Bodensees.

Geschehen zu Paris, am siebenundzwanzigsten Mai neunzehnhundertundzweiundfünfzig.

Protocole
relatif au Comité intérimaire

Les délégations qui ont participé à l'élaboration du Traité continueront à se réunir en Comité intérimaire dans l'intervalle qui séparera la signature du Traité de l'entrée en fonctions des institutions de la Communauté Européenne de Défense.

Au sein de ce Comité intérimaire, elles se consulteront sur les problèmes intéressant la Communauté et sur les mesures que les Gouvernements signataires pourraient être appelés à prendre avant l'entrée en fonctions desdites institutions.

(Übersetzung)

Protokoll
über den Interimsausschuß

Die Delegationen, die an der Ausarbeitung des Vertrages teilgenommen haben, werden in dem Zeitraum zwischen der Unterzeichnung des Vertrages und der Tätigkeitsaufnahme der Organe der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft weiterhin als Interimsausschuß zusammentreten.

In diesem Interimsausschuß werden sie sich gegenseitig über die die Gemeinschaft betreffenden Fragen sowie über die Maßnahmen beraten, welche die Regierungen der Unterzeichnerstaaten gegebenenfalls noch zu ergreifen haben, bevor diese Organe ihre Tätigkeit aufnehmen.

(1) La carte mentionnée dans le présent document n'est pas reproduite dans ce recueil.

[1]) Die im vorstehenden Abkommen erwähnte Karte ist in dieser Sammlung nicht wiedergegeben.

Le Comité intérimaire établira, sur la base du Traité et des protocoles ou conventions annexes, les projets de textes devant être mis en vigueur en même temps que le Traité de manière à permettre, dès la ratification de celui-ci, l'entrée en fonctions des institutions de la Communauté.

Il rassemblera, d'autre part, toutes informations de nature à faciliter l'exécution par le Commissariat des tâches les plus urgentes qui lui incomberont.

Le Comité intérimaire pourra constituer des groupes de travail *ad hoc* faisant appel à titre temporaire aux experts nécessaires à l'accomplissement de leur mandat.

Les travaux du Comité intérimaire ne pourront consister qu'en études et plans préparatoires n'engageant pas les Gouvernements et ne comportant aucune mesure d'exécution.

Fait à Paris, le vingt-sept mai mille neuf cent cinquante-deux.

Konrad Adenauer
Paul van Zeeland
Robert Schuman
Alcide de Gasperi
Joseph Bech
Dirk Stikker

Der Interimsausschuß wird auf der Grundlage des Vertrages und der Zusatzprotokolle oder -abkommen Entwürfe für die Texte aufstellen, die gleichzeitig mit dem Vertrag in Kraft gesetzt werden sollen, so daß die Organe der Gemeinschaft sofort mit Ratifizierung des Vertrages die Arbeit aufnehmen können.

Er wird andererseits alle Informationen sammeln, die dem Kommissariat die Durchführung der ihm zufallenden dringendsten Aufgaben erleichtern können.

Der Interimsausschuß kann Arbeitsgruppen ad hoc bilden, indem er vorübergehend die für die Erfüllung ihres Auftrags notwendigen Sachverständigen einberuft.

Die Arbeiten des Interimsausschusses können nur in vorbereitenden Untersuchungen und Plänen bestehen, die die Regierungen nicht binden und keine Ausführungsmaßnahmen mit sich bringen.

Geschehen zu Paris, am siebenundzwanzigsten Mai neunzehnhundertundzweiundfünfzig.

Déclaration Commune des Ministres des Affaires étrangères sur la durée du Traité

Les Gouvernements représentés à la Conférence des Ministres des Affaires étrangères réunis à Paris,

Conscients de l'importance essentielle de l'article 5 du Traité instituant la Communauté Européenne de Défense,

Vu l'article 128 dudit Traité, stipulant que ce Traité est conclu pour une durée de cinquante années à dater de son entrée en vigueur,

Émettent le vœu que les dispositions concernant la durée du Traité de l'Atlantique Nord soient adaptées à celles de l'article 128 précité,

Estiment désirable que les initiatives nécessaires à cet effet soient prises par les Gouvernements des États Parties au Traité de l'Atlantique Nord participant à la présente Conférence.

Ces Gouvernements s'engagent à prendre lesdites initiatives.

Fait à Paris, le vingt-sept mai mille neuf cent cinquante-deux.

Konrad Adenauer
Paul van Zeeland
Robert Schuman
Alcide de Gasperi
Joseph Bech
Dirk Stikker

(Übersetzung)

Gemeinsame Erklärung der Außenminister über die Dauer des Vertrages

In dem Bewußtsein, daß Artikel 5 des Vertrages über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft von wesentlicher Bedeutung ist und

Im Hinblick auf Artikel 128 dieses Vertrages, demzufolge dieser Vertrag für die Dauer von fünfzig Jahren vom Zeitpunkt seines Inkrafttretens an gilt,

Geben die auf der Außenministerkonferenz in Paris vertretenen Regierungen dem Wunsch Ausdruck, daß die Bestimmungen über die Dauer des Nordatlantikpaktes an diejenigen des genannten Artikels 128 angeglichen werden und

Halten es für wünschenswert, daß die hierzu notwendigen Anträge von den an dieser Konferenz teilnehmenden Regierungen der Teilnehmerstaaten des Nordatlantikpaktes ausgehen.

Diese Regierungen verpflichten sich, die erforderlichen Schritte zu unternehmen.

Geschehen zu Paris am siebenundzwanzigsten Mai neunzehnhundertundzweiundfünfzig.

Protocol to the North Atlantic Treaty on Guarantees given by the Parties to the North Atlantic Treaty to the Members of the European Defence Community

Protocole Additionnel au Traité de l'Atlantique Nord et relatif aux engagements d'assistance des Parties au Traité de l'Atlantique Nord envers les États membres de la Communauté Européenne de Défense

Zusatzprotokoll zum Nordatlantikpakt über die Beistandsverpflichtungen der Teilnehmerstaaten des Nordatlantikpaktes gegenüber den Mitgliedstaaten der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft

(Übersetzung)

The parties to the North Atlantic Treaty, signed at Washington on 4th April 1949,

Being satisfied that the creation of the European Defence Community set up under the Treaty signed at Paris on 27th May 1952 will strengthen the North Atlantic Community and the integrated defence of the North Atlantic area, and promote the closer association of the countries of Western Europe, and

Considering that the Parties to the Treaty setting up the European Defence Community have signed a Protocol, which will enter into force at the same time as the present Protocol, giving to the Parties to the North Atlantic Treaty guaranties equivalent to the guaranties contained in Article 5 of the North Atlantic Treaty;

Agree as follows

Article 1

An armed attack
(i) on the territory of any of the members of the European Defence

Les États Parties au Traité de l'Atlantique Nord, signé à Washington, le 4 avril 1949,

Convaincus que la création de la Communauté Européenne de Défense instituée en vertu du Traité signé à Paris, le vingt-sept mai mille neuf cent cinquante-deux, renforcera la Communauté Nord Atlantique et la défense en commun de la zone de l'Atlantique Nord, et encouragera une association plus étroite des pays de l'Europe occidentale, et considérant que les États Parties au Traité instituant la Communauté Européenne de Défense ont signé un Protocole, qui entrera en vigueur en même temps que le présent Protocole, et qui accorde aux États Parties au Traité de l'Atlantique Nord des garanties qui équivalent à celles prévues à l'article 5 du Traité de l'Atlantique Nord,

Conviennent de ce qui suit:

Article Premier

Sera considérée comme une attaque contre tous les États Parties au Traité de l'Atlantique Nord au sens de l'article 5

Die Teilnehmerstaaten des am 4. April 1949 in Washington unterzeichneten Nordatlantikpaktes,

Überzeugt, daß die durch den am siebenundzwanzigsten Mai neunzehnhundertundzweiundfünfzig in Paris unterzeichneten Vertrag geschaffene Europäische Verteidigungsgemeinschaft die Nordatlantikpaktgemeinschaft und und die gemeinsame Verteidigung der Nordatlantikpakt-Zone stärken und einen engeren Zusammenschluß der westeuropäischen Länder fördern wird,

Haben im Hinblick darauf, daß die Mitgliedstaaten des Vertrages über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft ein Protokoll unterzeichnet haben, das gleichzeitig mit diesem Protokoll in Kraft tritt und den Teilnehmerstaaten des Nordatlantikpaktes Beistandsrechte gewährt, die den in Artikel 5 des Nordatlantikpaktes vorgesehenen Beistandsrechten gleichwertig sind,

Folgendes vereinbart:

Erster Artikel

Als bewaffneter Angriff gegen alle Teilnehmerstaaten des Nordatlantikpaktes im Sinne des Artikels 5 des ge-

Community in Europe or in the area described in Article 6 (i) of the North Atlantic Treaty, or

(ii) on the forces, vessels or aircraft of the European Defence Community when in the area described in Article 6 (ii) of the said Treaty,

shall be considered an attack against all the Parties to the North Atlantic Treaty, within the meaning of Article 5 of the said Treaty, and Article 5 shall apply accordingly.

The expression "member of the European Defence Community" in paragraph (i) of this Article means any of the following States which is a member of the Community, namely, Belgium, France, the German Federal Republic, Italy, Luxembourg, and the Netherlands.

Article 2

The present Protocol shall enter into force as soon as each of the Parties has notified the Government of the United States of America of its acceptance and the Council of the European Defence Community has notified the North Atlantic Council of the entry into force of the Treaty setting up the European Defence Community. The Government of the United States of America shall inform all the Parties to the North Atlantic Treaty of the date of the receipt of each such notification and of the date of the entry into force of the present Protocol.

Article 3

The present Protocol shall remain in force for so long as the North Atlantic Treaty and the Treaty setting up the European Defence Community remain in force and the Parties to the latter Treaty continue to give, in respect of themselves and the European Defence forces, guarantees to the Parties to the North Atlantic Treaty equivalent to the guarantees contained in the present Protocol.

Article 4

The present Protocol, of which the English and French texts are equally authentic, shall be deposited in the Archives of the Government of the United States of America. Duly certified copies thereof shall be transmitted by that Government to the Governments of all the Parties to the North

dudit Traité, et déterminera en conséquence l'application de l'article 5, toute attaque armée:

1° contre le territoire de l'un des États membres de la Communauté Européenne de Défense en Europe ou dans la région définie à l'article 6 (*i*) du Traité de l'Atlantique Nord; ou

2° contre les forces terrestres, navires ou aéronefs de la Communauté Européenne de Défense, lorsqu'ils se trouvent dans la région définie à l'article 6 (*ii*) dudit Traité.

Par l'expression «État membre de la Communauté Européenne de Défense» employée au paragraphe (*i*) du présent article, il faut entendre l'un quelconque des États suivants, qui est membre de la Communauté, à savoir: la République Fédérale d'Allemagne, la Belgique, la France, l'Italie, le Luxembourg et les Pays-Bas.

Article 2

Le présent Protocole entrera en vigueur dès que chacun des États Parties aura notifié son acceptation au Gouvernement des États-Unis d'Amérique, et que le Conseil de la Communauté Européenne de Défense aura notifié au Conseil de l'Atlantique Nord que le Traité instituant la Communauté Européenne de Défense est entré en vigueur. Le Gouvernement des États-Unis d'Amérique avisera tous les États Parties au Traité de l'Atlantique Nord de la date de réception de chacune de ces notifications et de la date d'entrée en vigueur du présent Protocole.

Article 3

Le présent Protocole restera en vigueur pour autant que le Traité de l'Atlantique Nord et le Traité instituant la Communauté Européenne de Défense resteront eux-mêmes en vigueur et que les États Parties à ce dernier Traité continueront à accorder, en ce qui les concerne et en ce qui concerne les Forces européennes de défense, des garanties aux États Parties au Traité de l'Atlantique Nord, qui équivalent aux garanties figurant au présent Protocole.

Article 4

Le présent Protocole, dont les textes anglais et français font également foi, sera déposé dans les Archives du Gouvernement des États-Unis d'Amérique. Des copies certifiées conformes seront ensuite transmises par ce Gouvernement aux Gouvernements de tous les États Parties au Traité de

nannten Vertrages und daher zur Anwendung von Artikel 5 führend, wird jeder bewaffnete Angriff betrachtet, der sich richtet:

1. gegen das Gebiet eines Mitgliedstaates der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft in Europa oder in dem in Artikel 6 (1) des Nordatlantikpaktes festgelegten Gebiet;

2. gegen die Landstreitkräfte, Schiffe oder Luftfahrzeuge der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, falls diese sich in dem in Artikel 6 (2) des genannten Vertrages festgelegten Gebiet befinden.

Der Ausdruck „Mitgliedstaat der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft" in Absatz 1 dieses Artikels bezeichnet jeden der nachstehenden, der Gemeinschaft zugehörigen Staaten, nämlich: Belgien, Frankreich, die Bundesrepublik Deutschland, Italien, Luxemburg und die Niederlande.

Artikel 2

Dieses Protokoll wird in Kraft treten, sobald alle Teilnehmerstaaten der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika ihre Zustimmung mitgeteilt und wenn der Rat der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft dem Nordatlantik-Rat das Inkrafttreten des Vertrages über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft mitgeteilt hat. Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika wird allen Teilnehmerstaaten des Nordatlantikpaktes den Zeitpunkt des Eingangs der einzelnen Mitteilungen und den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Protokolls bekanntgeben.

Artikel 3

Dieses Protokoll bleibt in Kraft, solange der Nordatlantikpakt und der Vertrag über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft in Kraft bleiben und solange die Mitgliedstaaten des letzteren Vertrages und die Europäischen Verteidigungsstreitkräfte den Teilnehmerstaaten des Nordatlantikpaktes weiterhin Beistandsrechte gewähren, die den in diesem Protokoll aufgeführten Beistandsrechten gleichwertig sind.

Artikel 4

Dieses Protokoll, dessen englischer und französischer Wortlaut in gleicher Weise maßgebend sind, wird im Archiv der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hinterlegt. Diese übersendet den Regierungen aller Teilnehmerstaaten des Nordatlantikpaktes und allen Mitgliedstaaten des Ver-

Atlantic Treaty and of all the Parties to the Treaty setting up the European Defence Community.

In witness whereof, the undersigned plenipotentiaries have signed the present Protocol.

DONE at Paris the 27th day of May 1952.

FOR THE KINGDOM OF BELGIUM
signed:
van Zeeland

FOR CANADA
signed:
Heeney

FOR THE KINGDOM OF DENMARK
signed:
Steensen-Leth

FOR FRANCE
signed:
Schuman

FOR THE KINGDOM OF GRECE
signed:
Pipinelis

FOR ICELAND
signed:
Petursson

FOR ITALY
signed:
de Gasperi

FOR THE GRAND DUCHY OF LUXEMBOURG
signed:
Bech

FOR THE KINGDOM OF THE NETHERLANDS
signed:
Stikker

FOR THE KINGDOM OF NORWAY
signed:
Skaug

FOR PORTUGAL
signed:
De Tovar

FOR TURKEY
signed:
Ali Tiney

FOR THE UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN AND NORTHERN IRELAND
signed:
Eden

FOR THE UNITED STATES OF AMERICA
signed:
Acheson

l'Atlantique Nord et de tous les États Parties au Traité instituant la Communauté Européenne de Défense.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires soussignés ont signé le présent Protocole.

FAIT à Paris, le vingt-sept mai mille neuf cent cinquante-deux.

POUR LE ROYAUME DE BELGIQUE
signé:
van Zeeland

POUR LE CANADA
signé:
Heeney

POUR LE ROYAUME DE DANEMARK
signé:
Steensen-Leth

POUR LA FRANCE
signé:
Schuman

POUR LE ROYAUME DE GRÈCE
signé:
Pipinelis

POUR L'ISLANDE
signé:
Petursson

POUR L'ITALIE
signé:
de Gasperi

POUR LE GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG
signé:
Joseph Bech

POUR LE ROYAUME DES PAYS-BAS
signé:
Dirk Stikker

POUR LE ROYAUME DE NORVÈGE
signé:
Skaug

POUR LE PORTUGAL
signé:
De Tovar

POUR LA TURQUIE
signé:
Ali Tiney

POUR LE ROYAUME-UNI DE GRANDE-BRETAGNE ET D'IRLANDE DU NORD
signé:
Eden

POUR LES ÉTATS-UNIS D'AMÉRIQUE
signé:
Acheson

trages über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft beglaubigte Abschriften.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten ihre Unterschrift unter dieses Protokoll gesetzt.

GESCHEHEN zu Paris am siebenundzwanzigsten Mai neunzehnhundertundzweiundfünfzig.

Briefe des Bundeskanzlers zu dem Vertrag über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und seinen Zusatzprotokollen

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler

Bonn, den 7. Mai 1952

Seiner Exzellenz
dem Minister des Auswärtigen
des Vereinigten Königreichs
von Großbritannien und Nordirland
Herrn Anthony Eden

Seiner Exzellenz
dem Minister des Auswärtigen
der Vereinigten Staaten von Amerika
Herrn Dean Acheson

Herr Minister,

Im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland beehre ich mich, Eurer Exzellenz folgendes mitzuteilen:

Nach Ratifizierung des Vertrages über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft wird der Inhalt des Vertrages innerdeutsches Gesetz werden. Dies gilt dementsprechend in gleicher Weise für die Bestimmungen über die Beschränkung der Waffenherstellung in Mitgliedstaaten der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Die festgelegten Verbote gelten auch im Hinblick auf das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten.

Ich benutze diesen Anlaß, um Sie, Herr Minister, meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.

Adenauer

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler

Bonn, den 7. Mai 1952

Seiner Exzellenz
dem Minister des Auswärtigen
des Königreichs Belgien
Herrn Paul van Zeeland

Seiner Exzellenz
dem Minister des Auswärtigen
der Französischen Republik
Herrn Robert Schuman

Seiner Exzellenz
dem Ministerpräsidenten und
Minister des Auswärtigen
der Italienischen Republik
Hern Alcide de Gasperi

Seiner Exzellenz
dem Minister des Auswärtigen
des Großherzogtums Luxemburg
Herrn Josef Bech

Seiner Exzellenz
dem Minister des Auswärtigen
des Königreichs der Niederlande
Herrn Dirk U. Stikker

Herr Minister,

Im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland beehre ich mich, Eurer Exzellenz folgendes mitzuteilen:

Im Hinblick auf die bestehende internationale Spannung und die Tatsache, daß sich die Bundesrepublik in einer im Sinne des Artikels 107 des Vertrages über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft strategisch exponierten Lage befindet, betrachtet es die Bundesrepublik nicht als Diskriminierung, daß das Kommissariat in Anwendung des Artikels 107 dieses Vertrages keine Ermächtigung für die in Anhang II dieses Artikels angeführten Kriegsmaterialien in der Bundesrepublik erteilen wird, soweit dies nicht im Einklang mit einer allgemeinen Anweisung des Ministerrats geschieht. Hierbei wird jedoch von der Voraussetzung ausgegangen, daß die deutschen Kontingente in der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft hinsichtlich ihrer Versorgung mit Waffen der obengenannten Arten, die zur Erfüllung der ihnen in der Verteidigung Europas zugewiesenen Aufgaben erforderlich sind, nicht weniger günstig behandelt werden als die Kontingente anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, unabhängig von den Quellen, aus denen sie versorgt werden.

In bezug auf die Forschung auf dem Gebiet der vorstehend genannten Waffen ist die Bundesregierung ebenfalls bereit, eine solche Forschung zu verhindern, sofern nicht gegebenenfalls von der Europäischen Ver-

teidigungsgemeinschaft darum ersucht wird. Dies gilt selbstverständlich nicht für wissenschaftliche Forschung zur Entwicklung auf medizinischem und gewerblichem Gebiet sowie anderen nichtmilitärischen Gebieten der reinen und angewandten Wissenschaft.

Ich benutze diesen Anlaß, um Sie, Herr Minister, meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.

Adenauer

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler

Bonn, den 7. Mai 1952

Seiner Exzellenz
dem Minister des Auswärtigen
des Vereinigten Königreichs von
Großbritannien und Nordirland
Herrn Anthony Eden

Seiner Exzellenz
dem Minister des Auswärtigen
der Vereinigten Staaten von Amerika
Herrn Dean Acheson

Seiner Exzellenz
dem Minister des Auswärtigen
der Französischen Republik
Herrn Robert Schuman

Herr Minister,

Im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland beehre ich mich, Eurer Exzellenz folgendes mitzuteilen:

Da eine wirksame Kontrolle der Atomwaffen ohne eine umfassende Kontrolle auf dem Gebiete der Atomenergie nicht durchgeführt werden kann, verpflichtet sich die Bundesregierung, auf diesem Gebiet Kontrollen aufrechtzuerhalten, die weitergehen als die Herstellung von solchen Waffen. Demgemäß wird die Bundesregierung im Wege der Gesetzgebung verbieten:

(a) die Entwicklung, die Herstellung und den Besitz von Atomwaffen, wie sie in Anhang II zu Artikel 107 des Vertrages der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft definiert werden;

(b) die Einfuhr oder die durch irgendein Verfahren erfolgende Herstellung von Kernbrennstoff in Mengen von mehr als 500 Gramm für die Dauer eines Jahres für das gesamte Gebiet der Bundesrepublik;

(c) die Entwicklung, die Konstruktion oder den Besitz von Kernreaktoren oder sonstigen Geräten oder Einrichtungen, die geeignet sind, Atomwaffen herzustellen oder Kernbrennstoff in Mengen von mehr als 500 Gramm während eines Jahres im gesamten Gebiet der Bundesrepublik zu erzeugen; dabei wird die Jahresleistung von 500 Gramm Kernbrennstoff im Falle eines Kernreaktors als Gegenwert einer Wärmeerzeugung von 1,5 Megawatt angesehen;

(d) die Herstellung oder die Einfuhr von Uranium in irgendeiner chemischen Form in Mengen, die größer sind als der Gegenwert von neun Tonnen Uraniumelement während der Dauer eines Jahres; dies gilt für das gesamte Gebiet der Bundesrepublik; in einer Ubergangszeit ist die Bundesrepublik jedoch ermächtigt, eine Uraniummenge herzustellen, die nicht höher sein darf als der für den anfänglichen Bedarf eines Reaktors erforderliche Gegenwert von 30 Tonnen Uraniumelement;

(e) die Lagerung von Uranium in irgendeiner chemischen Form außer in der Form von nicht-aufbereitetem Erz in einer den Gegenwert von 18 Tonnen Uraniumelement übersteigenden Menge für das gesamte Gebiet der Bundesrepublik zusätzlich zu dem anfänglichen Reaktorbedarf.

Die Bundesrepublik wird im Wege einer der in Ihren Ländern geltenden vergleichbaren Gesetzgebung kontrollieren:

(a) die Ausfuhr aller für die Entwicklung von Atomenergie nützlichen Artikel und Erzeugnisse aus dem Gebiet der Bundesrepublik gemäß einem zwischen den vier Ländern gegenseitig zu vereinbarenden Verzeichnis und

(b) die Betätigungen einschließlich Ausfuhr und Einfuhr, die sich auf Uranium und Thorium sowie Uranium und Thorium enthaltende Stoffe beziehen.

Die Bundesrepublik wird ferner alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um zu gewährleisten, daß Informationen, die die Sicherheit auf dem Gebiete der Atomenergie berühren, unbefugten Personen nicht zugänglich gemacht werden.

Die Bundesrepublik geht davon aus, daß Ihre Regierungen damit einverstanden sind, daß die oben für die Erzeugung und den Erwerb von Kernbrennstoff angegebene Beschränkung nach Ablauf eines Zeitraums von zwei Jahren nach Inkrafttreten der am 26. Mai 1952 zwischen Ihren Regierungen und meiner Regierung unterzeichneten Verträge überprüft wird.

Ich benutze diesen Anlaß, um Sie, Herr Minister, meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.

Adenauer

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler

Bonn, den 7. Mai 1952

Seiner Exzellenz
dem Minister des Auswärtigen
des Vereinigten Königreichs von
Großbritannien und Nordirland
Herrn Anthony Eden

Seiner Exzellenz
dem Minister des Auswärtigen
der Vereinigten Staaten von Amerika
Herrn Dean Acheson

Seiner Exzellenz
dem Minister des Auswärtigen
der Französischen Republik
Herrn Robert Schuman

Herr Minister,

Im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland beehre ich mich, Eurer Exzellenz folgendes mitzuteilen:

Im gegenwärtigen Zeitpunkt werden in der Bundesrepublik Zivilluftfahrzeuge weder hergestellt noch bestehen Möglichkeiten für eine derartige Produktion. Die Regierung der Bundesrepublik beabsichtigt, von anderen Ländern diejenigen Zivilluftfahrzeuge käuflich zu erwerben, die gegebenenfalls in Deutschland benötigt werden. Sollten sich die Verhältnisse in der Zukunft ändern, so wird sich die Bundesrepublik im Lichte der dann bestehenden Lage um ein Einvernehmen mit den Regierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs in dieser Angelegenheit bemühen.

Ich benutze diesen Anlaß, um Sie, Herr Minister, meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.

Adenauer

Three-Power Declaration

The Government of France, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, and the United States of America have signed conventions with the German Federal Republic which will establish a new relationship with that country. These conventions, as well as the treatis for a European Defense Community and a European Coal and Steel Community, of which France is a signatory, provide a new basis for uniting Europe and for the realization of Germany's partnership in the European community.

They are designed to prevent the resurgence of former tensions and conflicts among the free nations of Europe and any future revival of aggressive militarism. They make possible the removal of the special restraints hitherto imposed on the Federal Republic of Germany and permit its participation as an equal partner in Western defense.

These conventions and treatis respond to the desire to provide by united efforts for the prosperity and security of Western Europe. The Governments of the United Kingdom and the United States consider that the establishment and development of these institutions of the European community correspond to their own basic interests and will therefore lend them every possible cooperation and support.

Moreover, Western defense is a common enterprise in which the Governments of the United States are already partners through membership of the North Atlantic Treaty Organization.

These bonds are now strengthened by the system of reciprocal guarantees agreed to between the member states of the European Defense Community, between these member states and the United Kingdom and also between these member states and the member states of the North Atlantic Treaty Organization.

For these various reasons, including the fact that these new guarantees will apply to the states concerned only as members of one or the other of these organizations, the Governments of the United Kingdom and the United States have an abiding interest, as has the Government of France, in the effectiveness of the treaty creating the European Defense Community and in the strength an integrity of that community.

Accordingly, if any action from whatever quarter threatens the integrity or unity of the community, the

Déclaration Tripartite

Les gouvernements des États-Unis d'Amérique, de la France et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord ont signé avec la République fédérale allemande des conventions qui établiront de nouvelles relations avec ce pays. Ces conventions ainsi que les traités établissant une Communauté européenne de Défense et une Communauté du Charbon et de l'Acier, auxquels la France est partie, fournissent une base nouvelle pour l'unification de l'Europe et la participation allemande sur un pied d'égalité à la communauté européenne. Ils ont pour objet d'empêcher que des tensions et des conflits viennent à nouveau diviser les nations libres d'Europe et de prévenir toute renaissance d'un militarisme agressif. Ils rendent possible l'abandon des limitations spéciales imposées jusqu'ici à la République fédérale allemande, et permettent à celle-ci de participer, comme partenaire égal, à la défense de l'Occident.

Ces conventions et traités répondent au souci d'assurer par des efforts communs la prospérité et la sécurité de l'Europe occidentale. Les gouvernements américain et britannique considèrent que l'établissement et le développement de ces institutions de la communauté européenne répondent à leurs propres intérêts fondamentaux, et ils leur apporteront, en conséquence, leur appui et leur coopération autant qu'il sera en leur pouvoir.

En outre, la défense occidentale est une entreprise commune à laquelle les gouvernements américain et britannique coopèrent en tant que membres du pacte Nord-Atlantique.

Ces liens sont maintenant renforcés par le système de garantie réciproque établi entre les États membres de la Communauté européenne de Défense, entre ses États membres et le Royaume-Uni, ainsi qu'entre les mêmes États membres et les États parties à l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord.

Pour ces différentes raisons, notamment le fait que ces nouvelles garanties ne s'appliqueront aux États intéressés qu'en tant que ceux-ci seront membres de l'une ou de l'autre de ces organisations, les gouvernements américain et britannique ont, tout autant que le gouvernement français, un intérêt permanent à l'efficacité du Traité établissant la Communauté européenne de Défense ainsi qu'à la solidité et à l'intégrité de cette Communauté.

En conséquence, si une action, d'où qu'elle procède, vient à menacer l'intégrité ou l'unité de la communauté,

(Übersetzung)

Dreimächte-Erklärung

Die Regierungen Frankreichs, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika haben Verträge mit der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet, die neue Beziehungen mit diesem Land schaffen werden. Diese Verträge sowie die Verträge über eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft und eine europäische Montangemeinschaft, zu deren Unterzeichnern Frankreich gehört, schaffen eine neue Grundlage für die Einigung Europas und für die Verwirklichung einer deutschen gleichberechtigten Partnerschaft in der europäischen Gemeinschaft. Sie sollen das Wiederauftreten der früheren Spannungen und Konflikte unter den freien Nationen Europas und jedes zukünftige Wiederaufleben eines aggressiven Militarismus verhüten. Sie ermöglichen die Beseitigung der besonderen Beschränkungen, die bisher der Bundesrepublik Deutschland auferlegt waren, und gestatten ihr, sich als gleichberechtigter Partner an der Verteidigung des Westens zu beteiligen.

Diese Verträge entsprechen dem Wunsche, durch gemeinsame Anstrengungen das Gedeihen und die Sicherheit Westeuropas zu gewährleisten. Die Regierungen des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten sind der Auffassung, daß die Errichtung und der Ausbau dieser Institutionen der europäischen Gemeinschaft ihren eigenen grundlegenden Interessen entsprechen und werden ihnen daher jede nur mögliche Unterstützung zuteil werden lassen.

Die Verteidigung des Westens ist darüber hinaus ein gemeinsames Vorhaben, an dem die Regierungen des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten bereits durch ihre Mitgliedschaft in der Organisation des Nordatlantikpaktes beteiligt sind.

Diese Bande werden nunmehr durch ein System gegenseitiger Garantien verstärkt, das zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, zwischen diesen Mitgliedstaaten und dem Vereinigten Königreich, sowie zwischen diesen Mitgliedstaaten und den Mitgliedstaaten der Nordatlantikpakt-Organisation vereinbart worden ist.

Aus diesen verschiedenen Gründen und insbesondere wegen des Umstandes, daß diese neuen Garantien auf die betreffenden Staaten nur als Mitgliedstaaten der einen oder der anderen dieser Organisationen Anwendung finden werden, haben die Regierungen des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten, ebenso wie die Regierung Frankreichs, ein bleibendes Interesse an der Wirksamkeit des Vertrages über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft sowie an der Stärke und Unversehrtheit dieser Gemeinschaft. Wenn daher eine Maßnahme von irgendeiner Seite die Unversehrtheit oder Einheit dieser

Governments will regard this as a threat to their own security. They will act in accordance with Article 4 of the North Atlantic Treaty. Moreover, they have each expressed their resolve to station such forces on the Continent of Europe, including the Federal Republic of Germany, as they deem necessary and appropriate to contribute to the joint defense of the North Atlantic Treatry area, having regard to their obligations under the North Atlantic Treaty, their interest in the integrity of the European Defense Community, and their special responsibilities in Germany.

The security and welfare of Berlin and the maintenance of the positions of the three powers there are considered as essential elements of the peace of the free world in the present international situation. Accordingly, they will maintain armed forces within the territory of Berlin as long as their responsibilities require it. They therefore reaffirm that they will treat any attack against Berlin from any quarters as an attack upon their forces and themselves.

These new security guarantees supersede the assurances contained in the declaration of the foreign ministers of France, the United Kingdom and the United States at New York on Sept. 19, 1950.

Paris, 27th day of May 1952.

Acheson

Eden

Schuman

les deux gouvernements considéreront cette action comme une menace contre leur propre sécurité. Ils agiront en conformité avec l'article 4 du Traité de l'Atlantique Nord.

En outre, ils ont chacun fait connaître leur résolution de faire stationner sur le continent européen, y compris la République fédérale d'Allemagne, les forces que, compte tenu de leurs obligations découlant du Traité de l'Atlantique Nord, de l'intérêt qu'ils portent à l'intégrité de la Communauté européenne de Défense et de leurs responsabilités spéciales en Allemagne, ils estimeront nécessaires et appropriées pour contribuer à la défense commune de la zone du Traité de l'Atlantique Nord.

La sécurité et la prospérité de Berlin et le maintien de la position des trois puissances dans cette ville sont considérés par les trois puissances comme des éléments essentiels de la paix du monde libre dans la situation internationale actuelle. En conséquence, elles maintiendront des forces armées sur le territoire de Berlin aussi longtemps que leurs responsabilités l'exigeront. Elles réaffirment donc qu'elles considéreront toute attaque contre Berlin — d'où qu'elle vienne — comme une attaque dirigée contre leurs forces et contre elles-mêmes.

Ces nouvelles garanties de sécurité se substituent aux assurances contenues dans la déclaration faite à New-York, le 19 septembre 1950, par les ministres des Affaires étrangères des États-Unis, de la France et du Royaume-Uni.

Paris, le vingt-sept mai mille neuf cent cinquante deux.

Acheson

Eden

Schuman

Gemeinschaft bedroht, werden die beiden Regierungen dies als eine Bedrohung ihrer eigenen Sicherheit ansehen. Sie werden gemäß Artikel 4 des Nordatlantikpaktes handeln. Darüber hinaus haben sie beide ihrer Entschlossenheit Ausdruck verliehen, auf dem europäischen Kontinent einschließlich der Bundesrepublik Deutschland diejenigen Streitkräfte zu stationieren, die sie unter Berücksichtigung ihrer Verpflichtungen aus dem Nordatlantikpakt, ihres Interesses an der Unversehrtheit der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft sowie ihrer besonderen Verantwortlichkeiten in Deutschland als Beitrag zur gemeinsamen Verteidigung des Gebiets des Nordatlantikpaktes für notwendig und angemessen erachten.

Die Drei Mächte sehen die Sicherheit und das Wohlergehen Berlins und die Aufrechterhaltung der Stellung der Drei Mächte in dieser Stadt als wesentliche Elemente des Friedens der freien Welt bei der gegenwärtigen internationalen Lage an. Demgemäß werden sie auch weiterhin so lange Streitkräfte im Gebiet von Berlin unterhalten, wie ihre Verantwortlichkeiten dies erfordern. Sie bestätigen daher erneut, daß sie jeden Angriff auf Berlin, gleich von welcher Seite, als einen Angriff auf ihre Streitkräfte und auf sich selbst ansehen werden.

Diese neuen Sicherheitsgarantien treten an die Stelle der in der New-Yorker Erklärung der Außenminister Frankreichs, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten am 19. September 1950 enthaltenen Zusicherungen.

Paris, den 27. Mai 1952.

Traité
entre le Royaume-Uni et les États membres de la Communauté Européenne de Défense

Treaty
between the United Kingdom and the Member States of the European Defence Community

Vertrag
zwischen dem Vereinigten Königreich und den Mitgliedstaaten der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft

(Übersetzung)

Le Président de la République Fédérale d'Allemagne, S. M. le Roi des Belges, le Président de la République Française, le Président de la République Italienne, S. A. R. la Grande-Duchesse de Luxembourg, S. M. la Reine des Pays-Bas, S. M. la Reine de Grande-Bretagne, d'Irlande du Nord et des Territoires britanniques au delà des Mers,

Désireux, dans l'intérêt de la défense de l'Europe occidentale, d'étendre aux relations entre le Royaume-Uni et les États membres de la Communauté Européenne de Défense établie par le Traité signé à Paris, le vingt-sept mai mille neuf cent cinquante-deux, les garanties d'assistance contre l'agression données par l'article IV du Traité signé à Bruxelles le 17 mars 1948,

Ont désigné à cet effet pour plénipotentiaires:

Le Président de la République Fédérale d'Allemagne,

M. le Docteur Konrad Adenauer, Chancelier, Ministre des Affaires étrangères;

S. M. le Roi des Belges,

M. Paul van Zeeland, Ministre des Affaires étrangères;

Le Président de la République Française,

M. Robert Schuman, Ministre des Affaires étrangères;

Le Président de la République Italienne,

M. de Gasperi, Ministre des Affaires étrangères;

S. A. R. la Grande-Duchesse de Luxembourg,

M. Bech, Ministre des Affaires étrangères;

S. M. la Reine des Pays-Bas,

M. Stikker, Ministre des Affaires étrangères;

S. M. la Reine de Grande-Bretagne, d'Irlande du Nord et des Territoires britanniques au delà des Mers,

M. Anthony Eden, Secrétaire d'État aux Affaires étrangères;

Lesquels, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs reconnus en bonne et due forme, sont convenus de ce qui suit:

Article Premier

Si, à un moment quelconque, alors que le Royaume-Uni est Partie au Traité de l'Atlantique Nord, toute autre Partie au présent Traité qui se trouvera à ce moment membre de la Communauté Européenne de Défense, ou les Forces européennes de Défense,

The President of the Federal Republic of Germany, His Majesty the King of the Belgians, the President of the French Republic, the President of the Italian Republic, Her Royal Highness the Grand Duchess of Luxembourg, Her Majesty the Quen of the Netherlands and Her Majesty the Quen of Great Britain, Ireland and the British Dominions beyond the Seas,

Desiring, in the interests of the defence of Western Europe, to extend, as between the United Kingdom and the states members of the European Defence Community established by the Treaty signed at Paris on the 27th of May 1952, the guarantees of assistance against aggression given in Article IV of the Treaty signed at Brussels on the 17th March, 1948,

Have appointed as their plenipotentiaries for this purpose,

The President of the Federal Republic of Germany,

Dr. Konrad Adenauer, Chancellor, minister for Foreign Affairs;

His Majesty the King of the Belgians,

M. Paul van Zeeland, minister for Foreign Affairs;

The President of the French Republic,

M. Robert Schuman, minister for Foreign Affairs;

The President of the Italian Republic,

M. de Gasperi, minister for Foreign Affaires;

Her Royal Highness the Grand Duchess of Luxembourg,

M. Bech, minister for Foreign Affairs;

Her Majesty the Queen of the Netherlands,

M. Stikker, minister for Foreign Affairs;

Her Majesty the Queen of Great Britain, Ireland and the British Dominions beyond the Seas,

M. Anthony Eden, Foreign Secretary.

Who, having exhibited their full powers, found in good and due form, have agreed as follows:

Article 1

If at any time, while the United Kingdom is party to the North Atlantic Treaty, any other party to the present Treaty which is at that time a member of the European Defence Community, or the European Defence Forces, should be the object of an armed

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland, Seine Majestät der König der Belgier, der Präsident der Französischen Republik, der Präsident der Italienischen Republik, Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin von Luxemburg, Ihre Majestät die Königin der Niederlande, Ihre Majestät die Königin von Großbritannien und Nordirland und der britischen Gebiete in Übersee

wünschen zur Verteidigung Westeuropas die Beistandsverpflichtungen gegenüber einem Angriff, die in Artikel IV des am 17. März 1948 in Brüssel unterzeichneten Vertrages enthalten sind, auf die Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und den Mitgliedstaaten der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, die durch den am siebenundzwanzigsten Mai neunzehnhundertundzweiundfünfzig in Paris unterzeichneten Vertrag geschaffen worden ist, auszudehnen.

Sie haben hierzu als Bevollmächtigte bestellt:

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland,

Herrn Dr. Konrad Adenauer, Bundeskanzler und Bundesminister des Auswärtigen;

Seine Majestät der König der Belgier,

Herrn Paul van Zeeland, Minister für Auswärtige Angelegenheiten;

Der Präsident der Französischen Republik,

Herrn Robert Schuman, Minister für Auswärtige Angelegenheiten;

Der Präsident der Italienischen Republik,

Herrn de Gasperi, Minister für Auswärtige Angelegenheiten;

Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin von Luxemburg,

Herrn Bech, Minister für Auswärtige Angelegenheiten;

Ihre Majestät die Königin der Niederlande,

Herrn Stikker, Minister für Auswärtige Angelegenheiten;

Ihre Majestät die Königin von Großbritannien und Nordirland und der britischen Gebiete in Übersee,

Herrn Anthony Eden, Minister des Auswärtigen.

Diese haben nach Austausch ihrer als gut und gehörig befundenen Vollmachten folgendes vereinbart:

Artikel 1

Wenn während der Zugehörigkeit des Vereinigten Königreichs zum Nordatlantikpakt gegen irgendeine andere Partei des vorliegenden Vertrages, die zu diesem Zeitpunkt Mitglied der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft ist, oder gegen die Streit-

étaient l'objet d'une agression armée en Europe, le Royaume-Uni, en conformité de l'article 51 de la Charte des Nations Unies, portera à cette Partie ou aux Forces de défense ainsi attaquées, aide et assistance par tous les moyens en son pouvoir, militaires et autres.

Article 2

Aussi longtemps que l'article 1 du présent Traité demeurera en vigueur, si le Royaume-Uni ou ses forces armées étaient l'objet d'une agression armée en Europe, les autres Parties au présent Traité qui seront à ce moment membres de la Communauté Européenne de Défense, et les Forces européennes de Défense porteront aide et assistance par tous les moyens en leur pouvoir, militaires et autres, au Royaume-Uni et à ses forces.

Article 3

Le présent Traité sera ratifié et ses dispositions exécutées selon les règles constitutionnelles de chaque État signataire. Les instruments de ratification seront déposés auprès du Gouvernement du Royaume-Uni, qui informera de chaque dépôt le Gouvernement des autres États signataires. Le Traité entrera en vigueur dès que tous les États signataires auront effectué le dépôt de leurs instruments de ratification, et que le Conseil de la Communauté Européenne de Défense aura notifié au Gouvernement du Royaume-Uni que le Traité instituant la Communauté Européenne de Défense est entré en vigueur.

Article 4

Le présent Traité, dont les textes anglais et français feront également foi, sera déposé dans les archives du Gouvernement du Royaume-Uni, qui en délivrera une copie certifiée conforme au Gouvernement de chacun des autres États signataires.

EN FOI DE QUOI les plénipotentiaires soussignés ont signé le présent Traité et l'ont revêtu de leurs sceaux.

FAIT à Paris, le vingt-sept mai mille neuf cent cinquante-deux.

Konrad Adenauer
Paul van Zeeland
Robert Schuman
Alcide de Gasperi
Joseph Bech
Dirk Stikker
Anthony Eden

attack in Europe, the United Kingdom will, in accordance with Article 51 of the United Nations Charter, afford the Party or the Forces so attacked all the military and other aid and assistance in its power.

Article 2

If at any time, while Article 1 remains in force the United Kingdom or its armed forces should be the object of an armed attack in Europe, the other Parties to the present Treaty which are at that time members of the European Defence Community, and the European Defence Forces, will afford the United Kingdom and its forces all the military and other aid and assistance in their power.

Article 3

The present Treaty shall be ratified and its provisions carried out by the signatories in accordance with their respective constitutional processes. The instruments of ratification shall be deposited with the Government of the United Kingdom, which shall notify the Governments of the other signatories of each deposit. The Treaty shall enter into force when all the signatories have deposited their instruments of ratification and the Council of the European Defence Community has notified the Government of the United Kingdom that the Treaty establishing the European Defence Community has entred into force.

Article 4

The present Treaty, of which the English and French texts are equally authentic, shall be deposited in the archives of the Government of the United Kingdom which shall transmit a certified copy thereof to the Government of each signatories.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned plenipotentiaries have signed the present Treaty and have affixed thereto their seals.

DONE at Paris, on the 27th day of May 1952.

Konrad Adenauer
Paul van Zeeland
Robert Schuman
Alcide de Gasperi
Joseph Bech
Dirk Stikker
Anthony Eden

kräfte der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft ein bewaffneter Angriff in Europa erfolgen sollte, so wird das Vereinigte Königreich, entsprechend Artikel 51 der Satzung der Vereinten Nationen, der angegriffenen Partei oder den angegriffenen Verteidigungsstreitkräften mit allen ihm zu Gebote stehenden militärischen und sonstigen Mitteln Hilfe und Beistand leisten.

Artikel 2

Wenn gegen das Vereinigte Königreich oder seine Streitkräfte ein bewaffneter Angriff in Europa erfolgen sollte, so werden, solange Artikel 1 in Kraft ist, die anderen Parteien dieses Vertrages, die zu diesem Zeitpunkt Mitglieder der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft sind, und die Streitkräfte der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft dem Vereinigten Königreich und seinen Streitkräften mit allen ihnen zu Gebote stehenden militärischen und sonstigen Mitteln Hilfe und Beistand leisten.

Artikel 3

Dieser Vertrag ist zu ratifizieren; seine Abmachungen sind gemäß den Verfassungsvorschriften jedes Mitgliedstaates auszuführen. Die Ratifizierungsurkunden sind bei der Regierung des Vereinigten Königreichs zu hinterlegen, die die Regierung der anderen Signatarstaaten von jeder Hinterlegung in Kenntnis setzt. Der Vertrag tritt in Kraft, sobald alle Signatarstaaten ihre Ratifizierungsurkunden hinterlegt haben und der Rat der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft der Regierung des Vereinigten Königreiches das Inkrafttreten des Vertrages über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft bekannt gegeben hat.

Artikel 4

Dieser Vertrag, dessen englischer und französischer Wortlaut in gleicher Weise maßgebend sind, wird in den Archiven der Regierung des Vereinigten Königreiches hinterlegt; diese übermittelt der Regierung jedes anderen vertragschließenden Staates eine beglaubigte Abschrift.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten Bevollmächtigten ihre Unterschrift unter diesen Vertrag gesetzt und ihn mit ihrem Siegel versehen.

GESCHEHEN zu Paris, den siebenundzwanzigsten Mai neunzehnhundertundzweiundfünfzig.

Gesetz betreffend das Abkommen vom 27. Mai 1952 über die Rechtsstellung der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte und über das Zoll- und Steuerwesen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft.

Vom 28. März 1954.

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel I

Dem am 27. Mai 1952 in Paris unterzeichneten Abkommen über die Rechtsstellung der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte und über das Zoll- und Steuerwesen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft wird zugestimmt.

Artikel II

Das Abkommen wird nachstehend mit Gesetzeskraft veröffentlicht.

Der Tag, an dem es in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Artikel III

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage nach der Verkündung in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 28. März 1954.

Der Bundespräsident
Theodor Heuss

Der Bundeskanzler
und Bundesminister des Auswärtigen
Adenauer

Der Bundesminister des Innern
Dr. Schröder

Der Bundesminister der Justiz
Neumayer

Der Bundesminister der Finanzen
Schäffer

Convention relative au Statut des Forces Européennes de Défense et au Régime Commercial et Fiscal de la Communauté Européenne de Défense

Abkommen über die Rechtsstellung der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte und über das Zoll- und Steuerwesen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft

INHALT

Le Président de la République Fédérale d'Allemagne, Sa Majesté le Roi des Belges, le Président de la République Française, le Président de la République Italienne, Son Altesse Royale la Grande-Duchesse de Luxembourg, Sa Majesté la Reine des Pays-Bas,

Considérant que, le 27 mai 1952, a été signé un Traité instituant la Communauté Européenne de Défense, et désireux de pourvoir aux nécessités qu'impliquera la mise en vigueur de ce Traité,

Ont désigné à cet effet pour plénipotentiaires:

Le Président de la République Fédérale d'Allemagne,

M. le Docteur Konrad Adenauer, Chancelier, Ministre des Affaires étrangères;

Sa Majesté le Roi des Belges,

M. Paul van Zeeland, Ministre des Affaires étrangères;

Le Président de la République Française,

M. Robert Schuman, Ministre des Affaires étrangères;

Le Président de la République Italienne,

M. de Gasperi, Ministre des Affaires étrangères;

Son Altesse Royale la Grande-Duchesse de Luxembourg,

M. Bech, Ministre des Affaires étrangères;

Sa Majesté la Reine des Pays-Bas,

M. Stikker, Ministre des Affaires étrangères;

Lesquels, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs trouvés en bonne et due forme,

Sont convenus de ce qui suit.

(Übersetzung)

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland, Seine Majestät der König der Belgier, der Präsident der Französischen Republik, der Präsident der Italienischen Republik, Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin von Luxemburg, Ihre Majestät die Königin der Niederlande haben

in Erwägung des am 27. Mai 1952 geschlossenen Vertrages über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und in dem Wunsche, den Erfordernissen gerecht zu werden, die die Inkraftsetzung dieses Vertrages mit sich bringt,

zu diesem Zwecke als Bevollmächtigte ernannt:

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland

Herrn Dr. Konrad Adenauer, Bundeskanzler und Bundesminister des Auswärtigen;

Seine Majestät der König der Belgier

Herrn Paul van Zeeland, Minister für Auswärtige Angelegenheiten;

Der Präsident der Französischen Republik

Herrn Robert Schuman, Minister für Auswärtige Angelegenheiten;

Der Präsident der Italienischen Republik

Herrn de Gasperi, Minister für Auswärtige Angelegenheiten;

Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin von Luxemburg

Herrn Bech, Minister für Auswärtige Angelegenheiten;

Ihre Majestät die Königin der Niederlande

Herrn Stikker, Minister für Auswärtige Angelegenheiten;

diese haben nach Austausch ihrer als gut und gehörig befundenen Vollmachten Nachstehendes vereinbart:

TITRE PREMIER

Sécurité Publique

Article Premier

Les membres des Forces européennes de défense sont tenus, sur le territoire de l'État de séjour, de respecter les lois en vigueur et de s'abstenir de toute activité politique.

Cette obligation ne porte pas atteinte à l'exercice des droits politiques, selon les dispositions du droit interne de l'État d'origine, et dans les conditions compatibles avec la qualité de membre des Forces européennes.

Les autorités des Forces européennes de défense veilleront à l'observation de ces dispositions et prendront les mesures nécessaires à cette fin. Elles pourront, notamment, à la demande des autorités qualifiées de l'État de séjour, prononcer la mutation d'office à l'égard d'un membre des Forces européennes de défense qui n'aurait pas respecté les obligations prévues au premier alinéa du présent article, sans préjudice de l'application éventuelle de mesures disciplinaires dans le cas où le comportement de l'intéressé aurait été ou serait de nature à porter atteinte à l'ordre public de l'État de séjour.

ERSTER TITEL

Öffentliche Sicherheit

Artikel 1

Die Mitglieder der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte haben die im Aufenthaltsstaate geltenden Gesetze zu achten und sich jeder politischen Betätigung zu enthalten.

Diese Pflicht beeinträchtigt nicht die Ausübung der politischen Rechte nach dem inneren Recht des Herkunftsstaates, soweit sie mit der Eigenschaft als Mitglied der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte vereinbar ist.

Die Behörden der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte haben auf die Einhaltung dieser Vorschriften zu achten und die hierzu notwendigen Maßnahmen zu treffen. Sie können insbesondere auf Antrag der zuständigen Behörden des Aufenthaltsstaates gegen ein Mitglied der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte, das die im ersten Absatz vorgesehenen Pflichten nicht beachtet hat, die Dienstversetzung aussprechen; unberührt bleibt die etwaige Anwendung von Dienststrafmaßnahmen für den Fall, daß das Verhalten des Betreffenden zu einer Störung der öffentlichen Ordnung des Aufenthaltsstaates hätte führen können oder führen könnte.

Article 2

§ 1. Sans préjudice des dispositions du paragraphe 2 du présent article, les membres des Forces européennes de défense seront dispensés des formalités de passeport et de visa, ainsi que de l'observation de la réglementation relative à l'enregistrement et au contrôle des étrangers.

§ 2. Les seuls documents ci-dessous seront exigés des membres des Forces européennes de défense. Ils devront être produits à toute réquisition:

a. carte d'identité personnelle d'un modèle uniforme mais d'une couleur différente selon qu'il s'agit d'un militaire ou d'un membre de l'élément civil, délivrée par les autorités qualifiées des Forces européennes de défense, munie d'une photographie et mentionnant les nom, prénoms, la date et le lieu de naissance, la nationalité, l'arme ou le service, le grade ou l'emploi et, s'il y a lieu, le numéro matricule du titulaire;

b. titre individuel ou collectif, délivré par les autorités qualifiées des Forces européennes de défense et indiquant, d'une part, la personne ou l'unité intéressée, d'autre part, l'objet de la mission ou du déplacement.

Les rubriques figurant sur les documents mentionnés aux alinéas *a* et *b*, seront rédigées en langues allemande, française, italienne et néerlandaise.

§ 3. Les autorités qualifiées des Forces européennes de défense communiqueront aux autorités de l'État de séjour intéressé, dans toute la mesure du possible et selon des modalités uniformes, les nom, prénoms, date et lieu de naissance et nationalité des membres de l'élément civil qui seraient appelés à se rendre sur le territoire dudit État de séjour.

Artikel 2

§ 1. Unbeschadet der Vorschriften des Paragraph 2 dieses Artikels werden die Mitglieder der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte von allen Formalitäten in bezug auf Paß- und Sichtvermerk sowie von der Beachtung der Vorschriften über die Registrierung und die Kontrolle der Ausländer befreit.

§ 2. Es werden lediglich folgende Papiere von den Mitgliedern der Europäischen Streitkräfte gefordert. Diese sind auf Verlangen jederzeit vorzuzeigen:

a) Ein Personalausweis von einheitlichem Muster, der jedoch in der Farbe verschieden ist, je nachdem ob es sich um einen Soldaten oder um einen Angehörigen des Zivilpersonals handelt. Dieser Ausweis wird von den zuständigen Behörden der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte ausgestellt, mit einem Lichtbild versehen und soll folgende Angaben enthalten: Namen, Vornamen, Geburtstag und -ort, Staatsangehörigkeit, Waffengattung oder Dienststelle, Dienstgrad oder Dienststellung und gegebenenfalls die Matrikelnummer des Inhabers.

b) Ein von den zuständigen Behörden der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte ausgestellter Einzel- oder Sammelausweis, in welchem einerseits die Person oder die betreffende Einheit, andererseits der Zweck des Auftrages oder der Reise genannt werden.

Die Spalten auf den unter Absatz a) und b) verzeichneten Ausweisen tragen Überschriften in deutscher, französischer, italienischer und holländischer Sprache.

§ 3. Die zuständigen Behörden der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte teilen, soweit irgend möglich, den Behörden des betreffenden Aufenthaltsstaates nach einem einheitlichen Verfahren den Namen, die Vornamen, Geburtstag und -ort sowie die Staatsangehörigkeit der Angehörigen des Zivilpersonals mit, die in das Hoheitsgebiet des genannten Aufenthaltsstaates einreisen sollen.

Article 3

Les personnes à charge vivant au foyer et autorisées par les autorités qualifiées des Forces européennes de défense à accompagner le chef de famille, devront être en possession d'un passeport délivré par l'État d'origine. La mention de leur qualité ainsi que de l'autorisation qui leur est délivrée sera apposée par lesdites autorités. Elles seront dispensées de la formalité du visa et toutes facilités leur seront accordées par l'État de séjour en ce qui concerne leurs obligations au regard de la réglementation en matière de résidence sur le territoire de cet État.

Sous ces réserves, les personnes à charge sont soumises aux lois de l'État de séjour concernant les étrangers. Toutefois, si un État membre ou le Commissariat estiment qu'il est fait par les autorités de l'État de séjour un usage abusif ou contraire aux intérêts essentiels de la Communauté de l'exercice des droits de cet État, ils peuvent saisir le Conseil; celui-ci pourra inviter l'État de séjour à procéder à un nouvel examen des mesures ou décisions prises, examen auquel ledit État devra procéder en tenant le plus grand compte des intérêts de la Communauté.

Artikel 3

Die unterhaltsberechtigten Angehörigen, die zum Haushalte des Haushaltsvorstandes gehören und diesen laut Genehmigung der zuständigen Behörden der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte begleiten dürfen, müssen einen vom Herkunftsstaate ausgestellten Paß besitzen. In diesem Paß wird die Eigenschaft dieser Personen sowie die ihnen erteilte Genehmigung von den genannten Behörden eingetragen. Sie sind von jeder Sichtvermerksformalität frei, und der Aufenthaltsstaat gewährt ihnen jegliche Erleichterung hinsichtlich der Aufenthaltsvorschriften in dem Hoheitsgebiet dieses Staates.

Mit diesen Vorbehalten unterliegen die unterhaltsberechtigten Angehörigen den Ausländer-Gesetzen des Aufenthaltsstaates. Ist jedoch ein Mitgliedstaat oder das Kommissariat der Auffassung, daß die Behörden des Aufenthaltsstaates die Gesetze dieses Staates mißbräuchlich oder in einer gegen die wesentlichen Interessen der Gemeinschaft gerichteten Weise anwenden, so können sie den Rat anrufen; dieser kann den Aufenthaltsstaat auffordern, getroffene Maßnahmen oder Entscheidungen erneut zu prüfen. Der Aufenthaltsstaat soll diese Prüfung unter größtmöglicher Berücksichtigung der Belange der Gemeinschaft vornehmen.

Article 4

§ 1. Sans préjudice de l'application éventuelle des lois de l'État de séjour concernant les étrangers, les autorités des Forces européennes de défense seront tenues d'assurer le rapatriement du territoire d'un État de séjour des membres des Forces européennes de défense au moment où ils doivent cesser d'être au service de ces Forces.

§ 2. Les autorités des Forces européennes de défense devront informer immédiatement les autorités de l'État de séjour de toute absence illégale dépassant six jours.

Artikel 4

§ 1. Unbeschadet der etwaigen Anwendung der Fremdengesetzgebung des Aufenthaltsstaates haben die Behörden der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte dafür zu sorgen, daß die Mitglieder der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte das Hoheitsgebiet eines Aufenthaltsstaates verlassen, sobald sie aus dem Dienst dieser Streitkräfte ausscheiden.

§ 2. Die Behörden der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte haben den Behörden des Aufenthaltsstaates alle Fälle unerlaubter Entfernung, die sechs Tage überschreitet, sofort mitzuteilen.

§ 3. Les périodes pendant lesquelles un membre des Forces européennes de défense est présent sur le territoire d'un des États membres, en raison uniquement de sa qualité de membre des Forces, ne sont pas considérées comme périodes de résidence en vue de l'acquisition du droit à la résidence permanente ou au domicile ou comme entraînant un changement de domicile.

Il en sera de même pour les personnes à charge visées à l'article 3 ci-dessus.

§ 3. Der Zeitraum, in dem ein Mitglied der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte sich auf dem Hoheitsgebiete eines Mitgliedstaates lediglich in seiner Eigenschaft als Angehöriger der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte aufhält, wird nicht auf die Aufenthaltszeit angerechnet, die etwa für den Erwerb des ständigen Aufenthalts- oder Wohnrechts vorgeschrieben ist; ferner kann sie nicht als Grund für einen Wechsel des Wohnsitzes gelten.

Das gleiche gilt für die unterhaltsberechtigten Angehörigen im Sinne des Artikels 3.

Article 5

§ 1. Les unités ou formations militaires régulièrement constituées ont le droit de police sur tous les camps, établissements ou autres installations occupés par elles en vertu d'un accord avec l'État de séjour, pour assurer le maintien de l'ordre et de la sécurité dans ces installations. A cet effet, la police de l'État de séjour peut agir à l'intérieur des installations de la Communauté avec l'accord des autorités qualifiées de cette dernière et en coopération avec les éléments de celle-ci.

§ 2. L'emploi de ladite police militaire hors de ces installations est subordonné à un accord avec les autorités de l'État de séjour et se fait en liaison avec celles-ci.

Artikel 5

§ 1. Die ordnungsgemäß aufgestellten militärischen Einheiten und Verbände haben Polizeibefugnis über alle Lager, Gebäude oder andere Anlagen, die sie auf Grund eines Abkommens mit dem Aufenthaltsstaate innehaben, um die Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit in diesen Anlagen sicherzustellen. Zum gleichen Zwecke kann die Polizei des Aufenthaltsstaates im Innern der Anlagen der Gemeinschaft im Einvernehmen mit den zuständigen Behörden der Gemeinschaft und in Zusammenarbeit mit deren Personal tätig werden.

§ 2. Der Einsatz der genannten Militärpolizei außerhalb dieser Anlagen setzt ein Übereinkommen mit den Behörden des Aufenthaltsstaates voraus und vollzieht sich in Verbindung mit diesen.

Article 6

§ 1. Les États membres considéreront comme valable, sans exiger ni examen, ni droit ou taxe, le permis de conduire délivré par l'un d'entre eux à un membre des Forces européennes de défense, ou un permis de conduire militaire délivré par les autorités qualifiées des Forces européennes de défense.

§ 2. En ce qui concerne la navigation intérieure, les certificats de capacité pour la conduite des bateaux sont soumis à la réglementation générale en vigueur dans l'État de séjour. La délivrance d'un certificat de navigabilité peut faire l'objet d'une convention spéciale.

Artikel 6

§ 1. Die Mitgliedstaaten anerkennen die Gültigkeit des von einem Mitgliedstaat einem Mitglied der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte ausgestellten Führerscheins oder eines von den zuständigen Behörden der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte ausgestellten Militärführerscheins; sie verlangen hierfür keine Prüfung und erheben keine Abgaben oder Steuern.

§ 2. Die Befähigungsnachweise zum Führen von Binnenschiffen unterliegen den im Aufenthaltsstaate geltenden Vorschriften. Über die Erteilung von Schiffsattesten können besondere Vereinbarungen getroffen werden.

Article 7

§ 1. Les règlements de la circulation routière en vigueur dans l'État de séjour s'appliquent aux Forces européennes de défense, sous réserve des dérogations qui sont apportées dans chaque législation nationale, après avis du Commissariat, en vue de tenir compte, soit des caractéristiques de certains véhicules, soit des nécessités militaires.

§ 2. Les autorités compétentes de la Communauté procéderont à l'immatriculation de tous les véhicules appartenant à la Communauté, ainsi qu'à l'apposition sur ces véhicules d'une plaque d'immatriculation comportant un numéro et une marque distinctive d'un modèle unique. La présence de la plaque sur le véhicule et la possession par le conducteur du certificat d'immatriculation correspondant permettront la circulation sur le territoire de chacun des États membres.

Les autorités compétentes de la Communauté veilleront à ce que les véhicules immatriculés et mis en circulation satisfassent aux règlements en vigueur dans les divers États membres dans lesquels ils sont appelés à circuler. Elles assureront le contrôle du bon fonctionnement des véhicules mis en circulation.

Artikel 7

§ 1. Die Straßenverkehrsvorschriften des Aufenthaltsstaates finden auf die Europäischen Streitkräfte Anwendung, vorbehaltlich der Abänderungen, die nach Stellungnahme des Kommissariates an den nationalen Gesetzgebungen vorgenommen werden, um den technischen Besonderheiten gewisser Fahrzeuge und den militärischen Notwendigkeiten Rechnung zu tragen.

§ 2. Die zuständigen Behörden der Gemeinschaft nehmen die Zulassung aller der Gemeinschaft gehörenden Fahrzeuge vor; sie bringen auf diesen Fahrzeugen ein Zulassungsschild an, das eine Erkennungsnummer und ein einheitliches Unterscheidungszeichen trägt. Das Vorhandensein dieses Schildes am Fahrzeug und der Besitz der entsprechenden Zulassungsbescheinigung durch den Führer berechtigen zum Verkehr auf dem Gebiete jedes Mitgliedstaates.

Die zuständigen Behörden der Gemeinschaft haben darauf zu achten, daß die zugelassenen und für den Verkehr freigegebenen Fahrzeuge den Vorschriften der verschiedenen Mitgliedstaaten entsprechen, in denen sie verkehren sollen. Sie sorgen für die Kontrolle des guten technischen Zustandes der in den Verkehr gebrachten Fahrzeuge.

Article 8

Les autorités compétentes de la Communauté procéderont à l'enregistrement des aéronefs appartenant à la Communauté ainsi qu'à l'apposition sur ces aéronefs d'un signe distinctif d'un modèle unique et de marques d'individualisation.

Artikel 8

Die zuständigen Stellen der Gemeinschaft registrieren die der Gemeinschaft gehörenden Luftfahrzeuge und versehen sie mit einem Unterscheidungszeichen nach einheitlichem Muster und mit individuellen Erkennungszeichen.

Lesdites autorités veilleront à ce que les aéronefs enregistrés et mis en circulation satisfassent aux règlements en vigueur dans les États membres. Sur avis du Commissariat, les États membres prendront les mesures nécessaires pour assurer l'uniformité de ces règlements, notamment en ce qui concerne le contrôle de l'état de navigabilité et de l'aptitude au vol des aéronefs.

Les brevets du personnel navigant militaire en service sur les aéronefs appartenant aux Forces européennes de défense seront délivrés ou validés, suivant le cas, par les autorités compétentes de la Communauté.

Les règlements de navigation aérienne en vigueur dans l'État de séjour sont applicables aux Forces européennes de défense, sous réserve des dérogations qui, sur avis du Commissariat et compte tenu des conventions internationales, seront prévues dans chaque législation nationale pour répondre aux nécessités militaires.

Article 9

Les autorités des Forces européennes de défense établiront une réglementation du port de l'uniforme qui sera portée à la connaissance des autorités compétentes des États membres. Les unités et formations militaires régulièrement constituées devront se présenter en uniforme aux frontières qu'elles franchissent.

Article 10

Les autorités des Forces européennes de défense établiront une réglementation du port et de la détention d'armes par les membres de ces Forces, qui sera portée à la connaissance des autorités compétentes des États membres.

Article 11

Les autorités compétentes des Forces européennes de défense examineront avec bienveillance les demandes que les autorités de l'État de séjour pourront leur présenter en ce qui concerne l'application des dispositions des articles 9 et 10 ci-dessus.

TITRE II

Services Publics et Installations Militaires

Article 12

Les Forces européennes de défense peuvent bénéficier, sur le territoire des États membres, des prestations des services publics, en particulier en ce qui concerne:

a. les postes et les télécommunications;

b. les transports terrestres, maritimes et aériens;

c. la fourniture de l'énergie électrique, du gaz et de l'eau;

d. les services sanitaires.

Les prestations de services publics visées au *b* ci-dessus comprennent les prestations afférentes à l'usage des services publics et, le cas échéant, à l'usage de leurs installations.

Les autorités compétentes de la Communauté communiqueront aux autorités compétentes de l'État de séjour leurs besoins à cet égard.

Article 13

Les prestations de services publics sont fournies dans des conditions déterminées par des accords particuliers entre la Communauté et les autorités ou organismes désignés par l'État de séjour.

Diese Stellen achten darauf, daß die registrierten und in den Verkehr gebrachten Luftfahrzeuge den in den Mitgliedstaaten geltenden Bestimmungen entsprechen. Auf Grund einer Stellungnahme des Kommissariates ergreifen die Mitgliedstaaten die notwendigen Maßnahmen, um die Einheitlichkeit dieser Bestimmungen zu sichern, und zwar insbesondere hinsichtlich der Kontrolle der Flugfähigkeit und Lufttüchtigkeit der Luftfahrzeuge.

Die Berechtigungsscheine des militärischen Flugpersonales, das auf den der Gemeinschaft gehörenden Luftfahrzeugen Dienst tut, werden von den zuständigen Stellen der Gemeinschaft ausgestellt oder gegebenenfalls anerkannt.

Die Luftverkehrs-Vorschriften des Aufenthaltsstaates finden auf die Europäischen Verteidigungsstreitkräfte Anwendung vorbehaltlich von Abweichungen, die jede nationale Gesetzgebung, unter Berücksichtigung der internationalen Abkommen, auf Grund einer Stellungnahme des Kommissariates schaffen wird, um den militärischen Notwendigkeiten Rechnung zu tragen.

Artikel 9

Die Behörden der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte treffen eine Regelung über das Tragen der Uniformen; diese wird den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten zur Kenntnisnahme mitgeteilt. Die aufgestellten militärischen Einheiten und Verbände dürfen die Grenzen nur in Uniform überschreiten.

Artikel 10

Die Behörden der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte treffen für die Mitglieder dieser Streitkräfte eine Regelung über das Tragen und den Besitz von Waffen; diese wird den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten zur Kenntnis gebracht.

Artikel 11

Die zuständigen Behörden der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte werden alle Anträge, die die Behörden des Aufenthaltsstaates hinsichtlich der Anwendung der Bestimmungen von Artikel 9 und 10 an sie richten werden, wohlwollend prüfen.

ZWEITER TITEL

Öffentliche Dienste und militärische Anlagen

Artikel 12

Die Europäischen Verteidigungsstreitkräfte können auf dem Gebiete der Mitgliedstaaten Leistungen der Öffentlichen Dienste in Anspruch nehmen, insbesondere folgende:

a) Post- und Fernmeldewesen;

b) Land-, See- und Luftverkehr;

c) Lieferung von Strom, Gas und Wasser;

d) Öffentlichen Gesundheitsdienst.

Die Leistungen der oben unter b) genannten Öffentlichen Dienste umfassen die Leistungen, die mit der Benutzung der Öffentlichen Dienste und gegebenenfalls ihrer Einrichtungen zusammenhängen.

Die zuständigen Behörden der Gemeinschaft teilen den von dem Aufenthaltsstaate bestimmten Behörden oder Stellen ihre diesbezüglichen Bedürfnisse mit.

Artikel 13

Die Leistungen Öffentlicher Dienste werden unter Bedingungen zur Verfügung gestellt, die durch besondere Vereinbarungen zwischen den zuständigen Stellen der Gemeinschaft und des Aufenthaltsstaates bestimmt werden.

Les prestations de services publics fournies aux Forces européennes de défense sont payées par la Communauté suivant les règlements et tarifs en vigueur dans l'État de séjour. En l'absence de règlement ou tarif correspondant à la prestation fournie, celle-ci serait payée suivant accord particulier entre les autorités compétentes de l'État de séjour et la Communauté. Des accords particuliers entre les autorités compétentes de l'État de séjour et la Communauté peuvent éventuellement stipuler des conditions et tarifs différents de ceux résultant des dispositions en vigueur dans l'État de séjour.

Article 14

A titre exceptionnel, certaines installations de services publics peuvent être mises à la disposition exclusive des Forces européennes de défense, par accord particulier entre les autorités compétentes de l'État de séjour et la Communauté.

Article 15

La coopération entre, d'une part, les services concourant à la sécurité de la navigation aérienne et le service météorologique de l'État de séjour et, d'autre part, les services correspondants de la Communauté, fera l'objet d'accords particuliers entre les autorités compétentes de l'État de séjour et de la Communauté.

Article 16

Pour le transport par chemin de fer des membres des Forces européennes de défense, les autorités compétentes de l'État de séjour accordent, dans des conditions à fixer par accords particuliers et moyennant remboursement par la Communauté, les réductions ou exonérations de tarifs qui seraient demandées par la Communauté. Pour ce remboursement, il sera tenu compte, dans des conditions déterminées par accords particuliers, de l'augmentation de trafic due aux réductions ou exonérations de tarifs.

Pour les transports par route des personnes visées à l'alinéa précédent et sans préjudice des conditions tarifaires susceptibles d'être librement consenties par les transporteurs, des réductions de tarifs peuvent être accordées, sur demande de la Communauté et dans des conditions techniques et financières à fixer par accord particulier passé avec les autorités compétentes de l'État de séjour dans la mesure où ces dernières seraient en droit d'obtenir de telles conditions de certains transporteurs. Les accords financiers comporteront le remboursement par la Communauté, selon des modalités analogues à celles indiquées à l'alinéa qui précède, à moins que les autorités compétentes de l'État de séjour n'acceptent des conditions plus favorables à la Communauté.

Article 17

Lorsque les moyens mis à la disposition des Forces européennes de défense en ce qui concerne les prestations de services publics sont jugés insuffisants pour répondre aux besoins de ces forces, les autorités compétentes de l'État de séjour et de la Communauté recherchent les bases d'un accord propre à satisfaire lesdits besoins, compte tenu des dispositions des articles 3 et 102 du Traité. Cet accord doit porter sur le choix du moyen (soit, et de préférence, aménagement de l'usage des services publics ou de l'usage de leurs installations, soit modification, renforcement ou extension des installations existantes, soit, en cas de nécessité, création d'installations spéciales), ainsi que sur l'emplacement et les caractéristiques techniques des installations nouvelles.

Die den Europäischen Verteidigungsstreitkräften gewährten Leistungen der Öffentlichen Dienste werden entsprechend den im Aufenthaltsstaate geltenden Vorschriften und Tarifen von der Gemeinschaft bezahlt. In Ermangelung solcher Vorschriften oder Tarife für die gewährte Leistung wird diese gemäß besonderen Vereinbarungen zwischen den zuständigen Stellen des Aufenthaltsstaates und der Gemeinschaft bezahlt. Besondere Vereinbarungen zwischen den zuständigen Stellen des Aufenthaltsstaates und der Gemeinschaft können gegebenenfalls andere Bedingungen und Tarife festlegen als diejenigen, die sich im Aufenthaltsstaate aus den geltenden Bestimmungen ergeben.

Artikel 14

Durch besondere Vereinbarungen zwischen den zuständigen Stellen des Aufenthaltsstaates und der Gemeinschaft können den Europäischen Verteidigungsstreitkräften bestimmte Anlagen Öffentlicher Dienste ausnahmsweise zur ausschließlichen Benutzung zur Verfügung gestellt werden.

Artikel 15

Über die Zusammenarbeit aller an der Sicherheit der Luftfahrt mitwirkenden Stellen und des Wetterdienstes des Aufenthaltsstaates mit den entsprechenden Stellen der Gemeinschaft werden besondere Vereinbarungen zwischen den zuständigen Stellen der Gemeinschaft und des Aufenthaltsstaates getroffen.

Artikel 16

Für die Beförderung der Mitglieder der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte mit der Eisenbahn gewähren die zuständigen Stellen des Aufenthaltsstaates unter Bedingungen, die durch besondere Vereinbarungen festzusetzen sind, und gegen Vergütung durch die Gemeinschaft die von der Gemeinschaft beantragten Tarifermäßigungen oder -befreiungen. Für diese Vergütung wird nach näherer Maßgabe der besonderen Vereinbarungen der Mehrverkehr berücksichtigt, der auf die Tarifermäßigungen oder -befreiungen zurückzuführen ist.

Für die Beförderung der im vorstehenden Absatz genannten Personen auf der Straße können auf Antrag der Gemeinschaft Tarifermäßigungen unter technischen und finanziellen, durch besondere Vereinbarungen mit den zuständigen Stellen des Aufenthaltsstaates festzusetzenden Bedingungen in dem Maße gewährt werden, als diese Stellen berechtigt sind, solche Bedingungen von bestimmten Verkehrsunternehmern eingeräumt zu erhalten; unberührt hiervon bleiben die Tarifbedingungen, die von den Verkehrsunternehmern freiwillig gewährt werden können. Die finanziellen Vereinbarungen sehen eine Vergütung durch die Gemeinschaft vor unter Bedingungen, die denen des vorstehenden Absatzes entsprechen, sofern die zuständigen Stellen des Aufenthaltsstaates keine für die Gemeinschaft günstigeren Bedingungen gewähren.

Artikel 17

Wenn die den Europäischen Verteidigungsstreitkräften zur Verfügung gestellten Öffentlichen Dienste als für den Bedarf dieser Streitkräfte unzureichend angesehen werden, bemühen sich die zuständigen Stellen des Aufenthaltsstaates und der Gemeinschaft unter Beachtung der Artikel 3 und 102 des Vertrages die Grundlage für eine Vereinbarung zu schaffen, die geeignet ist, den Bedarf zu befriedigen. Diese Vereinbarung muß sich erstrecken auf die Wahl des Mittels (vorzugsweise die Umstellung der Benutzung der Öffentlichen Dienste oder ihrer Anlagen, hilfsweise die Änderung, Verstärkung oder Erweiterung der bestehenden Anlagen, notfalls die Schaffung besonderer Anlagen) sowie auf den Standort und die technischen Besonderheiten der neuen Anlagen.

Article 18

§ 1. En vue de faciliter la réalisation de l'accord visé à l'article 17 ci-dessus, les autorités compétentes de l'État de séjour ou celles de la Communauté peuvent provoquer la réunion d'une Commission mixte composée d'experts qualifiés.

A défaut d'accord dans un délai raisonnable, le Commissariat formule une recommandation que l'État de séjour peut déférer au Conseil dans un délai d'un mois à compter de la notification; toutefois, cette recommandation ne peut avoir pour effet d'entraver le fonctionnement normal des services publics de l'État de séjour. L'État de séjour doit se conformer à la recommandation du Commissariat si le Conseil, statuant à la majorité des deux tiers, confirme cette recommandation.

§ 2. La faculté dont les États membres peuvent se prévaloir, en vertu de l'article 56 du Traité, n'est pas affectée par les dispositions qui précèdent.

Article 19

La modification, le renforcement ou l'extension des installations existantes, ainsi que la création d'installations spéciales, sont réalisés dans les conditions indiquées ci-après.

Les dépenses afférentes à ces opérations sont en principe à la charge de la Communauté. Toutefois, dans le cas où ces opérations doivent servir aussi à la satisfaction des besoins propres à l'État de séjour, ces dépenses sont réparties entre la Communauté et l'État de séjour, suivant des proportions à fixer par accord particulier; cet accord peut prévoir des avances de fonds à faire par la Communauté à l'État de séjour.

Les installations, de même que les terrains sur lesquels elles sont implantées, sont la propriété de l'État de séjour.

Les travaux sont exécutés par l'État de séjour.

Article 20

L'État de séjour assure le fonctionnement et l'entretien des installations existantes qui ont fait l'objet de modifications, renforcements ou extensions, ainsi que des installations spéciales créées conformément aux dispositions des articles 17, 18 et 19 ci-dessus.

Les dépenses de fonctionnement et d'entretien sont à la charge de l'État de séjour, sans préjudice de l'application de l'article 14 ci-dessus.

Les prestations fournies aux Forces européennes de défense au moyen de ces installations sont payées dans les conditions fixées à l'article 13 ci-dessus.

Article 21

§ 1. Les autorités compétentes de la Communauté communiquent aux autorités compétentes de l'État de séjour leurs besoins en matière d'installations de nature militaire, destinées à l'usage exclusif des Forces européennes de défense.

Les autorités compétentes de l'État de séjour et de la Communauté recherchent les bases d'un accord propre à satisfaire lesdits besoins, compte tenu des dispositions des articles 3 et 102 du Traité. Cet accord doit porter sur le choix des moyens (mise à la disposition d'installations existantes ou, en cas de nécessité, création d'installations nouvelles). Dans le cas d'installations nouvelles, l'accord doit porter aussi sur leur emplacement et leurs caractéristiques techniques; à cet égard, il peut comporter des dérogations particulières à la législation et à la réglementation nationales, justifiées par les nécessités militaires, tout en respectant les exigences de la sécurité publique.

En vue de faciliter la réalisation de l'accord ci-dessus visé, les autorités compétentes de l'État de séjour ou celles de la Communauté peuvent provoquer la réunion d'une Commission mixte composée d'experts qualifiés.

Artikel 18

§ 1. Um das Zustandekommen der in Artikel 17 genannten Vereinbarung zu erleichtern, können die zuständigen Stellen des Aufenthaltsstaates oder der Gemeinschaft das Zusammentreten eines gemischten aus geeigneten Sachverständigen zusammengesetzten Ausschusses veranlassen.

Kommt innerhalb einer angemessenen Frist keine Vereinbarung zustande, so spricht das Kommissariat eine Empfehlung aus, die der Aufenthaltsstaat binnen einem Monat nach Zustellung vor den Rat bringen kann; diese Empfehlung darf jedoch nicht zur Folge haben, daß der normale Betrieb der Öffentlichen Dienste des Aufenthaltsstaates beeinträchtigt wird. Der Aufenthaltsstaat muß sich der Empfehlung des Kommissariates fügen, wenn der Rat sie mit Zweidrittel-Mehrheit bestätigt.

§ 2. Unberührt bleibt die Möglichkeit des zugunsten der Mitgliedstaaten in Artikel 56 des Vertrages vorgesehenen Verfahrens.

Artikel 19

Die Änderung, Verstärkung oder Erweiterung der bestehenden Anlagen sowie die Schaffung von besonderen Anlagen erfolgt wie nachstehend vorgesehen.

Die Kosten hierfür fallen grundsätzlich der Gemeinschaft zur Last. Wenn jedoch die Anlagen auch der Befriedigung der eigenen Bedürfnisse des Aufenthaltsstaates zu dienen bestimmt sind, werden diese Kosten zwischen der Gemeinschaft und dem Aufenthaltsstaate geteilt, und zwar in einem Verhältnis, das durch besondere Vereinbarung bestimmt wird; diese Vereinbarung kann vorsehen, daß die Gemeinschaft dem Aufenthaltsstaat Vorschüsse zu gewähren hat.

Die Anlagen ebenso wie der Grund und Boden, auf dem sie errichtet werden, sind Eigentum des Aufenthaltsstaates.

Die Arbeiten werden von dem Aufenthaltsstaate durchgeführt.

Artikel 20

Der Aufenthaltsstaat sorgt für das Funktionieren und die Unterhaltung bestehender Anlagen, die Gegenstand von Änderungen, Verstärkungen oder Erweiterungen waren, ebenso wie der besonderen Anlagen, die gemäß Artikel 17, 18 und 19 errichtet worden sind.

Die Ausgaben für das Funktionieren und die Unterhaltung fallen, vorbehaltlich der Anwendung des Artikels 14, dem Aufenthaltsstaate zur Last.

Die den Streitkräften der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft mittels dieser Anlagen gewährten Leistungen werden nach Maßgabe des Artikels 13 bezahlt.

Artikel 21

§ 1. Die zuständigen Stellen der Gemeinschaft teilen den zuständigen Stellen des Aufenthaltsstaates ihren Bedarf an militärischen Anlagen mit, die für die ausschließliche Benutzung durch die Europäischen Verteidigungsstreitkräfte bestimmt sind.

Die zuständigen Stellen des Aufenthaltsstaates und der Gemeinschaft bemühen sich, unter Beachtung der Bestimmungen der Artikel 3 und 102 des Vertrages die Grundlage für eine Vereinbarung zu schaffen, die geeignet ist, den obengenannten Bedarf zu befriedigen. Diese Vereinbarung muß sich erstrecken auf die Wahl der Mittel (Zurverfügungstellung vorhandener Anlagen oder Schaffung neuer Anlagen). In dem Falle der Errichtung neuer Anlagen muß sich die Vereinbarung auch auf deren Standort und deren technische Besonderheiten erstrecken; sie kann in dieser Hinsicht besondere, durch militärische Notwendigkeiten gerechtfertigte Abweichungen von den nationalen Gesetzen und Verordnungen vorsehen; die Erfordernisse der Öffentlichen Sicherheit sind hierbei zu wahren.

Um das Zustandekommen der oben vorgesehenen Vereinbarung zu erleichtern, können die zuständigen Stellen des Aufenthaltsstaates oder der Gemeinschaft das Zusammentreten eines gemischten, aus geeigneten Sachverständigen zusammengesetzten Ausschusses veranlassen.

A défaut d'accord dans un délai raisonnable, le Commissariat prend une décision que l'État de séjour peut déférer au Conseil dans un délai d'un mois à compter de la notification. Toutefois, cette décision ne peut avoir pour effet de contraindre l'État de séjour à apporter des dérogations à sa législation et à sa réglementation nationales, non plus qu'à ses engagements internationaux; elle doit respecter les exigences de la sécurité publique.

L'État de séjour doit se conformer à la décision du Commissariat si le Conseil, statuant à la majorité des deux tiers, confirme cette décision.

§ 2. La faculté dont les États membres peuvent se prévaloir en vertu de l'article 56 du Traité n'est pas affectée par les dispositions qui précèdent.

Article 22

Les installations de la nature de celles visées à l'article 21 ci-dessus, qui sont propriété de l'État de séjour, sont mises gratuitement à la disposition de la Communauté, dans l'état d'entretien où elles se trouvent. La Communauté supporte la charge des impôts et taxes afférents à ces installations dans la mesure où elle n'en est pas exemptée d'après les dispositions en vigueur. L'entretien et éventuellement la remise en état sont assurés par la Communauté dans les conditions prévues à l'article 25 ci-après.

Si la Communauté désire apporter des transformations à ces installations, elle doit obtenir l'autorisation de l'État propriétaire. Les travaux sont exécutés dans les conditions fixées à l'article 25 ci-après.

Article 23

Si l'État de séjour met à la disposition de la Communauté des installations de la nature de celles visées à l'article 21 ci-dessus qui ne sont pas sa propriété, les charges qu'il supporte de ce fait lui sont intégralement remboursées par la Communauté.

Article 24

Si la création d'installations nouvelles, de la nature de celles visées à l'article 21 ci-dessus, nécessite l'acquisition de biens immobiliers, ces biens sont acquis par la Communauté, à ses frais. Toutefois, l'État de séjour peut décider d'acquérir lui-même ces biens, à ses frais; ils sont alors mis à la disposition de la Communauté dans les conditions fixées à l'article 22 ci-dessus.

A la requête de la Communauté, l'État de séjour met en œuvre, pour l'acquisition de ces biens, les procédures les plus efficaces dont il dispose.

Article 25

Pour la réalisation d'installations nouvelles, de la nature de celles visées à l'article 21 ci-dessus, les travaux sont exécutés soit par la Communauté dans les conditions prévues à l'article 104 du Traité, soit après accord, par l'État de séjour. La dépense est, dans les deux cas, supportée par la Communauté.

L'entretien des installations est assuré dans les mêmes conditions.

Article 26

Quand la Communauté n'a plus besoin d'une installation créée par elle sur un terrain lui appartenant ou appartenant à l'État de séjour, elle décide de l'état dans lequel cette installation sera laissée en n'y effectuant toutefois que les transformations imposées par les nécessités militaires.

Dans le cas où cette installation est construite sur un terrain appartenant à l'État de séjour, il est procédé à l'estimation de la plus-value ou de la moins-value, et au règlement financier correspondant.

Dans le cas où la Communauté est propriétaire du terrain, l'État de séjour peut exercer un droit de préemption sur le bien aliéné.

Article 27

§ 1. La main-d'œuvre civile destinée à l'exécution des tâches de la Communauté Européenne de Défense, à l'intérieur des frontières de chaque État de séjour, sera, dans la mesure du possible, mise à la disposition de la Communauté par l'intermédiaire des autorités compétentes pour le placement des travailleurs de cet État.

Kommt innerhalb einer angemessenen Frist keine Vereinbarung zustande, so trifft das Kommissariat eine Entscheidung, die der Aufenthaltsstaat binnen einem Monat nach Zustellung vor den Rat bringen kann. Diese Entscheidung kann jedoch den Aufenthaltsstaat nicht zwingen, seine nationalen Gesetze oder Verordnungen oder seine internationalen Verpflichtungen zu ändern. Sie hat die Erfordernisse der Öffentlichen Sicherheit zu wahren.

Der Aufenthaltsstaat muß sich der Entscheidung des Kommissariats fügen, wenn sie der Rat mit Zweidrittel-Mehrheit bestätigt.

§ 2. Unberührt bleibt die Möglichkeit des zugunsten der Mitgliedstaaten in Artikel 56 des Vertrages vorgesehenen Verfahrens.

Artikel 22

Die in Artikel 21 genannten Anlagen, die Eigentum des Aufenthaltsstaates sind, werden der Gemeinschaft in dem Zustande, in dem sie sich befinden, unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Steuern und Abgaben, die sich auf diese Anlagen beziehen, trägt, soweit sie nach den geltenden Bestimmungen hiervon nicht befreit ist, die Gemeinschaft. Für die Unterhaltung und gegebenenfalls die Wiederinstandsetzung sorgt die Gemeinschaft nach Maßgabe des nachstehenden Artikels 25.

Will die Gemeinschaft Veränderungen an diesen Anlagen vornehmen, so bedarf sie hierfür der Zustimmung des Eigentümerstaates. Die Arbeiten werden nach Maßgabe des Artikels 25 ausgeführt.

Artikel 23

Stellt der Aufenthaltsstaat der Gemeinschaft Anlagen der in Artikel 21 genannten Art zur Verfügung, die nicht sein Eigentum sind, so werden die ihm hieraus erwachsenden Unkosten durch die Gemeinschaft voll erstattet.

Artikel 24

Macht die Schaffung neuer Anlagen der in Artikel 21 genannten Art den Erwerb von Grund und Boden notwendig, so wird dieser durch die Gemeinschaft auf ihre Kosten erworben. Der Aufenthaltsstaat kann jedoch nach seiner Entscheidung ihn selbst auf seine Kosten erwerben. Er wird dann der Gemeinschaft nach Maßgabe des Artikels 22 zur Verfügung gestellt.

Auf Verlangen der Gemeinschaft ergreift der Aufenthaltsstaat die für den Erwerb des Grund und Bodens wirksamsten Maßnahmen.

Artikel 25

Für die Errichtung neuer Anlagen der in Artikel 21 genannten Art werden die Arbeiten entweder durch die Gemeinschaft nach Maßgabe des Artikels 104 des Vertrages oder auf Grund einer Vereinbarung durch den Aufenthaltsstaat ausgeführt. Die Ausgaben werden in beiden Fällen von der Gemeinschaft getragen.

Dies gilt auch für die Unterhaltung der Anlagen.

Artikel 26

Wenn die Gemeinschaft eine durch sie auf einem eigenen oder einem Grundstück des Aufenthaltsstaates errichtete Anlage nicht mehr benötigt, entscheidet sie über den Zustand, in welchem diese Einrichtung belassen werden soll; sie nimmt jedoch nur die durch militärische Notwendigkeiten bedingten Veränderungen vor.

Wenn die Anlage auf einem dem Aufenthaltsstaate gehörenden Grundstück errichtet ist, wird die Werterhöhung oder die Wertminderung geschätzt und die entsprechende finanzielle Regelung getroffen.

Ist die Gemeinschaft Eigentümerin des Grund und Boden, so kann der Aufenthaltsstaat ein Vorkaufsrecht auf das zu veräußernde Eigentum ausüben.

Artikel 27

§ 1. Die für die Durchführung der Aufgaben der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft bestimmten zivilen Arbeitskräfte werden der Gemeinschaft innerhalb der Grenzen des einzelnen Aufenthaltsstaates soweit möglich durch die Vermittlung der zuständigen Arbeitsvermittlungsbehörden dieses Staates zur Verfügung gestellt.

§ 2. La Communauté Européenne de Défense a la qualité d'employeur de cette main-d'œuvre civile. Elle pourra, notamment, conclure des conventions collectives. Les conditions de recrutement, d'emploi et de travail de la main-d'œuvre civile sont régies par les lois de l'État de séjour.

La main-d'œuvre employée par la Communauté n'a en aucun cas la qualité de membre de l'élément militaire ou de l'élément civil.

Article 28

Les accords passés entre les autorités compétentes de l'État de séjour et de la Communauté en ce qui concerne la satisfaction des besoins des Forces devront tenir compte des droits applicables et des obligations incombant à d'autres Forces stationnées sur le territoire dudit État, en vue d'assurer les besoins des Forces européennes de défense dans des conditions qui ne puissent porter atteinte aux intérêts de la Communauté.

TITRE III

Régime Commercial et Fiscal de la Communauté

CHAPITRE PREMIER

Régime Commercial et Douanier. Impôts sur la Consommation et les Transactions

Article 29

Les marchandises acquises par la Communauté sur le territoire des États membres ainsi que les fournitures et autres services effectués pour elle par des entreprises sises dans le territoire d'un État membre sont passibles des droits et des taxes applicables dans l'État en question. Ces opérations ne seront considérées ni comme opérations d'exportation ni comme opérations d'importation, tant au point de vue fiscal qu'au point de vue commercial.

Article 30

Le transport des marchandises acquises par la Communauté, dans les conditions de l'article 29 de la présente Convention, d'un territoire d'un État membre sur le territoire d'un autre État membre, n'est pas considéré par l'État d'origine comme une exportation et par l'État de destination comme une importation. Ce transport ne donne donc pas lieu à la perception ou à la restitution des droits ou taxes en vigueur dans les États considérés, à l'occasion d'importations ou d'exportations. Il ne peut être l'objet de restrictions résultant des dispositions réglementant les échanges commerciaux entre les États membres.

Article 31

Les marchandises acquises par la Communauté dans un État non membre sont soumises, à leur entrée sur le territoire de la Communauté, aux droits et taxes applicables sur le territoire de l'État membre dans lequel il est procédé au dédouanement pour l'importation définitive. Leur circulation ultérieure, sur le territoire des États membres, est régie par l'article 30 ci-dessus.

Par dérogation à l'alinéa précédent, le matériel de caractère spécifiquement militaire, dont une liste sera dressée, acquis chez un État non membre, est exempté, lors de son dédouanement pour importation définitive, des droits de douane proprement dits, à l'exclusion de taxes indirectes ou des taxes compensatoires de droits indirects.

Article 32

Sur proposition du Commissariat, après consultation par celui-ci des Gouvernements des États intéressés, les dispositions des articles 29 et 31 ci-dessus pourront être révisées par le Conseil statuant à l'unanimité, en vue d'atteindre l'unification et l'allègement des charges fiscales et douanières frappant les achats de la Communauté.

§ 2. Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft ist Arbeitgeber dieser zivilen Arbeitskräfte. Sie kann insbesondere Kollektivverträge schließen. Die Einstellungs-, Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen für die zivilen Arbeitskräfte werden durch die Gesetzgebung des Aufenthaltsstaates geregelt.

Die von der Gemeinschaft beschäftigten Arbeitskräfte gelten in keinem Falle als Militär- oder Zivilpersonal.

Artikel 28

Die Vereinbarungen zwischen den zuständigen Behörden des Aufenthaltsstaates und der Gemeinschaft über die Deckung des Bedarfs der Streitkräfte haben die Rechte und Verpflichtungen anderer, im Gebiete dieses Staates stationierter Streitkräfte zu berücksichtigen, um den Bedarf der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte in einer Weise sicherzustellen, die die Interessen der Gemeinschaft nicht beeinträchtigt.

DRITTER TITEL

Zoll- und Steuerwesen der Gemeinschaft

KAPITEL I

Handel und Zölle. Verbrauchsteuern und Umsatzsteuer

Artikel 29

Die von der Gemeinschaft im Gebiete der Mitgliedstaaten erworbenen Waren sowie Lieferungen und sonstige Leistungen, die für die Gemeinschaft von Unternehmungen, die im Gebiete eines Mitgliedstaates ihren Sitz haben, ausgeführt werden, unterliegen den in dem betreffenden Staate geltenden Zöllen und Abgaben. Diese Vorgänge gelten sowohl auf steuerlichem wie handelspolitischem Gebiete nicht als Ausfuhr oder Einfuhr.

Artikel 30

Die Beförderung der von der Gemeinschaft gemäß Artikel 29 erworbenen Waren aus dem Gebiete eines Mitgliedstaates in das Gebiet eines anderen Mitgliedstaates wird vom Herkunftsland nicht als Ausfuhr und vom Bestimmungsland nicht als Einfuhr behandelt. Eine solche Beförderung führt daher weder zur Erhebung noch zur Rückerstattung von Zöllen oder Abgaben, die in den betreffenden Staaten bei Ein- oder Ausfuhr erhoben werden. Sie unterliegt nicht Beschränkungen, die etwa für die Handelsbeziehungen zwischen den Mitgliedstaaten bestehen.

Artikel 31

Die von der Gemeinschaft in einem Nichtmitgliedstaate erworbenen Waren unterliegen beim Eingang in das Gebiet der Gemeinschaft den Zöllen und Abgaben, die im Gebiete des Mitgliedstaates erhoben werden, in dem die Zollabfertigung für die endgültige Einfuhr vorgenommen wird. Die Weiterbeförderung auf dem Gebiete der Mitgliedstaaten regelt sich nach Artikel 30.

In Abweichung von dem vorstehenden Absatz ist das in einer Liste zusammenzustellende Material spezifisch militärischen Charakters, das in einem Nichtmitgliedstaate erworben ist, bei der Zollabfertigung für die endgültige Einfuhr von den Zöllen im eigentlichen Sinne befreit; das gilt nicht für indirekte Abgaben oder für Abgaben zum Ausgleich indirekter Steuern.

Artikel 32

Auf Vorschlag des Kommissariates und nach Beratung mit den Regierungen der betreffenden Staaten können die Bestimmungen der Artikel 29 und 31 dieses Abkommens durch einstimmigen Beschluß des Rates geändert werden, um die Vereinheitlichung und Erleichterung der steuerlichen und zolltariflichen Belastung der Einkäufe der Gemeinschaft zu erreichen.

Article 33

Les marchandises fournies gratuitement à la Communauté, au titre d'une aide extérieure, ne sont soumises à aucun droit ou taxe, tant à l'entrée qu'à la circulation sur le territoire des États membres.

Le Commissariat est autorisé à insérer, dans les accords relatifs à l'aide extérieure prévus à l'article 99 du Traité instituant la Communauté, des clauses comportant des exonérations fiscales pour les achats réalisés pour les buts de la défense sur le territoire des États membres et financés par cette aide, analogues à celles qui figurent ou figureront dans les accords bilatéraux passés par les États membres et l'État qui fournit l'aide extérieure.

Sur la demande d'un État membre, le Conseil de la Communauté examine la possibilité d'une compensation appropriée, dans le cas où l'application des dispositions précédentes provoque des charges inégales pour les différents États membres.

Article 34

Si l'application des dispositions des articles 29 à 31 ci-dessus à certains produits de consommation frappés, dans les États membres, de droits ou taxes particulièrement élevés, provoque des troubles sensibles dans l'économie ou les finances d'un État membre, le Conseil, sur demande motivée de cet État, prend les mesures nécessaires pour y porter remède. A défaut d'autres mesures appropriées, il peut être dérogé au régime fiscal défini ci-dessus.

Article 35

Les dispositions prévues ci-dessus n'impliquent pas suppression des contrôles aux frontières; toutefois, les États membres devront s'attacher à simplifier, dans toute la mesure du possible, les formalités requises.

Article 36

Les marchandises introduites sur le territoire d'un État membre, et ayant bénéficié des dispositions des articles 29 à 31 ci-dessus, ne pourront être cédées par la Communauté, avec ou sans payement, qu'avec l'autorisation de l'État intéressé et aux conditions prévues par accord entre la Communauté et cet État.

Article 37

Sur la demande d'un État membre, le régime prévu par les articles ci-dessus pourra, par décision du Conseil statuant à l'unanimité, être soit révisé, soit complété par un système de compensation de recettes fiscales, en fonction de l'évolution qu'entraînera, dans les relations économiques et financières des États membres, l'existence de la Communauté. Une telle révision devra, en tout état de cause, être étudiée lors de la mise en application de la méthode de répartition prévue à l'article 94 du Traité instituant la Communauté.

Article 38

Les personnels de la Communauté, considérés à titre individuel, sont soumis aux impôts sur la consommation et les transactions, applicables dans l'État de séjour, ainsi qu'aux droits et taxes frappant l'importation ou l'exportation, sous réserve de la réglementation spéciale qui sera établie pour les mutations de service.

CHAPITRE II

Autres Impôts

Article 39

La Communauté est exonérée de tous impôts sur les revenus et la fortune, à l'exception:

a. des impôts frappant les biens de la Communauté qui ne sont pas directement affectés à l'exercice de son activité normale;

Artikel 33

Die Waren, die der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft in Form einer Außenhilfe unentgeltlich geliefert werden, unterliegen weder beim Eingang noch bei der Weiterbeförderung im Gebiete der Mitgliedstaaten irgendeinem Zoll oder irgendeiner Abgabe.

Das Kommissariat ist ermächtigt, in die in Artikel 99 des Vertrages über die Gründung der Gemeinschaft vorgesehenen Abkommen über Außenhilfe Bestimmungen über Steuerbefreiungen für die zu Verteidigungszwecken auf dem Gebiete der Mitgliedstaaten vorgenommenen und durch diese Hilfe finanzierten Einkäufe aufzunehmen; diese Bestimmungen haben denen zu entsprechen, die in den bilateralen Verträgen zwischen den Mitgliedstaaten und dem Geberstaat der Außenhilfe vereinbart sind oder vereinbart werden.

Auf Verlangen eines Mitgliedstaates prüft der Rat der Gemeinschaft die Möglichkeit eines geeigneten Ausgleiches für den Fall, daß die Anwendung der vorstehenden Bestimmungen bei den verschiedenen Mitgliedstaaten ungleiche Belastungen hervorruft.

Artikel 34

Ergeben sich durch die Anwendung der vorstehenden Artikel 29 bis 31 auf gewisse Verbrauchsgüter, die in den Mitgliedstaaten mit besonders hohen Zöllen oder Abgaben belastet sind, fühlbare Störungen in der Wirtschaft oder in den Finanzen eines Mitgliedstaates, so ergreift der Rat auf begründeten Antrag dieses Staates die notwendigen Abhilfemaßnahmen. Mangels anderer geeigneter Maßnahmen kann von der oben festgelegten abgabenrechtlichen Regelung abgewichen werden.

Artikel 35

Die beim Grenzübertritt vorgesehenen Abgabenbefreiungen umfassen nicht die Abschaffung der zollamtlichen Überwachungsmaßnahmen; die Mitgliedstaaten werden sich jedoch bemühen, die erforderlichen Förmlichkeiten soweit wie möglich zu vereinfachen.

Artikel 36

Waren, die in das Gebiet eines Mitgliedstaates eingeführt worden sind und die in den Genuß der Bestimmungen der Artikel 29 bis 31 gekommen sind, dürfen von der Gemeinschaft nur mit Genehmigung des beteiligten Staates und zu den durch Übereinkommen zwischen der Gemeinschaft und diesem Staate festgesetzten Bedingungen mit oder ohne Entgelt abgegeben werden.

Artikel 37

Auf Antrag eines Mitgliedstaates kann die in den vorstehenden Artikeln vorgesehene abgabenrechtliche Regelung durch einstimmige Entscheidung des Rates im Zuge der Entwicklung, die das Bestehen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft in den wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen der Mitgliedstaaten mit sich bringen wird, abgeändert oder durch ein System für den Ausgleich von Steuer- und Zolleinnahmen ergänzt werden. Eine solche Abänderung muß auf jeden Fall geprüft werden, wenn die in Artikel 94 des Vertrages vorgesehene Verteilungsmethode in Kraft gesetzt wird.

Artikel 38

Die Angestellten der Gemeinschaft unterliegen als Einzelpersonen den im Aufenthaltsstaat geltenden Verbrauch- und Umsatzsteuern sowie den Zöllen und Abgaben auf Einfuhr oder Ausfuhr, vorbehaltlich der Sonderregelung, die für dienstliche Versetzungen getroffen wird.

KAPITEL II

Andere Steuern

Artikel 39

Die Gemeinschaft ist von allen Einkommen- und Vermögensteuern befreit, mit Ausnahme

a) der Steuern, denen die Vermögenswerte der Gemeinschaft unterliegen, die nicht unmittelbar der Ausübung ihrer eigentlichen Tätigkeit dienen;

b. des impôts assis sur les bénéfices ou revenus provenant des biens visés à l'alinéa *a*, ci-dessus, ainsi que, éventuellement, sur les bénéfices industriels, commerciaux ou agricoles;

c. des taxes perçues en rémunération de services publics.

Article 40

La Communauté ne bénéficie, en principe, d'aucune exonération en ce qui concerne les autres impôts, sous réserve des exemptions résultant d'accords entre elle et les États membres.

Article 41

§ 1. Le fait que les personnes physiques rémunérées par la Communauté exercent leurs fonctions officielles dans un État membre autre que celui du domicile fiscal qu'elles possèdent au moment où elles entrent au service de la Communauté n'entraîne, à l'égard de l'État de séjour et de l'État du domicile fiscal, aucun changement de ce domicile pour les intéressés, tant en ce qui concerne les impôts sur les revenus et la fortune que les droits de succession. Cette disposition s'applique également à l'épouse et aux enfants mineurs.

Dans l'État de séjour, les personnes physiques intéressées ne sont exemptes que des impôts sur les revenus afférents aux rémunérations et avantages reçus de la Communauté.

Sur proposition du Commissariat, le Conseil statuant à l'unanimité, pourra déterminer les catégories de fonctionnaires de rang élevé des institutions de la Communauté, en nombre limité, qui seront exonérés dans leur État d'origine de tout impôt sur les traitements et émoluments versés par la Communauté; ces exonérations peuvent entraîner une imposition de ces fonctionnaires au profit de la Communauté, selon des modalités fixées par le Conseil dans les mêmes conditions.

§ 2. Pour l'application des droits de succession, les biens meubles appartenant aux personnes visées au paragraphe 1 du présent article et situés sur le territoire de l'État de séjour sont considérés comme se trouvant dans l'État du domicile fiscal.

Article 42

Sur demande d'un État membre et suivant les modalités qu'il détermine, la Communauté doit retenir, au profit de cet État, lors des paiements qu'elle est appelée à faire, les impôts dus sur les rémunérations et avantages accordés par elle aux personnes physiques qu'elle rémunère.

CHAPITRE III

Dispositions communes

Article 43

Le régime fiscal des cantines ou économats militaires fera l'objet d'accords spéciaux entre la Communauté et l'État de séjour.

Article 44

La Communauté fournira aux États membres qui en feront la demande toute assistance utile en matière fiscale et douanière.

Article 45

Les détails d'application des principes généraux de la présente Convention seront fixés par un règlement spécial, reprenant, complétant et précisant les dispositions de la présente convention, établi par le Commissariat et approuvé par le Conseil statuant à l'unanimité, ou, au besoin, par voie d'accords entre la Communauté et les États membres.

b) der Steuern, denen die aus den in a) genannten Vermögenswerten herrührenden Gewinne oder Einkünfte sowie gegebenenfalls die Gewinne aus industrieller, kommerzieller oder landwirtschaftlicher Tätigkeit unterliegen;

c) von Abgaben als Entgelte für Öffentliche Dienste.

Artikel 40

Der Gemeinschaft wird vorbehaltlich der sich aus den Abkommen zwischen der Gemeinschaft und den Mitgliedstaaten ergebenden Befreiungen grundsätzlich keinerlei Befreiung von anderen Steuern gewährt.

Artikel 41

§ 1. Die Tatsache, daß die von der Gemeinschaft bezahlten natürlichen Personen ihre dienstliche Tätigkeit in einem anderen Mitgliedstaate als demjenigen ausüben, in dem sie bei Dienstantritt in der Gemeinschaft ihren Wohnsitz in steuerlichem Sinne haben, zieht für die Betreffenden weder gegenüber ihrem Aufenthaltsstaate noch gegenüber dem Staate, in welchem sie steuerlich ihren Wohnsitz haben, einen Wechsel dieses Wohnsitzes nach sich; das gilt für Einkommen-, Vermögen- und Erbschaftsteuer. Diese Bestimmung findet auch auf die Ehefrau und die minderjährigen Kinder Anwendung.

Die genannten natürlichen Personen sind im Aufenthaltsstaate nur von den Einkommensteuern auf die ihnen von der Gemeinschaft gewährten Geld- und Sachbezüge befreit.

Auf Vorschlag des Kommissariates kann der Rat durch einstimmigen Beschluß die Kategorien von höheren Beamten der Organe der Gemeinschaft in begrenzter Anzahl bestimmen, die in ihrem Heimatstaat von allen Steuern auf die von der Gemeinschaft gezahlten Gehälter und sonstigen Vergütungen befreit werden; bei einer solchen Befreiung können diese Beamten von dem Rat unter den gleichen Mehrheitsverhältnissen zugunsten der Gemeinschaft gemäß den dafür festgesetzten Voraussetzungen besteuert werden.

§ 2. Bei Anwendung von Erbschaftsteuerbestimmungen wird das den in Paragraph 1 dieses Artikels genannten Personen gehörende Mobiliar im Aufenthaltsstaate so behandelt, als ob es sich in dem Staate des steuerlichen Wohnsitzes befände.

Artikel 42

Auf Antrag eines Mitgliedstaates hat die Gemeinschaft nach von diesem Staate festzulegenden Einzelbestimmungen im Zeitpunkte der von ihr zu leistenden Zahlungen zugunsten dieses Staates die Steuern einzubehalten, die für die den natürlichen Personen seitens der Gemeinschaft gewährten Geld- und Sachbezüge fällig geworden sind.

KAPITEL III

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 43

Das auf Militärkantinen oder -verkaufsstellen anzuwendende Steuersystem wird durch Sonderabkommen zwischen der Gemeinschaft und dem Aufenthaltsstaate geregelt.

Artikel 44

Die Gemeinschaft hat auf Antrag der Mitgliedstaaten diesen jeden zweckdienlichen Beistand in Zoll- und Steuersachen zu gewähren.

Artikel 45

Die Einzelbestimmungen für die Anwendung der allgemeinen Grundsätze dieses Abkommens werden durch eine besondere Regelung, die die Bestimmungen dieses Abkommens aufnimmt, ergänzt und näher bestimmt, vom Kommissariate mit einstimmiger Billigung des Rates oder notwendigenfalls durch Abkommen zwischen der Gemeinschaft und den Mitgliedstaaten festgelegt.

TITRE IV
Dispositions finales

Article 46

Les définitions contenues au titre IV du Protocole juridictionnel annexé au Traité instituant la Communauté Européenne de Défense s'appliquent à la présente Convention.

Article 47

Les règles du Traité définissant le fonctionnement des institutions de la Communauté s'appliquent en ce qui concerne leur intervention telle qu'elle est prévue par la présente Convention.

En particulier, un recours devant la Cour est ouvert, dans le cadre de la présente Convention, dans les cas et les conditions où il serait ouvert selon les dispositions dudit Traité.

Article 48

Tout État qui adhère au Traité, dans les conditions prévues à l'article 129 dudit Traité, adhère à la présente Convention.

Article 49

La présente Convention sera ratifiée. Les instruments de ratification seront déposés auprès du Gouvernement de la République Française qui notifiera leur dépôt aux Gouvernements des autres États parties.

Article 50

La présente Convention entrera en vigueur en même temps que le Traité instituant la Communauté Européenne de Défense. Elle aura la même durée que lui.

EN FOI DE QUOI, les plénipotentiaires soussignés ont apposé leur signature au bas de la présente Convention, et l'ont revêtue de leur sceau.

FAIT

à Paris, le vingt-sept mai mille neuf cent cinquante-deux.

Konrad Adenauer

Paul van Zeeland

Robert Schuman

Alcide de Gasperi

Joseph Bech

Dirk Stikker

VIERTER TITEL
Schlußbestimmungen

Artikel 46

Die in dem Vierten Titel des Justizprotokolles zum Vertrag über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft enthaltenen Begriffsbestimmungen finden auf dieses Abkommen Anwendung.

Artikel 47

Die Vorschriften des Vertrages über das Tätigwerden der Organe der Gemeinschaft finden auf dieses Abkommen insoweit Anwendung, als darin ein Eingreifen derselben vorgesehen ist.

Insbesondere ist im Anwendungsbereiche dieses Abkommens eine Anrufung des Gerichtshofes in den Fällen und unter den Bedingungen möglich, in denen sie nach den Bestimmungen des genannten Vertrages vorgesehen ist.

Artikel 48

Jeder Staat, der dem Vertrage unter den in dessen Artikel 129 vorgesehenen Bedingungen beitritt, tritt diesem Abkommen bei.

Artikel 49

Dieses Abkommen bedarf der Ratifizierung. Die Ratifikationsurkunden sind bei der Regierung der französischen Republik zu hinterlegen, die die Hinterlegung den anderen Mitgliedstaaten mitzuteilen hat.

Artikel 50

Dieses Abkommen tritt gleichzeitig mit dem Vertrage über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft in Kraft und hat die gleiche Dauer.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten Bevollmächtigten ihre Unterschrift unter diesen Vertrag gesetzt und ihn mit ihrem Siegel versehen.

GESCHEHEN

zu Paris am siebenundzwanzigsten Mai neunzehnhundertundzweiundfünfzig.

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz. — Verlag: Bundesanzeiger-Verlags-GmbH., Bonn/Köln. — Druck: Bundesdruckerei, Berlin
Das Bundesgesetzblatt erscheint in zwei gesonderten Teilen, Teil I und Teil II.
Laufender Bezug nur durch die Post. Bezugspreis: vierteljährlich für Teil I = DM 4,—, für Teil II = DM 3,— (zuzüglich Zustellgebühr).
Einzelstücke je angefangene 24 Seiten DM 0,40 (zuzüglich Versandgebühren) — Zusendung einzelner Stücke per Streifband gegen Voreinsendung des erforderlichen Betrages auf Postscheckkonto „Bundesanzeiger-Verlags-GmbH.-Bundesgesetzblatt" Köln 3 99